Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

The University of Chicago
Libraries

CARD® MADE

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

THE LIBRARY OF CHICAGO LIBRARY

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Achtunddreißigster Jahrgang. Erster Band

Januar bis März 1913

Stuttgart und Leipzig 1913 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

THE UNIVERSITY OF CHICAGO LIBRARY

AP30
.D35

Digitized by Google

396409

Inhalt

des

Ersten Quartal-Bandes des Jahrgangs XXXVIII

(Januar bis März 1913)

Seite

Zur Verhütung eines neuen Balkankrieges. Von einem ehemaligen Diplomaten 1

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1850 bis 1852 . . . . . 9. 172. 297

Hussein Dschahid, Chefredakteur des „Tanin", ehemaligem Abgeordneten von Konstantinopel: Die junge und die alte Türkei 26

Oesterreich-Ungarn und die friedliche Lösung der Balkanfragen. Von einem österreichischen Staatsmann a. D. 31

Dr. **Jul. Heyderhoff**: Unterredungen Bismarcks und des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Karl Twesten. 1. Oktober und 23. November 1862. Aus Twestens Nachlaß veröffentlicht 36

Max Freiherr v. Rübeck, Mitglied des Oesterreichischen Herrenhauses: Ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn 40

Dr. **Herman Granier** (Berlin): Prinz Heinrich von Preußen beim Beginne der Freiheitskriege 46

Johann Palisa: Ein astronomischer Roman 54

Prof. Dr. **v. Vambéry**: Rußland und England in Persien 70

Hans F. Helmolt: Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch. In Auswahl herausgegeben 78. 201. 354

Die europäische Diplomatie und die Erhaltung des Friedens 90

Germain Bapst (Paris): Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat 96. 235. 336

Senator **O. Tommasini** (Rom): Machiavellistisches in der modernen Diplomatie und den letzten politischen Ereignissen 112

Prof. Dr. **Martin Spahn**: Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes zur Nation 129

Eduard v. Wertheimer: Andrássy und Bismarcks Kulturkampf . . . 142

L. Galimberti, Abgeordneter im italienischen Parlament: Eine Lösung des orientalischen Problems 166

38239

Digitized by Google

Seite

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Zur Kriegsluftflottenfrage 194
Mehmed Djavid Bey, vormaliger türkischer Finanzminister: Die Zukunft der türkischen Staatsschulden 217
Oberst a. D. v. Kurnatowski: England und Frankreich heute und vor hundert Jahren 226
Dr. Herman Granier (Berlin): Der Berliner Schauspieldirektor Iffland während der Franzosenzeit 1807 bis 1809 243
Dr. Alfred Freiherr v. Overbeck, ord. Professor der Rechte an der Universität Freiburg (Schweiz): Humanität und Vergeltung im Strafrecht 251
Fr. W. Freiherr v. Bissing: Soll und kann der Kunstbesitz im Erbgang versteuert werden? 254
Das Einvernehmen der Mächte und die Erhaltung des europäischen Friedens. Ein Brief an den Herausgeber der „Deutschen Revue" von einem ausländischen ehemaligen Diplomaten 261
Dr. Benedetto Cirmeni, Abgeordneter im italienischen Parlament: Die Großmächte und der Orientkrieg 268
Graf Alois Karolyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie 274
Prof. Dr. Erich v. Drygalski (München): San Franzisko und Panama. Deutschlands Interesse an der Weltausstellung und dem Kanal 293
Generalleutnant z. D. H. Rohne: Die Wahrheit über die deutschen und die französischen Geschütze im Balkankrieg 309
Geh. Rat Prof. Dr. v. Ullmann (München): Bekämpfung von Kriegsepidemien und Völkerrecht 320
Prof. Dr. A. Hoche (Freiburg i. B.): Schülerselbstmorde 328
Professor Karl B. Hofmann (Graz): Die Schmucksteine im Altertum . 346
Mehmed Djavid Bey, vormaliger türkischer Finanzminister: Die Zukunft der türkischen Finanzen 376

Berichte aus allen Wissenschaften

Musikgeschichte. Privatdozent Dr. Ludwig Schiedermair: Vom Bonner Beethovenhaus 121

Kleine Revuen

Literarische Berichte 123. 258. 384
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 127. 260. 386

Digitized by Google

Zur Verhütung eines neuen Balkankrieges

Von einem ehemaligen Diplomaten

Wird der Janustempel endlich geschlossen werden?

Einem Krieg ist schon ein andrer gefolgt. Sind wir am Ende der blutigen Reihe?

Nach dem Türkisch-Italienischen Kriege, der sich mühselig dreizehn Monate lang hingezogen hatte und der noch fortdauern würde, wenn ihm nicht anderweitige Umstände ein Ende gemacht hätten, hat der Krieg der vier gegen die Türkei verbündeten Balkanmächte im Zeitraum weniger Wochen die griechische Armee nach Saloniki hinein, die bulgarische bis zu den letzten türkischen Verschanzungen vor den Mauern Konstantinopels geführt ... Jetzt wird über die Bedingungen eines Waffenstillstandes und, wenn möglich, eines dauernden Friedens beraten. Wird es zu diesem Frieden kommen?

Man hofft es, aber man hat auch Gründe, daran zu zweifeln.

Zwei Gefahren bedrohen Europa noch. Die erste, ernstere, die, welche die größte Besorgnis erregt, ist die Gefahr eines Weltbrandes, der durch die Rivalität zweier Großmächte auf der Balkanhalbinsel entstehen könnte und auf Grund der bestehenden internationalen Verträge und Abkommen einen Krieg der Gruppe des Dreibundes gegen die Gruppe der Tripelentente zur Folge haben würde. Das Unheil, das ein derartiger Kampf nach sich ziehen würde, müßte, wie es scheint, so beträchtlich sein, die Ungewißheit des Ausgangs ist so beängstigend, daß man sich allerseits bemüht, dieses drohende Unglück abzuwenden, indem man jede Beeinträchtigung fremder Interessen, jede Verletzung und jede Kränkung eines nationalen Stolzes, die den Krieg notwendig und unvermeidlich machen könnte, vermeidet.

Die zweite und vielleicht am unmittelbarsten drohende Gefahr ist die eines Krieges zwischen den heute gegen die Türkei verbündeten Mächten der Balkanhalbinsel, die vielleicht in kürzester Zeit durch den Widerstreit unversöhnlicher Forderungen miteinander uneins werden.

Verschiedene Anzeichen lassen darauf schließen, daß die vier Mächte des Balkanbundes ihren militärischen Aktionsplan in Uebereinstimmung miteinander vorbereitet, es aber unterlassen haben, auch die Territorialfragen, die daraus entstehen könnten, im voraus zu regeln, und es der Zukunft überließen, die schwierige Frage der Teilung der Beute zu lösen. Diese Unterlassung scheint

Digitized by Google

auf einem stillschweigenden Einverständnis zu beruhen. Die Verbündeten hatten eingesehen, daß sie zu keiner Einigung gelangen würden, und wollten dieses unangenehme Moment beiseite schieben. In der Tat hatten in den letzten Jahren ernste, nur wenig und erst seit kurzem gemilderte Verstimmungen auf rivalisierende und unverträgliche Bestrebungen unter ihnen hingedeutet. Für was sollte man sie in einem für ein gemeinsames Vorgehen gegen den Erbfeind günstigen Augenblick wieder aufleben lassen? Dazu war es später immer noch Zeit. Anderseits waren die Verbündeten durchaus nicht sicher, solche Siege davonzutragen, daß es zu einer Teilung von Gebieten kommen mußte; und man erinnert sich in der Tat, daß ihr Ultimatum von der Türkei verlangte, daß sie alte Reformversprechungen zugunsten der Christen in ihren europäischen Provinzen erfülle, Gelüste nach Gebietserweiterungen aber auszuschließen schien. Das Prestige der türkischen Armee war noch ungeschmälert. Erst vor drei Jahren hatten Zar Ferdinand von Bulgarien und König Peter von Serbien nacheinander in Konstantinopel auf dem Freiheitshügel einem prachtvollen Aufmarsch vorzüglich ausgebildeter und ausgerüsteter Truppen beigewohnt. Die Türkei war auf ihre Armee stolz, und sie hatte ein Recht dazu; denn die wahren Ursachen ihrer Niederlagen sind nicht in den Soldaten, die noch immer die fanatischen und fatalistischen Helden von ehedem sind, oder bei den Offizieren zu suchen, unter denen es viele hervorragende in allen Graden und bei allen Waffengattungen gibt; man hat sie in der Nachlässigkeit der Intendantur, in der schlecht organisierten Verproviantierung, in den unordentlichen Zuständen bei der Verwaltung zu suchen. Der Türke ist der Krieger geblieben, der er immer war, aber es liegt nicht in seiner Natur, ein Organisator zu sein oder zu werden. Es genügt indessen nicht, daß der Soldat, wenn er in den Kampf zieht, gut ausgebildet und bewaffnet ist und gut geführt wird, er muß im Vollbesitz seiner Kräfte, muß gesund und gut genährt sein. Eine Armee, die der Hunger peinigt oder Krankheit schwächt, ist eine geschlagene Armee.

Nun haben sich aber, seitdem unverhoffte Erfolge die übrigens sehr ruhmvollen Anstrengungen und den patriotischen und kriegerischen Eifer der verbündeten Armeen gekrönt haben, Reibungen eingestellt, Meinungsverschiedenheiten gezeigt, so sehr man auch bemüht war, sie abzuschwächen und zu verbergen. Hat die türkische Armee, die Saloniki zu verteidigen hatte, sich infolge der griechischen Einschließung oder des bulgarischen Anmarsches ergeben? Wem soll die zweite Stadt der Türkei gehören? Den Bulgaren oder den Griechen? Oder soll man sich für eine dritte Lösung des Problems entscheiden? Wird nicht mancher Ort in Mazedonien, den die Serben erobert haben, von den Bulgaren als ethnisch zu ihnen gehörig betrachtet? Sollte der eine oder andre Hafen des Adriatischen Meeres, wenn die Großmächte nicht ein wachsames Auge darauf hätten, serbisch oder montenegrinisch werden? Soll, wenn ein autonomes Albanien begründet wird, Skutari bleiben, was es ist, d. h. albanisch, oder soll es Montenegro zufallen, das danach begehrt, ohne imstande zu sein, es zu nehmen? Wird Rumänien die Vergrößerungen Bulgariens zulassen, ohne ent-

Digitized by Google

sprechende Kompensationen zu fordern und zu erlangen? Wird Griechenland die Friedensbedingungen unterschreiben, mit denen Bulgarien, das durch einen mit größter Wucht geführten Feldzug gegen das Gros der türkischen Streitkräfte stärker mitgenommen ist, sich zu begnügen bereit wäre?

Doch das ist nur ein kleiner Teil der Fragen, die sich erheben, und der Probleme, die sich aufdrängen. Es ist denn auch vorauszusehen, daß die Verhandlungen langwierig und mühevoll sein werden; d. h. man wird lange um den Ausgang der gegenwärtigen Krise in Sorge sein, und das Ergebnis wird schwerlich ein dauerhafter, sondern voraussichtlich nur ein unsicherer Friede und leider wohl nach kurzer Zeit ein neuer Krieg sein.

Jede Idee, die dazu dienen kann, die Gefahr dieses dritten Krieges zu beschwören, verdient ausgesprochen und geprüft zu werden. Der Zweck der vorliegenden kurzen Ausführungen ist, für zwei der fraglichen Probleme, und zwar nicht die unbedeutendsten, eine Lösung in Anregung zu bringen.

In dem wahrscheinlichen Falle, daß die Türkei sich auf das Gebiet beschränken müßte, das dem Ottomanischen Reich zum Schutz und zur Verteidigung der Meerengen (Dardanellen und Bosporus) und des Marmarameeres nötig ist, d. h. ein Gebiet, dessen Grenzlinie von Midia am Schwarzen Meer sich zum Ergene hinziehen und dessen Lauf bis zu seiner Mündung folgen würde, so wird die große Schwierigkeit die sein, was aus Mazedonien werden soll. Albanien kann ein Staat werden, weil das albanische Volk eine Nationalität darstellt, die allerdings keineswegs ganz homogen ist, weder in religiöser noch in politischer und nicht einmal in ethnischer Hinsicht, da die Bevölkerung ein Gemisch von Muselmanen, Katholiken und Orthodoxen, ein Nebeneinander von Ghegen, Tosken, Mirditen, Malissoren, Zinzaren usw. ist, aus der sich aber doch, da eine nationale Idee diese verschiedenen Elemente zusammenhält, ein autonomes Ganzes machen läßt. Von Mazedonien läßt sich nicht dasselbe sagen; hier findet man ein unentwirrbares Gemisch von Religionen: Orthodoxe, die von dem Patriarchen abhängen, Orthodoxe, die vom Exarchen abhängen, Orthodoxe der serbischen Kirche, Orthodoxe der rumänischen Kirche, Muselmanen, Juden und Katholiken; ein kompliziertes Gemengsel von Rassen: Serben, Bulgaren, Slawen unbestimmten Charakters, hellenistische Kutzowalachen, rumänische Kutzowalachen, Türken, Franken, Juden usw.; und in der großen Allgemeinheit fehlt das Gefühl eines mazedonischen Vaterlandes. Wenn es in Mazedonien in gleicher Weise eine Nationalidee gäbe, wie sie in Albanien vorhanden ist, wenn sie aus den Ereignissen heraus zutage treten und sich entwickeln würde, so würde dieselbe Lösung, die allem Anschein nach die albanische Frage finden wird, auch für die mazedonische Frage passen. Wie Albanien, würde dann auch Mazedonien ein autonomer Staat werden. Es müßten nur rationelle Grenzen gezogen werden — eine Schwierigkeit, die ebenfalls groß, aber, wenn man über das Prinzip sich geeinigt hat, im ganzen sekundärer Art ist. Wenn Serbien, Montenegro, Griechenland, Bulgarien nach den Richtungslinien, die die Geschichte, die Verteilung der Volksstämme, die geographische Gestaltung auf der Karte ein-

Digitized by Google

getragen haben, um benachbarte Gebiete vergrößert wären, Serbien auf einen territorialen Ausgang zum Meer verzichtet, Bulgarien die thrazische Küste des Aegäischen Meeres erhalten hätte, Rumänien für die Vergrößerung seiner Nachbarn durch eine Grenzberichtigung entschädigt wäre, die ihm ermöglichte, künftig die Dobrudscha und die Donaumündungen zu verteidigen; wenn ein neuer albanischer Staat und ein neuer mazedonischer Staat geschaffen wären — dann würde die Balkanhalbinsel sich aus Bestandteilen zusammensetzen, die ohne irgendein für die Folgezeit allzu bedrohliches Uebergewicht in so befriedigender Weise, wie es möglich ist, einander die Wage halten würden. Jeder würde dabei etwas gewinnen, aber jeder müßte auch dabei irgendeinen seiner Wünsche zum Opfer bringen.

Werden die Verbündeten in ihrer Siegstrunkenheit sich zu diesem Opfer verstehen? Es ist wenig wahrscheinlich, daß sie für diese Lösung zu haben sein werden. Die Teilung Mazedoniens, nach dessen Gebiet mindestens drei Staaten lüstern waren, ist ein Preis ihrer Erfolge, auf den zu verzichten sie sich schwerlich entschließen werden; das ist vielleicht der letzte Punkt, über den sie sich einigen werden. Und übrigens ist das erste und größte Hindernis für diese Lösung der Umstand, daß es eine nationale Idee und ein nationales Gefühl in Mazedonien nicht gibt, das nur — wie Fürst Clemens Metternich von dem ehemaligen Italien sagte — „ein geographischer Begriff" ist.

Es ist also anzunehmen, daß es zur Teilung kommen wird. In diesem Falle können zwei oben aufgestellte Probleme eine gemeinschaftliche Lösung finden, die geeignet erscheint, die Gefahr eines neuen Balkankrieges in die Ferne zu rücken, vielleicht zu beseitigen.

Wenn Serbien danach strebt, einen Ausgang zum Meer zu bekommen, so muß man anerkennen, daß es gute Gründe dafür hat. Es erstickt in den wenn auch erweiterten Grenzen, die ihm die Schlußakte des Berliner Kongresses zugewiesen hat. Es hängt von der Gnade andrer ab. Es braucht eine Tür, die in die weite Welt hinaus führt; sie zu besitzen ist für das Land eine Lebensfrage. Und auf seine Siege hin begnügt es sich nicht mehr mit der seit zwölf oder fünfzehn Jahren projektierten Eisenbahn, die vom Ufer der Donau aus, gegenüber der rumänischen Grenze, das serbische Gebiet von Osten nach Westen durchziehen und von Nisch über Merdar auf albanischem Boden nach San Giovanni di Medua führen sollte, so daß Serbien seine Produkte dorthin zu Tarifsätzen bringen könnte, über die es als Kommanditär des Unternehmens mit gleichen Rechten, wie sie den andern beteiligten Mächten, Rußland, Frankreich und Italien, zuständen, ein Wort mitzureden hätte. Serbien will jetzt ein Gebiet, einen territorialen Ausgang, wäre es auch nur ein zur Adria führender „Korridor". Nun konnten wohl, solange Oesterreich-Ungarn noch nicht durch die Besetzung Bosniens und der Herzegowina eine slawische und Balkangroßmacht geworden war und solange man in Belgrad sich mit der Hoffnung trug, daß die Besetzung dieser beiden Provinzen keine endgültige sein würde, die serbischen Wünsche sich beliebig nach dem Adriatischen oder dem Aegäischen Meere richten.

Digitized by Google

Dadurch aber, daß die Okkupation länger gedauert hat und vor allem die Annexion darauf folgte, sind die auf das Adriatische Meer gerichteten Absichten Serbiens unausführbar geworden. Im Norden, wo Serbien Bevölkerungen von seiner Rasse finden würde, stößt es auf die österreichisch-ungarische Monarchie; im Süden müßte es in Gebiete greifen, deren Bevölkerungen sich ihm aus Rassen- und Charakterantipathie, aus historischer und traditioneller Feindschaft nicht unterwerfen wollen.

Die Albaner sind ein Volk für sich, ein wildes, stolzes und kriegerisches Volk, das vier Jahrhunderte lang gegen die Türken gekämpft und bisweilen Vorteile über sie zu erringen und Privilegien von ihnen zu erlangen verstanden, aber niemals sich ihnen assimiliert hat, niemals von ihnen unterworfen oder wirklich besiegt worden ist, denn die Sieger mußten immer, selbst bis in die jüngsten Zeiten, mit den Besiegten paktieren. Wenn Europa Serbien einen Ausgang zum Adriatischen Meer mitten durch das albanische Land zusprechen wollte, so würde es damit eine neue Aera von Kämpfen einleiten. Albanien würde sich niemals diese Zerstückelung noch diese partielle Unterwerfung gefallen lassen. Es muß daher im Interesse der Balkanvölker, Serbiens selbst, des europäischen Friedens vor allem, eine scheinbare Lösung vermieden und im Notfalle verhindert werden, die eine Verletzung der nationalen Rechte Albaniens, eine Zerstückelung dieses unglücklichen Landes mit sich bringen und den Grund zu neuen Mißhelligkeiten legen würde. Wenn die Diplomatie auch allzu oft darauf verzichten muß, etwas Definitives zu schaffen, so muß sie sich doch bemühen, in allen Lagen etwas wenigstens einigermaßen Dauerndes ins Werk zu setzen und, so weit die menschliche Voraussicht reicht, dafür zu sorgen, daß Friedens- und nicht Kriegszustände, Ordnung und nicht Verwirrung herbeigeführt werden.

Doch es gäbe, wie es scheint, ein Mittel, das Verlangen Serbiens nach dem Besitze eines Ausganges zum Meer zu befriedigen, und zwar ohne auch nur im entferntesten dieselbe Gefahr zu laufen — ein Mittel, mit dem man im Gegenteil einen auf territorialem Gleichgewicht beruhenden Zustand schaffen würde, ohne irgendein berechtigtes nationales Gefühl zu verletzen. Es würde sich darum handeln, einen Plan wieder aufzunehmen, mit dem sich die Dynastie Obrenowitsch seit dem Berliner Vertrag trug, den Plan, das Königreich Serbien nach Süden hin zu vergrößern und ihm den Lauf des Wardar entlang bis zum Aegäischen Meere den „Korridor" zu eröffnen, den die gegenwärtigen serbischen Staatsmänner aus eigner Initiative oder auf Anregung von außerhalb zum Adriatischen Meere hin bekommen möchten. König Milan, der trotz seiner Leichtlebigkeit und seiner Fehler ein schlauer Politiker war, glaubte, daß es seinem Lande möglich sein würde, dort ans Meer zu gelangen. Die Protokolle des Berliner Kongresses, die Bestimmungen der Schlußakte über die Okkupation Bosniens und der Herzegowina und über die Rechte Oesterreich-Ungarns auf den Sandschak Novibazar hatten ihn zu der Erkenntnis gebracht, daß man auf die Bildung eines slawischen Blocks, der den Weg nach dem Aegäischen Meere

Digitized by Google

versperren würde oder in einem gegebenen Augenblick versperren könnte, verzichten mußte, und zwar weil Mitteleuropa freie Ausgänge nach allen Meeren, die unsern Kontinent bespülen, haben will und um jeden Preis haben muß. Er hatte sich daher mit den vollendeten und unabänderlichen Tatsachen abgefunden, und der Gedanke an eine Vergrößerung Serbiens nach Westen hin war aufgegeben worden. Die Karageorgiewitsch kommen darauf zurück. Sie richten sich damit vielleicht nach einem gebieterischen Wunsch, der ihnen von andrer Seite kundgegeben worden ist; sie gewinnen damit wahrscheinlich eine neue Popularität in ihrem Königreich und bei einem Teile der südslawischen Völker; aber sie arbeiten damit festgegründeten Interessen entgegen; sie bedrohen das von Oesterreich-Ungarn in fünfunddreißigjähriger mühevoller Arbeit geschaffene Werk; sie rufen eine neue Ursache zur Verstimmung und zu Besorgnissen hervor, denn ihr Verhalten kann den Ausbruch des großen, so sehr gefürchteten Krieges herbeiführen. Es wäre klüger von ihnen, sich nicht als Werkzeuge einer diplomatischen Revanchepolitik gebrauchen zu lassen, die zu den schlimmsten Verwicklungen führen kann. Doch dabei müßte die europäische Diplomatie ihnen zu Hilfe kommen, ihnen den Verzicht auf das Adriatische Meer erleichtern und sie dazu zwingen, daß sie in Ermangelung eines Ausgangs nach Westen sich damit begnügen, einen Ausgang nach Süden zu bekommen. Der „Korridor" zum Aegäischen Meer würde mehrere Vorteile haben, außer dem, daß er die Gefahren, auf die wir hingewiesen haben, beseitigen würde. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus würde er den Interessen Serbiens ebensogut dienen; vom ethnischen wäre er logischer als der „Korridor" durch Albanien; was die Lage auf der Balkanhalbinsel betrifft, so würde er dort das Gleichgewicht sichern; vom Standpunkte Europos aus wäre er eine Friedensgarantie.

Ich will jeden dieser verschiedenen Punkte nochmals durchgehen.

Ein serbischer Ausgang zum Aegäischen Meer durch einen Landstreifen längs des Wardar würde den wirtschaftlichen Interessen Serbiens ebensogut dienen. Es kommt in der Tat wenig darauf an, ob die Erzeugnisse der Täler der Morawa nach dem Süden oder nach dem Westen gehen. Sobald die Ware aufs Schiff geladen ist, ist die Entfernung, die es noch zur See zu durchlaufen hat, von untergeordneter Bedeutung. Die Hauptsache ist, daß die Verladung so vor sich gehen kann, daß niemand die Ware hindert, ans Meer zu gelangen, oder sie zwingt, sich für die Durchfahrt lästigen oder willkürlichen Bedingungen zu unterwerfen.

Vom ethnischen Standpunkt aus ist der Weg zum Aegäischen Meer der logischste. Wie wir schon erwähnt haben, würde der Weg zum Adriatischen Meer durch Völkerschaften gehen, die den Serben feindlich, unausrottbar feindlich sind. Der Weg zum Aegäischeu Meer hingegen ginge zum Teil durch Gebiete der serbischen Rasse, d. h. solche, deren Bevölkerungen ebensogut Serben wie Bulgaren werden können. Alle, die Mazedonien aus eigner Anschauung oder durch eingehende Studien kennen, wissen, daß diese Völkerschaften zahlreich sind. Die Gruppen von Griechen und Kutzowalachen, auf die der Weg nach dem

Digitized by Google

Süden stoßen würde, bilden nur eine Minorität, die nicht imstande ist, den vorherrschenden Charakter des Landes zu ändern.

Vom Balkanstandpunkt aus würde der den Wardar abwärts ziehende Streifen serbischen Landes mehr noch einem Bedürfnis entsprechen, als einen Vorteil bieten. Es kommt darauf an, soviel wie möglich zu vermeiden, daß die Bulgaren und Griechen, die beide ehrgeizig sind und nach einem politischen Uebergewicht auf der Balkanhalbinsel streben, sich in direktem und unmittelbarem Kontakt befinden. Die Anlässe zu Streitigkeiten würden zu häufig sein und zu leicht ernst werden. Die Bulgaren müssen den Preis ihrer Erfolge im östlichen Mazedonien und in Thrazien, die Griechen im südlichen Mazedonien und in Epirus finden. Der einen oder der andern dieser beiden Mächte mehr als das gewähren, hieße von vornherein das Gleichgewicht, das es gilt herzustellen, gefährden. Der serbische Landstreifen zwischen den beiden würde den „Puffer" bilden, der die Zusammenstöße abschwächt und die Reibungen einer Grenzgemeinschaft verhindert.

Vom europäischen Standpunkt aus endlich muß alles, was dazu beitragen kann, auf der Balkanhalbinsel eine Stabilität, die man seit so langer Zeit vergeblich zu erreichen strebt, zu schaffen und zu erhalten, mit Beifall aufgenommen werden. Es sind fünf Parteien vorhanden. Eine Kombination, die die eine von ihnen befriedigt, den Streitigkeiten zwischen zwei andern vorbeugt und die vierte und fünfte gleichgültig läßt, ist eine sehr annehmbare.

Bleibt noch die Frage, was aus Saloniki werden soll. Diese Stadt der einen oder der andern der Parteien, die darauf Anspruch erheben, zusprechen, hieße einen unübersteigbaren Stein des Anstoßes auf den Weg der Verständigung setzen. Die Bedeutung und die Lage der Stadt sind derart, daß sie allen dienen muß und niemand gehören darf. Für Saloniki werden durch die Zusammensetzung seiner Bevölkerung und durch seine geographische Lage besondere politische Verhältnisse eine Notwendigkeit. Ohne am Wardar zu liegen, ist es der Hafen des Wardartales und der anstoßenden Gebiete, wie Marseille, ohne am Rhone zu liegen, der Hafen des Rhonetales und seiner Nachbargebiete ist. Es ist weder bulgarisch, noch hellenisch, noch serbisch, und keines dieser drei Elemente hat irgendein Uebergewicht in der Gesamtzusammensetzung seiner Bevölkerung, deren große Mehrheit judäisch-spanisch (Sephardimjuden) ist. Nach den letzten Zählungen waren von 150000 Einwohnern 75000 Juden, 30000 Türken, 3500 Franken; die andern vereinigten Nationalitäten, Griechen, Bulgaren, Serben, Rumänen usw., bildeten den Rest der Bevölkerung. Da die Türken nicht nur infolge des Abzugs der Garnison und der Beamten der verschiedenen türkischen Verwaltungen zurückzugehen, sondern auch als Bevölkerungselement zu verschwinden bestimmt sind, weil der Türke sich aus einem Lande, das aufhört, islamitischer Boden zu sein, zurückzieht, so wird der israelitische Block bei weitem das Uebergewicht über alle andern bekommen. In ihm sind übrigens die großen Kapitalien, die industriellen Fähigkeiten, die kommerzielle Betriebsamkeit zu finden. Durch den kosmopolitischen Charakter der dominierenden jüdischen Rasse ist

Digitized by Google

Saloniki um so besser geeignet, eine freie Stadt und der gemeinsame Haupthafen der Staaten des Balkanbundes am Aegäischen Meer zu werden. Seine Verwaltung kann autonom sein, die Polizei von einer einheimischen Truppe ausgeübt werden, die von Offizieren kleiner Staaten (Belgiern, Schweizern usw.) befehligt würden, und zum guten Schluß müßte die Neutralität von den Großmächten garantiert werden.

Diese gemeinschaftliche Lösung von zweien der schwebenden Hauptfragen könnte natürlich nicht auf den Plan treten, ohne auf Hindernisse zu stoßen, sowohl in widerstreitenden politischen Bestrebungen wie in verletzten oder bedrohten materiellen Interessen. So werden Bulgarien und Griechenland, die beide Saloniki haben möchten und die das Herabsteigen Serbiens zum Aegäischen Meer keineswegs wünschen, in diese Lösung nicht gerne einwilligen. So wird die Orientalische Eisenbahngesellschaft, die von der Türkei die Konzession für die den Verkehr mit dem Wardartal vermittelnde Eisenbahnlinie erhalten hat, nicht verfehlen, Widerspruch zu erheben gegen den Bau einer Konkurrenzlinie auf dem serbischen Landstreifen, obwohl anderwärts, z. B. in dem oben erwähnten Rhonetal, für beide Ufer des Flusses eine Linie vorhanden ist. Aber Bulgarien und Griechenland werden sich trösten, Saloniki nicht zu besitzen, jedes in dem Gedanken, daß es dem andern auch nicht gehört. Und bei materiellen Interessen gibt es immer ein Mittel, sich einzurichten; abgesehen davon ist es, um die Orientalische Eisenbahngesellschaft zum Nachgeben zu bringen, durchaus nicht nötig, daß eine neue Linie gebaut werde: es genügt, daß sie möglich ist.

Und dann, wo gibt es eine Lösung, die keine Gegner haben wird? Wo ist die, die alle befriedigt, die alle Interessen und alle Wünsche in Einklang bringt? Solche Lösungen gibt es nicht. Und wenn man nicht Anspruch darauf machen kann, die in absolutem Sinn gute gefunden zu haben, so wird man sich mit der wenigst schlechten begnügen müssen. Auf jeden Fall muß man sich angesichts der unzähligen verschiedenen Bestrebungen und Interessen, die im Orient alle Fragen so verwickelt machen, strenger als anderswo an das halten, was am besten geeignet ist, einen dauernden Frieden und eine dauernde Ordnung zu sichern; und die besten Lösungen sind diejenigen, die dem Ideal der Gerechtigkeit, der Achtung vor den Nationalitäten und Rassen und dem ewig richtigen Prinzip des politischen Gleichgewichts am meisten Rechnung tragen oder sich am wenigsten davon entfernen.

Digitized by Google

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1850 und 1851

Die in nachfolgendem veröffentlichten politischen Briefe entstammen der Feder des Grafen Hugo zu Münster, der im Jahre 1880 als General der Kavallerie z. D. in Hannover gestorben ist. Sie sind gerichtet an seinen Freund, den späteren Generalfeldmarschall Freiherrn Edwin v. Manteuffel. In der Zeit, als sie geschrieben wurden (1850/51), bekleidete Graf Münster als Major und Flügeladjutant des Königs Friedrich Wilhelm IV. die Stellung eines preußischen Militärbevollmächtigten in Petersburg und befand sich als solcher nicht nur ständig in der näheren Umgebung des Kaisers Nikolaus I. von Rußland, sondern genoß auch, gleichwie der preußische Gesandte v. Rochow, sein besonderes Vertrauen in politischen Fragen. Der Empfänger der Briefe, Edwin v. Manteuffel, gehörte seit 1848 als diensttuender Flügeladjutant zum unmittelbaren Gefolge Friedrich Wilhelms IV. und war dank seiner energischen und unabhängigen Persönlichkeit wie seinen nahen Beziehungen zum Minister Otto v. Manteuffel, seinem Vetter, und zum General v. Gerlach bereits damals ein Mann von politischer Bedeutung. Die Privatkorrespondenz bietet daher einen nicht unwichtigen Beitrag zur politischen Geschichte jener für Preußen wenig ruhmvollen Zeit, in der des Königs Friedrich Wilhelm IV. Bestrebungen, Deutschland an Stelle des hinfällig gewordenen Bundestages eine neue kräftige Staatsform zu geben, namentlich an dem Widerstande der vom Fürsten Schwarzenberg geleiteten österreichischen Politik scheiterten. Für eine richtige Beurteilung der Persönlichkeit des damals auf dem Gipfel seiner Macht stehenden russischen Zaren und seine Stellungnahme zur deutschen Frage finden sich manche neue und bedeutsame Aufschlüsse.

*

Ohne Datum, jedenfalls erste Hälfte September 1850.

Meine Aufnahme ist über alle Erwartung gut gewesen und habe ich bereits zwei politische Stürme aushalten müssen und bei dem einen lebhaft die Partie für den König und dessen Individualität genommen — ich hoffe, Du wirst zufrieden sein; es ward mir schwer genug.

Den 19. gehe ich mit dem Kaiser fort, muß aber leider in einem Wagen mit Orloff junior[1]) fahren. Am 14. Oktober sind wir in Warschau bis 1. November. Der Kaiser will den König nicht sehen, wohl aber wünscht er, daß dieser die Kaiserin besuche, wenn er abwesend. Das aber geht nicht, weil man bei uns glauben würde, der König fürchte eine Zusammenkunft. Da ist es besser, es geschieht gar nicht! Vielleicht gelingt es noch, den Kaiser zu einer

[1]) Sohn des Grafen, späteren Fürsten Orloff, eines Generals und Ministers des Kaisers Nikolaus.

Digitized by Google

Einladung zu vermögen, was das Beste wäre. Dann aber muß die Königin mit. Brandenburg oder Stockhausen[1]) müssen unter allen Umständen nach Warschau kommen, es war schon dumm genug, daß man niemand zu Nesselrode[2]) sendete, ich sprach damals an Gerlach und Stockhausen davon, beide zuckten die Achseln und sagten: „Unbegreiflich."

... Laß Dir meinen Brief ꝛc. an Gerlach zeigen, wenn Du willst, doch steht eben nicht viel darin, weil ich eine lange Audienz mit Rochow zusammen gehabt habe und er selbst darüber berichtet, es also unnötig ist, zweimal dieselbe und obenein mehr oder weniger bekannte Sache zu schreiben.

Später: Orloff sagte mir, daß der Kaiser bis jetzt noch keine Neigung zu einer Zusammenkunft habe, sich auch wenig aus einem Besuche der Oesterreicher mache. Die Kaiserin will, wenn irgend möglich, Schwarzenberg nicht sehen. Genug, es ist noch mehr als zweifelhaft, ob es möglich sein wird, eine Zusammenkunft zustande zu bringen, die für Europa wohl wichtiger als für die Personen ist. Der Kaiser müßte auffordern! A Dio!

*

St. Petersburg, 18. September 1850.

Man gibt hier sehr viel auf die „Kreuzzeitung", so daß sie jetzt mit ihren Leitartikeln vielen Schaden tut. Man ist der Idee, daß der beste Ausgangspunkt für die Wiedererbauung des eingestürzten Deutschlands die Rückkehr zum alten Bundestage sei, um in ihm einen Anhalts- und Ausgangspunkt zu haben. In Berlin ist man gegen den Bundestag, den Bund selbst festhaltend — wir töten uns hier, das begreiflich zu machen und Gründe dafür aufzustellen, die teils darin liegen, daß die Konstruktion des alten Bundestages eine unhaltbare gewesen, daß man also darauf nicht zurückkommen könne, um nicht die Konsequenzen einer Anerkennung des weislich aufgehobenen Bundestages zu riskieren und dann auch tragen zu müssen. Dann bringt die „Kreuzzeitung" wieder einen Artikel, der die kaum wurzelfassende Saat wieder verschüttet und auszieht.

Hält man in Berlin, d. h. im Ministerium, wohl die Idee fest, daß, wenn die fremden Mächte allerdings ein Zentralorgan verlangen können, sie doch die Art, dazu zu gelangen, gar nichts angeht? Und daß ein deutsches Zentralorgan ohne Preußen für sie nie eines sein könnte? Nach der Idee des Kaisers habe Frankreich sehr große Lust, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen und mit England ein Zentralorgan zu verlangen. Ist das wahr, was mir sehr wahrscheinlich ist und von Oesterreich natürlich befördert werden wird, so riskiert Deutschland, daß ihm von Frankreich, England, Rußland eine Präklusivfrist zur Herstellung des Zentralorgans gestellt wird, und Oesterreich lacht sich dazu ins Fäustchen, und wir? Daß diese Mächte ein Organ für Deutschland verlangen können, ist mir ohne Zweifel. Ebenso dürfte es nicht zu verhindern

---

[1]) Preußischer Kriegsminister.

[2]) Graf Nesselrode, russischer Reichskanzler (1844 bis 1856).

Digitized by Google

sein, daß, wenn Deutschland es nicht schafft, jene Mächte es ihm mehr oder weniger oktroyieren, und zwar zum alten Bundestage zurückgreifen werden, weil er schwach und ihnen darum bequem war. Die Einigung mit Oesterreich muß deshalb betrieben werden, und fängt man hier auch bereits an, Oesterreich weniger zu protegieren und in Schwarzenberg nicht mehr den rein konservativen Mann zu sehen — Tengobarski und Butenief, die eben aus Wien kommen, werden dem Kaiser gegen Schwarzenberg sprechen. Dies Dir und dem General Gerlach zur Nachricht, dem ich mich zu empfehlen bitte. Ihm selbst schrieb ich nicht, da Rochow wohl ein voluminöses Skriptum abfeuert ...

Morgen früh gehe ich ab. Mitte Oktober bin ich in Warschau. Der Kaiser will zu keiner Einladung des Königs die Hand bieten, vergebens verschwendete ich meine Worte am alten Orloff, der ihn hierin als inébranlable bezeichnet. Die Kaiserin läßt durch Prinzessin Luise[1]) dem König darüber schreiben, doch so, daß er meiner Ansicht nach nicht kommen kann, so sehr sie ihm auch zureden wird, in Abwesenheit des Kaisers zu kommen. Grüße Deine Frau. Wie immer.

*

Biala-Cerkiew, 10. Oktober 1850.

Gestern habe ich Deinen Brief hier, in der Heimat Mazeppas, richtig erhalten und schreite zu seiner Beantwortung, da ich gerade einen freien Moment habe, während die übrige Gesellschaft auf einem Ball bei der Besitzerin dieser Gegend tanzt.

Im wesentlichen stimmt das, was Du mir geschrieben, mit meinen Ansichten und Aeußerungen überein, die ich hier bisher getan habe. Bei allen vorkommenden Gelegenheiten habe ich König, Regierung und Maßregeln nach besten Kräften vertreten — bei der Ernennung Radowitz'[2]) aber konnte ich es um so weniger, da der König ihn in einem drei Bogen langen eigenhändigen Schreiben an den Kaiser „Mon ami le plus intime, auquel je suis attaché de cœur et d'âme" usw. nannte, und hinzufügte, daß er mit ihm ganz einig sei, und sie beide nur eine Politik hätten und derart mehr. Da konnte ich denn nur antworten, daß R. schon mehr als einmal gewechselt habe, daß er also jetzt vielleicht einen andern als den früheren Weg betreten haben könne, und daß, wenn dies nicht der Fall sei, gerade diese Ernennung der Anfang seines politischen Todes sein werde. Was die Zusammenkunft in Warschau anbelangt, so habe ich darüber mit dem Kaiser mehrfach Unterredungen gehabt und ihm das Wünschenswerte derselben vorgestellt, habe aber stets auf einer Einladung bestanden, zu der sich der Kaiser nicht verstehen will, weil er der Ueberzeugung lebt, daß das gegenseitige Verhältnis dadurch nicht gebessert, der König auf keinen andern Weg geführt werden würde. Als nun die kurhessische An-

---

1) Prinzessin Luise von Preußen, Gemahlin des Prinzen Friedrich der Niederlande, die jüngste Schwester des Königs Friedrich Wilhelm IV. und der Kaiserin Charlotte.

2) General v. Radowitz war Ende September 1850 zum preußischen Minister des Aeußern ernannt worden.

Digitized by Google

gelegenheit und R.s Ernennung kam, habe ich sehr, sehr schwere Stunden durchzumachen gehabt; beide haben die Hoffnungen für eine Zusammenkunft eigentlich begraben. Die kurhessische Sache habe ich fest vertreten, sie weniger politisch aufgefaßt als militärisch, unsre geographische Lage, die Etappenstraßen und dabei die politischen Verhältnisse ins Gefecht gebracht. Dies hat dann auch gezogen, nur ist der Kaiser über das Provozierende unsers Auftretens und darüber empört, daß man dem Kurfürsten das Recht, sich hier oder da Hilfe zu erbitten, absprechen will, daß wir nur eine Mitbeteiligung bei einer etwaigen militärischen Intervention beanspruchen könnten, daß aber dies nicht der Weg dazu sei — und darin hat er au fond auch recht. Hierüber habe ich zweimal an den König schreiben müssen und hinzugefügt, daß die Ernennung von R. ein neues Hindernis zur Verständigung mit Rußland und Oesterreich sei und die Aufhebung der Unionsverfassung neutralisiere. Gestern noch habe ich mit dem Kaiser wieder eine Unterredung gehabt, wobei er von selbst wieder von der Zusammenkunft anfing, wobei ich ihm sagte, daß ich ihm meine Gründe nicht wiederholen wollte und ihm nur noch die Frage stellen könne: ob er es mit seinem Gewissen verantworten könne, gewissermaßen die Hand zurückzustoßen, die ihm entgegengestreckt werde? Er legte die Hand aufs Herz und sagte: „Ja, nach alledem, was ich seit 1840 erlebt habe, kann ich das," worauf ich ihm kurz erwiderte: „Nun, dann habe ich das letzte Wort über diese Angelegenheit gesprochen." Der Kaiser konnte aber noch nicht aufhören und fügte hinzu: der König könne sich ja ansagen und kommen, wenn er es durchaus wolle, er würde gut empfangen werden, aber, aber usw. Da antwortete ich ihm kurz: „Eure Majestät, der König von Preußen kann und darf unter den obwaltenden Umständen nicht ohne Einladung nach Warschau kommen." Der Kaiser reichte mir die Hand und sagte: „Ich denke wie Sie." — Dann war die Rede davon, daß er wohl die Vermittlung einer Zusammenkunft des Königs mit dem Kaiser von Oesterreich in Warschau oder anderswo übernehmen würde, wenn er hoffen könnte, daß eins dergleichen zu irgend etwas Gedeihlichem führen könnte, doch ging ich darauf weiter nicht ein, weil ich der Ansicht bin, daß man eine solche Zusammenkunft lieber noch aufschieben muß, bis Radowitz und Schwarzenberg über Bord sind — jetzt effektuiert sie doch nichts, da wir Rußland dabei in der deutschen Sache nicht für uns haben, indem es fortwährend sich zugunsten Frankfurts ausspricht. Schließlich kam der Kaiser abermals auf die Zusammenkunft mit dem König zurück (so daß ich sah, daß ihn meine Frage doch frappiert hatte) — ich schwieg; worauf er sich dafür erklärte, daß er diese Angelegenheit noch ruhen lasse, in W. mit Rochow, Nesselrode und Meyendorf[1]) darüber reden und dann einen Beschluß fassen wolle!!! Davon schrieb ich aber nichts an den König. Wenn der Kaiser über die Lage der deutschen Verhältnisse meiner Ansicht nach auch nicht klar sieht und sich von den Frankfurtern mehr verspricht als sie je leisten werden, sie als den einzigen richtigen point de départ ansieht — so meint er es doch

[1]) Baron Meyendorf, 1839 bis 1850 russischer Gesandter in Berlin, dann in Wien.

Digitized by Google

sehr, sehr gut mit uns, und ist nichts weniger als eingenommen von der Politik Schwarzenbergs, die er eine kluge, aber illoyale nennt. Ich glaube unsern Verhältnissen hier nichts vergeben zu haben, glaube sogar, daß es gut gewesen ist, daß ich hier war, daß der Ausbruch des kaiserlichen Unmuts stets einen Gegenstand hatte, wo er sich entladen konnte. — Das Aussprechen des Aergers ist schon viel wert. Gegen mich ist der Kaiser über alle Begriffe gut, freundlich und offen, so daß ich das gar nicht dankbar genug anerkennen kann und daher auch die schweren und traurigen Momente gern verwinden will, möge mir nur der Himmel stets den für unser Heil richtigen Weg zeigen.

Da hast Du eine von zwanzig Menschen unterbrochene Relation — es hatten sich viele vom Ball gedrückt. Dem General Gerlach kannst Du davon natürlich Mitteilung machen.[1]) Ich schrieb ihm selbst nicht, weil ich nicht wußte, was aus ihm geworden war. Empfiehl mich dem General Stockhausen, grüße Deine Frau und Kinder. — Wie immer!

Gott befohlen.

Die Art und Weise, wie man mit Dir umgegangen ist, spricht nur von neuem für die Geschichte der ausgequetschten Zitrone — wenn erst wieder Not an Mann ist, wird man versuchen, ob nicht noch ein Rest Saft da ist. Aeußerst schmeichelhaft!

Ich reiße den Brief noch einmal auf, um hinzuzufügen, daß der eigentliche Russe am liebsten gar nichts von Deutschland hören will; sondern nach der französischen Allianz drängt — die eigne Schwäche gegen England fühlend und um zugleich Deutschland, so umfaßt, unschädlich zu machen.

*

Warschau, den 29. Oktober 1850.

Herzlichen Dank für Deinen soeben empfangenen Brief vom 20. d. M., den ich hiermit beantworte, da Du es wünschst; sonst hätte mich kein Mensch dazu gebracht, noch Politik zu schreiben. Sie ist mir bis an den Hals, namentlich seitdem ich hier in Warschau bin, selbst nicht mehr darauf angeredet werde, wenigstens nur oberflächlich, dagegen aber fortwährend davon reden höre, reden muß und all den vielen Unsinn verdauen soll, der von fast allen Seiten zutage gefördert wird. Laß Dir von Gerlach meine letzten beiden oder vielmehr zweieinhalb Briefe zeigen und vernimm außerdem, daß es hieße ganz tauben Ohren predigen, wenn man den Kaiser von der Liebhaberei für F. a. M. abbringen wollte, und um so weniger ist daran zu denken, da Meyendorf, der in den deutschen Sachen das größte Wort spricht, ebenso dahin neigt, wie auch Gr. Nesselrode. Rechnet man dazu auch die drohende Sprache, die wir in bezug auf Holstein neuerdings hier führen lassen, daß wir nämlich auch dort keine militärische Intervention seitens der Frankfurter dulden würden, so kann man sich nicht wundern, wenn hier sofort geantwortet wurde: „Sobald die Frankfurter zur

---

[1]) Gerlach erwähnt den Brief in seinen Denkwürdigkeiten, Bd. I S. 540 ff.

Digitized by Google

Pazifizierung Holsteins ernstlich schreiten, so erkennen wir sie als deutschen Bund an und werden es als einen Casus belli betrachten müssen, wenn Preußen sich den nötigen Maßregeln zur Pazifizierung widersetzen sollte." Ich kann weder politisch noch militärisch einen haltbaren Grund finden, warum wir den andern Regierungen nicht das Odium überlassen wollen, die Holsteiner mit Gewalt zu entwaffnen, wenn sie es soweit kommen lassen sollten; nein, man will lieber selbst die Waffengefährten entwaffnen, damit nur kein andrer sich die Hände noch an dieser Geschichte beschmutzt, die uns obenein ein gutes Stück Ehre kostet.

Dies ewige Harangieren und Drohen ist so parvenüartig wie nur möglich, und Gr. Nesselrode hat ganz recht, wenn er sagt: „Wer kann und mag mit einer Regierung unterhandeln, die ewig droht?" Warum fallen wir bei dieser Frage wie in Kurhessen gleich mit der Tür ins Haus? Erst sucht man sich zu verständigen, dann sagt man, daß man unter diesen Umständen zu unangenehmen Maßregeln gezwungen werden würde, und dann droht und schlägt man. — Das ist anständig und gentlemanlike.

Der Hauptübelstand ist hier, daß man an der Aufrichtigkeit der Regierung zweifelt, daß man nicht glaubt, sich auf Budbergs[1]) Propositionen oder Zugeständnisse verlassen zu können, weil man der Ueberzeugung lebt, daß sich Radowitz doch das letzte Wort vorbehalten und abgeben werde, es deshalb nicht der Mühe verlohne, mit ihm zu unterhandeln. Oesterreich zweifelt, Dank sei es Prokeschs[2]) Insinuationen 1. an der Aufrichtigkeit der Aufhebung der Unionsverfassung, verlangt diese bestimmter formuliert — verlangt ferner 2. von uns Anerkennung des Bundes unter der Reserve des Rücktritts in unsre jetzige Stellung, sofern dort nichts Gedeihliches und uns Annehmbares festgestellt werde. Ist beides geschehen, so will es 3. Konferenzen in Wien auf Basis der von 1819.

ad 1 kann zugegeben werden,

ad 2 ist ein Unsinn oder eine Falle;

trotzdem aber findet man das hier Allerhöchstenortes ganz charmant und tunlich; doch selbst Nesselrode findet es zuviel. Meiner Ansicht nach handelt es sich da gar nicht um zuviel, sondern darum, daß man uns das Netz, mit der Aussicht auf eine Oeffnung zum Rückzug, über den Kopf werfen will in der Idee, daß sich seine Oeffnung dann von selbst zuziehen oder verschwimmen wird. Läge diesem Passus keine arrière pensée zugrunde, so wäre es weit einfacher, zu sagen: „Halt ein mit deiner Union, wir brauen einstweilen in F. a. M. weiter, und ist das Getränk fertig, so sieh, ob es dir schmeckt."

ad 3 enthalte ich mich des Urteils, indem ich über die Konsequenzen nicht klar bin, die aus der Annahme dieser Basis von 1819 hervorgehen könnten, mir auch der Modus derselben fremd ist.

So viel ist gewiß, daß selbst Meyendorf sehr unzufrieden über Schwarzen-

---

[1]) Baron v. Budberg, russischer Gesandter in Berlin, Nachfolger Meyendorfs.

[2]) Graf v. Prokesch-Osten, österreichischer Gesandter in Berlin.

Digitized by Google

berg geschrieben und diesem gesagt hat (als er sich dahin aussprach, daß wohl nur ein Krieg die deutsche Frage erledigen könne), wie die Hilfe Rußlands, bei dieser Art zu denken, für ihn keinesfalls bereit sein werde.

Graf Brandenberg ist einsilbig, er aber wie sein Famulus Flemming äußerst kriegslustig; letzterer glaubt durch einen Krieg das in Deutschland gesunkene Ansehen Preußens wieder aufzurichten. Bei einem Kriege unter den obwaltenden Verhältnissen kommt es aber gar sehr darauf an, wofür man ihn führt, ganz abgesehen davon, daß der Ausgang auch noch zweifelhaft ist. Ein Krieg mit Oesterreich, seinen Anhängern und Rußland wegen Holstein macht mir zum Beispiel den Eindruck einer Tollhäusleridee und doch will v. Flemming die Oesterreicher mit den Waffen in der Hand verhindern, dort zu pazifizieren! Oesterreich wird keine Truppen dorthin schicken und Württemberg und Bayern erst recht nicht; — gingen sie aber alle hin — in Gottes Namen! Man macht ihnen schließlich das Loch, im Falle eines Konfliktes, ruhig zu und kommt da in denselben Vorteil, den man in Kurhessen den Bundesmännern nicht einräumen kann. Außerdem brächte uns ein Krieg für Holstein in Kontakt und Allianz mit allem Gesindel Deutschlands. Je mehr ich aber dem ganzen politischen Getriebe in die Karten sehe, desto weniger Achtung habe ich vor der Weisheit der die Geschäfte Leitenden. Auch bestätigt sich mein früheres Urteil über Rochow mehr und mehr — es fehlt ihm zu sehr an eignem Urteil, an Auffassung und Ideen; er ist nur geschickt im Zusammenstellen, tätig, fügsam und vertrauenerweckend —, das ist viel, aber hier nicht genug. Bei seiner hiesigen Stellung hätte er wohl (?) mehr leisten können. Freitag kommt Franz Joseph und sein Felix[1]) und Grünne,[2]) und am 30. gehe ich nach Petersburg ab. Grüße die Deinigen und behalte mich lieb.

Deinen Brief habe ich gegen Rochow ausgebeutet, — doch wohl vergebens.

*

Den 13. November 1850.

Deinen Brief habe ich erst heute erhalten und zugleich durch die „Kreuzzeitung" und Bertha die Nachricht von Brandenburgs Tod.[3]) Ein eminenter Verlust in diesem Augenblick, der hier sehr beklagt wird! Ich benutzte die Position, die ich mir hier gemacht, und ging sofort zum Kaiser, las ihm Deinen Brief vor und führte alle Völker ins Gefecht. Leider aber richtete ich wenig aus, wenigstens momentan; doch muß man ihn dann in Ruhe lassen, da sein Herz und vernünftige Argumente den Kaiser zum Nachdenken veranlassen. Uebrigens hatte er bereits ermahnend nach Wien geschrieben — Budberg benimmt sich gut —, ich habe die Beweise. Die Mobilmachung beklage ich mit dem Kaiser, weil sie nur Veranlassung zu neuen Verwicklungen sein wird und moutarde après diner ist; — dabei zu teuer, um der allgemeinen Stimmung als Bissen

[1]) Fürst Felix Schwarzenberg.
[2]) Graf Grünne, österreichischer Generaladjutant.
[3]) Graf Brandenburg war am 6. November gestorben.

Digitized by Google

hingeworfen zu werden. Deine Ansichten teile ich vollkommen, und deshalb habe ich Deinen Brief auch noch an Nesselrode gesendet, da ich ihn nicht sprechen konnte. Ich war übrigens mit dem Kaiser hart aneinander, ging so weit, ihm zu sagen, er spräche wie ein Staatsminister, den Soldaten und General vermisse ich diesmal zuerst bei ihm usw. Dafür bekam ich eine Pille; doch ließ ich nicht nach und ging bis zum Bitten. Er versprach nichts, aber er hörte, — Frau und Herz müssen den Rest tun. Er wird uns in der hessischen Sache immer Unrecht geben, und da hat er auch eigentlich ganz recht, denn wir haben nicht allein Unrecht, sondern uns albern und provozierend betragen, — marschieren wird er aber deshalb vorerst noch nicht gegen uns, es sei denn, daß ihn die Oesterreicher zur Hilfe rufen, was diese auch nicht gern wieder tun werden. Es tut mir leid, daß ich nicht in Berlin bin, um den Offizieren die Köpfe zurechtzusetzen, — bei solchen Gelegenheiten habe ich einige Autorität, ich weiß das vom März 1848 her.

Laßt mich nur nicht hier sitzen, wenn es ordentlich losgehen sollte, was ich immer noch nicht glauben kann und mag, weil es weder der Moment ist noch der genügende Grund vorhanden. Aber in Sanssouci oder in Charlottenburg kann ich auch nicht bleiben, wenn man mich zurückrufen sollte. Wenn ich hier auch nicht unnötig bin, selbst wenn Rochow hier ist, so bin ich doch vielleicht anderswo besser zu brauchen. Die Garden kennen mich, auch Gröben. Doch wie Gott will, — vergiß mich nicht und sei überzeugt, daß ich hier nicht schlafe! Wie immer!

Zugleich mit diesem Brief kommt ein politischer Bericht an, laß ihn Dir von Gerlach zeigen. Will man Rochow etwa nach Wien senden, so laßt mich hier; denn ich bin jetzt immer noch besser als alles andre, was man senden könnte.

Nachschrift

Den 14.

Heute kam in der Person des Majors Schlegell ein äußerst konfuser Schwätzer hier an, den ich sofort nach Zarskoe expedierte, wo er eine lange Unterredung mit dem Kaiser gehabt, und von dort bedeutend zahmer zurückkehrte, zugebend, daß es schwer sei, gegen denselben aufzutreten, wenn er den gewissen logischen Faden zu spinnen anfange. — Wie er sagt, will der Minister Manteuffel den Oesterreichern den eventuellen Durchmarsch durch unser Land nach Holstein nicht gestatten. Man überlege in Zeiten diesen Punkt. Gibt man die Ausführung des Waffenstillstandes durch Frankfurter Intervention zu — was geschehen —, so wird man auch die Konsequenzen tragen müssen, da die Unmöglichkeit, nach Holstein zu gelangen, mit dem Widersetzen gegen die ganze Ausführung des Artikels IV ziemlich auf eins herauskommt. Natürlicher wäre es allerdings, wenn sich jene Truppen vorzugsweise durch Sachsen und Hannover dirigierten, ihnen unser Terrain ganz abzuschneiden, halte ich für nicht statthaft.

Das Aufbieten des zweiten Aufgebots und der ganzen Landwehrkavallerie ist bestimmt zuviel.

Digitized by Google

Aus den Konferenzen wird auch nichts herauskommen, weil wir werden Forderungen stellen müssen, die man uns nicht einräumen wird. Dann bleibt nichts übrig, als aus dem Bunde ganz auszutreten und uns auf die altpreußische Basis, unser gutes Schwert, zu stellen und zu erwarten, was man gegen uns etwa unternehmen wird.

*

St. Petersburg, den 28. November 1850.

Gestern abend erhielt ich Deinen Brief nebst Thronrede, vor der ich mich mehr geängstigt habe, als nötig war; bis auf den Punkt von dem „in den Waffen bleiben zur Wahrung des guten Rechtes" (oder dergleichen Worte auf der letzten Seite) findet man sie hier unverfänglich. Ich sprach den Kanzler bei Rochow darüber und suchte seine Ansicht, daß sich die Regierung dadurch mehr oder weniger die Hände gebunden habe, dadurch zu modifizieren, daß man dem Lande für die Bereitwilligkeiten doch auch eine derartige Anerkennung habe geben müssen. — Die gestern eingegangenen Depeschen des Barons Budberg habe ich eben gelesen, sie lauten wenig tröstlich, indem Minister Manteuffel selbst wenig Hoffnung zu haben scheint, sich halten zu können — in demselben Sinne äußerte sich dessen Bruder gegen Frau v. Rochow. Das ist zu traurig!

Schon früher habe ich Dir die Besorgnis ausgesprochen, daß der Durchmarsch der Frankfurter nach Holstein durch Unionsgebiet Unannehmlichkeiten herbeiführen könne, und daß man sich in Zeiten überlegen möge, was dabei zu tun. In gleichem Sinne schrieb ich an General Gerlach. Ich bleibe bei meiner Ansicht stehen, daß, wenn man den Frankfurtern die Intervention in Holstein gestattet, was ja Herr v. Radowitz noch eingeräumt, man nicht zugleich verlangen kann, daß sich dieselben in Triest einschiffen oder mit Luftballons nach Kiel marschieren sollen. Der Streifen Braunschweiger Landes scheint mir überdem so gering, daß er vielleicht zu passieren sein dürfte, ohne daselbst Quartier zu nehmen und andre Reklamationen von Vorspann, Verpflegung für Mann und Roß zu beanspruchen!? — Was die österreichischen Garantien anbelangt, so hat man dieselben unserseits gefordert — und mit Recht —, jetzt sind sie gegeben. Entweder genügen sie nicht, dann fordere man mehr, genügen sie aber, wie ich das glaube annehmen zu können, so liegt auch kein vernünftiger Grund mehr vor, überhaupt noch Truppen in Hessen zu behalten, ich würde sie in diesem Falle ganz zurückziehen mit obligater Erklärung an die Kammern, auf die Garantien fußend, und nun ab und zu ein Regiment quer durchmarschieren lassen, um mein Recht stets in Evidenz zu erhalten und meine Quartiere an den Straßen von niemand anderm belegt zu sehen. Daß Oesterreich auf die Räumung von Kassel dringen wird, finde ich begreiflich, weil es die Residenz und der Sitz der herzustellenden Regierung ist, ein Belassen unsrer Truppen daselbst würde nur zu Schlägereien führen, überdem haben wir die Frankfurter im Kurfürstentum vollständig umspannt, selbst wenn wir es räumten. Meinerseits würde ich nicht so weit gegangen sein als Minister Manteuffel in seiner Depesche vom 9. d. M. an den v. Rosenberg (der übrigens sehr links sein soll),

Digitized by Google

wonach Preußen sich nicht um die Entwirrung der wirren hessischen Angelegenheit kümmern will. Das ist aber einmal geschrieben worden, man muß also die Konsequenz tragen, die darin liegt, dem andern Teile den Sitz der Regierung zu freier Disposition zu stellen. Von dem militärischen Standpunkte aus sehe ich auch gar kein Hindernis, Hessen nach den gegebenen Garantien zu räumen, würde diese vielmehr mit Freuden ergreifen, um dadurch aus der halb friedlichen Stellung herauszukommen, und den Kammern durch den Kriegsminister die Angelegenheit, aber vom militärischen Standpunkt aus, darstellen. Bleibt es aber bei der Weigerung des Durchmarsches, so schlägt man damit dem hiesigen Kabinett wieder mittelbar ins Gesicht, weil man die Direktion nach Holstein, dem für Rußland allein wahrhaft empfindlichen Punkt, unterbindet, das geht nun und nimmermehr. Die Hoffnung des Ministers Manteuffel, diese Frage bis zu den Konferenzen hinauszuschieben und dort zu erledigen, ist auf Sand gebaut, weil Oesterreich darüber selbstredend vorher eine Erklärung verlangen muß und sich bei den Konferenzen (auf die ich wenig Hoffnung habe) erst andre Kardinalfragen erledigen müssen, und Oesterreich, um sich Rußland warm zu halten, stets nach der holsteinischen Richtung hindrängen wird.

Darüber mache man sich indes in Berlin keine Illusion, daß der Sturz von Manteuffel und Stockhausen hier und in Wien den Charakter einer halben Kriegserklärung oder mehr haben würde, ein Wiedereintritt von Radowitz aber alle Unterhandlungen in den Brunnen fallen ließe.

In bezug auf die Stellung des hiesigen Kabinetts, so muß ich leider gestehen, daß es nicht möglich geworden ist, dasselbe zu entschiedenerem Auftreten zu unsern Gunsten zu vermögen als zu anerkennender Sprache nach Berlin, sowohl im Handschreiben des Kaisers als auf diplomatischem Wege, und zu versöhnlicher (das ist wenig) Sprache nach Wien. Der Grund davon liegt darin, daß das Vertrauen zu Manteuffel und Stockhausen zwar sehr groß ist als Individualitäten, aber nicht als Träger der Politik, weil man nur zu gut unterrichtet ist, daß sie weder das Vertrauen des Königs noch ein entschiedenes Uebergewicht im Konseil haben. Deshalb nimmt man hier wohl Anstand, sich zugunsten eines unsicheren Fahrzeuges und mit demselben zu avanturieren. Ich beklage diese Auffassung um so mehr, da ein hiesiges entschiedenes Auftreten zugunsten Preußens, nachdem dieses Opfer gebracht und Demütigungen ertragen, teils zu verlangen, teils von unberechenbarem Erfolge für das große Allgemeine sein würde. Man glaube deshalb nicht, daß im hiesigen Kabinett wesentliche Sympathien für das in Wien herrschen, man glaubt es *jetzt* nur in seinem Recht und auf dem Wege, wenn auch nicht gerade zur Rückkehr zum Alten, so doch zu einem annähernden Zustande. Auf der andern Seite finde ich aber, daß man hier das eigne Interesse, was in der Stärkung Preußens als Nachbar und Alliierter, mit dem man keine wesentlich kollidierenden Interessen hat, nicht genug erkennt, d. h. im Kabinett. Wesentlich anders ist es in der Armee, wo kein vernünftiger Mensch zugunsten Oesterreichs gegen uns auftreten möchte, denn die Sympathien für die preußische Armee sind fast noch ebenso mächtig als der sich

Digitized by Google

überall aussprechende Haß gegen Oesterreich. Das weiß der Kaiser auch recht gut und wird es berücksichtigen. — Ich bin zuweilen in einer ganz verzweifelten Lage; wenn ich mich überzeugen muß, daß mein Reden, Bitten und Vorstellungen bei Kaiser wie bei Kanzler an einer eisernen Brust abprallen — das, was man vielleicht erlangen kann, ist ein negatives Resultat, ich meine Aufschub — ein positives nie oder nur ein halbes. Die hiesige Vorsicht in der Politik ist ebenso konsequent, als unsre Unvorsicht seit dem November 1848 inkonsequent blieb. — Zu weit vom Schauplatz in Berlin entfernt, habe ich natürlich zwar kein Urteil oder bestimmte Ansicht über die nächste Zukunft, vielleicht über das, was dort bereits geschehen, während ich hier schreibe. Bricht der Krieg aber aus, was Gott verhüten möge, so wird es Schwarzenberg bestimmt so zu drehen wissen, als ob wir ihn provoziert hätten. Dann bleibt uns nichts übrig, als positiv hierher zu erklären, daß nur Rußlands Neutralität uns vor französischer Allianz bewahren werde. Avis au lecteur! Gott befohlen und wie immer!

*

Zarskoje-Selo, den 4. Dezember 1850.

... Die Sachen stehen hier sehr schlecht und sind Kaiser wie Kanzler so gereizt, daß eigentlich gar nicht mehr mit ihnen zu reden ist. Dabei bekommen wir kein Wort von der Regierung, das uns au courant erhielte, nur russische Depeschen aus Berlin und Wien sind es, aus denen wir die Lage der Dinge erfahren, so daß ich dem Kaiser bereits vorgestern abend antwortete, er möge es mir nicht verdenken, wenn ich mein Urteil nicht einseitig nach seinen Nachrichten formiere, und ihm gestern abend sagte, ich könne den Berichten des Generals Mansurof, die aus Aeußerungen von Ernst Augusts Kopf und Munde geschöpft, keinen unbedingten Glauben beimessen. — Es ist das eine äußerst peinliche Lage, weil man, die Wahrheit fürchtend, doch nicht einmal in den Stand gesetzt ist, die Auffassung der Regierung in irgendeiner Frage bei dem ewigen Wechsel bestimmt zu kennen, und sich also nur in allgemeinen vagen Phrasen ergehen kann.

Doch jetzt zur hiesigen Auffassung.

1. Man betrachtet es hier als einen Bruch der Versprechungen, abgegebenen Erklärungen und der Handschreiben des Königs, wenn man nach den gegebenen Garantien (die man hier hinreichend findet) nicht Kassel und womöglich ganz Hessen räumt. (Ich trete dieser Ansicht zwar nicht ganz bei, finde es aber politisch wie militärisch töricht, daß man nicht jede Garantie ergreift, nur aus Hessen tant bien que mal herauszukommen und lieber das Land mit Truppen zu umfassen.)

2. Man behauptet hier, daß unsre Regierung nun wieder verlange, sich bei der Regelung der inneren Verhältnisse Hessens zu beteiligen, nachdem Manteuffel in seiner Depesche vom 9. (?) November sagte, es sei dies eine Aufgabe, die sich die Regierung nicht gestellt habe. Daraufhin argumentiert man hier, daß man die Sache nur habe hinhalten wollen, um mit den Rüstungen vorzu-

Digitized by Google

schreiten, daß man also eine früher gegebene Erklärung nun zurücknehme — ein neuer Beweis für die Unzuverlässigkeit unsrer Regierung. (Ich weiß nicht, ob diese Prätension wahr ist, wohl aber habe ich jene Erklärung des Ministers Manteuffel an den v. Rosenberg selbst gelesen.)

3. Man behauptet hier ferner mit Gewißheit, daß unsre Regierung die braunschweigische Weigerung veranlaßt habe und dadurch ihr gegebenes Versprechen, der Intervention in Holstein „nichts in den Weg zu legen", breche, daß wir vielmehr die moralische Verpflichtung hätten, den Herzog zur Erlaubnis des Durchmarsches zu veranlassen, eventualiter ihn fallen zu lassen, aber weder aufzureizen noch zu unterstützen. (Schon neulich schrieb ich General Gerlach und Dir über diesen Punkt des Durchmarsches und sprach meine Besorgnis aus — ich brauche es also hier nicht zu wiederholen, daß der Herzog, wenn auch töricht, so doch in seinem Rechte ist, steht außer Zweifel. Daß wir ihn aber dazu anregen (?) oder unterstützen wollen, ist unverantwortlich, indem wir dadurch unsre eingegangenen Verpflichtungen wenn auch nicht formell, so doch faktisch umgehen. Denn geben wir die Intervention zu, so müssen wir nun auch die Möglichkeit derselben zugeben.)

Genug, aus den vorstehend aufgeführten drei Punkten zieht man hier das Resultat, daß unsrer Regierung niemals zu trauen sei, daß sie nur habe Zeit gewinnen wollen und au fond den Krieg wolle, daß man endlich diesseits das alles unter Hinwirkung auf die holsteinische Frage als Casus belli nehmen und vorläufig wenigstens den Gesandten abberufen müsse.

Die heute oder doch zunächst ankommenden Nachrichten werden wohl den Ausschlag geben und daher auch unser Bleiben oder Gehen bedingen. Daß wir zum Guten und zur Mäßigung geredet haben nach besten Kräften, versteht sich von selbst, ebenso daß die hiesige Auffassung und deren Resultat meiner Ansicht nach etwas vom Zaun gebrochen, was auch wir nicht verhehlt haben. Zuletzt hat indes alles seine Grenzen, und mit unsrer Armee unter den Waffen muß man bei aller Intimität die Sachen, wenn sie einen gewissen Punkt erreicht haben, gehen lassen. Denn bittende Vorstellungen sind dann selbst hier nicht mehr am Platz.

Fast glaube ich auch, daß jetzt ein gründlicher Zusammenstoß mit Oesterreich usw. uns gegenseitig weiterführen wird als alle Unterhandlungen, Erklärungen usw. Kommt es dazu, so gehe man unserseits nur möglichst rasch zu Werke und suche ein Resultat zu erzielen, bevor man in Frankreich oder hier noch recht zur Besinnung kommt. Ein Fait accompli ist viel wert, namentlich wenn Bayern erst mit blutigem Kopf in sein Verhältnis zurückgeführt ist. Nur dann kein Zaudern, nur von uns aus die Initiative ergreifen, sobald der Degen einmal gezogen ist. Eine Klippe aber müssen wir bestimmt vermeiden, das ist abermaliges Fraternisieren mit gegen ihre Regierung aufgeregten Völkerschaften, wie das sehr leicht in Sachsen und Hessen kommen kann. Uebergehende Truppen nehme man an, sende sie aber sofort weit zurück. Ebenso dienlich wie den Bayern wäre auch den Sachsen eine derbe Lektion. Schließlich noch die Be-

Digitized by Google

merkung, daß weder der Kaiser noch seine Generale irgend Lust haben, uns den Krieg zu machen, und daß er wohl der Hoffnung lebt, uns mit Drohungen und Anhäufung von Truppenmassen an unsrer Grenze zu schrecken und so zum Nachgeben zu zwingen. Indes das Maß seiner Gereiztheit ist zum Ueberlaufen voll, und bei der ihm eignen Leidenschaftlichkeit und bei an der Grenze stehenden Armeen bedarf es nur noch eines Stoßes, um das Ueberlaufen des Gefäßes herbeizuführen und sein für Preußen schlagendes Herz wenigstens momentan zu beschwichtigen.

Wo komme ich hin, wenn der Krieg ausgebrochen und ich noch zur rechten Zeit eintreffe? Stecke mich in ein Dragoner- oder Husarenregiment. Im Hauptquartier des Königs bekomme ich Händel mit Radowitz oder Boddien. Die Schnelligkeit der Mobilmachung imponiert hier doch sehr, ich nehme das äußerlich gleichgültig hin und sage nur, daß ich nicht begreifen kann, daß man hier noch habe über unsre Militäreinrichtungen, deren Präzision und den musterhaften Geist des Soldaten Zweifel hegen können. Es ist die einzige Befriedigung, die ich seit langem gehabt.

*

St. Petersburg, den 8. Dezember 1850.
Der Brief geht erst am 10. mit Kurier ab.

Gestern habe ich Deine beiden vor und nach Olmütz geschriebenen Briefe erhalten, während Du mittlerweile denjenigen von mir bekommen haben wirst, der hier in der Aufregung der schlechtesten Nachrichten und bei der größten Gereiztheit des Kaisers geschrieben war, die ihn trieb, noch 20—25000 Mann in Kriegsbereitschaft zu setzen oder doch zu halten. Ueber die süddeutsche Politik brauchst Du Dich nicht zu rechtfertigen,[1]) ich hatte Dich vollkommen verstanden und die Sache auch hier gerade so hingestellt, wie sie von Dir gemeint war.

Was nun aber jetzt? Ich habe zu den Konferenzen wenig Vertrauen und Hoffnung auf gedeihliche Resultate; dennoch aber sehe ich die Notwendigkeit ein, in Deutschland vor allem erst wieder eine allgemeine Basis herzustellen sowohl gegen die Revolution wie zur Erreichung innerer vernünftiger Maßregeln. Sehr viel hängt nur davon ab, welche Prätensionen unserseits gemacht werden sowie welche Richtung Oesterreich dabei einschlagen wird. Bleibt es bei seinem Verband mit den Süddeutschen, so kommt ggr nichts zustande. Erreichbar ist wohl nur etwas, wenn es mit uns d'accord ist. In zwei Hauptfragen, Präsidium und Exekutive, hat es die Erledigung bereits in Warschau en suspend gelassen; und es ist bekannt, daß es die Präsidialfrage als Ehrenpunkt betrachtet. Dann aber ist sie es auch für uns, obgleich ich sie im Grunde genommen als ganz gleichgültig betrachte und jedesmalige Wahl oder allgemeine Alternierung ganz genügend finden würde, wenn ich auch dem ersteren Modus den Vorzug geben möchte. Was aber die Exekutive anbelangt, so wird der

[1]) Randbemerkung Manteuffels: „Ist auch nicht geschehen."

Digitized by Google

Dualismus für dieselbe nicht durchzuführen sein; denn die Königreiche werden darin natürlich ihre gänzliche Zurücksetzung sehen und finden, sich also mit Händen und Füßen dagegen sträuben, und Oesterreich kaum die Macht, wenn auch den Wunsch haben, eingegangenen Verpflichtungen bestimmt und offen entgegenzutreten. Zudem ist ein Dualismus als solcher an und für sich ein Unding! Tres faciunt collegium! So glaube ich, daß wir gut täten, von Hause aus nicht auf den Dualismus, sondern lieber gleich auf die Trias loszugehen. Welche Macht dann der dritten Stimme einzuräumen, würde zu beraten sein: ob nur die Entscheidung bei entgegengesetzten Meinungen Oesterreichs und Preußens oder stetes Mitreden. Ich glaube, daß nur das letztere wird durchgesetzt werden können.

Sehr wesentlich erscheint mir aber ein andrer Punkt, und bitte ich Dich, mir über das Vorstehende wie diesen zu schreiben. Daß das freie Unierungsrecht, selbst zu einem legislativen Bande, festgehalten wird, versteht sich von selbst. Da dies aber der Weg ist, auf dem wir am leichtesten wieder über unser Ziel hinausschießen, wo wir wieder zu jetzt nicht zu realisierenden Verstandesgelüsten und ihrer Propaganda getrieben werden würden, so möchte ich fragen, ob es nicht am besten wäre, wenn gleich vom Bunde aus feststehende Grundsätze über Presse, Assoziation und Wahlrecht gegeben werden könnten und man lieber Ausschüsse aus den allseitigen Kammern später zum Bunde delegieren will, als sich in die Lage zu bringen, einen Bund, eine Union und die eignen Kammern zu haben (die ersteren mit oder ohne Präsentation) und in ewigem Streite über die respektiven Autoritäten zu liegen? Die Sache ist zu kompliziert, deshalb bin ich der Idee, lieber dem Bunde eine wenn auch unbedeutende Repräsentation zu geben, als wieder in die legislative Partikularunion zu verfallen, die nur wieder die Armee für die Gothaer werden würde. Kann man wegen Lokalverhältnissen etwa keine solche gemeinsamen Grundsätze für den ganzen Komplex des Deutschen Bundes herbeiführen, so doch dann vielleicht für Norddeutschland, aber von Bundes wegen, dann bleibt uns auch Hannover und Sachsen. Kommen wir aber wieder zur Union mit Legislative, so treten diese beiden Königreiche und Hessen auch wieder zurück, und wir kommen abermals in die zerstückelte, unhaltbare Lage wie jetzt, mit zwei Parlamenten und einem Bunde, der womöglich das dritte bei sich hat.

Aus Gesprächen mit Graf Buol[1]) habe ich ersehen, daß man in Wien wohl die Idee hat, diese Grundgesetze möglichst im Bunde zu zentralisieren, eine Ansicht, der ich, so wie ich die Sache von hier aus übersehen kann, um so eher beitrete, wenn man uns dann auch von Bundes wegen die Exekutive in Norddeutschland en cas de besoin einräumt und wir so autorisiert sind, wenn auch mittels jedesmaliger Genehmigung vom Bunde, Ordnung zu erhalten und einzuschreiten bei den Nachbarn.

Ich glaube ferner, daß wir uns den Revolutionsschmutz besser abschütteln,

[1]) Graf Buol, damals österreichischer Gesandter in Petersburg, später Minister des Aeußern.

Digitized by Google

wenn wir uns im Bunde zentralisieren, als wenn wir noch ein Unionsparlament als Zwischenstadium haben. In den Parlamenten und auf den Tribünen liegt jetzt noch kein sicheres konservatives Element, sondern vielmehr bewußt oder unbewußt das Element der Opposition gegen die Regierungen, der Drang nach Neuerungen, die in eine Zeit der Revolution, in der wir noch leben, keinesfalls passen und nicht an der Zeit sind. Es handelt sich also wesentlich darum, das parlamentarische Wesen möglichst zu beschränken oder doch in die Grenzen zu treiben, die die staatliche Existenz nicht gefährden können.

Wenn Du mir in Deinem letzten Briefe sagst, daß Deine ganze Politik in dem engen Bunde mit Rußland liege,[1]) so habe ich nichts dagegen. Dem Könige aber sage das nicht. Denn eine seiner Lieblingsideen ist: Preußen hat seinen Halt und seine Wurzeln in Deutschland, mit Deutschland und durch Deutschland — im Gegensatz zur Anlehnung an Rußland, die ihm der Kaiser früher stets als seine Richtung anempfohlen; der Kaiser aber ist, ich kann es nicht leugnen, in bezug auf Preußen einseitig. Bei Härte und Unbilligkeit im Urteil und Uebersehen der Verhältnisse, Sichnichtlosmachenkönnen vom autokratischen Standpunkt, übersieht er Land, Volk, Nachbar und eignes Interesse selbst. Da helfen keine Reden, keine Vorstellungen, man bekommt immer wieder dieselbe Antwort.

Noch vor wenig Tagen war ich hart mit ihm zusammen, weil der König ihm in einem Briefe d. d. 4. November schreibt, er würde seinen Minister entlassen haben, wenn er nicht die innerste Ueberzeugung hätte usw. — und in einem andern d. d. 6. November: Ich habe soeben meinen prächtigen Brandenburg verloren, meinen treuesten und bravsten Diener. Der Kaiser, der Brandenburg liebte, war erregt über den Widerspruch dieser beiden Zitate. Ich sagte ihm, daß er selbst einen sehr treuen und braven Diener haben könne, dessen politische Ansicht von der seinigen himmelweit verschieden sein könne, und der nichtsdestoweniger ihm gehorchen und gut dienen werde. Der Kaiser war darüber höchst ärgerlich und antwortete: „Dann werde ich ihn nicht auf solche Stelle berufen." Ich: „Wenn die Meinungsverschiedenheit aber erst nach der Berufung in die Stelle eintritt, so können Sie ihn von derselben entbinden und füglich gleichzeitig von ihm sagen, daß er ein braver und treuer Diener sei." Ich schreibe Dir diese Szene nur, um Dich einen Blick in den Ideengang des Kaisers tun zu lassen und Dir zu zeigen, wie der König tun mag, was er will, er wird hier stets Tadel finden. Geschieht etwas, was konveniert, so heißt es gleich: In 24 Stunden wird es anders sein, man kann ja auf nichts bauen, was aus Berlin kommt. Geschieht etwas, was nicht konveniert, so heißt es: Da haben wir es, das war ja zu erwarten, man wird ewig gerüstet bleiben müssen. Genug, der Kaiser ist in dieser Beziehung ungerecht, und da wir ihn nicht vom Gegenteil überzeugen oder eine andre Auffassung beibringen können, so sind wir nur als Blitzableiter da, auf die sich das kaiserliche Gewitter niederläßt und dann momentan etwas beruhigt.

---

[1]) Randbemerkung Manteuffels: „Hat den Nachsatz ausgelassen."

Digitized by Google

Es liegt in der Natur des Kaisers, stets schwarz zu sehen; teils kennt und würdigt er die deutschen Verhältnisse nicht, teils bringt er alles unter die Kategorie der Erbärmlichkeit, Schwäche oder bösen Willen (lieber Mangel an gutem Willen), was der Kraft entbehrt oder dem Bedürfnis nicht so nachkommt, wie er es von seinem autokratischen Standpunkte für nötig und möglich hält. Rechne dazu den Mangel an Vertrauen zum König, die Idee, daß Oesterreich beabsichtigt, die konstitutionellen Formen wieder über Bord zu werfen, die Schlauheit Schwarzenbergs, die ihn durch die holsteinische Intervention zu ködern gewußt hat, ohne daß er ihn persönlich achtet, so wirst Du begreifen, daß das alles zusammengenommen ihn mehr und mehr in das österreichische Lager treibt. Vor allem aber will er Frieden zwischen Oesterreich und Preußen haben, um nicht in die für ihn herzzerreißende Lage zu kommen, gegen die preußische Armee marschieren zu müssen, was er à la fin des fins doch tun würde, nicht sowohl weil er Oesterreich durchaus im Recht, wohl aber auf dem richtigen Wege glaubt. Es ist außerdem nicht allein das Gefühl, was ihm einen Krieg mit Preußen mehr als schmerzlich macht, sondern auch die Furcht, seine Truppen von der Revolution infizieren zu lassen, sowie die Abneigung aller höheren vernünftigen Offiziere gegen einen Krieg mit uns und die anderseits sehr deutlich ausgesprochene Neigung der ganzen Armee für einen Krieg gegen Oesterreich. Die Generale hassen bei ungarischer Sympathie (ich nehme Berg aus, der sehr österreichisch ist) die Oesterreicher seit der ungarischen Kampagne, schlagen die Bravour der österreichischen Truppen sehr gering an, haben aber weit mehr Sympathie für Preußens konstitutionelles Wesen, als man in Berlin vielleicht glaubt, und schaudern vor allem vor der Idee, von uns einen échec zu erleiden, weil das den Nimbus der russischen Macht wesentlich lichten würde. Sie fühlen, daß sie in uns einen nicht zu verachtenden Gegner finden würden. Diejenigen denkenden Russen oder russifizierten Deutschen aber, die eine eigentlich russische Politik verfolgen, sind überhaupt gegen des Kaisers Einmischung in die deutschen Händel — ihre Augen richten sich auf den Orient einerseits und auf die französische Allianz anderseits, in welcher letzteren sie die Mittel zur etwa notwendig werdenden Erdrückung Deutschlands sowie einen Anhalt gegen Englands gefürchtete Flotte zu finden glauben.

So habe ich unter vielen Unterbrechungen versucht, Dir eine Schilderung der hiesigen Verhältnisse zu geben, aus der Du und die Deinigen vielleicht einen Anhalt für das hiesige Auftreten, einen Fingerzeig für des Ministeriums Handeln nehmen kannst. Schließlich nur noch so viel, daß es ein vergebliches Beginnen ist, den Kaiser oder Nesselrode von der einmal gefaßten Ansicht abzubringen, und zwar um so weniger, wenn wir von Berlin aus so schlecht unterstützt werden, als es der Fall ist. (Hier bitte ich Dich, meinen an Gerlach gerichteten Brief, der mit diesem zugleich ankommen wird, zu lesen.)[1]) So hat

[1]) Gerlach notiert am 15. Dezember: „Wenn ich Münsters und Rochows Briefe lese, so freut es mich, daß der Kaiser und Nesselrode jetzt überall post festum kommen, schon

Digitized by Google

Rochow seit seiner Ankunft hierselbst auch noch nicht einen Buchstaben vom Ministerium bekommen — und hättest Du mir nicht geschrieben und General Gerlach zwei Briefe, so wären wir rein darauf angewiesen gewesen, aus russischen Berichten zu schöpfen. Man hat Rochow, als er hierherging, eine Instruktion mitgegeben, in der in bezug auf Holstein es heißt: La question de Schleswig-Holstein n'existe plus pour nous (das war jedenfalls zuviel gesagt). Ferner: Aucun obstacle n'arrêtera de notre côté l'action que d'autres puissances pourront et voudront exercer en Holstein. En retirant politiquement l'intérêt, que nous avions accordé aux Duchés, nous laissons aussi le champ libre aux puissances représentées à Fr. a. M., et c'est à elles maintenant d'aviser aux moyens de pacifier etc. etc.

Bald darauf kommt die Nachricht von der Weigerung Braunschweigs hier an sowie von der dabei unserseits verheißenen Unterstützung; ja noch mehr: Von Hannover und Wien wird gemeldet, daß eine Note (unterzeichnet Manteuffel) die braunschweigische Regierung zu dieser Weigerung aufgefordert habe. Rochow sowohl wie ich haben letzteres allerdings bestimmt in Abrede gestellt und bemerkt, daß der Herzog in seinem Recht sei. Unsre Unterstützung, die ihm verheißen, konnten wir aber bei den vorstehend angezogenen Stellen der Rochowschen Instruktion nur schlecht verteidigen; denn entweder mußte es Oesterreich überlassen bleiben, mit dem Herzog sich wohl oder übel zu arrangieren, oder wir mußten ihn als Unionsmitglied anhalten, der Ratifikation des Waffenstillstandes nicht bloß formell, sondern auch faktisch nachzukommen. Beistehen aber dürfen wir ihm nicht, ihn aufhetzen noch weit weniger. Der Kaiser hat großes Vertrauen zu Manteuffel und Stockhausen, diese braunschweigische Geschichte hat ihn aber sichtlich gegen ersteren eingenommen. Möchte er sich daher nur recht bald genügend rechtfertigen können, da von des Kaisers Ansichten über diese beiden Ehrenmänner doch unendlich viel abhängen kann. Budberg meldete hierüber noch nichts, nur Meyendorf ...

Ist irgend jemand da, von dem man glauben kann, daß er hier etwas leisten oder erlangen könne, so schickt ihn in meine Stelle. Ich trete gern zurück, denn meine Lage ist weder einflußreich noch angenehm oder befriedigend, trotz aller Gnade, Intimität und Vertrauen. Gott befohlen und wie immer.

---

darum, weil Petersburg weit ohne Eisenbahn- und Telegraphenverbindung ist ... Das Benehmen des Kaisers war doch zu wenig freundlich, darum ist es gut, daß sein Anteil an den Olmützer Punktationen nur ein geringer gewesen." Gerlach, Denkwürdigkeiten Bd. I Seite 572.

Digitized by Google

Die junge und die alte Türkei

Von

Hussein Dschahid,

Chefredakteur des „Tanin", ehemaligem Abgeordneten von Konstantinopel

Wenn man in Europa glaubt, daß es zwei Türkeien gibt, die einander bekämpfen, so irrt man sich. Die Zwistigkeiten, die seit vier Jahren die Türkei zerklüften und schuld sind, daß Europa fortwährend von Kriegsgerichten, vom Belagerungszustand, von Verschwörungen usw. hört, sind nicht das Resultat eines Kampfes zwischen zwei Ideen.

Europa hat sich, um die Türkei zu verstehen, nach dem Gesetz vom geringsten Kraftaufwand damit begnügt, sie in zwei Kategorien einzuteilen, und jeder von ihnen eine Aufschrift gegeben: „Junge Türkei" und „Alte Türkei". In dieser summarischen Weise hat man mit dem Zusammenstoß der beiden genannten Bestandteile die Ereignisse, die sich in der Türkei zugetragen haben, zu erklären gesucht. Das war vielleicht bequem, aber es entsprach der Wirklichkeit nicht, die vielmehr sehr kompliziert ist.

Wenn wir unter der „jungen Türkei" eine liberale Richtung verstehen, die, indem sie die mohammedanische Welt den Wissenschaften, der Zivilisation und den Künsten des Abendlandes erschließt, die bis heute von der modernen Gesellschaft in Acht und Bann getane Türkei europäisieren möchte, und wenn wir unter der alten Türkei eine konservative Opposition gegen jeden Gedanken einer Erneuerung und Regeneration nach europäischem Vorbild verstehen, dann gibt es vielleicht in der Türkei zwei derartige Mächte. Ohne Zweifel wäre das Studium des Kampfes dieser beiden Strömungen sehr interessant für die Geschichte und die Soziologie gewesen. Aber leider haben bis zum gegenwärtigen Augenblick diese beiden entgegengesetzten Richtungen sich nicht gegeneinander gewendet.

Im gegebenen Augenblick wohnte Europa einem ihm unerwarteten Schauspiel bei: eine junge Türkei stieg am Horizont des Orients auf und erklärte die Verfassung. Europa hat das Wort in falschem Sinne genommen und die junge Türkei im Sinne einer liberalen und fortschrittlichen Partei aufgefaßt, die sofort die europäische Methode und Zivilisation im Orient einführen wollte. Diese Auffassung der „Jungen Türkei" ist nicht richtig. Die jungtürkische Partei umschloß sowohl die liberalen wie die konservativen Elemente. Diese heterogene Macht war nur in einem Punkte einig: in dem Bestreben, das despotische und absolutistische Regime zu stürzen, das mit seinen Spionen (Djournaldjis und Hafies), seinen käuflichen Beamten und seiner Palastkamarilla das Land zugrunde richtete und seinem Untergang entgegenführte. Alle ehrlichen Türken konnten sich darin zusammenfinden, daß sie das Fortbestehen des Hamidschen Regimes nicht wünschten.

Digitized by Google

Das Komitee „Einheit und Fortschritt", dem es endlich geglückt ist, das von so vielen andern Geheimgesellschaften vergeblich erstrebte Ziel zu erreichen und die absolutistische Regierung zu stürzen, bestand ganz und gar aus Mitgliedern, die verpflichtet waren, im Land zu bleiben und nicht ins Ausland zu gehen, um unter dem Vorwand liberaler Propaganda sich aufzuspielen. Erst später haben sich alle jene, die in Westeuropa ernst gearbeitet, oder diejenigen, die sich mit dem Schein einer solchen Tätigkeit begnügt hatten, dem Komitee „Einheit und Fortschritt" angeschlossen. Auch das hat dazu beigetragen, in Europa eine irrige Meinung über das Komitee aufkommen zu lassen; man verwechselte es immer mit denen, die man in einigen abendländischen Städten hatte arbeiten sehen. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" setzte sich aus allen ehrlichen Leuten der Türkei zusammen, die sich vereinigten, um eine ehrenhafte und gerechte Regierung zu bekommen, um wieder eine nationale Kontrolle in den öffentlichen Angelegenheiten zu schaffen und um dem schamlosen, verderblichen Treiben der Palastkreaturen ein Ende zu machen.

Wenn es dem Komitee „Einheit und Fortschritt" gelungen wäre, das Uebel auszurotten, so würden wir sicherlich eine Spaltung des Komitees in zwei Teile erlebt haben, und es hätte dann ein ernsthafter Kampf zweier Meinungen begonnen. Für die Türkei wäre ein derartiger Umschwung in ihrem politischen Leben eine Wohltat gewesen. Aber „Einheit und Fortschritt" wurde von den Ereignissen überholt und war unvorbereitet, als der Despotismus ihm erlag. Es war keine Revolution, was in der Türkei vor sich ging. Es wurde lediglich ein Kompromiß geschlossen. Das alte Regime, seine Männer und seine Methoden erklärten sich besiegt, das Komitee triumphierte und glaubte Herr der Situation zu sein. Das war aber nicht der Fall. Der für einige Zeit niedergeworfene Feind paßte sich rasch dem neuen Milieu an und kehrte die Waffen, die ihm das konstitutionelle Regime verschafft hatte, wie zum Beispiel die Freiheit der Presse, die Redefreiheit und das Versammlungsrecht, gegen die Männer, die dem Land eine Verfassung geschenkt hatten. Dieser Antagonismus nahm die Form eines Parteikampfes an; aber in Wirklichkeit war er das ganz und gar nicht. Es war der erbarmungslose Kampf zwischen dem Guten und Bösen, zwischen der Korruption und der Integrität, zwischen den Elementen, in deren Interesse es lag, die Türkei aus den Fugen gehen zu sehen, und jenen, die ihr Vaterland retten wollten. „Einheit und Fortschritt", die ehrliche Türkei, ist diesem Kampfe unterlegen. Warum?

*

Das liegt an zwei verschiedenen Arten von Ursachen. In erster Linie an den Jungtürken selbst. Die Männer, die an der Spitze der Bewegung standen, waren von dem glühenden Wunsch nach einer Erneuerung beseelt; aber als die Stunde der positiven Arbeit geschlagen hatte, merkten sie, daß sie nicht Herren der Situation waren. Das wahre liberale und fortschrittliche Element war selbst im Schoße ihrer Organisation in der Minderzahl. Um die Empfindlichkeiten der Majorität nicht zu erregen, mußten sie der konservativen Idee Konzessionen

Digitized by Google

machen. Das entfremdete dem Komitee einen Teil der Sympathien einiger hervorragender unabhängiger Liberalen und die der oberflächlichen Beobachter in Westeuropa. Anderseits konnte das fanatisch-konservative Element selbst um den Preis dieser Opfer nicht für die jungtürkische Sache gewonnen werden. Die Leiter des Komitees machten, von fern gesehen, den Eindruck eines Kolosses, aber ihre Füße waren von Ton. Deshalb ist in der sog. jungtürkischen Politik keine bestimmte Richtung, kein fester Wille und kein folgerichtiger Geist zu erblicken. Es ist vielmehr eine opportunistische Politik, während das Land eine ganz andre Leitung gebraucht hätte.

Dann waren die jungtürkischen Führer auch Leute ohne Erfahrung. Sie waren alle gute Patrioten, die den Fortschritt und die Wohlfahrt ihres Landes wünschten und alle die besten Absichten hegten. Aber wie das Sprichwort sagt: Der Weg zur Hölle ist mit guten Vorsätzen gepflastert. Das war nicht genug.

Der schlimmste Schaden, den das Regime des Sultans Hamid der Türkei zugefügt hat, ist der, daß es die Entwicklung jeder Art von Fähigkeit verhinderte und alle, die sich ein wenig hervortaten, zermalmte.

Es war ein zerstörendes und demoralisierendes Regime. Die Männer von „Einheit und Fortschritt" waren dem öffentlichen Leben ferngebliebene junge Leute, die im geheimen ihnen in die Hände fallende französische Bücher lasen und sich selbst bildeten. Um ihren Stolz, ihre Moral, ihre Ehre nicht zu opfern, mußten sie fast ganz zurückgezogen von der Welt leben. Unter dem alten Regime war es in der Verwaltung, in der Justiz und in der Armee von einer gewissen Stufe an mit einigen sehr seltenen Ausnahmen unmöglich, jemand zu finden, der Charakter besaß, der seine geistige Unabhängigkeit oder geschäftliche Initiative behalten hätte. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" stand vor der furchtbaren Aufgabe, auf einem sehr wenig festen Boden mit verfaultem Material zu bauen, und obendrein fehlte es denjenigen, die dieses kolossale Werk unternehmen sollten, an Erfahrung und Zusammenhalt.

Zuerst versuchte das Komitee, das Land durch die hohen Würdenträger des alten Regimes regieren zu lassen, die bis zu einem gewissen Grade den Anschein von Staatsmännern zu wahren verstanden hatten, während es selbst sich damit begnügte, bis zur Wahl der Kammer die Rolle des Hüters der Verfassung zu spielen. Doch das gab sofort Anlaß zu Angriffen auf das „geheime Komitee" und die „geheime Gewalt", die, ohne die offizielle Verantwortung zu übernehmen, sich in die Angelegenheiten der Regierung einmischten. Uebrigens nützte diese Zurückhaltung des Komitees nichts. Der Geist der Männer, die ihr ganzes Leben lang sich unter dem geringsten Wunsche eines despotischen Monarchen gebeugt hatten und in ihrem ganzen Wesen ein für allemal auf das absolutistische System zugeschnitten waren, vermochte nicht mehr zu begreifen, daß sich in der Türkei etwas geändert hatte. Und so wurde das Land nicht besser regiert als früher; alle Verantwortung fiel in den Augen der Oeffentlichkeit auf das Komitee.

Jetzt erst machte dieses einige schüchterne Versuche, nicht, die Regierung

Digitized by Google

ganz in die Hand zu nehmen, sondern einige seiner einflußreichen Mitglieder in das Ministerium hineinzubringen. Das erregte die höchste Eifersucht. Man konnte eine Null akzeptieren, die einen weißen Bart, Auszeichnungen und einen Paschatitel hatte, aber den Eintritt eines jungen Herrn ins Ministerium, der gestern noch keinen Titel besessen hatte, konnte man sich nicht gut gefallen lassen. Das war für die große Mehrheit etwas Unfaßbares. Das einzige, was vielleicht dieses rasche Steigen verzeihlich machen konnte, war eine gute, über jede Kritik erhabene Verwaltungstätigkeit. Aber das hieß das Unmögliche verlangen von Männern, die bis dahin abseits, entfernt von den öffentlichen Angelegenheiten gelebt hatten. Die ins Ministerium eingetretenen Jungtürken machten also notwendigerweise Fehler. Es wäre nicht unmöglich gewesen, diese Fehler wieder gutzumachen. Aber dazu hätte das Land geduldig warten, den Männern des neuen Regimes einen unbeschränkten Kredit gewähren und dann um das Land herum eine Art von chinesischer Mauer bauen müssen, um die Intrigen von auswärts nicht hereindringen zu lassen. Vielleicht hätte das Land der neuen Regierung seine Nachsicht gewährt, wenn nicht feindliche Kräfte, die wir schon oben angedeutet haben, darauf hingearbeitet hätten, die öffentliche Meinung aufzureizen und die Auflösung des Reiches herbeizuführen.

*

Wir wollen nun die letzte Art von Ursachen untersuchen, die den momentanen Sturz des Komitees „Einheit und Fortschritt" herbeigeführt haben.

Mit der Einführung eines liberalen Regimes verletzte das Komitee viele Interessen. Wir können die einzelnen Gruppen der Unzufriedenen folgendermaßen zusammenfassen:

Die Kamarilla des Jildispalastes, die früheren Minister und „großen Tiere", zahllose Spitzel, die das Land unsicher machten;

die Söhne und Verwandten der hohen Würdenträger, die als Staatsräte oder Mitglieder irgendeines Kollegiums Sinekuren innehatten;

die hohen Militärs, die in den Ruhestand versetzt worden waren;

die unnötigen Beamten, die man vor die Türe gesetzt oder pensioniert hatte;

diejenigen, die wegen ihrer schlechten Amtsführung oder ihrer Bestechlichkeit abgesetzt worden waren;

diejenigen, die in ihrer Hoffnung, einträgliche Stellungen zu erlangen, enttäuscht worden waren;

die halbfeudalen großen Herren in den Provinzen, die nicht mehr so ungehindert die Bauern auspressen konnten;

die „Arrivisten" und die Eifersüchtigen, die ungeduldig wurden;

ein Teil der nichtmohammedanischen Elemente.

Wenn man in Erwägung zieht, daß in der Türkei die große Mehrheit gegen die öffentlichen Angelegenheiten gleichgültig bleibt, dann wird man die Bedeutung dieser unzufriedenen Elemente verstehen, die mitsamt den Mitgliedern

Digitized by Google

ihrer Familien sich nur damit beschäftigten, die ottomanische öffentliche Meinung irrezuführen, die natürlich leichtgläubig war, weil sie eben erst entstanden war.

Durch was zeichneten sich die Männer des neuen Regimes aus? Durch ihre Ehrenhaftigkeit, durch ihre Rechtschaffenheit, nicht wahr?

Nun — trotzdem griff man ihre Ehre an. Tausende von unsichtbaren Zungen begannen sie bei dem naiven Publikum, das alles ohne weiteres glaubte, zu verleumden. Es gab keine Grenzen mehr für die Verleumdung. Es war eine große Moraſtflut, die stieg und stieg, um alles zu verschlingen.

Wessen rühmten sich die Männer des neuen Regimes? Ihres Liberalismus, nicht wahr? Nun — alle jene ehemaligen Spione, alle jene ehemaligen Stützen des despotischen Regimes wurden liberaler und konstitutioneller als die eigentlichen Schöpfer des liberalen Regimes. Sie wurden es für Europa, das von dem furchtbaren Drama, bei dem es zusah, nichts verstand, und für die Jugend, die sich täuschen ließ. Aber diese falschen Liberalen ließen auch das große Publikum nicht außer acht. Um es für ihre Sache zu gewinnen, beschuldigten sie die Jungtürken des Atheismus, der Freimaurerei, des Zionismus usw. Das verfing auch in Europa. Für einen Teil der europäischen öffentlichen Meinung war es schon eine Art Verbrechen, eine Revolution gemacht zu haben. Verbanden sich nun mit dem Namen eines wilden Revolutionärs noch die Epitheta Jakobiner, Freimaurer, Zionist, so mußte das die Jungtürken vollends unsympathisch machen.

Es erscheint auf den ersten Blick ein wenig befremdend, unter den Unzufriedenen des neuen Regimes einen Teil der nichtmohammedanischen Elemente zu finden, weil man das Gegenteil erwarten müßte. Aber wenn man der Frage etwas näher tritt, so sieht man, daß die Griechen unter dem alten Regime nicht zu leiden hatten. Sie hatten sich ihm angepaßt und fanden ihr Interesse dabei. Unter den Christen waren es die Armenier, auf denen das Hamidsche Regime am schwersten lastete, und so hatten die Jungtürken die Armenier am leichtesten für sich gewonnen. Trotz aller Fehler der Jungtürken haben die aufgeklärten Armenier ihre Sympathien für ihre Sache behalten, denn sie sahen, daß das die einzige Hoffnung der Türkei war.

Für die ottomanischen Christen, diejenigen, die die Augen auf ihre unabhängigen Landsleute gerichtet hielten, bedeutete der Erfolg der unionistischen Politik das Ende ihrer nationalen Bestrebungen und den endgültigen Verzicht darauf. Das Komitee „Einheit und Fortschritt" wurde in ihren Augen der abscheulichste Feind, den man um jeden Preis vernichten mußte. Sie schworen ihm einen unauslöschlichen Haß. Und während die Bulgaren, um dem reformatorischen Werk der jungen Türkei Einhalt zu tun, in Mazedonien Bomben warfen und Unruhen anstifteten, wurden die Griechen in ihrem Salon in Pera nicht müde, in schmählichen Verleumdungen einander zu überbieten. Die Fremden, die Konstantinopel besuchten, kannten die Türken nach den Schilderungen dieser Kreise in Pera, Europa nach den lügenhaften Veröffentlichungen der interessierten Parteien. Es gab sogar ausländische Journalisten, die sich an den

Digitized by Google

Jungtürken durch Verleumdungen rächten, weil sie Konzessionen verlangt hatten und sie nicht hatten bekommen können.

Diesen Feinden der jungen Türkei ist es schließlich gelungen, in ihre Zitadelle einzudringen. Ihr beständiges Bemühen, einen Teil der Armee an sich zu ziehen, trug dank einem Mißverständnis, dessen Erklärung hier zu umständlich wäre, seine Früchte. Man hatte vergessen, daß an das Komitee „Einheit und Fortschritt" zu rühren gleichbedeutend war mit der Untergrabung der Grundlage des Vaterlandes selbst. Durch das Militärkomplott vom Juli 1912 ist das Komitee „Einheit und Fortschritt" besiegt worden, und man weiß, was darauf gefolgt ist. Entweder „Einheit und Fortschritt" oder die Anarchie — in einem Augenblick der Verirrung hat man die Augen vor dieser Wahrheit verschlossen. Leider ist die Buße für mein armes Vaterland hart gewesen!

Oesterreich-Ungarn und die friedliche Lösung der Balkanfragen

Von einem österreichischen Staatsmann a. D.

Auf Grund der in Tschataldscha letzter Tage erfolgten Unterzeichnung des Waffenstillstandes ist zu hoffen, daß der ebenso kurze als blutige Krieg auf dem Balkan durch einen formellen Friedensschluß bald zu Ende komme.

Leider dauert aber die beklemmende Ungewißheit darüber fort, ob nicht das nächste Ergebnis dieses Krieges, der zweifellos zu gewärtigende, wenn auch in seinem Umfang noch nicht feststehende abermalige Rückgang der türkischen Macht in Europa, weitere Konflikte von ungleich größerer Ausdehnung zur Folge haben werde.

„Cela a été la fatale destinée de l'Empire ottoman de faire toujours trembler les états civilisés dans sa bonne comme dans sa mauvaise fortune et l'on peut dire qu'il est devenu aussi menaçant pour leur repos par sa faiblesse et par sa décadence qu'il l'a été autrefois par sa force et son ascendant."

Diese vor einem Menschenalter unter dem Eindruck des Vordringens der russischen Heeresmacht bis unter die Mauern Konstantinopels geschriebenen Worte des bekannten Literaten Julian Klaczko charakterisieren die heutige Situation vielleicht noch besser als die damalige. Die orientalische Frage, dieses Schmerzenskind der europäischen Politik, das von ihrer Entstehung im letzten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts ab die Kabinette fast unausgesetzt in Atem hielt, steht nun wieder einmal beunruhigend und drohend auf der Tagesordnung. Von dem Ergebnis der unter den Kriegführenden eingeleiteten Friedensverhandlungen wird es abhängen, ob es sich abermals, wie zur Zeit des letzten Russisch-Türki-

Digitized by Google

schen Kriegs, um einen weiteren Akt des Zerbröckelungsprozesses des Osmanischen Reiches, um einen Schritt mehr auf dem Wege historischer Entwicklung handelt, welche die türkische Nordgrenze sukzessive von der Mitte Europas bis über den Balkan zurückgedrängt hat, oder ob die Großmächte sich mit dem ominösen Kern der orientalischen Frage, d. i. mit der im Falle des fast völligen Verschwindens des türkischen Territorialbesitzes in Europa erforderlichen gänzlichen Neugestaltung der politischen Verhältnisse im Südosten des Weltteiles zu beschäftigen haben werden.

Nicht weniger als der bisherige Verlauf der Kriegsereignisse hat auch die Plötzlichkeit, welche das Eintreten der gegenwärtigen Balkankrise charakterisiert, allgemein überrascht. Die öffentliche Meinung Europas betrachtete es als ein Axiom, daß die christlichen Balkanländer ihre Stellung zu dem Orientproblem nicht anders als nach dem bösen Beispiel der Großmächte einrichten, und ist erstaunt, wahrzunehmen, daß Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro, anstatt wie ehedem ihre Volkskraft in gegenseitigem Mißtrauen lahmzulegen, es verstanden, die unleugbar vorhandenen Interessengegensätze zu überbrücken und sich zu kühnem Handeln zu vereinigen. So brachten sie innerhalb weniger Wochen der ungenügend vorbereiteten Türkei gegenüber ihre Sache zum vollständigen Sieg; von den wenigen, tapfer verteidigten festen Plätzen abgesehen, weht die Fahne des Halbmonds heute nur mehr über Konstantinopel und seinem Weichbild. Zugegeben, daß das Ergebnis der Londoner Friedensverhandlungen diese Sachlage noch wesentlich korrigieren kann, auch daß die Alliierten bei einer eventuellen Fortsetzung des Kampfes Gefahr laufen, eines guten Teils ihrer Siegesbeute verlustig zu werden, so kann es doch geschehen, daß die Pforte sich gezwungen sieht, auf ihre durch ein halbes Jahrtausend behauptete europäische Machtstellung, praktisch genommen, Verzicht zu leisten. Gewiß ist, daß die politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer so radikalen Umwälzung im Augenblick kaum abschätzbar erscheinen, und daß es sich dabei um Machtverschiebungen handeln würde, die hinsichtlich ihres dauernden Einflusses ungleich bedeutender wären, als es beispielsweise jene der napoleonischen Zeit gewesen sind.

Vermöge ihrer unmittelbaren Nachbarschaft, ihrer nationalen Zusammensetzung und ihrer altererbten Handelsbeziehungen zu den Balkanländern ist die österreichisch-ungarische Monarchie dort zweifellos stärker interessiert als die übrigen Großmächte. Aus dieser Tatsache ergab sich für Oesterreich-Ungarn die unabweisbare Pflicht, den auf der Balkanhalbinsel sich vorbereitenden neuen Verhältnissen gegenüber rechtzeitig Stellung zu nehmen.

Hierbei wäre das Nächstliegende wohl gewesen, daß die Monarchie auf das durch den Berliner Vertrag ihr übertragene Besetzungsrecht im Sandschak von Novibazar zurückgegriffen hätte. Allerdings hatte sie dieses Recht vor vier Jahren anläßlich der bosnischen Annexion ausdrücklich aufgegeben, es war dies, wie in der betreffenden Note an die Pforte gesagt ist, geschehen, weil das Wiener Kabinett annahm, das türkische Gouvernement „réussira à lui seul à

Digitized by Google

maintenir l'ordre dans le Sandjak et à remplir ainsi dans ces contrées la tâche qui y incombait jusqu'à présent à la coopération des deux Gouvernements". Der Wortlaut dieser Erklärung auf der einen Seite, auf der andern die Tatsache, daß die Aggression der Balkankönigreiche die Fortdauer der türkischen Herrschaft im Sandschak fraglich machte, hätten die zeitweilige Besetzung jenes Landstrichs „jusqu'au delà de Mitrovitza" durch österreichisch-ungarische Truppen in vollkommen einwandfreier Weise zu begründen vermocht. Die Legalität dieser Maßregel wäre vollends in dem Fall jedem Zweifel entrückt worden, wenn die Pforte selbst das österreichisch-ungarische Kabinett gebeten hätte, diese Sicherungsmaßregel zu treffen, welche für sie politisch wie militärisch von größtem Wert gewesen wäre.

Die österreichisch-ungarische Regierung machte nicht den leisesten Versuch, den angedeuteten Weg einzuschlagen. Gleichviel aus welchem Grunde dies unterblieb, so bekundete ihre Haltung jedenfalls die größte Rücksicht für die nationalen Gefühle der Serben und Montenegriner; Oesterreich-Ungarn sah mit Gleichmut zu, wie serbische und montenegrinische Truppen in den Sandschak einrückten, wie in Plevlje, Priepolje und Priboj, wo durch 30 Jahre die kaiserliche und königliche Fahne neben jener des Halbmonds entfaltet war, die Serben sich häuslich niederließen. Früher als die andern Großmächte erklärte die Monarchie, daß die Ereignisse des Kriegs das vor dessen Ausbruch proklamierte Prinzip der Aufrechterhaltung des territorialen Statusquo unhaltbar machten, und fügte bei, daß sie für sich selbst keinerlei Besitzerweiterung beanspruche. Die Politik des Wiener Kabinetts hatte seit dem Berliner Kongreß die Förderung der Selbständigkeit und der Balkanstaaten sich zur Aufgabe gemacht, eine Politik, deren wohltätigen Effekt in der seitherigen Geschichte sowohl Serbien wie Bulgarien bei entscheidenden Anlässen zu würdigen Gelegenheit hatten; dieser Politik auch diesmal treubleibend, wird die Monarchie den Balkanstaaten neidlos die Angliederung der von ihren Konnationalen bevölkerten Gebiete gönnen, welche das Glück der Waffen dem türkischen Krieg entrissen hat.

Der Verlauf der Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatz und speziell die Ziele, welche die serbische Regierung ins Auge faßte, nötigten das österreichisch-ungarische Kabinett, die politische Grenzlinie zu bezeichnen, deren Überschreitung es ohne Preisgebung der ihm anvertrauten legitimen Interessen nicht hinzunehmen vermöchte. Die hieraus abgeleiteten und der Belgrader Regierung bekanntgegebenen Forderungen sind im Wesen negativer Natur: Oesterreich-Ungarn verwahrt sich gegen eine Vergewaltigung der nationalen Rechte der Albanesen, daher auch gegen die politische Expansion Serbiens bis an die Adria, und perhorresziert eine Einschränkung der kommerziellen Verkehrsmöglichkeiten nach dem Süden der Balkanhalbinsel. Ansprüche, die so selbstverständlich, so frei von eigennützigen Nebenabsichten sind, daß sie keiner weiteren Begründung bedürfen.

Mag dies immerhin überflüssig erscheinen, so sei doch bemerkt, daß die Albanesen als autochthone Einwohner des westlichen Balkans eine besondere

Digitized by Google

Stellung im Völkergemisch der Halbinsel einnehmen, daß sie ungeachtet ihrer konfessionellen Spaltung in Mohammedaner, Orthodoxe und Katholiken das Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit in weit stärkerem Maß bewahrten als die zum Islam übergetretenen Slawen in Bosnien, Altserbien und Bulgarien, und daher gewiß nicht geringeren Anspruch auf Berücksichtigung ihrer nationalen Eigenart besitzen als die bisher der türkischen Herrschaft unterworfenen slawischen Stämme. Zur Unterstützung der auf Erlangung ihrer nationalen Autonomie gerichteten Wünsche der Albanesen ist aber Oesterreich-Ungarn vorzugsweise berufen, nicht nur weil die Monarchie von alters her vertragsrechtlich den Schutz der katholischen Kirche in Albanien ausübt, sondern auch in Anbetracht der Rücksichten, welche sie auf die Stimmung der bosnischen Muselmanen nehmen muß. Da deren Religionsgenossen durch die Unduldsamkeit der serbischen Behörden aus Nisch, Pirot usw. vertrieben wurden, würden die im Verband der Monarchie befindlichen Anhänger des Islams mit Recht der Regierung einen Vorwurf machen, wenn sie die Hand dazu böte, daß Albanien unter serbische Botmäßigkeit käme und die dortigen Mohammedaner ähnlichen Vexationen preisgegeben werden sollten.

Es leuchtet ohne weiteres ein, daß die serbischerseits geplante Besitznahme von Durazzo und des zur territorialen Verbindung mit diesem Hafen beanspruchten „Korridors", der in Wirklichkeit auf die Annexion von ganz Nordalbanien hinausliefe, mit der Existenz der politischen Autonomie von Albanien unvereinbar wäre, eine Auffassung, die nicht bloß von den Dreibundmächten, sondern auch von England als zutreffend erkannt wird.

Freilich bemühen sich die Belgrader Regierungskreise, glauben zu machen, es seien wirtschaftliche Beweggründe, welche Serbien nötigen, sich ein Fenster an der Adria sicherzustellen. Wie wenig stichhaltig dieses Argument aber ist und welchen Grad von Unaufrichtigkeit es birgt, ist leicht zu erweisen. Besitzt etwa die Schweiz, deren Außenhandel im Betrage von über $2^1/_2$ Milliarden Franken den Wert des serbischen von 153 Millionen mehr als sechzehnmal übertrifft, einen nationalen Seehafen, und sieht sie sich durch den Mangel eines solchen in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gehemmt? Ueberdies ist Serbien auch heute schon kein Binnenstaat im strengsten Sinn des Wortes, da ja das Königreich über den auf Grund internationaler Verträge für die Handelsschiffahrt bis zum Meere freien Donauweg verfügt. Unter solchen Umständen klingt die serbischerseits so stark betonte Versicherung, der freie Zutritt zur Adria bilde geradezu ein Lebensinteresse für das Königreich, wenig plausibel. Aber angenommen selbst, daß die Eröffnung eines Handelswegs nach dem Westen dem bereits gegenwärtig auch über Saloniki instradierten serbischen Export einen weiteren Vorteil zu bieten vermöchte, kann nicht übersehen werden, daß dieser Vorteil in gar keiner Weise davon abhängt, daß irgendein Adriahafen, geschweige gerade jener von Durazzo, der serbischen Herrschaft unterworfen werde.

Von den Schwierigkeiten und Kosten, die von der Natur wenig begünstigte Reede von Durazzo zu einem leistungsfähigen Umschlagplatz auszugestalten, möge ebenso-

Digitized by Google

wenig gesprochen werden wie von jenen der Herstellung einer dahin führenden Eisenbahnverbindung durch das albanische Hochgebirge, wohl aber sei hervorgehoben, daß, wie ein Blick auf die Karte zeigt, das projektierte Handelsemporium selbst dem nunmehr vergrößerten serbischen Territorialbesitz gegenüber ganz exzentrisch situiert wäre. Mit Rücksicht auf die größere Nähe der Küste sowie auf die derzeit bereits bestehenden und unschwer zu vervollständigenden Eisenbahnverbindungen wäre dem serbischen Handel weit besser gedient, wenn er, sei es über Antivari, sei es über einen dalmatinischen Hafen, geleitet würde. Hierbei ist die Staatshoheit, welcher der betreffende Platz untersteht, ohne wirtschaftliche Bedeutung, zumal wenn die freie Entwicklung der Transitoperationen durch Schaffung von Entrepots, durch Péagierung der in Betracht kommenden Bahnlinien u. dgl. mehr im Wege von Abmachungen sichergestellt wird, wofür es in der modernen internationalen Vertragstechnik an Beispielen nicht fehlt.

Anstatt auf solche Weise ihre wirklichen oder vermeintlichen Interessen wahrzunehmen, hat die serbische Regierung es bisher vorgezogen, sich auf einen intransigenten Standpunkt zu stellen, und scheint gewillt, alles zu riskieren, um im Besitz einer Strecke adriatischen Küstengebietes zu bleiben. Diese Insistenz führt notgedrungen zu der Annahme, daß nicht wirtschaftliche, sondern ausschließlich politische Gründe die Haltung Serbiens bestimmen, daß nämlich dem Königreich der Plan vorschwebt, an der Adria eine Basis zu gewinnen, die geeignet wäre, als Ausgangspunkt zu dienen, um dereinst weitgehendere serbische Zukunftsträume mit auswärtiger Unterstützung zu verwirklichen.

In Erkenntnis dieser Sachlage kann es für Oesterreich-Ungarn nur heißen: Principiis obsta! Auf friedlichem Weg, solang dies irgend möglich ist, wenn es aber sein muß, auch mit der Schärfe des Schwertes.

Das Verhältnis der Monarchie zu Serbien als das einer Großmacht zu einem Kleinstaat legt ihr Rücksichten auf, die sie, wie von alters her, so auch während des jetzigen Kriegs und angesichts der provozierenden Behandlung österreichisch-ungarischer Konsuln in den eroberten Gebieten durch die serbischen Militärbehörden, genügend betätigt hat. Aber auch die „Lammsgeduld" des Wiener Kabinetts ist nicht unerschöpflich, sie wird nicht bis zur Schwäche und Selbstpreisgebung gehen. Dies mögen Herr Pašić und seine Hintermänner innerhalb und außerhalb Serbiens bedenken, ehe es zu spät wird. Im Vertrauen auf die Gerechtigkeit ihrer Sache und der Machtmittel bewußt, welche der Monarchie zur Verfügung stehen, konnte sie bisher eine zuwartende Haltung einnehmen. Serbien wird es vor der Mit- und Nachwelt zu verantworten haben, wenn es, anstatt freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn wiederherzustellen, wozu unsrerseits vollste Bereitwilligkeit herrscht, in verblendetem Eigensinn und Größenwahn die Dinge zum äußersten treibt.

Anfang Dezember 1912.

Digitized by Google

Unterredungen Bismarcks und des Kronprinzen Friedrich Wilhelm mit Karl Twesten

1. Oktober und 23. November 1862

Aus Twestens Nachlaß veröffentlicht

von

Dr. Jul. Heyderhoff

Zu den ersten Handlungen Bismarcks nach seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten gehört eine Besprechung über die politische Lage, die er am 1. Oktober 1862 mit Karl Twesten abhielt. Von ihrem Inhalt war bisher nichts bekannt. Als Wiedergabe alles Wesentlichen wird man die folgenden Aufzeichnungen betrachten dürfen, die Twesten sich über den Verlauf der Unterredung gemacht hat.

Die Anregung zu ihr scheint der Legationsrat K. v. Schlözer gegeben zu haben. Er hatte schon am 21. September Bismarck, der ihm den Wunsch aussprach, mit Abgeordneten in Verbindung zu treten, auf Twesten aufmerksam gemacht;[1]) er war es auch jetzt, der diesem den Vorschlag zur Besprechung überbrachte. Der Natur der Sache nach mußten in ihr die großen parlamentarischen Streitfragen zur Sprache kommen, die Militär- und die Budgetfrage.

In der Militärfrage hatte Twesten den Kommissionsvorschlag, alle bisher provisorisch und im Extraordinarium bewilligten Ausgaben für die Reorganisation der Armee zu streichen, in einer glänzenden, seiner politischen Einsicht die größte Ehre machenden Rede energisch bekämpft „als eine Politik der Agitation und der Demonstration, die eine gedeihliche Entwicklung unsrer parlamentarischen Zustände unmöglich macht", und erst bei der Schlußabstimmung am 23. September seinem Widerspruch entsagt, nachdem jede Aussicht auf Annahme eines von ihm, Sybel und Stavenhagen gestellten Vermittlungsantrages auf Erhaltung der Reorganisation bei zweijähriger Dienstzeit verschwunden war. Die letztere glaubte er auch weiter fordern zu müssen; ein Nachgeben der Regierung in diesem Punkte war ihm die Bedingung jedes Ausgleichs.

Die budgetrechtliche Streitfrage war erst am Tage vor der Besprechung zu voller Klarheit gekommen durch Bismarcks bekannte Erklärungen in der Budgetkommission, in denen er aus dem Nichtzustandekommen des Etatsgesetzes ein Notrecht für die Regierung gefolgert hatte, die Verwaltung auch ohne ein solches weiterzuführen. Denselben Standpunkt vertrat er in der Unterredung mit Twesten. Ueber ihren Verlauf hat dieser folgendes vermerkt.

---

[1]) Paul Curtius, K. v. Schlözer (Berlin 1912), S. 46.

Digitized by Google

1. Oktober 1862 Konferenz mit Bismarck-Schönhausen

Er erzählte, daß er im Mai 1861 berufen, das Ministerium des Innern zu übernehmen, bei seiner Ankunft den Konflikt ausgeglichen gefunden; seit diesem Frühjahr sei wieder mit ihm unterhandelt, er nach Paris ernannt mit der Aussicht, das Auswärtige zu übernehmen. Bedauerte den Gang der Dinge in diesem Sommer, wünschte Konflikt zu vermeiden, hielt seine Theorie aufrecht, daß Krone oder Herrenhaus ein amendiertes Budget verwerfen und dann verfassungsmäßig abgelehnte Ausgaben vorgenommen werden könnten, gab indessen auf Vorhalt zu, dies Prinzip nicht zum Austrage bringen zu wollen, erklärte, daß er materiell in der Militärsache gerne nachgeben würde, auch Roon die zweijährige Dienstzeit mit Kompensationen — aber der König. Er sei wie ein Pferd, das vor einem neuen Gegenstande scheue, bei Gewaltanwendung störrisch werde, sich aber allmählich gewöhnen lasse. Jetzt sei es unmöglich — von der Heydt habe ihn durch Entlassungsgesuch zu nötigen gesucht, nachher nicht wieder eintreten wollen, obwohl er (Bismarck) ihm eine Brücke zu bauen gesucht habe, bis zum Winter hoffe er den König allmählich durch Zureden und Einwirkung von Leuten, zu denen er Vertrauen habe, auch durch Gutachten und Konferenzen von Generalen umzustimmen. Die Königin könne leider nichts ausrichten, sei zu heftig vorgegangen, dann fühle er sich als Hausherr und Soldat. Der König habe mit Tränen gesprochen; wenn er mit der Armee nicht nach seiner reifen Ueberzeugung handeln solle, sei er zu nichts nütze, denke nicht ungerne an ein zurückgezogenes Leben wie ein pensionierter Offizier. Er (Bismarck) habe dem König gesagt, daß er sich ihm gegenüber nicht wie ein konstitutioneller Minister betrachte, ihm offen raten, Torheit als Torheit bezeichnen, aber seine Befehle vollziehen werde. Ein wenig Aufregung sei vielleicht gut, um den König zum Nachgeben zu stimmen, doch komme es darauf an, den Konflikt nicht zu stark anschwellen zu lassen.

Ich sagte ihm, ohne materielle Nachgiebigkeit könne von einem Kredit nicht die Rede sein, auf eine Fortsetzung der Ausgaben sei alles gefaßt, die Regierung müsse nur nicht ein Recht dazu in Anspruch nehmen, später Indemnität nachsuchen, das Budget akzeptieren, nicht durch das Herrenhaus verwerfen lassen, dadurch könnte der Konflikt unheilbar verschärft, jede fernere Geldbewilligung an das jetzige Ministerium verweigert werden. Künftig sei die gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit unumgänglich.

Er tat, als wollte er darauf eingehen, erkannte an, daß eine Auflösung nur verschlimmern würde, meinte, der König, vielleicht auch einige seiner Kollegen, würden Ablehnung des Budgets und scharfes Auftreten verlangen. Er behauptete, daß der König seit langer Zeit großes Vertrauen zu ihm habe (was von andrer Seite bestritten wird) und daß derselbe sich an die äußerste Fraktion des Herrenhauses gewendet haben würde, wenn er abgelehnt hätte.

Soweit die Aufzeichnung Twestens. Daß die von ihm mitgeteilten Aeußerungen während der Unterredung gefallen sind, ist nicht zu bezweifeln. Bismarck

Digitized by Google

zeigt sich sehr entgegenkommend: das entspricht seiner in diesen Tagen noch vorherrschenden Absicht, einen Ausgleich zu finden. Er wünscht, den Konflikt (der doch schon vorlag), zu vermeiden, er hofft, den König in der Militärfrage im Laufe des Winters zum Nachgeben zu stimmen, ein wenig Aufregung werde dazu gut sein. Freilich, waren das mehr als Worte? Wir wissen, daß er drei Tage später genau das Gegenteil tat. Da war der König „matt, niedergeschlagen und entmutigt"; die Beredsamkeit seiner Gemahlin, von der es hier heißt, daß sie „leider nichts ausrichten könne", hatte gewirkt, und Bismarck? „Euer Majestät sind in der Notwendigkeit, zu fechten, Sie können nicht kapitulieren, Sie müssen, und wenn es mit körperlicher Gefahr wäre, der Vergewaltigung entgegentreten" (am 4. Oktober, während der Fahrt von Jüterbogk nach Berlin). Muß man nun schließen, daß, was er Twesten sagte, nicht ernst gemeint war? Vielleicht doch nicht so unbedingt, wie es scheint, und wohl kaum für jede Aeußerung. Er hat die Militärfrage nie so prinzipiell aufgefaßt wie der König, und später zu Konzessionen in ihr geraten, die dieser abschlug. Vielleicht hat die Unterredung mit Twesten, seine Erklärung, „ohne materielle Nachgiebigkeit kein Kredit" dazu beigetragen, Bismarck von der Unvermeidlichkeit des Kampfes zu überzeugen. Daß eine Konzession für den Augenblick ausgeschlossen sei, betonte er ja ausdrücklich. Er wollte den andern ausholen, ohne sich selbst beeinflussen zu lassen. Twestens Urteil, „er tat, als wolle er darauf eingehen", wird als zutreffend gelten dürfen. Schlözer gegenüber, der nach der Besprechung zu ihm kam, hielt er mit diesem Eindruck nicht zurück: er lasse es dahingestellt sein, sagte er ihm, ob die von Bismarck angedeuteten Wege und das anscheinende Eingehen auf seine Vorschläge ernstlich gemeint seien. Ein wirkliches und volles Eingehen auf sie würde einem Rückzug der Krone gleichgekommen sein, den Bismarck um jeden Preis verhindern wollte.

Sieben Wochen später hatte Twesten, der nach Schluß des Landtags nach Italien gereist war und seit Anfang November in Rom sich aufhielt, Gelegenheit, dem um diese Zeit gleichfalls dort weilenden preußischen Thronfolger, Kronprinz Friedrich Wilhelm, seine Auffassung der politischen Lage darzulegen. In einem Briefe an seine Eltern vom 24. November findet sich über die Audienz folgender ausführlicher Bericht:

„Gestern hatte ich eine Audienz von reichlich anderthalb Stunden beim Kronprinzen. Ich hatte mich vor etwa acht Tagen in das Besuchsbuch eingeschrieben, da mir gesagt war, daß alle Preußen es zu tun pflegten. Vorgestern fand ich eine Karte des Oberstleutnants v. Obernitz mit der Bitte, ihn den Nachmittag zu besuchen; es war aber zu spät geworden, als ich zu Hause kam. Sonntag früh ging ich hin, da war er schon wieder zu mir gefahren, und zu Hause fand ich die erneute Bitte, ihn um 5 Uhr zu besuchen. Ich glaubte, es sei nur auf eine Verabredung abgesehen, ging vom Spaziergang aus im Ueberrock hin, ward aber gleich zum Kronprinzen geführt. Er wünschte über Personen, Sachen, Aussichten von mir zu hören; ich sagte ihm meine aufrichtigste Meinung, hielt einen umschweifloſen Vortrag über konstitutionelles

Digitized by Google

Staatsrecht und die Erfordernisse der inneren Politik. Er sprach sehr zustimmend, die Notwendigkeit konstitutionellen, liberalen Regimes und ernster Reformen anerkennend, die jetzige Lage und ihre Gefahren beklagend, entschuldigte den König mit seiner Erziehung, militärischen Beschäftigung und Vorliebe, seiner Umgebung usw. Das erkannte ich natürlich vollkommen an, erinnerte aber, daß solche Rücksichten dem jetzigen Vorgehen gegenüber auf Land und Abgeordnete nicht viel mehr wirken würden. Das Nichtige der Deputationen[1]) und die Erfolglosigkeit einer Auflösung sowie die Möglichkeit, daß der König sich darüber täusche, gab er zu. Erhebliche Bemerkungen machte er nicht, fragte aber sehr eingehend. Da er mich bat, ihm zu sagen, welche Fehler in der Militärsache nach meiner Ansicht von Anfang an begangen sein möchten, sagte ich ihm, die liberalen Minister[2]) hätten dadurch, daß sie die Militärvorlage als ein Fertiges übernommen, sie trotz aller Schwierigkeit auf zweideutige[3]) Weise durchzuführen gesucht und dabei nicht die von ihnen selbst als notwendig erkannten Reformen sichergestellt, den König darin bestärkt, seine Minister als bloße Kommis seines Willens zu betrachten, was nicht mehr gehe, das Land irre gemacht, eine radikale Strömung hervorgerufen, die auch über meine Erwartung weit hinausgegangen und mit der jetzt schwer Friede zu schließen sei, wenn nicht der liberale Weg entschieden betreten, dadurch das Vertrauen wieder hergestellt werde. Daneben wurde über die Personen der jetzigen und früheren Minister, namentlich Schwerin, Patow, Bismarck-Schönhausen, ausführlich gesprochen, wobei er sich über die Aeußerungen des letzteren, daß er ein Nachgeben in der Militärsache herbeizuführen hoffe, einigermaßen wunderte. Frau Kronprinzessin war neugierig, kam ein Viertelstündchen herein, machte freundliche Konversation über Rom, Papsttum, meinen Arm[4]) usw. Dann wurde Politik fortgesetzt, bis der Prinz erinnert ward, daß es Zeit zum Diner sei. Nun entschuldigte er die Art, wie er mich zu sich gebeten und daß er mich nicht öffentlich einlade, da er gewünscht, mich zu sprechen, aber jeden Anschein vermeiden müsse, als ob er mit politischen Parteiführern in Verbindung trete. Ich machte eine stumme Verbeugung, fürchte aber, etwas zweifelhaft dazu ausgesehen zu haben, denn die Auseinandersetzung wurde sehr ausführlich fortgesetzt. Seiner Bitte gemäß sage ich natürlich niemand von der Unterhaltung, und bitte Euch, dasselbe zu tun, auch nicht Johannes

---

[1]) Gemeint sind die vom konservativen preußischen Volksverein organisierten Loyalitätsdeputationen, die sich für die Armeereorganisation und gegen das Abgeordnetenhaus aussprachen.

[2]) Die Minister der sog. Neuen Aera: v. Auerswald, v. Patow, Graf Schwerin, v. Bernuth.

[3]) Der Finanzminister v. Patow hatte den Begriff „Provisorium" zweimal in verschiedener Weise erläutert, so daß im Lande die Meinung entstanden war, die Reorganisation könne nach einem Jahr wieder rückgängig gemacht werden.

[4]) Twesten war der rechte Arm zerschossen worden in einem Duell, das am 27. Mai 1861 zwischen ihm und Edwin v. Manteuffel, dem Chef des Militärkabinetts, stattgefunden hatte. Veranlassung war, daß Twesten in seiner Broschüre „Was uns noch retten kann" den General „als unheilvollen Mann in unheilvoller Stellung" bezeichnet hatte.

Digitized by Google

Brandis,[1]) der jetzt wohl in Berlin ist, und den ich sehr zu grüßen bitte. Ich glaubte, sie wollten den ganzen Winter fortbleiben, der Kronprinz sagte aber, etwa um Weihnachten wollten sie nach Berlin zurückkehren. Er war sehr verbindlich und freundlich, und im übrigen spricht es sich ja leicht weg, wenn von vornherein von bestimmten Gegenständen die Rede ist, in denen man zu Hause ist. Nach einem sehr weiten Spaziergange war es mir etwas unbequem, daß die ganze Konversation stehend gemacht wurde. Seitdem die Herrschaften sich selbst nicht mehr setzen und nur die andern stehen lassen, könnten sie auch den zweiten Schritt tun und sich mit den andern hinsetzen. —

Der Bericht ist ein neues und kräftiges Zeugnis für die liberalen Anschauungen des Kronprinzen, zu denen er sich im folgenden Jahre öffentlich bekannte in seinem Protest gegen die Bismarcksche Preßordonnanz.

Ein Zoll- und Handelsbündnis zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn

Von

Max Freiherrn v. Kübeck,

Mitglied des Oesterreichischen Herrenhauses

Eine gedeihliche Lösung des großen, in diesen Blättern öfters schon und mit Konsequenz verfochtenen Problems eines europäischen Wirtschaftsbundes, welches erst im Novemberhefte an dem weltbekannten Verfechter desselben, Sir Max Wächter, einen ebenso geistvollen wie warmherzigen Anwalt fand, ist nach den in der Menschennatur tief eingewurzelten sowie in den vielfach auseinanderlaufenden Anschauungen der Völker und ihrer Regierungen begründeten Verhältnissen wohl erst von späteren Generationen zu erhoffen. Doch will ich es versuchen, der mit Ende 1917 ablaufenden Vertragsperiode des Deutschen Reiches mit Oesterreich-Ungarn meine wiederholt zum Ausdrucke gebrachte, in meiner innigsten Ueberzeugung und langjährigen Tätigkeit auf volkswirtschaftlichem Gebiete begründete Meinung als Anregung für die noch fünfjährige Frist und deren Vorbereitung auf den Weg zu geben.

Es ist leider richtig, daß die Friedensidee, der sich so ausgezeichnete Männer, angeregt durch eine edelgesinnte Dame, widmen und welcher der aus internationalen Kongressen hervorgegangene Haager Schiedsgerichtshof zu verdanken ist, noch immer an der auf Gebietserweiterung einzelner Staaten oder auf dem eifersüchtigen Mißtrauen unter sich zurückzuführenden Kampflust der Völker gescheitert ist und auf unabsehbare Zeiten scheitern dürfte. Bis diese

[1]) Johannes Brandis (1830 bis 1873), Archäologe, seit 1857 Kabinettsrat und Sekretär der Königin Augusta, eng befreundet mit Twesten.

Digitized by Google

menschenwürdige Tendenz sich durchringen wird, werden, wie aus den unbegrenzten Rüstungen der europäischen Staaten zu schließen ist, Aeonen vergehen. Darüber ist es angesichts des am Balkan tobenden schauderhaften Krieges, dessen Folgen vorläufig nicht abzusehen sind, müßig, weitere Worte zu verlieren. Es kann sich heute daher nur darum handeln, die große Frage einer zollpolitischen Einigung Oesterreich-Ungarns mit dem verbündeten Deutschen Reiche an der Hand der beiderseitigen Interessen und der tatsächlichen Verhältnisse zu besprechen.

Wie nicht nur das sich dem Volkswirte aufdrängende natürliche Gefühl sondern auch die Logik der Tatsachen es erheischen, ist ein politisch-militärisches, zur Verteidigung und zum Schutze des Weltfriedens geschaffenes Bündnis, wie es jenes zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn darstellt, ohne handels- und zollpolitische Gemeinschaft auf die Länge der Zeit unvollständig. So wie in der Gegenwart fast alle inneren Streitigkeiten zwischen Nachbarstaaten, die aufeinander angewiesen sind und verwandte Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Entwicklung und Prosperität aufweisen, fast ausschließend aus wirtschaftlichen Verkehrserschwerungen und gegenseitiger Eifersucht sowie unvermeidlichen Schikanen hervorgehen, so tritt dies auch bei dem deutsch-österreichisch-ungarischen, sonst glücklicherweise fest begründeten Bündnisse zutage. Wenn auch nicht zu leugnen ist, daß der aus der hochentwickelten Industrie und dem Kolonialbesitze des einheitlichen Deutschland hervorgehende und sich stets steigernde Reichtum desselben denjenigen von Oesterreich-Ungarn heute noch übersteigt, so sind es auch gesetzliche und administrative Hemmungen, welche dem wirtschaftlichen Ausgleiche zwischen beiden Reichen und insbesondere der freien Entwicklung unserer Doppelmonarchie im Wege stehen.

Daß vor allem die Getreidezölle und Vieheinfuhrverbote die größten Kalamitäten durch die steigende Teuerung aller Lebensmittel und insbesondere des Fleisches im Gefolge haben, ohne der Landwirtschaft und dem von dieser unzertrennlichen Viehzucht zu nützen, ist in allen Tonarten, sowohl in den Parlamenten wie auch in der Presse, hervorgehoben worden.

Einem vermeintlichen Klasseninteresse wird hierdurch das eminente Wohl der Gesamtbevölkerung geopfert, was allerorten eine konvulsivische Gegenbewegung in den Kreisen der letzteren ausgelöst hat.

Die stete Steigerung der Arbeitslöhne, welche bei der Landwirtschaft als Folge des zunehmenden Mangels an Arbeitern eine fast unerschwingliche Höhe erreicht haben, ist Ursache und Folge zugleich der durch Zölle und Verbote erschwerten Versorgung des Lebensmittelmarktes mit den notwendigsten Produkten und deren Zugänglichmachung an die breiten Schichten der Bevölkerung.

Deutlicher als je gelangt diese Tatsache hinsichtlich des Balkankrieges und seiner unmittelbaren Folgen zur Geltung. Die Spannung, welche gegenwärtig zwischen den Regierungen Oesterreich-Ungarns und Serbiens besteht und sogar Kriegsgelüste ausgelöst hat, beruht wesentlich auf dem wirklichen oder vermeintlichen Widerstreite der wirtschaftlichen Interessen beider Staaten. Hierbei muß

Digitized by Google

die Tatsache doppelt unterstrichen werden, daß die Agrarier die eigentliche Ursache obiger Spannung sind, wodurch sie sowohl die Interessen Serbiens wegen seines Viehexportes als auch jene unserer Exportindustrien und hierdurch unsere Handelsbilanz geschädigt haben. Gerade dieser noch im Schoße der Diplomatie ruhende Fall beweist deutlich, wie sehr der Bund zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch ein Zoll- und Handelsbündnis derselben die Stütze, die er beiden Reichen gewährt, nur verstärkt und perenniert werden würde.

Der völlig freie Verkehr aller sowohl landwirtschaftlichen wie industriellen Produkte zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn erfährt naturgemäß eine gewisse Einschränkung durch die Verschiedenheit der Steuerverhältnisse in den beiden Reichen und für den Anfang auch durch die Bedürfnisse einzelner österreichischer Kronländer nach einer partiellen Förderung ihrer speziellen wirtschaftlichen Interessen. Ein zufriedenstellender Ausgleich im Sinne des durch stetige Herabsetzung der Zolltarifsätze für die Erzeugnisse einzelner Kronländer systematisch zu erzielenden Uebergangs in den freien Verkehr würde in einem von beiden Reichen zu bestellenden, von Fachleuten derselben zu beschickenden Zollparlament zu finden sein. Vor allem müßte bei den Industrieprodukten das System der sogenannten spezifischen oder Gewichtszölle aufgegeben werden und an ihre Stelle jenes der Wertzölle treten. Selbstverständlich handelt es sich hierbei nur um die das Nationalvermögen belastenden Schutzzölle, während die dem Staatsschatze eines jeden der beiden Reiche zugute kommenden Finanzzölle sowie die Monopole selbständig und unabhängig des einen von dem andern der inneren Gesetzgebung vorbehalten bleiben müßten.

Es sind daher die seit zehn Jahren stetig erhöhten Getreidezölle für die Bevölkerung beider Reiche eine gleich hohe Belastung und, wie schon gesagt, für die Landwirtschaft beider keineswegs von Nutzen.

Bekanntlich haben sich, wie der Präsident der ungarischen Industriegesellschaft, Geheimrat Alexander v. Matlekovits, nachweist, Ungarn mit der schwindelnden Erhöhung der Agrarzölle und Oesterreich mit jener seiner Industriezölle die Hände gereicht und dadurch eine Phalanx gebildet, welche einen geradezu erschreckenden Druck auf die wehrlose Bevölkerung der Konsumenten ausübt.

Darin liegt ja hauptsächlich die Verkehrtheit der stets so lebhaft betriebenen Schutzzollagitation, daß dieselbe die ohnedies durch Streiks und Teuerungsverhältnisse stetig verbesserten Löhne der Fabrikarbeiter auf Kosten der Allgemeinheit, d. h. der konsumierenden Masse der Bevölkerung und ihres ärmsten Teiles, allein begünstigen zu wollen vorgibt.

Nun ist die seit Dezennien (1878) in Oesterreich-Ungarn herrschende Tendenz der Protektion die Folge der Bismarckschen Wirtschaftspolitik in Deutschland, und es ist der einzige, aber sehr wichtige Punkt, in welchem die Allianz Deutschlands mit Oesterreich-Ungarn zum Nachteile beider Reiche nicht verwirklicht erscheint. Hätte Bismarck nicht als der größte Staatsmann des neunzehnten Jahrhunderts und als Schöpfer des Deutschen Reiches einen unvergänglichen Ruhm geerntet, er würde kaum die mehr als fünfzigjährigen Grund-

Digitized by Google

sätze R. Peels widerstandslos verleugnet und in das Gegenteil mittelalterlicher Verkehrserschwerung der wichtigsten Konsumartikel des täglichen Lebens verwandelt haben. Die Preise und deren Bildung auf den großen Getreidemärkten, z. B. in Liverpool, vorher zu bestimmen, ist ein absolutes Ding der Unmöglichkeit; dieselben werden stets von den Ernteergebnissen in den verschiedenen Ländern und den daraus entstehenden stets schwankenden Verhältnissen zwischen Angebot und Nachfrage abhängen. Hieraus ergibt sich die große Unsicherheit der auf willkürlich nach den Ernteverhältnissen eines bestimmten Jahres aufgebauten Zollsätze in ihrer Wirkung auf die einer mehrjährigen Stabilität bedürftigen Volkskreise.

Ein charakteristisches, jedenfalls sehr bedauernswertes Zeichen der Zeit ist es, daß das Gros der konsumierenden Bevölkerung, bei dem die Einreihung in Produktionsklassen naturgemäß entfällt, sich alles ruhig gefallen läßt und gefallen lassen muß, weil ein auf die Straße übertragener Widerstand gegen wenn auch mit Recht mißliebige Maßregeln mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln der Gewalt unterdrückt werden muß. Da gilt der Ovidsche Satz: „Principiis obsta sero medicina paratur."

Die Prinzipien sind es eben, welche die Regierungen in der Hand haben und durch deren gerechte und zeitgemäße Handhabung sie die Bevölkerung in ihrem wahren eigentlichen Interesse zu befriedigen vermögen.

Nun steht der Tendenz Deutschlands nach hohen Getreidezöllen jene Oesterreich-Ungarns nach demselben Ziele gegenüber. Hierbei vergißt man ganz, daß Oesterreich-Ungarn nicht mehr wie einst ein Getreideexport-, sondern auch ein Getreideimportland infolge der wachsenden Bevölkerung geworden ist.

Deutschland deckt seinen Bedarf, wenn ich von der Braugerste absehe, an Brotfrüchten aus Rußland (Bessarabien) und teilweise aus den Vereinigten Staaten von Nord- und Südamerika.

Groß sind aber auch die Mißstände, welche sich aus den Industriezöllen besonders bei der Eisenbranche ergeben.

Nun kann man allerdings bei einer genauen Berechnung der Wirksamkeit des Tarifs dieselbe nur sehr schwer positiv und arithmetisch feststellen, denn die Erfolge des Tarifs darf man nicht bloß in dem Betrage des Tarifvertrages, sondern auch und ganz besonders in den erhöhten Preisen der im Inlande erzeugten Waren suchen.

Wenn also die Förderung der heimischen Industrie durch Schutzzölle angestrebt wird in der Absicht, deren Erzeugnisse zu vermehren und für den Eigenkonsum zu verbilligen, so wird diese Absicht durch die Kartelle illusorisch gemacht und in das Gegenteil verkehrt.

Die Kartelle, gegen welche sich so viele Stimmen im Publikum der Konsumenten erheben, sind eine natürliche Konsequenz der Schutzzölle, denn die durch letztere gesteigerte inländische Konkurrenz der wie Pilze aus dem Boden wachsenden Fabrikunternehmungen haben das Angebot ihrer Erzeugnisse derart vermehrt und hierdurch verwohlfeilt, daß erstere, um bestehen zu können, durch Kontingentierung

Digitized by Google

derselben unter sich das Maß ihrer Erzeugung und hierdurch das Angebot einschränken und die Ware verteuern. Dies macht sich besonders bei der Eisenindustrie sehr empfindlich geltend.

Unter der Einschränkung und Verteuerung der Eisenwaren leiden besonders die österreichisch-ungarische Eisenindustrie sowie die mit ihr verwandten Zweige derselben außerordentlich. So mußten infolge der durch die Kartelle hervorgerufenen Preistreibereien für unsere jüngsten Dreadnoughts große Partien Stahlbleche aus Deutschland bezogen werden; und es haben die in Oesterreich-Ungarn so exorbitant hohen Eisenzölle, besonders auf Roheisen und Halbfabrikate infolge des Eisenkartells, es geradezu verhindert, daß die Maschinen-, Werkzeug-, die Schiffbauindustrie, die Schiffahrt selbst sowie die Eisenbahnbestandteile usw. einen sich verbilligenden Aufschwung nehme, wodurch insbesondere auch die Landwirtschaft zu leiden hat, was heute schon jeder Volksschüler begreifen kann.

Die Statistik weist nach, daß der Preis der Eisenwaren durch den österreichisch-ungarischen Tarif durchschnittlich um 10 bis 20 Prozent gestiegen ist und daß die Schiffbaukosten in Oesterreich um 15 Prozent höher kommen als im Auslande.

Aehnliche Mißverhältnisse zeigen sich auch bei der ungarischen Mühlenindustrie, welche durch die hohen Getreidezölle sehr empfindlich getroffen wird.

Die Zollvereinigung der großen geographisch zusammenhängenden Wirtschaftsgebiete Mitteleuropas ist die Basis der auf selbständigen Wettbewerb begründeten Wohlfahrt ihrer Bevölkerung, deren Zahl sich auf mehr als 100 Millionen Menschen beläuft, während ihre gegenseitige Absperrung alle die schweren Nachteile zeitigt, welche erwiesenermaßen über die Bevölkerung beider Reiche hereingebrochen sind.

Die Teuerung aller Lebensmittel ist in erster Linie zu diesem Nachteile zu zählen; dieselbe greift, wie wir sehen, auf alle protektionistischen Staaten über, und man kann mit Recht sagen, daß der Schutzzoll ein Felsblock ist, der, ins Wasser geworfen, immer weitere Ringe zieht, welche die Landesgrenzen überschreiten, auch ferner gelegene Staaten des Kontinents zwingt, Schutzzölle zu errichten und hiermit den Krieg aller gegen alle eröffnen, oder wie ein Zyklon, dessen Zentrum sich unaufhaltsam fortbewegt zum Verderben aller. Wesentlich deshalb sehen wir uns von Deutschland überflügelt, weil wir durch die konsequente Einschränkung des wirtschaftlichen Wechselverkehrs mit demselben der eigenen Industrie Fesseln anlegen, welche selbst die zu einer Organisation vereinigten Konsumenten, wie es z. B. der Staat in seinen wirtschaftlichen Betrieben ist, nicht zu sprengen vermögen.

Einige wenige Beispiele werden diesfalls zur Erläuterung dienen. Ein packendes Argument für die segensreiche Folge großer zusammenhängender Zollgebiete gibt uns nächst den Vereinigten Staaten von Nordamerika die vor einem Dezennium erfolgte Vereinigung der sechs, früher durch Zollschranken unter sich abgeschlossenen Staaten Australiens in ein gemeinsames, durch Aufhebung der

Digitized by Google

Zwischenzölle einheitliches großes Wirtschaftsgebiet, welches, beinahe so groß wie Europa, ernstlich dahin strebt, auch nach außen hin die heute noch aufrecht bestehenden Zollschranken aufzuheben und gleich dem Mutterlande die Handelsfreiheit herzustellen.

Belgien, welches im Laufe eines Vierteljahrhunderts in seiner Zollpolitik und in der Verteilung der Zölle auf Industrieerzeugnisse und Hilfsstoffe derselben schwankte, fortan jedoch, von Frankreich abhängig, dessen protektionistische Tendenz verfolgte, hat durch die internationale Zuckerkonvention von Brüssel im Jahre 1902 und Aufhebung der Zuckerprämien mittels Dekrets vom 25. August jenes Jahres dem Staatsschatze trotz der Reduktion der Abgaben um 30 Franken per Kilo eine Vermehrung seiner Einnahmen aus diesem Titel von kaum 6 auf heute 20 Millionen Franken bewirkt und den Konsum von 60000 auf 200000 Tonnen gesteigert.

In Deutschland hat der sogenannte Bülowtarif für Getreide (Weizen, Roggen, Heu) im Jahre 1907 die Reichseinnahmen allerdings auf 257928 Mark Brutto gesteigert. Von diesen mußte jedoch der Staat an Exportprämien 62195164 Mark den Produzenten zurückzahlen, so daß sich in den Jahren 1908/10 die obigen Einnahmen auf 123301397 Mark reduzierten. Hiermit mußten 81 Prozent der nicht ackerbautreibenden Bevölkerung Deutschlands während dieser elf Monate 556 Millionen Mark zahlen.

Es würde uns zu weit führen, wenn wir von vielen europäischen und auch überseeischen Staaten die nachteiligen Folgen des in vielen derselben bestehenden Schutzzollsystems an der Hand der uns zur Verfügung stehenden authentischen Daten nachweisen wollten.

Die hier besprochene Frage ist schon so oft und so gründlich durch die Presse und durch Schriften von ausgezeichneten Männern der Volkswirtschaft und fachlicher Erfahrung bisher leider vergeblich verfochten worden, daß wir uns von einer weiteren prinzipiellen Erörterung dieser Frage angesichts der von einzelnen Produktionsklassen und ihren Führern betriebenen Schutzzollagitation nicht viel versprechen können; hier kann nur die Erfahrung, gestützt auf die unbefangenen ziffermäßig nachweisbaren Tatsachen, als Wegweiser dienen.

Wenn man das Zoll- und Handelsbündnis zwischen den beiden allerdings zur selben Monarchie gehörigen Staaten Oesterreich und Ungarn in Betracht zieht und Bosnien und die Herzegowina mit einbegreift, so ergibt sich zwischen den beiden Staatsgebieten einerseits und den genannten ihnen angegliederten Provinzen anderseits ein weit größerer wirtschaftlicher Unterschied als z. B. zwischen Deutschland und der westlichen Reichshälfte Oesterreich-Ungarns, und dennoch arbeitet dieses gesetzlich vereinigte Wirtschaftsgebiet weit erfolgreicher, als wenn, wie die ungarischen Oppositionsparteien es anstreben, eine zollpolitische Trennung die beiden Staatsgebiete wirtschaftlich auseinanderhalten würde. Ganz anders lägen die Verhältnisse, wenn die alte Idee einer Zolleinigung zwischen dem Zollverein und der österreichisch-ungarischen Monarchie verwirklicht würde.

Digitized by Google

Freilich muß zugegeben werden, daß diese Idee nicht neu ist, sondern schon anfangs der fünfziger Jahre von Fürst Schwarzenberg ernstlich angestrebt wurde. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß damals es vorwiegend politische Gründe waren, welche die Hegemonie Oesterreichs über das damals in zweiter Linie des Deutschen Bundes gestandene Königreich Preußen zur vollen Geltung bringen wollten.

Als nun dreißig Jahre später, nach Errichtung des deutschen Kaiserreiches und des mit diesem geschaffenen deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, die Frage der Zolleinigung bei dem Kongresse Deutscher Volkswirte in Berlin wieder ernstlich zur Sprache kam, so geschah dies von österreichischer Seite einzig und allein aus wirtschaftlichen Gründen, und entsprang der dagegen im Schoße des Kongresses von mehreren Seiten erhobene Widerspruch lediglich der unberechtigten, ja widersinnigen Besorgnis, Oesterreich wolle die längst verlorene Hegemonie in Deutschland, zu dem es tatsächlich nicht mehr gehörte, auf Umwegen wiedererlangen. Jeder einsichtige Politiker muß begreifen, daß derlei Hintergedanken absolut ausgeschlossen sind und ebensowenig verwirklicht werden könnten, wie etwa eine Zurückgabe der bosnisch-herzegowinischen Provinzen an die Türkei oder eine Wiedergewinnung der Provinzen der Alta Italia für Oesterreich-Ungarn.

Mögen diese hier niedergelegten Anschauungen bei den in Oesterreich-Ungarn sowie im Deutschen Reiche maßgebenden Kreisen jenen Anklang finden, der ihnen im Angesichte der wirtschaftlichen Not als Folge der Unterbindung des freien Verkehrs unter den Bevölkerungen beider Reiche gebührt. Mögen die Regierungen derselben die Erneuerung des Handelsvertrages im Jahre 1917 als Einleitung zur Schaffung eines Zoll- und Handelsbündnisses zwischen ihnen in die Hand nehmen und, diesem Ziele unentwegt zustrebend, nicht einzelnen, wenn auch sehr rührig vertretenen Interessen gewisser Produktions-, besonders aber agrarischer Kreise den Wohlstand der Gesamtbevölkerungen opfern.

Caveant Consules!

Prinz Heinrich von Preußen beim Beginne der Freiheitskriege

Von

Dr. Herman Granier (Berlin)

Am 22. Januar 1813 verließ König Friedrich Wilhelm III. seine von den Franzosen besetzte Hauptstadt Berlin, „durch die gegenwärtigen Zeitumstände veranlaßt, mein Hoflager auf einige Zeit nach Breslau zu verlegen", um hier die Entschlußfreiheit zu gewinnen, welche ihm inmitten der Franzosen unterbunden war. Seinem um elf Jahre jüngeren Bruder Heinrich, Generalmajor und Chef eines Infanterieregiments (Nr. 11, vormals v. Schoening) zu Königsberg in

Digitized by Google

Preußen, setzte er hiervon in Kenntnis mit dem Anheimstellen, „ob Sie es Ihrer Convenienz angemessen finden, dorthin zu folgen oder in Berlin zu verbleiben". Der einunddreißigjährige Prinz, seit dem Feldzuge von 1806/07, wo er rühmlich mitgefochten — bei Auerstädt war ihm das Pferd unter dem Leibe erschossen worden —, an gichtischen Anfällen leidend, antwortete zunächst kurz, „wie ich in Berlin zu bleiben gedenke"; drei Wochen später aber legte er seine Beweggründe hierfür dem König ausführlich dar in einem Briefe vom 10. Februar 1813:

Lieber Bruder!

Es ist sehr möglich, daß Du Dich gewundert hast, zu erfahren, ich zöge es vor, in Berlin zu bleiben, während die übrigen Prinzen Dir nach Breslau gefolgt sind. Du wirst es mir nicht Uebel nehmen, daß ich Dir ganz aufrichtig die Ursachen sage, die mich dazu bewogen haben.

Ich halte es gegen mein Gewissen und gegen meiner Ueberzeugung, sei es auch im allergeringsten Grade etwas für den Tyrannen zu thun, der seit länger als zehn Jahr halb Europa in Unglück und Verwirrung gebracht hat. Ich halte mich aber dagegen verpflichtet, alles, was in meinen physischen und moralischen Kräften steht, für den oder diejenigen aufzubieten, die uns von dem Joch des Scheusals befreien wollen.

Dies ist eine der Ursachen, die mich bewogen haben in Berlin zu bleiben, weil ich nicht gewiß war zu welcher Parthei Du Dich schlagen würdest. Deine schnelle Abreise nach Breslau hatte hier eine äußerst unangenehme sensation erregt, man wähnte sich verlassen, und wußte nicht an wen man sich im Augenblick der plötzlich eintretenden Noth und Verwirrung halten und anschließen solle, im Fall die Franzosen durch die Russen zum schleunigen plötzlichen Rückzuge aus Berlin gezwungen wurden, dies ist die zweite Ursache, die mich vermogte hier zu bleiben.

Jezt da ich bestimmt Deine Allianz mit Rusland weiß, würde ich nicht säumen, nach Schlesien zu eilen und mich unter Deine Fahnen zu stellen, wenn mich nicht der Gedanke abhielte, daß ich Dir weit nützlicher werden könnte, wenn ich mit denen nach Berlin marschirenden Russen über der Elbe nach Magdeburg und der Altmarck ginge. Ich bin es überzeugt, ist einer von uns dort, so gehet die Insurrektion weit rascher und besser von statten. Ich stehe Dir dafür, daß es an meinem Eifer, die Sache rasch in Gang zu bringen, nicht fehlen soll, und sind die ersten Stöße vorüber, so haben wir ein leichtes Spiel. Mein kränklicher Zustand kömmt hierbei in gar keiner Betrachtung, es giebt Fälle im Leben, wo der Mensch nicht krank sein darf, und so ein Fall ist der gegenwärtige. Sollte ich auch endlich unterliegen, so wirst Du den guten Willen für die That nehmen. Dein treuer Bruder

Berlin, den 10. Februar 1813. Heinrich.

Diesen Brief erhielt der König in einem besonders entscheidenden Augenblicke, zugleich mit der Nachricht, der in Berlin kommandierende Marschall

Digitized by Google

Augereau, Herzog von Castiglione, habe den Abmarsch der preußischen Garde-Garnison-Kompagnie aus Berlin nach Breslau untersagt, worin der König mit vollem Rechte einen „Gewaltschritt" erkannte, der „mit allem Ernste behandelt" werden müsse: so schrieb der König am 15. Februar 1813 in Breslau dem Staatskanzler Freiherrn v. Hardenberg, indem er ihm zugleich jenen Brief des Prinzen Heinrich übersendete, mit dem Bemerken:

„... Beikommender Brief meines Bruders Heinrich ist seiner energischen Sprache wegen bemerkenswerth, ich wünsche ihn zurück, wenn Sie ihn nicht weiter gebrauchen." [1])

Seinen hier ausgesprochenen Vorsätzen gemäß trat Prinz Heinrich in Berlin handelnd hervor, als nach dem ersten Anpralle der russischen Vorhut auf Berlin, am 20. Februar 1813, der Landeshauptstadt das Schicksal zu drohen schien, zum Schauplatze eines Straßenkampfes zu werden.

Hierüber berichtet er dem Könige am 21. Februar 1813:

Lieber Bruder!

Ich halte es für meine Pflicht, Dir von den Begebenheiten, welche sich gestern und heute hier zugetragen haben, Nachricht zu ertheilen.

Gestern gegen 1 Uhr sprengten in das Bernauer, Frankfurter, Potzdammer und Brandenburger Thor etwa 200 Cosacken. Die Franzosen waren bestürzt, und die an den beiden ersten Thoren sich befindenden, retirirten in größter Eil über der Langen Brücke. Unter den Linden und in der Leipziger Straße schossen die Cosacken und Franzosen aufeinander, wobei von beiden Seiten einige verwundet und zwei Bürger erschossen wurden. Nicht lange hernach fuhren die Franzosen an der Langen Brücke, Hunde- und Oper-Brücke Kanonen auf, eben so einige im Lustgarten gegen das Schloß gerichtet. Die Einwohner waren in Gährung; an der Langen Brücke ward von mehreren Bürgern ein Kanon vernagelt, und an der Schleusenbrücke der Inhalt eines Pulverwagens in das Wasser geworfen.

Die Russen schickten zweimahl Parlementairs an den Maréchal Augereau, die ihn im Namen des Grafen Steinheil [2]) aufforderten, die Stadt zu übergeben; aber er erklärte, er würde sich in derselben bis auf den lezten Mann wehren. Man plänkerte vor den Thoren und bei der Charité, bei welcher mehrere Menschen blieben.

Die Ober-Regierungs-Kommission [3]) hatte, wie ich hörte, sich mit dem

---

[1]) Mitgeteilt von P. Hassel in seinem inhaltreichen, leider unvollendet gebliebenen Aufsatze: „Der Abzug der Franzosen aus der Mark", „Zeitschrift für Preußische Geschichte und Landeskunde", 12. Bd. S. 231. Berlin 1875, nach den Akten des Geheimen Staatsarchives; hier vermißt Hassel obigen Brief des Prinzen an den König, der im Königlichen Hausarchive beruht.

[2]) Russischer Generalleutant, der aber vor Danzig stand; die russische Vorhut führte General Tschernitschew, unter ihm Oberst Tettenborn.

[3]) Die vom Könige bei seiner Abreise nach Breslau eingesetzte oberste Behörde in Berlin, unter dem Staatsminister Grafen August Friedrich Ferdinand von der Goltz.

Digitized by Google

Maréchal in Unterhandlungen eingelaſſen, da aber die Einwohner, weil die Franzoſen immer neue Anſtalten zur Vertheidigung der Stadt trafen, noch unruhiger wurden, ſo ſchrieb ich gegen Abend an den Grafen Goltz, ihn bittend, ja nichts unverſucht zu laſſen, um den Maréchal zu bewegen, ſich nicht in der Stadt zu vertheidigen, und daß ich gern zu dieſem Behuf mitwirken wolle. Er antworthete mir, die Kommiſſion habe ſchon alles mögliche verſucht, aber ohne Erfolg; es würde aber allerdings von größerem Gewicht ſein, wenn ich mich deshalb an den Maréchal wenden wollte. Dies bewog mich, heute einen Brief an lezteren zu ſchreiben, welchen ich nebſt der Antwort abſchriftlich beilege.

Der Magiſtrat hat eine Deputation an Steinheil geſandt, ihn zu bitten, vom Angriff der Stadt abzuſtehn; noch habe ich keine Nachricht von ihrem Erfolg. Graf Goltz hat mir geſagt, daß der Vice-König von Italien[1]) nebſt den Reſt des Corps von St. Cyr heute noch hier einrücken würden, und daß der Vice-König ſein Hauptquartier in Köpenick nehmen wolle. Bis jetzt ſind aber noch keine andern Truppen eingerückt, ſondern blos dijenigen zurückgekommen, welche zur Vertheidigung der Stadt nach Werneuchen geſandt waren.

Morgen will ich den Verſuch machen, ob man nicht beide Theile dahin vermögen kann, Berlin ſolange unbeſetzt zu laſſen, bis die Franzoſen über die Havel gegangen ſind. Meine heutige Bemühung hat doch wenigſtens ſo viel gewirkt, daß die Kanonen, welche man an die Ecken der Straßen zur Vertheidigung aufgeſtellt hat, jetzt weggenommen ſind und blos die Thore dadurch geſchützt werden ſollen.

Du ſiehſt wenigſtens, daß ich alles gethan habe, was in meinen Kräften ſteht, um Unglück von einer Stadt abzuhalten, die ſtets ſo treue Anhänglichkeit an Dich bewieſen hat. Dein treuer Bruder

Berlin, den 21. Februar 1813. Heinrich.

Das Schreiben des Prinzen an den Marſchall Augereau lautete:

Monsieur le Duc,

La Capitale se trouve dans le plus grand danger. Les mesures que Votre Excellence prend, tendent à la défense de la Ville qui n'est point une forteresse. Le combat se livrerait dans les rues et sur les places, devant nos palais et aux yeux d'une partie de la famille Royale dans les plus vives allarmes. Le peuple consterné se trouve encore dans l'indécision, mais ses dispositions sont telles qu'il y a tout à craindre d'une explosion de son désespoir. J'en appelle à un militaire éclairé et couvert de gloire, si une Ville comme Berlin est susceptible de défense, si ce n'est pas exposer à la fois une Ville populeuse et florissante et les braves troupes que Vous commandez que d'engager le combat dans les rues. J'en appelle, Monsieur le Maréchal, à Vos lumières militaires, s'il n'est pas plus avantageux

[1]) Eugen Beauharnais, Napoleons Stiefſohn.

Digitized by Google

d'aller à la rencontre de l'ennemi et d'engager le combat hors de la Ville où V. E. est maître de ses mouvements et rassuré sur ses flancs.

En qualité de premier Prince du sang et témoin des vives allarmes de ma famille et des dispositions du peuple, j'ai cru d'avoir Vous exprimer et mes craintes et mes instances.

Agréez, Monsieur le Maréchal etc.

Hierauf antwortete der Marschall noch am 21. Februar:

Mon Prince,

J'ai eu l'honneur de recevoir la lettre que Votre Altesse Royale vient de m'écrire aujourdhui. Je puis lui assurer que l'on a supris sa religion, j'en suis même convaincu, car je respecte trop le Roi et son auguste Famille, pour faire quelque chose contraire à sa dignité. Comme V. A. l'observe très bien, ce n'est point dans une capitale qu'on livre bataille, mais bien au dehors. Hier je fus attaqué dans la ville; un Parlementaire Russe vient m'y sommer de me rendre. Le peuple manifesta le désir le plus ardènt de voir les Russes, quelques-uns y entrèrent même. V. A. R. verra elle-même comme militaire qu'il a bien fallu que je m'y deffendisse. Je pris donc les dispositions le plus prompte [sic!] pour répousser la force par la force. Les propos exaltés du peuple, et sa manière extraordinaire d'agir me fit pour un moment craindre une insurrection générale, tant contre les troupes de S. M. l'Empereur que contre le Roi de Prusse et sa famille. Ce n'est point l'armée Russe que je redoute, mais bien les mouvements d'une populace effrenée.

Les appareils militaires que je démontre dans cette Capitale ne tendent qu'à arrêter une insurrection bien démontrée. Je pris V. A. R. de croire que sans le zèle infatigable de la garde nationale de Berlin, qui mérite les plus grands éloges, et la discipline des troupes de S. M. l'Empereur que j'ai l'honneur de commander, il serait arrivé de grands malheurs.

A mesure que l'esprit de fermentation de cette populace se calmera, je diminuerai mes mesures de défense. La conduite que je tiens depuis hier dans la ville, est un sur garant de l'intérêt que je prouve tant au Roi [et] à sa famille, qu'aux bons habitans de cette ville.

Mon Prince

j'ai l'honneur de prier V. A. R. d'agréer les hommages de mon respect, et de mon plus grand dévouement.

Le maréchal de l'Empire
Augereau,
Duc de Castiglione.

Das Verhalten des Prinzen fand den Beifall des Königs, der ihm am 26. Februar eigenhändig schrieb:

Vielen Dank, lieber Bruder, daß Du mir von den in Berlin statt gefundenen

Digitized by Google

kriegerischen Ereignissen durch einen besonderen Kurier schleunigst Nachricht hast geben wollen. Es war die Erste, über jene Vorfälle, die ich erhielt.

Diese unüberlegte Expedition haben wir wahrscheinlich unsern eigenen Landsleuten zu verdanken, das heißt Solchen, die durch ihr angebranntes Gehirn schon manche Mißgriffe veranlaßten, und deren vielleicht noch mehrere veranlassen werden.

Da Du vorgezogen hast, Berlin nicht zu verlassen, so wird es mir lieb seyn, wenn Du fortfährst, in Gemeinschaft der Regierungskommission, da wo es nützlich seyn kann, für das Beste der Stadt und das Interesse des Staats zu würken.

Ich habe keinen Augenblick Zeit mehr, und muß schließen.

Lebe wohl bis auf Wiedersehen. F. W.

Breslau, den 26. Februar 1813.

Grüße unsere Schwestern. Meine Kinder legen sich zu Füßen. Mein Sohn Fritz muß jetzt fleißig unter Kessels[1]) Leitung exerzieren. Er und mein Neveu[2]) werden Mobilisirt.

Wie nun Berlin endlich von der fremden Okkupation befreit war, da legte der Prinz, mit der Meldung hiervon, seine eignen Absichten dem Könige am 4. März 1813 in bemerkenswerter Weise dar:

Lieber Bruder!

Heute endlich ist der Ausmarsch der Franzosen (Italiener) erfolgt. Gegen 7 Uhr rückten die Russen hier ein, und wurden mit unaussprechlichem Jubel empfangen. Fürst Repnin, unter dessen Commando das eingerückte Corps steht, wie auch die Generale Diebitsch und Czerniezew machten mir ihre Visiten. Ich habe sie zu Mittag bei mir gehabt, und Du kannst wohl denken, daß wir sämmtlich recht vergnügt gewesen sind. Ein großer Theil der Cosaken hatte die preußische Cocarde aufgesteckt, dies hat die Bürger zum höchsten Grade begeistert.

Jetzt wiederhole ich meine an Dich gethane frühere Bitte, daß Du nichts dagegen hättest, wenn ich mit die Russen über die Elbe ginge. Ich gestehe Dir aufrichtig, es mag Dir vielleicht lächerlich vorkommen, ich kann mich nicht länger halten, und ich wüßte nicht, was ich thäte, wenn Du es mir abschlügest. Es macht mich glücklich, daß ich dieses Gefühl habe, und daß ich kein unwürdiger Nachkomme des Kurfürsten Friedrich Wilhelm bin, den wir gewiß alle für den größesten und würdigsten unseres Hauses halten.

Dein treuer Bruder

Berlin, den 4. März 1813.[3]) Heinrich.

---

[1]) Gustav Adolf v. Kessel, im Februar 1813 Generalmajor und Inspekteur der schlesischen Reserve- und Ersatzbataillone, vordem Kommandeur des Regiments Garde zu Fuß; gest. 1827 als Generalleutnant.

[2]) Prinz Friedrich von Preußen.

[3]) Beiliegt ein sehr sorgfältig mit der Feder gezeichneter Situationsplan des Stadttheiles Unter den Linden—Brandenburger Thor—Wilhelmsplatz—Universität—Zeughaus—

Digitized by Google

Bereits am 7. März antwortete der König dem Prinzen eigenhändig

Gottlob daß sie weg sind! —

Gott verhüte ihre Wiederkunft!

Amen! —

Das Gefühl der Berliner am 4. begreife ich vollkommen.

Möchte sich an dieß frohe Ereignis doch eine Menge darauf folgender anreihen. — Allein die Sache ist nicht leicht, keineswegs leicht, und es wird noch manchen harten Kampf kosten, ja es wird und muß gekämpft werden, wie noch nie gekämpft wurde, wenn ein günstig Resultat für uns und unsere befreundete erkämpft werden soll. Allein unsere Nachbarn, nahe und fern, müssen mit uns den großen Kampf kämpfen — ob sie es thun werden?!

Du willst mit ziehn — in Gottes Namen, aber, nicht eher bis wir uns erklärt haben. — In wenig Tagen ist es so weit. Graf Goltz wird Dir Auskunft geben können, wenn es Zeit seyn wird, aber nicht eher. Am Besten, wenn Du abwarteſt bis die Elbe überschritten ist, dann kannst Du, wenn Du willst, folgen, um unsere ehemaligen Provinzen durch Deine Gegenwart zur Theilnahme zu bewegen. Vielleicht bestelle ich Dich in dem Fall zum Gouverneur jener Provinzen. Aber Geduld, und keine Uebereilungen. Berathe Dich mit dem General Yorck.

Leb wohl, auf Wiedersehen!

Breslau, den 7. März 1813. J. W.

Kouvert: An Sr. Königl. Hoheit
den Prinzen Heinrich von Preußen
zu Berlin.

Der Prinz trat diesen Weisungen des Königs völlig bei in seiner Antwort vom 14. März:

Lieber Bruder!

Tausend Dank für das Vertrauen, das Du in mich gesetzt hast; Du kannst überzeugt sein, daß ich alle meine Kräfte aufbieten werde, um Deinen Beifall zu erhalten und der gerechten guten Sache nützlich zu sein. Fürchte keine Uebereilung, die Sache ist zu wichtig, als daß ich nicht jeden Schritt reiflich überlegen sollte. Mit dem General Yorck werde ich mich berathen, und ich bin vollkommen Deiner Meinung, daß ich nur dann erst folgen kann, wann Deine Erklärung erfolgt, und die Elbe passirt ist.

Du bist wohl sogut mir auf eine Deiner Kassen die nöthigen Gelder zu meiner Mobilmachung anzuweisen; ich brauche wohl nicht hinzuzufügen, daß ich mich so sehr als möglich einschränken werde. Ich habe das höchste Vertrauen, alles wird gut gehen, da das Volk den besten Willen zeigt, und so freue ich mich schon zum Voraus herzlich, Dich als den Beherrscher aller Deiner ererbten Staaten wiederzusehen. Dein treuer Bruder

Berlin, den 14. März 1813. Heinrich, P. von Preußen.

Hunde-(Schloß-)Brücke, mit Eintragung der Geschützpositionen am 21. Februar und den folgenden Tagen.

Digitized by Google

Die Aussicht, Gouverneur der linkselbischen Provinzen zu werden, verwirklichte sich für den Prinzen nicht; er machte, am 14. März 1813 zum Generalleutnant befördert, den Frühjahrsfeldzug im Stabe des russischen Generals Grafen Peter Wittgenstein mit; am 28. Mai verlieh ihm der König das Eiserne Kreuz, „da E. K. H. an der guten Sache des jetzigen Krieges so thätigen Antheil nehmen".

Des Prinzen Wunsch, nach dem Waffenstillstande zum Korps des Generals v. Bülow zu gehen, konnte der König nicht willfahren, da diese preußischen Truppen unter dem Oberbefehle Bernadotte's, des Kronprinzen von Schweden, standen, der Prinz „also dort in kein angemessenes Verhältnis treten würde", wie ihm der König darlegte.

Nach dem Siege von Kulm schrieb der König aus Teplitz am 1. September 1813 an den Prinzen eigenhändig:

Gott sey gelobet, heute haben wir über einen dreyfachen Sieg[1]) das Te Deum gehabt.

Ueber die vollständige Niederlage des Elenden Vandamme wirst Du bereits unterrichtet seyn, ich schreibe Dir also nichts weiter darüber.

Nichts steht Deinem Wunsche entgegen, Dich zu dem Grafen Wittgenstein zu begeben, um bey ihm den erneuerten Feldzug auch ferner mit zu machen: ich hoffe daher, Dich in kurzem hier, das heißt bey der Armee, zu sehen.

Teplitz, den 1. September 1813. Friedrich Wilhelm.

Kouvert: An Sr. Königl. Hoheit
den Prinzen Heinrich von Preußen
zu Glatz.

So ging Prinz Heinrich wieder zu dem General der Kavallerie Grafen Wittgenstein, der das russische Korps bei der Hauptarmee kommandierte; der begrüßte den Prinzen in einem Schreiben aus Nollendorf vom 16. September 1813, sehr erfreut, daß der Prinz „mich so glücklich machen, wieder von neuem Zeuge meiner militairischen Handlungen seyn zu wollen" ... „und werde ich es für mich als einen der frohesten Tage rechnen, E. K. H. meine Unterthänigkeit mündlich versichern zu können" ...

Am 30. Mai 1814 wurde Prinz Heinrich in Paris zum General der Infanterie befördert, im September 1814 erhielt im ehemaligen „Fort Napoleon", jetzt „Fort Kronprinz", der Festung Danzig ein Festungswerk den Namen „Bastion Prinz Heinrich", äußere Zeichen der Anerkennung für sein Verhalten in dem Freiheitskampfe, in welchem er sich, seinem Vorsatze getreu, als würdigen Hohenzollernsprossen bewährt hatte.

[1]) Außer für Kulm noch für die Schlachten an der Katzbach und bei Großbeeren.

Digitized by Google

Ein astronomischer Roman

Von

Johann Palisa

Mit obigen Worten bezeichnet der englische Astronom Crommelin die Entdeckung eines kleinen Planeten, die mir in der Nacht vom 3. zum 4. Oktober 1911 gegen $2^1/_2$ Uhr morgens geglückt ist. Crommelin hat da einen sehr treffenden Ausdruck gebraucht, denn in der Tat ist das Schicksal dieses Planeten, der die provisorische Bezeichnung 1911 MT erhalten hat, oder richtiger die Verfolgung desselben am Himmel ein förmlicher Detektivroman.

Man zählt gegenwärtig über 700 kleine Planeten, deren Bahn bestimmt werden konnte und deren Wiederauffindung mit Hilfe der Vorausrechnung gelungen ist oder sicher gelingen wird. Außer diesen 700 sind noch andre — einige hundert — entdeckt worden, bei denen es aber nicht erreicht wurde, so viele und in Zeit so weit auseinander liegende Beobachtungen anzustellen, daß die Berechnung von Bahnelementen möglich gewesen war. Diese Planeten gelten zunächst als verloren, und deren Wiederauffindung muß dem Zufalle überlassen werden. Aber den Verlust keines einzigen der letzteren hätte man so bedauert wie den des obengenannten MT; denn von den gesicherten 700 beanspruchen nur sehr wenige ein besonderes Interesse, und diese sind: der Planet Eros, dessen Bahn teilweise innerhalb der Marsbahn liegt und der, vom Monde und von einem oder dem andern Kometen abgesehen, dasjenige Gestirn ist, welches zu gewissen Zeiten der Erde näher als jedes andre Gestirn kommen kann, und zweitens die vier in der Entfernung des Jupiter um die Sonne kreisenden Planeten der sog. Achillesgruppe. Zu diesen gesellt sich nun der genannte MT. Wenn ich, der Entdecker selbst, seine Biographie oder seinen Roman schreibe, so geschieht es, weil vielleicht ich allein alle Phasen, die dessen Verfolgung durchgemacht hat, kenne. Man möge mir daher dieses Unternehmen nicht als Unbescheidenheit auslegen.

Das, was den Planeten sofort bei seiner Entdeckung als ein ganz besonders interessantes Gestirn kennzeichnete, war, daß seine scheinbare Bewegung zur Zeit der Opposition, die gleichfalls am 3. Oktober stattfand, nicht, wie die aller andern Planeten von Osten nach Westen, sondern von Westen nach Osten gerichtet war und daß diese Bewegung außerdem eine ganz ungewöhnlich große war. Um nun aber jenen Lesern, welche nicht über die hierzu nötigen Fachkenntnisse verfügen, die Sachlage klarzumachen, muß ich einigermaßen weit ausholen.

Wohl die meisten Atlanten bringen in ihren ersten Blättern Abbildungen des gestirnten Himmels mit seinen Sternbildern und eine Darstellung des Sonnensystems. Auf dem zuletzt genannten Blatte finden wir in der Mitte einen kräftigen Punkt, welcher die Sonne vorstellt und der das Zentrum ver-

Digitized by Google

schiedener Kreise ist, die den Bahnen der Planeten entsprechen: zunächst die Bahn des Merkur, dann kommen Venus, Erde, Mars, einige Asteroidenbahnen, Jupiter und Saturn, während Uranus und Neptun gewöhnlich keinen Platz mehr finden. Die meisten dieser Bahnen sind als Kreise dargestellt, weil sie in der Tat nur wenig von der Kreisform abweichen, und die Halbmesser der Kreise halten das Verhältnis der mittleren Entfernungen der Planeten von der Sonne ein. Weil ferner die Bahnen der großen Planeten nur wenig gegen die Erdbahn geneigt sind, so ist es, wenn auch unrichtig, doch von keiner wesentlichen Bedeutung, daß alle diese Bahnen als in einer einzigen Ebene, nämlich in der Ebene der Erdbahn, der sog. Ekliptik, dargestellt werden. Hierzu kommen noch die langgestreckten Ellipsen einiger Kometen, die wir aber nicht weiter berücksichtigen wollen. Es entsteht nun die Frage: In welcher Richtung bewegen sich die Planeten um die Sonne, im Sinne des Zeigers einer Uhr oder umgekehrt? So wie wir das System im Atlas dargestellt sehen, würde es erscheinen, wenn wir uns auf einen Standpunkt weit außerhalb des Sonnensystems begeben könnten. Wählen wir denselben auf jener Seite der Ekliptik, auf welcher der Nordpol des Himmels oder der Polarstern sich befindet, so werden wir finden, daß sich alle Planeten verkehrt wie der Zeiger einer Uhr bewegen; begeben wir uns jedoch auf die andre Seite, dann bewegen sich alle Planeten im Sinne des Zeigers einer Uhr. Für die weiteren Betrachtungen sei der erste Standpunkt ein für allemal gewählt.

Ganz anders aber geht die Bewegung der Planeten vor sich, wenn wir dieselbe von unsrer sich bewegenden Erde aus betrachten. Da gewahren wir, daß die Planeten sich bald im Sinne des Uhrzeigers, bald in umgekehrter Richtung unter den Fixsternen weiterbewegen, sowie daß die Bewegung im Sinne des Uhrzeigers in die Zeit der Opposition der Planeten fällt, das ist jene Zeit, wo die Erde zwischen Sonne und Planet steht und der Planet der Erde am nächsten kommt. Aus diesen bald nach Osten, bald nach Westen gerichteten, den sog. scheinbaren Bewegungen, die wahre Bewegung herausgeschält zu haben, ist das unsterbliche Verdienst des Kopernikus. Kopernikus hat sich, indem er annahm, daß die Erde sich um die Sonne bewege, auf einen außerhalb des Sonnensystems befindlichen Beobachtungsstandpunkt gestellt und so gefunden, daß die unerklärlichen Vor- und Rückwärtsbewegungen sich in eine Bewegung auflösen, die immer in demselben Sinne vor sich geht. Man nennt diese Bewegungsrichtung direkte Bewegung, die entgegengesetzte retrograde Bewegung. Ich kann wohl annehmen, daß die geehrten Leser wissen, wie die scheinbare hin und her gehende Bewegung der Planeten aus der Kombination der Bewegung der Erde und der Bewegung der Planeten entsteht, aber ich will doch diese Darstellung wiederholen, weil ich einige Bemerkungen daran zu knüpfen habe, die sonst nicht leicht verständlich wären.

Auf der Platte eines viereckigen Tisches ziehen wir durch den Mittelpunkt desselben zwei den Tischkanten parallele Linien und nehmen an, daß die eine Linie die Nordsüdrichtung, die andre die Ostwestrichtung vorstelle. Auf der

Digitized by Google

Platte ziehen wir, die Mitte der Platte als Mittelpunkt benutzend, einen Kreis so groß als möglich, oder wir schneiden uns einen solchen Kreis aus Papier aus, den wir sodann entsprechend auf der Tischplatte befestigen. Den Rand des Kreises versehen wir sodann mit einer Gradteilung von 360 Grad und orientieren ihn so, daß der Nullpunkt genau im Süden steht. Dann nehmen wir zwei Kreisscheiben aus Pappdeckel, von denen die eine den doppelten Durchmesser der andern hat, vielleicht ein und zwei Dezimeter, versehen auch diese Scheiben mit einer Kreisteilung und befestigen diese Scheiben mittels eines Nagels so auf der Tischplatte, daß der Nagel durch die Mittelpunkte der drei Kreise geht und die zwei Scheiben beweglich bleiben. Endlich ziehen, spannen und befestigen wir über die eingezeichnete Nordsüdrichtung einen Faden und drehen die Scheiben so, daß die Nullpunkte der Scheiben im Süden stehen und genau von dem Faden bedeckt werden. Und nun denken wir uns, daß der Nagel die Sonne, der Nullpunkt der kleinen Scheibe die Erde, der Nullpunkt der großen Scheibe einen Planeten vorstelle. Bevor wir nun die Scheiben verkehrt dem Sinne eines Uhrzeigers in Bewegung setzen, müssen wir uns über die Geschwindigkeiten oder die Wege orientieren, welche wir den Scheiben zu geben haben, damit uns dieses Modell einen wahrheitsgetreuen Einblick über den wirklichen Vorgang gebe. Mit andern Worten, wir müssen das Verhältnis der Geschwindigkeiten kennen, und um dieses zu erfahren, müssen wir das dritte Keplersche Gesetz heranziehen. Dasselbe sagt nun in unserm Falle, daß die große Achse der Erdbahn (Durchmesser der kleinen Scheibe), zweimal mit sich selbst multipliziert, sich zur großen Achse der Planetenbahn (Durchmesser der großen Scheibe), zweimal mit sich selbst multipliziert, verhält wie die Umlaufszeit der Erde (1 Jahr), einmal mit sich selbst multipliziert, zur Umlaufszeit des Planeten (vorläufig unbekannt), einmal mit sich selbst multipliziert. In dieser Proportion sind in unserm speziellen Beispiele die ersten drei Glieder bekannt, so daß sich das letzte Glied leicht bestimmen läßt. Es ist nämlich das erste Glied $1 \times 1 \times 1 = 1$, das zweite Glied $2 \times 2 \times 2 = 8$ und das dritte Glied wieder $1 \times 1 \times 1 = 1$; das vierte Glied ist also wiederum 8. Die Umlaufszeit des Planeten, mit sich selbst einmal multipliziert, soll also 8 sein, also ist die Umlaufszeit selbst 2,8242. Demnach benötigt ein Planet, der in einer Kreisbahn um die Sonne und in der doppelten Entfernung als die Erde läuft, 2,8242 Jahre zu einem Umlaufe um die Sonne. Wenn nun dieser Planet in 2,8242 Jahren 360 Grad zurücklegt, so legt er in einem Jahre 127,28 Grad zurück. Weil aber der Durchmesser der Bahn unsers Planeten doppelt so groß als jener der Erdbahn ist, so hat ein Grad der Planetenbahn die doppelte Länge eines Grades der Erdbahn, und der Weg, den unser Planet in einem Jahre zurücklegt, ist also an Länge gleich 2 mal 127,28 Erdbahngrad, das ist 254,56 Erdbahngrad. Daraus folgt nun, daß die Erde sich rascher als der Planet, und zwar in dem Verhältnisse 360 : 254,56, bewegt. An diesem speziellen Beispiele, das die Kenntnis des hier nicht näher erläuterten dritten Keplerschen Gesetzes voraussetzt, wollte ich etwas zeigen, was allgemein gültig ist, nämlich, daß alle

Digitized by Google

Planeten, welche sich in größeren Kreisbahnen als die Erdbahn um die Sonne bewegen, eine geringere Geschwindigkeit besitzen, und zwar eine um so geringere, je weiter sie von der Sonne entfernt sind.

Und nun setzen wir unsre Scheiben, auf denen die Nullpunkte genau im Süden stehen, verkehrt wie einen Uhrzeiger in Bewegung und in dem Verhältnisse, daß die Erde einen Winkel von 360, der Planet einen Winkel von 127,28 Grad in derselben Zeit zurücklegen. Wir drehen also die Erdscheibe um 10 Grad und demgemäß die Planetenscheibe um 3,4 Grad. Wenn wir jetzt untersuchen, in welcher Richtung der Planet von der Erde gesehen wird, so finden wir, daß die Richtung von Süden gegen Westen zu etwas abweicht, und wir erhalten den genauen Wert von 3,2 Grad, wenn wir uns zur Verbindungslinie Erde—Planet durch das Zentrum der Konstruktion eine parallele Linie bis an die Peripherie des großen Kreises ziehen. An dieser Kreisteilung können wir genau die Richtung ablesen. Während also vor Beginn der Bewegung der Planet genau im Süden stand, erscheint er jetzt westlicher, das heißt: er hat sich scheinbar von Süden gegen Westen bewegt, während er doch in Wirklichkeit sich von Süden gegen Osten bewegt hat. Seine scheinbare Bewegung ist retrograd. An der Hand der folgenden Tabelle können wir leicht die weiteren Phasen der scheinbaren Bewegung übersehen.

Bewegung der Erde um die Sonne in Graden	Bewegung des Planeten um die Sonne in Graden	Planet, gesehen von der Erde in der Richtung	Größe und Richtung der scheinbaren Bewegung zwischen zwei Stellungen
Grad	Grad	Grad	Grad
Süd 0 Ost	Süd 0 Ost	Süd 0 West	
10	3,4	3,2	3,2 nach West
20	6,7	5,9	2,7
30	10,1	7,8	1,9
40	13,4	8,6	0,8
50	16,8	8,4	0,2 nach Ost
60	20,1	7,3	1,1
70	23,5	5,5	1,8
80	26,9	2,9	2,6
90	30,2	Süd 0,2 Ost	3,1
100	33,6	3,8	3,6
110	36,9	7,7	3,9

Kolonne 1 enthält von 10 zu 10 Grad fortschreitende Stellungen der Erde und Kolonne 2 die diesen Stellungen entsprechenden Stellungen des Planeten. Kolonne 3 die Richtungen des Planeten, von der Erde aus gesehen, und Kolonne 4 die Unterschiede der Angaben der Kolonne 3 oder die Größe und Richtung der scheinbaren Bewegung zwischen je zwei Stellungen. Man kann den Kolonnen 3 und 4 entnehmen, daß die scheinbare Bewegung des Planeten bis zur Stellung der Erde 43 Grad eine westliche oder retrograde ist,

Digitized by Google

von da an aber östlich oder direkt wird, sowie daß die Geschwindigkeit bis zum westlichsten Punkte immer kleiner wird und nach der Umkehr wieder zunimmt.

Was nun für die Kreisbahn gilt, gilt auch in etwas beschränktem Umfange für die elliptischen Bahnen der außerhalb der Erdbahn kreisenden Planeten. Auch ihre Geschwindigkeit wurde bisher immer kleiner als die der Erde gefunden, und ihre scheinbare Bewegung zur Zeit der Opposition war immer retrograd. Die kleinen Planeten sind durchwegs schwache Gestirne. Der Grad ihrer Helligkeit wird bestimmt durch ihre unveränderliche und wirkliche Größe, sowie durch die veränderlichen Entfernungen von der Sonne und der Erde. Aus dem Grunde, weil die Stellung der Opposition diejenige ist, in welcher die Planeten der Erde am nächsten kommen, erreicht nun der eine veränderliche Faktor zur Zeit der Opposition seinen günstigsten Wert und die Planeten ihre relativ größte Helligkeit. Es werden daher dieselben fast durchgehends nur um diese Zeit beobachtet, und aus dem gleichen Grunde wird nur in den Gegenden, die in Opposition sind, nach neuen Planeten gesucht.

Am 29. September hatte ich eine photographische Sternkarte mit dem Himmel verglichen und einige Sternchen gefunden, welche die Karte nicht enthielt. Eines davon war ein kleiner Planet, da er sich von Ost nach West bewegte. Aber ich kam in dieser Nacht nicht mehr dazu, auch die andern gefundenen Sternchen nach dieser Richtung hin zu untersuchen. Erst am 3. Oktober erlaubte mir dies der Himmel. Und da vermißte ich eines dieser schwachen Sternchen. Trotzdem nur 4 Tage vergangen waren, konnte ich dieses Sternchen nicht auffinden und dehnte daher die Nachforschung immer weiter aus, bis ich um $2^1/_2$ Uhr morgens zu einer Stelle des Himmels kam, wo die Photographie drei helle in einer geraden, etwas schief gestellten Linie liegende Sterne 12. Größe zeigte, während am Himmel außer den dreien eine Minute nördlich von dem nördlichsten dieser Gruppe ein ebenso heller Stern stand. Da das vermißte Objekt aber schwächer als 13. Größe war, so war es ausgeschlossen, daß dieser Stern das von mir gesuchte Objekt war. Es konnte ein bereits bekannter, oder ein neuer Planet, oder auch ein veränderlicher Stern sein, das ist ein Stern, der seine Helligkeit ändert. Ich zögerte nicht lange und begann die Lage dieses Sterns zu bestimmen. Aber kaum hatte ich begonnen, umzog sich der Himmel. Glücklicherweise wurde es nach einer halben Stunde schön, und siehe, die beiden Sterne standen nebeneinander und nicht mehr übereinander. Es war also ein Planet. Da die Gegend gerade in Opposition war, so hielt ich im ersten Momente den westlich stehenden Stern für den Planeten, aber bald überzeugte mich die photographische Karte, welche die drei Fixsterne in einer geraden Linie zeigte, daß der östlich stehende Stern das bewegte Objekt war. Meine Aufregung über dieses bisher noch nie beobachtete Verhalten eines kleinen Planeten war ungemein groß; ich war im höchsten Grade verblüfft und erregt, aber bald fand ich meine Ruhe wieder und begann mit den Messungen, indem ich die Unterschiede der Rektaszension und Deklination mit einem benachbarten hellen

Digitized by Google

Fixstern bestimmte. Es muß als ein großes Glück bezeichnet werden, daß der Planet so nahe in einer charakteristischen Stellung zu der Gruppe der drei, Sterne gestanden ist. Wäre nämlich der Planet in einer sternarmen Gegend also ganz isoliert, gestanden, so hätte ich ihn gewiß als solchen erkannt und seinen Positionsunterschied gegen einen etwas entfernteren hellen Stern bestimmt. Ich hätte aber während der kurzen Zeit der Beobachtung die sonderbare Bewegung nicht erkannt, sondern wäre erst am nächsten Morgen bei der Auswertung der Beobachtung auf die merkwürdige Bewegung aufmerksam geworden. Dabei ist es sehr wahrscheinlich, daß geradeso wie Piazzi bei der Entdeckung des ersten kleinen Planeten Ceres zuerst an einen Irrtum seinerseits gedacht hatte, auch ich irgendeine unterlaufene Teufelei vermutet hätte. In diesem Falle wäre wahrscheinlich keine Depesche von mir abgeschickt worden, sondern ich hätte die Lösung des Rätsels auf den nächsten schönen Abend verschoben. Noch schlimmer aber wäre es gewesen, wenn nur ein einziger Stern in der Nachbarschaft gestanden wäre. Dann hätte ich sicher das unrichtige Objekt für den Planeten gehalten und beobachtet, so wie es im ersten Momente der Entdeckung der Fall war. Nur die charakteristische Gruppe der drei Sterne hat mich das richtige Objekt und die so ungewöhnliche Bewegung gleich erkennen lassen.

Nachdem ich vier Messungen, mein gewöhnliches Ausmaß, absolviert hatte, beschloß ich, von jetzt an nur in größeren Zeitintervallen und solange das Wetter es zulassen würde, solche vergleichende Messungen anzustellen, um einen möglichst genauen Wert für die Größe und Richtung der täglichen Bewegung zu gewinnen. Das gelang zwar, aber doch nicht so lange Zeit, als ich gewünscht hätte, denn schon nach einer weiteren Viertelstunde ward und blieb es vollkommen trüb. Am nächsten Morgen wurde die Beobachtung berechnet und die Position sowie die Bewegung in 24 Stunden der Zentralstelle für astronomische Telegramme in Kiel telegraphisch mitgeteilt und ausnahmsweise die Bewegung noch in Worten wiederholt, um ja nicht die Vermutung aufkommen zu lassen, daß mir ein Irrtum in dem Chiffrentelegramm passiert sei. Zugleich wollte ich dadurch das Außerordentliche der Beobachtung kennzeichnen. Sache der Zentralstelle war es, die Nachricht allen andern Sternwarten telegraphisch mitzuteilen.

Bevor aber noch eine Bahnbestimmung gerechnet werden konnte, welche die ungewöhnliche Bewegung ohne weiteres aufgeklärt hätte, wurde die Frage aufgeworfen, unter welchen Umständen eine solche ganz anders geartete Bewegung eines Planeten zustande kommen kann. Davon soll nun jetzt die Rede sein.

In dem früher erläuterten Beispiele wurde gezeigt, daß ein Planet, welcher sich in einer die Erdbahn umschließenden Kreisbahn bewegt, eine kleinere Geschwindigkeit als die Erde haben muß. Der Fall einer Kreisbahn tritt aber in Wirklichkeit nie ein, weil zum Zustandekommen einer Kreisbahn zwei Bedingungen erfüllt sein müssen, was aber gar nie der Fall ist, nämlich, daß die Richtung der momentanen Bewegung senkrecht zur Verbindungslinie Planet—Sonne steht und daß die Geschwindigkeit einen genau bestimmten Wert hat, also in

Digitized by Google

unserm oben angeführten Beispiele das angeführte Verhältnis 360 : 254,56 besteht. Die Bahn eines Planeten ist daher immer eine Ellipse, und in einem ihrer Brennpunkte steht die Sonne. In jeder Ellipse gibt es zwei Kardinalpunkte: das Perihel, jenen Punkt, in welchem der Planet der Sonne am nächsten kommt und gleichzeitig seine größte Geschwindigkeit besitzt, und das Aphel, in welchem er am entferntesten von ihr ist und die kleinste Geschwindigkeit entwickelt. Die Verbindungslinie der beiden genannten Punkte ist die große Achse der Ellipse, auf ihr liegen beide Brennpunkte und in einem derselben auch die Sonne. Perihel und Aphel liegen somit auf zwei gerade entgegengesetzten Seiten, von der Sonne aus gesehen. Wenn wir nun zu irgendeinem Punkte der Ellipse eine diese berührende Linie, eine sog. Tangente, legen und auf sie von dem gewählten Punkte eine Senkrechte ziehen, so wird diese senkrechte Linie nur in zwei Fällen auf die Sonne gerichtet sein, nämlich im Perihel und Aphel. In allen andern Fällen geht diese Senkrechte neben der Sonne vorüber. Wenn wir nun annehmen, daß die Geschwindigkeit in unserm früheren Beispiele bei gleichbleibender Richtung plötzlich verkleinert würde, so wird, weil jetzt eine der früheren für eine Kreisbahn erforderlichen Bedingungen nicht mehr erfüllt ist, der Planet von da an in einer Ellipse sich bewegen. Da aber nur im Perihel und Aphel die Verbindungslinie zur Sonne senkrecht zur momentanen Bewegungsrichtung steht, so wird die so entstandene Ellipse in diesem Punkte einen der Kardinalpunkte, und zwar das Aphel, haben, während das Perihel auf der entgegengesetzten Seite liegt. Zu erläutern, wie das kommt, würde mich hier zu weit führen. Es möge nur erwähnt werden, daß, je bedeutender die Geschwindigkeitsverminderung ausfällt, das Perihel um so näher zur Sonne rückt. Eine solche Ellipse liegt also innerhalb der früheren Kreisbahn. Wenn aber die Geschwindigkeit größer wird, so wird gleichfalls aus der Kreisbahn eine Ellipse, und zwar bildet jetzt unser Ausgangspunkt das Perihel; das auf der andern Seite der Sonne liegende Aphel wird um so entfernter von der Sonne liegen, je größer die Geschwindigkeitsvermehrung war, und eine solche Ellipse wird daher die frühere Kreisbahn umschließen.

Wir wollen jetzt zu unserm Modell zurückkehren und in dem Momente, wo Erde und Planet im Süden stehen, die Geschwindigkeit des Planeten so weit vermehren, daß sie der Geschwindigkeit der Erde gleich ist. Anstatt aber wie früher ein Bewegungsintervall der Erde von 10 Grad ins Auge zu fassen, ziehen wir jetzt ein bedeutend kleineres, z. B. einen Grad oder noch weniger, zur Betrachtung heran. Je kleiner wir nämlich dieses Bogenstück wählen, um so mehr gleicht es einer geraden Linie, die vollkommen senkrecht zur Linie Sonne—Erde—Planet steht. Das gilt sowohl für die Erde als auch für den Planeten. Wenn wir nun die beiden Endpunkte der zurückgelegten kurzen Wege durch eine Linie verbinden, so ist diese Linie parallel zur früheren Richtung, also ebenfalls nach Süden gerichtet. Der Effekt am Himmel ist, daß der Planet seinen scheinbaren Ort am Himmel nicht geändert hat. Daraus folgt, daß es auch Planeten geben kann, die zur Zeit der Opposition an einer Stelle stehen-

Digitized by Google

bleiben und erst später eine langsame, immer stärker werdende Bewegung annehmen. Daß solche Planeten sich leicht der Entdeckung entziehen können, ist wohl begreiflich, und es ist in der Tat noch kein solcher entdeckt worden. Wenn wir aber die Geschwindigkeit noch größer werden lassen, dann ergibt unser Modell sofort, daß die Richtungen Erde—Planet von Süden gegen Osten rücken, daß also die scheinbare Bewegung des Planeten eine direkte sein muß. Der Planet MT hatte also zurzeit seiner Entdeckung eine größere Geschwindigkeit als die Erde.

Man wird leicht einsehen, daß die Geschwindigkeit des „MT" um so größer sein mußte, je weiter er von der Erde entfernt war, damit derselbe Effekt am Himmel, das ist eine gleich große scheinbare Bewegung, eintrete. Da nun eine allzu große Geschwindigkeit wenig Wahrscheinlichkeit hatte, so konnte von vornherein und ohne Kenntnis der Bahnelemente auf eine bedeutende Nähe des Planeten geschlossen werden. Und dieser Umstand machte ihn zu einem der interessantesten Gestirne.

Infolge der großen Nähe war aber leider eine rasche Abnahme der Helligkeit zu erwarten, wodurch die Verfolgung sehr erschwert werden mußte. Wenn sich nämlich ein Himmelskörper, der an und für sich immer gleich hell leuchtet, was zum Beispiel bei einem Planeten bei gleichbleibender Entfernung von der Sonne der Fall wäre, auf die doppelte Distanz von der Erde entfernt hat, so empfängt der Beobachter nur ein Viertel der früheren Lichtmenge, in der dreifachen Distanz nur ein Neuntel usw. Die Helligkeiten sinken also auf ein Viertel, ein Neuntel ihres ursprünglichen Betrages. Wenn zum Beispiel ein Gestirn 10 Millionen Kilometer von uns entfernt ist und eine Woche darauf um 10 Millionen mehr, so ist seine Helligkeit auf $\frac{10 \times 10}{20 \times 20} = \frac{1}{4}$ herabgesunken. War aber das Gestirn anfangs 100 Millionen Kilometer und eine Woche später gleichfalls um 10 Millionen mehr, also 110 Millionen Kilometer entfernt, so ist seine Helligkeit auf $\frac{100 \times 100}{110 \times 110} = \frac{5}{6}$ herabgegangen. Das zweite Gestirn hat also bei derselben Distanzvergrößerung bedeutend weniger als das erste an Helligkeit abgenommen, denn es ist nicht die absolute Vergrößerung der Entfernung von der Erde, sondern nur die perzentuelle für die Abnahme der Helligkeit maßgebend.

Die nächste Aufgabe der Astronomen war es, den neuen Planeten so lange als möglich zu verfolgen, um eine sog. Bahnbestimmung auf breitester Basis vornehmen und auf Grund dieser dann den Ort des Planeten hauptsächlich für jene Zeiten vorauszubestimmen, wo er wieder in Opposition mit der Sonne kommen und damit seine Helligkeit ein Maximum erreichen würde. Um eine solche Bahnbestimmung zu ermöglichen, genügen im allgemeinen drei Beobachtungen. Die Bahnbestimmung selbst besteht in dem Aufsuchen von sechs Größen. Diese sind:

1. Neigung der Planetenbahn gegen die Ekliptik oder Erdbahnebene.
2. Die Richtung der Schnittlinie der beiden Ebenen im Raume. Man nennt die Stelle, wo der Planet die verlängerte Erdbahnebene von der Südseite

Digitized by Google

zur Nordseite passiert, den aufsteigenden Knoten und den Winkel Frühlingspunkt Sonne—Knoten, die Länge des Knotens. Neigung der Bahn und Länge des Knotens bestimmen also die Lage der Planetenbahn im Raume.

3. Die Länge der großen Achse der Planetenbahn oder die Distanz Perihel—Aphel, ausgedrückt in Einheiten der Entfernung Sonne—Erde. Diese Größe ist nach dem dritten Keplerschen Gesetze ganz allein bestimmend für die Umlaufszeit.

4. Die Exzentrizität oder das Verhältnis der Entfernung des Brennpunktes vom Mittelpunkte der Ellipse zur halben großen Achse. 3. und 4. bestimmen also die Dimensionen der Ellipse selbst.

5. Die Orientierung der großen Achse in der Planetenebene; sie wird bestimmt durch den Bogen zwischen dem aufsteigenden Knoten und dem Perihel.

6. Der Zeitpunkt, in welchem der Planet das Perihel passierte.

Mit Hilfe dieser sechs Bestimmungsstücke läßt sich der Ort des Planeten für einen beliebigen Zeitpunkt, sei es in der Zukunft, sei es in der Vergangenheit, rechnen. Eine Reihe solcher für gleiche Zeitintervalle berechneter Orte heißt Ephemeride.

Es ist einleuchtend, daß die Bestimmung der Bahnelemente um so unsicherer ausfallen wird, je kleiner das Zeitintervall ist, welches die drei Beobachtungen einschließen, denn die Beobachtungen sind niemals absolut genau, sondern immer etwas fehlerhaft. Wäre die Aufgabe gestellt, aus einem großen Kreise ein kleines Randstück auszuschneiden und aus diesem Randstück allein den Durchmesser des ganzen Kreises zu ermitteln, so würde um so besser der errechnete oder durch Konstruktion gefundene Durchmesser mit dem Original übereinstimmen, je größer das herausgeschnittene Stück war. Je kleiner das Intervall zwischen der ersten und letzten Beobachtung ist, ein um so kleineres Stück der ganzen Ellipse ist zur Beobachtung gelangt und um so unsicherer gestaltet sich die Bahnbestimmung und die daraus gerechnete Ephemeride. Um nun genügend viele und in Zeit so weit als möglich auseinander stehende Beobachtungen zu erhalten, müssen alle andern Sternwarten telegraphisch verständigt werden, weil ja schlechtes Wetter allein schon in wenigen Tagen die Wiederauffindung durch den Entdecker besonders in dem Falle vereiteln kann, wenn das neue Gestirn an Helligkeit rasch abnimmt. In einem solchen Falle ist eine halbwegs genaue Kenntnis des Ortes, wo es zu suchen ist, ganz besonders wichtig und notwendig, da man es im andern Falle sehr leicht übersieht.

Die nächste Beobachtung des MT gelang mir selbst am 4. Oktober. Die Lichtstärke des großen Refraktors (68 Zentimeter Objektivöffnung) und die zufällige Reinheit des Himmels gestatteten mir bei hochstehendem Monde — am 8. Oktober trat Vollmond ein — bereits um 10 Uhr abends die Beobachtung vorzunehmen. Hingegen mußte Herr Pechüle in Kopenhagen, der einzige Astronom, der den Planeten mit dem Auge am Fernrohr beobachtet hat, dem aber ein nur halb so großes Fernrohr (36 Zentimeter Oeffnung) zur Verfügung steht, mit der Beobachtung bis nach Monduntergang, der nach 2 Uhr erfolgte, warten. Daß Pechüles und meine Beobachtung vom 4. doch um einige Stunden aus-

Digitized by Google

einander lagen, war, nebstbei erwähnt, ein großes Glück bei dem vielen Mißgeschick. Vom 5. an war es in Wien trüb; ob die andern Sternwarten Europas trübes Wetter hatten, ist aus der damaligen Wetterlage wohl anzunehmen, aber mir nicht bekannt. Aber auf alle Fälle wäre der fast volle Mond das größte Hindernis gewesen und hätte in den meisten Fällen das Erblicken und Erkennen des Planeten, dem der Mond sich mit Riesenschritten näherte, vereitelt. Das größte Malheur war aber, daß das Telegramm über die Entdeckung nicht an die amerikanischen Sternwarten gelangte, deren Riesenin strumenten auch der nahe Vollmond nicht hinderlich gewesen wäre. Professor Pickering schrieb mir: „MT wäre dem großen Spiegel auf der Mount-Wilson-Sternwarte nicht entschlüpft, wenn wir die telegraphische Verständigung rechtzeitig erhalten hätten." Zu dem durch Wetter und Mondschein verursachten Mißgeschick gesellte sich noch hinzu, daß der Planet rasch an Helligkeit abnahm, und als ich endlich am 10. Oktober mit der Aufsuchung beginnen konnte, mußte ich ihn unter den schwächsten Objekten des Himmels suchen. Daß der Umfang der Gegend, wo er zu suchen war, mit jedem Tage zunahm, vermehrte die Schwierigkeit. Am 10. und alle folgenden Tage war der Himmel in Wien sehr dunstig, und am 13. verzweifelte ich an der Möglichkeit, selbst den Planeten wiederzufinden, und auch von andrer Seite war keine Meldung über weitere Beobachtungen eingelangt. Es war mir klar, daß die Aufsuchung mit dem Auge erfolglos bleiben mußte, und auch andre Astronomen, denen kein photographisches Fernrohr zur Verfügung steht, wußten, daß, wenn ich mit meiner vierzigjährigen Erfahrung und mit Hilfe der nur mir zur Verfügung stehenden Mittel das Objekt nicht wiederfinden konnte, die Auffindung für sie vollkommen ausgeschlossen war. Hier konnte nur die Photographie helfen. Da erinnerte ich mich, daß auf der jungen Sternwarte in Johannesburg in Transvaal seit kurzem ein photographisches Fernrohr mit dem ganz außerordentlich großen Gesichtsfelde von 230 Quadratgraden in Tätigkeit gesetzt worden ist, und weil ich vermutete, daß diese Sternwarte das Entdeckungstelegramm nicht erhalten hat, schickte ich am 13. eine ziemlich ausführliche Depesche dahin. Vor allem wurde aber das photographische Fernrohr der Wiener Sternwarte mit seinem kleinen (nur 4 Quadratgrade!) umfassenden Gesichtsfelde herangezogen. Dr. Rheden machte viele Aufnahmen, aber resultatlos. Die Haupturſache des Mißlingens lag in erster Linie wohl an dem zu kleinen Gesichtsfelde, dann an dem dunstigen Himmel und dem Mondschein, denn die Aufnahmen konnten erst bei hochstehender Gegend, also nach Mondaufgang gemacht werden. Außer auf der Wiener Sternwarte wurde sehr eifrig von Professor Wolf und andern Herren der Heidelberger Sternwarte teils mit dem kräftigen Spiegelteleskop, teils mit dem Bruceteleskop, das ein Gesichtsfeld von etwa 50 Quadratgraden besitzt, gesucht; ferner arbeitete man in Greenwich an dem dortigen Spiegelteleskop und auf der bereits erwähnten Sternwarte in Johannesburg. Leider zunächst überall erfolglos. Es mag nun hier am Platze sein, einige Worte der Methode der Verfolgung kleiner Planeten mit einem photographischen Fernrohr zu widmen.

Digitized by Google

Das photographische Fernrohr wird mit Hilfe eines besonders guten Uhrwerks und mit Anwendung von Vorrichtungen, die durch den Beobachter in Tätigkeit gesetzt werden, so genau dem Himmel oft stundenlang nachbewegt, daß das Licht eines jeden Sternes immer auf dieselbe Stelle der Platte fällt. Nach der Entwicklung der Platte zeigt dieselbe überall dort, wohin ein Stern geleuchtet hat, einen mehr oder weniger großen Punkt, dessen Größe im allgemeinen der Helligkeit des Sterns entspricht. Befindet sich jedoch in der photographierten Gegend ein Planet, so hat derselbe während der Expositionszeit seinen Ort unter den Sternen geändert und sein Licht hat nicht immer dieselbe Stelle der Platte angeregt, sondern eine Linie, einen Strich gezogen. Der Astronom hat nun die Platte nach solchen Strichen zu untersuchen, wobei es natürlich notwendig ist, Plattenfehler von wirklichen Planetenspuren unterscheiden zu können. Es ist einleuchtend, daß die Helligkeit der Planetenspur mit der Helligkeit des Planeten selbst zu- und abnimmt, aber es ist auch klar, daß die Spur um so schwächer ausfallen wird, je rascher der Planet läuft, weil dann dieselbe Lichtmenge sich auf einen immer größeren Weg verteilen muß, und so wird es verständlich, daß die Planetenspur des MT leicht übersehen werden konnte, weil sich derselbe fast dreimal so rasch bewegte, als es sonst die kleinen Planeten tun, und außerdem mit jedem Tage der Umfang der zu durchsuchenden Gegend sich vergrößerte.

Das Jahr 1911 war vorüber, und außer den Beobachtungen Wien, 3. Oktober 14 Uhr 52 Minuten, Wien, 4. Oktober 10 Uhr 50 Minuten, Kopenhagen, 4. Oktober 14 Uhr 11 Minuten und Kopenhagen, 4. Oktober 15 Uhr 7 Minuten waren keine weiteren Beobachtungen gelungen. Der so interessante Planet schien trotz der Bemühungen, welche in Wien, Heidelberg, Greenwich und Johannesburg gemacht worden waren, kaum entdeckt, schon wieder verloren zu sein. Das vorhandene Beobachtungsmaterial war so dürftig wie noch nie, die Berechnung einer Bahn schien sogar einzelnen Astronomen ganz unmöglich zu sein. Aber bei allem Unglück war es doch als ein Glück zu bezeichnen, daß die Wiener und die Kopenhagener Beobachtungen vom 4. bei vier Stunden auseinander lagen. Da unternahmen fast gleichzeitig und unabhängig voneinander drei Astronomen den Versuch, aus dem dürftigsten Material, welches je vorgelegen hat, das Möglichste zu gewinnen. Es ist zuerst Professor Leuschner von der Universität in Berkeley zu nennen, unter dessen Aufsicht zwei Jünger der Astronomie, die Herren Haynes und Pitman, sich dieser Aufgabe unterzogen, dann Professor Franz, Direktor der Breslauer Sternwarte, und Dr. Hopfner, damals Assistent der Triester Sternwarte. Ich hatte inzwischen die letzte meiner Messungen vom 3. Oktober, die schon bei ziehenden Wolken angestellt worden war und nicht gut mit den übrigen übereinstimmte, weggelassen und dadurch die Beobachtung verbessert und ebenso die beiden Kopenhagener Beobachtungen um 2 Sekunden geändert, weil neuere Beobachtungen des Fixsterns, mit dem Herr Pechüle den Planeten verglichen hatte und die ihm entgangen waren, den Ort des Fixsterns um diese Größe anders ergaben. Professor Leuschner und Dr. Hopfner hatten

Digitized by Google

von diesen Verbesserungen vor Beginn der Rechnungen Kenntnis, während Direktor Franz dieselbe erst später erhielt. Das unsicherste Element in diesen Rechnungen war die Bestimmung der großen Achse, von der, wie oben erwähnt, die Umlaufszeit abhängt. Es ist interessant, zu sehen, welchen Einfluß diese Verbesserungen von wenigen Bogensekunden auf die Umlaufszeit genommen haben. So fand Professor Franz aus den unverbesserten Beobachtungen die Umlaufszeit zu 12,5 Jahren, aus den verbesserten Beobachtungen zu 2,636 Jahren. Ich führe nun die von den drei Herren gefundenen Umlaufszeiten tabellarisch an.

Leuschners	erste	Lösung:	2,818	Jahre
„	zweite	„	2,484	„
„	dritte	„	3,379	„
Franz'	erste	„	12,503	„
„	zweite	„	2,636	„
Hopfners		„	3,355	„

Leuschners dritte Lösung und Hopfners Resultat sind in guter Uebereinstimmung, weil beide die zweite Kopenhagener Beobachtung benutzt haben, während Franz die erste Beobachtung, die mit der zweiten nicht ganz übereinstimmt, verwendet zu haben scheint. Wenn man von der zwölfjährigen Umlaufszeit absieht, so bleibt noch der sehr große Unterschied von 0,7 Jahren oder $8\,^1/_2$ Monaten zwischen der zweiten Lösung von Franz und den Lösungen Leuschners und Hopfners übrig. Wenn wir vom 3. Oktober 1911 ausgehen, würde also der Planet nach den Elementen von Franz am 22. Mai 1914, nach den andern Elementen um den 14. Februar 1915 dieselbe Stellung, von der Sonne aus gesehen, erreichen wie am Entdeckungstage; es ist aber leicht einzusehen, daß er auch an einem dazwischen liegenden Tage an dem Entdeckungsorte eintreffen kann. Mit diesen Angaben ist aber noch nicht die ganze Unsicherheit erschöpft; sie ist in Wirklichkeit bei weitem größer, und zwar eine so große, daß man den Planeten auf einer den ganzen Himmel umspannenden Zone würde suchen müssen, so daß man getrost sagen kann: Auf Grund dieser Rechnungen wird der Planet nie gefunden werden, sondern die Auffindung muß dem Zufall überlassen werden. Hingegen würden die jetzigen Rechnungen genügen, um, wenn er wiedergefunden wird, sofort seine Identität zu erkennen. Wenn also diese Elementenbestimmungen nicht genügten, um den Planeten bei seiner Wiederkehr zu finden, so konnten sie doch genügen, um den Weg anzugeben, welchen der Planet in den Tagen nach der Entdeckung genommen hat. Aus diesem Grunde haben sowohl Leuschner als Franz Ephemeriden für die Zeit von August bis November 1911 gerechnet, während Hopfner dies unterließ, weil er mittlerweile von der Ephemeride Leuschners erfahren hatte.

Auf allen obengenannten Sternwarten wurden neuerdings die photographischen Aufnahmen durchsucht und *siehe*, mit Ausnahme von Wien, wo, wie bereits erwähnt, dunstiger Himmel geherrscht hatte, fanden die drei andern Beobachter auf den vielen und durch mehrere Tage hindurch gemachten Aufnahmen je eine Spur. Zuerst ist Greenwich zu nennen, wo auf drei je eine

Digitized by Google

halbe Stunde auseinanderliegenden Aufnahmen, die am 11. Oktober an dem großen Spiegelteleskop von 30 Zoll Oeffnung gemacht worden waren, je eine feine Spur gefunden wurde.

Daß aber auf jeder dieser Aufnahmen die Spur eine der Bewegung des Planeten entsprechend geänderte Stellung hatte, sowie daß die Richtung der Spur mit derjenigen der Planetenbewegung und ihre Länge mit der Expositionsdauer übereinstimmte, war ein vollgültiger Beweis, daß die gefundenen Spuren wirklich dem Planeten „MT" angehörten. Die Position des Planeten wich aber bereits um 8 Bogenminuten in Rektaszension und um 11 Minuten in Deklination von der Leuschnerschen Ephemeride ab. Diese Abweichung gestattete aber mit Sicherheit den Schluß, daß die äußerst feine Spur, welche Herr Ernst auf einer Heidelberger Aufnahme vom 17. Oktober auffand und die bereits 22 Bogenminuten in Rektaszension und 27 Minuten in Deklination und in demselben Sinne von der Leuschnerschen Ephemeride abwich, gleichfalls dem Planeten angehöre. Herr Crommelin, der sich um die Auffindung auf den gemachten Aufnahmen große Verdienste erworben hat, benachrichtigte, bevor er noch Kenntnis von der Heidelberger Beobachtung hatte, die Sternwarte in Johannesburg, wo der Planet an den dort gemachten Aufnahmen zu suchen sei. Und so wurde auch in Johannesburg der Planet auf einer Aufnahme vom 18. Oktober gefunden. Dabei sei bemerkt, daß dort zwei einander sehr nahe Spuren konstatiert wurden, von denen aber auf Grund der Leuschnerschen Ephemeride, welche die Größe der täglichen Bewegung für den 18. Oktober schon merklich von der Wahrheit abweichend ergab, die falsche Spur für die Planetenspur gehalten wurde. Die genaue Position kann erst später ermittelt werden, weil in der Nähe der Spur sich nur schwache Sterne befinden, deren genaue Stellung erst nachträglich ermittelt werden muß, wozu mir das schlechte Wetter der Monate August und September keine Gelegenheit gab.

Welches ungemein große Interesse dieser Planet „MT" in der astronomischen Welt hervorgerufen hat, geht nicht nur aus den zahlreichen Bemühungen hervor, die gemacht worden sind, um ihn trotz des vielen Mißgeschicks, welches durch ungünstiges Wetter, Mondschein und hauptsächlich durch das Ausbleiben der telegraphischen Benachrichtigung der amerikanischen Sternwarten verursacht worden war, festzuhalten, sondern auch aus verschiedenen Aeußerungen hervorragender Astronomen. So schreibt Professor Turner, Direktor der Oxforder Sternwarte, anläßlich der ersten Auffindung seiner Spuren auf den photographischen Aufnahmen in der englischen Fachzeitschrift „Observatory": Es mag wohl eine größere Freude über die Wiederauffindung dieses „verlorenen Schafes" herrschen, als über die (mehrfach) neunundneunzig (Planeten), deren Bahnen gut bekannt sind. Und Crommelin vergleicht die Wiederauffindung auf Grund der auf dem dürftigsten Beobachtungsmaterial aufgebauten Ephemeride mit der sensationellen Wiederauffindung des ersten kleinen Planeten Ceres im Jahre 1802 auf Grund der Gaußschen Rechnungen.

Durch die Auffindung der Planetenspuren in Greenwich und Heidelberg

Digitized by Google

wurde es endlich möglich, eine auf einem Bogen von fünfzehn Tagen Zwischenzeit aufgebaute Elementenrechnung anzustellen. Diese Aufgabe wurde von drei Seiten gleichzeitig in Angriff genommen: von dem bereits erwähnten Schüler Leuschners, Haynes, von Professor Cohn in Berlin und mit ganz besonderer Sorgfalt von dem ungarischen Reichsratsabgeordneten und Fabriksdirektor v. Tolnay in Budapest. Die Resultate stimmen sehr gut miteinander überein, so daß an der Richtigkeit der Rechnung kein Zweifel sein kann. Die wichtigsten Ergebnisse der Tolnayschen Rechnung sind:

Umlaufszeit	4,1659 Jahre		
Exzentrizität	0,5417		
Halbe große Achse	2,5890	= 387,1	Mill. Kilom.
Entfernung des Perihels von der Sonne	1,1865	= 177,4	„ „
„ „ Aphels „ „ „	3,9915	= 596,7	„ „
Kürzeste Entfernung von der Erdbahn	0,186	= 27,9	„ „

Erdbahnhalbmesser

Durchgang durch das Perihel . . . . . 1912 August 28,9
Geschwindigkeit des Planeten im Perihel 34,0 Kilometer
„ der Erde . . . . . 29,8 „

Wenn wir diese Angaben näher betrachten, so ergibt sich aus der Umlaufszeit, daß der Planet erst am 3. Dezember 1915 denselben Ort, von der Sonne aus gesehen, einnehmen wird wie am 3. Oktober 1911, während die besten Resultate der früher erwähnten Bahnbestimmungsversuche nach Franz den 22. Mai 1914, nach Leuschner den 14. Februar 1915 ergaben. Wenn man also geglaubt hätte, daß der Planet innerhalb des letztgenannten Zeitintervalls wieder am Entdeckungsorte eintreffen wird, so wäre man sehr im Irrtum gewesen. Weiters ist zu bemerken, daß die Exzentrizität der Bahnellipse die weitaus größte ist, die man je bei einem Planeten gefunden hat. Dies drückt sich für den Laien anschaulicher in dem großen Unterschiede der Entfernung des Planeten von der Sonne im Perihel und Aphel aus, die 1,19 und 3,99 betragen. Bei keinem Planeten ist sowohl der absolute als der relative Unterschied dieser beiden Entfernungen so groß. Der Planet „MT" kommt unter allen kleinen Planeten, mit einziger Ausnahme des Eros, dessen Periheldistanz 1,15 beträgt, der Sonne am nächsten. Seine und des Planeten Eros' Bahn liegen zum Teil noch innerhalb der Marsbahn, deren Perihel 1,38 von der Sonne entfernt ist. Die weitere Folge dieser kleinen Periheldistanz ist, daß der Planet auch der Erdbahn und infolgedessen bei günstiger Gelegenheit auch der Erde sehr nahe kommen kann und mit Ausnahme von Eros dessen kürzeste Entfernung von der Erdbahn auf 0,15 sinkt, weder von Venus noch von Mars oder von irgendeinem andern Planeten übertroffen wird.

Die Exzentrizität der Bahn von „MT" ist die größte bisher bei einem Planeten beobachtete und übersteigt sogar die einiger periodischer Kometen. „MT" läuft also in einer Kometenbahn. Dieser Umstand hatte zur Folge, daß einige Astronomen im Zweifel waren, ob sie ihn nicht den Kometen zuzählen sollten.

Digitized by Google

Diese Zweifel konnten auch deshalb erhoben werden, weil ich bei der von mir gegebenen Beschreibung des Aussehens sagte, daß ich zwar nicht die geringste Spur einer nebelförmigen Umhüllung gesehen habe, aber allerdings nicht die allergrößte Aufmerksamkeit diesem Teile der Beobachtung zugewendet habe. „MT" wurde, solange man darüber nicht einig war, eine Zeitlang als Objekt „MT" bezeichnet; erst als ich darauf hinwies, daß es nicht die Bahnform, sondern die physische Beschaffenheit des Gestirns sei, welche in dieser Richtung maßgebend ist, wurde er definitiv den Planeten zugerechnet.

Die große Exzentrizität der Bahn macht „MT" noch nach einer andern Richtung hin zu einem der interessantesten Gestirne. Bekanntlich ist es von einigen der periodischen Kometen nachgewiesen, daß sie erst durch die Störungen eines der großen Planeten ihre jetzige elliptische Bahn erhalten haben und vordem in einer parabolischen oder hyperbolischen Bahn sich bewegten. Eine solche Untersuchung bei allen periodischen Kometen durchzuführen, wäre eine Arbeit von so enormer Ausdehnung, daß sie vielleicht der beste Rechner nie bewältigen könnte, auch wenn alle Hilfsrechnungen entfallen würden. Trotzdem hat man guten Grund anzunehmen, daß die Bahnen aller periodischen Kometen durch den Einfluß eines oder mehrerer der großen Planeten in elliptische verwandelt wurden. Die große Exzentrizität der Bahn von „MT" läßt nun den Gedanken auftauchen, daß auch dieser gleich den Kometen seinen Ursprung nicht im Sonnensystem hat, sondern von außen hereingekommen ist. Und nimmt man dies an, so eröffnet sich die weitere Möglichkeit, daß es mit den andern kleinen Planeten dieselbe Bewandtnis hat.

Die gefundene Umlaufszeit von 4,1659 Jahren sagt aber nicht, daß es erst nach Ablauf dieser Zeit möglich sein wird, den Planeten zu suchen und zu finden. Bereits im Jahre 1913 wird er in Opposition kommen, aber dabei sehr weit von der Sonne und der Erde entfernt sein. Eine noch zu rechnende Ephemeride wird ergeben, ob die zu erwartende Helligkeit noch so groß sein wird, daß er dem stärksten aller Fernrohre, dem Spiegelteleskop von 1,60 Meter Durchmesser auf dem Mount Wilson in Kalifornien, zugänglich ist. In diesem Falle würde der Umstand, daß bei zunehmender Entfernung von der Erde die Unsicherheit des scheinbaren Ortes kleiner wird, der Auffindung sehr förderlich sein. Wie aus dem früher Gesagten hervorgeht, ist diejenige Opposition, welche mit der Aphelstellung zusammenfällt, jene, in welcher der Planet seine geringste Oppositionshelligkeit hat. Für „MT" beträgt diese Helligkeit 20,0, das ist ein solches Minimum, daß er wohl auch dem großen Spiegel zur Zeit des Aphels unerreichbar ist. Endlich wird es auch sehr interessieren zu erfahren, welche wahre Größe dieser so interessante Planet hat. Hier läßt sich nur aus der Helligkeit und unter der Annahme, daß alle kleinen Planeten gleich kräftig das auf sie fallende Sonnenlicht reflektieren, ein Schluß ziehen, und diese Rechnung ergibt für „MT" einen Durchmesser von 4, sage vier Kilometern. „MT" ist somit das kleinste dauernd sichtbare Gestirn, welches wir kennen, denn die noch viel

Digitized by Google

kleineren Meteore, die ja auch zu den Gestirnen gerechnet werden müssen, sind nur einmal und nur für Sekunden sichtbar.

Die Planetenspuren vom 11., 17. und 18. Oktober wurden auf Aufnahmen gefunden, welche speziell für die Verfolgung des „MT" gemacht wurden. Die Spuren waren bereits so schwach, daß sie bei der ersten und gewiß auch sorgfältig vorgenommenen Durchsuchung übersehen wurden. Man konnte es also als sicher annehmen, daß bei der immer mehr abnehmenden Helligkeit des Gestirns dasselbe kaum noch auf einer später aufgenommenen Platte zu finden sein wird. Aber, da der Planet vor dem Entdeckungstage heller war — er hatte ja am 29. August das Perihel passiert —, so lag eine entfernte Möglichkeit vor, daß seine Spur auf einer Platte, welche zufällig jene Gegend bestrich, in welcher der Planet gerade weilte, aufzufinden sei. Zu diesem Zwecke rechnete Professor Cohn auf Grund der Tolnayschen Elemente eine Ephemeride für die Monate August und September. Der Erfolg blieb auch nicht aus, denn auf der Heidelberger Sternwarte wurde am Rande einer am 16. September belichteten Platte die Spur gefunden und vermessen. Ohne die Ephemeride, welche den Ort des Planeten schon sehr genau angab, wäre dieser feine und ungemein schwache Strich nicht gesehen und gewiß nicht richtig gedeutet worden. Jetzt liegt also ein beobachteter Bogen vom 16. September bis 18. Oktober oder von zweiunddreißig Tagen vor. Die mit Benützung sämtlicher Beobachtungen nochmals zu rechnenden Elemente und Ephemeriden werden jetzt einen solchen Grad von Sicherheit haben, daß man wohl behaupten kann, daß der Planet, sobald seine Lichtstärke es zulassen wird, gewiß gefunden werden wird, und dies wird um so sicherer eintreten, weil nicht nur jene Astronomen, welche die Beobachtung kleiner Planeten in ihr Programm aufgenommen haben, sich mit der Aufsuchung beschäftigen werden, sondern ausnahmsweise auch andre, sofern sie über die genügenden Hilfsmittel verfügen.

Der von Witt am 13. August 1898 entdeckte Planet Eros kommt, wie bereits erwähnt, der Erdbahn nach je 1 Jahr 9 Monaten bis auf 0,15 nahe, aber erst 1930 werden Eros und Erde gleichzeitig an den nächsten Punkten ihrer Bahnen eintreffen. In dieser Stellung gibt uns Eros das bei weitem genaueste Mittel an die Hand, die Distanz der Sonne von der Erde, das Fundamentalmaß am Himmel zu bestimmen. Schon jetzt treffen die Astronomen alle denkbaren Vorbereitungen, um 1930 die genauesten Beobachtungen machen zu können. Nun tritt „MT" hinzu, der dieselbe Eigenschaft großer Annäherung an die Erdbahn hat und somit die Gelegenheit vermehrt, diese Bestimmung zu wiederholen. Einzig der Umstand, daß im günstigsten Falle seine Helligkeit die 11,5. Größe erreicht, während Eros fast 6. Größe werden kann, macht ihn weniger geeignet, weil seine Beobachtung nur mit größeren Instrumenten möglich ist. Hingegen erleidet er, wenn er in Erdnähe kommt, ganz bedeutende Ablenkungen durch die Anziehung der Erde, aus denen dann umgekehrt die Masse der Erde in Einheiten der Sonnenmasse genauer als sonst gerechnet werden kann.

Die Verfolgung des „MT" wäre länger möglich gewesen, wenn die amerika-

Digitized by Google

nischen Mammutfernrohre hätten eingreifen können, und seine Wiederauffindung bei der nächsten günstigen Gelegenheit wäre ein Kinderspiel gewesen. Immerhin wird, wenn auch unter einiger Anstrengung, seine Wiederauffindung glücken. Daß es mir unendlich leid tun wird, mangels eines hierzu geeigneten photographischen Fernrohrs mich nicht an dieser Nachforschung beteiligen zu können, das werden mir die Leser aufs Wort glauben.

Das hier Erzählte wäre nun der erste Abschnitt der Geschichte der Entdeckung des Planeten „MT". Meine freudige Ueberraschung über das Gelingen der Auffindung eines so interessanten Objektes mußte bald der größten Enttäuschung Platz machen, denn kaum gefunden, schien es auch schon wieder verloren. Nachdem ich bereits alle Hoffnung auf die Wiederauffindung sinken ließ tauchte in Greenwich eine erste Spur auf, die dann die Astronomen in Heidelberg verfolgten und verlängerten; auf Grund des nun bekannt gewordenen Laufes des Planeten gelang es sogar noch Spuren seiner Bahn vor seiner Entdeckung aufzustöbern.

Der Schluß dieser astronomischen Episode kann erst erfolgen, bis auf Grund strengstens durchgeführter Rechnungen die Astronomen und der Planet „MT" ein Wiedersehen feiern werden.

Rußland und England in Persien

Von

Prof. Dr. v. Vambéry

In der Vorrede zu seinem „The Strangling of Persia" betitelten Werke[1]) schreibt Herr Morgan Shuster, der ehemalige Generalschatzmeister Persiens, folgendermaßen: „Nur die Feder eines Macaulay oder der Pinsel eines Wereschtschagin könnte jene schnell vorüberziehenden Szenen des Verfalles Persiens schildern, in welchen zwei mächtige und angeblicherweise christliche Länder mit Ehre, Anstand und Gesetz leicht herumgespielt und sich nicht gescheut, die unerhörten Grausamkeiten zu begehen, um ihre politischen Absichten auszuführen und um Persien jeder Hoffnung einer Wiedergeburt zu berauben."

Auf den ersten Anblick mag dieses Urteil wohl allzustreng scheinen und man mag vieles a conto des hartgesottenen Republikaners schreiben, der, ein Neuling auf dem Felde asiatischer Politik, das Gebaren abendländischer Uebermacht Asiaten gegenüber das erstemal kennen gelernt. Nun aber, offen gestanden, ist es schwer in Abrede zu stellen, daß es vielleicht nur wenige Punkte in der Geschichte der europäischen Intervention in Asien gibt, wo unsre Fahnen

---

[1]) The Strangling of Persia. A record of European Diplomacy and Oriental Intrigue, by W. Morgan Shuster. T. Fisher Unwin. London. Leipsic 1912.

Digitized by Google

grausamer, härter und gewissenloser aufgetreten sind als neuestens in dieser ältesten Monarchie der Welt. Das bedauernswerte Volk der Perser, welches unter dem Fluch asiatischer Mißwirtschaft, Tyrannei und Gesetzlosigkeit noch damals geschmachtet, als bei den übrigen Völkern des Ostens das Licht einer besseren Aera schon zu grauen angefangen, konnte den nachbarlichen Einfluß der jungtürkischen Bewegung nicht gleichgültig mitansehen, dies um so weniger, da Funken des freiheitlichen Lichtes schon früher teils mittels Schriften aufgeklärter Patrioten, teils aus dem Kaukasus ins Land eingedrungen waren. Der gutmütige, aber kranke König Muzaffar-ed-din Schah hatte sich schon 1906 zur Bewilligung einer Konstitution bereit erklärt, doch sein Sohn und Nachfolger Mohammed Ali Schah war anderen Sinnes. Er war früh ins russische Fahrwasser geraten, nämlich schon als Gouverneur der reichen Provinz Azerbaidschan, geleitet vom russischen Juden, dem Karaiten Schapschal, und als er 1907 auf den Thron gelangte, war es seine erste Sorge, die Konstitution trotz dem auf den Koran geleisteten Schwur zu beseitigen und den schrankenlosen Absolutismus herzustellen. Selbstverständlich hatte er in Verwirklichung dieses Vorhabens in Rußland den eifrigsten Beschützer gefunden, und die Herren in St. Petersburg wären sofort bereit gewesen, ihn öffentlich zu unterstützen, wenn man nicht die Rivalität Englands gefürchtet hätte. Man konnte nicht voraussetzen, daß England sich so brevi manu zur Vernichtung eines konstitutionellen Regimes hergeben werde, man mußte daher zuerst den Weg eines freundlichen Arrangements mit England betreten, und so entstand das Uebereinkommen von 1907, laut welchem die Integrität und Unabhängigkeit Persiens von beiden Regierungen anerkannt und garantiert werden soll, in Anbetracht der beiderseitigen politischen und wirtschaftlichen Interessen aber sollte das Land in zwei Sphären geteilt werden, bei welcher Teilung Rußland den größten, wertvollsten und schönsten Teil des Landes erhielt, England sich hingegen mit einem kleinen, wüsten, unbedeutenden Winkel begnügen mußte. Wie das Kabinett von St. James in eine so beschämende Vereinbarung einwilligen konnte, will noch lange ein Rätsel in der politischen Welt bleiben. Es ist ein Meisterstück der liberalen Politiker an der Themse, die übrigens von jeher durch Meisterstücke dieser Art sich ausgezeichnet. Aber Rußland hatte selbst diese englische Nachgiebigkeit nicht befriedigt, denn ihm liegt weniger an der Umschreibung der Interessensphäre, als an der gänzlichen Besitznahme des persischen Landes, was am leichtesten dadurch zu erreichen wäre, wenn Mohammed Ali, sein Schützling, als Vasall wieder zur Macht gelangt und Konstitution samt Parlament wieder beseitigt werden.

Die Einzelheiten dieses Kampfes, nämlich die Art und Weise, wie Rußland die freiheitlichen Bestrebungen des Perservolkes zu vereiteln gesucht, wie es mit rauher Hand in Recht, Gesetzlichkeit, Humanität und Gewissen eingegriffen und Mohammed Ali, den schändlichen Verräter seines eigenen Vaterlandes, offen und geheim unterstützt — das wird im früher erwähnten Buche des Amerikaners ausführlich erzählt. Wir erfahren da von den Intrigen scheußlichster

Digitized by Google

Art und von den unerhörtesten Gewalttätigkeiten Rußlands, bis das Medschliß (Parlament) auf einen Haufen geschossen, das Land der Anarchie preisgegeben und die wichtigsten Punkte in der nördlichen Hälfte des Landes besetzt und unter russischer Gewalt gebracht wurden. Auch das Verhältnis der rebellischen Brüder des Exkönigs gegen die bestehende Landesregierung wird vom Amerikaner ins gehörige Licht gestellt, denn wir sehen, daß Rußland alle Mittel in Anwendung bringt, um die persisch-nationale Partei zu diskreditieren und um jedermann zu überzeugen, daß die Perser zur Konstitution, ja zur Selbstherrschaft unreif und unfähig, nur unter russischer Vormundschaft einer besseren Zukunft entgegengeführt werden können. Wie die Verhältnisse heute stehen, schreitet die Verwirklichung dieses persischen Zukunftsbildes auch sehr rüstig vorwärts. Vom Parlament ist keine Rede mehr, 20 000 russische Soldaten halten die bedeutendsten Punkte des Landes besetzt, ja der Machtrayon der Russen dehnt sich immer mehr nach dem Süden aus, und nur um den Anstand zu wahren, wird von Eisenbahnkonzessionen gesprochen, denn Rußland schickt sich schon an, strategische und kommerzielle Bahnen anzulegen, als wenn der Zar schon unumschränkter Gebieter des ganzen iranischen Landes wäre. Angesichts dieser Gestaltungen fragt sich in erster Reihe: wie sich denn England gegenüber diesem Gebaren seines befreundeten Nachbars verhält, und zweitens: wie diese russische Eigenmächtigkeit gegenüber der im beiderseitigen Vertrage von 1907 verbrieften Integrität und Selbständigkeit Persiens sich verantworten läßt. Nun, was England anbelangt, so unterscheidet sich seine Politik und seine den Persern zuteil gewordene Handlungsweise sehr bedeutend von der seines nordischen Nachbarn. England hat bis jetzt den Persern gegenüber die größte Schonung bekundet und keinen Schritt unternommen, der die nationalen, politischen oder sonstigen Interessen der Perser beleidigen oder beeinträchtigen würde, obwohl Englands Handelsinteressen im ganzen südlichen Persien großen Schaden zu leiden haben. Während die Russen im Norden hohe Geistliche hängen lassen, persische Patrioten massenweise hinrichten und die heiligsten Moscheen des Landes bombardieren, haben die Engländer in ihrer Interessensphäre noch niemand das Haar gekrümmt, und ihre ganze Okkupationsarmee besteht aus einer Kavallerieabteilung, die als Wachtposten bei den Konsulaten aufgestellt ist. Es fragt sich mit Recht, ob diese aus verschiedener Auffassung entsprungene Politik sich auf die Dauer der Zeit erhalten kann und ob der Vertrag von 1907 — wie in englischen politischen Kreisen schon vielfach angedeutet wird — nicht einer Revision unterzogen werden muß? Ja, hic Rhodus, hic salta! In St. Petersburg wird es gewiß niemand einfallen, an dieser den russischen Zukunftsplänen sehr vorteilhaften Vereinbarung auch nur ein Jota zu verändern, denn eine günstigere Perspektive zur Besiegung des englischen Rivalen und zur Eröffnung der langersehnten Straße nach dem warmen Meere wäre wohl kaum zu erhoffen gewesen. Bezüglich Englands stehen jedoch die Verhältnisse ganz anders. Englands Hauptbeweggrund zu einer Annäherung und Verständigung mit Rußland lag hauptsächlich einerseits in der veränderten Sachlage in Zentral-

Digitized by Google

europa, anderseits in der neuen Gestaltung der politischen Zustände in Indien, in den nationalen Kundgebungen gewisser unzufriedener Elemente und der sich immer drohender gestaltenden Stellung seines nördlichen Rivalen. Um hier der Gefahr vorzubeugen, meinte man durch ein neutrales Gebiet, eine Art Prellkissen, gegen einen Angriff sich am besten sicherstellen zu können — und dieses Prellkissen hat man einerseits in Afghanistan, anderseits in Persien zu finden geglaubt. Es läßt sich ja nicht leugnen, dieses Mittel wäre auch das beste unter den gegebenen Umständen, nur fragt sich, ob Land und Volk in Persien zur Herstellung eines solchen Prellkissens sich eignen, namentlich aber, ob Rußlands zukünftige Machtstellung in diesem Lande für die erwünschte und erhoffte Neutralisierung genug Garantie bieten kann? Ohne zu zögern, möchte ich hierauf mit einem entschiedenen „Nein" antworten. Das Kabinett von St. James ist ganz richtig vorgegangen, indem es durch die Integrität und Unabhängigkeit Persiens, wie solche im ersten Punkte der Konvention hervorgehoben wurde, das Einhalten der nötigen Neutralität gewährleisten zu können hoffte, denn nur so wäre es der persischen Regierung möglich gewesen, den Ansprüchen beider Teile in gehöriger Weise gerecht zu werden. Doch an der Newa verfolgt man ganz andre Ziele in Persien. An Neutralisation oder an Schaffung eines Prellkissens denkt man am allerwenigsten, denn hier handelt es sich um Lösung ganz anderer Probleme. Ebensowenig wie man in den mit den grusischen Fürsten abgeschlossenen Vertrag auf Schutz und Integrität Georgiens gedacht, oder wie man im Kriege mit Aga Mohammed, dem Gründer der Kadscharendynastie, nur die weitere Fortsetzung der Eroberungen vor Augen hatte, ebenso will man heute unter dem Ausdruck „Interessensphäre" nur eine Pause auf dem Marsche nach dem Süden erblicken, und Rußland hat schon halb sein Ziel erreicht, indem es ihm gelungen, die liberalen Politiker an der Themse von seiner Aufrichtigkeit und von der Harmlosigkeit seines Vorhabens zu überzeugen.

Uebrigens möchte ich weiter gehen und die Behauptung wagen, daß es den Politikern in St. Petersburg selbst beim besten Willen und bei der friedlichsten Absicht nicht möglich wäre, die stipulierte Integrität und Unabhängigkeit Persiens aufrechtzuhalten, da Rußland bei dieser Verpflichtung erstens mit seiner traditionellen Politik in Kollision gerät und zweitens, weil es eine Schonung des Schwächeren nie im Sinne geführt. Wie kann man sich vorstellen, daß Rußland, welches nach der in Potsdam erfolgten Verständigung mit Deutschland zur Ausdehnung seines Eisenbahnnetzes schon in der nächsten Zukunft schreiten wird, was aus dem Plane, betreffend die neuen Linien Täbris—Hamadan und Astara—Resht, Chorasan und Afghanistan hervorgeht, Persien gegenüber Schonung üben wird und kann? Ist es ja doch dieser Plan, dem eigentlich die ganze Aggressionspolitik in Persien zugrunde liegt und der den Kern der russischen Zukunftspolitik im mittleren Asien in sich schließt! Wer Land und Leute in Persien genau kennt, der wird sich schwerlich einreden, daß die Beherrschung dieser fanatischen, von Nationalstolz überströmenden Stockasiaten so leichter

Digitized by Google

Dinge sich vollziehen läßt und daß Rußland bei Fortsetzung seiner Politik sich nicht oft und gar bald in der Zwangslage befinden wird, die Integrität und Unabhängigkeit zu mißachten und zu ignorieren? Schon die bisherigen russischen Geschehnisse weisen blank und klar auf eine solche Eventualität hin, und es ist wohl fraglich, was England dazu sagen wird, wenn es jene Garantien schwinden sieht, auf denen die Sicherheit des neutralen Gebietes ruht und infolgedessen der Nutzen des Uebereinkommens von 1907 ganz illusorisch geworden ist. Bei der großen Vertrauensseligkeit und innigen Freundschaft, mit welcher man heute im liberalen England auf Rußland sieht, mag es wohl wenige geben, die eine solche Eventualität ins Auge fassen, und bei der leidenschaftlichen Beurteilung der mitteleuropäischen Zustände wird man sich schwer entschließen können, die Nützlichkeit des mit Rußland getroffenen Uebereinkommens in Zweifel zu ziehen. Sind es doch die beiden großen politischen Parteien Englands, welche für den Anschluß an Rußland schwärmen und von diesem Anschlusse das Heil für Englands Machtstellung in Asien erblicken. Wie die praktischen Briten dazu gekommen, aus dem alten Feind und Rivalen auf einmal einen Freund und Verbündeten machen zu wollen und die mit heftiger Wucht vom Norden nach dem Süden rollende Lawine mittels papierner Wälle aufhalten zu können, das ist nur schwer erklärlich. Oder hat man etwa bloß an provisorische Schutzmaßregeln gedacht? Auch wenn dies der Fall wäre, hat man sich einer argen Täuschung hingegeben. Wenn man die russische Stellung entlang der Nordgrenze Persiens für die Sicherheit Indiens für gefährlich hielt, wird etwa die russische Stellung in der neuen Interessensphäre, einige hundert Meilen näher an den Grenzen Indiens, minder gefährlich sein? Abgerechnet von den strategischen Vorteilen der neuen Kommunikationslinien, werden die Russen gewiß Sorge tragen, ihre Machinationen auch auf das Interessengebiet der Engländer auszudehnen, wozu die unruhige Natur der ganz- oder halbnomadischen Bevölkerung, als Bachtiaren, Kaschkais, Allahwerdis, Araber, Beludschen und Afghanen genug Stoff bieten. Denn wohlverstanden, wenn die Engländer sich ans Sprichwort: „Trade follows the flag“ (Der Handel folgt der Fahne) halten, so ist dies auch bezüglich der Russen der Fall gewesen, denn auch bei ihnen ist der Kaufmann immer in den Fußtapfen des Kriegers gefolgt, und wo Rußland nicht herrscht, dort kann auch sein Handel keinen besonderen Aufschwung nehmen. Wir haben dies am besten in Persien gesehen. Vor der russischen Okkupation des turkomanischen Gebietes war der britische Handel nicht nur im Süden, sondern auch im Norden des persischen Landes sozusagen allein herrschend, heute haben die Russen den englischen Handel in Chorasan und in Irak beinahe vernichtet, und der Verlust wird in solchem Maße zunehmen, in welchem Rußlands politischer Einfluß zunimmt.

Wenn also die so laut gepriesene Vereinbarung von 1907 den Briten in materieller Beziehung einen bedeutenden Schaden zufügt und für die Sicherheit des indischen Kaiserreiches gar keine Garantien bietet, dann ist wohl die Frage berechtigt: ob diese Entente im Grunde genommen nötig gewesen, und ob sie

Digitized by Google

der Opfer wert ist, die sie gekostet hat? Den ersten Teil dieser Frage hat man in betreffenden Kreisen dahin beantwortet, daß die neuesten Vorgänge auf asiatischem Gebiete, nämlich das geistige und materielle Erwachen gewisser asiatischer Völker, die Sachlage bedeutend verändert hat, daß die Uebermacht des christlichen Westens dort immer weniger gefürchtet wird, daß die Symptome einer kräftigen Gegenwehr fortwährend zunehmen und daß die glänzenden Siege Japans nicht nur für Rußland, sondern für ganz Europa von großer Bedeutung sind. Man will noch glauben machen, daß das unruhige Gebärden Indiens und Aegyptens auf der Stirne der Dame Britannia schon manche Runzeln hervorgerufen und daß nun die europäischen Großmächte in Asien zur Ueberzeugung gelangt sind, ihre alte Rivalität beenden, in Freundschaft sich gegenseitig nähern und in der Zukunft vereint gegen das immer erstarkende Asien auftreten müssen. Ob nun die innere Gefahr Indiens, d. h. die revolutionären Umtriebe der Hindus, die britische Machtstellung wirklich so sehr bedrohen, wie englische Pessimisten und die Feinde Englands schadenfroh behaupten, ist wohl sehr fraglich, da die feindliche Stellung zwischen Hindus und Moslemin den Engländern in jeder Beziehung zugut kommt, und da die 60 Millionen Mohammedaner sich erstens aus religiösen Rücksichten den Hindus nie anschließen werden, und zweitens, weil sie als die ehemaligen Herren des Landes es sich nicht gefallen lassen können, die Rolle einer unterdrückten Minorität zu spielen. Aber gesetzt, daß eine solche Vereinigung dennoch stattfände und daß die britische Machtstellung in die äußerste Gefahr geräte, kann und darf man annehmen, daß der russische Schutzengel schnell herbeieilen und seinen bedrängten Freund befreien wird? Ich zweifle sehr an einer solchen Eventualität, zumal Rußland, wenigstens vorderhand, noch keiner ähnlichen Gefahr ausgesetzt ist, und noch lange nicht ausgesetzt sein wird, denn seine Eroberungslinie lehnt sich ununterbrochen ans Mutterland an, und das eroberte Gebiet wird allmählich von russischen Kolonien besät, was von den Briten in Indien nicht gesagt werden kann. Ferner sind Sarten, Oezbegen und Tadschiken bei weitem nicht so gefährlich als die rebellischen Elemente Indiens. Der Nutzen der Entente mit Rußland ist daher von dieser Seite her sehr problematisch und keinesfalls der Opfer wert, die England bei dieser Annäherung gebracht hat. Diese Opfer sind bekanntermaßen außergewöhnlich groß und belaufen sich jährlich, wenn in Zahlen umgesetzt, auf mehrere Millionen Pfund Sterling, welche die englische Handelsbilanz aufzeigt. Hierzu gesellt sich der noch viel größere moralische Schaden, der durch das gemeinsame Auftreten mit Rußland, dem Erzfeind des Islams, den Engländern erwachsen ist. In den Augen der Islamwelt ist nämlich England bisher als der Freund und Beschützer der Mohammedaner betrachtet worden, und nun hat seine Politik in Persien diesen Glauben stark erschüttert und nicht nur in Indien, sondern überall im Islam staunt man darüber, wie dieser ehemalige Freund so urplötzlich mit dem Gegner des Islam sich vereinigen konnte. Ja, ich wundere mich gar nicht, wenn die moslimischen Fanatiker den alten Satz zitieren: „Die Ungläubigen sind ein und dasselbe Volk, Gottes Fluch über sie insgesamt."

Digitized by Google

Wenn die Annäherung an Rußland vom internationalen europäischen Standpunkte aus auch zu billigen wäre, so sind die Opfer, die England hierfür gebracht, keinesfalls zu billigen, und die ebenso beschämenden als schädlichen Punkte der Vereinbarung müßten unbedingt einer Revision unterzogen werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß man bei dieser Verkürzung Englands in amtlich politischen Kreisen auf solche geheime, dem Laienblicke nicht zugängliche Beweggründe hinweisen wird, die jedwelche Kritik entwaffnen könnten. Dem gegenüber kann man aber gewisse Tatsachen ins Feld stellen, aus denen die unumgänglich notwendige Revision klar hervorgeht. Vor allem die auffallende Ungleichheit in Verteilung der Einflußsphäre, bei welcher den Briten der winzig kleine, unbedeutende, sonnenverbrannte Teil Persiens zugefallen, während Rußland den reichsten, meist bevölkerten, fruchtbarsten und noch obendrein fünfmal größeren Teil des Landes für sich behalten hat. Man kann daher mit Recht die Frage stellen: Warum diese Ungleichheit, hat etwa England weniger Recht und Interesse an Persien als Rußland? Wer die wirtschaftlichen Beziehungen Persiens von früher her kennt, der wird einsehen, daß England mit dieser den Russen gegenüber gezeigten Nachgiebigkeit große vitale Interessen geopfert hat, denn wenn es schon seine Stellung im Norden aufgegeben, der Stellung im Süden nicht entsagen dürfte, weil auf derselben von altersher infolge des britischen Machtgebietes in Indien, im Persischen Golfe und in den arabischen Gewässern der englische Einfluß immer vorherrschend gewesen ist. Die meisten Karawanen, denen man auf der Strecke von Ispahan nach dem Süden begegnete, haben Wein — von den Armeniern in Dschulfa fabriziert —, Opium, Teppiche, Obst usw. nach Indien geführt, und viele der Kaufleute in Südpersien waren mit Bombay und anderen Handelspunkten Indiens ganz gut vertraut; ja, ich habe in Schiras Kaufleute gekannt, denen die Guzerati- und Urdusprache ganz geläufig war. Es ist dies auch nicht zu wundern, wenn man erwägt, daß der Verkehr zwischen Indien und dem Persischen Golf von jeher ein reger gewesen und daß der englische Einfluß am Hofe der Sefewiden nicht von Westen, sondern von Süden aus eingedrungen war. Dieser alte Nexus zwischen Südpersien und Indien würde allein genügen, um Englands Machttitel auf den größeren und alleinigen Einfluß in Südpersien zu rechtfertigen. Hierzu gesellt sich noch die rätselhafte Schaffung einer neutralen Zone im südwestlichen Persien, von der man wirklich nicht weiß, wozu dieselbe denn eigentlich dienen soll. Soll dieses Gebiet etwa für Rußland reserviert bleiben, um später brevi manu nach dem Persischen Golf, dem heißersehnten Punkt seiner Politik, vordringen zu können; oder soll dieser Teil für einen noch in dunkler Ferne weilenden dritten Konkurrenten vorbehalten bleiben? Ja, die Errichtung dieses neutralen Gebietes ist rein unverständlich und muß höchstens die Gefahr und die Schädlichkeit der britischen Interessen vermehren, da englischer Einfluß über Mohammera entlang des Puschti-Kuh bis nach Kermanschah vorherrschend war, wie aus der von Nasreddin erteilten Konzession bezüglich der Karunschiffahrt und der Handelsstraße durch das Bachtiarigebiet ersichtlich ist.

Digitized by Google

Daß durch diese Neutralisierung des südwestlichen Teiles von Persien England allein zu Schaden kommt, braucht wohl kaum gesagt zu werden.

Wenn dem so ist, und ich glaube, meine Andeutungen werden wohl schwer zu widerlegen sein, so kann diese ganze russisch-englische Vereinbarung bezüglich Persiens englischerseits entweder einer Ueberschätzung der russischen oder einer Unterschätzung der eignen Macht zugeschrieben werden — oder auch es ist der Ausfluß des auf der Politik Englands schwer lastenden Alps bezüglich seiner Rivalität mit Deutschland. Als unparteiischer Beobachter, da ich weder Deutscher noch Engländer bin, kann ich nicht umhin, mein tiefes Bedauern auszudrücken, daß eine geheime oder offene Entzweiung der zwei größten Kulturmächte Europas für die erfolgreiche Aufklärung des Morgenlandes von dem größten und tiefeingreifendsten Schaden ist und daß schon von diesem Gesichtspunkte aus eine Beseitigung des Zwiespaltes sehnlichst zu wünschen wäre. Was die ersterwähnte Hypothese anbelangt, so ist es schwer, sich der Ansicht anzuschließen, daß das reiche, mächtige, in geistiger und materieller Beziehung starke Großbritannien dem noch halbbarbarischen Rußland gegenüber, vom Selbstgefühl der Schwäche beeinflußt, das Feld der Nachgiebigkeit betreten hätte. Nein! Eine solche Annahme ist ganz unmöglich und widerspricht jenen Eigenschaften des britischen Nationalcharakters, die es zuwege gebracht, daß eine verhältnismäßig kleine Nation zu einer Weltmacht ersten Ranges sich emporgeschwungen und einen Staat gegründet, der Rom in Schatten stellt und auf dem Erdball solche Veränderungen hervorgerufen wie kein Volk zuvor. Noch viel weniger ist diese Annahme gerechtfertigt, wenn wir in Erwägung ziehen, daß der Geist der imperialistischen Politik, der die einzelnen, heute noch locker zusammenhängenden Teile der britischen Welt zu einem festen Körper zusammenschweißen wird, von Tag zu Tag zunimmt, und daß ein großes britisches Reich keinen Gegner zu fürchten hat. In der persischen Politik Englands hat daher weder die Russo- noch die Germanophobie den Ausschlag gegeben, sondern die bei den Engländern in der Neuzeit immer mehr und mehr sich zeigende Erschlaffung der nationalen Energie, Ausdauer und Stärke; lauter solche Mittel, die in der Vergangenheit England dazu gemacht haben, was es heute ist. Die Zahl jener wunderbaren Männer, deren Heroismus, Patriotismus und Humanismus England groß gemacht, ist leider in Abnahme begriffen, und dieser Verminderung der Urkraft des britischen Volkes allein ist die Nachgiebigkeit Rußland gegenüber auf dem Gebiete der persischen Politik zuzuschreiben. Diese Erscheinung ist allerdings sehr zu bedauern, denn nicht so leicht wird in Europa eine Macht entstehen, die zur Verbreitung der modernen Kultur im alten Muttererdteil sich besser eignet als England, dessen Verdienst um die Zivilisierung Asiens selbst von seinen größten Feinden anerkannt werden muß.

Digitized by Google

Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch

In Auswahl herausgegeben

von

Hans F. Helmolt

(Fortsetzung)

Siebleben, 26. September 1878.

Lieber, teurer Freund!

Wenn ich immer mit festlicher Stimmung nach Oestrich gekommen bin, diesmal würde ich doppelt gern kommen, und nicht Schwerfälligkeit, nicht Kränklichkeit sollten mich zurückhalten. Nur eines, dem ich nicht gebieten kann, hindert mich. Ich habe vor acht Tagen den Druck eines Buches[43]) begonnen und bin, wie seither immer der Fall war, mit dem Manuskript noch lange nicht fertig. Dadurch wird mein Dasein bis 1. Dezember ein sehr beschränktes, nicht nur die Tage, auch die Stunden sind zugemessen, und es bedarf der äußersten Konsequenz, wenn ich noch rechtzeitig vor Weihnacht fertig werden soll. Der Sommer hatte mir alle Lust zur Arbeit genommen, und das Leben war mir trödelhaft langweilig geworden. Erst spät habe ich wieder das Pflichtgefühl zur Arbeit gefunden, ich kann nicht sagen, die volle Freude daran. Wenn man älter wird, erscheint einem das Gaukeln vor dem Publikum recht abgeschmackt.

Doch nicht von mir darf heut die Rede sein. Lieber, treuer Freund, ich bin seit diesem Frühjahr unablässig in Marineärger und nicht ohne Sorge wegen Ihrer Stimmung. Sie sind lange in der Stellung eines Günstlings der Presse und der sog. öffentlichen Meinung gewesen. Aus häufiger Erfahrung weiß ich, daß man solchen Vorzug teuer bezahlen muß. Jetzt tritt der Rückschlag ein, und mein lieber, trotziger Held ist den Angriffen einer namenlosen Schar ausgesetzt, und soll mit Waffen kämpfen, welche zu führen er nicht geübt ist. Wohlgemerkt, ich meine nicht, daß Sie mit Journalartikeln kämpfen sollen. Aber die Oeffentlichkeit verlangt auch in andrer Richtung eine Methode der Kriegführung, die Ihnen bei Ihrem Wesen nicht geläufig ist. Zunächst wäre in den Tatsachen[44]) volle Offenheit wünschenswert, d. h. baldigster Entscheid des Kriegsgerichts mit vollständiger Veröffentlichung des vorläufigen Gutachtens, welches Sie angegriffen haben, mit Ihren Gegenerklärungen und andern Belegen. Dies ist unbedingt nötig. Und ich würde an Ihrer Stelle beim Kronpr[inzen] resp. Kaiser darauf bestehen, daß alles gedruckt wird, und wenn es noch so sehr gegen den Usus ist. Geschieht dies vor dem Winterreichstage und völlig, so ist in der Hauptsache nichts weiter nötig, und Sie sind in salvo. Geschieht dies nicht, so fängt im Winter der Spektakel von neuem an, und viel unver-

[43]) „Die Geschwister", 1878.

[44]) Zum Untergange des „Großen Kurfürsten" am 31. Mai 1878 vgl. Kochs Skizzen „Aus der Zeit des Admirals v. Stosch", S. 61 bis 69.

Digitized by Google

schämter und ärger gegen Sie gerichtet. Und wenn Bism[arck] diese Gelegenheit benützt, um beim Kaiser oder Kronprinzen Sie aus Ihrem Amte zu bringen, so wird ihm das gelingen.

*

Wiesbaden, 21. März 1879.

Lieber Freund!

Von Herzen wünsche ich Ihnen Glück zu der überstandenen Etatsberatung und zu dem, was sich voraussichtlich daran knüpfen mußte. Ich habe mit einer Unruhe, die Ihnen, der Sie nur des Sonntags einmal Journalist waren, sehr überflüssig erscheinen wird, diesen letzten Sturm abgewartet, der Ihren Neidern und Gegnern Gelegenheit bot, Ihnen wehe zu tun. Es ist alles leidlich gut abgegangen, und Werner[45]) mag fernerhin hier in seiner Muße Vorlesungen zur Rettung Schiffbrüchiger vor unzufriedenen Pensionierten halten, seinen Kampf gegen Sie hat er verloren. Dazu auch ein andrer,[41]) der sich freilich jetzt mit der Verbissenheit eines Holzwurms in andre dicke Bretter hineingearbeitet hat, die ihm schließlich zu hart sein werden. Aber ich muß doch sagen, solange ich der Oeffentlichkeit zuschaue, hat es niemals eine Agitation gegeben, welche so plump und böswillig gegen eine Person improvisiert wurde, als die des letzten Halbjahres gegen Ihre Marineleitung. Messen Sie die Dankbarkeit der Nation nicht nach der Lebhaftigkeit, mit welcher die Intrige gegen Sie abgespielt wurde, der gesunde Sinn und das Billigkeitsgefühl haben beizeiten dagegen reagiert, und Sie verdanken diesen deutschen Eigenschaften bereits jetzt eine — wenn auch noch sehr unvollständige — Würdigung Ihrer Verdienste durch die Majorität des Reichstages.

Der gegenwärtige Kampf um die Zölle, welcher mit einem unerhörten Leichtsinn in Szene gesetzt wurde, ist mir ganz recht. Denn er zwingt fast jedermann, Partei zu nehmen, und er regt in der Nation nicht nur alle Interessen des Geldbeutels, sondern, was wichtiger ist, auch eine Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten auf, welche uns aus der Stagnation der letzten Jahre heraushebt, wenn auch die erste Folge zuvörderst Verwirrung der Parteien ist. Möglich, daß dem Kanzler gelingt, aus den Ratlosen eine Majorität für sich zu gewinnen. Aber er hat eine Bewegung aufgeregt, welche nicht mehr stillstehen und im Volke größere Selbständigkeit auch ihm gegenüber hervorrufen wird.

In diesen Tagen habe ich die Lektüre des Bandes von Treitschke[46]) beendigt. Erlaubt es irgend Ihre Zeit, so übersehen Sie das Buch nicht. Uns Aeltere stört zuweilen die rhetorische Unruhe, auch ist er zu warm für sein Preußen, um kühle Leser zu überzeugen; aber die Festigkeit und kühne Energie seines

[45]) Konteradmiral Reinhold Werner (1825 bis 1909; 1898 Vizeadmiral und 1901 geadelt) hatte sich durch seine Bestätigung des Gutachtens der Sachverständigenkommission über den Untergang des „Großen Kurfürsten" v. Stoschs Ungunst zugezogen und seinen Abschied gefordert und erhalten. Vgl. Koch a. a. O., S. 4, 24, 29 f., 69.

[46]) „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert" Erster Teil. Leipzig 1879.

Digitized by Google

Urteils erfreuen und erfrischen doch sehr. Es ist nicht möglich, für Friedrich Wilhelm III. eine bessere Apologie zu schreiben und Blücher und Gneisenau edler zu würdigen, als er getan. Das Werk atmet so viel Vaterlandsliebe, Frische, fröhliches Vertrauen, daß es in diesen Jahren eine wahrhaft gute Tat ist.

Von mir ist eigentlich wenig zu sagen; ich suche still ein Unrecht gutzumachen. Wenn Sie zufällig hören sollten, daß ich geheiratet habe, so widersprechen Sie nicht. Ich habe dieser dramatischen Aktion mich unterzogen, wahrlich nicht, um mich bequem einzurichten, sondern weil ich eine liebe Kranke nach Vermögen aus ihrem verlassenen Status herausbringen wollte. Die Schwierigkeit war mein Alter, und daß meine Frau zirka dreihundert Jahre jünger ist als ich, denn sie steht als ein Kind aus dem Volke ungefähr auf dem Standpunkt einer tüchtigen Patrizierin aus dem Jahre 1579 nach Sprache, Sitte, Weltanschauung. Und ich dürfte mich fragen, ob ich nach früheren Schicksalen[35]) noch die Kräft hätte, mit einem erkrankten Gemüt zu verkehren, und ferner, ob ich meiner Bücherschreiberei durch Uebernahme ernster Privatpflichten nicht schaden würde. Das erste Bedenken habe ich unserm Herrgott zur Entscheidung überlassen, dem wir alle einen Tod schuldig sind, und das zweite ist überhaupt Schwindel. Erst Ordnung im Hause, dann auf dem Markte. Es wäre mir lieb, wenn Sie derselben Meinung wären. Im übrigen ersehne und bitte ich für mich, daß Sie dadurch nicht an mir irre werden[47]) und mir Ihre Freundschaft bewahren. Sie mögen sich denken, daß mir gerade jetzt nicht weniger daran liegt als immer.

Ihrem lieben Gemahl meine herzlichen Huldigungen, Ihnen alle Liebe und Treue

Ihres

Freytag.

*

Wiesbaden, 2. Dezember 1880.

Mein lieber Freund!

Es kommt mir vor, als ob morgen Ihr Geburtstag wäre. Empfangen Sie dazu die herzlichen Glückwünsche Ihres alten Getreuen. Eine unfreundliche Zeit ist vergangen, Sie sind Sieger geblieben gegenüber rohen und plumpen Angriffen — was mir übrigens niemals zweifelhaft war — und ich wünsche und hoffe für Sie noch viele Jahre erfolgreicher und ruhmvoller Tätigkeit. Gutes Glück für Sie und die Ihrigen, lieber Mann. Denn ein Mann sind Sie für den Staat und sein Fürstengeschlecht, und diese edle Qualität soll auch die Nachwelt an Ihnen rühmen. Sie ist unter Ihren Kollegen selten geworden.

Ich denke heut Ihrer fröhlich und mische ungern eine ernste Betrachtung in den Huldigungspunsch, den ich in der Stille zu Ihrem Geburtstag brauen möchte. Aber der Gedanke drängt sich gebieterisch auf, daß die Zahl der be-

---

[47]) Auch unter den Originalbriefen Freytags an v. Stosch ist der vom 2. Dezember 1880 der dem vorliegenden nächstfolgende. Also eine Pause von reichlich anderthalb Jahren. Möglich allerdings auch, daß diese Lücke sich aus den Dingen erklärt, die in Anmerkung 53 berührt sind; dann müßten verschiedene Briefe der Vernichtung anheimgefallen sein.

Digitized by Google

währten Führer in Krieg und Frieden mit reißender Schnelligkeit abnimmt. Auch Goeben[48]) ist uns verloren. Da gilt es, mit denen, die uns geblieben sind, hübsch zu tun. Und wenn ich Sie vor mir hätte, würde ich Sie streicheln und loben, wie Sie es um uns verdient haben.

Durch die Handlung Hirzel werden Sie den neuen Band der Ahnen[49]) erhalten. Er wird alle Erwartungen täuschen, und der Autor wird jetzt dafür bezahlen, daß das Publikum dem Unternehmen so lange und so große Gunst zugewendet hat. Die Freunde werden billig berücksichtigen, daß die Zeit der Handlung möglichst ungünstig geworden ist. Jene Jahre vor und während der Freiheitskriege und vollends die Periode bis 1848 eignen sich noch nicht recht für die besondere Verbindung von Geschichte und Erfindung, welche den Ahnen einmal als Signatur anhängt. Ich habe nur eine Befriedigung gehabt, daß ich Gelegenheit erhielt, einem Mann, dem wir Schlesier viel verdanken und der ganz unbekannt geblieben ist, dem Grafen Götzen, ein kleines Denkmal zu stiften.

Können Sie mir Glück wünschen, daß ich mit dem Werke, das mich seit acht Jahren beschäftigt hat, leidlich zu Ende gekommen bin, so bin ich vollständig zufrieden. Wir wollen jetzt auf etwas andres denken.

Seit fast acht Tagen bin ich von Siebleben fort und über Leipzig hierher. Die [kronprinzlichen] Herrschaften habe ich noch nicht zu sehen gesucht. Daß sie lieber woanders sind als in Berlin, verdenke ich ihnen nicht. Aber sie sind nicht in der Lage, aussuchen zu dürfen, wo es ihnen am besten gefällt.

Ein kluges Buch von einem gescheiten Mann ist mir in diesem Tage durch die Hände gegangen: Jolly, „Der Reichstag und die Parteien". Er hat freilich kaum nötig, unserm Parteileben Bescheidenheit zu empfehlen, wir sind noch sehr weit von dem sog. parlamentarischen Regiment, und die glückliche Mischung: Tüchtige, sachverständige Beamte als Regierende und ein patriotischer Reichstag als Kontrollinstanz, hätte uns noch lange befriedigt und den politischen Forderungen der Nation genügt, wenn nicht ein Gewisser durch sein tyrannisches und launenhaftes Dreinfahren das höhere Beamtentum vollständig desorganisiert und in seiner Geltung vermindert hätte. Bismarck ist es, der auf Umwegen und wider Willen die Tyrannei des Reichstages und das Majoritätenregiment dem Volke aufzwingen wird.

Noch einmal, seien Sie von Herzen begrüßt, beglückwünscht, angebunden und bekränzt. Richten Sie Ihren lieben Damen meine Huldigungen aus und bleiben Sie gut

Ihrem getreuen

Freytag.

*

---

48) General August v. Goeben, knapp fünf Monate jünger als Freytag, war am 13. November gestorben.

49) „Aus einer kleinen Stadt."

Digitized by Google

Leipzig, 19. April 1881.
Hotel Hauffe.

Geliebter Freund!

Herzlichen Glückwunsch und nieder mit allen Feinden. Ich dachte mir wohl, daß Sie zum Fest nach Oestrich streben würden, und es ist mir ein froher Gedanke, Sie zu Ihrem Ehrentage dort zu wissen, wo Ihre Rosen blühen und der selbstgekelterte Wein im Fasse reift. Dies letzte Jahr war ein siegreiches, und ich denke, Sie werden mit Befriedigung darauf zurücksehen. Sogar der böse Kater hat seine Krallen eingezogen, und es war vielen eine heitere Zeitungsnotiz, daß Sie auf seiner Soiree nicht verschmäht hatten, sein Bier zu kosten. Hoffentlich wird der Waffenstillstand Dauer haben, denn er hat sich seither Gegner genug gemacht, die ihm Gelegenheit geben, sich zu ärgern. Wie gern säße ich zum 20. neben Ihnen. Aber es ist mir in diesem Winter mit der Gesundheit nicht gut gegangen, die Atmungsbeschwerden wurden bedrohlich, und, wie Brenneke sagt, der Pust ging mir aus. Da entschloß ich mich kurz, eine Kur zu versuchen, die ich schon lange mit den hiesigen medizinischen Freunden besprochen hatte. Seit vier Wochen sitze ich hier und lasse mich mit verdünnter Luft usw. behandeln; die Sache ist nicht übel, es geht besser, die Fähigkeit zu arbeiten kehrt mit den kräftigeren Atemzügen zurück. Ich bleibe hier, solange es die bevorstehende Messe erlaubt, dann gehe ich zu Frau und Kind zurück und nehme sie mit in irgendeine Berggegend, wo ich den Sommer über atmen soll. Sobald ich nach Wiesb[aden] zurückkehre, melde ich mich bei Ihnen ...

In der Politik kümmert mich mehr als Rußl[and] und Frankreich die Wirtschaft in Oesterreich. Noch beim Beginn des letzten Türkischen Krieges konnte man fragen, ob der Bundesstaat oder Staatenbund, welcher sich künftig aus den kleinen Nationalitäten an der untern Donau zusammenleimen wird, weil er muß, den Namen Oesterreich und den Kaiseradler führen wird oder den einer freien Konföderation. Jetzt ist, wie ich fürchte, diese Frage bereits gegen Oesterreich entschieden. Und wir selbst, die wir alles anwenden möchten, um Oesterreich zu erhalten, haben ihm 1866 und 1870 den tödlichen Stoß gegeben. Seitdem vermag sich die kais[erliche] Familie nicht mehr auf das Deutschtum zu stützen und schwankt unsicher zwischen Magyaren und Slaven. Mir scheint ihre Existenz in vielem unsicherer als die der Nachfolger Peter[s] des Großen ...

*

Wiesbaden, 19. April 1882.

Lieber Freund!

Diesen Geburtstagsgruß erhalten Sie aus dem flaggengeschmückten glückseligen Orte, in welchem der Kaiser soeben eingetroffen ist. Hätte ich eine Fahne, so würde ich Sie zum morgigen Festtage für Sie schwenken lassen, so müssen es die guten Wünsche tun. Erhalten Sie mir auch in Ihrem neuen Lebensjahr Ihre Freundschaft. Es wird allmählich einsamer um uns, der Kreis vertrauter Menschen verengt sich, da mögen die treu zusammenhalten, die einander noch haben ...

Digitized by Google

In diesen Tagen war ein alter Bekannter hier, Präsident Simson, der seine sehr kranke Frau hierhergebracht hatte. Wenn er in seiner Weise — Sie kennen ihn ja wohl — vom alten Kaiser und vom künftigen erzählte, so war die stille Betrachtung nicht zu vermeiden, daß die Menschen, auch recht gescheite, in den Großen der Erde vielmehr das sehen, was sie wünschen und was ihnen wohltut, als was in Wirklichkeit vorhanden ist. Unser guter alter Kaiser wird schon bei seinen Lebzeiten zu einem Ideal verarbeitet, und, was bedenklicher ist, auch dem Kronprinzen fällt dieses Los. Er hat aber noch die große Katastrophe zu bestehen, daß die durch seine Regierung Enttäuschten ungerecht gegen ihn werden können. Es gibt für einen Führer der Völker fast kein besseres Los, als wenn er unpopulär anfängt (der Kaiser, Bismarck, Franz Joseph u. a.), und nächstdem keine schlechtere Mitgift als eine große Popularität, welche ungemessene Erwartungen erregt. Simson rühmte so innig das tiefe Interesse, welches der Kronprinz den großen politischen und sozialen Fragen entgegenbringt ...

*

Wiesbaden, 17. April 1883.

Mein geliebter Freund!

Obgleich ich aus Ihrem letzten Briefe entnehme, daß Sie sich für die ersten Wochen in Oestrich eine gewisse absolute Ruhe wünschten, will ich doch den 20. nicht herankommen lassen, bevor ich Ihnen gesagt, daß ich mich herzlich freue, Sie in meiner Nähe zu wissen, und daß ich in diesen Monaten täglich Ihrer gedacht und in der Ferne mit Konjekturen die Berliner Ereignisse[50]) begleitet habe, das Herz voll von Sorge um Ihr Befinden und Ihre Erlebnisse. Mit Fug habe ich mich enthalten, Ihnen von hier aus, wo ich durchaus nichts Zuverlässiges wußte, mit meinen Gedanken und Ansichten unbequem zu werden. Jetzt aber lassen Sie sich nur schnell sagen, daß ich als treuer Freund hier Fäuste geballt und mich bekümmert habe, und daß ich jetzt, wo die Sache zur Entscheidung gekommen ist, völlig bereit bin, mich darüber zu freuen, daß Sie ein freier Mann geworden sind, und daß mir vergönnt war zu erleben, daß Sie nach dieser Richtung mein Kollege geworden. Es ist jämmerlich, daß ich meinen Journalismus an den Nagel gehängt habe. Jetzt wüßte ich einen stillen Mitarbeiter, und alte Zeiten können wieder lebendig werden.

Ich erwarte mit Ungeduld einen gewissen Tag, der mich zu Ihnen bringen soll. Mir ist es den Winter nicht gut gegangen, und Sie werden mich noch herunter finden. Die Hoffnung ist für unsre Jahre immer der Sommer und die freie Luft.

Seien Sie also innig gegrüßt. Richten Sie der Freundin meine Huldigungen aus und behalten Sie lieb

Ihren

treuen

*

Freytag.

---

[50]) Die Verabschiedung v. Stosch' unterm 20. März. Des Kaisers Erlaß an ihn war äußerst anerkennend; vgl. Koch a. a. O., S. 74 f.

Digitized by Google

Wiesbaden, 1. Mai 1883.

Lieber Freund!

Ich dachte mir wohl, daß Ihre Abschiedsaudienz nicht frei von kleinen Stacheln sein würde. Das reservierte Wesen des alten Hofes kommt möglicherweise nicht allein von Albedyll[51]-Bismarck her, sondern von der Gunst des jungen Hofes, dessen auszeichnende Abschiedsmomente sicher bemerkt worden sind. Es wird von diesen Leuten alles persönlich gefaßt und aus Motiven der Selbstsucht jedes Tun gedeutet ...

*

Wiesbaden, 8. Juni 1883.

Lieber Freund!

Mit dem größten Interesse habe ich den Aufsatz[52]) durchgelesen und dabei schmerzlich bedauert, daß ich nicht mehr in der Lage bin, ihn für mein Blatt zu erbitten.

Ich habe mir die Freiheit genommen, ihm einen gewissen journalistischen Bürstenstrich d[urc]h Bleistift zu geben. Denn Sie schreiben mit eherner Feder, im Lapidarstil; zuweilen ersehnt der gewöhnliche Zeitungsleser die landläufige Breite, zuweilen erschien es angemessen, Ihre Eigentümlichkeit etwas zu vertuschen, damit Sie für die, welche Ihren Stil kennen, nicht allzusehr hervortrete, einige Male wagte ich Ihrem unbedingten Urteil die kleinen Einschränkungen beizufügen, welche nicht nur die Gerechtigkeit des Urteils fördern, sondern noch mehr die höfliche Rücksicht, welche die Sprache des Journalismus nicht gut entbehren kann, weil sie nicht verletzen, sondern gewinnen will ...

Den Aufsatz würde ich zunächst der „Kölnischen Zeitung" anbieten, ohne Sie zu nennen, und würde mich als Medium resp. Vertreter einschieben, wenn Sie das wünschen. Das Blatt ist, wie es ist, einmal unser großes Blatt. Hat die „K. Z." irgendwelche Bedenken, so sehen wir weiter zu ...

*

Wiesbaden, 20. Juni 1883.

Lieber Freund!

Die „Köln[ische] Z[eitung]" erklärt sich gern bereit, den Art[ikel][52]) abzudrucken, obgleich sie den Namen des Verfassers nicht kennen solle, und setzt nur voraus, daß Verfasser unter diesen Umständen sich auch Dritten gegenüber

---

[51]) General Emil v. Albedyll (1824 bis 1897) war 1871 bis 1888 Chef des Militärkabinetts.

[52]) Sicherlich handelt es sich — auch nach Ansicht der Redaktion der „K. Z.", die sich die größte Mühe gab, Genaueres zu ermitteln — um den Artikel „Deutsche Kolonisation", der mit der Phantasiechiffre „S. U." in der „Kölnischen Zeitung" Nr. 201 vom 22. Juli 1883, 2. Blatt, abgedruckt steht. Er beschäftigt sich mit dem Verhalten der deutschen Auswanderer, die bei der Gründung von Niederlassungen am meisten in Betracht kommen: den Missionaren, den Kaufleuten und den Bauern, und beantwortet dabei die Frage, von welcher dieser drei Gruppen draußen eine Bewahrung deutschen Nationalgefühls zu erwarten sei, dahin, daß einstweilen der auswandernde Landbewohner der am meisten versprechende Stoff sei. Vgl. den Brief vom 30. November 1884.

Digitized by Google

nicht als Autor bekennen werde (weil dies für eine Kränkung gehalten wird). Sie bittet, den Schluß der Landtagsverhandlung abwarten zu dürfen.

Also in etwa acht Tagen.

Ich hoffe, Sie sind einverstanden, wenn ich dies zugebe ...

*

Wiesbaden, 25. Juli 1883.

Lieber Freund!

Für Ihre treuen Wünsche herzlichen Dank, möge uns noch lange vergönnt sein, in dieser närrischen sublunaren Existenz zu wandeln, was blüht und reift, zu genießen und uns an klugem Wechselgespräch über den Lauf der Welt zu erfreuen ...

Unterdes wäre ich wohl einmal in Oestrich eingedrungen; aber ich habe täglich auf den Abdruck in der „Kölnischen [Zeitung]" gewartet, den ich mitbringen wollte. Mit dieser Dame bin ich sehr unzufrieden; auch jetzt, wo sie den Artikel[52]) endlich bringt, hat sie mir die erbetenen Extraabzüge nicht gesandt, und ich habe vorläufig nur das eine Ex[emplar], welches ich Ihnen senden kann ...

Der bereits mehrfach erwähnte Kanzler hat die Bosheit, die er gegen Sie erwiesen, selbst an sich gerächt. Seit der Zeit geht ihm alles schlecht, und sein Karren ist so verfahren, daß es ein Elend und Schande ist. Wenn wir nur nicht auch darauf säßen.

Meine Huldigungen der Herrin des Hauses; Ihnen, lieber Freund, alle Liebe und Treue

Ihres

Freytag.

*

Siebleben, 9. Juli 1884.

Lieber Freund!

Unsre Briefe haben sich gekreuzt. Ihre lieben Zeilen aus Segenhaus hatte ich richtig erhalten.

Der letzte Angriff Bismarcks[53]) in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung"

---

[52]) Die Agitation für die Reichstagswahlen im Herbst hatte Anfang Juli 1884 zu einer merkwürdigen Enthüllung geführt. Der bayrische nationalliberale Abgeordnete v. Schauß hatte in einem Brief an den Bürgermeister Michel von Neu-Bamberg (von wo ihm durch eine Vertrauensmännerversammlung zu Sprendlingen im Kreis Alzey-Bingen eine Reichstagskandidatur angeboten worden war) am 7. Juli 1884 über einen Vorgang in dem (seit 1880) sezessionistischen Kreise berichtet. Er hatte da ungefähr gesagt, 1879 habe sich die Koalition des Zentrums mit den Konservativen vorbereitet; die verbündeten Regierungen würden gezwungen sein, davon Gebrauch zu machen, wenn die Nationalliberalen ihre negative Stellung gegenüber der Reichsregierung beibehielten. „Damals habe ich den Abgeordneten Herrn Rickert, der nun wieder [29. Juni 1884] Hauptredner in Sprendlingen war, nicht einmal, sondern wiederholt äußern hören: nun müsse ernstlich an die Entfernung des Reichskanzlers aus seinem Amte gegangen werden. Den Nachfolger hatte Herr Rickert schon in der Tasche: dieser war der frühere Minister v. Stosch ..." — Rickert bestritt in der „Danziger Zeitung" vom 21. Juli die Angaben des Abgeordneten v. Schauß; in weitere Erörterungen wollte er sich jedoch erst dann einlassen, wenn ihm nachgewiesen würde, wo er die ihm zu-

Digitized by Google

ist empörend. Ist sein Wortlaut so, wie ich ihn dem hiesigen „Gothaer Tageblatt" entnehme, daß Sie nämlich Ihr amtliches Wissen der liberalen Opposition zur Disposition gestellt, so enthält er eine schwere Beleidigung, einen Angriff auf Ihre Amtsehre, und eignet sich zur gerichtlichen Verfolgung, jedenfalls zur Klage gegen die Redaktion der Zeitung. Der Prozeß könnte wohl bis an das Reichsgericht getrieben werden, und, ist so geschrieben, wie ich lese, so würde dieses in letzter Instanz die Zeitung wohl verurteilen ... Ob der Redakteur zuletzt gestraft wird, ist vielleicht ihm gleichgültig gegenüber der Veranlassung, welche Ihre Klage ihm geben würde, fortgesetzt und vorsichtiger in der Presse Sie anzugreifen mit dem Hintergedanken, daß an höchsten Stellen ein Tropfen den Stein höhlt, und daß doch etwas hängenbleiben würde, daß Sie in den Kommissionen erklärt, Sie könnten wohl mit weniger zufrieden sein, als der Etat für die Marine forderte, und ähnliches Zeug in gehässiger Entstellung. Jeden-

---

geschriebenen Aeußerungen getan und worin die Aktion für v. Stosch bestanden haben sollte. Darauf aber ließ sich wieder Schauß nicht ein.

Oeffentlich behauptete nun **Bismarck**, zu einem gewissen Zeitpunkte habe tatsächlich eine Machenschaft gegen ihn ins Werk gesetzt werden sollen; Stosch sollte dabei gegen ihn als künftiger Reichskanzler ausgespielt werden. Die ganze Sache blieb den Zeitgenossen ziemlich dunkel. Auch hier kann es nicht meine Aufgabe sein, das Dunkel, das teilweise noch immer darüber lagert, zu lichten. Hingewiesen sei nur auf folgendes. Erstens, daß der vorliegende Briefwechsel, worauf auch in Anmerkung 47 hingewiesen worden ist, leider gerade zwischen Frühjahr 1879 und Herbst 1880 eine bedauerliche Lücke aufweist. Zweitens darauf, daß die Vermutung, die damals (1884) geäußert worden ist: die ganze Reminiszenz aus 1879, die liberale Blätter kurzerhand als „Räubergeschichte" abtun wollten, sei lediglich Herrn v. Schauß in die Schuhe zu schieben, deshalb nicht Stich hält, weil die „Gedanken und Erinnerungen" dreimal (II, 134 f., 188 und 197) mehr oder weniger ausführlich auf den gegen den Kanzler gerichteten „Plan eines Gladstone-Kabinetts" zurückkommen; also wird wohl Bismarck selber der Autor, wenigstens der Regisseur oder Inspirator der von Freytag so scharf gerügten Auslassungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 6. (und dann auch vom 14.) Juli 1884 gewesen sein. Der chronologische Hergang war dieser. Die „Magdeburger Zeitung" vom 30. Juni widerlegte den kurz vorher erhobenen Vorwurf, daß je ein Liberaler bemüht gewesen sei, Stosch zur Verdrängung Bismarcks Vorschub zu leisten, und deutete an, daß vielmehr **konservative** Gegner Bismarcks den Admiral lieber gesehen hätten als Bennigsen, den sich die Liberalen (und Bismarck selber) eventuell als zweiten Kanzler gewünscht hätten. Darauf replizierte, wie oben gestreift, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 6. Juli mit ihrem allerdings sehr heftigen Ausfalle gegen Stosch, der die Frage mehr auf das Gebiet einer früheren Desavouierung Delbrücks durch Stosch vor dem Reichstage zu schieben suchte (vgl. Anmerkung 41). Fast der ganze Monat Juli ist voll von dem Hin und Her, das dieser Angriff auslöste (vgl. z. B. „Weser-Zeitung" Nr. 13480 und 13481 vom 8. und 9. Juli und, nach der zweiten Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", „Weser-Zeitung" Nr. 13487 und 13488 vom 15. und 16. Juli; auch die „Hamburger Nachrichten" vom 16. Juli und die damals führende „Magdeburger Zeitung" passim). Man darf sein Urteil über diesen Kanzlersturzversuch von 1879 dahin zusammenfassen, daß, wenn überhaupt A. v. Stosch dabei eine leitende Rolle gespielt haben sollte, außer Rickert nur ein sehr beschränkter Kreis von Führern der Liberalen darum gewußt haben dürfte, so daß die Ueberraschung, Entrüstung und Abweisung der andern Liberalen durchaus ungeheuchelt und ehrlich waren. Auch einem Bismarck sind von Zwischenträgern böse Entstellungen u. a. zugeraunt worden.

Digitized by Google

falls würden Sie in der Lage eines Angegriffenen sein, sich fortgesetzt verteidigen zu müssen, und er weiß, daß diese Position Ihrer Natur nicht entspricht.

Es wäre vielleicht auch tunlich, daß Sie als General auf ein Ehrengericht provozieren. Doch liegt auf der Hand, daß dieser Weg noch weniger angemessen sein würde, indem er Sie einer Entscheidung preisgibt, die jedenfalls sowohl dem Kaiser als [auch] dem Kronprinzen Ihre werte und immer noch vertraute Gestalt ferner rückte.

So sehe ich, soweit ich überhaupt hierin ein Urteil habe, nur zwei Dinge, die Sie tun können. Erstens, daß Sie an Puttkamer resp. den Minister schreiben, dem die „Nord[deutsche Allgemeine] Zeitung" offiziell untergeben ist, und sich vornehm und kalt über den ungeschickten Ton der Zeitung beschweren, dabei ersuchen, Minister möge dem Redakteur Anstand empfehlen. Sie können dabei Starkes über die einigermaßen unpreußische Ungezogenheit der offiziellen Presse sagen, Minister, die nicht mehr im Amte sind, mit ihren Angriffen zu verfolgen. Sie können Abschrift dieses Briefes an den Kronprinzen schicken. Zweitens aber würde ich recht warm und herzlich als alter treuer Diener an den Kaiser und an den Kronprinzen schreiben. Was die Presse sage und verleumde, sei Ihnen nicht so wichtig, als daß diese beiden nichts davon glauben und ihre Huld nicht beeinflussen lassen ...

Grüßen Sie herzlich die liebe Herrin des Hauses, bleiben Sie gut

Ihrem getreuen Freytag.

*

Siebleben, 18. Juli 1884.

... Heute will ich nur meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß Sie den betretenen Weg eingeschlagen haben. Der zweite Angriff des bösen Mannes beweist, daß er Sie reizen will, in der Presse irgendwie zu antworten, damit seine Meute Gelegenheit erhält, immer wieder gegen Sie zu kläffen. Er denkt, etwas bleibt doch hängen. Ihr stolzes Schweigen ist, wie diesmal die Sache liegt, das allein richtige ...

Käme der Tag, wo eine öffentliche Antwort in Ihrem Interesse wünschenswert würde, so soll er sie erhalten ...

*

Siebleben, 17. August 1884.

... Der Sand von Angra Pequeña wird nun doch Veranlassung zum Anbellen und Haarsträuben der deutschen und [der] englischen Dogge. Und man wird geneigt, die Schwäche dieser Erwerbung zu vergessen im Unwillen über die englische Prätension. Das machen die offiziellen Journalisten einmal ganz geschickt, und ich bin neugierig, wie den Engländern demnächst die ernste Besorgnis beigebracht werden wird, daß Bismarck mehr als Gebell beabsichtige.

Laubes Tod[54]) habe ich mit Leid gefühlt. Er war von allen Aelteren,

[54]) Heinrich Laube war am 1. August gestorben; 1869/70 hatte er das Leipziger Stadttheater geleitet. Die Bekanntschaft mit ihm stammte aber schon aus dem Winter von 1846 auf 1847; vgl. Freytags „Erinnerungen", S. 197.

Digitized by Google

welche bisher lebten, der einzige, mit dem ich in einer Art von persönlichem Verhältnis stand. Jetzt komme ich selber in die bedenkliche Ehrenstellung eines Seniors in der leichten Kavallerie von der Feder ...

*

Wiesbaden, 30. November 1884.

Lieber Freund!

... Ihren Aufsatz habe ich mit dem höchsten Interesse durchgelesen. Ich weiß nicht, weshalb Sie mit ihm unzufrieden sein wollen, denn es ist ja alles darin wahr und gut. Als Journalist habe ich nur auszustellen, was den Wert des Inhalts nichts angeht: 1. beziehen Sie sich auf die Denkschrift Caprivis zum Teil unter wörtlicher Anführung des Inhalts in einer Weise, die ich gegenüber dem argwöhnischen Kanzler für bedenklich halte; denn soviel ich weiß, ist diese Denkschrift nirgends veröffentlicht, und ihre Kommunikation an privilegierte Persönlichkeiten, den Reichstag usw. berechtigt die nichtoffiziöse Presse noch nicht, den Wortlaut zu veröffentlichen; 2. haben Sie dasselbe Thema zum Teil schon früher behandelt und sind deshalb in manchem kürzer gewesen, als mir recht ist, und Sie haben diesmal auf der andern Seite mehreres hereingezogen, was das Memoire für einen oder zwei Artikel zu umfangreich macht. Denn die Schrift behandelt drei verschiedene Themata: a) die seemännische Bevölkerung, b) die Torpedopläne Caprivis, c) die zukünftige Organisation der ausgewanderten Wehrkraft in der Fremde.[55]) Dieser letzte Teil, vielleicht der bedeutsamste, ist etwas zu kurz behandelt. Die Entlastung der Auswanderer vom heimischen Kriegsdienst wäre eine sehr hohe Prämie für Auswanderung, daß sie nicht ohne weiteres zugestanden werden kann. Ein Ausexerzieren der durchgebrannten Kantonflüchtigen in den Kolonien ist auch nicht ohne Bedenken. Es gilt also bei dieser Frage, den großen und, ich darf es ohne Schmeichelei sagen, genialen Gedanken, der zugrunde liegt, erst weiter auszudenken und mit den naheliegenden Einwürfen fertig zu werden, bevor man ihn veröffentlicht. Es hat damit auch nicht Eile, denn wir haben bis jetzt nur einige Kommis unter deutscher Flagge in der Fremde. Praktisch wichtig wird die Sache erst, wenn wir Landwirte und Städter in der Fremde haben. Und man darf einen neuen Gedanken dieser Art nicht als bloßes Aperçu in die Welt senden. Deshalb wird dieser letzte Teil am besten zurückgehalten und der Freund bescheiden ersucht, ihn besonders zu behandeln.

Das Ganze habe ich viel in Gedanken umhergewälzt, da Sie mir in Ihrem Briefe pouvoir für die Veröffentlichung gaben. Am liebsten hätte ich das Ganze als Broschüre drucken lassen, obgleich es dafür wieder etwas zu kurz war. Aber die Wirksamkeit einer anonymen Broschüre pflegt selbst bei Verteilung an den Reichstag nicht gerade groß zu sein, und ich wünsche nicht, daß man Sie errate. Es blieb also nichts übrig, als den Aufsatz in zwei Journalartikel zu teilen und die dafür nötigen kleinen Kürzungen in der Einleitung vorzunehmen. Ich ließ

[55]) Vgl. den Gedankengang des in Anmerkung 52 skizzierten Artikels!

Digitized by Google

ihn also abschreiben und sandte ihn so der „Kölnischen Z[eitung]", weil, wenn diese ihn abdruckt, die Wirkung die größte ist, ich sandte ihn, ohne etwas über den Autor zu erwähnen. Noch habe ich keine Antwort. Nimmt die Zeitung ihn nicht, so sende ich ihn an die „Allgemeine [Zeitung]" nach München. Doch erwarte ich jeden Tag den Abdruck zu bekommen. Für die Etatsberatungen ist er in gewissem Sinne viel zu gut. Die Parteien bewilligen oder verweigern diesmal aus Parteigründen, und die erregte Opposition setzt sich aus so üblen Elementen zusammen, daß man gar nicht wünschen kann, die Belehrung durch den Artikel zu Angriffen auf die Regierung benützt zu sehen. Doch wir tun unsre Pflicht, zu belehren und das Richtige zu empfehlen, und wollen uns nicht darum kümmern, was andre etwa daraus machen. Wir? Das heißt diesmal Sie ...

*

Siebleben, 14. Oktober 1885.

Lieber Freund!

... Schlesien habe ich nur im Fluge gesehen; mein Heimatland ist auf der Bergseite sehr anmutig, und die Sprache klang mir wie eine Melodie aus der Kinderzeit, aber die alten Bekannten waren fast alle tot. Die neuen Menschen, welche ich kennen lernte, waren, soweit sie Schlesien angehören, sämtlich gute Schlesier nach dem Typus von der angesessenen Sorte — der neue Schwiegervater ist Landrat des Reichenbacher Weberkreises —, aber sie machten doch den Eindruck, daß sie in der Ecke sitzen. Die Loyalität war feurig, an der Kaiserin Geburtstag wurde ihre Gesundheit ausgebracht, was Augustan nicht überall passiert. Nur der Pastor war still und unzufrieden, er aß viel, trank viel und wurde erst beredt, als er über die unerträglichen Uebergriffe der katholischen Kapläne klagte, die ihm das Leben verleiden. Die Defensive ist doch auch im Kultus eine schlechte Kriegführung.

Jetzt nach der Rückkehr hatte ich einen Berg von Zeitungen durchzustöbern. In der Braunschweiger Sache[56]) gefällt mir die preußische Okkupation durch Prinz Albrecht nicht recht. Es wäre für die Zukunft des Reiches besser gewesen, wenn Preußen bei dieser Gelegenheit sich uneigennützig gezeigt hätte. Denn alle Besorgnisse der Mittelstaaten sind wieder aufgerührt und namentlich in Sachsen, wo die Bemühungen, den verständigen König zu einem guten Freund zu machen, sich als fruchtlos erweisen müssen. Nun kann der Kanzler, wenn er diesen Ausgang wirklich gewollt hat, zu seiner Entschuldigung sagen, daß es vor allem darauf ankam, feste Verhältnisse zu schaffen, welche den Welfen usw. keine Hoffnung ließen, und daß jeder Prinz aus einem andern regierenden Hause eine neue Unsicherheit zu schaffen drohte ...

Auf der Balkanseite, wo jetzt Junker Battenberg sein Quarante sept spielt, ist es anmutig, zu sehen, wie die natürlichen Lebensbedingungen der Völker, selbst

---

[56]) Am 18. Oktober 1884 war Herzog Wilhelm von Braunschweig, das letzte Glied der älteren Linie, gestorben. Unterm 21. Oktober 1885 wurde Prinz Albrecht von Preußen zum Regenten gewählt.

Digitized by Google

der unfertigen, sich stärker erweisen als die russischen Gelüste. Rußland hat Serbien geschaffen, und Serbien ist jetzt im feindlichen Lager, es hat Griechenland, die Moldau und Walachei losreißen helfen, und beide sind ihm bedenkliche Frondeurs geworden; jetzt wird Alexander, den es für seine Puppe hielt, sein Gegner.[57]) Es ist doch wahrscheinlich geworden, daß auch hier das Vernünftige sich gestalten wird, ein Staatenbund der untern Donau, bei dem freilich die Frage noch zu entscheiden ist, ob er unter Oesterreichs Adler sich sammeln wird oder ob Oesterreich an ihm auseinanderfällt. Das wird wohl eine von den großen Sorgen des nächsten Geschlechts sein.

Die größte für uns aber, der Fortschritt des slawischen Elementes an unsrer Ostgrenze. Auch das ist ein Naturprozeß, ein großer und für uns verhängnisvoller . . .

(Fortsetzung folgt)

Die europäische Diplomatie und die Erhaltung des Friedens

Die europäische Diplomatie hat wieder einmal schlechte Zeiten hinter sich. Sie wurde mit Vorwürfen nur so überschüttet — mit Vorwürfen, die zwar keineswegs neu sind, dafür aber gegenwärtig um so intensiver hörbar wurden. Nach den Stimmen im großen Publikum und in der Presse zu urteilen, hat die Diplomatie so ziemlich alles versäumt, was sie hätte tun und namentlich was sie hätte verhindern können; sie hat sich, wie stets, von den Ereignissen überrumpeln lassen, weil die Herren Diplomaten von der wirklichen politischen Lage in den ihnen anvertrauten Ländern keine Ahnung hatten. Die Frage nach dem Nutzen der Diplomatie, nach der Fähigkeit oder Unfähigkeit der diplomatischen Vertreter erscheint also wieder auf der Tagesordnung. Und im Zusammenhang damit erörtert man die Ursachen der offenbaren Mängel dieses Systems: die Diplomaten, die sich ausschließlich aus dem Adel rekrutieren, werden als bloße Gesellschaftsmenschen geschildert, ohne Kenntnis und ohne Fühlung mit den wirklichen Lebenskräften der modernen Völker, namentlich denen des wirtschaftlichen Lebens.

Wie steht es wohl mit der Berechtigung aller dieser Vorwürfe? Sind sie gänzlich unberechtigt und entbehren der tatsächlichen Basis? Oder stiftet umgekehrt die Diplomatie heute wirklich gar keinen nennenswerten Nutzen?

Wenn wir die politische Gesamtlage überblicken, so werden wir uns wohl schwerlich der Erkenntnis verschließen können, daß, wenn jemals, dann gegenwärtig der Nutzen der Diplomatie klar zutage getreten ist. Die europäische Diplomatie ist natürlich kein Hexenmeister, der die Entwicklung der politischen

[57]) Prinz Alexander von Battenberg, seit 1879 Fürst von Bulgarien, hatte am 21. September 1885 in Philippopel die Vereinigung seines Fürstentums mit Ostrumelien verkündet. Daraufhin erklärte am 14. November König Milan von Serbien den Bulgaren den Krieg.

Digitized by Google

Ereignisse hintanhalten kann. Es gibt in der Geschichte der Staaten und Völker Dinge, die ihren Lauf haben wollen und gegen die alle Staatskunst nichts vermag. Für diese kann man keinen Staatsmann und keinen Diplomaten verantwortlich machen. Aber gerade in solchen kritischen Zeiten, wie wir sie gegenwärtig durchleben, zeigt sich auch deutlicher als sonst der — am Maßstab des menschlich Erreichbaren gemessen — unbestreitbare Nutzen des ganzen diplomatischen Apparates. Wir brauchen uns bloß den diplomatischen Kontakt zwischen den Großmächten im gegenwärtigen Zeitpunkte einmal wegzudenken — und wir werden nicht im Zweifel sein, daß dann der europäische Krieg längst ausgebrochen wäre. Dadurch, daß der diplomatische Apparat jederzeit eine intime Fühlungnahme unter den verschiedenen Mächten gestattet, die miteinander im diplomatischen Verkehr stehen, und zwar unter allen diesen Mächten, keineswegs nur zwischen denen, die durch Allianzen oder Ententen generell oder mit Bezug auf Einzelfragen miteinander verbunden sind, ist allein die Aufrechterhaltung dessen, was heute allen Mächten gleichmäßig am Herzen liegt, nämlich des europäischen Friedens, ermöglicht worden. Es ist in letzter Zeit oft betont worden, daß es nicht die Kabinette sind, die einen Krieg wollen, sondern daß die Gefahr eines solchen von andern Seiten droht. Das ist vollkommen richtig. Die Regierungen sind heute alle friedlich gesinnt. Fast in allen Ländern gibt es aber heutzutage mehr oder minder starke Kriegsparteien, die einen Krieg aus dem einen oder andern Grunde herbeisehnen und auf ihn hinzuarbeiten suchen. Wären die Regierungen isoliert und würden sie nicht die Absichten der andern Regierungen kennen, so könnten aus diesem Zustande ernstliche Gefahren erwachsen. Der diplomatische Kontakt allein vermag es zu verhindern, daß diese Gefahren allzu große Dimensionen annehmen. Die Aeußerungen der Presse und der sog. öffentlichen Meinung sind zu unzuverlässig, als daß man auf sie bauen könnte. Allein auf dem diplomatischen Wege ist es möglich, dasjenige Vertrauen zwischen den Regierungen herzustellen, das die notwendige Basis für alle Entschließungen bildet. Es muß, um das richtig zu würdigen, darauf hingewiesen werden, daß neben der politischen Stellungnahme der Regierung und unabhängig von derselben auch andre staatliche Instanzen in die Lage kommen können, Maßnahmen zu treffen, die von der öffentlichen Meinung häufig mit der offiziellen Politik der Regierung in unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden und daß dadurch die letztere leicht Mißdeutungen ausgesetzt wird. Das ist namentlich bei militärischen Maßnahmen der Fall, und es leuchtet daher ohne weiteres ein, von wie großem Wert eine direkte, kontinuierliche Fühlungnahme zwischen den Kabinetten unter diesen Umständen sein muß.

Die Ereignisse der letzten Wochen liefern die deutlichste Illustration für das Gesagte. Zunächst waren, wie die Reden des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und des Ministerpräsidenten Poincaré gezeigt haben, die Regierungen keineswegs so ununterrichtet über die Vorgänge im Balkan, wie man im Publikum vielfach glaubte. Und daß seither alle Mächte durch ihre diplomatischen Vertreter ernstlich für den Frieden gearbeitet haben, ist eine Tatsache, die nicht

Digitized by Google

bezweifelt werden kann. Es ist der Diplomatie nicht gelungen, den Balkankrieg zu verhindern, aber man darf mit Recht fragen, ob sie deshalb einen Vorwurf verdient, weil sie den Gang der Entwicklung dort nicht aufhalten konnte. Um so größeres Verdienst hat sich die Diplomatie aber um die Lokalisierung des Krieges erworben. Es ist sehr fraglich, ob eine solche vor einigen Jahrzehnten oder auch nur Jahren möglich gewesen wäre. Daß sie in der jetzigen Krise bisher gelungen ist und allem Anschein nach auch weiter gelingen wird, war nur dadurch möglich, daß sämtliche Kabinette in dem Wunsche nach Aufrechterhaltung des Friedens einig waren und daß die Diplomatie in allen Ländern in diesem Sinne rastlos tätig gewesen ist. Wenn die militärischen Ressorts einiger Staaten daneben Maßregeln getroffen haben, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, so taten sie damit nur ihre Pflicht. Aber es wäre falsch, daraus ohne weiteres auf kriegerische Absichten der betreffenden Regierungen schließen zu wollen. Es gibt heute, wie schon betont wurde, keine Regierung, die nicht den Frieden ernstlich will. Niemand, der in den Staatsgeschäften an verantwortlicher Stelle steht, würde heute die Verantwortung für einen Krieg auf sich laden wollen, solange nicht die ernstesten Lebensinteressen einer Nation auf dem Spiele stehen. Und es wäre daher gut, wenn man in der Bevölkerung, statt immer über die Diplomaten herzuziehen, ihnen etwas mehr Vertrauen entgegenbringen würde. Es würden dadurch manche Beunruhigungen erspart bleiben, die sich namentlich im wirtschaftlichen Leben, vor allem an der Börse, fühlbar machen. Man kann mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß, wo beunruhigende Nachrichten auftauchen, sie meist von unverantwortlicher Seite kommen, von Leuten, die vielleicht irgend etwas gehört, aber den Sinn der Sache mißverstanden haben.

Die Rede, die der Reichskanzler am 2. Dezember gehalten hat, muß durchaus als eine Bestätigung dessen angesehen werden, was hier gesagt wurde. So unmißverständlich sie eigentlich war, so ist sie doch an manchen Orten mißverstanden worden. Daß der Reichskanzler auf das Bundesverhältnis zu Oesterreich hinwies, war nicht mehr als selbstverständlich. Er hat damit lediglich der Pflicht dem Bundesgenossen gegenüber genügt und im übrigen den rein defensiven Charakter des Bündnisses ausdrücklich betont. Wenn der Abgeordnete Ledebour meinte, damit sei Oesterreich eine Blankovollmacht gegeben für die Fortführung der Politik, die es für nötig halte, so bedarf eine solche Behauptung wohl kaum der Widerlegung. So unvorsichtig würde wohl keine Regierung sein, daß sie in einer Frage, die die gesamte politische und wirtschaftliche Existenz des eigenen Landes in Mitleidenschaft ziehen kann, sich bedingungslos dem Ermessen einer andern Regierung unterordnen würde. Es heißt das die Fähigkeit und Vorsorglichkeit der deutschen Reichsregierung doch gar zu sehr unterschätzen. Man ist sich in Berlin sicherlich auch vollkommen bewußt, daß im Auslande, wenn auch nicht die Regierungen selbst, so doch andre Kräfte am Werke sind, denen der Ausbruch eines Krieges, in den Deutschland verwickelt wäre, keineswegs unwillkommen wäre. Oesterreich würde aus einem siegreichen Kriege am

Digitized by Google

meisten Nutzen ziehen, und den Schaden eines unglücklichen Krieges hätten in erster Linie das Deutsche Reich und dann Italien zu tragen. Es ist klar, daß beide Situationen für manche ausländischen Kreise vielleicht nicht so ganz unerwünscht sein würden. Aber man ist in Deutschland glücklicherweise weit davon entfernt, sich auf irgendwelche Politik der Abenteuer einlassen zu wollen, und es versteht sich von selbst, daß dies den Bundesgenossen bekannt ist. Sollte Oesterreich also eine Politik betreiben, die es vor der öffentlichen Meinung Europas nicht vollkommen verantworten könnte, so hätte es dabei weder auf die Sympathie Deutschlands noch auf die der andern Großmächte zu rechnen und müßte auch die Folgen seiner Stellungnahme allein tragen.

Im übrigen hat auch der Reichskanzler betont, daß alle Mächte fortgesetzt in Kontakt miteinander stehen, und dieser diplomatische Kontakt wird durch die Botschafterkonferenz eine sehr erwünschte Steigerung erfahren, die hoffentlich — Zwischenfälle sind in der internationalen Politik leider immer möglich — die Bemühungen der Diplomatie zur Erhaltung des Friedens auch zu dem gewünschten Ziele führen wird. Daß eine europäische Konferenz in der einen oder andern Form sich an den Balkankrieg anschließen werde, war ja von vornherein selbstverständlich. Das ist schon rein juristisch nötig, da an Stelle des Berliner Vertrags ein andres völkerrechtliches Vertragsinstrument treten muß. Die Liquidation der Verhältnisse am Balkan, die man seit Jahrzehnten kommen sah und immer wieder hinauszuschieben suchte, kann natürlich nur durch das europäische Konzert erfolgen. Es haben ja, wie der Reichskanzler ebenfalls hervorgehoben hat, an der Neuregelung der Dinge auf dem Balkan alle Mächte ein Interesse, wenn dasselbe auch nur ein wirtschaftliches sein mag. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß alle Einzelfragen, die mit dieser Liquidation zusammenhängen, erst auf dieser Konferenz ihre Erledigung finden können. Die Versuche, die gemacht worden sind, einzelne Fragen der Konferenz vorwegzunehmen oder durch Schaffung von Faits accomplis einer späteren Regelung durch das europäische Konzert zu entziehen, werden angesichts der übereinstimmenden Haltung der Mächte kaum einen Erfolg haben. Und so darf man sich der Hoffnung hingeben, daß es den Bemühungen der so viel verschrienen Diplomatie in der Tat gelingen wird, den Balkankrieg zu lokalisieren und Europa den Frieden zu erhalten.

Vielleicht gelingt ihr auch noch die weitere Aufgabe, der Liquidation der Balkanverhältnisse eine solche Form zu geben, daß dort einigermaßen dauerhafte Zustände geschaffen werden und daß so der gefährlichste Zündstoff aus der europäischen Politik ein für allemal entfernt wird. Wir wollen die Schwierigkeit einer solchen Aufgabe keineswegs verkennen. Die Rivalitäten unter den Balkanvölkern erschweren sie wohl noch mehr als die Gegensätze unter einzelnen Großmächten, die wohl keine unüberbrückbaren sind. Aber der Diplomatie erwächst hier eine überaus dankbare Aufgabe, und wir wollen hoffen, daß es ihr gelingt, sie zu lösen. Je endgültiger dieses Mal die politischen Verhältnisse am Balkan gestaltet werden, um so besser wird es für die Balkanstaaten und für ganz Europa sein.

Digitized by Google

Die gemeinsamen Bemühungen der Diplomatie in der Balkanfrage haben zweifellos auch dazu beigetragen, das gegenseitige Vertrauen der Mächte zueinander zu stärken; und man darf sagen, daß die Beziehungen zwischen den Mächten heute allgemein bessere sind, als seit langer Zeit. Es ist zu hoffen, daß dieses Vertrauen sich auch bei der Behandlung andrer politischer Fragen als nützlich erweisen werde, und daß also der Balkankrieg einigermaßen die Wirkungen eines reinigenden Gewitters am politischen Himmel Europas in sich trägt. So viel darf jedenfalls nach dem Gesagten als feststehend angesehen werden, daß die europäische Diplomatie es heute allgemein als ihre Aufgabe betrachtet, für die Aufrechterhaltung des Friedens zu arbeiten, weil dieses Interesse heute für alle Großmächte das weitaus wichtigste Interesse in der auswärtigen Politik geworden ist, wichtiger als alle Landerwerbungen, die ja übrigens, wie der Reichskanzler feststellen konnte, gegenwärtig von keiner Großmacht gesucht werden.

Man wird, wenn man das Gesagte in Betracht zieht, wohl kaum behaupten können, daß die Diplomatie heute keinen Nutzen stifte. Auch die Diplomaten sind mit ihrer Zeit fortgeschritten, das konnte gar nicht anders sein. Sie stehen nicht etwa, wie man häufig gesagt hat, außerhalb der heutigen Zeitinteressen, ihre Arbeit verweist sie vielmehr von selbst auf eine Anteilnahme an den Tagesfragen im Sinne unsrer Zeit. Es wäre gut, wenn man sich dies auch in weiteren Kreisen klarmachte und sich an den Gedanken gewöhnen wollte, daß die Diplomaten nicht nur die Salons bevölkern helfen, sondern daß sie an die wichtigsten Kulturarbeiten unsers Jahrhunderts mit Hand anlegen. Man sollte der Arbeit der Diplomaten etwas mehr Sympathie entgegenbringen und davon überzeugt sein, daß die Diplomatie auch im zwanzigsten Jahrhundert der Menschheit noch wesentliche Dienste leistet. Unser Blick auf die politische Lage hat uns gezeigt, von wie großer Bedeutung das Wirken der Diplomatie tatsächlich ist und welche gewaltigen Interessen der Geschicklichkeit der Diplomaten in die Hand gegeben sind. Wenn sie dabei von dem Vertrauen der Völker getragen werden, so wird ihnen das ihre Aufgabe wesentlich erleichtern. Die öffentliche Meinung, die ja ein wichtiger Faktor in den internationalen Beziehungen geworden ist und die heute so vielfach beunruhigt erscheint, würde zweifellos über die auswärtige Politik wesentlich ruhiger und kaltblütiger urteilen, wenn sie sich von der Arbeit der Diplomatie ein richtiges Bild machte und ihren Vertretern das Vertrauen entgegenbrächte, daß sie die wahren Interessen des Vaterlandes auch zu den ihrigen machen. Das wäre nützlicher, als daß man immer wieder den Sensationsgerüchten und Alarmnachrichten Glauben schenkt, die von unverantwortlichen Stellen in die Welt gesetzt werden und die die gedeihliche Arbeit der Diplomaten nur erschweren. Gerade weil heute in allen Ländern Kräfte am Werke sind, die bei aller unbezweifelten patriotischen Gesinnung doch für die auswärtige Politik in Wahrheit mehr hindernd als fördernd wirken, so ist es doppelt notwendig, daß die Völker zu ihren diplomatischen Vertretern volles Vertrauen fassen.

Digitized by Google

Um die Schwierigkeiten, mit denen unsre Diplomatie zu kämpfen hat, zu illustrieren, entnehmen wir einem Briefe einer unsrer Politik nahestehenden Persönlichkeit folgende Stelle:

„Auch England fürchtet nichts mehr als einen Krieg, und wenn unsre Diplomaten in London geschickt agieren, so wird sich England allmählich der Politik des Deutschen Reiches nähern. Die Erfahrungen, welche England in Persien und im Mittelmeer mit den Ententemächten gemacht hat, sind nicht erfreulich und sehr bedenklich für die künftige Weltmachtstellung Großbritanniens. Leider werden aber alle Annäherungsversuche Englands scheitern, solange der deutsche Philister, welcher den schönen Titel „Alldeutscher" angenommen hat, mit Haß gegen England erfüllt ist und zum Kriege mit England treibt. Es ist sehr leicht, durch eine sog. nationale oder patriotische Phraseologie die Massen zu gewinnen und gegen ein andres Reich zu hetzen. Welcher Schaden damit aber angerichtet wird, begreifen die Führer der Alldeutschen nicht und übernehmen keine Verantwortung für die Folgen ihrer chauvinistischen Bestrebungen. Das Deutsche Reich würde in Verbindung mit England der wichtigste Faktor in Europa und in der Welt werden, und da die Interessen beider Länder in Wirklichkeit weit weniger divergieren als die der andern Mächte, so wäre eine solche Verbindung wohl denkbar und auch zu erreichen, wenn wir uns ebenso kühl und realpolitisch wie die Engländer in den Weltfragen verhalten würden. Die alldeutsche Bewegung droht aber zu oft mit dem Schwerte und vernichtet die Arbeit unsrer Diplomatie, mit England zu einer Verständigung zu gelangen. Ein Krieg gegen England und seine Verbündeten würde eine der größten und gefährlichsten Katastrophen für die gesamte Kulturwelt werden. Im heutigen Kriege kämpfen nicht nur die Heere gegeneinander, sondern auch die Volksepidemien und der Hunger der arbeitslosen Massen, so daß dem Sieger, wie das auch der jetzige Balkankrieg beweist, selbst nach den größten Erfolgen starke Enttäuschungen und unberechenbare Opfer für die Zukunft erwachsen. Der unsterbliche Schlachtenlenker Graf Moltke hatte deshalb im Kriege wie im Frieden jede Phraseologie und jedes Experimentieren mit den Waffen von sich gewiesen. Sein Wahlspruch „Erst wägen, dann wagen" bleibt für alle Zeiten und für alle Feldherrn von Bedeutung. Eine große Reihe militärischer Schriftsteller und selbst sehr angesehene Generale führen aber jetzt die Feder oft mit einer Leichtigkeit und mit einem Wortschwall, welcher in keinem Verhältnisse mit den tatsächlichen politischen Zuständen steht. Wir müssen das Pulver trocken halten, und vor allem dürfen wir wegen eines kleinen albanesischen Hafens oder wegen andrer kleiner Interessen nicht das Schwert ziehen. Nur die Begeisterung führt zum Siege, aber nicht der Krieg, welcher künstlich erzeugt ist und nicht eine dringende Lebensfrage einer großen Nation zur Entscheidung und Lösung bringen soll. Es muß deshalb im Sinne Moltkes an der Verstärkung unsrer Armee und an einer weisen Staatskunst mit aller Ruhe fortgearbeitet werden."

Dieser Brief zeigt deutlich, von wo die Hindernisse in der deutschen aus-

Digitized by Google

wärtigen Politik hauptsächlich kommen. Er beweist aber auch, wie sehr es im Interesse der Erhaltung des Friedens gelegen wäre, wenn die öffentliche Meinung, statt immer nur an den Diplomaten herumzukritisieren, ihnen etwas mehr Vertrauen schenkte und sie dadurch in ihrer Arbeit unterstützte.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

I

Marschall Bazaine am 17. August

Marschall Bazaine, der Oberbefehlshaber der französischen Armee, hatte noch am Abend der Schlacht von Vionville-Mars-la-Tour den Rückzug befohlen. Am Morgen des 17. August verließ er Gravelotte, wo er geschlafen hatte, und begab sich auf das Plateau des Mont Saint-Quentin. Als er dort ankam, fand er den Kavalier, die Zugänge des Forts und die Glacis voll von Soldaten, Bewohnern der Umgegend und Metzer Bürgern, die sich wie im Theater niedergelassen hatten, um die Bewegung der Truppen zu beobachten.

Die Aufmerksamkeit dieser Menge war, wie er sich überzeugen konnte, besonders auf eine dichte Staubwolke gerichtet, die sich zu beiden Seiten der Mosel in der Umgebung von Ars erhoben hatte. Der Marschall und die Offiziere seines Stabes nahmen ihre Gläser und sahen deutlich Kolonnen von Infanterie, Kavallerie und Wagen in westlicher Richtung die Seille und die Mosel überschreiten.

Von Montigny und den erhöhten Punkten des Weichbildes im Süden von Metz aus hatte man das gleiche Schauspiel, und eine Menge Leute waren hergekommen, um es sich anzusehen.

Nachdem der Marschall das belebte Panorama, das sich zu seinen Füßen und ringsum aufrollte, betrachtet hatte, ritt er, ohne ein Wort zu sprechen, weiter.

Am Ende des Plateaus in der Richtung nach Metz sah er an einer Straßenkreuzung, an der sich ein Kreuzhügel erhebt, ganz unten am Fuß eines steilen Hanges das anmutige Dorf Plappeville liegen, das sich aus einer Anzahl von eleganten Villen und Gärten zusammensetzt.

Hier kam dem Marschall der Bürgermeister Vianson Ponté, Advokat in Metz, entgegen. Von dem General Le Tellier Blanchard benachrichtigt, hatte er sich an die Grenze seines Gemeindebezirks begeben, um den Oberbefehlshaber der französischen Armee, der zugleich ein Landsmann war, willkommen zu heißen.

Digitized by Google

In der Tat war der Vater des Marschalls aus dem benachbarten Dorfe Scy gebürtig gewesen, und ein Teil seiner Familie, die ebenfalls den Namen Bazaine trug, wohnte noch dort und übte noch den herkömmlichen Beruf des Weingärtners aus.

Herr Vianson bot sich dem Marschall als Führer an. Als man am Fuße des großen Abhangs angelangt war und fast das ganze Dorf durchquert hatte machte Herr Vianson auf der Straße vor einer großen Haustüre rechter Hand halt mit dem Bemerken, daß dieses Haus der Sitz des Hauptquartiers sei. Die Villa, die schönste in der ganzen Gegend, gehörte Herrn de Bouteillier, einem ehemaligen Artillerieoffizier, der Deputierter und Beigeordneter des Bürgermeisters von Metz war.

Der Gärtner Jean Renaud erschien, entschuldigte seinen Herrn, der durch seine Gemeindeamtsgeschäfte in der Stadt festgehalten werde, und stellte sich dem Marschall und seinen Offizieren, die in den Hof geritten waren und von den Pferden stiegen, zur Verfügung.

General Jarras und die Offiziere des Generalstabes hielten gegenüber auf der andern Seite der Straße; sie stiegen vor dem Hause, in dem sie wohnen sollten, ebenfalls ab, und Hauptmann Arthur de France sagte mit einem Blick auf die über ihnen aufragenden Hügel zu seinen Kameraden: „Wir werden von hier abziehen, wie Mack aus Ulm abgezogen ist."

In der vollen Mittagssonne des 17. August 1870 bot Plappeville mit seinen von Kletterpflanzen umrankten Häusern und seinen Blumengärten ein ebenso freundliches wie belebtes Bild. Ueberall in den Straßen waren Generäle und Stabsoffiziere zu sehen, die sich in den Villen einquartierten. Der General Bourbaki stieg mit dem Generalstab der Garde bei dem Obersten Deville ab. General Soleille, der in einem Break gekommen war, nahm bei Herrn Vianson Quartier, sein Stab bei den Damen Cochard. General du Frétay, Kommandeur der leichten Gardekavalleriebrigade, und seine Offiziere fanden beim Pfarrer, dem Abbé Lennuyeux, Unterkunft; dann kamen der General de Saint-Sauveur, Aerzte, Intendanturbeamte an, und alle Augenblick ritten Offiziere durch, die Erkundigungen einziehen wollten oder mit einem Auftrag betraut waren.

Gleich nach seiner Ankunft in der Villa Bouteillier setzte sich Marschall Bazaine mit seinen Adjutanten und Ordonnanzoffizieren zum Dejeuner nieder; nach dem Essen begab er sich einen Stock höher in den Salon, der über dem Hof in gleicher Höhe mit dem Garten lag. Er saß dort in einem mit Stickereien bedeckten Mahagonilehnsessel und rauchte eine Zigarre, als gegen 1 Uhr Oberst Lamy ihm die Bemerkungen des Marschalls Canrobert über die Gefahren, denen das VI. Korps in der ihm angewiesenen Stellung bei Verneville ausgesetzt war, übermittelte.

Nachdem der Marschall den Obersten Lamy angehört hatte, diktierte er einen Brief, in dem er den Marschall Canrobert ermächtigte, von Verneville nach St. Privat zu marschieren. Dann ließ er den General Jarras rufen, um

Digitized by Google

ihm seine Befehle zu diktieren. General Jarras trug sie folgendermaßen in sein Notizbuch ein, in dem wir sie gelesen haben:

„An den Generalintendanten: ihn ersuchen, mitzuteilen, welche Maßregeln er zur Wiederverproviantierung der Armee getroffen hat, sowie zu welchem Zeitpunkt die Verteilungen bei allen Truppenteilen beginnen können. Der Generalintendant kann über die letzten in Metz eingetroffenen Proviantzüge verfügen, die nicht für die Versorgung der Garnison nötig sind.

An den Gouverneur von Metz (General Coffinières): ihn bitten, sehr strenge Weisungen zu erteilen, damit die der Armee angehörigen Militärpersonen nicht in die Stadt gelangen können, wenn sie nicht mit ordnungsmäßigen Erlaubnisscheinen versehen sind.

Der Marschall ist davon unterrichtet, daß nicht verwundete Militärpersonen sich vom Heere entfernen und in die Stadt gelangen, indem sie sich Aufnahme auf den Requisitionswagen verschaffen; sie werden dann als Kranke betrachtet und hoffen, daß dank diesem Betrug die Armee sich ohne sie entfernen wird. Um diese strafbaren Absichten zu vereiteln, soll der Gouverneur der Festung Metz Beamte an den Toren aufstellen mit dem Auftrag, die Leute, die auf den Requisitionswagen ankommen, zu untersuchen und alle, die weder krank noch verwundet sind, zu ihren Korps zurückzuschicken.

Um aus der gegenwärtigen Lage herauszukommen, für Lebensmittel auf vier Tage vorsorgen.

Patronen: vervollständigen lassen; eine Verteilung von Lagergerätschaften und Tornistern, Schuhwerk vornehmen; Reinigung der Waffen; Verlustliste; Verzeichnisse.

Die Korps sollen in ihren neuen Stellungen die erforderlichen Verteidigungsarbeiten ausführen, um sich darin gut einzurichten. Die Korpskommandanten sollen die Verbindungen rückwärts durch den Wald erkunden und die Punkte besetzen lassen, die ihnen notwendig erscheinen, um ihren Rücken zu decken."

Um diesen Befehlen nachzukommen, schrieb General Jarras zunächst folgenden Brief an den Intendanten de Préval:

Großer Generalstab
4. Abteilung.

Plappeville, den 17. August.

Herr Generalintendant!

Ich habe die Ehre, Sie zu ersuchen, mir gefälligst mitzuteilen, welche Maßregeln Sie zur Wiederverproviantierung der Armee getroffen haben. Ich möchte Sie zugleich bitten, mir den Zeitpunkt bekanntzugeben, in dem mit den Verteilungen bei allen Truppenteilen begonnen werden kann. Es steht Ihnen übrigens vollkommen frei, nach Ihrem Ermessen über die letzten in Metz eingetroffenen Transportzüge zu verfügen, vorausgesetzt jedoch, daß sie nicht zur Verproviantierung der Garnison notwendig sind.

Empfangen Sie usw. J. A.: Der Generalstabschef

Jarras.

Digitized by Google

Nach dem Empfang dieses Briefes eilte der Intendant de Préval zum Marschall Bazaine, um ihm zu melden, daß demnächst 100000 Rationen Zwieback auf dem Plateau von Plappeville eintreffen und im Laufe des Abends Verteilungstransporte zu den verschiedenen Armeekorps abgehen würden.

Der Marschall billigte diese zweite Maßregel nicht, und da er die nach dem Fort Plappeville verbrachten Rationen ausreichend fand, sandte er an den General Jarras folgende Notiz:

„Lassen Sie den Korpskommandanten Befehle zukommen, daß alle administrativen Transportmittel verwendet werden, um Lebensmittel an dem Platz zu holen, den der Intendant bezeichnen wird."

Der Intendant teilte sodann dem Marschall mit, daß die Armee in Metz nur mehr für einige Tage Lebensmittel besitze. Der Chefintendant Wolf und die Unterintendanten Richard und Demons ließen zurzeit große Proviantvorräte in Verdun und an andern Plätzen im Innern des Landes ansammeln; aber wenn die Armee in Metz blieb, war sie ganz auf die Magazine dieser Festung angewiesen.

Der Intendant wußte nicht, ob man bei der kleinen Anzahl der vorhandenen Oefen täglich in Metz und im Weichbild der Stadt 180000 Brotportionen würde backen können.

Der Marschall befahl hierauf Herrn de Préval, eine möglichst große Menge Brot von außerhalb kommen zu lassen und vor allem eine bedeutende Reserve an Zwieback und Feldproviant zu beschaffen, und teilte ihm sodann folgendes Telegramm mit:

Verdun, den 16. August, 5 Uhr 5 Minuten nachmittags.

Intendant Vigo-Roussillon vom VI. Korps an den Bürgermeister von Etain.

„Wissen Sie, wo Marschall Canrobert und das VI. Korps ist und in welcher Richtung er marschiert?

Sagen Sie ihm, daß er in Verdun für vier Tage Lebensmittel finden wird.

Antwort erbeten."

Als Antwort sollte de Préval dem Intendanten Vigo-Roussillon telegraphisch die Weisung geben, nach Metz zu kommen und seinen Dienst beim VI. Korps wieder anzutreten.

Nachdem de Préval den Marschall Bazaine verlassen hatte, telegraphierte er zuerst an den Minister:

Metz, den 17. August, 4 Uhr 15 nachm.

Der Chefintendant an den Minister.

„Schicken Sie mir per Eilzug und zwar täglich 180000 Rationen Zwieback und ebensoviel Feldproviant und Brot so viel wie möglich.

Aeußerst dringlich."

Hierauf telegraphierte er an den Intendanten Vigo-Roussillon folgenden Befehl:

Digitized by Google

„Metz, den 17. August, 4 Uhr 35 nachm.

Der Chefintendant an den Intendanten des VI. Korps Verdun.

Kehren Sie unverzüglich über Thionville zu Ihrem Korps zurück."

Sodann begab sich Herr de Préval zum General Jarras, und nachdem sie sich verständigt hatten, wurden die Kommandanten der Armeekorps aufgefordert, ihre Wagen auf das Plateau von Plappeville zu schicken, um dort Zwieback für einen Tag und Feldproviant für zwei Tage zu holen.

Vor der Absendung dieser Aufforderung kam der Intendant de Préval noch einmal zum General Jarras, um ihm zu sagen, daß man angesichts der Unmöglichkeit, die Wagen auf das Plateau hinauffahren zu lassen, die Verteilungen nicht mehr im Fort Plappeville, sondern in Le Ban Saint-Martin stattfinden lassen müsse.

In der zweiten Hälfte des Nachmittags erhielt Marschall Bazaine Telegramme und vertiefte sich in das Studium der Karten. Gegen 4 Uhr ließ er den diensttuenden Generalstabsoffizier rufen. Es war dies der Hauptmann Yung, der durch seine unter dem Pseudonym „Mustapha" erscheinenden humoristischen Artikel in der „Vie Parisienne" bekannt und an dem blauen Augenglas, das er zu tragen pflegte, leicht zu erkennen war.

Der Marschall, der immer noch vor seinen ausgebreiteten Karten saß, empfing ihn im großen Salon. Er sprach ihm seinen Wunsch aus, die Armee noch näher an Metz heranzuführen, und zeigte ihm „die Stellungen, die er das IV. und VI. Korps einnehmen lassen wollte". Er wünschte diese Bewegung so rasch wie nur möglich ausführen zu lassen, und gab, um sie vorzubereiten, dem Hauptmann Yung den Auftrag, den Obersten Lewal zu rufen.

Seit der Expedition nach Mexiko stand der Oberst Lewal in einem vertrauten Verhältnis zum Marschall Bazaine, zu seinen beiden Neffen und den Offizieren seines persönlichen Stabes. Er war daher derjenige Offizier des Generalstabes, dem gegenüber sich der Marschall am offensten aussprach.

Marschall Bazaine wiederholte dem Obersten Lewal, was er eben dem Hauptmann Yung gesagt hatte, und befahl ihm, am nächsten Morgen die Sousgeneralstabschefs eines jeden Korps zu versammeln, um mit ihnen an den Zugängen der Festung Plätze zu erkunden, auf denen die Armee Stellung nehmen könnte. Der Marschall beendigte seine Auseinandersetzung mit folgender Bemerkung, die der Oberst am nächsten Tage seinen Kameraden wiederholte: „Die Armeen sind nicht dazu da, um die festen Plätze zu decken; die festen Plätze sind vielmehr dazu da, die Armeen zu decken."

Marschall Bazaine begründete seine Idee noch des näheren: er beabsichtigte, sich in Metz einschließen zu lassen, und setzte dem Obersten Lewal auseinander, auf welche Weise er dieses Ziel erreichen wollte.

Es sprang ihm nicht in die Augen, daß die Einschließung seiner Armee das ungeheuerlichste Auskunftsmittel war, auf das er verfallen konnte.

Er dachte nicht daran, daß er eben erst die alarmierendsten Telegramme

Digitized by Google

abgeschickt hatte, um nachdrücklich und mit größter Dringlichkeit die Zusendung von Lebensmitteln und Munition auf der Eisenbahnlinie durch die Ardennen zu verlangen, und daß der Rückzug auf Metz die Zerstörung dieser Bahn zur Folge haben würde.

Er hätte auch sofort Napoleon III. und die Regierung von seinem Marsch nach rückwärts benachrichtigen müssen. Der Monarch und der Minister warteten mit Ungeduld auf sein Eintreffen in Verdun und ersuchten ihn beständig telegraphisch um Nachrichten. Doch er hatte alles so eingerichtet, daß nichts die Einschließung seiner Armee verhindern konnte, und da sein Plan derart war, daß er ihn nicht eingestehen durfte, so gab er auf die Telegramme des Kaisers, des Ministers und seiner Unterführer bis zum letzten Augenblick keine Antwort, bis er wußte, daß die Telegraphenleitung nächstens abgeschnitten werden würde und er ihnen gar nichts mehr sagen konnte.

Seit dem vorigen Abend um 11 Uhr, zu welcher Zeit er den Rückzug „auf das Plateau von Plappeville" beschlossen, hatte er nichts davon gemeldet, daß er in seinem Marsche innehalten wollte; er hatte nicht einmal ein Telegramm gesandt, in dem von der Schlacht des vorhergegangenen Tages die Rede war, und hatte zehn Stunden gewartet, ehe er dem Minister von dem Mangel an Lebensmitteln und Munition Nachricht gab, auf den er sich berief, um seinen Rückzug in den Augen der Armee zu rechtfertigen.

In Paris wußten die Regierung und die Regentin, in Châlons der Kaiser und der Marschall Mac Mahon am 17. August um 4 Uhr nachmittags noch nicht, daß ein großer Kampf stattgefunden hatte.

Der Minister blieb jedoch in Verbindung mit ihm und richtete in der Nacht, die auf die Schlacht folgte, zwei Telegramme an ihn, die ihm nach den auf den Abschriften eingetragenen Vermerken um 3 Uhr 15 Minuten und um 3 Uhr 45 Minuten morgens übergeben wurden.

Das erste dieser Telegramme, das von 1 Uhr 5 Minuten morgens datiert war, bestätigte den Vormarsch der Armee des Kronprinzen auf Paris, die mit ihrer Spitze bis nach St. Mihiel und Apremont gelangt war.

Das zweite, von 2 Uhr 40 Minuten datierte Telegramm enthielt ein Ersuchen um Nachrichten. „Ist es wahr," fragte ihn der Minister, „daß die Preußen einen Waffenstillstand verlangt haben, um ihre Toten zu beerdigen und ihre Verwundeten zu bergen? Sofortige Antwort erbeten."

Da der Marschall trotz dieser Schlußworte nichts schickte, richtete der Minister am Vormittag des 17. August noch dreimal seine Frage an ihn. Erst um 2 1/2 Uhr sandte der Marschall folgende Depesche ab: „Ich habe keine Kenntnis davon, aber es ist möglich, daß die Anwesenheit der Mitglieder der internationalen Gesellschaft (Rotes Kreuz) Anlaß zu diesem Gerücht gegeben hat."

Kein Wort über die Schlacht von Rezonville, kein Wort über die Aenderung der im Gang befindlichen Operationen oder über den Mangel an Lebensmitteln und Munition.

Am Abend vorher hatte er den Leutnant der mobilen Nationalgarde Belle

Digitized by Google

zu Pferd bei Nacht und auf ziemlich unsicheren Straßen ausgesandt, um den Kaiser aufzusuchen und ihm einen Brief zu übergeben. Aus welchem Grunde hatte er nicht gleichzeitig mit diesem Brief noch ein Telegramm abgesandt? Er hatte doch den Hauptmann Fix zum Gouverneur von Metz geschickt und hätte ihm auch ein Telegramm an den Kaiser und den Minister mitgeben können; sie hätten dann in der Nacht der Schlacht vom Rückzug der Armee auf Metz und von ihrem Bedarf an Lebensmitteln und Munition Kenntnis bekommen.

Als er um 12 Uhr mittags in Plappeville ankam, meldeten zwei Beamte des Pariser Zentraltelegraphenbureaus, Brisson und Eschbacher, daß sie zwei Telegraphenstationen eingerichtet hätten, eine auf der Meierei Moscou, die andre auf dem Fort Plappeville, ganz in seiner Nähe, und daß sie mit dem Bureau in Metz in Verbindung ständen und alle Depeschen übermitteln könnten.

Um $3^1/_2$ Uhr nachmittags entschloß er sich, nachdem er sechzehn Stunden lang geschwiegen hatte, dem Minister Nachricht von der Schlacht zu geben:

Marschall Bazaine an den Minister.

Metz, den 17. Aug., 3 Uhr 30 Min. nachmittags.

„Wir sind am 14. in unsern Stellungen vor Borny angegriffen worden, als ein Teil der Armee bereits auf dem linken Ufer der Mosel war.

Gestern, am 16. August, ist von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends in der Stellung, die wir zwischen Doncourt und Vionville innehatten, eine Schlacht gegen die vereinigten Korps des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz geschlagen worden. Der Feind wurde in den beiden Treffen zurückgeschlagen und erlitt bedeutende Verluste; die unsrigen sind empfindlich.

Der Kaiser hat Ihnen jedenfalls von Etain aus über die Bestimmung, die dem VII. Korps zu geben ist, Antwort erteilt."

Dieser letzte Satz war die Antwort auf ein vor drei Tagen abgesandtes, vom 15. August 10 Uhr morgens datiertes Telegramm, in dem der Minister ihn fragte: „Welches sind Ihre letzten Befehle für den General Douay, der immer noch in Belfort steht?" Er hatte diese drei Tage lang gewartet, um dann eine dilatorische Antwort zu geben, die glauben zu machen suchte, daß er nicht mit dem Oberkommando betraut sei; immer diese Sorge, keine Verantwortung zu übernehmen, als ob man, wenn man an der Spitze der Armeen vor dem Feinde steht, sich ihr entziehen könnte.

Wenn man unter Weglassung der Nachschrift dieses Telegramm von $3^1/_2$ Uhr nachmittags aufmerksam liest, so bemerkt man, daß es über den Ausgang der Schlacht nichts sagt. Von seinen Plänen nicht ein Wort; er sagt nicht, daß er sich zurückgezogen hat; seine Depesche ist sogar darauf berechnet, glauben zu machen, daß er noch immer den verabredeten Plan verfolge und daß er seinen Marsch auf Verdun fortsetze.

Ohne Zweifel wurde es ihm klar, daß er seinen Rückzug nicht länger verheimlichen konnte, und so schickte er um 4 Uhr folgendes zweite Telegramm ab:

Digitized by Google

Marschall Bazaine an den Minister.

4 Uhr nachmittags.

„Gestern habe ich den ganzen Tag lang zwischen Doncourt und Vionville gegen die preußische Armee gekämpft.

Der Feind ist zurückgeschlagen worden, und wir haben die Nacht in den eroberten Stellungen verbracht.

Ich unterbreche meine Bewegung auf einige Stunden, um meine Munitionsvorräte wieder auf den vollen Stand zu bringen.

Wir haben die Korps des Prinzen Friedrich Karl und des Generals Steinmetz vor uns gehabt."

Dieses Mal kündigt er eine Verzögerung von „einigen Stunden" an; er spricht von der Schlacht wie von einem Sieg, gibt zu verstehen, daß die Wiederaufnahme des Marsches von einem Augenblick zum andern erfolgen werde, und sagt kein Sterbenswörtchen von dem Mangel an Munition und Lebensmitteln.

Seit dem Morgen wartete der Kaiser im Lager von Châlons mit Ungeduld auf die Nachricht vom Erscheinen der Avantgarde der Armee in Verdun. Da er um 2 Uhr noch nichts erhalten hatte und anfing, unruhig zu werden, ließ er durch den diensttuenden Adjutanten an den General Coffinières in Metz telegraphieren:

Adjutant des Kaisers an den General Coffinières.

Lager von Châlons, den 17. August, 2 Uhr 5 nachmittags.

„Auf Befehl des Kaisers. Haben Sie Nachrichten von der Armee des Marschalls Bazaine? Senden Sie sie schleunigst an Seine Majestät ..."

Im Besitz dieser Depesche antwortete der General Coffinières darauf mit der folgenden:

Festungsgouverneur an den Kaiser.

Metz, den 17. August, 3 Uhr 15 M. nachmittags.

„Gestern am 16. hat ein sehr ernstes Gefecht in der Nähe von Gravelotte stattgefunden: wir haben im Kampf die Oberhand gewonnen, aber unsre Verluste sind groß. Der Marschall hat sich auf Metz konzentriert und lagert auf den Höhen von Plappeville. Wir bitten um Zwieback und Pulver. Metz ist nahezu eingeschlossen."

Die Depesche des Generals Coffinières war pessimistisch; die Armee lagerte nicht auf den Höhen von Plappeville, sondern auf dem Plateau von Moscou; Metz war nicht „nahezu eingeschlossen", da die Eisenbahn immer noch in Betrieb war. Dagegen sagte er die Wahrheit, wenn er von dem Bedarf an Zwieback und Pulver berichtete.

Inmitten der zahllosen Aengste, die Napoleon III. an diesem Tage bedrängten, war die Nachricht vom Rückzug der Armee und ihrer beinahe sicheren Einschließung für den unglücklichen Herrscher ein furchtbarer Schlag. Voll Ungeduld, Näheres

Digitized by Google

zu erfahren, ließ er sofort an den Marschall Bazaine telegraphieren, den er für den Verfasser der Depesche des Generals Coffinières hielt:

Adjutant des Kaisers an den Marschall Bazaine in Metz.

Lager von Châlons, den 17. August, 4 Uhr 13 M. nachmittags.

„Auf Befehl des Kaisers: Ihre Depesche empfangen. Teilen Sie Näheres mit. Können Sie erhalten, was Sie verlangen?"

Ehe dieses Telegramm in Metz eintraf, um 4 Uhr nachmittags, ließ der Marschall, dem mitgeteilt worden war, daß der Kaiser vom General Coffinières weitere Nachrichten verlangt hatte, folgendes Telegramm chiffrieren:

An den Kaiser.

Den 17. August, 4 Uhr 30 M. nachmittags.

„Gestern abend habe ich die Ehre gehabt, an Eure Majestät zu schreiben," — der durch den Leutnant Belle abgesandte Brief, der dem Kaiser erst am 18. morgens übergeben wurde — „um Ihnen über den von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends bestandenen Kampf gegen die preußische Armee zu berichten, die uns in unsern Stellungen von Doncourt bis Vionville angriff.

Der Feind ist zurückgeschlagen worden, und wir haben die Nacht in den eroberten Stellungen zugebracht.

Der große Verbrauch von Artillerie- und Infanteriemunition, den wir gehabt haben, der nur für einen Tag reichende Vorrat an Lebensmitteln, der den Truppen verblieben ist, haben mich gezwungen, mich Metz zu nähern, um unsern Fuhrpark und unsre Proviantkolonnen so rasch wie möglich wieder mit Vorräten zu versehen.

Ich habe die Armee in den zwischen St. Privat und Rozérieulles befindlichen Positionen Stellung nehmen lassen. Ich denke übermorgen mich in Marsch setzen zu können, wobei ich eine mehr nördliche Richtung einschlagen werde, so daß ich mit dem linken Flügel an der Stellung von Haudiomont vorbeimarschieren kann für den Fall, daß der Feind, um uns den Weg nach Verdun zu verlegen, sie mit starken Kräften besetzen würde, und um die unnötigen Kämpfe zu vermeiden, die unsern Marsch verzögern würden. Die Eisenbahnlinie durch die Ardennen ist noch immer bis Metz frei, was beweist, daß der Feind Châlons und Paris zum Ziel hat. Man spricht noch immer von der Vereinigung der Armeen der beiden Prinzen. Wir hatten gestern uns gegenüber den Prinzen Friedrich Karl und den General Steinmetz."

Zum erstenmal spricht er von dem Mangel an Lebensmitteln und Munition und kündigt einen Aufenthalt von 48 Stunden in seinem Marsche und eine Aenderung in seiner Marschroute auf Verdun an.

Er will nicht mehr direkt die Richtung über Mars-la-Tour und Etain, sondern nach Norden, an Haudiomont vorbei, einschlagen, wobei er sich Montmédy nähern und einen großen Umweg machen würde.

Digitized by Google

Während Hauptmann de Mornay Soult damit beschäftigt war, dieses Telegramm zu chiffrieren, in dem der Marschall dem Kaiser meldete, daß er in 48 Stunden abmarschieren werde, um zu ihm zu stoßen, erteilte Bazaine dem Obersten Lewal den Befehl, die Vorbereitungen für den Rückzug seiner Armee unter die Wälle der Forts von Metz zu treffen, in Stellungen, aus denen herauszukommen er später für unmöglich erklärte.

Wahrscheinlich gegen 4 Uhr erhielt er ein um $1^1/_2$ Uhr aufgegebenes Telegramm des Marschalls Mac Mahon aus dem Lager von Châlons, das ihm die Bildung der sog. Armee von Châlons meldete und ihn um Befehle ersuchte.

Der General de Rochebouet suchte den Marschall auf, um mit ihm über die Munitionsfrage zu sprechen. Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen ihnen. Der Marschall erklärte, daß ein völliger Mangel an Munition eingetreten sei, aber der General de Rochebouet gab ihm zur Antwort: „Man hat immer genug Munition, wenn man entschlossen ist, die Schlacht zu gewinnen, und hat nie genug, wenn man sie verlieren will." Dann ging der Marschall auf ein andres Thema über und teilte seinem Besucher den Inhalt der Depesche des Marschalls de Mac Mahon mit.

Eine halbe Stunde nach dieser Unterredung erzählte der General de Rochebouet ihren Verlauf den Offizieren seines Stabes, den Majoren Berge, Jamont und Dumas-Champvallier, und machte ihnen Mitteilung von der Zusammenziehung des I., V. und VII. Korps im Lager von Châlons.

Einen Augenblick riß sich der Marschall aus seinen Sorgen heraus, um folgendes Telegramm zu schreiben:

Marschall Bazaine an Frau Marschall Bazaine, Versailles.

Metz, den 17. August, 4 Uhr 25 Min. nachmittags.

„Es geht mir gut, ebenso meinen Neffen, trotz der großen Schlacht, die wir gestern den ganzen Tag über geliefert haben."

Einige Augenblicke später hatte er die Depesche des Kaisers von 4 Uhr 13 Minuten in Händen. „Teilen Sie Näheres mit. Können Sie erhalten, was Sie verlangen?" Er meinte, daß er auf die vorhin abgegangene chiffrierte Depesche hin nichts weiter mitzuteilen habe, aber um $6^1/_2$ Uhr erhielt er folgendes dritte Telegramm des Kaisers:

Der Kaiser an den Marschall Bazaine.

Lager von Châlons, den 17. August, aufgegeben um 6 Uhr 5 M. abends.

„Sagen Sie mir die Wahrheit über Ihre Lage, damit ich mich hier danach richten kann. Antworten Sie mir in Chiffern. Napoleon."

Jetzt war es nicht mehr ein Adjutant, sondern der Kaiser selbst, der die Wahrheit verlangte und der unterzeichnet hatte.

Die Zukunft Frankreichs stand auf dem Spiel. Um eine Entscheidung zu treffen, um die Armee von Châlons in Bewegung zu setzen, mußte der Kaiser

Digitized by Google

genau wissen, wie es bei Metz stand, und verlangte daher vom Marschall Bazaine, daß er ihn darüber aufkläre.

Auf dieses dringende Ersuchen hin überlegte der Marschall. Während er noch über die Antwort nachdachte, die er dem Kaiser geben sollte, wurde ihm folgendes Telegramm gebracht:

„Hast Du gesiegt? Frau Marschall Bazaine."

Die Frage seiner Frau konnte er unbeantwortet lassen, aber dem Kaiser keine Antwort zu geben, war unmöglich.

Warum sprach er sich jetzt dem Kaiser gegenüber nicht offen aus und gestand ihm nicht seinen Plan ein, sich hinter die Forts von Metz zurückzuziehen?

Es war ihm schon so schwer gefallen, den momentanen Stillstand im Vormarsch der Armee zu melden, und er hätte jetzt eingestehen müssen, daß das nur eine Ausflucht gewesen war.

Somit wollte er vor allem dem Kaiser seinen Plan verheimlichen. Aber was sollte er ihm telegraphieren?

Wie am Abend zuvor half ihm wieder der General Soleille aus der Verlegenheit. Er ließ ihm durch seinen Sekretär Romain Desfossés eine Meldung überbringen, in der er erklärte, die Vorräte des Arsenals seien gleich Null und „die Armee befinde sich in einer besorgniserregenden Not".

Da hatte er die Grundlage für seine Antwort. Er ergriff die Feder und schrieb:

An den Kaiser. Plappeville, den 17. August, 6 Uhr 30 Min. abends.

„Im Augenblick, da ich Ihre Depesche erhalte, schreibe ich an Eure Majestät. Der Major Magnan überbringt einen Brief und wird Euer Majestät alle Einzelheiten berichten, die Sie interessieren können, da mir die Berichte der Korpskommandanten noch nicht zugegangen sind."

Nachdem er in dieser Weise das Telegramm abgefaßt hatte, schrieb er den angekündigten Brief:

Sire!

„Ich habe die Ehre, Euer Majestät meine telegraphische Depesche vom heutigen Tage zu bestätigen.

Ich kann die Ziffer unsrer Verluste noch nicht wissen.

Es heißt heute, daß der König von Preußen in Pange oder im Schlosse Aubigny sei, daß er eine Armee von 100000 Mann bei sich habe und daß außerdem zahlreiche Truppen auf der Straße nach Verdun gesehen worden seien. Ihre Avantgarde soll Fresnes und Mont-sous-les-Cotes besetzt haben.

Was dieser Nachricht von der Ankunft des Königs von Preußen eine gewisse Wahrscheinlichkeit zu verleihen scheint, ist, daß die Preußen in diesem Augenblick ... einen ernsten Angriff auf das Fort Queuleu richten ...

Was uns betrifft, so sind die Korps nicht besonders reich mit Lebensmitteln

Digitized by Google

versehen. Ich werde versuchen, solche auf der Ardennenbahn kommen zu lassen, die noch frei ist.

General Soleille, den ich in die Festung geschickt habe, berichtet mir, daß sie wenig mit Munition versehen ist, und daß sie uns nur 800 000 Patronen liefern kann, was unsre Soldaten in einem Tage verbrauchen. Ebenso ist nur eine kleine Anzahl von vierzölligen Granaten vorhanden, und schließlich erklärt er, daß die pyrotechnische Fabrik nicht die nötigen Mittel hat, um Patronen herzustellen.

General Soleille hat in Paris verlangen müssen, was zur Instandsetzung der Gerätschaften unumgänglich notwendig ist, aber wird das noch zu rechter Zeit eintreffen? ...

Wir werden alles tun, was wir können, um unsre Vorräte aller Art wieder zu ergänzen, damit wir unsern Marsch in zwei Tagen wieder aufnehmen können, wenn dies möglich ist, und ich werde die Straße nach Briey einschlagen.

Wir verlieren keine Zeit, vorausgesetzt, daß nicht neue Kämpfe meine Pläne vereiteln.

Ich sende Euer Majestät die Uebersetzung eines Schlachtbefehls, der bei einem in der Schlacht vom 16. gefallenen preußischen Obersten gefunden worden ist. Er wird Euer Majestät über die Bewegungen des Feindes während dieses Tages genau unterrichten.

Ich füge ihm einen Bericht des Generals Soleille bei, der auf die Dürftigkeit der Hilfsmittel hinweist, die die Festung Metz für die Wiederversorgung mit Munition bietet."

Der Marschall spricht nach wie vor in unbestimmten Ausdrücken: er will „den Marsch in zwei Tagen wieder aufnehmen, wenn dies möglich ist", und will „die Straße nach Briey einschlagen", gibt aber kein Ziel an.

Der Rest des Briefes ist eine Umschreibung der Berichte des Generals Soleille, worin er nicht einmal von der Ueberwachung der Bahnlinie nach Thionville spricht, die in seinem Namen dem Minister versprochen worden war.

Nachdem der Marschall diesen Brief geschrieben hatte, las er ihn sowie die beiden Berichte des Generals Soleille dem Major Magnan vor; dann übergab er ihm das Ganze für den Kaiser und beauftragte ihn, Einzelheiten über die Schlacht vom vergangenen Tage zu berichten; er sollte ihm den Mangel an Munition, an dem die Armee litt, darlegen und zum Beweise die Schriftstücke, die er überbrachte, vorlegen.

Er sollte auch den Kaiser bitten, den General Frossard abzuberufen und den Posten des Generals Jarras dem General de Cissey zu übertragen — Veränderungen, die der Marschall aus eigner Machtvollkommenheit hätte verfügen können und die den Kaiser gar nichts angingen, so daß es unnötig war, sich deswegen an ihn zu wenden. Instruktionen für den Marschall de Mac Mahon oder für die Generale de Failly und Félix Douay bekam der Major Magnan nicht mit. Obwohl diese seit dem 12. August täglich um Weisungen gebeten hatten, benutzte

Digitized by Google

Marschall Bazaine die Entsendung seines Adjutanten, der mit ihnen zusammentreffen mußte, nicht, um ihnen solche zu erteilen.

Im Prozeß von Trianon scheinen der Regierungskommissär und die Richter an eine dem Major Magnan anvertraute geheime Mission geglaubt zu haben. Wir teilen ihre Ansicht nicht. „Der Marschall hatte mich," so erklärte der Major Magnan, „nicht beauftragt, dem Kaiser mit voller Genauigkeit den Weg anzugeben, den er einschlagen würde; er hatte sich noch nicht ganz schlüssig gemacht." Wir glauben, daß diese Erklärung richtig war. Wenn der Marschall sich auch über seine Absichten dem Obersten Lewal und dem Hauptmann Yung ausgesprochen hatte, so hatte er sie doch den Offizieren seines persönlichen Stabes und besonders dem Major Magnan nicht mitgeteilt, da er sie vor allem dem Kaiser verheimlichen wollte.

Die Absicht, die den Marschall Bazaine bei der Entsendung seines Adjutanten zum Kaiser leitete, war, eine Weisung zu bekommen, die ihn ermächtigte, in Metz zu bleiben. Deshalb waren in seinen Telegrammen, seinen Briefen und in den mündlichen Mitteilungen, mit denen er den Major Magnan beauftragte, die Schwierigkeiten des Marsches nach Verdun bewußt übertrieben. Er sprach von dem Mangel an Munition und Lebensmitteln und von der Nähe der feindlichen Armeen, die unter dem Befehl des Königs vereinigt seien, um ihm bei seinem Marsch aufzulauern und ihn aufzuhalten. So hoffte er den Kaiser von der Unmöglichkeit einer glücklichen Durchführung des Rückzugs der Armee nach Châlons zu überzeugen und ihn dahin zu bringen, daß er ihm den Rat oder die Weisung gäbe, darauf zu verzichten. Ein andrer hätte offen gesprochen, hätte erklärt, daß er die Fortsetzung der Bewegung für zu gefährlich halte. Als Oberbefehlshaber der Armee war er berufen, zu urteilen und eine Entscheidung zu treffen. Wenn er für gut fand, nach Metz zurückzukehren, so war es sein Recht und seine Pflicht, das zu tun. Er brauchte nur zu befehlen. Der Monarch hatte sich vor seinem Entschluß zu beugen und durfte ihm keinen Plan aufzwingen. Aber die gewundene Natur des Marschalls Bazaine, sein Mangel an Charakter, seine Zaghaftigkeit und die Furcht vor einer Auseinandersetzung mit seinem Monarchen hielten ihn zurück.

„Ich wartete beständig," so hat er in einem der Verhöre in seinem Prozeß gesagt, „auf neue Instruktionen von Châlons, dahin lautend: Unternehmen Sie diesen Marsch nach Norden nicht, er ist gefährlich.

Der Major Magnan hatte dem Kaiser meine Pläne in dieser Hinsicht dargelegt, und ich verblieb bei denselben Absichten, bis man mir gesagt hätte: Marschieren Sie nicht weiter.

Ich glaubte, daß der Kaiser, wenn er den Plan — des Marsches nach Norden — mißbilligte, mir neue Instruktionen schicken würde."

Wenn der Kaiser in den Telegrammen und den Briefen des Marschalls Bazaine den innersten Kern seiner Gedanken, wie er sie in seinem Prozesse ausgesprochen hat, durchschaut hätte, so würde er ihm folgendermaßen geantwortet

Digitized by Google

haben: „An Ihnen ist es, zu entscheiden, Sache des Oberkommandierenden ist es, Befehle zu erteilen, und er allein hat die Verantwortung."

Nachdem Bazaine dem Major Magnan die notwendigen Erklärungen gegeben hatte, ließ er in seiner Gegenwart an den Minister die Abschrift der Meldungen über den Mangel an Munition absenden, sodann telegraphierte er an Napoleon III.:

8 Uhr 15 Min. abends.

„Wie ich in meiner letzten Depesche Eurer Majestät mitteilte, reist Major Magnan heute abend ab, um Eurer Majestät einen Brief zu bringen und Ihnen mündlich mehr Einzelheiten zu berichten, als dieser enthält."

Der Major war schon auf dem Wege zum Bahnhof von Devant-les-Ponts, von wo er mit Sonderzug abreisen sollte, als um 8½ Uhr Marschall Bazaine den Intendanten de Préval rufen ließ.

Beide kannten sich seit der Expedition von Kinburn, bei der der Marschall Befehlshaber des Expeditionskorps und de Préval Chef der Intendantur gewesen war. Sie waren sich bei dieser Gelegenheit näher gekommen und hatten seitdem immer in freundlichen Beziehungen zueinander gestanden.

Der Intendant de Préval, ein Mann von stattlicher Erscheinung, mit schönen Gesichtszügen und klarem, offenem Blick, fand sich gegen 9 Uhr im Hauptquartier ein.

„Der Marschall vertraut mir," so spricht er sich in seinen Aufzeichnungen aus, „zum erstenmal seinen Plan an: nicht mehr nach Verdun, sondern in nördlicher Richtung gedenkt er aufzubrechen; er befiehlt mir, in Thionville, nötigenfalls in Châlons, wobei ich Longuyon, Montmédy und die verschiedenen Punkte der Ardennenbahn zu berühren hätte, alles, was ich an Brot und Zwieback auftreiben kann, zu nehmen. Er bezeichnet mir Longuyon als Konzentrationspunkt, wo er mir soviel Vorräte als nur möglich anzusammeln befiehlt.

Er erinnerte sich ohne Zweifel nicht mehr an die Unterredung vom vorhergegangenen Tage mit dem Chefintendanten Wolf, den er mit der gleichen Mission betraut hatte, wie er sie mir auftrug, aber ich kannte diese Tatsache damals nicht.

Ich begnügte mich, ihn zu bitten, einiges Gepäck mitnehmen zu dürfen. ‚Nein, die Sache ist sehr eilig, ich habe ein Pferd für Sie bereithalten lassen, es erwartet Sie im Hof, reiten Sie rasch zum Bahnhof Devant-les-Ponts, dort werden Sie meinen Adjutanten Leopold Magnan treffen, er fährt zum Kaiser, Sie können mit ihm fahren.'"

Dann fiel ihm ein, daß Marschall Canrobert ihm geschrieben und ihn um Lebensmittel gebeten hatte; er beauftragte daher den Intendanten, vor seiner Abreise die nötigen Befehle zu geben, um diesem Verlangen zu entsprechen.

In Eile verständigte sich der Intendant de Préval mit seinen Assistenten Mony und Gaffiot über die während seiner Abwesenheit zu ergreifenden Maßregeln, setzte sie in Kenntnis von den an den Minister gerichteten Bitten und brach auf, nachdem er ihnen die drei folgenden Schreiben diktiert hatte:

Digitized by Google

I. An die Armeekorpsintendanten.

„Die Armeekorpsintendanten haben sich künftig in Metz mit Proviant zu versorgen.

Der Minister ist um neue Proviantsendungen über die Ardennen gebeten worden.

Lassen Sie Ihrerseits so viel Brot wie möglich backen. Ich bedarf Ihrer ganzen Mithilfe.

Die Ladung der in Ban Saint-Martin eingelaufenen Hilfszüge soll gleich an die Armee verteilt werden. de Préval.

II. Der Chefintendant an den Unterintendanten in Mézières und an die Platzkommandanten in Sedan, Longwy und Montmédy.

„Lassen Sie alles, was Sie an Brot, Zwieback, Reis, Kaffee, Zucker, Salz, Branntwein bekommen können, nach Longuyon senden, so daß es morgen abend dort ist, und teilen Sie dem Bürgermeister von Longuyon mit, was er bekommen muß."

III. An den Bürgermeister von Longuyon.

„Ich beauftrage die Herren Platzkommandanten von Sedan, Mézières, Longwy und Montmédy, alles, was sie an Brot, Zwieback, Zucker, Kaffee, Reis und Branntwein auftreiben können, nach Longuyon zu senden, so daß es morgen abend dort ist, und Ihnen telegraphisch mitzuteilen, was Sie zu erwarten haben. Ich bitte Sie, alle zur sofortigen Inempfangnahme dieser Lebensmittel notwendigen Maßregeln zu treffen."

Schließlich wurde ausgemacht, daß der Quartiermeister Pritallat am nächsten Morgen 35 000 Rationen für das VI. Korps nach St. Privat schaffen lassen solle.

Der Intendant de Préval betrachtete seine Mission als geheime; er sprach mit seinen beiden Kollegen nicht weiter davon und machte auch auf seiner Fahrt dem Major Magnan keine Mitteilungen darüber, der ebenfalls seinerseits stumm blieb.

Gegen 9 Uhr händigte der Postdirektor Desgranges dem Marschall Bazaine einen ziemlich beträchtlichen Stoß von Depeschen und Briefen, die von Verdun gekommen waren, ein. Der Kurier Metzinger hatte sie am Tage vorher, am 16. August, um 5 Uhr nachmittags bekommen und sie heute zur gleichen Stunde nach Metz gebracht.

In einer dieser Depeschen ersuchte General Margueritte um Befehle, und in einer andern meldeten die Intendanten Vigo-Roussillon und Richard, daß sie in Verdun so viel Vorräte aufgestapelt hätten, daß eine Armee mehrere Tage lang davon ernährt werden könne.

Kurz danach wurden dem Marschall verschiedene Nachrichten über den Feind überbracht. Der Oberstleutnant Saint-Cyr Nugues berichtete ihm, er habe aus dem Walde von Gorze eine Anzahl deutscher Bataillone in der Richtung auf Rezonville vormarschieren sehen. General Frossard teilte ihm mit, daß „der

Digitized by Google

Uebergang von 40000 Deutschen auf das linke Ufer der Mosel bei Ars gemeldet werde", und der vom Marschall Leboeuf entsandte Major Lenfumé de Lignières berichtete gegen 11 Uhr nachts, er habe festgestellt, daß Gravelotte von den Deutschen besetzt sei, und es habe ihm geschienen, daß sie dort Verschanzungen aufwürfen.

Aerzte und Mitglieder des Roten Kreuzes waren im Laufe des Abends zurückgekehrt, nachdem sie in Vionville, Rezonville und Gravelotte gewesen waren; nach ihren Aussagen konzentrierte sich die Armee um Vionville.

Unterdessen wurde dem Marschall von Metz aus folgendes neue Telegramm des Kaisers zugestellt: „Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem Erfolg. Ich bedaure, nicht dabeigewesen zu sein. Danken Sie in meinem Namen Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten. Das Vaterland spendet ihren Leistungen Beifall.

Napoleon."

Um 9 Uhr 35 Minuten überbrachte eine Ordonnanz dem Marschall ein weiteres Telegramm des Ministers:

„Den 17. August 5 Uhr 5 Min. nachmittags.

An den Marschall Bazaine in Verdun oder in Metz. Nachsenden.

Heute morgen um 4 Uhr ist in Verdun ein Zug mit 1200000 Chassepotpatronen unter der Führung des Majors Porte angekommen. Es befindet sich dort ein Zug des Majors Aubert mit 8000 vierzölligen, 720 zwölfzölligen Granaten und 340920 Chassepotpatronen. In Verdun ist reichlich Zwieback vorhanden, und ich lasse die Sendungen fortsetzen."

Um 11 Uhr abends erhielt der Marschall die Meldung von der Absendung dreier Munitionszüge.

Der Marschall legte sich schlafen, nachdem er mit seinem Plan fertig geworden war; er wollte sich mit der Armee in das verschanzte Lager zurückziehen. Er wollte dem Feinde seine Bewegungsfreiheit lassen und ihm das Land preisgeben; seine Nachschublinie, deren er dringend bedurfte, würde abgeschnitten werden — mochte es sein, aber im Schutze der Festung Metz würde er unbesiegbar sein, und das genügte ihm.

Er glaubte es so eingerichtet zu haben, daß, scheinbar ohne irgendein Verlangen seinerseits, der Kaiser ihm den Rat geben würde, in Metz zu bleiben. Auf diese Weise konnte er jede Verantwortung für die künftigen Ereignisse ablehnen.

In Ermangelung einer Weisung des Kaisers konnte er sich durch die Mitteilungen zweier seiner Unterführer, der Generale Soleille und Coffinières, decken, die ihm erklärt hatten, daß die Armee keine Munition mehr habe, um eine Schlacht zu liefern, und daß die Stadt Metz sich würde ergeben müssen, wenn die Armee sich von ihr entfernen würde. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Machiavellistisches in der modernen Diplomatie und den letzten politischen Ereignissen

Von

Senator O. Tommasini (Rom)

Infolge der gesteigerten Kultur und jener bewußten Offenheit, die eine den vorgeschrittenen Zivilisationen erlaubte List ist, will man heutzutage nicht mehr von Machiavellismus sprechen, weder als dem wesentlichen Inhalt oder dem Resultat der Lehren Machiavellis, noch mit Bezug auf die gewundenen Wege der Tagespolitik, wiewohl ihm irgendeine letzte Zuflucht, irgendein Schlupfwinkel in den journalistischen Polemiken noch nicht ganz versagt wird. Das heißt nicht schon, daß die Kritik der Tagesvorgänge vorurteilsfreier geworden wäre, als sie es in der Vergangenheit war, oder daß man jetzt seltener, wenn nicht mit besserem Verständnis, die Schriften des großen florentinischen Sekretärs zitiere. Nein, er ist wirklich ganz und gar nicht aus der Mode gekommen. Das beweisen die Bücher, die Broschüren, die Kommentare, die fortwährend über ihn erscheinen, die vielen Uebersetzungen seiner Schriften, die veranstaltet werden, und erst in neuester Zeit bewiesen es besonders die Hinweise auf ihn anläßlich der Ereignisse, die den jetzt beendigten Krieg in Nordafrika einleiteten und begleiteten.

Wenn trotzdem der sog. „Machiavellismus" verschwindet, so ist das wohl in unsern Tagen besonders auf zwei Tatsachen zurückzuführen, die sich unmöglich verkennen lassen. Die eine ist die, daß Machiavelli geschichtlich bedeutend besser bekannt ist als früher, daß er nicht mehr als die phantastische und symbolische Personifikation der Politik betrachtet wird, ganz ebenso wie Aristoteles, „der edle Weise, der alles wußte", nicht mehr als die Philosophie in Person aufgefaßt wird, ohne daß dies die wissenschaftliche Berühmtheit beider beeinträchtigen würde. Die andre Tatsache ist die, daß sich seit einiger Zeit kein wirklicher „Leader" der europäischen Politik mehr zu zeigen scheint, dessen Gebärde, dessen Haltung, dessen Stirnrunzeln die Lose der internationalen Politik auf der Wagschale plötzlich steigen oder sinken läßt. Ein so bequemes Phantom steht sogar den Börsenspielern nicht mehr zur Verfügung. Es gibt keinen einzigen Weisen, keinen einzigen Machthaber, von dem man erwartet, daß er die Zügel anzieht oder lockert, gutes oder schlechtes Wetter macht, wie er will; und selbst Toren sehen ein, daß, wenn einmal ein Gewitter kommt, es ein schweres und nahes sein wird, und müssen sich dagegen sträuben, es nach Belieben oder mit leichtem Herzen zu entfesseln. Es fehlt ein Napoleon, ein Bismarck, ein Mutsuhito, und es scheint auch kein Ollivier in unserm Gesichtskreis zu sein. Es gibt keinen Eduard VII. mehr, der während seiner kurzen, ränkevollen Regierung erkannt hatte, welche inneren und äußeren Krisen England bedrohen, und die ersteren nach

Digitized by Google

den von Machiavelli empfohlenen Ratſchlägen des Niccolò da Uzzano[1]) zu verzögern ſtrebte, gegen die letzteren jene Tripelentente ins Leben rief, gegen die Frankreich vielleicht ſpät, aber zuerſt mißtrauiſch wurde. Oeſterreich-Ungarn paßt ſich vorſichtig den Aenderungen ſeiner Richtung an, mit beharrlichem Eifer, aber auch mit jener Unſicherheit, die ihm die Schwierigkeit ſeines Programms, die Wahrnehmung der nicht häufigen und nicht gerade bequemen Gelegenheiten, die heterogene Natur ſeiner Beſtandteile verurſachen. Auf der Balkanhalbinſel wandten die kleinen Könige ihren Völkern alle Sorgfalt zu, bis ſie ſie entfeſſelt mit dem Hinweiſe, daß die andern drauf und dran ſeien, ſich gegen ſie aufzulehnen. An einzelnen Hindeutungen auf die machiavelliſtiſchen Künſte des Koburgers fehlte es ſchon früher nicht; wir haben ſie an andrer Stelle regiſtriert. Und auch jetzt ſitzen nach Hanotaux „am grünen Tiſche des Schickſals der gewandte Koburger und der mächtige Hohenzoller einander gegenüber".[2]) Doch der Kaiſer des wahrhaft mächtigen und großen nationalen Deutſchen Reiches hat nicht die weltbeherrſchende Stellung eines Cäſar. Er verbindet bisweilen in genialen Zügen manche Eigenſchaften des königlichen Philoſophen von Sansſouci, ſeines Vorfahren, mit idealiſtiſchen Vorſtellungen. Doch verkörpert er die Nation und die Raſſe in wahrhaft würdiger Weiſe, erhält ſie bei hoher Geſinnung, wahrt und ſchützt ihre Rechte mit aller Entſchiedenheit, verſteht energiſch aufzutreten und auch ohne ſich etwas zu vergeben, wie es wenige Monarchen verſtanden haben und verſtehen; und vor allem will er, obwohl er die Macht hätte, Krieg zu führen, doch jenen Frieden nicht erſchüttern laſſen, den trotz aller Reizung Fürſt Bismarck mit wunderbarer Geiſteskraft dem widerſtrebenden Europa aufzwang und auf Dezennien hinaus feſtſchmiedete. Die Haager Konferenz ſcheint zu nichts anderm gut geweſen zu ſein, als daß man ausrufen muß: „Il faut choisir entre Machiavel et Gribouille."[3]) Von Machiavellismus hörte man in der kretiſchen Frage in dieſem letzten Stadium mit Recht nicht mehr ſprechen. Die Bilanz der Tripelentente kam, der des Dreibundes gegenübergeſtellt, ſchließlich, wie wir ſchon erwähnt haben, ſelbſt den Franzoſen nicht ganz geheuer vor. Und derjenige ihrer hervorragendſten Staatsmänner, der ſich an den beſten Ueberlieferungen der Geſchichte, an den beſten im Leben und am Miniſtertiſch geſammelten Erfahrungen gebildet hat, ſo daß ihm die Illuſionen faſt fremd geworden ſind, nahm keinen Anſtand, ſich dahin auszuſprechen, daß die Mächtegruppe England, Frankreich und Rußland nicht mehr feſt genug miteinander verbunden ſei, um jede Probe beſtehen zu können; ſie ſtütze ſich auf vorſichtig abgefaßte Formeln, die nicht zu allzuviel verpflichten und ſich in den Schleier des Geheimniſſes hüllen, aber doch nicht gegen Sorgen und Zweifel ſchützen. „Die Idee der ‚Entente cordiale'," ſchreibt er, „iſt nicht franzöſiſch, ſie iſt engliſch und ſtammt von Chamberlain. Die Entente hat nicht die Eigen-

[1]) Machiavelli, Discorsi I, 35; Hanotaux, La politique d'équilibre. Paris 1912, S. 205.
[2]) Hanotaux, l. c., S. 167.
[3]) Hanotaux, l. c., S. 16.

Digitized by Google

schaften eines festen Vertrages zwischen den beiden Ländern. Bloß die förmlichen und unterzeichneten Abkommen betreffen die Kolonialpolitik, besonders Marokko. Die englische Diplomatie selbst hat sie so gefaßt, daß sie sich damit die größten Vorteile und Garantien in Marokko, Gibraltar und Aegypten sichert. Es heißt, es sei ein Vertrag vom Jahre 1905 vorhanden. Was ist dieser Vertrag? Niemand weiß etwas darüber. Wer kann aber das System der Geheimhaltung, das in einem monarchischen Regime zulässig sein mag, wenn eine Dynastie oder ein Fürst die Bewahrer des Vertrauens der Nation sind, einem demokratisch regierten Lande mit absetzbaren Ministern und Präsidenten aufzwingen?" [1]) Die mißliche Lage der wortreichen Demokratie in Fragen der auswärtigen Politik gegenüber der Zurückhaltung der nationalen Monarchien, mit denen sie Arm in Arm vorzugehen vorgibt, könnte nicht mit größerer Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht werden. „Bei allen diesen Machenschaften," fährt Hanotaux fort, „hat England das Amt eines Bahnbrechers, eines Vermittlers, eines ‚ehrlichen Maklers' ausgeübt." Und als Folge dieser Politik, die er keinen Anstand nimmt, beklagenswert zu nennen, sieht er es an, daß zur Entschädigung für ein unsicheres Sichfestsetzen Frankreichs in Marokko ihm im Norden Spanien, im Osten Italien als Nachbar auf den Leib rückt und überdies im Innern England und Deutschland ihm als Mitarbeiterinnen zur Seite gehen, so daß es sich in Afrika geradezu von allen Seiten eingeengt vorkommt.

Doch diese Beengtheit, diese Besorgnis kommt von der betörenden Wirkung einer Formel: daß das Mittelländische Meer, von dem Frankreich weder den Zugang noch den Ausgang beherrscht, nur ein französischer See sein dürfe; daß sich zur afrikanischen Küste drüben nichts von dem, was ihr an der europäischen Küste gegenüberliegt, vorstrecken oder sich dort spiegeln dürfe, wie es die schönen Formen von Ingres' „Quelle" tun, die umgekehrt von dem zu ihren Füßen fließenden Wasser zurückgestrahlt werden. England freilich beteiligt sich an der Voraussetzung dieser Formel nicht und schweigt, und es ist nicht die einzige unter den europäischen Nationen, die so darüber denkt und schweigt. Anderseits haben die Verdienste, die Frankreich in der Geschichte der menschlichen Zivilisation sich erworben hat, die außerordentlichen Reichtümer, die es durch Arbeit, Sparsamkeit und regen Handelsverkehr aufhäuft, die natürliche Raschheit und Spannkraft seines Geistes, sein lebhaftes Verlangen, die Waffen immer in Uebung und das Pulver trocken zu halten, das Bewußtsein, ein ausgezeichnetes Heer und eine starke Seemacht zu besitzen, es zu kolonialen Unternehmungen verlockt und angetrieben, die in der Ferne begannen und zu ganz nahen wurden; sie waren anfangs ein Ausfluß überschäumender Kraft und ein Ableitungsmittel; dann wurden sie verlockend, herausfordernd, bedrohlich. Seine historischen Traditionen schienen Frankreich dazu anzutreiben. Als Ludwig XIV. im Jahre 1672 sich rüstete, Holland zu erobern, riet ihm Leibniz, es nicht auf seinen uneinnehmbaren Deichen anzugreifen, sondern ihm durch Besetzung Aegyptens die große

[1]) Hanotaux, La politique d'équilibre, S. 296, 314, 661 usw.

Digitized by Google

Handelsſtraße nach Indien zu ſperren und abzuſchneiden. Derſelbe Vorſchlag wurde Ludwig XV. und Ludwig XVI. gemacht. Auch Napoleon machte ihn im Jahre 1797 dem Direktorium, aber nicht mehr, um Holland zu vernichten: „Pour détruire véritablement l'Angleterre, il faut nous emparer de l'Égypte.“[1]) So nahm der große Korſe Malta, das dann an die Engländer kam und für ſie der Eckſtein der Koalition gegen ihn wurde, ſo daß ſie es ſpäter nach den Verträgen von 1815 behielten, als alles wiederhergeſtellt, erneuert und zurückgegeben werden zu müſſen ſchien. Wem hätte man Malta wiedergeben ſollen? Den Malteſerrittern? Wo waren ſie und was waren ſie? Uebrigens hatte die auswärtige Politik Frankreichs niemals Mangel an Programmen, und bei ihren Aenderungen läßt ſich öfter die Wirkung der geographiſchen Lage Frankreichs in Europa beobachten, die es mehr dazu nötigt, als die Raſchheit ſeiner Erkenntnis und der Ueberfluß an Mitteln, die es ihm ermöglichen, die veränderten Programme raſch zu verwirklichen und plötzlich den Kurs zu ändern.

Als Machiavelli ſeinerzeit über das Weſen der Franzoſen ſchrieb, „daß ſie den gegenwärtigen Nutzen und Schaden höher achten als die Erinnerungen der Vergangenheit oder den Vorteil der Zukunft“, ſchrieb er mit Bitterkeit; er ſchrieb die Wahrheit, aber er ſuchte die Urſache mehr in den Menſchen als in den natürlichen Koeffizienten, die zu Aenderungen in den Entſchlüſſen oder im Kurſe veranlaßten. Für Frankreich war es nicht ſelten ein Gebot der Selbſterhaltung, die Entwicklungsprozeſſe der Nationen, inmitten deren es lebte, zu ſtören, wenn es in ihrer Entwicklung eine Schädigung oder eine Gefahr für ſich ſelbſt kommen ſah. Doch als es ſich nicht in die engen Bande des europäiſchen Zuſammenlebens eingezwängt fühlte, als es frei auf die fernen unendlichen Ozeane hinausfuhr, leitete es Ströme von Ziviliſation, von ſeinen Lebensformen, von Reichtümern dorthin, die wie das Parfüm einer eleganten Frau waren, die auf der Straße vorübergeht und die weiß, daß ſie im Vorübergehen einen ſtärkeren Eindruck machen wird als bei längerem Verweilen. Und in der Tat hat Frankreich ruhmvoll ſeinen Platz in den Blättern der Geſchichte und in der Tradition der Völker behauptet. In Weſtindien hatte es früher ein vollſtändiges Uebergewicht über England. Die franzöſiſche Hälfte der Inſel Haiti allein, ſchreibt Mahan, war mehr wert als das ganze engliſche Weſtindien, und der franzöſiſche Zucker und der franzöſiſche Kaffee verdrängten den engliſchen von allen europäiſchen Märkten. Doch die nach dem ſpaniſchen Erbfolgekrieg erfolgte Abtretung von Neufundland und Neuſchottland leitete den vollſtändigen Verluſt von Kanada ein. Der ſchwermütige Anfang der Einleitung zu Chateaubriands „Atala“ gibt das lebendige Gefühl für das, was Frankreich ehemals in Amerika ruhmvoll errang und verlor, wundervoll wieder. Nichts kann das köſtliche Gepräge, das die franzöſiſche Kultur jenen Ländern jenſeits des Ozeans gegeben hat, beſſer zeichnen und verewigen als die zarte Novelle des Verfaſſers der „Martyres“. Ebenſo lebt in Pierre Lotis „Indien ohne die Engländer“ —

[1]) D. Lacroix, Bonaparte en Égypte (Paris, Garnier 1899).

Digitized by Google

die in Wirklichkeit dort sind — das Andenken und der Ruhm Dupleix' fort, die in der Kolonie Pondichéry verblaßt sind, wo der elegante französische Schriftsteller noch den hinreißenden Zauber des Vaterlandes spürt, den nichts ersetzen kann — jenen Zauber, den für ihn die großen französischen Kolonien des äußersten Ostens, allzu neu und ohne Vergangenheit wie sie sind, noch nicht besitzen. In Pondichéry rührt ihm der Hausrat aus dem achtzehnten Jahrhundert das Herz, „der auf dem Wege über das Kap der Guten Hoffnung hingekommen ist, als man noch nicht an den Verkehr über Aegypten dachte". Doch es ist nicht zu bezweifeln: binnen kurzem werden auch die neuen Kolonien des äußersten Ostens ihre Vergangenheit haben, und der Kanal durch die Landenge von Suez wird, wenn er auch in den Händen der Engländer ist, für alle Zeit zu den schönsten Ruhmestiteln Frankreichs gehören, das mit schönerer Befriedigung als sie in der bekannten Klage Virgils liegt, stolz zu sich sagen kann: Nos non nobis.

Uebrigens ist nicht gesagt, daß aus den hochherzig vollbrachten Opfern nicht bisweilen ferne und unerwartete Vorteile entspringen. Das politische Leben ist nicht ganz und gar zu Formeln kondensiert, und trotz des Verlustes der früheren Besitzung hat Hanotaux selbst[1]) noch kürzlich aus dem Innern der kanadischen Seele manchen Funken jenes heiligen Feuers hervorzulocken gewußt, das die französische Nation dort unter der Asche zurückgelassen hat. Mit Recht war er stolz darauf, als Minister das erste Abkommen unterzeichnet zu haben, das die leider mehr als hundert Jahre lang unterbrochenen Beziehungen zwischen Frankreich und jenem Lande wiederherstellt. Und ein Autor, der jetzt anläßlich des Buches von Lord Cromer[2]) die Ursachen historisch erforschte, aus denen Frankreich, nachdem es den Kanal von Suez gegraben hatte, diesen und Aegypten verloren hat, kommt zu dem Schluß, daß wirklich England, um in seinen alleinigen Besitz zu gelangen, sich nicht „aller machiavellistischen Anschläge, die wir ihm zuschreiben",[3]) bediente; und daß selbst Blunt, der Verfasser der „Secret history of the English occupation of Egypt", ein Bewunderer Arabi-Paschas und Anhänger der Unabhängigkeit dieses Landes, nicht der Mann war, das Spiel „der Machiavells von Downing Street" mitzumachen, zu denen jedenfalls der alte Lord Granville nicht gerechnet wurde, „ein großer Herr, liebenswürdig, stocktaub, im höchsten Grade bequem". Machiavellistisch erschien dagegen die Politik Lord Dufferins bei den beharrlichen, geduldigen, schlauen Verhandlungen mit der Türkei über Italien, als dieses von England aufgefordert wurde, mit ihm in Aegypten zu intervenieren.[4]) Lord Cromer hat offen alle die guten Gründe beleuchtet, aus denen Italien am 28. Juli 1882 klugerweise diese Aufforderung ablehnte. Ebenso logisch erscheint dasselbe Dilemma Cromers, als

[1]) L. c., S. 233.

[2]) Lord Cromer, Modern Egypt (2 Bände).

[3]) D. Pasquet, Comment la France a perdu l'Egypte, in der „Revue Historique", Januar-Februar 1911, S. 29 und 34.

[4]) Lord Cromer, l. c. I, 309.

Digitized by Google

er, in der Annahme, daß die Engländer sich nie wieder aus jenem Lande zurückziehen würden, entweder die ägyptische Frage in ihrer ganzen Bedeutung sich wieder aufrollen sah oder den Uebergang zu einer Annexionspolitik oder etwas Aehnlichem für notwendig hielt.[1]) Zu etwas Aehnlichem! — Das waren die Protektorate, die jetzt aufkamen.

Protektorate hatten schon früher zu entstehen begonnen, aber in der Ferne und fast unbemerkt; jetzt kamen sie in nächste Nähe und wurden greifbar. England hatte sich begnügt, den Khedivi-Misr gegen einen Volksaufstand zu schützen und im ägyptischen Ministerium einen Finanzbeirat zu haben, ohne dessen Mitwirkung kein Beschluß in Finanzangelegenheiten Gültigkeit hatte. Dann übernahm Frankreich die Schutzherrschaft über Tunis, und davon soll hier nicht weiter die Rede sein. Doch der Appetit nach Protektoraten wächst mit dem „Schützen", und so wurde das Protektorat über Marokko vorbereitet, in dem Frankreich selbst schon seit 1894 sich das ausschließliche Jagdrecht vorzubehalten schien.

Was ist ein Protektorat? Das wohlwollende Wort, mit dem man die Sache bezeichnet, ist vortrefflich geeignet, die Zweideutigkeit zu begünstigen. Das Protektorat ist ein Zustand der Dinge, der neue Verhältnisse herbeiführt und bekräftigt unter dem Anschein, als ob er die Rechtsverhältnisse unbeeinträchtigt ließe. Es setzt natürlich einen Protektor, einen Schutzherrn voraus, der durch seine erdrückenden Machtmittel jeden Widerstand ausschließt; einen Schutzbefohlenen, der infolge des Bewußtseins seiner Schwäche sich darein fügt, es zu sein, sofern nur die Formen gewahrt werden; endlich eine Zwischenperson, die nach Belieben den Titel Emir, Wali, Khedive oder Sultan führen kann, und dem gegenüber man bei Gelegenheit jenen Standpunkt einnehmen kann, den „Statesman's Yearbook" in bezug auf Nordnigeria mit folgenden Worten vertritt: „Sollte der bisherige Emir das neue Regime nicht anerkennen wollen, so werden an seine Stelle neue, vom Volke anerkannte Emire derselben Dynastie gesetzt werden."

Nun will aber eine Schutzherrschaft ihrem Wesen nach vor allem ausschließlich und sicher sein. Sie wird nicht mit Sicherheit ausgeübt, wenn andre Bewerber, andre in nächster Nähe befindliche, sich einmischende Schutzherren sie flankieren; wenn in dem Schutzbefohlenen das Gefühl seiner Machtlosigkeit fehlt oder nicht zutage tritt; wenn jene Zwischenperson, ein Khedive, Emir oder dergleichen, nicht vorhanden ist, die die unentbehrliche und vermutlich unzuverlässige Marionette darstellt; wenn die eventuellen Mitbewerber aus dem Protektorat ein Versteigerungsobjekt zu machen suchen; oder endlich, wenn die Grenzen der nächsten Protektorate nicht genau festgelegt sind und daher Grenzfragen entstehen, so daß der eine dem andern zurufen kann: Du trübst mir das Wasser!

Heutzutage ist die Form des Protektorats als unfruchtbare Zwitterform anerkannt. „Die Schutzherrschaft," schreibt Hanotaux selbst, „ist nur ein Wort,

[1]) Lord Cromer, l. c. II, S. 356.

Digitized by Google

wenn ihr nicht eine tatsächliche Ueberlegenheit zur Seite geht; und sie besteht nicht, wenn der Schutzherr nicht in der Lage ist, seine Autorität mit Gewalt zur Geltung zu bringen." Der Plan eines Protektorats über Marokko erscheint selbst Hanotaux bei den Verhältnissen, wie sie gegenwärtig bestehen, geradezu unausführbar.[1]) Selbst Franzosen, Bürger von Toulouse, eiferten kürzlich bei einem Vortrage Sabatiers über Marokko aufs heftigste gegen das Protektorat, „das die Solidarität der Republik mit dem Despotismus des Sultans zur verderblichen Folge haben und notwendig zu einem unheilvollen Kriege führen würde."[2]) Das nicht weit zurückliegende Beispiel der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, durch die eine vorausgegangene zweideutige Tatsache eine formelle Anerkennung erfuhr, machte es sonnenklar, daß die Protektorate nur einen vorübergehenden und unaufrichtigen Zustand darstellen, den man nicht auf die Dauer beibehalten kann.[3]) Es ist daher nicht zu verwundern, daß Italien, als es genötigt war, mit den Waffen Libyen zu erobern, das der Kalif von Konstantinopel, wie Machiavelli gesagt haben würde, „nur dem Namen nach besaß", ausdrücklich jene Bastardform des Besitzes ausschloß und jene Mittelmeerküste, in deren Wasser es sein eignes Bild lebendig widergespiegelt sieht, offen annektiert hat. Als es sich zwischen England und Frankreich an diesen selben Küsten niederließ, wollte es sich als Freund in einer von Zweideutigkeit freien Lage, in einer wirklichen Gleichgewichtslage befinden.

Gegenwärtig ist schlecht vom Gleichgewicht zur See reden. Mit dem im Mittelmeer hat sich Hanotaux befaßt, Loiseau mit dem im Adriatischen Meer; und Pinon bemerkt mit der ihm eignen Feinheit, daß jenes Gleichgewicht, über das man so viel grübelt und schwatzt, oft nur ein „équilibre à un seul" sei.[4]) Diese Art von adriatischem Gleichgewicht „à un seul" würde das Ziel des heutigen italienischen Irredentismus werden, um ganz und gar zum Schaden Oesterreichs und der Gegenden, die auf dieser Seite Italien gegenüberliegen, auszuschlagen, wodurch im Mittelländischen Meer das „équilibre à un seul" ganz auf Frankreich übergehen würde, als ob England und Spanien, ebenso wie Italien, dort keine Interessen und Rechte zu schützen und zu verteidigen hätten. Frankreich — um einen Blick auf die Geschichte zu werfen — fühlt sich hier durch Marseille als Erbe des Hellenismus, durch die romanische Sprache, die es spricht, als Erbe Roms, und durch Biserta als Erbe Karthagos. Doch dies mag weniger als eine Konkurrenz wie als ein ererbter Kampf um *τὴν κατὰ θάλατταν ἀρχήν* erscheinen. Ultramachiavellistisch dagegen findet Pinon die Politik, die er Italien zuschreibt:[5]) „Die revolutionären Traditionen und die

[1]) Hanotaux, La politique d'équilibre, S. 47 bis 48.

[2]) R. Pinon, L'Empire de la Mediterranée, S. 185.

[3]) Th. Barclay, The Turk-Italian War and its problems. London 1912, S. 76.

[4]) Ch. Loiseau, L'équilibre adriatique: L'Italie et la question d'Orient. — R. Pinon, op. cit. S. 53.

[5]) Pinon, op. cit. S. 64: „Par une politique souple et adroite, dont Machiavel aurait admiré les ressorts."

Digitized by Google

antiklerikalen Leidenschaften benützen, um die französische Regierung zu kirren, dabei aber zugleich im Orient das alte Frankreich aus seinem Amt als Schützer des Katholizismus verdrängen und Bundesgenosse des Deutschen Reiches und Bürge des Frankfurter Friedens bleiben; den Dreibund als wirksamen Schutz aufrechterhalten und zu gleicher Zeit auf der Balkanhalbinsel dem österreichischen Einfluß entgegenwirken; auf eine Annäherung an Rußland hinarbeiten und eine Politik treiben, die darauf zielt, das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel zu stören und den durch das österreichisch-russische Abkommen garantierten Statuquo umzuwerfen; von England die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts im Mittelmeer erwarten und zu gleicher Zeit die Besetzung Tripolitaniens mit Zustimmung Frankreichs vorbereiten; das jakobinische Frankreich zu einem Kampf gegen das Papsttum antreiben, in dem es das Protektorat über den Orient und eines der Elemente seiner auswärtigen Macht verliert, und zu gleicher Zeit sich davor hüten, in Italien religiöse Kämpfe hervorzurufen, um sich in der Welt bei Gelegenheit zum interessierten Beschützer des Papsttums aufzuwerfen — das sind einige Züge, die die raffinierte Schlauheit der Italiener zu verbinden weiß, um die allergeschickteste und allerraffinierteste Politik zu treiben." Das wäre nichts weniger als der gegenwärtige Machiavellismus Italiens. Doch Italien würde unbescheiden und unaufrichtig sein, wenn es dieses schneidende Lob in allen seinen Einzelheiten akzeptierte. Für das zum mindesten, was das ausschließliche Werk Frankreichs ist, gebührt ihm weder das Verdienst einer Sirene noch das eines Mephisto, das ihm Pinon zuerkennt. Die Besetzung Tripolitaniens beruhte auf einem Abkommen mit Frankreich; dieses war durch Erklärungen des Ministers sanktioniert worden, die Pinon selbst „retentissantes" fand, und war eine Gegenleistung. Vermutlich bezweifelte man, daß Italien davon Gebrauch machen würde; als es dies wirklich tat, erschien es als etwas Unglaubliches, und als das Unternehmen glückte, tat man, als ob man bedenklich würde. Hanotaux fragte sich, ob der Staatssekretär v. Kiderlen-Wächter, als er den „Panther" nach Agadir schickte, „das Unwetter von Tripolis mit all seinen Folgen"[1]) vorhergesehen habe — ein Unwetter, das nach seinem Urteil zugleich das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel und das im Mittelmeer in Gefahr brachte. Doch solches Geschrei, solche Alarmrufe beim Eintreten unerwarteter politischer Ereignisse sind nichts Neues und dauern nicht lange. Auch als im Jahre 1764 Korsika durch verschleierte Abtretung in die Hände Frankreichs überging, gerieten Burke und Sir Charles Saunders in Aufregung und alarmierten England. Und der alte Admiral Saunders entblödete sich nicht zu erklären, daß es besser sein würde, ohne weiteres Krieg mit Frankreich anzufangen, als sich damit einverstanden zu erklären, daß es von der Insel Besitz ergreife.[2]) Doch die Aeußerungen dieser angesehenen Männer hatten damals kein Glück, bekamen auch nachher keine Geltung und fanden kein Echo. Die Insel kam an Frankreich und ist noch heute

[1]) Hanotaux, La Politique d'équilibre, S. 397 und 443.
[2]) Mahan, S. 335.

Digitized by Google

in dessen Besitz; aber das Gleichgewicht im Mittelländischen Meer scheint nicht darunter gelitten zu haben. Ganz ebenso wird es wahrscheinlich mit dem annektierten Tripolitanien gehen, und auch das Gewebe des Friedensvertrags zwischen der Hohen Pforte und Italien wird, so neu und kompliziert es vielleicht den Diplomaten erscheinen mag, nicht mit Recht „machiavellistisch“ [1]) genannt werden.

Wenn auch Frankreich eiligst seine ganze Flotte im Mittelmeer zusammengezogen und dort gewissermaßen auch den Schutz der ihm nicht anvertrauten britischen Interessen übernommen hat, so hat es sich nach diesem ersten Impuls rasch wieder beruhigt. Es hat gemerkt, daß es sein Inneres und seine Waffen mehr als nötig war, entblößt hat.

Italien hat bei der traurigen Notwendigkeit des Krieges, den es vergeblich zu vermeiden suchte, und bei dem Frieden, den es schloß, sich, so weit es konnte, nach den Ratschlägen der Mächte und den Verhältnissen der europäischen Politik gerichtet, die es dazu veranlaßten, zuerst sein Aktionsfeld zu beschränken und dann langmütig zu sein. Im militärischen Element fehlte es nicht an Männern, die gleich beim Beginn der Feindseligkeiten sofort zur „Arte della guerra“ des florentinischen Sekretärs griffen; und mancher rief wohl, als er Italien zum ersten Male seit Jahrhunderten allein, geeinigt, gerüstet, vom Geiste strenger Zucht erfüllt, einmütig, bereit zu allen Opfern, die der Sieg kosten mag, zu der ganzen Festigkeit, die einen ehrenvollen Frieden verbürgt, kämpfen sah: „Vielleicht zu keiner Zeit ist Italien dem Traum Machiavellis näher gewesen!“ [2])

Freilich ist der Friede spät geschlossen worden. Die Verzögerung seines Abschlusses hat eine schädliche Wirkung gehabt, aber Italien war nicht daran schuld. Der Angriffskrieg der Balkanvölker, der ebenfalls vorbereitet war, sich vorhersehen ließ und von allen außer der Türkei vorhergesehen wurde, kam dazu und brach gleichzeitig aus. Die Türkei kam dadurch in die äußerste Not; die Diplomatie blickte erschrocken umher und sah, daß das Beharren bei der Formel vom Statusquo lächerlich sein würde. Sie stellte dafür die neue Formel auf: „Der Balkan den Balkanvölkern.“ Doch bei ihrer Ausführung stößt man auf Schwierigkeiten und bedrohliche Umstände. Man fürchtete schon einen Mittelmeerkrieg, und die Franzosen charakterisierten mit einer jener glücklichen Wendungen, zu denen sie allein den Prägestock besitzen, die Lage vortrefflich: „En vérité un nouveau conflit méditerranéen est au dessus des forces de la Méditerranée.“ [3]) Doch obenan steht noch immer die Gefahr eines adriatischen Konflikts, dem gegenüber das Mittelmeer nur schwer gleichgültig bleiben könnte. Einstweilen fehlt es nicht an Leuten, die die unnachgiebige Haltung Oesterreich-Ungarns gegenüber Serbien, das einen Hafen an der adriatischen Küste verlangt, auf ein „machiavellistisches Manöver“ Italiens zurückführen, als

[1]) „Giornale d'Italia“ 1912, Nr. 290. Siehe auch „Echo de Paris“ vom 12. Oktober 1912, „Le Billet de Junius“, wo an den Dialog zwischen Machiavelli und Georges d'Amboise erinnert wird und es am Schluß heißt: „qu'en politique les Italiens sont des maîtres“.

[2]) G. Ortolani, Machiavelli e l'Italia im Fanfulla della Domenica, 1912, Nr. 7.

[3]) Hanotaux, La paix latine, S. XXXIII.

Digitized by Google

ob dieses bestrebt wäre, die Antipathien der Slaven gegen das habsburgische Reich, mit dem es verbündet ist, aufzustacheln.[1]) Doch das sind achtundvierziger Phantasien.

Jenseits des Atlantischen Ozeans, wo auch die vorauszusehenden Kriege in den Phantasien die ungeheuren Proportionen von Trusts annehmen, wird der alte Satz Machiavellis, „daß das Geld nicht der Nerv des Krieges ist",[2]) wieder zitiert, als ob er eine aktuelle Neuigkeit und eine über jede mögliche Anfechtung erhabene Wahrheit wäre. Die mehr reichen als starken Länder mögen ihn sich beizeiten zur Warnung dienen lassen. Die Mahnung scheint weder unzeitgemäß noch deplaziert zu sein.

Das sind die machiavellistischen Bruchstücke, die mit Bezug auf die Tätigkeit der Diplomatie und die neuesten politischen Ereignisse zu sammeln uns nicht überflüssig erschien.

Berichte aus allen Wissenschaften

Musikgeschichte

Vom Bonner Beethovenhaus

Pietätvolle Verehrung und didaktische Einsicht erhalten späteren Generationen die Geburts- und Wirkungsstätten großer Künstler. Diese stummen Zeugen vergangenen Lebens und Strebens stimmen zur sinnigen Betrachtung. Mit den Erinnerungsorten an die Meister der Dichtung und der bildenden Kunst rettete idealer Sinn nach Möglichkeit auch solche an große Musiker. In Eisenach steht das Geburtshaus Bachs, in Salzburg knüpft sich an das Geburtshaus Mozarts das musikalische Leben der Stadt, Bonn hat sein Beethovenhaus.

Wer jetzt in der alten Bonngasse das Geburtshaus Beethovens aufsuchen und dabei die verschwundene Zeit kurfürstlicher Hofhaltung und Kunstübung des achtzehnten Jahrhunderts vor sich erstehen lassen kann, verdankt dies zumeist dem Opfersinn und der Begeisterung Bonner Bürger, die Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts das denkwürdige Haus erwarben und allmählich seiner jetzigen Bestimmung entgegenführten. Das musikalische Element, das in der Bonner Bevölkerung wie öfters in den Nachkommen früherer kunstsinniger Residenzen auch heute noch steckt, wollte die alten Räume nicht dem Untergange überliefert wissen und aus ihnen die Klänge einer bedenklichen Singhalle bannen. Nicht ohne Schwierigkeiten gelang es, die Einbauten und Veränderungen späterer Zeit zu entfernen, der Baufälligkeit einzelner Teile vorzubeugen und den ursprünglichen Zustand der Gebäulichkeiten wiederherzustellen. Tritt man heute durch das Vorderhaus in den Garten, so sieht man vor dem kleinen Hinterhaus mit der niederen Dachwohnung, in der dem kurfürstlichen Hofmusiker Johann van Beethoven, jenem wenig sympathischen Gesellen, der große Sohn geboren wurde. Die ungemein engen und primitiven Verhältnisse, welche diese Räume mit denen auch höherer Beamten der damaligen kleineren Hofhaltungen teilen, springen dem modernen Besucher mit besonderer Deutlichkeit in die Augen. Im Innern

---

1) Siehe Corriere della Sera 1912, Nr. 314, wo eine Bemerkung des „Observer" zitiert wird.

2) Siehe die Einleitung von Chaffer zu „The valor of Ignorance" von H. Lea, S. XXXV.

Digitized by Google

dieser Räume wie des mit ihnen verbundenen Vorderhauses entwickelt sich nun das Museum, das zwar mit den Schätzen der Berliner und Wiener Sammlungen nicht immer durchweg konkurrieren, aber ihnen gegenüber dank einer Reihe von Schenkungen und Ankäufen doch einen mehr als ehrenvollen Platz behaupten kann.

Die Sammlungen des Museums bestehen zunächst aus Gebrauchsgegenständen Beethovens und seiner Eltern. Wir sehen Schreib- und Eßtische sowie Stühle aus dem Hausrate der Familie, dann aus der Wiener Zeit den Schreibtisch Beethovens mit Uhr, Leuchter, Nippsachen, den Schreibutensilien und Augengläsern, ferner den Spazierstock und die Hörinstrumente des mit der Taubheit kämpfenden Meisters, und vor allem den Flügel Grafscher Provenienz. Neben dem Flügel interessieren im besonderen die vier alten Streichinstrumente, die Beethoven vom Fürsten Lichnowsky zum Geschenk erhielt und die auch in unsrer Zeit noch bei besonderen festlichen Gelegenheiten ab und zu gespielt wurden. Zu dem wertvollsten Besitz des Museums gehört dann die stattliche Anzahl von Manuskripten. Wir finden eine Reihe von Skizzenbüchern mit Aufzeichnungen zur Missa solemnis, zur 7. Sinfonie, zu Kammermusikstücken, an Originalen Werke wie Kyrie und Gloria zur Messe in C, die Klaviersonaten in Cis-Moll und C-Moll (Opus 27 und 111), die 6. Sinfonie. Zu dem handschriftlichen Notenmaterial kommt eine Fülle von Billetts und Briefen von Beethovens Hand, unter ihnen solche, wie der Brief vom Sterbebette des Meisters, von außerordentlicher Wichtigkeit. Die vorhandene Zahl der Manuskripte gibt ein anschauliches Bild von den Schriftzügen und der schriftlichen Ausdrucksweise Beethovens auch denjenigen, die der Beethovenforschung ferner stehen. Sehr reichhaltig erweist sich die Bildersammlung des Museums. Aus den verschiedenen Lebensaltern Beethovens sind Photographien, Stiche, Lithographien, Zeichnungen, Silhouetten, Abgüsse usw. in einer Vollständigkeit zusammengestellt, wie sie wohl nur selten mehr anzutreffen sein dürfte, und in einer Uebersichtlichkeit geordnet, daß sich auch der mit Beethoven weniger Vertraute Eindrücke verschaffen kann. Um diese Bildnisse gruppieren sich jene der Familie, der Lehrer, der Bonner und Wiener Freunde, von Zeitgenossen, die mit ihm oder seinem Werke in Beziehungen traten. Fast zu ausgiebig ist die Aufstellung der Porträte der Ehrenmitglieder des Beethovenhauses und der Künstler geraten, die bei den Bonner Beethovenfesten mitgewirkt haben. Es wäre zu wünschen, daß den Sammlungen des Beethovenhauses auch weiterhin Schenkungen wie jene unsers Kaisers oder von Johannes Brahms und andern zuteil werden möchten, und daß das Ungeschick, das früher zuweilen den Sammlungen manche Zuwendung verdarb, dauernd in Klugheit verwandelt bliebe.

Neben der Sicherung und Erneuerung des Geburtshauses sowie der Begründung und Erweiterung der Sammlungen setzte sich der Verein „Beethovenhaus" noch weitere Ziele. Durch Preisausschreibungen für Kammermusik, durch Ehrengaben und Stipendien an junge begabte Künstler sowie durch Beiträge zu künstlerischen Unternehmungen sollte das Andenken Beethovens geehrt werden. Im besonderen sollten durch von Zeit zu Zeit zu veranstaltende Kammermusikfeste die Beethovensche Kunst in mustergültiger Weise gepflegt und unsrer Musikpraxis überhaupt neue Kraft und Anregung zugeführt werden. Die Kammermusikfeste von 1890 bis 1911 erfüllten in der Tat eine künstlerische Mission. Wenn die Kammermusik in unserm heutigen Konzertleben erfreulicherweise eine so wichtige Rolle spielt, so haben die Bonner Feste hieran ein gut Stück Anteil. Joseph Joachim war hier lange Zeit die treibende Kraft und die Seele der Veranstaltungen. Nicht immer konnte sich der Musikfreund und namentlich der Fachmann mit der Aufstellung der Programme und der Art des Gebotenen befreunden und besonders die historischen Exkurse in ihrer merkwürdigen Auswahl begrüßen. Aber abgesehen hiervon, boten die musikalischen Feste eine Fülle der edelsten und bedeutendsten Schöpfungen unsrer Meister des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts, deren Wiedergabe jeden mit Dankbarkeit erfüllen muß, dem die Instrumentalmusik ans Herz gewachsen ist. Mit Recht stand die Beethovensche Kunst im Mittelpunkt, fand auch Brahms eine eingehende Berücksichtigung. Die Werke Mozarts, Haydns, Schuberts, Schumanns fehlten natürlich

Digitized by Google

nicht im Kranze; die Kammermusikstücke wurden gelegentlich durch Klaviervorträge und Lieder unterbrochen. Eine Elite von Quartett- und Künstlervereinigungen wurde herangezogen. Für die künftigen Kammermusikfeste harren der Leitung keine geringen Aufgaben.

Unser Musikleben hat vom Bonner Beethovenhaus reiche Anregungen empfangen. Der Beethovensche Geist blieb von hier aus wirksam. Die Musikwissenschaft, im besonderen die moderne Musikgeschichtswissenschaft, die an unsern Universitäten gegenwärtig um ihre Gleichberechtigung mit andern verwandten Disziplinen kämpft, hat dagegen aus diesen Bonner Verhältnissen leider wenig gewonnen. Und wie leicht ließe sich auch jetzt noch, ohne unerfüllbare Wünsche zu äußern, an das Museum ein musikwissenschaftliches Institut angliedern, das in erster Linie der Beethovenforschung diente und nach der andern Seite das verfolgte, was die Feste in praktischer Hinsicht leisten. Das musikalische Verständnis weiterer Kreise zu fördern und aus dem Gefühlsdusel herauszubringen, wäre wohl ein mehr als dankenswertes und notwendiges Unternehmen gerade für die Beethovenstadt.

Privatdozent Dr. Ludwig Schiedermair.

Literarische Berichte

Die Kulturaufgaben der Freimaurerei. Von Dr. Ernst Schultze. Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Ein zeitgemäßes Buch darf dieses Buch genannt werden, weil es einem Suchen der Zeit in hohem Maße zu entsprechen scheint. Es ist kein Zweifel, daß allenthalben in den Kreisen der Gebildeten nach neuen sittlichen Idealen Ausschau gehalten wird. Dieses Suchen der Zeit drängt auch zu neuen Gemeinschaften. In den Tagen der Aufklärung im achtzehnten Jahrhundert, die als schönste Blüte und Ausdruck ihrer Weltanschauung Lessings Nathan hervorgebracht haben, erlebten wir schon einmal Aehnliches. Aus jener Zeit datiert das mächtige Aufblühen des Ordens der Freimaurer. Ein Zusammenschluß der Edelsten der Nation zu gemeinsamem Wirken ist er seitdem geblieben, wenn auch von wechselnder Bedeutung für das kulturelle Leben der Völker. Was er auch unsrer Zeit wieder sein kann, wenn er in diesem Suchen der Zeit die Führung übernimmt und unter Anpassung an die veränderte Weltanschauung und die neuen Ideale in seinen Logen alle vereinigt, die im Ernste arbeiten an der Veredlung ihrer selbst und bereit sind, aufzugehen im Dienste der Allgemeinheit, das zeigt Dr. Ernst Schultze in diesem Buche, welches solcher Art Tausenden, die sich einsam fühlen in ihrem Suchen und Streben, ein Wegweiser werden kann zu edelster Gemeinschaft; doch auch den Angehörigen der Logen weist es neue Wege zu den alten Zielen.

Einführung in die Tropenwelt. Ceylon. Von Dr. Konrad Guenther. Verlag von Wilhelm Engelmann, Leipzig. Preis in Leinwand gebunden M. 4.80.

An Reisehandbüchern, auch an solchen, die sich mit tropischen Ländern beschäftigen, ist durchaus kein Mangel, und wenn das Buch des Freiburger Zoologen dennoch einen Platz für sich unter der Fülle der Reiseanleitungen beansprucht, so liegt das darin begründet, daß es sich bei diesem Buche im wesentlichen um eine Anleitung zum Studium der tropischen Fauna und Flora handelt, und daß die sog. „Sehenswürdigkeiten" entweder gar nicht oder nur so ganz nebenbei berücksichtigt worden sind. Nicht ohne einen gewissen dichterischen Schwung trägt der Verfasser den Lesern all seine zahlreichen Erlebnisse mit Ceylons reicher Tier- und Pflanzenwelt vor und hat wirklich alles gehalten, was er im Titel verspricht: Eine Einführung in die Tropenwelt.

E. Sc.

Der Stand unsrer Kenntnisse vom fossilen Menschen. Von Dr. Wilh. Branca. Groß-8°, 112 Seiten, zahlreiche Abbildungen. Leipzig, Veit & Co.

Unter der immer stärker anwachsenden Literatur ist das Buch von Branca wohl das beste, das über die neuesten Forschungen in der Urgeschichte des Menschen berichtet. Besonders wertvoll ist das ungemein maßvolle, stellenweise fast zu vorsichtige Urteil, aber gerade dieser Umstand lehrt den Leser, was nun eigentlich in dem so viel umstrittenen Gebiet sicher ist und was nicht. Als Resultat der bisherigen Forschung gibt der Verfasser an, daß wir zwei Hauptschädeltypen aus der Vorzeit kennen, einen nieder organisierten mit fliehender Stirn, Ueberaugenwülsten und andern tiefstehenden Merkmalen, den Neander-

Digitized by Google

talertyp, und einen höheren, der sich nicht wesentlich von dem der heutigen Menschen unterscheidet. Beide treten aber gleich früh auf, ja der zweite ist uns sogar in einem älteren Fundstück aus noch früherer Zeit bekannt, als der erstere, und daraus folgt, daß der Neandertaler sich nicht allmählich in den heutigen Menschen umgewandelt haben kann. Einen tertiären Menschen kennen wir noch nicht, nur ein Halswirbel ist in Südamerika gefunden worden, der möglicherweise tertiär ist. Für den berühmten Affenmenschen von Java hält Branca immer noch die Möglichkeit aufrecht, das merkwürdige Wesen sei ein Bastard zwischen Affe und Mensch gewesen Einige Betrachtungen über allgemeine entwicklungstheoretische und monistische Fragen schließen das sehr lesenswerte Buch.

K. Guenther.

Die Eroberung des Südpols. Von Roald Amundsen. München, J. F. Lehmanns Verlag. 2 Bände gebunden M. 22.—.

Das stattliche zweibändige Werk, das Amundsen hier über den Verlauf der norwegischen Südpolexpedition in den Jahren 1910 bis 1912 der Oeffentlichkeit übergibt, ist mit großer Spannung erwartet worden. Bringt es doch nicht nur eine eingehende Schilderung all der Eindrücke und Erlebnisse, die den kühnen Männern in den Eisregionen der südlichen Antarktis beschieden waren, sondern es wird darin auch der Nachweis geführt, daß Amundsen auch wirklich am Südpol gewesen ist; ebenso werden die vorläufigen Ergebnisse der Forschungen dargestellt. Das ganze Werk stellt eine hervorragende Musterleistung dar, insofern es noch vor der norwegischen Ausgabe erschienen ist und in seiner Ausstattung eine Reihe von Vorzügen gegenüber der norwegischen Originalausgabe aufweist. Nicht weniger als 300 Abbildungen nach Originalphotographien, ferner 8 farbige Kunstbeilagen nach Oelgemälden des Münchner Malers W. L. Lehmann erwecken das fesselnde Interesse des Lesers; die noch beigefügten 15 Karten und Pläne dienen einer wesentlichen Erleichterung des Ueberblicks über das Ganze. Und mit dem hübschen Aeußern harmonisiert auch der textliche Inhalt. Es ist kein trockenes Aufzählen, sondern eine bei aller sachlichen Schlichtheit und Einfachheit in der Form mit warmer Begeisterung gegebene Reisebeschreibung, die ebenso die Gefahren, die Mühen, den Mut und die Tatkraft gebührend hervorhebt, die zur erfolgreichen Durchführung des großen Werkes zu überstehen und an den Tag zu legen waren, wie sie den Humor und die Freuden, die es trotz allem auch gab, zum Recht kommen läßt.

Wenn schon dieser Grundton, das Hohelied des zielbewußten und bescheidenen Forschers, das Buch überaus lesenswert macht, so tut dies die Fülle der Einzelheiten nicht weniger. Für jedes Interesse findet sich eine Menge von Anregungen.

Alpinisten und Skiläufer werden mit Spannung von der Ueberwindung der furchtbaren Spalten des Teufelsgletschers lesen, von der Mühsal, die es kostete, die schwerbepackten Schlitten über das schwierigste Gelände hinaufzubefördern.

Ueberaus reizvoll sind die Geschichten, die Amundsen von seinen Schlittenhunden, denen er die Erreichung des Pols in erster Linie verdankt, erzählt. Diese 80 wilden Wölfe, denen kaum einer bei der Abfahrt von Christiania nahezukommen wagte, wurden in emsigem Zusammenarbeiten die besten Freunde der Reisenden. Ueberaus große Anstrengungen leisteten sie ohne jedes Widerstreben, ihr Hunger ging bei der knappen Kost soweit, daß sie die Schlittenriemen fraßen und die Ebontscheiben der Skistöcke annagten.

Der Naturfreund wird sich der Schilderungen des Tierlebens und der allgemeinen Verhältnisse in den Polargegenden freuen, und er wie der Naturforscher werden reiche Belehrung und Anregung aus den wissenschaftlichen Ergebnissen der Forschungsreise entnehmen, zumal sich diese nicht nur auf Beobachtungen am Südpol selbst beschränken. Amundsens Schiff, der „Fram", hat sehr erfolgreiche ozeanographische Untersuchungen im südlichen Stillen Ozean vorgenommen, die zwei so hervorragende Gelehrte wie Fridtjof Nansen und Helland-Hansen in dem Buche erläutern. Dazu kommen von Fachleuten bearbeitete Abschnitte über die geologischen und meteorologischen Ergebnisse, so daß auch der wissenschaftlich Interessierte in Amundsens Werk auf seine Rechnung kommt.

So darf dieses stattliche Werk als ein literarisches Ereignis betrachtet werden, zugleich aber auch ist es ein bleibendes Denkmal der Kühnheit und Unerschrockenheit, das jeden, der es gelesen, mit doppelter Bewunderung aufblicken läßt zu den Männern, die im Verein mit Amundsen diese grandiose Tat vollbracht haben. —Kz.—

Staatslexikon. Von Julius Bachem in Köln. Vierter Band: Patentrecht bis Staatsprüfungen. Freiburg, Herdersche Verlagshandlung.

Der jetzt vorliegende vierte und vorletzte Band des Werkes zeigt dieselben Vorzüge, welche wir in den früheren Bänden hervorheben konnten. Ganz besonderes Lob verdient diesmal wieder das schöne Deutsch und die klare und faßliche Ausdrucksweise, in welchen selbst die schwierigsten Gegenstände behandelt sind. Man wird deshalb den Band kaum aus der Hand legen, ohne weiter darin gelesen zu haben, selbst wenn man ihn nur zum Nachschlagen zur Hand nahm. Besonders möchten wir diesmal die juristischen Aufsätze

Digitized by Google

hervorheben. Als Muster einer erschöpfenden und doch gedrängten Darstellung kann man zum Beispiel die Aufsätze über Patentrecht und Rechtsmittel bezeichnen. Die Tendenz des Buches tritt auch diesmal nicht auffällig hervor. Einzelne Entgleisungen können dieses Urteil nicht beeinflussen. So, wenn zum Beispiel in dem Aufsatz über die Presse gesagt ist, daß an die sittliche Haltung der katholischen Blätter und deren Mitarbeiter höhere Ansprüche gestellt seien, als man sie heute an die übrigen Tagespressen zu stellen gewohnt wäre! — Dem Erscheinen des nun noch ausstehenden Schlußbandes wird man mit Interesse entgegensehen. A. L.

Im Reiche der Töne. Musikalische Erzählungen und anderes. Von K. M. Klob. Verlag Heinrich Kerler, Ulm a. D. Preis M. 2.—.

Die Erzählungen sind ergötzlich durch ihren gutmütigen Grundton, der für den Wiener Musik- und Literarschriftsteller einnimmt. Der Hintergrund der alten Meister Mozart, Beethoven, Schubert oder auch die moderne Zeit mit ihrem Strebertum und Journalismus sind beide in hübscher Weise, ohne polemische Schärfe oder Unlust, gekennzeichnet. Besonders drollig nimmt sich die Geschichte von dem Winkelreferenten aus, der, durch einen Programmdruckfehler verlockt, Brahms mit Bruckner verwechselt und den verhaßten Bruckner in das Reich des Klassischen erhebt.

Dr. K. G.

Handbuch der Politik. Herausgegeben von Dr. Paul Laband u. a. Zweiter Band. Berlin 1912/13. Verlag von Dr. Paul Rothschild.

Nachdem die Grundlagen des öffentlichen Wesens in Politik und Wirtschaft für Deutschland vor kurzem in der neuen Auflage des Staatslexikons der Görres-Gesellschaft eine lexikographische Bearbeitung gefunden haben, erscheint in dem vorliegenden Werke eine systematische Darstellung desselben Stoffes. Die Ziele sind weit gesteckt und berücksichtigen den Stoff in weitestem Umfange, soweit Deutschland in Betracht kommt, ohne das Ausland grundsätzlich auszuschließen. Die Aufsätze erstrecken sich sogar bis auf Einzelfragen von nur vorübergehender Bedeutung, wie zum Beispiel „Die Belastung des Reichsgerichts“, so daß vielleicht mehrfach eine Beschränkung nicht geschadet hätte. Aus der Reichhaltigkeit des Stoffes ergibt sich von selbst die Notwendigkeit, das Buch als Sammelwerk anzulegen, dessen einzelne Abschnitte ausnahmslos hervorragenden Sachkennern zur Bearbeitung übertragen sind und dessen Benutzung ein vorzügliches Sachregister erleichtert. Ueberall ist die streng wissenschaftliche Behandlung zu loben, unter der jedoch die Verständlichkeit für jeden allgemein Gebildeten nicht leidet. Reichhaltige Literaturangaben und ebensolches statistisches Material zeichnen das Werk aus. Eine einheitliche Richtung in politischer oder wirtschaftlicher Beziehung ist nicht zu erkennen und auch schon durch die Wahl der Mitarbeiter ausgeschlossen. Das Buch gewinnt jedoch dadurch eher an Lebendigkeit, ohne daß, soweit man übersehen kann, ein Parteistandpunkt der Verfasser der einzelnen Aufsätze den wissenschaftlichen Charakter beeinträchtigt hätte. Selbst bei Aufsätzen, bei denen die Versuchung hierzu naheliegt, wie zum Beispiel demjenigen über den Anarchismus, erfreut die leidenschaftslose Darstellung. Das Werk in seiner Gesamtheit stellt ein Kulturwerk dar, um welches der deutsche Bücherschatz zu beneiden ist. A. L.

Erziehung zum Gemeinsinn durch die Schule. Von Friedrich Zimmer. Berlin und Stuttgart, W. Spemann. M. 2.—.

Männer mit so reicher praktischer Erfahrung wie mein verdienstvoller Namensvetter sind einer aufmerksamen Zuhörerschaft für ihre Worte stets sicher. Dem seit Jahrhunderten gültigen Satze: „Durch Selbsttätigkeit zur Selbständigkeit!“ wird die These „Durch Gemeinschaftsleben zum Gemeinsinn!“ an die Seite gestellt und danach geprüft, wieweit Konrad Burkhardts „Klassengemeinschaftsleben“ und Johannes Langermanns „Erziehungsstaat“ die Bildung des Gemeinsinns durch die Schule fördern. Wir sehen uns also mitten in das lebhaft bewegte pädagogische Gegenwartsleben gerückt, und wir freuen uns, am Schlusse aus so kompetentem Munde das ruhige und klärende Wort zu vernehmen: „Es bedarf nicht sowohl neuer Organisationen als der wirklichen Durchführung gemeinsamen Lebens.“

Leipzig. Dr. Hans Zimmer.

Im innersten Großrußland. Schilderungen und Studien von Georg Tantzscher. München, Ernst Reinhardt. M. 2.—.

Von einem Balten geschrieben, gehört dieses Büchlein (176 S.) nach Form und Inhalt zu dem Anziehendsten und Besten, was man über Rußlands innere Verhältnisse in deutscher Sprache lesen kann. Auf einer Reise werden wir mit Eisenbahnen und Landschaft, Provinzstädten und ländlichen Verhältnissen, Rolle des Wutki und nationalen Charakterzügen usw. bekanntgemacht. Der Unterschied der Landschaft gegen die Westeuropas ist groß. „Nach Belieben und Willkür der Natur dürfen Sumpf und Gebüsch dem Feld- und Grasbau Grenzen setzen.“ Der deutsche Handwerker stirbt in den Provinzialstädten aus. Hier ist „das Allerneueste unmittelbar auf den Urzustand gepfropft“. „In Rußland ist weniger Kultur, aber mehr Ueber-

Digitized by Google

kultur als im Westen." Eigentümliche Gegensätze begegnen auch in den Nationaleigentümlichkeiten. Die Agrarreformen hält der Verfasser für überstürzt und sieht in der Vorstellung der Bauern von Recht auf Land eine große Gefahr. Die Differenzierung der bäuerlichen Bevölkerung in Grundbesitzer und Landarbeiter ist nur aufgeschoben durch die Zerschlagung zahlreicher Güter, die übrigens Kulturzentren waren; sie muß kommen und wird ein harter und langwieriger Prozeß sein. Die russische „Gesellschaft" und „Intelligenz" hatten starken Anteil an der Revolution. Die Regierung sieht sich vor äußerst schwierigen Aufgaben. Eine Wolgafahrt mit Schilderung von Land und Volk und lehrreichen Gesprächen über innere Politik macht den Schluß. E. Friedrich.

Gerh. Hauptmann, Gesammelte Werke. Volksausgabe in sechs Bänden. Berlin, S. Fischer, Verlag. In Leinen gebunden M. 20.—.

Der fünfzigste Geburtstag Gerhart Hauptmanns gab Anlaß zu mancherlei Ehrungen des Dichters. Eine der schönsten Veranstaltungen, sicher die dankenswerteste, ist die vorliegende neue Gesamtausgabe seiner Werke; sie ist eine prächtige Ehrengabe für den Dichter wie für das deutsche Volk. In sechs geschmackvoll ausgestatteten stattlichen Bänden enthält sie Hauptmanns gesamtes seitheriges literarisches Schaffen, also alle seine Dramen, die Novellen, den „Griechischen Frühling" und die beiden großen Romane „Emanuel Quint" und „Atlantis", wovon der letztere erst kürzlich als Buch erschienen ist. Ueber Gerhart Hauptmann und seine Bedeutung für die deutsche Literatur bedarf es heute keiner Auseinandersetzungen mehr. Er ist zweifellos die größte dichterische Kraft unsrer Zeit, und sein Werk wird bestehen, wenn das mancher Tagesgröße längst der Vergessenheit anheimgefallen sein wird. Der erstaunlich billige Preis der neuen Ausgabe ist erfreulicherweise dazu angetan, die Schöpfungen Hauptmanns in allen literarisch interessierten Kreisen noch mehr als bisher heimisch werden zu lassen.

Archiv für exakte Wirtschaftsforschung. (Thünenarchiv.) Herausgegeben in Verbindung mit Laur, Stegemann, Passow, Waterstradt von Richard Ehrenberg. 4. Band, 1. Heft. Jena, Gustav Fischer.

Das Archiv für exakte Wirtschaftsforschung kündigt mit dem vorliegenden Heft eine Erweiterung in der Richtung an, daß die vier auf dem Titel genannten Herren sich an der Redaktion beteiligen werden, „weil die wirtschaftswissenschaftliche Forschung künftig einer stärkeren Spezialisierung bedürfe". Ehrenberg will dabei die Privatwirtschaftslehre enger begrenzen und die Volkswirtschaftslehre weiter fassen, als bisher üblich war. Er benutzt die Gelegenheit dieses neuen Abschnittes seiner Zeitschrift dazu, sich mit seinen Gegnern auseinanderzusetzen, und sucht vor allem den unleugbar etwas prätentiösen Anspruch, allein exakte Wirtschaftsforschung vermittelst seiner exakt vergleichenden Methode zu treiben, zu rechtfertigen. Gewissermaßen als Konsequenz des Umstandes, daß zwei Landwirte, Laur und Waterstradt, in die Redaktion eingetreten sind, enthält das Heft zwei größere und einige kleinere, sich auf das Gebiet der Landwirtschaft erstreckende Abhandlungen, im wesentlichen fußend auf buchhalterischen Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Sie zeigen, wie schwer es ist, aus einer verhältnismäßig immerhin kleinen Zahl von Betriebsresultaten Gesetze abzuleiten. Bei der steigenden wichtigen Rolle aber, welche jetzt die Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln spielt, und vor allem angesichts der Frage, ob sich die Produktion mehr nach der Erzeugung pflanzlicher Produkte oder mehr nach der Seite tierischer Produkte wird orientieren müssen, sind derartige Versuche freundlich zu begrüßen. Es wird jedoch noch der eifrigen Arbeit scharfer Köpfe und vor allem größeren Zahlenmaterials bedürfen, um einwandfreiere Gesetze deduzieren zu können.

Dr. L. M.

Oberlin. Roman aus der Revolutionszeit im Elsaß. Von Friedrich Lienhard. Verlag von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart. Preis broschiert M. 4.50, gebunden M. 5.50.

Als ein Eigener ist Lienhard bisher seines Weges gegangen und hat nicht viel gefragt nach dem Urteil der Menge. Und trotzdem fand jedes seiner zahlreichen Werke einen immer größeren Kreis von Freunden. Auch das jüngste Kind seiner Muse, der Roman „Oberlin", dürfte dazu beitragen, die Zahl seiner Verehrer zu vermehren. Auch Oberlin ist kein Buch, in dem der Verfasser um die Gunst des großen Publikums buhlt, es ist die einfach schlicht deutsche Art auch darin festgehalten, die wir an Lienhard schon zur Genüge kennen. „Oberlin" atmet die echte warme Heimatliebe des Unterelsässers, deren einer ja auch Lienhard ist. Als ein Zeit- und Kulturgemälde — der Roman spielt zur Zeit der Französischen Revolution — besitzt das Buch unstreitig mehr als flüchtigen Unterhaltungswert, zumal es aufgebaut ist auf eingehenden Studien und reichem Tatsachenmaterial. Und wenn von dem ganzen „Oberlin"-Roman nichts bliebe als nur die Lebenswahrheit der geschilderten Ereignisse, so würde es dennoch seinen dauernden Wert behalten, der ihm hier aber noch erhöht wird durch die edle künstlerische Auffassung des Verfassers in bezug auf sittliches Empfinden und die dem Geist der Zeit entsprechende Form des Ausdrucks. W. K.

Digitized by Google

Bismarck und die Hohenzollernkandidatur in Spanien. Von Ernst Marx. Stuttgart, Metzler.

Der außerordentliche Professor der Geschichte an der Stuttgarter Technischen Hochschule Dr. Ernst Marx, dessen Werk über die Anfänge des niederländischen Aufstandes bei der Kritik des In- und Auslandes einstimmigen Beifall gefunden hat, gibt in dieser Schrift eine Darstellung des Werdens und der Entwicklung der hohenzollerischen Thronkandidatur, welche an Pünktlichkeit, Umsicht und Vorsicht nicht überboten werden kann. Marx kommt zu dem Ergebnis, daß Bismarck durch diese Kandidatur Frankreich den Entschluß zum Krieg gegen uns erschweren wollte, weil es sich im Rücken nicht sicher fühlen konnte; die entgegengesetzte Auffassung, als ob Bismarck dadurch den Krieg entzünden wollte, hält vor den Quellen nicht Stich. E.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Angenetter, August, Die hopfende Zunge. Redeblüten aus dem österreichischen Abgeordnetenhause. Wien, Wilh. Braumüller. M. 1.50.

Aus der Industrie für die Industrie. München, Meisenbach Riffarth & Co.

Bjely, Andrej, Die silberne Taube. Roman. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. Geh. M. 5.—, geb. M 6.50.

Blätter für Naturschutz. Organ des „Bund zur Erhaltung der Naturdenkmäler aus dem Tier- und Pflanzenreiche". Berlin, Walter Benecke.

Bolze, Wilhelm, Aschermittwoch. Drama in 3 Aufzügen. Leipzig, Xenien-Verlag.

Breyßig, Kurt, Von Gegenwart und von Zukunft des deutschen Menschen. Berlin, Georg Bondi. M. 3.—.

Brochard, V., Etudes de Philosophie Ancienne et de Philosophie Moderne. Paris, Librairie Félix Algan. Frs. 10.—.

Bruckner, Anton, Früchte aus der Wachau. Gedichte. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 2.—.

Bühler, Andr., Sonnenaufgang. Dichtungen. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 1.50.

Bumke, Prof. Dr. Oswald, Ueber nervöse Entartung. Berlin, Julius Springer. M. 5.60.

Burgemeister, Richard, Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Berlin, L. Schwarz & Comp. M. 1.10.

Die Schulfeste der Bildungsanstalt Jaques-Dalcroze. Programmbuch. Jena, Eugen Diederichs.

Driault, Edouard, Revue des Études Napoléoniennes. 1. Jahrg. Januar 1912. Paris, Librairie Félix Algan.

Dittmar, Julius, Eine Fahrt um die Welt. Berlin, Alfred Schall. M. 4.—.

Düring, von, E., Gesammelte Vorträge. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Franz, Hugo, Peter. Komödie in fünf Akten. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 2.50.

Freimark, Hans, Die okkultistische Bewegung. Eine Aufklärungsschrift. Leipzig, Wilhelm Heims. M. 1.50.

Freytag, Gustav, Deutsche Lebensführung, Herausgegeben von Wilhelm Rudeck. Leipzig, Walter Fiedler. Geb. M. 5.—.

Hausbücherei. Band 38: Musikergeschichten. Hamburg, Deutsche Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Geb. M. 1.—.

Hegeler, M. E., Drei Märchen, Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 1.60.

Heinrich, Prof. Dr. Gustav, Ungarische Rundschau für historische und soziale Wissenschaft. 1. Jahrgang, 1. Heft. Leipzig, Duncker & Humblot. Pro Heft M. 6.—.

Herrings, Joseph, Die goldene Gefahr, Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.50.

Hildenstein, Erich, Unter Vormundschaft. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 4.—.

Hessische Chronik. Monatsschrift für Familien- und Ortsgeschichte in Hessen und Hessen-Nassau. Darmstadt, Verlag der Hessischen Chronik.

Hirschfeld, Dr. Max, Sammelbuch deutscher Schriftsteller der Gegenwart. Berlin, Federverlag. M. 1.50.

Hladny, Ernst, Der heilige Judas. Roman. Leipzig, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung. Geh. M. 3.—, geb. M 4.—.

Hoeber, Dr. Karl, Das deutsche Universitäts- und Hochschulwesen. Kempten, Jos. Kösel'sche Buchhandlung. M. 1.—.

Janitschek, Maria, Lustige Ehen. Roman. Leipzig, B. Elischer Nachfolger. Geh. M. 2.50, geb. M. 3.50.

Kassel, Dr. med. Karl, Die Chirurgen-Innungen im Bereiche der heutigen Provinz Posen. Posen, Ostdeutsche Buchdruckerei.

Keller, Dr. Ludwig, Der deutsche Neuhumanismus und seine geistesgeschichtlichen Wurzeln. Jena, Eugen Diederichs.

Keller, Dr. K., Gustav Adolf Hirn. Sein Leben und seine Werke. Berlin, Julius Springer. M. 1.—.

Kesser, Hermann, Lukas Langkofler. Das Verbrechen der Elise Geitler. Zwei Erzählungen. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Kisch, Prof. Dr. Wilhelm, Deutsches Zivilprozeßrecht. 1. bis 3. Band. (Sammlung Göschen.) Leipzig, G. J. Göschen'sche Verlagshandlung.

Koser, Reinhold, Geschichte Friedrichs des Großen. 1. Band. Stutigart, J. G. Cottasche Buchhandlung Nachfolger. M. 10.—.

Digitized by Google

Krauß, Alfred, 1805. Der Feldzug von Ulm samt Beilagen. Wien, L. W. Seidel & Sohn. M. 16.—.

Lichtenberger, Ernest, Le Faust de Goethe. Essai de Critique impersonnelle. Paris, Librairie Felix Algan. Frs. 2.50.

Luedecke, Hugo E., Der Dialog vom Freien Erdenbürger. Porte Alegre, Germano Gundlach & Comp.

Merzbach, Konrad, Unmoderne Gedanken eines Einsiedlers. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 3.—.

Meyer, Dr. George, Cancer. Internationale Monatsschrift. Heft 12. Berlin, Hans Schröder.

Michaelsen, Aug. Ferd., Seemannsblut. Erzählung. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 5.—.

Michelsen, Johann, Ein Wort an den Geistigen Adel Deutscher Nation. München, E. W. Bonsels & Co.

Peters, Dr. Ulrich, Franz von Assisi. 18. Heft der Religionsgeschichtlichen Volksbücher. Tübingen, J. C. B. Mohr. Geh. 50 Pf., geb. 80 Pf.

Peez, Dr. Alexander von, und **Paul Dehn**, Englands Vorherrschaft. Aus der Zeit der Kontinentalsperre. Leipzig, Duncker & Humblot. M. 8.50.

Pfeiffer, Ludwig, Die Wahrheit über die Kriegsgefahren. Feststellung des Interesses einzelner Klassen für den Krieg. Leipzig-Raschwitz, Bruno Volger. M. 1.50.

Pudor, Dr. H., Deutsche Gesinnung. München, Melchior Kupferschmid. M. 1.40.

Putlitz, Konrad zu, und **Meyer, Dr. Lothar**, Landlexikon. III. Band. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt. Geb. M. 20.—.

Schubring, Paul, Shakespeare und Rembrandt. Hamlet. Berlin, Karl Curtius. M. 1.—.

Schulze-Berghof, Paul, Die Königskerze. Ein friederizianischer Roman. Leipzig, G. K. Sarasin. Geh. M. 4.—, geb. 5.20.

Schwerdtfeger, Robert, Sechs Novellen. Frankfurt a. M., Rütten & Loening. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Sforza, Giovanni, und **Gallavresi, Giuseppe**, Carteggio di Allessandro Manzoniano. Milano, Ulrico Hoepli. L. 6.50.

Sittenberger, Hans, Die Wallfahrt nach Kythera. Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 3.50, geb. M. 4.80.

Steinitzer, Heinrich, Der Monistenbund. Erzählung. München, Südd. Monatshefte. Geb. M. 2.40.

Stenglin, Felix Frhr. von, Arme Sünder. Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.20.

Storck, Karl, E. Jaques-Dalcroze. Seine Stellung und Aufgabe in unserer Zeit. Stuttgart, Greiner & Pfeiffer. M. 2.50.

Swietochowski, Alexander, Aspasia. Drama in fünf Akten. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 3.—.

Swinburne, A. Ch., Gedichte und Balladen. Berlin, Erich Reiß. Brosch. M. 5.—, geb. M. 7.—.

Swinburne, A. Ch., Chastelard. Deutsch von Walter Unus. Ein Trauerspiel. Berlin, Erich Reiß Verlag. Brosch. M. 3.50, geb. 4.50.

Voigtländers Quellenbücher. 1. Die ersten deutschen Eisenbahnen Nürnberg—Fürth und Leipzig—Dresden. Herausgegeben von Friedrich Schulze. 60 Pf. 2. Brandenburg-Preußen auf der Westküste von Afrika 1681 bis 1721. Verfaßt vom Großen Generalstabe, Abteilung für Kriegsgeschichte. 80 Pf. 3. Cornelius Celsus über die Grundfragen der Medizin. Herausgegeben von Dr. med. et jur. Th. Meyer-Steineg, Professor an der Universität Jena. 70 Pf. 4. Ausgewählte Briefe des Feldmarschalls Lebrecht von Blücher. Herausgegeben von Friedr. Schulze. 60 Pf. 5. Die Kämpfe mit Hendrik Witboi 1894 und Witbois Ende. Von Theodor Leutwein, Generalmajor und Gouverneur a. D. 60 Pf. 6. Die Belagerung, Eroberung und Zerstörung der Stadt Magdeburg am 10./20. Mai 1631. Von Otto von Guericke. Nach der Ausgabe von Friedrich Wilhelm Hoffmann neu herausgegeben von Horst Kohl. 70 Pf. 7. Die Straßenkämpfe in Berlin am 18. und 19. März 1848. Verfaßt von Hubert von Meyerinck, Generalleutnant z. D. Neu herausgegeben von Horst Kohl. 70 Pf. 9., 10. Deutschlands Einigungskriege 1864—1871 in Briefen und Berichten der führenden Männer Herausgegeben von Horst Kohl. Band 1: Der Deutsch-Dänische Krieg 1864. M. 1.—. 11. Geographie des Erdkreises. Von Pomponius Mela. Aus dem Lateinischen übersetzt und erläutert von Dr. Hans Philipp, Assistent des Seminars für historische Geographie in Berlin. Erster Teil: Mittelmeerländer. 70 Pf 12. Robert Mayer über die Erhaltung der Kraft. Vier Abhandlungen, neu herausgegeben und mit einer Einleitung sowie Erläuterungen versehen von Dr. Albert Neuburger. 90 Pf. Leipzig, R. Voigtländer.

Wirtz, Theo, Sehnsucht — Liebe — Leben. Lieder und Gedanken im heimatlichen Ton. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 3.50.

Zscharnack, Leopold, Die Religion in Geschichte und Gegenwart. Handwörterbuch in gemeinverständlicher Darstellung. Tübingen, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck).

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Der Friedensgedanke in der Entwicklung des deutschen Volkes zur Nation

Von

Prof. Dr. Martin Spahn

Die Sehnsucht, auf die weite Welt zu wirken, haben Franzosen und Deutsche durch ihre ganze Geschichte gemeinsam. Sie waren und sind sich wohl bewußt, innerhalb des ehemals abendländischen, nunmehr europäischen Kulturkreises die stärksten und vielseitigst entwickelten Nationen zu sein. Aber es fehlt bei genauerem Zusehen auch nicht an Schattierungen ihres universalistischen Strebens. Der Grund dieser Schattierungen ist ebensosehr in den Verschiedenheiten ihrer geschichtlichen, insbesondere ihrer staatlichen Erlebnisse wie in ihrem nationalen Temperament zu finden. Albert Sorel, der französische Geschichtsschreiber, hat in seinem großen Lebenswerke „L'Europe et la révolution française" gelegentlich die Bemerkung hingeworfen, daß die Franzosen in der Revolution nur auf eine neue Art die glänzendste ihrer Ueberlieferungen, die intellektuelle Eroberung der Welt, wieder aufgenommen hätten. Nicht immer waren die französischen Eroberungen nur auf intellektuelle Ziele gerichtet. In dem mächtigen Gotteshause auf dem Montmartre, an dem der französische Katholizismus seit 1875 baut, liegt gleich neben dem Eingang ein Ablaßgebet auf, das sich an den kriegerischen Erzengel Michael wendet: „Von den Schlachtfeldern Zülpichs bis zum fernen hl. Grabe, vom hl. Grabe bis zu den Tälern von Domremy, von den fernsten Jahrhunderten unsrer Geschichte bis zu diesen Tagen, da unser Leben dahinsiecht, hast du die schönsten Seiten unsrer Geschichte geschrieben." Gleichviel aber, ob unsre Nachbarn mit den Waffen in der Hand auszogen oder andre die Ueberlegenheit ihrer Kultur fühlen ließen, immer zeigte sich ihr Universalismus, wie es Sorel treffend gefühlt hat, auf Eroberungen bedacht — voll Bedürfnis nach Klang und Glanz, voll Verlangen nach Trophäen und Ruhm. So entsprach es ihrem nationalen Temperament, so ermöglichte es die frühe und straffe Zusammenfassung ihrer staatlichen Kräfte. Im Gegensatze dazu wurde das deutsche Volk gerade unter dem Einflusse des universalistischen Zuges in seinem Wesen friedlich und friedlicher gestimmt.

Als vor bald einem Jahrtausend unsere Könige und ihr Heerbann nach Italien oder gen Ost und Nord zogen, um die Kaiserkrone bei den Deutschen zu bewahren oder um die Grenzen ihrer Lehensherrschaft weiter zu stecken, trieb

Digitized by Google

freilich auch sie kriegerischer Geist in die Weite, lebendig und kühn, wie er nur je im französischen Volke aufgeflammt ist. Aber als die Könige ihr kaiserliches Amt ideell zu begründen suchten und ihr Volk die Aufgabe der Deutschen im Abendlande verherrlichte, verästelte sich immer tiefer in dem von Natur kriegerischen deutschen Denken ein Einschlag, der friedlicher Gesinnung förderlich war. Wohl traten unsre Vorfahren draußen selbstbewußt und stolz auf, so daß Neid und Eifersucht die andern packte. Nicht jedoch behaupteten sie, ausgezogen zu sein, um sich die übrigen Nationen zu unterwerfen und um aus deren Staaten Provinzen ihrer Könige zu machen. Ihnen stand vielmehr die gesamte abendländische Welt als eine Einheit, als „die Christenheit" vor Augen. Deren Glieder galten ihnen als gleichberechtigt. In der Christenheit sahen sich die Deutschen durch die ihnen zugefallene Auszeichnung der Kaiserwürde und dank ihrer Kraft nur als berufen an, Schützer des Rechts und der Freiheit, Wahrer des Friedens zu sein. Nicht als Herren Europas, sondern im Dienste der Christenheit wollten sie universalistisch wirken.

In den spätmittelalterlichen Jahrhunderten und zu Beginn der Neuzeit verblich dem deutschen Volke das Ideal abendländischer Kaiserherrlichkeit. Bei den übrigen Völkern drängte damals die nationalstaatliche Entwicklung rasch voran. Ihre Spuren sind deutlich genug auch in Deutschland wahrzunehmen. Aber sie gedieh nicht ebenso ungehemmt; denn es bot sich dem deutschen Volke keine Gelegenheit, in seiner Gesamtheit in die Interessen- und Machtkämpfe Westeuropas zu jener Zeit einzugreifen. Die nach Machtentfaltung strebenden Fürstengeschlechter Norddeutschlands wandten ihren Ehrgeiz wesentlich den Streitigkeiten um das Ostseegebiet zu. Nur die des Südens und Westens mischten sich wohl in die westeuropäischen Auseinandersetzungen, wofern sie nicht vorzogen, sich ganz und gar der großen Politik zu enthalten. Außer den Habsburgern unfähig, die Entscheidungen selbständig zu beeinflussen, gerieten sie in die Gefolgschaft Frankreichs oder Spaniens. So kam in diesen Jahrhunderten durch die politischen Ereignisse weit eher ein Riß in unsre Nation, als daß sie fester zusammengefaßt wurde. Die wirtschaftlichen Vorgänge derselben Zeit wirkten nicht anders. Zuletzt ging auch das religiös-kirchliche Leben der Deutschen in zwei Richtungen auseinander. Umgekehrt drang in unsre heimatlichen Gefilde aber auch jahrhundertelang kein äußerer Feind ein. Wir hatten keine Leiden auszuhalten wie Frankreich, das zweimal lange Zeit die Engländer in seinen Grenzen hausen und Karl V. und wiederum die Truppen Philipps II. auf Paris marschieren sah. So erklärt es sich, daß die durch den mittelalterlichen Universalismus friedlich gewordene Stimmung der Nation nicht wieder in kriegerische Reizbarkeit umschlug, als die nationalen Tendenzen in ganz Westeuropa die Oberhand gewannen. Vielmehr entwöhnten sich die Deutschen nun jeglichen Gedankens an große, gemeinsame Kriege, an ihre gelegentliche Unvermeidlichkeit und an eine Wirkung über die eignen Grenzen hinaus. Ihre aus ethischen Empfindungen friedlich gewordene Denkart entartete zur Kriegsscheu und zur Gleichgültigkeit gegen das Ansehen ihrer Nation und

Digitized by Google

die Unverletzbarkeit ihrer Grenzen. An der Schwelle der Neuzeit hat Macchiavelli die Deutschen mit einem schlafenden Riesen verglichen, der sich seiner Kraft nicht bewußt sei.

Zu spät traf endlich auch das deutsche Volk in der zweiten Hälfte des Dreißigjährigen Krieges das Geschick, daß fremde Heere seine Lande immer aufs neue plündernd durchquerten und fremde Willkür ein halbes Jahrhundert lang Stück um Stück von unsern Grenzen abbrach und unsre Reichsfürsten wider die Nation mißbrauchte. Da kam das Blut des deutschen Volkes wohl wieder ins Wallen, aber gar zu allmählich und ungleich. Um die Wende des siebzehnten Jahrhunderts zwang wirtschaftliche Erschöpfung, jede große Tat noch einmal auf Geschlechter hinaus zu vertagen, und um so unwiderstehlicher brach sich nunmehr ein inzwischen aufgekommener frischer Strom universalistischer Denkweise in Deutschland Bahn, der zwar aus ganz andern Gründen, jedoch im Ergebnis nicht minder wirksam als die Not des täglichen Lebens die kriegerische Erregung der nationalen Gefühle ablenkte und abermals glättete.

Aus der monarchischen Verfassung des mittelalterlichen Deutschlands war während der europäischen Kriege des siebzehnten Jahrhunderts endgültig die aristokratische Reichsverfassung der Zeit bis zum Untergang des Reichs geworden. Johann v. Müller hat 1787 in seiner „Darstellung des Fürstenbundes" die klassische Verherrlichung der Grundgedanken dieser Staatsform geboten. Er, der Schweizer, kennzeichnet sie als „Eidgenossenschaft" der Reichsstände, durch freie Vereinbarung entstanden, fortan unauflöslich, weil ihr der Schutz des nationalen Gebietes obliege. Mit Nachdruck betonte er die Züge, durch die er diese Staatsform als die nationale deutsche Staatsform nachweisen zu können meinte, und die nationale Gesinnung ihrer Träger, der Fürsten. Von dem Berichte der französischen Gesandten des Westfälischen Friedenskongresses ging er dabei aus, daß die deutschen Fürsten viel inniger wie die italienischen an ihrem Vaterlande hingen. „Kraft einer Politik, die des deutschen Klimas würdig ist," so hatten die Gesandten gemeldet, „ziehen die Fürsten die Erhaltung der Körperschaft, deren Mitglieder sie sind, den Vorteilen vor, die jedem von ihnen in Aussicht ständen, so er sich vom Reiche lossagte." Die Historiker des neunzehnten Jahrhunderts haben in der Regel, weil sie ganz entgegengesetzte politische und staatsrechtliche Vorurteile hatten, allzuwenig Blick und Empfindung hierfür gehabt. Nicht die Abwesenheit nationaler Denkart, nicht undeutscher Sinn war das Urgebrechen, an dem die Reichsstände des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts litten, sondern ihre territorialfürstliche Schwäche, der Mangel jeglichen politischen Ueberblicks und die aus beiden erwachsende Unfähigkeit zur Selbstbescheidung und zu jener Einheit des Wollens, ohne die sich ein großer Staat nicht mehr behaupten und nicht mehr sich den Bedürfnissen gemäß entwickeln konnte.

Der uneingestandene Widerspruch zwischen ihrem Ehrgeiz und ihrer diplomatischen und militärischen Schwäche, zwischen ihrem Bewußtsein, daß sie Deutsche seien, und ihrem Angewiesensein auf Frankreich hieß sie die Lehre vom

Digitized by Google

europäischen Gleichgewicht gleich anfangs, als sie aufkam, begrüßen. Sie haben denn auch aus dem Eifer Wilhelms von Oranien, der Theorie vom Gleichgewichte in Europa allgemeine Anerkennung zu verschaffen, den größten Nutzen gezogen. Das Ergebnis der Politik des Gleichgewichts war „diejenige Verfassung nebeneinander bestehender und mehr oder weniger miteinander verbundener Staaten, vermöge deren keiner unter ihnen die Unabhängigkeit oder die wesentlichen Rechte eines andern, ohne wirksamen Widerstand von irgendeiner Seite und folglich ohne Gefahr für sich selbst, beschädigen kann". So hat Gentz 1805 Sinn und Zweck dieser Politik am glücklichsten von allen formuliert. „Was ganz zu vollbringen die Natur des Verhältnisses untersagte, wurde wenigstens durch Annäherung erreicht; und im Staatensystem des neueren Europa war die Aufgabe so glücklich gelöst, als von Menschen und menschlicher Kunst vernünftigerweise erwartet werden konnte." Aber nicht nur der Schirm, den die Lehre vom Gleichgewicht der Ohnmacht der Kleinen zuteil werden ließ, erwärmte die deutschen Reichsstände für diese. Man täte ihnen Unrecht mit solcher Vermutung. Die Lehre schmeichelte sich auch deshalb gar so leicht und tief in sie ein, weil die Reichsstände sie vor ihrem Gewissen damit rechtfertigten, daß durch sie sittliche Güter des Staatslebens, die in Deutschland aufs höchste geschätzt wurden, Europa bewahrt würden, und weil die Lehre die edelsten Ueberlieferungen deutschen politischen Denkens wieder zum Leben zu wecken schien.

Weite Gefühle, erhabene Ideen haben immer nur, in Schlagworte zusammengepreßt, ganze Völker bis in ihre Tiefen bewegt. Massen von solcher Kopfzahl wie die abendländischen Nationen mit ihrem wenig verfeinerungsfähigen, gutenteils irrationalen Empfindungsleben lassen sich kaum anders in Bewegung bringen. Einmal umgemünzt, sind dergleichen Ideen freilich auch oft genug verzerrt und gemißbraucht worden. Für das französische Volk ist all das, wofür es am ehesten empfänglich ist, seit 1789 in die drei Worte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit! zusammengefaßt. Schlagworte ähnlichen Zaubers waren längst vorher für die Deutschen die drei Worte: Friede, Freiheit und Recht! geworden. Alle Verbindungen gegen den Kaiser und mit Fremden wurden schon im sechzehnten Jahrhundert vor der Nation damit entschuldigt, daß nur so „die germanische Freiheit" vor dem Despotismus des Hauses Habsburg zu retten sei. Die Garantie der Reichsverfassung durch Frankreich wurde seit 1648 geradezu als ein Bestandteil der Reichsverfassung, der dadurch Frankreich eingeräumte beständige Einfluß als eine Angelegenheit der inneren Politik des Reichs gedeutet, weil sich der den Deutschen so teure und notwendige Friede wider die Kriegssucht der „Spanier" nicht anders sicherstellen lasse. Wenn Johannes v. Müller 1787 die bürgerliche Freiheit des einzelnen und die politische Freiheit der Reichsstände definierte, indem er beide Definitionen unmittelbar nebeneinander setzte und im engsten Zusammenhange gab, so ist auch da die Absicht unverkennbar. Weil jene auf Gesetzen, diese nur auf Verträgen beruht, so soll den Verträgen derselbe rechtsverbindliche Charakter, dem gesamten Völkerrecht die-

Digitized by Google

selbe zwingende Macht zugesprochen werden, die dem Staats- und Privatrechte innewohnt. Daher findet sich bei Müller auch schon die Theorie, die Gentz noch nicht zwanzig Jahre später in voller Klarheit verkündet hat, daß Europa gar kein Nebeneinander unabhängiger Staaten ist, sondern daß „die alte herrliche Verfassung von Europa" besteht und also in den Beziehungen der europäischen Staaten zueinander nicht die Macht entscheiden darf, sondern das Recht waltet. Diese Verfassung aber gilt Müller wie allen Späteren für das Erzeugnis der „Christenheit". Mit dieser Vorstellung war nun vollends die Brücke von den Gedankengängen der Deutschen des Mittelalters zu denen des achtzehnten Jahrhunderts wieder geschlagen. Der Lobpreis der drei volkstümlichen Ideale, der halb zum Vorwande, halb zur Rechtfertigung der antikaiserlichen, internationalen Politik der Reichsstände diente, erhielt erst durch diese universalistische Zuspitzung, durch die Bezugnahme auf die alte Vorstellung von der Christenheit seinen vollen Klang, seine ganz und gar eigentümliche deutsche Klangfarbe.

Nun hieß es: ‚Die Reichsverfassung, die den Deutschen Friede und Freiheit gibt, verbürgt zugleich Frieden und Freiheit ganz Europa. Wenn das Reich, ein „Bundesstaat" ausschließlich mittlerer und kleiner Fürsten, dadurch Bestand hat, daß die Achtung vor dem Verfassungsrecht die Machtbestrebungen im einzelnen im Zaume hält, so stellt es sich darin nur als verkleinertes Spiegelbild Europas dar, das letzten Endes durch das System des Gleichgewichts ganz ebenso zu einem Bundesstaate, einer Eidgenossenschaft geworden ist. Europa kann nicht friedlich und frei bleiben, das Recht würde nicht mehr der Regulator seiner staatlichen Beziehungen sein können, wenn Deutschland eine andre Verfassung erhielte. Darum muß hinwiederum Deutschland, selbst wenn innere Gründe seines Staatslebens davon abrieten, in der Verfassung verharren, die es hat — um Europas willen. Soviel aufrichtiger, an seiner nationalen Gesinnung nicht zweifelnder Idealismus hat an dem Gewebe dieser Schlüsse mitgewirkt, daß man sich nicht scheute, im selben Atemzuge der kriegerischen Kraft des deutschen Volkes zu schmeicheln, da man sie auf eine unbedingt friedliche Politik festlegte. Johannes v. Müller voran, aber auch noch Männer wie Wilhelm v. Humboldt und der Geschichtsschreiber Heeren verpflichteten ihr Volk gewissermaßen darauf, weil es sechsmalhunderttausend unvergleichlich gute Krieger zähle, diese Kriegsmacht stets zwischen dem Kaiser und den Reichsfürsten aufgeteilt zu erhalten und nie nach einer einheitlichen und großmächtlichen Staatsverfassung zu verlangen, obwohl die großen Nationen ringsum schon in voller Ausbildung ihrer Großmacht begriffen waren. Denn stünde die deutsche Nation unter einer einzigen und starken Regierung, so würde sie unwiderstehlich sein, sie würde erobern — „und das," so sagte Humboldt 1814 noch einmal, „kann kein echter Deutscher wollen". Es ist die halbtausendjährige Auffassung in kaum verändertem Ausdruck: Nicht als Herren Europas, sondern im Dienste der Christenheit wollten die Deutschen universalistisch wirken. Vor einem halben Jahrtausend zogen sie aus, um Recht und Frieden in Europa zu wahren. Jetzt zogen sie sich in das Larvendasein

Digitized by Google

der Reichsverfassung des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts zurück, damit Friede und Freiheit Europas nicht von ihnen bedroht werden könne, und redeten sich ein, daß es aus freien Stücken geschähe. Sie lobten diese Zeit sogar später noch, während die Napoleonische Geißel über ihrem Volke geschwungen wurde, als „die gute alte Zeit". Auch ein Gneisenau unterschied sich darin nicht von den andern.

Da aber der universalistische Trieb der deutschen Nation, des „Mutterlandes europäischer Herrschaft", von Ursprung keineswegs darauf gestellt war, Europas wegen das eigne Volk zu demütigen, sondern spendend und sich mitteilend zu wirken, so verschaffte er sich einstweilen in andrer Richtung Luft. In vielen und gerade den Erregbarsten erwachte die Sehnsucht, die ganze Menschheit durch kulturelle Taten mit dem Deutschtum zu durchtränken. Sie waren noch immer selbstbewußt wie die Ahnen, wenn sie das Deutschtum als die höchste Entfaltung alles Menschentums priesen, und wichen keineswegs aus der Bahn, den die nationale Entwicklung ihres Volkes von früh an gegangen war. Sie dachten nur, von der Not gedrungen, alte Gedanken um. Das erhellt deutlich, wo wir sie einmal über die politische und kulturelle Lage der Nation zugleich hören können. Schiller entwarf seine „Deutsche Größe" in dem Augenblicke, da das Römische Reich begraben werden mußte, als „der Deutsche ruhmlos aus seinem Kriege" ging und „der Sieger sein Geschick" bestimmte. Entsprechend wandte sich Fichte erst mit seinen „Reden an die deutsche Nation", als der letzte Rückhalt deutscher Kraft, der Staat Friedrichs des Großen, zertrümmert worden war; von diesen Tagen an datierte er das nationale Verderben. Gerade er machte sich damals zum Lobredner der Zeit vor 1806 als „der guten alten Zeit". Und wer sich die Mühe nicht verdrießen läßt, das Motiv zu erlauschen, das als Leitmotiv durch das erregte Auf- und Niederfluten der Stimmungen in Goerres „Ueber den Fall Teutschlands und seine Wiedergeburt" aus dem Jahre 1810 klingt, wird dieselbe Erfahrung machen, daß im tiefsten Grunde das Lob des unüberwindlichen deutschen Geistes nur ein Sichaufbäumen gegen das Verzagen an Deutschlands freier, großer politischer Zukunft war.

Friedrich Meinecke hat in seinem vielgelesenen Buche „Weltbürgertum und Nationalstaat" vor einigen Jahren das universalistische Denken sowie das Freiheits- und Friedensideal der Deutschen um die Wende des achtzehnten Jahrhunderts als unpolitischen Ursprungs gedeutet und aus der weltbürgerlichen Gesinnung der Aufklärung ableiten wollen. Sein Buch ist reich an anregenden Einzelbeobachtungen; aber was er vor allem beweisen wollte, muß abgelehnt werden. Meinecke steht im Banne einer Lehre vom Staate, die heute viele Anhänger hat, aber nicht allgemein gültig ist. Ihn beherrscht eine rein parteipolitische Anschauung des vergangenen Jahrhunderts von der Natur staatlicher Probleme. Daraufhin hat er sich davon entbunden, die erste Aufgabe jeder geschichtswissenschaftlichen Untersuchung gleicher Art anzugreifen. Sie konnte in seinem Falle keine andre sein, als nachzuprüfen, ob sich die von ihm verwerteten

Digitized by Google

Aeußerungen in den Zusammenhang der Entwicklung des Nationalgefühls und der politischen Ideen unsers Volkes einreihen lassen und ob umgekehrt diese Entwicklung aus jenen Aeußerungen richtiger und tiefer verstanden zu werden vermöchte. Erst wenn sich gezeigt hätte, daß die Aeußerungen aus dem Zusammenhange herausfielen, durfte jene andre Erklärung versucht werden, die Meinecke uns gab. Tatsächlich gehören sie in den Zusammenhang, weshalb einige der wichtigsten mit Absicht auch für die vorliegenden Ausführungen als Belege bevorzugt worden sind. Die Ursachen dagegen, die Meinecke bezeichnet, haben nur als zeitgeschichtliche Tatsachen an zweiter Stelle auf den Gang der Dinge eingewirkt.

Die Tatsache der zeitgenössischen Einwirkung selbst soll damit gewiß nicht beiseitegeschoben werden. Wie hätte es an ihr auch fehlen mögen? Die Strömungen einer Zeit werden sich in den Abwandlungen einer Jahrhunderte umspannenden Entwicklung immer Geltung verschaffen, zumal dann, wenn sie so viele Berührungspunkte mit den ursächlich wirksamen Triebkräften der Entwicklung haben, wie es im nationalen Leben Deutschlands während des achtzehnten Jahrhunderts der Fall war. Wo ohnehin die Neigung zu universalistischer Denkart so vorwaltete wie in Deutschland, mußte die unpolitische, jeden Staat auflösende weltbürgerliche Gesinnung der Aufklärung sowie der westeuropäische Geist, der diesem achtzehnten Jahrhundert dank der raschen allgemeinen Aufnahme neuer Ansichten und Grundsätze, verbesserter Verwaltungs-, Finanz- und Kriegsmethoden und aller Erfindungen eigentümlich war, ebenfalls leicht in die Gemüter eindringen können. Auch außerhalb Deutschlands kam damals ein ungewöhnlich stürmisches Verlangen nach Freiheit auf. Auch außerhalb Deutschlands packte ein so übermächtiges Friedensbedürfnis die Völker, daß Gentz 1806 darauf alle Schuld an den Siegeszügen Napoleons werfen zu dürfen glaubte. Kein Wunder, daß das deutsche Friedens- und Freiheitsideal daher noch besondere Nahrung aus den Zeitumständen sog. Selbst für das Rechtsideal scheint die gleiche Wirkung nachweisbar zu sein. Aber immer handelte es sich dabei nur um Zuflüsse, nicht um Quellflüsse. Naturgemäß war die Einwirkung dieser Zuflüsse nicht auf alle Wortführer gleich lebhaft. Sie mag bei dem einen die Farbe seiner Meinungen, bei dem andern ihre Motivierung so empfindlich bestimmt haben, daß ihre der nationalen Vergangenheit angehörigen Voraussetzungen kaum noch wahrzunehmen sind. Eben deshalb hätte Meinecke aber auch zögern sollen, es nur hier und da mit einem Querschnitt zu versuchen. Vielmehr waren möglichst viele Aeußerungen, die für ein objektives Urteil in Betracht kamen, gemeinsam ins Auge zu fassen und abzuwarten, ob das durch die Uebung geschärfte Auge nicht zuletzt selbst in den scheinbar ausschließlich zeitgenössisch bedingten Aussagen die Spuren der nationalen politischen Ueberlieferung wiedererkannte.

Nur wer den Zusammenhang der polischen Ideenbildung in Deutschland durch die Jahrhunderte verfolgt, wird auch ausreichend darauf aufmerken, daß selbst im achtzehnten Jahrhundert kein noch so kurzer Zeitraum nachgewiesen

Digitized by Google

ist, da es die universalistisch gerichtete Publizistik unsrer Nation ganz an Einwürfen fehlen ließ, ob Deutschland mit der Theorie vom europäischen Gleichgewicht, mit der „germanischen Freiheit" und dem ewigen Frieden in Wahrheit so gut fahre, wie sie ihn immer wieder schilderte. Eben weil die politischen Schriftsteller aus einer auf deutschem Boden gewachsenen politischen Ideenbildung zur Wertung jener Ideale gekommen waren, wurden sie nie völlig unempfänglich für deren Kehrseite. Deshalb bedurfte es nicht erst der französischen Revolution, damit Deutschland den Anstoß erhielt, vom nationalen Standpunkte immer schärfer die Folgen jener Ideale zu kritisieren, und damit Forderungen laut wurden, die Gebrechen abzustellen. Aus eignem Antrieb merkten die Deutschen, obwohl anfangs langsam, so doch allmählich sicherer und sicherer, wie durch das Uebertriebene ihres Friedensbedürfnisses und ihrer universalistischen Denkweise die Mängel ihrer Staatsform überhand genommen hatten, die Kräfte der Nation „zerstreut, zerspalten, für jeden wahren Nationalzweck verloren waren", und das nationale Ehrgefühl selbst verkümmerte und abstarb. Bald durchschauerte sie auch schon ein erstes Ahnen, was danach unabwendbar kommen mußte: daß die deutsche Nationalität ganz und gar verfiel, der Nationalgeist sich verflüchtigte und auch die Eigenschaften und Güter, die die Deutschen als „Kulturnation" ihr Eigen nannten, bedroht wurden. Noch vor 1789 bemerkte Johannes v. Müller, daß „wir uns nicht mehr teutschen Tones schämen, die Weisheit vaterländischer und gemeinnütziger wird". Zur selben Zeit aber bildete sich in der Nation wieder nach Ueberwindung der wirtschaftlichen Verheerungen des siebzehnten Jahrhunderts ein wohlhabender gewerbfleißiger Bürgerstand. Er hat sich, wo er noch auftrat, zum entschiedensten Träger nationalstaatlicher Entwicklung gemacht. Soeben erschloß sich auch unsre nationale Literatur zu ihrer herrlichen Blüte. Die Stunde war endlich gekommen, da die deutsche Nation aus dem Zustande sich erheben konnte, in dem sich ihr nationales Dasein, gleich dem aller Nationen in ihren Anfängen, noch pflanzenhaft, halb unbewußt fortbewegt hatte. Jener Zustand der Dämmerung hatte bei den sonstigen Umständen des politischen Daseins der Nation nur zu sehr die Nachgiebigkeit gegen fremde Einflüsse begünstigt, die Wilhelm v. Humboldt kurz darauf einmal schon als eine angeborene Eigenschaft des deutschen Nationalwesens, „als Mangel an einer entscheidenden Naturbestimmung" feststellen zu müssen meinte.

Die ersten Regungen des wacher werdenden Nationalgefühls führten zur rasch sich mehrenden und tiefer dringenden Kritik an dem Ungenügen, das das Selbstbewußtsein der Deutschen dank der staatlichen Ohnmacht des deutschen Volkes empfinden mußte.

Johannes v. Müller, so beredt er gleich das Reich als die Eidgenossenschaft der deutschen Reichsstände pries, war es doch nicht zweifelhaft, daß der eigentliche Daseinsgrund des Reiches die deutsche Nation sei. „Die Grundherrschaft über alle Bestandteile des Reichs gebührt niemand anders als der Nation." Darum sei die Eidgenossenschaft, obwohl aus freiem Willen ihrer Mitglieder entstanden, unauflösbar und eine Verpflichtung ihrer Mitglieder un-

Digitized by Google

abänderlich. „Wider fremden Angriff sind ohne Unterschied alle verbunden." Diese Tatsache aber, einmal von Müller ausgesprochen, pochte und hämmerte so stark in ihm, daß er bei allen Schmeicheleien, die er Frankreich als Garantiemacht der Reichsverfassung sagen zu müssen glaubte, dennoch die Worte niederschrieb: „Es ist für die europäische Freiheit nicht genug, daß die Reichsverfassung bestehe; die Teutschen müssen hierzu selber stark genug sein."

Denselben Gedanken griff Gentz in dem schon erwähnten Vorwort zu seinen Fragmenten in leidenschaftlichen Worten auf. Ungezählte variierten ihn. Ihn wandelte in seiner ruhigen, nachdenklichen Weise und auf seine in die Tiefe schürfende Art auch Wilhelm v. Humboldt ab. „Deutschland muß frei und stark sein, nicht bloß, damit es sich gegen diesen oder jenen Nachbar oder überhaupt gegen jeden Feind verteidigen könne, sondern deswegen, weil nur eine auch nach außen hin starke Nation den Geist in sich bewahrt, aus dem auch alle Segnungen im Innern strömen, es muß frei und stark sein, um das, auch wenn es nie einer Prüfung ausgesetzt sein würde, notwendige Selbstgefühl zu nähren, seiner Nationalentwicklung ruhig und ungestört nachzugehen und die wohltätige Stelle, die es in der Mitte der europäischen Nationen für dieselben einnimmt, dauernd behaupten zu können." Mit diesen Worten Humboldts war vollkommen formuliert, was nach Ausdruck gerungen hatte; sie gaben dem nationalen Selbstbewußtsein alle Genugtuung, die es begehrte, und opferten doch nicht die Ueberlieferungen, die Recht und Frieden und Freiheit für alle in Europa unter Deutschlands Mitwirkung gewahrt wissen wollten.

Mittlerweile hatten andere auch schon das mechanisch Starre herausgefühlt, das der Gleichgewichtstheorie anhaftete, und die Gebrechlichkeit des auf ihr aufgebauten europäischen Friedensstandes kritisiert. Novalis und Fichte wiesen als Ursache dieser Mechanisierung der europäischen Staatsbeziehungen das Schwinden des christlichen Geistes, das Dahinsinken der Macht der Kirche nach. Es gab keine Christenheit mehr. Mit ihr schien die Voraussetzung einer dauernden, auf das Recht und die Freiheit gegründeten europäischen „Verfassung" hinfällig geworden zu sein. Einige Romantiker zogen daraus den Schluß, daß jener Geist neu belebt und die Macht der Kirche wieder aufgerichtet werden müsse. Andre Zeitgenossen suchten, ob sich die entschwundene Voraussetzung durch eine neue ersetzen ließe. Darüber gelang es Fichte und schärfer noch Adam Müller, wenigstens zu durchschauen, weshalb das Mechanische des Gleichgewichtssystems den von ihm geschützten Staaten selbst zuletzt zum Verderben ausschlagen mußte; sollen Staaten nicht erstarren, so können sie nicht auf ihre Selbstbestimmung in dem Maße verzichten, wie es die Gleichgewichtstheorie ihnen zumutete. Sie brauchen neben dem friedlichen Austausch die Reibung, um ihre kulturelle Wirkung in voller Fruchtbarkeit entfalten zu können. Sie müssen die Möglichkeit behalten, zu wachsen, und entsteht ihnen dabei Widerstand, ihn niederzukämpfen. Nur so steigern sie ihre Kräfte gegenseitig und heben sie sich einander. Damit wurde nicht nur die Idee eines friedlichen Ausgleichs unter den Staaten auf ihr berechtigtes Maß zurückgeführt. Auch die übertriebene Geltung, die

Digitized by Google

von den Deutschen völkerrechtlichen Vorschriften beigelegt worden war, wurde mit den Wirklichkeiten in der Welt um sie her wieder in Uebereinstimmung gebracht.

Nur die Berichtigung des Freiheitsideals machte die ganze Zeit hindurch kaum einen Fortschritt. Den Grund wird man darin zu suchen haben, daß es den Deutschen des ausgehenden achtzehnten und beginnenden neunzehnten Jahrhunderts mit ihrem von der Aufklärung regulierten, das Einfache und Fertige bevorzugenden Denken noch nicht möglich war, sich zu der Vorstellung jener aus einem Oberstaate und aus Einzelstaaten kombinierten, auf Entwicklung angelegten Staatsform durchzufinden, die wir heute im Deutschen Reiche besitzen und die allein das Uebermaß „germanischer Freiheit" wegzuräumen vermochte und doch das notwendige Maß deutscher Stammeseigentümlichkeiten und Einzelstaatsrechte bewahrte.

Der Deutsche Bund des Jahres 1815 ist das praktische Ergebnis all dieser mehr oder minder zum Ziel gekommenen Ueberlegungen gewesen. Will man ihn treffend beurteilen, so darf man wohl nicht außer acht lassen, daß gerade Wilhelm v. Humboldt neben Stein seine Vaterschaft für sich in Anspruch genommen hat. Die Bundesakte ließ auch den letzten Schein, als ob in Deutschland ein Oberstaat über den Einzelstaaten sein sollte, fallen und beschied sich mit einem bloßen Bundesverhältnis der Bundesstaaten nach Analogie der „Eidgenossenschaft" der Reichsstände, die Johannes v. Müller gelehrt hatte. Auch hielt sie noch fest daran, daß der Bund nie eine Politik der Eroberung treiben sollte. Daß er vielmehr seine eigentliche Aufgabe in der Erhaltung der Ruhe Europas suchen müsse, haben Humboldt und Metternich unabhängig voneinander in fast gleichen Redewendungen bezeugt. Auf Europa in seiner Verfassung Rücksicht zu nehmen, lag den Schöpfern des Bundes nach der einleitenden Formel der Bundesakte noch ebenso an, wie Deutschlands Bedürfnissen zu genügen. Sann doch Metternich eben damals — vielleicht nicht unbekannt mit der Kritik Fichtes und Müllers und andrer an der Gleichgewichtstheorie — auf eine neue „organische" Verfassung Europas. Ebenso entschieden aber meinten er und seine Mitarbeiter in der Akte der Forderung entsprochen zu haben, die bisher unter allen Reformvorschlägen der letzten Jahrzehnte allein zur vollkommenen Formulierung gediehen war. Die Nation sollte in der Bundesakte ihr Recht auf den Schutz ihrer Grenzen und ihres staatsrechtlichen Zustandes, sie sollte nicht minder die Ansprüche ihres nationalen Selbstgefühls durch den Bund gewahrt sehen. Aus einer kleinen Schrift, mit der Heeren, der politisch umsichtigste deutsche Geschichtschreiber seiner Zeit, den Bund 1817 begrüßte, leuchtet der Zusammenhang zwischen den leitenden Gedanken der Bundesakte und der traditionellen Ideenbildung der deutschen Nation in der Fassung, die ihr die zeitgenössische Publizistik gegeben hatte, besonders klar ein. Erst die folgenden Geschlechter haben erfahren, daß sich die geistigen Urheber des Bundes gerade mit der Aufgabenstellung, auf die sie am stolzesten waren: der Vereinigung einer unbedingten Friedenspolitik mit kräftigem Nationalbewußtsein, um die Quadratur des Kreises

Digitized by Google

bemüht hatten. Was diese wollten, sagten sie abschließend 1820 im Artikel 35 der Wiener Schlußakte: „Der Bund hat als Gesamtmacht das Recht, Krieg, Frieden, Bündnisse und andre Verträge zu beschließen. Nach dem im zweiten Artikel der Bundesakte ausgesprochenen Zwecke des Bundes übt derselbe aber diese Rechte nur zu seiner Selbstverteidigung, zur Erhaltung der Selbständigkeit und äußern Sicherheit Deutschlands und der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit der einzelnen Bundesstaaten aus." Dem Frieden hat der Bund gedient. Das deutsche Volk hat ihn in seiner Mehrheit zum Schluß dennoch nur unter dem Gesichtspunkt betrachtet, daß er es hinderte, eine Großmacht gleich den Nachbarnationen zu werden.

Hier hat der Hinweis auf die Fäden, die zwischen der Bundesakte und der gleichzeitigen politischen Schriftstellerei in Deutschland hin und her liefen, nur deshalb seinen Platz, weil er zeigt, wie es sich in der Praxis deutschen Staatslebens ebenso wie in der Publizistik zu Anfang des neunzehnten Jahrhunderts bei allen Bemühungen, das Nationale in den äußeren Verhältnissen des deutschen Volkes kräftiger zu betonen, nur um eine Verbesserung und Berichtigung der früheren Entwicklung, nicht um ein neues oder gar dem vergangenen entgegengesetztes, feindliches handelte. Sie wollten Deutschland wieder aufbauen, aber mit ihm Europa. „Europa ist durch Teutschland gefallen; durch Teutschland muß es wieder emporsteigen."

Innere Gründe vermögen diese Beobachtung wohl vollends zur Gewißheit zu erheben. Für alle die Männer, die die Wortführer der Nation in jener bedeutsamen Zeit waren, blieben die vornehmsten Aufgaben des deutschen Staates ethischer Natur, auch wenn sie sich nicht mehr verbargen, daß die Macht das Wesen des Staates ausmacht. Ihr deutscher Idealismus sorgte dafür. Eben diese ethischen Aufgaben jedoch duldeten keine Beschränkung des Staates auf sich selbst. Sie heischten von ihm dauernde Hingabe an die Zwecke der gesamten Menschheit und sie brauchten umgekehrt die Fülle der gesamteuropäischen christlichen Kultur, damit sie selbst immer wieder ausreichende Anregung und Schwungkraft empfingen. Aber auch aus einer tieferen Einsicht in das Wesen des nationalen Staates, als sie ihren Nachfahren eigen war, beharrten jene Männer auf der gleichzeitigen Pflege universalistischen und nationalen Denkens. Als das Kennzeichen des nationalen Staates galt ihnen nicht die durch nichts mehr gehemmte Unabhängigkeit seines Handelns, sondern sie erkannten, daß im Gegenteil gerade der nationale Staat aus freien Stücken zu Einschränkungen seines Selbstbestimmungsrechtes bereit sein muß, will er den Bedürfnissen der von ihm umspannten und als politische Gemeinschaft organisierten Nation entsprechen. Denn die Bedürfnisse, die der Staat von Natur hat, und die Bedürfnisse einer staatlich organisierten Nation decken sich durchaus nicht in allwege. Ein Staat kann sich in allen Dingen, wenn er mächtig genug dazu ist, auf sich allein stellen. Seine Natur wehrt es ihm nicht, treibt ihn eher dazu an. Von jeder Nation aber gilt, was wiederum Humboldt am schlichtesten und klarsten gesagt hat: „Es liegt in der Art, wie die Natur Individuen zu Nationen vereinigt und das

Digitized by Google

Menschengeschlecht in Nationen absondert, ein überaus tiefes und geheimnisvolles Mittel, den einzelnen, der für sich nichts ist, und das Geschlecht, das nur in einzelnen gilt, in dem wahren Wege verhältnismäßiger und allmählicher Kraftentwicklung zu erhalten." Die Nationen stehen nicht unabhängig nebeneinander, sondern sind nur da als Gliederungen der einen Menschheit. Solche Erkenntnis dämmerte doch vermutlich auch vor Adam Müller auf, als er in bestimmter Abgrenzung dessen, was er ausdrücken wollte, gegen alle „schale, über den ganzen Erdball zerfließende Weltbürgerlichkeit" die Sätze niederschrieb: „In dem Herzen des einzelnen Menschen, in wie glücklichen Verhältnissen er auch als Bürger lebe, wie mächtig das Vaterland alle seine Neigungen auch fessele, bleibt dessenungeachtet eine unausgefüllte Stelle zurück: unter aller nationaler Befriedigung noch Raum zur Sehnsucht."

Verbessern und berichtigen wollten diese Männer, was sich an Schwächen und Irrungen in die politische Ideenbildung der Nation im Laufe der Jahrhunderte eingeschlichen hatte, und was sich in den Jahren Napoleons so furchtbar an ihr rächte. Ueber dem Verbessern und Berichtigen haben sie diese Ideenbildung in Wahrheit vollendet. Sie führten sie nicht nur gedanklich auf die Höhe, sondern verhalfen ihr in den wichtigsten Teilen auch zum reinsten und klarsten Ausdruck. Außer in der Verfassungs- und Freiheitsfrage ließen sie den nachkommenden Geschlechtern nur eine verhältnismäßig leichte Nachlese übrig. Sie ließen ihnen freilich auch die Tat!

*

Die Folgezeit hat uns im Jahre 1870 die Tat gebracht. Wir haben das Reich. Aber nicht mit gleicher Kraft ist inzwischen das Vätererbe politischer Gedanken und Ueberzeugungen gehütet, geschweige denn weiter daran gestaltet worden. Dem deutschen Volke wurden im Gegenteil die Idee des nationalen Staates und sein hergebrachtes universalistisches Denken als einander feindliche Gegensätze geschildert. Man leitete es an, die ethischen Zwecke des Staatslebens als den Machtzwecken untergeordnet anzusehen; für die auswärtige Politik disputierte man sie ganz und gar hinweg. Zufällige Anlässe taten das meiste dazu, die Unzulänglichkeit und das Unvolkstümliche der Bundespolitik, der besondere staatsmännische Charakter Bismarcks, die Anziehungskraft von staatsrechtlichen und parteipolitischen Doktrinen fremdländischer Herkunft und die Schwierigkeiten aller Grenzbestimmung zwischen dem Machtdrange des Staates und den Pflichten einer Nation gegen die Gesellschaft. Daher bewegt sich wohl das Denken unsres Volkes unter der Oberfläche immer noch in den überlieferten Bahnen. Die Friedfertigkeit seiner Politik seit 1871 ist der beste Zeuge dafür, daß es im Kerne das alte Volk geblieben ist. Aber was bisher nur äußerlich an ihm haftete, wird allgemach sein Wesen durchdringen. Damit würde dann nicht nur die Art all unsrer auswärtigen Beziehungen sich ändern, friedlos werden. Auch die Schäden unsres Volkstums, die uns seit der Begründung des Reiches in rasch wachsendem Maße zu schaffen machen, würden vermutlich

Digitized by Google

heillos werden. Denn aus demselben Quell ist ja einst die Teilnahme der Deutschen für alle Güter des gesamten europäischen Staatslebens und der Idealismus geströmt, der das innere Leben unsres Volkstums mit ethischen Postulaten ganz und gar erfüllte. Auf die Schäden am Volkstum haben zur Stunde schon wieder weite Kreise deutscher Bürger aus eignem Antrieb ihr Augenmerk gerichtet. Der Wert eines universalistischen Einschlags im deutschen politischen Denken muß den meisten erst neu nachgewiesen werden. Aber auf diesen Nachweis darf unter keinen Umständen verzichtet werden. Hielt die Nation vor einem Jahrhundert mitten in der Glut aufflammenden Nationalgeistes an der universalistischen Denkart fest, weil in ihr der ethische Gehalt deutschen politischen Denkens noch unversehrt war, so müssen wir heute zu der universalistischen Denkart der Väter wieder zurückkehren, soll es uns glücken, den mittlerweile versehrten ethischen Gehalt des politischen Denkens der Nation aufzufrischen, ihren politischen Idealismus wieder zu wecken. Jeder Wink, den wir den Gedankengängen der vor einem Jahrhundert führenden Männer für die unmittelbaren Sorgen unsrer inneren Politik entnehmen können, weist uns auf den Zusammenhang hin. Fichte sah den wesentlichen Dienst, den die Deutschen der gesamten Menschheit leisten könnten, darin, daß sie vorbildlich zunächst unter sich ein wahres Reich des Rechts aufrichteten und für alle bürgerliche Freiheit sich begeisterten. Heinrich v. Gagern versprach sich von allem, was für die politische Bildung eines Volkes geschehe, eine Frucht für die Annäherung der Völker untereinander. Herder träumte gar den Traum, daß, je edler und tiefer der Patriotismus, je wärmer das vaterländische Empfinden werde, desto weniger Kriege geführt werden würden. „Politische Maschinen mögen gegeneinander gerückt werden, bis eine die andre zersprengt. Nicht so wirken Vaterländer gegeneinander, sie liegen ruhig nebeneinander und stehen sich als Familie bei. Vaterländer gegen Vaterländer im Blutkampfe ist der ärgste Barbarismus der menschlichen Sprache." Um was aber ringen wir in unsrer inneren Politik heute sehnsüchtiger als um die Verteidigung der bürgerlichen Freiheit und um das Recht, um einen veredelten Patriotismus, um politische Bildung? Weil es dem neunzehnten Jahrhundert in seinem späteren Verlauf an dem vollen sittlichen Ernste der Väter mangelte, sind die Gebrechen im Innern der Nation so bedrohlich geworden. Nur deshalb ist aber auch, was uns mit den andern Völkern gemein ist und mit ihnen verbindet, in den Vorstellungen der Nation immer mehr vor dem zurückgetreten, was sie und uns in schroffen Gegensatz widereinander stellt. So ergibt sich zuletzt aus den Bedürfnissen der deutschen Gegenwart für die Freunde internationaler Verständigung in Deutschland der Rat, zuvörderst mit Hand anzulegen, damit das ursprünglich so reiche ethische Empfinden im deutschen Staatsleben wieder zum Quellen und Wirken gebracht werde. Anderseits mögen sich auch alle die, denen schon die Arbeit am eignen Volkstum am Herzen liegt, von der Geschichte mahnen lassen, daß sie gute Hoffnung nur hegen dürfen, wenn sie helfen, die universalistischen Empfindungen im deutschen Gemütsleben wieder mit zum

Digitized by Google

Schwingen und Klingen zu bringen. Das deutsche Volk selbst wird nach allen Erfahrungen der Vergangenheit sorgen, daß über der Ethik nicht wieder seine Stärke, über der „deutschen Gerechtigkeit gegen das Ausland" nicht seine nationale Einheit und Gesinnung Schaden leidet.

Andrássy und Bismarcks Kulturkampf[1]

Während die ungarische Parlamentskrise die volle Aufmerksamkeit Andrássys auf sich zog, ward trotzdem gleichzeitig sein Geist durch eine andre, nicht minder wichtige Sache beschäftigt, die in innigstem Zusammenhang mit der von ihm begründeten deutschfreundlichen Richtung stand. Draußen im Deutschen Reiche loderte in hellen Flammen der sogenannte „Kulturkampf", der Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, von dem Bismarck in einer seiner gewaltigen Reden sagte, daß er so alt sei wie das Menschengeschlecht selbst.[2] War es bei dem Verhältnis, in dem Oesterreich-Ungarn seit dem Sommer 1871 zu Deutschland stand, möglich, daß Andrássy eine dem deutschen Kanzler feindliche kirchenpolitische Haltung einnehme? Schien es denkbar, daß er sich auf die Seite der römischen Kurie stelle, die seit dem Syllabus vom 8. Dezember 1864 mehr als je mit der offen einbekannten Absicht hervortrat, das gesamte staatliche Leben unter ihre Herrschaft zu bringen? Seiner ganzen Klugheit bedurfte es, um sowohl der Freundschaft für Deutschland als auch den Anforderungen der inneren Verhältnisse der Monarchie gerecht zu werden. Ihm fiel die gewiß nicht leichte Aufgabe zu, glücklich hindurchzusteuern zwischen den Klippen, die ihn von zwei Seiten: von Deutschland und von mächtigen sozialen Schichten in Oesterreich-Ungarn, bedrohten. Mit seinem feinen politischen Takte und der ihm eignen politischen Geradheit des Charakters bewahrte Andrássy die Monarchie vor schweren Schäden, denen sie der kirchliche Konflikt aussetzte, in den sie durch die Machtansprüche Papst Pius' IX. geriet.

Ein unbedingter Anhänger des Liberalismus und entschlossener Verteidiger der Rechte des Staates, konnte Andrássy nie zugeben, daß Oesterreich-Ungarn den Geboten Roms ausgeliefert werde. Die Zeiten, wo in Oesterreich eine rein kirchliche Auffassung die Staatsgeschäfte lenkte, wo man, wie im Konkordate von 1855, das Interesse der Kirche über das des Staates stellte, gehörten seit der Herstellung verfassungsmäßiger Zustände dies- und jenseits der Leitha der Vergangenheit an. Seit 1867 hätte es kein leitender österreichischer oder ungarischer

---

[1] Aus dem demnächst bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden II. Bande des Werkes: Graf Julius Andrássy, sein Leben und Wirken auf Grund ungedruckter Quellen dargestellt von Eduard v. Wertheimer.

[2] Rede Bismarcks vom 10. März 1873.

Digitized by Google

Staatsmann mehr wagen dürfen, den Konkordatsgeist wieder aufleben zu lassen. Am wenigsten konnte dies Andrássy einfallen. War er es doch, der der österreichischen Verfassungspartei in ihrem Kampfe gegen das Konkordat seine Hilfe geliehen, der sich zur selben Zeit zum Dolmetsch der tiefen Erregung gemacht, von der damals auch Ungarn durch das aggressive Vorgehen der Bischöfe in Oesterreich ergriffen wurde. Ein Mann von seiner Gesinnung durfte nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie die Jesuiten in der ganzen Welt agitierten, um die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes mittels des von Pius IX. einberufenen Allgemeinen Konziles in eine gültige Form zu bringen.[1]) Diese Frage, die weit über das rein religiöse Gebiet hinausreichte und einen hochpolitischen Charakter besaß, mußte jeden Staatsmann, und natürlich auch Andrássy, mit großen Besorgnissen erfüllen. Es war klar, daß durch die Anerkennung der Unfehlbarkeit die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker in weltlichen Dingen zum Glaubenssatz erhoben werden sollte.[2]) Trotzdem geschah das Unerwartete, daß Beust im Einvernehmen mit der ungarischen und österreichischen Regierung die am 9. April 1869 vom bayrischen Minister Fürsten Hohenlohe beantragten, gemeinsam zu ergreifenden Präventivmaßregeln ablehnte.[3]) Es war ein Fehler, der sich dann auch rächte, auf die Opposition des österreichisch-ungarischen Episkopats als eine wirksame Handhabe gegen die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas zu rechnen.[4]) Während mit dem Zuwarten viel kostbare Zeit verloren ging, gelang es der ungemein rührigen Jesuitenpartei, die dem neuen Dogma feindlichen Bischöfe einzuschüchtern. Die Gefahr, über die sich Beust, ungeachtet des am 6. Februar 1869 erschienenen „Civiltà"-Artikels,[5]) am 15. Mai desselben Jahres noch kein Urteil zu bilden vermochte,[6]) stand bereits den 10. Februar 1870 in voller Größe vor seinen Augen. Von der jetzt eingetretenen Situation mußte er selbst sagen: sie schaffe „einen unausfüllbaren Abgrund zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der meisten modernen Staaten.[7])

Nachdem jedoch das Unfehlbarkeitsdogma verlautbart worden war, mußte

---

[1]) J. Friedrich: „Geschichte des Vatikanischen Konzils" II. 29. Kapitel. Durch die Bulle vom 29. Juni 1868 wurde das Allgemeine Konzil ausgeschrieben.

[2]) Dies war die Ansicht Döllingers. Siehe: „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, Bd. I, S. 351. Zu vergleichen damit: „Allgemeine Zeitung", 10.—15. März 1869. Die daselbst anonym erschienenen Artikel über das Konzil rühren von Döllinger her.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 351. Beust an Graf Ingelheim in München, Wien, 15. Mai 1869, abgedruckt in: Graf Beust, „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. II, S. 278.

[4]) Beust, a. a. O., S. 281.

[5]) Näheres über diesen Artikel bei Friedrich, „Geschichte des Vatikanischen Konzils", II, 29. Kapitel.

[6]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 280.

[7]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 381, Depesche Beusts an Graf Trauttmansdorff in Rom, 10. Februar 1870.

Digitized by Google

Schwingen und Klingen zu bringen. Das deutsche Volk selbst wird nach allen Erfahrungen der Vergangenheit sorgen, daß über der Ethik nicht wieder seine Stärke, über der „deutschen Gerechtigkeit gegen das Ausland" nicht seine nationale Einheit und Gesinnung Schaden leidet.

Andrássy und Bismarcks Kulturkampf[1]

Während die ungarische Parlamentskrise die volle Aufmerksamkeit Andrássys auf sich zog, ward trotzdem gleichzeitig sein Geist durch eine andre, nicht minder wichtige Sache beschäftigt, die in innigstem Zusammenhang mit der von ihm begründeten deutschfreundlichen Richtung stand. Draußen im Deutschen Reiche loderte in hellen Flammen der sogenannte „Kulturkampf", der Machtstreit zwischen Königtum und Priestertum, von dem Bismarck in einer seiner gewaltigen Reden sagte, daß er so alt sei wie das Menschengeschlecht selbst.[2] War es bei dem Verhältnis, in dem Oesterreich-Ungarn seit dem Sommer 1871 zu Deutschland stand, möglich, daß Andrássy eine dem deutschen Kanzler feindliche kirchenpolitische Haltung einnehme? Schien es denkbar, daß er sich auf die Seite der römischen Kurie stelle, die seit dem Syllabus vom 8. Dezember 1864 mehr als je mit der offen einbekannten Absicht hervortrat, das gesamte staatliche Leben unter ihre Herrschaft zu bringen? Seiner ganzen Klugheit bedurfte es, um sowohl der Freundschaft für Deutschland als auch den Anforderungen der inneren Verhältnisse der Monarchie gerecht zu werden. Ihm fiel die gewiß nicht leichte Aufgabe zu, glücklich hindurchzusteuern zwischen den Klippen, die ihn von zwei Seiten: von Deutschland und von mächtigen sozialen Schichten in Oesterreich-Ungarn, bedrohten. Mit seinem feinen politischen Takte und der ihm eignen politischen Geradheit des Charakters bewahrte Andrássy die Monarchie vor schweren Schäden, denen sie der kirchliche Konflikt aussetzte, in den sie durch die Machtansprüche Papst Pius' IX. geriet.

Ein unbedingter Anhänger des Liberalismus und entschlossener Verteidiger der Rechte des Staates, konnte Andrássy nie zugeben, daß Oesterreich-Ungarn den Geboten Roms ausgeliefert werde. Die Zeiten, wo in Oesterreich eine rein kirchliche Auffassung die Staatsgeschäfte lenkte, wo man, wie im Konkordate von 1855, das Interesse der Kirche über das des Staates stellte, gehörten seit der Herstellung verfassungsmäßiger Zustände dies- und jenseits der Leitha der Vergangenheit an. Seit 1867 hätte es kein leitender österreichischer oder ungarischer

---

[1]) Aus dem demnächst bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erscheinenden II. Bande des Werkes: Graf Julius Andrássy, sein Leben und Wirken auf Grund ungedruckter Quellen dargestellt von Eduard v. Wertheimer.

[2]) Rede Bismarcks vom 10. März 1873.

Digitized by Google

Staatsmann mehr wagen dürfen, den Konkordatsgeist wieder aufleben zu lassen. Am wenigsten konnte dies Andrássy einfallen. War er es doch, der der österreichischen Verfassungspartei in ihrem Kampfe gegen das Konkordat seine Hilfe geliehen, der sich zur selben Zeit zum Dolmetsch der tiefen Erregung gemacht, von der damals auch Ungarn durch das aggressive Vorgehen der Bischöfe in Oesterreich ergriffen wurde. Ein Mann von seiner Gesinnung durfte nicht mit verschränkten Armen zusehen, wie die Jesuiten in der ganzen Welt agitierten, um die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes mittels des von Pius IX. einberufenen Allgemeinen Konziles in eine gültige Form zu bringen.[1]) Diese Frage, die weit über das rein religiöse Gebiet hinausreichte und einen hochpolitischen Charakter besaß, mußte jeden Staatsmann, und natürlich auch Andrássy, mit großen Besorgnissen erfüllen. Es war klar, daß durch die Anerkennung der Unfehlbarkeit die Gewalt der Päpste über alle Fürsten und Völker in weltlichen Dingen zum Glaubenssatz erhoben werden sollte.[2]) Trotzdem geschah das Unerwartete, daß Beust im Einvernehmen mit der ungarischen und österreichischen Regierung die am 9. April 1869 vom bayrischen Minister Fürsten Hohenlohe beantragten, gemeinsam zu ergreifenden Präventivmaßregeln ablehnte.[3]) Es war ein Fehler, der sich dann auch rächte, auf die Opposition des österreichisch-ungarischen Episkopats als eine wirksame Handhabe gegen die Verkündigung des Unfehlbarkeitsdogmas zu rechnen.[4]) Während mit dem Zuwarten viel kostbare Zeit verloren ging, gelang es der ungemein rührigen Jesuitenpartei, die dem neuen Dogma feindlichen Bischöfe einzuschüchtern. Die Gefahr, über die sich Beust, ungeachtet des am 6. Februar 1869 erschienenen „Civiltà"-Artikels,[5]) am 15. Mai desselben Jahres noch kein Urteil zu bilden vermochte,[6]) stand bereits den 10. Februar 1870 in voller Größe vor seinen Augen. Von der jetzt eingetretenen Situation mußte er selbst sagen: sie schaffe „einen unausfüllbaren Abgrund zwischen den Gesetzen der Kirche und denen der meisten modernen Staaten.[7])

Nachdem jedoch das Unfehlbarkeitsdogma verlautbart worden war, mußte

---

[1]) J. Friedrich: „Geschichte des Vatikanischen Konzils" II. 29. Kapitel. Durch die Bulle vom 29. Juni 1868 wurde das Allgemeine Konzil ausgeschrieben.

[2]) Dies war die Ansicht Döllingers. Siehe: „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe, Bd. I, S. 351. Zu vergleichen damit: „Allgemeine Zeitung", 10.—15. März 1869. Die daselbst anonym erschienenen Artikel über das Konzil rühren von Döllinger her.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 351. Beust an Graf Ingelheim in München, Wien, 15. Mai 1869, abgedruckt in: Graf Beust, „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. II, S. 278.

[4]) Beust, a. a. O., S. 281.

[5]) Näheres über diesen Artikel bei Friedrich, „Geschichte des Vatikanischen Konzils", II, 29. Kapitel.

[6]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 280.

[7]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 381, Depesche Beusts an Graf Trauttmansdorff in Rom, 10. Februar 1870.

Digitized by Google

man zusehen, wie dessen Folgen einzudämmen seien. Andrássy war es vor allem um die Verhütung eines unheilbaren Zusammenstoßes zwischen der geistlichen und staatlichen Macht und um die Wahrung der Rechte des Staates zu tun. Abgesehen von einigen Ausschreitungen, konnte er von dem ihm bekannten Patriotismus der ungarischen Bischöfe erwarten, daß sie ihm keine Verlegenheiten bereiten würden. Darauf dürften denn auch, falls sie wirklich gefallen sind, die ihm Bismarck gegenüber bei der Salzburger Zusammenkunft (August 1871) in den Mund gelegten Worte zielen: „Ich schieße nicht mit Kanonen auf Spatzen."[1]) Wollte Andrássy damit nicht etwa andeuten, daß er bei dem in kirchlichen Fragen mehr indifferenten als bigotten Charakter des ungarischen Volkes keine leidenschaftlichen Ausbrüche zu befürchten brauche? Jedenfalls kann diesem Ausspruche — immer unter der Voraussetzung, daß er wirklich erfolgte — kein andrer Sinn unterlegt werden, als daß er überzeugt war, mit den ihm zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mitteln widerspenstigen Priestern gegenüber das Auslangen zu finden.[2]) Solange Andrássy an der Spitze Ungarns stand, gab es auch tatsächlich keinen eigentlich gefährlichen Zusammenstoß mit den ungarischen Kirchenfürsten.[3])

*

Andrássy, der sich nie von konfessionellen Gesichtspunkten, sondern stets nur vom Staatsinteresse leiten ließ, war fest entschlossen, auch als Minister des Aeußern keinen andern Erwägungen Raum zu gewähren. Er wäre froh ge-

[1]) „Presse", 24. Juli 1872. Man hatte Andrássy gesagt, Dóczi hätte die Korrespondenz, in der diese Worte vorkamen, geschrieben. Es stellte sich aber bald heraus, daß die Mitteilung von Baron Ivor Kaas herrührte. Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", Bd. II, S. 75, läßt Andrássy gelegentlich der Jesuiteneinwanderung diesen Satz sprechen.

[2]) Hierher gehört in erster Linie das Jus placeti, als eine stets bereite Waffe der staatlichen Zensur in Ungarn, um ihr unangenehme Rückwirkungen des Infallibilitätsdogmas zu verhindern. Auf Grund des Jus placeti wurde ja auch der greise Bischof Jekelfalussy von Stuhlweißenburg, der gegen das Verbot dennoch das neue Dogma hatte verkünden lassen, am 11. September 1870 vor den ungarischen Ministerrat berufen, wo ihm Andrássy auf ausdrücklichen Befehl und im Namen Seiner k. u. k. apostolischen Majestät „die allerhöchste Mißbilligung, Verweis und Tadel" aussprach. In seinem Vortrage vom 11. September 1870 (Königl. Ungarisches Ministerpräsidium) erwähnt Andrássy, der Bischof habe vor der versammelten Ministerkonferenz erklärt, daß er den Befehl Seiner Majestät mit „gebührender Ehrfurcht" annehme, sowie daß er seine Pflichten kenne. Paulers, des ungarischen Unterrichtsministers, Rede vom 28. September 1871 im „Diarium des ungarischen Reichstages" (ung.). Ueber die Stellung der ungarischen Regierung gegenüber dem Infallibilitätsdogma und den ungarischen Bischöfen siehe: Kónyi, „Die Reden Deáks", Bd. VI, S. 383—416.

[3]) Die ungarischen Kirchenfürsten hatten die Verabredung getroffen, ein jeder von ihnen solle dem Papste erklären, ihre Ueberzeugung betreffs der Unfehlbarkeitslehre sei dieselbe geblieben, daß sie sich zwar wegen Vermeidung eines Schisma unterwerfen, doch sich nicht verpflichten, die Gegner des neuen Dogmas zur Verantwortung zu ziehen oder dasselbe in demonstrativ herausfordernder Weise zu verbreiten oder zu lehren.

Digitized by Google

wesen, wenn ihn die Ereignisse in keine ausgesprochene Kampfstellung gegen den Ultramontanismus hineingedrängt hätten. Lagen doch die Verhältnisse für ihn ganz anders als für Bismarck, der in der Koalition aller ultramontanen Elemente von Deutschland, Rom, Frankreich und Polen die Elemente zur Zerstörung der von ihm begründeten deutschen Einheit erblickte.[1]) Freilich blieb Andrássy nicht die Erfahrung erspart, daß ähnliche Kräfte auch an der Untergrabung seiner Position arbeiteten, um einen klerikal gesinnten Mann an die Spitze der auswärtigen Geschäfte zu bringen. Doch hatte er von diesen, denen nicht so mächtige Bundesgenossen als den deutschen Bischöfen zur Verfügung standen, wenig zu befürchten. Wahrscheinlich würde Andrássy seine beobachtende Stellung, aus der er allerdings jeden Augenblick zum Angriff übergehen konnte, nicht verlassen haben, wenn ihn die Ultramontanen nicht selbst gezwungen hätten, offen vor aller Welt in Gegensatz zu ihnen zu treten. Anlaß hierzu bot die Frage der Wiederherstellung des am 8. Oktober 1870 dem Königreich Italien einverleibten Kirchenstaates, mit dessen Vernichtung naturgemäß auch die weltliche Souveränität des Papstes ihr Ende erreicht hatte. Die Besetzung der ewigen Stadt durch italienische Truppen war eifrigen Katholiken natürlich ein Greuel, und immer wieder erklang es seitdem von Klagen über die trostlose Lage des in Rom „gefangenen" Papstes. Auch das Wiedener „Katholisch-politische Kasino" in Wien fühlte sich berufen, sich dem Reigen dieser Beschwerden anzuschließen. Eine Deputation desselben, geführt von Baron Stillfried, erschien am 15. Februar 1872 vor Andrássy, um dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß Pius IX. aus der unerträglichen Situation befreit und ihm ein Asyl in einem außerhalb Italiens gelegenen katholischen Staate angeboten werden möchte. Der fromme Baron stellte damit an den Minister des Aeußern die direkte Aufforderung, er solle Seine Heiligkeit zur Uebersiedlung nach der Monarchie einladen.[2]) Nach der Besitznahme Roms durch Italien hatte Beust allerdings einen Moment daran gedacht, Pius IX. Trient zur Verfügung zu stellen. Davon wollte Andrássy jedoch nichts wissen.[3]) In diesem Sinne lautete die Antwort, die er jetzt Baron Stillfried erteilte. Er müsse — sagte er — die Herren der Deputation aufmerksam machen, daß selbst die bewährtesten Ratgeber des Papstes nicht ihrer Ansicht seien. Auch seine eigne Ueberzeugung wäre es, daß es keinen katholischen Staat gebe, der dem Heiligen Vater ein Asyl zu gewähren vermöchte, das im Interesse der Religion ihm jene Vorteile bieten könnte, die er gerade in Rom genieße. Nachdem Andrássy noch darauf

[1]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen" II, 24. Kapitel: „Kulturkampf".

[2]) Nach der ausführlichen Darstellung der offiziösen „Oesterreichischen Korrespondenz", wiedergegeben in der „Neuen Freien Presse", 23. Januar 1872, unter dem Titel: „Graf Andrássy über die römische Politik". Der Verfasser des Artikels war Baron Ludwig Dóczi, damals Hofsekretär im Ministerium des Aeußern. Andrássy wollte die Veröffentlichung zuerst nicht gestatten, aber Dóczi beredete ihn, mit Rücksicht auf die Liberalen Wiens seine Einwilligung zu geben.

[3]) Schweinitz, Wien, 23. Februar 1872.

Digitized by Google

hingewiesen, wie die Sorge für das Wohl der Monarchie und die Erhaltung des Friedens weder dem Kaiser und König noch ihm ein Ablenken von der bisher eingehaltenen Richtung gestatten, schloß er mit folgenden Worten: „Sie wissen, meine Herren, ich bin ein Freund klarer Situationen. Ihre Vorstellungen werden nur dann klar, wenn sie in einen praktischen Vorschlag auslaufen. Erlauben Sie mir daher, daß ich bezüglich dessen, was Sie von der Okkupation gesagt, die praktische Frage an Sie richte: Sind Sie der Meinung, daß es unsre Aufgabe wäre, nach Italien einzumarschieren?" Als Baron Stillfried, von dieser Wendung in der Antwort des Ministers überrascht, verlegen entgegnete: es gehe über die Grenzen seiner Mission, sich hierüber zu äußern, bemerkte Andrássy ironisch: die Kritik sei eben hier leichter als positive Vorschläge, womit er den Herren der Deputation keinen Vorwurf machen, sondern nur die Sachlage gehörig beleuchten wollte.[1])

Andrássys Rede erregte je nach der politischen Gesinnung der verschiedenen Lager in der ganzen Welt das größte Aufsehen. Wirklich hatte man bisher aus dem Munde eines Ministers der Monarchie noch nie eine so offene, rückhaltlose Sprache gegenüber den Klagen vom gefangenen Papst vernommen, der, entgegen den über ihn verbreiteten Gerüchten, Botschafter und Gesandte um sich versammelte, ungehindert mit den Bischöfen des ganzen Erdbodens verkehrte und an diese auch seine Dekrete richtete. Die ultramontanen Blätter freilich spien Feuer und Flamme vor Zorn über die Aeußerungen Andrássys. Das „Vaterland", als Organ der österreichischen Ultramontanen, schrieb damals, daß Andrássy, dessen Ernennung zum Minister des Aeußern gleich anfangs in katholischen und patriotischen Kreisen kein besonderes Vertrauen erweckte, jetzt, gleichsam „zur Bekräftigung und als Siegel dieser Vertrauenslosigkeit" die Anrede an Baron Stillfried gehalten habe. Das ultramontane Blatt hielt ihm seine Vergangenheit als „gewesener Revolutionär" vor und suchte ihm zu beweisen, wie er als solcher, gleich jedem ehemaligen Revolutionär, erkennen müsse, wie nur die katholische Religion allein den stärksten Damm gegen Umsturztendenzen bilde.[2]) Weniger glimpflich behandelte der „L'Univers" Andrássy, den er einen „Wiener Communard" nannte. Der Minister des Aeußern durfte jedoch mit der Aufnahme, die seine Entgegnung, abgesehen von den unversöhnlichen Ultramontanen, in der Oeffentlichkeit gefunden, sehr zufrieden sein. Befriedigt hiervon, sagte er zu General Schweinitz, er halte es nicht für anständig, sich durch Sprechen oder Schreiben populär machen zu wollen, wenn aber die Gegner dies Geschäft für ihn besorgen, so könnte es ihm nur recht angenehm sein.[3])

Andrássy war es wirklich nicht um Popularitätshascherei zu tun, als er seine von der liberalen Welt mit Jubel begrüßten Worte an Baron Stillfried

[1]) Nach der Veröffentlichung der offiziösen „Oesterreichischen Korrespondenz" mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse", 23. Januar 1872.

[2]) „Vaterland" im Artikel: „Andrássy", 21. Januar 1872; siehe auch die Nummer dieses Blattes vom 24. Januar 1872: „Der Adler und das Kreuz".

[3]) Schweinitz, 23. Januar 1872.

Digitized by Google

richtete. Ihn leitete vielmehr die Ueberzeugung, ein Eingreifen Oesterreich-Ungarns zugunsten der Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wäre eine unmögliche Politik. Nicht nur in Ungarn — äußerte er gegenüber dem kaiserlich deutschen Botschafter — wo man auf die Wahrung der apostolischen[1]) Selbständigkeit des Königreichs stets eifersüchtig achte, wo gerade am Widerstande der Katholiken selbst der Versuch Graf Albert Apponyis zur Bildung einer katholischen Partei scheiterte, und wo so viele Reformierte leben, nicht nur dort, fügte er hinzu, sondern auch in Oesterreich könnte keine vom römischen Geiste erfüllte Politik durchgeführt werden. Ja, bemerkte der Minister weiter, auch an entscheidender Stelle wird eine derartige Absicht nicht gehegt. Zum Beweise hierfür berief sich Andrássy darauf, daß Erzherzog Johann von Toskana demnächst den König Viktor Emanuel besuchen werde, was der eben in Italien weilende jüngste Bruder Franz Josefs I., Erzherzog Ludwig Viktor, nur aus Rücksicht für seine Mutter, Erzherzogin Sophie, unterlassen habe. Wenn — schloß Andrássy das Gespräch — wieder ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen und die französische Regierung etwa nach katholischen Bundesgenossen Umschau halten sollte, wird sie gewiß nichts von Oesterreich-Ungarn zu erwarten haben, sondern sich vielmehr an die Slawen um Hilfe wenden müssen.[2]) Dem deutschen Botschafter klangen diese Ausführungen sehr angenehm ins Ohr; bestätigten sie ihm doch, daß die ultramontanen Gegner Bismarcks auf keine Unterstützung Oesterreich-Ungarns zu rechnen hätten. Das war von um so größerer Bedeutung, als eben damals, wo Bismarck die berühmten Worte sprach: „Nach Kanossa gehen wir nicht, weder körperlich noch geistig“[3]) und Pius IX. seinerseits den Schlachtruf ertönen ließ: „Wer weiß, ob nicht bald sich das Steinchen von der Höhe loslöst, welches den Fuß des Kolosses zertrümmert“,[4]) der Kampf in Deutschland zwischen Papsttum und Kaisertum sich immer mehr zuspitzte.[5]) Er fand seinen

[1]) Bezieht sich auf den dem Könige von Ungarn verliehenen Titel: „Apostolicus“, womit gewisse reale kirchliche Rechte verbunden waren.

[2]) Schweinitz, Budapest, 17. April 1872.

[3]) Rede Bismarcks vom 14. Mai 1872.

[4]) Hahn, „Fürst Bismarck“, Bd. II, S. 513.

[5]) Die berühmten, vom Kultusminister Falk verfaßten „Maigesetze“, nach dem Monat benannt, in welchem sie zur Verkündigung gelangten, bestanden aus vier Gesetzentwürfen; sie hatten die staatsrechtliche Grundlage zu schaffen, die das Verhältnis des Staates zur Kirche möglichst klar und bestimmt festlege, um auf diese Weise einen „festen, dauernden Frieden“ zwischen beiden Machtfaktoren herbeizuführen. Der erste Gesetzentwurf handelte „über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Zuchtmittel“. Der zweite regelte und erleichterte den Austritt aus der Kirche. Der dritte betraf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen; ein geistliches Amt in einer der christlichen Kirchen durfte nur einem Deutschen übertragen werden, der eine dem Gesetze entsprechende wissenschaftliche Vorbildung aufwies und gegen den die Staatsregierung keinen Einspruch erhob. Die Priester der römischen Kirche sollten eben eine deutsche nationale Erziehung erhalten. Der vierte Gesetzentwurf bezog sich auf die kirchliche

Digitized by Google

vollen Ausdruck in dem Jesuitengesetz,[1]) das die deutsche Regierung ermächtigen sollte, jeden Angehörigen des Ordens Jesu, der eine dem Reiche gefährliche Tätigkeit entfalte, als „Friedensstörer" ausweisen zu können.[2]) Die Ueberzeugung, daß die vom Kardinal Hohenlohe „falscher Moral, Intrigen, gottlosen Treibens" bezichtigten Jesuiten[3]) den Papst und die römische Kirche beherrschen, daß sie mittels der geistlichen Gewalt die Zertrümmerung des ihnen verhaßten deutschen Kaiserreiches herbeiführen wollen, hatte den Zorn gegen diese mächtigste religiöse Körperschaft ausgelöst. Man war, wie dies Bismarcks Vertrauter ausdrückte, durchdrungen davon, daß die Jesuiten die Grundlagen des Staates durch die Verkündung des Lehrsatzes antasten: Gesetze, welche die Kirche verwirft, seien für katholische Staatsbürger nicht bindend.[4])

*

Unter diesen Umständen und nach den Erklärungen Andrássys gegenüber Schweinitz vom 17. April 1872 mußte ein Artikel in der Pester „Reform" vom 24. Juli 1872 Aufsehen erregen. In demselben hieß es, daß bezüglich der Opportunität und Mittel des Kampfes gegen den Ultramontanismus zwischen Bismarck und Andrássy eine wesentliche Differenz herrsche, die durch die Verschiedenartigkeit der geographischen Lage, der Verfassung, konfessionellen Verhältnisse und Traditionen bedingt sei. Daher könne es auch nicht die Aufgabe Andrássys sein, „sklavenmäßig" dem deutschen Kanzler zu Willen zu sein, und es wäre noch immer die Frage, ob Bismarck wohl daran getan, einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht hervorzurufen. Solange, lautete es weiter, die katholische Bewegung sich nicht gegen den Bestand des Staates richte und ihn nicht zu ihrem Diener machen wolle, sei auch kein Anlaß zu Gegenmaßregeln vorhanden. Man müsse, was auch als die beste Politik für einen katholischen Staat zu gelten habe, mit Ruhe und Mäßigung das Abflauen der fieberhaften Erregung und das Abnehmen der Flut erwarten.[5])

Wie Baron Orczy in einem Briefe an Andrássy bemerkt, bildete der Artikel in Wien das Ereignis des Tages.[6]) Leicht begreiflich, da man der „Reform" nahe Verbindungen mit dem Ministerium des Aeußern nachsagte.[7]) Wollte man doch sogar wissen, Andrássy selbst habe den Artikel durch den Ministerialbeamten

---

Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Die kirchliche Disziplinargewalt über die Diener der Kirche durfte nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. Näheres bei Arthur Böhtlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom" in dem Kapitel „Die Maigesetze".

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 498.

[2]) Ibidem.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 394.

[4]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 496.

[5]) „Reform", 24. Juli 1872.

[6]) Baron Béla Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872 (ung.) Gräfl. Andrássysches Archiv.

[7]) Schweinitz, Wien, 24. Juli 1872.

Digitized by Google

Okolicsányi der Redaktion zukommen lassen.[1]) Auf die Liberalen Oesterreichs machte er einen ungünstigen Eindruck. Dagegen wurde es Andrássy in den höchsten Kreisen, wo man ihn gleichfalls für den Autor hielt, hoch angerechnet, daß er als selbständiger, von niemand beeinflußter Mann seine Meinung zum Ausdruck gebracht habe.[2])

Indessen stellte es sich bald heraus, daß die ganze Erregung, die der Artikel hervorgerufen, höchst überflüssig gewesen. Nicht der Minister des Aeußern, sondern ein junger Publizist — wahrscheinlich Baron Ivor Kaas oder Johann von Asbóth — hatte ihn verfaßt, der, Richtiges und Unrichtiges miteinander verquickend, sich mit einem „journalistischen Paradestück" hervortun wollte. Andrássy selbst erzählte dem deutschen Botschafter, er stehe der „Reform" ganz ferne und habe auf deren Aeußerungen keinen Einfluß genommen. Er überlasse, sagte der Minister des Auswärtigen zu Schweinitz, die Klärung seiner Stellung zu dieser Sache ganz und gar der Zeit, aber schon jetzt müsse er sagen, er werde alles unterlassen, was Deutschland unangenehm sein könnte.[3]) Dafür forderte er seinerseits, in Berlin möge mit der Anschauung gebrochen werden, Oesterreich-Ungarn sei ein derart katholisch gesinnter Staat, daß er sich von seinem Grundcharakter nicht loslösen und geneigt sein könnte, mit Frankreich eine „katholische Liga" zu bilden.[4]) Nicht nur vertrauliche Berichte belehrten Andrássy über das Bestehen eines derartigen Mißtrauens, das angeblich von dem damals in Berlin anwesenden italienischen Kronprinzenpaar genährt worden sein sollte. Auch aus Unterredungen mit Schweinitz tönte es ihm deutlich genug entgegen. So oft im Gespräche die preußisch-russischen Beziehungen berührt wurden, bezeichnete der deutsche Botschafter als eine der Hauptursachen der innigen Freundschaft zwischen beiden Mächten ihre gegenseitige Abneigung gegen die Möglichkeit einer katholischen Liga. Ganz direkt nannte Schweinitz Rußland den in dieser Hinsicht natürlichen Bundesgenossen Deutschlands. Er machte überdies die Bemerkung, daß schon allein die Besorgnis vor einem Ueberwuchern der römischen Kurie in Europa es dem Berliner Kabinett zu einem Gebot der Klugheit mache, die Beziehungen zu Rußland nicht mit denen zu einer katholischen Macht zu vertauschen.[5]) Andrássy schienen diese Argumente ganz und gar nicht stichhaltig. Er fand vielmehr, es hätte dem deutschen Botschafter nicht entgehen dürfen, wie gerade in katholischen Ländern die Opposition gegen das Papsttum am stärksten sei und nirgends in dem Maße als in Oesterreich-Ungarn, das geradezu in eifersüchtiger Weise seine Selbständigkeit zu wahren trachte. „Vom Standpunkt der heutigen europäischen Situation," schrieb er an Graf Károlyi in Berlin, „ist es ein leicht erkennbarer Irrtum, den katholischen Cha-

[1]) Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 30. Juli 1872.

[4]) Andrássy an Graf Károlyi in Berlin. Wien, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Andrássy an Károlyi, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Digitized by Google

vollen Ausdruck in dem Jesuitengesetz,[1]) das die deutsche Regierung ermächtigen sollte, jeden Angehörigen des Ordens Jesu, der eine dem Reiche gefährliche Tätigkeit entfalte, als „Friedensstörer" ausweisen zu können.[2]) Die Ueberzeugung, daß die vom Kardinal Hohenlohe „falscher Moral, Intrigen, gottlosen Treibens" bezichtigten Jesuiten[3]) den Papst und die römische Kirche beherrschen, daß sie mittels der geistlichen Gewalt die Zertrümmerung des ihnen verhaßten deutschen Kaiserreiches herbeiführen wollen, hatte den Zorn gegen diese mächtigste religiöse Körperschaft ausgelöst. Man war, wie dies Bismarcks Vertrauter ausdrückte, durchdrungen davon, daß die Jesuiten die Grundlagen des Staates durch die Verkündung des Lehrsatzes antasten: Gesetze, welche die Kirche verwirft, seien für katholische Staatsbürger nicht bindend.[4])

*

Unter diesen Umständen und nach den Erklärungen Andrássys gegenüber Schweinitz vom 17. April 1872 mußte ein Artikel in der Pester „Reform" vom 24. Juli 1872 Aufsehen erregen. In demselben hieß es, daß bezüglich der Opportunität und Mittel des Kampfes gegen den Ultramontanismus zwischen Bismarck und Andrássy eine wesentliche Differenz herrsche, die durch die Verschiedenartigkeit der geographischen Lage, der Verfassung, konfessionellen Verhältnisse und Traditionen bedingt sei. Daher könne es auch nicht die Aufgabe Andrássys sein, „sklavenmäßig" dem deutschen Kanzler zu Willen zu sein, und es wäre noch immer die Frage, ob Bismarck wohl daran getan, einen Kampf auf Leben und Tod zwischen der weltlichen und kirchlichen Macht hervorzurufen. Solange, lautete es weiter, die katholische Bewegung sich nicht gegen den Bestand des Staates richte und ihn nicht zu ihrem Diener machen wolle, sei auch kein Anlaß zu Gegenmaßregeln vorhanden. Man müsse, was auch als die beste Politik für einen katholischen Staat zu gelten habe, mit Ruhe und Mäßigung das Abflauen der fieberhaften Erregung und das Abnehmen der Flut erwarten.[5])

Wie Baron Orczy in einem Briefe an Andrássy bemerkt, bildete der Artikel in Wien das Ereignis des Tages.[6]) Leicht begreiflich, da man der „Reform" nahe Verbindungen mit dem Ministerium des Aeußern nachsagte.[7]) Wollte man doch sogar wissen, Andrássy selbst habe den Artikel durch den Ministerialbeamten

---

Disziplinargewalt und die Errichtung eines königlichen Gerichtshofes für kirchliche Angelegenheiten. Die kirchliche Disziplinargewalt über die Diener der Kirche durfte nur von deutschen kirchlichen Behörden ausgeübt werden. Näheres bei Arthur Böhtlingk: „Bismarck und das päpstliche Rom" in dem Kapitel „Die Maigesetze".

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 498.

[2]) Ibidem.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 394.

[4]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 496.

[5]) „Reform", 24. Juli 1872.

[6]) Baron Béla Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872 (ung.) Gräfl. Andrássysches Archiv.

[7]) Schweinitz, Wien, 24. Juli 1872.

Digitized by Google

Okolicsányi der Redaktion zukommen lassen.[1]) Auf die Liberalen Oesterreichs machte er einen ungünstigen Eindruck. Dagegen wurde es Andrássy in den höchsten Kreisen, wo man ihn gleichfalls für den Autor hielt, hoch angerechnet, daß er als selbständiger, von niemand beeinflußter Mann seine Meinung zum Ausdruck gebracht habe.[2])

Indessen stellte es sich bald heraus, daß die ganze Erregung, die der Artikel hervorgerufen, höchst überflüssig gewesen. Nicht der Minister des Aeußern, sondern ein junger Publizist — wahrscheinlich Baron Ivor Kaas oder Johann von Asbóth — hatte ihn verfaßt, der, Richtiges und Unrichtiges miteinander verquickend, sich mit einem „journalistischen Paradestück" hervortun wollte. Andrássy selbst erzählte dem deutschen Botschafter, er stehe der „Reform" ganz ferne und habe auf deren Aeußerungen keinen Einfluß genommen. Er überlasse, sagte der Minister des Auswärtigen zu Schweinitz, die Klärung seiner Stellung zu dieser Sache ganz und gar der Zeit, aber schon jetzt müsse er sagen, er werde alles unterlassen, was Deutschland unangenehm sein könnte.[3]) Dafür forderte er seinerseits, in Berlin möge mit der Anschauung gebrochen werden, Oesterreich-Ungarn sei ein derart katholisch gesinnter Staat, daß er sich von seinem Grundcharakter nicht loslösen und geneigt sein könnte, mit Frankreich eine „katholische Liga" zu bilden.[4]) Nicht nur vertrauliche Berichte belehrten Andrássy über das Bestehen eines derartigen Mißtrauens, das angeblich von dem damals in Berlin anwesenden italienischen Kronprinzenpaar genährt worden sein sollte. Auch aus Unterredungen mit Schweinitz tönte es ihm deutlich genug entgegen. So oft im Gespräche die preußisch-russischen Beziehungen berührt wurden, bezeichnete der deutsche Botschafter als eine der Hauptursachen der innigen Freundschaft zwischen beiden Mächten ihre gegenseitige Abneigung gegen die Möglichkeit einer katholischen Liga. Ganz direkt nannte Schweinitz Rußland den in dieser Hinsicht natürlichen Bundesgenossen Deutschlands. Er machte überdies die Bemerkung, daß schon allein die Besorgnis vor einem Ueberwuchern der römischen Kurie in Europa es dem Berliner Kabinett zu einem Gebot der Klugheit mache, die Beziehungen zu Rußland nicht mit denen zu einer katholischen Macht zu vertauschen.[5]) Andrássy schienen diese Argumente ganz und gar nicht stichhaltig. Er fand vielmehr, es hätte dem deutschen Botschafter nicht entgehen dürfen, wie gerade in katholischen Ländern die Opposition gegen das Papsttum am stärksten sei und nirgends in dem Maße als in Oesterreich-Ungarn, das geradezu in eifersüchtiger Weise seine Selbständigkeit zu wahren trachte. „Vom Standpunkt der heutigen europäischen Situation," schrieb er an Graf Károlyi in Berlin, „ist es ein leicht erkennbarer Irrtum, den katholischen Cha-

[1]) Orczy an Andrássy, 25. Juli 1872.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 30. Juli 1872.

[4]) Andrássy an Graf Károlyi in Berlin. Wien, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Andrássy an Károlyi, 6. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Digitized by Google

rakter eines Staates mit seiner Geneigtheit zur Unterstützung der Ansprüche der Kurie zu identifizieren. Ich muß," fügte Andrássy hinzu, „in der Tat Wert darauf legen, Vorstellungen berichtigt zu sehen, die einer korrekten und sachgemäßen Auffassung der Stellung Oesterreich-Ungarns und der Richtungen seiner Politik so wenig entsprechen." [1]) Kaum war Graf Károlyi im Besitze der Depesche seines Chefs, als er sich sofort alle Mühe gab, den wahren Sachverhalt zu ergründen. Als ein Mann, der die geraden Wege liebte, wandte er sich direkt an den Staatssekretär Thile. Dieser hohe deutsche Würdenträger verwies alles Gerede in den Kreis gehässiger Klatschereien, die aus ultramontaner oder französischer Quelle stammen. Bismarck, der sich damals in Varzin aufhielt, war äußerst erstaunt über den Schritt Károlyis. Er hätte vielmehr gemeint — ließ er unserm Botschafter durch Thile mitteilen — daß sich von ganz andrer Seite Empfindlichkeiten über die Entente à trois zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien bemerkbar machen würden. Auch Kaiser Wilhelm selbst bestritt, daß man in Berlin der Reise des italienischen Kronprinzenpaares einen so weitreichenden politischen Hintergrund gebe, und sagte in der Audienz zu Graf Károlyi: „Sie können vollkommen beruhigt sein. Ich weiß, daß es hier Persönlichkeiten gibt — Ultramontane — denen das gute Verhältnis Deutschlands zu Italien und gleichzeitig zu Oesterreich-Ungarn ein Dorn im Auge ist und die gerne bestrebt sind, Zwietracht zu säen." [2]) Der österreichisch-ungarische Minister des Aeußern war von diesen Mitteilungen sehr befriedigt, die zu bekräftigen sich General Schweinitz beeilte.[3]) Trotzdem bereitete ihm die große Freundschaft zwischen den beiden Nordmächten — es war noch vor der Berliner Entrevue im September 1872 — manche schlaflose Stunde. Er schien zu befürchten, daß Petersburg und Berlin ihre Intimität auf Kosten unsrer Monarchie immer mehr befestigen könnten. Deshalb hielt es Andrássy für nötig, Bismarck zu bedenken zu geben, wie nichts unrichtiger wäre als kirchliche Gemeinschaft zwischen Deutschland und Rußland, wo der Zar an der Spitze der geistlichen Hierarchie stehe und von der universalen Tendenz seiner Kirche ebensowenig abgehe als der Papst in Rom. Preußen, betonte er, werde gegen Uebergriffe der Kurie gewiß mehr Unterstützung in katholischen Staaten finden als an der orthodoxen Kirche.[4]) Wenn es auch sehr zweifelhaft ist, daß sich Andrássy gerade in diesen Tagen mit aller Entschiedenheit geäußert haben sollte: Deutschland dürfte sich im Kampfe gegen die Ultramontanen ganz auf ihn verlassen,[5]) so scheint es doch sicher zu sein, daß er um diese Zeit, mit Rücksicht auf etwaige orientalische Wirren, Bismarck die Mithilfe Oesterreich-

[1]) Andrássy an Károlyi, Wien, 22. Juni 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin , 15. Juni 1872. Ibidem.
[3]) Andrássy an Károlyi, Wien, 22. Juni 1872. Ibidem.
[4]) Ibidem.
[5]) Generalkonsul v. Waecker-Gotter, Budapest, 5. Juli 1872. Schweinitz, Wien, 11. Juli 1872, bezweifelt, daß Andrássy sich mit solcher Entschiedenheit, wie Waecker-Gotter berichtet, geäußert haben sollte.

Digitized by Google

Ungarns in dessen Streite gegen den Vatikan in Aussicht stellte. Mit Bestimmtheit geht das aus seiner Mahnung hervor: Preußen solle seine Stütze gegen römischen Uebereifer nicht in St. Petersburg, sondern in katholischen Ländern suchen, womit ja nur Oesterreich-Ungarn gemeint sein konnte. Die gleichen Motive ließen Andrássy auch näheren Anschluß an Italien suchen.

Ohne Furcht vor den österreichischen klerikal-militärischen Kreisen, denen allerdings eine Versöhnung mit Viktor Emanuel II. noch genehmer als die mit dem siegreichen evangelischen deutschen Kaiser war,[1]) trachtete Andrássy mit dem jungen italienischen Königreiche freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Noch als derartige Möglichkeiten in weiter Ferne lagen, gleich nach seinem Einzug ins Ministerpalais am Wiener Ballplatz, äußerte er: Seine Politik gegenüber Italien werde eine klare und offene sein.[2]) Gewiß bedeutete es einen über alle klerikalen Gegenströmungen errungenen Triumph, als nach den Ereignissen von 1859 und 1866 der italienische König Viktor Emanuel II. im September 1873 der Gast der Wiener Hofburg sein konnte. Es war ein großer historischer Moment, als der König am 16. September in der Kaiserstadt erschien. Damit ward eine alte Feindschaft ausgelöscht und ein Freundschaftsbund zwischen den verwandten Häusern von Habsburg und Savoyen angebahnt.[3]) Für den Frieden Europas war es eine neue Bürgschaft, daß sich Oesterreich-Ungarn und Italien nicht mehr feindlich gegenüberstanden. Bismarck gewährte es große Befriedigung, als er sich Oktober 1873 in Wien persönlich die Ueberzeugung verschaffen konnte, daß Oesterreich-Ungarn für Italien von, wie er selbst sagt, wirklich aufrichtig freundlichen Gesinnungen erfüllt sei. Ihm, der Italien Frankreich entfremden und ganz und gar in den Bannkreis seiner Politik ziehen wollte, schien die in Wien gemachte Beobachtung von solcher Wichtigkeit, daß er sie sofort zur Kenntnis der italienischen Minister bringen ließ.[4]) Solange die guten Beziehungen zwischen den Regierungen von Oesterreich-Ungarn und Italien währten, hatten Kardinal Rauscher und dessen Freunde keine Aussicht, ihr Programm verwirklicht zu sehen. Was Rauscher anstrebte, stimmte absolut nicht zum System Andrássys. Der Wiener Kirchenfürst, von jeher Zentralist, erblickte jetzt sein Ideal in einem mit konstitutionellen Formen ausgestatteten, zentralistisch regierten katholischen Oesterreich. Einer so gearteten Monarchie gestattete er einerseits friedliche Berührungen mit einem föderalistisch organisierten Deutschland, in dem die verjagten Fürsten wieder ihre früheren Stellungen einnehmen sollten und anderseits mit einem als Staatenbund geeinigten Italien.[5]) Eine

[1]) Schweinitz, 30. März 1875. Schweinitz gedenkt 1875 der Beobachtung, die er 1872 in Wien machen konnte.

[2]) Schweinitz, 22. November 1871.

[3]) Giuseppe Massari, „La vita ed il regno di Vittorio Emanuele II.", S. 556. Wie sich Viktor Emanuel in seiner Thronrede über die Reise nach Wien äußerte, siehe bei Luigi Chiala, „Pagine di storia contemporanea" (1858—1878), S. 163. — Georges Goyau, „Bismarck et l'église", Bd. II, S. 68 ff.

[4]) Bismarck an Keudell in Rom, 26. Oktober 1873

[5]) Schweinitz, Wien, 9. Oktober 1873.

Digitized by Google

solche Politik involvierte den Umsturz alles dessen, was seit dem Falle Napoleons III. entstanden war. In Berlin sowohl wie auch in Rom wußte man, daß Andrássy nie für derartige Pläne zu haben sei. Ebenso genau war man an beiden Orten darüber unterrichtet, daß der Papst vergeblich darauf rechnen würde, an unsrer Monarchie einen Helfer für seine universal-absolutistischen Tendenzen zu finden, wie sie in so greller Weise im Dogma von der Infallibilität zutage traten.

*

Mit Andrássys Abneigung gegen derartige Bestrebungen war es wohl vereinbar, daß Italien seine Macht gegenüber dem Heiligen Vater nicht mißbrauchen dürfe. Je ehrlicher, meinte er, man zugunsten der italienischen Regierung handle, um so offener könne man von ihr verlangen, daß sie die dem Papste schuldigen Rücksichten beachte.[1]) Aber auch die Kurie sollte nicht die Grenzen ihrer Befugnisse überschreiten und in keinem Falle die gesetzlich verbürgte staatliche Selbständigkeit Oesterreich-Ungarns antasten.[2]) Deshalb unterstützte er auch das Ministerium Auersperg, als dieses infolge der Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes genötigt war, das Verhältnis des Staates zur Kirche einer neuen Regelung zu unterziehen. Schon Beust hatte das 1855 geschlossene Konkordat für nichtig erklärt. Der damalige Minister des Aeußern leitete die Berechtigung zu diesem Schritte aus der totalen Verschiebung der Verhältnisse her, die durch das Dogma von der Infallibilität bewirkt worden war. Er machte geltend, daß der „unfehlbare" Papst nicht mehr derselbe Kontrahent sei, mit dem 1855 das Konkordat eingegangen wurde. Ebenso bestünden auch nicht mehr die Bedingungen, unter denen es besiegelt worden.[3]) Die Nichtigkeitserklärung bezog sich eigentlich nur auf Oesterreich, da das Konkordat in Ungarn vermöge dessen Verfassung nie Gesetzeskraft erlangt hatte. Die österreichische Regierung mußte daran denken, die Lücken auszufüllen, die durch die Lösung des Konkordates zwischen Staat und Kirche entstanden waren. Die Thronrede vom 5. November 1873 kündigte denn auch jene konfessionellen Gesetzentwürfe an, mittelst deren das angestrebte Ziel erreicht werden sollte. Am 21. Januar 1874 legte die Regierung vier Gesetzentwürfe vor, die bestimmt waren, eine Neuordnung der staatlich-kirchlichen Beziehungen zu begründen.[4]) Obgleich das Ministerium Auersperg, ebensowenig wie seinerzeit Beust,[5]) das Signal zu Kon-

[1]) Schweinitz, 8. November 1871.

[2]) Idem, 4. Januar 1873.

[3]) Oesterreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 4. Beust an Palomba in Rom, 30. Juli 1870 (Depesche Nr. 144). Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 406.

[4]) Es waren vier Gesetzentwürfe: 1. Gesetz über die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche, 2. Gesetz, betreffend die Rechtsverhältnisse der klösterlichen Genossenschaften, 3. Gesetz, betreffend die Beitragsleistung des Pfründenvermögens zum Religionsfonds, 4. Gesetz, betreffend die gesetzliche Anerkennung von Religionsgenossenschaften. Ueber die Regelung der Zivilehe erfolgte keine Gesetzvorlage.

[5]) Oesterreichisch-Ungarisches Rotbuch Nr. 4. Depesche Beusts an Palomba in Rom (Nr. 144).

Digitized by Google

flikten mit der römischen Kurie geben wollte, war es sich doch sehr wohl des gefahrvollen Zustandes bewußt, in den es durch die konfessionellen Gesetze geriet. Fürst Adolf Auersperg war es nicht unbekannt, daß die Jugend des Adels und der Geistlichkeit, die in den zwischen Olmütz und Königgrätz gelegenen Lehranstalten aufwuchs, der Kirche die rührigsten Streiter lieferte und daß sich mit ihnen deren gleichfalls von Begeisterung für die unbeschränkte Machtvollkommenheit des Heiligen Vaters erfüllten weiblichen Angehörige verbanden.[1]) Der größte Teil der Aristokratie lag im Banne päpstlichen Einflusses. Ihnen galt die Oberhoheit der Kirche über den Staat, wie sie im Konkordat von 1855 zum Ausdruck gelangt war, als Grundlage ihrer staatsrechtlichen Anschauungen. Sie kümmerten sich wenig um die nachteiligen Folgen ihrer Aeußerungen mit Rücksicht auf Deutschland und Italien. Fürst Alfred Liechtenstein sagte es offen heraus: seine Partei habe nicht die Aufgabe, die Wirkungen ihrer im Interesse des Papstes gehaltenen Reden zu erwägen, sondern nur darauf zu achten, ihre Ueberzeugungen auszusprechen.[2]) Von dieser Seite mußte die Regierung auf den entschiedensten Widerstand gefaßt sein. Die entschlossensten Kampfhähne dieses Lagers schürten denn auch mit allem Eifer das Feuer in Rom und auf dem Wiener gesellschaftlichen Boden.[3]) Es wurden die Schlagworte von Vergewaltigung der Kirche ausgegeben und Drohungen ausgestoßen, die an die Kämpfe zur Zeit Neros und Diokletians erinnern sollten. Wie vorsichtig und behutsam auch die Regierung die religiöse Frage anfaßte, in keinem Falle durfte sie vor den Einschüchterungsversuchen zurückweichen und auf halbem Wege stehenbleiben, wofern sie sich nicht um jeden Kredit bringen wollte. Der damalige Kultus- und Unterrichtsminister Stremayr äußerte denn auch im Parlamente, die Regierung könne nicht dulden, daß die Religion zu staatsgefährlichen Umtrieben mißbraucht, noch gestatten, daß aus Dienern Gottes Mandatare der staatsrechtlichen Opposition werden.[4]) Noch kräftiger und energischer trat der österreichische Ministerpräsident den Gegnern der neuen religiösen Gesetzgebung entgegen. Entschlossen, um jeden Preis Ruhe und Ordnung zu sichern und alle Aufreizungsversuche zur Widerspenstigkeit niederzuschlagen, sprach Fürst Adolf Auersperg die bedeutsamen Worte: „Solange ich an der Spitze der Regierung stehe, so lange wird des Gesetzes Autorität gewahrt werden, dafür bürgt Ihnen mein Wort. Oesterreich kann nie so weit herunterſinken, eine Unterbehörde (Roms) zu werden.“[5])

*

Eine derartige Sprache katholischer Minister mußte im In- und Auslande eine tiefe Wirkung erzeugen.[6]) Ihrem entschiedenen Auftreten dankte das Mini-

[1]) Dönhoff, 1. April 1874.

[2]) Idem, 4. April 1874.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. April 1874.

[4]) Rede Stremayrs in der Sitzung des österreichischen Abgeordnetenhauses vom 9. März 1874.

[5]) Rede Auerspergs in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. März 1874.

[6]) Schweinitz, 10. März 1874.

Digitized by Google

sterium einen bedeutenden Erfolg, um dasselbe scharte sich eine Majorität, wie sie seit langem keine österreichische Regierung besessen. Wie mit einem Schlage waren die Mißhelligkeiten verschwunden, die seit Wochen gerade wegen der kirchlichen Frage zwischen dem Ministerium und der liberalen Linken bestanden hatten.[1]) Unter dem unmittelbaren Eindrucke der Rede Auerspergs sagte Andrássy zum deutschen Botschafter: Der Ministerpräsident, dieser verständige Patriot, so recht ein Mann seines Landes, ein Oesterreicher im besten Sinne des Wortes, habe durch seine mannhafte Erklärung im Parlamente einen Beifallssturm hervorgerufen, wie er am Schottentor[2]) noch nie gehört worden,[3]) was Auersperg auch selbst in seiner schlicht bescheidenen Art dem deutschen Botschafter bestätigte.[4])

Er dankte dies der, wie es der Ministerpräsident selbst nannte, „ziemlichen Solidarität",[5]) wie sie ihn tatsächlich mit Andrássy verband. Fürst Auersperg und der Minister des Aeußern waren einig darin, Schulter an Schulter die Autorität des Staates gegen alle Vorstöße der Ultramontanen zu verteidigen. Dazu bot sich rasch genug Gelegenheit. Wie der Papst in seiner Allokution vom 22. Juni 1868 die liberale Verfassung Oesterreichs als irrig bezeichnet und verdammt hatte, so erließ er jetzt am 7. März 1874 eine Enzyklika[6]) gegen die konfessionellen Gesetze, durch welche, wie es da heißt, die Kirche unter die schädlichste Sklaverei der Staatsgewalt gebeugt, die katholische Disziplin untergraben, der Abfall von der Kirche gefördert, Verschwörung und Bundesgenossenschaft der Sekten gegen den wahren christlichen Glauben begründet werden sollen. Nebst dieser Enzyklika richtete Pius IX. am gleichen Tage — 7. März — einen Brief an Franz Josef I., in dem er ihn dringend beschwor: „Er möge niemals zugeben, daß in seinem weiten Reiche die Kirche einer unehrenhaften Knechtschaft überliefert und die katholischen Untertanen in die höchste Bedrängnis gebracht werden."[7]) Der Papst, dies verschwieg wohlweislich die Enzyklika, hatte sich jedoch mit dieser Mahnung nicht begnügt. Am Schlusse seines Briefes drohte Pius IX. dem Monarchen, wenn auch verblümt, aber verständlich genug, ihn zu exkommunizieren, falls er den konfessionellen Gesetzen die Sanktion erteilen sollte.[8]) Im Vatikan war man jedenfalls sehr übel über die wahre Gesinnung des Kaisers und Königs unterrichtet, als man voraussetzte, ihn durch Androhung des Bannfluches einzuschüchtern. Dieser Schritt dankte seine Entstehung derselben unrichtigen Information, aus der die Enzyklika selbst hervorgegangen war. Im

---

[1]) Schweinitz, 10. März 1874.

[2]) Dort befand sich zu jener Zeit noch das österreichische Abgeordnetenhaus.

[3]) Schweinitz, 10. März 1874.

[4]) Ibidem.

[5]) Rede Auerspergs vom 9. März 1874.

[6]) Im lateinischen Urtext im „Volksfreund" vom 14. März und in deutscher Uebersetzung in der „Allgemeinen Zeitung" vom 17. März mitgeteilt.

[7]) Diese Worte finden sich in der Enzyklika angeführt.

[8]) Baron Orczy an seine Mutter, 30. März 1874.

Digitized by Google

Namen der Bischöfe verwahrte sich Kardinal Fürst Schwarzenberg vor dem Throne gegen die Zumutung, als hätten sie die Enunziation des römischen Stuhles vom 7. März veranlaßt. Vielmehr war sie ihnen höchst ungelegen gekommen, da sie hierdurch in eine die konfessionellen Gesetze vollkommen ablehnende Stellung gebracht wurden, was gar nicht in der Absicht der österreichischen Bischöfe lag. Ihren Interessen würde es mehr entsprochen haben, anstatt einfach zu verdammen, bei der Spezialverhandlung im Abgeordnetenhause die ihnen nötig erscheinenden Aenderungen durchzusetzen. Im Vatikan war man jedoch durch das geheimnisvolle Erscheinen eines Prager Domherrn in Rom, den man für den Abgesandten der österreichischen Kirchenfürsten hielt, in die irrige Meinung versetzt worden, als verlangten sie eine Weisung des Papstes für ihr Verhalten gegenüber den neuen Gesetzentwürfen. In Wirklichkeit hatten nicht die Bischöfe, sondern die tschechisch-klerikalen Feudalen den „geheimnisvollen" Domherrn nach Rom entboten. Mit Hilfe des Grafen Blome gelang es dem geistlichen Herrn, den maßgebenden Kreisen die Meinung beizubringen, der Kaiser und König habe überhaupt keine Kenntnis von den konfessionellen Gesetzen, die ein Machwerk der Minister seien, und der Papst erweise dem Monarchen einen großen Dienst, wenn er eine Erklärung gegen die Gesetzentwürfe erlasse. Der römische Stuhl griff mit beiden Händen nach dem ihm dargebotenen Rettungsmittel.

Erst nachdem bereits der päpstliche Brief an den Monarchen und die Enzyklika in Wien eingetroffen waren, erfuhr man in Rom den wahren Tatbestand. Nicht geringe Bestürzung verursachte es daher, als man vernahm, Franz Josef I. habe die Gesetze nicht nur gekannt, sondern zu deren Einbringung den Ministern auch die Ermächtigung erteilt, daß somit jede Hoffnung auf Nichtsanktionierung aussichtslos wäre.[1]) In Rom mochte man es jetzt bereuen, durch den Uebereifer einiger klerikal-feudaler Heißsporne zu übereilten Schritten verleitet worden zu sein. Wie unrichtig hatte man den auf seine Unabhängigkeit als Monarch eifersüchtig wachenden Kaiser und König beurteilt, als man glaubte, ihn durch Exkommunikation zu schrecken und ihn für Einbürgerung von Institutionen strafen wollte, die mit Zustimmung des Papstes längst in andern Ländern bestanden! Verfehlt war es auch, anzunehmen, der Kaiser werde vergessen haben, daß beim Ausbruch des Krieges von 1859 der Heilige Vater seinem Wiener Nunzius untersagte, sich an dem Bittgang für den Sieg der österreichischen Waffen zu beteiligen. Diese Verfügung konnte wenigstens noch mit Berufung auf die diplomatische Stellung des päpstlichen Vertreters entschuldigt werden. Aber wie war es mit der angeblichen Freundschaft des Papstes für die Monarchie und mit den Anforderungen strenger Unparteilichkeit in Einklang zu bringen, daß um dieselbe Zeit — vier Jahre nach dem Abschluß des Konkordates — in Wien lebende Jesuiten aus Rom einen Verweis erhielten, weil sie in ihren Predigten Gottes

[1]) Nach den Briefen Baron Orczys an seine Mutter vom 30. März und 7. April 1874. Orczy erwähnt ausdrücklich, den ganzen Verlauf dieser Sache von Andrássy selbst vernommen zu haben.

Digitized by Google

Segen für die österreichischen Krieger im Kampfe gegen Frankreich und Italien erfleht hatten?[1]) In der Seele des Herrschers mußte dies keinesfalls unparteiische Vorgehen einen Stachel zurückgelassen und ihn darüber aufgeklärt haben, wie wenig man im Vatikan gleichmäßig Licht und Schatten zu verteilen wisse. Es hieß doch zu sehr auf die Frömmigkeit und Verehrung Franz Josefs I. für die Person des Papstes bauen, wenn man von ihm jetzt als einen Akt seiner Gerechtigkeitsliebe verlangte, er solle die zur Verteidigung der Unabhängigkeit des Staates bestimmten Gesetze nicht sanktionieren. Wie vorauszusehen war, zögerte Franz Josef I. nicht, seine Einwilligung zur Zurückweisung der ganz unbegründeten Einmengung des römischen Stuhles in innere Angelegenheiten Oesterreichs zu geben. Man hatte das Gefühl, sich, wie alle Staaten, die noch nicht die Suprematie der Kirche abgeschüttelt, im Zustande der Notwehr gegenüber der neuesten Papstpolitik zu befinden.[2]) Damals äußerte Andrássy: Deutschland sollte eigentlich dem Verfasser der Enzyklika eine Kerze dafür anzünden, daß er die österreichischen konfessionellen Gesetze auf eine Linie mit den preußischen gesetzt. Wenn bisher, meinte er, Deutschland allein als angreifender Teil erschien, so wäre es nunmehr, nach Erlaß der Enzyklika, klar, daß jede Regierung durch die Kurie zur Abwehr gezwungen werde, selbst diejenige, die von allen Angriffsgedanken am entferntesten sei.

Einen Vorgeschmack dessen, wie man in Wien über den willkürlich vom Zaun gebrochenen Streit denke, erhielt die Welt durch den in der „Allgemeinen Zeitung" erschienenen Artikel: „Zur Frage von Staat und Kirche", den Sektionschef Leopold v. Hofmann im Auftrage des Ministers des Aeußern verfaßt haben wollte.[3]) Hier hieß es: „An einen Rückzug des Staates ist nicht zu denken, denn nicht von kleinen Episoden ist diese Entwicklung abhängig, sondern sie bezeichnet ein großes geschichtliches Gesetz, dessen Pragmatik immer deutlicher einen Zielpunkt erkennen läßt: die Sonderung der geistlichen und weltlichen Gewalten, die Freiheit beider und damit ihren wahren und der Menschheit würdigen Fortschritt."[4]) Fehlte auch in der mit dem Kultus- und Unterrichtsminister Stremayr verabredeten Antwort[5]) Andrássys die Androhung von der Trennung der geistlichen und weltlichen Gewalten, so war sie noch immer in einem Tone gehalten, der von der Entschiedenheit zeugte, den hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Deutlich sagte es die Regierung heraus, daß diejenigen, die die Enzyklika inspirierten, weniger von dem Bestreben geleitet waren,

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 28. März 1874.

[2]) „Allgemeine Zeitung" vom 22. März 1874: „Zur Frage von Staat und Kirche".

[3]) Dies teilte Hofmann dem deutschen Botschafter mit. Schweinitz, 24. März 1874. Hofmann rühmte sich einer Sache, die nicht auf Wahrheit zu beruhen scheint. Denn wie mir von ganz verläßlicher Seite bestätigt wurde, hat Hofmann nie irgendeinen Artikel selbst verfaßt.

[4]) „Allgemeine Zeitung", 22. März 1874.

[5]) Schweinitz, 22. Mai 1874. Der Inhalt des Briefes Franz Josefs I. an den Papst ist unbekannt.

Digitized by Google

einem Zusammenstoß zwischen Kirche und Staat vorzubeugen, als vielmehr einen solchen hervorzurufen. Im wohlverstandenen Interesse des Vatikans wurde diesem der Rat erteilt, anstatt des verdammenden Urteils der Enzyklika die Bischöfe anzuweisen, den Gesetzen des Staates Folge zu leisten.[1]) Für den ganz unerwarteten Fall, daß der Klerus den sanktionierten Gesetzen unerlaubten Widerstand entgegensetzen sollte, ließ sich Andrássy folgendermaßen in seiner Note an den römischen Stuhl vernehmen: „Von dem Augenblicke an, in dem die Gesetzesvorlagen durch die Sanktionierung Gesetzeskraft erlangt haben, wird jede dagegen aufgebotene Opposition, die die Ruhe des Landes bedrohen würde, energisch unterdrückt werden. In dem gleichen Maße, als die Regierung Seiner Majestät die legitimen Rechte der Kirche gegen jeden Angriff zu sichern wissen wird, ist sie auch entschlossen, nie die Rechte, die sie als die ihrigen anerkannt, zu opfern und auch nicht die Rechte preiszugeben, die ihr anvertraut sind."[2]) Tiefen Eindruck machte es, als Andrássy in dem Finanzausschuß der österreichischen Delegation den Inhalt seiner Note an die Kurie skizzierte.[3]) Man habe, schrieb damals die „Presse", wohl eine Abweisung der römischen Prätensionen erwarten dürfen, aber eine derartig entschiedene, nicht mißzuverstehende Sprache, so ganz im Einklange mit den Erklärungen Auerspergs am 9. März, konnte doch nicht vorausgesetzt werden.[4]) Die beabsichtigte Wirkung blieb auch nicht aus. Andrássy konnte wohl, wie er selbst hervorhob, keinen tatsächlichen Erfolg verzeichnen, aber auch über das Gegenteil hatte er nicht zu klagen. Allen Anzeichen nach schien man in Rom gegenüber dem festen Auftreten des Ministers des Aeußern die Lust verloren zu haben, Bannflüche gegen die Person des Monarchen und die konfessionellen Gesetze zu schleudern. Nicht wenig mögen dazu die Vorstellungen Jacobinis, des neuen Wiener Nunzius, beigetragen haben, der, im Gegensatze zu seinem Vorgänger Falcinelli, ein Mann von gemäßigten kirchlichen Gesinnungen war, als Gegner der Jesuiten galt[5]) und jedem Zusammenstoß zwischen staatlicher und kirchlicher Macht abhold war.[6])

Mit Recht konnte jetzt Andrássy das Platzgreifen einer gewissen Beruhigung im Vatikan verkünden.[7]) Sie trat ein als naturgemäße Folge der Wahrnehmung, daß Oesterreich-Ungarn nicht daran denke, den Jesuiten, die damals in Rom

[1]) Erklärungen Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874, mitgeteilt in der „Presse" vom 10. Mai. Siehe auch Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", S. 386.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 7. April 1874, gibt den wörtlichen Schluß der Note Andrássys. Er entspricht der kurzen Skizze, die Andrássy am 9. Mai 1874 im Finanzausschuß der österreichischen Delegation entworfen.

[3]) Siehe „Presse" vom 10. Mai 1874.

[4]) Leitartikel der „Presse" vom 10. Mai 1874.

[5]) Fürst Chlodwig Hohenlohe, „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 154.

[6]) Graf Dönhoff, Wien, 18. März 1874.

[7]) Andrássys Erklärung im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874. In ähnlichem Sinne äußerte sich Minister Stremayr zu Dönhoff über die Wirkung der Note Andrássys. Graf Dönhoff, Wien, 22. Mai 1874.

Digitized by Google

das Heft in Händen hatten, auch nur ein Haar zu krümmen. Längst war Bismarck im reinen darüber, daß er für sein Vorgehen gegen die Patres der Gesellschaft Jesu nicht auf die Bundesgenossenschaft unsrer Monarchie zählen dürfe. Unter voller Würdigung der anders gearteten inneren Verhältnisse Oesterreich-Ungarns wollte er doch bereits Ende 1872 wissen, wie Andrássy persönlich über die Jesuitenfrage denke und was in dieser heiklen Angelegenheit vom ungarischen Ministerium und dem ungarischen Reichstag zu erwarten sei.[1]) Ueber den Minister des Aeußern erteilte der deutsche Botschafter die Auskunft, daß er ohne Nötigung zu keinen neuen Maßregeln gegen die Jesuiten greifen werde, da er in den vorhandenen gesetzlichen Mitteln ausreichenden Schutz gegen deren etwa schädliche Tätigkeit zu erblicken glaube. Dagegen aber dürfe es als vollkommen ausgeschlossen gelten, daß er irgend etwas zu deren Gunsten tun werde. Zum Beweise hierfür berief sich Schweinitz auf die Tatsache, daß Andrássy erst unlängst die Bitte des österreichischen Jesuitenprovinzials, im Interesse der Patres bei der italienischen Regierung zu intervenieren, rundweg abgeschlagen habe. Nicht viel mehr als vom Minister des Aeußern, meinte der deutsche Botschafter, sei von der ungarischen Regierung zu erhoffen. Gleich seinem Vorgänger Pauler wäre auch Trefort, der neue Kultus- und Unterrichtsminister, nicht willens, die bestehenden, die Existenz des Jesuitenordens verbietenden Gesetze in Anwendung zu bringen. Der Orden hatte damals nur eine Niederlassung in Kalocsa. Bei der Neigung des ungarischen Klerus zu einem friedlichen Zusammenleben mit der staatlichen Gewalt schien in Ungarn für eine Agitation der Jesuiten kein besonders ergiebiges Feld vorhanden zu sein. War daher schon von Ungarn keine Ausweisung der Gesellschaft Jesu zu gewärtigen, so noch viel weniger von Oesterreich. Die österreichische Regierung wußte nur zu gut, daß ihre letzte Stunde geschlagen hätte, falls sie es wagen wollte, die Unterdrückung des sich bei Hof mächtigen Schutzes erfreuenden Ordens in Angriff zu nehmen.[2]) Nichts bewies mehr die geringe Geneigtheit des österreichischen Ministeriums, zu schärferen Maßregeln überzugehen, als dessen erfolgreiches Widerstreben gegenüber dem Antrage des Finanzausschusses des Abgeordnetenhauses, die Kosten für die von Jesuiten geleitete theologische Fakultät der Innsbrucker Universität zu streichen.[3]) Schweinitz prophezeite sehr richtig, als er sagte, die österreichische Regierung werde ihr Auslangen mit den schon vorhandenen Gesetzen finden.[4]) Das Ministerium

[1]) Bismarck an Schweinitz, 27. Dezember 1872.

[2]) Schweinitz, Wien, 4. Januar 1873.

[3]) „Protokolle der Sitzungen des österreichischen Reichsrates." II. Band. Sitzung vom 24. März 1874.

[4]) Schweinitz, 4. Januar 1874. Die „Presse" vom 4. August 1872 erwähnt in einem Artikel „Das Ministerium und die Jesuiten" eine Verordnung des Ministeriums gegen die Jesuiten, in der sie sich auf den Zirkularerlaß Beusts vom 28. November 1866 Z. 68 Praes. beruft, wonach die Statthalter wegen Neugründungen religiöser Orden sich *jedesmal* um die Ermächtigung hierzu an das Ministerium zu wenden haben. Diese Ver-

Digitized by Google

drückte beide Augen zu und schien nichts von der im geheimen betriebenen Agitation der Jesuitenpatres merken zu wollen. Sollte es denn keine Kenntnis davon besessen haben, daß es in Oesterreich zahlreiche von ihnen gegründete Vereine und Kongregationen gab, zu denen die „Erzbrüderschaft vom heiligsten Herzen Jesu" und die „Gebetsapostolate" gehörten? Sollte es der Regierung unbekannt geblieben sein, daß alle diese Genossenschaften von dem Hauptverein in Rom abhingen, der unter der Oberleitung des Ordensgenerals der Jesuiten stand? Und sollte sie auch davon keine Ahnung gehabt haben, daß die österreichischen Vereine vom Oberhaupte der Jesuiten den gemessenen Befehl hatten, alles Menschenmögliche für die Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes wie für die Festigung des Einflusses der Kirche im staatlichen Leben aufzubieten?[1])

Andrássy war über das geheime Treiben der Jesuiten sehr wohl unterrichtet.[2]) Seine Hände waren jedoch so lange gebunden, als die beiden Parlamente und die Regierungen Oesterreichs und Ungarns keine Entschlüsse faßten, die ihn, als deren vermittelndes Organ, zu Vorstellungen in Rom ermächtigten. Allein weder die Staatsmänner Oesterreichs, das in erster Linie von der Jesuitenfrage betroffen wurde, noch die Majorität des Reichsrates waren, abgesehen von der wahrhaft liberal gesinnten Minorität, willens, eine ernste, durchgreifende Aktion gegen die Jesuiten zu unternehmen. Die Mehrheit des Reichsrats bildete den Widerhall der großen Masse der Bevölkerung, die, unzufrieden mit den wirtschaftlichen Verhältnissen, nunmehr von der Kirche erwartete, was der Staat ihr nicht bot,[3]) und damit war der für die Jesuiten günstige psychologische Zeitpunkt eingetreten, den Bismarck mit den Worten kennzeichnete: „Daß die leidende Menschheit die Anlehnung an die Kirche eifriger sucht als die irdisch befriedigte."[4])

*

Gab es auch einen Moment, in dem Bismarck auf internationale Schritte gegen die durch das Dogma der Infallibilität erzeugte kirchliche Bewegung zählen zu können vermeinte, so mußte er nunmehr auf jede derartige Hoffnung verzichten. Die Verhältnisse für ein gemeinsames Vorgehen der von Katholiken bewohnten Staaten waren jetzt nicht günstiger als vor Eröffnung des Vati-

---

fügung wurde erlassen, als die Jesuiten nach Abtretung Venetiens nach Oesterreich einwandern wollten. Es war dies eine Verstärkung der Verordnung vom 13. Juli 1858 (R. G. Nr. 95), wonach die Erlaubnis zu Gründungen neuer religiöser Orden so ziemlich ganz dem Ermessen der Statthalter überlassen war. Es konnten jetzt eventuell auch die ziemlich strengen österreichischen Fremdengesetze gegen unliebsame ausländische Jesuiten in Anwendung kommen.

[1]) Nach einem Baron Orczy vorgelegenen Memoire. Er teilt dessen Inhalt im Briefe an seine Mutter vom 9. Februar 1874 mit.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 1. April 1874.

[4]) Bismarck an Hohenlohe, 11. August 1869, Hahn, Bd. II, S. 372.

Digitized by Google

kanischen Konziles. Internationale Verabredungen wären jedoch für Deutschland gerade in der Frage der künftigen Papstwahl von ganz außerordentlicher Bedeutung gewesen. Pius IX., 1792 geboren, hatte bereits ein Alter erreicht, das in gewissem Sinne nötigte, mit seinem eventuellen Ableben zu rechnen. Sollte das Konklave, aus dem der neue Papst als Nachfolger Pius' IX. hervorzugehen hatte, nicht dem Zufalle oder dem ausschließlichen Einfluß der Jesuitenpartei überlassen bleiben, so mußten Vorkehrungen getroffen werden, die das zu verhindern bestimmt waren. Bismarck erließ daher am 14. Mai 1872 an die deutschen Vertreter im Auslande eine vertrauliche Weisung, in der er auf die Folgen eines Wechsels in der Person des Papstes hindeutete. Nachdrücklich betonte er die erhöhte Wichtigkeit, die nach den Beschlüssen des Vatikanischen Konziles dem Heiligen Vater zukomme, der jetzt an Stelle jedes einzelnen Bischofs getreten und vermöge seiner Unfehlbarkeit absoluter sei als irgendein Monarch auf der Erde. Nach Bismarck konnte einem neuen Oberhirten der katholischen Christenheit nur dann eine solche Stellung eingeräumt werden, wenn die nötigen Garantien gegen den Mißbrauch einer derartigen, ans Ueberirdische streifenden Gewalt geboten wurden. Es schien ihm daher nötig, sich mit den Staaten, die durch die kirchlichen Interessen ihrer katholischen Untertanen an dieser Frage beteiligt waren, über die Bedingungen zu beraten, von welchen sie die Anerkennung der Papstwahl abhängig machen wollten. „Eine Einigung der europäischen Regierungen in diesem Sinne" — heißt es in der Weisung — „würde von unermeßlichem Gewicht und vielleicht imstande sein, im voraus schwere und bedenkliche Komplikationen zu verhindern."[1]) So sehr lag dem deutschen Kanzler die Regelung dieser Angelegenheit am Herzen, daß, wie man damals annahm, auf seine Anregung hin[2]) in der zweiten Hälfte Juli 1872 die Broschüre: „Ein Wort über die Papstwahl" erschien, die hauptsächlich das Ausschließungsrecht der Mächte beim Konklave erörterte. In der Broschüre wurde das Verlangen aufgestellt, daß die römische Kurie, wofern sie die seitens des Deutschen Kaisers geforderte Ausübung des Exklusivrechts vermeiden wolle, trachten müsse, vor der Papstwahl zu einem Verständnis mit den maßgebenden Regierungen über die Person des künftigen Oberhauptes der katholischen Kirche zu gelangen.

Die Aeußerungen Andrássys scheinen jedoch den Erwartungen des deutschen Kanzlers nicht entsprochen zu haben.[3]) Die vertraulichen Gespräche mit General Schweinitz führten zu keinem Einverständnis über ein internationales Vorgehen. Andrássy faßte seine Ansichten in folgende Vorschläge zusammen: Das Konklave dürfe nicht außerhalb Roms und nicht praesente cadavere stattfinden; es sei die Wahl eines nicht ultraklerikal gesinnten, sondern der mäßigen Richtung angehörigen Papstes zu erstreben, zu welchem Behufe sich Oesterreich-Ungarn

[1]) Hahn, „Fürst Bismarck", Bd. II, S. 491.
[2]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 27. Juli 1872. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[3]) Nach einer Aeußerung Bismarcks an Schweinitz, April 1875.

Digitized by Google

gegebenenfalls auch seines Vetorechtes bedienen wolle.[1]) Deshalb begrüßte er die in der Broschüre „Ein Wort über die Papstwahl" ausgesprochene Forderung nach dem Ausschließungsrechte des deutschen Herrschers mit Befriedigung, da sie, wie er dem Kaiser und König Franz Josef I. gegenüber bemerkte, „nur die Wirkung haben wird, das Recht der Exklusive für Eure Majestät außer Frage zu stellen".[2]) Im Grunde seiner Seele mißtraute jedoch Andrássy Bismarck, ob es ihm wirklich aufrichtig darum zu tun sei, daß die Papstwahl in der hergebrachten, regelrechten Form vor sich gehe. Er hatte ihn vielmehr im Verdachte, den geheimen Wunsch zu hegen, daß sie außerhalb Roms erfolge, dann zu Protesten und der Nichtanerkennung des neugewählten Papstes Anlaß gebe. Ebenso besorgte er, Frankreich lege es darauf an, die Abhaltung des Konklave in Nizza, Avignon oder Korsika zu erwirken, um den aus ihm hervorgegangenen Papst für seine Interessen ausbeuten zu können. Den italienischen Republikanern schrieb Andrássy den Plan zu, um jeden Preis einen Skandal zu erregen, der den Papst bloßstellen sollte. Von den Jesuiten wieder nahm er an, daß sie, um der Fiktion von der Gefangenschaft des Heiligen Vaters sichtbaren Ausdruck zu geben, sich sofort nach dessen Ableben aus Rom ins Ausland flüchten würden, um dort das Konklave abzuhalten, oder aber, daß sie noch praesente cadavere, gleichsam durch Ueberrumpelung, einen der ihrigen in der Ewigen Stadt selbst wählen würden.[3])

Andrássy war fest entschlossen, diese geheimen Absichten durch die Ermöglichung einer allen gesetzlichen Anforderungen entsprechenden unanfechtbaren Wahl zu durchkreuzen. Er setzte sich daher mit Italien in Verbindung, in dessen Interesse ja gleichfalls ein ruhiger Verlauf des Konklaves in Rom lag. Noch während des Aufenthaltes des Königs Viktor Emanuel in Wien im September 1873 überzeugte er die mit ihrem Könige daselbst weilenden Minister Minghetti und Visconti-Venosta von der Notwendigkeit, daß sie die Verantwortung für die Unabhängigkeit und Freiheit der künftigen Papstwahl in Rom übernehmen. Da Andrássy nicht selbst mit seinem Ratschlage in den Vordergrund treten konnte und wollte, veranlaßte er die italienische Regierung, in dieser Sache die Initiative zu ergreifen. Sie erließ denn auch wirklich Januar 1874 an alle Mächte ein vertrauliches Zirkular, in dem sie erklärte, sie werde für den Fall einer Papstwahl alle Vorkehrungen treffen, damit das Konklave in Rom vor sich gehen könne unter voller Wahrung der Freiheit und Unabhängigkeit der Kardinäle, ohne deren geringste Beeinflussung von seiten der Regierung oder der römischen Bevölkerung. Das italienische Ministerium zeigte den festen Willen, durch seine Maßnahmen die ihr feindliche und von den Jesuiten verbreitete Meinung zu zerstören, als wäre der Papst im Vatikan ein

---

[1]) Károlyi an Andrássy, Berlin, 17. Mai 1873. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[2]) Eigenhändige Randbemerkung Andrássys zum Berichte Károlyis vom 27. Juli 1872. Ibidem.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. Januar 1874.

Digitized by Google

Gefangener, und es könne daher das Konklave gar nicht in der Ewigen Stadt vorgenommen werden.[1]) In Berlin war man sehr genau darüber unterrichtet, wem die Hintertreibung der beabsichtigten Nichtanerkennung der Papstwahl zu danken sei. Bismarck ließ sich jedoch durch seine Mißstimmung hierüber[2]) in der Verfolgung des vorgesetzten Zieles nicht beirren. Entschlossen, nicht früher mit der Kurie Frieden zu machen, als bis die preußische Gesetzgebung von allem befreit worden, was in der Zeit Friedrich Wilhelms IV. das Verhältnis zwischen Staat und Kirche verwirrt hatte,[3]) suchte er auch ferner unsre Monarchie zu gemeinsamen Schritten gegen Rom fortzureißen. Obgleich der deutsche Kanzler immer wieder betonte, er würdige die von Deutschland verschiedene Stellung Oesterreich-Ungarns, so waren trotzdem die Unterhandlungen über eine internationale Verständigung keinen Augenblick ausgesetzt worden. Sowenig wie vorher, wollte Andrássy auch jetzt, März 1875, etwas von derartigen Anwürfen wissen. Er sagte dem deutschen Botschafter, von einem etwaigen Versuch solidarischen Vorgehens der Mächte gegen die Uebergriffe des Papstes hätte eigentlich nur Frankreich Vorteil zu erwarten; ohne Zweifel werde es die Gelegenheit benutzen, um unter dem Deckmantel der Religion nicht nur Anhänger für sich zu werben, sondern um dadurch auch seiner ihm lästigen Isoliertheit zu entrinnen. Dem Minister des Aeußern schien es überhaupt überflüssig, eine europäische Aktion einzuleiten. Seien doch, wie er meinte, mit Ausnahme Frankreichs und Belgiens, ohnehin alle andre Staaten im Kriegszustand mit der Kurie. Diese Stimmung werde noch genährt durch den überhandnehmenden Materialismus und die immer mehr um sich greifende Gleichgültigkeit gegen die Kirche. Das aber wollte Schweinitz nicht zugeben. Im Gegenteil, sagte er, bilde gerade die demoralisierte und verderbte Gesellschaft einen vortrefflichen Nährboden für die Wiedererstarkung des Papsttums. Andrássy blieb dabei, es wäre am besten, wenn jeder Staat für sich, mit Hilfe seiner eignen Gesetzgebung, den päpstlichen Machtansprüchen Widerstand leiste. So habe es Oesterreich-Ungarn auch bisher gehalten. Der Minister des Aeußern sprach sich gegen eine solidarische Vereinigung zur Beschränkung der päpstlichen Befugnisse aus, weil ein solches Vorgehen zum Abschluß von Konkordaten führen müsse. Zu Zeiten Napoleons mag dies erforderlich gewesen sein, aber nicht mehr jetzt, wo der Vatikan Fehler auf Fehler häufe und sein Ansehen immer tiefer sinke. Anstatt eines Vertrages mit Rom, schloß Andrássy, genüge vollauf die Gesetzgebung jedes Staates als Schutzwehr gegen Uebergriffe des Vatikans. Wie es in ähnlichen Fällen stets zu sein pflegt, schieden beide Teile unüberzeugt voneinander. Doch ehe sich Schweinitz entfernte, bemerkte er noch, er könne unmöglich Andrássys Auffassung über den geringen Umfang der von Rom drohenden Gefahren zu der seinigen machen, einfach deshalb nicht, weil fast kein Land

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, 26. Januar 1874.

[2]) Ibidem.

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. II, S. 153.

Digitized by Google

in der glücklichen Lage Ungarns wäre, wo die Bischöfe national gesinnte Großgrundbesitzer seien.[1])

Bismarck selbst ließ sich auf eine eingehendere Widerlegung Andrássys ein. Er ging davon aus, daß Oesterreich-Ungarn, wie alle von Katholiken bewohnten Staaten, mit Deutschland das eine gemeinsam hätte: in seiner Souveränität unangefochten bleiben zu wollen; daraus aber folge, daß unsre Monarchie ihre Sicherheit gegen päpstliche Angriffe auf festerer Basis als bloß auf der wechselnden Taktik Roms begründen müsse. Sei es doch klar, daß diese nur darauf hinziele, die Gegner der päpstlichen Eroberungspolitik getrennt und einzeln zu schlagen. Je mehr aber die ausgreifenden Tendenzen des Vatikans unter den gläubigen Massen an Boden gewinnen, desto gefährlicher werden sie der weltlichen Unabhängigkeit gerade jener Länder, die nur oder fast nur von Katholiken bevölkert sind. Darum vermochte Bismarck nicht das Verhalten jener Regierungen zu billigen, die dem Verteidigungskrieg Deutschlands untätig und mit verschränkten Armen zusehen, im stillen höchstens die Hoffnung nähren, einst die Früchte des eventuell siegreichen Ausganges des Kampfes mitzugenießen. Der deutsche Kanzler war erstaunt darüber, daß man von einer Gemeinsamkeit gegen Rom nichts wissen wolle, dagegen sofort zu einer solchen gegen kommunistische Bewegungen bereit wäre. Und doch verfüge der Kommunismus bei weitem nicht über so mächtige und zersetzende Mittel als die Kurie. Bismarck war daher von der vollen Berechtigung seines Verlangens nach solidarischer Bekämpfung der ungleich größeren Gefahr durchdrungen, die in der Fanatisierung der ungebildeten Klassen gegen die Staatsautorität liege, wie sie im Bunde mit Sozialisten von Priestern betrieben werde. Mit dem stärksten Nachdrucke wies er auf die Verwüstungen hin, welche die Jesuiten bereits in all den Staaten anrichten, in denen ihnen die Erziehung der Jugend ausgeliefert worden. Mit der Gabe des Sehers wollte er vorauswissen, daß die Erkenntnis von ihrer Schädlichkeit sich Bahn brechen müsse und damit auch die Zeit kommen werde, in der man, wie im achtzehnten Jahrhundert, wieder die Aufhebung des Jesuitenordens verfügen werde, dessen Tätigkeit, wie er sagt, in allen vorwiegend katholischen Ländern Europas und Amerikas, von Polen bis nach Paragwaj, die gleichen Früchte trug.[2]) Nur in einem Punkte, wie er dies ja auch schon früher erklärt hatte, war Andrássy bereit, gemeinsame Sache mit Deutschland zu machen. Auch er wollte in keinem Falle dulden, daß ein zelotischer Jesuitenpapst den Stuhl Petri besteige. Nur ein friedfertig gesinnter Kardinal dürfe der Nachfolger Pius IX. werden.[3])

*

Hatte Graf Károlyi befürchtet, Oesterreich-Ungarn werde in den deutschen Kulturkampf verwickelt und von der durch Andrássy vorgezeichneten Bahn ab-

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 30. März 1875.
[2]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 24. April 1875.
[3]) Bismarck, 24. April 1874.

Digitized by Google

gedrängt werden,[1]) so konnte er darüber jetzt gänzlich beruhigt sein. Der österreichisch-ungarische Minister, der seine eignen Wege ging, war darauf bedacht, sich nach jeder Seite hin die vollste Unabhängigkeit zu wahren. Obgleich Bismarck bestrebt war, seine individuelle Ansicht den Mächten aufzudrängen, beklagte er sich doch nicht über die Haltung Andrássys. Mit keiner Silbe beschwerte er sich über die ihm hierdurch verursachten Schwierigkeiten. Die trostlosen Aussichten für eine siegreiche Beendigung des Kulturkampfes und eine gewisse Isolierung, in die der Kanzler damals durch die in Europa verbreitete Furcht vor angeblichen Diktaturgelüsten Deutschlands geriet, hielten ihn davon zurück, sich auch mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen.[2]) Andrássy verstand es, seine kirchliche Politik in Berlin zur Geltung zu bringen, mit Italien die Bande der Freundschaft enger zu knüpfen und trotzdem den diplomatischen Verkehr mit dem Vatikan aufrechtzuerhalten. Unter dem Siegel strengster Geheimhaltung, selbst vor Bismarck, wurde anfangs 1875 als Erwiderung des italienischen Besuches in Wien im Jahre 1873 eine neuerliche Begegnung zwischen den Monarchen von Oesterreich-Ungarn und Italien verabredet. Die geplante Reise des Kaisers und Königs nach Dalmatien, die ihn den Grenzen Italiens näherte, war maßgebend für den Zeitpunkt der Entrevue. Da an Rom mit Rücksicht auf den Papst als Ort der Zusammenkunft nicht gedacht werden konnte, bestimmte der Kaiser und König Franz Josef Venedig zum Ort des Wiedersehens. Viktor Emanuel ließ durch den italienischen Gesandten in Wien seine lebhafte Befriedigung über diesen Beweis von Freundschaft ausdrücken und sagen, wie sehr er sich freue, durch die Dalmatiner Reise den Zeitpunkt beschleunigt zu sehen, wo er dem Herrscher von Oesterreich-Ungarn die Hand werde drücken können.[3]) Auch in der Monarchie selbst wurde die Nachricht von der bevorstehenden Begegnung der beiden Souveräne mit ungeteiltem Beifall aufgenommen. Ja, wie Schweinitz schon bei der Anwesenheit Viktor Emanuels in Wien im Jahre 1873 beobachtet haben und dies jetzt in einem noch höheren Grade bestätigt finden wollte, hätten gerade die militärischen und klerikalen Kreise Oesterreichs die Versöhnung mit dem besiegten katholischen König von Italien viel ruhiger hingenommen als die Annäherung an den siegreichen evangelischen deutschen Kaiser.[4]) In Berlin jedoch fühlte man sich verletzt darüber, daß man die Entrevue verabredet hatte, ohne hierüber dem deutschen Auswärtigen Amt vorher auch nur irgendwelche Mitteilung gemacht zu haben. Andrássy fand, daß zu einer Empfindlichkeit kein Grund vorhanden sei, indem, wie er sagt, ein Anlaß, derartige Entschließungen Seiner Majestät nach außen hin im vorhinein anzukündigen, früher nicht bestand und auch jetzt nicht bestehe.[5]) Bismarck ließ allerdings, nachdem er die erste Verstimmung überwunden, in

[1]) Károlyi, Berlin, 7. Februar 1874. K. u. k. Ministerium des Aeußern.
[2]) Károlyi, 1. Mai 1875. Ibidem.
[3]) Robilant an Andrássy, 8. und 10. März 1875. Gräfl. Andrássysches Archiv.
[4]) Schweinitz, 30. März 1875.
[5]) Andrássy an Károlyi, Wien, 26. Juni 1875, K. u. k. Ministerium des Aeußern.

Digitized by Google

Wien erklären, er habe die Zusammenkunft in Venedig gerne gesehen, was auch Kaiser Wilhelm in einem Schreiben an Viktor Emanuel bestätigte.[1]) Die zur Schau getragene Empfindlichkeit hatte aber einen tieferen Grund als bloß den, daß man nicht benachrichtigt worden. Bismarck scheint befürchtet zu haben daß es in Venedig zwischen den beiden Monarchen zu irgendwelchen Verabredungen auf kirchlichem Gebiete kommen könnte, die Deutschland nicht angenehm wären.[2]) Wenigstens äußerte Fürst Gorčakov gegenüber dem Prinzen Reuß, mit dem er diese Angelegenheit besprach, die Persönlichkeit Andrássys bürge ihm dafür, daß er nichts zulassen werde, was gegen das jetzt herrschende System des Drei-Kaiser-Bündnisses verstoßen würde.[3]) Das stimmte auch mit den in Petersburg im Namen Andrássys abgegebenen Versicherungen. Die Begegnung der beiden Souveräne in Venedig sollte nur den Zweck verfolgen, Italien Oesterreich-Ungarn näher zu bringen, um aus demselben eine neue Stütze, der von den drei Kaisermächten inaugurierten Friedenspolitik zu machen.[4]) Ganz ferne lag Andrássy der ihm zugemutete Hintergedanke, sein Souverän solle nur deshalb noch vor Kaiser Wilhelm dem Könige Viktor Emanuel II. seinen Gegenbesuch abstatten, um auf diese Weise gewissermaßen Deutschland den Rang gegenüber Italien abzulaufen. Ebensowenig hatte der österreichisch-ungarische Minister die Absicht, in Venedig mit der italienischen Regierung geheime Verabredungen betreffs der künftigen Papstwahl zu treffen.[5]) Ihm genügte es, durch das schon früher mit den italienischen Staatsmännern vereinbarte Abkommen den ruhigen Verlauf des Konklave verbürgt zu sehen.

Darin allein — und das bildete den „wunden Punkt"[6]) im Verhältnis zwischen Wien und Berlin — verhielt er sich Bismarck gegenüber abwehrend, daß er sich von ihm nicht zu einem vollen Abbruch des Verkehres mit dem Vatikan bereden ließ. Sagte doch Andrássy einmal, daß sich die Monarchie dem deutschen Kanzler zu Gefallen nicht in einen Kulturkampf stürzen könne.[7]) Immer schwebte dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern die Möglichkeit eines friedlichen Zusammenlebens mit der geistlichen Gewalt vor Augen. Deshalb lehnte er 1872[8]) in der ungarischen und dann später wieder im Jahre 1874 in der österreichischen Delegation den Antrag auf die Aufhebung der

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, 24. April 1875.

[2]) Wie Dóczi („Andrássy und Bismarck" in „Neue Freie Presse", 23. Dezember 1906) erzählt, habe ihm Andrássy nach seiner Rückkehr aus Venedig folgende Aeußerung Viktor Emanuels zu ihm über seine päpstliche Exkommunikation mitgeteilt: „Enfin, tout-de-même on rit, on mange, on dort, on fait l'amour et on espère en Dieu."

[3]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 22. April 1875.

[4]) Idem ad eundem, Petersburg, 16. April 1875. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Rußland, Baron Langenau, teilte dies selbst Reuß mit.

[5]) Andrássy an Károlyi, 21. März 1875. K. u. K. Ministerium des Aeußern.

[6]) Károlyi an Andrássy, 1. Mai 1875. K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[7]) Przibram, a. a. O., S. 389.

[8]) Journal der ungarischen Delegation vom 11. Oktober 1872 (ung.).

Digitized by Google

österreichisch-ungarischen Botschaft beim Heiligen Vater ab.[1]) Der Faden der Annäherung wurde auch, ungeachtet allen Drängens, nicht entzweigerissen. Die Bischöfe mußten wohl theoretisch gegen die konfessionellen Gesetze von 1874 Protest erheben, ihrer Durchführung leisteten sie aber in der Praxis keinen bedeutenderen Widerstand. Graf Andrássy gelang es, der römischen Kurie gegenüber die Autorität des Staates zu schützen, ohne doch dadurch die Monarchie den verheerenden Stürmen eines Kulturkampfes aussetzen zu müssen.[2])

Eine Lösung des orientalischen Problems

Von

T. Galimberti, Abgeordnetem im italienischen Parlament

Es ist sehr interessant, die orientalische Frage im Lichte der Urteile hervorragender Männer von der verschiedensten Richtung in der Politik wie in der Geschichte und Literatur zu betrachten.

Karl Marx hat gesagt: „Jedesmal, wenn der revolutionäre Orkan einen Augenblick nachläßt, kann man sicher sein, eine Frage wieder auftauchen zu sehen, die immer von neuem erscheint: die ewige orientalische Frage."

Man könnte danach fast meinen, daß der revolutionäre Orkan nur dazu da wäre, als Ableitungsmittel für die Orientfrage zu dienen, und daß, wenn diese ruht, jener anschwillt.

Der Apostel des historischen Materialismus charakterisierte die orientalische Frage zusammenfassend folgendermaßen in kurzen Worten: „Rußland, dem es nicht paßt, sein ungeheures Gebiet auf einen einzigen Ausfuhrhafen beschränkt zu sehen, der obendrein in einem das halbe Jahr hindurch nicht befahrbaren und in der andern Hälfte des Jahres dem Angriff der Engländer (heute auch des damals noch nicht existierenden Deutschen Reiches) ausgesetzten Meere liegt, verfolgt seinen alten Plan, Zugang zum Mittelländischen Meere zu erlangen, indem es die entferntesten Glieder des ottomanischen Reiches nacheinander von ihrem Hauptkörper löst, bis schließlich Konstantinopel, das Herz, zu schlagen aufhört."

Das trifft jetzt ein, wie Marx auch ein guter Prophet war, als er schrieb: „Es ist kein Zweifel, daß der russische Bär nicht eher mit seinen Tatzen zugreifen wird, als bis er sich durch eine Entente cordiale mit England und Frankreich gesichert hat."

---

[1]) Erklärungen Andrássys im Finanzausschuß der österreichischen Delegation vom 9. Mai 1874.

[2]) Hierin befand er sich in Uebereinstimmung mit Deák, der in einer seiner schönsten und zugleich letzten Rede sagte: „Bis zur Grenze der Möglichkeit wünsche ich jede Art von Religionskrieg zu vermeiden." Könyi, „Reden Deáks", VI. Bd., S. 415 (ung.).

Digitized by Google

Damals trat England dieser Gefahr entgegen, und denjenigen Mitgliedern des Parlaments, die erklärten, daß wenig daran liege, ob Konstantinopel in den Händen der Russen sei oder nicht, gab Lord Layard zur Antwort, nach der Eroberung Konstantinopels würden alle großen Provinzen, aus denen sich die Türkei zusammensetzt, wie z. B. Kleinasien, Syrien, Mesopotamien, in einen Zustand der Verworrenheit und der Anarchie versinken, und diejenige Macht, in deren Hände die Stadt fallen würde, würde Indien beherrschen. Die Macht, der Konstantinopel gehöre, fuhr er fort, würde — welche es auch sein möge — im Orient immer als die in der Welt herrschende angesehen werden.

Gegenwärtig scheint es, als ob England zu der Lehre Cobdens und Brights vom „Frieden unter allen Umständen" (die nicht die letzte Ursache des Krimkrieges war) zurückkehrt; wenigstens muß man dies aus der Rede des Herrn Winston Churchill schließen, nach dessen Ansicht ein europäischer Krieg die Welt ins Mittelalter zurückwerfen würde, während nach Ansicht der Sozialisten (die ihn doch nicht wollen) der Sieg der sozialen Revolution folgen würde. Wieso und warum, weiß man in beiden Fällen nicht; dagegen weiß man, daß das Prophezeien allezeit schwer ist.

Als das einzige Bollwerk gegen eine solche slawische Hegemonie unter der russischen Oberherrschaft sah Marx Oesterreich an. Und es ist merkwürdig, wie der deutsche Revolutionär, der die oben zitierten Sätze im Jahre 1853 schrieb, sich hierbei in der vollkommensten Uebereinstimmung mit einem Mann von großem, genialem Geist, aber von völlig entgegengesetzten Anschauungen befand, nämlich mit dem italienischen Geschichtschreiber Cesare Balbo, einem konstitutionellen Monarchisten par excellence, der Präsident des ersten konstitutionellen Ministeriums in Piemont wurde.

Marx rechnete folgendermaßen: Von 70 000 000 Slawen, die im Osten des Böhmerwaldes und der Karnischen Alpen leben, sind ungefähr 15 000 000 österreichische Untertanen. Zu ihnen gehören der böhmische Zweig, der polnische in Galizien, der kleinrussische — Russen oder Rotrussen, Ruthenen —, der kroatische, der serbische einschließlich einiger verstreuter Bulgaren. Diese österreichischen Slawen gehören zwei verschiedenen Gruppen an, sie sind auf verschiedene Provinzen verteilt und deshalb weit davon entfernt, als Teile besonderer Nationen anerkannt zu werden; sie werden vielmehr entweder als andern Nationen zugehörig oder, wie die Polen, die Ruthenen, die Serben, als Bevölkerungsbestandteile, die nach einem außerhalb Oesterreichs befindlichen Schwerpunkte gravitieren, angesehen. Daher die Schwäche des österreichischen Panslawismus und die Bedenklichkeit gegen einen Krieg mit Rußland, in dem dieses in Oesterreich selbst treue und fanatische Bundesgenossen finden könnte.

Aus diesem Grunde bemerkte Balbo schon im Jahre 1846: „Oesterreich befindet sich zwischen zwei Tatsachen, zwei Gefahren, einer äußeren und einer inneren, die aufeinander stoßen und sich miteinander verbinden. Es ist in äußerer Gefahr durch die Eventualität einer Auflösung des türkischen Reiches und einer Erhebung der slawotürkischen Provinzen; denn mag entweder Ruß-

Digitized by Google

land diese Auflösung benutzen, um sich an der unteren Donau zu vergrößern, oder mögen sich jene Slawen als unabhängige Völker konstituieren, die natürlichen Ziele Oesterreichs in diesen Gegenden bleiben unerreichbar, und Oesterreich selbst, das Zentrum, das Herz seiner Monarchie, bleibt an seiner ganzen Ost- und Nordgrenze entweder von dem auf Eroberungen gerichteten Angriff Rußlands oder von dem revolutionären Angriff der Slawen bedroht."

Die Gefahr für Oesterreich ist derart, daß Mazzini noch Ende 1871 behauptete: „Das türkische und das österreichische Reich sind unwiderruflich zum Untergang verurteilt. Und der Griff des Schwertes, das sie töten muß, ruht in der Hand der Slawen."

Wenn man ferner die Schriften und die parlamentarischen Verhandlungen aus der Zeit des Krimkrieges liest, so findet man, daß alle einstimmig sich in diesem Sinne aussprechen. Und doch hat Oesterreich sich nicht gerührt und bekam im Jahre 1878 Bosnien und die Herzegowina als Zuwachs, und es hat nicht den Anschein, als ob gegenwärtig die größten Schwierigkeiten für den Frieden von ihm ausgingen.

Daß aber das slawische Problem das Bewußtsein Oesterreichs bedrückt und daß das Gespenst eines allgemeinen slawischen Bundes an seinen Grenzen oder eines übermächtigen Rußland es beunruhigt, läßt sich in keiner Weise leugnen.

Ob Karl V. bei der Teilung seines Reiches schon daran dachte, ist zweifelhaft; aber es ist sicher, daß Prinz Eugen, Joseph II. und selbst Metternich daran dachten. Wenn auch ein von Rußland unabhängiger und diesem vielleicht in einem gegebenen Augenblick feindlicher slawischer Bund für Deutschland nützlich sein kann, ein Rußland, dessen Grenze von Danzig bis Triest liefe, könnte Deutschland nicht dulden.

Wie läßt sich nun in der Zukunft das dreifache Problem eines übermächtigen Rußland oder eines die Slawen Oesterreichs an sich ziehenden Balkanbundes oder eines an der Spitze dieses Bundes stehenden und Rußland bedrohenden Oesterreich lösen?

Diese drei Probleme, die sich aufdrängen, kann ein Friede um jeden Preis, indem er wieder ein Stück vom türkischen Reich abbröckelt und die Balkanstaaten und Griechenland vergrößert, wohl aufschieben, aber durch die Aufschiebung ganz gewiß nicht lösen; sie werden vielleicht schon in nächster Zeit in noch ernsterer, noch drohenderer Gestalt wieder auf den Plan treten.

Wenn man bedenkt, daß die oben erwähnten Urteile um die Mitte des vorigen Jahrhunderts niedergeschrieben worden sind und daß trotz der Zeit und der Ereignisse eine Lösung jener Probleme noch heute wie damals im Zusammenhang mit der denkbar schwierigsten Frage von Europa erforderlich ist, so muß man überlegen, ob nicht alle Reparaturen, durch die man bisher das lecke türkische Staatsschiff flott zu erhalten gesucht hat, nur Palliativmittel für den Augenblick waren, die an den eigentlichen Schäden nichts geändert haben.

Mit vollem Recht wies Balbo darauf hin, wie das türkische Reich seit

Digitized by Google

Jahrhunderten sich nur durch die Uneinigkeit, die Duldsamkeit, ja durch die Ratschläge und die äußere Hilfe der christlichen Mächte gehalten habe, daß aber diese Ratschläge und diese Hilfe, indem sie die christliche Kultur in die mohammedanische einführen, diese und damit deren eigne Kraft, das Prinzip, das sie aufrechterhält, zerstören, ohne irgendein ordnendes Prinzip an seine Stelle zu setzen, wenn man nicht etwa hoffen will, die Türken eines Tages zu Christen zu machen.

Der italienische Geschichtschreiber konnte vor dem Jahre 1848 nicht die „Jungtürken" und ihre pariserische Verfassung voraussehen, die wohl für die beweglichen Griechen eine furchtbare Waffe gewesen wäre, aber dem türkischen Reich, das heißt der türkischen Suprematie, die einzige Daseinsberechtigung nahm, indem sie die Armee auflöste, durch die allein der Türke im Orient fest stand und steht.

Wir wollen jetzt untersuchen, ob es einen gangbaren Weg gibt, um die russische oder die österreichische Uebermacht, die unvereinbar miteinander sind, zu neutralisieren, und zwar die russische auch noch gegenüber Deutschland, wie es der Berliner Vertrag versuchte.

Vor allem müssen wir auf die Bestrebungen der Völker achten, die in den Krieg gezogen sind, und jener, für die sie gekämpft haben, anfangs wegen der verlangten Reformen, dann — da der Appetit mit dem Essen kommt — der Gebietserwerbungen wegen.

Das ehemalige ruhmreiche Königreich Böhmen scheint jetzt für immer begraben zu sein; die Niederlage am Weißen Berge (1620) bedeutete sein Ende. In der Ruhe ihrer Grabstätte zu Prag schlafen die Premysliden, die ihrem Volke den religiösen Frieden nicht zu verschaffen verstanden, wodurch jene furchtbaren Kämpfe entstanden, die es zerfleischten und in die Gewalt andrer brachten. Jungtschechen und Alttschechen kämpfen gegenwärtig nur noch für die Autonomie Böhmens, und was sie anstreben, stellt nur eine rein interne Frage dar. Der Ausspruch Palackys im Jahre 1848: „Wenn es kein Oesterreich gäbe, müßte man es schaffen," ist bis zum heutigen Tage noch ein nationales Programm.

Das alte Serbien hat durch alle seine Revolutionen und alle seine Kriege hindurch den Traum wieder emporsteigen sehen, für sein Gebiet die Donau und das Adriatische Meer als Grenzen zu bekommen, und es scheint, daß es ihm zum Teil gelingt, dieses Ziel mit einem Hafen am Adriatischen Meer zu erreichen.

Die stolzen montenegrinischen Adler, die ihre Krallen an den Festungsmauern von Skutari wetzen, fliegen heim mit dem Gedanken an das prevalitanische Fürstentum mit der Stadt Skutari und dem See von Skutari an der adriatischen Küste, das sich von Cattaro bis zum Fluß Bojana erstreckt.

Bulgarien, das sich durch die türkischen Niederlagen zu einer staunenerregenden militärischen Macht aufgeschwungen hat, strebt mit seinem neuen Zar danach, diesen nach der Vereinigung Thraziens und Mazedoniens wieder „Imperator Burgarorum et Blacorum" taufen zu können.

Digitized by Google

Rumänien, das in dem jüngsten Krieg nicht zu den Waffen gegriffen hat, ist immer noch unzufrieden über die Art und Weise, wie es auf dem Berliner Kongreß behandelt worden ist, und verlangt eine Berichtigung seiner Grenzen, wobei es allem Anschein nach bei Oesterreich einen Halt und Unterstützung findet.

Griechenland, das sich, wie immer, geschickter und vor allem beweglicher gezeigt hat, strebt begreiflicherweise nach dem Besitz von Epirus, das, mit Albanien durch die Religion, durch gemeinsame Erinnerungen, durch den Rassengeist verknüpft, damit eine wahrhaft ungeheuerliche Verbindung eingehen würde, die ihm fast Ursache geben könnte, das Aufhören der türkischen Herrschaft zu beklagen.

Doch Griechenland strebt außerdem noch nach dem Besitz der Inseln und wird sich auch auf den Weg begeben, auf dem eines Tages das Kreuz Christi in die Hagia Sophia einziehen wird. Doch die Frage der Inseln, die gleichsam eine Schutzmauer für die türkisch-asiatische Küste bilden, bietet sehr große Schwierigkeiten, und Griechenland wird noch viel größere Hindernisse zu überwinden haben, ehe es in den Besitz der Inseln gelangt.

Diese Inseln haben in ganz besonderem Maße unter dem muselmanischen Einfluß der Küste gestanden und niemals in irgendwelcher Weise an irgendeiner Bewegung zugunsten Griechenlands teilgenommen. Die Geographie und die Geschichte vereinigen sich, um Griechenland ihren Besitz streitig zu machen, und es ist schwer zu denken, daß sie nicht wie die Küste, von der sie ein so schmaler Streifen Wasser trennt, türkisch bleiben sollen. Diese Entfernung ist zu klein, um dort eine „blaue" Grenze zu schaffen.

Die albanische Frage ist der gordische Knoten der orientalischen Frage genannt worden.

Die Albaner, die frei in ihren Bergen lebten, von Konstantinopel immer mit Gunstbeweisen überhäuft wurden, keiner Militärdienstpflicht unterworfen waren, nicht mehr Steuern zu zahlen brauchten als sie wollten, kurz aller Lasten ledig waren, die auf den Muselman wie auf den Christen so schwer drücken, waren im türkischen Reich freier als die Türken.

Sie bekennen sich im allgemeinen zum Islam, und als treue Anhänger des Korans, der jeden Fortschritt negiert, zeigten sie den Jungtürken die Zähne wie die Hunde. Sie hatten und haben im türkischen Heere wie in der Verwaltung die höchsten Stellen inne, und es wird sehr schwer sein, es dahin zu bringen, daß sie sie niederlegen, um in ihre Berge zurückzukehren und dort das Vieh zu hüten.

Die Autonomie, die diesem unentwickelten Volke zugestanden werden soll, sei es, daß das Land zu einem monarchischen Staate gemacht wird, mit einem König, der aus irgendeiner europäischen Königsfamilie genommen wird, sei es, daß — was das Schlimmere wäre — das Land ganz auf sich selbst gestellt wird — diese Autonomie wird immer schweren Anfeindungen ausgesetzt sein, und es wird sehr schwer sein, die Erinnerung an die Herrschaft der Osmanen bei den Albanesen auszulöschen, weil diese tatsächlich das Volk sind, das von

Digitized by Google

ihr den größten Vorteil gehabt hat und vielleicht in seinem Herzen sich nach ihr zurücksehnen wird.

Wie man sieht, erheben sich auf allen Seiten Klippen und Sandbänke. Für die Diplomatie wird es schwer sein, mit dem Kompaß des Friedens in der Hand durch sie hindurchzusteuern, und es ist daher leicht möglich, daß der heute um jeden Preis vermiedene Krieg morgen — was Gott verhüten möge — mit noch größerer Heftigkeit unwiderstehlich zum Ausbruch gelangen wird.

Frankreich und England, in denen die demokratischen Parteien die Oberhand haben, scheinen von dem mazzinianischen Prinzip eines wirklichen und eigentlichen, von demokratischen Ideen durch und durch erfüllten Balkanbundes als Führer einer neuen Demokratie im Orient durchdrungen zu sein.

Der große italienische Agitator, der durch Freundschaftsbande mit Yubi Bradigj und andern slawischen Agitatoren verbunden und vor allem für die polnische Idee begeistert war, war davon fest überzeugt. Aber hierin sah Marx schärfer, der, da er die slawischen Bewegungen mehr aus der Nähe beobachtete, der Ansicht war, daß sie den großen slawischen Freiheits- und vor allem Einheitsideen gegenüber mehr literarischen und philosophischen Charakter trügen.

Die Idee eines Bundes aller Balkanvölker und Griechenlands, der durch seine Macht imstande wäre, eine ausgleichende Kraft zwischen Rußland und Oesterreich im Orient zu bilden, ist sicherlich sehr schön; vielleicht wird eines Tages in einem neuen Orient ein neuer Morgen daraus emporsteigen; einstweilen aber hat die von Herrn Poincaré angerufene Sonne der Demokratie noch nicht die Finsternis verscheucht, die über dem vielhundertjährigen ottomanischen Reiche liegt. Aber, schrieb Balbo, nehmt doch nur die Karte von Europa zur Hand. Wo soll sich die europäische Zivilisation verbreiten, wenn nicht im Osten unsers Erdteils, in jenen so glücklich im Zentrum unsers ganzen Kontinents gelegenen Gegenden, die vom Schöpfer als Wiege und Stätte der ältesten Kultur ausgewählt wurden; jener Stätte, auf der sie 2500 Jahre ausschließlich blieb, ebensolange Zeit, wie alle andern Zivilisationen zusammengenommen durchlaufen haben?

Heute ist diese Stätte fast wieder eine Wüste zwischen der europäischen Zivilisation Europas und der europäischen Zivilisation Indiens. Geradeheraus, glaubt ihr, daß diese Wüste, dieser leere Raum zwischen den beiden Zivilisationen bestehen bleiben kann?

Die Frage des berühmten Geschichtschreibers und Staatsmannes ist (obwohl sie vor dem Durchstich der Landenge von Suez gestellt wurde) noch immer offen, und der jetzige wahrscheinliche Friede von London gibt darauf keine erschöpfende Antwort.

Mehr noch als das Nationalitätsprinzip, das im Orient so eng mit dem Rassen- und Glaubensprinzip verknüpft ist, müßte, wie es scheint, für jetzt das die Zukunft vorbereitende Prinzip der Autonomie gelten.

Wenn die der Türkei weggenommenen oder wegzunehmenden Gebiete zum Teil eine neutrale, für den internationalen Handel freie Zone oder eine wirk-

Digitized by Google

liche Zone freien Handels vom Adriatischen bis zum Schwarzen Meer bilden würden, so könnte diese jetzige friedliche Lösung die Quelle einer wahren Erneuerung, eines nutzbringenden friedlichen Wiederauflebens der orientalischen Völker sein. Diese Zone würde das rechte Mittel zur friedlichen Eroberung des Orients sein und einerseits jeden türkischen Einfluß ausschalten, anderseits ein Element der Ruhe für die Großmächte bilden.

Eine ähnliche Lösung wurde im Frieden von Zürich in bezug auf einen Teil von Savoyen gefunden, und die Resultate, die sich daraus ergeben haben, können wohl dazu veranlassen, dieses Beispiel nachzuahmen.

Auf jeden Fall wird dieser Vorschlag, der heute so weitab liegt von den Zielen der kriegführenden Nationen, die alle einig sind in der Absicht, die orientalische Beute unter sich zu verteilen, sich als praktisch erweisen, wenn eine nahe Zukunft beweisen wird, daß es etwas andres ist, zu teilen als festzuhalten, und die wiederauftauchende Begehrlichkeit und Rivalität von neuem die orientalische Frage aufs Tapet bringen wird, die, wie allen Umständen nach nicht zu bezweifeln ist, mit dem gegenwärtigen Jahr nicht zum Abschluß kommen wird.

Das Schweigen der meistbeteiligten Großmächte, nämlich Rußlands und Oesterreichs, und die Aufgeregtheit Frankreichs und Englands gegenüber der Ruhe, die Deutschland an den Tag legt — das alles beweist, daß der Londoner Vertrag, ebenso wie der Berliner, in dieser Hinsicht nicht das so langerwartete letzte Wort sprechen wird.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1850 bis 1852

(Fortsetzung)

St. Petersburg, den 12. Dezember 1850.

Deinen Brief vom 2. d. M. habe ich vorgestern erhalten und habe mich gefreut, daß unsre Ansichten sich im wesentlichen wieder begegnet sind. Du wirst das bereits aus meinem letzten, mittlerweile erhaltenen Briefe ersehen haben.

Was den Punkt anbelangt, daß der Kaiser dem König eigenhändig schreiben möge, so wußte ich vorher, daß das nicht zu erreichen sein würde, finde es auch, so wie die Stimmung hier ist, weder richtig noch gut. Der Kaiser will keine persönliche Korrespondenz mit dem Könige mehr haben, weil er ihn nicht liebt, ist nicht imstande, sich in unsre Situation zu versetzen, und darum ist es besser, daß er nicht selbst schreibt, da man ihm die Briefe doch nicht diktieren kann. Dennoch aber wollte ich versuchen, Deinen Wunsch wenigstens zu betreiben. Ich schickte Rochow als erstes Treffen ins Gefecht, das war vielleicht ein Fehler, doch war es durch die Zeit- und Lokalverhältnisse schwer zu vermeiden, und

Digitized by Google

hielt ich mich mit Deinem Briefe in der Reserve, ließ den Kaiser nur wissen, daß ich ihn sprechen wolle, um so mir noch einen Angriff vorzubehalten, falls Rochow nicht siegen sollte. Jedenfalls konnte ich erwarten, daß der Kaiser für meine Ansicht ein offenes Ohr behalten würde. Rochow kehrte zurück und hatte nichts erlangt als den Auftrag des Kaisers an Nesselrode, ein anerkennendes Schreiben an den König aufsetzen zu lassen, was er selbst wohl zeichnen wird. R. war damit ganz zufrieden und siegestrunken und etwas verwundert, daß ich es nicht fand, daß ich diesen Weg nicht direkt genug fand und mehr verlangte. Ich war zum Diner geladen, nahm Deinen Brief mit und las dem Kaiser und der Kaiserin Stellen daraus vor. Mit der Stelle über Meyendorf machte ich ihn erst weich und rückte dann mit der Stelle wegen des Briefes vor. Der Kaiser wies mich kurz ab und verwies mich auf die am Morgen mit R. getroffene Verabredung. Ich ließ aber nicht los und sagte ihm geradezu, daß das nicht direkt genug sei. Er erwiderte, daß er vis-à-vis des Königs nie die Initiative ergriffen, daß er nur geantwortet, wenn er gefragt, daß er sich nicht das Recht anmaße, dem König zu sagen: Tue dies und lasse jenes; dies hast du schlecht, jenes gut gemacht. — Ich bat ihn, die Sache vom Standpunkt des Verwandten aufzufassen und dem König von diesem aus Glück zu wünschen usw. Darauf bekam ich die Antwort, die ich vorher kannte, daß ihn das nur von neuem in eine Korrespondenz mit dem König bringen werde. Da blieb mir nichts mehr übrig (da ich nicht um einen Brief betteln wollte), meine Reserven ins Gefecht zu führen, ihm momentan recht zu geben und zu fragen, ob es ihm nicht vielleicht dann geeignet erscheinen wolle, mich damit zu beauftragen, dem König in seinem Namen zu schreiben. Damit drang ich durch und bekam den Auftrag. Der Brief kommt gleichzeitig an. So habe ich also statt des gewünschten eigenhändigen Briefes zwei andre erreicht. Du wirst damit nicht zufrieden sein — ich aber bin es, weil ich den nachteiligen Eindruck zu oft gesehen habe, den des Königs Briefe hier machen. Es ist besser, wenn dergleichen durch R. oder mich geht — da kann gemildert werden, Stellen weggelassen usw. Der Kaiser tadelt immer und gefällt sich darin, aus des Königs Briefen Widersprüche gegen frühere hervorzuheben usw. Glaube mir, es ist besser, wenn sie sich nicht schreiben.

Wenn Du mir sagst, daß es meine Hauptaufgabe sei, ein persönliches Verhältnis wiederherzustellen, so sage ich Dir im voraus, daß das vorläufig nicht geht. Naturen und Richtungen sind zu verschieden, die Freundschaft ist gebrochen ... Man würde sich sehen, nur um ägrierter auseinander zu gehen. Erst muß noch mehr Gras über den März 48 gewachsen sein, erst muß wieder Ordnung in Deutschland sein, erst muß der Kaiser den König wieder in einer vernünftigen Bahn politischer Konsequenz sehen, dann vielleicht! Anderseits ist es gut, dem König die Idee zu erhalten, daß man hier nur unter Bedingungen freundlich auf ihn blickt; das macht doch einigen Eindruck. Es ist traurig, aber notwendig. Hier, wo im allgemeinen vis-à-vis des Kaisers und des Kanzlers wenig auszurichten ist, kommt es aber dennoch viel auf Persönlichkeiten an, und R.

Digitized by Google

mag sein, wie er will, so wird man niemand finden, der ihn auf dem hiesigen Terrain zu ersetzen vermöchte. Was mich aber anbelangt, so lobt mich der Kaiser zwar, findet in mir aber zuviel preußische morgue und mich auch etwas heftig in der Verteidigung unsrer Regierung! Ich weiche gern! Bleibe aber natürlich, wenn man keinen Besseren hat, weiß auch keinen vorzuschlagen.

Schon früher schrieb ich Dir, daß Meyendorf in der deutschen Politik das Hauptwort hier spricht — es ist also sehr wesentlich, ihn von Berlin aus warm zu halten. So sehr Du auch von ihm eingenommen bist, und so sehr ich selbst seine Verdienste schätze, so ist er doch auch impressionabel und gallig, wenn man nicht unbedingt in sein Horn blasen will, ist auch zu lange in Berlin gewesen und hat dort zu sehr in die Karten gesehen, um nicht mißtrauisch zu sein. Budberg ist gut, aber ein zu eingeschulter russischer Diplomat, um nicht gleich Lärm zu schlagen, sowie etwas geschieht, was hier nicht gefallen könnte. Auch hat er hier noch nicht genug Gewicht, um über irgend etwas hinweghelfen oder entscheiden zu können.

Können die Kammern nicht noch länger vertagt werden? Schicke mir doch gelegentlich unsre Verfassung. Ich setze wenig Hoffnung auf die Konferenzen, weil wir dort nie etwas Haltbares und für unsre Stellung in Norddeutschland Genügendes bekommen können. Der Bund wird elend zusammengeflickt oder ganz zerrissen werden, und wir fallen mit den Thüringern usw. wieder in eine Union ohne Hannover, ohne Sachsen und Hessen. An General Gerlach schreibe ich nicht, empfiehl mich ihm ... Grüße Weib und Kind. Wie immer.

Nachschrift. Der Brief, den ich dem König mit dieser Angelegenheit sende, enthält: Teilnahme und Glückwunsch für Olmütz trotz der Schwierigkeiten. Die Ansicht, daß nun ein Boden zur Reorganisation Deutschlands wiedergewonnen sei. Ueberzeugung, daß der König Manteuffel Vertrauen schenke, da er Ladenberg expediert. Besorgnis vor den Konferenzen und am Schluß des Kaisers Worte: „Sagen Sie also dem König in meinem Namen, daß diese Nachrichten hier große Freude erregt hätten."

*

Petersburg, 20. Dezember 1850.

... Der Kaiser sieht wieder sehr schwarz und glaubt an kein Resultat in Dresden, vielmehr an Krieg, wobei nur die Rollen gewechselt sind, nämlich Oesterreich und Preußen kontra Bayern, Württemberg, die beiden Hessen und Sachsen, welche sich dann Frankreich in die Arme werfen würden. Es sind schon Angstschreie aus München und Stuttgart hier angekommen. Außerdem aber gibt man sich hier jetzt der Besorgnis hin, durch die Anerkennung der Frankfurter eine Uebereilung begangen zu haben. Oesterreich habe versprochen, den Bundestag aufrechtzuerhalten, jetzt stehe das sehr in Frage usw. Endlich bleibt man hier gerüstet, bis die Holsteinische Frage erledigt ist; das kostet viel Geld, woran hier gar kein Ueberfluß ist. Daß der Passus in dem Einladungsschreiben „von eventueller Rückkehr zum alten Bunde" gestrichen worden, hat dem Kaiser die Idee endlich gegeben, daß Oesterreich auch gegen ihn vielleicht

Digitized by Google

nicht so ehrlich sei, als er es sich stets eingebildet, und als ich ihm dabei sagte, daß Preußens Rückkehr zum alten Bunde mit seinem ganzen Gefolge eine Unmöglichkeit sei und daher nie eintreten könne, war er wenig erbaut. (Auch habe ich gestern beim allgemeinen Ordensregen nichts bekommen!) Ich bin ihm also doch wohl nicht so ganz gefügig und seine Anschauungsweise adoptierend, als er es wohl sonst gewohnt sein mag.

Einige Rüstungen sind abbestellt, die die 25 Bataillone des VI. Korps (Moskau) betrafen. Auch das Grenadierkorps ist zum Teil früher schon angehalten worden. Von hier waren oder sollten Kosaken abgehen, doch weiß ich wirklich nicht, ob man sie angehalten oder ob sie noch nicht fort waren — melde das in meinem Namen an Stockhausen, den ich nicht ewig mit Briefen bombardieren will. Gerüstet aber bleibt man hier, wie gesagt, doch noch.

Die Holsteinische Geschichte wird uns noch viel Aerger mit Rußland geben, da man hier verlangt, daß die Herzogtümer sich auf Gnade oder Ungnade ergeben sollen, und man sich nachher um die Reorganisation nicht kümmern will, Deutschland dieselben aber schließlich doch nicht ganz im Stich lassen kann, um so weniger, da das dänische Gouvernement die Herzogtümer so schlecht als möglich behanoeln wird, um der dänischen Nationalität und deren Fanatismus, dessen es bedarf, Zucker zu geben ...

22. Dezember. Ich höre, daß man daran denkt, Rochow hier wegzunehmen! Möglich, daß er in Wien mehr nutzt als hier, weil er hier Vertrauen hat, man also auf seine dortigen Taten Wert legen und Aufmerksamkeit haben wird. Er wird aber in Meyendorfs Händen sein. Hier aber wird man ihn wohl verschmerzen, jedoch kaum wieder einen Gesandten finden, der die Intimität, das Vertrauen genießen wird, das er hat. Wohl möglich, daß er in Wien mehr nützt als hier, wo der überhaupt zu erreichende Nutzen darin besteht, ein ewiges Brausepulver zu sein. A Dio.

*

St. Petersburg, 23. Dezember 1850.

Deinen Brief vom 13. d. M. habe ich erhalten, ich danke Dir dafür, wenn Du auch hart und vielleicht auch ungerecht gegen mich bist. Das schadet nichts, es ist das besser, als wenn Du recht hättest. — Ich habe wenig Zeit, darum will ich Dir nur kurz antworten und aufführen, was ich dem Kaiser in verschiedenen Momenten geantwortet und gesagt habe — ohne jeglichen Anhalt aus Berlin, in dem Momente selbst:

1. Bei Gelegenheit der ewigen Diskussionen über die Zusammenkunft in Warschau als mein letztes Wort (die Worte sind mir noch ziemlich erinnerlich):

a) „Ew. Majestät, erlauben Sie mir eine letzte Frage in dieser Angelegenheit. Können Sie es mit Ihrem Gewissen verantworten, die Hand zurückzustoßen, die der König Ihnen bietet? Ich könnte es an Ihrer Stelle nicht, und täte ich es auch nur, um vor dem eignen Gewissen Ruhe zu haben."

Digitized by Google

b) „Bei allem Tadel gegen den König vergessen Ew. Majestät stets, daß er es allein gewesen, der Sie im Jahre 1848 vor einem Kriege bewahrt hat, der 1849 in Jütland haltgemacht hat, als Ihre Armeen in Ungarn engagiert waren."

2. Bei Gelegenheit der Ernennung von Radowitz:

„Lassen Ew. Majestät die Vergangenheit des Mannes und Ihre gerechte Abneigung gegen ihn ruhen und warten Sie ab, ob er dem Staate nicht Nutzen bringen wird. — Drängen Ew. Majestät uns so fort, so sind Sie es, der Preußen der Revolution in den Rachen jagt, statt es zu retten. — Wir müssen in Hessen mitreden, sonst verliert Preußen seine Stellung in Norddeutschland und in Europa. Wir können in Holstein nicht militärisch intervenieren, das ist gegen unser eignes Fleisch wüten. Uebersehen Sie die brutale Form der Noten und Erklärungen in Ansehung der Situation."

3. Bei Gelegenheit des noch bevorstehenden Krieges:

„Hätten Ew. Majestät den König nach Warschau geladen, so wäre es nie dahin gekommen."

4. Bei Gelegenheit seiner Anerkennung der Frankfurter Versammlung:

„Ew. Majestät sprachen mir so oft von der Liebe zu Preußen, und doch können Sie ihm gerade jetzt solche Wunden schlagen und dadurch nebenbei Oesterreich in seinem unbasierten und törichten Uebermut noch stärken, während Sie Einverständnis und Frieden wünschen."

5. Wegen Freigebung der Etappenstraßen:

„Ich kann es nicht leugnen, daß ich in Ihrer Deduktion zum ersten Male den Soldaten und General vermisse, und Friedenskonventionen können buchstäblich unter jetzigen Verhältnissen nicht mehr in Anwendung kommen, die Notwendigkeit will auch ihr Recht haben. Die Mäßigung der Regierung ist weit größer, als es die meinige sein würde. Ich zöge die Truppen nicht zurück und beanspruche doch, gutgesinnt und Patriot zu sein. — Ew. Majestät wollen immer mehr, als die Lage der Dinge in Preußen möglich macht."

6. Bei der Braunschweiger Frage:

„Ew. Majestät mögen es mir nicht übelnehmen, aber auf die einseitigen Berichte Ihrer Agenten hin kann ich meine Ueberzeugung nicht ändern. Ich kann es nicht glauben, daß meine Regierung sich dazu hergegeben, den Herzog zur Weigerung anzutreiben. Der Herzog ist so gut Souverän als der Kurfürst; der eine ruft die Fremden, der andre will sie nicht haben. Wir haben kein Recht, ihn zu zwingen, den Durchmarsch zu gestatten, wir müssen ihn vielmehr in seinem Recht aufrechterhalten, wenn er unsre Hilfe beansprucht."

7. In der hessischen Sache:

„Das buchstäbliche Recht der Traktate muß der Notwendigkeit in der Politik weichen, wie es schon tausendmal geschehen. Die Traktate können nicht

Digitized by Google

für alle Eventualitäten voraussichtlich gemacht werden. Deshalb sind sie nicht immer genügend."

Genug.

Der Kaiser selbst klagt bei Rochow, daß ich zuviel preußische morgue habe, daß ich die Regierung zu heftig vertrete, wie ich es au fond nicht könne. Aus zwei Gründen habe ich um keine Deputation geschrieben, erstens, weil hier keine Feier ist, weil er keine haben will, zweitens, weil wir ihm nicht immer den Hof machen sollen, wenn er hart und unbillig gegen uns ist, weil die Verhältnisse überdem so lagen, daß die Deputation vielleicht auf halbem Wege hätte kehrtmachen müssen und wir unsre Offiziere besser bei der Mobilmachung brauchten als hier zum Hofieren im Moment, wo er gegen uns rüstete. A Dio.

*

St. Petersburg, 29. Dezember 1850.

Deine Briefe nebst Einlagen vom 18. und 20. Dezember habe ich richtig erhalten und will den ersteren Passus für Passus beantworten, damit Du unter andern ungerechten Anschuldigungen gegen mich nicht wieder sagen kannst, daß ich auf Deine Auseinandersetzungen nicht einginge. Ein für allemal also, wenn ich auf dieselben nicht weiter antworte, so stimme ich ihnen im wesentlichen bei, wie Du Dir das ohnehin hättest denken können. Das Urteil des Kaisers über mich habe ich Dir nur geschrieben, um Dir zu beweisen, daß ich hier in meinem Urteil nie unter dem Einfluß des Kaisers, seiner Ansichten und Reden stehe, daß ich mir vielmehr das eigne bewahrt habe, und selbst die faulen Stellen unsrer Regierung, wenn auch contre cœur, zu vertreten suche. Von Uebelnehmen meinerseits, von Nichtanerkennung ist nie die Rede gewesen, ich diene, suche meine Schuldigkeit zu tun, werde für meine Dienste bezahlt, habe also nichts weiter zu verlangen und verlange auch nichts. Was ich in dieser Beziehung gesagt habe, geschah nur deshalb, um Dir die nötigen Anhaltspunkte zu geben, Dich in meine hiesige Situation denken zu können. Daß Du das aber falsch aufgefaßt hast und Dich wunderst, wenn ich sage, wie ich gern bereit wäre, diese Stellung aufzugeben, wenn man ein geeignetes Individuum dafür wisse, beweist mir meinerseits, daß ich mich vielleicht nicht deutlich genug ausgesprochen habe, und anderseits, daß Du zerstreut warst oder schwach wirst. Ich wollte damit sagen, daß hier überhaupt wenig auszurichten ist, wenn in Preußen nicht nach hiesigen Melodien getanzt wird, daß ich nicht glaube, den Leuten hier andre Akkorde beibringen zu können, so wie ich die Lage der Dinge kennen gelernt habe — man kann höchstens das forte ihres Spiels in ein piano verwandeln —, daß es mir recht sein würde, wenn man einen geschickteren Musikmeister fände. Daß es das Haupterfordernis ist, meiner zu vertretenden Ansicht Geltung zu verschaffen, versteht sich ganz von selbst, ebenso daß es gleichgültig ist, ob man, wenn es gelungen, von dem Menschen, der sie vertreten, sagt, er sei ein tüchtiger, geistreicher oder brutaler Mensch. Wie gesagt, ich habe Dir jene Urteile nur geschrieben, um Dir ein Bild meiner Stellung zu machen.

Digitized by Google

Daß Du meinen Ideen über die Reorganisation Deutschlands entgegen bist, bedaure ich zwar, muß aber dabei bleiben, daß ich den Dualismus für Unsinn halte, sofern er mehr als eine rein materielle Exekutive sein soll, und eine beschränkte Vertretung beim Bunde für besser als ein abermaliges Unionsparlament halte. Werfen sich die Gothaer in jene Vertretung, so sind sie dort leichter zu bewältigen als bei dem Unionsparlament; gibt es keine Vertretung beim Bunde, so kommen sie ins Unionsparlament und bringen dieselbe revolutionäre Propaganda gegen den Bund mit — wie in Erfurt. Wenn ich von den seitens Oesterreichs eingegangenen Verpflichtungen sprach, so geschah es, weil uns dieselben nicht bekannt sind und wir dieselben nicht ignorieren können; wenn ich von unsern Engagements nicht sprach, so geschah es, weil sie bekannt sind. Bayern braucht nicht über preußische Interessen zu entscheiden, denn in der Idee der Trias liegt doch keineswegs, daß Bayern das dritte Glied derselben zu sein braucht. — Die Könige können in diesem alternieren oder gemeinschaftlich ein Individuum dazu delegieren. Was soll bei Meinungsverschiedenheiten im Dualismus die Entscheidung geben? Und diese werden ewig vorkommen, solange es Staaten und Menschen gibt! — Oesterreichs Eintritt in den deutschen Staatenbund mit allen seinen Ländern ist von jeher unter der Bedingung beantragt und bewilligt, daß es keine größere Stimme, Teilnahme usw. als Preußen habe; nur unter dieser Bedingung ist es möglich; wie Oesterreich das vis-à-vis seiner Staaten vertreten kann, geht uns nichts an. Verlangt es bei etwaiger Repräsentation mehr Mitglieder als Preußen, so geht es selbstredend nicht an, und es muß, wie Du sagst, der Bund ein höchst „laxer" werden. Ein solcher aber hat weder Kraft noch Saft. Allerdings wünschte ich, daß im Bunde auch eine Repressivgewalt läge, weil sie ein Anhalt für die Schwäche der deutschen Fürsten und ihrer durch elende Verfassungen gebundenen Regierungen wäre. — In der Zentralisation Deutschlands liegt meiner Ansicht nach auch kein Aufhören Preußens; denn vergleiche Deutschland mit den verschiedenen Bestandteilen eines Zeltes — hört die große Zeltstange auf, der Kern und Halt eines Ganzen zu sein, und bedarf man ihrer nicht vorzugsweise, um unter einem schützenden Dach zu wohnen? Personifiziere die Zeltstange und lasse sie von den andern Bestandteilen Bedingungen fordern, unter welchen sie sich hergeben will, das Ganze zu halten, dann wird sie durch die Zusammensetzung (Zentralisation) nicht aufhören, Zeltstange zu sein und zu bleiben.

Ich will nicht zurückgehen auf das Wesen des Deutschen Reichs, ich will der Notwendigkeit, der Ehre und der erkämpften Stellung Preußens alles in Deutschland verschaffen, was möglich ist. Ich will aber für diese Dinge mich bei dem Möglichen halten und nicht, wie der König, nach Idealen streben, um dabei, wie er mir sagte, doch etwas zu erlangen. Ich will einen Krieg mit Oesterreich vermeiden, wenn irgend möglich, weil er unter den gegebenen Verhältnissen die größte erdenkliche Kalamität wäre, weil ich in der Verbindung Oesterreichs, Preußens und Rußlands nur das Heil Europas und das Unterliegen der Revolution sehen kann. Der innere Wert und die innere Kraft geben

Digitized by Google

dem Staate wie dem Mann die Stellung in der Welt und nicht allein die äußere Stellung. Ist ersteres aber vorhanden, so findet sich letztere von selbst und dient dann zur weiteren Entfaltung von Wert und Kraft. — Kraft haben wir, das weiß jeder in Europa, aber wenig Wert. Deshalb müssen wir unmittelbar nur nach dem Erreichbaren streben, mittelbar durch innere Stärkung die uns gesteckten Grenzen nach und nach erweitern.

Bayern irgend etwas andres einräumen zu wollen als Sachsen oder Hannover, ist mir nie eingefallen, ich weiß also auch nicht, warum Du mir diesen Staat allein stets entgegenschiebst.

Es ist allerdings töricht, die aktenmäßige Auffassung der reellen vorzuziehen, sie wird aber von allen Ländern stets vorgeschoben werden, wenn dieselben etwas einbüßen sollen. Will man von der andern Seite darauf nicht eingehen und hält sich an die Notwendigkeit, so schreitet man durch einen Krieg zur Rechtsverletzung und Usurpation. Das schadete nichts; jetzt aber ist nicht der Moment dazu, weil wir sofort wieder in die Hände von Radowitz fallen, uns mit der Revolution alliieren und wer weiß wohin kommen würden. Jetzt und unter diesen Lokal- und Personalverhältnissen müssen wir noch lavieren und unsre Forderungen nicht zu hoch stellen, uns innerlich stärken, um einen besseren Moment zur Erlangung des Notwendigen und Nützlichen zu erfassen. — Was ich dem Kaiser über unsern König sagen soll, habe ich ihm bereits im September in der Ukraine gesagt, daß für mich der Spruch: Le Roi quand même immer gelten werde, und daß er ihn tragen und mit ihm leben müsse, weil Gott ihn mir zum Herrn und ihm zum Nachbarn und Schwager gegeben habe. Hier im Winterpalais habe ich ihm in seinem Kabinett gesagt, daß der Aerger über den König auf den Nachbarstaat zurückwirke und er dadurch auch gegen Preußen gereizt sei, von dem er doch sonst immer mit Liebe rede. Du siehst also, daß ich nicht so ganz vom esprit d'escalier unterjocht bin, als Du es zu glauben scheinst.

Auch wegen Braunschweig habe ich dem Kaiser gleich bei der ersten Nachricht gesagt, was ich Dir neulich bereits mitgeteilt, ich brauche es also nicht noch zu wiederholen, hoffe aber, daß Du es einsehen wirst, mir unrecht getan zu haben.

Was die aktenmäßige oder sachliche Auffassung der Dinge anbelangt, so übertrage die des hiesigen Kabinetts nicht immer auf mich — laß Dir meinen Brief an Stockhausen zeigen, den ich gleichzeitig mit diesem absende.

Nimm Dich mit Deinen Briefen etwas in acht, die Du durch die russischen Kuriere expedierst. Es gehen zweimal monatlich englische und ebenso oft französische — bestelle also im Ministerium, daß Deine Briefe mit diesen gesendet werden, sofern sie nicht erbrochen werden können.

Wie immer Dein usw.

Ehrenvoll ist es, für den König totgeschossen zu werden — ob aber neben ihm oder anderweitig, bleibt individuelle Liebhaberei. Selbsterkenntnis bestimmt dabei die meinige. —

Als Erwiderung auf Grabows Sendung schickt der Kaiser den Generalleutnant und Generaladjutant v. Grünwald nach Berlin. Er war, wie Du wissen

Digitized by Google

wirst, schon oft dort, ist sehr gut altpreußisch, d. h. F. W. III., braver Mensch, aber mißtrauisch hinsichtlich der Stimmung der Armee gegen Rußland.

*

Petersburg, den 5. Januar 1851.

Deinen am 25. Dezember begonnenen Brief nebst Kalender habe ich richtig erhalten und benutze einen abgehenden Kurier, Dir für beides zu danken. Wenn der Eingang Deines Briefes ein Scherz sein soll, so kann er sich doch eines bitteren Beigeschmacks nicht erwehren — ist er Ernst, so kann ich im wesentlichen nur darauf antworten, daß es von Dir nicht bloß Liebenswürdigkeit und Demut ist, die Dir die Briefe diktieren, sondern daß die Verhältnisse wie unsre Freundschaft es Dir auch zur Pflicht machen, zu schreiben. Beneble Dich also lieber nicht in dem Weihrauch, den Du Dir höchst eigenhändig in Selbstbewunderung gestreut hast! Wäre ich nicht gerade in dieser Stellung, so hätte ich seit unsrer Trennung auch noch nicht eine Zeile von Dir zu sehen bekommen. Was das Apodiktische in meinen Briefen aber anbelangt und die andern Fehler, die Du meiner Korrespondenz vorwirfst, so will ich die gerne hinnehmen, bis sich vielleicht einmal eine Gelegenheit finden sollte, wo wir die beiderseitigen Briefe einem Unparteiischen vorlegen könnten. — Das Examen bestehst Du wahrlich nicht im Sinne der Anspruchslosigkeit.

Vor einiger Zeit schrieben Gerlach, Budberg und Du: Rußland muß dies Ministerium stützen und halten, es muß auf den Charakter und das Vertrauenerweckende von Manteuffel hingewiesen werden usw. Gut! es wird hier besorgt, Mantff. wird bei jeder Gelegenheit in bezug auf Politik, Festigkeit, Schwierigkeit, Charakter gelobt; nun ist es wieder nicht recht, weil bloß seine Geschicklichkeit, namentlich in Olmütz gelobt werden soll, wo die Geschicklichkeit von Meyendorf und Schwarzenbergs Einsicht in die wahre Sachlage bekanntlich und erweislich mehr herbeigeführt haben als gerade M.s Geschicklichkeit. Man kann in derlei Dingen den Leuten hier wohl eine wünschenswerte Richtung angeben, man kann ihnen die Briefe aber nicht diktieren. Der Kaiser ist hart im Urteil und unbillig, ebenso in der verwandtschaftlichen Zuneigung. So ist ein persönliches Verhältnis auch nicht herzustellen, wenigstens jetzt noch nicht, und dann muß es von hier ausgehen, denn der König darf auch nicht um des Kaisers Freundschaft buhlen; er vergibt sich etwas, wenn er nicht eingeladen, sondern geduldet wird. Das habe ich dem Kaiser schon im September gesagt und die Antwort bekommen: „Ich denke wie Sie." — Merkt der Kaiser erst, daß man nicht weiter nach seiner persönlichen Intimität trachtet, so wird er schon entgegenkommender werden, um so mehr, da die Kaiserin und ich ihm bereits mehrfach vorgeworfen, daß die Olmützer Resultate bereits in Warschau erreicht worden wären, wenn er den König dahin eingeladen. Leider aber ist das eine große Klippe, an der der Kaiser scheitert, daß er sein eignes wie Preußens Interesse über der Abneigung gegen den König aus dem Auge verliert. Nimm dazu, daß er 54 Jahre, daß er Kaiser von Rußland und als solcher an und für sich schon weniger trätabel ist als irgendein andrer Monarch, daß er sich fühlt und namentlich

Digitized by Google

seit 1848 auch keine geringe Meinung von sich hat, wenn er auch oft Bescheidenheit aushängt, daß er leidenschaftlich und dabei gesprächig und indiskret ist, daß er des Königs Briefe vor der ganzen Familie vorliest, selbst vor Schranzen, daß er sie Nesselrode und Orloff gibt, daß er seinem Unmut nie Zwang antut, daß er Schlegell gleich den Brief des Königs vorgelesen hat. Will man etwas Verwandtschaftliches tun, was den Kaiser freuen und ihm Vertrauen und Anhänglichkeit zeigen würde, so sende man ihm im Sommer den Prinzen Friedrich Wilhelm (Sohn des P. v. P.) auf einige Monate her. Will man ihm gelegentlich eine militärische Artigkeit erweisen, etwa zu seinem Geburtstage, so befehle man mir, die Uniform seines Regiments zu tragen und lasse mich bei demselben à la suite führen und lasse mich überraschend auftreten. Eine Zusammenkunft aber muß noch hinausgeschoben werden, bis der Kaiser wieder einmal in Warschau ist; — nach Preußen kommt er nicht. Ich schrieb an Gerlach über diese Dinge; — über die Sendung des Prinzen F. W. werde ich dem König vielleicht einmal schreiben, doch nur kurz vorher, da weder er, noch der Vater, noch Ihr etwas Derartiges durchsetzen könnt, wenn die Frau Mama Wind davon bekommt. Ueber die Uniformfrage werde ich es mir auch überlegen, weil es für mich teuer und unbequem ist, ich also erst bedenken will, ob die persönlichen Opfer der Mühe wert sind. Ist wieder eine Revue hier im Reiche, so muß ein General hingesendet werden, ist eine bei uns, so muß zu gleicher Sendung eingeladen werden.

Besprich mit General Gerlach einmal die Idee der Sendung des Prinzen F. W. Es würde hier nicht allein große Freude erregen, sondern ist auch vom P. v. Preußen versprochen worden. Sollte es dazu kommen, so würde ich aber dringend bitten, dem Prinzen nichts als seine wirkliche Umgebung mitzugeben und nicht einen Haufen junger Leute wie dem Prinzen F. K. im vergangenen Sommer. Nicht allein weil man hier recht gut merkt, daß das bloße Ordensjäger sind, sondern weil der Kaiser auch vis-à-vis solcher Leute mit seinen Reden nicht rücksichtsvoll genug ist.

Um noch einmal auf die Brieffrage zu kommen, so steht in meinem Briefe an den König die Anerkennung, daß er trotz aller hier sehr gewürdigten Schwierigkeiten dennoch Olmütz ratifiziert habe, — an einer andern Stelle des Kaisers eigne Worte: „Sagen Sie dem König in meinem Namen, daß diese Nachrichten hier große Freude erregt hätten.“ Ist das noch nicht genug? Ich dächte, der König könnte darin genug für sich finden. Ein offizieller Kabinettsbrief ist außerdem moralischer Beitritt! Also viel! General Gerlach findet den Ton der hiesigen Schriftstücke hofmeisternd, ich kann das nicht finden, sondern nur die Idee herauslesen, den König zu schieben, und darin hat man hier in vieler Beziehung um so weniger Unrecht, als es an Veranlassung wie an Aufforderung dazu wahrlich nicht gefehlt hat. Daß man in Holstein unserseits jetzt mehr getan als nötig war, beklage ich sehr, einmal weil ich diese Maßregel der Truppenstellung gräßlich finde und weil alles, was dort von uns geschieht, hier doch keine Anerkennung findet, weil in dieser Beziehung partieller Wahnsinn und

Digitized by Google

Festgeranntheit herrscht. Man tut also unrecht, wenn man mehr gibt, als notwendig ist.

Von Berlin macht man uns stets den Vorwurf, namentlich General Gerlach und Du mir, daß wir die dortige Situation nicht genug würdigten. Wenn ich aber namentlich Deine Briefe lese und das hier alles erreichen sollte, was Du verlangst, so bin auch ich sehr geneigt zu glauben, daß man unsre hiesige Situation nicht kennt oder nicht in Anschlag bringt, — oder ich muß endlich glauben, daß es ganz an mir liegt; deshalb wiederhole ich, wie ich ganz bereit bin, Platz zu machen. Wie peinlich die hiesige Stellung hier ist, mag Dir daraus hervorgehen, daß Rochow trotz allen Vertrauens, trotz aller Intimität, trotz aller Auszeichnung, trotz des vortrefflichen Vernehmens mit dem Kanzler nicht hierbleiben, sondern lieber den Abschied nehmen will. Wenn ich das auch nicht ganz billigen kann, so begreife ich es doch vollkommen.

Nachschrift

Den 6. Januar 1851.

Es ist heute hier erster Feiertag, große Messe nebst einer Art von Cour und dann eine Feierlichkeit zum Dank der 1812 aus dem Lande geworfenen Franzosen, die an diesem Tage das russische Terrain verließen. Alle hier noch übrigen Kämpfer aus jener Zeit werden in den Sälen des Winterpalais versammelt. Sonst wüßte ich Dir von hier weiter nichts zu schreiben, als daß ich sehr übler Laune bin, teils weil ich mir für das Allgemeine von den Dresdener Konferenzen wenig verspreche, weil ich einen Konflikt mit unsern Kammern fürchte, der unter allen Umständen sehr unangenehm ist und der doch tant bien que mal durchgefochten werden muß. Auch das Wiederauftreten Radowitz' ängstigt mich, da der Mensch doch irgendein Arkanum besitzen muß, womit er den König immer wieder einfängt. — Was mich selbst anbelangt, so fühle ich mich hier doch sehr allein und verlassen zwischen den glatten, höflichen, aber ausweichenden Russen, denen jedes fremde Element, namentlich wenn's bien en cour ist, doch unangenehm bleibt. Unter diesen Umständen ist Elise Rauch[1]) noch meine beste Erholung, — wie wenig aber auch sie jetzt in ihrer Trauer zu bieten vermag, liegt am Tage. Natürlich sagt man uns beide hier vielfach verlobt und gratuliert ihr von allen Seiten. Um mir hier zu gefallen, bin ich nicht mehr jung genug; doch darum handelt es sich allerdings wenig, wenn es auch auf die Person immer mehr oder weniger zurückwirkt. Ich wünsche mir den Sommer mit seinen militärischen Beschäftigungen und dem Landleben herbei; — wann aber werde ich einmal auf Urlaub gehen können? Rochow will nun nach dem russischen Neujahr abreisen, wann und ob er wiederkehrt, mag Gott wissen.[2]) Wer wird im letzteren Falle sein Nachfolger werden?

---

[1]) Die Tochter des Generals v. Rauch, der Vorgänger Rochows als preußischer Gesandter in Petersburg war.

[2]) Rochow wurde zunächst preußischer Vertreter an dem neu ins Leben gerufenen Bundestage in Frankfurt a. M., kehrte dann aber als Gesandter nach Petersburg zurück.

Digitized by Google

Leb wohl, grüße Weib und Kind und behalte mich in gutem Andenken.

P. S. Bitte den General Gerlach, daß man die Idee einer Zusammenkunft der beiden Monarchen noch nicht hervortreten, sie lieber von hier ausgehen lasse; die Kaiserin ist dabei der beste Sachwalter. Ich selbst wünsche sie nicht mehr; — doch will ich mich bescheiden und natürlich nichts in den Weg legen, wenn man hier den Drang danach fühlt, — kommen wird er, denn das Gewissen regt sich doch wohl gelegentlich, vielleicht jetzt schon im stillen.

Petersburg, den 15. Februar 1851.

... Es ist eine fixe Idee in Berlin, daß wer einmal hier ist, daß der auch alles durch die russische Brille ansehen muß. Da Du derselben nun auch verfallen bist, so muß es wohl epidemisch sein. Den Leuten aber, die Dir gesagt haben, daß ich dem persönlichen Interesse des Königs nachteilig sein könne, daß ich leicht fremden Einflüssen zugänglich sein würde, wenn ich in politische Kombinationen geführt werde usw., den Leuten also sage, daß sie bei dieser Ansicht über meine Person und diesen Befürchtungen besser getan hätten, mich in Berlin zu behalten. Stellte man meine Pflichttreue, Charakter und Befähigung in Zweifel, so war es besser, einen andern Offizier oder niemand zu senden. Ich kann fehlen und irren, aber gegen meinen Herrn und König wird kein Fremder Einfluß bei mir haben. Ich danke Dir, daß Du das wenigstens wußtest, und füge für Dich nur noch hinzu, daß die Phantasie mit mir noch nie durchgegangen ist. Ich wußte immer, was ich tat, und Gott wird mir verzeihen, wo ich Unrecht tat, namentlich da, wo ich es wissentlich tat. Jetzt bin ich alt und müde, da ist von Phantasie nicht mehr viel die Rede.

Zum Schluß abermals die Bemerkung, daß ich weder gereizt war, gereizt bin, noch es gegen Dich sein werde. Glaubst Du mir aber nicht mehr und gibst Du mehr auf den Eindruck, den meine Briefe auf Dich machen, so frage Rochow, mit dem ich viel von Dir gesprochen und dem ich Stellen aus Deinen Briefen vorgelesen habe, wo Du mich heruntermachst.

Der Kaiser sagte mir bereits im Herbste bei Gelegenheit eines Gesprächs über den P. v. P., daß er ihn gar nicht wiedererkenne, daß er sich in modernen Theorien festgerannt habe, und daß man auch von ihm wenig zu erwarten habe, sofern er früher oder später berufen sein sollte, den Thron zu besteigen. Nach der Rückkehr von Grünwald sagte er mir: „G. hat mir durch viele ihm in Berlin gemachte Aeußerungen nur das bestätigt, worüber ich selbst längst klar war, daß der König von den vier Brüdern mir der liebste ist. Friedrich Karl ist ganz im Sinne von Wilhelm, und von Wilhelms Sohn weiß ich gar nichts Positives."

Gott befohlen, empfiehl mich dem Kriegsminister, hoffentlich ist er besser. Wie immer.

*

Digitized by Google

Petersburg, 5. März 1851.

Meinen besten Dank für Deinen Brief vom 22. v. M., die Dresdener Geschichte anlangend. Ich schrieb unter dem 3. darüber an Gerlach, laß Dir diesen wenig erbaulichen Brief zeigen.[1]) Dein Brief war mir sehr wichtig für Nesselrode und die Kaiserin, die die preußische Fahne ergriff und dem Kaiser ins Gesicht sagte, daß Schwarzenberg verräterisch gegen uns handle. Der Kaiser will es immer noch nicht glauben und schlägt auf uns nach beliebter Manier los, weil eben alles und immer auf uns herumpaukt. Er will à tout prix Ruhe in Deutschland haben, glaubt Schwarzenberg konservativer und energischer als uns, deshalb hat er nichts gegen seine Suprematie und beschwichtigt das Gefühl für Preußen damit, daß er sagt: Die Stellung, die Fr. W. III. in Deutschland recht gewesen sei, könne auch jeden ordentlichen Preußen befriedigen. Ich habe mich so geärgert, daß ich sehr an mich halten mußte, um nicht auch feindlich zu werden bei einer Menge von Einwürfen, die er mir in der übelsten Laune machte und die dabei wirklich gar nicht zur Sache gehörten, anderseits keine richtige Auffassung des Ganzen verrieten. Es ist manchmal, um die Schwerenot zu bekommen — und dann fragen einen die Leute auf dem Ball, ob man sich nicht amüsiere, warum man so ernst sei und nicht die Cour mache, nachdem man kurz vorher mit dem Kaiser unter schallender Tanzmusik turniert hat.

Der Kanzler war recht vernünftig und mißbilligte die Reden des Kaisers und bestätigte Schwarzenbergs Versprechen in Warschau hinsichtlich der Parität ꝛc.

Bitte Deinen Vetter dringend, daß er Meyendorf warm hält und au courant setzen läßt von unserm Standpunkt aus. Ich wiederhole es, daß er in deutschen Sachen die Hauptperson hier ist. Der Kanzler bedauert noch immer, daß es unmöglich war, ihn nach Dresden zu stationieren.

*

Petersburg, den 11. März 1851.

Der Kaiser hat wohl eingesehen, daß er neulich (mein letzter Brief an Gerlach) zu weit gegangen war und im Unrecht war. Ich hatte dem Kanzler tüchtig eingeheizt und dieser ihm wohl die Richtigkeit meiner Behauptungen, sowie die preußische Korrektheit begreiflich gemacht. Auch Budbergs Bericht ist gut für uns. Gestern aß ich wieder bei den Majestäten, — der Kaiser sprach nach dem Essen mit mir über die Lage der Dinge und wollte wieder nicht glauben, daß es der Gesamteintritt sei, der Oesterreich durchaus nicht zum alten Bunde zurückkehren lassen wollte, sondern vielmehr die Besorgnis, daß die deutschen Regierungen nun vis-à-vis ihrer Völker alle Autorität verlieren möchten, wenn man in Dresden nichts zustande bringe. Ich blieb ungläubig und erwiderte nur, daß Schwarzenberg eine annähernde Befürchtung bis Olmütz nicht gehabt habe, er überhaupt wohl mehr an Oesterreich und sich zu denken pflege

[1]) Gerlach erwähnt diesen Brief in seinen Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 609 und knüpft daran eine lange Erörterung über die Stellungnahme des Kaisers Nikolaus zum Konstitutionalismus.

Digitized by Google

als an andre. Dann kam das Gespräch wieder auf die Lächerlichkeit, der sich Preußen aussetze, daß es gerade zum alten Bund zurück wolle, nachdem es seit drei Jahren dagegen bramarbasiert habe. Ich erwiderte, daß Preußen zu allen und jeden Projekten die Hand geboten habe, und daß die Lächerlichkeit — die zwar unstreitig sei — nunmehr auf die andern falle, nicht auf Preußen, das faktisch allein etwas Reelles für Deutschland geleistet habe, sowohl in seinem Innern als in Dresden, Frankfurt, Baden. — Der Kanzler ist ganz einverstanden mit der preußischen Argumentation und sagte mir auch vor einigen Tagen, daß er dem Minister Manteuffel in allem, was derselbe in der Politik seit Olmütz geleistet habe, nur beitreten könne, und des Kaisers Unmut nicht begreifen könne, da M. ja gerade in seinem Sinne handle. Glaube mir, — der Kaiser fängt an einzusehen, daß wir Recht hatten, als wir (oder vielmehr ich, denn Rochow teilte meine Ansichten hierin nicht immer) gegen Schwarzenbergs Loyalität auftraten. Unrecht einzusehen, sträuben sich die meisten Menschen (wenn auch ich nicht!!!) um wieviel mehr die Selbstherrscher. Die Bestellung des Ministers Manteuffel an den Kaiser, die Dein letzter Brief enthielt, habe ich auf den Wunsch des Kanzlers ausgeschrieben, dieser ließ sie übersetzen und sendete sie dem Kaiser, zu dem ich in jenen Tagen, wo er sein Abendmahl nahm, nicht gehen wollte.

Sollte indes wirklich zu dem alten Bunde zurückgekehrt werden, dann hoffentlich läßt Manteuffel von den ohnehin geringen Paritätsforderungen keinen Buchstaben fallen, — so wird auch wohl eine Proklamation nötig werden, wo dem Nationalgefühl kurz und bündig gesagt wird, daß Preußen alles getan habe, um Deutschland zu konsolidieren, es aber mit Gewalt der Waffen zu einer Neuform zwingen zu sollen, weder im Rechte noch im Heile Preußens liegen könne und gelegen habe, man müsse abwarten, ob die Zeit die Schwierigkeiten bewältigen werde, die sich jetzt ohne Rechtsverletzung unüberwindlich gezeigt hätten.

Da ich die großen Dienste, die M. in den letzten Zeiten dem Vaterlande geleistet hat, vollkommen anerkenne und auch die Schwierigkeiten nicht verkenne, von denen er allseitig umgeben ist, so tut es mir doch leid, daß mir ein wohlgesinnter Mann aus Berlin schreibt: „In den äußern Fragen ist er korrekt, hat aber in den innern Angelegenheiten Rücksichten zu nehmen und namentlich auf den König, der immer noch eine große Scheu vor den Kammern hat. Es bleibt aber Tatsache, daß M. sich die Rechte vom Halse hält und leider keine Auskunft gibt, wenn sie ihn um Information bittet. Er schickt Männer wie Bismarck, seinen Bruder und Vetter fort und hört Leute wie Stieber, Ezechiel usw. an und ist wohl auch leider der Schmeichelei nicht ganz unzugänglich.“ — Ich schreibe das nicht, weil ich es glaube, sondern weil es mir leid tut, daß, wenn wohlgesinnte Leute so urteilen können, etwas Veranlassung dazu oder doch der Schein vorhanden sein müssen.

Nachschrift. Den 13. März.

Der Kaiser ist bereits weit traitabler geworden und scheint ihm auch der

Digitized by Google

Kanzler wohl etwas zugesetzt zu haben. Man schreibt ihm aus Berlin, daß Manteuffel jetzt weniger Ursache habe, über den P. v. P. zu klagen. Gott gebe es!

Was wird denn endlich aus den Händeln zwischen Wrangel und Prittwitz? Können sie gar nicht zusammengehen, so sende man Prittwitz oder Wrangel nach Breslau. Für die Garde wäre P. ein Verlust und Lindheim sein bester Nachfolger, — nur nicht Schreckenstein, denn der zeigt Wrangel nie die Zähne, wie sich das 1849 hinlänglich gezeigt hat, und ohnedem geht es mit dem einmal nicht. Ich bin Prittwitz persönlich sehr attachiert, und wenn ich auch seine großen Fehler nicht verkennen will, so bleibt er von unsern höheren Offizieren wenn nicht der Beste, so doch bestimmt einer der Besten, und es ist jetzt nicht der Moment, dergleichen zu verlieren. Ist er zu widerspenstig und kraus, nun dann bleibt leider nichts andres übrig. Hier würde man ihn auch ungern scheiden sehen, denn der Kaiser hält viel auf ihn — trotz Schleswig!!! Wenn Du den v. Schöning sehen solltest, so sage ihm, daß die Bilder hier angekommen, die der König mir senden ließ.

*

St. Petersburg, den 15. März 1851.

Gestern ist Graf Henckel[1]) mit dem nach Wien geschickten, endlich auch hierher mitgeteilten Ultimatum beim Kanzler gewesen, der seine mir gemachte Erklärung über die Korrektheit von Manteuffel in der äußern Frage ihm wiederholt hat, — über das Paritätsultimatum hat er sich eine Auslassung bis nach dem Vortrage beim Kaiser vorbehalten. Unbegreiflicherweise hat Meyendorf noch immer nicht berichtet, — und das ist hier, wie Du weißt, in deutschen Sachen entscheidend. Seit meinem letzten an General Gerlach gerichteten Brief hat sich der Kaiser sehr geändert; — meine Taktik war richtig, daß ich ihn zuerst zum Gefecht herausforderte, denn einmal blieb ich, wenn auch ohne momentane Vorteile, auf dem Schlachtfeld stehen, von dem er sich zurückzog, und anderseits fand der Kanzler ihn in den folgenden Tagen schon ebranliert. Der Kaiser sieht wohl ein, daß er gegen mich im Unrecht war, und kajoliert mich seitdem, hat auch der Elise Rauch vorgestern gesagt: er freue sich doch recht, daß man mich hierher gesendet habe, da er mich stets ehrlich und offen gefunden habe und deshalb auch so gerne und vertrauensvoll mit mir verkehre. Natürlich war das wohl auch gesagt, daß ich es wiedererfahren sollte, quasi Pflaster. Das ist gut für den weiteren Gang. — Aus dem Ultimatum glaube ich leider zu ersehen, daß meine Alternierung im Präsidium nicht mehr von uns beansprucht wird. Das tut mir leid, daß man darin wieder nachgegeben hat. Ich kann es wenigstens aus den Piecen nicht anders herauslesen und scheint es mir, daß das Präsidium als „traditionelles Ehrenrecht" behandelt wird, neben dem der preußische Gesandte in der Luft steht. Treten Preußen und Oesterreich beide als Großmächte, d. h. mit allen Staaten, in den Bund, so muß es auch im

[1]) Graf Henckel, bei der preußischen Gesandtschaft in Petersburg.

Digitized by Google

Präsidium keinen Unterschied geben und Oesterreich sich lediglich auf den Vortritt beschränken. Adieu.

*

14. April 1851.

Die Gelegenheit zur Wiederanknüpfung eines persönlichen Verkehrs zwischen den beiden Monarchen ist gegeben, der König und die Königin zum Mai nach Warschau eingeladen.[1]) Ich habe eine Zusammenkunft, seitdem ich den Kaiser näher kennen lernte, nie gewünscht, denn besser wird das Vernehmen nicht — vielleicht aber schlechter! Möchte ich Unrecht behalten und alle die Personen, die eine Zusammenkunft für heilsam hielten, über mich triumphieren!

Ich bitte Dich, sorge dafür, soviel Du kannst, daß der Ministerpräsident den König begleitet, damit der Kaiser ihn persönlich kennen lernt. In der Umgebung des Königs möchte ich ferner Gerlach und Dich, oder Hiller oder Blumenthal. Für die Königin Graf Keller. Nicht zu viel Menschen, nur das Notwendige, weil der Raum fehlt. Warte ab, bis man Dir von dieser Angelegenheit spricht, doch kannst Du selbstredend die Minister Manteuffel und Stockhausen darauf vorbereiten. Wie immer.

*

St. Petersburg, den 6. Januar 1852.

Heute vormittag habe ich Deinen an Elise Rauch gerichteten Brief gelesen und das für mich bestimmte Geschenk bei ihr dankbarlichst in Empfang genommen. Ich habe stets einen solchen Kalender in der Brieftasche gehabt, und fehlte er mir für dies Jahr sehr.

Was Deine Abhandlung über Louis Napoleon anbelangt, so habe ich ziemlich dasselbe nach Berlin an Gerlach und meine Mutter geschrieben und trete Deinen Ansichten vollkommen bei. Ueber jede „Kreuzzeitung" und nun auch über den „Rundschauer" ärgere ich mich abscheulich; namentlich über die kriegerischen Artikel der ersteren. Daß L. N. ein eidbrüchiger Usurpator ist, weiß jeder, und wenn das einmal in der Zeitung steht, der Aufrechterhaltung des Prinzips von Recht und Unrecht wegen, so ist es genug. Wenn man L. N. aber beurteilen will als etwa wie Herrn Simson, wenn er Präsident einer deutschen Republik geworden wäre, so ist das ein Unsinn, weil in Frankreich ja jahrelang nichts als Rechtsbruch, Eidbruch usw. gewesen ist und L. N. einem Haufen von Schwätzern gegenüberstand, die auch jeder rechtlichen Basis entbehrten. Genug davon! Ebenso die Kriegsfrage! Greift man Oesterreich in Italien an, so sind wir ebensolche Esel, wenn wir ihm nicht beistehen, als die Oesterreicher es sein würden, wenn wir am Rhein angegriffen würden, aber „toute vérité n'est pas bonne à dire" sagt ein französisches Sprichwort. Jedenfalls ist es töricht, L. N. oder vielmehr die Franzosen zu reizen und zu provozieren, das muß von ihnen kommen; dann finden sie uns weit stärker. Vor-

[1]) Die Zusammenkunft der Monarchen fand im Mai 1851 in Warschau statt. Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 626 ff.

Digitized by Google

Kanzler wohl etwas zugesetzt zu haben. Man schreibt ihm aus Berlin, daß Manteuffel jetzt weniger Ursache habe, über den P. v. P. zu klagen. Gott gebe es!

Was wird denn endlich aus den Händeln zwischen Wrangel und Prittwitz? Können sie gar nicht zusammengehen, so sende man Prittwitz oder Wrangel nach Breslau. Für die Garde wäre P. ein Verlust und Lindheim sein bester Nachfolger, — nur nicht Schreckenstein, denn der zeigt Wrangel nie die Zähne, wie sich das 1849 hinlänglich gezeigt hat, und ohnedem geht es mit dem einmal nicht. Ich bin Prittwitz persönlich sehr attachiert, und wenn ich auch seine großen Fehler nicht verkennen will, so bleibt er von unsern höheren Offizieren wenn nicht der Beste, so doch bestimmt einer der Besten, und es ist jetzt nicht der Moment, dergleichen zu verlieren. Ist er zu widerspenstig und kraus, nun dann bleibt leider nichts andres übrig. Hier würde man ihn auch ungern scheiden sehen, denn der Kaiser hält viel auf ihn — trotz Schleswig!!! Wenn Du den v. Schöning sehen solltest, so sage ihm, daß die Bilder hier angekommen, die der König mir senden ließ.

*

St. Petersburg, den 15. März 1851.

Gestern ist Graf Henckel[1]) mit dem nach Wien geschickten, endlich auch hierher mitgeteilten Ultimatum beim Kanzler gewesen, der seine mir gemachte Erklärung über die Korrektheit von Manteuffel in der äußern Frage ihm wiederholt hat, — über das Paritätsultimatum hat er sich eine Auslassung bis nach dem Vortrage beim Kaiser vorbehalten. Unbegreiflicherweise hat Meyendorf noch immer nicht berichtet, — und das ist hier, wie Du weißt, in deutschen Sachen entscheidend. Seit meinem letzten an General Gerlach gerichteten Brief hat sich der Kaiser sehr geändert; — meine Taktik war richtig, daß ich ihn zuerst zum Gefecht herausforderte, denn einmal blieb ich, wenn auch ohne momentane Vorteile, auf dem Schlachtfeld stehen, von dem er sich zurückzog, und anderseits fand der Kanzler ihn in den folgenden Tagen schon ebranliert. Der Kaiser sieht wohl ein, daß er gegen mich im Unrecht war, und kajoliert mich seitdem, hat auch der Elise Rauch vorgestern gesagt: er freue sich doch recht, daß man mich hierher gesendet habe, da er mich stets ehrlich und offen gefunden habe und deshalb auch so gerne und vertrauensvoll mit mir verkehre. Natürlich war das wohl auch gesagt, daß ich es wiedererfahren sollte, quasi Pflaster. Das ist gut für den weiteren Gang. — Aus dem Ultimatum glaube ich leider zu ersehen, daß meine Alternierung im Präsidium nicht mehr von uns beansprucht wird. Das tut mir leid, daß man darin wieder nachgegeben hat. Ich kann es wenigstens aus den Piecen nicht anders herauslesen und scheint es mir, daß das Präsidium als „traditionelles Ehrenrecht" behandelt wird, neben dem der preußische Gesandte in der Luft steht. Treten Preußen und Oesterreich beide als Großmächte, d. h. mit allen Staaten, in den Bund, so muß es auch im

[1]) Graf Henckel, bei der preußischen Gesandtschaft in Petersburg.

Digitized by Google

Präsidium keinen Unterschied geben und Oesterreich sich lediglich auf den Vortritt beschränken. Adieu.

*

14. April 1851.

Die Gelegenheit zur Wiederanknüpfung eines persönlichen Verkehrs zwischen den beiden Monarchen ist gegeben, der König und die Königin zum Mai nach Warschau eingeladen.[1]) Ich habe eine Zusammenkunft, seitdem ich den Kaiser näher kennen lernte, nie gewünscht, denn besser wird das Vernehmen nicht — vielleicht aber schlechter! Möchte ich Unrecht behalten und alle die Personen, die eine Zusammenkunft für heilsam hielten, über mich triumphieren!

Ich bitte Dich, sorge dafür, soviel Du kannst, daß der Ministerpräsident den König begleitet, damit der Kaiser ihn persönlich kennen lernt. In der Umgebung des Königs möchte ich ferner Gerlach und Dich, oder Hiller oder Blumenthal. Für die Königin Graf Keller. Nicht zu viel Menschen, nur das Notwendige, weil der Raum fehlt. Warte ab, bis man Dir von dieser Angelegenheit spricht, doch kannst Du selbstredend die Minister Manteuffel und Stockhausen darauf vorbereiten. Wie immer.

*

St. Petersburg, den 6. Januar 1852.

Heute vormittag habe ich Deinen an Elise Rauch gerichteten Brief gelesen und das für mich bestimmte Geschenk bei ihr dankbarlichst in Empfang genommen. Ich habe stets einen solchen Kalender in der Brieftasche gehabt, und fehlte er mir für dies Jahr sehr.

Was Deine Abhandlung über Louis Napoleon anbelangt, so habe ich ziemlich dasselbe nach Berlin an Gerlach und meine Mutter geschrieben und trete Deinen Ansichten vollkommen bei. Ueber jede „Kreuzzeitung" und nun auch über den „Rundschauer" ärgere ich mich abscheulich; namentlich über die kriegerischen Artikel der ersteren. Daß L. N. ein eidbrüchiger Usurpator ist, weiß jeder, und wenn das einmal in der Zeitung steht, der Aufrechterhaltung des Prinzips von Recht und Unrecht wegen, so ist es genug. Wenn man L. N. aber beurteilen will als etwa wie Herrn Simson, wenn er Präsident einer deutschen Republik geworden wäre, so ist das ein Unsinn, weil in Frankreich ja jahrelang nichts als Rechtsbruch, Eidbruch usw. gewesen ist und L. N. einem Haufen von Schwätzern gegenüberstand, die auch jeder rechtlichen Basis entbehrten. Genug davon! Ebenso die Kriegsfrage! Greift man Oesterreich in Italien an, so sind wir ebensolche Esel, wenn wir ihm nicht beistehen, als die Oesterreicher es sein würden, wenn wir am Rhein angegriffen würden, aber „toute vérité n'est pas bonne à dire" sagt ein französisches Sprichwort. Jedenfalls ist es töricht, L. N. oder vielmehr die Franzosen zu reizen und zu provozieren, das muß von ihnen kommen; dann finden sie uns weit stärker. Vor-

[1]) Die Zusammenkunft der Monarchen fand im Mai 1851 in Warschau statt. Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 626 ff.

Digitized by Google

läufig nehme man so wenig Notiz von ihnen wie nur irgend möglich. Hier nun sprach sich der Kaiser anfänglich sehr heftig und bestimmt dagegen aus, ihn nie als Kaiser anzuerkennen, wegen der Verträge von 1815, sonst aber lobte er, was er bis jetzt getan habe, und sah darin mehr moralische Emanzipation zur Rettung der Gesellschaft und des Landes, als ich glauben kann. Der Haupthebel bleibt immer Selbstsucht, und wenn man jetzt sogar aus Paris schreibt, daß es nicht unmöglich sei, L. N. tue das alles, um gelegentlich Henry V. zurückzuführen, und Persigny sei Legitimist!!! — Gott stärke die Leute — so möchte ich auf diese Brücke nicht treten. Die guten Verträge von 1815 sind aber so wiederholt und gröblich verletzt, Louis Philippe, Belgien, Krakau usw., daß es auf einen Riß mehr oder weniger nicht mehr ankommt und man füglich ein Auge zudrücken kann, wenn es ein Napoleon ist, der dies monarchische Prinzip in Frankreich herstellt, da man anderseits doch nicht den Entschluß haben wird, für die Legitimität den Degen zu ziehen. Traurig genug, daß man 1830/31 hingehen ließ, ohne einzuschreiten. Ob Louis Philippe König oder der Aventurier L. N. Kaiser in Frankreich, kommt auf eins heraus; jedenfalls war ersterer ein größerer Schurke. Wenn er Ordnung in Frankreich hält und seine Nachbarn nicht inkommodiert, so mag er getrost Präsident oder Kaiser sein. Daß er dies aber tun wird, oder wird tun können, ist mir nicht glaublich. Uebrigens wird sich der Kaiser auch beruhigen und ihn ebenso anerkennen wie einst Louis Philippe. — Wenn Du kannst, so lies den Brief an den König, den Benkendorff von Rochow mitbringt und den gleichzeitigen Bericht an Manteuffel. Du wirst darin Interessantes finden. Trenne Dich einmal von Deinem Sofa, auch wenn man nicht auf Dich hört.

Oesterreich ist schlimmer als L. N., weil es uns wohl im Stich lassen würde, wenn wir am Rhein angegriffen würden, von hier aus aber ist ihm gedient worden und dem Felix insinuiert, er möge Politik und kommerzielle Interessen trennen, erstere aus einem höheren Gesichtspunkte auffassen und nicht glauben, daß er auf diesem Wege, den er jetzt gehe, auf Rußland rechnen könne, wie damals gegen die Unionspolitik.

Sehr wesentlich erscheinen mir zwei Dinge: 1. England und Frankreich entfernt zu halten und 2. Felix zu stürzen. — Zu ersterem bietet man hier die Hand, und letzteres läßt man ganz gerne geschehen — tempora mutantur. — Vielleicht ist es noch zu früh und muß man hier erst noch ärgerlicher werden. — Hier ist furchtbare Geldklemme, so daß man jetzt um 16 Eskadrons reduziert und andre Ersparnismaßregeln eintreten läßt, über die ich bereits früher an Gerlach schrieb. — Ich bereite mich nicht auf den Krieg vor, weil ich nicht daran glaube, bevor ich nicht sehe, daß L. N. den Fuß fest im Bügel hat. Was werden die Generale tun, wenn sie loskommen?

Schreibe mir über Oesterreich und den Bund, Bismarck und Thun! Der alte Metternich gibt wieder Rat in Wien. Schreibe mir über Stockhausen usw. und schreibe mir, warum Graf Stolbergs mir im Oktober gemachte Verheißungen bisher keine Früchte getragen haben, und ob die ganze Geschichte vielleicht wieder

Digitized by Google

in das Meer der Vergessenheit gefallen ist.[1]) — Das Pferd, das Du solltest zeichnen lassen, sieht im Trabe am besten aus; avis au lecteur, falls darin noch nichts geschehen ist. Der beste Pferdezeichner ist Steffek in Berlin. — Grüße Deine Frau und behalte lieb Deinen

Berta ist wohl und grüßt bestens.

Wer ist denn mein Protegé, der den alten Napoleon mit dem Neffen auf dieselbe Basis stellt? Ich will ihn aufgeben.

*

Die Antwort Manteuffels ist erhalten in folgendem „Auszug eines Briefes an Münster Ende Januar 1852 nach Petersburg":

Du sagst, der Kaiser wolle L. N. nicht als Kaiser anerkennen in bezug auf die Verträge von 1815, und Deinen Räsonnements darüber trete ich im ganzen bei, suche dieselben aber systematischer zu fassen. Im Jahre 1814/15 haben die Alliierten die Bourbons in Frankreich hergestellt; die Bourbons haben die französische Nation nicht in Ordnung zu halten gewußt, weder die ältere noch die usurpatorische Linie, und sind dadurch die Veranlassung zu neuen Erschütterungen für ganz Europa geworden. Die Alliierten von 1814/15 haben daher nicht die geringste geschichtliche Verpflichtung, eines bloßen Prinzips wegen die Bourbons nochmals zu restaurieren. Preußen speziell hat hierzu um so weniger Verpflichtung, da Ludwig XVIII. auf dem Wiener Kongreß gegen Preußen intrigiert und Karl X. kurz vor seinem Sturze Bündnisse gegen Preußen nachgesucht hat. Man mag über das Jahr 1830/31 denken wie man will, so ist diese Nichtbefähigung der Bourbons, die Franzosen in Ordnung zu halten, dieser Trieb von ihnen, mit den revolutionär-liberal-egoistischen Elementen der Nation Verbindungen gegen die Mächte zu schließen, denen sie ihre Herstellung verdankten, der innere Grund gewesen, der den drei Kabinetten die Energie genommen hat, für die Aufrechterhaltung des Resultates der Kriege von 1813/15, die Wiederherstellung der legitimen Regierung in Frankreich, das Schwert zu ergreifen. Man erkannte Louis Philippe an. Ich stimme Dir vollständig bei, daß dies der Hauptfehler der letzten zwanzig Jahre gewesen ist, aber die Dinge haben eben ihre inneren Notwendigkeiten, die mächtiger sind als das Wollen und Denken der Menschen. Wie haben sich nun die Verhältnisse gestaltet, seitdem man von den Verträgen von 1815 abgewichen ist, und worin besteht die Abweichung? Sie besteht nur in der prinzipiellen Seite: Man hat zugegeben, daß die Franzosen selbst über ihre Regierung bestimmten, und man hat das Prinzip der Nichtintervention aufgestellt, anerkannt und bis jetzt ausgeübt. Die Verträge von 1814/15 haben seit dem Jahre 1830 nur noch auf den Umfang und die Grenzen der Territorien Bezug. Die Konstitution von Polen ist aufgehoben worden, der Schweiz hat man eine große Veränderung in ihrem Innern zugestanden, ohne

[1]) Bezieht sich auf eine Gehaltsaufbesserung Münsters.

Digitized by Google

daß die Mächte, welche jene Verträge geschlossen, darüber befragt worden wären. Nur bei der belgischen Frage hat man dies für nötig gehalten und hat sich ein Schiedsrichteramt hierüber zugesprochen. Der Hauptgedanke hierbei war, daß Frankreich sich nicht vergrößere, und weil man nicht den Mut hatte, gegen dieses zu kämpfen, so hat man eine Ungerechtigkeit gegen Holland begangen.

Wie will man also heute auf einen Punkt der Verträge — den über die Napoleonische Herrschaft in Frankreich — zurückkommen, ohne in die größten Widersprüche mit sich selbst zu geraten? Allein das anerkannte und ausgeübte Prinzip der Nichtintervention steht entgegen. Und dann herrscht ja der Napoleonide bereits in Frankreich — der Name, unter dem er es tut, ist Nebensache hierbei, und doch hat er eine ungeheure Bedeutung! Und deshalb gebe ich dem Kaiser recht, daß er so sehr auf den Namen oder Titel pointiert. Empereur des Français könnte sich Napoleon ebensogut nennen als président oder prince-président, wenn der Titel Empereur nicht unwillkürlich den Gedanken des Empire français hervorriefe. Die Bedeutung des Empire français ist aber die Herrschaft Frankreichs über Europa — denn auch Rußland war von ihm besiegt und hatte seine Häfen den Engländern geschlossen. Die Aufstellung des Empire français wirft den Rest der Verträge von 1814/15, die territoriale Seite derselben, wirft das neue Prinzip der Nichtintervention, wirft alle heutigen europäischen Staatenverhältnisse über den Haufen. Insofern ist zu bedenken, ob man es zuläßt, oder vielmehr, ob man es anerkennt, daß Louis Napoleon sich zum Kaiser von Frankreich erklärt. Ich glaube nun, daß er es nicht früher tun wird, als bis er der französischen Gloriole Nahrung gegeben und entweder in Italien oder am Rhein die französischen Grenzen erweitert oder aber auch in Spanien französischen Einfluß ausgeübt hat. Ich halte es für unumgänglich notwendig, daß die Alliierten von 1813/15 sich von neuem verpflichten, nicht zu dulden, daß Frankreich territoriale Vergrößerungen beansprucht, und daß ein Angriff in Italien oder am Rhein, eine Intervention in Spanien, eine vorherrschende Einmischung in die Türkei als ein Angriff auf die vier andern europäischen Großmächte angesehen wird. Wenn dies geschähe, so bin ich immer noch der Ueberzeugung, daß L. N. sich besinnen würde, Krieg zu beginnen, und da er wieder ohne Krieg nicht leben kann, so muß er entweder einen Kampf de désespoir machen, wo Europa dann wieder als Sieger die französischen Verhältnisse ordnet, oder er unterliegt den Fraktionen, und Frankreich zerfleischt sich in sich selbst und ermöglicht es dann, auf richtigen Prinzipien Europa zu ordnen, ohne daß das ganze europäische Staatenverhältnis durch die Aufstellung einer großen französischen Macht alteriert wird.

So liegt die Sache nach meiner Ansicht in abstracto.

Nun aber, wie ist es mit dem gemeinschaftlichen Handeln der Verbündeten von 1813/15? Betrachte ich mir die Staaten, so scheint das seine Schwierigkeiten zu haben. England sieht nur seinen Vorteil, und hat es für den Moment kein Interesse, so ist nichts mit ihm zu machen. Ich bin vollständig Deiner Ansicht, daß es wünschenswert ist, England von Frankreich zu trennen, und in

Digitized by Google

der Wiederaufrichtung der Allianz von 1813/15 liegt der Gedanke dieser Trennung. Aber die englischen Verhältnisse sind im Innern unsicher, niemand weiß, wie lange sich das Ministerium hält, und nur mit diesem sind die Verhandlungen zu führen. Also ich glaube nicht, daß aus den Verhandlungen mit England viel herauskommt, und glaube keineswegs, daß England sich zu einer definitiven Festsetzung in betreff der Behandlung der französischen Verhältnisse hergibt — eine solche ist aber notwendig, denn bloßes Hin- und Herreden hilft nichts. Ich würde daher England höflich, zuvorkommend, vertraulich sogar, behandeln, würde aber mein eigenes Handeln nicht von dem Zutritt Englands abhängig machen, denn da komme ich selbst zu keinem Entschlusse. Außerdem wird bei späteren Verwicklungen England nie zugeben, daß Frankreich wieder Belgien und Holland beherrscht, sobald dieses sich als wirkliche Macht wieder aufstellt.

Nun Oesterreich. Ich glaube auch nicht, daß Oesterreich feste Verpflichtungen mit seinen Verbündeten gegen Frankreich eingehen wird. Es ist dies gegen den Charakter seiner Politik. Es bindet sich nie zum voraus, sondern handelt rein nach dem momentanen Interesse. Für den Augenblick liegen seine Verhältnisse noch ganz besonders. Oesterreich drückt das Paktum mit Rußland und es möchte da heraus. Als ich in Warschau und Wien mit F. S.[1]) verhandelte, machte er mir Anspielungen darauf, und ich glaube, daß in dem Augenblicke, wo noch russische Verwundete in den Lazaretten lagen, er sehr gern Preußen alle Konzessionen gemacht hätte, wenn dieses ein Bündnis mit ihm gegen Rußland geschlossen hätte. Ich bin auf alle diese Dinge nicht eingegangen und habe sie nicht einmal in meine Berichte aufgenommen, weil ich bei der damaligen hiesigen konfusen Wirtschaft nicht Veranlassung geben wollte, daß die Tagesdiplomaten dies benutzten, um noch mehr Wirrwar in die hiesigen Gedanken zu bringen. Die Ueberzeugung habe ich aber, daß F. S. heute noch so denkt wie damals, daß ihn die Verpflichtungen gegen Rußland drücken, und daß er, der in Preußen keine Stütze gegen russische Suprematie gefunden hat, versuchen wird, sie in L. N. zu finden. Ich halte es eher für möglich, daß Oesterreich geheime Verbindungen mit Frankreich schließt, als daß es bestimmte Allianzen gegen das Empire français eingeht. Von meinem Standpunkte aus habe ich hiergegen nichts, so gefährlich eine Verbindung Frankreichs und Oesterreichs auch sein mag. Ich sehe nämlich die preußische Politik in dem Widerspruch mit Oesterreich. In diesem und durch diesen ist Preußen gewachsen. Erst seit 1792 hat sich die preußische Politik in dieser Hinsicht geändert. Aber teuer haben wir den Sturz der Radowitzschen Politik bezahlt: Noch heute stehen Oesterreicher in dem Rayon, der naturgemäß zu Preußen gehört, und geschehen ist, was man im Traume nicht für möglich hielt, daß Bayern das große Wort gegen Preußen führen, daß bayrische Truppen sich den preußischen haben entgegenstellen können, ohne

[1]) Felix Schwarzenberg. Manteuffel hatte im Mai 1850 den Prinzen von Preußen nach Warschau begleitet und war im Juni in diplomatischer Sendung am Wiener Hof gewesen.

Digitized by Google

dafür gezüchtigt zu werden. Das ist unendlich hart, und ich glaube, daß es nicht klug von den europäischen Mächten gewesen ist, Preußen einen so bitteren Kelch trinken zu lassen. Dennoch hätte ich ihn noch bitterer getrunken, ehe zu erleben, daß die preußischen Fahnen in Allianz mit den revolutionären Elementen gekämpft hätten. Das wäre geschehen, wenn es 1850 zum Kriege kam. Oesterreich hätte als Repräsentant des legitimen, Preußen als Vorkämpfer des revolutionären Prinzips dagestanden. Will aber Oesterreich nun die Rollen vertauschen, will es sich mit der Revolution alliieren, denn weiter ist Napoleon nichts, so sehe ich den Kampf mit Oesterreich nicht als ein großes Unglück an.

Auf Oesterreich also ist nach meiner Ansicht auch nicht zu rechnen zu einer definitiven Verabredung über das Verhalten gegen Frankreich, und haben wir auch ohne diese England in letzter Instanz immer gegen Frankreich, so kann es leicht kommen, daß Oesterreich in dieser sogar für Frankreich sich erklärt.

Nun Rußland! Rußland ist der prinzipielle Gegner von L. Napoleon und schon deshalb unser einziger zuverlässiger Alliierter. Preußen könnte im Notfalle wieder auf Haugwitzsche Ideen kommen und könnte so ohne Rußland in der gegenwärtigen Krise sein Heil versuchen. Rußland kann gar nicht einen solchen Gedanken fassen. Ich weiß zwar recht wohl, daß in Rußland französische Sympathien sind, daß die Gedanken von Teilung der Welt wieder auftauchen werden, aber der Kaiser kann nie und nimmer darauf eingehen, und der Kaiser ist Gott sei Dank noch Rußland. Er hat in der Napoleonischen Frage die Stellung seines Herrn Bruders, des hochseligen Kaisers Alexander, zu vertreten, er kann die Schwankungen der Politik desselben von 1807 bis 1812 nicht nochmals durchmachen, sondern er kann sich nur auf den Boden der russischen Politik von 1812 an stellen. Von diesem Boden aus datiert Rußlands Größe, Macht und Einfluß im heutigen Europa. Was aber ist dieser Boden? Es ist der prinzipielle Gegensatz gegen die revolutionären Ideen von 1789 mit allen ihren Konsequenzen. Rußland ist die Mauer, an welcher die französische Weltherrschaft zerschellt ist und von deren Zinnen dann die Befreiung Deutschlands, die Wiederherstellung Preußens, die Gestaltung der gegenwärtigen Staatenverhältnisse ausgegangen sind. Man sage was man wolle von Englands Hartnäckigkeit in dem Kampfe gegen Napoleon, von den Volkssympathien, welche die Alliierten 1813/15 in dem Kriege getragen, von den Schlägen des preußischen Heeres. Blieb Kaiser Alexander nicht fest, faßte er nicht den Entschluß, über die Weichsel zu gehen, stellte er sich nicht auf als der Ritter für die Befreiung der europäischen Staaten von der französischen Herrschaft, so hätten England, Sympathien und preußische Waffen nichts vermocht — Napoleon regierte vielleicht heute noch und hätte höchstens an Rußland Konzessionen nach der Türkei hin gemacht. Dann wieder im Jahre 1815, als Napoleon von Elba zurückkam, war es abermals Kaiser Alexander, welcher die Alliierten zusammenhielt. Diese Stellung hat Kaiser Nikolaus fortzusetzen, und alle untergeordneten russischen Parteiprojekte einzelner Staatsmänner können hier nichts ändern. Mit Erfolg aber kann der Kaiser diesen hohen Beruf nicht erfüllen,

Digitized by Google

wenn die preußischen Fahnen nicht neben den seinen flattern, und deshalb meine ich, hat der Kaiser Preußen heute noch nötiger als Preußen ihn, denn neben allem anderen handelt es sich um die persönliche Stellung des Kaisers in der Geschichte.

Nun also, England ist abwartend, Oesterreich fast unsicher, es bleiben daher nur Rußland und Preußen. Nehmen diese beiden Staaten gleich eine bestimmte Stellung, so glaube ich nicht, daß Oesterreich es wagt, sich offen mit Frankreich zu alliieren, und tun sie es im quasi Einverständnis und mit Inkenntnissetzen Englands und zu dem alleinigen bestimmten Zwecke, etwaigen französischen Gelüsten entgegenzutreten, so glaube ich nicht, daß England sich dadurch veranlaßt sieht, sich an Frankreich anzuschließen. Nun aber läßt sich nach meiner Ansicht durch Verhandlungen und Korrespondenzen hier nichts machen. Hier können nur die Monarchen persönlich sich engagieren und hier muß der Kaiser persönlich hervortreten. Wäre es nach mir gegangen, so hätte der König nach dem Eingang der Nachricht vom 2. Dezember nach Petersburg geschickt und dem Kaiser geschrieben: So fasse ich die Bedeutung der Sache auf, ich will nicht intervenieren, ich will aber auch nicht traktieren mit L. N., und will Krieg führen, wenn Frankreich die Ansprüche des Empire zu erneuern strebt; ich will hierin gemeinschaftlich mit Rußland handeln und biete ihm die Allianz des hochseligen Königs mit dem hochseligen Kaiser Alexander in bezug auf Frankreich an. — Es geht aber eben nicht nach mir, weil kein Entschluß und keine Klarheit da ist, und weil die Leute sich mit Pairskammern und Ministerkrisen beschäftigen. Jetzt mache du die Sache, mache, daß der Kaiser den König von Preußen und den Kaiser von Oesterreich zu einer persönlichen Zusammenkunft auffordert, daß er ihnen seine Ansichten vorlegt und sie auffordert, diesen beizutreten. Ich glaube nicht, daß der Kaiser von Oesterreich refüsiert, ich glaube aber, daß es der einzig sichere Weg ist, ihn zu retten und Schwarzenberg vernünftigen Ansichten unterzuordnen oder ihn zu entfernen. Ich bin überzeugt, daß der König sich dem Kaiser treu und ehrlich anschließt. Geht der Kaiser von Oesterreich nicht darauf ein, so ist das Verhältnis klarer und zwischen Rußland und Preußen inniger und enger, und das schon ist Gewinn.

Aber Zeit ist nicht zu verlieren, schon die Kaiser-Anerkennungsfrage muß gemeinschaftlich behandelt werden. Die Dinge in Frankreich gehen schnell, L. N. spielt le tout pour le tout.

Wenn man F. S. anfängt weniger zu poussieren, so ist es mir fast lieber, daß er Minister ist, als daß er gestürzt wird. Schrieb ich in der obigen allgemeinen Betrachtung von Rettung des Kaisers von Oesterreich, so tat ich das objektiv vom allgemeinen Standpunkt, vom spezifisch preußischen halte ich es fast für vorteilhaft, wenn Oesterreich einen Premierminister hat, der mit Rußland schlecht steht. Handelt es sich nicht um Erreichung eines großen allgemeinen Zieles, so mag F. S. immer Premierminister bleiben.[1])

[1]) Fürst Schwarzenberg starb am 5. April 1852. Sein Nachfolger wurde Graf Buol-Schauenstein.

Digitized by Google

Zur Kriegsluftflottenfrage

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

Von der „Täglichen Rundschau" wurde kürzlich die Nachricht gebracht, die Reichsregierung beabsichtige, ein Gesetz zur Schaffung und Unterhaltung einer Kriegsluftflotte den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen. Ob dieses zutrifft, bleibe unerörtert. Wie dem aber auch sei, jedenfalls hat die Oeffentlichkeit bereits jetzt ein Interesse daran, zu wissen, was zu einer Kriegsluftflotte gehört und welche Aufgaben ihr im Kriege zufallen. In folgendem sollen diese Fragen, wenn auch nur allgemein, erörtert werden.

Zu einer Kriegsluftflotte gehören:

a) Luftfahrzeuge, und zwar solche, die leichter, und solche, die schwerer sind als Luft;
b) das zur Ausrüstung, Bewaffnung und Ausbesserung der Luftfahrzeuge erforderliche Zubehör;
c) Luftschiffhallen und Fliegerzelte;
d) Fahrzeuge zum Transport der Luftfahrzeuge und ihres Zubehörs nach dem Verwendungsort;
e) das Bedienungspersonal der Luftfahrzeuge.

aI. Luftfahrzeuge, leichter als Luft

Dieses sind die Fahrzeuge, welche durch einen mit Wasserstoffgas gefüllten Ballon in der Luft getragen und durch Luftschrauben und Motore vorwärts bewegt werden. Der Ballon hat zigarrenähnliche Form und trägt an der Unterfläche zur Aufnahme der Motore, Steuerung, Bewaffnung und des Bedienungspersonals durch Stangen oder Taue mit ihm verbundene Gondeln. Von diesen Fahrzeugen, denen man allgemein den Namen „Luftschiffe" gegeben hat, werden diejenigen, deren Ballon mit hölzernen oder metallenen Längs-, Quer- oder Diagonalspanten versehen ist und dadurch unveränderliche äußere Form erhält, als solche der „starren" Bauart oder kurz „Starre" bezeichnet. Hierzu gehören die „Zeppelin"- und das „Schütte-Lanz"-Luftschiff.

Als Luftschiffe „halbstarrer" Bauart oder kurz „Halbstarre" werden Luftschiffe bezeichnet, deren Ballon in seiner ganzen Länge an einem metallenen Kiel befestigt ist, mithin nur in dieser Richtung unveränderliche Form besitzt. Hierzu gehören die Luftschiffe der „Parseval-Gesellschaft".

Schließlich nennt man „unstarre" Luftschiffe solche, deren Ballon weder mit einem Kiel noch mit Spanten versehen ist, mithin einem luftgefüllten Schlauch ähnelt. Das von der Luftschiffgesellschaft erbaute „Militärluftschiff" ist ein solches unstarres Luftschiff.

Digitized by Google

Während alle drei Arten von Luftschiffen in bezug auf Tragfähigkeit und Geschwindigkeit gleiche Leistungen aufweisen können, sind sie sehr verschieden hinsichtlich ihrer Fähigkeit, bei Verletzung der Ballonhülle (durch Schüsse, gelöste oder abgebrochene Teile der Schraubenflügel usw.) sich in der Luft zu halten. Der Ballon der starren Luftschiffe besteht aus einer Zahl gasdichter Abteilungen, so daß Verletzung der Gashülle an nur einer Stelle noch nicht Absturz des Luftschiffes nach sich zieht.

Im Gegensatz hierzu stehen die unstarren Luftschiffe, deren Ballon mit gasdichten Abteilungen nicht versehen ist. Sie sind daher bei Verletzung der Ballonhülle stets der Gefahr des Absturzes ausgesetzt.

Bei den halbstarren Luftschiffen ist an sich Teilung des Ballons in Abteilungen nicht ausgeschlossen. Da aber verletzte Teile der Ballonhülle hier nicht wie bei den starren Luftschiffen durch die Spanten in ihrer Lage im Ballonkörper gehalten werden, ist anzunehmen, daß sie durch den Wind und die Fahrt des Schiffes umherschlagen und die Hüllen der hinteren Abteilungen gefährden. Die Sicherheit der halbstarren Schiffe gegen Absturz bei Verletzung der Ballonhülle ist mithin geringer wie die der starren.

Ein weiterer nicht zu unterschätzender Vorteil der starren Luftschiffe gegenüber den halb- und den unstarren ist, daß man sie oberhalb des Ballons mit einer Plattform versehen kann, von wo aus Abwehr gegen Angriffe von oben möglich ist. Dieses ist deshalb wichtig, weil der Angriff feindlicher Flieger unter Ausnutzung ihrer höheren Geschwindigkeit meist von oben erfolgen wird.

Es ergibt sich aus vorstehendem, daß für die Verwendung im Kriege von Luftschiffen nur solche der starren Bauart in Frage kommen.

Welche Größe sie erhalten müssen, hängt davon ab, für welche Aufgaben sie bestimmt sein sollen. Hiervon wird bei Besprechung dieser Aufgaben zu reden sein.

In jedem Falle aber wird ein Kriegsluftschiff folgenden Bedingungen genügen müssen:

1. Fähigkeit, sowohl vom Lande als vom Wasser aufzusteigen und auf beiden zu landen.
2. Hohe Geschwindigkeit.
3. Möglichst großer Aktionsradius.
4. Ausstattung mit Wurfbomben und Maschinengewehr mit Munition.
5. Ausstattung mit Funkentelegraphie.
6. So starke Bemannung, daß Ablösung möglich, und Ausstattung mit Ruheplätzen für die abgelösten Mannschaften.

Ferner ist es, um den Austausch von Ersatzteilen zu ermöglichen und um die Ausbildung des Bedienungspersonals zu vereinfachen, wünschenswert, ein Einheitsmodell zu schaffen.

Welche von den beiden vorhandenen Luftschiffsarten, den Zeppelin- und den Schütte-Lanz-Schiffen, für Kriegszwecke besser geeignet sind, mag hier unerörtert bleiben. Es scheint jedoch, als wiese die Diagonalbauart und die Ver-

Digitized by Google

wendung von Holz für die Spanten des Schütte-Lanz-Schiffes manche Vorzüge auf.

a II. Luftfahrzeuge, schwerer als Luft

Dieses sind die sog. Flugfahrzeuge, Aeroplane oder kurz Flieger, welche heute sämtlich das Prinzip des Drachenflugs, Verdichtung der Luft durch bewegte Flächen benutzen, um sich in der Luft zu halten. Sie bestehen aus einer oder zwei übereinander angeordneten Tragflächen, welche mit einem meist unter ihrer Mitte befindlichen Gestell verbunden sind, das Luftschraube, Motor, Steuerung, Bewaffnung und Bedienungspersonal aufnimmt. Für den Abflug von und die Landung auf Land sind sie unterhalb des Gestells mit Rädern, für Abflug und Landung auf dem Wasser mit bootsartigem Gestell und für den Gebrauch sowohl auf dem Lande als auf dem Wasser mit beiden Einrichtungen versehen.

Es gibt eine große, sich täglich vermehrende Zahl von Fliegerarten, die nach der Zahl der Tragflächen als Ein- oder Zweidecker, nach der Form der Tragflächen zum Beispiel als Tauben, Sperber, Albatrosse, nach weiteren Einzelheiten oder auch nach der Firma der Fabriken, welche sie herstellen, genannt werden.

Im Gegensatz zu den Luftschiffen ist ihnen allen die Eigenschaft gemeinsam, sich in der Luft nur durch Bewegung halten zu können. Hört diese zum Beispiel durch das Versagen des Motors auf, so sind sie zur Landung gezwungen, wozu sie zwar im Gleitfluge jederzeit auch ohne die Triebkraft des Motors befähigt sind; weitere Verwendung hängt dann aber erst von der Instandsetzung des Motors ab. Zuverlässigkeit des Motors ist mithin Voraussetzung für die Verwendungsfähigkeit von Fliegern.

Ferner ist ihre Verwendungsfähigkeit bei Nacht oder am Tage auch bei Nebel so gut wie ausgeschlossen, da glückliche Landung mehr oder weniger ebene Landungsflächen erfordert und bei Nacht oder Nebel der Flugzeugführer an der Auswahl geeigneten Landungsplatzes meist behindert ist. Hieraus geht hervor, daß für Flieger vor Eintritt der Dunkelheit oder Einsetzen von Nebel, falls letzterem nicht ausgewichen werden kann, Landung geboten ist, was gegenüber Luftschiffen erhebliche Einschränkung der Verwendungsfähigkeit darstellt.

Hieraus sowie aus der Unmöglichkeit, die Ausrüstung eines Flugzeugs mit Motorbetriebsmaterial auch nur annähernd für ähnliche Flugstrecken wie für die eines Luftschiffs vorzusehen, ferner aus der Notwendigkeit, die außerordentliche körperliche Anstrengung des Fliegerpersonals nicht übermäßig auszudehnen, ergibt sich, daß ein Fluggzeug nur sehr viel kleineren Aktionsradius erhalten kann als ein Luftschiff.

Trotzdem aber ist das Flugzeug dem Luftschiffe in einer sehr wichtigen Eigenschaft überlegen. Es besitzt erheblich größere Geschwindigkeit. Die bisher erreichte höchste Dauergeschwindigkeit bei ruhigem Wetter beträgt für Luftschiffe 60 Kilometer, für Flieger 150 Kilometer die Stunde. Diese Ueberlegenheit an Geschwindigkeit macht die Flieger zur Verwendung geeignet, wenn auf nicht zu große Entfernung eine möglichst schnelle Erledigung des Auftrags gefordert wird.

Digitized by Google

Kriegsflugfahrzeuge müssen folgenden Bedingungen genügen:

1. Fähigkeit, sowohl vom Lande als vom Wasser aufzusteigen und auf beiden zu landen.
2. Hohe Geschwindigkeit.
3. Möglichst großer Aktionsradius.
4. Ausrüstung mit Wurfbomben und Maschinengewehr.
5. Bedienung durch mehrere Personen. Wünschenswert ist ferner auch hier Schaffung eines Einheitsmodells, wodurch gegenseitige Aushilfe mit Ersatzteilen ermöglicht und Ausbildung des Personals vereinfacht wird.

b. Zubehör

Von dem Zubehör einer Kriegsluftflotte sind als wichtigste zu nennen:

1. Betriebsmaterial

Dieses sind in erster Linie die zum Betrieb der Motore erforderlichen Stoffe und das Wasserstoffgas für die Ballons der Luftschiffe. Sie müssen in sehr erheblichen Mengen und überall da vorhanden sein, wo Kriegsluftfahrzeuge ausruhen, wenn ihre Verwendung nicht in Frage kommt, also in den sog. Luftschiffs- und Fliegerhäfen, deren es in der Nähe der Landesgrenzen, an der Küste oder auch im Binnenlande eine große Zahl geben muß, und mit denen auch der Troß sowohl des Heeres wie der Flotte in Gestalt von Fahrzeugen, Lastautomobilen und Transportschiffen ausgerüstet sein muß.

Dazu gehören ferner alle zur Ausbesserung beschädigter Luftfahrzeuge erforderlichen Einrichtungen, mit denen die Luftschiffs- und Fliegerhäfen ausgestattet sein müssen.

Schließlich gehören dazu die Angriffs- und Verteidigungswaffen der Luftfahrzeuge, und zwar Luftbomben und Maschinengewehre nebst Munition, die ebenfalls in den Luftschiffs- und Fliegerhäfen in genügenden Mengen bereitzuhalten sind.

2. Luftschiffshallen und Fliegerzelte

Dieselben sind notwendig, weil Luftfahrzeuge dauernd der Ergänzung ihres Zubehörs und ihrer Vorräte bedürfen und diese Ergänzungen nur unter Schutz vor den Einflüssen der Witterung vornehmen können. Luftschiffshallen und Fliegerzelte müssen in allen Luftfahrzeughäfen in genügender Zahl vorhanden sein.

3. Fahrzeuge zum Transport der Luftfahrzeuge und ihres Zubehörs

Auf dem Lande sind hierzu Lastautomobile erforderlich, da der Ort ihrer Benutzung für Luftfahrzeuge oft schnell wechseln kann. Im Seekriege werden die Luftschiffe einen Luftschiffshafen an der Küste aufsuchen müssen, wenn Auffüllung von Betriebsmaterial aus Kriegs- oder Transportschiffen wegen ungünstiger Witterung auf See nicht möglich ist.

Zur Aufnahme von Fliegern lassen sich Transportschiffe, welche die Flotte begleiten, herrichten.

Digitized by Google

4. Bedienungspersonal

Das Bedienungspersonal der Kriegsluftfahrzeuge stellt eine technische Truppe dar, deren Ausbildung bereits im Frieden in sorgfältigster Weise vorgenommen werden muß. Verwendbar für sie können nur besonders ausgesuchte Offiziere und Mannschaften sein, welche technische Befähigung dargelegt haben. Die Luftschiffs- und Fliegertruppen müssen also eine Spezialtruppe werden, ähnlich dem Unterseebootspersonal der Marine, und werden in Organisation, Ausbildung und Besoldung usw. ähnlichen Bedingungen wie dieses entsprechen müssen. Hinsichtlich der Stärke ist schon jetzt nur zu sagen, daß von vornherein reichlicher Ersatz für Ausfälle vorgesehen werden sollte.

Zusammenfassung des über Stärke und Ausstattung einer Kriegsluftflotte Gesagten

Wenngleich nur die leitenden Stellen der Heeres- und Marineverwaltung im Verein mit General- und Admiralstab beurteilen können, welche Stärke eine Kriegsluftflotte erhalten muß, um ihre Aufgaben zu lösen, so läßt sich doch schon von Fernstehenden übersehen, daß es sich hierbei nicht um einige wenige gelegentlich zu verwendende Luftfahrzeuge handeln kann, daß vielmehr nur eine im großen geschaffene, wohlorganisierte und mit Personal und Material vollkommen ausgestattete Waffe imstande sein wird, große Erfolge zu erzielen. Die Schaffung einer Kriegsluftflotte wird daher an die finanzielle Leistung des Landes nicht ganz geringe Anforderungen stellen. Immerhin werden die Kosten einer Kriegsluftflotte beispielsweise nicht entfernt mit denen der Hochseeflotte zu vergleichen sein, es scheint sogar nicht ausgeschlossen, daß ihre Schaffung Ersparnisse an einzelnen Stellen des Heeres oder der Marine im Gefolge haben kann.

Aufgaben der Kriegsluftflotte

Kriegsluftfahrzeuge sind befähigt und daher verwendbar:

1. Im feindlichen Lande oder auf dem Kriegsschauplatz durch Abwerfen von Bomben zerstörend zu wirken.
2. Aufklärungsdienst zu versehen.

1. Bombenwurf

Für zerstörende Wirkung im feindlichen Lande sind starre Luftschiffe am geeignetsten, sowohl nach ihrem Aktionsradius als auch weil sie mit genügend Sprengmitteln versehen werden können.

Wenngleich starre Luftschiffe Geschütz- und Gewehrfeuer nicht zu sehr zu fürchten brauchen, wird der Erfolg doch wesentlich von überraschendem Auftreten abhängen. Das Luftschiff muß daher bestrebt sein, mit Tagesanbruch über dem Felde seiner beabsichtigten Tätigkeit zu erscheinen. Zufolge seiner Fähigkeit, auch nachts terrestrisch oder astronomisch zu navigieren, ist es in der Lage, seinen Flug nach dem feindlichen Lande entsprechend einzurichten.

Digitized by Google

Treffähigkeit von Wurfbomben ist durchaus sicher, da es sich hier stets um unbewegte Ziele handelt. Gegen in schneller Fahrt befindliche Ziele, wie Eisenbahnzüge und Schiffe, genügt die Treffähigkeit von Bombenwürfen heute dann noch nicht, wenn es sich um Wurf auf entgegenkommende Ziele handelt, da dabei die Geschwindigkeit des Gegners schwer zu schätzen ist.

Auf dem Kriegsschauplatz verspricht der Bombenwurf im Landkriege besonders guten Erfolg gegen berittene Truppen, welche sich nicht durch Hinlegen decken können.

In jedem Falle aber wird der Bombenwurf selbst, wenn seine tatsächliche Wirkung nicht sehr beträchtlich ist, auf die Bevölkerung eine starke moralische Wirkung ausüben, wird Furcht und Schrecken verbreiten und dadurch die eigne Kriegführung unterstützen.

2. Aufklärungsdienst

Das wesentlichste Feld der Tätigkeit einer Kriegsluftflotte aber bildet die Aufklärung, und zwar sowohl die strategische als auch die taktische.

Im Landkriege sind für die Aufklärung bei Tage sowohl Luftschiffe wie Flugfahrzeuge gut verwendbar, und zwar wird den Luftschiffen in erster Linie die strategische Aufklärung zufallen, welcher obliegt, so früh als möglich den Anmarsch der feindlichen Heere zu erkunden. Die Flieger hingegen sind nur für die Aufklärung in der Nähe des eignen Heeres, also die taktische, geeignet. Aber auch für letztere haben Luftschiffe den Vorteil der längeren Flugfähigkeit sowie den, daß es ihnen leichter wird, bei verringerter Geschwindigkeit sorgfältig und genau zu beobachten, Skizzen, photographische Aufnahmen zu machen, und besonders den, daß sie besser befähigt sind als Flieger, feindliche Luftfahrzeuge abzuwehren oder anzugreifen.

Auf die Aufklärung bei Nacht und Nebel müssen Luftfahrzeuge verzichten; diese Aufgabe fällt nach wie vor der Kavallerie zu, und sie wird zu ihrer Erfüllung um so besser imstande sein, als ihre Kräfte bei Tage und klarem Wetter geschont werden können. Man sieht, auch für die Aufklärung ist bei Vorhandensein einer Kriegsluftflotte die Kavallerie nicht zu entbehren, zumal erstere für Aufgaben wie Durchsuchung von Ortschaften, Wäldern, Schluchten, Ausfragen von Einwohnern und Gefangenen usw. nicht befähigt sind.

Von größter Bedeutung für den Aufklärungsdienst der Luftfahrzeuge ist ihre Fähigkeit, jederzeit funkentelegraphische Verbindung mit der Heeresleitung bzw. dem Flaggschiff des Admirals zu unterhalten. Denn im Kriege erhält jede Beobachtung erst dadurch ihren eigentlichen Wert, daß sie dem Oberbefehlshaber bekannt wird. Ausstattung mit Funkentelegraphie ist mithin für alle Luftfahrzeuge von größter Bedeutung. In letzter Zeit ist es sogar gelungen, den Fliegern solche Ausstattung zu geben, obschon ihre hohe Geschwindigkeit gestattet, Meldungen in allerkürzester Zeit persönlich an die Kommandostelle zu übermitteln. Da nämlich der Feind funkentelegraphische Uebermittlung stören kann, so ist es wichtig, alle Meldungen sowohl funkentelegraphisch als durch Flieger zu erstatten.

Digitized by Google

4. Bedienungspersonal

Das Bedienungspersonal der Kriegsluftfahrzeuge stellt eine technische Truppe dar, deren Ausbildung bereits im Frieden in sorgfältigster Weise vorgenommen werden muß. Verwendbar für sie können nur besonders ausgesuchte Offiziere und Mannschaften sein, welche technische Befähigung dargelegt haben. Die Luftschiffs- und Fliegertruppen müssen also eine Spezialtruppe werden, ähnlich dem Unterseebootspersonal der Marine, und werden in Organisation, Ausbildung und Besoldung usw. ähnlichen Bedingungen wie dieses entsprechen müssen. Hinsichtlich der Stärke ist schon jetzt nur zu sagen, daß von vornherein reichlicher Ersatz für Ausfälle vorgesehen werden sollte.

Zusammenfassung des über Stärke und Ausstattung einer Kriegsluftflotte Gesagten

Wenngleich nur die leitenden Stellen der Heeres- und Marineverwaltung im Verein mit General- und Admiralstab beurteilen können, welche Stärke eine Kriegsluftflotte erhalten muß, um ihre Aufgaben zu lösen, so läßt sich doch schon von Fernstehenden übersehen, daß es sich hierbei nicht um einige wenige gelegentlich zu verwendende Luftfahrzeuge handeln kann, daß vielmehr nur eine im großen geschaffene, wohlorganisierte und mit Personal und Material vollkommen ausgestattete Waffe imstande sein wird, große Erfolge zu erzielen. Die Schaffung einer Kriegsluftflotte wird daher an die finanzielle Leistung des Landes nicht ganz geringe Anforderungen stellen. Immerhin werden die Kosten einer Kriegsluftflotte beispielsweise nicht entfernt mit denen der Hochseeflotte zu vergleichen sein, es scheint sogar nicht ausgeschlossen, daß ihre Schaffung Ersparnisse an einzelnen Stellen des Heeres oder der Marine im Gefolge haben kann.

Aufgaben der Kriegsluftflotte

Kriegsluftfahrzeuge sind befähigt und daher verwendbar:

1. Im feindlichen Lande oder auf dem Kriegsschauplatz durch Abwerfen von Bomben zerstörend zu wirken.
2. Aufklärungsdienst zu versehen.

1. Bombenwurf

Für zerstörende Wirkung im feindlichen Lande sind starre Luftschiffe am geeignetsten, sowohl nach ihrem Aktionsradius als auch weil sie mit genügend Sprengmitteln versehen werden können.

Wenngleich starre Luftschiffe Geschütz- und Gewehrfeuer nicht zu sehr zu fürchten brauchen, wird der Erfolg doch wesentlich von überraschendem Auftreten abhängen. Das Luftschiff muß daher bestrebt sein, mit Tagesanbruch über dem Felde seiner beabsichtigten Tätigkeit zu erscheinen. Zufolge seiner Fähigkeit, auch nachts terrestrisch oder astronomisch zu navigieren, ist es in der Lage, seinen Flug nach dem feindlichen Lande entsprechend einzurichten.

Digitized by Google

Treffähigkeit von Wurfbomben ist durchaus sicher, da es sich hier stets um unbewegte Ziele handelt. Gegen in schneller Fahrt befindliche Ziele, wie Eisenbahnzüge und Schiffe, genügt die Treffähigkeit von Bombenwürfen heute dann noch nicht, wenn es sich um Wurf auf entgegenkommende Ziele handelt, da dabei die Geschwindigkeit des Gegners schwer zu schätzen ist.

Auf dem Kriegsschauplatz verspricht der Bombenwurf im Landkriege besonders guten Erfolg gegen berittene Truppen, welche sich nicht durch Hinlegen decken können.

In jedem Falle aber wird der Bombenwurf selbst, wenn seine tatsächliche Wirkung nicht sehr beträchtlich ist, auf die Bevölkerung eine starke moralische Wirkung ausüben, wird Furcht und Schrecken verbreiten und dadurch die eigne Kriegführung unterstützen.

2. Aufklärungsdienst

Das wesentlichste Feld der Tätigkeit einer Kriegsluftflotte aber bildet die Aufklärung, und zwar sowohl die strategische als auch die taktische.

Im Landkriege sind für die Aufklärung bei Tage sowohl Luftschiffe wie Flugfahrzeuge gut verwendbar, und zwar wird den Luftschiffen in erster Linie die strategische Aufklärung zufallen, welcher obliegt, so früh als möglich den Anmarsch der feindlichen Heere zu erkunden. Die Flieger hingegen sind nur für die Aufklärung in der Nähe des eignen Heeres, also die taktische, geeignet. Aber auch für letztere haben Luftschiffe den Vorteil der längeren Flugfähigkeit sowie den, daß es ihnen leichter wird, bei verringerter Geschwindigkeit sorgfältig und genau zu beobachten, Skizzen, photographische Aufnahmen zu machen, und besonders den, daß sie besser befähigt sind als Flieger, feindliche Luftfahrzeuge abzuwehren oder anzugreifen.

Auf die Aufklärung bei Nacht und Nebel müssen Luftfahrzeuge verzichten; diese Aufgabe fällt nach wie vor der Kavallerie zu, und sie wird zu ihrer Erfüllung um so besser imstande sein, als ihre Kräfte bei Tage und klarem Wetter geschont werden können. Man sieht, auch für die Aufklärung ist bei Vorhandensein einer Kriegsluftflotte die Kavallerie nicht zu entbehren, zumal erstere für Aufgaben wie Durchsuchung von Ortschaften, Wäldern, Schluchten, Ausfragen von Einwohnern und Gefangenen usw. nicht befähigt sind.

Von größter Bedeutung für den Aufklärungsdienst der Luftfahrzeuge ist ihre Fähigkeit, jederzeit funkentelegraphische Verbindung mit der Heeresleitung bzw. dem Flaggschiff des Admirals zu unterhalten. Denn im Kriege erhält jede Beobachtung erst dadurch ihren eigentlichen Wert, daß sie dem Oberbefehlshaber bekannt wird. Ausstattung mit Funkentelegraphie ist mithin für alle Luftfahrzeuge von größter Bedeutung. In letzter Zeit ist es sogar gelungen, den Fliegern solche Ausstattung zu geben, obschon ihre hohe Geschwindigkeit gestattet, Meldungen in allerkürzester Zeit persönlich an die Kommandostelle zu übermitteln. Da nämlich der Feind funkentelegraphische Uebermittlung stören kann, so ist es wichtig, alle Meldungen sowohl funkentelegraphisch als durch Flieger zu erstatten.

Digitized by Google

Die Verwendung von Luftfahrzeugen für die strategische Aufklärung bringt es mit sich, daß ihre Tragfähigkeit und ihr Aktionsradius groß sein müssen. Man fordert augenblicklich von ihnen die Fähigkeit, bei höchster Leistung der Motoren und einer Geschwindigkeit von nicht unter 50 Kilometern mindestens 60 Stunden in Fahrt bleiben zu können und dabei 500 Wurfbomben mitzuführen. Die Größe des Marineluftschiffes L 1, heißt es, entspricht dieser Forderung.

Während im Landkriege die strategische Aufklärung sich meist nur bis zur eignen Landesgrenze zu erstrecken braucht, wird sie sich im Seekriege bis an die feindlichen Küsten ausdehnen müssen. Hiervon hängt die Größe des notwendigen Aktionsradius von Marineluftschiffen ab.

Außer der schnelleren Benachrichtigung über die feindliche Flotte bringt die Aufklärung durch Luftschiffe den großen Vorteil, daß die für die Verwendung in der Schlacht dringend erforderlichen großen Kreuzer der Hochseeflotte nicht entzogen werden, daß letztere mithin in der Schlacht ihre volle Stärke zur Geltung bringen kann.

Flieger sind im Seekriege zur Aufklärung nur bei Tage in der Nähe der Flotte oder an den Küsten zu verwenden, da sie nur beschränkte Fähigkeit besitzen, bei Nacht oder unabhängig von Schiffen aus Sicht des Landes über See zu navigieren. Sie werden sich hier aber als vorzügliche Augen der Flotte erweisen, da ihr Beobachtungsfeld aus großer Höhe ein sehr viel größeres ist als das von Schiffen. Bei günstiger Witterung werden Flieger bei Tage die kleinen Kreuzer für den Aufklärungsdienst vollkommen ersetzen, so daß letztere bei Tage ruhen und Kohlen sparen können.

Voraussetzung für die Zuteilung von Luftfahrzeugen zur Hochseeflotte ist, daß es — eventuell durch Einrichtung besonderer Schiffe dafür — gelingt, den Fliegern Abflug von Schiffen und wieder Einschiffung auf ihnen zu ermöglichen, sowie daß es möglich wird, auf dem Wasser niedergegangene Luftschiffe von einem Transportschiff aus mit Betriebsmaterialien zu versehen.

In Gewässern, wo die Hochseeflotte mit feindlichen Minen zu rechnen hat, werden ferner Flieger zum Absuchen des Fahrwassers nach Minen zu verwenden sein, da es ihnen bei der Durchsichtigkeit des Meerwassers aus größerer Höhe möglich ist, die nur einige Meter unter der Wasseroberfläche liegenden Minen zu erkennen.

Aus Vorstehendem ist ersichtlich, wie sehr die Leistungsfähigkeit der Hochseeflotte durch Zuteilung von Luftfahrzeugen gehoben werden wird. Solche würde sogar geeignet sein, und zwar mit verhältnismäßig geringen Kosten, die Schwäche unsrer Hochseeflotte, den Kreuzermangel, bis zu gewissem Grade auszugleichen.

Schließlich werden Luftfahrzeuge bei der Beschießung verdeckter Ziele gute Dienste leisten dadurch, daß sie ihren Standort über dem Ziel nehmen und durch Funkentelegramm oder optische Signale die Aufschläge und die Wirkung anzeigen. Für den Festungs- und Küstenkrieg wird diese Art der Verwendung der Luftfahrzeuge von besonderer Bedeutung sein.

Digitized by Google

Die vorstehenden, zwar nur allgemeinen Erörterungen, lassen ersehen, welche Aufgaben einer Kriegsluftflotte zufallen und welche Leistungen von ihr zu erwarten sind, wenn sie technisch sowohl wie militärisch auf der Höhe steht.

Die gewiß hohen Kosten, die Beschaffung und Unterhaltung einer Kriegsluftflotte erfordert, werden aber dazu beitragen, die Wehrkraft des Vaterlandes erheblich zu fördern, sie werden sich mithin im Ernstfalle reichlich verzinsen.

Mögen es sich daher die maßgebenden Stellen angelegen sein lassen, auch dieses Glied der vaterländischen Wehr zu hegen und zu pflegen, damit es in entscheidender Stunde imstande ist zu leisten, was von ihm erwartet wird.

Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch

In Auswahl herausgegeben

von

Hans F. Helmolt

(Fortsetzung)

Wiesbaden, 23. Januar 1886.

Lieber Freund!

Seit unter dem Prinz-General Puttkamer[58]) Generalstabschef Bonitz[59]) jener berühmte Sieg der Schulmeister und Babys über die Schriftsteller und das Publikum erfochten und die neue Orthographie eingeführt wurde, ist in unsrer Schreiberei der Teufel los. Und Puristen aller Art fahren jetzt gegen alten Schlendrian und Gewohnheiten unsrer Jugend los. Vorab gegen die Fremdwörter, oft mit Recht, oft albern. So bin auch ich gezwungen, für den beginnenden Neudruck meiner Sachen den Text zu revidieren und meine gebrauchten Fremdwörter scharf ins Auge zu fassen. Ich habe mir einen tüchtigen Leipziger zu Hilfe genommen, der mir vorarbeitet und anstreicht. Aber ich habe die widerwärtige Arbeit, über jedem Bogen, dessen Druck ich einst verschuldet, zu Rate zu sitzen und zu ändern. Das ist mein Kampf mit dem Zeitgeist.

Andre Sorge machte die Politik. Ich habe nicht für möglich gehalten, daß der Deutsche Reichstag je einen Tag erleben würde, wie den traurigen der Abstimmung über die Polenausweisungen.[60]) Nicht nur dieser ernsten Angelegenheit

---

[58]) Robert v. Puttkamer hatte als preußischer Kultusminister (1879 bis 1881) durch Erlaß vom 21. Januar 1880 eine vereinfachte deutsche Rechtschreibung eingeführt.

[59]) Hermann Bonitz (1814 bis 1888) war 1875 bis 1888 Vortragender Rat im preußischen Unterrichtsministerium.

[60]) Am 15. und 16. Januar war im Reichstage die Interpellation v. Jazdzewski betreffend Ausweisung Nichtdeutscher aus den östlichen Provinzen des preußischen Staates nebst den Anträgen Liebknecht, v. Jazdzewski, Ausfeld und Windthorst behandelt worden. Dabei waren die Nationalliberalen (Marquardsen) und die Konservativen für die Ausweisungen (wenn auch nicht in ihrem ganzen Umfang) eingetreten; darum fielen auch alle

Digitized by Google

wegen, die ohne Härte gegen viele einzelne gar nicht in deutschem Interesse behandelt werden kann. Noch schlimmer ist der Vorfall als ein Symptom: das Instrument versagt und seine Schärfe verletzt das Leben Preußens. Man darf wohl fragen, was soll jetzt werden? Haben Sie deshalb Nachsicht mit den Nationalliberalen, die auch den greulichen Ernst unsrer Lage fühlen und solcher Opposition gegenüber die Regierung zu stützen suchen, soweit sie vermögen.

Auflösen des Reichstags würde nichts nützen. Denn die Neuwahlen würden der Regierung ein Dutzend Stimmen mehr geben, im ganzen die Partei Windthorsts und die Freisinnigen nebst Sozialdemokraten und Fremden wiederbringen.

Dies nationale Unglück hat allerdings zum Teil der Kanzler verschuldet. Ebensosehr die Herren, welche damals von Bennigsen abfielen und die alten Herren der Partei als übermütige Korpsstudenten allein ließen. Schritt für Schritt sind sie heruntergekommen, jetzt im Fahrwasser des bedenklichen Richter. Die Führer des Abfalls, Lasker, Forckenbeck, Stauffenberg, hat die Nemesis erreicht, die übrigen werden folgen, wir aber tragen den Schaden.

Darüber aber besser mündlich. Kommen Sie bald, lassen Sie mich's nur einige Stunden vorher wissen, damit wir ungestört sind. Die erwähnte Broschüre[61]) halte ich nicht für unbedeutend, nur für einen Fehlschuß, da sie kein Publikum hat. Die Zeitungen wissen nichts mit ihr anzufangen, wie Sie aus ihrem Schweigen merken werden, und die Kronprinzeß, für und gegen die sie geschrieben ist, vermag nichts davon zu profitieren. Das Papier reicht nicht aus. Bleiben Sie gut und grüßen Sie die Freundin von

Ihrem

Freytag.

*

Siebleben, 16. Juli 1886.

Lieber Freund!

Diesmal muß ich mit einer Dankfanfare beginnen für Ihre treuen Wünsche und für die Prachtkiste mit Oestricher Original Nr. 1. Ich habe die beste Benützung davon gemacht, die ich wußte, habe einige Flaschen am 13.[62]) auf den Tisch gesetzt, welche begeisterte Anerkennung fanden, und ich saß stolz dabei, denn Ruhm unsrer Freunde verklärt uns selbst.

Im übrigen war an dem bewußten Tage alles wohl gelungen. Holtzendorff war seit dem 11. hier, der liebe arme Kerl war recht fidel und vertrug sich auch gut mit den Leipziger Gästen (Wachsmuth, Ludwig usw.), dazu Tempeltey und Aldenhoven. Früh sangen die kleinen, abends die großen Singvögel meines

---

Anträge mit Ausnahme des Windthorstschen. Die Verteidigung der Regierung durch die Nationalliberalen war tatsächlich recht matt gewesen.

[61]) Sicherlich Herzog Ernsts anonyme politische Schrift „Frauenhände und Mitregenten in Deutschland". Vgl. dazu Tempeltys Ausgabe des Briefwechsels zw. Freytag und Herzog Ernst, S. 300 f.

[62]) Siebzigster Geburtstag Freytags. Ueber die beiden Leipziger Freunde Karl Ludwig, Professor der Physiologie, und Dr. Rudolf Wachsmuth, Direktor der Kreditanstalt, vgl. Freytags „Erinnerungen", S. 342 f.

Digitized by Google

Dorfes, Scholz' Hermann, mein Tischler und der Pastor hielten Ansprachen, kurz, es war die reine Idylle.

Wenn einem so oktroyiert wird, Grüße und Anreden wohlgeneigter Menschen an einem Tage aufzunehmen, so kommt man durch den Reichtum an Zuschriften in Verlegenheit. Es sind mehr als 200 Briefe und zirka 80 Telegramme eingelaufen, und ich habe von Stephan eine Anerkennung zu beanspruchen. Alles war sehr schön und höchst ehrenvoll, aber ich sitze jetzt, wo der Schwall verrauscht ist, verlegen vor dem Haufen, denn jetzt kommt die Beantwortung. Nur weniges war anonym. Die Zeitungsartikel habe ich noch gar nicht lesen können, und die Abbildungen, welche größtenteils unkenntlich sind, imponieren mir selbst durch den schönen blonden Knebelbart. Wo ist er hin? Nur im Bilde lebt er noch.

Das letzte Telegramm war von Augusta. Die Kronprinzeß hatte den Brief des Kronprinzen mit unterschrieben und außerdem durch Seckendorff[63]) schreiben lassen, der nicht ganz den Ton traf, und von „unserm" Hause sprach, als er die Herrschaften zu meinen hatte.

Im ganzen bin ich stolz wie ein Bovist. Von Westen und von Osten Freundlichkeiten, nämlich von Oestrich Wein, aus Thorn ein Pfefferkuchen und vieles Herzliche von guten Leuten, auch von Fremden und aus kleinen Kreisen. Meine Deutschen haben gut verstanden, wohlzutun ...

*

Siebleben, 20. September 1886.

... Mit den Gesammelten Werken geht es vorwärts; das erste Heft: Erinnerungen, erste Hälfte wird wohl Anfang nächsten Monats ausgegeben werden. Die ganzen 22 Bände werden sich freilich über das nächste Jahr hinziehen. Für mich ist es pekuniär keine große Sache, und der schließliche Gewinn zweifelhaft, denn wenn ich auch an Honorar eine Summe erhalte, vielleicht 80 000 Mark, so wird durch diese Ausgabe doch die Rente, die ich bisher vom Verkauf der

---

[63]) Graf Götz v. Seckendorff-Gudent, Oberhofmeister der Kronprinzessin. Von besonderem Interesse ist der an den Historiker Ernst Curtius gerichtete Brief, in dem der Kronprinz für die Verleihung des Ordens Pour le mérite an Gustav Freytag wirbt. „Meines Erachtens gehört derselbe zu den hervorragendsten Größen innerhalb unsrer Literatur" — so begründet Kronprinz Friedrich die geplante Ehrung am 26. Juni 1886 — „welcher ebenso für die nationale Richtung wie auch für die gute und gesunde Strömung, von der nur edle und hohe Gedanken ausgehen, erfolgreich gewirkt hat. Wie er für den Verfasser des besten modernen Lustspiels gilt, so darf man seine Bilder aus der deutschen Vergangenheit nebst den „Ahnen" sicherlich als eine nationale Dichtung ersten Ranges ansehen, wie wir wohl keine zweite besitzen, und welche ihm einen höchst ehrenvollen Namen für alle Zeiten in unsrer Literaturgeschichte sichern. — Bedenkt man nun, daß seit Uhland und Rückert kein deutscher Dichter (leider auch Geibel nicht) den Orden erhielt, so bin ich der Meinung, daß jetzt, wo durch Rankes Heimgang eine Vakanz eingetreten ist, die erwünschte Gelegenheit sich bietet, gedachtem Musensohn eine hohe Auszeichnung zukommen zu lassen." (Ernst Curtius, Ein Lebensbild in Briefen. Neue Ausgabe. Von Friedr. Curtius. Zweiter Band. Berlin 1913. S. 176 f.)

Digitized by Google

einzelnen Bände bezog, wesentlich und dauernd vermindert. Für mich ist es aber wünschenswert, mit dem alten Kram abzuschließen, und ich möchte nicht, daß nach meinem Abgange ein andrer unter den Artikeln usw. die Auswahl träfe ...

*

Siebleben, 23. Oktober 1886.

... Ich bin hier jetzt durch den Maler festgehalten. Dieser Herr Stauffer ist ein junger, urkräftiger Gesell, der sich fröhlich von unten heraufgearbeitet hat und, wie mir scheint, eine gute Zukunft zu erwarten hat. Er behandelt diese Malerei hier leider sehr ernsthaft und fordert viel Sitzen. Das ist ein sehr unbedeutendes Vergnügen und nimmt mir bei den kurzen Tagen die Arbeitsstunden. Da er wegen früher übernommener Verpflichtung noch einmal auf einige Tage nach Berlin zurück muß, so wird wohl Mitte November herankommen, bevor wir das Winterquartier beziehen können und ich die Freude habe, Sie wiederzusehen.

Mit Sorge verfolge ich die undeutlichen Nachrichten über das Befinden unsers alten Herrn. Es wird ihm allmählich schwer, auf der Welt auszuhalten.

Ich sehne mich aus der Beschäftigung mit mir selber, die mir noch wegen der „Gesammelten" obliegt, sehr heraus. Solche Schriftstellerei über das eigne Leben hat etwas sehr Unbefriedigendes, und es ist schwer, bei diesem Darstellen wirklicher Verhältnisse, wo man zuweilen sich selbst und andre schonen muß, wahr zu bleiben. Alles, und zuweilen die Hauptsache, kann man doch nicht sagen. Der Erfolg scheint nach Hirzels Andeutungen besser, als ich annahm. Er hat 15000 Exemplare gedruckt, was nach meinen Erfahrungen reichlich zuviel ist. Indes wird doch ein Teil davon freundliche Käufer finden. Da nun Autor von jedem Heft 30 Pfennige erhält, so gibt es eine große Multiplikation 30×48×15000 Pfennige.

In meinem Hause geht's nicht schlecht, der Knabe hält sich wacker, ich würde noch gesünder sein, wenn ich fleißiger lustwandelte. Aber das ist mir langweilig, zumal ich der Arbeitsstunden wegen nur selten mit Gusten ausgehen kann. Bin ich erst fertig, will ich umgehen wie ein Löwe.

Die letzte Zeit brachte einige Besuche alter Bekannten, unter denen mir Mommsen[64]) unerwartet kam. Er ist alt geworden, doch, da wir einander mehrere Jahre nicht gesehen hatten, nehme ich an, daß er den gleichen Eindruck von mir gehabt hat.

Herzliche Grüße Ihrem lieben Gemahl, Ihnen alle Liebe und Treue

Ihres

Freytag.

*

Siebleben, 12. November 1886.

Mein lieber Freund!

Noch sitze ich hier fest, gehalten durch das gute Herbstwetter, die nähere Verbindung mit Hirzel und den Maler. Gegen die Porträtmalerei habe ich

---

[64]) Theodor Mommsen war ziemlich anderthalb Jahre jünger als Freytag.

Digitized by Google

einzuwenden, daß das Objekt dabei unvermeidlich ist. Was sagen Sie zu zwanzig Sitzungen? Alle angeborene Eitelkeit und alle Ehrfurcht vor der Nachwelt schwand mir auf dem Isolierschemel dahin. Erst Sonntag wird die Sache fertig. Es ist wohl möglich, daß man die Arbeit des Malers lobt, aber der bravere Mann war der, welcher so geduldig stillgesessen hat.

Auch meine Arbeiten sind dadurch zurückgehalten worden. Entschuldigung bot nur der Artifex selbst, ein Herr Stauffer, ein frischer, netter Junge, der sich mühsam heraufgearbeitet hat und wahrscheinlich eine respektable Stellung erringen wird. Ich bin Jordan[65]) dankbar, daß er mir dies Probestück mutiger Jugend zudekretiert hat. Unterdes kam allerlei Besuch. Darunter ein alter Bekannter noch von den „Grenzboten" her, Konstantin Rößler, jetzt von der offiziellen Presse, den ich seit vielen Jahren nicht gesehen, da unsre Wege auseinander gingen. Er ist das weiße Pferd des Auswärtigen Amtes, für die reinlicheren Geschäfte, persönlich ein treuer Mann. Er war zwei Tage hier und erzählte viel. Mir war interessant, daraus den ganzen Organismus der beeinflussenden Preßautoritäten kennen zu lernen. Was er von Politik zu berichten wußte, war im Grunde nur das Bekannte in neuer Beleuchtung. Er wußte manches sehr gut, im ganzen nur von der Peripherie. Am lehrreichsten war sein Urteil über die Menschen, mit denen er zu verkehren hat ...

*

Siebleben, 30. November 1886.

... Daß der Wein sehr gut, aber sehr wenig wird, erregt die Stimmung des Königs im Hamlet, ein Auge weint, das andre lacht. Ich nehme an, daß Ihre Berechnung des Ertrages sich richtiger erweisen wird, als die meine über meinen Weinberg. Ich hatte einen ungenauen Ausdruck im Briefe des Verlegers falsch verstanden. Doch ist's immer noch mehr, als Vater und Sohn für ein bescheidenes Dasein als Zuschuß fordern können.

Es ist merkwürdig, ich habe nie auf Geld gehalten und von klein auf meine Decke mäßig zugeschnitten. Jetzt habe ich oft unerwartete und größere Ausgaben; aber immer, wenn ich Geld brauche, kommt welches irgendwoher. Sonst bin ich gerade kein Glückskind, aber dafür sorgt mein alter Schutzengel im Himmel mit merkwürdiger Pünktlichkeit. Doch nur, was ich irgendwo durch Arbeit verdient habe; im Spiel bin ich der unglücklichste Tropf, der auf Erden existiert, und ich wollte niemand raten, mein Partner zu werden ...

*

---

[65]) Max Jordan (1837 bis 1906), seit dem Ausscheiden Julian Schmidts Miteigentümer der „Grenzboten" und 1874 bis 1895 Direktor der Nationalgalerie in Berlin. Ihm war 1903 von der Witwe Freytags die Aufgabe zugedacht, die Herausgabe dieser Briefe zu besorgen; doch hat er nach eignem Zeugnis am 20. August die zweite Anfrage „dilatorisch" beantwortet und ist dann darüber hinweggestorben.

Digitized by Google

Wiesbaden, 8. Januar 1887.

... Ich lege einen Brief des Professors der Anatomie Wilhelm Braune[66]) zu Leipzig bei, der die ganze Sache darstellt, und bemerke dazu nur, daß Braune im Jahre 1870 assistierender Generalarzt des Sächs[ischen] Korps und nicht nur Skatspieler des Kronprinzen von Sachsen, sondern auch ein famoser Militärarzt war und einer unsrer berühmten Anatomen ist. Sein Säbelgriff ist also sicher kein Schwindel, und die Sache hat zuverlässig Grund. Ich schreibe ihm, daß jedenfalls Patent holen und dem preuß[ischen] Militär als Erfindung anbieten nicht gleichzeitig zu erstreben ist, und daß ich mich bei Ihnen erkundige, wie und wem er, falls er die Erfindung zunächst unsrer Heeresleitung vorlegen will, sich zu melden habe; zugleich auch, daß unser alter Kaiser schwerlich großen Anteil an der Erfindung eines Zivilisten nehmen werde, selbst wenn dieser Wilhelm Braune heißt ...

*

Wiesbaden, 19. März 1887.

... Mein alter Doktor Braune — der aber noch nicht alt ist — hat mich mit eingehender Korrespondenz über den bewußten Säbelgriff bedacht. Er hat Lehndorffs[67]) Wohlwollen erworben, ist in Berlin sehr artig behandelt worden, hat Audienz beim Kaiser gehabt und die Erlaubnis erhalten, seinen Säbel dem Kaiser zum Geburtstag zu schenken. Man erwägt ihn auf dem Kriegsministerium. Es mag wohl etwas an der Erfindung sein. Da gerade im Werke war, einen Säbel für Stich einzuführen, geriet Braune in großen Unwillen, behandelte das neue Modell des v. Ardenne mit Verachtung und erklärte auf dem Kriegsministerium und vor dem Kaiser, daß unsre Leute hauen und nicht stechen wollen. Es käme nicht darauf an, ob wir einmal mehr Leute verlieren. Wenn unsre Leute forsch einreiten und Säbel haben, die zum Einhauen in der Hand jucken, so werden sie ganze Regimenter über den Haufen reiten, die in Stichparade ausliegen. Das gefiel dem Kaiser, der alte Herr wurde warm, zeigte seinen verstümmelten Finger, der ihm das Festpacken erschwere, ließ sich von Radziwill[68]) die Hiebe vormachen, äußerte auch seine Abneigung gegen den unsoliden Kolben des neuen Magazingewehrs, und war von solcher Gemütlichkeit, daß Braune aufgelöst in Seligkeit von ihm ging und sich sogleich bei Fritz Töpfer einen kleinen Rausch trank. Ich goß dem lieben Kerl so viel kaltes Wasser in seine heiße Begeisterung, als nötig war, um ihm eine mögliche Enttäuschung nicht zu greulich werden zu lassen ...

*

---

[66]) W. Braune (1831—1892), seit 1866 Professor in Leipzig, 1870/71 konsultierender Generalarzt im XII. Armeekorps. Er arbeitete u. a. über Gelenkbewegungen und den Schwerpunkt des menschlichen Körpers mit Rücksicht auf die Ausrüstung des Infanteristen. In einem Briefe vom 16. November 1889 kommt Freytag nochmals auf die Angelegenheit zurück.

[67]) Generaladjutant Graf Heinrich v. Lehndorff (1829—1905), seit 1866 Kaiser Wilhelms I. unzertrennlicher Begleiter.

[68]) Fürst Anton Radziwill (1833—1904), ebenfalls seit 1866 als Flügel- und dann Generaladjutant in der unmittelbaren Umgebung des Kaisers.

Digitized by Google

Wiesbaden, 13. Mai 1887.

... Daß Sie aufzeichnen wollen,[69]) ist ein vortrefflicher Gedanke. Ich hoffe, Ihnen morgen einiges über Bism[arck] zu senden, von der Bibliothek oder sonst woher. Der biogr[aphischen] Werke über Bismarck gibt's ja mehrere ...

Viertausend Mark für Wachstum Stosch meldete der „Rheinische Courier". Da ist kein Wunder, wenn Sie reich und stolz werden, und wenn Sie in den Weinbergen umhergehen, wie Sulamith im Hohen Lied Salomonis. Dies Gedicht in der Bibel erklären unsre gelehrtesten Theologen jetzt für ein Drama. Ist es eins, so ist es ziemlich genau von der Art, wie unsre alten Dorfaufführungen der heiligen drei Könige mit dem Stern.

Doch die Bibel verlockt zur Langweiligkeit. Deshalb kurz Finis, Ende, herzlichen Gruß und Huldigungen für die Freundin von

Ihrem

getreuen

Freytag.

*

Böslau, 18. August 1887.

... Ich habe mir in diesen Wochen von Wiesbaden Bücher und Material zur Arbeit herfenden lassen, den Druck der Bände, welche die kleineren Aufsätze enthalten, nicht zu verzögern. Wie sich diese alten Arbeiten für den Tag in Sammlung ausnehmen werden, darüber bin ich sehr unsicher, und habe, unter uns gesagt, kein gutes Zutrauen. Schon die Auswahl war eine trübselige Arbeit, zumal die der politischen Artikel. Ich habe wenigstens daran festgehalten, mich nicht klüger erscheinen zu lassen, als ich war. Habe zwar weggelassen, doch nicht zugesetzt. Indes schon in dem Weglassen liegt eine Fälschung des tatsächlichen Inhalts. Und das war das Peinliche. —

So lebte ich in diesen Wochen in fast völliger Abgeschiedenheit, da die Krankheit und Rücksicht auf mögliche Ansteckung den Verkehr mit den Wiener Bekannten völlig suspendierte. Doch kann ich nicht sagen, daß ich dies als Entbehrung empfand, da ich Liebe und aufopfernde Pflege für den Knaben und mich im Hause fand, in dem wir uns niedergelassen hatten. Der Wiener Professor Nothnagel aber, den ich bei der Behandlung zuzog, ist ein guter Preuße.

Der warme Dank für die Nachrichten Ihres letzten Briefes geht Ihnen erst jetzt zu. Daß die Kronprinzessin recht behalten halt — wenigstens vorläufig[70]) —, ist ja in der Hauptsache weitaus ein Glück" ...

*

Böslau, 12. September 1887.

... Gern würde ich Ihnen den Bulgaren-Koburg[70]) porträtieren, aber ich kenne weder ihn noch seinen Vater. Die östreichische, katholische Linie der

---

[69]) Vgl. Ulrich v. Stoschs Nachwort zu den „Denkwürdigkeiten" seines Vaters, S. 274.

[70]) Prinz Ferdinand von Sachsen-Koburg und Gotha war am 7. Juli als Ferdinand I. von der Sobranje zum erblichen Fürsten von Bulgarien erwählt worden. Sein Vater war Prinz August (1818—1881), ein Oheim Herzog Ernsts.

Digitized by Google

vielgenannten Familie gilt für ruhig und anständig, im Privatleben gentil. Sie sind reich. Von H[erzog] Ernst erfahre ich wohl gelegentlich, was er weiß. Deshalb ihm zu schreiben, lohnt wohl nicht; auch würde es, da ich mich politischer Anfragen sonst enthalte, mißtrauisch und unaufrichtig machen. Ich möchte annehmen, daß die Inspiration zu dieser Kandidatur nicht von Wien ausgegangen ist, obgleich die Koburg hier in persönlich guten Beziehungen zum Kaiserhaus stehen, sondern von der Königin Viktoria selbst, seit sie den Battenberger aufgegeben hat. Was Sie von dem Prinzen denken, wird schon das richtige sein. Wien ist nicht der Ort, wo junge Prinzen zu Männern werden. Nach unten zu behaglich, nach oben zu enge ...

Man erlebt doch viele Trauerspiele in der Geschichte und im Leben Privater, und man ist oft in Versuchung, die Feder bestürzt aus der Hand zu legen, weil das Schicksal, die Vorsehung oder wie man diesen anonymen Autor sonst benennt, seine Geschichten mit einer so genauen, grausamen und doch für Menschenverstand begreiflichen Abwägung von Schuld und Strafe, Ursache und Wirkungen in übermenschlicher Größe abzufassen weiß. Was haben wir für Kunstwerke unsers Herrgotts in den Geschicken der Könige erlebt und wie verschieden im Stil! Die Trauerspiele Napoleon I. und II., das bürgerliche Schauspiel Louis Philipp, die russischen Romane seit Alex[ander] I. und Nikolaus. Und die Stücke hören nicht auf. Leider lebt man nicht lange genug, um diese Königspoesien ganz zu verstehen. Aber auch in unsrer Nähe, rings um uns werden solche Schicksalsgeschichten geschrieben ... Aber man liest diese Arbeiten des Schicksals mit bewegtem Gemüt, denn die Wirklichkeit hat ganz andern Ernst als die größte Tragödie. Genug davon ...

*

Wiesbaden, 7. Januar 1888.

... Zufällig habe ich auch mit Berliner Ordensgeschichten zu tun. Es sind 2 von den 30 Mitgl[iedern] der Friedensklasse des Pour le Mér[ite] gestorben und wir haben neue zu wählen; jeder von uns 2 Namen zu nennen. Ich nenne Lenbach, den Maler, und Karl Ludwig, den Physiologen.[62]) Aber dies Einsenden von Stimmzetteln ist ein ungenügender Brauch, der den außerhalb Berlins befindlichen Mitgliedern gegenüber den 15 Berlinern jeden maßgebenden Einfluß nimmt. Dergleichen ist nur durch mündliches Ausgleichen der Ansichten zu einer Majorität zu bringen ...

*

Wiesbaden, 8. Februar 1888.

Lieber Freund!

Ueber Ihren Gruß habe ich mich herzlich gefreut. Das war wieder einer von den großen Momenten unsrer Geschichte,[71]) und er tat uns not. Wenn es gelingt, die Deutschen warm zu machen, werden sie tüchtig. Und das hat Kanzler diesmal gut zuwege gebracht. Am meisten hat mich gefreut, wie er sich wegen

[71]) Bismarcks große Reichstagsrede vom 6. Februar.

Digitized by Google

der Frage: Defensive oder opportuner Angriff, mit Moltke auseinandersetzte. Darin ist er größer und hat das bessere Recht. Ich wünsche ihm jetzt, daß er sich die große Stellung, welche ihm der Montag wieder gegeben hat, nicht durch späteres Vielreden im Reichstage schädigt. Aber er ist darin wie ein Löwe, welcher Blut geleckt hat.

Bei alledem ist merkwürdig, wie schnell und wie fast selbstverständlich dies neue Wehrgesetz mit den riesigen Ansprüchen an die Volkskraft zum Gesetz wird. Es verfügt über Leben und Schicksal von Millionen. Wie gewaltig ist den Deutschen doch die Ueberzeugung geworden, daß der Mann vor allem sich dem Staate schuldig sei. Und man schilt unsre Zeitbildung selbstsüchtig.

Ich werde mich herzlich freuen, wenn ich die Nachricht erhalte, daß Sie kommen. Hier nichts Neues, alles geht im Gleise ruhig fort, für mich immer noch langweilige Korrekturen.

Ihrem lieben Gemahl treue Huldigungen, Ihnen alte Liebe

Ihres

Freytag.

*

Wiesbaden, 30. April 1888.

... Neulich traf ich mit Wurm zusammen. Er erzählte, Sie seien in S[an] Remo gewesen und hätten dort Anteil an der Redaktion der „Kaiserlichen Proklamationen“[72]) gehabt. Ich hörte schweigend an und sagte, mir sei von der Reise nichts bekannt. Woher kam ihm diese Wissenschaft? Daß Gerhardt[73])

---

[72]) Die Erlasse an den Reichskanzler vom 12. März 1888 hatten Geffcken, Roggenbach und Stosch schon 1885 entworfen.“ Franz Freiherr v. Roggenbach (1825 bis 1907), 1861 bis 1865 badischer Minister des Auswärtigen, bei dem im Verfolg des Geffckenprozesses — vgl. die Briefe vom 2. Oktober 1888 ff. — belastende Briefe beschlagnahmt worden waren, bekundete bei seiner Vernehmung folgendes:

> Als Kaiser Wilhelm im Jahre 1885 zu Ems einen tiefen Ohnmachtsanfall gehabt habe und ein plötzliches Hinscheiden zu befürchten gewesen sei, sei ihm ein vom Kronprinzen früher geäußerter Wunsch, auf einen solchen Fall vorbereitet und namentlich gerüstet zu sein, die bei seinem Regierungsantritt erforderlichen öffentlichen Kundgebungen unverzüglich erlassen zu können, ins Gedächtnis gekommen und sei bei einer in jene Zeit fallenden Zusammenkunft mit dem Angeschuldigten auf dem Gute des Generals v. Stosch zu Oestrich a. Rh. der Entwurf der erforderlichen Proklamationen besprochen worden. Dabei habe er betont, daß nach den Intentionen des hochseligen Kaisers, damaligen Kronprinzen, in allen Kundgebungen dessen Bestreben, sich die Dienste des Reichskanzlers zu erhalten, den Ausgangspunkt bilden müsse. Dieser Instruktion gemäß habe der Angeschuldigte demnächst die beiden Kundgebungen entworfen und sie ihm mittels Schreibens vom 2. August 1885 übersandt, worauf er sie nach Vornahme einiger Abänderungen noch im Laufe desselben Monats dem Kronprinzen auf der Mainau persönlich übergeben habe.

[73]) Der Kehlkopfspezialist Karl Gerhardt (1833 bis 1902). Das Authentischste über die damals heißumstrittene Leidensgeschichte Kronprinz und Kaiser Friedrichs bietet jetzt die Monographie von Arend Buchholtz: Ernst v. Bergmann (Leipzig 1911), S. 461 bis 500. Gerhardt hatte Krebs schon am 15. Mai 1887 diagnostiziert; Bergmann bestätigte den Ver-

Digitized by Google

in so auffälliger Weise beiseite geschoben worden, empört mich. Obgleich es für den geradsinnigen Mann ein wahres Glück ist, daß sein Name in der Doktorenkatzbalgerei nicht genannt wird ...

*

Siebleben, 16. Juni 1888.

Lieber Freund!

Es ist entschieden gut, daß die Tragödie zu Ende ist. Aber es rührt einem doch an die Seele. Jedermann merkt, daß ein neuer Abschn[itt] der deutschen Geschichte beginnt ...

*

Siebleben, 8. Juli 1888.

Lieber Freund!

Für Ihren guten Brief, der Sie in frischer Regsamkeit und andern hilfreich zeigt, herzlichen Dank. Die Gratulationen sind wir ja allmählich gewohnt worden. Das Liebste war mir der Berliner Fakultätsbrief an mich, dessen Inhalt sehr hübsch war.[74]) Da Sie aber das Ordenskreuz erwähnen und eine artige Antwort auf des Kaisers freundlichen Gruß als erfolgt voraussetzen, so will ich doch schreiben, daß die Zeitungsnotiz: Der Kaiser hat dem usw. verliehen, ungenau war. Das Kreuz ging mir durch Goßler zu, mit einer Zuschrift des hochseligen K[aisers] u[nd] K[önigs]: „M[ajestät] haben mittels Allerh[öchsten] Erlasses vom 14. Juni d. J. E[uer] H[ochwohlgeboren] das Komturkreuz usw. zu verleihen geruht. Ich füge die bezüglichen Ordensinsignien bei usw. 30. Juni 1888." Nun starb K[aiser] Friedrich den 15. und lag am 14. bereits so sehr auf dem Tode, daß von einer Ausfertigung eines solchen Erlasses wohl nicht die Rede sein kann. Wie ist in den letzten Tagen des armen Herrn eine Artigkeit dieser Art zustande gekommen? Noch bemerke ich, daß Kaiserin Viktoria, die mir seit Jahren ihre Beachtung nur durch Seckendorff[63]) zuteilte, zum 30. Juni ebenfalls ein Glückwunschtelegramm gesandt hat. Was die Dame Ihnen klagte, erklärt dies. Vielleicht ist Ihnen ohne Mühe möglich, über die Provenienz der Auszeichnung etwas zu erfahren. Und soll ich mich doch bei dem neuen Kaiser bedanken? Ich denke nein. Goßler wird wohl genügen.

Wie die Teilung der Gewalten in der Marine zum Vorteil derselben bewirkt werden kann, ist mir nicht verständlich. Das wäre doch nur dann möglich, wenn

---

dacht einer bösartigen Neubildung am 16. Mai; aber erst am 5. März 1888 gab Sir Morell Mackenzie auf Grund des anatomischen Befunds zu, daß es sich um Krebs handle, und — behielt das Vertrauen der Herrschaften. Noch am 8. April bestritt er abermals, daß Krebs vorliege. Am 30. April trat Bergmann von der Behandlung zurück. Gerhardt und Bergmann waren dann an der Herstellung der Rechtfertigung „Die Krankheit Kaiser Friedrich des Dritten" (Berlin 1888) hervorragend beteiligt; sie erschien am 11. Juli. Morell Mackenzie antwortete darauf im Oktober mit der Broschüre „Friedrich der Edle und seine Aerzte" (Styrum 1888).

74) Die Adresse der philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin zu Freytags goldenem Doktorjubiläum am 30. Juni: Alfred Dove, G. Freytag und H. v. Treitschke im Briefwechsel (Leipzig 1900), S. 192 f.

Digitized by Google

der Oberkommandant gleich dem Führer eines Armeekorps gestellt und der Kaiser selbst mehr mit der höchsten Aufsicht über das Marineministerium belastet würde. Nun aber kommt der Kanzler mit seinem unleugbaren Anspruch, Schiffe zu verschicken usw. Doch ich bescheide mich, das Detail zu wenig zu kennen, und bin sehr neugierig, wie Sie die Schwierigkeiten gelöst haben ...

*

Siebleben, 20. Juli 1888.

... Die Kaiserin „Friedrich" hat jetzt, genau wie ihre Mutter nach dem Tode des Prinzen Albert, einen Kultus mit dem Verlorenen begonnen. Sein Totenbett steht in ihrer Wohnstube, und sie sammelt Aufsätze und schriftliche Zeugnisse über seine Tugenden. Sie hat durch die Stockmar auch von mir einen Aufsatz gefordert, was mich in einige Verlegenheit setzt, weil sie offenbar, wie ihre Mutter, zuletzt ein Buch daraus machen wird, ihm zur Ehre, sich zur Rechtfertigung. Und ich fürchte, ich werde ihr so, wie sie es wünscht, nicht dienen können. Denn wenn ich überhaupt das Recht habe, öffentlich über K[aiser] Friedrich lautbar zu werden, so darf ich es doch nicht im Hofkleide tun ...[75])

*

Wiesbaden, 2. Oktober 1888.

Lieber Freund!

So ist denn Geffcken,[76]) die arme Motte, ins Licht geflogen. Daß er das Tagebuch ohne Wissen der Kais[erin] Friedrich in Druck gegeben, ist kaum anzunehmen; hat er es mit ihrem Wissen getan, so kann ihn nur das eine trösten, daß er als Ritter leidet. Vielleicht finden Sie auch einen Zusammenhang zwischen Bismarcks Berserkerzorn gegen den Indiskreten und zwischen der Flugschrift „99 Tage".[77]) Er ist wie der Riese Wate mit der Eisenstange in unsrer alten Heldensage, der immer an einer Kette geführt werden mußte, weil er schonungslos gegen Freund und Feind um sich schlug. Aber den Kanzler hält niemand an der Kette. Was auch aus der Geschichte werden mag, der unglückliche Geffcken wird das Opfer bleiben. Ein solches Ende wohlmeinender Vielgeschäftigkeit ist doch sehr traurig. Daß jetzt in allen Zeitungen von ihm die Rede ist, wird ihn etwas trösten, nicht auf die Länge ...

*

Wiesbaden, 20. Oktober 1888.

Lieber Freund!

Ich denke, der Kanzler weiß so gut wie andre, daß bei der Untersuchung gegen Geffcken[76]) nicht viel herauskommen wird.

---

[75]) Geschehen durch die Schrift: „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone".

[76]) Friedrich Heinrich Geffcken (1830 bis 1896) hatte Auszüge aus einem vom Kronprinzen Friedrich Wilhelm 1870/71 geführten, ihm Ende Februar oder Anfang März 1873 vertraulich mitgeteilten Tagebuch im Oktober-Heft der „Deutschen Rundschau" (ausgegeben am 20. September) veröffentlicht. Bismarck veranlaßte ein Strafverfahren gegen ihn; ohne Glück. Das Reichsgericht beschloß am 4. Januar 1889, Geffcken außer Verfolgung zu setzen, da für die Annahme seines Bewußtseins von der Strafbarkeit seiner Handlung keine genügenden Gründe vorlägen. Daraufhin ließ Bismarck am 17. Januar die Anklageschrift drucken.

[77]) Ebenfalls kurz vorher, Anfang September, erschienen.

Digitized by Google

Ueber den Einbruch bei Roggenbach[78]) denke ich ganz wie Sie. Es ist ein Akt, der uns alle demütigt. Wenn solche Integrität und so reines Wesen nicht vor der Inquisition schützen kann, so ist nicht alles in Ordnung.

Haben Sie mit Geffcken korrespondiert, so ist wohl möglich — nicht daß man bei Ihnen sucht, aber daß man Sie zitiert. Es wird gut sein, zu erwägen, was man auf Fragen zu antworten hat. Mir würde die größte Bereitwilligkeit und Offenheit richtig erscheinen. Denn Sie haben in diesen ganzen Friedrich-Verhältnissen nichts zu verbergen und dürfen das Selbstgefühl hegen, ein treuer Berater gewesen zu sein, wenn einmal Ihre Ansicht gefordert wurde.

Lassen Sie mich wissen, was Sie etwa Neues erfahren. Ich grüße dankbar für die Stunden des Donnerstag herzlich Ihr liebes Gemahl, bin in Liebe und Treue

Ihr

Freytag.

*

Wiesbaden, 1. November 1888.

Lieber Freund!

... In dieser Zeit der Haussuchungen, offizieller Phrasen und begeisterter Toaste tut dem Menschen ein stilles, gemütliches Vergnügen wohl, als Gegensatz zu dem Schellengeläut der neuen Zeit, in welche wir hineinfahren. Die gröbliche Anrede des Kaisers an die Berliner war ja wohl für Berliner Ohren sehr mißtönend, und man kann auch sonst Kritik daran üben; mich hat etwas darin gefreut: daß sie mehr Gemüt als Konvenienz kundgab.

Ich hatte gehofft, daß die Heimsuchung Roggenbachs der Presse entgehen würde, leider ist dies doch nicht geschehen.

Jetzt aber ist die Losung „Most", denken Sie bei diesem verruchten Bösewicht zuweilen an Ihren Sie liebenden und Ihr Gemahl herzlich grüßenden Freund

Freytag.

*

Wiesbaden, 23. November 1888.

Lieber Freund!

Vor allem freue ich mich Ihrer Rückkehr aus der Stadt der Untersuchungen, und gern käme ich am Sonntag zu Ihnen, um die ganze Tragödie anzuhören. Leider geht das nicht. Ich habe nämlich eine ziemlich ernste Lungengeschichte mit 40 Temperatur und häßlichem Auswurf hinter mir; bin bis jetzt glücklich darübergekommen, aber noch zu einigen Wochen Hausarrest verurteilt. Es wäre also sehr lieb von Ihnen, wenn Sie nächste Woche herüberkommen könnten.

Unterdes habe auch ich zum 26. eine Zitation in Sache Geffcken[78]) nach

---

[78]) A. v. Stosch hatte als Zeuge bekundet:

Im Jahre 1886 oder 1887 habe der damalige Kronprinz zu ihm geäußert, er könne ihm sein Tagebuch von 1870/71 nicht mitteilen, da dasselbe zu viel Persönliches enthalte; übrigens würde dasselbe auch vor einer langen

Digitized by Google

Berlin erhalten. Da sie vom 21., dem Tage Ihrer Vernehmung, datiert ist, so könnte wohl sein, daß der Scharfsinn des Inquirenten aus derselben die Veranlassung gefunden hat. Ich werde dieser törichten Zumutung natürlich keine Folge leisten, habe den Leuten wohlmeinend dictando vorschlagen lassen, daß sie mir entweder ihre Fragen zu schriftlicher Beantwortung zusenden oder mich in meiner Wohnung allhier vernehmen lassen. Wären sie klug, so würden sie das erstere wählen.

Also in der Hoffnung auf gutes Wiedersehen mit herzlichen Huldigungen für Ihr liebes Gemahl

Ihr getreuer

Freytag.

*

Wiesbaden, 21. Mai 1889.

Lieber Freund!

Daß mir die Hoffnung wird, Sie hier zu sehen, ist eine gute Frühlingsbotschaft, und ich bitte nur um zwanglose Angabe von Tag und Stunde, damit ich daheim und frei bin.

Wenn die hohe Dame mir, was ich noch nicht für sicher halte, einen Antrag stellen sollte, so würde ich ihn ablehnen. Was ich jetzt drucken lassen will, sind nur wenige Bogen aus dem Tagebuch von 1870, dazu eine Charakteristik des Kronprinzen und einige Blätter über Normann,[79]) das Ganze eine Broschüre. Zu mehr habe ich weder Lust noch Berechtigung, auch das wenige nur, weil es mir wie eine Last auf der Seele liegt. Der Kaiserin [Friedrich] wird es höchlich mißfallen.

Reihe von Jahren nicht zur Veröffentlichung gelangen können, da darin auch zu viel Politisches enthalten sei;

und der „Schriftsteller und Geheime Rat Dr. Freytag“:

In der Zeit von 1873 bis 1876 habe er dem hochseligen Kaiser, dem damaligen Kronprinzen, in dessen Hauptquartier er sich während eines Teils des Krieges von 1870/71 befunden, auf ergangene Einladung in Potsdam seine Aufwartung gemacht und bei dieser Gelegenheit auf Anordnung des Kronprinzen durch den Kabinettssekretär v. Normann ein von Kanzleihand geschriebenes Tagebuch von 1870/71 zur Lektüre übergeben erhalten. Nach beendigter Lektüre habe er dem Herrn v. Normann gegenüber geäußert und die dringende Bitte ausgesprochen, daß eine Veröffentlichung des Tagebuchs sowie überhaupt eine Mitteilung desselben an Dritte, wie eine solche hinsichtlich früherer Tagebücher erfolgt sei, unter allen Umständen unterbleiben möchte. Zu dieser Meinungsäußerung sei er hauptsächlich veranlaßt durch die in dem Tagebuch enthaltenen, übrigens mit den von dem Kronprinzen während des Krieges ihm mündlich kundgegebenen Auffassungen übereinstimmenden Mitteilungen über die Gründung des Reichs, deren Bekanntwerden ihm für das Wohl des letzteren sowie für das Ansehen des hohen Verfassers selbst als durchaus unzuträglich erschienen sei. Auf seine Aeußerungen habe sich auch der Kronprinz im zustimmenden Sinne erklärt.

79) Kammerherr v. Normann, vom Sommer 1864 bis Sommer 1884 erst Privatsekretär, dann Hofmarschall des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, seit August 1884 preußischer Gesandter in Oldenburg und Braunschweig, ein intimer Freund Stosch' und Freytags, war Mitte Juli 1888 gestorben.

Digitized by Google

Vielen andern auch, es ist nur gemeine Land- und Wasserwahrheit und nichts Besonderes.

Das Eingreifen des Kaisers in die Streikbewegung hat, soweit ich sehe, einen sehr guten Eindruck gemacht.

Ueber dies und vieles mündlich, ich freue mich. Huldigungen Ihrem lieben Gemahl, ich bin immer von Herzen Ihr getreuer

Freytag.

*

Wiesbaden, Sonntag, 8. Dezember 1889.

... Für Ihr Mitgefühl mit meiner exponierten Broschürenstellung bin ich Ihnen von Herzen dankbar. Das Geschrei dauert so lange, und auch ein alter Journalist wird durch langjährige gute Behandlung von seiten seiner Kleinen verwöhnt. Aber so lästig mir zuweilen wird, stillzuschweigen, ich habe die Abneigung, in dieser Sache noch einmal die Feder zu ergreifen, nicht überwinden können. Wozu? Eine Erörterung der Frage, ob und wie weit das Bild wahr sei, ist ausgeschlossen, und fast ebenso mißlich ist eine Diskussion über meine Berechtigung oder gar über meine Befähigung. Und so wollen wir vorläufig diesen Hasen laufen lassen. Mehr als das Gesumse in der Presse hat mich ein Brief Roggenbachs affiziert, weil er eine große Verschiedenheit in Wesen und Auffassung der Pflicht ausdrückt. Ich lege Ihnen denselben bei, dazu auch eine Antwort des Großherzogs von Baden, dem ich meine Schreibereien seit alter Zeit zusende. Roggenbach schreibt unter dem Einfluß seiner Frauen und des Kreises von Arendt und Curtius.[80])

In der letzten Woche habe ich, soviel meine Augen verstatteten, in Sybels „Begründung des Deutschen Reiches" gelesen. Ich sende Ihnen die zwei Bände d[urc]h Post, damit Sie dieselben einsehen. Es ist immer Sybel, seit Rankes Tod unser erster Historiker. Schade, daß er zuweilen im Ausdruck die Vornehmheit, die ihm sonst eigen ist, vermissen läßt ...

*

Wiesbaden, 15. Dezember 1889.

... In den Feiertagen werden Sie an Lektüre keinen Mangel haben. Der zweite Band von Boyen[81]) ist gekommen. Seine Erzählung und seine Schilderung Friedrich Wilh[elms] III. fesseln mich sehr. Boyen, dieser maßvolle, gerechte und gescheite Mann, ist trotz dem Memoirenhaften seines Berichts wohl der beste Beurteiler der Verhältnisse und Menschen. Der König ist so treu noch nicht geschildert worden. Lieber wird er dem Leser freilich nicht durch die ehr-

---

[80]) Vgl. „Deutsche Revue", November-Heft 1912, S. 133 und die wichtige Anmerkung zu S. 326 des von Ed. Tempeltey herausgegebenen Briefwechsels zwischen Freytag und Herzog Ernst (1904).

[81]) Die „Erinnerungen aus dem Leben des Generalfeldmarschalls H. v. Boyen", die Zeit von 1771 bis 1813 umfassend und durch Nippold herausgegeben, erschienen 1889/90 in drei Bänden und zehn Jahre später in einer zweibändigen Bearbeitung als „Denkwürdigkeiten und Erinnerungen".

Digitized by Google

lichen Worte B[oyens]. Nächstdem steht [Herzog] Ernst, [Band] III,[82]) — wahrscheinlich sehr zugerichtet und jedenfalls mehr auf Wirkung als mit Respekt vor der Wahrheit gearbeitet —, und endlich Treitschkes IV. Band[83]) in Aussicht der nächsten Woche. Alles soll Ihnen zugehen. Es sind sämtlich dicke Bücher, das ist aber den Deutschen nicht abzugewöhnen, auch den Verlegern nicht, die immer noch nicht begreifen, daß man solche Lektüre in der Hand halten will und fast ohne Mehrkosten zwei Bände aus einem machen könnte. Ueber die gute Behandlung Miquels[84]) d[urc]h Jung-Wilhelm werden Sie wohl mehr gehört haben als ich. Auch hier war die Taktlosigkeit und kindische Sucht zu kombinieren, die in der Presse zum Vorschein kam, auffällig und unbequem für alle Teile ...

*

Wiesbaden, 10. Januar 1890.

... Augustas Tod[85]) war ja zu befürchten, die allgemeine Hochschätzung der Menschen überall, welche sich jetzt äußert, ist nichts besonders Imponierendes, aber es ist doch die beste Nachschrift ihres Lebens, die ihr werden konnte. Sie hat sich's redlich sauer werden lassen, ihre Fürstenpflicht zu tun. Mit ihr scheidet wohl der letzte namhafte Vertreter der eigentümlichen Bildungen von Weimar und der Goethezeit ...

*

Wiesbaden, 19./21. März 1890.

Lieber Freund!

Es muß wohl in Ihrem kriegerischen Naturell ein geheimer Zauber liegen, welcher große Ereignisse herbeiführt und Krieg schafft, denn kaum sind Sie in Berlin angekommen, so springt die Kanzler-Granate. Jedenfalls ist es eine merkwürdige Fügung, daß Sie gerade an Ort und Stelle sein müssen, um als freier Mann den Sturz dessen zu sehen, der Ihnen einst das Amt verleidete. Die Kanzlerfrage, die soziale Bewegung und dieser Reichstag sind drei Probleme, von denen jedes einzelne einem Staate und einem Monarchen die schwersten Aufgaben stellt, und diese drei harten Nüsse zu gleicher Zeit aufzuknacken, wer

---

[82]) „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit." Von Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha. Dritter Band. Berlin 1889, Wilh. Hertz. Die Frage nach der Zuverlässigkeit dieser Memoiren untersucht Dr. Kurt Dorien in der trefflichen Greifswalder Dissertation „Der Bericht des Herzogs Ernst II. von Koburg über den Frankfurter Fürstentag 1863". (Historische Bibliothek, 21. Band; München 1910, R. Oldenbourg.) Besonders möchte ich auf die Seiten 12 ff. hinweisen, wo Dorien das Verhältnis des Historikers Ottokar Lorenz zur Textgeschichte der Memoiren — die Lorenzsche Korrespondenz wird „wegen des sehr heikeln Charakters der Sache" im Koburger Archive sekret gehalten — an der Hand der Zeugnisse des Herzogs, des Historikers und Gustav Freytags eingehend bespricht.

[83]) „Deutsche Geschichte im neunzehnten Jahrhundert", vierter Teil, umfaßt das Jahrzehnt 1830 bis 1840. Vgl. Freytags Brief vom 21. März 1879 im Januar-Heft.

[84]) Im Juni war Johannes Miquel (1828 bis 1901) preußischer Finanzminister geworden. Vgl. die Mitteilungen, die 1904 aus seinem Nachlaß in der „Deutschen Revue" erschienen.

[85]) Kaiserin Augusta war am 7. Januar gestorben.

Digitized by Google

soll dazu seine Kinnbacken hergeben? Für Jung-Wilhelm wird es eine Lehrzeit, weit schwerer, als wir sie ihm wünschen durften, und für uns andre eine harte Zeit. Irre ich mich, wenn mir vorkommt, als ob schon jetzt, bevor Bismarck seinen Sitz geräumt hat, die Vorboten einer führerlosen, schwierigen Zukunft durch die Seelen fliegen?

Lieber Freund, dieser Zettel ist liegengeblieben, nicht wegen eines Malheurs, sondern weil Schreiber im Zustande völliger Blaffheit war, welche stündlich durch neue Wunder erneuert wurde. Und ich bescheide mich, Ihnen gar nicht zu schreiben, wie hier im Lande die Dinge erscheinen, das Bild verschiebt sich fortwährend, und nichts Gewisses weiß man nicht ... Es komme, was da will, ich ziehe mich ins Enge und habe bereits damit angefangen, indem ich meinem Schuster, in welchem ich einen Sozialisten argwöhne, gegenüber zwei neuen Stiefeln zwei Mark abgezogen habe. Ihnen aber, mein Freund, wünsche ich innig Gesundheit, Gemütsruhe und womöglich gute Laune vor all dem Wunderlichen, das Sie an Ort und Stelle aufzunehmen haben. Ich werde mich ausbündig freuen, wenn ich Sie erst wieder in der Nähe habe. Denn es ist zuletzt ermüdend und kein Gewinn, unablässig Neuigkeiten zu schlucken, auf deren Werden man keinen oder doch nur sehr unsicheren Einfluß ausüben kann, und auch einem, der kein Journalist ist, wird die Geschäftigkeit einer Notzeit peinlich, deren Signatur Uebergang und Halbheit ist, und die dem Mann ein starkes Wollen und ehrliche Leidenschaft nicht aufkommen läßt ...

*

Wiesbaden, 24. Juni 1890.

Lieber Freund!

Den Dank für das gelungene Zauberfest in Waldeinsamkeit bin ich lange schuldig geblieben, zuerst weil ich über den deutsch-englischen Vertrag keine eigne Meinung gewinnen konnte, denn ungern hörte ich auf die Mahnungen des Verstandes, welcher zur Bescheidenheit riet ...

Für Ihre Auffassung des Erwerbes von Helgoland bin ich Ihnen sehr dankbar. Bekenne nur, daß ich noch nicht verstehe, was wir damit machen werden. Befestigen, wie die Oesterreicher damals Lissa? Aber der Felsen ist klein, und wenn wir 2000 Mann Besatzung dort unterbringen wollen, werden die Einwohner auswandern müssen, was, nebenbei bemerkt, nicht das größte Unglück wäre. — Es ist für Caprivi unbequem, daß die Einsicht in die militärische Bedeutung Helgolands nur bei wenigen sich vorfindet, daß aber jede Konzession von Quadratmeilen in Afrika das junge Selbstgefühl der Deutschen verletzt, das jetzt so üppig ins Kraut geschossen ist. Die Welt ist jetzt ausgeteilt, die Deutschen kamen gerade noch in der letzten Stunde und empfingen einen Bruchteil, der nicht groß war, den sie sich aber auch noch nicht verdient hatten.

Der Kanzler fährt fort, von sich sprechen zu machen, das ist wohl der letzte Grund seiner Offenbarungen. Er fürchtet, vergessen zu werden ...

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Die Zukunft der türkischen Staatsschulden

Von

Mehmed Djavid Bey,

vormaligem türkischem Finanzminister

Wie wird sich die Zukunft der türkischen Finanzen gestalten und in welcher Lage werden sich die Inhaber der ottomanischen Staatsschuldverschreibungen nach diesem unheilvollen Kriege befinden, durch den die Türkei ein Gebiet von mindestens 150000 Quadratkilometern mit 4500000 Einwohnern verliert? Diese Frage interessiert das große Publikum in allen Ländern Europas mehr als irgendeine politische Frage.

Die Effektenbesitzer, die ihre Ersparnisse in ottomanischen Papieren angelegt, die Großbanken, die für diese Anlage wenn auch nicht materiell und unmittelbar, so doch mittelbar und moralisch Garantie geleistet haben, und die Regierungen, die es sich angelegen sein lassen müssen, die Interessen ihrer Staatsangehörigen zu schützen, sind in der einen oder der andern Weise an dieser Frage interessiert.

Ich werde versuchen, ganz unparteiisch, die Zahlen bei der Hand, zu antworten und zu beweisen, daß der Verlust, den die Türkei in finanzieller Hinsicht erleidet, nicht so groß sein wird wie ihr Verlust an Landgebiet und Einwohnern, sodann, daß vor allem die Besitzer ihrer Schuldtitel nichts verlieren werden, wenn die diese wichtige Angelegenheit betreffenden Verhandlungen geschickt geführt werden und die Mächte, besonders einige von ihnen, wenigstens bei der Lösung dieses Problems Unparteilichkeit üben.

*

Die ottomanische Staatsschuld setzt sich aus fünf Kategorien zusammen, die sich hinsichtlich der Verwaltung ihrer Garantien unterscheiden:

1. Anleihen, die dem Mouharremdekret unterworfen sind; die Einkünfte, durch die sie garantiert werden, stehen unter der direkten Verwaltung des Administrationsrats der Dette Publique.

2. Anleihen, gedeckt durch den ägyptischen Tribut und den Ueberschuß der Einnahmen der Insel Cypern, deren Dienst direkt, ohne Umweg durch den ottomanischen Staatsschatz oder durch die Dette Publique, versehen wird.

3. Nach dem Mouharremdekret abgeschlossene Anleihen, die den Bestimmungen dieses Dekrets nicht unterworfen sind, deren Verwaltung und Dienst aber der Dette Publique durch einen besonderen Artikel jenes Anleihevertrags anvertraut worden sind.

Digitized by Google

4. Anleihen, deren Dienst verschiedenen Finanzinstituten anvertraut ist.

5. Anleihen, deren Einkünfte direkt vom Staate erhoben werden, während der Couponzahlungsdienst durch die Banken versehen wird.

Die erste Gruppe umfaßt:

	Ursprüngl. Nominal-Kapital (1./14. Sept. 1903) Türk. Pfund	In Umlauf befindlich am 1./14. März 1912 Türk. Pfund
1. Unifizierte Schuld	42 275 772	38 568 354
2. Türkenlose	15 632 548	11 407 500
	57 908 320	49 975 854

Die zweite Gruppe umfaßt:

1. Anleihe 1855	5 500 000	4 196 720
2. „ 1891	6 948 612	6 048 812
3. „ 1894	9 033 574	8 030 088
	21 482 186	18 275 620

Die dritte Gruppe umfaßt:

1. Osmanie-Anleihe 1890 . .	4 999 500	3 263 700
2. Anleihe 1896	3 272 720	2 920 720
3. Fischerei (1903)	2 640 000	2 498 694
4. Anleihe von 1904 . . .	2 750 000	2 654 476
5. 1905, Tedjhisat-Askerie . .	2 640 000	2 517 262
6. Anleihe 1901—1905 . . .	5 306 664	5 111 634
7. Anleihe 1908	4 711 124	4 636 764
8. Bagdadbahn-Anleihe 1. Serie	2 376 000	2 353 978
9. „ „ 2. Serie	4 752 000	4 731 166
	33 448 008	30 688 394

Die vierte Gruppe umfaßt:

1. Tombak-Anleihe 1893 . .	1 000 010	720 060
2. Orientbahnen 1894 . . .	1 760 000	1 599 884
	2 760 010	2 319 944

Die fünfte Gruppe endlich umfaßt:

1. Anleihe 1902 Zölle . . .	8 600 020	8 108 100
2. „ 1909	7 000 004	6 823 784
3. „ Sanaa-Panderma .	1 712 304	1 708 872
4. „ 1911	7 040 000	6 955 630
5. Hodeida-Sanaa	1 000 010	1 000 010
	25 352 338	24 596 396

Digitized by Google

Somit betrug die Gesamtsumme der türkischen Staatsschuld am 1./14. März 1912:

1.	Gruppe	49 975 854
2.	„	18 275 620
3.	„	30 688 394
4.	„	2 319 944
5.	„	24 596 396
		125 856 208 türk. Pfund.

Um ganz genau zu sein, muß man zu dieser Summe die zweite Teilemission der Anleihe von 1911 hinzurechnen, welche die Deutsche Bank im Nominalbetrag von 3 960 000 türkischen Pfund übernommen hat und die noch nicht emittiert, deren Reinertrag von 3 025 000 türkischen Pfund aber dem Staatsschatz in der zweiten Hälfte des Jahres 1911 vorgestreckt worden ist. Wir erhalten dann die Summe von:

129 816 208 türkischen Pfund.

Während des Jahres 1912 hat die ottomanische Regierung Vorschüsse in folgenden Beträgen aufgenommen:

Türkische Nationalbank	1 650 000
Kaiserl. Ottomanische Bank	1 540 000
„ „ „	1 250 000
„ „ „	1 250 000
Tabakregie	200 000
Ottomanische Bank und Deutsche Bank . .	330 000
	6 220 000
Statutarisches Kontokorrent der Kaiserlich Ottomanischen Bank	1 500 000
	7 720 000

Die vier ersten dieser Vorschüsse haben Spezialgarantien und sind Akontozahlungen auf eine Anleihe von 10 000 000 türkischen Pfund, für welche die Ottomanische Bank die Option hat. Die schwebende Schuld, die sich aus dem gegenwärtigen Krieg ergibt und deren Betrag ich im Augenblick nicht genau angeben kann, ist in dieser Summe nicht inbegriffen.

*

Da die Anleihen der zweiten Gruppe in keiner Weise durch den Ausgang des Krieges leiden können und in keiner Beziehung zu den verlorenen Gebieten stehen, wollen wir uns damit begnügen, sie zu erwähnen, und die Zukunft der andern Anleihen betrachten.

Die zur ersten Gruppe gehörigen Anleihen sind die wichtigsten sowohl hinsichtlich der Summen, die sie darstellen, wie hinsichtlich ihrer Entstehung und ihrer Begebung.

Digitized by Google

Die Zinsen und die Amortisation der unifizierten Schuld erfordern eine Annuität von . . . . . 1 887 375.35 türk. Pfd.
Die Annuität der Türkenlose beträgt . . . . 270 000.— „ „
Somit beträgt die gesamte Annuität . . . . 2 157 375.35 türk. Pfd.

Wie hoch ist nun die Summe, welche die Dette Publique aus den als Garantien dieser Schuld abgetretenen Einkünften einnimmt?

Nehmen wir das Jahr 1327 (1911—12), das letzte, dessen Ergebnisse bekannt sind:

	Türk. Pfund
Salz	1 271 703.58
Spirituosen	357 146.43
Stempel	461 442.83
„ Zuschlag	44 721.35
Fischerei	67 653.17
Seide	90 661.49
Zölle, 3% Surtaxe	1 151 185.10
Außeretatsmäßige Einnahmen	13 503.06
Tabakzehnt	476 273.51
Tabakregie:	
Feste Zahlung	750 000.—
Gewinnanteile	124 753.43
Ostrumelischer Tribut (ersetzt durch die Ueberschüsse der Zehnten und verschiedenen Einnahmen, die durch die Dette erhoben werden)	114 019.74
Tratten auf die Zollverwaltung zur Verrechnung auf die Tombekitaxe	50 000.—
Geldstrafen	6 946.12
Zinsen der Effekten des Reservefonds	81 325.74
	5 061 335.55

Diese Ziffer ist die höchste, die die Dette seit ihrer Begründung zu verzeichnen gehabt hat, und dieses Ergebnis ist trotz des Türkisch-Italienischen Krieges erzielt worden.

Wenn wir von dieser Summe 1. den Ueberschuß des Tabakzehnten, wovon der Dette nur 230 000 Pfund als Ersatz für den bulgarischen Tribut gehören, und den Ueberschuß der Einkünfte von Zypern, 2. die 50 000 Pfund, die die Dette der Regie zurückerstattet, 3. die Generalunkosten der Dette (663 365.68) abrechnen, so erhalten wir die Summe von

4 101 696.35 türkischen Pfund,

die nahezu das Doppelte von dem darstellt, was für den Dienst der Dette notwendig ist.

Das laufende Jahr 1328 (1912—1913) hat zweifellos im Betrag ihrer

Digitized by Google

Einnahmen einen Rückgang gebracht, aber man muß von vornherein zugeben, daß es ein besonderes Ausnahmejahr ist, in dessen acht erste Monate noch der Krieg in Tripolis fiel, in dessen letzte die Balkankriege fallen, und wenn — was ich nicht glaube — das Bedürfnis sich fühlbar machen wird, so wird man das Defizit aus dem Reservefonds decken.

Wir wollen jetzt untersuchen, welchen Anteil an den Einnahmen die ganz oder teilweise verloren gehenden Provinzen haben.

Direktionsbezirk	Adrianopel	107 365	Pfund
„	Durazzo	83 300	„
„	Mitylene	117 715	„
„	Monastir	32 851	„
„	Saloniki	362 054	„
	Zusammen	703 285	Pfund

Da ein sehr großer Teil des Wilajets Adrianopel und der Inseln unbedingt dem ottomanischen Staat verbleiben muß, so müssen von dieser Summe dreiviertel der Summen abgerechnet werden, die auf die Bezirke Adrianopel und Mitylene entfallen, also annäherungsweise 165 000 Pfund, und es ergibt sich somit eine Verlustziffer von 538 000 türkischen Pfund.

Diese Ziffer bedeutet jedoch nicht den gesamten Verlust. Da die Tabakszehnten, die ein sehr wichtiges Kapitel darstellen, direkt durch die Tabakregie erhoben werden und mehr als zwei Drittel aus den Wilajets von Saloniki und Adrianopel kommen, so sind noch 255 000 türkische Pfund[1]) zu den Verlusten an Einnahmen hinzuzurechnen. In den Einnahmen aus dem Tabakverkauf ist ein Rückgang von 15 bis 20 % zu erwarten; aber wenn man das System des von der Dette Publique geleiteten Staatsmonopols annimmt, so werden die enormen Ersparnisse, die man bei den Ausgaben machen wird, den Verlust des Verkaufs in den verlorenen Wilajets ausgleichen. Zieht man also noch die Summe von 793 000 Pfund von den oben verbliebenen 4 101 696 Pfund ab, so verbleibt eine Summe von 3 308 696 Pfund, das ist anderthalbmal mehr, als für den Dienst der Dette notwendig ist.

Die Besitzer von Obligationen der unifizierten Schuld und von Türkenlosen brauchen also keine Angst zu haben; denn selbst wenn man den Anteil nicht mitrechnet, den die Balkanstaaten sicherlich von der türkischen Staatsschuld übernehmen werden, so werden doch genug Einnahmen für den ordentlichen und selbst für den außerordentlichen Tilgungsdienst vorhanden sein.

Die gegenwärtige Krise, die für die Türkei eine der allerschwersten ist, hat gezeigt, daß die Besitzer ottomanischer Schuldtitel nichts zu fürchten haben und daß ihre Papiere zu den besten und solidesten gehören, die es gibt.

*

Die Anleihen der dritten Gruppe haben Spezialgarantien.

[1]) Die beiden Drittel des auf die Dette entfallenden Anteils.

Digitized by Google

Die Osmanie-Anleihe ist garantiert durch die Zehnten von sechs Sandschaks Kleinasiens; ihre Garantien werden also intakt bleiben.

Die Anleihe von 1896 ist garantiert durch die Hammelsteuer und die Zehnten einiger Sandschaks. Nur ein Fünftel (40 000 Pfd.) dieser Garantien entfällt auf das Wilajet Saloniki.

Für die Fischereianleihe sind Fischereiabgaben, Jagdscheine, Fischereierlaubnisscheine, Erlaubnisscheine für den Verkauf von Tombeki in andern Bezirken als den schon der Dette überlassenen und andres derart verpfändet. 100000 türkische Pfund jährlich werden für Rechnung dieser Anleihe in den Wilajets von Rumelien und auf den Inseln erhoben.

Die Anleihe von 1904 ist durch den 75 %-Anteil garantiert, den der Staat von den Einnahmeüberschüssen der Dette erhält. Es muß bemerkt werden, daß während des letzten Jahres dieser Anteil 1476917 türkische Pfund betrug.

Die Anleihe Tedjhisat-Askerie ist garantiert durch den 6 %-Zuschlag, der auf die durch die Dette verwalteten Einkünfte für den Dienst der kilometrischen Garantien und gewisser Anleihen und für einen Betrag von 30000 Pfund der Zollabgaben erhoben werden kann.

Die Anleihe von 1901—1905 ist durch den $^1/_2$ %-Ergänzungszuschlag garantiert, der für Rechnung der Regierung von der Dette auf alle Zehnten, deren Verwaltung sie hat, erhoben wird, ferner durch die Verpfändung der Zehnten einiger Sandschaks (82000 Pfund, wovon 13000 auf die Sandschaks Mazedoniens entfallen) und durch 122000 Pfund von den Zolleinnahmen von fünf Wilajets (Brussa, Smyrna, Beirut, Adrianopel, Saloniki).

Die Anleihe von 1908 ist garantiert für 180000 Pfund durch die allgemeinen Zolleinnahmen und für 40000 Pfund durch die Ueberschüsse der Zehnten und andrer durch die Dette verwalteten Einkünfte.

Die Bagdadbahnanleihe, 1. Serie, ist durch die Zehnten der kleinasiatischen Sandschaks garantiert. Die Bagdadbahnanleihe, 2. Serie, ist durch eine Verpfändung der Ueberschüsse aus den der Dette abgetretenen Einkünften garantiert.

Die Gesamtsumme der Garantien für die Annuitäten aller dieser Anleihen beträgt 1615000 türkische Pfund, wovon nur 300000 Pfund durch die Einnahmen aus den rumelischen Wilajets garantiert sind, die leicht durch andre von den Gläubigern akzeptierte Einnahmen ersetzt werden könnten.

*

Die vierte Gruppe umfaßt zwei Anleihen, von denen die eine (Tombak) nichts mit Rumelien zu tun hat. Was die andre betrifft, die durch die 1500 Franken pro Kilometer garantiert ist, welche die Orientbahnenaktiengesellschaft als Mindesteinnahme an den Staat zahlt, so muß man abwarten, was für eine Gestalt diese Gesellschaft nach dem Kriege annehmen wird. Da auf jeden Fall Adrianopel und Dedeagatsch türkisch bleiben, so werden 500 Kilometer von dieser Eisenbahn in den Händen der Gesellschaft bleiben, was eine Mindesteinnahme von 750000 Franken jährlich macht. Da aber der Staat auch einen bedeutenden Anteil an den Bruttoeinnahmen nach Vorwegnahme von 7000 Franken

Digitized by Google

für den Kilometer durch die Gesellschaft hat, wird diese Garantie reichlich für den Dienst der Anleihe genügen.

*

Die fünfte Gruppe umfaßt die Anleihe von 1911, die durch die Zölle von Konstantinopel garantiert ist, und die Anleihe Sanaa-Panderma, die mit Rumelien in keinerlei Beziehung stehen, sowie die Anleihe von 1909, die durch die Zehnten der kleinasiatischen Wilajets garantiert ist. Nur die Anleihe von 1902 zählt unter ihre Garantien auch die Zölle von Saloniki und von Adrianopel. Da Adrianopel türkisch bleibt und die Einnahmen der andern Zollbezirke (Brussa, Smyrna, Beirut) für den Dienst der Anleihe vollauf ausreichen, so haben die Besitzer dieser Papiere ebenfalls nichts zu befürchten.

*

Die Ueberschüsse der an die Dette abgetretenen Einkünfte sind ganz besonders für die Bagdadbahn von Bedeutung. Die zweite Serie dieser Anleihe erfordert eine Annuität von 194000 Pfund, und die dritte Serie, die oben nicht erwähnt worden ist, da sie am 1. März 1912 noch nicht emittiert war, eine Annuität von 215000 türkischen Pfund, und je nachdem der Bau der Bahn vollendet werden wird, werden die andern Serien — von Halif nach Bagdad — eine Annuität von 350000 Pfund erfordern. Dieses Riesenwerk, dessen letzte Teilstrecken durch den Abschluß der darauf bezüglichen Verträge gesichert zu haben eines der größten Verdienste des Kabinetts Hakki-Pascha gewesen ist, muß so rasch wie möglich fertig werden. Die fortschreitende Zunahme der Einnahmen der Dette würde den raschen Bau dieser wichtigen Bahn vollauf erlaubt haben. Da aber diese Zunahme notwendigerweise auch in unserm asiatischen Reiche sich fortsetzen wird, da ferner die Kapitalisierung der jährlich von den Balkanstaaten zu erhebenden Summe es ermöglichen wird, daß die Einnahmen ungefähr dieselben bleiben wie vorher, und da außerdem auch zur Ergänzung verpfändete Zehnten und Aghnams vorhanden sind, so kann man hoffen, daß der schon für die Vollendung der Arbeiten festgesetzte Zeitpunkt nicht überschritten werden wird.

*

Nachdem wir die Art der verschiedenen ottomanischen Anleihen geschildert und den Sicherheitsgrad ihrer Garantien dargelegt haben, müssen wir uns jetzt auf einen andern Standpunkt stellen und nach dem Anteil fragen, der auf die von den Balkanstaaten eroberten Gebiete entfallen soll.

Doch ehe wir auf diese Frage näher eingehen, wird es nicht überflüssig sein, einen Blick rückwärts zu werfen, um zu zeigen, welche Ungerechtigkeiten trotz der illustren Unterzeichner der politischen Verträge immer gegen die Türkei begangen worden sind.

Der Artikel 9 des Berliner Vertrages bestimmt: „Der Betrag des jährlichen Tributs, den Bulgarien dem suzeränen Hof zu zahlen hat, wird durch ein Abkommen zwischen den Signatarmächten festgesetzt werden. Dieser Tribut wird nach den Durchschnittseinnahmen des Gebietes des Fürstentums bestimmt werden. Da Bulgarien einen Teil der Staatsschuld des Reiches tragen muß, so werden die Mächte, wenn sie den Tribut bestimmen, den Teil dieser Schuld in Betracht ziehen, welcher dem Fürstentum zugewiesen werden könnte."

Digitized by Google

Der Artikel 33 des Berliner Vertrages nahm dieselbe Grundlage für Montenegro in bezug auf die neuen ihm überlassenen Gebiete an, der Artikel 42 für Serbien, und der Artikel 10 des Konstantinopeler Vertrags stellte das gleiche Prinzip für Griechenland auf.

Die ottomanische Regierung hat durch das Mouharrem-Dekret alle diese Abgaben an den Dienst der Dette abgetreten und ist noch weiter gegangen, indem sie sich damit einverstanden erklärte, daß an Stelle des bulgarischen Tributs, bis er von den Mächten festgesetzt wäre, eine Summe von 100000 Pfund jährlich trete, die aus dem Tabakzehnten erhoben werden sollte.

Dieser berühmte Vertrag, der die Unterschriften der größten Staatsmänner Europas trug, dieser feierliche Vertrag, auf dessen einen oder andern Artikel man sich tagtäglich gegen die Türkei beruft, ist von niemand respektiert worden, weder von den Mächten noch von den Balkanstaaten, die stets für die Verkennung ihrer Pflichten wenn nicht Ermutigung, so doch eine vollständige Gleichgültigkeit bei den Mächten gefunden haben. Weder die Schritte der Türkei noch die mehrmals wiederholten des Administrationsrates der Dette sind von Europa beachtet worden. Die Türkei zahlt seit dreißig Jahren die Ersatzsumme für den bulgarischen Tribut, die Dette hat weder von Griechenland, noch von Serbien, noch von Montenegro, noch von Bulgarien etwas bekommen. Und dabei belaufen sich die Anteile, die sie zu zahlen gehabt hätten, auf nicht weniger als 15 Millionen türkische Pfund.

Für Europa, das von der Gerechtigkeit und der Achtung vor den Verträgen spricht, hat die Türkei immer als ein Staat gegolten, der Pflichten, aber keine Rechte habe.

Seit dreißig Jahren enthalten die Berichte des Administrationsrats der Dette regelmäßig den bekannten Satz: „Was die Leistungen für die Schuldenanteile Griechenlands, Serbiens und Montenegros betrifft, so legt der Administrationsrat in bezug auf sie wiederum dieselben Verwahrungen ein wie bisher."

Platonische Verwahrungen, die bisher angesichts der Gleichgültigkeit und Parteilichkeit der Mächte nichts geholfen haben!

Was den ostrumelischen Tribut betrifft, der auf 240000 türkische Pfund festgesetzt worden ist, so hat die Dette nicht mehr als 130000 Pfund jährlich bekommen können, und erst nach welchen Schritten, welchen Protesten!

An alle diese Beispiele müssen sich heute sowohl die Türkei wie die in politischer Hinsicht gegen die Türkei so ungerechten Mächte, vor allem aber die Herren Delegierten der ausländischen Gläubiger im Administrationsrat der Dette erinnern.

Alle Schulden einer Nation müssen angesehen werden als zur Verteidigung des Landes, im allgemeinen Interesse der Nation aufgenommen; alle Gebiete, die zu dem Land gehören, sind solidarisch bei diesen Verpflichtungen. Die Käufer der Schuldtitel, die dem Schuldnerstaat Kredit gewähren, haben — wie angenommen wird — die Ausdehnung seiner Gebiete, die Höhe seiner Einnahmen usw. in Betracht gezogen.

Wenn für dieses Land ein unglücklich ausgehender Krieg kommt und

Digitized by Google

ein Teil seines Gebietes in die Hände andrer Staaten übergeht, so ist es ein unanfechtbarer Grundsatz des Völkerrechts, daß ein Teil der Schuld des unterlegenen Landes von dem siegreichen Staat, der von da an den Nutzen von diesen Gebieten haben wird, übernommen wird. Diesem Grundsatz gemäß wird man die Schuldenanteile Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und Montenegros für die neuen Gebiete, die sie annektieren wollen, und für das zu schaffende Fürstentum Albanien zu bestimmen haben.

Da weder die Größenverhältnisse noch die Einwohnerzahlen der betreffenden Gebiete als richtige Grundlage für die Verteilung der Schuld dienen können, so muß die Höhe der Einnahmen als maßgebend gelten. Was die direkt von der Dette verwalteten, das heißt die als Garantie für die unifizierte Schuld und die Türkenlose abgetretenen Einkünfte betrifft, so betrugen, wie wir oben gesehen haben, die Bruttoeinnahmen 793 000 türkische Pfund. Von dieser Summe wird man aber einerseits die auf jene Gebiete entfallenden Kosten abziehen und anderseits, nachdem man die auf diese Provinzen entfallenden Einnahmen aus der Tabakregie hinzugerechnet hat, diese Summe oder vielmehr den sich aus den drei letzten Jahren ergebenden Jahresdurchschnitt um einen nach den progressiven Steigerungen der vorausgehenden Jahre berechneten Prozentsatz vermehren. Das ist ein wichtiger Punkt, auf den bereits in einem vortrefflichen Artikel des Herrn Karl Morawitz in der „Neuen Freien Presse“ hingewiesen worden ist.

Die eroberten Länder werden ohne jeden Zweifel nicht nach denselben Finanzgesetzen verwaltet werden wie bisher, und die gegenwärtigen Garantien werden nicht fortbestehen können wie sie sind. Da die Vergangenheit es sowohl für die Türkei wie für den Administrationsrat der Dette Publique und für die Besitzer der ottomanischen Staatspapiere rätlich macht, hinsichtlich der zu übernehmenden Verpflichtungen sehr mißtrauisch gegen die neuen Schuldner zu sein, so wäre es das sicherste, das Prinzip einer jährlich zu bezahlenden Summe, das völlig hypothetisch wäre, abzulehnen und das Prinzip der Kapitalisierung dieser Summe aufzustellen. Europa, das der parteiische Verteidiger der Balkanstaaten ist, wird sich den Kopf zerbrechen, um Mittel und Wege zur Erleichterung dieser Operationen zu finden. Wenn dieses Kapital in den Händen der Dette Publique ist, werden sich die Beteiligten — der Administrationsrat und die Regierung — über die Art und Weise seiner Verwendung zum besten der Interessen der Gläubiger und derjenigen, die Ansprüche auf die Ueberschüsse der Einkünfte der Dette haben, verständigen.

Auch für die andern Schulden der Türkei — diejenigen, welche in der 2., 3., 4. und 5. Gruppe enthalten sind — wird, ob diese Schulden spezielle Garantien in den verpfändeten Einkünften aus den verlorenen Provinzen haben oder nicht, noch der Anteil der Balkanstaaten einschließlich Albaniens bestimmt werden müssen. Diese Summe muß in der Weise festgestellt werden, daß man die jährlichen Einnahmen des ottomanischen Reiches berechnet und diese mit den Einnahmen der verlorenen Gebiete, ausschließlich der direkt der

Digitized by Google

Dette gehörigen Einnahmen, vergleicht. Die so zwischen der Türkei und den neuen Eigentümern jener Gebiete festgestellte Summe muß wiederum kapitalisiert und in die Hände der von der ottomanischen Regierung zu bezeichnenden Banken gelegt werden. Auf diese Weise würde man für die Zukunft alle Streitigkeiten vermeiden und die Interessen, um die es sich dabei handelt, aufs beste schützen.

Nach dem Kriege wird man zu einer Unifizierung der Schulden der 3. Gruppe mit Ausnahme der Bagdadbahnserien schreiten müssen. Diese Unifizierung wird auch die Anleihe von 1902 aus der 5. Gruppe umfassen müssen. Auf diese Weise wird man, statt zehn Anleihen mit besonderen Bezeichnungen zu haben, einen einzigen, mit Garantien auf soliden Grundlagen ausgestatteten Typus bekommen, und diese Unifizierung wird einerseits die Summen, die man von den Balkanstaaten erhalten wird, anderseits die dringenden Bedürfnisse der Türkei zur Bezahlung der aus dem Kriege sich ergebenden Schulden mit berücksichtigen.

Diese Unifizierung ist sogar notwendig angesichts des gegenwärtigen Standes der Dinge, der zu einer Abänderung der Artikel betreffend die Garantien der verschiedenen Anleiheverträge zwingt. Eine Verständigung zwischen den an diesen Anleihen am meisten interessierten französischen und deutschen Banken wird diese Operation sehr erleichtern.

*

Ich komme zum Schluß und möchte meine Darlegungen dahin zusammenfassen, daß die ottomanische Dette nach dem Kriege ebenso sicher sein wird wie vorher, und die türkischen Staatspapiere, die sich in den kritischsten Augenblicken unserer Geschichte gehalten haben, sich wieder werden befestigen können, sobald der Friede wiederkehrt.

Ueber die Zukunft der ottomanischen Finanzen im allgemeinen werde ich in einem besonderen Artikel sprechen.

England und Frankreich heute und vor hundert Jahren

Von

Oberst a. D. v. Kurnatowski

Rom gelangte durch die Anwendung des schlauen Grundsatzes „Divide et impera!“ zur Weltherrschaft. Diese beschränkte sich damals auf die Mittelmeerländer, die vornehmlich die Geschichte des Altertums bildeten. Eine Weltherrschaft im Sinne der römischen zu gründen ist heute unmöglich, nachdem die Kultur ihre Arme in alle Länder der Erde ausgestreckt und sich über alle Völker verbreitet, selbst in den dunklen Erdteil tief eingedrungen ist. Auch

Digitized by Google

Napoleon gelang es nicht vor hundert Jahren, die Welt zu erobern, so kühn seine Pläne auch waren, so energisch sein Wille ihn trug, so gewaltig er über alle seine Zeitgenossen emporragte. Schon frühzeitig erkannte er, daß England die Macht war, die seinen Plänen den nachhaltigsten Widerstand entgegenzusetzen vermochte, die auf und an dem Mittelländischen Meer bekämpft werden mußte. Um den Besitz der Küsten dieses Meeres handelte es sich zunächst, wenn Frankreich eine weltbeherrschende Stellung gewinnen, die Reichtümer der Erde durch weitverzweigten Handel an sich reißen wollte. Darum wendete Napoleon schon 1798 seinen Blick auf Aegypten, um die Macht Englands an ihrer verwundbarsten Stelle, im Orient, zu fassen. Denn immer dreister, deutlicher und übermütiger enthüllten sich im englischen Parlament die Pläne einer gewaltigen Handelspolitik, die nach dem Wort des deutschen Dichters das Reich der freien Amphitrite schließen wollte wie ihr eignes Haus.

Es ist ein eigentümlicher Treppenwitz der Weltgeschichte, ein bedauerlicher Circulus vitiosus, daß im vergangenen Jahr England entschlossen war, zum Zweck gemeinsamer Aktion mit Frankreich gegen Deutschland ein Heer von 160 000 Mann an der holländischen Küste landen zu lassen, ebendort, wo dieselbe Macht in der Koalition von 1799 eine Landung vorbereitete, um mit Oesterreich und Rußland im Bunde gegen Frankreich ins Feld zu rücken. Vielleicht muß jetzt Deutschland und in erster Linie Preußen für seine damalige undeutsche Politik und sein Fernbleiben von der zweiten Koalition büßen. War zu jener Zeit die Politik Albions korrekt und zielbewußt, so geht sie auch heute von der richtigen Voraussetzung aus, daß der Gegner bekämpft werden muß, der politisch oder wirtschaftlich als der gefährlichste zurzeit erscheinen muß. Damals war es Frankreich; heute Deutschland. Die Pläne des Korsen, die auf den englischen Besitz im Orient gerichtet waren, wurden durch die Schlacht bei Abukir vereitelt, die ihrerseits die mediterraneische Herrschaft der Briten begründete.

Der Friede von Amiens, der u. a. Malta dem Johanniterorden zurückgab und der Pforte aufs neue den Besitz von Aegypten zusicherte, brachte die Feindseligkeiten zwischen England und Frankreich nur zum Stillstand, nicht aber zum endgültigen Abschluß. Napoleon begnügte sich keineswegs mit seinen Waffenerfolgen in Italien und der Schweiz, in Holland und Deutschland, sondern erstrebte auch mit allen Mitteln eine Schmälerung des in glücklicher Sicherheit gelegenen Inselreiches durch brüske Verletzung seiner wirtschaftlichen Interessen. England fühlte sich in den Grundfesten seiner Macht bedroht, als Frankreich, Spanien, Holland und Italien den englischen Waren verschlossen wurden. In voller Uebereinstimmung mit dem Volke weigerte sich der Hof von St. James, entgegen den Abmachungen von Amiens, die Insel Malta zu räumen, solange Holland und die Schweiz von französischen Truppen besetzt waren. Außerstande, die britische Seemacht zu bewältigen, beschloß Bonaparte 1803, durch Besetzung von Tarent und Hannover dem Handel Englands auch die Absatzgebiete nach Italien und Norddeutschland zu sperren. Deshalb hielt er die Besetzung von

Digitized by Google

Hannover für notwendig und teilte noch vor dem Bruch mit England seine Absichten dem Könige von Preußen mit. Leider setzte man in Berlin diesen Plänen nicht den Widerstand entgegen, der wahrscheinlich den Konsul bei dem damaligen Respekt vor dem altfriderizianischen Heere zu einem andern Entschluß gebracht haben würde. Zur Eroberung der britischen Insel selbst versammelte Bonaparte ein gewaltiges Heer an der Küste von Boulogne und brachte dort in einem zweijährigen Uebungslager die Truppen auf einen hohen Grad der Ausbildung. Im Volke lebte der alte Nationalhaß des fünfzehnten Jahrhunderts wieder auf, und freiwillige Beiträge wurden öffentlich für die Beschaffung einer Transportflotte gesammelt, die das Heer an die feindliche Küste führen sollte. Wenn es nur gelang, für zwölf Stunden den Kanal zu beherrschen, dann mußte die Landung gewagt werden, und „dann wird England nicht mehr sein", so äußerte sich Bonaparte in seinen Briefen. Die Unabhängigkeit Irlands und die Zerstörung des britischen Reichtums sollten die Macht des Inselreichs für immer brechen. Zur Ausführung dieses Planes kam es nicht, da sich Bonaparte genötigt sah, dieses Heer gegen Oesterreich an die Donau zu führen. —

Wie England gegenwärtig Frankreich gewähren läßt, es in seinen Rüstungen bestärkt und sich so den natürlichen Rivalen auf dem Weltmeer zu seinem Bundesgenossen macht, so gestattete Napoleon I. dem Lande des Zaren die Ausbreitung seiner Macht auf Finnland mit der Erklärung, die Welt sei groß genug für sie beide. Wenn Rußland und Frankreich vereinigt zum Bosporus vordrängen, so werde dieser Schlag bis nach Indien widerhallen und England zur Unterwerfung zwingen. Den Einmarsch der Russen in Finnland beutete Napoleon seinerseits aus, um in Portugal einzurücken und diesen wichtigen Brückenkopf Englands in seine Gewalt zu bringen. Der völkerrechtswidrige Einbruch der Briten in Dänemark wurde von Napoleon gewandt benutzt, um den öffentlichen Unwillen gegen diese Macht zu erregen, die alles, was dem Menschen heilig sei, mit Füßen trete. So fand seine Versicherung Glauben, daß er die Freiheit der Meere im Auge habe, nicht aber an Eroberungen denke.

Als Spanien sich für seine Unabhängigkeit erhob, unterstützte die englische Politik den Aufstand durch britische und deutsche Regimenter, und die tapferen Hannoveraner der Deutschen Legion konnten nun endlich die Schande von Sulingen sühnen. Schon das erste Kriegsjahr in der Bekämpfung dieses Aufstandes brachte der Napoleonischen Armee zwei in ihren Annalen unerhörte Niederlagen — in Portugal kapitulierte Junot, bei Baylen streckte Dupont mit seinem Korps die Waffen. Napoleon mußte nach Spanien eilen, um dem weiteren siegreichen Vordringen des Aufstandes entgegenzutreten. In raschem Triumphzuge schlug er die zur Feldschlacht unfähigen Heere der Spanier und trieb eine englische Armee bis an die Küste zurück. England selbst aber blieb für ihn unangreifbar. Deshalb mußte der Handelskrieg tun, was der Seekrieg nicht zu leisten vermochte. Als er die Nordseeküste mit dem Kaiserreich vereinigte, erklärte er den Abgeordneten der Hansestädte kurz: „Die Edikte über die Kontinentalsperre sind die Grundgesetze meines Reiches!" Jetzt richtete er auch

Digitized by Google

seine Blicke nach Asien, um in einem Kriegszuge zum Ganges, die Taten Alexanders des Großen überbietend, „dies Schaugerüste der englischen Handelsgröße" für immer zu vernichten. Deshalb änderte Napoleon seine Politik gegen Rußland, schmeichelte den Polen mit einer hoffnungsreichen Zukunft, beraubte den Herzog von Oldenburg, Alexanders nahen Verwandten, seines Erblandes und beleidigte den russischen Gesandten Kurakin bei verschiedenen Gelegenheiten öffentlich. Als 1811 die Spannung zwischen Rußland und Frankreich einen Krieg unvermeidlich erscheinen ließ, schwankte König Friedrich Wilhelm III. sehr, einem Bündnis gegen Napoleon beizutreten. Dafür forderte er von England Subsidien und eine Landung an der deutschen Küste. Die britische Regierung sah aber nicht ein, daß die Entscheidung des Weltkampfes allein in Deutschland lag. Es war stolz, und auch mit Recht, auf seine iberischen Siege und bildet sich noch heute ein, daß Wellingtons Waffenerfolge in Spanien das Reich Napoleons zertrümmert hätten. England begnügte sich damit, Preußen anfangs nur Waffenlieferungen anzubieten.

Die glückliche Insel, die allein unter allen Staaten Europas dem Imperator standhaft die Anerkennung versagt hatte, galt bei allen deutschen Patrioten als die feste Burg der Freiheit, ihre schlaue und gewalttätige Handelspolitik als ein heroisches Ringen um die höchsten Güter der Menschheit. Pitt hatte oft dem preußischen Staat glänzende Erwerbungen, vornehmlich den Besitz der Niederlande, verheißen, wenn er sich dem Bunde gegen Frankreich anschlösse. Als nun aber 1813 Preußen in Waffen stand, hatte das englische Ministerium von Pitt als Erbschaft nur den zähen Haß gegen die Revolution, nicht den freien und weiten politischen Blick übernommen. Spät erst entschloß sich England, an Preußen Subsidien in der Höhe von $3^1/_2$ Millionen Taler zu zahlen, wofür sich Friedrich Wilhelm verpflichten mußte, 80000 Mann ins Feld zu stellen. Bekanntlich brachte Preußen mehr als die dreifache Zahl an Streitern auf und erwies sich so als ein zuverlässiger Bundesgenosse für England und die Staaten des Kontinents.

Während diese in den langwierigen Kriegen mit der französischen Republik und dem ersten Kaisertum schwere Verluste an Gut und Leben erlitten und zum Teil ihren Wohlstand einbüßten, trug das britische Reich in denselben Kämpfen reiche Erfolge und Errungenschaften auf See und an überseeischen Werten ein. Für die Kriegserklärung des 1. Februar 1793 mußte Frankreich sofort durch den Verlust wertvoller Besitzungen in beiden Indien büßen. Auf diesen Fall rechtzeitig vorbereitet, fielen die englischen Militärbehörden in Ostindien bei der ersten Kunde von dem Bruch über Pondichery und Tschandernagor her. In Westindien wurden Tabago, in Nordamerika am Golf des Lorenzstromes die französischen Fischerinseln St. Pierre und Miquelon von den Engländern erobert. Jede fremde Seemacht, die sich freiwillig oder aus Zwang Frankreich anschloß, vermehrte nur die Zahl der Beutestücke, die der englischen Flotte zum Opfer fielen. Kaum war 1795 Holland als batavische Republik für England Feindesland geworden, als überall die Jagd auf holländische Schiffe begann.

Digitized by Google

3 Linienschiffe, 9 Ostindienfahrer und 30 andere Schiffe, die bei den Engländern Schutz gesucht hatten, wurden geraubt, und jedes holländische Schiff, das sich in irgendeinem Winkel des Weltmeeres fand, ward weggenommen. Admiral Elphinstone eroberte 1796 das Vorgebirge der Guten Hoffnung und nahm eine Handelsflotte, deren Wert in Holland auf 10 Millionen geschätzt ward. In Westindien wurden den Holländern die Kolonien Demerara u. a., in Ostindien Banda und Amboina von den Engländern entrissen. Durch den Anschluß an Frankreich trat Spanien 1797 in ein feindliches Verhältnis zu England, dessen Flotte zunächst bei dem Vorgebirge von San Vincente einen Sieg erfocht und wenige Tage darauf die Insel Trinidad, die Perle unter den spanischen Besitzungen in Westindien, im ersten Anlauf eroberte. Der Sieg bei Abukir bot den Engländern die Handhabe, den unnatürlichen Bund der Russen und Türken zu stiften, der ihnen Neapel und die Jonischen Inseln in die Hände lieferte. Als sich schließlich England auch zum Herrn von Malta, Minorka und, in beschränktem Sinne, Aegypten machte, wurde das Mittelländische Meer gewissermaßen ein englisches Gewässer.

Die glücklichen Kriege zur See kosteten freilich ebenso riesige Summen wie die unglücklichen Unternehmungen auf dem Festlande von Europa. Die Staatsschuld Englands stieg in den Jahren 1793 bis 1802 auf 597½ Millionen Pfund, die aber im eignen Lande aufgebracht worden war. Der englische Geldadel streckte diese Summe vor, die aus dem Ertrage der Zölle und Verbrauchsabgaben verzinst wurden. Mit der Ausdehnung des Handels und der Vermehrung der Schutzländer, die ebensoviel neue Absatzgebiete für Englands Gewerbefleiß waren, verdreifachte sich auch der Reichtum. Der Schuldentilgungsfonds, der im Jahr 1784 nur ½ Million betragen hatte, erreichte im Jahr 1800 die beträchtliche Höhe von 6½ Millionen Pfund. Derselbe Geldadel, der dem Staatsschatz seine bedeutenden Ersparnisse als Darlehen anvertraute, machte im Parlament die Zoll- und Steuergesetze und außerhalb desselben die großen Geschäfte über See mit den Kolonien. Um der Ausbeutung der unteren und mittleren Klassen durch eine einheitliche Gesetzgebung eine Grenze zu setzen, führte Pitt durch Beschluß beider Häuser 1799 die income-tax, eine Steuer von jeder Art Einkommen, ein. Diese erreichte eine solche Höhe, daß die Frage nach Krieg oder Frieden gar nicht mehr von finanztechnischen Rücksichten abhängig gemacht werden brauchte.

Zu einem schnellen Friedensschluß mit Frankreich war England, abweichend von dem Verfahren der kontinentalen Mächte, niemals geneigt. Als Napoleon gleich nach seiner Ernennung zum ersten Konsul an die englische Regierung unterm 25. Dezember 1799 in friedlichem Sinne schrieb, um dem langjährigen Kriegszustande ein Ende zu machen, antwortete Lord Granville wenig entgegenkommend und schloß einen Subsidienvertrag mit Oesterreich, um dieses zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich diesseits und jenseits der Alpen zu veranlassen. Interessant ist der Aufsatz eines sehr unterrichteten Staatsmannes, Edward Cooke, den er bald nach Unterzeichnung des Vorfriedens von London

Digitized by Google

1801 an Lord Robert Castlereagh, ein Mitglied des Kabinetts, einreichte. Cooke warnte vor einem definitiven Friedensschluß, in der Besorgnis, daß dieser England zugrunde richten, seine Größe als See- und Handelsmacht zerstören, seine Finanzen vernichten würde. Der Alleinhandel, den England während des Krieges genossen habe, werde aufhören, da Frankreich zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen das Recht erhalten solle, die die Ein- und Durchfuhr englischer Waren beschränken könnten. „Lassen wir den Seekrieg fortdauern, so dauert auch unser Handelsmonopol fort," sagt Cooke. Ferner: „Der voraussichtliche Friede ist der gewisse, nachweisbare Ruin; der Krieg rettet uns wenigstens die Möglichkeit eines günstigen Ausgleichs. Frankreichs Sinnen und Trachten ist darauf gerichtet, unsre Größe als See- und Handelsmacht zu stürzen und unsre Finanzen zugrunde zu richten. Ein Friedensschluß, der diesem Vorfrieden gleichkäme, wäre der sicherste Weg zu diesem Ziel."

Napoleon gelang es nicht, den Todfeind seines Landes zu besiegen, der weder durch jahrelange Bedrückung, wie Preußen, noch durch die natürliche siegreiche Fortsetzung eines aufgedrungenen Feldzuges, wie Rußland, noch endlich durch wiederholte Rücksichtslosigkeiten, wie Oesterreich, zu erbitterter Kriegführung gezwungen wurde! England allein kämpfte nicht aus Notwehr, sondern aus Rücksicht auf seine Weltmachtstellung, seine Seeherrschaft und den Welthandel den Vernichtungskrieg gegen Frankreich. Einem englischen Heere blieb es schließlich vorbehalten, im Verein mit der Blücherschen Armee dem Usurpator den Todesstoß zu versetzen.

Weniger einsichtsvoll und zielbewußt als Napoleon I. führte das zweite Kaisertum die Politik zur Erweiterung seiner Macht. Durch den Krimkrieg drängte es zwar Rußland vom Mittelländischen Meere ab und machte das Schwarze Meer zu einem Mare clausum. Durch die weiteren Folgen des Krieges wurde Napoleon III. selbst der mächtigste Monarch auf dem Kontinent, dessen politischem Programm zu Beginn eines jeden Jahres ganz Europa lauschte. Auch in Oberitalien holte er sich Waffenruhm, worauf das eitle Volk an der Seine so stolz ist. Er zersplitterte aber seine Kräfte durch die gänzlich verfehlte Expedition nach Mexiko und das unfruchtbare Streben nach Vergrößerung seines Gebiets auf Kosten Deutschlands. Für Sadowa forderte er Revanche, obgleich ihm der Zweikampf zwischen Preußen und Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland Hekuba sein mußte, denn er trug sich mit dem Ehrgeiz, die Händel seines östlichen Nachbarn nach seinem Gefallen schlichten zu können, wie es sein großer Oheim vor sechzig Jahren mit Erfolg getan, und vernachlässigte dabei die Interessen zur See, die einzig und allein seinem Lande die Bedeutung einer Weltmacht zu verleihen vermochten. Währenddessen machten England und Rußland gewaltige Fortschritte zur Erweiterung ihres politischen Einflusses und ihrer merkantilen Beziehungen in fremden Erdteilen. Wie verfehlt Frankreichs Politik gewesen, bewies der unglückliche Krieg gegen Deutschland, den Napoleon mit Preußen allein und mit Italien und Oesterreich im Bunde zu führen gedachte. 1859 hatte Preußen schließlich seine ganze Armee nur deshalb mobil

Digitized by Google

3 Linienschiffe, 9 Ostindienfahrer und 30 andere Schiffe, die bei den Engländern Schutz gesucht hatten, wurden geraubt, und jedes holländische Schiff, das sich in irgendeinem Winkel des Weltmeeres fand, ward weggenommen. Admiral Elphinstone eroberte 1796 das Vorgebirge der Guten Hoffnung und nahm eine Handelsflotte, deren Wert in Holland auf 10 Millionen geschätzt ward. In Westindien wurden den Holländern die Kolonien Demerara u. a., in Ostindien Banda und Amboina von den Engländern entrissen. Durch den Anschluß an Frankreich trat Spanien 1797 in ein feindliches Verhältnis zu England, dessen Flotte zunächst bei dem Vorgebirge von San Vincente einen Sieg erfocht und wenige Tage darauf die Insel Trinidad, die Perle unter den spanischen Besitzungen in Westindien, im ersten Anlauf eroberte. Der Sieg bei Abukir bot den Engländern die Handhabe, den unnatürlichen Bund der Russen und Türken zu stiften, der ihnen Neapel und die Jonischen Inseln in die Hände lieferte. Als sich schließlich England auch zum Herrn von Malta, Minorka und, in beschränktem Sinne, Aegypten machte, wurde das Mittelländische Meer gewissermaßen ein englisches Gewässer.

Die glücklichen Kriege zur See kosteten freilich ebenso riesige Summen wie die unglücklichen Unternehmungen auf dem Festlande von Europa. Die Staatsschuld Englands stieg in den Jahren 1793 bis 1802 auf 597½ Millionen Pfund, die aber im eignen Lande aufgebracht worden war. Der englische Geldadel streckte diese Summe vor, die aus dem Ertrage der Zölle und Verbrauchsabgaben verzinst wurden. Mit der Ausdehnung des Handels und der Vermehrung der Schutzländer, die ebensoviel neue Absatzgebiete für Englands Gewerbefleiß waren, verdreifachte sich auch der Reichtum. Der Schuldentilgungsfonds, der im Jahr 1784 nur ½ Million betragen hatte, erreichte im Jahr 1800 die beträchtliche Höhe von 6½ Millionen Pfund. Derselbe Geldadel, der dem Staatsschatz seine bedeutenden Ersparnisse als Darlehen anvertraute, machte im Parlament die Zoll- und Steuergesetze und außerhalb desselben die großen Geschäfte über See mit den Kolonien. Um der Ausbeutung der unteren und mittleren Klassen durch eine einheitliche Gesetzgebung eine Grenze zu setzen, führte Pitt durch Beschluß beider Häuser 1799 die income-tax, eine Steuer von jeder Art Einkommen, ein. Diese erreichte eine solche Höhe, daß die Frage nach Krieg oder Frieden gar nicht mehr von finanztechnischen Rücksichten abhängig gemacht werden brauchte.

Zu einem schnellen Friedensschluß mit Frankreich war England, abweichend von dem Verfahren der kontinentalen Mächte, niemals geneigt. Als Napoleon gleich nach seiner Ernennung zum ersten Konsul an die englische Regierung unterm 25. Dezember 1799 in friedlichem Sinne schrieb, um dem langjährigen Kriegszustande ein Ende zu machen, antwortete Lord Granville wenig entgegenkommend und schloß einen Subsidienvertrag mit Oesterreich, um dieses zur Fortsetzung des Krieges gegen Frankreich diesseits und jenseits der Alpen zu veranlassen. Interessant ist der Aufsatz eines sehr unterrichteten Staatsmannes, Edward Cooke, den er bald nach Unterzeichnung des Vorfriedens von London

Digitized by Google

1801 an Lord Robert Castlereagh, ein Mitglied des Kabinetts, einreichte. Cooke warnte vor einem definitiven Friedensschluß, in der Besorgnis, daß dieser England zugrunde richten, seine Größe als See- und Handelsmacht zerstören, seine Finanzen vernichten würde. Der Alleinhandel, den England während des Krieges genossen habe, werde aufhören, da Frankreich zur Anknüpfung von Handelsbeziehungen das Recht erhalten solle, die die Ein- und Durchfuhr englischer Waren beschränken könnten. „Lassen wir den Seekrieg fortdauern, so dauert auch unser Handelsmonopol fort," sagt Cooke. Ferner: „Der voraussichtliche Friede ist der gewisse, nachweisbare Ruin; der Krieg rettet uns wenigstens die Möglichkeit eines günstigen Ausgleichs. Frankreichs Sinnen und Trachten ist darauf gerichtet, unsre Größe als See- und Handelsmacht zu stürzen und unsre Finanzen zugrunde zu richten. Ein Friedensschluß, der diesem Vorfrieden gleichkäme, wäre der sicherste Weg zu diesem Ziel."

Napoleon gelang es nicht, den Todfeind seines Landes zu besiegen, der weder durch jahrelange Bedrückung, wie Preußen, noch durch die natürliche siegreiche Fortsetzung eines aufgedrungenen Feldzuges, wie Rußland, noch endlich durch wiederholte Rücksichtslosigkeiten, wie Oesterreich, zu erbitterter Kriegführung gezwungen wurde! England allein kämpfte nicht aus Notwehr, sondern aus Rücksicht auf seine Weltmachtstellung, seine Seeherrschaft und den Welthandel den Vernichtungskrieg gegen Frankreich. Einem englischen Heere blieb es schließlich vorbehalten, im Verein mit der Blücherschen Armee dem Usurpator den Todesstoß zu versetzen.

Weniger einsichtsvoll und zielbewußt als Napoleon I. führte das zweite Kaisertum die Politik zur Erweiterung seiner Macht. Durch den Krimkrieg drängte es zwar Rußland vom Mittelländischen Meere ab und machte das Schwarze Meer zu einem Mare clausum. Durch die weiteren Folgen des Krieges wurde Napoleon III. selbst der mächtigste Monarch auf dem Kontinent, dessen politischem Programm zu Beginn eines jeden Jahres ganz Europa lauschte. Auch in Oberitalien holte er sich Waffenruhm, worauf das eitle Volk an der Seine so stolz ist. Er zersplitterte aber seine Kräfte durch die gänzlich verfehlte Expedition nach Mexiko und das unfruchtbare Streben nach Vergrößerung seines Gebiets auf Kosten Deutschlands. Für Sadowa forderte er Revanche, obgleich ihm der Zweikampf zwischen Preußen und Oesterreich um die Hegemonie in Deutschland Hekuba sein mußte, denn er trug sich mit dem Ehrgeiz, die Händel seines östlichen Nachbarn nach seinem Gefallen schlichten zu können, wie es sein großer Oheim vor sechzig Jahren mit Erfolg getan, und vernachlässigte dabei die Interessen zur See, die einzig und allein seinem Lande die Bedeutung einer Weltmacht zu verleihen vermochten. Währenddessen machten England und Rußland gewaltige Fortschritte zur Erweiterung ihres politischen Einflusses und ihrer merkantilen Beziehungen in fremden Erdteilen. Wie verfehlt Frankreichs Politik gewesen, bewies der unglückliche Krieg gegen Deutschland, den Napoleon mit Preußen allein und mit Italien und Oesterreich im Bunde zu führen gedachte. 1859 hatte Preußen schließlich seine ganze Armee nur deshalb mobil

Digitized by Google

gemacht, um den Rhein gegen Frankreich zu verteidigen, nicht aber, um an dem Kriege in Oberitalien teilzunehmen. 1866 hatte Bismarck in Nikolsburg den französischen Botschafter Benedetti empfangen, im darauffolgenden Jahre die Luxemburger Frage im Sinne Frankreichs gelöst, bloß um einen Krieg zu vermeiden. Und dennoch wurde dem friedliebenden König Wilhelm der Waffengang 1870 nicht erspart, weil er sich mit den wiederholt geäußerten Ansprüchen Napoleons auf deutsches Gebiet nicht hatte einverstanden erklären können.

Daß die Politik des zweiten Kaisertums verfehlt gewesen war und sich auf falsche Ziele gerichtet hatte, sah auch die Republik nicht ein. Als natürliche und wohlberechtigte Strafe hätte sie den Verlust der ehemals deutschen Provinzen ansehen müssen, als Sühne für die kurzsichtige Politik des letzten Kaisers. Jetzt war er ja abgetan und das Volk zur Regierung gelangt. Der Verlust einer Schlacht und eines ganzen Feldzuges ist keine Schande für eine Armee, wenn sie ihre Waffenehre gewahrt hat. Bei Sedan war die französische Armee durch die geniale Heeresführung Moltkes in unlösbarer Umklammerung trotz heldenmütiger Gegenwehr zur Kapitulation gezwungen worden. Obgleich es nach Sedan keine Feldarmee mehr gab, leisteten doch die ungeschulten Massenheere Gambettas einen Widerstand, den die Deutschen oft nur unter schweren Verlusten bewältigen konnten. Doch die dritte Republik kann nicht verschmerzen, daß der Kriegsruhm des französischen Heeres durch die Niederlagen von 1870/71 erschüttert und die östliche Grenze des Landes vom Rhein abgedrängt worden ist. Sie schaut mit Scheuklappen vor den Augen nur nach Osten und hat den Ruf des Kaisertums nach Rache für Sadowa mit dem der Rache für Sedan abgelöst. Sie erkauft sich durch Uebernahme kostspieliger Anleihen die Freundschaft Rußlands, damit es nicht wieder neutral bleibe wie 1870, und wendet ganz ungeheure Summen für Rüstungen auf, die ausschließlich der Rückeroberung der „geraubten" Provinzen gewidmet sind. Auch die Kämpfe in Marokko und die Erweiterung des französischen Kolonialbesitzes in Afrika dienen diesem Zweck, da sie zum letzten Ende die Schaffung einer schwarzen Armee im Auge haben, die auf dem europäischen Kriegsschauplatz Verwendung finden soll. Im nächsten Jahr wird Frankreich bereits 15200 Mann schwarze Truppen in Afrika besitzen, worunter sich 14 Bataillone zu je 1800 Mann, 3 Reservebataillone von gleicher Stärke in Senegambien und 2 Bataillone in Algerien befinden. Hierzu sollen im Jahr 1914 im ganzen noch 2 Bataillone kommen, so daß die schwarze Armee dann schon 20000 Mann, annähernd ein Armeekorps, stark sein wird. Nur widerwillig und nicht pari, sondern leider posteriore passu folgt Deutschland dem Beispiel seines Erbfeindes in dem Ausbau der kriegerischen Wehr. Dies ist trotz der Heeresvorlage von 1912 ein trauriges Kapitel, das glücklicherweise außerhalb unsrer Aufgabe liegt.

Die Quittung auf die verfehlte und einseitige Politik der Republik gab England 1898, als es dem französischen Expeditionsheer ein „Quos ego!" bei Faschoda zurief. Das brüske Auftreten des Inselreichs hätte damals den Politikern an der Seine die Augen öffnen und ihnen klarmachen müssen, daß hier

Digitized by Google

allein der Feind zu suchen war, der sich einer Weltpolitik Frankreichs entgegenstellte. An eine Rache für Faschoda denkt man in Frankreich merkwürdigerweise nicht, weil der Blick getrübt und starr nur gegen Deutschland gerichtet ist. Hier allein hatte Frankreich eine politische Niederlage, eine Schmach erlitten, die nur durch die Waffen wieder gesühnt werden konnte, denn tatsächlich kamen die Engländer $2^1/_2$ Monate später als die Franzosen in Faschoda an. Aber die Republik gab nach, bloß um nicht ihre politische Position Deutschland gegenüber zu schwächen.

Als dieses mit dem Aufblühen seines Handels und dem Wachsen seiner Kauffahrteiflotte sich zum Bau einer Kriegsmarine entschloß und seine Seerüstungen in zweckentsprechender, aber durchaus bescheidener Weise durchführte, erregte dies das Mißfallen Englands, das sich zur Aufrechterhaltung des Zwei-Mächte-Standards zu einer sprungweisen Verstärkung seiner Kriegsflotte gezwungen sah. Da fanden sich die beiden Großmächte am Kanal als gemeinsame Gegner Deutschlands aus verschiedenen Gründen zu dem unnatürlichen Bunde zusammen. Während Deutschland nirgends seinem westlichen Nachbarn entgegentritt und selbst in der Marokkofrage des vorigen Jahres eine Langmut ohnegleichen bewiesen hat, macht sich Frankreich in Nordafrika vollkommen von England abhängig, um diesen geschätzten Bundesgenossen bei guter Laune zu erhalten. Ueber seinen Rüstungen zu Lande vernachlässigt Frankreich die Flotte, die weit von der deutschen überholt worden ist, da es ihm an dem nötigen Menschenmaterial für die Besatzung der Schiffe fehlt. Man bedenke, daß ein Dreadnought die Mannschaft eines kriegsstarken Bataillons von 1000 Mann und darüber in Anspruch nimmt. Unter dem Mangel einer das Weltmeer beherrschenden Kriegsflotte leidet der Handel Frankreichs, verkümmert die Industrie, gerät das gewerbliche Leben ins Stocken.

Trotz des Reichtums in Frankreich, den seine Bank mit dem hohen Goldbestande beweist, den die Ersparnisse jedes einzelnen nach der Ruhe des Rentners strebenden Bürgers dartun, ist es durch Deutschland im Laufe der letzten vierzig Jahre auf dem Gebiete des Handels und der Industrie ganz bedeutend überflügelt worden. Die statistischen Zahlen beweisen am besten, daß Frankreich mit seinen einseitigen Rüstungen sich in sein eignes Fleisch schneidet und seinen wirtschaftlichen Wohlstand schädigt, dagegen weder England noch Rußland in ihrer Weltpolitik in den Gebieten behindert, in denen sich die Interessen gegenseitig berühren. Frankreich und Deutschland, miteinander verbunden, könnten eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkt allen Mächten gegenüber durchführen, und England könnte unmöglich diesem Bunde gegenüber den Zwei-Mächte-Standard aufrechterhalten.

England benutzt Frankreich zum Vorspann seiner Pläne und beweist dies aufs deutlichste neuerdings durch Konzentrierung seiner Streitkräfte nach der Nordsee auf Kosten der nötigen Besatzungen im Mittelländischen Meer. Infolgedessen sah sich der Generalgouverneur von Aegypten und Oberkommandeur der gesamten Seestreitkräfte des Mittelländischen Meeres, Lord Kitchener, zu einem

Digitized by Google

energischen Protest gezwungen, der zu geheimen Besprechungen auf der Insel Malta am 30. Mai d. J. führte. An diesen nahmen außer Lord Kitchener der Ministerpräsident Asquith, der Marineminister Churchill, der Höchstkommandierende auf Malta, Lord Hamilton, und der Chef der Mittelmeerflotte, Admiral Poë, teil Man einigte sich, wie bekannt geworden ist, dahin, daß eine Veränderung der augenblicklichen Flottenpolitik zur Sicherung des englischen Besitzes im Mittelmeer erforderlich sein wird. Die zu erwartenden maritimen Rüstungen Italiens und Oesterreichs in den Gewässern des Mittelmeeres würden nach 1914 die Gesamtstreitkräfte der vereinigten britischen und französischen Mittelmeerflotte als unzureichend erscheinen lassen.

Die Neueinteilung der englischen Flotten nach dem 1. Mai d. J. ist sehr beachtenswert. Die bisherige Atlantische Flotte hat von ihren drei Stützpunkten Dover, Berehaven und Gibraltar letzteren aufgegeben und beschränkt ihre Wirksamkeit ausschließlich auf die Heimat. Diesen Stützpunkt hat die Mittelmeerflotte übernommen, die bisher in Malta stationiert war. Von den Linienschiffen dieser Flotte sollen noch zwei in die Heimat abberufen worden sein, so daß in Gibraltar nur 4 Linienschiffe der Duncanklasse (1901) und 4 Panzerkreuzer bei Malta verbleiben. Damit ist also die Seestreitkraft Englands im Mittelmeer um 12 Kriegsschiffe, von 20 auf 8, verringert worden. Von den geschützten Kreuzern, von denen bisher 2 in Gibraltar, 4 bei Malta lagen, dürfte gleichfalls ein Teil zurückgezogen worden sein. Dagegen wird eine Vermehrung der Torpedofahrzeuge und der Unterseeboote geplant. Wie bisher sollen im Kriegsfall die Linienschiffe von Gibraltar zur Atlantischen Flotte herangezogen werden. Dann wird den Schutz des Seeweges nach Indien im Mittelmeer Frankreich fast allein übernehmen, und es fragt sich, ob nicht die Flotten von Italien und Oesterreich zusammen das Uebergewicht auf dem Mittelmeer gewinnen werden.

Die „Daily Mail" sagt von den Besprechungen in Malta, daß mit Frankreich eine Verständigung über die gemeinsame Verteidigung herbeigeführt, ein förmliches Bündnis aber nicht abgeschlossen werden solle. Dieses könnte dahin führen, daß Frankreich seine gesamten Streitkräfte in das Mittelmeer verlegen könnte, um hier auch zum Schutz der englischen Interessen stark genug zu sein. Dafür hätte England den Schutz der Kanal- und atlantischen Küste Frankreichs zu übernehmen. Dieses Schutz- und Trutzbündnis würde zu einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis beider Länder führen, das besonders dem mächtigeren England nicht angenehm sein kann, weil es damit die Herrschaft auf dem Mittelländischen Meer Frankreich allein überlassen müßte. Auch die geplante Verstärkung der Besatzungen in den englischen Stützpunkten des Mittelmeeres, in Gibraltar, Malta und Aegypten, würde daran nichts ändern. Hier befinden sich gegenwärtig 37 600 Mann, von denen die Hälfte Engländer sind.

Die nächste Zukunft wird lehren, ob diese englisch-französische Politik im Mittelländischen Meer von Dauer ist. Schon beginnen Italien und Oesterreich sich zu regen und fühlen sich beunruhigt durch das schroffe Auftreten Frankreichs, das sich plötzlich zum Herrn des Mittelmeers erhoben sieht. England hat auch

Digitized by Google

schon Themsewasser in den schäumenden Wein der Republik gegossen, scheint also keineswegs geneigt, ganz seine Händ' einem Meere zu entziehen, über das allein der kürzeste Weg nach Indien führt.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

II

Das französische Hauptquartier am Vormittag des 18. August.

An diesem für Frankreich so unheilvollen Tage treten die Hauptcharakterzüge des Marschalls Bazaine noch deutlicher hervor als an den vorausgegangenen Tagen.

Nichts zu unternehmen war das Ziel, das er sich unwiderruflich gesteckt hatte, und um es zu erreichen, bot er alle Kräfte seiner Intelligenz auf.

Wenn er gezwungen war, zu handeln, so hatte er nicht den geringsten Gedanken mehr und nahm den ersten Rat an, der ihm gegeben wurde, mit der geheimen Absicht, die Schuld auf dessen Urheber abzuwälzen, wenn die Sache schief ging. Seine Apathie, die Furcht vor der Unpopularität, das Bewußtsein seiner Unzulänglichkeit, die Schwäche seines Pflichtgefühls und der Mangel an moralischem Sinn raubten ihm den Willen, einen Entschluß zu fassen, einen Befehl zu erteilen, eine Anstrengung zu machen und etwas zu unternehmen.

Marschall Bazaine war nur noch eine Mumie, die die ganze Armee mit sich in den Tod zog.

Seine Idee, sich hinter die Forts in Sicherheit zu bringen, hatte seit dem Abend des 16. August feste Gestalt angenommen. „Wir werden uns auf das Plateau von Plappeville zurückziehen," hatte er um 11 Uhr abends geschrieben.

Während des 17. August hatte er den Kaiser irrezuführen gesucht; er hatte ihm gegenüber davon gesprochen, daß er sich nach achtundvierzig Stunden wieder in Marsch setzen wolle. Die Entsendung des Majors Magnan und vor allem die des Intendanten de Préval waren darauf berechnet, die Täuschung zu vervollständigen.

Im Laufe des Nachmittags hatte er dagegen dem Obersten Lewal seinen wahren Plan enthüllt und ihn mit der Ausfertigung der nötigen Befehle beauftragt, um die Armee unter die Wälle der Forts von Metz zu führen.

Am 18. August um 10 Uhr morgens, vor der Schlacht, schrieb er dann an den Marschall Canrobert und gab ihm Weisung, sich zurückzuziehen, „wenn es den Anschein habe, als ob der Feind ihn ernstlich angreifen wolle."

Digitized by Google

Damit hatte er seine Idee klar und bestimmt ausgesprochen; auf ihre Verwirklichung zielten alle seine Handlungen und seine Befehle hin, und tatsächlich war denn auch die Armee am Ende des Tages in Metz eingeschlossen.

Seine Armee ließ sich auf dem Platz niederhauen, um ihre Stellungen zu behaupten; dank dem Opfer vieler Tausende von Menschenleben war er nahe daran, die Oberhand zu gewinnen; von ihm allein hing es ab, den Sieg zu erringen; wenn er den wiederholten Bitten des Marschalls Canrobert nachgab und auf dem Schlachtfeld erschien, konnte er ein richtiges Bild von der Lage bekommen und seine bis dahin unausgenutzten Reserven zweckentsprechend verwenden. Statt dessen aber kümmerte er sich nicht um die Schlacht, hörte nicht auf die Aufforderungen seines Unterführers, und so wurde das viele Blut ganz umsonst vergossen, die viele Mühe und Hingebung ganz umsonst aufgewendet.

„Den Rückzug anzuordnen, ohne vom Feinde dazu gezwungen zu sein, das war sein Gedanke," hat er selbst erklärt; und wenn die Deutschen die Franzosen zwangen, sich im Laufe des Tages zurückzuziehen, so ging eben die Bewegung einige Stunden vor dem festgesetzten Augenblick vor sich. „Das ist schließlich kein Unglück," sagte er dann wieder.

Welcher Beweggrund konnte ihn veranlassen, so zu handeln? Die Hoffnung, allein unbesiegt zu bleiben, nachdem seine Kameraden und seine Unterführer geschlagen waren? Wenn das der Grund für ihn gewesen wäre, so würde er sich in seinen Stellungen zu halten gesucht und sie nicht dem Feinde überlassen haben, er würde alles daran gesetzt haben, die Eisenbahnlinien so lange intakt zu erhalten, wie es notwendig war für das Eintreffen der Vorräte, die er so dringend verlangt hatte.

Hatte er nicht in seinem Namen das Versprechen geben lassen, diese letzte Verbindungslinie zu bewachen, als er am Tage vorher die dringendsten Telegramme abgesandt hatte?

Trotzdem hatte er am Nachmittag des 17. August nichts getan, um sie zu schützen, und tat dann auch den ganzen 18. August nichts dafür. In diesen vierundzwanzig Stunden erinnerten ihn Telegramme, Briefe, mündliche Mitteilungen unaufhörlich an die Wichtigkeit jener Bahnlinie für die Armee, und mehr als hundertmal wurde ihm nahegelegt, Maßregeln zu ihrem Schutz zu ergreifen.

Keine Bitte, keine Mahnung, keine Warnung machte Eindruck auf ihn: er hatte die feste Absicht, sich mit der Armee einschließen zu lassen, und die Einschließung sollte am Morgen des 19. August eine vollendete Tatsache sein.

Warum hatte er es nur so eilig damit, und warum beraubte er sich seiner Existenzmittel? Warum verlangte er so dringend jene ungeheueren Vorräte gerade in dem Augenblick, wo er alles darauf einrichtete, ihr Eintreffen zu verhindern? Warum hörte er auf keine jener wiederholten Warnungen? Seine Kavallerie befand sich noch immer an einer gefährlichen Stelle, wo sie nichts nützen konnte, und ihre Führer verlangten einen Wechsel der Stellung; das wäre die beste Gelegenheit gewesen, sie zur Deckung der bedrohten Eisenbahnlinie zu

Digitized by Google

entsenden; die Pferde würden dort Wasser und die Reiter Platz zum Manövrieren gefunden haben.

Immer diese Angst vor der Verantwortung: der Marschall de Mac Mahon und die Generale de Failly und Douay baten seit sechs Tagen um Befehle, der Kaiser fragte ihn nach seinen Plänen, und auch der Minister griff ein, um ihre Reklamationen zu unterstützen, doch er antwortete keinem. Wenn er antwortete, konnte er sich eine Blöße geben; wenn er schwieg, setzte er sich natürlich Vorwürfen aus.

Es gab nun ein höchst einfaches Mittel, sowohl der Verantwortung wie den Vorwürfen aus dem Wege zu gehen: das war das Abschneiden des Telegraphen. War die telegraphische Verbindung unterbrochen, so hatte er einfach infolge höherer Gewalt geschwiegen, und man konnte ihm keinen Vorwurf machen.

Dieses Verfahren ist so erbärmlich, daß man lange zögern wird, ehe man es für möglich hält, daß er es wirklich anzuwenden gedachte; aber wenn man darüber nachdenkt und jeden einzelnen Umstand abwägt, wird man zu der Ueberzeugung gelangen, daß der Marschall Bazaine das Land und die Armee geopfert hat, um der Verantwortung aus dem Wege zu gehen, die er auf sich nahm, wenn er seinen Unterführern die nötigen Befehle gab und der Regierung seine Pläne mitteilte.

Die vorhergegangenen Tage hatten den Marschall Bazaine ermüdet, und die Kontusion, die er am 14. August im Kampf bei Borny erlitten hatte, machte ihm Schmerzen.

Bei seinem Erwachen gegen 6 Uhr morgens brachte ihm der Hauptmann de Mornay ein Telegramm von dem Präfekten des Departements Meuse zur Kenntnis, das bereits am Tage zuvor eingetroffen und zur Bestätigung wiederholt worden war. Der Kriegsminister fand es so wichtig, daß er um 1 Uhr 15 Minuten morgens eine weitere Wiederholung hatte aufgeben lassen.

„Beträchtliche Heeresabteilung in der Umgebung von Apremont," berichtete der Präfekt der Meuse, „Saint-Mihiel seit dem 15. abends besetzt. Man erwartet 6- bis 8000 Mann, die auf Bar-le-Duc zu marschieren sollen."

Die Nachricht war ernst; die Armee des Kronprinzen marschierte nach ihrem Siege bei Fröschweiler auf Châlons zu, und wenn die Meldung den Tatsachen entsprach, so war die bei Metz kämpfende Armee im Süden überflügelt und konnte von einem Augenblick zum anderen umzingelt sein.

Der Marschall gab dem Minister keine Antwort und blieb unempfindlich und stumpf; man hätte meinen können, daß sich die Ereignisse ganz seinen Absichten gemäß entwickelten.

Um 6½ Uhr sandte die klare Sonne ihre Strahlen auf das Blumenparterre der Villa Bouteillier. Der Marschall trat durch eine Tür des Salons, in dem er sich auf gleicher Höhe mit dem Garten befand, in diesen hinaus und erging sich auf den geraden, mit Sand bestreuten, gutgehaltenen Wegen; das dunkle Grün des wohlriechenden Buchses, mit dem sie eingefaßt waren, ließ die leuch-

Digitized by Google

tenden Farben der flachen Beete und Blumenboskets, besonders der roten Geranien, zwischen denen in gleichmäßigen Abständen sich hochstämmige Rosen erhoben, kräftig hervortreten. Er befand sich am Ende dieses Blumenparterres, nicht weit von einem kleinen, von seltenen Bäumen beschatteten Teich, als der Artilleriehauptmann Petit de Couprey, Ordonnanzoffizier und Neffe des Marschalls Leboeuf, vom Hauptmann de Mornay zu ihm geführt wurde, um ihm einen Brief zu überbringen. Der Marschall las das Schreiben; es enthielt einen kurzen Bericht über das Ergebnis der Erkundung des Hauptmanns Danloux und meldete dem Marschall das Vorhandensein „ziemlich bedeutender feindlicher Streitkräfte" in den Wäldern der Umgebung von Gravelotte und Verneville. Das Schreiben sprach von Staubwolken, die am vorigen Tage bemerkt worden seien und die „auf den von unserem rechten nach unserem linken Flügel gehenden Marsch feindlicher Kolonnen" hindeuteten; es schloß mit der Bitte um Maßnahmen zur Erleichterung der Wiederverproviantierung der Truppen.

Nachdem Marschall Bazaine dem Hauptmann de Couprey gedankt und seine ergänzenden Darlegungen angehört hatte, pflückte er eine Rose und übergab sie ihm mit dem Auftrag, dem Marschall Leboeuf zu antworten, er möge „gut aushalten in der Stellung, die ihm angewiesen worden sei."

Der Marschall war wieder in den Salon hineingegangen, als eine Ordonnanz einen Waldwärter aus Verdun meldete, den Marschall Canrobert von St. Privat geschickt hatte; er hieß Scalabrino. Der Mann wurde heraufgerufen. Auf dem Vorplatz nahm der Hauptmann de Mornay die Depesche, die er bei sich hatte, in Empfang und ging in den Salon, um sie dem Marschall zu überbringen.

General Guérin de Waldersbach, Gouverneur von Verdun, an den Marschall Bazaine.

Den 16. August.

„Der Hauptpark enthält in Verdun 1 200 000 Patronen und einige Munition für zwölf- und vierzöllige Geschütze.

Ebenso sind in Verdun Lebensmittel für vier Tage für die ganze Armee vorhanden."

Diese Mitteilung war die Bestätigung einer Depesche des Ministers, die der Marschall am Tage vorher um $9^1/_2$ Uhr erhalten hatte und die ihm das Eintreffen von Munition und Lebensmitteln in Verdun ankündigte: „In Verdun ist reichlich Zwieback vorhanden und ich lasse die Sendungen fortsetzen." So schloß der Minister.

Obwohl der Marschall entschlossen war, nicht mehr nach Verdun zu marschieren, fand er es unnötig, dies mitzuteilen. Er wollte nur wissen, wie Scalabrino bis zu ihm hatte gelangen können. Der Hauptmann de Mornay holte ihn herein. Nachdem der Marschall, der in einem Fauteuil an einem Tisch saß, Scalabrino aufgefordert hatte, ganz nahe zu ihm heranzukommen, fragte er ihn nach den Ortschaften, durch die er gekommen sei, und folgte bei jedem Dorfnamen mit dem Finger auf einer vor seinen Augen ausgebreiteten Karte. Sodann stellte er an Scalabrino einige Fragen über die deutschen Truppen, auf

Digitized by Google

die er gestoßen war. Als der Marschall Auskunft erhalten hatte, entließ er den Boten, nachdem er ihm 20 Franken gegeben und ihm geraten hatte, sich auszuruhen und um 5 Uhr wiederzukommen.

Hierauf wurde der General Jarras hereingerufen, um die Befehle des Marschalls Bazaine entgegenzunehmen. Er hatte bereits angefangen, sich Notizen zu machen, als der Hauptmann Parisot erschien.

Der General Frossard hatte ihn geschickt, um zu berichten, „daß man um $7^1/_2$ Uhr eine Bewegung feindlicher Truppen von unserm linken auf unsern rechten Flügel zu vor den Stellungen des III. Korps gesehen habe; daß es vor der Front des II. Korps nichts Neues gebe und daß um 8 Uhr die Bewegung der Deutschen größere Bedeutung bekommen habe."

Der Marschall antwortete, und der Hauptmann Parisot nahm den Bleistift zur Hand, um rasch seine Worte aufzuzeichnen. „Das II. Korps braucht sich nur in seiner Stellung zu halten, Feldbefestigungen auszuführen und zusammenzurücken. Der General Bourbaki wird angewiesen werden, eine Brigade nach dem Höhepunkt 213 rechts von Châtel zwischen den Korps des Marschalls Leboeuf und des Generals Frossard zu senden"; dabei bezeichnete der Marschall mit dem Finger die Stellung auf der Karte.

„Der General Frossard soll seine Truppen auf dem Wege versammeln und die Pferde auf der Mitte des Abhangs aufstellen, die Artilleriereserven längs des Abhangs entwickeln — nicht in der Schlucht — nicht unnötigerweise Patronen verfeuern, Verhaue herstellen lassen. Der Angriff wird nicht ernstlich sein; sie möchten uns auf Metz zurückwerfen. Es muß Salvenfeuer gegeben werden, um sie zu empfangen; die Debouchés im Rücken erkunden und Wege anlegen, die von unsrer Stellung zur Straße von Châtel nach St. Privat führen." Als der Marschall fertig war, fügte der General Jarras hinzu: „Wir haben Ihren Bericht über den vorgestrigen Tag noch nicht erhalten; Sie müssen ihn uns mit Ihren Beförderungsvorschlägen schicken."

Marschall Bazaine ging hinaus und ließ den General Jarras allein. Er setzte sich in einen Hainbuchengang des Gartens und zündete sich eine Zigarre an. Einen Augenblick später stellte Hauptmann de Mornay ihm den Leutnant de Brem vom 10. Regiment Jäger zu Pferd, Ordonnanzoffizier des Marschalls Leboeuf, vor, der ihm folgende Meldung überbrachte:

III. Korps.

Im Biwak von Arbre Sec, 8 Uhr 25 M., 18. August.

„Frontverschiebung schräg nach links. Die Hauptkräfte scheinen sich auf Saint-Marcel zu und in die Gegend südlich von Saint-Marcel zu ziehen.

Neue Spitzen von Kolonnen kommen aus den Wäldern von Ars hervor und bewegen sich gleicherweise auf die Höhen im Westen von Rezonville zu, das bereits stark besetzt ist.

Der Oberst, erster Adjutant des Marschalls Leboeuf
d'Ornant."

Digitized by Google

„Sagen Sie dem Marschall Leboeuf, daß er gute Stellungen hat und sie nur zu verteidigen braucht," beauftragte Marschall Bazaine den Leutnant de Brem und stand auf, um wieder in das Haus zu gehen.

Kurze Zeit, nachdem der Leutnant aus der Gegend von Arbre Sec fortgeritten war, hatten die Offiziere der Artillerieresерve des III. Korps „beträchtliche Truppenmassen hinter Gravelotte vorbeimarschieren" sehen, und als der General Rochebouet den Marschall Leboeuf davon benachrichtigt hatte, schrieb dieser eine kurze Mitteilung, in der er einen Kampf als bevorstehend ankündigte, und beauftragte den Hauptmann Petit de Couprey, sie dem Marschall Bazaine zu bringen. Als dieser Offizier in Plappeville ankam, traf er auf seinen Kameraden Poilloue de Saint-Périer von der Gardeartillerie, unter dessen Aufsicht die Pferde seiner Batterie zur Tränke geführt wurden.

„Worin reitest Du?" rief dieser ihm zu.

„Ich habe keine Zeit, mich aufzuhalten. Ich bringe dem Marschall Bazaine eine Depesche von meinem Onkel: es wird bald losgehen ..."

Zwei oder drei Minuten nach diesem Gespräch überreichte Hauptmann Petit de Couprey seine Depesche, und Marschall Bazaine wiederholte ihm seine Weisungen:

„Das III. Korps hat eine sehr starke Stellung; es soll die angefangenen Feldbefestigungen ergänzen. Ueberdies kann der Angriff nicht ernstlich werden; er kann nicht gelingen."

Der General Jarras, der bei dem Gespräch zugegen war, notierte sich diese Worte, die ihm auffielen. „Die Zuversicht des Oberkommandierenden war durch nichts zu erschüttern," schreibt der General, „und er antwortete in meiner Gegenwart andern Abgesandten der Korpskommandanten in Ausdrücken, die keinen Zweifel in dieser Hinsicht lassen können: seine Zuversicht war so groß, daß er es lange Zeit als unnötig ansah, sich auf das Schlachtfeld zu begeben."

Hauptmann de Couprey verließ Plappeville in Begleitung der Hauptleute Campionnet und Guioth vom Generalstab, die beauftragt waren, sich zu erkundigen, ob die Armeekorps mit Vorräten versehen seien und ob die Nacht ohne Zwischenfall vergangen sei. Hauptmann Campionnet, der zum IV. und VI. Korps zu reiten hatte, entfernte sich in nördlicher Richtung; die Hauptleute Guioth und de Couprey, die beide das Plateau von Moscou zum Ziel hatten, ritten miteinander.

Obwohl Marschall Bazaine sich über den Ausgang der Schlacht, die Marschall Leboeuf als bevorstehend angekündigt hatte, beruhigt aussprach, diktierte er doch dem Obersten Napoleon Boyer den Befehl zur Aufstellung einer Brigade der Garde hinter dem II. und dem III. Korps.

Dieser Befehl wurde sofort nach seiner Ausfertigung vom Hauptmann de Mornay mit der Meldung des Marschalls Leboeuf dem General Bourbaki überbracht. Wenn der kommandierende General des Gardekorps davon Kenntnis genommen hatte, sollte Hauptmann de Mornay ihn wieder zurückbringen.

Marschall Bazaine wollte ihn auch dem Marschall Canrobert schicken, zu-

Digitized by Google

gleich mit einem Briefe, der die Weisung enthielt, daß, „im Falle der Feind St. Privat ernstlich angreifen zu wollen schiene", die Armee sich auf „die Stellungen, die man im Begriffe sei zu erkunden", zurückziehen solle.

„Ich hatte dem Marschall Canrobert," schrieb Marschall Bazaine später, „den Befehl erteilt, den rechten Flügel im Falle eines ernstlichen Angriffs zurückzunehmen;" und ein andermal erklärte er: „Der Marschall Canrobert war vollkommen ermächtigt, falls er es an seiner äußersten Rechten mit einem viel zu überlegenen Feinde zu tun hätte, zurückzugehen. Das ist die Bedeutung der Weisungen, die ihm am 18. August um 10 Uhr morgens zugesandt worden sind."

Dieses Schreiben, dessen Inhalt wir mit dem Marschall Canrobert kennen lernen werden, wenn davon die Rede sein wird, wie er es erhielt, zeigt, daß der Oberkommandierende auf eine Umgehungsbewegung des Feindes gefaßt war; aber weit davon entfernt, Maßnahmen dagegen zu treffen, sorgte er nicht für die Entsendung irgendwelcher Unterstützung an diesen Punkt. Dabei standen ihm 15 Kavallerieregimenter, 24 Feldartilleriebatterien und die kaiserliche Garde zur Verfügung, die den ganzen Tag nutzlos dastehen mußten.

Die Umgehungsbewegung des Feindes gehörte zu den Dingen, die er kommen sah; aber er dachte nicht einmal daran, sie zu verhindern.

Auch auf die Eisenbahnlinie nach Thionville wurde seine Aufmerksamkeit gelenkt. Er hatte im Laufe des Vormittags ein erstes Telegramm des Generals Susane, Artilleriedirektors im Kriegsministerium, erhalten, worin ihm das bevorstehende Eintreffen dreier Munitionszüge in Metz angekündigt wurde, die von Châlons, La Fère und Vincennes abgegangen waren und über Thionville nach Metz fahren sollten.

Gegen $10^1/_2$ Uhr wurden ihm kurz nacheinander zwei vom Intendanten de Préval herrührende Telegramme überbracht. Das erste, datiert Reims 7 Uhr 29 Minuten vormittags, lautete: „Zwölf Waggons mit Brot um 4 Uhr von Reims nach Metz abgegangen. Beschleunigte Geschwindigkeit." Das zweite war 9 Uhr 30 Minuten vormittags in Montmédy aufgegeben worden: „Chefintendant baldmöglichst an den Marschall Bazaine: Ich fahre die Linie ab, um Zwieback zum Bahnhof von Devant-les-Ponts zu schicken. In Thionville, Longuyon, Montmédy nichts. Ich fahre, wenn es nötig ist, bis Mézières und Châlons. Ich habe den Minister um umgehende Proviantsendung ersucht."

Der Marschall las diese beiden Depeschen und ließ die Herren Mony und Gaffiot rufen, die in Abwesenheit des Chefintendanten und seines Stellvertreters die Verwaltung der Armee leiteten.

Als sie zur Stelle waren, befahl er ihnen, sich in Verbindung mit den Intendanten der Armeekorps zu setzen und ihnen die Versorgung mit Lebensmitteln zu erleichtern, und empfahl ihnen, alle Backöfen in den Dörfern zu ermitteln, um darin bis zum Eintreffen der angekündigten Züge das nötige Brot zu backen.

Auf eine Bemerkung Monys hin bestimmte er, daß dem Unterintendanten Bonfilion (von der Division Lafont de Villiers) die Weisung gegeben werden

Digitized by Google

solle, den Magazinen der Festung das Erforderliche zu entnehmen, um Lebensmittel für einen Tag für das VI. Korps bereitzustellen. Der General Jarras, der anwesend war, wurde beauftragt, den General Coffinières davon zu verständigen.

Es war 10 Uhr 15 Minuten; man hörte Kanonenschüsse. Marschall Bazaine horchte auf und ersuchte den General Jarras, „einen Ordonnanzunteroffizier und drei Unteroffiziere von der Gardeartillerie zu entsenden und nachfragen zu lassen, warum geschossen werde". Dann diktierte er ihm die Fortsetzung seiner Befehle. General Jarras schrieb sie mit Bleistift in sein Notizbuch:

„18. August. Zwei oder drei Unteroffiziere von der Artillerie nach dem St. Quentin schicken, um Meldung über die abgefeuerten Kanonenschüsse zu machen und woher sie kommen; sie sollen direkt mit dem Marschall in Verbindung treten." (Das Wort direkt ist unterstrichen.) Der Marschall wollte unter Ausschluß seines Stabes benachrichtigt werden.

„Dem II. Korps den Befehl erteilen, die Debouchés von Moulins mit zwei Kompagnien zu bewachen, um die Verbindungen zu sichern.

Dem Generalintendanten: die Oefen der im Rücken gelegenen Dörfer benutzen, um Brot backen zu lassen.

Die Korpskommandanten sollen ihre Intendanten ersuchen, sich an den Generalintendanten zu wenden und sich über ihre Hilfsmittel zu verständigen.

Der Division Clérembault [mitteilen], daß der Marschall Leboeuf die Brigade Bruchard (leichte Kavallerie) in vorläufiger Weise dem Marschall Canrobert gibt.

Die Kavallerie des IV. Korps soll Regimenter um Regimenter ausschicken, um die Eisenbahn nach Thionville zu bewachen und zu schützen.

Die Division Forton soll vor Moulins längs der Mosel eine Erkundung vornehmen, und die Kavallerie des II. Korps soll sich ihr anschließen.

Die Garde hat diesen Dienst nicht zu leisten."

Mag hierauf eine Auseinandersetzung zwischen Marschall Bazaine und dem General Jarras stattgefunden oder der Marschall seiner Gewohnheit gemäß widerrufen haben, was er angeordnet hatte — genug, mehrere der in dem Notizbuch des Generals Jarras aufgezeichneten Befehle wurden geändert und andre scheinen sogar vollständig aufgehoben worden zu sein.

Vor allem stellte statt des II. Korps das 4. Garde-Voltigeurregiment die Kompagnien, die die Aufgabe hatten, die Verbindungen nach Moulins hin zu schützen. Die Entsendung der Brigade Bruchard zum Marschall Canrobert wurde ohne Zweifel aufgeschoben, denn General Bruchard erhielt erst, als die Schlacht begonnen hatte, die Weisung, sich nach St. Privat zu begeben, und konnte das 10. Chasseurregiment nicht mitnehmen. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Der Berliner Schauspieldirektor Iffland während der Franzosenzeit 1807 bis 1809

Briefe und Aktenstücke

Mitgeteilt von

Dr. Herman Granier (Berlin)

Daß das Berliner Theater während der französischen Okkupation der Hauptstadt nicht florieren konnte, lag in der Natur der Sache: das Berliner Publikum war im Ernste der Zeiten für Theaterbesuche wenig gestimmt, und Fremde, die zum Vergnügen in Berlin weilten, gehörten zu den Seltenheiten. Dennoch aber mußten auf Anordnung der französischen „Autoritäten" täglich Vorstellungen gegeben werden, wozu Freiplätze verlangt und die Abonnementspreise für die französischen Offiziers- und Beamtenfamilien niedrig bemessen werden mußten. Es bleibt ein Ruhmestitel des „nüchternen" Königs Friedrich Wilhelm III., daß er das Berliner Theater nicht untergehen ließ, in vollem Bewußtsein seiner allgemeinen kulturellen Bedeutung. Die Bewilligung einer „außerordentlichen Unterstützung" motivierte die Kabinettsorder an den Staatsminister Freiherrn v. Altenstein vom 22. April 1809 hiermit: „Der Fall des National-Theaters würde für die Kunst, für die Zufriedenheit der Residenz und für die allgemeine Meinung sehr zu bedauern seyn. Zur Abwendung muß also das Mögliche, dieses aber ohne Geräusch und in Verbindung mit unschädlichen Ersparnissen geschehen, welche der allgemeinen Noth entsprechen."

Im Oktober 1807 verfügte der König, daß das „Theater der Großen Oper" ganz aufgelöst werden und das National-Theater, „das einzige Institut zum Vergnügen des Publikums in der Residenz", bleiben solle; das Opernhaus selbst aber samt allem Zubehör, sowie auch das Ballett wurde der Direktion des National-Theaters, d. h. dem Theaterdirektor August Wilhelm Iffland, zur Disposition gestellt.

Damit trat der rechte Mann an den rechten Platz: Iffland wußte auch in diesen schwierigen Zeiten das ihm anvertraute Kunstinstitut durch alle Klippen hindurchzusteuern und sich zugleich als echter Patriot zu bewähren: immer wieder gibt er dem Könige seine treue Gesinnung zu erkennen, und das waren nicht nur Worte: sowohl das halb lockende, halb drohende französische Angebot, als Theaterdirektor nach Kassel, der Hauptstadt des Königs Jérôme, überzusiedeln, wie den Ruf nach Wien „zur Leitung der kaiserlichen Theater" lehnte er ab, aus fester Anhänglichkeit an sein Adoptivvaterland Preußen und an seinen König.

Im folgenden seien einige der Immediatschreiben Iffland's und der sein Theater betreffenden Kabinetsorders mitgeteilt, die den Sammlungen für das demnächst in den „Publikationen aus den K. preußischen Staatsarchiven", Leipzig, S. Hirzel, erscheinende Werk: „Berichte aus der Berliner Franzosenzeit 1807 bis

Digitized by Google

1809" entstammen. Iffland's Schreiben sind sämtlich eigenhändig mit seiner klaren, schönen Handschrift geschrieben; einer näheren Erläuterung bedürfen sie nicht.

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 11. Dezember 1807.

Neujahrsglückwünsche. Verehrung für den König, Sehnsucht nach seiner Rückkehr.

... E. K. M. verstatten der Ehrfurcht und Dankbarkeit, daß sie die Wünsche ausspreche, die mit so vielen tausend Menschen an dem Tage des Jahreswechsels mich beleben.

Durch das Muster der hohen Beharrlichkeit, welches der wahre Herrschersinn der Welt gegeben, sind wir zu dem aufrechten Mute gestärkt, welcher hinter widerwärtigen Schicksalen den schönen Tag heranbrechen sieht.

Ein reges Volk erwartet ihn mit lebendigem Sinne und vertraut auf Gott und den König, welcher stets seines hohen Amtes Glanz unter die Dürftigen milde verbreitete, die Sorgen und Lasten auf sich nahm und der Erste König ist, weil Er stets der Erste Bürger bleibt. Möchten E. M. die frommen, einfach stark empfundenen Wünsche vernehmen können, womit die Menschen aus allen Ständen Unsern König zu sich hersehnen. Es fehlt in jedem Hause der Vater, es fehlt im Lande der freundliche Lenker, der Menschheit der aushelfende Versorger!

Niemals haben E. M. Ihr Volk verscheucht gesehen, wo Sie unerwartet erschienen sind. Ueberall war die geliebte Gestalt des Königs die Erscheinung, zu welcher man beruhigt und freudig hinanblickte.

So ist nun, da der gute Geist des Vaterlandes aus der Ferne für uns wirkt, die Sehnsucht, ihn unter uns wiederzusehen, zum kindlichen Ungestüm gestiegen. Der Tränenblick der dankbaren Liebe, womit ich oft und oft feierlich das Glas habe emporhalten sehen — der herzerhebende Ton, womit die Menschen aus tiefer Seele sich entgegenbringen — „Es lebe unser König!" — erhebt diese Handlung zu religiöser Feier.

Mit Untertanen, welche das Gedächtnis des geliebten Herrschers so in der Brust tragen, ist alles möglich, und das Vaterland harret mit unerschüttertem Mute der Entwicklung der Dinge.

„Gott erhalte den König, die Königin und das Haus!" So lautet der Ruf, womit Scharen guter, kräftiger Menschen sich sammeln. Sie fühlen sich gestärkt in dieser Huldigung, und da, wo dieser Ruf nicht anbefohlen werden muß — wo er so vollkräftig aus der Seele hervorgeht, wie der Puls des Lebens vom Herzen ausgeht, da vermag dies Gefühl die Wunder der alten Zeiten wieder zu erneuern. Es ist ein erhebendes Gefühl, sich zu sagen — Einer lebt für Alle und Alle leben in dem Einen!

Eine lange Reihe von Jahren beglücke die Vorsicht mit dem Segen dieses Gefühls Euer Majestät.

Vergönnen E. M. mir im Namen Aller, die meiner Führung gnädigst an-

Digitized by Google

vertraut sind, den Ausdruck unsrer Herzen darzulegen. Sehr beglückt wäre ich, wenn ich die Wahrheit desselben mit dem Tode für meinen König bekräftigen könnte! . . .

Pro Memoria Iffland's für das Kabinet des Königs

Berlin, 2. April 1808.

Abgewendeter Versuch der Franzosen, im Opernhause durch eine französische Truppe Aufführungen zu veranstalten.

Den 23. März erhielt ich ein Schreiben vom Kastellan des Opernhauses, da eben der Anfang der Komödie, worin ich zu tun hatte, eintrat, wollte ich es nicht öffnen, tat es aber dennoch und las — „daß soeben zwei Franzosen aus Hamburg, mit einem Erlaubnisscheine des Herrn Bignon [französischer Intendant], das Innere des Opernhauses besehen und erklärt hätten, wie sie, mit des Herrn Gouverneurs [Marschall Victor] Erlaubnis, binnen zehn, längstens vierzehn Tagen, im Opernhause französische Schauspiele gegeben haben würden".

Des andern Morgens 8 Uhr, nachdem ich abends vorher die Comité[1]) hatte unterrichten lassen, ging ich in Herrn Bignon's Haus, zu Herrn [Sekretär] Miège; der erwiderte auf meine lebhafte Vorstellung des Unrechts: „Herr Bignon sei nicht dafür, es sei der Herr Gouverneur, der sie, ohne sein Wissen, ihm zugesendet."

Das Comité schrieb an Herrn Daru gegen die Sache.

Ich ging zu Herrn Geheimen Finanzrat Sack, welcher den Herrn Gouverneur und Herrn Bignon beschickte. Inzwischen ließen die Franzosen schon den Maschinisten kommen und wollten sich possessionieren.

Ich wendete mich abermals an Herrn Miège, und es ward 2 Uhr bei Herrn General St. Hilaire [französischer Kommandant von Berlin] eine Konferenz angesetzt. Zu dieser kam Herr Bignon und der Hamburger Direktor.

Ich sah, daß Herr Bignon nicht dafür war. Inzwischen war er und der General gegen den Gouverneur, der, unbekannt mit unsrer Lage, Zusagen gegeben, in Verlegenheit.

Ich schied aus dieser lebhaften Konferenz, wo der Hamburger kalt und insolent war, sehr heftig und sagte: „Qu'après tous les sacrifices il vaudroit mieux de congédier tout le théâtre, que de le faire mourir lentement."

Herr Bignon schrieb mir ein sehr freundliches Billett: „Qu'il s'était reservé une conférence à demain."

Ich übergab an jede Autorität ein Exposé nebst Balance — oder nicht Balance von 1806 bis heute.

Den 25. ward mir erklärt, die Franzosen seien abgewiesen! — Ach — Luft! — Ich bin in der Tat Herrn Bignon sehr vieles dabei schuldig.

---

[1]) Das Comité administratif der Stadt Berlin, das, aus Berliner Bürgern auf Napoleons Befehl gebildet, unter französischer Aufsicht die Geschäfte der Stadtverwaltung führte.

Digitized by Google

Zwar ward mir von Herrn Miège dabei erklärt, daß die französische Truppe auf zwei Konditionen entlassen sei:

1. Daß ich es aufgebe, jetzt auf fünf Wochen (wie ich den Franzosen angezeigt und vom Könige erbitten wollte) nach Wien zu gehen.

2. Daß wir sogleich im Opernhause spielen sollten.

Nr. 1 habe ich — obwohl mit großem Verlust, aufgegeben.

Nr. 2 habe ich Herrn Minister vom Stein gemeldet und ihn gebeten, es zu verhindern. Indes gewinne ich doch Zeit ...

Den Herrn Minister habe ich seitdem noch nicht gesehen.

Wir wissen nichts, leben blind wie Maulwürfe und hoffen dennoch!

Der Himmel erhalte Sie und gebe uns bald den Trost des Wiedersehens! Amen!

Iffland.

Dem Stimmungsbilde am Schlusse entspricht auch eine Bemerkung Iffland's in einem Schreiben vom 10. April 1808 (an den Geheimen Oberfinanzrat v. Klewiz, der damals dem Kabinett des Königs vorstand?):

... Die Mütze über die Ohren gezogen und Schritt um Schritt weiter — das ist die Losung ...

... Die Karneval in Madrid[1]) ist denn auch angefangen. Denn für geendet halte ich sie nicht ...

Immediatgesuch Iffland's

Berlin, 16. Juli 1808.

Bittet um Urlaub nach Wien.

... E. K. M. ... Erlaubnis zufolge ist mir verstattet, alle Jahre einen achtwöchentlichen Reiseurlaub anzutreten. Voriges Jahr habe ich denselben nicht benutzen wollen und würde mir dieses auch gegenwärtig noch versagen, wenn nicht der Drang der Verhältnisse allmählich auf meine Gesundheit nachteilige Wirkung machte.

Unter diesen Umständen glaube ich E. K. M. um die gnädige Erlaubnis bitten zu dürfen, am 6. August dieses Jahres einen Urlaub antreten zu können, der mir gewordenen Einladung nach Wien zu folgen.

Mit erneuten Kräften werde ich von da nach Berlin zurückkehren, meine Pflichten in dem Dienste zu erfüllen, welchen E. M. mir huldreichst anvertraut haben ...

Randverfügung, geschrieben von Klewiz:

Eilt! 27. Juli 1808.

Bei dem klugen und patriotischen Benehmen des Direktors Iffland haben S. M. es mit Dank erkannt, daß er bisher von seiner Berechtigung zum Urlaub

---

[1]) Der spanische Aufstand gegen die Franzosen.

Digitized by Google

keinen Gebrauch machte. Die Gesundheit und Erhaltung des Direktors Iffland ist aber S. M. zu wert, als daß Sie ihm nicht gern die Reise nach Wien gönnen sollten.

S. M. bewilligen ihm also den achtwöchentlichen Urlaub dazu vom 6. k. M. an sehr gern und werden Sich freuen, ihn ganz hergestellt zurückkehren zu sehen ...

Hiernach erging eine entsprechende Kabinettsorder an Iffland, Königsberg, 27. Juli 1808.

Den weiteren Verlauf siehe unten beim 3. Dezember 1808.

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 28. Juli 1808.

Geburtstagsglückwünsche.

... Das höchst erfreuliche Geburtsfest unsers geliebten gnädigen Königs und Herrn kann unsre ehrerbietigen frommen Wünsche nicht vermehren. Täglich und stündlich gedenken wir E. M. als unsers hochverehrten besten Vaters und Freundes.

Freund der Menschheit — das waren E. M. von Anbeginn, und Gott lasse es lange E. M. verwalten, dies schöne Amt!

Unsre Blicke, unsre Herzen wallen dem besten Herrn entgegen, und das Gebet der Vereinigung wird Erhörung finden!

Unser Landesvater trägt einen Namen, den Welt und Nachwelt heiligt und der schwer zu erhalten ist — Friedrich Wilhelm der Rechtliche! E. M. haben diesen kostbaren Namen durch neue Festigkeit und Ausdauer errungen, wobei die Taten des Eroberers erblassen!

In diesen Tugenden liegt unser Trost und die Blüte unsrer reichen Hoffnungen!

Gott erhalte E. M. in der hohen Freudigkeit des Königlichen und Väterlichen Bewußtseins.

Wir ersterben

Eurer Königlichen Majestät
untertänigste Diener
das National-Theater
das Orchestre
das Corps de Ballet,
in deren Namen
Iffland.

Hierauf erging die Kabinetsorder Königsberg, 5. August 1808.

Die Mitglieder des National-Theaters, Orchesters und Balletts haben von ihrer treuen Anhänglichkeit so redliche Beweise gegeben, daß S. K. M. von Preußen, um so inniger überzeugt von der Aufrichtigkeit ihrer Gesinnungen und Wünsche bei Allerhöchstdero Geburtstag, dafür recht verbindlich danken.

Seiner treuen Anhänglichkeit an den König gibt ein Brief Iffland's an

Digitized by Google

seine Schwester Luise, Weißensee, 14. Mai 1808, einen besonders überzeugenden Ausdruck:[1])

... Müßte ich, bei längerer Dauer, um halben Gehalt dienen oder um weniger noch — auch darauf bin ich gefaßt und ohne Trauer.

Müßte das Theater auf seine Hälfte an Personen und Wirkung herunter, auch das zu übernehmen habe ich vollen ruhigen Mut.

Ich kenne nur ein Unglück, wenn Berlin einen andern Herrn erhielte! Dann kann ich hier nicht bleiben. Nicht, weil ich nicht will, sondern weil ich nicht kann! ...

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 3. Dezember 1808.

Ablehnung des ihm in Wien gemachten Engagementsangebotes; siehe oben beim 16. Juli 1808.

... E. K. M. gestatten mir die ... Anzeige, daß während meines Aufenthaltes in Wien mir die dortigen Dienste, zur Führung der kaiserlichen Theater, unter sehr ansehnlichen Bedingungen angetragen worden sind.

Aus ehrerbietigem Gefühl der Liebe für E. M., meinen gnädigsten König, aus Anhänglichkeit für das Land habe ich diese Anträge abgelehnt. Das Opfer, wenn es eines war, ist mir nicht schwer geworden.

Da die öffentlichen Blätter der Sache erwähnt und sie unrichtig gestellt haben, achte ich mich verpflichtet, von diesem Vorgange Anzeige zu machen, wie er sich verhält. ...

Randverfügung, geschrieben von Klewiz:

„S. M. sind durch die unrichtige Darstellung der öffentlichen Blätter in Ihrer Meinung von der Handlungsweise des Direktors Iffland nicht irregeleitet, nehmen aber seine Anzeige zu einer angenehmen Veranlassung, ihm für seine Anhänglichkeit an Allerhöchstdero Land und Person angelegentlich zu danken. Gern werden S. M. von ihm selbst mündlich in Berlin die näheren Details darüber vernehmen.

Hiernach erging eine entsprechende Kabinetsorder an Iffland, Königsberg, 10. Dezember 1808.

Kabinettsorder „an den Direktor Iffland zu Berlin"

Königsberg, 26. April 1809.

Zusicherung seiner Selbständigkeit bei der Leitung des Theaters.

S. K. M. geben dem Direktor Iffland auf die am 11. d. M. geäußerte Besorgnisse[2]) wegen seines Verhältnisses zu den obersten Verwaltungsbehörden

---

[1]) A. W. Iffland's Briefe, herausgegeben von Ludwig Geiger. Berlin 1904. S. 219 f.

[2]) Ifflands „Besorgnisse" waren hervorgerufen worden durch das „Publikandum betreffend die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden", Königsberg, 16. De-

Digitized by Google

gern die Beruhigung: daß dadurch das unmittelbare Verhältnis desselben mit S. M. nicht aufgehoben ist und die eigentliche Direktion des National-Theaters nur dem Direktor Iffland zusteht, also Einmischung in die theatralische Kunstführung und Oekonomie nicht zu besorgen ist. Denn obgleich die Theater nicht bloß in Rücksicht auf Sittlichkeit, sondern auch auf Geschmack und Bildung, überhaupt mit allen übrigen Bildungs- und Unterrichtsanstalten in Verbindung unter der Sektion des öffentlichen Unterrichts gesetzt sind, so wirkte doch der Direktor Iffland auf alle jene Zwecke schon selbst immer so gern, daß darüber zwischen ihm und dem Sektionschef kein andres als das größte Einverständnis obwalten kann. Der p. Iffland hat als Künstler, Direktor und Patriot durch das, was er für das Berliner National-Theater tat und was er aufopferte, S. M. Vertrauen stets noch mehr gerechtfertigt und darf daher die Fortdauer und Betätigung desselben mit Zuversicht erwarten. Seine persönlichen Eigenschaften haben dem Direktor Iffland das unmittelbare Verhältnis mit S. M. erworben, sie werden es ihm also auch ferner erhalten, und Allerhöchstdieselben wünschen, daß diese Beruhigung ihn für so viele Sorgen, Bemühungen und Opfer entschädigen möge.

Immediatschreiben Iffland's

Berlin, 26. Juli 1809.

Geburtstagsglückwünsche, Erwartung der Rückkehr des Königs.

... Die frohe Wiederkehr E. K. M. beglückenden Geburtsfeier erfüllt uns mit dankbaren Wünschen.

E. M. Weisheit und Liebe hat uns durch schwere Stürme glücklich hindurchgeleitet!

Die Sorge des besten Königs findet den Lohn in treuer Liebe.

Geruhen Allerhöchstdieselben, diese Gabe mit Huld auch von uns aufzunehmen.

Sehnsucht nach dem geliebten Vater erfüllt unsre Brust!

Mögte die nächste Feier dieses Freudentages E. M., die verehrte Königin und das Königliche Haus uns zurückgebracht haben!

Euer Königlichen Majestät

untertänigste

Der Direktor des National-Theaters, Corps de Ballet und Orchestre und in deren Namen Iffland.

---

zember 1808. Hier heißt es im Art. 10: „Zum Geschäftskreise der Abteilung des öffentlichen Unterrichts gehören: ... c) alle Anstalten, welche, wie das Theater, Einfluß auf die allgemeine Bildung haben"; und im Art. 11: „Unter dieser Abteilung stehen unmittelbar ... 4. die Königlichen Theater und ähnliche Anstalten, insoweit sie nicht von besonderen Direktionen ressortieren."

Mylius, Novum Corpus Constitutionum, XII. 534/535.

Digitized by Google

Bei der Heimkehr des Königs fand Iffland's bewährte Anhänglichkeit volle Anerkennung, wie Iffland in einem Briefe an seine Schwester Luise, Berlin, 30. Dezember 1809, berichtet:[1])

Nach der zur Einzugsfeier veranstalteten Festvorstellung ließ der König Iffland in seine Loge rufen. Er trat mir entgegen und sprach:

„Ich habe Sie stets für einen großen Künstler und wohldenkenden Mann gehalten; Sie haben sich in meiner Abwesenheit auf jede Weise als treuer Patriot bewiesen. Heute Abend geben Sie mir abermals einen Beweis davon, der mir an das Herz greift; ich konnte mir das Vergnügen nicht versagen, Ihnen das selbst zu sagen."

„E. M. vergönnen mir die Freude, wonach ich drei Jahre mich gesehnt, Ihre Hand zu küssen!"

Er reichte mir seine Hand mit unbeschreiblichem Wohlwollen und Würde und ich konnte sie gar nicht fahren lassen.

Die Königin sagte mir etwas überaus Gnädiges, das ich vor Rührung nicht vernahm; ich küßte ihre Hand.

„So lange habe ich diese Stunde ersehnt, und nun sie dann da ist, kann ich Euer Majestät nichts sagen." . . .

Wie eng dem Könige, auch nach dem Abzuge der Franzosen aus Berlin, die Schranken gezogen waren, seine aufrichtige Neigung für das Theater materiell zu betätigen, und wie er sich als sorglicher Staatsleiter gegenüber weitergehenden „Ideen" seines Finanzministers über diese nicht hinausdrängen ließ, anderseits aber, innerhalb dieser Schranken, auch Seinerseits das Mögliche für die Kunst tat, sei zum Schlusse gezeigt durch eine

Kabinetsorder an den Staatsminister Freiherrn v. Altenstein

Königsberg, 18. Oktober 1809.

. . . So gern Ich für Veredlung des Geschmacks im allgemeinen und für Beförderung der Kunst sorge, so scheint Mir doch jetzt, wo so viele dringende Bedürfnisse unbefriedigt bleiben müssen, eine eigene Capelle nebst Sing- und Ballett-Personal, welche Ihr, der Finanz-Minister, in Eurem Bericht vom 12. d. M. vorschlagt, zu kostbar. Immer ist es Meine Idee gewesen, die Künstler der Instrumental-Musik, des Gesanges und des Tanzes mit dem National-Theater so in Verbindung zu setzen, daß sie zu diesem gehören und dabei mitwirken, auf Mein Verlangen aber besondere Hof-Conzerte und teutsche Opern geben. Zu den patriotischen Künstlern hege Ich das Vertrauen, daß sie wegen eines solchen veränderten Verhältnisses Berlin nicht verlassen werden; im entgegengesetzten Falle aber muß Ich dies geschehen lassen. Nach dieser Haupt-Idee soll bei der Unterrichts-Sektion nach Rücksprache mit dem Direktor Iffland und bewährten Künstlern ein Plan zur Einverleibung, Pensionierung, Abfindung und Entlassung der verschiedenen Künstler entworfen und mir von Euch vorgelegt werden. Ich

[1]) A. W. Ifflands Briefe a. a. O., S. 221.

Digitized by Google

gestatte jedoch auch, nach der Idee, wie Ihr, der Freiherr v. Altenstein, die Capelle mit dem deutschen Sing- und Ballett-Personal in Eurem Bericht projektiert habt, einen Gegenplan mit vorzulegen und von beiden die Kosten zu balancieren, damit Ich alsdann den endlichen Beschluß so fassen kann, wie das Bedürfnis der Zeit mit dem Interesse der Kunst und des Geschmacks am besten sich vereinigen läßt . . .

Humanität und Vergeltung im Strafrecht

Von

Dr. Alfred Freiherrn v. Overbeck
Ord. Professor der Rechte an der Universität Freiburg (Schweiz)

In den kriminalistischen Strömungen unsrer Tage treten zwei Extreme hervor, die, nicht selten in ein und dasselbe rechtspolitische System gezwängt, sich von dem Ideal einer strafenden Gerechtigkeit gleichweit entfernen. Auf der einen Seite ist es die Ueberspannung eines an sich edlen Humanitätsgedankens, die über das schöne Bemühen, „den Verbrecher wieder zu einem nützlichen Mitgliede der menschlichen Gesellschaft zu erziehen", weit hinausgreifende Individualisierung à outrance [1]) — eine immer neue Bestätigung des bitteren Bindingschen Worts von dem Verbrecher als dem Schoßkinde moderner Sentimentalität. Auf der andern Seite ein schonungsloser Gesellschaftsschutz, der, von humanitärer Schwäche nur zu frei, vor Härten und Willkürlichkeiten dem Individuum gegenüber kaum zurückschreckt.

Den beiden vornehmsten Blüten moderner Humanität und modernen Sozialempfindens, dem Rettungsgedanken und dem Sicherungsgedanken — beide von dem Führer der soziologischen Strafrechtsschule, v. Liszt, mehrfach und eindringlich betont — droht trostlose Verdorrung oder ungesunde Hypertrophie, sobald man sie auf einen ihnen fremden Boden verpflanzt. Dies geschieht aber, wenn man sie und nur sie ausschließlich dem strafrechtlichen Gebiete vindiziert, statt ihnen im Bereich der Verwaltungspflege ihre natürliche kraft- und maßvolle Entfaltung zu lassen und sie, soweit sie in die strafrechtliche Sphäre überhaupt gehören, dem Vergeltungszweck einzuordnen. Das Ueberwuchern der bloßen Verbrechensprophylaxe erstickt nämlich mit Notwendigkeit die Forderungen gerechter Vergeltung, wie sie mit dem Wesen jeder Strafe untrennbar verbunden sind.

Das gewaltige Ringen zwischen der sog. modernen und der sog. klassischen Strafrechtsschule verkörpert sich neuerdings hauptsächlich in den beiden geist- und temperamentvollen Gegnern v. Liszt und v. Birkmeyer. Der letztgenannte Gelehrte ist es, der mit Professor Nagler in Basel und einer Reihe geistesverwandter Schrift-

[1]) Vgl. Greterez, Ursprung und Bedeutung der soziologischen Schule (aus der Festschrift für Binding), Leipzig 1911, S. 13.

Digitized by Google

steller[1]) die herrschende Stellung der Vergeltungsidee im Strafrecht verteidigt und den bestechenden Sätzen der soziologischen Schule unerschrocken entgegentritt. Diese Sätze besagen vor allem, der Täter und nicht die Tat sei zu bestrafen, den eigentlichen Strafgrund müsse die antisoziale Gesinnung, die soziale Gefährlichkeit bilden.

Bei der bedeutungsvollen Rolle, die der im Gang befindlichen Strafrechtsreform für das soziale und kulturelle Gedeihen unsers Volkes zufällt, dürfen hier vielleicht einige der Folgerungen in Kürze skizziert werden, die sich aus dem Programm der modernen Strafrechtsschule unabweislich ergeben. Die Verfechter des Programms geben freilich die Konsequenzen nur teilweise zu. Allein bei Ablehnung der sich logisch unmittelbar ergebenden Folgesätze erübrigt, wie v. Birkmeyer und andre mehrfach gezeigt haben, eben nur die Preisgabe des Prinzipes selbst.

Schon der grundlegende Begriff der Zurechnungsfähigkeit erleidet derartige Wandlungen, daß wir ihn in seiner soziologischen Gestalt kaum wiedererkennen. In der Tat, die Gesellschaftsgefährlichkeit eines Geisteskranken kann ebenso groß oder noch größer sein als die des geistig gesunden Verbrechers. Wir dürften daher zwischen den gegen beide zu ergreifenden Maßregeln einen qualitativen Unterschied nicht mehr anerkennen. Der Humanitätsgedanke freilich würde dann entweder durch die Unterbringung des Geisteskranken im Zuchthause verleugnet oder durch die irrenärztliche Behandlung des Verbrechers denaturiert.[2]) Der Humanität entspräche weder die Umwandlung der Irrenanstalt in ein Zuchthaus noch auch die Metamorphose Strafanstalt—Irrenhaus. — An die Stelle des im konkreten Einzelfall gegebenen Verschuldens hätte die antisoziale Gesinnung des Täters zu treten.[3]) Für ihre Erkenntnis bildet natürlich die Tat — *auch* nach ihrer *subjektiven* Seite hin — weder ein ausreichendes noch ein zuverlässiges Symptom. Man müßte vielmehr die gesamte Persönlichkeit des Täters mit allen Antezedentien der gerichtlichen Kognition unterstellen, dem

---

[1]) Von den „Kritischen Beiträgen zur Strafrechtsreform", herausgegeben von v. Birkmeyer und Nagler, Leipzig 1908 ff., sind bisher fünfzehn Hefte erschienen, von Beling, Hoegel, Heilborn, v. Overbeck, Köhler, Schoetensack, v. Birkmeyer, Wassermann, Allfeld, Gretener, Kohler, Leonhard, v. Rohland, Nagler und Richard Schmidt. Ex professo behandeln die grundlegende Bedeutung der Vergeltungsidee Beling (Heft 1) und Köhler (Heft 5). Aus der überreichen Literatur seien ferner hervorgehoben: Richard Schmidt, Die Aufgaben der Strafrechtspflege, Leipzig 1895; Wach, Die kriminalistischen Schulen und die Strafrechtsreform, Leipzig 1902; Binding im Vorwort zu der 7. Auflage seines Grundrisses des deutschen Strafrechts, Leipzig 1907; v. Birkmeyer, Schutzstrafe und Vergeltungsstrafe, Gerichtssaal, Band 67, 1906, S. 401 ff.; derselbe, Was läßt v. Liszt vom Strafrecht übrig? München 1907; derselbe, Beiträge zur Kritik des Vorentwurfs zu einem deutschen Strafgesetzbuch, I—III, München 1910.

[2]) Die Anerkennung der „verminderten Zurechnungsfähigkeit" ändert an dem Dilemma nichts; auch bei den vermindert Zurechnungsfähigen drängt sich die Frage Bestrafung (wenn auch mildere) oder Nichtbestrafung auf.

[3]) Ueber die v. Lisztsche Schuldlehre siehe besonders v. Rohland, Die soziologische Strafrechtslehre 1911 (Krit. Beiträge, Heft 13), S. 54 ff.

Digitized by Google

Richter übermenschliche Einsicht zumutend und seine Macht ins Maßlose steigernd. Daß zudem das hergebrachte Wertverhältnis zwischen Vorsatz und Fahrlässigkeit seine Bedeutung verlöre, sei hier nur angedeutet: die letztere Schuldform kann sich unter Umständen mit viel größerer Sozialgefahr verbinden als die erstere.

Wenn schon die rein subjektive Seite dessen, was man bisher Verbrechen nannte, der modernen Lehre zum Opfer fiele, so gilt das gleiche in noch höherem Maße von den übrigen Momenten, die nach heutiger Rechtsanschauung zur Straftat gehören. Jede Unterscheidung zwischen versuchtem und vollendetem Verbrechen, zwischen Täterschaft und Beihilfe sänke dahin; denn warum soll sich in Vollendung und Täterschaft eine größere Sozialgefahr enthüllen als in Versuch und Beihilfe? Entsprechendes träfe für die einzelnen verbrecherischen Tatbestände zu; denn als bloße Symptome eines Etat dangereux können sie nur sehr geringes Gewicht beanspruchen. Auch die Bemessung der Strafe nach der Schwere des Verbrechens würde völlig gegenstandslos; denn die Größe des Strafübels — das begrifflich kein Uebel mehr sein müßte — hätte sich ja nur noch zu orientieren nach den Gesichtspunkten der Rettung, Erziehung, Besserung des Täters oder der Sicherung der Gesellschaft vor ihm.

Wenn wir nun einer Theorie die Gefolgschaft versagen müssen, die, einigermaßen konsequent durchgeführt, die Errungenschaften eines mit steigender Kultur immer feiner, immer gerechter ausgebauten Vergeltungsstrafrechts[1]) zu Grabe tragen muß, sollen wir uns darum von den außerhalb der Vergeltung liegenden Kulturzielen mit Verachtung abwenden? Keineswegs! Zunächst ist die Vergeltungsstrafe selbst in hohem Maße geeignet, neben der Vergeltung auch andern Strafzwecken, wie Besserung, Abschreckung, implizite gerecht zu werden.[2]) Sodann aber läßt sich die Aufgabe der Verbrechensverhütung — die edelste vielleicht, die Menschen sich stellen können — gerade durch außerhalb des Strafrechts liegende Mittel aufs wirksamste fördern. Die neuen Strafgesetzentwürfe des Deutschen Reiches und Oesterreichs bieten, vielfach in Anlehnung an den hierin bahnbrechenden schweizerischen Entwurf, mit ihren „sichernden Maßnahmen" bezw. „Sicherungsmitteln" (der schweizerische Entwurf kennt auch „vorsorgliche Maßnahmen") manch wertvollen Ansatz.[3])

Die eminenten Verdienste, die sich die soziologische Schule durch ihre Vertiefung und Förderung der Aetiologie und Prophylaxe des Verbrechens erworben hat, können so zu ihrem vollen Rechte kommen. Und daß zum Beispiel bei der

---

[1]) Die Reformbedürftigkeit vieler Partien des geltenden Rechts soll damit selbstverständlich nicht geleugnet werden.

[2]) Ueber die kriminalpolitischen Vorzüge der Vergeltungsstrafe bahnbrechend Richard Schmidt in den Anm. 1 S. 252 genannten Schriften.

[3]) Für lokale Trennung der Strafen und der sichernden Maßnahmen in zwei verschiedenen Gesetzbüchern Beling, Die Vergeltungsidee und ihre Bedeutung für das Strafrecht, 1908 (Krit. Beitr. Heft 1), S. VII, 144; v. Birkmeyer, Studien 1909 (Krit. Beitr. Heft 7), S. 183.

Digitized by Google

Behandlung jugendlicher Verbrecher der Erziehungszweck erhöhte Beachtung fordert,[1]) sei so wenig verkannt wie die Notwendigkeit einer rein sichernden Internierung des gefährlichen Gewohnheitsverbrechers.[2]) Die Preisgabe des Vergeltungscharakters der Strafe aber und die damit von selbst gegebene Verquickung von Strafrecht und Verbrechensprophylaxe[3]) würfe die Entwicklung unsrer Rechtskultur um Jahrhunderte zurück.[4])

Soll und kann der Kunstbesitz im Erbgang versteuert werden?

Von

Fr. W. Freiherr v. Bissing

Die Erörterungen der letzten Monate lassen keinen Zweifel darüber, daß das Reich über kurz oder lang neuer Einnahmequellen bedarf und daß diese in Gestalt einer Besitzsteuer eröffnet werden müssen. Sollen nun nicht wieder einzelne Klassen von Besitzenden belastet werden, so kann diese Steuer nicht wohl andre Formen als die einer allgemeinen Vermögenssteuer und da wieder am besten einer Erbschaftssteuer annehmen. Nur bei dieser läßt sich ein Unterschied zwischen dem natürlichen Erbgang von den Eltern auf die Kinder, von den Geschwistern zu Geschwistern, von Großeltern zu Enkeln und den mehr oder minder zufälligen Erbschaften zwischen weit entfernten Verwandten machen, die der Staat zuweilen unter Aufbietung großer Mühen ausfindig macht. Sowenig die Testierfreiheit irgendwie beschränkt werden darf, so billig ist es, daß in Fällen, wo ein klärlich berechtigter Erbe nicht vorhanden ist, der Staat (und vielleicht zu gleichen Teilen die Gemeinde) die Erbschaft antritt. Von „Konfiskation" kann hier durchaus nicht geredet werden, denn der Erblasser konnte (und mußte, wenn es in seiner Absicht lag), zu jeder Zeit durch letztwillige Verfügung über seinen Nachlaß bestimmen. Meiner Ansicht nach wären nun keinerlei Einwendungen dagegen zu machen, daß der „Staat", der hier erbte, das Reich wäre: alle

[1]) Freilich darf die Strafe auch bei Jugendlichen nicht völlig zurücktreten; vgl. u. a. Oetker, Gerichtssaal, Bd. 73, 1909, S. 385 ff.

[2]) Vgl. u. a. Kohler, Gedanken über die Ziele des heutigen Strafrechts, 1909 (Krit. Beitr. Heft 11), S. 26.

[3]) Vgl. die tiefgreifenden Untersuchungen über das Verhältnis beider bei Nagler, Verbrechensprophylaxe und Strafrecht, 1911 (Krit. Beitr. Heft XIV).

[4]) Glänzend dargetan bei Richard Schmidt, Die Strafrechtsreform in ihrer staatsrechtlichen und politischen Bedeutung, 1912 (Krit. Beitr. Heft XV), S. 188 f., 219 f. Richard Schmidt weist auch (ebenda S. 56 ff., 189 ff.) in origineller Gedankenführung darauf hin, wie die Vergeltungsidee in ihrer Schmiegsamkeit befähigt sei, dem Standpunkte verschiedener Weltanschauungen und jedes Parteiprogramms zu genügen.

Digitized by Google

Bundesstaaten haben ja an einer Gesundung der Reichsfinanzen das allergrößte Interesse und die (an sich segensreiche) Möglichkeit, daß ein Deutscher gleichzeitig Angehöriger mehrerer Bundesstaaten sein kann, könnte im Fall des Erbrechts der einzelnen Bundesstaaten leicht zu Schwierigkeiten führen.

Eine Nachlaßsteuer zugunsten des Reichs hätte aber auch den Vorteil, recht kräftig alle die Stiftungen heranziehen zu können, die nicht unmittelbar an gemeindliche oder staatliche Unternehmungen fallen, und auf diese Weise das Vermögen der toten Hand stärker als bisher zu erfassen. Ausnahmen sollten hier sowenig wie möglich zugelassen werden, und ganz besonders sollten solche Körperschaften, Vereine usw. herangezogen werden, die ganz oder teilweise ihren Sitz im Ausland haben und daher befürchten lassen, daß das Kapital ins Ausland wandern könnte. Gewiß würde hier und da auch einmal ein wirklich gemeinnütziger Verein zu leiden haben, aber der Uebergang großer Besitztümer an Klöster, Orden, internationale Verbände, auch an Katzenheime und ähnliche Veranstaltungen würde, wenn nicht verhindert, so doch der Allgemeinheit nutzbar gemacht. Wer an diesen Dingen Interesse hat, der mag bei Lebzeiten ja schon hergeben, was ihm entbehrlich dünkt.

Eine solche Erbschafts- und Vermögenssteuer würde nun natürlich auch den festen oder beweglichen Besitz an Kunstwerken, wertvollen Bauten, Naturschönheiten treffen und ihn belasten. So einfach und selbstverständlich das klingt, so schwierig dürfte gerade hier die Ausführung sein. Ich rede nicht von jenen Tausenden und aber Tausenden von „Kunstgegenständen" aus alter und neuer Zeit, die das Heim unsrer Freunde und Verwandten mehr oder minder glücklich „schmücken", sondern von den an Zahl immerhin nicht ganz unbeträchtlichen Kunstwerken von wirklichem Wert: Werke bedeutender Künstler, Stücke, an die sich hervorragende geschichtliche Erinnerungen knüpfen, Bauten, die im Stadtbild oder in der Landschaft künstlerische Werte bedeuten. Sie einfach bei jedem Erbgang zu belasten, bedeutet, wie das Beispiel Englands zeigt, in den meisten Fällen früher oder später die Notwendigkeit des Verkaufs. Denn durch die wiederholte Zahlung der Steuer steigt der Wert des Gegenstandes für den, der ihn erbt, ins Ungemessene, und nicht immer ist der Erbe bereit oder auch nur in der Lage, so kostbare Gegenstände in seinem Besitz zu belassen. Denn die Erhaltung solcher Kunstwerke oder geschichtlicher Werte (und das gilt ganz besonders auch von Bauwerken, Parks usw.) legt dem Besitzenden sehr beträchtliche Opfer an Geld, auch wohl an Zeit, auf, er muß hohe Versicherungen zahlen und wird das alles sehr viel unwilliger tun, wenn er doch voraussieht, daß seine Erben den Besitz nicht halten können. Der Verlust dieser Werte, der Verkauf etwa ins Ausland, bedeutet aber einen oft unersetzlichen Verlust an Kulturwerten für unser Vaterland.

Und auch ein zweiter Moment erschwert die Besteuerung dieser Besitztümer, der schwankende Wert selber. Wer vor vierzig Jahren ein Bild von Böcklin oder el Greco zu kaufen wünschte, konnte das um ungefähr so viel Hunderte tun, wie er jetzt Tausende, ja Zehntausende aufwenden muß. Die Schätzung

Digitized by Google

anerkannter neuerer Künstler, wie Böcklin, Lenbach, Leibl, Spitzweg, von den Franzosen gar nicht zu reden, ist Schwankungen unterworfen, wie sie kein Börsenpapier kennt, und wer bei einer Erbschaft im Zeitraum von nur wenigen Jahren zweimal Werke des gleichen Künstlers zu versteuern hätte, müßte bald den Wert bedeutend überzahlen, bald würde er überraschend billig wegkommen. Maßgebend für die Steuerbehörde könnte ja nur der in der Zeit kurz vor der Erbschaft gezahlte wirkliche Preis für Bilder des betreffenden Meisters sein, der sich aus den letzten Auktionen, Museumsankäufen usw. ergäbe.

Aber damit noch nicht genug: Vielleicht die heikelste Frage ist nicht nur bei alten, sondern auch bei neueren Kunstwerken — ich denke zum Beispiel an Spitzweg, Lenbach, die Franzosen — und vor allem auch beim Kunstgewerbe die Echtheitsfrage. Wir haben ja in den letzten Jahren genügend Fälle erlebt, wo ein und dasselbe Kunstwerk von den besten Autoritäten bald einem großen Meister, bald einem Nachahmer oder Fälscher zugeschrieben wurde, wo Kacheln, Möbel usw. bald als seltenste Kostbarkeiten, bald als wertloser Plunder bezeichnet wurden. Wem soll in solchen Fällen die Steuerbehörde glauben? In einer bekannten, in den letzten Jahren öffentlich ausgestellten Sammlung befanden sich nicht weniger als fünf Rembrandts. Welch ein Schatz! Wie müßte sich da die staatliche Behörde über einen fetten Bissen freuen — eine eingehende Prüfung ergab, daß alle fünf Bilder Schulbilder oder Fälschungen waren. Der Besitzer hatte aber stets an ihrer Echtheit festgehalten und hätte eine Geringschätzung empört von sich gewiesen. Auch das Umgekehrte ist möglich: in derselben Galerie befand sich ein „Rubens", der mit dem Meister sicher gar nichts zu tun hatte — auf dem Speicher aber stand, völlig unbeachtet, eine Skizze, die jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit als Rubens gilt. Soll in dem einen Fall die Steuerbehörde das zuviel gezahlte Geld künftig herauszahlen, in dem zweiten Fall eine Zahlung nachfordern! Bei dieser Praxis würden sich, wie in Italien aus andern Gründen, die Privatsammlungen dem Studium bald verschließen und Entdeckungen großer Meister würden in unserm Privatbesitz wohl stets erst gemacht werden, wenn die Bilder über den Ozean verkauft wären.

Sollen nun diese Schwierigkeiten etwa zur Aufgabe der Besteuerung des Kunstbesitzes überhaupt führen und damit dann wohl zur Aufgabe der ganzen allgemeinen Erbschaftssteuer? Gewiß nicht. Es müssen nur Mittel und Wege gefunden werden, um die Schwierigkeiten möglichst zu verringern, um womöglich das Gesetz selbst zu einem Schutz für unsern nationalen Kunstbesitz zu machen. Die Vorschläge, die ich im folgenden auf Grund einer langen Beschäftigung mit dem Gegenstand mache, sind gewiß, zumal nach der juristisch-formellen Seite hin, verbesserungsfähig. Aber ich glaube, daß der Gesetzgeber in ihnen einen brauchbaren Ausgangspunkt finden kann, wofern er bereit ist, die hier vorliegenden eigentümlichen Verhältnisse nicht einfach nach dem gewohnten Schema zu betrachten, sondern sich die besonderen Werte klarmacht, die es hier zu schützen und der Allgemeinheit nutzbar zu machen gilt.

Wer nicht bereit ist, sich ohne Appell der Schätzung der Regierungskommission

Digitized by Google

im Erbfall zu unterwerfen, hat ein Jahr nach Annahme des Gesetzes ein Verzeichnis seiner Kunstschätze einzureichen mit Wertangabe.

In besonderen Fällen kann die Frist verlängert werden bis zu drei Jahren.

Der Besitzer erklärt nun entweder, daß er sich die freie Verfügung über seine Kunstschätze ganz oder teilweise vorbehält. In diesem Fall hat der Staat das Recht, die Schätzungen durch eine staatliche Kommission von drei Männern ganz oder teilweise nachprüfen zu lassen. Einen der drei Männer erwählt der Besitzer, einen der Staat, den dritten kooptieren diese beiden. Dieser Kommission steht das Recht zu, minderwertige Kunstwerke aus der Liste auszuscheiden, eventuell auch andre einzufügen. Die von dieser Kommission festgesetzten Schätzungen bleiben bindend, und nach ihnen ist beim Erbanfall, gleichgültig, ob das Kunstwerk noch vorhanden oder verkauft ist, die Steuer zu entrichten, sofern nicht beim Verkauf bereits die Steuer entrichtet ist oder ein entsprechender Vermögenszuwachs angemeldet ist. Die Höhe des Verkaufspreises hat der Verkäufer an Eidesstatt anzugeben. Gegenstände unter dem Wert von 300 Mark fallen nicht unter diese besonderen Bestimmungen, wenn ihr gesamter Wert 25000 Mark nicht übersteigt.

Gegenstände, die nachweislich verbrannt, beschädigt oder zugrunde gegangen sind und ordentlich abgemeldet sind, scheiden aus.

Beim Einzelverkauf an den Staat oder eine deutsche öffentliche Anstalt wird nur von dem Teil des Erlöses die Steuer entrichtet, der den Schätzungswert übersteigt.

Erklärt der Besitzer aber, daß er die Kunstwerke seiner Familie erhalten wissen will, daß er sie öffentlich ausstellen will, so reicht er gleichfalls ein Verzeichnis ein, und in diesem Fall ist eine Gegenschätzung unnötig. Denn die Steuer bleibt so lange suspendiert, als diese Gegenstände von dem Besitzer oder seinen Erben nicht verkauft sind. Bei einem Verkauf an den Staat ist keine Steuer zu entrichten, der Erlös gilt als Vermögenszuwachs und wird also erst beim nächsten Erbanfall besteuert. Bei einem Verkauf an Private oder ins Ausland ist die Steuer sofort zu entrichten; der Besitzer ist dabei verpflichtet, den vollen Erlös einwandfrei nachzuweisen, und darf einen angemessenen Betrag für Reklame, entstandene Unkosten abziehen. Insbesondere bei Auktionen sind solche Unkosten in Anrechnung zu bringen, andernteils wäre hier die Einführung einer besonderen Wertzuwachssteuer zu erwägen, wenn der erzielte Kaufpreis gegenüber dem zuletzt gezahlten Preis unangemessen hoch ist. Die Bestimmungen des Wertzuwachssteuergesetzes bei Grundbesitz wären hier sinngemäß anzuwenden, und bei einem den dreifachen Einkaufswert übersteigenden Gewinn sollte der Anteil des Reichs allmählich bis 25 Prozent ansteigen. Besondere Vorkehrungen wären zu treffen gegen die Abwanderung von Auktionen ins Ausland, und strenge Strafen, in manchen Fällen Freiheitsstrafen, müßten auf die Verheimlichung, absichtliche Minderwertung des Kunstbesitzes und falsche Angaben über den erzielten Kaufpreis gesetzt werden.

In besonderer Weise müßte das Gesetz seine Anwendung auf die Altertums-

Digitized by Google

anerkannter neuerer Künstler, wie Böcklin, Lenbach, Leibl, Spitzweg, von den Franzosen gar nicht zu reden, ist Schwankungen unterworfen, wie sie kein Börsenpapier kennt, und wer bei einer Erbschaft im Zeitraum von nur wenigen Jahren zweimal Werke des gleichen Künstlers zu versteuern hätte, müßte bald den Wert bedeutend überzahlen, bald würde er überraschend billig wegkommen. Maßgebend für die Steuerbehörde könnte ja nur der in der Zeit kurz vor der Erbschaft gezahlte wirkliche Preis für Bilder des betreffenden Meisters sein, der sich aus den letzten Auktionen, Museumsankäufen usw. ergäbe.

Aber damit noch nicht genug: Vielleicht die heikelste Frage ist nicht nur bei alten, sondern auch bei neueren Kunstwerken — ich denke zum Beispiel an Spitzweg, Lenbach, die Franzosen — und vor allem auch beim Kunstgewerbe die Echtheitsfrage. Wir haben ja in den letzten Jahren genügend Fälle erlebt, wo ein und dasselbe Kunstwerk von den besten Autoritäten bald einem großen Meister, bald einem Nachahmer oder Fälscher zugeschrieben wurde, wo Kacheln, Möbel usw. bald als seltenste Kostbarkeiten, bald als wertloser Plunder bezeichnet wurden. Wem soll in solchen Fällen die Steuerbehörde glauben? In einer bekannten, in den letzten Jahren öffentlich ausgestellten Sammlung befanden sich nicht weniger als fünf Rembrandts. Welch ein Schatz! Wie müßte sich da die staatliche Behörde über einen fetten Bissen freuen — eine eingehende Prüfung ergab, daß alle fünf Bilder Schulbilder oder Fälschungen waren. Der Besitzer hatte aber stets an ihrer Echtheit festgehalten und hätte eine Geringschätzung empört von sich gewiesen. Auch das Umgekehrte ist möglich: in derselben Galerie befand sich ein „Rubens", der mit dem Meister sicher gar nichts zu tun hatte — auf dem Speicher aber stand, völlig unbeachtet, eine Skizze, die jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit als Rubens gilt. Soll in dem einen Fall die Steuerbehörde das zuviel gezahlte Geld künftig herauszahlen, in dem zweiten Fall eine Zahlung nachfordern! Bei dieser Praxis würden sich, wie in Italien aus andern Gründen, die Privatsammlungen dem Studium bald verschließen und Entdeckungen großer Meister würden in unserm Privatbesitz wohl stets erst gemacht werden, wenn die Bilder über den Ozean verkauft wären.

Sollen nun diese Schwierigkeiten etwa zur Aufgabe der Besteuerung des Kunstbesitzes überhaupt führen und damit dann wohl zur Aufgabe der ganzen allgemeinen Erbschaftssteuer? Gewiß nicht. Es müssen nur Mittel und Wege gefunden werden, um die Schwierigkeiten möglichst zu verringern, um womöglich das Gesetz selbst zu einem Schutz für unsern nationalen Kunstbesitz zu machen. Die Vorschläge, die ich im folgenden auf Grund einer langen Beschäftigung mit dem Gegenstand mache, sind gewiß, zumal nach der juristisch-formellen Seite hin, verbesserungsfähig. Aber ich glaube, daß der Gesetzgeber in ihnen einen brauchbaren Ausgangspunkt finden kann, wofern er bereit ist, die hier vorliegenden eigentümlichen Verhältnisse nicht einfach nach dem gewohnten Schema zu betrachten, sondern sich die besonderen Werte klarmacht, die es hier zu schützen und der Allgemeinheit nutzbar zu machen gilt.

Wer nicht bereit ist, sich ohne Appell der Schätzung der Regierungskommission

Digitized by Google

im Erbfall zu unterwerfen, hat ein Jahr nach Annahme des Gesetzes ein Verzeichnis seiner Kunstschätze einzureichen mit Wertangabe.

In besonderen Fällen kann die Frist verlängert werden bis zu drei Jahren.

Der Besitzer erklärt nun entweder, daß er sich die freie Verfügung über seine Kunstschätze ganz oder teilweise vorbehält. In diesem Fall hat der Staat das Recht, die Schätzungen durch eine staatliche Kommission von drei Männern ganz oder teilweise nachprüfen zu lassen. Einen der drei Männer erwählt der Besitzer, einen der Staat, den dritten kooptieren diese beiden. Dieser Kommission steht das Recht zu, minderwertige Kunstwerke aus der Liste auszuscheiden, eventuell auch andre einzufügen. Die von dieser Kommission festgesetzten Schätzungen bleiben bindend, und nach ihnen ist beim Erbanfall, gleichgültig, ob das Kunstwerk noch vorhanden oder verkauft ist, die Steuer zu entrichten, sofern nicht beim Verkauf bereits die Steuer entrichtet ist oder ein entsprechender Vermögenszuwachs angemeldet ist. Die Höhe des Verkaufspreises hat der Verkäufer an Eidesstatt anzugeben. Gegenstände unter dem Wert von 300 Mark fallen nicht unter diese besonderen Bestimmungen, wenn ihr gesamter Wert 25000 Mark nicht übersteigt.

Gegenstände, die nachweislich verbrannt, beschädigt oder zugrunde gegangen sind und ordentlich abgemeldet sind, scheiden aus.

Beim Einzelverkauf an den Staat oder eine deutsche öffentliche Anstalt wird nur von dem Teil des Erlöses die Steuer entrichtet, der den Schätzungswert übersteigt.

Erklärt der Besitzer aber, daß er die Kunstwerke seiner Familie erhalten wissen will, daß er sie öffentlich ausstellen will, so reicht er gleichfalls ein Verzeichnis ein, und in diesem Fall ist eine Gegenschätzung unnötig. Denn die Steuer bleibt so lange suspendiert, als diese Gegenstände von dem Besitzer oder seinen Erben nicht verkauft sind. Bei einem Verkauf an den Staat ist keine Steuer zu entrichten, der Erlös gilt als Vermögenszuwachs und wird also erst beim nächsten Erbanfall besteuert. Bei einem Verkauf an Private oder ins Ausland ist die Steuer sofort zu entrichten; der Besitzer ist dabei verpflichtet, den vollen Erlös einwandfrei nachzuweisen, und darf einen angemessenen Betrag für Reklame, entstandene Unkosten abziehen. Insbesondere bei Auktionen sind solche Unkosten in Anrechnung zu bringen, andernteils wäre hier die Einführung einer besonderen Wertzuwachssteuer zu erwägen, wenn der erzielte Kaufpreis gegenüber dem zuletzt gezahlten Preis unangemessen hoch ist. Die Bestimmungen des Wertzuwachssteuergesetzes bei Grundbesitz wären hier sinngemäß anzuwenden, und bei einem den dreifachen Einkaufswert übersteigenden Gewinn sollte der Anteil des Reichs allmählich bis 25 Prozent ansteigen. Besondere Vorkehrungen wären zu treffen gegen die Abwanderung von Auktionen ins Ausland, und strenge Strafen, in manchen Fällen Freiheitsstrafen, müßten auf die Verheimlichung, absichtliche Minderwertung des Kunstbesitzes und falsche Angaben über den erzielten Kaufpreis gesetzt werden.

In besonderer Weise müßte das Gesetz seine Anwendung auf die Altertums-

Digitized by Google

händler finden. Da diese eine Gewerbesteuer zahlen, so müßten hier Verkäufe und Gegenstände bis zu 5000 Mark frei bleiben, ferner alle Gewinne, die nachweislich 25 Prozent nicht übersteigen. Verkäufe an den Staat und an öffentliche Sammlungen blieben natürlich frei. Eine Schädigung des Altertumshandels soll selbstverständlich vermieden werden; bei der Beratung des Gesetzes müßten Vertreter der öffentlichen Sammlungen, des Altertumshandels und des Privatbesitzes herangezogen werden, und der Nachdruck muß dabei weniger auf die fiskalische Ausnutzung als auf die Erhaltung unsers nationalen Kunstbesitzes gelegt werden. Sollten die hier gemachten Vorschläge, deren Ausbau- und Verbesserungsbedürfnis ich ohne weiteres zugebe, sich als eine brauchbare Anregung und Grundlage erweisen, sollten sie auch nur den Gesetzgeber auf eine mögliche Gefahr für die Erhaltung künstlerischer Werte jeder Art aufmerksam machen, so wird die Absicht des Verfassers erreicht sein.

Literarische Berichte

Murillo. Des Meisters Gemälde in 287 Abbildungen. (Klassiker der Kunst in Gesamtausgaben. XXII. Band.) Herausgegeben von August L. Mayer. Stuttgart und Berlin, Deutsche Verlags-Anstalt. Gebunden M. 12.—.

Von den Werken Murillos, des zweiten Klassikers der Malerei, den Spanien hervorgebracht hat, ist nur ein kleiner Teil auf deutschen Boden oder in vielbesuchte Sammlungen Mitteleuropas gelangt; dennoch hat der in seinem Vaterlande von jeher hochgeschätzte Sevillaner Meister, seitdem man ihn und mit ihm die spanische Kunst überhaupt bei uns „entdeckt" hat, in Deutschland — wie übrigens auch in andern europäischen Kulturländern, besonders in England — stets zu den populärsten Malern aller Zeiten gehört und sein Ruhm lange sogar den seines großen Landsmanns Velazquez überstrahlt. Die harmonische Vereinigung innigsten religiösen Empfindens und echter Herzenswärme mit einem heitern, lebensfreudigen Naturell, die uns in Murillo entgegentritt, die holde Anmut und selige Verklärtheit seiner Madonnen, seine wunderlieblichen Christkind- und Engeldarstellungen, die rührende gläubige Hingebung, die in seinen Heiligengestalten zum Ausdruck kommt, die frische Natürlichkeit in seinen bekannten Genrebildern aus dem Sevillaner Volksleben und nicht zuletzt die feine malerische Durchbildung, das muntere Farbenspiel seiner Werke haben überall mit zwingender Gewalt Augen und Herzen empfänglicher Naturen ihm zugewandt und werden die Bewunderung für seine Kunst immer rege erhalten. Die ganze Fülle künstlerischer Werte, die das Schaffen des „spanischen Raffael" umfaßt, breitet der vorliegende schöne Murilloband übersichtlich vor uns aus und gibt uns Gelegenheit, die imposante Galerie seiner erhalten gebliebenen Gemälde an der Hand eines kundigen Führers, eines der besten Kenner der spanischen Kunst zu durchwandern und zu durchforschen. Es wird wenig Kunstfreunde geben, die dabei nicht viele ihnen unbekannte Werke finden, in den bekannteren viele köstliche Einzelheiten und Eigenschaften durch den Vergleich klarer erfassen oder neu entdecken werden; insbesondere wird die Reihe der hier größtenteils zum ersten Male publizierten Porträts, die erkennen lassen, daß Murillo auch auf diesem weniger von ihm gepflegten Gebiet ein Meister ersten Ranges war, für die allermeisten Benutzer des Bandes eine Ueberraschung und eine Offenbarung sein.

B—r.

Kirchliche Fälschungen. Von Frd. Thudichum. Leipzig 1911, Max Sängewald. XV, 451, 8°. M. 6.—.

In neuerer Zeit ist es öfters versucht worden, auch die sog. vier Hauptbriefe des Paulus (an die Römer, Korinther und Galater) als unechte Machwerke zu erweisen. Namentlich ein Buch von Steck (in Bern) machte 1888 viel Aufsehen. Einen solchen Versuch legt nun auch Thudichum, früher Professor der Jurisprudenz in Tübingen, im dritten Bande seines Werkes „Kirchliche Fälschungen" vor. Um seine Aufstellung zu begründen, erklärt er den ersten Klemensbrief und alle Briefe des Ignatius für unecht, behauptet, die „Schriften

Digitized by Google

des Irenäus, so wie sie auf uns gekommen, beruhten auf Fälschung aus dem vierten oder fünften Jahrhundert", und die Nachrichten von Tertullian und Origenes über Paulus seien „sämtlich für spätere Erfindungen zu halten" (S. 6 f.). Man braucht nicht fortzufahren. Kritik ist selbstverständlich die wahre Mutter der Wissenschaft. Aber wenn sie derartige Annahmen macht, muß ihr die Kritik selbst wieder entgegentreten.

Ed. König.

Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von Georg v. Below, Heinrich Finke und Friedrich Meinecke. Berlin 1910, Walther Rothschild.

Von dieser wertvollen Sammlung geschichtlicher Abhandlungen liegen uns vor Heft 17, in dem Otto Wittlager über die deutschen politischen Flüchtlinge in Straßburg 1830 bis 1849 handelt und ihre Persönlichkeiten und ihr Wirken eingehend charakterisiert; Heft 19, in dem Vinzenz Samanek über Kronrat und Reichsherrschaft im dreizehnten und vierzehnten Jahrhundert sich verbreitet; Heft 21, das aus der Feder von Hermann Bächtold eine sehr eingehende Schilderung des norddeutschen Handels im zwölften und im beginnenden dreizehnten Jahrhundert enthält und wertvolle Beiträge zur deutschen Wirtschafts- und Kulturgeschichte liefert; endlich Heft 22, in welchem Ernst Haymann das Verhältnis Napoleons I. zu den großen Mächten 1806 beleuchtet, von denen England der größte und in gewissem Sinn in Napoleons Gedanken der einzige Feind gewesen ist.

E.

Entwicklungsgeschichte der Stilarten. Von B. Haendcke. Verlag von Velhagen & Klasing in Bielefeld u. Leipzig. Preis geh. M. 12.50, geb. M. 15.—.

Mit diesem volle 600 Seiten umfassenden Handbuch über die Entwicklungsgeschichte der Stilarten legen Herausgeber und Verlag eine in mehrfacher Hinsicht verdienstliche Arbeit vor, der Herausgeber, indem er hier etwas schuf, das bisher noch nicht geboten worden ist, wenigstens nicht in der knappen und doch umfassenden Form, wie es hier geschieht, und der Verlag, indem er der Arbeit des Verfassers eine hervorragende Ausstattung verlieh, in dem das dargereichte Material die trefflichste Ergänzung erfährt. Stofflich stellt Haendcke in den Vordergrund seines Handbuchs die Architektur als die Regina artium, behandelt aber im Anschluß jeweils nicht minder ausführlich auch das ganze übrige Gebiet der freien und angewandten Kunst, vornehmlich das eigentliche Kunstgewerbe (einschließlich Hausrat und Mode). Zeitlich umfaßt das Werk alle wichtigen Zeitepochen von der Antike bis ins neunzehnte Jahrhundert, während es räumlich sich auf das gesamte Abendland erstreckt. Wertvoll sind in dem Buche außer den 348 Abbildungen im Text und den 12 farbigen Einschaltbildern die Literaturhinweise nebst dem beigegebenen Literaturverzeichnisse und das alphabetische Sachregister. Diese Beigaben erhöhen die Brauchbarkeit des Buches in besonderem Maße und sichern ihm eine ausgedehnte Popularität. Der Kunstfreund wie der Fachmann dürften dies Haendckesche Werk der Stilgeschichte mit ungeteilter Freude begrüßen.

—Kz.—

Der Findling vom Arlberg. Von Helene Raff. München, Süddeutsche Monatshefte. Preis M. 3.50, geb. M. 4.50.

Auf der Höhe des Arlbergpasses, der von Vorarlberg nach Tirol führt, liegt das St.-Christophs-Hospiz, das manches Jahrhundert hindurch den Reisenden, die zur Winterszeit die schwer gangbare Straße wandern mußten, Zuflucht bot, vielen zur Rettung wurde. Von andern uralten Berghospizen, wie besonders dem auf dem St. Bernhard, an Bedeutung und Berühmtheit übertroffen, hat es doch eine eigentümliche Weihe durch seine Stiftungsgeschichte erhalten: ein armer Hirt, ein Findelkind aus Kempten, war der Gründer des Christophshospizes. Daß ein Armer, Eltern- und Heimatloser ein solches, für jene Zeiten wichtiges und segensreiches Werk ins Leben rufen konnte, ist ein merkwürdiges Beispiel für die Kraft eines menschenfreundlichen Gedankens und eines dem Dienste selbstloser Nächstenliebe hingegebenen Charakters; und man begreift, daß es der Phantasie eines Dichters zur verlockenden Aufgabe werden konnte, sich ein anschauliches Bild von der schattenhaften Gestalt „Heinrich Findelkinds" zu machen, ihm einen Lebenslauf zu ersinnen, aus dem jene schöne Tat als die naturnotwendige Frucht edler, durch schwere Schicksale nur geläuterter und gekräftigter Menschenliebe heranreift. Die Münchner Dichterin Helene Raff hat diesen so dankbaren Stoff mit glücklichem Griff gefunden und ausgestaltet und in ihrem „Findling vom Arlberg" eine Erzählung geschaffen, die in ihrer herzgewinnenden, schlichten und echt poetischen Art den Ehrentitel eines Volksromans im schönsten, durch keinen Mißbrauch zu entweihenden Sinn des Wortes verdient. Durch das Geheimnis seiner Kindheit, das sich ihm erst am Abend seines Lebens enthüllt, ist der arme Hirtenbub an den Arlberg gebunden; mit dem Erwachen seiner Persönlichkeit erwacht in ihm auch das Mitgefühl für die Opfer, die der unwirtliche Berg allwinterlich fordert; und wie dies Mitgefühl zur beherrschenden Idee und Leidenschaft wird, wie dem Findelkind all sein Erleben, Härte und Milde, die er von den Nebenmenschen erfährt, Enttäuschung und Ver-

Digitized by Google

folgung, Untergang dessen, was ihm das Liebste war, Zweifel und Entmutigung, doch zuletzt nur dazu dienen muß, ihn seinem großen Lebensziel näherzubringen, das ist mit einem feinen und richtigen Gefühl für das Typische in Leben und Schicksal der wahrhaft selbstlos angelegten Menschen, des Genies des Altruismus erfunden und erzählt. Erfunden und erzählt aber auch mit glücklichem Sinn für den Farben- und Gestaltenreichtum des mittelalterlichen Lebens, mit einer Beimischung echten, gemütvollen Humors, der besonders dem ungefügen Liebespaar Romuald und Wolfsinde zugute gekommen ist, und mit einer höchst anziehenden Gabe für knappe, treffende Charakteristik, die jeder der vielen Personen der Erzählung eine eigne Nase und eignen Stimmklang zu geben weiß — alles Eigenschaften, die sich auch schon in den früher erschienenen kürzeren Erzählungen und Novellen Helene Raffs fanden, die aber hier in ihrem ersten größeren Werk erst so recht Platz und Luft, sich zu entfalten, gefunden zu haben scheinen. —y—

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Bernhard, Prof. Ludwig, Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik. Berlin, Julius Springer. M. 1.60.

Frank, Josepha, Pianisten. Roman. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller. M. 3.—.

Fridrichowicz, Dr. Eugen, Grundriß einer Geschichte der Volkswirtschaftslehre. München und Leipzig, Duncker & Humblot. Geb. M. 6.—.

Friedrich, Karl, Vergeude keine Lebenskraft! 2. Aufl. München, Ernst Reinhardt. M. 1.—.

Goldstein, Moritz, Begriff und Programm einer jüdischen Nationalliteratur. Berlin, Jüdischer Verlag. 50 Pf.

Hayn, Hugo, und **Alfred N. Gotendorf**, Bibliotheca Germanorum Erotica et Curiosa. 3. Aufl. Band II. München, Georg Müller.

Jaskowski, Friedrich, Philosophie des Vegetarismus. Eine philosophische Grundlegung und philosophische Betrachtung des Vegetarismus und seiner Probleme in Natur, Ethik, Religion und Kunst. Berlin, Otto Salle. M. 4.—.

Kaufmann, Prof. Georg, Geschichte Deutschlands im neunzehnten Jahrhundert. Volksausgabe. Berlin, Georg Bondi. M. 4.50.

Leitzmann, Albert, Wilhelm von Humboldts Sonettdichtung. Bonn, A. Marcus & E. Webers Verlag. Geb. M. 2.80.

Meisel-Heß, Grete, Geister. Novellen. Leipzig, Dr. Sally Rabinowitz.

Much, Hans, Denken und Schauen. Gedichte. Würzburg. Curt Kabitzsch. Geb. M. 4.50.

Nietzsche, Werke, Bd. XIX. Philologica. Unveröffentlichtes zur antiken Religion und Philosophie. Bd. III. Herausgegeben von Otto Crusius und Wilhelm Nestle. Leipzig, Alfred Kröner. M. 12.—.

Robicek, Olga, Die beiden Wolfsberg. Ein österreichischer Offiziersroman. Nach dem Englischen. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller. M. 6.—.

Rühlmann, Dr. Paul, Der staatsbürgerliche Unterricht in Frankreich. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 1.40.

Salomon, Alice, Was wir uns und anderen schuldig sind. Ansprachen und Aufsätze für junge Mädchen. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 2.—.

Thamm, Prof. Dr. M., Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates. (Sammlung Göschen.) Berlin und Leipzig, G. J. Göschen'sche Verlagsbuchh. Geb. 80 Pf.

Wygodzinski, Prof. Dr. W., Wandlungen der deutschen Volkswirtschaft im neunzehnten Jahrhundert. Köln, M. Du-Mont-Schauberg. M. 1.80.

Zoozmann, Richard, Dante. Gedichte von zweifelhafter Echtheit. Leipzig, Xenien-Verlag. M. 4.—.

Ziehen, Julius, Aus der Studienzeit. Ein Quellenbuch zur Geschichte des Deutschen Universitäts-Unterrichts in der neueren Zeit. Aus autobiographischen Zeugnissen. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Geb. M. 10.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Die europäische Lage

Seit zwei Jahren leiden die Völker Europas unter der Unsicherheit und unter starken Beunruhigungen der internationalen Lage, welche immer größere Rüstungen zur Folge haben. Trotz des Wunsches und Willens aller großen Nationen, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten, wird sich der fast krankhafte politische Zustand Europas nicht ändern, bevor nicht eine Brücke zwischen dem Dreibunde und der Tripelentente errichtet worden ist.

Diese Brücke könnte allein durch eine Annäherung der beiden stärksten Mächte im Dreibunde und in der Tripelentente gebildet werden. Wir stehen vielleicht am Anfange dieses großen Zieles der Weltpolitik. Ueber die augenblickliche internationale Lage beabsichtigen wir Aufklärungen hervorragender Politiker und Diplomaten, welche seither selbst im europäischen Konzert an leitender Stelle tätig waren, zu geben, auch wenn die Ansichten derselben nicht immer übereinstimmend sind.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Das Einvernehmen der Mächte und die Erhaltung des europäischen Friedens

Ein Brief an den Herausgeber der „Deutschen Revue" von einem ausländischen ehemaligen Diplomaten

Sehr geehrter Herr!

Sie ersuchen mich um einige kurze Ausführungen für die „Deutsche Revue" über das Einvernehmen der Großmächte und über die Erhaltung des Friedens zwischen dem Dreibund und der Tripelentente.

Das ist in der Tat die große Sorge, die höchste Sorge der politischen Welt, seitdem zuerst der Marsch der Franzosen nach Fez, dann der Krieg, den Italien der Türkei erklärte, die Hohlheit gewisser Dogmen der europäischen Politik und die Gebrechlichkeit jenes überaus beweglichen Dinges, das man von Augenblick zu Augenblick den Statusquo nennt, deutlich haben hervortreten lassen.

Das ist die Sorge, neben der die Beunruhigung, die der — wenn auch

Digitized by Google

lokalisierte — Balkankrieg hervorruft, nur wenig bedeutet, trotz der Schrecknisse, die ihn begleiten, und der Umwälzungen, die er mit sich bringt.

Meine Ansicht ist die, daß das Einvernehmen der Großmächte diesem Kriege gegenüber erkünstelt und negativ ist. Es ist das Ergebnis eines fortwährenden und glücklicherweise allen gemeinsamen Bemühens, jenen Weltbrand, den alle fürchten, zu vermeiden, weil er das von ungeheuren Katastrophen begleitete Unbekannte darstellt. Ihre Ziele im Orient sind verschieden wie ihre Interessen, aber diese Verschiedenheiten müssen verhehlt und dürfen, wenn sie sich zeigen, nicht betont werden. Die Mächte sind einig, nicht in Uneinigkeit geraten zu wollen, so ungleich ihre Ziele auch sind, und daher keine Fragen auftauchen zu lassen, in deren Gefolge die Gegensätze zutage treten würden, die man vermeiden will, die Antagonismen, die fernzuhalten höhere Interessen gebieten. Die Mächte sind einig, nicht weil sie dieselben Sympathien, dasselbe Programm, dieselben Pläne hätten — denn sie sind weit davon entfernt, dergleichen zu haben —, sondern weil sie ein gemeinsames, allen andern vorgehendes Interesse haben, nämlich das, nicht miteinander in Streit zu geraten, keine Entfesselung übermächtiger Kriegsrüstungen hervorzurufen.

Ein Einvernehmen auf solchen Grundlagen ist vielleicht nicht das unsicherste. Es hat schon starken Spannungen widerstanden (bosnische Angelegenheit, Marokkofrage), und es ist zu wünschen, ja man darf sich sogar mit der Hoffnung schmeicheln, daß es noch andern widerstehen wird. Aber die Tatsache, daß dieses Einvernehmen kein wirkliches, sondern ein künstliches und scheinbares ist, hat doch ernste Folgen.

Wenn das Einvernehmen der Mächte ein wirkliches wäre, wenn es tatsächlich ein europäisches Konzert gäbe, so würde sich dieses durch eine gemeinsame, sichere, wirksame, autoritative Tätigkeit kundgeben; statt dessen merkt man, wenn man die Unfähigkeit der Großmächte sieht, die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel zu dirigieren oder einfach zu meistern, daß sie gehindert, ängstlich, im geheimen uneinig sind, und man ist versucht, das Wort des Herrn v. Beust — und zwar mit weit größerer Berechtigung — zu wiederholen: „Es gibt kein Europa mehr!"

Es gab eine Zeit — vor und nach dem Augenblick, wo der sächsisch-österreichische Staatsmann dieses melancholische Wort aussprach — es gab eine Zeit, wo ein europäisches Konzert vorhanden war, das die Ereignisse regelte, ihnen einen Rahmen vorzeichnete, sie hinderte, über diesen hinauszugehen. Die heilige Allianz, die die Liberalen aller Länder so schlecht gemacht haben, hatte, neben manchen Nachteilen, das allzusehr verkannte Verdienst, lange Jahre hindurch, wie der Dreibund in unsern Tagen, den europäischen Frieden erhalten zu haben. Sie hat eben dadurch den Völkern ohne deren Wissen und Wollen einen Dienst erwiesen, indem sie die Sammlung der Kräfte und Ideen begünstigte, die durch Kriege in einer wahrscheinlich für die liberale Sache unfruchtbaren Weise vergeudet oder verstreut worden wären. Als es ein europäisches Konzert gab, brauchten sich durchaus nicht alle Mächte daran zu beteiligen, wenn es nur

Digitized by Google

eine Mehrheit gab, die den Andersgesinnten gegenüber ihren Willen durchsetzte. So vermochte auf dem Berliner Kongreß eine Mehrheit von Großmächten den Bestrebungen Rußlands Schranken zu setzen und Grenzen zu ziehen, die so ausgedacht waren, daß sie unter den auf dem Weg der Entwicklung begriffenen Kleinstaaten ein gewisses Gleichgewicht erhielten — mit einem Wort, sie wußte sich Respekt zu verschaffen, man hörte auf sie und gehorchte ihr. Es gab ein Europa und es war jemand vorhanden — ein Gewissen, ein Geist, ein Wille, eine Autorität —, die die Ereignisse dirigierten.

Was sieht man heute und seit einigen Jahren? Im allgemeinen zeigt sich, daß die Grundsätze der Begehrlichkeit untergeordnet werden, und im besonderen zeigt sich — da speziell die Balkanangelegenheiten es sind, die uns die Feder in die Hand drücken —, daß das Dogma der Integrität der Türkei, das bis zum Juni 1911 von allen Staatsmännern (Aehrenthal, Grey, San Giuliano usw.) verkündigt wurde, um die Wette selbst von denen, die es zu einer der Grundlagen ihrer auswärtigen Politik zu machen erklärten, verletzt wird, während die andern Mächte dieser Verletzung gegenüber untätig bleiben, sie geschehen lassen, anscheinend ohne sich die Gefahr eines solchen Beispiels zu vergegenwärtigen, und zugeben, daß das Dogma sich ändert. So wurde zum Beispiel nach der Eroberung von Libyen ausgemacht, daß die Türkei zwar ihre afrikanischen Provinzen verlieren, aber ihre Integrität in Europa und Asien aufrechterhalten werden sollte. Dies wurde laut erklärt, und selbst als die Balkanverbündeten ihrerseits gegen die Türkei vorgingen, versicherten sie, daß sie es täten, um Reformen, nicht aber territoriale Veränderungen durchzusetzen. Die Großmächte waren einverstanden. Es blieb ausgemacht, daß unter allen Umständen, einerlei, welche Ereignisse eintreten würden, der territoriale Statusquo nicht geändert werden sollte. Dann spielten sich die allgemein bekannten Ereignisse ab. Die Tatsachen löschten die eingegangenen Verpflichtungen aus. Wer erklärte wohl jetzt noch, nur Reformen haben zu wollen? Wer erklärte wohl noch, daß keine territorialen Veränderungen eintreten würden? Es zeigte sich jetzt, wie viel man sich in dieser besonderen Welt aus einem gegebenen Wort macht, das im Reiche der anständigen Menschen mit dem feierlichsten Schwur gleichbedeutend ist. Alle setzten sich darüber hinweg. Zwei Monate nach jenen feierlichen Erklärungen war alles vergessen. Und die Mächte ergaben sich in eine Umgestaltung der Karte der Balkanländer, die jenen Statusquo, der unantastbar bleiben sollte, von oben bis unten umstürzte. Wie lächerlich! Wie kläglich! Und doch, die Tatsache ist da: brutal, beschämend. Es gibt kein gegebenes Wort mehr, keine übernommenen Verpflichtungen, keine Grundsätze mehr. Warum? Weil es keine Autorität mehr gibt, die Respekt vor ihnen erzwingt. Es gibt kein Europa mehr.

Doch der Krieg erschöpft die kämpfenden Staaten. Ein Waffenstillstand wird geschlossen, und man versucht es mit Friedensunterhandlungen. Zwei Konferenzen treten in London zusammen, in der mehr oder weniger wohlverstandenen Hoffnung, der Entwicklung der Ereignisse Einhalt zu tun. Klägliche Beratungen, zu denen die Vertreter der kriegführenden Mächte sich versammeln, um sich über

Digitized by Google

nichts schlüssig zu werden, und die Botschafter der Großmächte, um nichts zu tun! Es galt, mit allem Nachdruck die Erreichung des Zieles zu versuchen, eine Lösung, eine Formel zu finden. Nichts, gar nichts kam zustande. Die Verhandlungen in London haben den Verfall der Diplomatie deutlich hervortreten lassen und die Ohnmacht Europas bestätigt. Das war vorauszusehen, denn man weiß, daß derartige internationale Zusammenkünfte nur dann zu einem Ergebnis führen, wenn eine individuelle oder areopagische Autorität vorhanden ist, die ihre Arbeiten auf ein vorher bestimmtes Ziel hinlenkt. Weil diese Autorität fehlte, weil man ins Blaue hinein beriet, haben die Verhandlungen nichts ergeben, und steht man nach zwei Monaten noch auf demselben Fleck: die Gegner treten kampfgerüstet wieder einander gegenüber und der Krieg beginnt in aller Form wieder mit seinem Gefolge von Schrecken und Scheußlichkeiten.

Der Friede, über den sich die Kriegführenden in keiner Weise zu einigen vermochten, konnte nicht mit Gewalt herbeigeführt werden, denn man fängt keinen gefährlicheren Krieg an, um einen weniger ernsten zu vermeiden. Zu andern Zeiten hätte er leicht durch die moralische Autorität der Mächte erzwungen werden können. In der Tat, die Meinungsverschiedenheit zwischen der Türkei und den Verbündeten erstreckte sich lediglich auf Adrianopel, das die Türkei mit Recht zu behalten verlangte, erstens, weil die Bevölkerung von Adrianopel zu achtzig Prozent muselmanisch ist, zweitens, weil Adrianopel nicht unter den Schlägen der Verbündeten gefallen war und noch Widerstand leistete. Was die Inseln des Aegäischen Meeres betrifft, deren Bevölkerung ungefähr 500000 Seelen zählt, so legte die Türkei die Entscheidung in die Hände der Mächte.

Doch Europa hat ein neues Blutvergießen, selbst wegen einer Divergenz, die von so geringer Bedeutung war neben den ungeheuren von den Verbündeten erreichten und von der besiegten Türkei zugestandenen Resultaten, nicht zu verhindern verstanden. Es besitzt gar keine Autorität mehr. Wenn die Verbündeten, die ihre Absicht, auf keine Eroberung auszugehen, vorher angekündigt hatten, sich nicht mit Thrazien, mit Mazedonien, mit Epirus, dem alten Serbien, die ihnen preisgegeben sind, begnügen, so geschieht das, weil sie wissen, daß ihnen alles erlaubt ist und daß sie alles wagen dürfen.

Die Tatenlosigkeit Europas oder, was noch schlimmer ist, die Aengstlichkeit und Unzulänglichkeit seiner Aktionen ist das Eingeständnis seiner Ohnmacht; seine Ohnmacht ist das Geständnis, daß das Einvernehmen der Großstaaten gemacht, gekünstelt ist und daß es sich, wie ich oben schon gesagt habe, nur durch die Mühe, die alle aufbieten, um nichts zu tun, nichts zu unternehmen, nichts zu versuchen, nichts zu wagen, was den Ausbruch ihrer versteckten Rivalitäten hervorrufen könnte, aufrecht erhält.

Woran liegt das? An der Gruppierung der Mächte. Die Urheber der Tripelentente haben dem Dreibund das Gleichgewicht zu halten gesucht. Das ist ihnen so gut gelungen, daß daraus zwei Gruppen entstanden sind, die sich

Digitized by Google

gegenseitig lähmen. Was ist das Resultat der Einwirkung zweier gleicher und entgegengesetzter Kräfte? In der Physik die Unbeweglichkeit, in der Politik die Machtlosigkeit.

Dieses Gleichgewicht unbeweglich gemachter Kräfte schafft einen Zustand der Dinge, der für kühne Unternehmungen Dritter der denkbar günstigste ist. Außerstande, die Ereignisse zu lenken, müssen die Großmächte sich ihnen fügen. Dieses Gleichgewicht gibt den Balkanverbündeten ihre stolze Sicherheit und rechtfertigt alle Vermessenheiten von ihrer Seite. Es garantiert ihnen die Untätigkeit jener, die in andern Augenblicken ihre Pläne durchkreuzen würden. Aus Furcht, dieses Gleichgewicht zu stören, sind die Mächte gezwungen, den Dingen ihren Lauf zu lassen. Das nützen die Verbündeten aus; deswegen wollen die Bulgaren Adrianopel haben, das mohammedanischer Boden ist, der ihnen nichts ist, der ihnen widersteht. Darum verlangen auch die Serben einen Hafen am Adriatischen Meer und erheben die Griechen Anspruch auf Valona, das albanisch ist, und auf die Inseln im Aegäischen Meer, sogar auf die, die geographisch zu Asien gehören. Heutzutage sind es die kleinen Staaten, die das Gesetz diktieren und die neue Karte des Orients zeichnen. Ihre Kühnheit kennt keine Grenzen mehr. Einer ihrer Generäle spricht davon, die Türken über das Meer zurückzuwerfen. Damit ist auch schon die Frage nach dem Schicksal Konstantinopels gestellt! Indessen, die Botschafterkonferenz ist noch an der Arbeit. Womit ist sie beschäftigt? Sie regelt die Uebernahme eines Teiles der ottomanischen Schuld durch die Verbündeten und die Abmachungen über ihre Verantwortlichkeit in bezug auf die orientalischen Eisenbahnen!

Zu der gegenwärtigen Lage mit den zwei Mächtegruppen, die sich das Gleichgewicht halten, und den kühnen kleinen Staaten, die die erzwungene Untätigkeit, zu der das Gleichgewicht die Großmächte verdammt, benutzen, um nach ihrem Belieben zu handeln, gibt es einen Präzedenzfall, den die Ereignisse von 1860 in Italien darstellen. Damals waren es Oesterreich und Frankreich, die einander das Gleichgewicht hielten. Die einzige Möglichkeit für sie, einen neuen Kampf zu vermeiden, der an den Ufern des Rheins zu einer Rückwirkung geführt haben würde, war, nichts zu tun. Man verzierte damals diese Ohnmacht mit dem Namen eines „Nichtinterventionsprinzips"; und während Oesterreich und Frankreich sich gegenseitig in Schach hielten, handelte Piemont. Es hielt erst an den Grenzen des Patrimoniums Petri inne; diese letzte Etappe, die Eroberung Roms, das übrigens Frankreich besetzt hielt, wurde auf später verschoben. Werden die Verbündeten vor Byzanz haltmachen?

Doch bei den Ereignissen, die dank der Untätigkeit Europas heute vor sich gehen, kann nicht alles allen zum Vorteil ausschlagen. Bei dem angeblichen Einvernehmen der Mächte gibt es vielleicht die eine oder andre, die sich beglückwünscht, aber es gibt ganz gewiß auch solche, die Mißvergnügen empfinden. Ebenso konnte bei der Passivität von 1860 Oesterreich nur verlieren, während Frankreich sich schmeichelte, dabei gewonnen zu haben.

Welches sind die Mächte, die heute als Angeführte oder als Opfer Bedauern

Digitized by Google

über die Vorgänge im Orient empfinden müssen? Alle jene, die kein Interesse an der Demütigung und Verkleinerung der Türkei hatten. Dazu gehört Deutschland, das auf die seit fünfzehn Jahren verfolgte Politik verzichtet,[1]) die sich in dem aufrichtig betrauerten Baron Marschall v. Bieberstein verkörperte, eine Politik, die darin bestand, der Türkei zu helfen, ihre Freundschaft zu pflegen, Eisenbahnenkonzessionen und Aufträge für die Industrie von ihr zu erlangen, den deutschen Handel in der Türkei zu entwickeln und sich dort Einflußzonen zu schaffen. Ferner gehören dazu England und Frankreich, die durch die Entente mit Rußland in eine Politik hineingetrieben worden sind, die niemals die ihrige war, sondern im Gegensatz zu ihrer vielhundertjährigen Politik steht (man denke an 1829 und 1853—55). Endlich Oesterreich-Ungarn, das neben sich mächtige slawische Gruppen emporwachsen sieht, über die es keine Gewalt haben kann, und die vielleicht einen unheilvollen Einfluß auf die Slawen der Monarchie ausüben werden, möglicherweise einen attraktiven, jedenfalls aber einen für jene Kohäsion von Rassen, die ihr eigentliches Wesen ausmacht, schädlichen Einfluß. Da die schlechten Beispiele in der Politik oft von verhängnisvoller Wirkung sind, kann man sich nicht des Gedankens erwehren, daß, ebenso wie die Einigung Italiens die Einigung Deutschlands vorbereitet hat, die Auflösung des Ottomanischen Reiches in Europa, wenn man nicht acht gibt, die Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie vorbereiten könnte. Bei Umwälzungen, wie wir sie jetzt erleben, gibt es nur etwas wirklich Festes: das sind die nationalen Agglomerate, die durch ethnische Kohäsion, durch gemeinsame Traditionen, durch gemeinsame Bestrebungen zusammengehaltenen Einheiten. Und Oesterreich-Ungarn ist keine solche.

Es gibt vielleicht nur eine Macht, der die Schwächung des türkischen Reiches angenehm sein kann; das ist Rußland, und zwar aus Gründen, die zu wiederholen überflüssig ist, weil sie in der Geschichte verzeichnet und auf der Karte eingetragen sind. Vielleicht jedoch wird ihm nicht alles zum Vorteil gereichen. Denn die Türkei, die in Europa — bis jetzt — zugunsten andrer Länder als Rußland verkleinert, vernichtet worden ist, könnte in Asien, wo die Wiege des türkischen Volkes stand, die Stärke und die Kraft wiedergewinnen, die sie diesseits des Hellespont verloren hat, und drüben für manche der Pläne Rußlands ein Hindernis bilden. Es gibt Länder, die sich schwächen, wenn sie ihr Gebiet erweitern; es gibt andre, die stärker werden, wenn es sich vermindert und sie ihre Kräfte konzentrieren.

Kurz, es wird viel von dem Einvernehmen der Mächte, worüber Sie um meine Ansicht baten, gesprochen. Aber was man so sehr zu versichern das Bedürfnis empfindet, ist im allgemeinen weniger wahr, als man zugeben möchte. Ja, es besteht ein scheinbares Einvernehmen, aber um welchen Preis und unter welchen

---

[1]) Anmerkung der Redaktion: Die Stellung Deutschlands zur Türkei hat sich nicht verändert, die deutsche Orientpolitik muß aber den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen.

Digitized by Google

Verhältnissen! Von den beiden am unmittelbarsten an den gegenwärtigen Verwicklungen beteiligten Großmächte hat die eine Streitkräfte mobilisiert, als wenn das Einvernehmen von einem bevorstehenden Bruch bedroht wäre, die andre hat Jahresklassen, die auf Entlassung Anspruch haben, unter den Fahnen behalten. Es besteht ein scheinbares, aber lebloses, passives, ohnmächtiges, negatives Einvernehmen. Man ist einig, um nichts zu tun, d. h. um es geschehen zu lassen, daß andre handeln, und unbeweglich dabei zuzusehen, selbst wenn ihr Vorgehen zu den bedenklichsten Ergebnissen führen muß.

Ich hoffe indes, daß das Einvernehmen, so gebrechlich und unsicher es auch sein mag, nicht gestört wird, denn alles ist besser als ein Bruch, der den so berechtigterweise gefürchteten europäischen Krieg herbeiführen würde. Das Einvernehmen der Mächte ist, wie ich schon oben gesagt habe, obwohl es künstlich ist, vielleicht dennoch sehr fest. Die Türkei wird mehr oder weniger geopfert werden, und ich glaube, je weniger sie es werden wird, um so besser wird es sein. Aber in irgendeinem Maß wird sie schließlich geopfert werden; sie ist es schon und hat sich darein ergeben. Und man muß anerkennen, daß sie ihr Schicksal durch ihre Kurzsichtigkeit, durch die Unfähigkeit ihrer Verwaltung, durch ihre inneren Zwistigkeiten und noch aus andern Gründen verdient hat. Aber der große Krieg, der vor allem gefürchtete Krieg, wird wahrscheinlich wieder vermieden werden. „Nach langem behutsamem Tasten haben die beiden großen Mächtegruppen erkennen können, was alle vorhergegangenen Ereignisse schon bewiesen hatten, daß nämlich mit den jeder einzelnen von ihnen eignen Kräften und Schwächen sie sich genau das Gleichgewicht halten, und daß kein Glied von einer der beiden ohne großes Risiko sich unterfangen kann, einem Gliede der andern eine Lösung aufzuzwingen, die im Gegensatz zu früheren Verpflichtungen, zu vorher aufgestellten Rechten oder gewissen allgemeinen Interessen steht. Trotz der durch die Agitation einiger Parteien verursachten Erschütterungen wird auch die Balkanangelegenheit ohne Zweifel wieder nach diesem in der bosnischen Angelegenheit und bei den verschiedenen Wechselfällen in der Marokkoaffäre angewendeten Prinzip geregelt werden."

Und dann, wenn man nicht zu jenen neuerungsfeindlichen Diplomaten gehört, die sich nicht daran zu gewöhnen vermögen, neue Situationen ins Auge zu fassen, muß man auch anerkennen, daß die Veränderungen, die der Balkankrieg sehr wahrscheinlich auf der Karte von Europa herbeiführen wird, Gelegenheit zu internationalen Kombinationen geben werden, an die man bis jetzt nicht gedacht hat und die gerade von denen vorteilhaft ausgenutzt werden können, die heute bei den sich vollziehenden Umwälzungen am meisten zu verlieren scheinen. Nicht alles geschieht zum Schaden, sagt ein italienisches Sprichwort. Die Politik ist die Kunst, Vorteil aus den Situationen zu ziehen. Das ist eine Kunst, die Oesterreich-Ungarn stets mit Geschicklichkeit und Nutzen geübt hat. Die Zahl der Figuren auf dem internationalen Schachbrett nimmt zu, die Partie wird dadurch für einen guten Spieler nur um so interessanter, weil sie reicher an Kombinationen ist. Sieht man nicht jetzt schon auf der Balkanhalbinsel einen

Digitized by Google

Gegensatz zwischen Hellenen und Slawen hervortreten? Das ist ein Zustand, der nicht verschwinden kann, ebenso wie der rumänisch-bulgarische Antagonismus schwerlich verschwinden wird, ohne Spuren zu hinterlassen. Das alles sind Umstände, die sich ausnutzen lassen. Griechenland kann durch die Eigenschaften seiner Nation, durch die Ausdehnung seiner Küsten leicht eine Seemacht werden, mit der man im Mittelländischen und im Adriatischen Meer rechnen muß. Ich will mich dabei nicht weiter aufhalten, denn die Zeit drängt mich, dieser Brief ist lang und der Raum in der „Revue" würde mir nicht ausreichen. Ich erinnere nur an den Erfahrungssatz: „Wenn auch unser Nachbar selten unser Freund ist, so hat doch der Nachbar unsres Nachbarn große Aussichten, es zu sein oder es zu werden."

Genehmigen Sie usw.

* * *

Die Großmächte und der Orientkrieg

Von

Dr. Benedetto Cirmeni,

Abgeordnetem im italienischen Parlament

Rom, den 12. Februar.

Während des Italienisch-Türkischen Krieges wetteiferten die Großmächte, die Türkei mit der größten Rücksicht zu behandeln, um zu vermeiden, daß die Existenz des ottomanischen Reiches Gefahr laufe. Das gute Beispiel war von Italien selbst gegeben worden, das, als es die Feindseligkeiten eröffnete, offiziell erklärte, daß sein Streben einzig und allein auf Tripolitanien gerichtet sei; es werde, da es immer mit den andern Mächten zur Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches beitragen wolle, den Krieg von der Balkanhalbinsel fernhalten und die Balkanvölker nicht im geringsten, weder direkt noch indirekt, in ihren nationalen Bestrebungen ermutigen. Italien hat sein freiwillig gegebenes Versprechen gewissenhaft gehalten, und die andern Mächte verfolgten den Weg der Rücksichten gegen die Türkei bis zur Uebertreibung, die immer ein Fehler ist; sie gingen so weit, daß sie nicht auf Rußland hören wollten, das in der richtigen Voraussicht, daß die übermäßige Dauer des Krieges in Afrika den Frieden Europas in ernste Gefahr bringen würde, einen Kollektivschritt der Mächte in Konstantinopel vorgeschlagen hatte, um die türkische Regierung zu überreden, Frieden mit Italien zu schließen.

So kam es, daß die Großmächte, indem sie ihre wohlwollende und interessierte Aufmerksamkeit auf jenen großen internationalen Markt richteten, der sich ottomanisches Reich nennt, nicht das geringste merkten von all den Vorbereitungen, welche die kleinen Balkanstaaten trafen, und daß sie in ihrem Wetteifer, der Türkei eine kleine moralische Demütigung zu ersparen, die sie gerettet

Digitized by Google

haben würde, keine Kenntnis von dem zur Vertreibung der Türkei aus Europa geschlossenen Balkanbund hatten.

In ihrer Unkenntnis alles dessen, was zwischen den Balkanstaaten heimlich ausgemacht worden war, nahmen die Großmächte deren erste kriegerische Kundgebungen nicht ernst. Sie beunruhigten sich auch nicht sehr über die Veröffentlichung der Mobilisierungsorders der Balkanheere, die sie als einfachen „Bluff" auslegten, da sie in ihrem Optimismus durch die tiefe Ueberzeugung bestärkt wurden, daß die Heere der Balkanstaaten es niemals wagen würden, das türkische Heer anzugreifen; denn der türkische Soldat galt — unter anderm auf das ihm in neuester Zeit vom Feldmarschall von der Goltz ausgestellte Zeugnis hin — als der erste Soldat der Welt.

Wiewohl aber die Großmächte nicht an den Krieg glaubten, so blieben sie doch nicht untätig. Da die Balkanstaaten erklärten, daß sie die Türkei nur zwingen wollten, die Bestimmung des Berliner Vertrags über die Einführung der Reformen in Mazedonien einzuhalten, so versuchten sie dieses Ziel auf diplomatischem Wege zu erreichen. Die Initiative, die Frankreich und Rußland mit dem in Paris von Poincaré und Sassonow vereinbarten Vorschlag ergriffen, verdient in Erinnerung gebracht zu werden; aber dieser Vorschlag rief bei England große Bedenken hervor, das bemerkte, wenn die Großmächte die Ausführung der Reformen in Mazedonien in die Hand nehmen müßten, so würden sie damit dort an die Stelle der Türkei treten und so die Souveränitätsrechte des Sultans verletzen. Von da an begann die Uneinigkeit im Lager der Tripelentente. Während Rußland, das vielleicht das Zustandekommen des Balkanbundes heimlich begünstigt hatte, einen Druck auf die Türkei auszuüben strebte und Frankreich sich geneigt zeigte, es dabei zu unterstützen, betonte England hingegen seine türkenfreundliche Politik, weil zu dem alten sorgsamen Bemühen, das religiöse Gefühl der vielen Millionen muselmanischer Untertanen des britischen Reiches nicht zu verletzen, der Umstand hinzugetreten war, daß die Jungtürken, die Deutschland den Engländern vorgezogen hatten, nicht mehr am Ruder waren und Kiamil Pascha, der, wie allgemein bekannt, den englischen Einfluß begünstigte, in das unter dem Vorsitz Mukthar Paschas gebildete Kabinett eingetreten war.

Die Unentschlossenheit der Großmächte benutzten die Balkanstaaten, um die Vorbereitungen zum Kriege zu beschleunigen und ihn zu erklären, während sie, um die Befürchtungen der Mächte zu beschwichtigen, um die Wette versicherten, daß sie lediglich beabsichtigten, die Türkei zur Beobachtung der Bestimmung des Berliner Vertrags über die Einführung der Reformen in den Provinzen mit christlicher Bevölkerung anzuhalten, und daß keine von ihnen territoriale Wünsche habe, die sie befriedigen wolle. Die Großmächte ihrerseits glaubten den Stein der Weisen gefunden zu haben, als sie sich über die Erklärung einigten, daß der territoriale Statusquo unverändert bleiben solle, einerlei, welchen Ausgang der Krieg auch nehmen würde. Diese Erklärung beschwichtigte die Befürchtungen, die Rußland für den Fall hegte, daß die Türkei die Verbündeten schlagen würde,

Digitized by Google

und die Befürchtungen Oesterreich-Ungarns für den Fall, daß die Türkei von den Verbündeten geschlagen würde. Oesterreich, das sich während des Italienisch-Türkischen Krieges auf einen Einmarsch in den Sandschak Novibasar vorbereitet hatte für den Fall, daß der Krieg eine Rückwirkung auf der Balkanhalbinsel hervorrufen sollte, ließ sich jetzt, als der Balkankrieg ausbrach, durch die Versicherung, daß der territoriale Statusquo unverändert bleiben solle, einerlei, welchen Ausgang der Krieg auch nehmen würde, dazu überreden, den erwähnten Einmarsch nicht zu unternehmen.

Die Ereignisse, die dann mit außerordentlicher Schnelligkeit und weittragender Wirkung aufeinander folgten, verblüfften die Welt und warfen die Pläne der europäischen Diplomatie über den Haufen. Die überaus raschen und aufsehenerregenden Siege der Balkanheere, die Massenergebung ottomanischer Regimenter im Anfang der Schlachten, die ungeheure Panik, die sich großer Massen von türkischen Soldaten beim Herannahen der Feinde bemächtigte, die vollständige Demoralisation dieses Heeres, das als eines der besten der Welt galt, die unzweifelhaften Symptome der Anarchie in der Militär- und Zivilverwaltung des Reiches machten die Balkanstaaten übermütig und brachten die Eintracht der Großmächte und damit den Frieden Europas in schwere Gefahr.

Die Balkanstaaten, die feierlich erklärt hatten, daß sie keine territorialen Wünsche hätten, gebärdeten sich sofort als definitive Herren der ganzen europäischen Türkei einschließlich der Gebiete, die sie nicht hatten erobern können, und der befestigten Städte, die der Belagerung durch sie Widerstand leisteten, einschließlich auch Konstantinopels, in das sie im Triumph einziehen wollten, um die Hagia Sophia dem christlichen Glaubenskult zurückzugeben. Trunken von den leichten und nicht erhofften Siegen, beschränkten sich die Balkanstaaten nicht darauf, das besiegte ottomanische Reich von oben herab zu behandeln, sondern beeilten sich auch, sich der Rücksichten gegen die Großmächte zu entschlagen, indem sie sich über die Lebensinteressen einiger Großmächte, besonders Oesterreich-Ungarns und Italiens, mit der größten Unbekümmertheit hinwegsetzten. In der Tat, nicht zufrieden mit der Eroberung des Sandschaks Novibasar, der für Oesterreich unantastbar bleiben mußte, schickten sie sich zur Eroberung Albaniens an und verteilten es, noch ehe sie es besetzt hatten: Montenegro sollte die Stadt, den See und das Gebiet von Skutari, Serbien das nördliche Albanien einschließlich des Hafens von Durazzo, Griechenland das südliche Albanien, Vallona eingeschlossen, bekommen. So wollten diejenigen, die mit der Türkei im Namen des Nationalitätsprinzips Krieg führten, Albanien, das ganz allein sich heldenhaft gegen die Türkei gewehrt hatte, das Schicksal Polens erdulden lassen und das älteste und reinste der Balkanvölker vernichten; so versuchten die Balkanstaaten, nicht zufrieden, der österreichisch-ungarischen Monarchie den Weg versperrt zu haben, der nach Saloniki, dem Ziel ihres alten, ständigen Strebens, führt, durch die Teilung Albaniens, einschließlich der Küste, Oesterreich und Italien in das Adriatische Meer einzusperren; denn wer Herr von Vallona ist, ist auch Herr des Eingangs zum Mittelländi-

Digitized by Google

schen Meere, und wer Herr von Durazzo ist, bedroht beständig Oesterreich und Italien. Außerdem ist hinzuzufügen, daß die Balkanstaaten, indem sie sich zur Eroberung von Albanien anschickten, den bekannten italienisch-österreichischen Vertrag zerrissen, durch den Italien und Oesterreich-Ungarn sich verpflichtet haben, Albanien nicht anzutasten und an dem Tage, an dem die türkische Herrschaft aus von ihrem Wollen unabhängigen Gründen aufhören würde, die Gründung des albanischen Staates herbeizuführen. War es jemals denkbar, daß die beiden Großmächte des Adriatischen Meeres sich in dieses Meer unter schwerer Gefährdung nicht nur ihrer wirtschaftlichen, kommerziellen und politischen Interessen, sondern geradezu ihrer ganzen Existenz einschließen lassen würden? Das kürzlich wieder erneuerte Bündnis, die gemeinsame Gefahr und der Schutz der gemeinsamen höchsten Lebensinteressen trieben Italien und Oesterreich-Ungarn, solidarisch zu sein und sich zu zeigen, indem sie den Balkanstaaten ein Halt! zuriefen, Albanien für unantastbar erklärten und ein feierliches und formelles Veto gegen die Besetzung von Durazzo und von Vallona einlegten. Oesterreich-Ungarn würde ohne weiteres auf das diplomatische Veto das militärische haben folgen lassen und wäre vielleicht auf Belgrad marschiert, wenn Deutschland und Italien es nicht nachdrücklich ermahnt hätten, die Ruhe zu bewahren, und wenn sich Deutschland nicht beeilt hätte, sich mit seinem Verbündeten auf der Balkanhalbinsel solidarisch zu erklären; wenn England, im Unterschied von den beiden andern Mächten der Tripelentente, nicht sofort den Standpunkt des Dreibundes in bezug auf die Unantastbarkeit Albaniens akzeptiert hätte.

Es ist kein Geheimnis, daß Frankreich Serbien bei dem Plan der Eroberung Albaniens offen ermutigte. An dem Tage, an dem die Delegierten der Balkanstaaten auf der Reise nach London zu den Verhandlungen der Friedenskonferenz sich in Paris aufhielten, begnügte sich Herr Poincaré, damals Ministerpräsident und Minister des Aeußern der französischen Republik, nicht damit, ihnen große Ehren zu erweisen, sondern erklärte dem ersten serbischen Delegierten noch, daß die Tripelentente fest und nachdrücklich die territorialen Bestrebungen Serbiens unterstützen würde, das heißt also die Teilung Albaniens, denn das war das einzige territoriale Verlangen Serbiens, das auf Widerspruch stieß. Diese Erklärung rief die ernstesten Befürchtungen für den europäischen Frieden hervor, da es allgemein bekannt ist, daß der Dreibund sich in jeder Weise und mit allen Mitteln der Tripelentente widersetzen würde, wenn diese wirklich für die Teilung Albaniens einträte. Glücklicherweise akzeptierte England sofort den Standpunkt des Dreibundes und überredete Frankreich und Rußland, dasselbe zu tun. So konnte die Botschafterkonferenz einstimmig beschließen, daß der albanische Staat geschaffen werden solle, daß Serbien Durazzo räumen und sich am Adriatischen Meer mit einem ausschließlich zu Handelszwecken dienenden Hafen begnügen müsse, zu dem es durch eine internationalisierte Eisenbahn Zugang bekommen solle.

Als diese wirklich gefährliche Klippe glücklich umschifft war, erfuhr die

Digitized by Google

Einigkeit der Großmächte wieder eine öffentlich sich kundgebende, offizielle Befestigung durch den Beschluß, eine Kollektivnote an die Türkei zu richten, durch die sie veranlaßt werden sollte, Frieden mit den Balkanstaaten auf folgender Grundlage zu schließen: Die Türkei sollte die Stadt Adrianopel an die Verbündeten abtreten und die Entscheidung über das Schicksal der Inseln im Aegäischen Meere in die Hände der Großmächte legen. Die Schwierigkeiten, auf die man bei der Abfassung dieser Note stieß, und der Umstand, daß sie im letzten Augenblick auf Wunsch Deutschlands gemildert wurde, bewiesen, daß bei den Großmächten eine zweifache Richtung herrschte: während die Tripelentente dafür war, einen starken Druck auf die Türkei auszuüben, war der Dreibund in Sorge über die Folgen und Rückwirkungen eines solchen Druckes und tat daher sein möglichstes, um den Ernst der Kollektivnote abzuschwächen. Diese zweifache Tendenz verschärfte sich in der Folge nach dem Handstreich der Jungtürken, der, wie jedermann weiß, die ganze ersprießliche Arbeit der Großmächte zur Herbeiführung des Friedens gefährdete — eine Arbeit, die für beendigt und von Erfolg gekrönt galt, als der von der ottomanischen Regierung um Rat gefragte Diwan sich einstimmig für den Abschluß des Friedens unter den in der Kollektivnote der Großmächte enthaltenen Bedingungen ausgesprochen hatte.

Infolge des Handstreichs der Jungtürken und der Tötung des Kriegsministers Nazim Pascha wurde die Eintracht der Großmächte von neuem auf eine harte Probe gestellt, denn während die Tripelentente für einen starken Druck in Konstantinopel einschließlich einer bewaffneten Intervention durch die Landung von Marinesoldaten war, widersetzte der Dreibund sich diesem Verlangen, nicht nur weil er seine Neutralität erklärt hatte, sondern auch und ganz besonders, weil er fürchtete, daß die Intervention der Mächte in Konstantinopel dort Massakers und in Kleinasien große Ruhestörungen hervorrufen könnte. Der Dreibund hegte die größten Befürchtungen hinsichtlich einer eventuellen Rückwirkung auf Kleinasien, weil die Aspirationen der Mächte, aus denen sich die Tripelentente zusammensetzt, auf eine Teilung der Türkei bekannt waren. In der diplomatischen Welt ist es seit langer Zeit bekannt, daß Rußland Absichten auf Armenien, Frankreich auf Syrien, England auf Mesopotamien und Arabien hat. Deshalb ist der Dreibund, der bei der oben erwähnten Teilung nicht untätig zusehen könnte, daran interessiert, daß das Problem der asiatischen Türkei nicht aufgestellt wird, denn die Liquidation der asiatischen Türkei ist viel leichter als die der europäischen Türkei.

Aus diesen Gründen setzte der Dreibund dem von der Tripelentente gemachten Vorschlag, einen starken Druck in Konstantinopel auszuüben, den Vorschlag entgegen, diplomatische Kollektivschritte gleichzeitig in Konstantinopel, Sofia, Belgrad, Cetinje und Athen zu unternehmen. Da keiner dieser Vorschläge angenommen wurde, so wurde beschlossen, keinen Kollektivschritt zu tun, sondern es jeder einzelnen Großmacht zu überlassen, für sich allein das zu tun, was sie für zweckdienlich erachte, um die kriegführenden Staaten zum Friedensschluß zu überreden.

Digitized by Google

Der voreilige Abbruch der Friedensunterhandlungen und die Kündigung des Waffenstillstandes von seiten der Balkanstaaten sowie der darauffolgende Wiederbeginn des Krieges haben die Großmächte nicht veranlaßt, ihre Bemühungen einzustellen; sie haben weiter für den Frieden gearbeitet, auch während der neuen Phase des Krieges.

Heute, den 12. Februar, ist die militärische Lage der kriegführenden Staaten nicht ganz klar, weil die von der Türkei und die von den Balkanstaaten herrührenden Nachrichten über dieselben Vorgänge auf dem Kriegsschauplatz in offenem Widerspruch zueinander stehen. Die diplomatische Lage der Großmächte ist günstig, weil die dem Balkankriege gegenüber erhalten gebliebene Einigkeit sich auch der Bildung eines neuen albanischen Staates gegenüber, die die letzte große zu überwindende Schwierigkeit darstellt, bewähren zu wollen scheint. Auch bei diesem Problem ist das Streben der Großmächte ein zweifaches: auf der einen Seite geht das Streben des Dreibundes auf die Bildung eines starken und lebensfähigen albanischen Staates; auf der andern Seite zeigen die Mächte der Tripelentente die Absicht, die Balkanstaaten im Besitze bedeutender albanischer Städte und Gebiete zu lassen. Allerdings haben sich die Großmächte einstimmig für die Schaffung des albanischen Staates ausgesprochen, aber bei der Festsetzung der Grenzen für diesen neuen Staat werden sich nicht wenige und nicht geringe Schwierigkeiten erheben, weil die Balkanstaaten einen großen Teil des albanischen Gebietes besetzt haben, den sie nicht wieder herausgeben wollen.

Daß auch bei dieser überaus heiklen Frage die Einigkeit der Mächte sich voraussichtlich bewähren wird, schließe ich aus der Nachricht, daß Rußland die Notwendigkeit anerkannt habe, die von Montenegro beanspruchte Stadt Skutari dem albanischen Staate zu lassen. Wenn es eine ausgesprochen albanische Stadt gibt, so ist es Skutari, das bestimmt scheint, die Hauptstadt des neuen Staates zu werden. Es war daher ganz natürlich, daß Oesterreich-Ungarn und Italien, die ein großes Interesse daran haben, daß der albanische Staat lebenskräftig zur Welt kommt, sich der Abtretung Skutaris an Montenegro widersetzten.

Wird aber die Einigkeit auch ungetrübt bleiben, wenn es sich darum handeln wird, dem neuen albanischen Staat Städte zuzuweisen, die jetzt in den Händen der Verbündeten sind? Und was wird geschehen, wenn die Türkei ihre innere Ordnung nicht wiederherstellen kann, wenn die Schrecken des Bürgerkriegs zu denen des Balkankrieges hinzutreten, wenn, kaum daß das Problem der europäischen Türkei gelöst ist, unversehens sich das Problem der asiatischen Türkei erhebt?

Der Dreibund ist fest und solidarisch in der Absicht, alles zu tun, was möglich ist, um das türkische Reich noch am Leben zu erhalten, um den Tag der asiatischen Liquidation in die Ferne zu rücken, um dem großen Kranken Sauerstoff zuzuführen. Nach dem Frieden von Lausanne ist Italien der aufrichtigste Freund der Türkei geworden, weil es als diejenige Macht, die unter den Mittelmeermächten die erste Stelle einnimmt, die in weit höherem Grade Mittelmeermacht ist als England und Frankreich, nicht den Verhältnissen im öst-

Digitized by Google

lichen Mittelmeer gleichgültig gegenüberstehen kann. Italien, das Libyen erobert hat, um das infolge der Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, Tunesiens und Marokkos durch Frankreich, der Insel Zypern und Aegyptens durch England zuungunsten Italiens gestörte Gleichgewicht im Mittelländischen Meere wiederherzustellen, könnte nicht teilnahmlos zusehen, wenn die Teilung der asiatischen Türkei durch die Mächte, die die Tripelentente bilden, von neuem eine schwere Störung des Gleichgewichts im Mittelmeer verursachen würde. Ebenso könnte einer solchen Teilung auch Deutschland, das dort große wirtschaftliche Interessen hat — wie zum Beispiel die Bagdadbahn — nicht gleichgültig zusehen. Bei dem Bankett, das die deutsche Kolonie in Konstantinopel kürzlich zur Feier des Geburtstags Kaiser Wilhelms veranstaltete, hielt es der deutsche Botschafter für angebracht, zu erklären, daß Deutschland diese Interessen schützen würde.

Zusammenfassend kann ich zum Schlusse wiederholen, daß die Einigkeit der Großmächte noch weitere, nicht unbedeutende und nicht einfache Schwierigkeiten wird zu überwinden haben und daß es auf dem internationalen Felde starke Anlässe zu Meinungsverschiedenheiten gibt; da aber alle Großmächte eine große und sehr berechtigte Furcht vor dem Kriege haben, müssen wir Vertrauen zu der großen Sache des Friedens hegen. In diesem Vertrauen bestärkt uns die bedeutungsvolle Tatsache, daß in den letzten Monaten, und gerade während des Balkankrieges, England und Deutschland sich in freundschaftlichem Kontakt gehalten und in voller Uebereinstimmung darauf hingearbeitet haben, alle Ursachen eines Zwiespalts zwischen dem Dreibund und der Tripelentente fernzuhalten. Solange die Harmonie zwischen England und Deutschland besteht, wird der europäische Friede sicherlich erhalten bleiben, weil weder Rußland und Frankreich ohne das Einverständnis Englands werden Krieg führen können, noch Oesterreich-Ungarn ohne die Solidarität Deutschlands und Italiens Krieg führen kann.

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

I

Graf Karolyi, Eintritt in die diplomatische Laufbahn, erste Anfänge, Gesandter in Dänemark

„Und wer den Besten seiner Zeit genug getan,
Der hat gelebt für alle Zeiten."

Von aller politischen Tätigkeit findet die des Diplomaten bei seinen Zeitgenossen am wenigsten Würdigung. Der Staatsmann und der Parlamentarier arbeiten in und mit der Oeffentlichkeit, ihre Figuren werden dem Publikum bekannt, ihr Anteil an den politischen Ereignissen ihrer Zeit liegt zutage, und ihre

Digitized by Google

Verdienste werden niemals übersehen. Gerade umgekehrt liegen die Verhältnisse für den Diplomaten. Er arbeitet im stillen, seine Persönlichkeit tritt mit der Oeffentlichkeit, außer bei sozialen Anlässen, in keine Berührung, sein wirklicher Anteil an den Geschehnissen seiner Zeit und den Entschlüssen seiner Regierung bleibt das Geheimnis einiger weniger, ebenso daher seine Verdienste. Anderseits ist das Publikum nur zu geneigt, ihn mit der Schuld an eventuellen Mißerfolgen zu belasten. Er mag eifrig informiert, richtig geurteilt, mit Würde vertreten, mit Klugheit und Umsicht verhandelt haben; gehen die Dinge schlecht, so ist das Urteil der öffentlichen Meinung über ihn schnell gesprochen, und gehen sie gut, so bleibt ihr sein wahrer Anteil meistens unbekannt.

Ueberdies ist die Diplomatie naturgemäß der Beruf einer kleinen Minderheit und daher mit der Unpopularität behaftet, welche in unsrer nivellierenden Zeit alles trifft, was einem Privilegium gleich sieht. Es geht ihr diesfalls wie der Kavallerie, welche ihren Ruf einer vornehmen Waffe gleichfalls mit einer gewissen Mißgunst in der Beurteilung ihrer Leistungsfähigkeit zu bezahlen hatte. Die Zeiten sind nicht ferne, wo es vielfach als eine Art Lehrsatz aufgestellt wurde,[1]) Diplomatie und Kavallerie hätten sich überlebt und bestünden mehr des äußeren Scheines willen und zur Unterhaltung einiger privilegierten Müßiggänger als aus innerer Berechtigung fort. Der Krieg von 1870 hat dieses Urteil bezüglich der Kavallerie schlagend widerlegt, und das Studium der wahren Geschichte der letzten vierzig Jahre wird jeden Unbefangenen von dem hohen und wichtigen Berufe der Diplomatie überzeugen.

In unserm Vaterlande aber haben die Diplomatie und deren Vertreter in der Beurteilung der öffentlichen Meinung an dem Unglück unsrer Politik mitzuleiden gehabt. Die Umgestaltung des modernen Europa in den Jahren 1850 bis 1870 hat sich auf Kosten und unter schweren Erschütterungen Oesterreichs vollzogen. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, ob dies so geschehen mußte, und ob es nicht möglich gewesen — anstatt des starren Beharrens auf dem Bestehenden —, den Strom der Ereignisse zum Vorteil der Monarchie in sein neues Bett zu lenken. Aber wie immer dereinst die unparteiische Geschichte zwischen Fehlern und Unglück abwägen möge, so wird sie ihre gerechte Anerkennung den einzelnen ausgezeichneten Männern nicht versagen, welche zu jener Zeit die Interessen der Monarchie an den wichtigsten Plätzen Europas zu vertreten hatten und welche ihren schwierigen Beruf mit seltener Klarheit in der Auffassung der handelnden Personen wie der behandelten Dinge mit edler Würde nach außen und patriotischem Freimut nach innen erfüllt haben.

Eine der hervorragendsten Figuren der österreichisch-ungarischen Diplomatie war der am 26. Dezember 1889 verstorbene Graf Alois Karolyi. Durch dreiundvierzig Jahre hat er dem aktiven Staatsdienst angehört, und vom Jahre 1859 an, da er zuerst einen selbständigen Posten erhielt, war er stets mit den wichtigsten und schwierigsten Missionen betraut gewesen. Im Jahre 1859 hat er die Monarchie

[1]) In Oesterreich in den sechziger Jahren oft zu hören.

Digitized by Google

in Kopenhagen, St. Petersburg und beim Abschlusse des Friedensvertrages in Zürich vertreten, von 1860 bis 1866 war er Gesandter, von 1871 bis 1878 Botschafter in Berlin und von 1878 bis 1888 Botschafter in London. Während dieser ereignisvollen Epochen hat es kaum eine Phase unsrer Politik gegeben, an der Graf Karolyi nicht berufsmäßig teilgenommen hätte, kaum eine belangreiche diplomatische Verhandlung, die nicht auch durch seine Hände gegangen wäre.

Der Oeffentlichkeit sind die Person und die Leistungen Karolyis wenig bekannt geworden, denn aus der informierenden, urteilenden und verhandelnden Rolle ist er nicht herausgetreten, und auf die Entschlüsse der von ihm zu vertretenden Politik ausschlaggebend einzugreifen hat er nicht versucht. Die Eigenschaften des Diplomaten, Umsicht, Urteil, Takt und Würde, hat er in seiner Person im höchsten Grade vereinigt, aber auch an Mut des selbständigen Entschlusses und Nachdruck im Handeln hat es ihm nicht gefehlt. Wie wenig er die Uebernahme großer Verantwortung und den vollen Einsatz seiner Person scheute, hat er bei verschiedenen Anlässen bewiesen, wovon zwei der denkwürdigsten die folgenden von mir miterlebten sind.

Als im Jahre 1875 der „Krieg-in-Sicht"-Artikel in der „Berliner Post" erschienen war und die Befürchtungen des Ausbruchs einer Katastrophe lebhaft und allgemein wurden, erhielt Graf Andrássy aus London und Paris mehrfache Andeutungen, daß die drohende Haltung, welche das Berliner Kabinett angeblich eingenommen hatte, in erster Linie nicht Frankreich, sondern Oesterreich gelte. Obgleich der Minister diesen Nachrichten keinen Glauben schenkte, dieselben vielmehr sehr treffend mit dem Manöver eines verfolgten Hasen verglich, der gewöhnlich die Richtung einschlägt, in welcher er einen andern Hasen vermutet, damit dieser, gleichfalls aufgeschreckt, die Ablösung übernehme, so hielt er die Sache wie den Moment für ernst genug, um über die Situation mit dem deutschen Kabinett eine offene Auseinandersetzung zu pflegen.

Er schrieb daher Karolyi einen Brief, worin er jene Gerüchte erwähnte, seine Anschauungen über unser Verhältnis zu Deutschland und seinen Wunsch nach einem engen Zusammengehen mit dieser Macht aussprach, zugleich aber auch seine Besorgnisse, daß unsre Situation und die bei uns herrschenden Tendenzen in Berlin falsch beurteilt würden. Er wies den Botschafter demzufolge an, die Lage mit aller Entschiedenheit klarzustellen, den Vorgang hierzu seiner eignen Einsicht überlassend.

Nachdem Graf Karolyi mit sich zu Rate gegangen war, wie er den Auftrag am besten ausführen solle, faßte er den Entschluß, hierfür den kürzesten und geradesten Weg zu wählen, und richtete an den Fürsten Bismarck das folgende Schreiben:

Berlin, 27. Mai 1875.

„Dieser Tage erhielt ich von Andrássy ein intimes Privatschreiben, welches sich in der Ansicht resümiert, daß unsre Verhältnisse, insofern unsre Beziehungen zu Deutschland in Betracht kommen, in Berlin nicht richtig beurteilt werden, und daß dies auf die Aufrichtigkeit, Festigkeit und Dauerhaftigkeit der Beziehungen

Digitized by Google

beider Mächte einen Schatten zu werfen geeignet sei. Andrássy befürchtet, daß das gegenseitige Verhältnis darunter leiden könnte. Im Interesse der ihm so sehr am Herzen liegenden Aufrechthaltung und Konsolidierung unsrer guten Beziehungen zu Deutschland läßt sich Andrássy in eingehende Betrachtungen hierüber aus ... es mir überlassend, seine Ausführungen in geeigneter Weise zu verwerten.

Ich war einige Zeit unschlüssig über die Form, in welcher ich die Gesichtspunkte Andrássys zu Ihrer Kenntnis bringen soll. Eine bloß mündliche Auseinandersetzung derselben, zu welcher allein das Schreiben mich eigentlich ermächtigt, halte ich aber nicht für genügend, um Ihnen in diesen Herzenserguß Andrássys einen vollständigen Einblick zu gewähren.

Von dem Wunsche beseelt, meinerseits nach Tunlichkeit zur Befestigung unsers guten Einvernehmens beizutragen, stelle ich die Sache höher als irgendeine persönliche Rücksicht, und da ich überzeugt bin, daß ein offenes, gerades Wort bei Ihnen niemals auf unfruchtbaren Boden fällt, habe ich mich entschlossen, den Brief selbst zur gefälligen Einsicht Ihnen zu übersenden. Ich tue es auf die Gefahr hin, meinen Auftrag zu überschreiten, doch bin ich sicher, daß Sie es mir nicht übel deuten werden, da meine Gesinnungen Ihnen wohl bekannt sind und das mich hierbei leitende Motiv keinen Zweifel zuläßt.

Sie werden wohl so freundlich sein, lieber Fürst, mir Ihre Eindrücke über meine Mitteilung bekannt geben zu lassen."

Hierauf antwortete Fürst Bismarck:

„Verehrter Graf!

Sie haben mir durch die Mitteilung der Anlage eine große Freude gemacht; ich teile die darin von Graf Andrássy ausgesprochenen Gesinnungen aus voller Ueberzeugung und bin für meine Person in keinem Augenblick an denselben irre geworden, weder bezüglich der Sachlage noch bezüglich der beiderseits zu erstrebenden Ziele. Mein rückhaltloses Vertrauen zu Graf Andrássy bedarf keiner neuen Bekräftigung, aber auch wenn, was Gott verhüte, seine Mitwirkung aufhörte, so teile ich seinen guten Glauben an die Macht, mit der die Gesinnungen unsrer Monarchen und die Interessen ihrer Völker die beiden großen Reichskörper auf freundliches Zusammenhalten hinweisen, wer immer bei Ihnen oder bei uns die Geschäfte führen mag.

... Ich verließ Berlin unter dem Eindruck der Freude darüber, daß Wien der einzige Hof war, wo der falsche Lärm über unsre Erregtheit kein Echo gefunden hatte. Ich bin überhaupt keinen Augenblick erregt gewesen, zur Beunruhigung andrer, bei uns, in St. Petersburg, Paris, London hat aber S. nichts beigetragen, mehr schon die Presse, die klerikale — — —, am meisten aber gewisse Elemente, über die ich nur mündlich zu Ihnen mich aussprechen kann. Ich hoffe Montag in Berlin zu sein, und sobald ich das Vergnügen habe, Sie zu sehen, meine Aussprache mit derselben vertrauensvollen Offenheit zu vervollständigen,

Digitized by Google

für die ich Ihnen in der neuesten Mitteilung und jederzeit dankbar bin. Wir werden die Sache schon in Ordnung bringen und erhalten trotz aller Intrigen, gegen die der offene Verkehr ehrliebender Kavaliere der beste Schutz ist.

In freundschaftlicher Verehrung."

Die gleiche Entschlossenheit hat Graf Karolyi mit gleich günstigem Erfolge bei einer andern Episode seiner diplomatischen Laufbahn an den Tag gelegt. Es war dies in London, da Mr. Gladstone kurz nach seinen Midlothianwahlreden mit überwältigender Majorität ans Ruder kam. Das beleidigende Urteil des englischen Staatsmannes über Oesterreich stand noch in frischer Erinnerung, und bei uns harrte man gespannt, ob und welche Genugtuung uns hierfür geboten werden würde. Diese wurde zur großen Befriedigung unsrer öffentlichen Meinung ebenso rasch als vollständig gewährt. Was aber der Oeffentlichkeit nicht bekannt geworden ist, war der persönliche Anteil Karolyis an der herbeigeführten glücklichen Lösung.

Dieser hatte gleich nach der Midlothianrede seinem verletzten patriotischen Gefühl einer sehr hohen englischen Persönlichkeit gegenüber energischen Ausdruck gegeben und hinzugefügt, daß er, falls Mr. Gladstone Premierminister würde, eher seine Entlassung einreichen, als ohne öffentliche Genugtuung mit ihm in offizielle Berührung treten würde. Er hatte dafür gesorgt, daß das Gefühl seiner Entrüstung zur Kenntnis Mr. Gladstones käme, und hatte seinen Standpunkt auch dann festgehalten, als Gladstone gleich nach seiner Ernennung zum Premier ihm durch einen gemeinsamen Freund hatte sagen lassen, daß die neue Regierung sehr freundschaftliche Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn pflegen und ihre Politik in keiner Weise durch seine früheren inoffiziellen Reden beeinflussen lassen werde. Karolyi unterließ nicht, den rein persönlichen Charakter seines Verlangens nach öffentlicher Genugtuung hervorzuheben, erklärte jedoch, daß er den Zwischenfall ohne eine solche nicht vergessen könne. Und sein großes persönliches Ansehen, verbunden mit den Aufklärungen, die er über den Charakter unsrer orientalischen Politik zu erteilen in der Lage war, wie endlich auch der Gladstone wie jedem englischen Gentleman eigne Sinn für die gerechte Achtung fremder Rechte und Gefühle (fairness) haben den gewünschten Erfolg herbeigeführt und den Premierminister zu seinem bekannten apologetischen Schreiben vom 4. Mai 1880 veranlaßt.

Es war also nicht Mangel an mutiger Initiative noch Scheu vor Verantwortung, welche Karolyi abhielten, auf einem noch höheren Posten in der Oeffentlichkeit zu wirken. Nach dem Rücktritte Andrássys im Jahre 1879 berief ihn das Allerhöchste Vertrauen zu dessen Nachfolger. Die strenge, beinahe peinliche Gewissenhaftigkeit, welche ihn in seinem amtlichen Wirken wie in seinem privaten Leben erfüllte, ließ ihn das volle Maß der Eignung für diesen höchsten Posten sich nicht zuerkennen und bewog ihn, auf jenem Felde zu bleiben, auf dem er bis dahin gewirkt und auch ferner mit Nutzen wirken zu können überzeugt war.

Digitized by Google

Graf Alois Karolyi war im Jahre 1825 als der zweite Sohn des Grafen Ludwig Karolyi und der Fürstin Ferdinandine Kaunitz geboren. Die Verwandtschaft mit dem Staatskanzler Metternich, der intime Verkehr seines Vaters in dessen Hause und die eigne Neigung führten den jungen Mann in die diplomatische Laufbahn. Sein Eintritt in dieselbe erfolgte am 4. Februar 1845, und zwar wurde er zunächst als Attaché nach Berlin geschickt, wo sein Oheim Trauttmansdorff Gesandter war. Die unteren Grade der Karriere durchlief Karolyi in ganz regelmäßigem Wege. Im Januar 1846 wurde er nach St. Petersburg versetzt, wo er einige Jahre blieb, 1849 finden wir ihn in Hannover, sodann 1849 bis 1852 in Bern, Rom und Athen, in letzterem Orte über ein Jahr als Geschäftsträger. Er war mittlerweile Legationssekretär geworden, und im Dezember 1852 wurde er der Botschaft in London als erster Beamter zugeteilt.

In England ist Karolyi damals sechs Jahre geblieben und dieser Aufenthalt auf seine politische Anschauungsweise wie auf seine persönlichen Neigungen von dauerndem Einfluß gewesen. Die Sympathien, die er für England, in dessen Marine sein älterer Bruder gedient hatte, von Jugend auf gehabt, sind durch die Aufnahme, die er in der dortigen Gesellschaft gefunden, bestärkt worden, und ihnen ist er zeitlebens treu geblieben. Durch seine äußeren Verhältnisse wie durch seine innere Veranlagung Grandseigneur von sehr liberaler und humaner Gesinnung, mit seinem ganzen Denken, Fühlen und Tun auf positivem Boden stehend, ein Feind der Negation wie der abstrakten Spekulation, von weitem, klarem und vorurteilslosem Blick, konnte ihm der Boden, wo der seinigen verwandte Naturen am öftesten vorkommen und am besten gedeihen, nicht anders als sympathisch sein. In seinen jungen Jahren ein leidenschaftlicher Reiter, später ebenso leidenschaftlicher Jäger, bot ihm der Aufenthalt in England mehr als irgendein andrer Gelegenheit, seinem Lieblingsvergnügen nachzugehen.

Geschäftlich aber ist der Londoner Botschaftsratsposten für Karolyi, wie für viele andre unsrer besten Diplomaten, die hohe Schule der Laufbahn gewesen. Sein Aufenthalt daselbst fiel in die Zeit des Krimkrieges, des Pariser Vertrages, der demselben nachfolgenden mannigfaltigen Verhandlungen über die Neugestaltung einzelner Teile des nahen Orientes, und endlich der immer wachsenden Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich wegen der italienischen Frage. Die Machtstellung Englands und unsre Beziehungen zu demselben brachten es mit sich, daß die Fäden aller europäischen Verhandlungen und Fragen nach London hinüberliefen, wo Karolyi infolge seiner Stellung wie des besonderen persönlichen Vertrauens seines Chefs, des Botschafters Grafen Apponyi, von denselben Kenntnis erhielt. Als er 1858 zum Gesandten in Kopenhagen ernannt wurde, war er in die hohe Politik seiner Zeit eingeweiht und mit der Lage wie den Figuren des europäischen Schachbrettes vertraut.

Die politischen Interessen Oesterreichs in Dänemark waren zu jener Zeit sehr bedeutende und Kopenhagen für einen österreichischen Diplomaten ein Aktionsposten im eminenten Sinne des Wortes. Die schleswig-holsteinische Frage war seit dem Jahre 1848 nicht zur Ruhe gekommen, und der Einfluß, den Oesterreich

Digitized by Google

auf ihre Regelung nahm oder nehmen wollte, entsprach ihrer Bedeutung für seine Beziehungen zu Preußen, zum Deutschen Bunde und mittelbar für seine Großmachtsinteressen überhaupt. Das Ziel, welches das Wiener Kabinett bei den Verhandlungen und dem Abschluß der Verträge von 1852 geleitet hatte, nämlich die Aufrechterhaltung der Integrität der dänischen Monarchie einerseits, und der Schutz der deutschen Nationalität in den Herzogtümern anderseits, war bisher nicht erreicht worden. Die dänische Regierung hatte die Zusagen, welche sie in letzterer Beziehung erteilt hatte, nicht erfüllt, und die beiden Verfassungen, mittels derer sie versucht hatte, die Angelegenheiten des Königreichs zu ordnen, hatten sich beide als unausführbar erwiesen und nur zur Verschärfung des Gegensatzes zwischen Deutschen und Dänen geführt. Die zweite oktroyierte Verfassung vom 2. Oktober 1855 war in Wien nicht minder als in Berlin als Bruch der Zusagen vom Jahre 1852 beurteilt worden und hatte zu scharfen Verhandlungen und einer ausgesprochenen Spannung zwischen Wien und Kopenhagen Anlaß gegeben, infolge deren auch der österreichische Gesandtenposten in Dänemark durch zwei Jahre unbesetzt blieb. Die dänische Regierung hatte sich endlich entschlossen, die beanstandete Verfassung für Holstein außer Kraft zu setzen und die Stände dieses Herzogtums behufs Vorlage eines neuen Verfassungsentwurfs zur Regelung ihrer gemeinsamen Angelegenheiten mit Dänemark einzuberufen. Damit war der langjährige Streit in eine neue Phase getreten, welche vorerst zur Wiederherstellung besserer Beziehungen zwischen Wien und Kopenhagen und zur Ernennung eines neuen kaiserlichen Gesandten in der Person Karolyis führte.

Ueber die Bedeutung des momentanen Einlenkens der dänischen Regierung wie über die Ergebnisse desselben für eine definitive Lösung der Herzogtümerfrage gab man sich in Wien vertrauensvollen Illusionen um so weniger hin, als ja der Kernpunkt des ganzen Handels, nämlich die Stellung Schleswigs, durch die jüngsten Verfügungen gar nicht berührt wurde. Aber der Moment schien nicht geeignet, um eine radikale Lösung der ganzen Streitfrage in die Hand zu nehmen. So schwerwiegend auch die Entscheidungen waren, welche aus derselben in einer nahen Zukunft für die künftige Gestaltung Europas hervorgehen sollten, so stand sie zu Anfang 1859 nur im Hintergrund der Probleme, welche die Sorge der k. k. Regierung wie die Aufmerksamkeit der politischen Welt beschäftigten. Die Frage nach der Aufrechthaltung des Besitzes und der Machtstellung Oesterreichs in Italien war aufgeworfen, und die Haltung Kaiser Napoleons III. zu derselben beherrschte ausschließlich die politische Lage Europas. Diese noch durch das Aufrollen des deutsch-dänischen Handels zu verwirren, konnte nicht in der Politik des Wiener Kabinetts gelegen sein, es mußte im Gegenteile wünschen, daß der neueste Versuch, die Verfassungsangelegenheiten des nordischen Königreiches auf Grund der Verträge von 1852 zu ordnen, nicht abermals mit einem eklatanten Mißerfolg ende, die dänische Regierung vielmehr über das momentane Problem möglichst glatt hinwegkomme.

Die Karolyi bei Uebernahme seines neuen Postens gestellte Aufgabe war

Digitized by Google

daher wesentlich eine vermittelnde. Die dänische Regierung vor der rücksichtslosen Verfolgung der in Kopenhagen herrschenden nationalen Tendenzen, die holsteinischen Stände vor der starren Opposition aus dem Standpunkte des damals sog. Schleswig-Holsteinismus, d. i. der staatsrechtlichen Vereinigung der beiden Herzogtümer und ihrer gemeinsamen Sonderstellung innerhalb der dänischen Monarchie abzuhalten, dabei aber in diesen Fragen das enge Einverständnis mit Preußen zu wahren und unsre Beziehungen zu dieser Macht zu pflegen — dies war der Inhalt der dem Gesandten erteilten Instruktionen.

Es war dem Grafen Karolyi beschieden, in einer späteren Phase seiner Laufbahn der schleswig-holsteinischen Frage seine Mühe und Arbeit lange und eingehend widmen zu müssen, damals aber war seine Beschäftigung mit derselben, wie überhaupt sein Aufenthalt in Kopenhagen nur kurz. Seine Ankunft daselbst erfolgte am 15. Februar 1859 und fiel mit der Eröffnung der holsteinischen Stände beinahe zusammen, aber schon am 5. April wurde er nach Wien berufen, wo er den Auftrag erhielt, sich in besonderer Mission nach St. Petersburg zu begeben, um im Hinblick auf den bevorstehenden Krieg mit Frankreich den Versuch zu machen, das seit dem Krimkrieg grollende Rußland zu versöhnen, im schlimmsten Falle aber sich Klarheit darüber zu verschaffen, wie weit diese Macht schon unserm Gegner verbunden wäre, und was wir eventuell von derselben zu besorgen hätten.

II

1859 Mission nach St. Petersburg, der Italienische Krieg und die Haltung Rußlands

Die diplomatische Vorgeschichte des Krieges vom Jahre 1859 gehört nicht in den Rahmen dieser Arbeit, aber zum Verständnis der dem Grafen Karolyi im April jenes Jahres erteilten Mission nach St. Petersburg und der von ihm dort vorgefundenen Situation erscheint es notwendig, die damaligen Verhältnisse in Europa kurz ins Auge zu fassen.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Frankreich war seit einem Jahre eine heftige. Sie entsprang weniger der Natur der Dinge als der persönlichen Lage Kaiser Napoleons III. Mit den Bestrebungen der italienischen Revolutionspartei seit seiner Jugend verflochten, hatte er bei seiner Erhebung zur Macht nur geringe Sympathien für Oesterreich mitgebracht. Er wollte Oesterreich den Krieg schon im Jahre 1849 machen und war hieran nur durch die parlamentarischen Verhältnisse seines Landes gehindert worden. Die späteren Ereignisse, seine Erhebung auf den Kaiserthron, der Krimkrieg hatten seine Politik in andre Bahnen gelenkt, und nach dem Pariser Frieden waren die Beziehungen der beiden Länder einige Zeit hindurch sehr gute gewesen. In Frankreich war die öffentliche Meinung nach neuen Kriegstaten nicht lüstern. Das Land freute sich der steigenden materiellen Prosperität und der errungenen führenden Stellung, die mit dem Kaisertum zur Herrschaft gelangten Klassen genossen in vollen Zügen die Macht und den Reichtum, und der Kaiser selbst war zufrieden mit den

Digitized by Google

erreichten Erfolgen und der ihm von allen Seiten zuströmenden Huldigung. Da gemahnten ihn die Bomben Orsinis an die Verpflichtungen seiner Jugend und legten ihm den Wunsch nahe, etwas für die italienische Sache zu tun. Ueber das Was und Wie war er sich wohl selbst nicht klar. Es scheint nicht, daß ihm damals mehr vorgeschwebt hat als die Beschränkung des österreichischen Einflusses in Italien durch Verzicht auf die sog. Garantieverträge, der Erwerb der kleineren Herzogtümer für Piemont, und als Lohn für Frankreich die Annexion Savoyens. Am liebsten hätte er diese Ziele auf friedlichem Wege erreicht, aber in Wien war man nicht geneigt, die Sicherheit vor weiteren Attentaten Napoleons durch Zugeständnisse in italienischen Machtfragen zu erkaufen, und die formelle Unanfechtbarkeit des österreichischen Standpunktes steigerte die Gereiztheit des Franzosenkaisers. Im Monat Mai 1858 ergoß er sich in einer vertraulichen Konversation mit unserm damaligen Pariser Botschafter in langen Klagen über Oesterreich, dessen Einfluß in Konstantinopel größer sei als der seinige, ungeachtet es das Schwert zur Verteidigung der Türkei nicht wie er gezogen habe, und welches seine Politik in Montenegro, in den Donaufürstentümern, wie in allen orientalischen Fragen überhaupt, durchkreuze. Italien erwähnte er nicht, aber in Wahrheit lag dessen Sache allen seinen übrigen Beschwerden zugrunde, und Graf Cavour konnte um dieselbe Zeit in offener Kammersitzung auf des Kaisers Sympathien für diese Sache hinweisen, ohne daß in Paris ein Desaveu seiner Behauptung zu erlangen gewesen wäre.

Wie in den Tuilerien die Gereiztheit gegen Oesterreich, so wuchs in Wien das Mißtrauen gegen Napoleon III. Im Juni 1858 wurden in Paris die Konferenzen über die künftige Organisierung der Donaufürstentümer eröffnet. Da Frankreich deren politische Vereinigung begünstigte, Oesterreich derselben widerstrebte, gingen die Verhandlungen nur langsam vonstatten, und über die Frage einer gemeinsamen Fahne für beide Fürstentümer drohten sie gänzlich ins Stocken zu kommen. Einem direkten Appell an seine freundschaftlichen Gefühle gab Napoleon III. diesmal nach, aber am selben Tage, da er seine Minister zum Anschluß an unsre Vorschläge ermächtigte, empfing er in Plombières den Besuch Cavours und nahm auf diese Art mit der einen Hand das Vertrauen wieder zurück, das er mit der andern gegeben hatte.

In Wahrheit entsprang die widerspruchsvolle und verschlossene Haltung des französischen Kaisers seiner Unentschlossenheit. Herr Drouyn de Lhuis sagte um jene Zeit unserm Botschafter: „On parle toujours de la profondeur de l'empereur, croyez-moi, il n'y a pas de profondeur, il n'y a qu'une surface qui varie sans cesse.“ Aber die Welt glaubte damals an die Weisheit des Kaisers und sah in einer Haltung, welche nur der Ausfluß der Verlegenheit war, den Beweis tief angelegter Pläne. In Wien war man im Bewußtsein des Rechtes und im Vertrauen auf die eigne Kraft nicht geneigt, vertragsmäßige Rechte aufzugeben und Opfer an Macht oder Prestige zu bringen, um Napoleon aus seinen Verlegenheiten herauszuhelfen. So glitten denn die Dinge auf der eingeschlagenen Bahn dem Kriege zu.

Digitized by Google

Im November 1858 begannen die damals unter strengem Regime stehenden französischen Zeitungen eine scharfe Preßfehde gegen Oesterreich, auf welche von Wien aus in gleichem Tone geantwortet wurde; im Dezember kursierten überall Gerüchte von französischen Kriegsrüstungen. Der „Moniteur" stellte dieselben in Abrede, aber der Eindruck dieses Dementis wurde kurz darauf durch die bekannte Neujahrsansprache des Kaisers an Baron Hübner völlig verwischt. Die öffentliche Meinung faßte in ganz Europa den Sinn dieser Worte sofort als Insichtstellung des Krieges auf; Graf Walewski beeilte sich zwar, die beruhigendsten Interpretationen nach Wien zu übermitteln, aber die Symptome einer engen, gegen Oesterreich gerichteten Verbindung der Höfe von Paris und Turin folgten sich Schlag auf Schlag. In den ersten Tagen des Januar 1859 wurde die Verlobung des Prinzen Napoleon mit der Prinzessin Klotilde veröffentlicht, am 10. eröffnete der König Viktor Emanuel die sardinischen Kammern mit einer den Ernst der Lage zum Ausdruck bringenden Thronrede, am 14. reiste Prinz Napoleon, begleitet von General Niel, nach Turin, im Februar erfolgte seine Vermählung; seine Preßorgane griffen Oesterreich immer heftiger an, und Cavour rief in einer Zirkulardepesche die Aufmerksamkeit Europas auf die durch Oesterreichs Einfluß geschaffene unnatürliche Lage in Italien.

Mittlerweile hatte die bestehende Spannung auch in Kriegsrüstungen Ausdruck gefunden. Frankreich hatte im Januar den Effektivstand seiner Armee um 65000 Mann erhöht, in Oesterreich erging der Befehl zur teilweisen Mobilisierung von fünf Armeekorps, und Piemont stand im Begriffe, eine Kriegsanleihe aufzunehmen. Da erfolgte von britischer Seite in elfter Stunde ein Versuch zur Vermittlung.

In England war die damalige Regierung Oesterreich sympathisch gesinnt, sie mißtraute Napoleon III., fürchtete ihn aber noch mehr und wollte einen Krieg vermieden sehen, von dessen Ausgang sie in einem Falle die völlige Vernichtung der in England populären nationalen Aspirationen Italiens, im andern die schrankenlose Entfesselung Napoleonischen Ehrgeizes befürchtete. Lord Malmesbury sandte daher seinen damaligen Botschafter in Paris, der sich des Vertrauens seiner Regierung wie der Freundschaft Kaiser Napoleons erfreute, nach Wien, um einen Vermittlungsversuch zu machen. Lord Cowley kam ohne positive Vorschläge, er sollte sehen, ob und was sich in Wien machen ließe, d. h. ob von Oesterreich irgendwelche Konzessionen zu erlangen wären, welche Napoleon den Schein eines Erfolges für die italienische Sache und damit einen Ausweg aus den Schwierigkeiten seiner Lage böten.

Lord Cowley wurde in Wien sehr freundlich und vertrauensvoll empfangen, aber seine Sendung führte zu keinem Ergebnis. Die österreichische Regierung stand auf dem Boden des positiven Rechtes und der Verträge, befestigte sich auch immer mehr in der Ueberzeugung, daß der Krieg in Paris und Turin beschlossene Sache sei und daß Vorschläge von ihrer Seite im Sinne von Konzessionen an Napoleon III. dessen Ausbruch nicht verhindern, sondern nur hinausschieben, mittlerweile aber ihren Rechtsstandpunkt abschwächen und ihr

Digitized by Google

Ansehen erschüttern würden. Die Pourparlers zwischen dem Grafen Buol und Lord Cowley handelten von der Räumung des Kirchenstaates, den in demselben einzuführenden Reformen und den österreichischen Allianzverträgen mit den Souveränen Mittelitaliens, sie führten aber zu keinerlei Abmachungen, welche der englische Botschafter dem Kaiser der Franzosen als praktische Grundlage zu weiteren Unterhandlungen hätte mitbringen können.

Die französische Regierung hatte die Mission Lord Cowleys von Anfang an mit mißtrauischen Augen betrachtet, weil sie von derselben eine intimere Annäherung zwischen Oesterreich und England befürchtete. Man blies in Paris während jener Tage zwar friedliche Weisen, Prinz Napoleon trat aus dem Kabinett, und der „Moniteur" brachte einen Artikel zur Bekämpfung der allgemein herrschenden Kriegsbesorgnisse. Die Rüstungen gingen aber ihren Gang weiter, und die Anzeichen sprachen dafür, daß man von Paris aus eben damals eine weitere Annäherung an Rußland gesucht und gefunden hat, denn Lord Cowley war kaum auf seinen Posten zurückgekehrt, als Rußland mit dem Vorschlag eines Kongresses der fünf Großmächte auf den Plan trat.

Graf Buol sah hierin einen zwischen Frankreich und Rußland abgekarteten Gegenzug gegen die Mission Lord Cowleys und betrachtete den Vorschlag als einen wider Oesterreichs Interessen geführten Streich. Dessenungeachtet lehnte er denselben nicht ab, knüpfte aber seine Annahme an Bedingungen, welche Oesterreich dafür sicherstellen sollten, daß die Kongreßverhandlungen wirklich zu einer friedlichen Verständigung der Mächte und nicht bloß zu einem Aufschub des Krieges führen würden. Er bezeichnete als Aufgabe des Kongresses, daß dem System Sardiniens in seiner auswärtigen Politik ein Ziel gesetzt werde, und erklärte den Ausschluß dieser Macht aus dem Kongreßsaal und deren vorherige Entwaffnung für das Sine qua non der Teilnahme Oesterreichs.

Ueber diese Bedingungen wie über die Frage der Zulassung sämtlicher italienischer Mächte zum Kongresse entspann sich eine Verhandlung, welche über vier Wochen dauerte und zu keinem Ergebnis führte. Mittlerweile befestigte man sich in Wien immer mehr in der Ueberzeugung, daß es Kaiser Napoleon mit der Erhaltung des Friedens nicht aufrichtig meine und der Kongreß nur dazu dienen würde, ihm und seinen Verbündeten Zeit für die Vollendung ihrer Rüstungen zu gewinnen. Ueberdies lastete die Kriegsbereitschaft schwer auf den österreichischen Finanzen, und so reifte in den ersten Apriltagen bei der k. k. Regierung der Entschluß, die Entwirrung in eigne Hand zu nehmen und an Sardinien das Abrüstungsbegehren in kategorischer Form zu stellen. Der Tragweite war sich die österreichische Regierung vollkommen bewußt, um so mehr mußte ihr daran gelegen sein, sich der Haltung der beiden Nachbarmächte Preußen und Rußland, für den Kriegsfall zu versichern. Zu diesem Zwecke erfolgte die Sendung Erzherzog Albrechts in vertraulicher Mission nach Berlin und des Grafen Karolyi nach St. Petersburg.

(Unsre damaligen Beziehungen zu Preußen werden an andrer Stelle eingehende Betrachtung finden. Die Vertretung Oesterreichs in Berlin wurde noch

Digitized by Google

vor Ende des Jahres dem Grafen Karolyi anvertraut, und sein Antritt dieser Mission wird die passende Gelegenheit bieten, um auf die Haltung Preußens vor und während des Italienischen Krieges zurückzublicken.)

Mit Rußland standen wir damals auf sehr gespanntem Fuß. Oesterreichs Haltung während des Krimkrieges hatte der lange bestandenen Allianz zwischen den beiden Kaiserreichen ein Ende gemacht. An die Stelle alter Freundschaft war tiefer Groll und die Hervorhebung des Interessengegensatzes getreten. Kaiser Napoleon hatte schon während des Pariser Friedensschlusses eine Rußland sehr entgegenkommende Haltung eingenommen und seither die Beziehungen zu dieser Macht sorgsam gepflegt. Die verschiedenen aus dem Friedensarrangement hervorgegangenen diplomatischen Verhandlungen über orientalische Fragen hatten Frankreich und Rußland zumeist in dem einen, Oesterreich und England in dem andern Lager gefunden.

Die Haltung Rußlands im Falle des Krieges mit Frankreich mußte daher eine Hauptfrage für die österreichische Regierung bilden. Die ihr diesfalls zukommenden Berichte besagten im wesentlichen, daß diese Haltung keine freundliche sein werde, daß definitive Vereinbarungen mit Frankreich wohl noch nicht getroffen sein dürften, Rußland aber in Paris für gewisse Eventualitäten eine imponierende Haltung an unsrer Grenze zur Paralysierung unsrer Kräfte habe durchblicken lassen.

Unter diesen Umständen beschloß die k. k. Regierung, einen Versuch zur offenen Aussprache und Versöhnung mit Rußland zu unternehmen, und da die beiderseitigen Botschafterposten in Wien und St. Petersburg seit Jahren unbesetzt waren, einen Vertrauensmann zu jenem Zwecke in spezieller Mission nach Rußland zu senden. Sie konnte sich sagen, daß die Politik einer großen Macht in entscheidenden Momenten nicht allein von Gefühlen der Ranküne oder von Sympathien geleitet und daß in der Lombardei kein russisches Interesse berührt werde. Sie war sich bewußt, das Schwert zur Verteidigung derselben legitimen und konservativen Interessen zu ziehen, in deren Verfechtung sie durch mehr als ein Menschenalter Seite an Seite mit Rußland im Vordertreffen gestanden hatte, und sie konnte hoffen, daß ein Appell an die persönlichen Gefühle des russischen Kaisers für diese Sache nicht ohne Erfolg bleiben würde. Sie verlangte schließlich von Rußland nichts als Sicherheit im Rücken und, wenn möglich, dessen moralischen Beistand, und sie war geneigt, denselben mit der Rückkehr zum Statusquo vor dem Krimkriege im Orient zu bezahlen. Sollte in St. Petersburg Geneigtheit zur Verständigung mit Oesterreich vorhanden sein, so war dieses bereit, den Umstand, daß durch den Krieg mit Frankreich seine Verträge mit dieser Macht erlöschen würden, zu benutzen, um bei einer eventuellen Revision des Pariser Friedens die Rückkehr zu jenem Status quo ante zu unterstützen.

Karolyi wurde am 5. April nach Wien berufen, erhielt hier seine Instruktionen in dem eben geschilderten Sinne und reiste am 18. nach St. Petersburg ab. Der Empfang, den er dort beim Zaren wie beim Fürsten Gortschakow fand, ließ ihm gleich nach den ersten Tagen keinen Zweifel darüber übrig, daß seine Mission erfolglos bleiben müsse, der russische Kaiser, sein Minister

Digitized by Google

und die öffentliche Meinung des Landes für die Sache unsrer Gegner gewonnen seien und diese Stimmung auch in der tatsächlichen Haltung Rußlands zum Ausdruck kommen werde.

Die Kunde von der an Sardinien gerichteten Sommation war Karolyi nach St. Petersburg auf dem elektrischen Drahte vorangeeilt und bot dem russischen Kabinett einen willkommenen Vorwand, die Schuld am Ausbruch des Krieges ausschließlich Oesterreich zuzuschieben. Alle Erklärungen, welche Karolyi Gortschakow über die Motive der Entschließung seiner Regierung machte, begegneten einer offen feindseligen, auf vorgefaßtem Entschlusse beruhenden Aufnahme. Er wies vergeblich auf die Langmut und Mäßigung hin, welche Oesterreich durch Jahre den sardinischen Herausforderungen gegenüber bewahrt hatte, und bemühte sich ebenso vergeblich, die Verschiedenheit der Lage während des Krimkrieges und jetzt zu erläutern. Damals waren im Orient direkte österreichische Interessen im Spiel gewesen, welche durch Rußlands Politik bedroht waren, während in Italien kein russisches Interesse von uns gefährdet werde. Zwischen der uns damals aufgenötigten Gegnerschaft zu Rußland und einer eventuell feindseligen Haltung dieser Macht in der jetzigen Krise bestände daher keine Analogie. Sollte aus dem Kriege in Italien eine allgemeine Konflagration hervorgehen, so würde Europa in zwei Lager geteilt erscheinen, in das konservative und das revolutionäre, und wir könnten erwarten, daß Rußlands eigne Interessen es an unsre Seite führen würden und es bis dahin nichts tun werde, um unsre Lage zu erschweren.

Diese Anwürfe Karolyis fanden beim Fürsten Gortschakow die kühlste Aufnahme. Die Bemühungen Rußlands für die Erhaltung des Friedens wären durch unser Ultimatum an Sardinien vereitelt worden, und für den Ausbruch des Krieges müsse er ausschließlich Oesterreich die Verantwortung zuschieben. Was Rußlands künftige Haltung beträfe, so könnten hierfür nur seine eignen Interessen maßgebend sein, und diesfalls lehnte der Fürst jede Erklärung ab. Rußland müsse sich die volle Freiheit seiner Aktion wahren. Der Kriegsausbruch zwinge es, zur eventuellen Verteidigung seiner eignen Interessen militärische Maßregeln zu ergreifen, und er müsse jede Diskussion über die eventuelle Verwendung der zu mobilisierenden russischen Truppen ablehnen. Den Appell an die Gemeinsamkeit der konservativen Interessen beantwortete der russische Staatsmann mit der Erklärung, daß die Zeiten andre geworden, die alten Bande zerrissen seien und Rußland nicht länger geneigt wäre, den Großbüttel Europas zu spielen. „Nous ne sommes plus disposés à nous prêter au rôle de grand prévôt de l'Europe."

Größer noch als die Gortschakows war die Gereiztheit und Erbitterung des Zaren gegen Oesterreich. Er erklärte dem Grafen Karolyi: „Ich bin entschlossen, mir volle Bewegungsfreiheit zu bewahren und mich in keiner Weise über die kommenden Dinge auszulassen." Und sagte ihm überdies: „Die Politik Oesterreichs im Krimkrieg hat ganz Rußland aufs tiefste verstimmt. Diese Verstimmung könnte nicht stärker sein, wenn Oesterreich uns direkt mit den Waffen angegriffen hätte."

Digitized by Google

Angesichts einer so entschieden feindseligen Haltung hielt Karolyi jeden weiteren Versuch, Rußland für unsre Sache zu gewinnen, für vergeblich, machte daher auch von der ihm erteilten Ermächtigung, unsre Unterstützung zur Herstellung des Statusquo vor dem Krimkrieg im Orient anzubieten, keinen Gebrauch.

Sein Urteil über die Situation und über die Natur des zwischen Rußland und Frankreich bestehenden Einverständnisses wie über die zu gewärtigende weitere Haltung unsers östlichen Nachbars faßte er in den folgenden Berichten und Briefen zusammen:

St. Petersburg, 6. Mai 1859.

„In meinen telegraphischen Berichten hatte ich die Ehre, E. E. die Nachrichten zusammenfassend zu übermitteln, die ich über die Art der Beziehungen sammeln konnte, welche Rußland mit Frankreich in Hinsicht auf einen Krieg zwischen letzterem und Oesterreich angeknüpft hat. Diese Nachrichten sind alle negativer Art und beziehen sich ausschließlich auf die Gegenwart. Sie lassen also Vermutungen über künftige Möglichkeiten freies Feld.

Fürst Gortschakow hat in bestimmter Weise mehreren Mitgliedern des Diplomatischen Korps und besonders dem preußischen und dem englischen Gesandten erklärt, daß keinerlei Schutz- und Trutzbündnis zwischen Rußland und irgendeinem andern Staat bestehe. Wenn man also im Hinblick auf diese Erklärung zugeben muß, daß die zwischen Rußland und Frankreich getroffenen Vereinbarungen einen solchen Charakter und solche Tragweite nicht besitzen, so bleibt doch die Tatsache eines intimen Einverständnisses zwischen den beiden Kabinetten ebenso unanfechtbar.

Ich brauche nicht auf die zahlreichen Symptome zurückzukommen, die schon im Lauf des letzten Jahres die Aufmerksamkeit Europas wachgerufen und klar die Tätigkeit beider Teile gezeigt haben, um die Beziehungen zwischen den beiden Ländern immer enger zu knüpfen und sich über die Eventualitäten eines Krieges zu verständigen.

Das eigentliche Ziel, auf das seitdem der Ehrgeiz Frankreichs und die Rachsucht Rußlands ihre Anstrengungen vereinigen, ist dies, Oesterreich auf dem Wege der italienischen Frage zu schwächen. Die Politik der beiden befreundeten Kabinette hat es denn auch verstanden, die Proportionen dieser Frage derart auszudehnen, daß sie die Bedeutung und den Charakter einer europäischen Frage bekommen hat. Solange die italienischen Angelegenheiten nicht auf dieses Terrain hinübergespielt waren, hatten die beiden Kabinette keinerlei zu rechtfertigenden Vorwand, sich direkt in unsre Beziehungen zu Sardinien einzumischen, und konnten infolgedessen ihren feindlichen Einfluß auf die schwebenden Fragen nicht in vollem Umfang zur Geltung bringen. Diesem Zweck diente nun offenbar der Vorschlag eines Kongresses, der aus den intimen Besprechungen zwischen Frankreich und Rußland hervorgegangen ist. Das Fehlschlagen dieses Versuchs hat das Petersburger Kabinett schwer verstimmt und seine feindliche Gesinnung gegen uns noch verstärkt. Nachdem es sich erst der Hoffnung hingegeben hatte, auf friedlichem Weg und ohne materielle Anstrengungen das Ziel zu erreichen,

Digitized by Google

das den Pivot seiner Politik bildet, nämlich die Schwächung Oesterreichs, sieht es sich jetzt gezwungen, zu militärischen Maßregeln zu greifen, um eventuell unsern Feinden zu Hilfe zu kommen und besonders, um einen für uns günstigen Ausgang des Kampfes zu vereiteln.

Nun sind die innere Lage Rußlands, die Frage der Bauernbefreiung, der zerrüttete Stand der Finanzen lauter starke Gründe für den Frieden und für eine Haltung, die dem Land neue Lasten erspart. Aber diese ernsthaften Erwägungen können, wie es scheint, den Wunsch nicht überwältigen, die Gelegenheit zu benutzen, um dem Haß gegen Oesterreich freien Lauf zu lassen und uns so sehr wie möglich zu schwächen.

Diese Stimmung ist, soweit ich mich davon überzeugen konnte, fast allgemein verbreitet in allen nationalrussischen Schichten, die an dem Gang der auswärtigen Politik Anteil nehmen. Sie ist sicherlich weder sehr aktiv noch besonders begeistert und würde sich auch mit einer Politik der vollkommenen Zurückhaltung abfinden; sie ist aber immerhin stark genug, daß das russische Kabinett aus ihr eine Ermutigung für seine natürlichen Sympathien und Antipathien glaubt schöpfen zu dürfen.

Die Gesamtsituation, besonders aber die außerordentliche Zurückhaltung, die sowohl der Kaiser wie sein Minister in betreff der Zukunft mir gegenüber an den Tag legten, wie auch andre mir zugekommene Anzeichen über die Absichten des Petersburger Kabinetts schließen für mich jeden Zweifel aus, daß die Haltung Rußlands und seine Stellungnahme zu den Kriegsereignissen ausgesprochen feindlich gegen Oesterreich sein werden.

Natürlich kann man nicht voraussehen, welchen Weg die russische Regierung zu diesem Zweck einschlagen wird. Für den Augenblick läßt die Mobilisierung von vier Armeekorps im Südwesten des Zarenreichs die Absicht erkennen, beträchtliche Truppenmassen längs der österreichischen Grenze aufzuhäufen, zu dem Zweck, uns zur Gegenüberstellung eines ungefähr gleich starken Kontingents zu zwingen und so unsre für den Kampf gegen Frankreich aufzubietende Kraft zu zersplittern.

Diese Truppenaufstellung an der österreichischen Grenze wird, das ist meine Ueberzeugung, einen sehr ernsten Charakter haben. Rußland wird sich mit ihr nicht als mit einer bloßen sterilen Demonstration begnügen. Wir werden also, um die russischen Truppen in Schach zu halten, eine der ihren analoge Haltung einnehmen müssen. Solange der Kampf zwischen Oesterreich und Frankreich unentschieden und auf italienisches Gebiet beschränkt bleibt, kann man annehmen, daß daß Rußland sich darauf beschränken wird, auf diese Weise einen Teil unsrer Kräfte lahmzulegen.

Ich möchte glauben, daß es der russischen Regierung das liebste wäre, wenn sie über diese Linie nicht hinausgehen müßte und allein durch ihre drohende Haltung schon die Kriegschancen zu unsern Ungunsten so beeinflussen könnte, daß wir uns gezwungen sähen, auf Bedingungen einzugehen, die für uns Konzessionen oder vielmehr Opfer bedeuten. Durchaus geleitet von den Gefühlen der Rach-

Digitized by Google

sucht und darum blind für die Gefahren, die ihm selbst aus den Erfolgen unsrer Gegner erwachsen könnten, glaubt Rußland sich berechtigt, als politisches Programm dieselbe Haltung zu adoptieren, die Oesterreich im Krimkrieg einnahm. Scheint ihm aber der Augenblick gekommen, sich definitiv gegen Oesterreich zu erklären, dann, vermute ich, wird es den letzten Schritt tun, d. h. die Frage des Casus belli stellen.

Es dürfte schwer sein, vorauszusagen, welche Eventualitäten — die Richtigkeit dieser Annahme vorausgesetzt — Rußland bestimmen können, sein ganzes Gewicht gegen uns in die Wagschale zu werfen. Wenn wirklich die Schwächung Oesterreichs der Richtpunkt seiner Politik geworden ist, dann ist anzunehmen, daß es nur im Falle ernstlicher Niederlagen Frankreichs diesem mit Waffengewalt zu Hilfe kommen wird. Denn wenn die Vorsehung das Kriegsglück gegen uns entscheiden ließe, so wird Rußland glauben, durch seine bewaffnete Aufstellung an unsern Grenzen zu diesem Ergebnis genug beigetragen zu haben und außerdem den Vorteil haben, daß es selbst sich außerhalb der Gefahr halten konnte und sich keinerlei besondere Opfer aufzuerlegen brauchte.

Diese Einschätzung der Situation und der voraussichtlichen Politik Rußlands rechtfertigt wohl die Ansicht, daß die — unter welchen Formen immer — zwischen Frankreich und Rußland getroffenen Abmachungen, soweit sie die Teilnahme Rußlands am Krieg betreffen, den Fall ins Auge fassen, daß Frankreich unterläge oder daß wenigstens der Krieg sich so in die Länge dehnte, daß dadurch die Stellung Napoleons III. bedroht und ganz Europa in fühlbare Mitleidenschaft gezogen würde.

Man zählt hier mit Bestimmtheit auf die Neutralität Preußens und auf die völlige Zurückhaltung des ganzen übrigen Deutschland.

Ein aktives Bündnis einiger deutscher Staaten mit uns und ihre Teilnahme am Krieg gegen Frankreich könnten für Rußland — in der Hoffnung, daß Preußen fortfährt, neutral zu bleiben — zum Anlaß werden, daß es sofort eine entschiedenere Haltung annähme, um die Wirkung des deutschen Eingreifens auf dem Kriegstheater abzuschwächen."

*

St. Petersburg, 6. Mai 1859.

„In meinen vorausgegangenen Berichten habe ich mich bemüht, gewissenhaft die Eindrücke zu schildern, die ich von der Stellung und den Stimmungen des russischen Kabinetts im ganzen empfangen habe. Ich habe es auch als meine Pflicht betrachtet, E. E. die Vermutungen und Möglichkeiten zu unterbreiten, die sich mir über die Absichten und die eventuelle Haltung Rußlands aus der Beobachtung der Vergangenheit, der gegenwärtigen Symptome und der Vorzeichen der Zukunft zu ergeben scheinen.

Die Wirklichkeit hat meine Vermutungen noch weit übertroffen. Ich hatte nicht geglaubt, so ausgeprägte Gefühle vorzufinden, die keinem Argument zugänglich waren und darum keinerlei Handhabe boten für den Versuch, ein wenig mildernd auf sie einzuwirken. Diese Stimmungen haben mich von Anfang an

Digitized by Google

jeder Chance beraubt und mir alle Hoffnung genommen, daß meine Bemühungen beim Petersburger Kabinett den Erfolg haben könnten, es wenigstens zu einer Haltung zu bestimmen, die nicht vorgeschrittener wäre, als es seinen eignen Interessen entspräche. Beim Sondieren des Terrains stieß ich immer nur auf Klippen: die Aeußerungen, die ich provozierte, wechselten immer zwischen offenem Ausbrechen von Rancüne und Feindseligkeit und der äußersten Reserve in bezug auf alles, was für die Zukunft positive Anhaltspunkte geben könnte.

Bei dieser Sachlage ist es mir unmöglich, hier den geringsten Einfluß auf den Gang der Dinge zu gewinnen. Fürst Gortschakow empfängt fast täglich die Vertreter der drei andern Großmächte zu Konferenzen, wobei er mich systematisch von diesen Besprechungen ausschließt, die übrigens in Wirklichkeit nur auf den Austausch von Neuigkeiten hinauslaufen, denen er aber den Anschein einer Art von Koalition zu geben liebt. Nach dem, was ich höre, betrachtet er meine Mission als beendet und erwartet, daß ich demnächst abreise. All diese Erwägungen, sowie die Kälte und der völlige Mangel an Vertrauen und Entgegenkommen, die die offiziellen Beziehungen zwischen dem Petersburger Kabinett und mir charakterisierten, lassen mir eine Verlängerung meiner Mission nicht als wünschenswert erscheinen."

*

St. Petersburg, 6. Mai 1859.

„Wenn ich noch etwas zur Ergänzung meiner Darstellung der Situation hinzuzufügen hätte, so könnte das nur das Bild noch finsterer machen und die peinlichen Eindrücke vertiefen, die ich von der Stimmung des Petersburger Kabinetts empfangen habe. Ich kann mir keine Illusion über das völlige Mißlingen meiner Mission machen. Hierher gesandt, um vor allem als direkter Uebermittler beim Kaiser Alexander ihm die Gefahren der Lage auseinanderzusetzen, seine Verstimmung ein wenig zu beschwichtigen und ihn zu einer wenigstens nicht direkt feindseligen Haltung zu überreden, habe ich von seiner Seite nur harte und ungerechte Worte über das kaiserliche Kabinett und recht wenig Freundliches über den Kaiser selbst hören müssen, ohne daß sich mir die geringste Möglichkeit bot, von ihm angehört zu werden und irgend auf ihn einzuwirken. Der Groll gegen uns wurzelt zu tief in seinem Herzen, um entgegengesetzten Gefühlen Raum zu geben, und wird absichtlich geschürt durch den parteiischen und leidenschaftlichen Zuspruch des Fürsten Gortschakow. Solange dieser Minister bleibt, ist von Rußland nichts zu hoffen, alles zu fürchten.

Die wahre Natur der Abmachungen mit Frankreich ist für alle Welt ein Geheimnis. Aber daß sie bestehen, daß sie sich gegen Oesterreich richten und daß sie Rußland für den Fall eines Krieges eine Rolle, die von dieser Tendenz bestimmt ist, zuweisen, darüber kann nicht der geringste Zweifel bestehen. Gerade die heftige Erbitterung, die die Nachricht von unserm Ultimatum als Vorläufer des Krieges beim hiesigen Kabinett hervorgerufen hat, scheint mir die Existenz solcher Abmachungen zu bestätigen. Denn es sieht sich jetzt gezwungen, diesen Abmachungen nachzukommen, während es viel lieber seine Aktion auf das diplo-

Digitized by Google

matische Gebiet beschränkt hätte, auf dem uns Rußland mindestens ebensoviel — und sicher mit viel weniger Kosten — hätte schaden können. Nur höchst ungern wird es zu militärischen Maßnahmen übergehen. Aber da es Oesterreich um jeden Preis schädigen will und sich allem Anschein nach zu diesem Zweck mit Frankreich verständigt hat, muß es seine Haltung den Umständen anpassen und demgemäß, wenn es Krieg gibt, zu kriegerischen Mitteln ergreifen. Wenn das Petersburger Kabinett sich in keiner Weise gebunden hätte, so könnte es, für den Augenblick zumindest, das ganze Geschäft Frankreich überlassen und überhaupt die Gesamtlage mit mehr Ruhe und weniger Leidenschaft betrachten. Seine wirkliche Stimmung verrät sich indeß aus der Sprache und der Haltung, die es seit der Nachricht von unserm Ultimatum angenommen hat, und daraus kann man schließen, welcher Art seine Abmachungen mit Frankreich sein mögen.

In meinem letzten Brief habe ich, wie ich es für meine Pflicht hielt, die Aufmerksamkeit E. E. darauf gelenkt, daß es opportun sein dürfte, meiner Mission ein Ende zu setzen.

Da ich tatsächlich seit meinem ersten Besuche dem Fürsten Gortschakow keine Mitteilungen zu machen hatte, stand ich in fast keinen Beziehungen mehr zu ihm. Er beruft täglich die Diplomaten, bald einzeln, bald gemeinsam, zu sich, und er ist immer bemüht, meinen Ausschluß bemerklich zu machen. Außerdem gefällt er sich mit einer gewissen wenig angenehmen Schadenfreude darin, auf den Mißerfolg meiner Sendung anzuspielen. Aus all diesen Gründen möchte ich glauben, daß das kaiserliche Kabinett sich überzeugt hat, eine Verlängerung meines Aufenthalts in St. Petersburg sei weder mit dem Interesse noch mit der Würde der kaiserlichen Regierung vereinbar."

Während Karolyis Aufenthalts in St. Petersburg vollzog sich in Wien der Wechsel in der Leitung des Ministeriums des Aeußern. Die eben wiedergegebene Berichterstattung traf bei ihrer Ankunft in Wien den Grafen Buol noch auf dem Ballplatz, aber nur mehr als provisorischen Leiter bis zur Ankunft seines aus Frankfurt berufenen Nachfolgers. Sie wurde in der Zwischenzeit dem früheren Staatskanzler, Fürsten Metternich, mitgeteilt und der greise Staatsmann schrieb zu derselben das folgende Memorandum, wohl eines der letzten Schriftstücke, die aus seiner Feder geflossen sind.

„Die Berichte des Grafen Karolyi zeichnen sich durch die Klarheit der Auffassungsweise des Verfassers und dessen Darstellungsgabe aus. Sie werden hohen Wert für den neuen Leiter unsrer Politik haben, und ihn in seiner, mir bekannten Ansicht der russischen Richtung bestätigen. In jedem Falle werden Seine Majestät wohl dessen Ankunft abwarten wollen, und nicht vor derselben Weisungen an den Grafen Karolyi ergehen zu lassen für gut finden.

Ich finde in dem Bilde der russischen politischen Stellung nur eine Bekräftigung der Ansichten, welche ich in meiner Eingabe an Seine Majestät vom 9. d. M. auszusprechen mir erlaubt habe. Eine Sendung des Feldmarschalls

Digitized by Google

Fürsten Windischgrätz kann im Ausmaß der Lage und des Momentes eine den Zweck dieser Sendung beförderliche oder gefährdende sein.

In ihren großen Grundzügen muß die Spannung, welche zwischen den zwei Kaiserhöfen besteht, unter den folgenden Gesichtspunkten ins Auge gefaßt werden:

a) Unter dem der Verschiedenheit der geographischen und historischen Lage der zwei Reiche;

b) unter dem der persönlichen Stellungen der Monarchen;

c) unter dem ebenfalls persönlichen Standpunkte der Vorsteher der Kabinette.

In betreff der Aufgabe a) gilt die politische Manipulation, Fehler in derselben müssen vermieden werden, denn sie wirken, eben wegen der Verschiedenheit der Lebensbedingungen der zwei Reiche, nötigerweise schwerer auf Oesterreich als auf Rußland zurück, weil unsre Freiheit der Bewegung eine viel geringere ist, als die des russischen Reiches. Diesen Ausspruch wende ich in allen denkbaren Richtungen der Politik unsers Kabinetts an, und diese Wahrheit ist im Verlaufe der letzten Zeit nicht gehörig beachtet worden.

In betreff von b) gibt es nur eine Unterstellung. Die Monarchen können sich nur im Gefühle der Gleichmäßigkeit ihrer Interessen freundlich gegenüberstehen.

Auf c) läßt sich nur bemerken, daß durch die neueste Verfügung Seiner Majestät des Kaisers der Stoff zur Spannung verschwunden ist.

Zur Beruhigung meines Gewissens drängt mich hier der Ausspruch, daß ich den Ausgangspunkt des Uebels c) in der leidenschaftlichen und unmoralischen Richtung des Geistesganges des Fürsten Gortschakow suche und bezeichne.

Als Schluß dieser flüchtigen Betrachtung gelange ich zu dem Bilde, daß Seine Majestät geruhen möge, jede auf die Kommission des Feldmarschalls, Fürsten Windischgrätz, bezugnehmende Entscheidung bis zu Allerhöchstihrer Rücksprache mit dem Grafen Rechberg in suspenso zu halten."

Wien, 14. Mai 1859.

Tags darauf erhielt Karolyi die Weisung, seine bereits gebilligt gewesene Abreise aus St. Petersburg aufzuschieben. Wenige Tage später traf Graf Rechberg in Wien ein, und am 26. Mai verließ Karolyi mit dessen Genehmigung die russische Hauptstadt. (Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

San Franzisko und Panama

Deutschlands Interesse an der Weltausstellung und dem Kanal

Von

Prof. Dr. Erich v. Drygalski (München)

Der Plan einer Weltausstellung in San Franzisko und ihrer Eröffnung zur Zeit der Vollendung des Panamakanals 1914 muß die Blicke der Kulturwelt in hohem Maße auf den ältesten und größten Gegensatz richten, der im Antlitz der Erde besteht, nämlich auf den zwischen dem atlantischen und pazifischen Ozeangebiet nach Natur und Kultur. Schon die Aufnahme des Planes durch die verschiedenen Nationen zeigt, wie groß dieser Gegensatz ist. Die atlantischen Völker, also die von Europa und sogar die des Ostens der Vereinigten Staaten, stehen ihm kühl, ja ablehnend gegenüber, während die pazifischen Nationen, also die Weststaaten Südamerikas, die Oststaaten Asiens, besonders Japan, und vor allem die Bewohner des Westens der Vereinigten Staaten mit einer Wärme zugreifen und mit einer Energie dafür eintreten, die auch uns zu denken geben muß.

Der Gegensatz der Ozeane und ihrer Küstenbewohner ist tief begründet; er beruht auf ihrer Natur. Die Ränder des Pazifischen Ozeans sind von ihren parallelen, hohen Gebirgen begleitet und durch sie abgeschlossen, während die Gebirge der atlantischen Welt gegen den Ozean ausstreichen, und dementsprechend auch die kulturfähigen Länder zwischen ihnen. So können die Verkehrswege vom Atlantik her die nutzbaren Länder zwischen den Gebirgen weithin und mühelos durchdringen (das gilt von Deutschland und England und Frankreich sowohl wie vom Mittelmeergebiet und noch von einem Teil von Marokko), während die Verkehrswege vom Pazifik her hohe Gebirge mühevoll zu überwinden haben, ehe sie in bewohnbare Länder gelangen.

Nur an einzelnen Stellen haben am Pazifik Erdbewegungen oder große Ströme die Gebirge an der Küste durchbrochen und so auch dort ein Ansetzen des Verkehrs und Entwicklung von Kulturen ermöglicht, so in der Mandschurei, bei Peking, bei Schanghai, bei Hongkong und in Tongking oder im südlichen Chile, in Seattle und in San Franzisko der Vereinigten Staaten, doch unterscheiden sich die Kulturen, die von diesen pazifischen Stellen ausgehen, sehr wesentlich von den atlantischen. Letztere haben etwas Leichtes, Expansives, sich gegenseitig Befruchtendes, die pazifischen dagegen, weil sie bald auf Gebirgswälle stoßen, etwas am Orte Haftendes, Abgeschlossenes, nur für sich Geschaffenes. Das beste Beispiel dieser Abgeschlossenheit gibt die Entwicklung von China oder die alten Kulturen der Inka in Peru oder der Mexikoindianer.

Eine fernere Folge dieser Kontraste ist es immer gewesen, daß die Entwicklung der atlantischen Völker eine stetige war und die der

Digitized by Google

pazifischen eine sprunghafte. Erstere konnten nie ganz stille stehen, weil immer irgendein Nachbarvolk, mit dem sie in Verkehr standen, irgendwie fortschritt. Die pazifischen Völker waren dagegen oft ohne Berührung mit andern, weil von ihren Gebirgen umschlossen, und erstarrten dann in ihrer Kultur, bis ein fernes, meist atlantisches Volk durch Entwicklung der Schiffahrt, wie Portugal oder Spanien, oder durch kühnen Unternehmungsdrang, wie England, die Initiative in sie hineintrug. Manche der pazifischen Völker gingen bei solchen Berührungen zugrunde, wie die Inkareiche in Peru oder das Aztekenreich in Mexiko; andre nutzten die Initiative der Fremden zu eigner, aber sprunghafter, gelegentlich fast explosiver Entwicklung, wie Japan. Sie blieben aber den Fremden unterlegen, weil ihrer Entwicklung die Stetigkeit fehlte, und manches wahllos und schnell angenommen wurde, was gar nicht für den Pazifik paßte.

Ein wundersames und interessantes Gemenge atlantischer und pazifischer Entwicklungsformen geben die heutigen Vereinigten Staaten, wie jeder sehen kann, der das Land im Osten wie im Westen durchzieht. Es ist aber nur scheinbar eine Mischung entstanden; tatsächlich bestehen die Gegensätze fort, die in der Natur liegen, und dürften sich künftig noch stärker zeigen.

Der Osten der Vereinigten Staaten ist durch und durch atlantisch, man könnte sagen, ein europäischer Staat. Von der atlantischen, gegen Europa gekehrten Küste gingen Besiedlung und Entwicklung aus; die großen Ströme und Seen, wesentlich die letzteren und der St. Lorenz, doch auch der Mississippi und seine Nebenflüsse trugen Siedler und Kulturen von der Küste durch das Land. An den Seen erblühten Städte wie Buffalo, Detroit, Duluth und Chikago, am Ohio Pittsburg und Cincinnati, am Mississippi Memphis und St. Louis, um nur einige zu nennen, und an der Küste unter vielen Weltstädten, die ich nicht angeben will, Neuyork, die größte aller Städte der Welt. Alle diese haben das gleiche Gepräge. Industrie, Handel und Verkehr machen sie zu Zentren weiter Gebiete, zu hell und gleichartig leuchtenden Sternen des Banners, das den atlantischen Osten bis etwas über den Mississippi bedeckt. Sie haben ein gleichartiges Werden und Wachsen gehabt mit ihrem Land, bei manchen Sonderheiten, die sie auch unterscheiden. Der Atlantische Ozean und seine Buchten, das sind der Lorenz und das große Seengebiet, der Golf von Mexiko und das Mississippisystem, fassen im Osten alles zusammen zu einer großen Interesseneinheit, zu gleicher Kultur und so auch zu politischer Gemeinschaft.

Ganz anders ist der amerikanische Westen. Auf beiden Seiten abgeschlossen durch hohe Gebirge, die Rocky Mountains gegen das Mississippital und die Kordilleren gegen den Ozean, hat er lange Zeiten Siedelung und Kultur widerstrebt. Wo diese eindrangen, wie mit dem kühnen Mormonenzuge nach Utah vom Osten oder durch ältere spanische Unternehmungen vom Süden, von Mexiko her, blieben sie dort, wo sie einschlugen, in sich geschlossen und lokalisiert, wie es auch die uralten hohen Indianerkulturen gewesen waren, deren Reste man heute im Kordillerenland ausgräbt. Selbst San Franzisko und sein goldnes

Digitized by Google

Tor, einer der glänzendsten Häfen der Welt, war noch Jahrhunderte nach seiner Entdeckung keine Eingangspforte, wie es der Hudson und andre Flüsse des Ostens sehr schnell gewesen waren, weil man dort lediglich in ein abgeschlossenes Gebirgstal hinein kam, wie so häufig von Häfen der pazifischen Küste. So führte in San Franzisko ein spanischer Militärposten jahrhundertelang ein einsames Dasein; dann verschafften Mitte des neunzehnten Jahrhunderts die Goldfunde am Sakramento dem kalifornischen Längstal einen plötzlichen Aufschwung, doch erst heute wird San Franzisko, was ihm gebührt, ein Kulturplatz ersten Ranges der pazifischen Welt, in einem neuen Entwicklungssprunge, wie er pazifischen Plätzen eigentümlich ist, weil sein Hinterland sich jetzt besinnt.

Seit die Entwicklungsmöglichkeit San Franziskos erkannt ist, das ist ungefähr seit Kalifornien zu den Vereinigten Staaten gehört, hat man freilich mit amerikanischer Energie versucht, den amerikanischen Westen von Osten her zu erschließen. Bahnen auf Bahnen wurden gebaut, und durchziehen in vielen Linien heute den Kontinent von der atlantischen bis zur pazifischen Küste. Man meinte, nicht schnell und nicht viel genug bauen zu können, um den Westen an den Osten zu ketten, leidet heute aber schon unter den Mängeln des Baus, die von seiner Schnelligkeit herrühren, und wird in Zukunft noch viel mehr darunter leiden. Fieberhaft ist dieses Drängen des Ostens nach Westen gewesen; manche Bahnen florieren, weil sie, wie man sagt, den Westen erschließen, richtiger aber, weil der Westen sich jetzt selbst erschließt, sprunghaft schnell, wie ein richtiger pazifischer Staat, etwa wie Japan.

In jeder neuen Pazifikbahn liegt es wie ein ängstliches Streben, den Westen zu halten, und dieser nützt die Bahnen noch zum Absatz nach Osten, solange er das braucht, und wächst im übrigen aus eignen Kräften empor. Stand vor kurzem noch San Franzisko allein, als die Königin des Westens und als das Ziel aller Pazifikbahnen, so schnellen heute in den Küstenstaaten auch Seattle, Tacoma, Portland und andre, auch Los Angeles gewaltig empor, von Binnenstädten wie Spokane, Butte, Salt Lake City und andern ganz zu schweigen.

Diese Entwicklung liegt aber wesentlich in den eignen Kräften des Westens begründet, die von außen her durch die Bahnen nur angestoßen sind, um sich jetzt ähnlich zu entfalten wie die Kräfte ostasiatischer Länder. An Kohlenschätzen darf der Westen sich freilich nicht mit dem Osten Amerikas messen, wohl aber an Metallen aller Art, deren Förderung durch die Wasserkräfte der Gebirge begünstigt ist; auch in Frucht- und Ackerflächen erblüht dem Westen ein gewaltiger Reichtum, seit man ihn durch besondere Wirtschaftsformen der Trockenfarm und der Irrigation zu heben versteht, während man die Wälder heute noch kaum zu nutzen begann. Wo vor kurzem kein Haus stand, liegen jetzt Dörfer und Städte, und in dem kalifornisch-oregonischen Längstal, zwischen den dem Pazifik nächsten Kordilleren gelegen, dem die Goldfunde am Sakramento einst die erste Besiedlung brachten, wächst durch Früchte und Getreide und Holz von Seattle bis Los Angeles eine Reihe von großen Städten empor, nach

Digitized by Google

Industrien schauend, die sie an sich ketten können, um weiter zu wachsen, teilweise auch schon damit versehen. Es eine richtige pazifische Entwicklung, zuerst zufällig und unstät, angestoßen und eingepflanzt, dann aber bewußt und planvoll aus eigner Kraft, wenn auch noch in großem Menschenbedarf.

Der stärkste Ausdruck des Selbstbewußtseins des amerikanischen Westens dürfte in dem Plan liegen, eine Weltausstellung in San Franzisko mit der Eröffnung des Panamakanals zu verbinden. Im Osten der Union schenkt man diesem Plan wenig Beachtung: selbst leitende Kreise kennen ihn kaum, wenigstens äußerlich, und die Presse des Ostens spricht fast gar nicht davon. Die Teilnahme wächst, sowie man das Kordillerenland westlich vom Mississippi betritt, und erreicht ihren Höhepunkt in San Franzisko.

Was als Interesselosigkeit des Ostens erscheint, dürfte teilweise Eifersucht sein. Denn der Osten besitzt die Bahnen, die den Westen, halten wollen und die durch den Panamakanal zum mindesten zu Reformen ihres Betriebes und wesentlichen Revisionen ihrer Tarife bestimmt werden dürften. Der Osten ist bisher der Vermittler der Produkte des Westens gewesen (die Pazifikstaaten sind heute nur mit 5,6 Prozent an dem Gesamtaußenhandel der Union beteiligt), wird es aber um so weniger bleiben, je mehr der Westen von den Bahnen unabhängig wird und sich mit neuen Verkehrswegen neue Absatzgebiete sucht. Die Ausfuhr des Pazifikstaates Washington ist schon von 3,3 Millionen Dollars 1890 auf 43,6 Millionen Dollars 1907 gestiegen, die Einfuhr von 0,3 auf 25,3 Millionen in derselben Zeit, und ähnlich liegt es in Oregon. Endlich hat der Osten die politische Macht, dürfte sie aber um so weniger behalten, je mehr sich die Volksdichte des Westens steigert und dieser fortschreitet. Was Europa bei dem Erstarken der ostasiatischen Staaten erlebt, das erlebt die Union innerhalb ihres eignen Gebiets am Erstarken des Westens.

Wohin diese Entwicklung führt, ist hier nicht zu erörtern, doch dürfte sie zweifellos auch für uns von größter Wichtigkeit sein; und wenn die europäischen Nationen jetzt in Ostasien so emsig um Betätigung ringen, so ist ihnen das gleiche Problem und das gleiche Ziel auch im Westen der Vereinigten Staaten gestellt, nicht zum mindesten dem Deutschen Reich, zumal die Entwicklung des Westens zum beträchtlichen Teil auf der des dortigen deutschen Volkstums beruht. So wird es sich bei der Eröffnung des Panamakanals nicht darum handeln, welche bisherigen Handelswege der Kanal ersetzen kann, sondern darum, daß er Bestehendes umwirft und neue Wege eröffnet, wenn zugleich mit seiner Vollendung der erstarkende Westen in San Franzisko zum erstenmal selbstbewußt und geschlossen erscheint, neue, eigne Verbindungen suchend.

Die pazifischen Völker haben die Bedeutung dieser Stunde erkannt. Japan ist in San Franzisko als erster auf dem Plane erschienen, und die südamerikanischen Weststaaten folgten, weil sie eine Wiederholung ihrer eignen Fortschritte ahnen. Zögernd stehen die europäischen Völker zurück, und teil-

Digitized by Google

nahmlos, wenigstens scheinbar, der amerikanische Osten. Es ist ja auch nicht zu wissen, was die Europäer aus San Franzisko heimbringen können, doch das ist sicher, daß der Erfolg nur dem winken kann, der sehr am Platze ist, weil es dort suchende Entwicklungen gibt, die noch hier- und dorthin gelenkt werden können.

So meine ich, daß Deutschland in San Franzisko nicht fehlen darf. Es muß den amerikanischen Westen an sich und im Kreise der Pazifikvölker sehen; es soll deren Suchen und Streben fühlen und ihnen, weiterschauend und reicher an Initiative, als jene es noch selbst sind, Wege zeigen, was bei den vielen dortigen Volksgenossen um so ersprießlicher ist. Man darf nicht vergessen, daß die Pazifikvölker zu den Sprüngen ihrer Entwicklung von jeher der fremden Initiative bedurft haben, und daß der amerikanische Westen freilich ein Teil der Union, doch heute vielleicht schon mehr ein werdender Pazifikstaat ist, den der atlantische Osten aufmerksam und eifersüchtig in seiner Entwicklung bewacht.

München, den 2. Januar 1913.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 und 1853

(Fortsetzung)

St. Petersburg, den 17. Februar 1852.

Vor allen Dingen meinen besten Dank für Deinen langen Brief und dann meinen Glückwunsch zu Deinem Geburtstage, den ich natürlich wieder dem Datum nach vergessen, aber doch den Monat behalten habe. Was nun Deinen Brief anbelangt, so beginne ich dessen Beantwortung damit, daß ich nicht zu den modernen Ehemännern gehöre, die alles und jedes mit ihren Frauen besprechen, ja, ich gehe noch weiter und verlange auch gar nicht mal, ihre Geheimnisse und Korrespondenzen usw. zu kennen, weil sie ebensogut in die Lage kommen können, Dinge und Konfidenzen zu erfahren, deren weitere Mitteilung sie nicht verantworten könnten, da es leicht Geheimnisse andrer sein können usw.

Was ich Dir damals durch Benkendorff[1]) über des Kaisers Auffassung schrieb, paßt jetzt schon nicht mehr. Je länger ich hier bin, je mehr überzeuge ich mich, daß man nicht auf die Konsequenzen bauen darf, die des Kaisers im Moment erster Aufwallung ausgestoßene Reden eigentlich nach sich ziehen sollten. Ich erinnere mich noch, als wäre es gestern gewesen, daß der Kaiser am Teetisch mir laut und vor mehreren Personen sagte: „Solange der Präsident auf

[1]) Graf Benkendorff, russischer Militärbevollmächtigter in Berlin.

Digitized by Google

diesem Wege der Beruhigung Frankreichs und der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und der äußeren Ruhe bleibt, kann ich ihm meinen Beifall und Anerkennung nicht versagen; sobald er diesen Weg aber verläßt und sich etwa zum Kaiser machen sollte — was ich nicht glaube —, d. h. Nikolaus — alors il sera avec nous en hostilité ouverte!" So der Kaiser damals nach dem Staatsstreich. Dann ward eingelenkt und ein Unterschied gemacht, ob er sich oder das Volk (!) ihn zum Kaiser mache, eine Dynastie aber dürfe er nicht gründen, man ihm einen Platz in der Reihe der legitimen Monarchen nicht einräumen! Auch davon schweigt man jetzt, und glaube mir, er wird von hier aus wie auch von den andern Großmächten anerkannt werden wie Louis Philippe, und wenn er eine Dynastie gründen will, so wird schweigend darüber hingegangen und das Zusammenkommen mit ihm vermieden werden, um die etwaigen Rangkollisionen zu vermeiden! Das Geschlecht dieses Jahrhunderts geht jedem Kampf aus dem Wege und drängt sich zuletzt nur noch auf einem Bein stehend in einen Winkel, ewig ausweichend, bis die eigne Haltung und der Zusammenhang mit der ursprünglich eignen Basis nicht mehr solide ist. Der Kaiser bewundert in L. N. seinen moralischen Mut, das Beispiel, was er der legitimen Monarchie gegeben, er sucht in ihm eine edle, uneigennützige Natur, er hat „eine zu hohe Meinung" von ihm (seine eignen Worte), um zu glauben, daß er diese großartige Laufbahn verlassen werde usw. Da mag man sagen, was man will, die Antwort ist stets dieselbe: „Ich glaube von einem Menschen nur Gutes, bis ich mich vom Gegenteil überzeugt." Ich will Dir das Ganze aber in wenig Worte fassen: Er glaubt, was er wünscht und weil er es wünscht. — Ebenso wie der Eidbruch L. N.s wird auch der Wortbruch in Wien gepriesen, und Rochow wie ich bekommen es jeden Tag zu hören, wie kläglich die Zucht in Berlin sei, daß der ganze Verfassungsplunder nicht beseitigt werde. Ich sprach über diese Dinge neulich einmal mit Liewen,[1]) der sagte mir darauf: „Despotismus in Paris, Despotismus in Wien, rohe Gewalt hier und da, das kitzelt auch angenehm an der Newa!" Der Kaiser kennt die Verhältnisse in Preußen nur sehr oberflächlich, und das, was ihm davon nicht gefällt, will er nicht kennen, er drängt aus Ansicht und Standpunkt fortwährend auf den einen Punkt: Beseitigung der Verfassung und des konstitutionellen Wesens, gleichviel ob es möglich, ob es erwünscht, ob es nötig ist.

Der österreichische Despotismus zieht ihn natürlich immer von neuem mehr dahin, und gestern abend sagte er mir auf einem Ball, wie es ihm leid tue, daß der König so offen und heftig gegen Louis Napoleons Verfahren spreche und es tadele, während doch der Minister Manteuffel zu einem ähnlichen coup d'état ganz bereit sei, nur des Königs Genehmigung dazu nicht habe erhalten können. (NB. Manteuffel hat an den Kanzler geschrieben, den Brief selbst aber kenne ich nicht und möchte glauben, daß er darin etwas falsch verstanden ist — vielleicht beruht diese Aeußerung auch auf anderweitigen Mitteilungen aus Berlin.)

---

[1]) Graf Liewen, Minister der Aufklärung in Rußland.

Digitized by Google

Gegen Bonin[1]) spricht er auch viel, weil er Holstein ihm nicht vergessen will und weil Benkendorff geschrieben, daß Möllendorff und Wrangel über diese Ernennung ganz außer sich wären. Diese beiden Herren haben sich also wohl in Redensarten zu weit gehen lassen und vergessen, daß Benkendorff nicht allein ihr guter Bekannter ist.

Dem politischen Teil Deines Briefes trete ich im allgemeinen durchaus bei, nur möchte ich die Verpflichtung, die Bourbonen zu restaurieren, und die Verpflichtung, für das Prinzip der Legitimität aufzutreten, trennen. Letzteres steht als Prinzip abgeschlossen da — erst in seinem weiteren Gefolge kommen die unvermeidlichen Bourbons. Die Anerkennung Louis Philippes, die Anerkennung der Republik und die Anerkennung Louis Napoleons als Staatsoberhaupt wie als Kaiser bleiben unter allen Umständen unverantwortliche Selbstverletzungen und ein Wüten gegen das eigne Fleisch. Eine Verpflichtung gegen die Bourbonen haben wir nicht, weil wir ihnen zurufen können: „Tu l'as voulu und du hast mit Undank belohnt, was wir dir Gutes getan haben." Dagegen aber kann sich kein legitimer Monarch davon lossagen, Verpflichtungen für das Prinzip zu haben, das ihm die eigne Basis gibt. Deshalb würde ich es edel und großartig finden, wenn die vier Großmächte, jetzt zusammentretend, im Prinzip wieder das gutmachten, was sie von 1830 ab versündigt haben. Staatsklug mag es nicht sein — verantworten aber könnte man es vor Gott. Ueberdem würde die ganze Sache vielleicht sehr leicht zu machen sein: rasch, entschlossen mit der Fahne der Legitimität gegen die verkörperte Revolution gezogen, würde einen kleinen, vielleicht gar keinen Krieg geben, weil Louis Napoleon wohl ein Bonaparte, aber noch kein Napoleon ist.

Doch das ist nur eine Abschweifung — ein Phantasiestück, das in dies Jahrhundert nicht mehr paßt.

Die Idee einer Zusammenkunft der Monarchen liegt sehr nahe, da der Kaiser mutmaßlich Ende Mai oder Juni nach Berlin kommen wird. Ich sprach ihm auch schon davon, doch wies er es von sich, zur Zusammenkunft aufzufordern, da er schon einmal damit abgewiesen worden sei, übrigens biete er zur Sache sehr gern die Hand. In diesem Moment trat Peter von Oldenburg ein, und das Gespräch nahm eine andre Wendung. Gewiß wäre es das beste, um Oesterreich zu binden, doch ist hier vorläufig noch zuviel Sympathie für L. N., wenn auch neulich schon die Phrase fiel: „Il commence à faire des bêtises." Jetzt nun hat er durch seinen Minister Turgot an Kisselew[2]) sagen lassen, daß er gar nicht an die Kaiserkrone denke und nichts wünsche als Ruhe im Innern und Frieden nach außen. Das glaubt man, weil man es wünscht. Am letzten Ende aber wird der Kaiser dennoch immer gegen L. N. mit auftreten, wenn dieser Eroberungspläne haben sollte, wenn man bei uns nur korrekt ist. Und dann wird auch Franz Josef nicht sich davon ausschließen.

[1]) Generalmajor v. Bonin war im Januar 1852 an Stelle Stockhausens preußischer Kriegsminister geworden.

[2]) Graf Kisselew, russischer Gesandter in Paris.

Digitized by Google

Gestern bei einem großen Feste sprach mir der Kaiser von einem sehr interessanten Berichte über eine Unterhaltung zwischen Benkendorff und Reyher,[1]) welch letzterer dasselbe über die Lage der Dinge usw. gesagt habe wie König Leopold — was es aber war, dazu kam er nicht, weil er, rasch weitersprechend, auf andre Dinge kam. Reyhers Sentenzen haben für mich auch nur insofern Wert, als sie hier scheinen Anklang gefunden zu haben, also wohl weniger liberal als gewöhnlich gewesen sein werden.

Im Verlauf der Konversation kam der Kaiser sehr bald auf den König zu sprechen und tadelte dessen Schelten auf Louis Napoleon ebenso die Besorgnis, die man in Berlin vor einem Kriege zu haben scheine. Zu letzterer habe man gar keine Veranlassung nach allem, was er von Paris höre; wenn man aber Besorgnis habe, so müsse man nicht laut schelten und dadurch provozieren, und werde der Krieg von Frankreich aus provoziert, „so brauchen wir ihn auch nicht zu fürchten". Er meinte ferner, daß wenn eine Feindseligkeit eintreten sollte, so würde es zunächst gegen England sein. Das aber glaube ich kaum.

Bei einer Gelegenheit sagte ich dem Kaiser, Louis N. bleibe für mich doch immer ein Usurpator und der Träger der verkörperten Revolution, so wünsche ich nichts sehnlicher als einen von ihm provozierten Krieg. Der Kaiser antwortete, daß ich in ersterem recht habe und er L. N. als einen notwendigen Uebergang betrachte.

Grüße Frau und Kind und rufe mich ins Andenken von Hans Karl zurück. Von Manteuffels Brief schreibe ich nicht nach Berlin. Wenn Du mir antwortest, so laß den Inhalt Deines Briefes die Gelegenheit bedingen! — Empfiehl mich Stockhausen.

*

St. Petersburg, den 8. März 1852.

Man tut dem Kaiser unrecht, wenn man in Berlin sagt, er wolle unter keiner Bedingung den Krieg. Er strebt allerdings mehr als nötig den Frieden zu erhalten, er will jede Provokation gegen Frankreich vermeiden, aber fechten wird er, sobald Frankreich uns oder Oesterreich angreift, sobald es die europäischen Territorialverhältnisse verletzen sollte; namentlich wenn wir selbst gleich den Degen ziehen, dann läßt er uns nicht im Stich. Betrübt aber bin ich doch sehr, weil ich die Erfahrung mehr und mehr mache, daß seine Auffassungen der Begebenheiten sehr wandelbar sind, und daß man eine Uebereilung begeht, wenn man sich auf die Aeußerungen der ersten Erregung verläßt. Bald nach Eingang der Staatsstreichsnachrichten aus Paris sagte er mir am Teetisch der Kaiserin vor mehreren Personen: „Mag er sich Präsident, Konsul oder Diktator nennen und nur in diesen Wegen bleiben, so ist mir das ganz gleich, sobald er sich aber zum Kaiser macht, alors il est avec nous, au moins avec moi en hostilité ouverte." Der Sinn der ersteren Worte ist mir

[1]) General von Reyher, Chef des preußischen Generalstabs.

Digitized by Google

sehr wohl erinnerlich, die letzteren glaube ich wörtlich behalten zu haben. Im weiteren Verlauf der Unterhaltung war er es, der mich auf den Artikel der Verträge aufmerksam machte, wonach sich die Garanten verpflichteten, in Europa nie wieder ein Mitglied der Familie Bonaparte als Regierungsoberhaupt anzuerkennen. Mir war der Artikel unbekannt, ihn nachschlagend, fand ich: „Elles (les puissances) renouvellent et confirment particulièrement l'exclusion à perpétuité de Napoléon Buonaparte et de sa famille du pouvoir suprême en France, qu'elles s'engagent à maintenir en pleine rigueur et s'il était necessaire avec toutes leurs forces."

Wenn das nicht deutlich ist, dann weiß ich nicht, wo die Deutlichkeit zu holen. Oesterreich nennt Napoleons mutmaßliches Kaiserwerden „une affaire de titre et non de principe"! — Genug, ich aß vor einigen Tagen en tête à trois mit den Majestäten. Der Kaiser fing gleich an von des Königs Brief zu reden und von L. Napoleon. In bezug auf sein Kaiserwerden sagte er, daß man ihn anerkennen würde. Ich fragte, wie man über jenen Artikel wegkommen wollte, da man doch immer von Halten der Verträge rede, worauf mir der Kaiser erwiderte: „Wir werden ihn anerkennen de fait mais pas de droit. Es handelt sich bloß um den Titel, alles andre bleibt beim alten, und er wird nicht der Gründer und Chef einer Dynastie." Ich erwiderte sehr ruhig und trocken: „In dem Kaisertitel liegt mehr als der Sinn eines gewöhnlichen Titels, es ist etwas ganz andres als ein Präsidententitel; es kann auch nicht alles beim alten bleiben, denn mit einem Kaiser an der Spitze gibt es keine französische Republik mehr, und ein Bonaparte mit dem Kaisertitel in Frankreich widerstreitet ganz positiv den Verträgen." Er: „Wir legen die Verträge so aus und glauben einen großen Unterschied zwischen de fait und de droit zu finden, weil das Ganze rein persönlich für L. N. allein ist und daher es sich mehr um den Titel handelt, um so mehr, da ihn 8000000 (!) an die Spitze gestellt haben und ihn auch wohl in dem Titel bestätigen, ihn vielleicht antragen werden." Ich: „Diese 8 Millionen fallen meiner Ansicht nach bei Beurteilung der Frage gar nicht ins Gewicht, und geht mein politischer Scharfsinn nicht so weit, um neben den Verträgen die Nuancen von de fait und de droit zu begreifen, um so weniger, da ich überzeugt bin, daß eine etwaige Deszendenz auch anerkannt werden wird." Er: „Niemals!" — Was ist bei solchen Widersinnigkeiten zu machen? Einmal reitet man auf den zehnmal gebrochenen Verträgen herum, dann legt man sie in unhaltbarer Weise nach Belieben aus, vergißt, was man vor wenigen Wochen gesagt hat, und gibt (in bezug auf die Deszendenz oder Familie) Versicherungen, die man seinerzeit nicht halten wird. Der Kaiser schien übrigens von meinen Einwürfen sehr wenig erbaut zu sein. — Wenn man nur in einer Richtung konsequent sein wollte, entweder in der der Verträge oder in der der faits accomplis, zu welch letzteren ich in Frankreich Louis Philippe, die Republik, den zehnjährigen Präsidenten und den Kaiser L. N. zähle. Ich schrieb schon neulich darüber . . .

Ich glaube mir das Zeugnis geben zu können, Rochow nicht allein nichts

Digitized by Google

in den Weg gelegt, ihn auch nicht mankiert zu haben. Ich habe nicht nachteilig über ihn geschrieben, sondern nur gegen Gerlach und meine Mutter seiner Jalousie erwähnt und dabei bemerkt, daß ich ungerufen fast nie an den Hof gehe, um ihm nicht Ombrage zu geben.

Meine Briefe und Berichte habe ich ihm seit meiner Rückkehr im November nicht mehr gezeigt, weil er mir ein steifes Kompliment und ein abweisendes „ich danke sehr" in Gegenwart von Elise und Bertha machte, als ich ihm das Konzept meines ersten Briefes (nach meiner Rückkehr) an den König hinhaltend anbot. Ich halte mich nicht an das, was er gesagt und geschrieben haben soll, sondern an das, worüber ich die Beweise habe, sowie an sein Benehmen gegen mich, teils in Gegenwart der Majestäten, teils in B.s Gegenwart. Meine Beziehungen zu ihm sind äußerlich gut, ja, er affektiert häufig ein großes Vertrauen, weil sein Gewissen ihm schlägt. Doch genug davon, es muß gehen, und es wird gehen. Jetzt arbeitet er schon länger daran, daß ich gewissermaßen unter die Gesandtschaft gestellt werde — gelingt ihm das, nun dann geht es allerdings nicht weiter. An einen nahen Krieg glaube ich immer noch nicht, denn noch bedarf er ihn nicht, wer weiß auch, ob nicht seine Grube auch bereits gegraben ist.

Gott befohlen, mein Weib grüßt Dich und die Deinige mit mir.

An Graf Stolberg habe ich dankend wegen der Zulage geschrieben, Dir aber spreche ich hier meinen besten Dank für Deine Bemühungen aus.

*

St. Petersburg, 25. März 1852.

Gerlach klagt in einem heute erhaltenen Briefe bei mir über Benkendorffs Benehmen und Verhalten in der Budbergschen Angelegenheit und bei Gelegenheit der Gerüchte einer Ministerkrisis! Frau v. Rochow klagt ihrem Manne, daß Benkendorffs Frau weniger als früher gesehen würde, und geht darauf fußend weiter, indem sie behauptet, die Russen würden in Berlin, wie es scheine, überhaupt mit keinem günstigen Auge mehr angesehen! Oberst Mirbach ist wohl ein schlagender Gegenbeweis und dies auch nur Weibergeschwätz, das von oben in die untere Etage gekommen ist, — so wird also der Kern ein ziemlich unbedeutender sein. Dagegen ist Gerlach sonst sehr facile und nachsichtig, so daß seine Klagen gewiß begründet sind. Wären aber hier derartige Klagen über mich, wie Gerlach sie erhebt, so würde Graf Orloff mir jedenfalls darüber eine kleine Standrede gehalten haben und mir eine Zurechtweisung, wenn auch noch so milde, oder anderseits die Gelegenheit, mich zu verantworten, nicht vorenthalten haben. Warum General Gerlach das nicht getan, weiß ich nicht, ebensowenig, ob es nicht noch möglich oder schon zu spät ist. Jedenfalls aber muß die Geschichte zugezogen werden des allgemeinen Besten wegen, und weil wir in Benkendorff doch immer eine Persönlichkeit in Berlin haben, die wir zu konservieren suchen müssen. Bemächtige dich also der Angelegenheit, sorge dafür, daß es Benkendorff vorgehalten werde, wenn er unrecht hat, und daß seine Frau in Charlottenburg gespeist werde.

Digitized by Google

Von hier ist nichts Neues zu melden, als daß Seine Majestät über die bis in den Sommer reichende Kammersitzung gereizt sind und behaupten, daß wir uns in den Konstitutionalismus immer weiter hineinrennen ...

Deinen ausgesprochenen Ansichten wegen und gegen L. N. trete ich vollkommen bei; es ist aber nichts zu machen. Man wird die Initiative nicht ergreifen, wird abwarten und — zu lange warten. Ich habe mir oben und bei R. vergebens den Mund wund gesprochen und dafür noch unangenehme Antworten bekommen.

Wenn Du auch den König wegen der Pairsfrage verteidigst, so bleibt immer bestehen, daß er Manteuffel im Stich gelassen. Ueberhaupt scheint er ihn gar nicht mehr leiden zu können, wenigstens ist das aus drei Briefen zwischen den Zeilen zu lesen, die Rochow a tempo von ihm erhielt — namentlich in der Bunsenschen Angelegenheit, wo mir der Nagel an M.s kleinem Zeh lieber ist als Bunsen inklusive seiner vielleicht bedeutenden, aber nicht wahrscheinlichen Zukunft. M. mag sein, wie er will — seit 48 hat der König keinen besseren Minister gehabt, und kenne ich auch nicht einmal einen, der ihn leidlich ersetzen könnte. Treu ist er auch, ein Preuße auch, das sollte doch genügen!

Später. Ich bin heiser, so habe ich mit Rochow und General Berg wegen L. N. gestritten. Zuletzt konnten sie mir beide keinen Einwand mehr machen und meinten, es sei vielleicht ein Unglück, wenn er Kaiser werde, geschehen aber würde es doch!! Das wußte ich leider längst. England wird seiner antibonapartistischen Politik am ersten untreu, indem es zuerst von der Anerkennung sprach. Jetzt nun hat sich auch unser Kabinett viel zu weit aventuriert; die Partie ist verloren und die Gelegenheit, die Fehler von 1830 gutzumachen und mit der Revolution wahrhaft zu brechen, aufgegeben. Die Unterhandlungen wegen der Schweiz sind der erste positive Anknüpfungspunkt mit dem neuen Regenten, und die Uneinigkeit im soi-disant konservativen Lager wird auch nicht fehlen. Gott muß weiterhelfen, tut er es aber nicht, nun so kann man sich eben nicht wundern ...

Wie immer!

*

St. Petersburg, 1. April 1852.

Rochow geht in einigen Tagen nach Berlin, spricht hier nicht mehr von seinem Abschiede, vielmehr von Wiederkehr im Monat Juli. Es würde also wohl gut sein, wenn man ihn auf diese Abschiedsfrage auch weiter nicht anredete, bis er etwa selbst davon anfängt oder sofern er etwa selbst schon darüber an O. Manteuffel geschrieben, und man sich darauf berufen könnte.

Wenn nicht noch irgend etwas Besonderes in politicis eintreten sollte, so zweifle ich nicht, daß der Kaiser etwa Mitte Mai in Potsdam sein wird.[1]) Da nun zu diesem Zeitpunkt natürlich Paraden usw. sein müssen, so wäre es

[1]) Der Besuch des Kaisers Nikolaus fand im Mai statt.

Digitized by Google

gewiß am besten, wenn das Gardekorps nicht bei Berlin, sondern bei Potsdam zusammengezogen würde. Einmal würde manches dadurch vereinfacht und erleichtert werden für Hof und Hofhaltung, dann aber auch würde der Berliner Pöbel, dem ich doch Ungezogenheiten gegen den Kaiser zutraue, einigermaßen neutralisiert werden können. Ueberhaupt würde das auch dem Kaiser selbst wohl mehr konvenieren. Können wir ihm aber die Erinnerung an diesen Aufenthalt angenehm machen, so ist das wichtiger, als man glaubt. Kannst Du also etwas hierin tun, so versäume es nicht. Ich will darüber noch an Gerlach schreiben. Leb wohl, grüße Weib und Kinder.

*

Peterhof, den 30. August 1852, abends.

Durch Graf Orloff habe ich erfahren, daß Du in Berlin bist, und gleichzeitig auch, daß Du über R.s Anstellung[1]) niedergeschlagen, wie über die Entschlüsse Deines Vetters besorgt sein sollst; — wenigstens hast Du diesen Eindruck gemacht. Ich hätte Dich dem Mann gegenüber und bei seinem sonst so günstigen Urteil über Dich lieber mutig schildern hören.

Als ich zuletzt in Berlin war und gelegentlich auch die Besorgnis aussprach, daß R. doch wieder hervorgeholt würde, ward mir das rundweg von verschiedenen Seiten abgestritten. Nun geschah es dennoch, und zwar in einem Momente, wo Dein Vetter abwesend, die Königin fern war und Gerlach wohl schlief — nebst Niebuhr.[2]) Das ist alles sehr traurig und hat auch mich in einer greulichen Weise aufgerüttelt; denn die Sache mag dargestellt werden, wie sie will, so bleibt sie, von allen Seiten besehen, sehr bös für Inland und für Ausland. Hier hat es natürlich einen furchtbaren Sturm heraufbeschworen und den leidenschaftlichen Kaiser dahin gebracht, dem Feldzeugmeister Heß beim Abschied zu sagen: „Sagen Sie dem Kaiser, daß wir mehr denn je zusammenhalten müssen, denn Preußen schlägt wieder auf die andre Seite, das zeigt diese Ernennung." — So die erste Auffassung, so reiste Heß nach Wien ab! — Was der Kaiser, schon etwas beruhigter, mir über diese Sache sagte, schrieb ich an Gerlach. — Leider befinden wir uns noch nicht in der Lage, die Sachen übersehen zu können. Rochow behauptete, Manteuffel könne und dürfe nicht bleiben, ich dagegen, er müßte und werde nun gerade bleiben. Nur so kann dem R. das Widerspiel gehalten, nur so ihm vielleicht, wenn auch weit schwerer als damals, der Hals gebrochen werden. Manteuffel darf das Schlachtfeld nicht beim bloßen fernen Erscheinen R.s aufgeben, vor allem aber würde ich in seiner Stelle Bonin den Hals brechen, wenn es wahr ist, daß er die Kabinettsorder, ohne ihm etwas zu sagen, kontrasigniert hat.

So will mir hier die Lage der Dinge erscheinen — tritt aber M. wirklich

[1]) General von Radowitz war im August 1852 an die Spitze des Militärerziehungs- und Bildungswesens gestellt worden.

[2]) Niebuhr, Kabinettsrat des Königs Friedrich Wilhelm IV.

Digitized by Google

ab, dann hoffentlich mit Westfalen[1]) und Raumer.[2]) Gott gebe, daß es die zerrissenen Gutgesinnten wenigstens wieder vereinigt, und daß Manteuffel an ihrer Spitze den Feldzug annimmt. — Ich bin sehr herunter. —

Fast will es mir erscheinen, als ob Manteuffel am offensten mit Budberg spräche, wenigstens lassen das dessen Depeschen voraussetzen. Er sagte ihm vorher, was er in Putbus tun würde, nachher, was dort geschehen, trotzdem daß es mit der Konsequenz gehapert hat oder zu hapern scheint. Einem fremden Gesandten zu sagen, was man tun wird dem König gegenüber und bei solcher Gelegenheit, räumt jenem eine Stellung und Sprache ein, die er nicht haben darf.

Ein Brief aus Putbus an Rochow, ich weiß nicht von wem, hatte die Tiefe der Anstellung gar nicht erfaßt, denn er sagte, daß es eine untergeordnete Stellung ohne politischen Einfluß usw. sei und dergleichen Gesalbader mehr. Radowitz bleibt Radowitz, und wenn er wirklich weder mitsprechen, raten noch antworten sollte, so glaubt es doch niemand. Er wird aber nur um so mehr im stillen wirken, weil ihm eben in dieser Stellung niemand an den Leib kann. Die Idee, daß er in Erfurt bleiben soll, ist auch so abenteuerlich, daß weiter nicht davon zu reden ist, und ein zu klägliches Auskunftsmittel. Nun, in den nächsten Tagen werden wir wohl mehr erfahren, viel schlimmeres kann es nicht füglich sein. —

Nachschrift

Den 1. September, früh 2 Uhr.

Ich habe Budbergs Depeschen gelesen, — der Kaiser gab sie mir selbst. Wäre ich Budberg, und wäre mir am guten Einverständnis der beiden Monarchen gelegen, so würde ich anders schreiben, Manteuffel doch anders schildern. Seine Urteile über Stolberg und Gerlach in dieser Frage scheinen mir auch nicht richtig. Jedenfalls aber zeigen seine Depeschen deutlich, daß ein Premierminister nicht intim mit einem fremden Gesandten sein darf, weil dieser bei aller Freundschaft immer und vor allem der Diener seines Herrn bleibt. Nach des Kaisers Ansicht kann Manteuffel nicht bleiben — ich suchte ihn vergebens vom Gegenteil zu überführen. — Gestern war der entscheidende Tag! Bleibt M. Minister, so kann auch R. in Berlin wohnen, denn sein Verbleiben in Erfurt will mir zu tragikomisch erscheinen. Leb wohl — Gott wird weiterhelfen.

Wie immer!

*

Welche Tragweite auch Edwin v. Manteuffel der Wiederanstellung des Generals v. Radowitz im aktiven Dienst beimaß, erhellt aus dem nachfolgenden,

---

[1]) Preußischer Minister des Innern.

[2]) Preußischer Kultusminister.

Digitized by Google

am 14. September an seinen Vetter, den Minister Otto v. Manteuffel, gerichteten Briefe.[1])

Lieber Otto! Als Radowitz wieder angestellt worden war, hast Du mit mir über die Bedeutung dieses Ereignisses gesprochen. Als Du von Putbus zurückkamst, hast Du mir Deine Unterredung mit dem Könige erzählt. Seitdem hast Du mir nicht wieder über die Sache gesprochen, und was ich über den Stand der Angelegenheit weiß, habe ich nur durch Erzählungen von Bekannten, die wieder Dich oder Freunde oder Gegner von Dir gesprochen hatten, erfahren. Wie Du daher gegenwärtig zu der Sache stehst, weiß ich nicht bestimmt — ich habe mir nur aus den obigen Notaten meine Ansicht bilden können, und möglich ist es, daß diese mit der Deinen zusammentrifft, und daß ich meinen ganzen Brief vollständig umsonst schreibe; dennoch schreibe ich ihn.

Ueber die politische Bedeutung v. Radowitzens Wiederanstellung spreche ich nicht — Du weißt ihr Gewicht richtiger zu erkennen, als ich es Dir aussprechen könnte. Nur die rein persönliche Seite, welche die Sache hat, möchte ich hervorheben.

Hertha[2]) behauptet immer, Du hättest etwas von einem klassischen Charakter und stelltest die Res publica hoch über Dich. Die möglichen Folgen dieses Charakterzuges machen mich zittern; Du kannst in dem Selbstvergessen zu weit gehen! Radowitz ist Dein Gegner geworden; vergegenwärtige Dir alle Kämpfe, welche Du nach dem Tode des Grafen Brandenburg hast durchkämpfen müssen: Sein Fortgehen nach Potsdam, seine Nichternennung zum Generaladjutanten usw. — alle diese Verwicklungen und Entwicklungen nahmen in den Augen des Königs und in denen der Welt einen rein persönlichen Charakter zwischen Dir und Radowitz an. Du bliebst der Sieger, und Radowitz wurde entfernt! Hat sich in den Verhältnissen zwischen Dir und ihm etwas geändert? Nichts. Und doch stellt der König jetzt Radowitz wieder an und tut es, ohne Dir ein Wort davon zu sagen; er unterschreibt die Order an dem Tage, an welchem Du vom Lande hereingekommen bist, um Vortrag zu halten, und sagt Dir auch nach der Unterschrift nichts. Alle diese Data sind bekannt, und man sieht darin eine Nichtachtung des Königs gegen Dich und sieht darin, daß Du die Stellung des Premierministers gegen den König nicht aufrechterhalten kannst. — Dein Kollege, ein unter Deinem Präsidium arbeitender Minister, kontrasigniert die Order und hält die Sache vor Dir geheim und teilt sie Dir erst 14 Tage darauf unter dem Vorwande, daß es sich um eine rein militärische Maßregel gehandelt habe, mit — und Du erwiderst ihm nichts Bestimmtes darauf und gehst ruhig über die Sache hin. Man sieht darin, daß Du dem Kriegsminister gegenüber nicht persönlichen Charakter gezeigt und die Stellung des Premierministers nicht aufrechterhalten hast. — Du sprichst dann mit dem russischen Gesandten und sagst

[1]) Vgl. „Denkwürdigkeiten des Ministers Otto v. Manteuffel", Bd. II S. 248.
[2]) Gemahlin Edwins v. Manteuffel, geborene v. Witzleben.

Digitized by Google

ihm, Du würdest Deinen Abschied nehmen, und er könne das nach Petersburg schreiben; Du kommst aus Putbus zurück und teilst ihm das Resultat Deiner Unterredung mit dem Könige mit und sagst ihm dann, daß Du bei der Rückkehr des Königs auf die Sache zurückkommen würdest. Mir schreibt man aus Petersburg unter dem 30. August: „Nach Budbergs Depeschen, die der Kaiser gezeigt und in denen Manteuffels Worte angeführt werden, muß morgen die Entscheidung sein, ob er geht oder ob der König nachgibt." Man sieht darin Ratlosigkeit und eine ungewöhnliche Vertraulichkeit mit dem russischen Gesandten. Fürst Schwarzenberg hatte zehn Punkte notiert, bei denen Du von ursprünglichen Zusagen zurückgekommen wärst, und hatte diese Punkte an Meyendorf mitgeteilt. Kommt jetzt die Radowitzsche Sache und der Widerspruch Deines Handelns mit Deinen Aeußerungen an Budberg hinzu, so wird man in den auswärtigen Kabinetten Ratlosigkeit und Unzuverlässigkeit darin sehen.

Alle diese Details, die verbreiteter sind, als Du es vielleicht glaubst, führen zu einem Urteile, das Deinem Charakter und Deiner Persönlichkeit nachteilig ist und das, einmal festgestellt, nicht vergeht wie vieles andre in der Welt, sondern weiterfrißt und untergräbt. Von allen Personen, die Dir geraten haben, im Amte zu bleiben, ist keine, die sich in Deinen Standpunkt ganz hineindenkt und fühlt und von ihm aus Deine Stellung beurteilt. Sie sind entweder in Deine Existenz verwoben oder verfolgen Parteizwecke. Was ist die Folge, wenn Manteuffel geht? ist die erste Frage, die sie sich hinstellen, und dieses: Was ist die Folge, was wird daraus? ist der Grund zu ihrem Wunsche, Dich im Amte zu erhalten; sie vergessen gänzlich, daß ein Mann, der das öffentliche Vertrauen zu seinem Charakter verliert, nichts wahrhaft Großes leisten kann.

Nun weiß ich sehr wohl, daß Du alles dies fühlst wie ich, und wenn ich mir Dein Schwanken und nicht bestimmtes Auftreten in der Sache zu erklären suche, so sehe ich den Grund eben in Herthas Ausspruch über Dich. Du weißt nicht, wem Du das Heft übergeben sollst, Du siehst Verwirrung nach allen Seiten; man berichtet Dir aus Wien, daß man auf Deinen Rücktritt warte, um den Krieg zu beginnen; man sagt Dir, daß die Koalition nicht mehr zusammenhalten, sondern Hannover auch noch abfallen würde, wenn Du nicht mehr Minister wärst usw. Alles dies mag wahr sein, aber bist Du nach der Erschütterung des Vertrauens zu Deinem Charakter in drei Monaten noch der Mann, der Du heute bist? Wirst Du das alles hindern können unter solchen Verhältnissen?

Der vorliegende Fall ist rein persönlicher Natur — es geht um Deine Ehre; es ist einer von den Fällen, wo die menschliche Klugheit nicht ausreicht, wo man sich verliert, wenn man sie allein entscheiden lassen will. Du hast hier keine Verantwortlichkeit zu tragen; die Handlung des Königs hat die Deinige zur notwendigen Folge; was daraus entsteht, das liegt in Gottes Hand. Und dann, dienst Du dem Könige wirklich durch Dein Bleiben? Du kannst es ja nur rechtfertigen auf Kosten seiner Person; indem Du Dich für ihn opfern willst, vernichtest Du ihn, denn Du erklärst ihn öffentlich für regierungsunfähig,

Digitized by Google

weil, wenn das nicht, Du Dir solche Behandlung nicht würdest gefallen lassen. Du hast meinem seligen Vater einmal zu seinem Geburtstage ein Wort aus Wallenstein geschrieben, das ihn sehr erfreut hat und das Du wahr gemacht hast; ich möchte Dir heute auch ein Wort des Max zurufen, es heißt: „O falle, falle würdig, wie du standest!"

Ich bin nun weit davon entfernt, darauf zu rechnen, daß, wenn Du heute den Abschied nimmst, Du in sechs Monaten oder in Jahr und Tag wieder als Minister berufen werden würdest. Wie sich das alles gestalten wird, kann kein Mensch wissen — das aber ist gewiß, daß unser König und unser Vaterland noch ernsten Krisen entgegengehen, daß Du diese durch Dein jetziges Verbleiben im Amte vielleicht für den Augenblick aufschieben, nie aber verhindern und abwenden wirst, daß Du aber, wenn Du Dir die Integrität Deines Charakters bewahrt hast, in den Krisen selbst nochmals als Retter auftreten kannst, was Du für immer unmöglich machst, wenn Du Dich jetzt vernichten läßt. Denke ich mich so ganz in Deine Lage, so würde ich folgendes Verfahren einschlagen, und ich glaube fast, daß Deine eignen Entschlüsse damit übereinstimmen. Ich würde das Thema Radowitz vorläufig gar nicht berühren und niemand darüber Rede stehen; ich würde aber die Zollvereinsfrage sehr energisch betreiben und sie in schnellster Zeit zum Austrage bringen. Wäre die Entscheidung hier eingetreten, so würde ich an den König schreiben: „Ew. M. habe ich bereits in Putbus und bei mehreren späteren Gelegenheiten meine Ansicht über die Wiederanstellung des Radowitz ausgesprochen, und je mehr ich die Sache durchdacht habe, je fester hat sich in mir die Ueberzeugung festgestellt, daß ich Ew. M. unter diesen Verhältnissen nicht mit Erfolg dienen kann. Die Verhandlungen über die Zollfrage machten es mir jedoch zur Pflicht, für den Augenblick nicht auf meiner Entlassung zu bestehen; mein Rücktritt hätte störend in dieselben eingreifen müssen. Jetzt sind sie geschlossen, und jetzt kann ich den Schritt tun, den mein Gewissen mir zur Pflicht macht. Ich bitte Ew. M., mir den Abschied zu geben, und danke Ew. M."

Die Zollfrage muß bis zum 1. Oktober entschieden sein, und erst von diesem Datum an ist Radowitz wirklich im Dienste; Du bleibst durch Festhaltung dieses Termins in Uebereinstimmung mit Dir selbst. Von diesem Gesuche ließe ich mich dann durch kein Zureden, durch keine Phrasen und Versprechungen abbringen; nur die Entlassung des Generals v. Radowitz und des Ministers, der hinter meinem Rücken gehandelt hatte, könnte mich vielleicht bewegen, über die Rücknahme desselben nachzudenken.

Sei nicht bös, wenn ich Dir so ausführlich geschrieben habe, aber ich bin wirklich angegriffen und matt, und da wird mir das kürzere Fassen dessen, was ich sagen will, schwer. Ich hätte Dir noch viel, viel über die ganze Sache, über die Stellung der Parteien, der Umgebungen beim Könige, über die wahrscheinlichen Folgen für Dich und ich weiß nicht was alles zu schreiben, aber Du weißt das zuletzt besser als ich; nur diesen einen Punkt mußte ich berühren; Du kannst Dich über das Ziel, das Du im Auge hast, vergessen, und zur Er-

Digitized by Google

reichung desselben gehört es doch, daß Du Du bleibst; Du stehst außerdem seit Jahren schon so hoch, daß alle Leute Dir entweder gar nicht mehr oder doch nur in großen Umhüllungen die Wahrheit sagen. Tue Du nun, was Du für recht hältst, und dann wird es recht sein, und weiß ich Dich in der Sache mit Dir selbst ganz einig, so will ich auch Vertrauen zu Deinem Entschlusse haben und Gott bitten, daß er ihn segne für Dich, für den König und das Land.

Dein Edwin.

(Fortsetzung folgt)

Die Wahrheit über die deutschen und die französischen Geschütze im Balkankriege

Von

Generalleutnant z. D. H. Rohne

Kaum waren die ersten Nachrichten über die türkischen Niederlagen eingetroffen, als auch französische Zeitungen ihre Leser schon über die Ursachen der beispiellosen Katastrophe aufzuklären vermochten: „Französische Instrukteure und Waffen hatten einen glänzenden Sieg über die deutschen errungen.“ Je länger, desto lauter wurde dieser Erfolg französischer Intelligenz und Industrie verkündet, obschon noch nicht die geringste Nachricht vorlag, auf die sich dieses Urteil stützen konnte. Oberflächliche Beobachter sind schnell mit dem Urteil fertig und finden leicht Gläubige, namentlich wenn sie der nationalen Eitelkeit schmeicheln; der gewissenhafte Kritiker hält mit seinem Urteil zurück, bis er unwiderlegliche Gründe dafür beibringen kann. Die Verbreitung so unbegründeter Behauptungen birgt aber bei dem leicht erregbaren Temperament unsrer Nachbarn eine große Gefahr; denn in dem Augenblicke, in dem das ganze Volk überzeugt ist, daß seine Offiziere und Waffen den deutschen überlegen sind, ist es mit dem europäischen Frieden vorbei. Es ist deshalb nicht unwichtig, durch einwandfreie Untersuchung festzustellen, wie die Dinge in Wahrheit liegen.

Daß es oft schwer ist, den wahren Grund eines Mißerfolges zu erkennen, dafür bietet unsre eigne Geschichte ein klassisches Beispiel. Im Kriege 1866 errang die preußische Armee einen glänzenden Sieg über die etwa gleichstarke österreichische Armee; die preußische Artillerie aber erlebte ein glänzendes, alle Welt überraschendes Fiasko. Mit wenigen Ausnahmen hatte sie nichts zu dem großen Erfolge beigetragen. Wer die damalige Zeit miterlebt hat, wird sich der lebhaften Meinungskämpfe über die Ursachen dieser Tatsache erinnern; die Jüngeren können es in den zahllosen darüber geschriebenen Broschüren nachlesen. Meist wurde die Ursache in den für schlecht und kriegsunbrauchbar erklärten Hinterladungsgeschützen gesucht und Rückkehr zu glatten oder wenigstens von vorn zu ladenden Geschützen gefordert. Noch im Jahre 1868 wurde der

Digitized by Google

an der Spitze der preußischen Artillerie stehende General v. Hindersin von höheren Offizieren mit Vorschlägen dieser Art bestürmt. Glücklicherweise hatte dieser Mann mit dem klaren Kopfe und der unbeugsamen Energie den Grund des Mißerfolgs richtig in der mangelhaften Ausbildung und dem geringen Verständnis der Artillerieoffiziere erkannt; er setzte daher die Bewaffnung der gesamten Artillerie mit dem geschmähten Hinterlader und die Einrichtung einer Artillerieschießschule durch, damit die Offiziere und Mannschaften mit der neuen Waffe, die eine sorgfältige Behandlung erforderte, richtig umzugehen lernten. Die Richtigkeit seiner Entscheidung zeigte der Krieg 1870/71, in dem nach dem Ausspruch des gefangenen französischen Kaisers die deutsche Armee ihre Erfolge vornehmlich ihrer unvergleichlichen Artillerie zu danken habe. Daß man im Auslande, namentlich in Frankreich, die Ursachen des Versagens der preußischen Artillerie so völlig verkannte, war für uns ein großes Glück. Hätten die Franzosen die Ueberlegenheit der Hinterladungsgeschütze erkannt, sie hätten sicher ihre Artillerie neu bewaffnet, wie sie denn die Annahme des Chassepotgewehrs sehr energisch betrieben haben. Der Sieg würde alsdann noch größere Opfer an Menschenleben gekostet haben, und ob die Schläge von Wörth und Spichern so rechtzeitig und niederschmetternd erfolgt wären, um Italien und Oesterreich von dem Bündnis mit Frankreich abzuhalten, kann wohl bezweifelt werden.

Als die Japaner in Ostasien über die Russen triumphiert hatten, dachten die Franzosen nicht daran, diesen Erfolg den deutschen Instrukteuren, deren Verdienste die Japaner selbst dankbar hervorhoben, gutzuschreiben. Dagegen behaupteten russische Artillerieoffiziere, ihre Lehrmeister seien die Franzosen gewesen; trotzdem ist in Deutschland niemand so töricht gewesen, aus diesem Grunde etwa die Minderwertigkeit der französischen Artillerie zu folgern. Die Ursache für die geringe Leistung der russischen Artillerie war dieselbe, die den Mißerfolg der preußischen im Jahre 1866 verschuldet hatte: Unbekanntschaft der Offiziere und Mannschaften mit dem neuen, erst unmittelbar vor dem Ausmarsch ausgegebenen Geschütz.

Die wahren Ursachen der Niederlagen liegen sehr selten im toten Material, sondern fast immer in den Menschen. So auch im Balkankriege. Die Verbündeten hatten den festen Willen, ihre Forderungen der Türkei, ja selbst den Großmächten gegenüber durchzusetzen, und sich daher gut auf den Krieg vorbereitet, den sie mit großer Energie führten. Die Türkei dagegen verließ sich auf die Zusicherung der Großmächte, keine Gebietsveränderung dulden zu wollen, und betrieb die Vorbereitungen auf den Krieg höchst lässig, in der bestimmten Erwartung, daß es nicht zum Aeußersten kommen werde. Wie wenig ernst es die Türkei mit der Kriegsvorbereitung genommen hatte, geht daraus hervor, daß kurz vor dem Kriegsausbruch die zum Schutz der kleinasiatischen Küste gegen italienische Landungsversuche aufgestellte starke Armee aufgelöst und die Reserven in die Heimat geschickt wurden. Als dann der Krieg erklärt war, sollten die Versäumnisse nachgeholt werden, wobei alles überstürzt wurde. Dabei muß eine unglaubliche Unordnung geherrscht haben. Nach der „Deutschen Zeitung" vom

Digitized by Google

12. November wurden Geschütze ohne Verschlüsse nach Adrianopel gesandt; erst nach langem Suchen fand man diese in irgendeinem Depot vor. Der Kriegskorrespondent des „Daily Chronicle" hat nach der Schlacht von Kumanova bei den erbeuteten türkischen Geschützen Kästen mit Manöverpatronen gesehen, die statt scharfer abgesandt waren.

Auch die Ausbildung der türkischen Artillerie ließ sehr zu wünschen übrig. Unter Sultan Abd ul Hamid war eine regelrechte Ausbildung überhaupt unmöglich. Es war ein heilloser Schlendrian eingerissen. Ein in Konstantinopel garnisonierendes Regiment hatte wohl Pferde, aber keine Geschütze. Als solche nach wiederholtem Drängen des deutschen Instruktionsoffiziers an die Truppen ausgegeben waren, machte ein hoher Würdenträger darauf aufmerksam, daß der Palast des Sultans im Schußbereich dieser Geschütze liege, worauf sie wieder abgegeben werden mußten. Wo die Truppen Geschütze hatten, befanden sie sich in trauriger Verfassung; die Verschlüsse waren nicht gangbar, die Exerziergeschosse ohne Zünder, das Geschützzubehör fehlte oder war unbrauchbar. Nach der Entthronung des Sultans besserte sich manches; aber in der kurzen Zeit konnte nicht überall Wandel geschaffen werden, zumal die Truppe wegen der innerpolitischen Verhältnisse nicht zu einer systematischen Ausbildung kam. Schießübungen wurden früher überhaupt nie und in den letzten beiden Jahren nur von den in Konstantinopel garnisonierenden Truppen abgehalten.

Die Verhältnisse der türkischen Armee haben große Aehnlichkeit mit denen der französischen beim Kriegsausbruch 1870. Auch die Franzosen haben nicht an die Möglichkeit eines Krieges gedacht, sondern damit gerechnet, daß Preußen sich durch herausforderndes Auftreten einschüchtern lassen und nachgeben werde. So wurde die Mobilmachung überstürzt, die Truppen in Friedensstärke an die Grenze geschafft; die Augmentationsmannschaften fanden ihre Truppenteile gar nicht oder sehr verspätet. Interessante Einzelheiten hierüber findet man in einer Studie, die der spätere Eisenbahnminister Budde als junger Offizier veröffentlicht hat.[1]) Obschon der Kriegsminister vor der Kammer erklärt hatte, die Armee sei „archiprête", fehlten den Truppen und Grenzfestungen Munition, Proviant, Lazarettbedürfnisse usw. Der praktische Sinn der lebhaften Franzosen ließ sie die Schwierigkeiten überwinden, was den phlegmatischen Türken nicht gelang. — Ja, die Aehnlichkeit geht noch weiter: die französische Artillerie hat vor 1870 ebensowenig wie die türkische wirkliche Schießübungen abgehalten; wenigstens erzählt General Herment in der „Revue d'Artillerie" (August 1912), die Batterien hätten nur gegen Scheiben vor einem Kugelfang geschossen, wobei allein die Richtkanoniere etwas hätten lernen können. Nur zweimal habe man kriegsmäßig geschossen; dabei seien aber Zivilpersonen, die trotz Verbots das abgesperrte Gelände betreten hätten, verletzt und nie sei ein solches Schießen wiederholt worden.

Auch die Verwendung der türkischen Artillerie war sehr mangelhaft. In der

[1]) Die französischen Eisenbahnen im Kriege 1870/71. Berlin 1877.

Digitized by Google

Schlacht bei Kirkilisse sollen mehrere Batterien untätig in Reserve hinter der Front gestanden haben; andre mußten aus Munitionsmangel das Feuer sehr früh einstellen. So verfügten zum Beispiel die sechs Batterien der Division Asiz Pascha am Morgen der Schlacht nur über 150 Schuß für jedes Geschütz. Fünf Batterien hatten schon nach dreiviertelstündigem Feuer keine Munition mehr; die sechste gab etwa alle fünf Minuten einen Schuß ab.

Das alles erklärt zur Genüge, warum die türkische Artillerie nichts geleistet hat, beweist aber nicht das mindeste gegen die Kruppschen Geschütze. In wie skrupelloser Weise Lügen über diese verbreitet wurden, zeigt ein Artikel der „Daily News", wonach ein deutscher Offizier, der der Schlacht bei Lule Burgas beigewohnt hätte, erklärt habe, diese Schlacht sei lediglich durch die französischen Geschütze der Bulgaren gewonnen, deren Geschosse mit größter Sicherheit dicht beieinander eingeschlagen seien. Er sei überzeugt, daß Deutschland ein neues Geschützsystem annehmen müsse, denn die Kruppschen Geschütze hätten weder so schnell noch so sicher schießen können wie die Creusots. In der in Konstantinopel erscheinenden „La Defense Nationale" vom 15. November erklärt Mehmed Zéki diese Depesche rundweg für eine Lüge; kein deutscher Offizier habe der Schlacht von Lule Burgas beigewohnt.

In der folgenden Nummer (1. Dezember) nennt dieselbe Zeitschrift die Behauptung des „Journals de Bruxelles", daß in einem Ministerrat vom 12. November das schlechte Verhalten des von Krupp gelieferten Artilleriematerials — Nichtzerspringen der Schrapnells, Klemmen der Geschützverschlüsse, unregelmäßiges Verhalten der Zünder — zur Sprache gebracht sei, von Anfang bis zu Ende erlogen.

Der osmanische Major v. Hochwächter schreibt in seinem soeben erst erschienenen Kriegstagebuch unter dem 17. November: „Heute wurde das Märchen der ausländischen Presse über die schlechten Kruppkanonen gründlich widerlegt," und unter dem 18.: „Die Schlacht (bei Tschataltscha) wurde gewonnen durch die Ueberlegenheit der osmanischen Artillerie über die bulgarische. Die Kruppschen Geschütze haben sich bewährt; sie sind mit Ruhe und Sicherheit bedient worden, während die bulgarische Artillerie nur geringe Wirkung erzielte."

Ein russischer Offizier hat nach der offiziösen russischen „Rossiga" in einem nach seiner Rückkehr vom Kriegsschauplatz gehaltenen Vortrage erwähnt, daß die Serben mit den in der Schlacht bei Kumanovo eroberten türkischen Geschützen Schießversuche angestellt hätten, wodurch die Legende von der Lieferung schlechter deutscher Geschütze an die Türken endgültig zerstört worden sei. Davon erfahren natürlich die Franzosen nichts.

Selbst französische Zeitungen wenden sich gegen die törichten Behauptungen. Der Korrespondent des „Matin" (10. November) sieht die Ursachen der türkischen Niederlagen in den Fehlern der Organisation. Das Korps von Mahmud Moukhtar Pascha erhielt zwei Tage lang weder Lebensmittel noch Munition. Im „Temps" vom 5. November spricht General de Lacroix sehr anerkennend über die Leistungen der bulgarischen Armee. Die Führung der türkischen Armee

Digitized by Google

habe es jener aber sehr leicht gemacht, denn sie sei völlig unfähig zu einem strategischen Entschluß gewesen, habe sich von vornherein auf die Abwehr beschränkt und sich das Gesetz vom Gegner vorschreiben lassen. In einer späteren Nummer (22. November) meldet der Korrespondent aus Konstantinopel, es scheine, daß in den letzten Gefechten die türkische Artillerie besser geschossen habe als die bulgarische. — Am deutlichsten aber spricht sich ein Oberst D ... im „Soir" vom 17. November aus. Die Beschuldigung, Krupp habe den Türken schlechte Geschütze geliefert, weist er sehr bestimmt zurück. Er freut sich über die der französischen Industrie günstige Meinung, fügt aber doch hinzu: „Der gesunde Menschenverstand muß aber doch zu seinem Rechte kommen. In diesem Treiben, aus dem Creusot seinen Vorteil zieht, gibt es viel Schwindel, den man auf das rechte Maß zurückführen muß. Es ist doch geradezu unsinnig zu glauben, die Deutschen hätten den ihnen befreundeten Türken eine unbrauchbare Artillerie liefern wollen. So etwas ist heute geradezu unmöglich. Die Geschütze sind doch durch Sachverständige den modernen Anforderungen entsprechend beurteilt und auf Grund genauer Untersuchung abgenommen. Das Gegenteil zu behaupten ist geradezu kindisch. Jeder, der Gelegenheit hatte, die Geschütze zu prüfen, weiß, daß sie den gegnerischen durchaus ebenbürtig waren. In Wahrheit liegt die Sache so: alle Welt weiß, daß die moderne Artillerie ein sehr sorgfältige Bedienung verlangt. Eine aus verdeckter Stellung feuernde Batterie gleicht einer komplizierten Maschine, die in allen ihren Organen durch einen Mann, den Kapitän, gehandhabt wird, der das Ziel angibt und das Feuer leitet. Als das neue Geschütz bei uns eingeführt wurde, brauchten unsre Offiziere mehrere Jahre, um sich mit dem neuen Schießverfahren vertraut zu machen. Lange Zeit besaß unsre Armee eine große Ueberlegenheit über die deutsche, weil sie als die erste allein Erfahrung mit dem neuen Material hatte. Diese Krise war den sich gegenüberstehenden Armeen wohlbekannt; aber während die Verbündeten unermüdlich arbeiteten, die Schießübungen vermehrten, haben die Türken in ihrer Trägheit nicht gelernt, die deutschen Geschütze zu bedienen."

Daß französische Blätter die Ueberlegenheit der französischen Geschütze glauben und stets hervorheben, ist schließlich begreiflich; sie kennen die deutschen Geschütze nicht, und wenn sie sie kennten, würden sie sich doch nicht anders aussprechen. Deshalb ist das Urteil der Presse unbeteiligter Staaten von besonderem Interesse. Eine große Zahl von Aeußerungen belgischer und holländischer Zeitungen liegt über diese Sache vor. Es scheint, als ob dort umfangreichere Aufträge auf Artilleriematerial in Aussicht stehen und daß deshalb hier ein besonderes Interesse vorlag, die deutschen Geschütze auf Kosten der französischen herabzusetzen.

Der Pariser Korrespondent des „Etoile belge" vom 6. November nennt die nach den serbischen und bulgarischen Siegen für die Creusotschen Geschütze erschienenen Artikel eine marktschreierische Reklame. Dasselbe Blatt führt die Ansichten zweier französischer Generale an, die die Creusotsche Reklame zurückweisen. General Pedoya sagt, wenn auch das französische Geschütz besser sei

Digitized by Google

als das deutsche, so sei doch der Unterschied zwischen den von beiden Armeen gebrauchten Geschützen nicht größer als der zwischen dem Mannlicher- und Mausergewehr und reiche keinesfalls aus zur Erklärung der raschen und entscheidenden Erfolge. General Percin, der bedeutendste französische Artillerist, glaubt nicht, daß die französischen Geschütze den Kruppschen überlegen seien, wohl aber sei das französische Schießverfahren besser. Dies ist aber bei den Kruppschen Geschützen ebenso gut anwendbar wie bei den französischen. Ganz ähnlich hat sich General Percin auch einem Interviewer des in Lille erscheinenden „Echo du Nord" vom 16. November gegenüber ausgesprochen: „Wenn die türkischen Geschütze französischen Musters gewesen wären, so wären sie ebenso von den Bulgaren erobert."

In dem Haager Blatt „De nieuwe Courant" vom 12. November schreibt ein niederländischer Offizier: „Aus den geringen Leistungen der türkischen Artillerie einen Vorzug des französischen Geschützes folgern zu wollen, ist mindestens voreilig und sehr unüberlegt, da man so zwei Geschützarten unter ganz verschiedenen Bedingungen miteinander vergleicht. Außerdem sucht man aus den noch gar nicht beglaubigten Tatsachen Beweismaterial gegen die Firma Krupp herzuleiten, die sich ihrerseits auf dergleichen nie eingelassen hat. Es sei hiergegen nachdrücklich Widerspruch erhoben."

In ähnlicher Weise sprechen sich dänische und schwedische Zeitungen aus; sie heben hervor, daß man dort mit den von Krupp gelieferten Geschützen außerordentlich zufrieden sei.

Besondere Bedeutung hat das Urteil eines italienischen Offiziers, der die Kruppschen Geschütze und ihr Verhalten in Tripolis kennen gelernt hat, weil seine Batterie mit solchen Geschützen ausgerüstet war. General Manzoli erzählt in der in Rom erscheinenden Zeitung „L'Esercito italiana", daß ihm ein aus Tripolis zurückgekehrter Artillerieoffizier mitgeteilt habe, das Kruppsche Feldgeschütz M/06 habe sich vorzüglich verhalten. Bei mehr als 3000 von seiner Batterie verfeuerten Schüssen seien kaum zehn Versager vorgekommen.[1]) Alle Teile des Geschützes arbeiteten tadellos; die Bremsen brauchten nie reguliert zu werden. Rück- und Vorlauf war selbst beim Schießen unter großen Erhöhungen gleichmäßig gut. Trotz sehr schlechter Bespannung genügte die Fahrbarkeit; die Batterie vermochte die Infanterie stets rechtzeitig zu unterstützen und zu begleiten.

Treten wir nunmehr den den Kruppschen Geschützen gemachten Vorwürfen etwas näher! Man hat ihnen vorgeworfen, sie seien zu schwer; wie steht es in Wahrheit damit? Nach einem Artikel der „Revue d'Artillerie" (Oktober 1912) — einer gewiß unverdächtigen Quelle — wiegen die Kruppschen Geschütze in der Feuerstellung 1000, die der Verbündeten 1030 oder 1040 Kilogramm; das marschfähige türkische Geschütz 1850, die der Verbündeten 1740 Kilogramm. Das hat aber mit der Konstruktion des Geschützes als Waffe nichts zu tun,

[1]) Diese Versager wurden übrigens von Zündschrauben im Boden der Metallpatronen verursacht, die aus italienischen Fabriken stammten. Der Verfasser.

Digitized by Google

sondern erklärt sich daraus, daß das türkische Geschütz 44, die andern nur 38 Patronen aufnehmen. Außerdem ist wahrscheinlich das Gewicht des auf dem türkischen Geschütz fortgeschafften Futters höher. Erklärt man das Kruppsche Geschütz für zu schwer, so gilt das in viel höherem Maße für das eingeführte französische Geschütz, das in der Feuerstellung 1140, aufgeprotzt, wahrscheinlich ohne Futter, 1840 Kilogramm wiegt. Hier befinden sich aber nur 24 Patronen in der Protze.

Es ist sattsam bekannt und kann nicht bestritten werden, daß in den Balkanstaaten das Entscheidende bei Lieferungsaufträgen von Waffen nicht deren Güte war, sondern daß dabei finanzielle und politische Rücksichten maßgebend gewesen sind.

Bulgarien hat seine Geschütze von Creusot bezogen, nachdem eine Kommission von Artillerieoffizieren die Fabriken in Essen und Creusot besucht hatte. Vergleichsversuche haben nicht stattgefunden. Entscheidend für die Höhe des Auftrages war der Anteil, den Frankreich und Deutschland bei der Unterbringung einer Anleihe hatten. Die von den französischen Bankiers gezeichnete Summe überstieg die von den deutschen; darum erhielt die französische Firma auch einen entsprechend größeren Teil der Bestellung, nämlich die Feldkanonen, während Krupp sich mit der Lieferung der Gebirgskanonen begnügen mußte. Es fiel ihm aber auch die Lieferung des weitaus größten Teils der Munition der Feldkanonen zu.

Wenn auch die bulgarischen Kanonen in Frankreich hergestellt sind, so weicht ihre Einrichtung doch mehrfach von der der Schneiderschen Geschütze ab. Kennzeichnend für diese ist, daß hier das Rohr nach dem Rücklauf durch Luftdruck in die Schießstellung vorgebracht wird, während Krupp hierfür Schraubenfedern verwendet. Es spricht nicht gerade für einen glänzenden Ausfall der Schießversuche in Creusot, daß bei der Geschützbestellung ausdrücklich der Ersatz des Luftvorholers durch einen Federvorholer ausbedungen wurde. Auch die Visiereinrichtungen haben wahrscheinlich zu Ausstellungen Anlaß gegeben, da die „unabhängige Visierlinie", die die Geschützbedienung sehr vereinfacht und die Feuergeschwindigkeit erhöht, nicht angenommen ist. Neuerdings sollen die Bulgaren beabsichtigen, ihre Geschütze mit einem solchen zu versehen.

Für die Wirkung eines Geschützes ist die Munition von ausschlaggebender Bedeutung; mehrere Kriegsberichterstatter haben die große Gleichmäßigkeit der Sprengpunktslage bei den bulgarischen Schrapnellen besonders hervorgehoben; diese ist aber abhängig von dem Verhalten der Zünder, die ausschließlich Kruppschen Musters sind. Auch das Pulver ist deutschen Ursprungs und stammt aus den Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken.

Das Verhalten der von Schneider gelieferten Geschütze und Munition hat schon im Frieden zu vielen Klagen Anlaß gegeben. Die „Allgemeine Armee-Korrespondenz" schrieb unter dem 17. Dezember 1908 aus Bulgarien, daß bei den Schießübungen die vor einigen Jahren beschafften Schneideritgranaten nicht richtig explodiert seien, daß die Schrapnellzünder unregelmäßig brannten,

Digitized by Google

so daß vorzeitiges Springen eintrat; bei vielen Schrapnells blieb ein Teil der Füllkugeln in der Geschoßhülse stecken.

Die „Jahrbücher für Armee und Marine" berichteten im Januar 1909, daß die französische Fabrik den vorgeschriebenen Lieferungstermin nicht innegehalten, sondern die Aufträge mit erheblicher Verspätung erfüllt habe. Zur Untersuchung der vorerwähnten Mängel sei eine besondere Kommission eingesetzt. Zwei Monate später wird an derselben Stelle über Mängel des Artilleriematerials berichtet, die die bulgarische Zeitung „Den" von maßgebender Seite erfahren haben will. Nach nur zwei- bis dreijährigem Gebrauche der Geschütze seien die Verschlüsse und die Aufsätze derartig abgenutzt, daß sie schlottern; Protzhaken und -ösen verbiegen sich häufig oder brechen sogar; Beschädigungen von Achsen und Rädern seien sehr häufig.

Nach der bulgarischen „Wetscherna Poschta" vom 7./20. und 12./25. November 1909 wurde mit drei von Schneider neu gelieferten Gebirgsbatterien ein Schießversuch abgehalten, wobei jedes Geschütz 100 Schüsse abgeben sollte. Schon nach 30 bis 40 Schüssen waren sämtliche Lafetten verbogen, so daß die Fabrik sich verpflichtet fühlte, neue Lafetten zu liefern.

Serbien hat im Jahre 1905 sehr gründliche und rationell angelegte Versuche auf den Schießplätzen von Ehrhardt, Krupp, Schneider und Skoda ausführen lassen. Obschon die Versuchskommission sich mit Stimmeneinheit für die Kruppschen Geschütze ausgesprochen hatte, gab eine in Frankreich aufgenommene Anleihe den Ausschlag, und Serbien bestellte seine Geschütze bei Schneider. Welche Erfahrungen es damit gemacht hat, darüber berichtet die in Wien erscheinende „Danzers Armee-Zeitung" unter dem 11. Mai 1911 sehr eingehend auf Grund amtlichen serbischen Materials: „Serbien hat mit seinem französischen Artilleriematerial böse Erfahrungen gemacht ... Zwei Umstände haben mitgewirkt, die artilleristische Neubewaffnung des serbischen Heeres sich unter sehr ungünstigen Verhältnissen vollziehen zu lassen: die malpropere Arbeit der französischen Kanonenfabrik und die Unerfahrenheit der Königlich Serbischen Materialübernahmekommission." Mit den neuen Geschützen waren auch 600 Schrapnells für jedes Geschütz bestellt. Noch während der Fertigung dieser Geschosse schlug die Fabrik eine Aenderung des festgesetzten Typs vor, womit der Präses der serbischen Abnahmekommission, ein Oberst, sich einverstanden erklärte, ohne auf weiteren Versuchen zu bestehen. Es sollte nämlich der Geschoßkopf durch ein stärkeres Schraubengewinde mit der Hülse verbunden und durch zwei Schrauben daran befestigt werden. Der Oberst glaubte, der einzige Nachteil dieser Aenderung bestehe in einer Verminderung der Zahl der Füllkugeln oder in der Erhöhung des Geschoßgewichts. Eigenmächtig hatte dann die Fabrik die Hülse des Geschosses um 0,1 Millimeter abgedreht. Sie garantierte für die Unschädlichkeit dieser Maßnahme und bot 30 Schrapnells zu einem Schießversuche an. Ohne die übrigen Kommissionsmitglieder hiervon zu benachrichtigen, genehmigte der Präses die Vorschläge der Fabrik ohne Vornahme von Versuchen. Als später auf Befehl des Kriegsministers Versuche angestellt wurden, ergaben

Digitized by Google

sich verschiedene Mängel, die von den Kommissionsmitgliedern übersehen wurden, da sie den Zweck der Versuche nicht kannten. Auf Grund unrichtiger Berichte genehmigte dann das Ministerium die vorgeschlagenen Aenderungen. Bei der Geschoßabnahme kamen grobe Unregelmäßigkeiten vor. Eine wegen großer Mängel zurückgestellte Serie von Geschossen wurde der Kommission mit Wissen des Präses noch einmal zur endgültigen Abnahme vorgestellt. Die Anzeige eines Kommissionsmitgliedes veranlaßte den Kriegsminister, neue Schießversuche anstellen zu lassen, bei denen nur drei Viertel der Schrapnellhülsen ganz blieben, so daß die ganze Serie zurückgewiesen werden mußte. Einige Monate später wurden abermals zwei Serien beanstandet, und als zur Nachprüfung 80 Schuß abgegeben werden sollten, stellte die Kommission fest, daß die vorgestellten Geschosse nicht den beanstandeten Serien entnommen waren. „Zur Rede gestellt, gab der Vertreter der Fabrik eine impertinente Antwort." Politische Umstände nötigten den Kriegsminister trotzdem, die den Bedingungen nicht entsprechende Munition abzunehmen; er schrieb aber für den Rest der Lieferung das ursprüngliche Muster wieder vor.

Im Laufe des Jahres 1909 berichteten die Truppen übereinstimmend, daß bei etwa 30 bis 50 Prozent der abgegebenen Schüsse die Schrapnellhülsen zersprangen; bei etwa 20 Prozent zersprangen auch die Bodenkammern, wodurch die Geschosse ganz wirkungslos blieben. Bei der Artillerieschießschule zersprangen sogar bei 58 Prozent der verfeuerten Schrapnells die Hülsen. Die Berichte stellten auch mangelhaftes Verhalten der Zünder fest; die Schrapnells sprangen sehr unregelmäßig, bisweilen dicht vor der Mündung, bisweilen gar nicht. Auch Ladestörungen kamen vor; beim Entladen eines Schusses wurde wiederholt nur die Patronenhülse herausgezogen, dagegen blieb das Geschoß im Rohre stecken.

Einstimmig wurde gemeldet, daß die Wirkung der geänderten Schrapnells geringer sei als die des ursprünglich vorgeschriebenen Musters. Die bereits abgelieferte Munition ist im Arsenal zu Kragujeva umgeändert, die beiden Schrauben zum Festhalten des Geschoßkopfes mußten wieder entfernt werden. Es ist aber zweifelhaft, ob die festgestellten Mängel dadurch ganz behoben werden konnten.

Der „Vossischen Zeitung" wurde unter dem 13. Januar 1909 aus Belgrad geschrieben, im „Großen militärischen Rate" sei festgestellt, daß mehrere von Creusot gelieferten Geschütze durch Rohrzerspringer unbrauchbar geworden seien. Wenngleich diese Vorfälle zum Teil auf Fehler der Bedienung zurückzuführen seien, so bestehe doch kein Zweifel, daß die von Schneider gelieferten Geschosse an einem Konstruktionsfehler litten, da mehr als 50 Prozent unmittelbar vor der Mündung sprangen. Gegen den früheren Kriegsminister und den bereits zur Disposition gestellten Präses der Abnahmekommission wurden lebhafte Anklagen wegen des Ankaufs der mangelhaften Geschosse erhoben. Es wurde auf das Gutachten des serbischen Militärattachés in Sofia hingewiesen, der, gestützt auf bulgarische Erfahrungen, dringend von dem Ankauf französischer Munition abriet und die Auftragserteilung an Krupp empfahl. Heute sei die serbische Armee infolge der Unzulänglich-

Digitized by Google

keit der Artilleriewaffe unfähig, einem Gegner in offenem Felde die Stirn zu bieten.

Demselben Blatt wurde unterm 18. Mai 1909 aus Belgrad gemeldet, eine besondere Untersuchungskommission habe am 30. April in Alexinatz an den von Schneider gelieferten Gebirgsgeschützen festgestellt, daß bei einem Geschütz der Verschluß sich nach dem Schuß von selbst öffnete, daß die Visiereinrichtungen und Patronenauswerfer der einen Batterie nicht mit denen der übrigen übereinstimmten. Von 34 gegen eine zementierte Ziegelmauer verfeuerten Sprenggranaten sprangen drei vorzeitig, ebensoviel unvollständig, eine überhaupt nicht, so daß also 20 Prozent aller Geschosse nicht regelrecht wirkten.

Nach der in Belgrad erscheinenden „Srbska Zastawa" vom 25. November hat eine zur Untersuchung von Schrapnellzündern für die von Schneider gelieferten Feldgeschütze eingesetzte Kommission festgestellt, daß die in den Jahren 1907 und 1908 hergestellten Zünder sämtlich, aber auch der größte Teil vom Jahre 1909 mehr oder minder verdorben seien. Der Satzring habe sich infolge von Feuchtigkeit zersetzt, das Pulver desselben habe 14,8 anstatt 10 Prozent Kohle enthalten, worunter die Lagerbeständigkeit gelitten habe. In der Fabrik habe weder bei der Laborierung noch bei der Verpackung die nötige Sorgfalt geherrscht. Die Schrapnellkisten sowie die zur Untersuchung überwiesenen Zünderdosen hätten nicht den Stempel der Abnahmekommission gehabt, seien also wahrscheinlich weder vorschriftsmäßig untersucht noch abgenommen.

Unter dem 29. Januar 1912 bringt die „Kölnische Zeitung" ein Telegramm aus Belgrad, wonach der Kriegsminister auf eine Interpellation erklärt habe, ein Drittel der im Jahre 1907 beschafften Schrapnells sei durch Feuchtigkeit verdorben, durch Ersatz der Zündermasse indes wieder gebrauchsfähig gemacht worden.

Griechenland ist der einzige Staat, in dem Vergleichsversuche stattgefunden haben. Sie wurden im Jahre 1907 unter Beteiligung von Armstrong, Ehrhardt, Krupp und Schneider ausgeführt. Nach den hierüber in den „Artilleristischen Monatsheften" veröffentlichten Berichten, deren tatsächlicher Inhalt von keiner Seite bestritten ist, erwiesen sich die Geschütze Schneiders als zu schwach bei den Fahrversuchen, und die Treffgenauigkeit ließ viel zu wünschen übrig. Da sich bei der Beurteilung der Versuche eine starke Parteilichkeit zugunsten Schneiders bemerkbar machte, erkannten die mitbewerbenden Fabriken, daß die Vergebung des Auftrages eine längst beschlossene Sache sei und die Versuche nur zum Schein ausgeführt wurden. Sie zogen daher ihre Geschütze vor Beendigung der Versuche zurück. Armstrong, dessen Geschütz am wenigsten geleistet hatte, ließ sich durch Zusicherung auf Bestellung von Munition bewegen, seinen Schritt rückgängig zu machen, und beteiligte sich auch weiter an den überstürzt zu Ende geführten Versuchen.

Zum Schlusse sei noch eine sehr scharfe Erklärung aufgenommen, die „ein alter Soldat" in der in Mailand erscheinenden „La Sera" veröffentlicht hat. Er sagt, die in französischen Blättern gegen die Firma Krupp unternommene

Digitized by Google

Hetze berühre Italien sehr, da seine Feldgeschütze teils Kruppschen Ursprungs seien, teils französischen — aber nicht Schneiderschen, sondern Deportschen[1]) — Musters sein werden. Auch die Schneiderschen Geschütze sind in Italien erprobt, entsprachen aber nicht den gestellten Anforderungen. Jedes der vier Geschütze der Kruppschen und Schneiderschen Versuchsbatterie sollte 500 Schüsse anstandslos verfeuern. Die Kruppschen Geschütze bestanden die Prüfung ganz einwandfrei; von den Schneiderschen wurden dagegen drei nach 150, 230 bzw. 310 Schüssen unbrauchbar; das vierte verfeuerte zwar die vorgeschriebenen 500 Schüsse, aber gleich darauf leerten sich seine Bremsen; es hätte also auch nicht weiterschießen können.

Die Verantwortung für die Richtigkeit der vorstehend gemachten Mitteilungen muß ich natürlich den von mir genannten Quellen überlassen. Ihre Glaubwürdigkeit ist jedenfalls größer als die im Interesse der französischen Fabrik verbreiteten, von Kollegen des unsterblichen Wippchen verbreiteten Behauptungen, die bestenfalls reine Phantasiegebilde sind. Man darf gespannt sein, ob und was die Schneidersche Fabrik hierzu sagen wird. Ist sie an der gegen die deutsche Fabrik in Szene gesetzten Hetze unbeteiligt, so kann sie wahrlich sagen: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Denn ihnen hat sie es zu danken, daß diese längst der Vergessenheit anheimgefallenen Tatsachen wieder ans Licht gezogen worden sind.

Wie skrupellos die Hetze von der französischen Presse betrieben wird, zeigt unter anderm auch ein Bild in der in Paris erscheinenden Zeitschrift „Madame et Monsieur". Die Nummer vom 5. November 1912 enthält die Abbildung eines Feldgeschützes, das mit großer Mühe durch fünf Mann vorgebracht wird und die Unterschrift trägt: „L'artillerie turque. Les canons d'origine allemande n'ont pas répondu à ce qu'en attendaient les Ottomanes." Der Kenner bemerkt sofort, daß das abgebildete Geschütz niemals in Deutschland gefertigt sein kann; denn es hat einen in Frankreich gebräuchlichen Schraubenverschluß und zeigt große Aehnlichkeit mit dem französischen Canon de 75, von dem die Schutzschilde abgenommen sind. Eine köstliche Ironie!

Auf wirklich sachverständige Beurteiler können die gegen die deutschen Geschütze gerichteten Anwürfe keinen Eindruck machen. Wo lediglich die Qualität bei der Bestellung den Ausschlag gibt, sind sie noch immer als Sieger aus dem Wettbewerb hervorgegangen. Wo finanzpolitische Erwägungen bei der Erteilung von Aufträgen mitsprechen, steht die Qualität meist in zweiter Linie, und die Auftraggeber werden oft herbe Enttäuschungen erleben.

Den größten Schaden richtet diese Hetze im eignen Lande an; denn wenn die Franzosen wirklich glauben, daß nicht nur ihre Flugzeuge, sondern auch ihre Geschütze den deutschen überlegen sind, dann sind sie nicht mehr zu halten;

---

[1]) Deport war französischer Artillerieoffizier, von dem in der Hauptsache die Konstruktion des eingeführten französischen Geschützes herrührt. Jetzt ist er im Dienste der Compagnie des Forges de Chatillon et Commentry.

Digitized by Google

denn daß ihre Rasse uns weit überlegen ist, das ist für sie ein nicht zu bezweifelnder Glaubensartikel. Für uns Deutsche liegt aber durchaus kein Grund zur Beunruhigung vor; unsre Geschütze können es ruhig mit den französischen aufnehmen. An eine entscheidende Bedeutung der Flugzeuge im nächsten Kriege glaube ich vorläufig noch nicht, wenn ich auch nicht so weit gehe wie manche Pessimisten, die der Ansicht sind, daß vier Wochen nach der Kriegserklärung kein einziges Flugzeug mehr kriegsbrauchbar ist. Der Erfolg der Nationalflugspende hat erwiesen, daß unser Volk an Opferfreudigkeit wahrlich nicht hinter dem französischen zurücksteht. Trotzdem dieses viel reicher ist, macht der Betrag der Spende, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, in Deutschland zwei- bis dreimal so viel aus als in Frankreich. Deutsche Energie und Intelligenz werden den augenblicklich noch bestehenden Vorsprung Frankreichs sehr bald beseitigen. Geist und Ausdauer der deutschen Soldaten sind noch dieselben wie die ihrer Vorfahren 1870/71 und 1813/15; das haben die Kämpfe in Südwestafrika gezeigt.

Die Bekämpfung von Kriegsepidemien und das Völkerrecht

Von

Geh. Rat Professor Dr. v. Ullmann (München)

Augenblicklich steht die zivilisierte Welt noch unter dem Eindruck des blutigen Kampfes am Balkan, den die bis heute nicht gelöste orientalische Frage neuerlich hervorgerufen hat. Die Versuche der Lösung dieses Problems haben wiederholt zu verheerenden Kriegen geführt; allein die Friedensschlüsse (zu Adrianopel 1829, Paris 1856, Berlin 1878) hatten doch eigentlich immer nur die Bedeutung der Beendigung des betreffenden Krieges, nicht auch zugleich die der Beendigung und definitiven Erledigung des Streites selbst. Abgesehen davon, daß die konkreten Verhältnisse und Zustände, in denen der im Laufe der Jahrhunderte durch die türkische Verwaltung entstandene politische Krankheitsstoff aufgehäuft ist, einer gründlichen und einen definitiven Frieden in den Balkangebieten sichernden Reform nicht zugeführt werden konnten, gestaltete sich die orientalische Frage immer mehr zu einer Quelle von Interessengegensätzen zwischen den Mächten, deren unausbleibliche Folge die konstante Gefahr für den Frieden des ganzen Weltteils bildet. Auch der gegenwärtige Krieg scheint trotz der schweren Opfer, die er den Beteiligten verursacht, und der schweren Nachteile und positiven Schädigungen, denen die Neutralen ausgesetzt sind, nicht zu einer definitiven Lösung des Problems führen zu sollen. Dies zeigt die Komplikation der Motive, durch welche die Balkanstaaten ihre Aktion zu erklären und zu rechtfertigen suchen. Den Ausgangspunkt der Aktion bildete bekanntlich das Ausbleiben der Reformen in den europäischen Gebietsteilen der Türkei, vor

Digitized by Google

allem jener Reformen, zu denen die Türkei durch den Berliner Vertrag verpflichtet war. In den Manifesten der Balkanstaaten, die bei Beginn der Feindseligkeiten in die Oeffentlichkeit traten, wollte der Aktion eine besondere religiöse Weihe gegeben werden, indem der Gedanke in den Vordergrund trat, es handle sich um einen Kampf des Kreuzes gegen den Halbmond. Aber dieses Motiv trat aus naheliegenden Gründen gegenüber politischen Aspirationen, die mit dem Nationalitätenprinzip gedeckt werden, in den Hintergrund. Damit ist aber eine neue Quelle von Schwierigkeiten und Gefahren für eine dauernde Ordnung der Dinge im Südosten Europas gegeben; letzteres insofern, als die Urgierung des Nationalitätenprinzips, das seinem Wesen nach mit der auf historischen Titeln beruhenden Ordnung der bestehenden Machtverhältnisse unvereinbar ist, zur Ursache von inneren und äußeren Konflikten für die österreichisch-ungarische Monarchie werden kann; in ersterer Beziehung zeigt sich schon in dem gegenwärtigen Konflikt die widerspruchsvolle Erscheinung, daß die Sieger die Konsequenzen des von ihnen so stark betonten Nationalitätenprinzips gerade gegenüber jener Nation — den Albanern — nicht anerkennen wollen, die doch in ethnischer und territorialer Beziehung die natürlichen Elemente selbständiger Staatenbildung aufweist. Stellt man sich, wie es die Balkanstaaten tun, auf den Boden des Nationalitätenprinzips, so müßte man erwarten, daß diese Staaten im eignen Interesse die staatliche Selbständigkeit des albanischen Volkes als etwas Selbstverständliches betrachten und bei den Verhandlungen über diese Frage behandeln müßten. Dies ist aber augenscheinlich nicht der Fall; gelingt es den Großmächten, gegenüber Albanien die Konsequenzen des Nationalitätenprinzips durchzusetzen, so bleibt der vielfach ausgesprochene Gedanke, daß die formelle Beendigung des gegenwärtigen Konflikts eine dauernde, den Frieden für die Zukunft sichernde Ordnung der verworrenen politischen Zustände auf dem Balkan bilden möchte, doch ein frommer Wunsch. Die bisherigen Elemente der Beunruhigung und Störung des Weltfriedens werden leider fortwirken, ja, in dem Maße als durch die Verdrängung der Türkei aus Europa die bisherige Hauptquelle der Konflikte teilweise versiegen dürfte, wird anderseits der Herd der Konflikte immer mehr in den Bereich des europäischen Zentrums vorgeschoben. Bisher handelte es sich doch in letzter Reihe darum, der Schwierigkeiten, die der Herrschaft europäischer Zivilisation im nahen Orient seitens der jeder Reform spottenden türkischen Zustände entgegentraten, Herr zu werden; die kurze Geschichte der zeitgenössischen Vorgänge zeigt aber leider, daß neue gefährliche Kräfte an die Bedingungen unsrer so hochentwickelten Kultur greifen wollen. Wer die Bedingungen dieser Kultur und deren Bedeutung für die politische Existenz der europäischen Kulturstaaten erkannt hat, weiß, daß nur durch gewissenhafte und sorgfältige Verhütung jedes schwereren Konflikts unsre Kultur und damit die Existenz unsrer Staaten erhalten werden kann. Unsre Kultur bedeutet so sehr die durchgreifendste Bedingung unsrer politischen Existenz und Selbständigkeit, daß die im Gefolge eines modernen Krieges unvermeidliche Zerstörung aller unsrer Kulturwerte unsre Staaten in den trostlosen Zustand längstvergangener Epochen zurückwerfen müßte.

Digitized by Google

Der Ausblick in die Zukunft ist in politischer Beziehung kein erfreulicher; das in den Haager Konferenzen so lebhaft bekundete Interesse der Mächte an der Einschränkung der Selbsthilfe ist durch die Steigerung der Anlässe zu politischen Konflikten derart gefährdet, daß die in neuester Zeit ebenso lebhaft begrüßte Entwicklung des Völkerrechts in der Richtung seiner Ausgestaltung als Friedensordnung der Staatengemeinschaft neuerlichen Hemmungen, wenn nicht gar einer Unterbrechung ausgesetzt sein dürfte. Der gegenwärtige Krieg lenkt aber unsre Aufmerksamkeit auch auf die Erscheinungen, die als unmittelbare Wirkungen der Kriegführung für die Streitteile und die Neutralen hervorgetreten sind. In diesem Bereich möchte ich auf eine von mir schon vor längerer Zeit behandelte Frage der Ausfüllung einer empfindlichen Lücke des geltenden Völkerrechts zurückkommen. Bekanntlich gesellte sich in dem gegenwärtigen Kriege zu all dem Uebel, das jeder Krieg für die Beteiligten und Neutralen mit sich bringt, noch der unheimliche Gast — die Kriegsepidemien. Der Umstand, daß, wenigstens bis heute, nicht in ähnlicher Weise wie in früheren Kriegen die auf dem Kriegsschauplatz entstandenen Epidemien in nähere und fernere neutrale Gebiete hinübergegriffen haben, würde es nicht rechtfertigen, an der die Weiterbildung des Völkerrechts so nahe berührenden Frage wirksamer Bekämpfung der hygienischen Gefahren der Kriegführung mit Stillschweigen vorüberzugehen. Dazu kommt, daß ich mich gegenüber der Tatsache der Wiederkehr ähnlicher Erscheinungen wie in früheren Kriegen persönlich veranlaßt sehe, dem Gegenstande neuerlich näherzutreten, um die Aufmerksamkeit weiterer Kreise auf jene Erwägungen zu lenken, welche die Ueberzeugung von der Notwendigkeit betreffender rechtlicher und praktischer Einrichtungen zum Zwecke der Verhütung der hier in Frage stehenden Gefahren zn vermitteln geeignet sind. Haben doch meine Vorschläge (in der „Revue de droit international" XI, S. 527 ff., und in der „Revue générale de droit international public" IV) zwar den Beifall der wissenschaftlichen Kreise gefunden, aber keinerlei praktische Resultate zur Folge gehabt, obzwar bei der Revision der Genfer Konvention durch die Genfer Konferenz vom Jahre 1906 im Zusammenhange mit der Regelung der rechtlichen Stellung der Gesellschaften des Roten Kreuzes Anlaß vorhanden war, auch den vorliegenden Gegenstand in Erwägung zu ziehen.

Der Ausgangspunkt meiner Erwägungen (in dem ersten der beiden angeführten Artikel) war der folgende: Die Genfer Konvention sorgt für die verwundeten und kranken Krieger, verfolgt daher in bestimmter Richtung ausschließlich die Milderung der direkten verheerenden Wirkungen des Krieges; sie hat dagegen nicht den Zweck, eine der indirekten Folgen, insbesondere die Entstehung und Verbreitung von Epidemien unter der Bevölkerung der Kriegsländer und der neutralen Staaten, zu bekämpfen. Nun hat die Erfahrung gelehrt, daß infolge unzulänglicher und langsamer Desinfektion der Schlachtfelder Epidemien entstehen. Die Ausdehnung der militärischen Operationen über weite Gebiete und Massentötungen, die mit der heutigen Kriegführung notwendig verbunden sind, machen es dem Sanitätspersonal der Kriegführenden, selbst bei vorzüglicher Organisation, unmöglich, die

Digitized by Google

ihnen obliegende Pflicht der Desinfektion in wirksamer Weise zu erfüllen. Das Sanitätspersonal muß den Bewegungen der Armeen folgen, um seine Pflicht direkten Beistands während und nach dem Kampfe zu erfüllen; es kann nicht seine Aufmerksamkeit den mittelbaren und problematischen Folgen des Kampfes in zureichendem Maße widmen, namentlich dann nicht, wenn die Feindseligkeiten den Charakter eines Kampfes um die Existenz angenommen haben. Anderseits folgt aber aus dieser Sachlage keineswegs, daß die Neutralen auch diese schädlichen Folgen des Krieges als ein unvermeidliches Ereignis mit Resignation einfach hinnehmen müßten. Die präventive Tätigkeit des Staates auf dem Gebiete der Sanitätspflege kann doch nicht aus dem Grunde lahmgelegt werden, weil die Gefahr durch den Krieg verursacht ist; der zivilisierte Staat hat vielmehr die Pflicht, solche Gefahren mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. Da nun das hier in Frage stehende Interesse an der Bekämpfung von Kriegsepidemien in Wahrheit ein solidarisches Interesse der zivilisierten Staaten bedeutet, so kann auch nicht in Abrede gestellt werden, daß wir es hier mit den Elementen und Voraussetzungen der Schaffung einer internationalen Pflicht zu tun haben. Alle Anstrengungen der Einzelstaaten in der Bekämpfung der Epidemien durch das Mittel der Quarantäne haben nur prekäre Bedeutung; es handelt sich hier vielmehr um eine allgemeine Pflicht der zivilisierten Staaten, deren Inhalt wesentlich in der Bekämpfung des Uebels in seiner Wurzel, nämlich auf dem Kriegsfeld zu suchen ist.

Diese Erwägungen legten mir den Gedanken nahe, daß in gleicher Weise wie auf andern Gebieten der internationalen Verwaltung der Schutz solidarischer Interessen durch Verträge und internationale Institutionen gesichert wird, auch die Bekämpfung der Kriegsepidemien innerhalb des Kriegsfeldes durch eine internationale Einrichtung, nämlich durch neutrale Sanitätskommissionen in Kriegsfällen bewirkt werden soll. Vom rechtlichen Standpunkt erscheint mir eine derartige Einrichtung auf dem Boden des heutigen Völkerrechts um so unbedenklicher, als derzeit auf Grund der revidierten Genfer Konvention vom 6. Juli 1906 die Mitwirkung der Gesellschaften vom Roten Kreuz auf dem Schlachtfelde unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen ist. Die Voraussetzungen der Gewährung des Konventionsschutzes sind nämlich die Unterordnung der betreffenden Vereine und Gesellschaften unter die staatliche Heeresleitung und der Anschluß der freiwilligen Krankenpflege an die staatliche Organisation des militärischen Sanitätspersonals. Tatsächlich war der Konventionsschutz schon bisher den Gesellschaften zugestanden worden. Die Revision der Konvention hat nur den Anlaß gegeben, die bisher tatsächlich anerkannte Stellung der Hilfsvereine in eine rechtlich anerkannte umzuwandeln. Dabei ist es eine überaus erfreuliche Erscheinung, daß die charitativen Bestrebungen und Akte der Nächstenliebe sich nicht auf jene Personen und Vereine beschränken, die sich aus der Mitte der Bevölkerung der kriegführenden Länder für den humanen Dienst zur Verfügung stellen. In den neueren Kriegen haben sich auch die Hilfsvereine der neutralen Staaten in werktätiger Nächstenliebe auf den Schlacht-

Digitized by Google

feldern und in den Hospitälern bleibende Verdienste erworben. Es lag daher nahe, daß sich die Konferenz (Genf 1906) auch mit der rechtlichen Stellung der neutralen Hilfsvereine beschäftigte.

In rechtlicher Beziehung ist auch im Auge zu behalten, daß das Kriegsrecht den Kriegführenden keinen ernsten Einwand gegen den hier in Frage stehenden Anspruch der Neutralen auf wirksame Bekämpfung der Kriegsepidemien zur Verfügung stellt, da doch dieser Anspruch auf einem neuen, durch die Kriegführung verursachten Tatbestand beruht, handelt es sich doch in Fällen verheerenden Umsichgreifens von Kriegsepidemien nicht bloß um jene Uebel, welche als normale und unvermeidliche Wirkungen des Krieges von den Neutralen hingenommen werden müssen. Wenn das Sanitätspersonal der Kriegführenden außerstande ist, das konkurrierende internationale Interesse an der Verhütung der Kriegsepidemien zu befriedigen, so folgt doch daraus nicht, daß die Neutralen nicht den Anspruch erheben dürften, von sich aus durch die dazu geeigneten Mittel eine Katastrophe abzuwenden, die ihnen aus den indirekten Folgen des Krieges droht.

Zweifellos handelt es sich hier aber auch um eine wichtige Frage der Humanität. Wenn die heutige Entwicklung des Kriegsrechts gleichzeitig eine bewußte und ernste Betonung der Forderungen der Humanität bedeutet, so muß der Krieg wegen seiner völkerrechtlichen Legitimität doch nicht als ein lediglich unvermeidlicher Vorgang und irreparabler Schicksalsschlag von den Neutralen hingenommen werden. Darin läge eine völlige Negation der Prinzipien der Humanität und ein greller Gegensatz zu den Ideen, welche das moralische Gemeingut der zivilisierten Völker bilden.

Ohne Zweifel ist das heutige internationale Leben auf eine stete Vermehrung und Erweiterung der internationalen Pflichten der an der internationalen Gemeinschaft beteiligten zivilisierten Staaten gerichtet. Diese Gemeinschaft würde nur sehr unvollkommen ihre geschichtliche Mission erfüllen, wenn sie, einem unfruchtbaren Formalismus folgend, ihre internationale Wirksamkeit auf die formellen Konsequenzen der Einzelsouveränität und des Territorialprinzips beschränken wollte. Wir sehen vielmehr in unsrer Zeit, wie sich die zivilisierten Staaten ohne irgendwelche Einbuße an ihrer Souveränität gerade durch ihre kollektive Betätigung machtvoll auf allen Gebieten des Kulturlebens entwickeln. So scheint mir denn auch hier die rechtliche Voraussetzung für eine kollektive Aktion der Mächte im Dienste des öffentlichen Wohls und der Humanität gegeben. Allerdings müßte ein derartiges Abkommen der Mächte die Kompetenz der neutralen Sanitätskommissionen sorgfältigst abgrenzen und deren rechtliche Stellung gegenüber den Organen der Kriegführenden fixieren, um jede Gefährdung der legitimen Interessen der Kriegführenden zu verhüten, anderseits aber jenen Kommissionen die Erfüllung ihrer schwierigen Aufgabe zu sichern.[1])

[1]) Eine Frage zweiter Ordnung ist die der Tragung der Kosten; hierzu wären die kontrahierenden Staaten nach Maßgabe der Bevölkerungsziffern verpflichtet.

Digitized by Google

Die Verwirklichung der eben besprochenen Einrichtung setzt natürlich den Nachweis ihrer Notwendigkeit voraus. In dieser Richtung beanspruchen folgende Erwägungen Beachtung.

Die unzureichende Desinfektion der Schlachtfelder ist nur eine der Ursachen der Entstehung und Verbreitung von Kriegsepidemien; Ursachen der Entstehung von Epidemien sind schon mit der Gesamtlage einer Armee im Feld, den besonderen Umständen der Massenbewegung durch das Land und des Lagerns im Feld (Biwak), dem Einfluß klimatischer, lokaler und ethnischer Faktoren gegeben. Die erste Sorge der Heeresleitung muß doch sein, die dem Heere innewohnende Stoßkraft bis zur definitiven Erledigung des Konflikts zu erhalten. Die Geschichte der Kriege zeigt aber, daß die in dieser Richtung gehegten Hoffnungen sehr oft getäuscht wurden: große Armeen haben infolge schlechter hygienischer Zustände ihre offensive Kraft und Brauchbarkeit eingebüßt. Die neuere Kriegsgeschichte kennt vornehmlich zwei Fälle, die als Ausnahmen von der Regel gelten können. Der eine Fall betrifft die Armee der Vereinigten Staaten im amerikanischen Sezessionskrieg. Der offizielle Bericht des Kongresses, der von einem ärztlichen Komitee verfaßt wurde, gibt ein Bild von den hygienischen Maßregeln, die ergriffen wurden, und dem Aufwand, der für diese Zwecke gemacht wurde, und liefert gleichzeitig den Beweis, daß die Entstehung und Verbreitung von Kriegsepidemien verhütet werden kann. Epidemien traten nur infolge besonderer Umstände hervor. Die Kriegsverwaltung hatte insbesondere für die sofortige Entfernung der Verwundeten und Kranken vom Schlachtfelde in Eisenbahnen, die zu diesem Zwecke angelegt waren, Vorsorge getroffen. Als aber infolge einer kühnen und plötzlichen Aktion des Generals Sherman in Georgia die Benutzung dieser Einrichtung unmöglich geworden war, entstand sofort innerhalb des Schlachtfeldes eine Reihe von Krankheiten. In einem andern Falle hatte man den Verlust von 800 Mann zu beklagen, die infolge des Genusses zu frisch geschlachteten Fleisches erkrankt waren. Die zweite Ausnahme von obiger Regel betrifft die deutsche Armee im Kriege 1870/71. Der hygienische Zustand dieser Armee war so vorzüglich, daß erst gegen das Ende der Feindseligkeiten Dysenterie und Blattern auftraten, ohne jedoch einen gefährlichen Charakter angenommen zu haben.

Indessen weder der eine noch der andre Fall kann etwas an der Richtigkeit des obigen Erfahrungssatzes ändern. Der amerikanische Fall kann mit unsern europäischen Verhältnissen in Vergleich gestellt werden; was den deutschen Fall betrifft, so waren die lokalen, klimatischen, ethnischen Umstände des Marsch- und Operationsgebietes außerordentlich günstig. Wie ganz anders sind aber die Existenz- und Operationsbedingungen einer Armee im Osten und Südosten von Europa, wo Blattern, Typhus, insbesondere Flecktyphus fast ununterbrochen in epidemischer Form herrschen! In dieser Beziehung können der Krimkrieg und der jetzige Krieg als Beispiel dienen; es ist bekannt, daß der Krimkrieg durch einen „hygienischen Frieden" beendigt wurde. Die offiziellen Berichte bezeugen die enormen Verluste, welche Typhus, Blattern, Cholera und

Digitized by Google

Dysenterie in den operierenden Armeen, in den Ländern der Kriegführenden (bis in den Süden Frankreichs) und den neutralen Ländern verursacht hatten. Mehr als ein Viertel der Kombattanten und die doppelte Zahl der Zivilbevölkerung unterlagen den Epidemien.

Die Erfahrungen der Kriege der Jahre 1859, 1866 und 1878 waren ebenso grauenvoll. Es steht fest, daß alle großen Kriege die Gefahr der Verbreitung von Epidemien auch in den Gebieten der unbeteiligten Staaten hervorrufen. Auch zeigt die Erfahrung, daß die Versuche der Lokalisierung der Gefahr aus mehrfachen Gründen erfolglos bleiben; es muß besonders betont werden, daß es in dieser Richtung unmöglich ist, das Operationsfeld von dem Verkehr hermetisch abzuschließen, den Verkehr der Armee mit dem Mutterlande zu verhindern und die häufigen Fälle des Durchzugs desorganisierter und infizierter Truppenteile durch neutrale Gebiete zu verhüten.

Diesen Tatsachen gegenüber kann nicht behauptet werden, daß der Ausgang eines Krieges lediglich von der militärischen Tüchtigkeit abhängt. Eine in hygienisch gutem Zustande befindliche Armee wird viel länger Widerstand leisten als eine hygienisch vernachlässigte und zerklüftete Armee. Aber der Umstand, daß der Gegner in hygienischer Beziehung schwach ist, ist gleichzeitig eine Quelle von Gefahren für eine in militärischer und hygienischer Beziehung noch so tüchtige Armee. So kann es geschehen, daß schließlich der Ausgang des Krieges von dem Erfolge des Kampfes gegen die Gefahren der Kriegsepidemien abhängt.

Gibt es nun Mittel, diese Gefahr wirksam zu bekämpfen? Die heutige Medizin und Hygiene bejahen diese Frage. Die Epidemien sind in unsrer Zeit noch immer eine Quelle der Beunruhigung, aber sie sind nicht mehr unsichtbare Feinde.

Wer soll und kann diese hygienische Aufgabe lösen? Die Kriegführenden sagen natürlich unter Berufung auf das Völkerrecht, insbesondere das Kriegs- und Neutralitätsrecht: das ist unsre Aufgabe, denn der Krieg ist für die Neutralen eine res inter alios gesta! Die Uebel, welche jeder Krieg mit Notwendigkeit nach sich zieht, sind wie ein Naturereignis, gegen dessen verderbliche Wirkungen die Staaten in den territorialen Grenzen ihrer Einzelsouveränität mit den Mitteln ihrer nationalen Verwaltung zu kämpfen berufen sind. Damit werden die Kriegführenden gleichzeitig behaupten, daß sie auf der Höhe der Erfüllung dieser Pflicht sich befinden. Allein so sehr man davon ausgehen mag, daß der Krieg eine res inter alios gesta ist und bleiben soll, so steht doch zugleich fest, daß auf dem Boden der internationalen Gemeinschaft und im Bereich des heutigen internationalen Verkehrs die wichtigsten Interessen der Neutralen durch jeden Krieg in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Neutralitätsrecht dient dem Schutze dieser Interessen. Nach dem heutigen Stande des Neutralitätsrechts beanspruchen in erster Reihe die politischen und wirtschaftlichen Interessen entsprechenden Schutz. Ich zögere nicht, zu behaupten, daß die Frage der Wirksamkeit des Kampfes gegen die Kriegsepidemien wegen

Digitized by Google

seiner Bedeutung für ein gemeinsames Interesse, das doch dieselbe Beachtung wie die ökonomischen Interessen verdient, in engster Beziehung zu dem Neutralitätsrecht steht. Wenn es ein bedeutsamer Grundsatz des Neutralitätsrechts ist, daß die Neutralen so viel als möglich von den Feindseligkeiten und deren Folgen verschont bleiben sollen, so begreift man nicht, warum die Neutralen die verheerenden Wirkungen der Kriegsepidemien als ein Naturereignis oder einen Schicksalsschlag einfach hinnehmen sollen. Wer auf dem zynischen Standpunkt der Wertlosigkeit des menschlichen Lebens steht, wird in dieser Frage allerdings zu andern Resultaten gelangen.

Indessen die Beantwortung der ersten der beiden obigen Fragen steht in engster Verbindung mit der Antwort auf die zweite Frage: wer hat jene hygienische Aufgabe zu lösen? Die Antwort stützt sich auf die Erfahrungen, welche die Kriege der Neuzeit liefern. In der Geschichte der großen Kriege der Neuzeit treten uns in der Hauptsache zwei Ausnahmefälle entgegen, in denen die hygienische Organisation der Armeen die Entstehung und Verbreitung von Kriegsepidemien verhindert hat. In den andern Fällen gelang es den Kriegführenden nicht, Kriegsepidemien mit Erfolg zu bekämpfen. Es ist in der Tat unmöglich, den Kriegführenden in dieser Richtung eine strenge Pflicht aufzuerlegen, da sie doch von vornherein für jene Notwendigkeit Vorsorge zu treffen haben, die mit dem Zweck und den Anforderungen des Krieges verknüpft sind. Aber selbst wenn wir annehmen, daß die Kriegführenden innerhalb des Kriegsfelds alle hygienischen Vorschriften zu beobachten imstande wären, so ist doch damit noch nicht alles geschehen. Wenn eine Epidemie entstanden ist, so verbreitet sie sich in der ganzen Länge der Operationslinien. Die Inanspruchnahme der Zivilbevölkerung und der Zivilsanitätsorgane birgt die Gefahr der Verbreitung der Epidemie innerhalb des ganzen Kriegsfelds in sich. Im übrigen ist die hygienische Aufgabe nicht eine ausschließlich ärztliche Aufgabe; man ist auch auf ein für diese Aufgabe in Friedenszeit herangebildetes und eingeübtes Personal in zureichender Menge angewiesen.

Im ganzen ergibt sich aus dem Gesagten, daß die Aktion zur Bekämpfung der Kriegsepidemien im Großen organisiert und durchgeführt werden muß. Es hieße Unmögliches fordern, wenn wir eine solche Aktion von den Kriegführenden allein erwarten wollten; sie haben nur das unmittelbare Ziel des Krieges im Auge. Eine groß angelegte Aktion kann nur als Aktion der an dem Kriege nicht beteiligten Staaten gedacht werden. Diese können ihr in Friedenszeiten formiertes und herangebildetes hygienisches Personal im Kriegsfalle in Funktion stellen. Was sie zur Verhütung der Entstehung und zur Bekämpfung entstandener Epidemien innerhalb des Kriegsfelds leisten, ist in erster Linie ein den Belligeranten geleisteter wichtiger Dienst. Daß die legitimen Interessen der Kriegführenden volle Garantie gegenüber der konkurrierenden Aktion der Neutralen fordern, ist selbstverständlich. Damit hängt die Regelung der rechtlichen Stellung der hier in Frage stehenden neutralen Kommissionen zu den operierenden Armeen zusammen. Die Aktion, um die es sich hier handelt, ist

Digitized by Google

eine jener Funktionen der internationalen Gemeinschaft im Interesse des Rechts und der Humanität, die der Natur des Völkerrechts und der Völkergemeinschaft durchaus entspricht.

Schülerselbstmorde[1])

Von

Prof. Dr. A. Hoche (Freiburg i. B.)

In den Tageszeitungen ist die Bezeichnung „Schülerselbstmord" eine regelmäßig wiederkehrende Ueberschrift geworden. Für das unbefangene Sprachgefühl liegt in dieser Fassung schon die Vorwegnahme dessen, was erst zu beweisen wäre, was aber die Laienbetrachtung in der Regel als selbstverständlich voraussetzt, daß an den Einrichtungen der höheren Unterrichtsanstalten etwas nicht in Ordnung sei, daß sie schuld seien an den Selbsttötungen Heranwachsender. In den Betrachtungen der Zeitungen zu dieser Frage und auch in Romanen wird gern das Thema von dem „armen Jungen" behandelt, der, verkannt, verbittert und gemißhandelt, schließlich keinen andern Ausweg mehr sieht, als sich aus diesem Leben davonzumachen.

Die Behauptung der Haftbarkeit der Schule für die Schülerselbstmorde ist nur ein Teil einer großen Anklagewelle gegen unser Unterrichtswesen, die heute durch die Oeffentlichkeit geht. Die Schule ist vielleicht diejenige staatliche Einrichtung, die am meisten zu Angriffen verlockt, nicht nur weil sie tatsächlich täglich und stündlich in unbequemer Weise in das Familienleben eingreift, sondern auch weil jeder, der jemals eine höhere Lehranstalt besucht hat, sich zum Mitreden berufen fühlt.

Die Selbstmordfrage im allgemeinen ist in den letzten Jahrzehnten vielfach literarisch behandelt worden; große sorgfältige Statistiken unterrichten uns über das Gerippe der Zahlentatsachen, und die moralische Betrachtungsweise, ebenso wie die des Psychologen, des Sozialpolitikers und des Arztes, sucht, je nach ihrem Standpunkte, nach den tieferen Gründen der Gesamterscheinung. Wenn wir aus aus der Statistik erfahren, daß sich in Europa jährlich 60- bis 70000 Menschen selbst töten, so gibt das von der allgemeinen Selbstmordtendenz ein im Augenblicke erschreckendes, aber zweifellos noch zu günstiges Bild, da die mißlingenden Selbstmordversuche von keiner Statistik mitgefaßt werden. Bei einer im Laufe der Jahrzehnte erkennbaren langsamen Steigerung (von 1881 bis 1897 um 20 Prozent) ist im übrigen eine merkwürdige Gesetzmäßigkeit in bezug auf Rasse, Konfession, Lebensalter, Jahreszeit, Wahl der Mittel zur Selbsttötung usw. festzustellen. Im Durchschnitt kommt in Deutschland auf 1 Million Einwohner im Jahre eine Ziffer von 204 Selbstmorden.

---

[1]) Nach einem in der Freiburger Pädagogischen Gesellschaft gehaltenen Vortrage.

Digitized by Google

In bezug auf die Motive ist jede Statistik unzuverlässig. Der Prozentsatz der offenkundig oder unbemerkt Geisteskranken wird überall zu niedrig angenommen. Die Laientendenz, für auffallende Handlungen in erster Linie äußere Anstöße als auslösendes Moment anzuschuldigen, färbt sicherlich alle Zahlenaufstellungen. Am seltensten ist wohl die Selbsttötung, die auf einer kühlen, man möchte sagen wissenschaftlich gezogenen Lebensbilanz beruht; für die ganz überwiegende Mehrzahl der Selbsttötungen, und das gilt ganz besonders für die im jugendlichen Alter stattfindenden, müssen wir daran festhalten, daß der Selbstmord eine Affekthandlung ist. Bemerkenswert ist, daß bei nicht Geisteskranken das Mißlingen eines Selbstmordversuches in der Regel den psychischen Einfluß hat, daß er nicht wiederholt wird. Bei krankhafter Motivierung liegt dies ganz anders. Im allgemeinen muß man sagen, daß in der Selbsttötung, mag sie nun auf normalen oder auf krankhaften Motiven erwachsen, ein vorzeitiges Waffenstrecken vor dem Leben, eine Ueberschätzung der Tragweite der momentanen Episode, eine akute Hilflosigkeit in bezug auf das Finden eines Auswegs aus den Nöten der Stunde zu erblicken ist.

Was die Verteilung auf die einzelnen Lebensalter anbetrifft, so begegnen wir der allerdings nur auf den ersten Anblick paradox wirkenden Erscheinung, daß die Neigung, das Leben wegzuwerfen, um so größer wird, je näher das Individuum dem natürlichen Ende seiner Tage kommt. Wenn, wie erwähnt, auf 1 Million Menschen in Deutschland im Durchschnitt 204 Selbsttötungen im Jahre entfallen, so kommen dabei auf die Altersstufe von 10 bis 15 Jahren (nach der Statistik für das Jahr 1898) 20 Fälle, auf das Alter von 15 bis 20 Jahren 131, auf das Jahrfünft 20 bis 25 218, auf 25 bis 30 173, während auf die Jahre jenseits 80 662 Fälle kommen. Die Neigung zum Selbstmord ist also im neunten Jahrzehnt dreiunddreißigmal so groß als in der Zeit vom 10. bis 15. Lebensjahre. Die Regelmäßigkeit des Anstieges mit dem Lebensalter wird in dem Jahrfünft 20 bis 25 durch eine größere Zahl (218) unterbrochen, für deren Erklärung wir wohl die ersten Zusammenstöße mit dem wirklichen Leben, den Militärdienst und die ersten unglücklichen Liebeserlebnisse anschuldigen müssen.

Die Verteilung der Geschlechter ist bis zum 15. Jahre so, daß vier Knaben auf ein Mädchen entfallen, ebenso wieder in der Altersstufe 20 bis 25, während in der Zeit der eigentlichen Pubertätsentwicklung von 15 bis zu 20 Jahren das Verhältnis männlich zu weiblich auf 2 zu 1 steigt.

In Preußen finden im Durchschnitt jährlich 42 Schülerselbstmorde statt; bei „Schülern" ohne Rücksicht auf das Alter 53 pro Jahr, mit Schwankungen von 40 bis 71. Wichtig ist aber doch die Feststellung, daß die Gesamtzahl mit 58 im Jahre 1905 nicht höher war als 1883. (Das Verhältnis der höheren zu den niedrigen Schulen stellt sich dabei wie 4 zu 1.)

Die Zahlen stützen nicht die Idee einer stetigen Zunahme der jugendlichen Selbstmorde. Die Befürchtung, daß eine solche Zunahme vorhanden sei, ist nur ein Teil der weitverbreiteten, meines Erachtens, wie ich an anderm

Digitized by Google

Orte[1]) nachzuweisen versucht habe, objektiv unbegründeten Sorge vor einer fortschreitenden Entartung der modernen Menschheit. Der Eindruck der zahlenmäßigen Steigerung wird durch die eindringlichere Berichterstattung der Presse hervorgebracht.

Das Frappierende an den Schülerselbstmorden liegt für das natürliche Gefühl auch weniger in der absoluten Zahl, als in dem scharfen Kontrast zwischen dem Akt der Lebensverneinung und der sonst normalerweise dem jugendlichen Lebensabschnitt eignen Stimmung.

Die eigentliche Frage, die uns hier beschäftigt, ist die nach den innern Gründen der Schülerselbstmorde, speziell die, wie weit etwa die Schule dadurch belastet wird. Die meisten Menschen neigen in solchen Fragen zu raschen Verallgemeinerungen und sind bei ihrem Suchen nach dem psychologischen Zusammenhang leicht zufriedengestellt. Man wird in den Zeitungsnotizen über jugendliche Selbstmorde selten die Angabe eines ganz bestimmten Grundes vermissen, während für die genauere Prüfung die Sache gewöhnlich keineswegs so eindeutig liegt. Im übrigen ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn wir Selbstmorde im schulpflichtigen Alter nicht ohne weiteres identifizieren mit eigentlichen „Schulselbstmorden"; denn nur diese letzteren sind es, die mit der Bejahung der Schuldfrage der Schule gemeint sind.

Es ergeben sich ohne weiteres drei verschiedene Gebiete möglicher Ursachen: Die Schule, das Elternhaus, die Persönlichkeit des Schülers.

Unter Schule verstehen wir hier im allgemeinen die höhere Schule. Die heutigen Vorwürfe, die man allerorten zu lesen bekommt, gehen zunächst auf die quantitative Ueberbürdung. Diese Vorwürfe sind nicht übermäßig alt; sie werden eigentlich erst seit Ende der siebziger Jahre lebhafter. Eine zweite Reihe derselben bezieht sich auf angeblich qualitativ falsche Behandlung (übertriebener Formalismus, zu großes Wertlegen auf alte Sprachen, Grammatik). Zum Teil handelt es sich dabei um wirklich ernst zu nehmende Aeußerungen ernst zu nehmender Sachkundiger, zum großen Teil aber auch um das Gerede von Mitläufern, denen es weniger um eine objektiv begründete Reform des Schulwesens zu tun ist, als um eine Art von Befriedigung eines latenten Rachegelüstes, um eine innerliche Befreiung von eignen unangenehmen Schulerinnerungen oder von Aerger über die Mißerfolge der eignen Kinder in der Schule. Die in dem Buch von Graf[2]) niedergelegten Aeußerungen von Männern der verschiedensten Berufsarten über ihre eignen Schuleindrücke sind für jeden, der sich mit diesen Dingen ernstlich befaßt, eine Fundgrube interessanter Feststellungen. Als den wichtigsten Niederschlag kann man wohl die Erfahrung bezeichnen, daß im allgemeinen die Persönlichkeit des Lehrers alles, das System sehr wenig bedeutet. Auch das ist wohl sicher, daß die frühere rein klassisch-humanistische

[1]) Geisteskrankheit und Kultur, 1910, Speyer & Kärner.

[2]) Alfred Graf, Schülerjahre; Erlebnisse und Urteile namhafter Zeitgenossen. Buchverlag der „Hilfe", 1912.

Digitized by Google

Tendenz der Gymnasien für die nicht ausgesprochen formal-logischen, sondern mehr auf das Anschauliche gerichteten Begabungen Schwierigkeiten und Nöte mit sich gebracht hat. Unbestreitbar ist auch, daß einzelne, später gerade auf naturwissenschaftlichem Gebiete hervorragende Köpfe (Liebig, Linné, Humboldt u. a.) schlechte Schüler auf den humanistischen Gymnasien gewesen sind. In der Tatsache dieser gelegentlichen Inkongruenz zwischen dem zwangmäßigen Bildungsgang und der persönlichen Anlage kann heute keine Anklage gegen die Schule mehr erblickt werden, da bei der weitgehenden Differenzierung der höheren Lehranstalten jetzt jede Begabung den ihr zusagenden Weg finden kann.

Es wird übrigens immer eine Illusion bleiben, die Schule für die Mehrzahl der Schüler irgendwie zu etwas Reizvollem gestalten zu wollen, so wenig etwa, wie das, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, für die Rekrutenzeit oder die Militärdienstzeit im allgemeinen erreichbar sein wird.

Eine unbefangene Beobachtung der Entwicklung der herrschenden Tendenzen zeigt, daß die höheren Schulen jetzt im Gegensatz zu früher immer mehr auf das Niveau der Minderbegabten eingestellt werden, Tendenzen, die sich stellenweise zur amtlichen Festsetzung bestimmter Prozentsätze verdichtet haben, über die hinaus die Zahl der Sitzenbleibenden nicht steigen darf.

Eine Folge dieser Herabsetzung der Ansprüche im Unterricht ist ja u. a. die Ueberfetzung der höheren Berufe mit geistig minderwertigen Persönlichkeiten.

Es ist bekannt, daß neuerdings besondere Versuche gemacht worden sind, um den Abstufungen der Begabung im Unterricht gerecht zu werden. Der eine Lösungsversuch, der den Unterbegabten, zunächst in der Volksschule, gesonderte Behandlung zuteil werden läßt, die Einrichtung der Hilfsschulen für Schwachbefähigte, ist, wenn sie auch die Lehrer nur von dem gröbsten, offenkundigen Ballast befreit, als eine segensreiche Einrichtung anzuerkennen; weniger glücklich ist die Idee, Schulen für Hochbefähigte einzurichten. Die Frage nach der Begabung läßt sich in dem Zeitpunkte, in dem diese Sonderung einzutreten hätte, nicht lösen. Begabung ist in diesem Sinne nichts Einheitliches und nichts ohne weiteres Prüfbares. In dem Stadium, in dem die Auswahl der Schüler vorzunehmen wäre, ist die gedächtnismäßige Befähigung noch viel zu sehr der Maßstab der Begabung überhaupt. Ganz absehen wollen wir dabei von den pädagogischen Bedenken, die man dagegen haben muß, daß nun einer gewissen kleinen Anzahl von Schülern frühzeitig die Etikette „höherer Begabung“ angeklebt wird.

Das Streben nach immer weitergehender quantitativer und qualitativer Erleichterung auf den höheren Unterrichtsanstalten ist im Interesse der psychischen Volksgesundheit zweifellos zu bedauern. Ein gewisses Quantum psychischen Zwanges gehört zu einer normalen Menschenentwicklung, und angesichts der nicht zu verkennenden Herabsetzung der moralischen Widerstandskraft des einzelnen, wie sie heute durch das Versicherungswesen, die Tendenz zum Zusammenschluß in Organisationen usw. gegeben ist, sollte man der Jugend nicht das stählende

Digitized by Google

Orte[1]) nachzuweisen versucht habe, objektiv unbegründeten Sorge vor einer fortschreitenden Entartung der modernen Menschheit. Der Eindruck der zahlenmäßigen Steigerung wird durch die eindringlichere Berichterstattung der Presse hervorgebracht.

Das Frappierende an den Schülerselbstmorden liegt für das natürliche Gefühl auch weniger in der absoluten Zahl, als in dem scharfen Kontrast zwischen dem Akt der Lebensverneinung und der sonst normalerweise dem jugendlichen Lebensabschnitt eignen Stimmung.

Die eigentliche Frage, die uns hier beschäftigt, ist die nach den innern Gründen der Schülerselbstmorde, speziell die, wie weit etwa die Schule dadurch belastet wird. Die meisten Menschen neigen in solchen Fragen zu raschen Verallgemeinerungen und sind bei ihrem Suchen nach dem psychologischen Zusammenhang leicht zufriedengestellt. Man wird in den Zeitungsnotizen über jugendliche Selbstmorde selten die Angabe eines ganz bestimmten Grundes vermissen, während für die genauere Prüfung die Sache gewöhnlich keineswegs so eindeutig liegt. Im übrigen ist es nur eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn wir Selbstmorde im schulpflichtigen Alter nicht ohne weiteres identifizieren mit eigentlichen „Schulselbstmorden"; denn nur diese letzteren sind es, die mit der Bejahung der Schuldfrage der Schule gemeint sind.

Es ergeben sich ohne weiteres drei verschiedene Gebiete möglicher Ursachen: Die Schule, das Elternhaus, die Persönlichkeit des Schülers.

Unter Schule verstehen wir hier im allgemeinen die höhere Schule. Die heutigen Vorwürfe, die man allerorten zu lesen bekommt, gehen zunächst auf die quantitative Ueberbürdung. Diese Vorwürfe sind nicht übermäßig alt; sie werden eigentlich erst seit Ende der siebziger Jahre lebhafter. Eine zweite Reihe derselben bezieht sich auf angeblich qualitativ falsche Behandlung (übertriebener Formalismus, zu großes Wertlegen auf alte Sprachen, Grammatik). Zum Teil handelt es sich dabei um wirklich ernst zu nehmende Aeußerungen ernst zu nehmender Sachkundiger, zum großen Teil aber auch um das Gerede von Mitläufern, denen es weniger um eine objektiv begründete Reform des Schulwesens zu tun ist, als um eine Art von Befriedigung eines latenten Rachegelüstes, um eine innerliche Befreiung von eignen unangenehmen Schulerinnerungen oder von Aerger über die Mißerfolge der eignen Kinder in der Schule. Die in dem Buch von Graf[2]) niedergelegten Aeußerungen von Männern der verschiedensten Berufsarten über ihre eignen Schuleindrücke sind für jeden, der sich mit diesen Dingen ernstlich befaßt, eine Fundgrube interessanter Feststellungen. Als den wichtigsten Niederschlag kann man wohl die Erfahrung bezeichnen, daß im allgemeinen die Persönlichkeit des Lehrers alles, das System sehr wenig bedeutet. Auch das ist wohl sicher, daß die frühere rein klassisch-humanistische

[1]) Geisteskrankheit und Kultur, 1910, Speyer & Kärner.

[2]) Alfred Graf, Schülerjahre; Erlebnisse und Urteile namhafter Zeitgenossen. Buchverlag der „Hilfe", 1912.

Digitized by Google

Tendenz der Gymnasien für die nicht ausgesprochen formal-logischen, sondern mehr auf das Anschauliche gerichteten Begabungen Schwierigkeiten und Nöte mit sich gebracht hat. Unbestreitbar ist auch, daß einzelne, später gerade auf naturwissenschaftlichem Gebiete hervorragende Köpfe (Liebig, Linné, Humboldt u. a.) schlechte Schüler auf den humanistischen Gymnasien gewesen sind. In der Tatsache dieser gelegentlichen Inkongruenz zwischen dem zwangmäßigen Bildungsgang und der persönlichen Anlage kann heute keine Anklage gegen die Schule mehr erblickt werden, da bei der weitgehenden Differenzierung der höheren Lehranstalten jetzt jede Begabung den ihr zusagenden Weg finden kann.

Es wird übrigens immer eine Illusion bleiben, die Schule für die Mehrzahl der Schüler irgendwie zu etwas Reizvollem gestalten zu wollen, so wenig etwa, wie das, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, für die Rekrutenzeit oder die Militärdienstzeit im allgemeinen erreichbar sein wird.

Eine unbefangene Beobachtung der Entwicklung der herrschenden Tendenzen zeigt, daß die höheren Schulen jetzt im Gegensatz zu früher immer mehr auf das Niveau der Minderbegabten eingestellt werden, Tendenzen, die sich stellenweise zur amtlichen Festsetzung bestimmter Prozentsätze verdichtet haben, über die hinaus die Zahl der Sitzenbleibenden nicht steigen darf.

Eine Folge dieser Herabsetzung der Ansprüche im Unterricht ist ja u. a. die Uebersetzung der höheren Berufe mit geistig minderwertigen Persönlichkeiten.

Es ist bekannt, daß neuerdings besondere Versuche gemacht worden sind, um den Abstufungen der Begabung im Unterricht gerecht zu werden. Der eine Lösungsversuch, der den Unterbegabten, zunächst in der Volksschule, gesonderte Behandlung zuteil werden läßt, die Einrichtung der Hilfsschulen für Schwachbefähigte, ist, wenn sie auch die Lehrer nur von dem gröbsten, offenkundigen Ballast befreit, als eine segensreiche Einrichtung anzuerkennen; weniger glücklich ist die Idee, Schulen für Hochbefähigte einzurichten. Die Frage nach der Begabung läßt sich in dem Zeitpunkte, in dem diese Sonderung einzutreten hätte, nicht lösen. Begabung ist in diesem Sinne nichts Einheitliches und nichts ohne weiteres Prüfbares. In dem Stadium, in dem die Auswahl der Schüler vorzunehmen wäre, ist die gedächtnismäßige Befähigung noch viel zu sehr der Maßstab der Begabung überhaupt. Ganz absehen wollen wir dabei von den pädagogischen Bedenken, die man dagegen haben muß, daß nun einer gewissen kleinen Anzahl von Schülern frühzeitig die Etikette „höherer Begabung" angeklebt wird.

Das Streben nach immer weitergehender quantitativer und qualitativer Erleichterung auf den höheren Unterrichtsanstalten ist im Interesse der psychischen Volksgesundheit zweifellos zu bedauern. Ein gewisses Quantum psychischen Zwanges gehört zu einer normalen Menschenentwicklung, und angesichts der nicht zu verkennenden Herabsetzung der moralischen Widerstandskraft des einzelnen, wie sie heute durch das Versicherungswesen, die Tendenz zum Zusammenschluß in Organisationen usw. gegeben ist, sollte man der Jugend nicht das stählende

Digitized by Google

Bad einer fest zugreifenden Erziehung in den höheren Lehranstalten vorenthalten wollen.

Ich bin fest davon überzeugt, daß in dem Quantum dessen, was die Schule verlangt, für auch nur durchschnittlich Veranlagte keine Schädigung liegt; überhaupt machen intellektuelle Anstrengungen allein, wenn sie nicht etwa mit Schlafentziehung, Hunger oder der Anwendung künstlicher Reizmittel verbunden sind, niemand nervenkrank. Ich selbst habe, ebenso wie andre Nervenärzte, niemals den Fall eines jugendlichen Geisteskranken gesehen, bei dem das Quantum der Schulleistungen als ein wesentliches ursächliches Moment in Frage gekommen wäre. Zweifellos gibt es ja gegenüber etwaigen durch die Persönlichkeit einzelner Lehrer hervorgerufenen Ueberlastungen äußere und innere Korrekturen: lange Ferien, Unaufmerksamkeit in der Stunde, Faulheit zu Hause, Sportsbetrieb usw., ganz abgesehen von der seelischen Entlastung, die den Schülern durch das gemeinsame Schimpfen auf die schlechten Kerle von Lehrern zur Verfügung steht.

Was die qualitativ falsche Behandlung in der Schule anbetrifft, so ist allerdings dies ein Punkt, wo die Güte des Lehrplans und die Schärfe der Aufsicht nicht allzuviel bedeuten, da die geborenen Pädagogen selten sind. Trotzdem dürfen wir wohl ruhig sagen, daß Lehrerkollegien, wie sie Wedekind im „Frühlingserwachen" schildert und wie sie auch in andern Dramen und Romanen auftreten, heute nirgends vorkommen oder auch nur denkbar wären. Es wäre auch ungerecht gegen die Lehrer, wenn man nicht zugeben wollte, daß die theoretisch sehr schöne Forderung „individueller Behandlung des Schülers" praktisch meist nicht erfüllt werden kann. Wie soll jemand, der in fünf oder sieben Klassen unterrichtet und vielleicht zwei Stunden wöchentlich mit der einzelnen Klasse in Berührung kommt, Hunderte von Jungen psychologisch näher kennen und beeinflussen lernen? Dazu ist im ganzen die Ueberbürdung der Lehrer mit Stunden und Köpfen, oft auch der Wechsel unter den Lehrern, zu groß, und von dem Korrektivmittel, daß der Klassenlehrer mit seiner Klasse jahrelang in Kontakt bleibt, indem er mit ihr aufsteigt, wird nicht überall Gebrauch gemacht. Ein gewisser Ausgleich liegt immer in dem Umstand, daß es regelmäßig eine Vielheit von Lehrern ist, mit denen der einzelne Schüler in Berührung kommt.

In einem Punkte könnte nach meinen Eindrücken die Lehrerschaft besser Fühlung mit ihren Jungen haben, wenn sie dem Gerechtigkeitsbedürfnis der Heranwachsenden mehr Rechnung trüge. Im ganzen wird das Rechtsgefühl des Schülers in seiner Lebhaftigkeit wohl unterschätzt. Die Jugend ist ein unerbittlicher Richter; sie hat die feinste Empfindung für alles, was am Lehrer nach Laune, „Pike", persönlicher Bevorzugung u. dgl. aussieht. Bessere Schüler empfinden zum Beispiel auch die Duldung von Denunzianten und das Eingehen auf Denunziationen („Petzen") als eine Unbilligkeit. Gerade auf diesem Gebiete erwächst häufig auf seiten der Schüler ein betrübender Mangel an Zutrauen gegen einzelne Lehrer, auch direkt eine innerliche Verhärtung und Verbitterung.

Wenn man dies alles zugibt, so ist doch eine tatsächliche seelische Miß-

Digitized by Google

handlung eines Schülers durch einen Lehrer in öffentlichen Schulen heute auf die Dauer wohl nicht mehr möglich: dafür liegt das ganze Schulwesen viel zu sehr unter den Augen der Oeffentlichkeit, und den Eltern stehen genügend Wege zur Verfügung, um zu erreichen, daß wirklichen Mißständen bald ein Ende gemacht wird.

Ich halte es alles in allem für gänzlich unbewiesen, daß im Wesen der Schule selbst Faktoren liegen, die einen nicht kranken Schüler zum Selbstmord treiben müßten.

Es muß dabei vor allem im Auge behalten werden, daß jedes Schulereignis seine Resonanz erst von den zwei andern vorhin erwähnten Faktoren erhält, zunächst durch das Elternhaus. Es wäre für einen erfahrenen Schulmann eine dankenswerte Aufgabe, einmal eine „vergleichende Psychologie der Eltern" zu schreiben, unter denen die verschiedensten, aber immer wiederkehrenden Typen vertreten sind, von den vernünftig Schweigenden an, die nie eine Lehrerwohnung betreten, bis zu denen, die um Noten und Versetzung betteln gehen. Ebenso reich ist die Skala in dem Verhalten der Eltern zu Hause. Auch hier ist eine vernünftige, gerecht abwägende Mitarbeit mit den Bestrebungen der Schule nicht die Regel und vielleicht nicht einmal das Häufige. Statt dessen finden wir diejenigen, die direkt den Schulbemühungen entgegenarbeiten, indem sie die Lehrer lächerlich zu machen versuchen, in ihrer Affenliebe und Ueberschätzung bei Konflikten dem Sohne alles, dem Lehrer nichts glauben. Wir finden zu Hause die Elterntorheit des Ehrgeizes, auch Minderbegabte in einen vielleicht verhaßten Beruf hineinzuzwingen, die Elternschuld übertriebener Härte, den Elternfehler übermäßiger Begünstigung der Nebendinge: Musik, Theater, Sport usw.

Welche Bedeutung die Zensur für den einzelnen Schüler besitzt, hängt wiederum in der Regel nur von der elterlichen Schätzung der Zensur ab, und der nervös-labile Junge, der sich wegen ungenügender Noten oder wegen Sitzenbleibens das Leben nimmt, tut das nicht aus Angst vor der Schule, sondern aus Angst vor dem Nachhausekommen und vor dem Zorn des Vaters. Im ganzen wird ja häufig der Wert der „Note" von seiten der Väter überschätzt, anstatt daß die Einsicht herrschen sollte, daß es darauf ankommt, daß der Heranwachsende ernst und konzentriert zu arbeiten lernt und nicht durch eigne Schuld überflüssige Zeit auf die einzelnen Phasen seines Bildungsganges zu verwenden gezwungen ist.

Am schlimmsten ist für die Heranwachsenden der böse Zirkel, wenn nervöse Eltern mit schwankenden Stimmungen und Auffassungen, mit Neigung zu Affektausbrüchen und Inkonsequenz die Erziehung nervöser Kinder leiten sollen.

Daß es Schulerlebnisse allein nicht sind, welche die Jungen in den Tod treiben, geht wohl am besten daraus hervor, daß die durch den Pennalismus oft so viel härtere Zucht in den Alumnaten keineswegs etwa besonders zum Selbstmord disponiert.

Am wichtigsten unter allen ursächlichen Faktoren ist aber zweifellos die Persönlichkeit des Schülers selbst. In jedem Falle ist die Selbsttötung das Ergebnis eines Kräftestreites in der seelischen Individualität. Dem natürlichen Kinde wohnt von vornherein, ebenso wie dem Tier, gar keine Disposition zum

Digitized by Google

Wegwerfen des Lebens inne. Der natürliche starke Lebensdrang des Kindes, das Fehlen der Reflexion über Wert oder Unwert des Gesamtlebens, die geringe Nachhaltigkeit und geringe Nachdauer unangenehmer Gemütsbewegungen, die Fähigkeit des Abschüttelns störender Eindrücke, alles das sind heilsame Korrektive bei betrüblichen Erlebnissen. Theoretische pessimistische Betrachtungen oder langdauernde Nachwirkung von Gemütsbewegungen im Kindesalter sind im allgemeinen schon das Signal für das Bestehen einer krankhaften Veranlagung. Wenn diese in stärkerem Maße vorhanden ist, dann allerdings disponiert die jugendliche Hemmungslosigkeit ganz besonders zu plötzlichen impulsiven Handlungen, und somit auch zur Selbsttötung. Zweifellos haben wir in derjenigen psychischen Gesamtverfassung, die als psychopathische Konstitution bezeichnet wird, die Hauptursache von Selbstmorden im jugendlichen Alter zu erblicken. Diese abnorme seelische Gesamtverfassung ist eines der sog. Entartungszeichen, die meist unter erblichem Einfluß (Neurose, Alkoholismus, Syphilis usw. der Erzeuger) in die Erscheinung tritt; sie ist auch die Basis, auf der, wenn die Kindheit ohne größere Schwierigkeiten verläuft, spätere Psychosen erwachsen.

Gewisse später ausgesprochene Geistesstörungen reichen im übrigen schon in ihren ersten oft verkannten und oft auch für den Sachkundigen schwer erkennbaren Anfängen bis in die Kindheit zurück, namentlich die periodisch-depressiven Gemütskrankheiten oder das, was man bei Erwachsenen als konstitutionelle Verstimmung bezeichnet. Auffallend starke Schwankungen der Leistungsfähigkeit, wechselnde Phasen von Schwierigkeit und Leichtigkeit in der Erziehung, aber auch sonstige Züge: Neigung zur Einspännerei, zur Isolierung, geringes Verständnis für gemeinsame Spiele usw. können bei Kindern frühe Vorboten der späteren Gemütserkrankung sein.

Aber selbst wenn es sich nicht um diese krankhaften Veranlagungen handelt, kann die Pubertätszeit als solche abnorme Zustände erzeugen. Das körperliche und das seelische Reifen deckt sich keineswegs. Ebenso wie in dieser Zeit das Wachstum der einzelnen Organe im Vergleiche untereinander nicht regelmäßig vor sich geht, treffen wir auch in der seelischen Konstitution als häufiges Charakteristikum die Unausgeglichenheit, das Auftreten neuer, unklarer, starker Regungen ohne das Gegengewicht eines reifen Verstandes, massenhafte neue Interessen ohne genügendes Urteil über den Gesamtzusammenhang, lebhafte Stimmungen und Gefühle ohne die Bremse der Erfahrung. Es ergibt sich daraus das häufig so charakteristische Bild des gesteigerten Selbstgefühls, der übertriebenen Empfindlichkeit, der Selbstüberschätzung, des überheblichen Besserwissens, für welches Vater und Lehrer antiquierte Instanzen sind, die Ueberschwenglichkeit und der Weltschmerz, die Neigung zur Befassung mit den höchsten Fragen, die Neigung zu unverstehbarer Lektüre, die unzeitige Imitation Erwachsener in Lebensführung und Benehmen.

Oft gehen diese noch normalen Pubertätszüge direkt über in eigentliche Pubertätspsychosen, die wegen ihres schleichenden, unmerklichen Beginnes von den Angehörigen, aber auch von Aerzten, so außerordentlich häufig ver-

Digitized by Google

kannt, moralisch bewertet werden und zu den unzweckmäßigsten Beeinflussungsversuchen Anlaß geben.

Ein andrer Teil von Individuen ist von vornherein intellektuell minderwertig und wird so lange mit Ach und Krach durch die untern Klassen geschleppt, als es sich im wesentlichen um Aneignung gedächtnismäßigen Materials handelt. In den höheren Klassen tritt dann die Divergenz zwischen den normalen Schulansprüchen und den psychischen Möglichkeiten des Schülers in schärfster Weise hervor. Zu alledem kommen die körperlichen Wirkungen des Wachstums; Ermüdbarkeit, Anämie, Unfähigkeit zur Konzentrierung, ganz abgesehen von der großen Reihe sehr häufiger, aber nicht notwendiger Schädlichkeiten, wie Alkoholismus, Verbindungswesen, Erotik (Tanzstunde und auch Gröberes), Schlafverkürzung durch Theater, Konzerte usw.

So zeigt schon ein ganz kursorischer Ueberblick eine große Anzahl teils schicksalsmäßiger, teils vermeidbarer Momente, die gerade in den Altersstufen, in denen die höheren Lehranstalten besucht werden, die nervöse und psychische Widerstandskraft herabsetzen.

Jedes äußere Ereignis wird zum Erlebnis erst durch das Medium der mitgebrachten Veranlagung hindurch; hierin liegt bei dem Selbstmord der Jugendlichen ebenso wie bei dem der Erwachsenen der eigentlich entscheidende Punkt; der Selbstmord ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Ausdruck einer dauernd oder im Momente irgendwie unter der Norm bleibenden seelischen Widerstandsfähigkeit des Menschen.

Wir wollen im Rückblick die Ergebnisse dieser Betrachtung kurz zusammenfassen:

Die Vorwürfe gegen die höheren Schulen, als ob sie die Schuld an den Schülerselbstmorden trügen, sind nicht aufrechtzuerhalten. Soweit die Schulverhältnisse tatsächlich als Ursachen in Rechnung gesetzt werden müssen, handelt es sich im wesentlichen um unvermeidliche Dinge. Von den äußeren Faktoren hat jedenfalls das moralische Klima des Elternhauses mit der Selbstmordhäufigkeit den weit engeren Zusammenhang. Der Anteil, den wir in ursächlicher Beziehung der Schule und dem Elternhause zuweisen müssen, verschwindet aber quantitativ gegenüber der Rolle, welche die geistige Persönlichkeit des Schülers selbst spielt. Die ganz überwiegende Mehrzahl der jugendlichen Selbstmörder sind solche, die entweder für die Schule oder, wohl besser gesagt, für das Leben überhaupt nicht die nötige Mitgift an seelischer Widerstandskraft mitbekommen haben.[1])

[1]) Neuere Literatur: Gaupp, Ueber den Selbstmord. II. Auflage. O. Gmelin, 1910. — Eulenburg, Schülerselbstmorde. Teubner, 1909. — Stark, Selbstmord in der Schule. Differt., Straßburg 1900. — Cramer, Pubertät und Schule. Teubner, 1911. — Wildermuth, Schule und Nervenkrankheiten. „Wiener klinische Rundschau" Nr. 40. 1904.

Digitized by Google

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

(Fortsetzung)

Der wichtigste Befehl — jener, der sich auf die Entsendung von Kavallerieregimentern des IV. Korps zur Bewachung der Eisenbahn von Thionville bezog — ist einer genaueren Betrachtung wert.

Die Regimenter des IV. Korps, die am Tage vorher stark mitgenommen worden waren und in Amanvillers lagerten, hätten nicht dazu bestimmt werden dürfen, in die Täler der Orne und der Mosel zu marschieren; sie hatten den Aufklärungsdienst vor ihrem Armeekorps zu besorgen. Hingegen hätte die Reservekavallerie, die der Garde und die des II. Korps, die in dem Kessel von Longeau ihre Zeit vertrödelte, aus dieser Mördergrube herausgezogen werden müssen, um nach der unteren Mosel zu marschieren. Noch ärger aber ist es, daß der Befehl nicht eingetragen noch übermittelt wurde; er steht nicht im Register des Generalstabs, und die Offiziere der Stäbe des Generals Ladmirault und des Generals de Gondrecourt, des Befehlshabers seiner Kavallerie, haben niemals davon sprechen hören.

Der Bürgermeister von Plappeville, Herr Vianson, und der Bahnhofsvorstand von Metz, Herr Beneyton, verlangten den Marschall Bazaine zu sprechen. Sie kamen miteinander herein, und Herr Vianson stellte dem Marschall Herrn Beneyton vor. Herr Vianson meldete dem Marschall daß er seinem Wunsche gemäß Herrn Arnous-Rivière und seine Franktireurs in einem nahe bei der Villa Bouteillier befindlichen Hause untergebracht habe; ferner überreichte er ihm das Verzeichnis der in seiner Gemeinde vorhandenen Oefen zum Brotbacken.

Herr Beneyton machte hierauf eine Mitteilung von der größten Wichtigkeit: Die Geleise der Zufahrtsstrecken von Metz seien von Zügen mit Vorräten aller Art versperrt, und es befinde sich sogar in einem dieser Züge nahe bei den Magazinen der Zitadelle ein am Vormittag des 13. August eingetroffener Transport von $4^1/_2$ Millionen Patronen; die Waggons, in denen er gekommen sei, seien an den Zug angehängt gewesen, der den General Henry und den Stab des VI. Korps gebracht habe. Der Zeugwärter Grivaux sei natürlich von dem Eintreffen dieses Transports benachrichtigt worden, ebenso der General Soleille; diese betrachteten jedoch, da die Begleitscheine fehlten, die Sendung als nicht vorhanden; es wären zu ihrer Abnahme Belegquittungen erforderlich gewesen.

Nach diesem Bericht bat Herr Beneyton den Marschall, von diesem ganzen

Digitized by Google

der Armee gehörigen Material Besitz ergreifen zu lassen und vor allem die Ostbahngesellschaft von den Patronen zu befreien, deren Vorhandensein eine ständige Gefahr bilde.

Nachdem der Marschall Herrn Beneyton angehört hatte, beklagte er sich lebhaft, daß ihm versichert worden, daß nichts auf den Bahnhöfen vorhanden sei. Dann ließ er den General Jarras wieder rufen und beauftragte ihn, Herrn de Wendel und der Ostbahngesellschaft in der Person Beneytons Befehle und Anweisungen zugehen zu lassen, um ihr ganzes Material und alle ihre Transportmittel der Armee zur Verfügung zu stellen. Auch gab er ihm Weisung, dem General Coffinières zu schreiben, er möge Herrn Beneyton und seine Beamten frei herumgehen und sich die schleunige Herstellung eines Verbindungsgeleises vom Bahnhof zur Esplanade angelegen sein lassen, das dazu dienen sollte, die Verbringung der auf den Geleisen stehengebliebenen Materialien in die Magazine zu erleichtern. Was die Patronen betreffe, so würde er selbst der Artillerie die zu ihrer Fortschaffung erforderlichen Befehle geben.

Hierauf ließ der Marschall in Anwesenheit der Herren Beneyton und Bianson den Unterintendanten Mony rufen und machte ihm Vorwürfe, daß er ihm keine Meldung über das Vorhandensein von Vorräten auf den Geleisen gemacht habe. Als er ihn dann über die tägliche Herstellung der Rationen befragte, antwortete der Unterintendant, daß die Armee bald Mangel an Brot haben werde, da die Backöfen der Stadt und des Weichbildes für die tägliche Versorgung der Armee und der Bevölkerung nicht ausreichten. Der Bürgermeister Bianson konnte diese Erklärung nur bestätigen.

Der Marschall verabschiedete die Herren Mony, Bianson und Beneyton und ließ den Unterintendanten Gaffiot, der seit der Abreise des Intendanten de Préval mit der Leitung des Verwaltungsdienstes der Armee betraut war, hereinkommen.

Er war gekommen, um über die Evakuation eines Teiles der Verwundeten und Kranken zu sprechen, die sich in Metz befanden, „15000 an der Zahl, fast ohne Hilfe, da es an ärztlichem Personal, an Wäsche, Medikamenten und Operationsinstrumenten fehlte."

Am Abend des vorhergegangenen Tages hatte Herr de Préval, als er Metz verließ, dem Marschall Bazaine bereits „große Evakuationen unter internationalen Flaggen über Thionville und Mézières bis zu den befestigten Plätzen im Norden des Militärbezirks Lille" vorgeschlagen. Der Marschall hatte diesem Vorschlag zugestimmt, aber in der Eile seiner Abreise hatte de Préval weder den Unterintendanten Gaffiot noch den Intendanten der Festung Metz, Dennecey de Gevilly, mündlich benachrichtigen können und hatte ihnen daher um 7 Uhr 27 Minuten morgens von Reims aus telegraphiert.

Herr Gaffiot schlug also dem Marschall vor, mit dem gegenwärtig zur Verfügung stehenden Material 1000 Verwundete fortzuschaffen und im Laufe des Tages eine genügende Anzahl von Waggons kommen zu lassen, um weitere 6000 zu transportieren; er schlug vor, eine halbe Kompagnie von dem Train

Digitized by Google

des Hauptquartiers dazu zu verwenden, die Verwundeten aus den Spitälern bis zum Bahnhofe von Devant-les-Ponts zu bringen.

Der Marschall stimmte allen diesen Forderungen zu, ohne irgendeine Bemerkung zu machen, und er wußte doch, daß diese Vorbereitungen unnötig waren, da die Waggons nicht vor dem nächsten Tag eintreffen konnten, das heißt im Augenblick, wo der Feind seine Pläne zur Ausführung gebracht und die Eisenbahnlinie abgeschnitten haben würde.

Es handelte sich hier um eine Frage der Humanität, um die Rettung von Menschenleben und die Herabminderung der Gefahr des Ausbruchs von Epidemien. Marschall Bazaine gab seine Zustimmung zu den Maßregeln, die ihm vorgeschlagen wurden, und ließ damit den Glauben an ihre Ausführbarkeit aufkommen, während er doch wußte, daß seine Entschlüsse sie nutzlos machten.

Nachdem Hauptmann Guioth den Marschall Leboeuf und den General Frossard aufgesucht hatte, berichtete er dem Marschall Bazaine über seine Gespräche mit ihnen. Er hatte den Marschall Leboeuf zu Pferd angetroffen, wie er die Herstellung von Laufgräben überwachte und Befehle erteilte; Leboeuf hatte ihn beauftragt, dem Marschall Bazaine zu sagen, „der Feind fahre fort, sich vor ihm zu entwickeln, indem er sich gegen unsern rechten Flügel hin ausbreite, und er seinerseits lasse sein Armeekorps in Staffeln vorrücken."

Auf der ganzen Frontlinie des II. Korps hatte er wie beim III. Korps an Gräben und Batterien arbeiten sehen. General Frossard hatte ihn auf die Gefahr aufmerksam gemacht, der die Kavallerie in der Vertiefung, in der sie sich befand, ausgesetzt war, hatte die Schwäche des rechten Flügels der Armee kritisiert und die Befürchtung ausgesprochen, daß die Eisenbahnlinie vom Feind abgeschnitten werde. Er hatte wieder auf die Lückenhaftigkeit seiner Kadres hingewiesen und ihre Vervollständigung verlangt, da manche Kompagnien von Korporälen befehligt würden: Truppen ohne Führer könnten, wie er betonte, nicht dieselbe Widerstandskraft entfalten wie Truppenkörper mit vollen Dienstgraden.

Bei dieser letzten Mitteilung unterbrach Marschall Bazaine den Hauptmann Guioth und sagte: „Was soll man mit einem Armeekorps machen, bei dem der Kommandant kein Vertrauen zu seinen Truppen hat, und die Truppen keines zu ihrem Führer?"

Auf die Bemerkungen des Generals Frossard über die von der Armee besetzten Stellungen zurückkommend, erklärte Marschall Bazaine sodann, „daß General Frossard sich nicht über die seinige zu beklagen habe, und er betonte die Stärke des Bergrückens von Rozérieulles."

Als Hauptmann Guioth ihn fragte, ob er eine Bestimmung über den Stellungswechsel der Kavallerie treffe, beauftragte er ihn, sich darüber mit dem General Jarras zu verständigen und nach einem Terrain zu suchen, wo man sie aufstellen könnte.

Das wäre die rechte Gelegenheit gewesen, die Kavallerie zur Deckung der Eisenbahnlinie und des Telegraphen fortzuschicken, aber der Marschall wollte jeden Entschluß aufschieben.

Digitized by Google

Man darf nicht glauben, daß dem Marschall die Vorgänge, die sich auf dem rechten Flügel seiner Armee abspielen sollten, gleichgültig gewesen wären. Er suchte den Glauben zu erwecken, daß er völlig unbesorgt sei, aber es war ihm daran gelegen, von einem besonderen Vertrauensmann außerhalb des Generalstabes, ohne daß jemand etwas davon ahnte, informiert zu werden. Seine Wahl war auf Herrn Arnous-Rivière, den Führer der Franktireurs, gefallen, dem er seine Weisungen ohne Zeugen gab. Um 1 Uhr war Arnous-Rivière in Saint-Privat, und sobald der Rückzug des VI. Korps begonnen hatte, kehrte er so schnell wie möglich nach Plappeville zurück und erstattete vor allem andern dem Marschall Bazaine Bericht.

Von 11 bis 12 Uhr mittags blieb der Marschall wahrscheinlich allein; er benutzte diese Zeit zum Essen. Er war genügsam und seine Mahlzeit dauerte nicht länger als ein paar Minuten. Danach hielt er gerne eine Siesta oder ruhte wenigstens aus und rauchte dabei eine Zigarre, wie er es von Spanien, Oran und Mexiko her in der Gewohnheit hatte.

Er benutzte diesen ruhigen Augenblick, um die Telegramme durchzusehen, die für ihn angekommen waren und auf die er nicht geantwortet hatte.

Wir kennen nicht alle Depeschen, die, seit Marschall Bazaine das Kommando übernommen hatte, an ihn gesandt worden waren. Einige von ihnen, die er gleich nach dem Empfang vernichtet hat, sind in den Archiven oder in den Abfertigungsbureaus nicht wieder gefunden worden. Eine gewisse Anzahl davon ist jedoch noch vorhanden, und bei der Voruntersuchung für den Prozeß des Marschalls Bazaine ist durch eingehende Nachforschungen unter der Leitung des Oberstleutnants Coste vom Geniekorps, der später Platzkommandant von Paris war und gegenwärtig im Departement Gard im Ruhestand lebt, die Zeit ihrer Beförderung und ihrer Zustellung an das Kabinett des Marschalls festgestellt worden.

Alle Telegramme mit der Adresse des Oberbefehlshabers wurden direkt dem Marschall Bazaine übermittelt; eine Erklärung des Oberstleutnants Fay läßt darüber keinen Zweifel aufkommen: „Ich war beauftragt, alle Nachrichten zu sammeln", so hat sich dieser Offizier ausgesprochen. „Am 18. August aber wußten wir nichts: alle Depeschen gingen an den Marschall Bazaine."

Der Telegraphendirektor in Metz, Petitpas de la Vasselais, hat ebenfalls bestätigt, daß diese Depeschen dem Adressaten zugestellt und gegen Empfangsscheine ausgeliefert worden waren. Marschall Bazaine, der bei diesen beiden Erklärungen zugegen war, hat keinerlei Bemerkung dazu gemacht.

Zwischen 11 und 12 Uhr erhielt Marschall Bazaine zwei Telegramme: das eine, das vom Minister war, bestätigte ihm zum zweitenmal die Einschließungsbewegung der Deutschen und ihr Erscheinen an mehreren zwischen Metz und Verdun liegenden Punkten; das zweite, in dessen Besitz er um 11 Uhr war, und das vom Marschall de Mac Mahon herrührte, lautete folgendermaßen: „Morgen Abend werden alle unter meinem Befehl stehenden Truppen reorganisiert sein ... Failly ist in Vitry-le-François; Margueritte mit einer Kavalleriedivision in

Digitized by Google

Sainte-Menehould. Sollte die Armee des Kronprinzen in voller Stärke auf mich zukommen, so würde ich zwischen Epernay und Reims Stellung nehmen, so daß ich mich mit Ihnen vereinigen oder auf Paris marschieren kann, wenn die Umstände mich dazu zwingen."

Das war das zwölfte uns bekannte Telegramm, das Marschall de Mac Mahon an den Marschall Bazaine richtete, um ihm über seine Bewegungen Nachricht zu geben und ihn um Weisungen zu bitten, aber bis dahin war keine Antwort an ihn abgesandt worden.

General de Failly hatte ebenfalls in demselben Sinne am 13., 14. und 15. August telegraphiert, und drittens hatte der Minister um Befehle für den General Douay gebeten, aber sie hatten ebenfalls keine Antwort erhalten.

Um 12 Uhr mittags entschloß sich Marschall Bazaine, nach sechs Tagen des Schweigens an den Marschall de Mac Mahon und an den General de Failly zu telegraphieren. Die beiden letzten Telegramme des Marschalls de Mac Mahon sind aus dem Lager von Châlons datiert. Statt seine Antwort dorthin zu richten, schickte Marschall Bazaine sein Telegramm nach Bar-sur-Aube, wo der Marschall de Mac Mahon vor zweieinhalb Tagen gewesen war. Er wußte aber doch genau, daß Mac Mahon im Lager von Châlons war; hatte er es doch tags zuvor dem General de Rochebouet mitgeteilt.

„Ich erhalte Ihre Depesche erst heute Morgen", so lautete seine Antwort; „ich nehme an, daß der Minister Ihnen Befehle erteilt haben wird, da Ihre Operationen vollständig außerhalb meines Aktionsgebiets liegen. Im Augenblick würde ich fürchten, Ihnen eine falsche Weisung zu geben."

Um es zu vermeiden, dem Marschall Mac Mahon Instruktionen zu senden, nahm er an, daß der Minister es schon getan habe.

Mit dem General de Failly verfuhr Marschall Bazaine in noch sonderbarerer Weise. Sein letztes Telegramm war aus Neuilly-l'Evêque vom 15. August, 1 Uhr nachmittags, datiert. General de Failly wollte am folgenden Tage in Chaumont sein und bat, sein Armeekorps dort rasten zu lassen. Der Marschall antwortete ihm:

Metz, den 18. August, 12 Uhr mittags.

An den General de Failly, Neuilly-l'Evêque.

„Ich erhalte heute Ihre Depesche vom 15. und ich kann Ihre Bitte um einen Rasttag nicht beantworten. Es ist Ihre Sache, Ihren Marsch nach den Ereignissen einzurichten."

Dieses Telegramm war nach Neuilly-l'Evêque gerichtet, das der Adressat vor drei Tagen verlassen hatte. Marschall Bazaine mußte das wissen. Marschall de Mac Mahon hatte ihm mitgeteilt, daß General de Failly in Vitry war, und selbst angenommen, daß er es vergessen hatte, ersah er aus dem Telegramm, das er beantwortete, daß General de Failly am 16. in Chaumont sein würde. Nach diesem Ort hätte er zum mindesten mit ihm in Verbindung treten müssen.

Aus diesem Verfahren ist zu schließen, daß er unter dem Anschein, als ob

Digitized by Google

er seinen Unterführern Antwort zukommen ließe, wünschte, daß seine Antworten nicht in ihre Hände kämen oder ihnen möglichst spät übergeben würden.

Ihrem eigentlichen Sinne nach lassen sich die beiden Antworten in die Worte zusammenfassen: „Machen Sie, was Sie wollen."

Er wollte keine Befehle erteilen und erklärte dies schließlich auch dem Minister.

„Alle Tage," schrieb er ihm, „ist mir eine ziemlich große Anzahl von dienstlichen Schreiben, Befehlen und anderen Dokumenten, das I., das V. und das VII. Korps betreffend, zugegangen und geht mir noch immer zu.

Ich habe die Ehre, Euer Exzellenz zu bemerken, daß ich keine Verbindungen mit diesen Korps habe. Ich habe keinerlei Mittel, diese Befehle zur Ausführung bringen zu lassen noch diese Dokumente zu übermitteln.

Euer Exzellenz werden es zweifellos unter diesen Umständen für opportun erachten, diese Korrespondenz nicht mehr an mich zu richten und sie direkt an die Beteiligten richten zu lassen."

Als gegen $12^1/_4$ Uhr mittags das Geschützfeuer stärker zu werden begann, meldete sich Hauptmann Deloye, der mit einer Mitteilung an den Marschall Bazaine beauftragt war, bei diesem.

„Der Marschall Canrobert," sagte Hauptmann Deloye, „hat weder Lebensmittel noch Munition erhalten, trotz seines Briefes von gestern Abend, auf den Sie im Laufe des Abends geantwortet haben, daß Sie ihm welche schicken lassen würden.

Weiter hat er mich beauftragt, Ihnen zu sagen, daß wegen des Wassermangels in St. Privat Menschen und Tiere fünf Kilometer weit an die Orne gehen müssen, um Wasser zu holen; er hat vor diesen Fluß eine Abteilung Artillerie aufgestellt und teilt Ihnen mit, daß, wenn Kanonenfeuer zu hören sei, daraus nicht auf ein allgemeines Gefecht geschlossen werden müsse, sondern vielleicht auf eine Demonstration gegen allzu lästige deutsche Plänkler."

Der Marschall hörte zu, ohne eine Bemerkung zu machen, dankte dem Hauptmann Deloye, entließ ihn und diktierte hierauf folgende Note an den General Jarras:

Plappeville, den 18. August.

Der Marschall und Oberkommandierende an den Generalstabschef.

„Schreiben Sie unverzüglich an die Herren Armeekorpskommandanten, sie möchten den Kommandanten ihrer Artillerie den Befehl erteilen, auf dem Plateau von Plappeville die Vorräte an Artillerie- und Infanteriemunition holen zu lassen, die für sie bestimmt sind, und zugleich ihre Verbrauchsliste abzuliefern. Ich bin erstaunt, daß man in dieser Hinsicht bei der Ausführung meiner Befehle nicht mehr Eifer zeigt.

Die Herren Armeekorpskommandanten sollen den Eifer aller anfeuern und darauf bedacht sein, einen erteilten Befehl in allerkürzester Zeit und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auszuführen."

Digitized by Google

Das nach den Weisungen dieser Note abgefaßte Schreiben kam erst an, als die Schlacht bereits in vollem Gange war, und es war ebenso, als ob es überhaupt nicht angekommen wäre.

Nur Marschall Leboeuf und General Bourbaki antworteten darauf: „Die übersandten Befehle sind ohne Verzug ausgeführt worden," sagte Marschall Leboeuf, „die Wagen sind seit heute Morgen unterwegs." „Alle Wagen," erklärte General Bourbaki, „werden zum Transport von Munition verwendet, diese Anordnung wird also mit aller nur möglichen Schnelligkeit ausgeführt."

Um 4 Uhr meldete der Führer des Artillerieparks der Garde, daß der an seinem Bestimmungsort um 11 Uhr eingetroffene Zug, um $3^1/_2$ Uhr noch nichts bekommen habe. Nicht an die Kommandanten der Armeekorps hätte der Marschall seine Vorwürfe richten sollen, sondern an den General Soleille, der Befehl gegeben hatte, daß die Munitionsvorräte des mobilen Artillerieparks von Plappeville nicht verteilt werden sollten.

Obwohl das Geschützfeuer gegen Montigny-la-Grange zu schon heftig war, so war es doch unten in Plappeville noch nicht zu hören. Der Hauptmann Campionnet, der vom Plateau kam, war wahrscheinlich der Erste, der dem Marschall Bazaine vom Beginne des Kampfes Meldung machte. Er fand ihn im großen Salon der Villa Bouteillier, wo er, eine Zigarre rauchend, in einem Lehnstuhl neben einem großen Tisch saß. Der Hauptmann trug die Fahne von einem der Bataillone des 16. pommerschen Infanterieregiments in der Hand, die am vorvorigen Tage unter den Toten gefunden worden war.

Hauptmann Campionnet berichtete dem Marschall Bazaine, daß in dem Augenblick, wo er den Marschall Canrobert verlassen, die Erkundungen der Kavallerie und die zum Auskundschaften ausgesandten Bauern noch nicht das Vorhandensein feindlicher Kolonnen vor seiner Front festgestellt hätten, daß aber deutsche Reiter in den Wäldern der Umgebung gewesen seien.

„Der Marschall Canrobert hat mir zwar aufgetragen, es Ihnen nicht mitzuteilen," fuhr er fort, „er hat aber gesagt, daß er in St. Privat in der Luft hänge und dort leicht umgangen werden könne."

„Er hat eine gute Stellung, er braucht sich nur darin zu halten," antwortete Marschall Bazaine; und als ob ihn diese Mitteilung wenig interessierte, fuhr er fort: „Lassen Sie mal diese Fahne sehen." Er ergriff sie, breitete sie auf dem Tisch über den ausgelegten Karten aus, betrachtete sie genau, befühlte die Seide, die Fransen, wog diese in der Hand und las die Ziffern und Aufschriften.

Hauptmann Campionnet stand sprachlos da: das Geschützfeuer dröhnte, der Marschall, der den rechten Flügel befehligte, hing „in der Luft", von der Gefahr bedroht, umgangen zu werden, und der Oberbefehlshaber beschäftigte sich einzig und allein damit, eine Fahne zu betrachten!

General Jarras war eben hereingekommen und lenkte, als Hauptmann Campionnet abgetreten war, die Aufmerksamkeit des Marschalls Bazaine auf einen Brief des Generals Coffinières, in dem der Gouverneur von Metz sich

Digitized by Google

beklagte, daß „die Armee auf Kosten der Festung lebe, deren Magazine weit davon entfernt seien, ihre vollen Vorräte an Lebensmitteln und Munition zu enthalten."

„Es geht doch nicht," schloß General Coffinières, „daß die Festung genötigt wird, sich ihrer Vorräte zugunsten der Armee zu entäußern."

General Jarras bestätigte die Behauptungen des Gouverneurs von Metz: die Beamten der Intendantur hatten noch heute morgen dem Obersten H. Ducrot erklärt, daß man binnen kurzem die Armee aus den Magazinen der Festung verpflegen lassen müsse, wenn nicht Züge mit verschiedenen Lebensmitteln auf der Ardennenbahn einträfen.

Der Marschall gab sich den Anschein, als ob er diese Mitteilungen in Zweifel zöge, und ließ den Unterintendanten Mony rufen, um ihn in Gegenwart des Generals Jarras auszufragen. „Ich legte Wert darauf," hat Mony erklärt, „keinerlei Zweifel bei dem Marschall Bazaine zurückzulassen. Er sollte genau wissen, daß, wenn die letzte Eisenbahnverbindung mit Frankreich — die Bahn durch die Ardennen — gesperrt werden sollte, wir uns in einer Lage befinden würden, die uns nötigte, die Tage zu zählen."

„Herr Intendant," antwortete der Marschall, „die Verantwortlichkeit der Verwaltung wäre sehr stark belastet, wenn die Lage so schlimm wäre."

„Es ist nicht die Schuld der Verwaltung, wenn der Krieg ohne genügende Vorbereitung begonnen worden ist," erwiderte der Unterintendant, „es ist auch nicht ihre Schuld, wenn in weniger als 14 Tagen zwei unserer Verkehrslinien abgeschnitten worden sind und wenn die dritte, die durch die Ardennen, nahe daran ist, es zu werden."

Daraufhin fand der Marschall, daß er dem General Jarras und dem Unterintendanten Mony nichts mehr zu sagen hatte, und entließ sie in dem Augenblick, wo ein Telegramm gebracht wurde:

„Herr Franceschini Pietri an den Marschall Bazaine:

Lager von Châlons, den 15., 12 Uhr mittags.

Major Magnan reist nach Reims und Thionville ab, wird heute abend ankommen."

Wieder die Ardennenbahn — nichts als die Ardennenbahn! Von der Ardennenbahn, ihrer Verwendung und ihrer Erhaltung um jeden Preis sprach dem Marschall Bazaine jedes Telegramm, jede Unterredung.

Jeden Augenblick hörte er dieselbe Glocke läuten, und jedesmal tönte sie gellender.

Hatte Marschall Bazaine nicht die sofortige Absendung von Munitionszügen verlangen lassen? Hatte er nicht „große Evakuationen von Verwundeten" angeordnet? Hatte er nicht die Rückkehr aller gegenwärtig auf den Bahnlinien befindlichen Proviantzüge nach Metz befohlen? Hatte er nicht 180 000 Tagesrationen mit äußerster Dringlichkeit verlangt? Hatten ihn nicht wiederholte Telegramme benachrichtigt, daß Millionen von Patronen, Hunderttausende von

Digitized by Google

Artilleriegeschossen, von Zwieback- und Brotrationen sowie Kisten mit Verbandzeug für die Verwundeten mit Eilzügen abgesandt worden seien?

Und diese seine Befehle wurden erteilt und diese Anordnungen getroffen, damit am Abend oder spätestens am anderen Morgen die Bahnlinie in den Händen des Feindes sei!

Er hatte nicht an die Folgen eines solchen Entschlusses gedacht. Er glaubte, daß die Telegramme und die Berichte übertrieben seien. Nein, er wußte, daß die Linie bedroht war; er wußte, daß sie in die Hand des Feindes fallen würde, und er selbst sollte zwei Stunden später ihre Zerstörung als eine bevorstehende Tatsache melden.

Für den Augenblick schien er sich nicht für die Rückkehr seines Adjutanten, des Majors Magnan, zu interessieren.

Obwohl die Schlacht im Gange war, hörte man in Plappeville unten, besonders im Innern der Häuser nichts. Zwei Offiziere, die vom Schlachtfelde kamen, setzten den Marschall Bazaine zu allererst in Kenntnis von der Bedeutung des Kampfes, der sich entsponnen hatte.

Zuerst kam der Hauptmann Lemoyne.

Oberst Lewal hatte, wie ihm Marschall Bazaine am Abend vorher befohlen hatte, die Untergeneralstabschefs um 10 Uhr vor der Kirche von Chatel St. Germain zusammenberufen.

Als der Major Chennevière (für die Garde), der Major de Creny (II. Korps), der Oberst Grangez du Rouet (III. Korps), der Oberstleutnant Saget (IV. Korps, und der Oberst Borson (VI. Korps) sich versammelt hatten, legte ihnen Oberst Lewal die Absichten des Marschalls Bazaine dar: er wünschte die Armee unter die Wälle der Forts zurückzuziehen, und er selbst (Oberst Lewal) habe die Herren auf Befehl des Marschalls zusammenberufen, damit sie die Stellungen im Innern des verschanzten Lagers untersuchten. Er zeigte ihnen eine Karte, auf der die bereits für jedes Armeekorps gewählten verschanzten Stellungen bezeichnet waren. Wenn sie mit der Erkundung dieser verschiedenen Punkte fertig seien, würden schriftliche Befehle den Truppen die Weisungen geben, die sie nötig hätten, um diese neuen Stellungen einzunehmen. Zum Schluß wiederholte Oberst Lewal die Worte, die der Marschall zu ihm am Tage vorher gesagt hatte, um ihm seinen Gedanken klarzumachen: „Die Armeen sind nicht dazu da, die festen Plätze zu decken; die festen Plätze sind vielmehr dazu da, die Armeen zu decken."

Die Gruppe der Untergeneralstabschefs, die sich sofort in raschen Trab gesetzt hatte, wurde vom General Frossard angehalten, der dem Obersten Lewal in barschem Tone Vorwürfe machte, daß er mit einer geschlossenen Gruppe so mitten in seine Lagerplätze hineinreite, ohne ihm vorher Meldung davon gemacht zu haben.

Gegen 11¾ Uhr befanden sich die erkundenden Offiziere hinter Amanvillers, als Kanonendonner ertönte.

Als die Untergeneralstabschefs die Bedeutung des Kampfes erkannt hatten, baten sie alle zu ihren Korps zurückkehren zu dürfen. Oberst Lewal hatte

Digitized by Google

nichts dagegen einzuwenden und sandte den Hauptmann Lemoyne ab, um dem Marschall Bazaine den Stand der Dinge zu melden. Er selbst setzte mit dem Major Tiersonnier und den Hauptleuten Gavard und de la Ferté die Besichtigung der Stellungen fort.

Kurz nach dem Eintreffen des Hauptmanns Lemoyne brachte Leutnant de Bellegarde vom 6. Jägerregiment zu Pferd ein Billett von Marschall Canrobert, in dem er meldete, daß St. Privat von den Deutschen angegriffen werde.

Dies muß um 1 Uhr gewesen sein.

General Jarras, der von dem Hauptmann Lemoyne benachrichtigt worden war, kehrte in die Villa Bouteillier zurück: „Ich war überzeugt," sagte er, „daß ich den Marschall zum Fortreiten bereit finden würde. Er schickte mich wieder fort, indem er mich ersuchte, Geduld zu haben, und mir auftrug, mit dem größten Eifer an einem Beförderungsvorschlag zu arbeiten, der ungeduldig erwartet werde." Diese letzten Worte waren eine Anspielung auf die wiederholten Bemerkungen des Generals Frossard über die Unzulänglichkeit seiner Kaders.

Marschall Bazaine erkannte nicht, daß die Einschließung, zu der er seine Armee verurteilte, der schlimmsten der Niederlagen auf dem Schlachtfeld gleichkam.

Er begriff nicht, daß dies die unabwendbare Kapitulation herbeiführen und Frankreich aller seiner Verteidigungsmittel berauben hieß.

Er machte sich nicht klar, daß er, indem er sich weigerte, seine Pläne mitzuteilen, und auf die Bitten seiner Unterführer um Weisungen nicht antwortete, sie und mit ihnen die Regierung zu Fehlern veranlaßte und die Ursache ihres Unglücks werden mußte.

Er selbst wollte unbesiegt bleiben. Seine Armee sollte nicht in offener Feldschlacht geschlagen werden. Das war sein einziger Gedanke.

In seiner Voreingenommenheit begriff er nicht, daß wenig darauf ankam, ob durch den Verlust einer Schlacht oder durch Ungeschicklichkeiten Katastrophen herbeigeführt werden: das Ergebnis mußte immer, was auch die Ursache davon sein mochte, der Untergang Frankreichs sein.

Wenn man lange und reiflich die Tatsachen untersucht und sie von oben überblickt hat, wenn man ihren Folgen nachgegangen ist und die Beweggründe für die Handlungen des Marschalls Bazaine erforscht hat, so wird man in manchen Augenblicken von Ekel oder Entrüstung erfaßt und kann sich nicht enthalten, angesichts solcher Schlaffheit, Erbärmlichkeit und Zweideutigkeit sich in Ausbrüchen der Wut und Empörung zu ergehen.

Ueberlegt man dann genau, so wird man ruhiger, und wenn man den Marschall Bazaine so mit nahezu leerem Hirn, einem Herzen ohne Hochsinn vor sich sieht und beobachtet, wie es ihm in dem Maße an Charakter und moralischem Gefühl fehlt, daß er das Abscheuliche und Nutzlose seiner Handlungsweise nicht erkennt, so legt sich der Grimm, und man fühlt sich von tiefem Mitleid ergriffen.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Die Schmucksteine im Altertum

Von

Professor Karl B. Hofmann (Graz)

Mit Vorbedacht ist in der Ueberschrift die Bezeichnung „Schmuckstein“ statt Edelstein gewählt. Bei den antiken Völkern bildete sich nämlich der letztere uns geläufige Begriff erst spät. So hatte der Grieche nicht einmal ein besonderes Wort dafür; erst im Lateinischen begegnen wir der Bezeichnung „gemma“, worin aber auch unsre Halbedelsteine mitbegriffen sind.

Wie die Blume durch ihre Form und die Schönheit ihrer Farben sich in frühester Zeit dem Menschen als Schmuck darbot, so zogen ihn auch an den Steinen die Farbe, außerdem die Durchsichtigkeit und Lichtbrechung, die auffallenden Kristallformen, bei vielen derselben auch die merkwürdigen Zeichnungen an. Dazu kam sehr früh die künstlerische Bearbeitung, die den Wert des Steines erhöhte, ja nicht selten allein ausmachte. Der doppelte Umstand: das seltene Vorkommen und die Härte, durch welche die Edelsteine vor allzu leichter Verletzung geschützt sind, kam noch später hinzu, sie geschätzter zu machen. Im kaiserlichen Rom endlich erhielt ein Schmuck erst dann den höchsten Wert, wenn man meinte, ein unzweifelhaftes Zeugnis zu besitzen, daß er vorher einer berühmten Persönlichkeit angehört habe.

Unsre Kenntnis von den Schmucksteinen der Alten schöpfen wir vornehmlich aus dem umfassenden Werke „Historia naturalis“ Plinius' des Aelteren, der, als Admiral der römischen Kriegsflotte in Misenum stationiert, sein Leben bei jenem Ausbruche des Vesuvs verlor, der die kampanischen Städte Pompeji und Herculanum vernichtete. Außer jenem Werke sind die uns noch erhaltenen „Gemmen“ selbst die sicherste Quelle unsers Wissens.

Zu den ältesten Schmucksteinen gehört wohl der Bernstein. In prähistorischen Gräbern Europas, besonders der Mittelmeerländer, finden sich sehr häufig durchbohrte malagabraune Bernsteinkugeln, die, aufgefädelt, offenbar als Halsschmuck dienten. Da viele derselben nach des Verfassers Untersuchungen aus baltischem Bernstein bestehen, so wird dieser auf Karawanenwegen durch das unwirtliche Germanien, und in noch früherer Zeit durch phönizische Kaufleute nach jenen südlicheren Ländern gelangt sein. Auch die mykenische Kulturwelt liebte diesen Schmuckstein, wie denn Schliemann solche Perlen bei seinen Ausgrabungen in großer Zahl vorfand. — Die Griechen auf der Höhe ihrer Kultur scheinen ihn wenig geachtet zu haben; dagegen war er in der römischen Kaiserzeit sehr beliebt, besonders der dunkelweingelbe, demnächst der braunrote. Wie noch heute die römischen Bauersfrauen Halsketten von Bernsteinkugeln lieben, so trugen die römischen Damen dergleichen vielleicht auch schon mit dem Nebenzweck: als Schutz gegen Kropf und Angina zu dienen. Man faßte den Bernstein auch in Ringe und Armbänder.

Digitized by Google

Von unsern eigentlichen Edelsteinen waren fast alle den alten Völkern bekannt, deren meiste ja noch heute die alten griechischen Namen führen.

Obenan stand, wie bei uns, der Diamant. „Nicht bloß unter den Edelsteinen, sondern unter allen menschlichen Dingen hat der Diamant den höchsten Wert," sagt Plinius. Seiner Härte wegen, von der man gar merkwürdige Dinge fabelte, hieß er „adámas", der „Unbezwingliche", woraus durch Entstellung das Wort Diamant entstanden ist. Er kam aus Indien und wurde, wie es scheint, nicht selten mit dem klaren indischen Bergkristall verwechselt. Bei den Griechen und Römern muß er ungemein selten gewesen sein, sonst wäre der Diamantring der Berenike, der Tochter des jüdischen Königs Herodes und Geliebten des Kaisers Titus, kaum so berühmt gewesen. Der Diamant scheint nur als Ringstein Verwendung gehabt zu haben und wurde nie graviert.

Am Smaragd, der schon zu Platons Zeit bekannt war, schätzte man seine grüne Farbe, die man nicht satt werde anzusehen; „nichts gibt es, was schöner grün wäre als er", außerdem auch „das Feuer, das von seiner Oberfläche strahlt". Als schönster galt der skythische (wohl vom Ural und Altai) und der indische; er war als Damenschmuck sehr beliebt, aber auch als Ringstein. Polykrates' berühmter Ring soll nach Herodots Erzählung ein Smaragd gewesen sein. — Der Tempelschatz der Isis zu Acci (bei Cadix) besaß zahlreiche Smaragde.

Nach diesem Edelsteine räumte die Mode zu Plinius' Zeit den nächsten Rang dem Edelopal und dem Beryll in seinen verschiedenen farbigen Varietäten (besonders Aquamarin) ein. Der Edelopal, der nie die Größe einer Haselnuß übertraf, erregte durch sein anmutiges Farbenspiel die Bewunderung der Alten und wurde viel gefälscht. — In Indien, woher man den Beryll bezog, trug man diesen auf Fäden gereiht; bei den Römern faßte man die schönsten Exemplare an den beiden Enden der sechsseitig geschliffenen Prismen in Goldkloben, nicht (wie oft den Smaragd) in rings umgreifender Fassung. In der Kaiserzeit verwendete man ihn tiefgeschnitten als Ringstein und zur Ausschmückung von Prunkgefäßen. Saphir und Rubin (Anthrax, d. h. „glühende Kohle") finden sich im Lyoner Frauenschmuck und auch als Ringsteine. Dazu wurde der Rubin schon in der Zeit Alexanders des Großen verwendet. Er gelangte mit dem Diamant von den Märkten des westlichen Dekan zu den Griechen.

Von den übrigen noch heut beliebten Edelsteinen war nicht selten im Frauenschmuck der Topas verwendet, sehr häufig der Hyazinth, der tiefviolette indische Amethyst (besonders zu Intaglien), seltener der indische, oft mit dem Rubin verwechselte Granat, der in Birnform oder à cabochon, nicht selten auch hohl geschliffen wurde. Die Aegypter bezogen schon in der frühesten Zeit von der Sinaihalbinsel, wo sie Kupfergruben hatten, den Türkis. Das älteste erhaltene Stück ist wohl der Türkis, mit welchem das Armband der Gemahlin des ägyptischen Königs Chent geschmückt ist, die im vierten Jahrtausend v. Chr. lebte.

Von den Halbedelsteinen — die vor allem zu Kameen verarbeitet wurden —

Digitized by Google

war bei den Griechen, weniger bei den Römern, der ganz durchsichtige, tiefrote Karneol aus Indien besonders beliebt. Er diente mehr zu Intaglien, wie denn unsre Museen wahre Meisterwerke dieser Art besitzen. Außerdem waren der purpurrote, rosenfarbige, der smaragdgrüne und der schwarze Jaspis sehr geschätzt (die Berliner Sammlung allein besitzt weit über dreihundert Jaspisgemmen), ferner als Ringstein der lauch- bis grasgrüne Prasius (Plasma), dann der Sardonyx und die verschiedenen Onyxarten mit den vielfarbigen wechselnden Schichten, die der Künstler zur Herstellung der Karmeen so geschickt zu behandeln verstand, daß die herausgearbeiteten Figuren in verschiedener Farbe sich vom Grunde abhoben. Als Beispiele solcher Prachtkameen mögen dienen: der Cameo (Herrscherpaar) der Petersburger Sammlung, der dreifarbige Sardonyx von Paris, vor allem aber der wundervolle Onyx im Wiener Kulturhistorischen Museum (Gemma Augustea, die Familie des Augustus darstellend). Nebenbei sei erwähnt, daß ein Onyx von dieser Größe heute nicht leicht mehr in den Handel kommt. Bei den Römern kam dieser Stein in Ansehen, weil Scipio Africanus sich zuerst seiner (als Siegelring) bediente.

Zum Schlusse soll noch der indische Bergkristall erwähnt sein, der nur selten zu Gemmen verarbeitet wurde. Um so höher geschätzt waren die aus ihm gefertigten Gefäße. Zu Plinius' Zeit kaufte eine römische Dame ein Kristallbecken für 26000 Mark. Diese Liebhaberei herrschte noch im achtzehnten Jahrhundert. Das Kunsthistorische Museum in Wien, das Grüne Gewölbe in Dresden, die Schatzkammer in München, die Kunstkammer in Berlin u. a. sind reich an solchen Kristallgefäßen.

Die Kunst, durch Anbringung zahlreicher, mannigfacher Facetten den Glanz, das Feuer der Edelsteine zu erhöhen, war dem Altertum unbekannt. Der Rautenschliff entwickelte sich in Europa erst im fünfzehnten, der eigentliche Brillantschliff gar erst im siebzehnten Jahrhundert, wie man annimmt, unter dem Einflusse des Kardinals Mazarin. Selbst die Indier, das Volk, das in Edelsteinen den größten Luxus trieb, kannten in alter Zeit nur das Glattpolieren der natürlichen Kristallflächen und die Herstellung von Tafelsteinen (pierre faible). Auch die Griechen und Römer beließen dem Smaragd und Beryll seine sechskantige Prismengestalt und beschränkten sich darauf, die kleinen Kombinationsflächen an den beiden Enden des Kristalls durch einen Querschliff zu entfernen. Außerdem pflegte man den Steinen eine ovale Gestalt zu geben, ihre Oberfläche gewöhnlich schildförmig, mogelig (en cabochon) oder flachkonkav zu schleifen. Andre schliff man kugelig (baccae), beeren-, tropfen- oder zylinderförmig. Die Zylinder, sowie die Perlen und Beeren waren durchbohrt und wurden, auf Schnüre oder Goldfäden aufgereiht, z. B. als Collier getragen. Aehnlich trug man in Aegypten und wohin im Orient ägyptische Waren drangen, aufgereihte, in Gestalt von Skarabäen geschnittene Gemmen. Auch die sehr alten, bikonvex geschliffenen und gravierten der mykenischen Kunstperiode angehörigen „Inselsteine" wurden auf Schnüren getragen.

Die Fassung der Steine war gewöhnlich sehr einfach, fast roh. An den

Digitized by Google

goldnen oder silbernen Siegelringen war der Stein gewöhnlich im Kasten (chaton) eingesetzt — die sog. Schleuderfassung (Sphendone) — oder à jour gefaßt; die Grappen ahmen bisweilen die Form von Maiglöckchen nach. — Um eine gefällige Gliederung der Halsketten zu erzielen, ließ man die Steine mit Perlen abwechseln oder brachte zwischen je zwei Steinen goldene Ringelchen, Plättchen oder ähnliche Gebilde an. Die durch ihre Schönheit berühmte Hetäre Laïs (die ältere) besaß einen Halsschmuck, in welchem die Steine zu ihrem Namen angereiht waren.

Gewissen Steinen, z. B. minder schönen Rubinen, legte man goldene oder silberne Folien unter, um dadurch ihre Wirkung zu erhöhen.

Von noch größerer Bedeutung als die geschliffenen waren bei den Griechen und den späteren Römern die geschnittenen Steine. Die glyptische Kunst, die wohl von Babylon nach Kleinasien verpflanzt, von da in Griechenland Eingang fand, erlebte ihre höchste Blüte zur Zeit Alexanders des Großen. Der Grieche schätzte an den geschnittenen Steinen mehr das Kunstwerk als den Wert des Steins; jenes veredelte ihn erst recht. — In welcher Menge diese Gemmen einst vorhanden sein mußten, können wir daraus schließen, daß noch heute jede Antikensammlung einen meist ansehnlichen Schatz dieser kleinen Kunstwerke besitzt. — Für den Tiefschnitt (intaglio) bevorzugte man die durchsichtigen Steine, voran den Karneol mit seinen gelben und braunen Varietäten (Sarder); für die erhaben geschnittenen (Kameen) dagegen, wie schon erwähnt, die undurchsichtigen und durchscheinenden Halbedelsteine Jaspis, Achat, vor allem Onyx und Sardonyx.

Plinius berichtet, man habe die Edelsteine (in unserm Sinne genommen), einschließlich den indischen Bergkristall, für gewöhnlich nicht geschnitten, weil man auf die Mannigfaltigkeit und Schönheit ihrer Farben und die Zierde, die sie an sich boten, so viel Wert legte, daß man es für unrecht hielt, sie durch die Gravierung zu „verletzen“. In der Tat findet man nur sehr selten geschnittene Rubine und Smaragde. Doch mag wohl die Schonung dieser Steine auch darin ihren Grund gehabt haben, daß sie wegen ihrer großen Härte der Bearbeitung allzu große Hindernisse entgegenstellten.

Durch die Erfindung der verschiedenen Schlifformen, zum Teil auch durch die geschmackvolle Fassung, hat die neuere Zeit einen unzweifelhaften Fortschritt auf dem Kulturgebiete des Schmuckes gemacht. Dagegen dürfen wir uns nicht verhehlen, welch großer Rückschritt im Vergleich zur Antike, ja selbst zur Renaissancezeit sich darin verrät, daß die geschnittenen Steine fast ganz von den geschliffenen verdrängt sind. Es ist ein bedenkliches Zeichen vom Verfall des Kunstgeschmacks. Eine auf der Rückseite des Briefkuverts aufgeklebte „Wohltätigkeitsmarke“ ist ein schlechter Ersatz für einen schönen Gemmenabdruck.

Die Intaglien (anáglypha) dienten vor allem für Siegelringe; die Kameen (éktypa) zu Schmuckringen, als Verzierungen von Armbändern, Gürteln, Spangen usw. Sie bildeten ursprünglich einen Schmuck der Frauen; bei den Römern wurden sie erst spät auch von Männern in Agraffen getragen.

Digitized by Google

Der früheste Schmuck, zu welchem Steine verwendet wurden, dürften wohl Halsketten gewesen sein. Unsre Kenntnisse der antiken Schmuckgegenstände beschränken sich leider vor allem auf die römische Kaiserzeit. Die Halsketten der Römerinnen waren manchmal so lang, daß sie über den Busen herabhingen, da ihre Gestalt und Anordnung die Vermutung ausschließt, daß sie mehrmals um den Hals geschlungen wurden. In einem römischen Sarkophage fand man eine Halskette, von der zu beiden Seiten je ein Goldkettchen mit Chrysolithen und Hyazinthen als Schmuck über die beiden Brüste herabhing.

Im Jahre 1841 wurde zu Lyon in der Höhlung einer antiken Mauer neben mehr als 2000 Silbermünzen ein ganzer Hort von Juwelen gefunden, die einer römischen Dame aus der Zeit des Commodus oder Septimius Severus angehörten. — Ueber die fünf Halsbänder, die einst den Stolz der vornehmen Römerin bildeten, Einzelheiten zu erfahren, möchte Leserinnen dieses Aufsatzes vielleicht nicht unwillkommen sein. Das eine dieser Colliers besteht aus fünf Smaragden, die in viereckige Goldleistchen à jour gefaßt sind; zu beiden Seiten des mittleren Steins ist je eine erbsengroße, ähnlich gefaßte Perle von unregelmäßiger Gestalt eingeschaltet. Die einzelnen Stücke sind durch Goldbleche verbunden, von deren unterem Rande Kettchen mit sechsseitigen Smaragdprismen herabhängen. An beiden Enden der Kette befinden sich Oesen, durch die ein Faden gezogen ward, so daß sie eigentlich nicht um den Hals herumging — sie ist nur $^1/_4$ Meter lang —, sondern den oberen Teil des Busens bedeckte. — Eine andre Kette wird von elf ovalen Kästen gebildet, in denen à cabochon geschliffene Granaten sitzen; von jedem einzelnen Kästchen hängt ein birnförmig gestalteter Granat herab. — Ein andres Collier zeigt zehn oval geschliffene, à jour gefaßte Amethyste, ein viertes, besonders grazil gearbeitetes, zählt vierzehn erbsengroße, in Gestalt ovaler Bohnen bearbeitete Saphire, die durch zierliche, herzförmige Goldplättchen zusammengehalten werden. Endlich wäre noch eine zweireihige Doppelkette zu erwähnen, die aus 44 Zentimeter langen Goldzylinderchen und Korallen zusammengefügt ist, die, mit ebenso vielen zentimeterlangen Prismen von Malachit abwechselnd, durch Goldschlingen verbunden sind. Da diese Kette weit über einen Meter lang ist, so muß sie tief über die Brust sich gelegt haben. Man sieht, die reiche Römerin hatte Abwechslung in ihren Edelsteinen.

Zu einigen dieser Hals- und Busenketten passen sehr fein gearbeitete Ohrgehänge. Die zu der Smaragdkette gehörigen haben die Gestalt einer kleinen Wage. An den Enden eines zarten Goldbalkens hängt wie eine Wagschale je ein sechsseitiger Smaragd von der Länge eines Zentimeters an einem Kettchen, in dessen Mitte ein muglig geschliffener Rubin sitzt. In der Mitte des Balkens ist oben ein dritter in Goldfassung gehaltener Smaragd festgelötet, der ein Häkchen zum Einhängen ins Ohr trägt. In demselben Schatze wurde noch ein andres, ähnliches, mit Smaragden geschmücktes Paar gefunden. — In Pompeji wurde eine Anzahl mit Steinen geschmückter Ohrgehänge ausgegraben, z. B. mit hangenden Granaten; aus einem römischen Funde besitzt man solche mit je einem Granaten und Saphir.

Digitized by Google

Die Steine fanden noch anderweitige Verwendung: aus einem Grabe in Ithaka stammt ein wundervoll gearbeiteter Gürtel, dessen geschmackvolle Schließe einen eingesetzten Hyazinth zeigt. — Die Lyoner Brasseletts sind ohne Edelsteine, dagegen kennt man römische, die mit wertvollen Kameen besetzt sind. Ferner hat man edelsteingeschmückte Diademe, Haar- und Sicherheitsnadeln (fibulae). Die Griechinnen — und zu Plinius' Zeiten nahmen auch die Römerinnen diese Mode an — trugen mit Edelsteinen und Perlen versehene Ringe um die Fußknöchel (Perisphyria).

In größter Zahl sind aus dem Altertum Fingerringe auf uns gekommen. — Nicht immer war der Ring ein Gegenstand des Schmuckes, wie die eisernen Ringe der Lakedämonier und Römer beweisen. Ursprünglich hatte er symbolische Bedeutung wie noch bei uns der Ehering. Der Ring, den die römische Braut erhielt, war aus Eisen und ohne Schmuckstein. Der Sage nach sollte Prometheus zur Erinnerung an seine Strafe ein Stückchen jenes Felsens, an den er gefesselt war, in einen eisernen Ring gefaßt tragen. — Außerdem diente der Ring praktischen Zwecken. Die Hausfrauen besaßen einen Siegelring; vieles, was heut versperrt wird, versiegelten sie, nicht zum Schutz, sondern als Plombe zur Sicherheit, daß sich ein Sklave oder eine Sklavin an den verwahrten Sachen nicht vergriffen habe. — Der Ringabdruck auf einer Urkunde entsprach unsrer Unterschrift; er diente auch als Erkennungszeichen und vertrat unsre Empfehlungskarte. Die Siegelringe stammten aus Babylonien, wo sie zuerst neben Siegelzylindern in Gebrauch waren.

Noch in der homerischen Zeit scheint man den Ring nicht als Schmuck getragen zu haben, wenigstens werden unter dem Frauenschmucke, den Hephaistos anfertigt, keine Ringe erwähnt. Später wurde dies anders. Wie hoch die Griechen den Wert eines Edelsteins schätzten, beweist die Sage, daß Polykrates, um das Schicksal zu versöhnen, als wertvollsten Besitz seinen Ring ins Meer senkte. Plinius erwähnt als Beispiele besonderer Eitelkeit einige Musikvirtuosen, die mit Edelsteinen prahlten, welche sie um horrende Summen erstanden hatten. Ebenso bei den späteren Römern. Vom Senator Struma Nonius wird berichtet, er habe einen Ring mit einem schönen Opal besessen. Um diesen an sich zu bringen, proskribierte Antonius dessen Besitzer, der sich mit Hinterlassung seiner übrigen Habe durch Flucht rettete und nur den Ring mitnahm.

Der kostbarste Ring wurde am kleinen Finger getragen. Wenn der Spötter Lukianos nicht übertreibt, so gab es Männer, die an beiden Händen zusammen sechzehn Ringe trugen. Ja, man hatte für den Sommer eine andre Garnitur, weil die Winterringe der verweichlichten römischen Gesellschaft „zu schwer" erschienen.

Gegen Ende der Republik besaß man ganze Ringsammlungen, allerdings vor allem geschnittene Steine, die also Kunstwert besaßen. So weihte Julius Cäsar sechs solcher „Daktyliotheken" seiner angeblichen Ahnfrau — der Venus genetrix; Pompejus stellte die Daktyliothek des besiegten Mithridates im Kapitol als Weihegeschenk auf.

Digitized by Google

Der Luxus in Edelsteinen stammte aus dem Orient. In der hellenistischen Welt nahm er unter den Ptolomäern und Seleukiden überhand. In Rom soll er mit dem Triumphzuge des Pompejus, den dieser über den König Mithridates feierte, seinen Einzug genommen haben, bis er in der Kaiserzeit barbarische Formen annahm. Nicht bloß Trinkgefäße wurden mit Kameen inkrustiert, sogar Wagen und Sänften, das Pferdegeschirr und die Waffen der Gladiatoren waren mit Edelsteinen besetzt.

Das Fälschen der Edelsteine durch Glasflüsse betrieben die Alten in solchem Maße, daß Plinius behauptet, es sei die gewinnbringendste betrügerische Industrie. Die beiden Städte Alexandrien und Theben in Aegypten waren wegen der Feinheit und Schönheit ihrer Glaswaren berühmt; dort vor allem wurden auch falsche Edelsteine hergestellt. Als solche werden der Smaragd, Opal, der Rubin und Türkis ausdrücklich bezeichnet. Namentlich sollen die falschen Smaragde täuschend ähnlich gewesen sein. Eine Glaspaste an einem der Lyoner Colliers ist so schön, daß man sie anfänglich für Lapislazuli hielt; an einem andern befindet sich ein nachgeahmter Granat und Saphir neben einem echten Smaragd; man mischte also auch damals falsche Steine unter echte.

Auch das „Doublieren" der Steine war bekannt und geübt. Plinius gibt an, man fälsche den dreifarbigen Sardonyx, indem man weiße, schwarze und mennigrote Steine lagenweise aufeinander kittete.

Außerdem soll man die Kunst verstanden haben, durch Färben minderwertigen Steinen das Aussehen von kostbaren Edelsteinen zu geben. Noch heute sollen die Achatschleifer in Oberstein und Idar (Fürstentum Birkenfeld) eine Technik besitzen, unansehnliche Chalzedone und gelbe Karneole durch Kochen mit Honig in Onyxe umzuwandeln. Auch bei den Alten wird des Kochens in Honig Erwähnung getan. Man glaubte außerdem, daß alle Edelsteine durch diese Behandlung mehr Glanz annehmen. In den Sammlungen antiker Gemmen findet man auch „gebrannte" Karneole.

Wie noch im heutigen Frauenschmuck die Perle neben den Edelsteinen steht, so war es auch im Altertum. Sie nahm, wie wir aus Theophrasts Schriften wissen, schon im vierten Jahrhundert v. Chr. bei den Griechen, und in der Kaiserzeit bei den Römern den zweiten Rang ein. Am meisten geschätzt waren große, regelmäßige Perlen, welche das durchscheinende Weiß des Alauns (nach der Beschreibung des Plinius) besaßen. Die schönsten Perlen kamen, wie die wertvollsten Edelsteine, aus Indien, zum Teil auch aus dem persischen Meerbusen. Ihr Hauptmarkt für Europa war Alexandrien; daher nahm mit dessen Eroberung der Perlenluxus so überhand.

Weltberühmt war der Perlenschatz der Königin Kleopatra, den sie im Gedränge der politischen Verhältnisse nebst ihren andern Schätzen in die von ihr am Tempel der Isis errichtete Grabkammer schaffen ließ. Sie besaß die zwei größten Perlen, die sie in den Ohren trug. Augusts General Agrippa, der Erbauer des Pantheons, hat nach dem Tode der Königin eine dieser berühmten Perlen in zwei Hälften sägen und als Ohrgehänge für das Venusbild im

Digitized by Google

Pantheon in Rom fassen lassen. Die andre Perle soll Kleopatra bei einer Mahlzeit vor den Augen des Antonius in Essig gelöst und ausgeschlürft haben, um gegen diesen ihre Wette zu gewinnen, daß sie bei einem einzigen Mahle 1 Million Sesterzien verzehren könne. Leider enthält diese Sage eine chemische Unmöglichkeit, da selbst eine kleine Perle erst nach mehreren Stunden sich in Essig auflöst. — Die Perle, welche Cäsar seiner Geliebten Servilla, der Mutter des Brutus, zum Geschenk gemacht hat, soll 130000 Mark gekostet haben.

Den kostbarsten Schmuck, der allerdings aus Perlen und Smaragden bestand, trug Lollia Paulina, eine Gemahlin des Caligula, bei einem Verlobungsfeste. Er war teils in das Haar eingeflochten, teils bildete er das Halsband, die Ohrgehänge und Fingerringe. Er soll beinahe 9 Millionen Mark wert gewesen sein, und seine Besitzerin so unfein, daß sie sich bereit erklärte, die bestätigenden Dokumente vorzuweisen. Der Schmuck stammte von ihrem Großvater Lollius, der ihn im Orient zusammengeraubt hatte. Es hing kein Segen an diesem Hort. Selbst bei den Römern, deren schamlose Ausplünderung der Provinzen die Regel war, erregte es Aufsehen; Lollius fiel bei Cäsar in Ungnade und machte seinem Leben durch Gift ein unrühmliches Ende. Lollia Paulina aber ward von Agrippina ermordet.

Wie noch heute wurden einfache, doppelte oder dreifache Perlenschnüre um den Hals getragen. In den Pandekten, dem Hauptbestandteil des römischen Corpus juris, wird als Vermächtnis ein Busengeschmeide erwähnt, das aus 34 zylindrischen und ebensovielen scheibenförmigen Perlen bestand. — Besonders aber liebte man es, wie die Lyoner Beispiele beweisen, bei den Colliers Perlen mit Edelsteinen, vor allem mit Smaragd, zu kombinieren.

Die Perlen waren auch als Ohrschmuck beliebt. Zuerst einzelne, große Perlen — unio („Einzelheit") genannt. Später, nachdem der Luxus gestiegen war, hing man drei große, tropfenförmige nebeneinander — die sog. „Elenchen". Da nur die reichsten Damen sich solche gönnen konnten und diese Perlen daher beim Erscheinen auf der Straße Vornehmheit und Reichtum ankündigten, so nannte man sie scherzweise die „Liktoren der Frauen", wie die voranschreitenden Liktoren das Nahen des obersten Staatsbeamten, des Konsuls und auch der Vestalinen verkündigten. Oder war's Spott? Die vornehmen römischen Frauen zeichneten sich nämlich nicht gerade durch vestalische Keuschheit aus. Plinius und Seneka eifern gegen diesen Luxus; die Frauen trügen ja den Ertrag ganzer Landgüter an den Ohren. Seneca sagt ungalant: „Die Närrinnen glauben wahrscheinlich, ihre Männer seien nicht genug geplagt, wenn sie nicht an jedem Ohr zwei oder drei große Erbschaften hängen haben."

Der Perlenluxus nahm rasch zu. Beim dritten Triumphzuge des Pompejus wurden dreiunddreißig Perlenkränze aufgeführt. Cäsar weihte der Venus genetrix einen ganz mit Perlen besetzten Harnisch. Aber schon Caligula trug mit Perlen besetzte Stiefel, und Nero ließ seine Reisebetten, ja sogar die Wände der Gemächer, in denen er seine Orgien feierte, mit Perlen inkrustieren.

Bei den antiken Völkern waren die Goldarbeiter zugleich Juweliere. Eine

Digitized by Google

interessante Urkunde besitzen wir aus der Zeit Artaxerxes I. (fünftes Jahrhundert v. Chr.), jenes persischen Königs, an dessen Hof sich Themistokles geflüchtet hatte. Drei Goldschmiede der Firma Murascha und Söhne garantieren darin für zwanzig Jahre, daß ein Smaragd aus der Fassung eines Ringes nicht herausfallen werde, andernfalls sie bereit sind, 10 Minen (etwa 1000 Mark) zu zahlen.

Die Erwägung, welche Rolle die Schmucksteine durch Jahrtausende im Leben der Menschen spielen, führt uns auf ein merkwürdiges Ergebnis. Wie vieles hat sich in dieser langen Zeit geändert! Politische Ueberzeugungen und Institutionen wechselten, Religionen lösten einander ab, die gleichen Steine aber, bei deren Anblick heut ein Frauenauge mit Entzücken verweilt, erfreuten schon den Sinn der Griechin und der Römerin. Sogar in der Reihenfolge der Wertschätzung änderte die Mode nichts. Wie heute, so stand damals obenan der Diamant; den zweiten Platz nahm die Perle ein, den dritten Rang billigte man dem Smaragd zu; an diese herrliche Trias schlossen sich Beryll, Saphir und Rubin. Die Geschichte zeigt eine merkwürdige Beständigkeit dieses Teils der Kultur.

Gustav Freytags Briefe an Albrecht v. Stosch

In Auswahl herausgegeben

von

Hans F. Helmolt

(Schluß)

Siebleben, 26. August 1890.

So narrt uns das Schicksal, und doch bleibt uns nichts weiter übrig, als nach Pflicht und Neigung für unser Wollen uns einzusetzen, wir die Ameisen, die große Fügung irdischer Dinge der Pudel, der unsre Gänge schonungslos zerkratzt. Es ist tapfer von Miquel,[84]) daß auch er diese Beharrlichkeit aufwenden kann, er wird sie brauchen. Denn jede Reform in Abgabensachen ist für den Reformer eine verhängnisvolle Sache, die Geschädigten hassen und agitieren, die Gewinnenden bleiben untätig. — Wenn Ihnen gelingt, die zweijährige Dienstzeit durchzusetzen, so wird Ihre Tätigkeit die populärste von allen großen Arbeiten Ihres Lebens sein. Leider wird das Publikum Ihr Verdienst dabei wieder nicht erfahren.

Ich hause hier mit meinem Knaben im Frieden des Dorfes, dem leider eine gute Ernte verregnet. Es fehlt nicht an Bewegung. Einen Tag war ich in Reinhardsbrunn, bat den Herzog,[86]) über den letzten Besuch bei Bismarck zu erzählen ...

---

[86]) Herzog Ernst war, als sich zwischen Kaiser Wilhelm II. und dem Fürsten Bismarck der Bruch vollzog, nach Berlin geeilt, ohne etwas auszurichten. Freytag siedelte 16. August von Wiesbaden nach Siebleben über und besuchte bald darauf den Herzog.

Digitized by Google

Siebleben, 19. November 1890.

Lieber Freund!

Von Herzen wünsche ich Glück zu der beendigten Ernte des ersten und größten Weinbauers von Oestrich, ich fühle mit wahrem Freundesstolz die Bedeutung der 10000 Pfund Sterling. Es ist doch erfreulich, zu beobachten, wie Sie alles, was Sie beginnen, gut machen. Während Sie aber für fröhliche Erntearbeit tätig waren, habe ich eine andre Art von Erntearbeit in derselben Zeit abgemacht: ich habe gestern mein Testament deponiert. Die Abfassung war für mich eine schwierige Arbeit, die letzten geschäftlichen Auseinandersetzungen mit der Kranken zu Bendorf[87]) resp. deren Vormund, denen die gerichtliche Scheidung vorherging, Bestimmungen über die Verwaltung der Hinterlassenschaft während der Minorennität meines Sohnes und die Erfindung der Form, in welcher Substitutionserben im Falle seines vorzeitigen Todes von mir bestimmt werden können, kurz, viele Bedenken. Vorläufig ist alles abgemacht, es wird Ihnen nicht ganz erspart bleiben, daß ich Sie damit unterhalte. Jetzt habe ich noch dem Herzog hier zu begegnen,[88]) am 22. denke ich nach Wiesbaden überzusiedeln und, sobald ich mich dort etabliert habe, Sie um einige Tagesstunden zu bitten.

Ob ich die Reise nach dem Süden mache und wann, ist jetzt auch von Kochs großer Entdeckung[89]) abhängig geworden. Da nämlich die Leipziger Freunde seit der großen Husterei dieses Sommers für möglich gehalten, daß ich heimlicher Bewahrer des menschenfeindlichen Bazillus sein könnte, will ich mich vorher von ihnen darauf prüfen lassen. Soll ich überhaupt noch auf Erden dauern und die Kraft zu gesundem Schaffen betätigen können, so muß die Frage der Existenzfähigkeit beantwortet werden.[90]) Auch darüber erzähle ich Ihnen.

Genau mit der Empfindung wie Sie habe ich Kochs Aufsatz gelesen. Das war die Sprache eines hochsinnigen Deutschen. Die Entdeckung und die Weise, in welcher er darüber berichtet, sind so schön, daß sie das Gemüt erhellen und man sich bewußt wird, etwas Großes und einen großen Charakter zu erleben. Ihm selbst wird für längere Zeit ein großes Quantum Lebenskraft und eine unerhörte Opferung seiner selbst zugemutet werden. Das Aufsehen, der Zudrang der Aerzte und Heilungsbedürftigen werden ins Ungeheure wachsen, in allen Gasthöfen wird die Pilgerschar lagern, und die Berliner Geräumigkeit wird sich als zu klein erweisen, Enttäuschungen, Mißgunst, neidische Kritik werden nicht ausbleiben, und die Beschränkung der Wirkungen, welche durch fortgesetzte Beobachtung und durch die schwierige Herstellung des Heilmittels auferlegt werden,

---

[87]) Vgl. den Brief vom 21. März 1879.

[88]) Laut Tempeltheys Ausgabe des Briefwechsels zwischen Freytag und Herzog Ernst (S. 335) war Freytag am 20. November beim Herzog in Gotha.

[89]) Robert Koch (1843 bis 1910) hatte auf dem X. Internationalen medizinischen Kongreß seine erste Mitteilung über das Tuberkulin gemacht.

[90]) Vgl. den Schluß dieses Briefes, den Brief vom 5. März 1891 und den darauffolgenden.

Digitized by Google

müssen ihm viele Not machen. Zuletzt wird er doch unter den großen Wohltätern der Menschheit genannt werden, solange es eine Zivilisation gibt. Auch dürfen wir jetzt hoffen, daß seine Entdeckung die Bewältigung andrer Infektionsbestien: der Diphtherie, des Scharlach, Typhus usw. zur Folge haben wird. Und der Mensch der Zukunft wird geimpft, imprägniert und assekuriert werden, Haare behalten, Zähne wie Elfenbein bewahren, gegen Bazillen kämpfen und so alt werden — bis er zuletzt doch stirbt. Die innere Medizin ist durch die großen Fortschritte der Chirurgie lange im Hintertreffen gehalten worden, jetzt rückt sie mit Siebenmeilenstiefeln nach ...

*

Wiesbaden, 25. Januar 1891.

Lieber Freund!

Seien Sie herzlich in der Heimat gegrüßt; ich dachte sorgenvoll Ihrer in der Zeit der Rückfahrt; denn man las haarsträubende Berichte über steckengebliebene Züge. Da war es tröstlich, daß am Freitag doch die Berliner Zeitungen richtig ankamen: waren die durchgedrungen, so war doch auch für die Reisenden Hoffnung. Für Ihre Mitteilungen danke ich gar sehr, es ist ein Blick durch das Fenster auf die regierende Welt, und eine ausgezeichnete Schilderung des Herrn. Sie haben ganz recht, es ist fast über Nacht eine neue Zeit heraufgekommen, sie sucht sich in der Literatur und den bildenden Künsten geltend zu machen wie in der Politik. Wir wollen uns mit Behagen zu denen rechnen, welche in altem Urteil die Geduld gegenüber den neuen Anläufen und die Würdigung von allem, was darin berechtigt ist, nicht verloren haben.

Aber als Mitarbeiter an der neuen Zeit haben Caprivi und Miquel in der Sperrvorlage[91]) einen Fehler gemacht. Die Zumutung, welche sie der öffentlichen Meinung und den Abgeordneten stellten, war zu groß. Wollten sie das Kapital hingeben, so mußte ihnen ein Mitentscheid über die Verwendung bleiben. Es ist gewiß richtig, daß sie den Bischöfen die Arbeit und den Aerger zuwiesen, aber sie mußten die möglichst größte Sicherheit haben, daß das Geld nicht zu staatsgefährlichen Zwecken verwendet wird. War solche Sicherheit nicht zu erhalten, so mußten sie die Hand über den Millionen halten und daran denken, daß eine Rentenzahlung von so hohem Betrage den Klerus allmählich bei geschickter Behandlung in größere Abhängigkeit von der Regierung bringen mußte. Das war es wohl auch, was Windthorst fürchtete. Miquel hat Anspruch auf ein mildes Urteil; ihm, dem Finanzminister, lag das Schicksal seiner großen Gesetzentwürfe in der Seele, und er ist darin sehr jung geblieben, daß er zu-

[91]) Das preußische Sperr- oder Brotkorbgesetz vom 22. April 1875 über Einstellung der Staatsleistungen für die römisch-katholischen Bistümer und Geistlichen wurde, nachdem die Regierungsvorlage von 1890 gescheitert war, auf Grund des neuen Gesetzes vom Januar 1891, doch nur unter der Bedingung staatlicher Kontrolle der zurückzuzahlenden 16 Millionen, aufgehoben. Das Zentrum rächte sich für diese Einschränkung durch Verzögerung der Annahme des Volksschulgesetzes, weshalb am 11. März der Unterrichtsminister Gustav v. Goßler seinen Abschied nahm.

Digitized by Google

weilen die unbefangene Abschätzung der beengenden Faktoren verliert; Caprivi hat diese Entschuldigung nicht. Es ist nicht unmöglich, daß die Regierung die Majorität erhält; aber die Nachwirkung wird eine sehr schlechte sein und das Urteil über die Minister dauernd beeinflussen. Und dieser Sieg des Zentrums wird die Wichtigkeit desselben in den Augen der Katholiken unerfreulich steigern, während gerade hier eine Gelegenheit war, die Bischöfe der Faktion gegenüber zu heben. Was Sie über Goßler schreiben, hat er selbst in seiner unglücklichen Rede bestätigt. Er ist fertig, und das ist schade. —

Montag 26. Aber wozu von Politik schwätzen. Das Eis geht auf, der Frühling ist nahe, und morgen ist Kaisers Geburtstag, an welchem die Gymnasiasten patriotische Gedichte deklamieren, unter ihnen mein Junge, welcher deshalb die stille Prätension erhebt, daß sein Vater dem feierlichen Aktus beiwohne. Mir wäre recht, wenn es mit der Kälte ein Ende hätte; in den letzten Tagen habe ich mich an der freien Luft und der Sonne erfreut wie ein Igel, der aus seinem Winterschlaf aufgewacht ist und sich die Nase schneuzt. Ich bin jetzt wieder courfähig, und wenn es Ihnen einmal recht ist, komme ich herüber. Dann sollen Sie mir noch mehr von Berlin erzählen, auch von unsern Freunden dort, die sich unter anderm auch, wie ich merke, unnötigerweise um mich Sorge machen.

Bei mir im Hause ist jetzt alles hergestellt, und der Kohlenverbrauch wird mäßig. Mit der Reise warte ich, bis auch Italien etwas ausgewärmt ist, was dort sehr not tut. Sagen Sie der Freundin von meinen herzlichen Huldigungen, bleiben Sie gut

Ihrem getreuen

Freytag.

*

Wiesbaden, 5. März 1891.

Lieber Freund!

Von Herzen danken wir beide, Frau Anna und ich, Ihnen und Ihrem lieben Gemahl für die freundschaftliche Gesinnung und für die guten Wünsche, womit Sie unsre Verbindung begleiten. Ich vertraue, daß meine künftige Frau Ihnen und der Freundin um so werter werden wird, je länger Sie ihr in das Leben und das Gemüt schauen. Denn sie gehört zu den warmherzigen und tätigen Menschen, welche immer für andre, wenig an sich selbst denken, und sie hat bei klugem Urteil ein fröhliches Gemüt bewahrt. Mir ist es eine besondere Freude, daß sie in warmer Verehrung ihrem Gemahl zugetan ist.

Morgen wollen wir abreisen, ich zunächst nach Siebleben, sie vorher noch nach Wien, die notwendigen Formalitäten wegen der Kinder und der Eheschließung vollends zu erledigen. Anfangs nächster Woche stille Trauung, dann sofort Aufbruch nach dem Süden. Die Abreise ist durch Verkältung der Kinder um einige Tage verzögert worden.

Ich bin mitten in unholder Packerei und Aufräumen; sobald ich zur Ruhe komme, schreibe ich Ihnen. Die Kinder lassen wir unter der Aufsicht eines zuverlässigen Fräuleins, einer Italienerin, zurück.

Digitized by Google

Alles, was ich jetzt Ihnen beiden gegenüber wünsche, ist gutes Wiedersehen; erhalten Sie beide uns Ihre treue Freundschaft. Immer

Ihr getreuer

Freytag.

*

[Siebleben, Mitte März 1891.]

Vermählt.

Dr. Gustav Freytag
Anna Freytag, geb. Götzel

Siebleben, 10. März 1891.

Lieber Freund!

Ich melde mich als Ehemann und Besitzer einer liebenswerten Frau; da sie noch in Wien zu tun hatte, blieb der Tag der Verheiratung unsicher bis vierundzwanzig Stunden vor der Hochzeit. Doch hatten gute Hände hier alles vorbereitet. Und als die Frau am Morgen aus Wien ankam, konnte am Mittag die Trauung vor dem Standesbeamten stattfinden. Der Herzog war Brautführer und unterschrieb als Zeuge. Dann setzten wir uns in der Parterrestube zu einem guten Diner von sechs Kuverts, oben Dux, unten der Standesbeamte, der Schultheiß und auch mein Tischler ist; das Essen hatte ich als alter Höfling von den Köchen und mit dem Geschirr des Herzogs bereiten lassen. Es war sehr gute Unterhaltung, noch Geheimrat Anacker und Professor Lorenz,[92]) der zufällig aus Jena beim Herz[og] war. Jetzt beharren wir hier, ich habe noch auf dem Amtsgericht und etwas mit Haus und Garten zu tun, und Hermance, welche die Mutter begleitet hatte, legte sich ein; doch geht es heut besser.

Derweilen weicht die Reise nach Italien wie eine Fata Morgana vor den zwei Erdenpilgern immer weiter zurück. Jetzt ist sie bis auf Ostern verlegt, da ich am zweiten Feiertag,[93]) wo Gustav konfirmiert wird, in Wiesbaden sein will. Dann erst soll die Betrachtung der Goldorangen beginnen, soweit sie in diesem Winter nicht erfroren sind.

Meine Zeitungslektüre ist in diesen Tagen jämmerlich gewesen; den Abgang Goßlers[91]) habe ich erst durch Tempeltey erfahren, der gestern zureiste. Dem Herzog habe ich erzählt, daß Sie sich mit Anerkennung über seine Memoiren ausgesprochen haben, als er Sie hoch gerühmt hatte. Diese Mitteilung war ihm behaglich, und da er seinen Vorsatz aussprach, uns in Wiesbaden zu besuchen, so werde ich mir erlauben, Sie auf ihn einzuladen, aber hoffentlich zu besserem Diner, als ich Ihnen und der Freundin neulich vorzusetzen vermochte. Denn diese mißglückte Operation muß gutgemacht werden.

---

[92]) Ottokar Lorenz (1832 bis 1904), seit 1885 Professor der Geschichte in Jena, war dem Herzog bei der Abfassung seiner Denkwürdigkeiten behilflich. Vgl. oben, Anm. 82.

[93]) 30. März.

Digitized by Google

Also seien Sie beide von Herzen gegrüßt, bewahren Sie uns Ihre Freundschaft. Immer Ihr getreuer

Freytag.

*

Nizza, 19. April 1891.

Lieber Freund!

Daß ich Ihnen einen Geburtstagsgruß aus Frankreich würde senden müssen, hätte ich auch nicht gedacht. Doch muß ich dies Jahr mein altes Recht, Sie hochleben zu lassen, unter den Botokuden ausüben; nur mein liebes Weib wird auf Ihr Wohl und auf das der Freundin anstoßen. Möge Ihnen alles dauern, was gut ist, und zum Teufel gehen, was Sie ärgert, und möge Ihre Freundschaft mir bleiben, solange ich mich sublunarisch bewege!

Wir sind bei Nacht über den Gotthard — Naturgenuß dem Rückwege vorbehalten — nach Genua gefahren, haben dort drei Tage in dem Hause des Verschwörers Fiesco, jetzt einem Gasthofe, gewohnt und über Meer, Himmel und die glorreiche Stadt uns gar nicht satt freuen können. Ich versichere Sie, wir leben so sorglos und vergnügt wie zwei Studentel und freuen uns auch über die fremden Menschen, welche fast immer freundlich und artig sind. Die Verhandlungen mit der einheimischen Bevölkerung besorgte meine Frau, ihr Italienisch ist begrenzt, aber die Herzhaftigkeit ist vorhanden und sie weiß die Leute dahin zu bringen, daß sie nach ihrem Willen tun. Seit drei Tagen sind wir in Nizza, vor uns das Meer, hinter uns zum Teil verfrorene Palmen, welche aussehen wie die geschnitzten Bäume in einer Kinderschachtel. Aber die Orangenbäume hängen voll Früchte, und die Frühlingsblumen sind fast schon verblüht. Hiesige Bevölkerung ist wie überall, wo die Menschen vom Fremdenverkehr leben, aber die Italiener sind mir lieber. Die Landschaft auch wundervoll, das Klima konfus. Früh bis 10 Uhr sehr schön und warm, von da über Mittag ein kalter Bergwind, der den Ueberrock wünschenswert macht, welchen man auch im Zimmer vertragen kann. Recht hübsch teuer ist's hier, Essen gut, Wein hm, hm, habe mir meine Zigarren mitgebracht. Hier fanden wir unsern Herzog und Herzogin, und sind in diesen Verkehr gezogen; die Herrschaften haben eine sehr schöne Besitzung, nicht gar weit von der Stadt.

Erlebt haben wir fast nichts als die Eindrücke, welche die Natur entgegenträgt; dabei wird unter guter Verpflegung das Dasein zu einem Traumleben, so heiter und friedlich wie auf der Insel der Glücklichen. Zeitungen sieht man kaum; daß die Großfürstin,[94]) die Schwester unsrer Herzogin, in Charkow auf ihrer unglücklichen Krimreise plötzlich verstorben, mußte Dux erzählen. Das wird wieder eine tragische Geschichte, an der auch wir Wiesbadener Anteil haben. Unterdes tragen wir als Höflinge schwarze Handschuhe. — Sie sehen, lieber

[94]) Prinzessin Cäcilie Auguste von Baden, geboren am 20. September 1839, vermählt als Olga Feodorowna am 28. August 1857 mit dem Großfürsten Michael Nikolajewitsch (1832—1909), war am 13. April gestorben.

Digitized by Google

Freund, mein allerliebstes Geburtstagskind, daß das Reisen nicht für jeden Charakter vorteilhaft ist, es verleitet, von sich selbst zu reden, es macht die Briefe leer und die Schriftzüge unordentlich und, was schlimmer ist, es nimmt dem glorreichen bevorstehenden Tage die Fähigkeit, an Ihrem Tische zu sitzen, Gläser guten Oestrichers zu leeren und Ihnen und Ihrem lieben Gemahl zu sagen, daß wir beide mit ganzem Herzen an Ihnen hängen und Sie beide bitten, uns gut zu bleiben.

Ihr

getreuer

Freytag.

*

Baden-Baden, 21. Mai 1891.

Lieber Freund!

Es bekümmert mich schon lange, daß wir von Ihnen und der lieben Freundin keine Nachricht haben. Einigemal erreichten uns Bündel von Briefen, welche aus Wiesb[aden] nachgesandt wurden, aber es war nie eine Kunde von Ihnen dabei. Jetzt würde ich persönlich haben nachforschen können, wie es bei Ihnen steht, denn seit zehn Tagen sind wir auf der Heimfahrt, und meine Absicht war, zum Pfingstfest in Wiesb[aden] zu sein. Aber die Tüncher sind mit unvermeidlicher Arbeit im Hause vor Pfingst[en] nicht fertig geworden, und wir sind ausgesperrt und harren hier, bis die Arbeit getan ist. Obgleich es uns hier bei Meßmer gut geht und Baden auch bei feuchtem Wetter schön ist, wurde doch die Sehnsucht nach Hause zuletzt übermächtig, und die deutsche Reisemüdigkeit hat sich eingestellt.

Mir, der ich lange Jahre keine größere Reise gemacht habe, war das Wandern von Ort zu Ort und der Aufenthalt in den modernen Gasthöfen wie die Lektüre eines guten Märchenbuches, eine träumerische, behagliche Stimmung hielt an. Die Menschen in der Fremde boten verhältnismäßig wenig, um so völliger wirkte die Natur und die gewandte Gnomenwirtschaft der Herbergen. Es ist schön in der Welt, und das Menschenvolk hat die Natur sich zu jeder Art von Genuß unterworfen. Von Nizza gingen wir über Mailand und Como an die oberital[ienischen] Seen, nur in Locarno machten wir längeren Aufenthalt, dann über den Gotthard zurück nach der Schweiz, Luzern, Rigi. Endlich über Freiburg hierher. Als ich aus der italienischen Landschaft des Tessin aus dem Gebiet der Oelbäume und Reben in das deutsche Tal der Reuß kam und die heimische Vegetation fand, die Matten grün, überall die Kirschbäume im weißen Blütenkleide, dazu die Rinderherden mit dem wohlgestimmten Glockengeläut, unaufhörlich das Rauschen der kleinen Wasserstürze und Bachrinnen, da wurde mir die Seele froh bei der Herrlichkeit der deutschen Natur, und ich darf sagen, von dem vielen Schönen, das wir gesehen, war mir dies das liebste. Als Gast mag man in Italien sich wohlfühlen, aber das Behagen des Wirtes hat man nur auf deutscher Erde. Und das mag wohl einen geheimnisvollen Grund haben. Ueberall, wo Lorbeer und Orange ihre steifen immergrünen Blätter breiten, sind die deutschen Eroberer zu Romanen geworden; unter dem Laubdach

Digitized by Google

der Linden haben sie die eigne Art bewahrt, durch den zweitausendjährigen Wechsel von Wintern und Sommern, den in dieser Art Italien nicht kennt.

Lustig ist auch der Menschenverkehr. Gleich Vogelschwärmen ziehen sie auf den Bahnlinien dahin, von Hotel zu Hotel, ein internationales Gesindlein, Engländer, welche jetzt nach dem Co[o]keschen Billettsystem billiger reisen als alle andern, Russen usw., und von allen am zahlreichsten die Deutschen. Wie sehr bei uns der Wohlstand und die Reiselust gewachsen sind, kann man in den Gasthöfen erkennen. Und merkwürdig, es sind nicht vorzugsweise die sog. Vornehmen, sondern Bürgerliche nach Namen und wohl auch nach Benehmen. So in der Riviera, aber auch in der Schweiz und in Baden. Nur einzeln selten findet man in den Hotelverzeichnissen und Badeblättern den Namen einer alten Familie. Auch das ist Symptom einer neuen Zeit. Es ist betrübend, wie sehr man auf Reisen in der Politik verbauert. Acht Tage keine deutsche Zeitung gesehen, noch länger keine gelesen. Wenn man endlich einmal hineinpickt, findet man außer neuen Missetaten und Todesfällen Reichstag und Landtag fast auf dem alten Fleck, und Bismarck immer noch als Vulkan mit kleinen Explosionen.

Aber Moltke ist dahin.[95]) Ein ruhmvolles Leben, ein glückliches Ende. Daß er als erster die militärische Rechenkunst geübt, welche mit Millionen rechnet, wird ihm für alle Ewigkeit der Erde den Ruhm eines großen Feldherrn sichern . . .

*

Wiesbaden, 6. August 1891.

. . . Daß auf Verdy[96]) die Wahl gefallen, ist mir eine Freude; Sie wissen, daß wir Nichtberliner nur ins Gewicht fallen, wenn wir mit den Berlinern gehn oder wenn diese uneinig sind. Nicht so gut gelang es mit der Ergänzungswahl an Stelle des Bildhauers Hähnel, mein Kandidat Siemering fiel gegen die Stimmen der Berliner, was ich für ein Unrecht gegen den tüchtigen Mann halte. Die nächste Wahl wird den Nachfolger des Göttingers Weber von den Naturwissenschaften angehen, denn die Klasse ergibt sich großer Sterblichkeit.

H[er]rn Fleischer habe ich Ihre Bekanntschaft für den Herbst in frohe Aussicht gestellt. In dem letzten Heft der „D[eutschen] Revue" waren Roons Briefe wegen der Beschießung von Paris[97]) das Interessante. Damals fühlten die Deutschen daheim dieselbe Ungeduld; die Grenzboten haben — wenn ich mich recht

---

[95]) 24. April.

[96]) General Julius v. Verdy du Vernois (1832—1910), 1889/90 preußischer Kriegsminister, erhielt 1891 als ausgezeichneter Militärschriftsteller den Orden Pour le mérite für Kunst und Wissenschaft. — Der Dresdener Bildhauer Ernst Julius Hähnel war am 22. Mai gestorben, der Göttinger Physiker Wilhelm Weber am 23. Juni. Der Berliner Bildhauer Rud. Siemering (1835—1905) hatte großen Ruf besonders seit seiner Schöpfung des 1888 in Leipzig enthüllten Siegesdenkmals.

[97]) Die Artikelreihe „Aus dem Leben des Grafen Albrecht v. Roon" brachte im September-Hefte der „Deutschen Revue" (ausgegeben 20. August) einen Abschnitt „Moltke und das Bombardement von Paris".

Digitized by Google

erinnere, auf Grund Ihrer Inspirationen — ohne großen Erfolg zur Geduld ermahnt; jetzt lesen wir, daß auch Roon ein Mißvergnügter war und die Lamentationen hoher Frauen für den bestimmenden Grund des Zögerns hielt. Das Generalstabswerk hat sich bereits bemüht, das Zögern militärisch zu rechtfertigen. Hatte Roon doch recht, d. h. wäre es möglich gewesen, eine wirksame Beschießung eher in Szene zu setzen? Vielleicht gibt die zu erwartende Darstellung Moltkes auch darauf Antwort.

Mit dem Weltlauf kann der denkende Menschenfreund nicht recht zufrieden sein. Tiefer Frieden! Aber er hat zwanzig Jahre gedauert und ist alt geworden. Und es ist etwas in der Luft, niemand kann sagen, was es ist, die Regierungen haben Schauder vor einem Kriege, dessen erste Wochen so viel Geld und Kredit verzehren und so viel Volkskraft unproduktiv machen würden daß gar nicht abzusehen ist, wie das Volk selbst ihn aushalten würde; kaum die verrücktesten Franzosen und Nihilisten wünschen ihn. Aber es kommt ein Mißbehagen in die Seelen. Schlechte Ernte, Rückgang der Industrie, Unruhe in den arbeitenden Klassen, geringeres Vertrauen zu der Umsicht der Regenten. Zuletzt kann eine übermütige Squatterpolitik in den Vereinigten Staaten oder eine Dynamitpatrone in Rußland den Brand entfachen. Dies Bewußtsein der Unsicherheit wird allgemein. Und das ist ein ernster Anfang der Gefahr, und, um modern zu reden, ein Nährboden für die Kriegsbazillen.

Vielleicht bin ich so melancholisch, weil ich Kummer um Ihre Weinernte habe. Jedoch die verheißenen Flaschen Ihres edeln Gewächses flehe ich, noch nicht nach Siebleben zu senden. Sie würden dort nicht besser werden, und zuletzt trinke ich sie lieber mit Ihnen, als mit meiner Einquartierung.

Also seien Sie von Herzen gegrüßt und für alle Liebe bedankt. Meine Frau trägt mir warme Empfehlungen und Grüße für Sie alle auf, ich schließe mich mit begeisterten Huldigungen an als

Ihr

getreuer

Freytag.

*

Blankenberghe, 29. August 1891.

Lieber Freund!

Dank für die Nachrichten Ihres letzten Briefes. Die Beschießungsfrage ist seitdem ein Steckenpferd der Tagespresse geworden, und auch der eifrige Journalist Bismarck hat sich daran beteiligt. — Seit vierzehn Tagen war ich in Bewegung, zuerst einige Tage in Siebleben mit meiner Frau, welche das Nötige für die Manövereinquartierung zurechtmachte, dann nach Wiesb[aden] zurück, Packerei, Aufbruch der gesamten Kolonie hierher. Hier, Hôtel des familles, lustiges Stilleben in großer Kaserne. Der Salon ist der Strand, die Wohnräume kleine Kojen, Gesellschaft Mittelklasse, sehr viele Mütter und Kinder, alles zwanglos und gutmütig, Essen gut, Preise hmhm! Auch um Ostende sind auf beiden Seiten des Strandes neue Bäder wie Pilze aufgeschossen, sogleich

Digitized by Google

große Wohnräume, elektrische Beleuchtung; auch hier scheint fast das gesamte Publikum dem erwerbenden Mittelstand anzugehören, ein großer Teil Deutsche. Meine Leute tummeln sich lustig im Wasser, ich bin zufrieden mit Seeluft und Wind, welchen das Meer reichlich zuteilt. Am Strand lese ich jetzt Historisches von Anton Springer, dessen hinterlassener Selbstbiographie[98]) ich auf Wunsch der Familie einige Worte vorschreiben soll. Seine geschichtlichen Hauptwerke: Dahlmanns Leben und Neuere Geschichte Oesterreichs von Joseph bis zur Restauration nach Unterwerfung der Ungarn sind sehr achtungswert, nicht ebenso unterhaltend. Für mich war die Zeit der Revolution von 1848 eine Rekapitulation der Eindrücke, über die ich selbst vor vierzig Jahren schreiben mußte. Man sieht jetzt mit Behagen auf jene kläglichen Zustände zurück, es ist doch vieles weit besser geworden, und den jungen pessimistischen Oesterreichern ist die Lektüre dieser verkommenen, versunkenen Zeit eine Arznei. Aber die guten Lehren aus vergangenem Leben findet man nicht, wenn man sie am nötigsten braucht ...

Daß Bismarck jetzt die „Allgemeine Zeitung" zum Sprachrohr seiner Offenbarungen macht, bezeichnet einen Fortschritt seines Einflusses auf die Presse und war auch eine geschickte Operation; denn der angesehenen Zeitung, die ihren alten Ruf nicht mehr durch genügende Abonnenten schützen konnte, ist seine Mitwirkung Rettung vom allmählichen Untergange, und ich bin überzeugt, daß sie die Hand des Fürsten gern ergriffen, wahrscheinlich gesucht hat.

In Ihrem Artikel,[99]) den ich gedruckt noch nicht gelesen, strich ich die Tapferkeit der Polen ungern, aber in Sorge, daß man aus der Fassung des Urteils auf einen Militär schließen und auf Sie raten könnte, da Sie einen Teil der Eindrücke in Berlin gesammelt hatten. Die Sorge war vielleicht übertrieben ...

*

Blankenberghe, 21. September 1891.

... Uns ist der Aufenthalt sehr gut bekommen, auch mein Katarrh ist gebessert, nur der Arbeit war diese Zeit nicht günstig; das holde Nichtstun nahm den Tag über stark in Anspruch, und das Behagen, über die Wellen zu schauen und in der ewigen Flut und Ebbe die Wandlungen des menschlichen Daseins in der Geschichte zu bedenken, war der beste Genuß. — Zuletzt wird man auch den Kräfteaufwand des Meeres in Akkumulatoren leiten und, was dann aus den Kindern Evas werden wird, vermag keine Phantasie zu sagen. Zuverlässig werden sie aber jederzeit essen und trinken, einander lieben und kritisieren, und so hoffe ich, es wird auch immer Poeten geben und andre, welche die Geduld haben, sie zu lesen. Wir aber, die Vergangenen, werden diesem späteren Geschlecht als idyllische und harmlose Existenzen erscheinen, von rührender Einfachheit und Genügsamkeit.

---

[98]) Berlin 1892; herausgegeben von Jaro Springer.

[99]) „Die preußischen Polen": „Deutsche Revue", September 1891, S. 309–318.

Digitized by Google

Jedenfalls haben Sie unterdes Moltkes dritten Band[100]) gelesen, der mir noch nicht zugegangen ist; nach dem, was mir über den Inhalt aus den Zeitungen deutlich wurde, scheint er mir das meiste von dem, was man gern von ihm vernehmen würde, verschwiegen zu haben. Neugierig bin ich vornehmlich auf seine Privatbriefe, gar nicht begierig, seine Ansichten über Gott, Christentum usw. gedruckt zu sehen, die ja auch angekündigt sind. Die beste politische Freude ist ja wohl, daß hohe Tätigkeit in Teerbude sich und andern Ruhe vergönnt.

Ich sende diese Zeilen erst heute 27. [September] ab, um zugleich unsre Abreise ankündigen zu dürfen. Wir wollen über Brüssel zurückkehren, wahrscheinlich — dank den Rundreisebilletten — über Wiesbaden gehen, nur für ein bis zwei Tage dann in Siebleben die Aepfel zählen, und dann zur Winterruhe und, will's Gott, zum guten Wiedersehen mit Ihnen und Ihrem lieben Gemahl.

Meine Frau empfiehlt sich angelegentlich Ihnen beiden, der Gemahlin will sie selbst schreiben. Auch ihr ist der Aufenthalt hier sehr wohl bekommen und wir dürfen für uns einen guten Winter hoffen.

Bleiben Sie beide uns gut, ich bin immer Ihr

getreuer

Freytag.

*

Siebleben, 11. November 1891.

... Die Wochen in Siebl[eben] sind im Fluge vergangen, und ich bin dem Geschick dankbar dafür. Es war ein sehr wohltuendes Stilleben, obwohl ich wenig am Schreibtisch saß und für meine Gesundheit wie ein Rentier lebte, den ganzen Tag, wenn es nicht stürmte, im Garten. Bei dem, was ich gelesen, dachte ich oft an Sie. Ich hatte mir den Briefwechsel von Sophie von Hannover mit Eli[sabeth] Charlotte, der Gemahlin des H[erzogs Philipp] von Orleans, Bruders Ludwigs XIV., kommen lassen.[101]) Die Briefe der letzteren, einer kurpfälzischen Prinzeß, deutsch geschrieben von einer klugen deutschen Frau mit Humor in der Pariser Atmosphäre, sind vielleicht die liebenswürdigste Reliquie der deutschen Briefliteratur vor 200 Jahren. Allerdings ist die Art und Weise, in welcher über sexuelle und andre natürliche Vorfälle gesprochen wird, für uns sehr befremdend. Doch gewinnt man nicht nur die Dame lieb, man erfährt auch von dem damaligen Frankreich und den Hofverhältnissen in Deutschland sehr Interessantes. Die Briefe bringe ich Ihnen mit, Sie sehen vielleicht einmal hinein.

Der Briefwechsel Roons in der „Deutschen Revue" ist endlich zu Ende.

---

[100]) „Geschichte des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71". Die Vorrede Graf Wilhelm Moltkes datiert vom Juli 1891. Des Generalfeldmarschalls Absicht bei der Abfassung war, zu volkstümlicher Belehrung eine gedrängte Darstellung des Krieges zu bieten; er hielt es für Pflicht der Pietät und der Vaterlandsliebe, gewisse Prestigen nicht zu zerstören.

[101]) Herausgegeben von Ed. Bodemann, Hannover 1891.

Digitized by Google

Die Briefe Moltkes[102]) kenne ich bisher nur aus den Zeitungen, sie machen nicht sehr neugierig, der große Mann war immer so verzweifelt besonnen und korrekt. Von Zeitungen habe ich mir für dies Quartal auch die Allgemeine mit Doves Beilage zugelegt, um Doves Tätigkeit zu beobachten. Die Zeitung ist sehr anständig, wohl die vornehmste deutsche, aber sie fesselt nicht, und die gelegentlichen Mitteilungen Bismarcks sind zuweilen sehr lehrreich und kompromittierend für andre, aber sie machen ihn selbst auch nicht größer ...

*

Wiesbaden, 22. Dezember 1891.

Lieber Freund!

Herzlichen Dank für Ihren Brief und Zusendung des Gerlach,[103]) den Sie so bequem für Lektüre in allen Körperlagen eingerichtet haben, daß schon das Aeußere zum Lesen verlockt. Ich habe erst wenige Seiten verdauen können und bin Ihnen doch bereits dankbar für Ihren vorsichtigen Rat, denn der Autor ist zwar gescheit, aber so verschroben, nicht durch seine Frömmigkeit, sondern durch eine steife und hochmütige Doktrine, daß er immer in Gefahr ist, die Dinge falsch anzusehen. — Es ist wunderlich, daß dergleichen Gesellen sich so vorzugsweise zu Vertrauten höchster Herren qualifizieren; sie sind gerade da fest, wo die Herren fest sein möchten, und vor allem sicher ...

*

Wiesbaden, 31. Dezember 1891.

Lieber Freund!

Alte Freundschaft im neuen Jahr, was wir wünschen, werde wahr. Es ist gut, daß dies verstruwelte Jahr zu Ende geht; das Geschäftliche ließ zu wünschen übrig, auch die rhetorischen Leistungen waren mangelhaft, das Brot ist teuer, die Aepfel waren klein, Wein wenig. Mich hat zum Feste der Racker, dies alte Jahr, noch stark geschüttelt und ich wurde durch Husten den Meinen, dem Doktor und mir lästig. Aber die letzten Tage haben dies kräftig gebessert, und ich erwarte nur einen windlosen Tag, um wieder an die Luft zu gehen. Das dumme war, daß ich während der Feiertage nicht imstande war, Sie und Ihr liebes Gemahl zu sehen. Jetzt wollen wir mit gutem Mut in die neue Zeit hineinstapfen. Bleiben Sie beide uns gut und frohes Wiedersehen!

Ihr

getreuer

Freytag.

*

---

[102]) An seine Mutter und an seine Brüder Adolf und Ludwig (Berlin 1891). v. Leszynskis Vorrede dazu ist vom 28. August datiert.

[103]) „Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopolds v. Gerlach", 2 Bände, Berlin 1891 und 1892.

Digitized by Google

Wiesbaden, 24. Januar 1892.

Lieber Freund!

Für den reichen Inhalt Ihres Briefes danke ich Ihnen herzlich. Das Gesamtbild ist noch unerfreulicher als man sich's hier denken konnte. Die Berliner Stimmung ist so, wie sie den Deutschen immer kommt, wenn sie nach oben nicht im Grund ihres Herzens vertrauen und verehren können. Der Unterschied gegen die Zeit vor 48 dürfte wohl darin liegen, daß damals keine Ventile für den Aerger existierten, jetzt die Abgeordneten und Journalisten zahlreiche kleine Ausströmungen des aufgesammelten Dampfes bewirken. Das größte Mißbehagen ist allerdings nicht durch die Regierung allein veranlaßt: die sozialen Verhältnisse, Parlamentsparteien, Journalisten, Privatinteressen haben sämtlich dafür gearbeitet, einen Ueberfluß an neuen Gesetzen und organischen Einrichtungen zu schaffen, der fast jedem seine Verhältnisse, Pflichten, Einnahmen und Ausgaben für den Staat steigert und in der Uebergangszeit unsicher macht. Was uns mehr als alles andre nötig wird, ist endlich: Stopp! zu rufen, und das viele Neue sich gestalten und im Volke einleben zu lassen. Das Einkommensteuergesetz allein, wie wünschenswert auch gerade dies war, regt alle Welt, Unternehmer, Handwerker, vor allen die Landleute, tief auf. Die Buchführung, welche Miquel mit Recht verlangt, ist dem Bäcker, dem Fleischer, den meisten Gutsherren, den Bauern etwas Unerhörtes, sie alle haben aus ihrem Geschäft gegessen, getrunken, den eignen Haushalt bestritten, ohne sich um den dadurch verbrauchten Bruchteil ihres Vermögens zu sorgen. Jetzt sollen dieselben Leute außerdem noch für ihr Geschäft und ihre Arbeiter und Dienstleute Pflichten übernehmen und ungewohnte Ausgaben bestreiten. Jedermann schreit, klagt, wird mißtrauisch, ärgerlich und malkontent ... Jedoch diesmal werden die Nichtsozialisten keine Revolution machen, weil sie die Sozialisten fürchten, und die Sozialisten auch nicht, weil sie, d. h. die gegenwärtigen Führer, recht gut wissen, daß sie als Grauler der bürgerlichen Gesellschaft weit besser wirtschaften, als wenn der Polizeistaat ganz zerschlagen würde, der sie selbst vor den Knütteln ihrer Anhänger bewahrt ...

*

Wiesbaden, 5. März 1892.

... Das Buch von Ratzel,[104]) welches sich durch seinen aufgelösten Zustand sehr für faule Stunden empfiehlt, ist insofern ein ganz verzweifeltes Buch, als es mit geschwollenem Ernst langstielig vieles vorträgt, was sich von selbst versteht. Dazwischen sind eine Anzahl Notizen, welche sehr interessieren. Es scheint ein zurechtgemachtes Kollegienheft zu sein. Aber ich glaube nicht, daß die Studenten das Zuhören aushalten ...

*

[104]) Friedrich Ratzel, Anthropogeographie, 2. Teil: Die geographische Verbreitung des Menschen (Stuttgart 1891). Daß Freytags Urteil einen Mißgriff bedeutet, lehrt u. a. das Vorwort zu Ratzels „Kleinen Schriften", I (München 1906).

Digitized by Google

Wiesbaden, 20. März 1892 früh.

Lieber Freund!

„Nichts Gewisses weiß man nicht", diese alte Weisheitsregel gilt für uns ungeduldige Zeitungsleser auch heut noch. Doch merke ich, daß die berichteten Tatsachen ihren Prophezeiungen recht geben wollen. Graf Zedlitz[105]) geht, Caprivi bleibt. — Der letzte Grund der Krisis scheint mir, daß an höchster Stelle eine Beklemmung eingetreten ist, und die Empfindung, daß in diesem Fall der Spaß des Regierens aufhört ... Wir aber wollen noch keineswegs Siegesrufe erheben; ich glaube, daß weniger die parlamentarische Opposition, als Privateinflüsse befreundeter Fürstlichkeiten den Kaiser besorgt gemacht haben ...

Jetzt erwartet man die neuen Zeitungen mit Ungeduld, und insofern ist die Zeit nicht schlecht, sie stärkt den Patriotismus; auch wer räsonniert, kümmert sich doch um Höheres als seine Wirtschaft ...

*

Wiesbaden, 28. März 1892.

... Für Sie selbst ist das Treiben in Berlin vielleicht gerade jetzt eine Ablenkung, die Ihnen heilsam ist. Denn es sieht dort aus, wie in der Dorfflur nach einem Platzregen, der auf lange Dürre einfiel. Ich denke, jedermann empfindet, daß diese Lösung die möglichst beste war, wenn auch lange noch keine gute. G[ra]f Eulenburg[106]) hinterläßt hier gutes Lob, das war bei Zedlitz[105]) in Posen auch der Fall. Doch meine ich, daß das Zischen der getäuschten Majorität bei seinem ersten Debüt seinen konservativen Neigungen einen zweckmäßigen Hemmschuh abgeben wird.

Wäre Ihnen möglich, mit Ihren Ansichten und mit Ihrer Kenntnis der hiesigen Verhältnisse eine Einwirkung auf unsre Politiker auszuüben, so würde der Verkehr mit diesen, wenn er Ihnen auch gerade jetzt ein Opfer sein sollte, doch von Nutzen sein. Unter allem, was Sie den Herren sagen können, schlägt am meisten durch: der Schulmeister im Gegensatz zum Pfarrer. Will die Regierung mit Erfolg das Zentrum bekämpfen, so kann sie das nur dadurch tun, daß sie die Lehrer hebt, alles irgend Mögliche tut, sie zu heben, durch bessere Stellung, die auch besseres Material schafft, und durch gute Behandlung, die nur zu sehr gefehlt hat. Es sind diese auf Bildung notdürftig Gedrillten keine bequeme Gesellschaft; aber sie sind sehr wohl zu gewinnen und in der Hand zu behalten.

Hier ist jetzt die Freude über den Fall des Schulgesetzes[105]) obenauf, und die Leute räsonnieren, wie mir scheint, in den Mittelklassen weniger. Ein guter

---

[105]) Graf Robert v. Zedlitz und Trützschler (geboren 1837) war März 1891 bis März 1892 preußischer Kultusminister; er stürzte über sein konservativ-ultramontan gefärbtes Volksschulgesetz. Reichskanzler Caprivi, der ihn entschieden verteidigt hatte, trat als preußischer Premier zurück und blieb nur Minister des Auswärtigen.

[106]) Graf Botho Eulenburg (geboren 1831), wurde nach Caprivis Rücktritt vom preußischen Präsidium Premier, im August Minister des Innern und blieb es bis 1894. Vorher war er Oberpräsident von Hessen-Nassau gewesen.

Digitized by Google

Regierungspräsident wäre aber nötig. Wir waren schon so weit, daß ruhige Leute von der „guten alten Zeit Herzog Adolfs“ handelten. Hat das auch nicht viel zu sagen, es ist doch eine Anzeige, wie tief die patriotische Wärme gesunken ist ...

*

Siebleben, 15. Juli 1892.

Lieber Freund!

Von Herzen Dank für Ihre und Ihres lieben Gemahls treue Wünsche. Den erwähnten Tag, der ja wohl in meinen Jahren ernst genommen werden könnte, habe ich in behaglicher Stille heiter an der Seite einer guten Frau verbracht und mich über die Grüße, welche das alte Kirchdorf vortrug, als guter Nachbar gefreut. Es war in diesen Wochen sehr hübsch hier, und ich genoß wieder einmal die Blüten des Gartens vom Flieder an, der den Reigen eröffnete, bis zu der Linde, welche gerade jetzt ihren Wohlgeruch in unsre Stuben sendet. Dazu prächtiges Wetter, nicht heiß, jeden Tag Sonnenlicht und dazwischen leichten Tropfenfall. Doch geht die schöne faule Zeit jetzt zu Ende, in der nächsten Woche müssen wir nach Wiesbaden zurück. Von dort melde ich mich sogleich.

Was Sie über Bismarck und Caprivi schreiben, ist in wenig Worten das Beste, was sich über sie sagen läßt. Auch mein guter Dove ist mit seiner Zeitung viel zu sehr in Bism[arcks] Fahrwasser gekommen. Dafür ist ein andrer Grenzbote aus der guten Zeit, Rößler, jetzt als Wirklicher Legationsrat in das Auswärtige Amt getreten und Partisan Caprivis geworden.[107]) Nach seiner Flugschrift und deren Folgen war so etwas zu erwarten. Er ist gutes Muts wie immer, vermeidet aber zu schreiben, was man am liebsten gewußt hätte, wie er sich nämlich mit Bism[arck] auseinandergesetzt hat. Auch Eckardt[108]) ist in diesem Lager beschäftigt und wieder als Journalist. Gegenwärtig ist der Federngeneralstab des alten Kanzlers bei weitem der tätigere, allerdings weil der Kommandierende selbst ein ausgezeichneter Journalist ist ...

*

Blankenberghe, 25. September 1892.

Lieber Freund!

Wieder herzlichen Dank für Ihren treuen Gruß. Er traf mich als Genesenden. Ich war hierhergegangen, um eine bedenkliche Vorliebe für Bronchialkatarrhe loszuwerden, aber der Racker hatte mich hier noch erwischt. Die gute Pflege half. Zuletzt muß meine liebe Hausfrau die Zeche bezahlen, durch Aengste und Störungen ihrer Ruhe und Gesundheit. Jetzt kehren wir in einigen Tagen, 30., nach Wiesbaden zurück, und ich freue mich bereits auf das Wiedersehen mit Ihnen und Ihrem lieben Gemahl.

---

[107]) Vgl. Hans Delbrücks Lebensskizze Konstantin Rößlers in seinen von seinem Sohne Walter herausgegebenen „Ausgewählten Aufsätzen“ (Berlin 1902).

[108]) Julius v. Eckardts „Lebenserinnerungen“, Bd. II (Leipzig 1910), brechen absichtlich schon im Herbst 1891 ab; vgl. Vorbemerkung des Herausgebers S. IV.

Digitized by Google

Hier ist's still geworden, die Hotels bereiten sich zu schließen. Himmel und Meer aber sind schön geblieben und die Herbstluft ist frisch, aber wohltuend. Der Schatten, welchen die Krankheit[109]) über Deutschland geworfen hat, zeigt sich auch in einer ernsthafteren Betrachtung der Dinge; sogar hier hat man den Mut gewonnen, die geheime Spielbank aufzuheben, man desinfiziert eifrig und trinkt Rotwein, berühmt sich auch des guten Gesundheitsstandes.

Die Arbeit des Gehirns aber gedeiht hier nicht, ich wenigstens habe nicht viel gelesen und nur wenige Seiten für einen Bekannten geschrieben. Es mag wohl sein, daß in höheren Jahren der Verbrennungsprozeß in der Schädelklappe langsamer ist. Was aber ebenso sehr die Wärme mindert, welche für ein frisches Schaffen nötig ist, das wird gerade die Masse dessen sein, was man erlebt, geschrieben und getan hat; denn dies Abgetane mindert den Reiz und die Frische für Neues und befördert die Philosophie Ben Akibas: Alles schon dagewesen. Das Vertrauen wird geringer: zu bilden und lehren, die Menschen zu bessern und zu bekehren. Jedes junge Geschlecht ist in seine Dummheiten verliebt und lehnt sich gegen eine schulmeisterliche Klugheit auf, nicht ohne Grund, denn es folgt einem Drange, der zuletzt unwiderstehlich ist und nicht wegkorrigiert werden kann.

Mit vielem, was unter den Deutschen Bewegung schafft, kann man im Grunde sich, als mit einem notwendigen Prozeß, auch gegenüber Lästigem und Unerfreulichem, wohl abfinden; Sozialdemokratie, Zentrum, Kriegsbudget werden uns nicht umbringen, im Gegenteil. Aber an einer Stelle haftet immer sorgenvoll der Blick ... Wie kann da gebessert werden? Mit dem Gedanken trage ich mich immerfort herum, man möchte hier einsetzen, um zu helfen. Aber wie? — Für uns ist jetzt König Albert wertvoll, er wenigstens ist durch seine Erfolge gut reichstreu geworden, und er hat ja jetzt nicht mehr nötig, für seine Eisenbahnen[110]) zu fürchten, wie damals, wo er bei dem preußischen Anlauf dagegen zu Wachsmuth sagte: „Dann können sie den übrigen Krempel auch mitnehmen." Für uns Preußen aber ist es neu, daß die Bayern sich als Großmacht mit Selbstgefühl regen ...

*

Wiesbaden, 26. Oktober 1892.

... Ueber Ihre Arbeit hoffe ich Ihnen recht bald mündlich Rede zu stehen. Was Sie uns darin gönnen, ist, wie ich erwartete: immer große Gesichtspunkte und Marsch auf der rechten Straße. Freilich, dem Titel entspricht der Inhalt nicht ganz, denn Sie handeln in der Hauptsache nur über Zentrum und Sozialisten

---

[109]) Die Cholera.

[110]) Vgl. dazu namentlich Richard Freiherr v. Friesen: Erinnerungen aus meinem Leben, 3. Bd., herausgegeben vom K. sächs. Gesandten in München, Exz. Heinr. Freiherrn v. Friesen (Dresden 1910), S. 300—375; es handelt sich dabei hauptsächlich um die Verhandlungen der Jahre 1875 und 1876. Auch F. Jungnickels Monographie über Alb. v. Maybach (Stuttgart 1911) bietet manches hierüber. Zu „Wachsmuth" (Direktor der Allg. Deutschen Kreditanstalt in Leipzig) vgl. u. a. Freytags Brief vom 16. Juli 1886.

Digitized by Google

und behalten vieles andre für sich. In dem aber, was Sie geben, habe ich wieder manche Belehrung gefunden und Freude an den Ideen gehabt, welche Sie zur Besserung des Ungenügenden darbieten. Für den Druck wäre der gegenwärtige Stand der Arbeit noch nicht umfangreich genug. Vielleicht gewinnen Sie bei nächster äußerer Veranlassung wieder Freude an Fortsetzung des Werkes.

... Die neue Militärvorlage [111]) fällt in die ungünstigste Zeit, die zu denken war. Es ist keinem zu verdenken, wenn er zweifelt, ob das Reich eine Mehrbelastung von nominell 60 Millionen, wie sich aber sehr bald als Konsequenz herausstellen wird, von 100 Millionen jährlich, ertragen kann, in einer Zeit, in welcher die Alters- und Invalidenversorgung und andre soziale Belastungen mit ihren ungeheuren Fragezeichen einengen, und die Erwerbenden und Besitzenden durch neue Forderungen von allerlei Art sich gerupft fühlen. Dazu Caprivi als sensibler Gentleman. Das wird ein streitbarer Winter werden ...

*

Wiesbaden, 21. November 1892.

Lieber Freund!

Während ich im Lesen Ihres Memoires vertieft war, kam Ihr lieber zweiter Brief. Die Mitteilungen sind in Wahrheit alarmierend. Sie selbst antworten auf die nächstliegende Frage, was geschehen soll, d. h. was der einzelne zu tun vermag. Geht der Handel Zug um Zug, so stürzt C[aprivi] ruhmlos mit der abgeworfenen Militärvorlage, selbst wenn er die Absicht hätte, zuletzt große Konzessionen darin zu machen; bleibt es bei Versprechungen gegen das Zentrum, welchen spätere Erfüllung verheißen wird, so fällt er doch über dem Versuch, sein Wort einzulösen ...

*

Wiesbaden, 9. Juni 1893.

... Wir haben hier Sonnabend und Sonntag Fest alter Korpsstudenten, zu denen ich auch gehöre, ich glaube als Senior, denn ich zähle 116 Semester. Ich habe aber keine Lust, an dieser Spielerei mit Korpsbändern teilzunehmen, weil ich mit der anspruchsvollen Entwicklung des Korpslebens nicht einverstanden bin: hohe Wechsel, Klubhäuser usw. Der Vorteil war immer zweifelhaft, jetzt sind die Nachteile größer geworden. Außerdem ist W[iesbaden] in einiger Wahlaufregung; auch Sie haben einen Wahlaufruf unterzeichnet, der mir vorgelesen wurde, und wir werden zusammen darauf stehen. Doch mißtraue ich der Wirkung. Aber pflichtgetreu bin ich für Herrn Köpp begeistert, um so fröhlicher, da ich sonst gar nichts von ihm weiß. Das Bild über den Erfolg der Wahlen, das man sich nach den Zeitungen machte, ist nicht anmutig ...

*

---

[111]) Die Militärvorlage vom 23. November 1892 (492068 Mann Präsenzstärke) wurde vom Reichstage am 6. Mai 1893 abgelehnt.

Digitized by Google

Wiesbaden, 21. Juni 1893.

Lieber Freund!

„Nichts Gewisses weiß man nicht", doch bevor wir um eine Woche älter sind, wird sich, wie ich besorge, Jämmerliches ergeben. Im besten Fall werden wenige Stimmen die Militärvorlage[112]) retten. Auch dies wird ein Glück sein.

Sie haben sicher recht, daß man an das Wahlgesetz gegenwärtig nicht rühren soll. Es ist wahr, dies Gesetz, in einer Zeit der Siegesfreude, großer Hoffnungen und übergroßer Zuversicht gegeben, hat das Ansehen des Reichstags sehr heruntergebracht und bedroht die Regierung unablässig mit Verlegenheiten und Konflikten. Anderseits ist es ein soziales Barometer geworden, welches genauer als in irgendeinem andern großen Staat alle Interessen, Verbildungen, Strömungen des Volksgeistes darstellt und alle politische Leidenschaft zu Rücksichten und zu Kompromissen zwingt. Daß die deutschen Sozialisten nicht Verschwörer und Mordbrenner geworden sind, daß der Haß der Klassen und Interessen nicht in abenteuerlichen Attentaten explodiert, verdanken wir dem Staatshospital und der großen Kinderbewahranstalt des Reichstags. Man kann diese Bändigung der Individuen für ein hohes oder ein geringes Glück halten, und man mag mißtrauen, ob dieser Bildungs- und Abklärungsprozeß sich für alle Zeit wirksam erweisen wird. Sicher ist aber, daß er in unsern Jahren der größten Kulturwandlungen als Bändiger und Erzieher gewirkt hat.

Für die Regierenden ist freilich das große Problem, wie die Schnüre der Staatsbörse vor den Fraktionen, welche dieselbe unverständlich festhalten wollen, freigehalten werden können. Denn das Geldbewilligungsrecht ist doch immer die Sorge.

Für die übersandten Bücher danke ich, in diesen Tagen soll der Schillerbericht verfertigt werden; der Talisman von Fulda[113]) hat die meisten Aussichten.

Regen würden wir sehr gern herabbeschwören, bis jetzt waren alle Zaubersprüche fruchtlos, die Hitze unerfreulich. Die liebe Hausfrau ist ein wenig unwohl, was sie nicht hindert, ihre wärmsten Grüße in das Haus Stosch zu senden.

Herzog Ernst hat heut seinen 75. Geburtstag; er hat mir heut das Patent des Wirklichen Geheimen gesandt[114]) — die Wirklichkeit ist hmhm!

Wann wir fortkommen, wird sich ergeben, wenn das Frauchen wieder bei Wege ist. Darüber schreiben wir noch. Bis dahin Ihnen und Ihrem lieben Gemahl innigen Gruß und Huldigungen Ihres

getreuen

Freytag.

*

[112]) Der am 14. und 24. Juni gewählte Reichstag nahm am 15. Juli mit 201 gegen 185 Stimmen den nach den Vorschlägen Huenes umgestalteten Gesetzentwurf an (Friedenspräsenzstärke 479 229 Mann).

[113]) 1893 wurde der Schillerpreis nicht vergeben.

[114]) Herzog Ernst hatte zur Feier seines eignen letzten Geburtstags den letzten Huldbeweis, den er noch zu vergeben hatte, die „Exzellenz", dem Freund erteilt. Am 1. August traf den Herzog ein Schlaganfall, dem er am 22. August erlag.

Digitized by Google

und behalten vieles andre für sich. In dem aber, was Sie geben, habe ich wieder manche Belehrung gefunden und Freude an den Ideen gehabt, welche Sie zur Besserung des Ungenügenden darbieten. Für den Druck wäre der gegenwärtige Stand der Arbeit noch nicht umfangreich genug. Vielleicht gewinnen Sie bei nächster äußerer Veranlassung wieder Freude an Fortsetzung des Werkes.

... Die neue Militärvorlage[111]) fällt in die ungünstigste Zeit, die zu denken war. Es ist keinem zu verdenken, wenn er zweifelt, ob das Reich eine Mehrbelastung von nominell 60 Millionen, wie sich aber sehr bald als Konsequenz herausstellen wird, von 100 Millionen jährlich, ertragen kann, in einer Zeit, in welcher die Alters- und Invalidenversorgung und andre soziale Belastungen mit ihren ungeheuren Fragezeichen einengen, und die Erwerbenden und Besitzenden durch neue Forderungen von allerlei Art sich gerupft fühlen. Dazu Caprivi als sensibler Gentleman. Das wird ein streitbarer Winter werden ...

*

Wiesbaden, 21. November 1892.

Lieber Freund!

Während ich im Lesen Ihres Memoires vertieft war, kam Ihr lieber zweiter Brief. Die Mitteilungen sind in Wahrheit alarmierend. Sie selbst antworten auf die nächstliegende Frage, was geschehen soll, d. h. was der einzelne zu tun vermag. Geht der Handel Zug um Zug, so stürzt C[aprivi] ruhmlos mit der abgeworfenen Militärvorlage, selbst wenn er die Absicht hätte, zuletzt große Konzessionen darin zu machen; bleibt es bei Versprechungen gegen das Zentrum, welchen spätere Erfüllung verheißen wird, so fällt er doch über dem Versuch, sein Wort einzulösen ...

*

Wiesbaden, 9. Juni 1893.

... Wir haben hier Sonnabend und Sonntag Fest alter Korpsstudenten, zu denen ich auch gehöre, ich glaube als Senior, denn ich zähle 116 Semester. Ich habe aber keine Lust, an dieser Spielerei mit Korpsbändern teilzunehmen, weil ich mit der anspruchsvollen Entwicklung des Korpslebens nicht einverstanden bin: hohe Wechsel, Klubhäuser usw. Der Vorteil war immer zweifelhaft, jetzt sind die Nachteile größer geworden. Außerdem ist W[iesbaden] in einiger Wahlaufregung; auch Sie haben einen Wahlaufruf unterzeichnet, der mir vorgelesen wurde, und wir werden zusammen darauf stehen. Doch mißtraue ich der Wirkung. Aber pflichtgetreu bin ich für Herrn Köpp begeistert, um so fröhlicher, da ich sonst gar nichts von ihm weiß. Das Bild über den Erfolg der Wahlen, das man sich nach den Zeitungen machte, ist nicht anmutig ...

*

[111]) Die Militärvorlage vom 23. November 1892 (492068 Mann Präsenzstärke) wurde vom Reichstage am 6. Mai 1893 abgelehnt.

Digitized by Google

Wiesbaden, 21. Juni 1893.

Lieber Freund!

„Nichts Gewisses weiß man nicht", doch bevor wir um eine Woche älter sind, wird sich, wie ich besorge, Jämmerliches ergeben. Im besten Fall werden wenige Stimmen die Militärvorlage[112]) retten. Auch dies wird ein Glück sein.

Sie haben sicher recht, daß man an das Wahlgesetz gegenwärtig nicht rühren soll. Es ist wahr, dies Gesetz, in einer Zeit der Siegesfreude, großer Hoffnungen und übergroßer Zuversicht gegeben, hat das Ansehen des Reichstags sehr heruntergebracht und bedroht die Regierung unablässig mit Verlegenheiten und Konflikten. Anderseits ist es ein soziales Barometer geworden, welches genauer als in irgendeinem andern großen Staat alle Interessen, Verbildungen, Strömungen des Volksgeistes darstellt und alle politische Leidenschaft zu Rücksichten und zu Kompromissen zwingt. Daß die deutschen Sozialisten nicht Verschwörer und Mordbrenner geworden sind, daß der Haß der Klassen und Interessen nicht in abenteuerlichen Attentaten explodiert, verdanken wir dem Staatshospital und der großen Kinderbewahranstalt des Reichstags. Man kann diese Bändigung der Individuen für ein hohes oder ein geringes Glück halten, und man mag mißtrauen, ob dieser Bildungs- und Abklärungsprozeß sich für alle Zeit wirksam erweisen wird. Sicher ist aber, daß er in unsern Jahren der größten Kulturwandlungen als Bändiger und Erzieher gewirkt hat.

Für die Regierenden ist freilich das große Problem, wie die Schnüre der Staatsbörse vor den Fraktionen, welche dieselbe unverständlich festhalten wollen, freigehalten werden können. Denn das Geldbewilligungsrecht ist doch immer die Sorge.

Für die übersandten Bücher danke ich, in diesen Tagen soll der Schillerbericht verfertigt werden; der Talisman von Fulda[113]) hat die meisten Aussichten.

Regen würden wir sehr gern herabbeschwören, bis jetzt waren alle Zaubersprüche fruchtlos, die Hitze unerfreulich. Die liebe Hausfrau ist ein wenig unwohl, was sie nicht hindert, ihre wärmsten Grüße in das Haus Stosch zu senden.

Herzog Ernst hat heut seinen 75. Geburtstag; er hat mir heut das Patent des Wirklichen Geheimen gesandt[114]) — die Wirklichkeit ist hmhm!

Wann wir fortkommen, wird sich ergeben, wenn das Frauchen wieder bei Wege ist. Darüber schreiben wir noch. Bis dahin Ihnen und Ihrem lieben Gemahl innigen Gruß und Huldigungen Ihres

getreuen

Freytag.

*

---

[112]) Der am 14. und 24. Juni gewählte Reichstag nahm am 15. Juli mit 201 gegen 185 Stimmen den nach den Vorschlägen Huenes umgestalteten Gesetzentwurf an (Friedenspräsenzstärke 479229 Mann).

[113]) 1893 wurde der Schillerpreis nicht vergeben.

[114]) Herzog Ernst hatte zur Feier seines eignen letzten Geburtstags den letzten Huldbeweis, den er noch zu vergeben hatte, die „Exzellenz", dem Freund erteilt. Am 1. August traf den Herzog ein Schlaganfall, dem er am 22. August erlag.

Digitized by Google

Siebleben, 7. Juli 1893.

Lieber Freund!

Aus dem durstigen Thüringen grüßen und danken wir für gute Freundschaft, ich noch besonders für die Mitteilung Ihres Briefes.

Was Sie mir für den Herzog schrieben, konnte ich sogleich an den Mann bringen, denn er kam wenige Stunden nach Ihrem Briefe in Sicht.[115]) Er vernahm Ihre Erörterung, ich hielt für richtig, Sie als den Autor zu nennen, um der Idee das wünschenswerte Gewicht zu geben — mit Respekt und Anerkennung, und sprach seine Meinung etwa so aus: Der König wird sich zu solchem Rat für den K[aiser] nie entschließen, denn gerade er findet in den Zuständen seines Landes das Motiv für Beibehaltung des bisherigen Zustandes, dort ist der Sozialismus am weitesten eingedrungen in Presse und Bevölkerung, und jede Konzession an die „Oeffentlichkeit" würde auch bei geringster Veranlassung der skandalluſtigen Presse eine Handhabe geben, den Haß zu schüren, zu lügen und zu verleumden. Der Kriegsherr behalte das Heer nur in der Hand, wenn der Soldat dem Kriegsherrn und der militärischen Leitung ganz und völlig angehören und kein andrer Herr — Bebel und die Presse — sich einmischen dürfe, ohne kurz zurückgewiesen zu werden. Was in ruhigen Zeiten vielleicht Pflicht werde, sei jetzt mitten im Kampfe eine Schwächung der Autorität. — Wieweit der Herzog selbst diese Ansicht teilt, vermochte ich nicht genau zu erkennen, ich erhielt den Eindruck, daß er ihr nicht fernsteht. — Interessant war, daß er die Königin von England mehr lobte, als er sonst getan, mit vieler Wärme: „Sie wird in ihren alten Tagen immer besser." Offenbar kam dies Urteil nicht allein daher, weil die Dame ihm selbst in seinen Fideikommißangelegenheiten gefälliger ist. Und man muß ihren persönlichen Briefeinfluß auf die Weltgeschäfte für bedeutend halten.

Der Herzog selbst hat gealtert, und es war für einen alten Bekannten wehmütig, daß er, der sonst so rüstig war, auf sein körperliches Befinden beständig Rücksicht nehmen muß. Ich fürchte, daß auch die Jagd ihm beschwerlich wird. Seine Tagesfreude ist jetzt die Opernpreisbewerbung.[116])

Wir sitzen hier ganz still wie die Zaunkönige. Die Trockenheit ist schlimmer als am Rhein, die armen Leute müssen ihr Vieh verkaufen. Aber der Wein muß Freude machen. Meine Hausfrau schickt tausend herzliche Grüße, ich bitte Ihrem lieben Gemahl meine treue Verehrung mitzuteilen und lieb zu behalten

Ihren

getreuen

Freytag.

*

[115]) Am 4. Juli. Zu dem Memoire v. Stoschs vgl. die Briefe vom 26. Oktober und 21. November 1892. Mit dem „König" ist anscheinend König Albert von Sachsen gemeint. In diesem Lande hatte das Anwachsen der Sozialdemokratie die unglückliche Wahlrechtsverschlechterung vom 28. März 1896 zur Folge.

[116]) Die Opernfestspiele zu Gotha Ende Juli.

Digitized by Google

Siebleben, 12. August 1893.

... Der Schlaganfall, welcher den Herzog getroffen hat,[114]) scheint Vorbote völliger Umnachtung und Auflösung [zu sein]. Es ist natürlich, daß die Herzogin, welche sogleich zur Pflege nach Reinhardsbrunn kam, die Hoffnung nicht aufzugeben vermag; aber die Aerzte und die Getreuen seiner Umgebung haben die Befürchtung, daß die Umnachtung seines Geistes bis zum Ende fortdauern werde, dessen Eintreten vielleicht nicht mehr lange zu verhindern sei. Das war im Grunde auch Gerhardts[73]) Meinung, der den Kranken noch weniger apathisch sah, als er jetzt ist. Dies Ereignis hat auch die Unternehmungslust in Siebleben gelähmt. Man vermag weder zu helfen noch zu trösten, aber die Sorge um eine Entscheidung in naher Zeit hat uns doch bisher festgehalten, wir waren einigemal in Reinhardsbrunn, und der treue Tempeltey schreibt täglich, immer trauriger. Vor der Oeffentlichkeit sucht man das Sachverhältnis begreiflicherweise noch zu verhüllen. Doch erschien der Herz[og] von Edinburg[117]), der sich als Thronfolger betrachtet, sogleich ... Ein Widerstand im Lande gegen des Edinburgs Nachfolge ist ganz außer Frage; daß er englischer Admiral ist, kann um so weniger stören, da der Kaiser dieselbe Charge mit Stolz einnimmt; Caprivi wird gerade jetzt, wo das Quetschen Deutschlands zwischen Rußland und Frankreich begonnen hat, vielleicht für wertvoll halten, einer russischen Prinzessin Angenehmes zu erweisen — Bis[marck] hätte es auch dafür gehalten ...

*

Blankenberghe, 15. September 1893.

Lieber Freund!

Das unaufhörliche Rauschen der Wellen am Strande bringt dem Binnenländer in sein Tagesleben eine Ruhe, Einförmigkeit und Faulheit, für die es kein Lob gibt, außer daß sie gesund sein soll. Unser Hotel, die Gäste darin, die kleinen Vergnügungen, sind unverändert, der schöne Herbst hält noch viele hier fest, wohl zumeist den spielenden Kindern zuliebe. Wir leben still dahin im Menschenschwarme ... Das Bad hat seinen Familiencharakter bewahrt; doch ist die Anzahl der Deutschen so groß, daß man überall um sich heimische Laute vernimmt.

... Wenn die Flottenverbrüderung von Toulon ohne ernsthafte Explosionen der franz[ösischen] Narrheit vorübergeht, wollen wir mit der Ernte dieses Jahres leidlich zufrieden sein. Gar schlimm daran sind die Engländer. Ansprüche über den halben Erdball, sie haben so vielerlei verschiedene Briefmarken wie alle andern Regierungen zusammen, und sie haben sich das Recht, in fünf bis sechs Weltteilen das Bild ihrer Königin auf die Postsachen zu kleben, durch lange

---

[117]) Prinz Alfred, Herzog von Edinburg, vermählt mit der Großfürstin Maria von Rußland, war Herzog von Sachsen-Koburg und Gotha 1893 bis 1900. Seine Stellung als englischer Admiral legte er nieder. Das Eintreten der Erbfolge des fremden Prinzen hatte Freytag schon in einem Briefe vom 6. Januar 1869 befürchtet.

Digitized by Google

Arbeit, Klugheit und Kraft errungen. Jetzt vermögen sie den ungeheuern Besitz nicht mehr zu behaupten; wie es scheint, ist diese Herrschaft auch einem großen Teil der Engländer ziemlich gleichgültig. Daß aber in Engl[and] Gladstones Homerule für Irland so ernst genommen werden konnte und daß in Wahrheit ernste Männer an eine so verrückte Preisgabe dieser Insel denken können, das ist uns andern doch unverständlich. Wenn Preußen Posen von sich ablöste und zu einem eignen kleinen Reichstag begnadigte, so wäre das immer noch verständlicher als eine Ueberlieferung Irlands an Frankreich oder Nordamerika ...

*

Wiesbaden, 19. Mai 1894.

... Was Sie mir als Urteil eines Industriellen über die österreichische Bildungskraft mitteilen, ist sicher wohl begründet, wo es sich um einen Wettkampf auf altem Kulturboden und um starke Anspannung des Scharfsinns handelt, zuletzt um das, was man Charakter nennen kann. Auch in Oesterreich sind die stärkeren Kräfte wohl in großem Prozentsatz Deutsche aus unserm Reich und Juden, welche dort eine ganze Schar von Edeln, Rittern und Freiherrn formieren, die den Stand der alten Grundbesitzer emsig aus den Sitzen drängt. Außerdem aber ist auch in der süddeutschen Rasse trotz der Pfaffenwirtschaft eine Tüchtigkeit vorhanden, die wir nicht unterschätzen wollen. Schon das alte Oesterreich schuf Verkehrsstraßen, die lange bewundert wurden, und was jetzt nach dieser Richtung geschieht, an der unteren Donau, in Bosnien, in aller Stille, das kontrastiert sehr mit den Kanaldebatten in unsern Landtagen usw. Auch für Privatunternehmungen ist die behagliche Fazilität, welche einmal fünf gerade sein läßt, mit den Hindernissen zu rechnen gewöhnt ist und inländische Konkurrenz weniger ängstlich zu berechnen hat, zuweilen vorteilhaft. Es ist ein Schaffen auf neuem Grunde, wo die Landräte und Ministerialverfügungen selten einengen. Viele Quadratmeilen Wald in den Karpathen, der Bukowina und Siebenbürgen brachten der Regierung und den Privatbesitzern kaum einen Ertrag, der Unternehmer übernimmt die Waldkultur des riesigen Terrains nicht mehr zum Niederschlagen, sondern zu rationeller Verwaltung und Verwertung auf längere Reihe von Jahren, er baut Eisenbahnen, Sägemühlen, Walddörfer, schlägt und forstet neu auf, zieht Beamte, Kultivatoren, Arbeiter und verwandelt die Wildnis allmählich in eine Landschaft mit tätigen Staatsbürgern.

Es ist richtig, wir sind über diese Art von Industrie bereits hinaus, für Oesterreich ist sie jetzt die nächste Bedingung eines wesentlichen Fortschritts, dem notwendig andre folgen ...

*

Wiesbaden, 4. Februar 1895.

... Sonst habe ich hier nichts Neues, was Ihnen passen würde. Daß Graf Philipp Eulenburg niemals Ministerpräsident zu werden Aussicht hat, möchte ich fest behaupten nach Lektüre seines Kinderbuches Erich und Erika. Er ist ein so weicher, warmherziger, romantisch angehauchter kleiner Lyriker, schwach

Digitized by Google

im Kombinieren und Erfinden, und ich denke, selbst der Kaiser wird mehr sein Gemüt als seinen Verstand lieben. Es ist auch schwer zu denken, daß diese kontemplative Seele irgendwelchen administrativen Ehrgeiz hat ...

*

Wiesbaden, 30. März 1895.

... Und nun will ich Ihnen das Geständnis ablegen, daß ich herzlich wünsche, der 1. April wäre vorüber und wir der Lektüre von Bismarck auf einige Zeit enthoben. Es wird des Guten zu viel. Er durfte ja wohl die Festfeier nicht ablehnen, denn sie hat noch eine höhere als die persönliche Bedeutung; aber die unermeßliche Fülle der Leitartikel, Gedichte, Toaste erdrückt den eifrigsten Zeitungsleser. Ich habe mich enthalten, meine Gratulationskarte d[urc]h einen Artikel abzugeben. Aber als alter Betrachter von Menschenleben vermochte ich eine stille Bewunderung gütiger Vorsehung nicht abzuwehren. Jedem großen geschichtlichen Leben wird zuletzt ein tragisches Schicksal bereitet, durch vieles, was man erlebt und getan hat, borniert man sich selbst die Unbefangenheit, innere Freiheit und Größe; je länger man sich geltend macht, desto größer wird die Macht der widerstrebenden Kräfte. Auch Bismarck mußte das erleben. Hätte ihn der Kaiser noch kurze Zeit im Amte ertragen, er würde sich an Junkern, Ultramontanen und Sozialisten abgenutzt haben, und sein Scheiden wäre eine dauernde Bitterkeit geworden. Jetzt aber ist gerade das, was ihm als der größte Schmerz und uns andern als sein Verhängnis erschien, die Erhebung seines Alters geworden. Eine Popularität und eine Betätigung der allgemeinen Dankbarkeit, wie sie nie ein Deutscher gehabt hat. Seine Entlassung ist sein letztes großes Glück, seine Sühne geworden ...

*

Wiesbaden, 26. April 1895.

Liebster Freund!

Die Frau schreibt, ich sitze diktierend. Eigentlich weiß ich gar nicht recht, wie ich durch einen Anfall heruntergekommen sein soll, es war in der Tat nur einer von den zahlreichen Fällen der Atemnot, wie sie dem Spaziergänger vorkommen. Dem Zufall, daß an einem Tag zwei ärztliche Größen (Professor Freund, Straßburg, und mein alter Dr. Bahrdt aus Leipzig) im Hause zusammentrafen, aus dem Umstand ist mehr Rede über mein Ausspannen gemacht worden, als nötig war, zumal auch der hiesige Arzt Ricker sich seitdem vom Morgen bis zum Abend durch Besuche gefällig erweist.

Ich fühle keine Niederlage, nur den Schwächezustand,[118]) vielleicht etwas lebhafter als sonst, zumal ich von meinen weiblichen Hausdoktoren in so energischer Zucht gehalten werde, daß ich gar nicht aufjapsen kann. Es wird mir große Freude sein, Sie hier zu sehen, ich bin den ganzen Morgen, außer wenn ich

[118]) Am 30. April ist Gustav Freytag verschieden. Der vorliegende sollte sein letzter Brief an Freund Stosch sein.

Digitized by Google

beschäftigt bin, die Frühstücksanerbieten meiner Frau abzuwehren, erfreut, menschlichen Zuspruch zu haben.

Innige Grüße ins Haus und in eine Natur, die jetzt doch blühen muß, mag sie wollen oder nicht. Ihr

getreuster

Freytag.

Die Zukunft der türkischen Finanzen

Von

Mehmed Djavid Bey,

vormaligem türkischem Finanzminister (Konstantinopel)

Im vorhergegangenen Artikel[1]) habe ich die Zukunft der ottomanischen Staatsschulden untersucht und bin zu dem Schluß gelangt, daß für die Besitzer der ottomanischen Schuldtitel keinerlei Gefahr besteht. Aber diese Sicherheit der Gegenwart und der Zukunft genügt nicht, um eine genaue Vorstellung von den türkischen Finanzen im allgemeinen zu geben.

Alle jene Schulden, die wirkliche Garantien haben, würden keine Beeinträchtigung erfahren, selbst wenn die Türkei sich in einer finanziellen Verlegenheit befände. Und die Türkei, die die Erfüllung ihrer Verpflichtungen immer ernst genommen hat trotz aller Gerüchte, die bei jeder unheilvollen Gelegenheit — dem Türkisch-Italienischen Krieg, dem Balkankrieg — in Umlauf gesetzt wurden, ist niemals dieser guten Regel für ihr Verhalten untreu geworden. Wird aber diese junge Türkei, die eine recht schwere Schuldenlast vom hamidischen Regime übernommen hat, die genötigt war, neue Anleihen zur Befestigung des neuen Regimes aufzunehmen und die sich zweifellos, wenn erst der Krieg beendet sein wird, abermals an den europäischen Kredit wird wenden müssen — wird sie lebensfähig sein? Besteht für die Türkei eine Aussicht auf finanzielles Gedeihen? Wird der ungeheure Verlust eines sehr großen Teiles ihrer europäischen Länder es nicht unmöglich machen, daß die Türkei in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht bessere Tage sieht?

Diese Fragen möchte ich hierzu beantworten.

*

Das Einnahmebudget der Türkei ist ziemlich einfach; es umfaßt nur zehn Abteilungen mit 56 Artikeln einschließlich der Rückzahlungen und der zugunsten der Pensionskassen gemachten Abzüge.

Die erste Abteilung enthält die direkten Steuern, deren wichtigste folgende sind: Grund- und Immobiliensteuern; Gewerbesteuern (Temettu); Steuern für

---

[1]) „Deutsche Revue," Februar-Heft 1913.

Digitized by Google

die Befreiung vom Militärdienst; Aghnams (Steuern auf Vieh); Zehnten und sonstige Leistungen.

Die zweite Abteilung umfaßt Stempel- und Eintragungsgebühren.

Die dritte Abteilung enthält die indirekten Abgaben, deren wichtigste sind: Zölle, Abgaben auf Spirituosen, Fischereiabgaben, Jagdscheine.

Die vierte Abteilung enthält die Monopole, deren wichtigste Salz, Tabak, Post und Telegraphen sind.

Die fünfte Abteilung umfaßt die Erträgnisse der vom Staat betriebenen industriellen oder Bergwerksunternehmungen.

Die sechste Abteilung umfaßt die Erträgnisse der Staatsdomänen.

Die siebente Abteilung umfaßt die festen Tribute von Aegypten, Zypern, dem Berg Athos und Samos.

Die achte Abteilung umfaßt die verschiedenen Einkünfte, die aus den Schulen, den Einnahmen und Gewinnen der Konzessionsgesellschaften usw. stammen.

Die neunte Abteilung umfaßt die Rückzahlungen der den Eisenbahngesellschaften oder den landwirtschaftlichen Unternehmern geliehenen Summen an den Staat.

Die zehnte Abteilung endlich enthält die Abzüge für die Pensions- und Disponibilitätskassen.

Nach dem Voranschlag belief sich das Einnahmebudget für das Jahr 1328 (1912/13) auf 3 051 415 854 Piaster, das heißt annähernd 30 Millionen Pfund.[1]) Mehr als acht Zehntel dieser Einnahmen fließen aus folgenden Quellen:

	Piaster
Zehnte	769 824 300
Zölle	500 000 000
Grund- und Immobiliensteuern	293 811 000
Aghnams	204 384 000
Salz	121 400 000
Tabak	110 233 300
Befreiung vom Militärdienst	107 643 000
Post und Telegraph	88 100 000
Aegyptischer Tribut	78 489 000
Fronabgaben	55 393 800
Stempel	53 100 000
Gerichtsgebühren	46 260 500
Gewerbesteuern	39 740 000
Eintragungsgebühren	36 828 100
	2 505 207 000

Hierbei sind die 117 851 260 Piaster betragenden Abzüge für die Pensionskassen der Zivilverwaltung, des Heeres und der Geistlichkeit nicht mitgerechnet.

[1]) Ein türkisches Pfund ist = 102,60 Piaster.

Digitized by Google

Seit dem neuen Regime haben unsre Einnahmen jedes Jahr eine ständige Zunahme gezeigt.

Die Einnahmen des Jahres 1324, in dem die Verfassung eingeführt wurde, betrugen gegen 25 Millionen Pfund. Das Jahr 1325 hat ein Ergebnis von mehr als 26,5 Millionen Pfund gebracht. Das Jahr 1326 hat mit mehr als 28 Millionen Pfund abgeschlossen. Auch das Jahr 1327 hat trotz des tripolitanischen Krieges eine Steigerung aufzuweisen gehabt. Während dieser sehr kurzen Zeitdauer und trotz aller inneren und äußeren Schwierigkeiten, die wir gehabt haben, trotz des Mangels an Menschen und Mitteln, trotz der vielen vom alten Regime überkommenen Mißstände sind allen unsern Einnahmequellen die Segnungen des Regimes der Konstitution zugute gekommen. Eine Zunahme um 100 Millionen Franken erzielt, nicht bloß ohne jede neue Belastung des Volkes, sondern sogar trotz mancher Steuernachlässe, ist nicht zu verachten! Dieses Ergebnis ist durch die Reorganisation des Finanzministeriums, durch eine sehr nützliche und sehr strenge Aufsicht, durch einen glühenden Eifer, Mißbräuche zu verhindern, erreicht worden. Das alte Regime kannte nur Ungerechtigkeiten; die Armen zahlten, andernfalls wurden sie verfolgt; die Reichen waren von allen Maßregeln ausgenommen, die das Gesetz vorgeschrieben hatte, um den Eingang der Abgaben zu sichern. Vor allem in Konstantinopel war dieses Regime der ungleichen Behandlung sehr sinnfällig. Das neue Regime hat, indem es dem Volk durch Beispiele zeigte, daß vor dem Gesetz vollkommene Gleichheit zwischen dem geringsten Dorfbewohner und dem größten Würdenträger des Reiches besteht, erzieherisch gewirkt, es hat seine Vaterlandsliebe gehoben und beim Volke die Erkenntnis wachgerufen, daß es seinen Verpflichtungen gegen den Staat nachzukommen habe.

Die Türkei hätte nur noch drei Jahre gebraucht, um ein ausgeglichenes Budget zu bekommen. Und wenn Europa den aufrichtigen Wunsch gehabt hätte, der jungen Türkei bei dem sehr edlen und sehr humanitären Werke, das sie unternommen hatte, beizustehen, so würde es sich damit einverstanden erklärt haben, die wirtschaftlichen Ketten zu lösen, die die Türkei gefangen halten, und wir hätten schon ein völlig gesundes und sehr verbessertes Finanzwesen, was nicht nur der Türkei, sondern allen europäischen Interessen, die dort beteiligt sind, zugute gekommen wäre.

Noch heute ist weder der Verlust von Tripolis und Benghasi, noch der der europäischen Provinzen dazu angetan, die Türkei zur Verzweiflung zu bringen. Man muß bedenken, daß alle diese Provinzen mehr zehrende als produktive Bestandteile des Türkischen Reiches waren.

Nach den Ergebnissen des letzten Jahres, dessen Ziffern bekannt sind, des Jahres 1327 (1911/12), brachten die Wilajets von Rumelien dem Staate folgende Summen ein:

	Piaster
Adrianopel	156 500 000
Saloniki	223 400 000

Digitized by Google

	Piaster
Skutari	15500000
Monastir	70300000
Kosovo	84000000
Janina	46300000
	596000000

Das ist der fünfte Teil der Einnahmen des Budgets. Zu dieser Summe muß aber der auf die rumelischen Wilajets entfallende Anteil an den Einnahmen aus der Tabakregie, Tombak, Leuchttürmen und landwirtschaftlichen Banken und der Anteil des Staates an den Gewinnen aus den orientalischen Eisenbahnen, im ganzen 38300000 Piaster, hinzugerechnet werden. Wird dieser Betrag zu der obenstehenden Summe addiert, so ergibt sich eine Gesamtsumme von 634300000 Piaster, das heißt etwas über sechs Millionen Pfund. Doch in dieser Summe sind die der Dette Publique abgetretenen und von ihr verwalteten Einkünfte sowie die Einnahmen aus den Zöllen inbegriffen, von denen ein Teil den Inhabern der Schuldtitel der durch die Zolleinnahmen von fünf Wilajets (Adrianopel, Saloniki, Brussa, Smyrna, Beirut) garantierten Anleihe gehört. Da die Balkanstaaten pro rata an der osmanischen Staatsschuld aufzukommen haben werden, so wird sich dieser Teil der für die Zinsen und die Amortisation erforderlichen Annuitäten — ungefähr eine Million Pfund — in unserm Ausgabenbudget verringern. Da andrerseits ein Teil des Wilajets Adrianopel türkisch bleiben wird, wird sich der Verlust, den wir an diesem Wilajet erleiden, auf die Hälfte seiner Einnahmen, das heißt auf 75000 Pfund, beziffern.

Kurz, die Verringerung unsrer Einnahmen wird nicht mehr $4^1/_2$ Millionen Pfund für alle verlorenen Gebiete betragen.

*

Das alte Regime kannte weder ein einheitliches Budget noch eine Spezialisierung der Ausgaben, noch auch die Einhaltung der Verpflichtungen des Staates, ausgenommen diejenigen, die von der Staatsschuld herrührten. Mehrere Ministerien hatten ihre besonderen Kassen, und es war keine Seltenheit, daß Beamte und Lieferanten eines Ministeriums regelmäßig ihre Gehälter und ihre ausstehenden Gelder erhoben, während in andern Ministerien sich die Rückstände häuften.

Das neue Regime hat, indem es die moralische Bedeutung des Rechnungshofes durch das Gesetz über die öffentliche Rechnungslegung gehoben hat, in großem Maße diese Mißbräuche zu verhindern und soviel wie möglich die Durchführung des Budgets zu sichern verstanden.

Das neue Regime kam allen seinen Verpflichtungen nach und hatte keine schwebenden Schulden (ausgenommen diejenigen, die man während des Krieges zu machen gezwungen war), während das alte Regime eine ungeheure Last schwebender Schulden hinterlassen hatte. Diese Regelmäßigkeit in der Zahlung der Ausgaben einerseits, die notwendige Steigerung der Kredite in allen Zweigen

Digitized by Google

der öffentlichen Verwaltung andrerseits haben natürlich eine Erhöhung unsers Ausgabenbudgets verursacht. Bei 30 Millionen Einnahmen hatten wir 34 bis 35 Millionen Ausgaben, das heißt, wir hatten ein Defizit von 5 Millionen jährlich.

Die ordentlichen Ausgaben der rumelischen Wilajets überstiegen 6 Millionen Pfund, wovon ungefähr 4 Millionen auf die militärischen Ausgaben kamen. In Adrianopel standen drei Armeekorps, in Saloniki eines, in Monastir eines, in Kosovo eines, in Janina eine selbständige Division, in Skutari ebenfalls eine selbständige Division.

Während die von den Staatskassen erhobenen ordentlichen Einnahmen im Wilajet Adrianopel nicht viel mehr als eine Million Pfund betrugen, waren seine Ausgaben ungefähr doppelt so groß.

Das Wilajet Skutari, das dem Staat nur 100000 Pfund einbrachte, hat während des Jahres 1327 Ausgaben im fünffachen Betrage dieser Summe gehabt; allerdings war es ein Ausnahmejahr wegen des Aufstandes der Malissoren. Aber selbst in normalen Jahren (die in Albanien sehr selten sind) hielten sich Einnahmen und Ausgaben nicht das Gleichgewicht.

Das Wilajet Janina, das dem Staat gehörende Einkünfte im Betrag von 350000 Pfund erbrachte, hatte anderthalbmal soviel Ausgaben.

Das Wilajet Monastir hatte bei 650000 Pfund Einnahmen ungefähr 900000 Pfund Ausgaben.

Das Wilajet Kosovo hatte bei 700000 Pfund Einnahmen 1200000 Pfund Ausgaben, das heißt nahezu das Doppelte.

Selbst das Wilajet Saloniki, das eines der reichsten Wilajets des Reiches ist, hat keinen Ueberschuß, abgesehen von einem Teil seiner Zolleinnahmen.

Die Ausgaben betrugen also anderthalbmal mehr als die Einnahmen. Nicht mitgerechnet sind dabei die außerordentlichen Ausgaben für die militärischen Bedürfnisse, von denen ein Teil für alle Armeekorps aus dem außerordentlichen Budget des Kriegsministeriums in Konstantinopel gekauft wurde, und die Ausgaben für Straßen und andre öffentliche Arbeiten. Bei seiner letzten Reise in die Wilajets von Albanien hatte der Minister des Innern einen außerordentlichen Kredit von 16 Millionen Franken für die Straßen und andre notwendige Arbeiten erlangt, ungerechnet die im Bau begriffenen Landstraßen, die von einer französischen Gesellschaft ausgeführt wurden.

Kurz, für die ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben dieser Wilajets deckte die Zentralverwaltung das Defizit durch die Einkünfte der Wilajets von Anatolien.

So schmerzlich auch für unsre Eigenliebe und nationale Ehre diese Niederlage ist, die nicht durch die der Armee selbst anhaftenden Fehler, sondern durch die verbrecherische Gleichgültigkeit und Sorglosigkeit einiger hoher Offiziere verursacht worden ist, so wird die Türkei doch vom rein finanziellen Standpunkt aus nichts verlieren, im Gegenteil, sie wird gewinnen.

*

Digitized by Google

Zwei oder drei Jahre anhaltender Anstrengungen, eine stabile Regierung, eine Volksvertretung, die dieses Namens würdig ist, ein tatkräftiger Wille, vorwärtszukommen, werden der Türkei zu einem ins Gleichgewicht gebrachten Budget verhelfen können.

Mazedonien und Albanien absorbierten die ganze Aufmerksamkeit der Regierung und verhinderten jeden Fortschritt im Lande durch die fortgesetzten Intrigen der Balkanstaaten und durch die jährlichen Aufstände, die dort ausbrachen. Das große, fruchtbare Anatolien, das so sehr geeignet wäre, einen landwirtschaftlichen Aufschwung zu nehmen, blieb vernachlässigt, seine Söhne und sein Geld mußten dazu dienen, in den Ebenen von Mazedonien und in den Bergen Albaniens die Ruhe herzustellen.

Von jetzt an wird sich die Regierung mit der wirtschaftlichen Hebung dieses Landes zu beschäftigen haben, das voll von Mineralschätzen und landwirtschaftlichen Reichtümern ist, die bisher nicht ausgebeutet werden konnten, weil es an Straßen, Eisenbahnen, Bewässerungsanlagen und menschlichen Arbeitskräften gebrach.

Die jungtürkische Regierung, die man ungerechterweise beschuldigt, daß sie nichts für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes tue, war, nachdem sie ihre Unterschrift unter den Vertrag über die letzten Teilstrecken der Bagdadbahn gesetzt hatte, in Verhandlungen über zwei andre Eisenbahnnetze, über wichtige Bewässerungsanlagen und über den Bau von Straßen eingetreten.

Ein von einer französischen Gesellschaft unterzeichneter Vertrag übertrug dieser Gesellschaft den Bau öffentlicher Landstraßen in einer Länge von 6000 Kilometer in Rumelien wie in Anatolien. Gleich nach dem Krieg wird der Bau, der unterbrochen worden ist, in Anatolien wieder aufgenommen werden.

Die Betriebsgesellschaft der französischen Eisenbahnen im Orient hatte die Vorstudien für ein großes Netz von Eisenbahnen gemacht, die von Samsun nach Siwas, von Siwas nach Erzingjan und Erzerum und von Siwas nach Charput führen sollten. Trotz der politischen Schwierigkeiten mit Rußland, die das Bauprojekt dieser Linie verursachte, war man schon über den Bauvertrag einig geworden und verhandelte über die Betriebsfrage, als in Konstantinopel der Regierungswechsel eintrat. In der einen oder der andern Weise wird man den Bau dieser Eisenbahn vollenden. Die vollständige Durchführung dieses Unternehmens wird ein Jahrzehnt beanspruchen, aber der vom wirtschaftlichen Standpunkt aus wichtigste Teil wird im Zeitraum von vier Jahren fertig werden. Und dieser Teil wird vom ersten Jahre seines Baues an keines Garantiezuschusses bedürfen.

Die Anatolische Eisenbahngesellschaft stand in Unterhandlungen mit dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten über den Bau der Eisenbahnlinie Angora—Siwas und die Verbindung des anatolischen Eisenbahnnetzes mit dem Netz der Bagdadbahn über Angora.

Die Bewässerungsarbeiten in Mesopotamien wurden auf dem Submissionswege vergeben.

Digitized by Google

Es waren Vorstudien über die Bewässerungsarbeiten in der Ebene von Adana gemacht worden, die die fruchtbarste Ebene des Reiches ist und die nach dem Urteil der Fachleute Baumwolle bis zu einer Million Ballen zu liefern vermag.

Gleich nach dem Krieg wird man, ohne Zeit zu verlieren, an die rasche Verwirklichung dieser Pläne gehen müssen.

Die Wirkung der Eisenbahnen und der Bewässerungsanlagen wird sich vor allem in der Steigerung der Einnahmen aus den Zehnten fühlbar machen. Die Bewässerungsanlagen von Konia, die schon fertig sind, werden schon im nächsten Jahre Resultate ergeben. Man rechnet, daß man in den ersten Jahren 100 000 Pfund mehr aus den Zehnten bekommen wird, das heißt, die landwirtschaftlichen Erträgnisse werden eine Million türkische Pfund übersteigen.

Ohne Zweifel werden Zinsgarantien für die Kapitalien, die in diesen Unternehmungen angelegt werden, angewiesen werden müssen. Aber die direkten und indirekten Vorteile, die man davon ernten wird, werden diese Garantien sehr reichlich lohnen.

In der Steigerung, die seit dem neuen Regime in den Einnahmen der Eisenbahnen eingetreten ist, haben wir ein deutliches Zeichen für die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktion. Als Beispiel mag folgende Zusammenstellung dienen:

	1908 türkische Pfund	1910 türkische Pfund
Aidin	333 000	398 000
Mersina	51 000	69 000
Mudania	16 000	20 000
Jerusalem	48 000	58 000
Smyrna—Kassaba	196 000	202 000
Alaschehir—Afium Karahissar	50 000	65 000
Haidar-Pascha—Angora . .	232 000	337 000
Eskischehir—Konia	104 000	162 000
Rajak—Aleppo	92 000	114 000

In einigen Jahren wird die Last der Zinsgarantien für diese Eisenbahnen sich verringern, was für uns einer Verminderung der Ausgaben gleichkommt, das heißt einer Ersparnis, die dazu dienen wird, entweder für andre nützliche Arbeiten Garantie zu leisten oder das Defizit des Budgets zu verringern.

*

Der Mangel an Arbeitskräften in Kleinasien ist für die Zukunft des Landes der wundeste Punkt. Bei den großen Bauarbeiten macht sich dieser Mangel nicht so sehr fühlbar, weil stets eine Zuwanderung vor sich geht, die der Nachfrage der Bauunternehmer entspricht, und ausländische Arbeiter, besonders Italiener, vorhanden sind, die zur Arbeit dorthin kommen. Doch die landwirtschaftlichen Arbeiten können bei uns nicht von wandernden Arbeitskräften besorgt

Digitized by Google

werden. Da der Boden fast nichts kostet, so muß man sich dort festsetzen und eifrig an seiner Verbesserung arbeiten.

Beinahe jedes Jahr wurden gerade in dem Augenblick, wo alles wegen der Aussaaten oder der Ernten auf den Feldern hätte bleiben müssen, die Anatolier zum Militärdienst eingezogen, um gegen die aufständischen Albaner im Norden oder nach dem Yemen im Süden geschickt zu werden. Etwas Derartiges wird in Zukunft ausgeschaltet sein.

Anderseits werden nach dem Kriege mindestens 150 000 oder 200 000 Muselmanen aus Rumelien mit ihren starken Armen, ihren kleinen Kapitalien, ihrer Arbeitsfreudigkeit nach Kleinasien auswandern. Der rumelische Dorfbewohner hat mehr praktischen Sinn als der anatolische; er ist arbeitsamer, intelligenter, weitsichtiger. Wenn die Regierung versteht, diese Auswanderung klug zu dirigieren, so wird Kleinasien in sehr kurzer Zeit die Wirkung davon verspüren.

Allerdings wird das Land nach dem Krieg gezwungen sein, neue Ausgaben für das Heer zu machen, um die Depots zu füllen, die leer geworden sind, um alle durch den Krieg verursachten Zerstörungen wieder gutzumachen, und anderseits wird man auch in das Budget den Dienst einer Liquidationsanleihe aufnehmen müssen, die man machen wird, um die Vorschüsse und die während des letzten Jahres aufgenommenen schwebenden Schulden zu bezahlen.

Diese außerordentlichen Ausgaben werden durch das Ergebnis der Kriegssteuer, die während des tripolitanischen Krieges eingeführt worden ist, gedeckt werden müssen. Nach den Voranschlägen, die damals gemacht wurden, würde die Kriegssteuer, die in einer Erhöhung des Salzpreises, der Abgaben auf Spirituosen, der Steuer für die Befreiung vom Militärdienst und der Steuer auf den bebauten Grundbesitz und auf den Handel besteht, anderthalb Millionen türkische Pfund jährlich einbringen, was reichlich für alle durch den tripolitanischen Krieg verursachten Ausgaben genügen würde. Die neuen Schicksalsschläge, von denen wir betroffen worden sind, zwingen uns zu neuen Opfern. Die Nation wird sich leicht dareinfinden, daß diese Steuer, die für drei Jahre eingeführt war, eine definitive wird.

*

Die Türkei unternimmt seit der Einführung des neuen Regimes unaufhörlich Schritte bei den Großmächten, um die Genehmigung zu erlangen, ihre Zollabgaben um 4 % zu erhöhen, und es durchzusetzen, daß die in der Türkei wohnenden Ausländer dieselben Handelssteuern zu zahlen haben, wie sie von den Einheimischen gezahlt werden.

Trotzdem die Zollabgaben von den Konsumenten gezahlt werden, trotzdem die Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß die Ausländer von der Gewerbe- und Handelssteuer ausgenommen sind, sehr augenfällig und sogar kränkend ist, haben die Großmächte bis jetzt den von der Türkei ausgesprochenen Wünschen kein Gehör geschenkt.

Man warf der Türkei vor, daß sie kein im Gleichgewicht befindliches Budget habe und daß sie sich fast alljährlich an den europäischen Kredit wende; aber

Digitized by Google

man gab ihr nicht die Möglichkeit, ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

Der ganze Ertrag der Handelssteuer bei uns geht nicht über 80 Millionen Franken jährlich hinaus, während die Landwirtschaft 200 Millionen aufbringt.

Wir können den Prozentsatz der Handelssteuer nicht erhöhen, weil jede Erhöhung der Steuerbeträge die Konkurrenz zwischen den Fremden und den Einheimischen vollständig unmöglich machen würde.

Wo ist das Land auf Erden, das seinen jedes Jahr wachsenden Anforderungen — Ausgaben für die Verteidigung des Vaterlandes, Ausgaben für die öffentlichen Arbeiten usw. — gerecht werden könnte, wenn ihm die wirtschaftliche Freiheit genommen ist und es nicht die Macht besitzt, seine Zölle, Monopole und Handelsabgaben den Erfordernissen entsprechend zu regulieren?

Unter diesen Umständen von der Türkei ein im Gleichgewicht befindliches Budget und auch noch Reformen zu verlangen, ist, wenn es nicht Hohn ist, auf jeden Fall ein sehr starkes Stück!

Wenn die Türkei für den Augenblick ihre Zollabgaben um 4 % erhöhen, eine Konsumsteuer auf einige Artikel legen und die Fremden, die im Lande Handel und Industrie treiben, besteuern würde, könnte sie sofort ihre Einnahmen um 80 Millionen Franken erhöhen, und die wären mehr als hinreichend, um ihr Budget ins Gleichgewicht zu bringen.

Wir wollen hoffen, daß Europa nicht bei dieser Ungerechtigkeit beharren und, sobald der Friede geschlossen ist, uns Gerechtigkeit widerfahren lassen wird.

Dann wird sich die Türkei an die Arbeit machen und ihr asiatisches Reich zum vollen Wohl ihres Volkes und Europas reformieren können.

Literarische Berichte

Römische Briefe. Von Kurd v. Schlözer. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Was deutsche Gelehrte, Künstler, Reisende und gesellschaftliche Beobachter etwa in den letzten anderthalb Jahrhunderten über die geschichtliche Vergangenheit und die zeitgenössischen Zustände Roms geschrieben haben, bildet eine ebenso umfang- wie inhalt- und abwechslungsreiche Literatur für sich. Die neueste Erscheinung auf diesem Spezialgebiet, auf die wir heute unsre Leser hinweisen möchten, bedeutet nicht nur eine Vermehrung, sondern eine wirkliche Bereicherung der Romliteratur, trotzdem — oder weil? — wir es hier mit einem Buche zu tun haben, das gar nicht als Buch gedacht war. Es sind Briefe, bei deren Niederschrift dem Schreibenden jeder Gedanke an eine spätere Veröffentlichung fernlag; aber sie sind geschrieben von einem scharfen und kenntnisreichen Beobachter, von einem frisch und warm empfindenden Menschen, von einem liebenswürdigen, geistvollen und witzigen Plauderer. Kurd v. Schlözer ist der Name des Briefschreibers, ein Mann, der in der Geschichte der Bismarckschen Aera einen guten Klang hat. Gehörte doch Schlözer zu den bekanntesten politischen Mitarbeitern Bismarcks. Er beschloß seine staatsmännische Laufbahn als preußischer Gesandter beim Vatikan; in dieser Stellung, die er von 1882 bis 1892 bekleidete, hat er besonders die nicht sehr dankbare Aufgabe, die „Maigesetze" abtragen zu helfen, mit Geschick und Takt durchgeführt. Er war aber schon früher einmal, in den Jahren 1864 bis 1869, der Preußischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl zugeteilt gewesen; und aus dieser seiner ersten römischen Zeit stammen die familiären Briefe, die der Neffe Kurd v. Schlözers jetzt veröffentlicht. Als Vierzigjähriger kam Schlözer nach Rom, in voller männlicher Reife des Geistes, aber mit

Digitized by Google

der Empfänglichkeit und Genußfähigkeit eines Jünglings. Vorher war er mehrere Jahre (zum Teil unter Bismarck als seinem Vorgesetzten) an der Preußischen Gesandtschaft in St. Petersburg gewesen, und nun wirkte die südliche Landschaft und Natur wie ein immer neues und überraschendes Wunder auf ihn; das gibt seinen Schilderungen von der Ewigen Stadt, von der Campagna, den Albaner- und Sabinerbergen und andern italienischen Landstrichen eine hinreißende Wärme und Frische. Aber ebenso anregend lesen sich die Berichte aus der römischen Gesellschaft, aus dem politischen und sozialen Leben des päpstlichen Roms. Ganz ungezwungen setzen sich aus seinen Plaudereien die Bildnisse der hervorragendsten Persönlichkeiten zusammen, mit denen er in Berührung kam; da ist an erster Stelle Pius IX. selbst, dann sein Staatssekretär Antonelli und eine Reihe andrer Kardinäle; da ist das Diplomatische Korps in seiner internationalen Buntheit; der weite Kreis der Künstler und Gelehrten mit der überragenden Gestalt Franz Liszts, dann Gregorovius und viele andre deutsche und nichtdeutsche Männer von wissenschaftlichem und künstlerischem Ruf. Anmutige Frauengestalten, mit ritterlicher Verehrung bewundert und geschildert, bereichern das lebensvolle Gemälde des untergehenden päpstlichen Roms. Des untergehenden, denn der Kirchenstaat krachte an allen Ecken und in allen Fugen. Aber in der Agonie seiner weltlichen Herrschaft unternimmt das Papsttum seine kühnsten Vorstöße ins Reich des Geistes: die Verkündigung des Syllabus und die Vorbereitung des Unfehlbarkeitsdogmas. Dies alles zusammen ergibt eine Fülle des menschlich Anziehenden und geschichtlich Bedeutsamen, wie sie wenig andre Bücher deutsch-römischen Inhalts bieten.

Das Malthussche Bevölkerungsgesetz und die theoretische Nationalökonomie der letzten Jahrzehnte. Von Dr. Siegfried Budge. Karlsruhe i. B., C. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag.

Die Abnahme der Bevölkerungsziffer in Frankreich und jetzt auch in Deutschland hat die Aufmerksamkeit der weitesten Kreise auf die Probleme der Bevölkerungstheorie erneuert gelenkt und diese Probleme zum Gegenstand vielfacher Erörterungen gemacht. Das vorliegende Werk erscheint darum doppelt willkommen. In mustergültiger, klarer, aber doch durchweg wissenschaftlicher Sprache gibt es eine erschöpfende Darstellung des gesamten Materials für die Beurteilung des Malthusschen Bevölkerungsgesetzes. Unter steter Angabe der Quellen und reichlichen statistischen Angaben kritisiert es die hervorragendsten Erscheinungen der einschlägigen Literatur, um schließlich eine interessante selbständige Kritik des gesamten Stoffes zu geben. Allen denen, welche das Malthussche Gesetz studieren oder behandeln wollen, wird das vorliegende Buch reiche Anregung geben und eine erhebliche Zeit für das Quellenstudium ersparen. A. L.

Der Polizei- und Grenzbeamtenhund. Seine Erziehung, Dressur und Führung. Herausgegeben von Wilhelm Gottschalk. Mit 74 Abbildungen und einer Bildertafel. Preis gebunden M. 3.—. Neudamm, J. Neumann.

Aus praktischer Erfahrung heraus, die sich über mehr als dreieinhalb Jahrzehnte erstreckt, ist dieses außerordentlich klar und gemeinverständlich geschriebene Büchlein entstanden. Der Verfasser hält sich nirgends lange mit unfruchtbarem Theoretisieren über tierpsychologische Fragen auf, sondern gibt schlicht und knapp die Wege an, auf denen man einen Schäferhund zu einem in jeder Beziehung brauchbaren Polizeihund heranbilden kann. Kurz, ein Buch aus der Praxis für die Praxis. Die zahlreichen guten Abbildungen tragen wesentlich zum Verständnis des Textes bei. E. Sc.

Die Gründung des Deutschen Reiches im Jahre 1870. Von Wilhelm Stolze. München, R. Oldenbourg.

Der Verfasser dieses Buches geht von dem Gedanken aus, daß die bisherige Auffassung von der Gründung des Deutschen Reiches eine kleindeutsch-beschränkte war, welche nur den Kampf der Höfe in Betracht zog. Im Gegensatz dazu will er die Reichsgründung als ein Widerspiel der verschiedenartigsten Kräfte darstellen und den Blick auch auf die Trümmer der großdeutschen Partei und auf das weite Feld der europäischen Politik lenken. Das Werk beruht nur auf dem gedruckten, aber mit großem Fleiß ausgenutzten Material; die Darstellung ist lichtvoll und fesselnd, das Endergebnis insofern gedämpft, ja pessimistisch, als nach Stolzes Auffassung die Bewährung des Erreichten durchaus von der Zukunft abhing und diese zeigen mußte, ob zur äußeren Einheit auch die innere sich gesellen werde. E.

Deutsche Geschichte. Von Dr. F. Kurze. II: Zeitalter der Reformation und der Religionskriege (1517 bis 1648). Zweite, verbesserte Auflage. (Sammlung Göschen Nr. 34.) Berlin und Leipzig, G. J. Göschensche Verlagshandlung. Gebunden 80 Pf.

Bei der Umarbeitung der ersten Auflage haben im wesentlichen die Kapitel über die Päpste, über den Ablaßstreit und schließlich über den Dreißigjährigen Krieg erhebliche Erweiterungen erfahren, da der Verfasser für die jetzt vorliegende zweite Auflage die

Digitized by Google

Arbeiten von L. Pastor und M. Ritter besonders eingehend berücksichtigt hat. Die Brauchbarkeit des schon von der ersten Auflage her rühmlichst bekannten Werkchens ist durch diese Erweiterungen in erfreulicher Weise noch erhöht worden. —n.

Freude an der Kunst. Von Artur Dobsky. Gebunden M. 4.50. Stuttgart, Loewes Verlag.

Das elegant gebundene, zu Geschenkzwecken gut geeignete Buch will vor allem der reiferen Jugend als ein „freundlicher Anreger und Ratgeber" ein persönliches, warmes Verhältnis zur Kunst vermitteln. Ueber die Antike kann allerdings mit knapp zehn Seiten nicht viel gesagt werden — desto eingehender wird die neuere und neueste Kunst behandelt, auch die modernen Volkskunstbestrebungen kommen in dankenswerter Weise zu Worte. Ueber 200 Abbildungen illustrieren mehr oder weniger glücklich den Text. O. B.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Alten, Georg von, Handbuch für Heer und Flotte. Liefg. 48, 49, 50. Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Co. à M. 2.—.

Baedeker, Friedrich, Alfred Krupp und die Entwicklung der Gußstahlfabrik in Essen. Mit einer Beschreibung der heutigen Kruppschen Werke nach direkten Quellen. Essen, G. D. Baedeker. Geb. M. 4.—.

Barsch, Paul, Von Einem, der auszog. Ein Seelen- und Wanderjahr auf der Landstraße. Neue wohlfeile Volksausgabe. Schweidnitz, L. Heege. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Cook, Frederick A., Meine Eroberung des Nordpols. Uebersetzt von Erwin Volckmann. Hamburg, Alfred Janssen. Geb. M. 10.—.

Die Friedenswarte für zwischenstaatliche Organisation. XIV. Jahrgang. Heft 8 u. 9. Wien IX/2, Verlag Alfred H. Fried. Jahrg. M. 6.—.

Ellinger, Georg, E. T. A. Hoffmanns Werke. 1. Band: Phantasiestücke in Callots Manier. 2. Band: Nachtstücke. 3. Band: Die Serapionsbrüder. 4. Band: Lebensansichten des Katers Murr. 5. Band: Letzte Erzählungen. Berlin, Deutsches Verlagshaus Bong & Cie.

Farrère, Claude, Das Geheimnis der Lebenden. Roman. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 2.50, geb. M. 3.50.

Graevenitz, G. von, Geschichte des Italienisch-Türkischen Krieges. 1. Lfg. Berlin, R. Eisenschmidt. à M. 2.—.

Hacker, Ludwig, Die Losburg, romantisches Bergfestspiel in drei Abteilungen. Mit Musik von Dr. Heinrich Schmidt. Wunstedel, Heinrich Beer.

Jahrbuch der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft. Band 27. 2. Lfg. 1. September 1912. Berlin, Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft.

Kohl, Aage von, Der Weg durch die Nacht. Erzählung. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Lustig, Hans, Aus der Praxis für die Praxis. Wie mache ich Inventur und Bilanzabschluß? Saarbrücken, Baumgartens Verlagsbuchhdlg. M. 1.50.

Mayrhofer, Johannes, Henrik Ibsen. Ein literarisches Charakterbild. Berlin, Hermann Walther Verlagsbuchhandlung.

National-Hygiene-Museum und Universität in Dresden? Dresden, Holze & Pahl. Geh. 50 Pf.

Oberländer, Die Dressur und Führung des Gebrauchshundes. 7. Auflage. Neudamm, J. Neumann. M. 6.—.

Paquet, Alfons, Li oder im neuen Osten. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 3.50, geb. M. 4.50.

Riemann, Henriette, Pierrot im Schnee. Berlin, Erich Reiß Verlag. Brosch. M. 5.— geb. M. 6.—.

Saager, Adolf, Blücher-Anekdoten. Stuttgart, Robert Lutz. Brosch. M. 2.50, geb. M. 3.50.

Wittmann, Franz, Das Problem der Weltentwicklung. Marburg i. H., G. Elwert. M. 1.75.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Deutsche Revue

Eine Monatschrift

Herausgegeben von

Richard Fleischer

Achtunddreißigster Jahrgang. Zweiter Band
April bis Juni 1913

Stuttgart und Leipzig 1913 Deutsche Verlags-Anstalt

Digitized by Google

Digitized by Google

Inhalt

des

Zweiten Quartal-Bandes des Jahrgangs XXXVIII

(April bis Juni 1913)

Seite

Sir Charles Bruce: Eine Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund 1

W. H. de Beaufort, früher K. niederländischer Minister des Aeußern: Die Großmächte und der Friede 8

Ueber die Heeresverstärkung und über die einmalige Forderung einer Milliarde. Ein Schreiben von Generalleutnant z. D. von Goertz an die Redaktion der „Deutschen Revue" 12

Kurd v. Schlözer: Mexikanische Briefe 15

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Gibt es für den Wettstreit der Flottenrüstungen eine Grenze? 20

Schülerballast 26

Freiherr v. Heygelmüller: Graf Alois Karolyi. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie 33. 154. 277

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen 1910/1911. Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten . 43. 221. 298

Julius Ernst Prinz zur Lippe: Petroleum und Petroleummonopol . . 53

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 bis 1853 und aus der Zeit des Krimkrieges 60. 183. 326

Herzogin v. **Rohan** (Paris): Ueber die zeitgenössischen französischen Dichterinnen 70

Kurt Riezler: Volk und Staat 79

Germain Bapst (Paris): Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat 90. 205

v. Deines, General der Artillerie z. D.: Die Sage von der Ueberlegenheit der französischen Artillerie 106

Richard Fester: Zum Gedächtnis der Erhebung von 1813 113

Dr. Freiherr **v. Jettel:** Graf Aehrenthal. Ein Gedenkblatt 123

Zur europäischen Lage 129

Lord Avebury: Tripolis und Balkan 132

Sir **Max Waechter,** D. L. J. P.: England, Deutschland und der Friede Europas 134

Freiherr **von der Goltz,** Generalfeldmarschall: 1813. Die Generalprobe von Großgörschen am 2. Mai 1813 146

Digitized by Google

Seite

Freiherr von der Goltz, Generalfeldmarschall: 1813. Bautzen, die Schlacht der Enttäuschung am 20. und 21. Mai 1813 266
Generalleutnant Izzet Fuad-Pascha: Ein Mißgeschick der türkischen Armee in den Kämpfen bei Tschataldscha 169
Prof. Edoardo Maragliano: Neue Perspektiven im Kampf gegen die Tuberkulose 174
Generalleutnant z. D. v. Zwehl: Grenzschutz 198
v. Deines, General der Artillerie z. D.: Zur Wehrvorlage 232
F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: Einführung zweijähriger Dienstzeit in der Marine 236
Dr. Felix Meyer, Geheimer Justizrat, Kammergerichtsrat (Berlin): Der Weltwechselgerichtshof 243
Oesterreich-Ungarn und Rußland. Von einem österreichischen Politiker 257
Wo liegt die Gefahr für den europäischen Frieden? 274
Dr. J. Grober, a. o. Universitätsprofessor der innern Medizin in Jena: Publikum und Krankenhaus 287
Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich? 312
Otto Harnack: „Decadence" 320
Einige Bemerkungen zu den Wirren auf der Balkanhalbinsel. Von einem österreichischen Staatsmann a. D. 337
Josef Melnik: Gespräche über die auswärtige Politik mit dem früheren russischen Ministerpräsidenten Grafen Witte 342
König Georg von Griechenland. Von einem in Athen tätig gewesenen österreichisch-ungarischen Diplomaten 346
E. v. Horn, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.: Aus dem Leben des Oberpräsidenten Carl v. Horn. 1863 bis 1869 351
F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.: England, Deutschland und der Friede Europas 366
Prof. Dr. Robert Pilotz (Würzburg): Zentraleuropa 370

Berichte aus allen Wissenschaften

Prof. Dr. jur. Friedrich Giese in Posen: Mißstände im preußischen Kirchensteuerrecht 250

Kleine Revuen

Literarische Berichte 124. 253. 376
Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes 128. 256. 379

Digitized by Google

Ueber die europäische Lage

Wir setzen die Veröffentlichungen über obiges Thema fort, wenn wir auch mit den Ansichten der ausländischen Staatsmänner und Politiker, welche die betreffenden Artikel abzufassen die Güte hatten, nicht immer übereinstimmen.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Eine Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund

Von

Sir Charles Bruce

Im März-Heft der „Deutschen Revue" hat deren Herausgeber die Ansicht ausgesprochen, daß das einzige Mittel, Europa von der Gefahr jahrelanger Beunruhigung und von der Last der wachsenden Rüstungen zu befreien, die Errichtung einer Brücke zwischen dem Dreibund und der Tripelentente sei, und daß eine solche Brücke nur durch eine Verständigung zwischen den beiden stärksten Mächten in der Entente und dem Dreibunde gebildet werden könne. Er hat die ehrende Aufforderung an mich gerichtet, mich an der Erörterung dieses Problems zu beteiligen.

Durch die Güte des Herausgebers wurde mir im Oktober vorigen Jahres gestattet, den Artikeln, die ich für die „Deutsche Revue" über die englisch-deutschen Beziehungen geschrieben habe, einige Ausführungen unter dem Titel „Die englische Flotte als Werkzeug des Weltfriedens" folgen zu lassen. In diesem Artikel wies ich darauf hin, daß die Ereignisse der jüngsten Zeit viel dazu beigetragen haben, die internationale Gefahr zu beseitigen, die durch den allgemeinen Eindruck entsteht, daß die Tripelentente eine dem Dreibund feindliche, organisierte Vereinigung sei, und die Erkenntnis zu fördern, daß es den einzelnen Mitgliedern der beiden Gruppen freisteht, mit den einzelnen Mitgliedern der andern Abkommen zu treffen. Ich sprach die Zuversicht aus, daß derartige Abkommen nicht mit Mißtrauen betrachtet, sondern als geeignete Mittel, zu einer allgemeinen Harmonie der Interessen zu führen, willkommen geheißen würden. Ich betonte deshalb, die Hauptforderung des Augenblicks sei, eine vollständige Verständigung

Digitized by Google

zwischen England und Deutschland herbeizuführen, durch Beseitigung der zwei falschen Vorstellungen, die der Entfremdung zwischen ihnen zugrunde liegen: daß das Gedeihen einer Handelsnation unvereinbar mit dem Gedeihen einer andern, und daß das Gedeihen der Tripelentente unvereinbar mit dem Gedeihen des Dreibundes sei.

Seit der Veröffentlichung meines Artikels im Oktober-Heft der „Deutschen Revue" hat sich vieles ereignet, was geeignet ist, meine Hoffnung zu befestigen, daß in herzlichen Beziehungen zwischen England und Deutschland im einzelnen eine Brücke zwischen der ganzen Tripelentente und dem ganzen Dreibund gefunden werden kann. Am 30. Oktober vorigen Jahres wurde die englisch-deutsche Verständigungskonferenz in London eröffnet und während der beiden folgenden Tage fortgesetzt. Die erste Sitzung der Konferenz war einer Erörterung der Gemeinsamkeit sozialer und wirtschaftlicher Interessen und der wechselseitigen Bedeutung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern gewidmet. Es wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland gegenwärtig eine Bevölkerung hat, die die weiße Bevölkerung des ganzen britischen Reiches um nahezu sechs Millionen übersteigt, und daß die Wohlfahrt dieser Bevölkerung in gleicher Weise von dem Ersatz der alten wirtschaftlichen Produktionsmethoden durch moderne wissenschaftliche Methoden abhängt.

Ein kurzer Auszug aus einer Vorlesung, die Dr. Carl Rathgen in dieser Sitzung über die Konkurrenz im Handels- und Wirtschaftsleben hielt, wird genügen, um die Bedeutung der englisch-deutschen Handelsbeziehungen darzutun und zu zeigen, daß wir gegenseitig unsre besten Kunden sind.

„Deutschland bezog im Jahre 1911 für 39 Millionen Pfund britische Waren. Dies bedeutet, daß es kein einziges unabhängiges Land auf der Welt gibt, nach dem England ebensoviel exportiert wie nach Deutschland. Und es gibt nur eine einzige englische Besitzung, nach der England mehr exportiert, nämlich Indien. Die Ausfuhr nach Deutschland allein beläuft sich auf ein Viertel des Wertes der englischen Ausfuhr nach dem ganzen britischen Reich. Deutschland allein führt mehr englische Waren ein als Rußland und Frankreich zusammen; und überdies ist der Anteil, den Deutschland an der britischen Ausfuhr hat, im Wachsen begriffen. Kein fremdes Land und keine britische Besitzung hat eine größere absolute Zunahme des britischen Exports von 1904 bis 1911 aufzuweisen als Deutschland. Auf Deutschland allein entfiel ein Zehntel der ungeheuren Zunahme dieses Exports. Die Zunahme der Ausfuhr nach Frankreich oder den Vereinigten Staaten war nur halb so groß."

Am Schluß dieser Sitzung erinnerte ein andrer Redner die Konferenz an Herrn Gladstones Ausspruch, daß der Handel und die ihm dienenden Transportmittel, die die Waren von Nation zu Nation und von Kontinent zu Kontinent befördern, „Weberschiffchen am Webstuhl der Zeit sind, die vor- und rückwärts schnellen und die Nationen zu einer einzigen verweben".

Die Schlußsitzung der Konferenz war der Diskussion über Methoden zur Förderung einer gegenseitigen Kenntnis der beiden Länder und ihrer gemeinsamen

Digitized by Google

Aufgaben bei der Kulturentwicklung gewidmet. Die Diskussion konzentrierte sich natürlich auf die historische Gemeinschaft englisch-deutscher Kräfte bei der Entwicklung Europas. Das christliche Europa ist das Erzeugnis dreier Zivilisationen, der griechischen, der römischen und der germanischen, die durch Rassenkräfte aufeinandergeschichtet und durch das Christentum zu einer Einheit zusammengeschweißt sind. Der griechischen Zivilisation verdankt Europa alles, was es an Originalität in Literatur, Philosophie und Kunst sein eigen nennen kann. Der römischen Zivilisation verdankt es den Geist der Gesetzlichkeit und des Zusammenschlusses in Gemeinwesen unter einem gemeinsamen Gesetzbuch und unter dem Schutze eines gemeinsamen militärischen Systems. Der germanischen Zivilisation verdankt Europa den Geist der Freiheit, der dem einzelnen gestattet, Herr seiner selbst, seiner Handlungen und seines Schicksals zu sein, solange er nicht die Freiheit andrer antastet. Jede dieser Zivilisationen hat ihren Ursprung in den unveränderlichen natürlichen Verhältnissen der geographischen Umgebung, des Klimas und des Bodens und den besonderen physischen Eigentümlichkeiten der Menschheit. In der Tripelentente ist England, im Dreibund Deutschland der erbliche Vertreter der Prinzipien der germanischen Zivilisation, und ihre gemeinsame Aufgabe ist, eine Verständigung herbeizuführen, die als Brücke zwischen den beiden internationalen Vereinigungen dienen und so den Weltfrieden erhalten wird. „In diesem Unternehmen," erklärte ein Vertreter der englischen Kirchen auf der Konferenz, „stecken das Glück und die Hoffnungen der Menschheit, und in der Einigkeit bei dieser beispiellosen Gelegenheit müssen unsre beiden Nationen ihr unlösliches Band finden."

Am Schluß der Konferenz wurden die deutschen Delegierten mit einer Einladung Seiner Majestät des Königs zu einem Besuch in Schloß Windsor beehrt. Dieses Zeichen von Wohlwollen und Sympathie wurde von der Konferenz in vollem Maße gewürdigt.

Während der ganzen Konferenz war die Aufmerksamkeit auf die Ereignisse gerichtet, die im Südosten von Europa vor sich gingen. Sowohl die englischen wie die deutschen Vorsitzenden ergingen sich in ausführlichen Darlegungen über die Balkankrisis, die den Weltfrieden so plötzlich und so ernstlich bedroht hatte, wie es in der europäischen Geschichte seit den letzten fünfzig Jahren nicht vorgekommen ist. Während dieser sich so lang hinziehenden Krisis haben die beiden Nationen sich gegenseitig besser kennen gelernt, als vielleicht die zuversichtlichsten Mitglieder der Konferenz sich versprochen hatten, und die Kenntnis hat jeder von ihnen Respekt vor dem guten Willen der andern und der Loyalität ihrer Handlungsweise beigebracht. Eine Revision des Verhältnisses der beiden Nationen, zwischen denen so lange eine gefahrdrohende Entfremdung bestanden hatte, ist jetzt in vollem Gange. Der Monat Februar ist sehr ereignisreich gewesen. Alle Großmächte haben Zeit gehabt zu erkennen, daß die politische Lage auf der Balkanhalbinsel den Welthandel ernstlich beeinträchtigt hat, indem sie die Anlage des Kapitals in neuen Anleihen und Unternehmungen hinderte, ein Resultat, das durch die Anhäufung von barem Geld noch verschlimmert wurde. Die Lage

Digitized by Google

ist eingehend in der englischen Finanzzeitschrift „The Statist" geschildert; der Verfasser eines in der Nummer vom 22. Februar erschienenen Artikels spricht sich darüber folgendermaßen aus:

„Hoffentlich werden die Staatsmänner, die für die Fortdauer des bestehenden Zustands der Dinge verantwortlich sind, sich die Tatsache gegenwärtig halten, daß in unsrer Zeit die Welt durch finanzielle Bande der engsten Art verknüpft ist; daß das regelmäßige Abströmen des Kapitals von den ausleihenden zu den entleihenden Nationen eine der großen Kräfte ist, die in bedeutendem Maße zum Gedeihen aller Länder in der modernen Zeit beigetragen haben; daß der Mangel an Vertrauen, der noch immer besteht, den Strom des Kapitals fast aufgehalten hat, und daß es im höchsten Grade notwendig geworden ist, das Vertrauen wiederherzustellen, um weitverbreitetes Unheil abzuwenden."

Ueber die Gefahren der Lage sind sich alle Großmächte im klaren, und der letzte Monat hat einige bemerkenswerte politische Erklärungen gebracht, die dazu beigetragen haben, die öffentliche Meinung in England zu überzeugen, daß eine aktive englisch-deutsche Rivalität nicht mehr im Zentrum der Beziehungen zwischen der Tripelentente und dem Dreibund steht. Im Zentrum steht ein ernstliches englisch-deutsches Streben nach einem Zusammenwirken. Ich habe hier die Reden im Auge, die in Berlin von dem Großadmiral v. Tirpitz und dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Jagow gehalten worden sind, und die Rede, die der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky bei einem in London zur Feier des Geburtstags des Deutschen Kaisers gegebenen Diner gehalten hat.

Der folgende Auszug aus der Rede des Großadmirals v. Tirpitz ist dem im „Berliner Tagblatt" veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen der Budgetkommission des Reichstags bei Beratung des Marineetats für das Jahr 1913 entnommen:

„Ich bin der erste, der eine Verständigung mit England mit Freuden begrüßen würde. Vergleiche über Stärkeverhältnisse zu machen, ist sehr schwer. Die Schiffszahlen allein geben keinen richtigen Vergleich. Es kommt dazu der Schiffstyp, das Lebensalter der Schiffe und andre Faktoren, die sich schwer vergleichen lassen. Der englische Marineminister Churchill hat im vorigen Jahre einen solchen Vergleich gemacht. Doch hat er dabei Löcher offen gelassen. Er hat ausgeführt, daß die englischen Dreadnoughts zu den deutschen sich zurzeit wie 1,6 : 1 verhalten. Dieses Verhältnis ist nach meiner Ansicht für die Schlachtflotte akzeptabel. Es drückt aus, daß wir nicht beabsichtigen und auch nicht beabsichtigt haben, in Konkurrenz mit England zu treten. Es gibt uns ein solches Maß von Macht, daß es schwer ist, uns anzugreifen. Dieses Maß wird durch das Flottengesetz erhalten, mehr brauchen wir nicht. Es kann nicht davon die Rede sein, daß wir England gegenüber aggressiv vorgehen wollen. Denn zu einem aggressiven Vorgehen gehört eine erhebliche Ueberlegenheit. Wir haben stets betont, daß wir eine ebenso große Flotte wie die englische nicht anstreben. Die Flotte, die wir nötig haben, ist durch das Flottengesetz gegeben. Wir haben seinerzeit vor der Frage gestanden, unserm mächtig aufstrebenden Handel und

Digitized by Google

unsrer Industrie einen ausreichenden Schutz durch eine genügend starke Flotte zu geben oder stets mit dem Hute in der Hand dazustehen. Wir haben ersteren Weg eingeschlagen. Die zurückgestellten Wünsche der Marineverwaltung, von denen ich im vorigen Jahre im Plenum gesprochen habe, beziehen sich nicht auf eine Vergrößerung der Flotte, sondern auf den schnelleren Ersatz einiger veralteter Kreuzer. Auch die letzte Novelle bezieht sich weniger auf diese mäßige Verstärkung der Flotte als darauf, daß unsre Schlachtflotte schneller kriegsbereit gemacht wurde. Dies war notwendig geworden durch die moderne Entwicklung der Schiffstypen, Einführung der Funkentelegraphie, Konzentration der Schiffe in der Nordsee und andres mehr. Es besteht nicht die Absicht, über den jetzigen Rahmen des Flottengesetzes hinauszugehen. Ich hoffe, mit diesen Worten eine etwa entstandene Unruhe beseitigt zu haben."

Es könnte leicht in diese Rede zu viel hineingelegt werden, aber sie kann als ein Beweis gelten, daß es jetzt den beiden Mächten offen steht, miteinander zu beraten und ein für allemal der Möglichkeit ein Ende zu machen, daß auf einer der beiden Seiten wieder irgendeine unfreundliche Stimmung wegen der Frage der Flottenstärke auftaucht.

Die Rede des Herrn v. Jagow ist von besonderer Bedeutung, insofern sie die Tatsache betont, daß England und Deutschland Hand in Hand mit den andern Mächten für die Sache des Friedens gearbeitet haben und die Einigkeit bei ihren Bestrebungen, eine friedliche Regelung der Balkanstreitigkeiten herbeizuführen, niemals durch einzelne Meinungsverschiedenheiten — weder unter sich selbst noch mit Dritten — haben stören lassen.

Ich gebe hier einen Auszug aus der Rede des Herrn v. Jagow, wie sie veröffentlicht worden ist:

„Eine der letzten Erklärungen, die mein verstorbener Herr Amtsvorgänger — irre ich nicht, überhaupt die letzte — im Plenum des Reichstags abgegeben hat, bezog sich auf unsre Beziehungen zu England. Herr v. Kiderlen hob damals hervor, daß während der ganzen letzten Krisis unsre Beziehungen zu England besonders vertrauensvolle gewesen seien. Er wies auf die guten Dienste hin, die die offenen, von vollem Vertrauen getragenen Aussprachen zwischen London und uns während aller Phasen dieser Krisis der Verständigung aller Mächte geleistet haben, und sprach die Erwartung aus, daß sie dies auch weiter tun würden. Es gereicht mir zu besonderer Genugtuung, bei dem ersten Anlaß, der sich mir bietet, an dieser Stelle das Wort zu ergreifen, feststellen zu können, daß diese Erwartung sich voll und ganz erfüllt hat. Der intime Gedankenaustausch, in dem wir andauernd mit der englischen Regierung stehen, hat sehr wesentlich mit dazu beigetragen, Schwierigkeiten mancher Art zu beheben, die in den letzten Monaten entstanden waren. Wir haben jetzt gesehen, daß wir nicht nur Berührungspunkte sentimentaler Art mit England haben, sondern daß auch gleiche Interessen vorhanden sind. Ein Prophet bin ich nicht, aber ich gebe mich der Hoffnung hin, daß wir auf dem Boden gemeinsamer Interessen, dem fruchtbarsten in der Politik, auch weiter mit England arbeiten und vielleicht

Digitized by Google

ernten können. Ich möchte Sie aber darauf aufmerksam machen, meine Herren, daß es sich hier um eine zarte Pflanze handelt, die man nicht durch zu frühes Berühren und Besprechen am Erblühen behindern darf."

Die Rede, die der deutsche Botschafter Fürst Lichnowsky am Geburtstage des Deutschen Kaisers in London hielt, war von demselben Geist erfüllt. Fürst Lichnowsky sagte:

„Es muß Ihnen während der letzten Monate besonders deutlich gewesen sein, daß die Regierung Seiner Majestät des Kaisers es als ihre erste Pflicht ansieht, im Einvernehmen mit unsern Verbündeten und in Harmonie mit der befreundeten britischen Regierung den europäischen Frieden zu erhalten und überall, wo Meinungsverschiedenheiten sich erheben, wie sie im politischen Leben unvermeidlich sind, unsern Einfluß aufzubieten, um einen Ausgleich herbeizuführen. Indem die beiden Regierungen so auf der Basis gegenseitigen Vertrauens und gemeinsamer Ziele tätig waren, haben sie bisher mit der Unterstützung der andern Großmächte stets einen Weg zu einer Verständigung offenzuhalten vermocht und sind bemüht, an alle Probleme, die etwa auftauchen, mit demselben Geist heranzutreten ... Solange ein gutes Einvernehmen zwischen Großbritannien und Deutschland herrscht und beide entschlossen sind, unablässig das Werk der industriellen Entwicklung zu fördern, können wir, glaube ich, ohne Besorgnis allen Wechselfällen entgegensehen, die die Zukunft bringen mag."

Am Schlusse seiner Rede verbreitete sich Fürst Lichnowsky über die unaufhörlichen Bemühungen des Kaisers, hingebende Liebe zum deutschen Vaterland mit wahrer Freundschaft für England zu verbinden, und sagte, daß der Kaiser eine Persönlichkeit besitze, die besonders geeignet sei, die beiden Nationen noch enger aneinander zu fesseln.

Diese Anerkennung der persönlichen Leistungen des Deutschen Kaisers fand einige Wochen später ein Echo in einer Aeußerung Lord Aveburys, des Vorsitzenden der British-German Friendship Society. Am 27. Februar wurde ihm eine Ehrengabe überreicht zur Anerkennung der Dienste, die er der von ihm vertretenen Sache geleistet. In seiner Danksagung für die Gabe bemerkte Lord Avebury, der Deutsche Kaiser werde oft als ein großer Kriegsherr geschildert; er sei mehr — er sei ein großer Friedensherrscher. Er habe den Frieden Deutschlands bewahrt und einen segensreichen Einfluß auf die Erhaltung des Friedens und des guten Einvernehmens unter den Menschen in der ganzen Welt ausgeübt. Sie alle seien erfreut über die Besserung des Verhältnisses zwischen Großbritannien und Deutschland, und seien von der festen Zuversicht beseelt, daß in der Zukunft niemals irgendein Riß in der uralten Freundschaft zwischen den beiden Ländern entstehen könnte.

Doch wenn auch der Monat Februar fruchtbar an Ereignissen voll froher Verheißungen für alle, die die Verwirklichung dieser Hoffnungen wünschen, gewesen ist, so war doch der Horizont nicht fortwährend wolkenlos. Um die militärische Stärke des Dreibundes auf eine Höhe zu bringen, wie sie die in dem Satz „Si vis pacem, para bellum" zum Ausdruck gebrachte Politik er-

Digitized by Google

fordert, hat Deutschland sich genötigt gesehen, aus seinen eignen Kräften heraus einen Ausgleich für die relative Schwäche Oesterreich-Ungarns zu schaffen, die nicht nur finanziellen, sondern auch politischen, durch die Stellung der Donaumonarchie als slawischer Macht bedingten Ursachen entspringt. Daraufhin suchte auch Frankreich, von dem Argwohn erfüllt, daß diese Verstärkung der militärischen Kräfte Deutschlands ihm selbst gelte, seine militärische Leistungsfähigkeit zu steigern, und seine Bemühungen in dieser Richtung fielen zusammen mit einem Manifest des Präsidenten, in dem dieser erklärte, „ein geschwächtes Frankreich, ein durch seine eigne Schuld einer Herausforderung oder Demütigung ausgesetztes Frankreich würde kein Frankreich mehr sein", und mit der Ernennung des Herrn Delcassé zum Botschafter in St. Petersburg. Die Besorgnis Frankreichs war, wie man zugeben kann, eine natürliche Folge der unbestrittenen Tatsache, daß die Reden des Großadmirals v. Tirpitz und des Staatssekretärs v. Jagow in England und in Deutschland mit gleicher Befriedigung aufgenommen wurden, und daß die organisierten antideutschen Tendenzen der letzten paar Jahre kaum eine Stimme in der englischen Presse finden. Die Politik, die zu befolgen ist, wenn eine englisch-deutsche Verständigung als Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund dienen soll, ist klar vorgezeichnet. Man muß anerkennen, daß die Dauer und die segensreiche Wirkung der Verständigung davon abhängig ist, wie weit England imstande sein wird, Frankreich mit sich zu ziehen, und daß jeder Bruch der englisch-französischen Entente verhängnisvoll sein würde. Frankreich muß über Englands Wunsch Klarheit bekommen, daß die Verständigung den Weg zu einer französisch-deutschen Verständigung eröffnen möge, und über Englands Ansicht, daß es für den Frieden Europas in letzter Linie mehr als auf irgendeinen andern Faktor darauf ankommt, Frankreich und Deutschland durch gemeinsame Interessen miteinander zu verbinden. Zugleich muß Frankreich überzeugt werden, daß Englands Verständigung mit Deutschland, falls sie erreicht werden sollte, ebensowenig ein feindseliges Gesicht gegenüber Frankreich hat, wie Englands Entente mit Frankreich ein feindseliges Gesicht gegenüber Deutschland hat, und daß ebenso, wie England von Frankreich nicht verlangt, daß es seine Politik nach den Interessen Englands richte, auch Frankreich nicht von England erwarten darf, daß es seiner Politik eine den Interessen Frankreichs entsprechende Richtung gebe. Endlich muß Frankreich die Gewißheit bekommen, daß England jetzt von der Verkehrtheit der Politik, die seit Jahrhunderten die Feindschaft gegen Frankreich zu einem feststehenden und bleibenden Faktor und zu einer Gefahr für den Weltfrieden machte, so sehr überzeugt ist, daß es sich niemals dazu verstehen kann, diesen Fehler in seiner Politik gegenüber Deutschland zu wiederholen.

Das bringt mich zum Schlusse auf die Ernennung des Herrn Delcassé zum Botschafter in St. Petersburg und ruft die Tatsache in Erinnerung, daß dieser Staatsmann aktiven Anteil an den mühevollen Verhandlungen hatte, die zu der englisch-französischen Entente führten. Herr Delcassé ist anerkanntermaßen einer der hervorragendsten Männer in Europa. Er besitzt eine unvergleichliche Kenntnis

Digitized by Google

der Verhältnisse in der auswärtigen Politik. Er weiß, wie sehr die französische Demokratie für den Frieden ist. Es ist undenkbar, daß er sich dazu herbeilassen würde, die Interessen Frankreichs einem Gefühl persönlicher Rachsucht gegenüber der deutschen Regierung unterzuordnen, einer Rachsucht, die ihren Ursprung in den Umständen hätte, unter denen er vor acht Jahren von der Leitung der französischen auswärtigen Angelegenheiten zurücktrat. Viel eher ist zu erwarten, daß es sein Stolz sein wird, seine Bemühungen um das Zustandekommen der Tripelentente durch die Förderung einer englisch-deutschen Verständigung zu krönen, die als Brücke zwischen der Tripelentente und dem Dreibund dienen soll. Man könnte nicht leicht den Wert des Dienstes übertreiben, den er auf diese Weise der Sache des Friedens leisten würde. Und Frankreich wird keine Ursache haben, das Verbrechen gegen die Zivilisation zu befürchten, das ihm seinen Platz unter den Nationen rauben oder beeinträchtigen würde. Es wird mit England und Deutschland seinen Platz in einer Dreiheit von Kräften einnehmen, die den Weltfrieden sichert, einer Dreiheit, in der keine der beteiligten Mächte vor oder nach einer andern kommt, keine größer oder kleiner als eine andre ist.

Die Großmächte und der Friede

Von

W. H. de Beaufort,

früherem K. niederländischem Minister des Aeußern

Die Friedensliebe der europäischen Großmächte ist in den letzten Jahren auf eine schwere Probe gestellt worden. Marokko, Tripolis, die Balkanstaaten haben nacheinander Verwicklungen hervorgerufen, die auf die wechselseitigen Beziehungen der Regierungen beunruhigend wirken mußten. Dennoch ist der Friede gewahrt geblieben, und ein jeder, der die politischen Ereignisse der letzten Jahre mit Aufmerksamkeit verfolgt hat, wird die Ueberzeugung davongetragen haben, daß dazu nächst der friedlichen Gesinnung der verschiedenen Regierungen auch in hohem Maße die allgemeine Furcht vor den entsetzlichen Schädigungen beigetragen hat, die ein großer europäischer Krieg mit sich bringen würde.

So sehr ist unsre heutige Gesellschaft sich bewußt, daß, abgesehen vom Verlust von Menschenleben, die materiellen Nachteile, die ein Krieg mit sich brächte, unberechenbar groß sein müßten, daß sie ihren vollen Einfluß auf die Regierungen brauchen würde, um den Frieden zu behalten. Aber eine Erscheinung, die noch erfreulicher wirkt, ist das immer fortschreitende Umsichgreifen der Ueberzeugung, die in verschiedenen Ländern offen ausgesprochen worden ist, daß ein Krieg, der nur zur Ausbreitung von Macht und Einfluß dienen soll, nicht gerechtfertigt ist. Ich werde gewiß nicht behaupten, daß diese Ansicht als

Digitized by Google

unumstößliche Wahrheit von allen Regierungen anerkannt werde, aber sie wird durch einflußreiche Männer und Organe der öffentlichen Meinung verteidigt, und es wird ihr nicht, oder wenigstens nicht ohne allerlei Vorbehalt widersprochen. Sie beginnt allmählich im sittlichen Bewußtsein der Völker Wurzel zu schlagen.

Nächst diesen allgemeinen Beweggründen materieller und sittlicher Art, die die europäischen Mächte in den friedlichen Kurs geleitet haben, müssen auch politische Beweggründe erwähnt werden, die alle Beachtung verdienen.

Zuerst die sich immer unwiderstehlicher aufdrängende Ueberzeugung aller Politiker, daß die mohammedanischen Staaten sich nicht länger halten können; daß sie nicht geeignet sind, sich gegen den Strom neuerer Ideen zu stemmen, die sich nach einer inneren Notwendigkeit über die ganze Welt verbreiten. Die türkischen Vasallenstaaten, die jetzigen sowohl wie die früheren, sind einer nach dem andern unter europäischen und christlichen Einfluß gekommen; das türkische Reich in Europa bröckelt ab bis auf die Hauptstadt, und vielleicht wird auch diese weltberühmte Stadt nicht mehr lange der Sitz des Herrschers sein.

Die Staatsmänner, die sich mit der Hoffnung schmeicheln, daß die asiatischen Gebietsteile des Sultans nach den Ereignissen des vorigen Jahres ein kräftiges Reich werden sollen, müssen sehr optimistisch angelegt sein, wenn sie nicht zuweilen Anwandlungen von Unruhe haben.

Wie erwünscht es auch sein möge, daß das türkische Reich jetzt Gelegenheit finde, in Asien festen Fuß zu fassen — wahrscheinlich ist es nicht. Im Gegenteil, wenn einmal über das Los der türkischen Herrschaft in Europa entschieden sein wird, werden die verschiedenen Symptome der Auflösung, die wir in unserm Weltteil beobachtet haben, auch in Asien, wie ich fürchte, vielleicht sehr bald sich zeigen.

Schon jetzt finden sich Vorzeichen, daß die Krisis im ottomanischen Kaiserreich mit dem, wie wir hoffen, binnen kurzem zu schließenden Frieden nur vorübergehend beendigt sein, und daß die nächste Krisis nicht lange auf sich warten lassen wird. Man darf überzeugt sein, daß sie in ihren Folgen nicht minder wichtig sein wird als die jetzige. Wer die Auflösung des unermeßlichen türkischen Reiches als unvermeidlich ansehen muß, wird begreifen, daß alle Versuche, das Unabwendbare aufzuhalten, vergeblich sein werden, und wird die Ueberzeugung haben, daß es ein nutzloses Bestreben sein würde, das Schwert zu ziehen für eine von vornherein verlorene Sache.

An zweiter Stelle fällt die völlig veränderte Situation der Balkanstaaten stark ins Auge. Vor wenigen Jahren wurden sie als Schützlinge — besser als Mündel — der Mächte betrachtet, die mit väterlicher Sorge über ihren Interessen wachten. Jetzt haben sie sich plötzlich mündig erklärt und sind selbständig aufgetreten. Die Vormünder haben anfangs wohl erklärt, daß trotz diesem Kraftbeweis und der Erklärung, daß sie andre Zustände verlangten und zu erreichen hofften, doch nichts verändert werden dürfe und alles beim alten bleiben müsse, aber bald ist ihnen die Erkenntnis aufgegangen, daß die Zeit, solche Sprache zu führen, vorbei ist.

Digitized by Google

Sicherlich sind die Balkanstaaten noch weit von dem Zeitpunkt entfernt, wo sie eigenmächtig die Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel regeln können, aber sie sind doch schon jetzt eine Macht geworden, mit der man rechnen muß. Die Mächte haben auf alle Fälle begriffen, daß nur Eintracht im Auftreten sie instand setzte, etwas von der früher geübten Oberaufsicht über die Angelegenheit der Balkanhalbinsel zu behaupten. Kam es zu einem Bruch zwischen ihnen, so mußte die Macht oder die Mächte, die die nun verbündeten Balkanstaaten auf ihrer Seite hätten, einen Vorsprung haben, der den andern sehr fühlbare Nachteile bringen würde. Zweifellos ist es diese Ueberzeugung gewesen, die die Regierungen in den europäischen Hauptstädten bewogen hat, alle Schwierigkeiten, die sich einem gemeinschaftlichen Zusammenwirken entgegenstellten, so gut als möglich aus dem Weg zu räumen.

Drittens ist endlich die veränderte Politik einiger Mächte hinsichtlich der Orientfrage von großem Einfluß auf ihre gemeinsame Haltung gewesen. Vor allem müssen England und Oesterreich-Ungarn hier erwähnt werden. Die traditionelle Politik Großbritanniens gegenüber der Türkei ist im Lauf der letzten zwanzig Jahre klar erkennbar geworden. Nachdem England die Hand auf Aegypten und den Kanal von Suez gelegt hat und dadurch den Zugang zu seinen asiatischen Besitzungen beherrscht, ist es mehr und mehr gegen die Dardanellen und den Bosporus gleichgültig geworden. Ob der Sultan oder der Zar dort herrschen soll, ist eine Frage, die nicht länger die frühere Besorgnis erweckt. England ist dadurch nicht mehr der natürliche Bundesgenosse der Mächte, die die Position des Sultans am liebsten erhalten sehen möchten, wie zum Beispiel Oesterreich-Ungarn; es hat sich seinem früheren großen Gegner Rußland nähern können. Es beobachtet mit vollster Aufmerksamkeit die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel, aber mit andern Augen als zur Zeit des Russisch-Türkischen Krieges von 1877/78, und es wird auf keinen Fall das Schwert ziehen, um in Konstantinopel den Halbmond zu schützen. Oesterreich-Ungarn dagegen ist noch viel tiefer in die Orientfrage verwickelt worden, als das schon vorher der Fall war. Die große Ausbreitung seines Besitzes auf der Balkanhalbinsel, der von einem schmalen Küstenstrich zu einem ausgedehnten Binnenland angewachsen ist, hat es zum vornehmsten Interessenten gemacht. Seine Interessen widerstreiten indessen denen etlicher Balkanstaaten, vor allem Serbiens; aber trotz seiner Uebermacht hütet es sich, seinen Willen diesen Staaten aufzuzwingen; denn hinter Serbien steht Rußland, und neben Oesterreich-Ungarn stehen die zwei Mächte, mit denen es verbündet ist, denen nichts unwillkommener wäre, als ein Krieg ihres Bundesgenossen mit Rußland.

So hat glücklicherweise das sonderbare Verhältnis, in dem die Mächte zueinander und zu der neuerstandenen Macht der Balkanstaaten stehen, dazu beigetragen, den Frieden zu erhalten. Aber es besteht ferner auch begründete Hoffnung, daß die bald zu erwartende Lösung der jetzigen Krisis dann ohne Streit zwischen den Mächten zustande kommt.

Wird dieser Friede von Dauer sein? Das ist die Frage, die alle in Atem

Digitized by Google

hält und auf die niemand eine abschließende Antwort zu geben wagt. Die Wahrscheinlichkeit besteht, daß nach dem Friedensschluß eine ruhige Periode anbrechen wird, in der die durch den Krieg erschöpften Staaten gezwungen sein werden, den inneren Zuständen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, die durch den Friedensschluß so stark beeinflußt worden sind.

Bei der Ausarbeitung der Friedensbestimmungen werden sich sicherlich noch manche Bedenken ergeben, aber wenn eine vollständige Uebereinstimmung zwischen den Mächten betreffs der Verteilung des Balkangebietes zustande gekommen ist, werden diese Bedenken wohl auf friedlichem Wege durch die Diplomatie beiseite geräumt werden. Man wird dann hoffen dürfen, daß die Eröffnung des Friedenspalastes im Haag im August dieses Jahres zu einem Zeitpunkt stattfinden wird, wo zwischen allen Völkern Friede ist.

Trotzdem wird es bei dieser Feier für viele ein schmerzlicher Gedanke sein, daß die ursprüngliche Idee des Zaren, die zum Zusammentritt der ersten Friedenskonferenz führte, „une réduction possible des armements excessifs qui pèsent sur toutes les nations“ (Zirkularnote des Grafen Murawieff vom 12./24. August 1898), nicht allein nicht verwirklicht wurde, sondern daß die Last, die die Völker 1898 drückte, immer schwerer geworden ist und gerade in den letzten Jahren fast in allen Ländern ungewöhnliche Dimensionen anzunehmen droht. Das Drängen nach Einführung der allgemeinen Dienstpflicht in England, die neue Militärvorlage in Deutschland und in Frankreich sind Erscheinungen der bedenklichsten Art. Ernst denkende Männer fragen sich, ob der Preis, um den der Friede erkauft werden muß, nicht allmählich so hoch werden wird, daß die Völker sich weigern werden, ihn zu zahlen, und sie fürchten, daß die Regierungen dann verleitet werden könnten, Situationen hervorzurufen, die die Notwendigkeit der entsetzlichen Kriegsrüstungen beweisen.

Diese Frage der Kriegsrüstungen ist ernst; fast ebenso ernst wie die des Krieges selbst, vor allem weil an ein Aufhören zunächst nicht zu denken ist. Einschränkung der Kriegsrüstungen durch einen allgemeinen Kongreß, wie der Friedenskongreß im Haag, scheint unmöglich. Sie würde in Wahrheit nur durchführbar sein, wenn die Uebereinstimmung aller Großmächte zu erhalten wäre, und keine einzige Macht wird ohne allgemeinen Vertrag zur Entwaffnung übergehen. Die langsam durchdringende Ueberzeugung, daß man auf einem Wege ist, der zu finanziellen Ungelegenheiten schlimmster Art führen muß, kann einzig und allein auf die Dauer einen Stillstand oder Rückgang auf diesem Wege durchsetzen. Die Ereignisse der letzten Jahre können sicher zur Verbreitung dieser Ueberzeugung dienen.

So wird, wenn die vollständige Abrechnung über die militärischen Maßregeln in Wien und Budapast dargelegt werden wird, in Oesterreich-Ungarn mancher Seufzer aufsteigen über die Opfer, die gebracht werden mußten: erst durch die Mobilisierung selbst und den daraus entstandenen zeitweisen Verlust an Arbeitskraft, und zweitens durch die Bezahlung der ungeheuren Ausgaben, die eine solche Mobilisierung mit sich bringt.

Digitized by Google

Einzelne leichtfertige und ungeduldige Menschen sprechen inzwischen von einem viel drastischeren Mittel. Die übertriebene Bewaffnung der Mächte zu See und zu Land kann einzig und allein — so argumentieren sie — gehemmt und auf immer gehemmt werden durch einen allgemeinen Krieg, den man beginnen muß, um die unvermeidliche endgültige Lösung der Frage herbeizuführen. Mir scheinen solche Aeußerungen ein hohes Maß von Gedankenlosigkeit zu verraten. Ein allgemeiner Krieg würde nur dann den übermäßig übertriebenen Kriegsrüstungen ein Ende machen, wenn es einer der kriegführenden Mächte gelänge, sich alle andern zu unterwerfen und eine Weltherrschaft zu stiften, wie das alte römische Reich, die jeden ausländischen Krieg ausschließt. Niemand wird indessen an die Möglichkeit eines solchen Ereignisses denken. Nach einem allgemeinen europäischen Krieg würde es Ueberwinder und Ueberwundene geben; die ersteren würden unter Waffen bleiben, um ihre Macht zu behaupten und sie nötigenfalls einer gegen den andern zu verteidigen; die andern würden, sobald ihre Kräfte es zuließen, sich wieder waffnen, um das zu behaupten, was ihnen geblieben ist, und wenn möglich bei erster Gelegenheit das Verlorene zurückzuerobern und Rache an ihren Ueberwindern zu nehmen.

Wie man zu einer Erleichterung des Druckes der militärischen Ausgaben kommen sollte, ist zunächst noch dunkel, aber das steht fest, daß ein europäischer Krieg nicht nur nicht zu dem gehofften Ziele führen wird, sondern dieses in eine weit entfernte Zukunft zurückschieben würde. Das Uebel durch ein Uebermaß von Ueblem heilen zu wollen, ist immer ein höchst gefährlicher Versuch, der selten zum Guten ausschlägt. In dem hier besprochenen Fall würde er zweifellos zu einer unheilbaren Verschlimmerung des Uebels führen.

Ueber die Heeresverstärkung und über die einmalige Forderung einer Milliarde

Ein Schreiben von Generalleutnant z. D. v. Goertz (Berlin) an die Redaktion der „Deutschen Revue"

Der geehrten Redaktion der „Deutschen Revue" erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 7. März folgendes: Da die laufenden Ausgaben an Gehältern, Löhnungen, Verpflegung, Munition usw. fortlaufend auf die jährlichen Etats kommen, werden auf die „Jahrhundertgabe" nur die großen einmaligen Ausgaben zu übernehmen sein. Solche entstehen durch die Unterbringung. Die in ihrer Friedensstärke zu erhöhenden Infanterie- und Artillerietruppenteile, die nun endlich zu bildenden 18 Bataillone der Rumpfregimenter, die uns fehlenden 12 Kavallerieregimenter und die Festungsmaschinengewehrkompagnien, welche gebildet werden müssen, der Ausbau des Trains usw. machen Unterbringungsräume für Mann und Pferd in erheblichem Umfange erforderlich.

Digitized by Google

Meine Forderung an Kavallerie übertrifft alles, was bisher in dieser Richtung genannt worden ist. Das weiß ich. Meine Rechnung ist dabei folgende: 103 Kavallerieregimenter haben wir, ein weiteres tritt am 1. Oktober infolge der Beschlüsse von 1912 hinzu. Nach der Zahl der bestehenden bleibenden und auf drei Batterien zu erhöhenden reitenden Artillerieabteilungen scheint die Bildung von 11 Kavalleriedivisionen im Kriege vorgesehen zu sein. Schwächer als 6 Regimenter wird man sie nicht machen. Nach Abzug dieser 66 Regimenter bleiben von jenen 104 nur 38 übrig. Da wir 50 gemischte Divisionen haben, fehlen 12 Regimenter an der Kriegsstärke. Sie sind zu bilden.

Einmalige Ausgaben entstehen ferner durch Herstellung bzw. Vergrößerung gewisser Garnisonanstalten, wie Exerzierhäuser, Reitbahnen, Waschanstalten, Bäckereien, durch Neuanlage von Schießständen und Truppenübungsplätzen. Die Franzosen sehen in der 800-Millionen-Vorlage für je zwei Armeekorps einen solchen vor, der in seinem Lager eine Division gleichzeitig beherbergen und für ihre kriegsmäßigen Uebungen das Gelände enthalten soll. 100 Millionen Franken werden hierfür gerechnet.

Aus den einmaligen Ausgaben sind ferner die Kosten für Ausbau und Neuanlage von Festungen zu bestreiten. Diese Verbesserungen erscheinen keineswegs nur an der West-, sondern auch an der Ostgrenze dringend nötig. Mit Sorglosigkeit ist in dieser Richtung Rußland gegenüber verfahren worden. Der gegenwärtig dürftig übertünchte Gegensatz zwischen Rußland und unserm Verbündeten Oesterreich-Ungarn läßt an sich schon die Kriegsgefahr im Osten erkennen. Dazu kommt die enge Verbindung Rußlands mit Frankreich, welche — so sehr sie der Vergangenheit widerspricht — in der Gegenwart ausdrucksvoll in die Erscheinung tritt. Ich brauche nur an die Vorgänge zu erinnern, welche sich an die Namen Poincaré und Delcassé knüpfen. Schon im Oktober 1912 machte ich in der „Deutschen Revue" auf die amtliche Beteiligung Frankreichs an den Jahrhundertfeiern Rußlands bei Borodino aufmerksam. Gegensätzlich zu dieser Verbrüderung mit dem damaligen Feinde beachte man die völlige Enthaltung von jeder Sympathiekundgebung Rußlands in der Gegenwart dem Verbündeten von 1813/15 gegenüber. Der 28. Februar (Vertrag von Kalisch) ist unbeachtet vorübergegangen. Das läßt tief blicken. Man könnte sagen, Rußland könne Frankreichs wegen keine Notiz nehmen. Das ist eben das Bezeichnende der Lage, daß es das nicht kann, ganz abgesehen davon, ob es möchte! Dazu erwäge man die neuen Heeresverstärkungsmaßregeln Rußlands, dessen Friedensstärke ohne Offiziere schon gegenwärtig 1320000 Mann beträgt. Man übersehe nur nicht, wie wenig Deutschland an seiner Ostgrenze auf Verwicklungen mit Rußland eingerichtet ist. Man beachte, daß an der rund 160 Kilometer langen Grenzstrecke zwischen Gleiwitz in Schlesien bis Ostrowo ein einziges Bataillon (6. Jäger) und ein Kavallerieregiment (8. Dragoner) untergebracht sind. Das rechte Oderufer der Provinz Schlesien ist der feindlichen Invasion in hohem Grade preisgegeben. — Rußland hat an seiner Westgrenze viel mehr Truppen stehen als wir an unsrer gesamten Ostgrenze, und

Digitized by Google

als Grenzfestung kommt bei uns nur Thorn in Betracht. Posen liegt zum Beispiel schon 60 Kilometer von der Grenze entfernt, schützt sie also nicht. Man darf nicht vergessen, daß 1913 die politische Lage Rußland gegenüber eine ganz andre ist, als sie in der Zeit von 1813 bis 1880 war. Damals war Rußland der Verbündete, heute ist es der eng verpflichtete Alliierte Frankreichs!

Die Höhe der einmaligen Ausgaben aus Anlaß der kurz erörterten Lage wird für Deutschland etwas weniger als eine Milliarde Mark betragen. Ob die Mittel durch eine Abgabe vom Vermögen oder von der Jahreseinnahme oder aus beiden gewonnen werden, steht dahin. Sehr richtig wird in dem dortigen Schreiben vom 7. d. M. hervorgehoben, daß es „einen großen Schaden für Landwirtschaft, Industrie und Handel bedeuten würde, wenn die beabsichtigte einmalige Forderung sofort gezahlt werden müßte". Allen Erwerbskreisen würden daraus Geldschwierigkeiten entstehen, das Geld würde verteuert werden, Lebensmittel und Löhne würden im Preise steigen. Die Ausgabe so erheblicher Barmittel in einem Jahre, die Steuererhöhung infolge der jährlichen Mehrausgaben könnten gewiß leicht Geldmangel und Nachlassen an Unternehmungslust und -kraft hervorrufen. Damit ginge die Einnahme aus den indirekten Steuern zurück. Sehr richtig bemerkt die „Bayrische Staatszeitung", „daß nur einem geringen Bruchteil der von dieser Leistung Erfaßten es vergönnt sein dürfte, sie aus ihrem regelmäßigen Einkommen zu bewirken".

Wie viele Zahlende müßten ein Papier verkaufen, wenn sie die Zahlung auf einmal bald leisten müßten — und das bei den jetzigen Kursverhältnissen! Das besteuerbare Vermögen und damit der Ertrag der Staatssteuer würde verringert werden. Auch würden im Kriegsfalle, träte er bald ein, die Geldmittel nach Verausgabung fast einer Milliarde schwerer zu beschaffen sein. Diese Erwägungen fordern zur Verteilung der Abgabe auf mehrere Jahre auf, und ich glaube nach meinen Informationen hinzufügen zu können, daß ein solches Arrangement an maßgebender Stelle in Aussicht genommen ist. Vor allem die erörterten Aufwendungen in Verstärkung der Festungen oder für Neubau solcher machen Flüssigmachung der Mittel erst im Laufe von längerer Zeit erforderlich. Auch Rücksicht auf Aenderungen, welche erforderlich werden können, begünstigen die allmähliche Verwendung der Mittel.

Möchte diese Jahrhundertgabe, wie der Abgeordnete Erzberger im „Tag" sie nennt, uns in einer Weise vorgeschlagen und abgenommen werden, daß wir sie nicht nur notgedrungen, sondern mit Freuden opfern, in dem Bewußtsein, daß das para bellum der beste Schutz vor einem solchen ist, und in dem Willen, uns würdig unsrer Vorfahren zu erweisen, welche vor hundert Jahren noch größere Opfer freudig brachten. „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es (mit Berechtigung) zu besitzen." Also — erwerben wir es!

Digitized by Google

Mexikanische Briefe[1]

Von

Kurd v. Schlözer

Veracruz, 27. April 1869.

Nur ganz kurz will ich Dir, teure Mutter, sagen, daß ich hier gestern früh mit der „Viktoria" angekommen bin. Ich wohne bei unserm Konsul Herrn d'Oleire. Der Empfang im hiesigen Hafen war „fürstlich"; es wurde nach Kräften mit Hissen von norddeutschen und mexikanischen Flaggen, mit Salutschüssen vom Fort San Juan de Ulua und donnernden Antworten aus unsern Kruppschen Kanonen gearbeitet. Abends machte mir der Stadtkommandant mit den höchsten Zivilbeamten seinen Besuch. Von der Hauptstadt her spielt der Telegraph, um Vorkehrungen zu meiner Weiterreise anzuordnen.

Mittags gab mir der Kommandant ein großes Diner, bei dem entsetzlich viel getoastet wurde. Abends veranstalteten mir zu Ehren die Honoratioren Souper und Ball.

Heute vormittag kam hier der englische Steamer an und verbreitete ein angeblich in Neuyork angelangtes Telegramm, wonach zwischen Preußen und Frankreich Krieg ausgebrochen sei. An solche Unsicherheiten der politischen Nachrichten muß ich mich jetzt gewöhnen. Ein schrecklicher Zustand! In Habana, wo so mannigfache Verbindungen mit Neuyork und Europa bestehen, hatte ich noch einige Fühlung mit Deutschland. Jetzt ist diese wie abgeschnitten, denn nach Veracruz kommen nur zweimal im Monat transatlantische Dampfer mit Neuigkeiten.

*

Mexiko, 8. Mai 1869.

Am 28. April dampfte ich früh 8 Uhr im Salonwagen der Regierung unter den Salven der Festungskanonen und dem Trommelwirbel der Ehrenwache aus dem Bahnhof von Veracruz meinem Traktat entgegen. Die letzte Eisenbahnstation Orizaba war bald erreicht. Dann ging es zwei Tage bei Staub und starker Hitze in der Diligencia weiter. Diese wurde, obgleich ich es mir verbeten hatte, auf speziellen Befehl des Präsidenten von einer berittenen Eskorte geleitet, deren stampfende Pferde uns fortwährend in undurchdringlichen Staub hüllten.

Am 30. April, nach kurzer Bahnfahrt, abends 6 Uhr Ankunft in Mexiko. Musik, Fahnen. Die Häupter der Kolonie am Bahnhof. Diner beim Vorstand

---

[1]) Im Anschluß an die kürzlich von der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart veröffentlichten, jetzt in neuer Auflage erscheinenden „Römische Briefe" desselben Verfassers, herausgegeben von Karl v. Schlözer, schildern folgende Mitteilungen die Zeit nach dem Sturz des Maximilianischen Kaiserreichs und den Abschluß des Deutsch-Mexikanischen Handelsvertrages.

Digitized by Google

des Deutschen Hauses, dem siebzigjährigen Benecke, abends 10 Uhr Serenade der Liedertafel mit Fahnen, Fackeln, Ansprachen, Gesang: „Was ist des Deutschen Vaterland". Die Hochs nahmen kein Ende, alter Rheinwein kreiste.

Nun habe ich bereits in feierlichem Empfang Juarez mein Akkreditiv überreicht, mit seinem Ministerpräsidenten Lerdo de Tejada dicke Freundschaft geschlossen und letzteren fast täglich gesehen, um bald den Handelsvertrag fertigzustellen.

Die Morgen sind hier gleichmäßig schön; der Himmel ist prachtvoll. Der Regen erlaubt sich in dieser Jahreszeit nur nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr den Boden zu sprengen und erfrischende Kühle zu verbreiten — aber man ist doch furchtbar weit von Europa. Ich hörte nun seit vollen drei Monaten nicht eine Silbe aus der Heimat!

Jedesmal wenn ich zu Lerdo in den Palast gehe, komme ich in die Zimmer, welche Maximilian bewohnte. Auch Juarez empfing mich in den Prachtgemächern des einstigen Kaiserpaares. Am Palast hält dieselbe Garde Wache, welche den Kaiser in Queretaro erschießen mußte. Er soll aber nicht sofort durch die Flinten der schlechtzielenden Soldaten, sondern auf das Zeichen des kommandierenden Offiziers durch einen Revolverschuß des Unteroffiziers gefallen sein.

*

Mexiko, 9. Mai 1869.

Guter Bruder, ich bin recht beschäftigt! Fast täglich habe ich Konferenzen mit dem Premierminister Lerdo; er ist ein schlauer Kerl, äußerlich ganz angenehm, der richtige Indianer; eigentlich soll er es gewesen sein, der auf die Erschießung des Kaisers gedrängt hat. Juarez selbst war — höre ich — unschlüssig. Freitag hatte ich bei letzterem wieder Audienz. Die Prachtzimmer im Palast haben noch die ganze Einrichtung von Maximilian und der Kaiserin Charlotte. Da der kaffeebraune Herr Präsident — ein echter Indianer aus dem Stamme der Zapoteken — außer in der Sprache von Hernan Cortes sich nur noch in des Gottes Huitzilopochtli konsonantenreichem Idiom bewegt, dessen ich nicht ganz mächtig bin, hielt ich spanische Anrede. Juarez ist übrigens, abgesehen von seinen politischen Abenteuern, ein recht gemütliches Haus. Obgleich Inhaber einer legitimen Frau und Vater von sieben Kindern, verfügt er noch über eine Reihe von Nebendamen. Manchmal soll er die ganze Gesellschaft beisammen haben und dann als Hahn im Korb dazwischen sitzen.

Heute vor einem Jahr kam ich aus Florenz vom Kronprinzen. Damals ließ ich mir auch nicht träumen, daß ich ein Jahr später mit den beiden dunkeln Kaisererschießern Juarez und Lerdo einen Handelsvertrag ausarbeiten würde.

Wie bizarr, daß die Spanier in Mexiko — es sollen immerhin 20 bis 25 Prozent der Bevölkerung sein — sich heute von den Nachkommen derselben Indianer regieren lassen, die sie vor 350 Jahren massakrierten, zu Sklaven machten und ihrer federn- und smaragdgeschmückten Herrscher beraubten.

Sollte nicht bei dem stark entwickelten Sinn der Indianer für die Traditionen ihres Volkes dem Zapoteken Juarez, als er das Todesurteil des Kaisers

Digitized by Google

Maximilian unterzeichnete, die Wandlung irdischer Dinge und jene Zeit vorgeschwebt haben, wo — längst vor dem österreichischen Erzherzog — ein Fremdling, auch ein weißer Mann aus dem „Lande der Götter", in Mexiko eindrang, den Thron der Azteken einnahm und den letzten braunen Herrscher foltern ließ?

*

Mexiko, 7. Juli 1869.

Vor drei Wochen machte ich mit Bekannten einen Ausflug nach Chapultepec und dessen grandiosem Aquädukt Bucareli aus dem achtzehnten Jahrhundert. Wir wandelten unter den schönen Zypressen, die schon dem braven Montezuma Schatten gewährten. So etwas Phantastisch-Gigantisches und dabei Märchenhaftes ist wohl einzig in der Welt. Man steht vor diesen ehrwürdigen Bäumen wie vor greisenhaften Wesen, die uns von längst verschollenen Zeiten erzählen. Grausilberne Bärte ranken von den Aesten, als wären es Hieroglyphen der alten Azteken. Dann stiegen wir zum Schloß hinan, wo einst die Vizekönige hausten. Oben attrapierte uns Juarez, der dort Villegiatur macht und uns sehr gesprächig herumführte. Nachher gab es Xeres, Portwein, Kuchen, Früchte. Auf einem der geschliffenen Portweingläser war noch die Chiffre M mit der Krone. Nein, Sentimentalität kann man den Herren Azteken nicht vorwerfen.

*

21. Juli 1869.

Am vorigen Mittwoch den 14. Juli fand mein erstes Diner statt, bei dem alle Minister mit den ersten Mitgliedern der deutschen Kolonie vereinigt waren. Ich hatte neben mir den Kriegsminister General Mejia, frühesten Jugendfreund von Juarez; er hatte von Anfang an erklärt, daß nichts übrig bleibe, als Max zu erschießen; dabei ein ganz kränklicher Mann; feines, zartes, süßliches Wesen; mir zur Rechten Ygleſias, Minister des Innern, einer der fünfundzwanzig Immaculados, die Juarez auf all seinen Irrfahrten von hier über San Louis Potosi bis hinauf zur nordamerikanischen Grenze begleiteten.

*

Mexiko, 11. August 1869.

Vorgestern gab Lerdo mir zu Ehren ein Diner. Ich fand dort alle Minister, welche sich dem üppigen Mahl und einem mexikanischen Landwein aus Paso del Norte an der Nordgrenze nicht abgeneigt zeigten. In letzterem Ort kampierte Juarez mit seinen Getreuen auf der Flucht vor den französischen und Regierungstruppen. Der Wein erinnerte mich an den unvergeßlichen vino romano! Nur Mejia, der Kriegsminister, durfte keinen Tropfen an die Lippen führen. Auch essen kann der Mann nichts, denn sein Magen ist furchtbar herunter. Er konsumierte während des Diners eine eigens für ihn bearbeitete Schokolade, von der er täglich vierzehneinhalb Tassen schlürft. Dabei ist dieser Herr, der es mit dem Erschießen andrer so leicht nimmt, ungemein zart und rührselig. So besuchte er mich kürzlich vormittags nur in der Absicht, sich etwas von mir vorspielen zu lassen! Das ist der hiesige Roon.

Digitized by Google

In der vorigen Woche, Dienstag 3. August, abends 8 Uhr, waren die Chefs und Vertreter von sämtlichen großen deutschen Firmen — 24 an der Zahl — auf meine Einladung zu mir gekommen, um den Handelskontrakt kennen zu lernen und mir ihr Gutachten darüber abzugeben. Man war befriedigt und einverstanden; ich hielt eine lange Eingangspauke, Goß führte das Protokoll, so daß die Sache einen ganz parlamentarischen Charakter hatte. Das Protokoll habe ich an Bismarck geschickt, und Ende dieses Monats wird die Unterzeichnung erfolgen. Aus einem Briefe Delbrücks, den ich vorgestern erhielt, ersehe ich, daß auch die 14 von mir als Chefs der neuerrichteten Konsulate vorgeschlagenen Persönlichkeiten in der Wilhelmstraße genehmigt und die Diplome bereits vor vier Wochen dem Könige zur Unterschrift vorgelegt sind. Die Bestallungen können also noch Ende dieses Monats hier eintreffen.

*

Mexiko, 9. September 1869.

Am 28. August unterzeichnete ich mit Lerdo den Traktat; tags darauf hat ihn der englische Dampfer mitgenommen. Ende des Monats wird er wohl in der Wilhelmstraße anlangen. In zehn Tagen tritt hier der Kongreß zusammen, dem er sofort zur Genehmigung vorgelegt wird. Die ganze Sache hat mir horrende Arbeit und viel Schwierigkeiten bereitet, denn die Abneigung gegen das Ausland hat in Mexiko seit der Intervention eine fabelhafte Höhe erreicht.

In der letzten Woche des August sollte hier ein Komplott losbrechen. Ein Goldtransport war aus dem Innern eingetroffen, um nach Veracruz geschafft und dann nach London verfrachtet zu werden. Er lag hier 48 Stunden auf dem Schloßplatz unter freiem Himmel aufgestapelt. Ein General Negrette hatte einige Offiziere und Sergeanten der Garnison bestochen. Diese waren beauftragt, mit ihrem Bataillon den Transport zu überfallen und bei dieser hübschen Gelegenheit Juarez und Lerdo zu stürzen. Letztere waren aber als Indianer die Schlaueren, entdeckten den Rattenkönig, und vorige Woche sind einige der Kompromittierten erschossen.

Am 16. September wird die Eisenbahn von hier bis Puebla fertig. Dann finden dort mit Juarez und den Ministern große Feste statt, zu denen ich auch schon eingeladen bin.

Zwei Tage vorher feiern wir im „Deutschen Hause" den hundertjährigen Geburtstag des alten Humboldt, dem ich die Festrede halten soll. Auch eine ganz neue Situation für mich, da ich mich zu diesem Zweck auf dem mir völlig fernliegenden Gebiet der Naturwissenschaft, wenigstens ad hoc, orientieren muß.

Die hiesige Geographische Gesellschaft publiziert interessante Dokumente, die im Staatsarchiv gefunden sind und den mexikanischen Aufenthalt des zweiten „Alexanders des Großen" betreffen, z. B. sein Diplom als Ehrenbürger dieses Staates. In Oaxaca (nebenbei bemerkt: Präsident Juarez, der Kriegsminister Mejias und sein Finanzkollege Romero sind dort geboren; ersterer in Villa Alta, nördlich des Orts) wohnte Humboldt einige Monate; das Haus wird noch heute nach ihm benannt. Auch über die schöne Huera Rodriguez, die ihn heftig

Digitized by Google

gefesselt, weiß ich allerhand Geheimnisse; sie war die Tochter des Marques San Miguel Aguajo aus Durango. Rodriguez war vermutlich ein Kalb.

Dann stand sie in Beziehungen zu dem später erschossenen Kaiser Iturbide, dessen Kinder nachträglich von Maximilian den Prinzentitel erhielten. Hochbetagt war sie noch so schön, daß sie einen zweiten Gatten, Don A. Elisalde fand, der, als sie starb, sich so unglücklich fühlte, daß er Jesuit wurde. Er lebt noch.

*

Mexiko, 9. Oktober 1869.

Unsre Regenzeit ist nun beendet. Die Luft ist so abgekühlt, daß manche Erscheinungen der tropischen Tierwelt sich nach einem Wechsel umsehen. Auch der farbensprühende Kolibri verläßt uns, um in warme Gegenden zu schwirren. Er liebt Wärme und Freiheit. Das Volk soll noch heut, wie in alten Zeiten, nicht an diesen jährlichen Fortzug glauben. Es sagt: „der Kolibri schläft".

Bei den alten Mexikanern ging die Sage, wie der Pater Sahagun berichtet, daß in der dürren Zeit diese Vögel, mit ihrem spitzen Schnabel an einem Baum hängend, vertrocknen und mit dem ersten Regen zu neuem Leben erwachen. Sie sollen nicht vom Honig, sondern von den kleinen Insekten in den Blüten leben. Mehr oder weniger kann man alle Tiere im Käfig halten, die Kolibris nicht. Schon nach 24 Stunden welken sie wie frische Blumen dahin. Die Indianer fangen sie häufig ein. So ein Käfig mit den kleinen, blitzenden Wundern der Luft ist ein entzückender Anblick. Aber man sieht, wie sie von Stunde zu Stunde trübseliger werden, wie ihr Glanz allmählich verblaßt. Neulich kaufte ich von einem Azteken vier von den niedlichen Tierchen. Ich ließ sie aber gleich wieder fliegen, weil ich ihnen anmerkte, wie totunglücklich sie sich fühlten. Die Befreiung dieser vier winzigen Sklaven kostete per Kopf kaum 1 Real = 5 Silbergroschen.

Da ich nun keine Kolibris hüten kann, so treibe ich exotische Blumenzucht! Du wirst erstaunt sein, guter Bruder, aber ich versichere Dich, daß meine Plantage auf der Terrasse und dem offenen Korridor von Woche zu Woche großartiger wird. Sechs prachtvolle Pisang sind unablässig bemüht, immer neue majestätische Blätter, die so schön grün durchsichtig sind, hervorzutreiben; alle 14 Tage bringt jeder ein frisches Blatt zur Welt. Daneben entwickeln sich Orchideen und eine Masse der seltsamsten Pflanzen. Es geht hier ungeheuer tropisch her. Und ebenso üppig ist die Arbeit. Jeden Tag denke ich, daß ich fertig bin. Es erscheinen aber neben den frischen Pisangtrieben täglich auch neue Aktenblätter.

*

24. November 1869.

Guter Wider![1]) Am 25. Juni 1865 waren wir zusammen in Neapel und sahen im Theater die Verherrlichung des Todes Lincoln. Um so mehr interessierte es mich, jetzt den Staatssekretär Seward kennen zu lernen, der zugleich

[1]) Wider, Wilhelm, Genremaler, damals in Rom.

Digitized by Google

mit dem Präsidenten fallen sollte. Der Mann hält sich schon 14 Tage hier auf, ist 68 Jahre alt und trägt in seinem Gesicht noch die furchtbaren Spuren der Dolchstiche, die ihm Lewis Payne beigebracht. Sein Sohn, der ihn begleitet, hat sogar ein Stück Schädel verloren, so daß er oben eine Silberplatte und zum Festhalten derselben immer eine Mütze trägt. Ueberhaupt sind Yankees und Mexikaner stets auf Dolch und Revolver eingerichtet; fast kein Monat vergeht ohne bestialische Szenen. Neulich schossen im Foyer des Opernhauses während einer Pause zwei Herren „aus der Gesellschaft" wie toll aufeinander. Einer blieb auf der Stelle tot liegen. Bald darauf knallte es zwischen zwei andern beim Spiel. Das Revolvertragen ist ganz allgemein; Karten, Würfel, Weiber, Wein — immer dieselben Ursachen!

*

29. November 1869.

Inzwischen hatten wir vorgestern Abend 7 Uhr im Nationalpalast großes Bankett zu Ehren Sewards. 350 Gäste. Das Arrangement feenhaft. Trotzdem schien es mir — und mein spanischer Kollege machte mich auch darauf aufmerksam — als ob manchmal ein Schatten zwischen den Anwesenden auftauchte. Vieles von der Einrichtung des Saales stammt noch aus der Zeit des Kaisers Maximilian. Auch die silbernen Tafelaufsätze, die vor uns prangten, waren sein Eigentum.

Gibt es für den Wettstreit der Flottenrüstungen eine Grenze?

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

Als zur Beantwortung einer Anfrage der Staatssekretär des Reichsmarineamts in der Budgetkommission des Reichstags erklärte, daß ein englisch-deutsches Stärkeverhältnis der Marinen von 16 zu 10 für die nächsten Jahre annehmbar sei, glaubte die „Frankfurter Zeitung" dieses für die erste Verlautbarung dessen halten zu müssen, daß die amtlichen Kreise sich mit dem Gedanken einer gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen vertraut zu machen beginnen, und meinte, es sei von besonderer Bedeutung, daß gerade der Mann jene Erklärung abgegeben habe, den man bisher für einen Gegner jeder Begrenzung der Flottenstärke angesehen habe.

Es verlohnt sich daher der Mühe, zu untersuchen, was es mit dem Gedanken einer gegenseitigen Begrenzung der Rüstungen auf sich hat, ob letztere möglich oder sogar schon im Anzuge sei.

Jene Erklärung des Staatssekretärs war bekanntlich gewissermaßen eine Antwort auf das, was der englische Marineminister Herr Churchill am 18. März 1912 gesagt hatte. Der Wortlaut dessen war folgender:

Digitized by Google

„Der tatsächliche Standard der Neubauten, den die Admiralität in den letzten Jahren verfolgte, war eine Ueberlegenheit von 60 Prozent in Schiffen der Dreadnoughtklasse, verglichen mit der deutschen Flotte. Wenn Deutschland an dem geltenden Flottengesetz festhält, so glauben wir, daß dieser Standard, abgesehen von unerwarteten Entwicklungen andrer Länder, einen geeigneten Maßstab für die nächsten vier bis fünf Jahre abgeben würde, soweit die Dreadnoughtklasse in Betracht kommt. Indes will ich keineswegs so verstanden werden, daß das Verhältnis von 16 zu 10 als ausreichende Ueberlegenheit über die nächststarke Seemacht betrachtet werden dürfe, soweit die britische Seemacht als Ganzes in Frage steht. Meine Erklärung ist in viel größerer Beschränkung aufzufassen. Wir können gegenwärtig an einem so mäßigen Standard festhalten infolge unsrer großen Ueberlegenheit an Schlachtschiffen und Panzerkreuzern der Vordreadnoughtperiode; da diese Schiffe aber allmählich an Gefechtswert verlieren, wird unser Verhältnis in Neubauten über den 60-Prozent-Standard steigen müssen. Wenn wir uns jetzt, wie es den Anschein hat, der Vermehrung der deutschen Neubauten um zwei Schiffe in sechs Jahren gegenübersehen, würden wir vorschlagen, vier weitere Schiffe während der gleichen Periode zu bauen."

Man sieht hieraus, der englische Minister bezog sich überhaupt nur auf Dreadnoughtlinienschiffe, ließ für diese das Verhältnis 16 zu 10 nur für vier bis fünf Jahre gelten, kündigte im übrigen aber den Maßstab 2 zu 1 an. Er wollte also weder Bindung noch Grenze.

Staatssekretär v. Tirpitz konnte daher nichts andres sagen, als was er gesagt hat. Er hat sich mit dem Verhältnis von 16 zu 10 einverstanden erklärt, weil dasselbe eine erhebliche Besserung des jetzt bestehenden bedeuten würde. Dieses Verhältnis herzustellen, liegt aber nur in der Hand desjenigen, der es überschritten hat, also Englands. England jedoch rührt keinen Finger dazu, läßt vielmehr aus seinem neuesten Schiffsbauplan entnehmen, daß es nicht nur nicht auf 16 zu 10 herabgehen, daß es vielmehr über 2 zu 1 hinausgehen will.

Die Erklärung des englischen Ministers sowohl wie unsers Staatssekretärs lassen somit deutlich erkennen, daß ein Abkommen über die Flottenrüstungen nicht getroffen werden wird, daß eine Begrenzung derselben nicht beabsichtigt ist. Das kann auch gar nicht anders sein. Denn welche Macht, die noch Selbstbewußtsein hat, wird sich von einer andern die Grenze ihrer Rüstung vorschreiben lassen? Das hieße doch vom Kampfplatz abtreten, also Niederlage.

Es ist klar, eine Begrenzung der Flottenrüstungen durch ein Abkommen, einen Staatsvertrag oder ähnliches ist ausgeschlossen für Nationen, die den Willen und die Machtmittel haben, ihre Interessen auf dem Meere durchzusetzen, die sich für gleichberechtigt halten und es nicht nötig haben, sich ohne Kampf im Wettstreit der Interessen für geschlagen zu erklären. Wenn dieses das unzweifelhafte Ergebnis des Rededuells zwischen dem englischen und dem deutschen Marineminister ist, so fragt man sich mit Recht, wozu hat denn der englische Minister den Maßstab 16 zu 10 überhaupt erwähnt? Die Antwort darauf ist schwer. Weder der Minister noch seine Presse hat irgendwie etwas verlautbart,

Digitized by Google

was etwa als Begründung dafür angesehen werden kann. Da aber nach Diplomatenart Minister, besonders in England, die Rede oft dazu benutzten, um ihre wahren Gedanken zu verschweigen, so ist wohl die Annahme nicht von der Hand zu weisen, daß der Minister eine nahe Grenze für Englands Rüstungen wittert und seinen Landsleuten leise andeuten wollte, was für England das Maß der Rüstungen sei, über das es vielleicht bald nicht mehr werde hinausgehen können.

Unter diesem Gesichtspunkt bietet der Maßstab 16 zu 10 der durch das deutsche Flottengesetz gegebenen Stärke ein greifbares, verständliches Bild dessen, was der englische Minister sagen wollte, und dessen Annehmbarkeit der Staatssekretär v. Tirpitz anerkannt hat. Träfe diese Annahme zu, so wäre sie sehr zu begrüßen: Denn auf solcher Grundlage könnte einer Verständigung der beiden Nationen entgegengesehen und damit der Friede der Welt gesichert werden.

Doch welches könnte jene sogar England gezogene Grenze sein?

Die Grenzen, welche jedem Lande hinsichtlich der Vermehrung seiner Flotte von der Natur der Verhältnisse gezogen sind, bestehen in:

1. Einer Weigerung der Steuerzahler des Landes, die steigenden finanziellen Lasten zu tragen.
2. Der Abnahme seiner technischen Leistungsfähigkeit.
3. Seiner Unfähigkeit, die Bemannungsfrage zu lösen.

1. Weigerung der Steuerzahler des Landes, die steigenden finanziellen Lasten zu tragen.

Welch ungeheure Kosten Schaffung und Unterhaltung einer starken Kriegsflotte erfordert, bedarf heutzutage keiner Erläuterung. Wer das Anwachsen unsers Marineetats während der letzten Jahre verfolgt hat, weiß, daß derselbe von 122 Millionen Mark im Jahre 1898/99 auf 462 Millionen in 1912/13 gestiegen ist. In England sind die entsprechenden Zahlen 485 und 899 Millionen Mark.

Es ist klar, es muß ein reiches Land sein, das sich solche Ausgaben leisten kann. England ist bekanntermaßen das reichste Land Europas. Daß Deutschland ihm nicht mehr viel nachsteht, hat kürzlich im Landwirtschaftsrat Graf Schwerin auf Grund neuerer Schätzungen der berufensten Sachverständigen behauptet, indem er das deutsche Volksvermögen zu 300 bis 400 Milliarden und den Zuwachs des letzten Jahres allein zu 10 bis 12 Milliarden angab. Also ist, wenn jene Zahlen richtig sind, die Finanzkraft Deutschlands nicht weniger wie Englands stark genug, die Lasten der Flottenrüstungen zu tragen. Aber zur Aufbringung der Lasten sind, wenn anders finanztechnisch gesunde Bahnen erhalten bleiben sollen, Steuern erforderlich, und zwar hohe Steuern, die bekanntlich selbst der Reiche nur ungern zahlt. Das aber trifft wie für uns, so auch für England zu, und man hört bereits oft genug davon, daß der englische Steuerzahler in den letzten Jahren in unzweideutiger Weise seiner Unzufriedenheit mit den hohen Steuern Ausdruck gegeben hat. Die englische Regierung sah

Digitized by Google

sich bereits genötigt, dieser Stimmung unter den Steuerzahlern Rechnung zu tragen, und sah sich danach um, wie sie die steigenden Lasten der Flottenrüstung teilweise auf weniger überlastete Schultern abwälzen konnte. Sie fand diese in den Kolonien, und diese taten ihr den Gefallen, sich an den Lasten der Flottenrüstung zu beteiligen. Zwar glückte es nur in nicht bindender Form, in Gestalt der geschenkten australischen, malaiischen und kanadischen Linienschiffe und Kreuzer, und mußten dabei gewisse nicht ganz genehme Bedingungen, wie Verbleib der Schiffe in den Kolonien, in den Kauf genommen werden; immerhin aber war der Zweck, den englischen Steuerzahler zu entlasten, erreicht.

Ob dieses auch ferner, bei weiterem Wachsen der englischen Flottenausgaben, gelingen wird, ob die englischen Steuerzahler der Regierung eine Grenze setzen werden, die sie nicht überschreiten darf, das muß die Zukunft zeigen. Immerhin sieht man, auch für das reiche England dürfte eines Tages die Grenze der Flottenvermehrung darin gezogen sein, daß das Land die übermäßig schnell wachsenden Steuern zu zahlen ablehnt.

2. Abnehmen technischer Leistungsfähigkeit.

Ohne weitere Erläuterung ist heute wohl jedem, der ein Schiff der Kriegs- oder der Handelsmarine gesehen, einen Kriegs- oder Handelshafen besucht hat, klar, daß zur Beschaffung und Unterhaltung einer starken Flotte das Land über eine hochentwickelte Industrie verfügen muß, wozu auch gehört, daß es in seiner Bevölkerung an Leistungsfähigkeit und Zahl genügende Arbeitskräfte besitzen muß. Wie schwer dieses zu erreichen ist, zeigt am besten Rußland, das, trotzdem es seit einem Jahrhundert eine Flotte besitzt, nicht imstande war, seine Industrie so zu entwickeln, daß ihr jetzt der Bau der geplanten großen Flotte übertragen werden konnte. Auch dem strebsamen und energischen Japan ist in seinem Streben, sich europäische Kultur anzueignen, nichts so schwer geworden, als selbst Kriegsschiffe zu bauen. Und auch wir haben trotz des bereits hohen Standes unsrer Kultur Jahrzehnte gebraucht, bis wir im Kriegsschiffbau vom Auslande unabhängig wurden. Es gehört eben ernste, unermüdliche, schwere Arbeit dazu, die Industrie eines Landes so leistungsfähig zu machen, daß sie den Anforderungen, die der Kriegsschiffbau und die Unterhaltung einer großen Kriegsflotte an sie stellt, gerecht wird.

Unzweifelhaft haben Deutschland und England dieses Ziel erreicht und befinden sich auf solcher Höhe in der Entwicklung ihrer Industrie, daß sie sie noch weit mehr anspannen könnten, als es zurzeit geschieht. Diesen beiden Staaten liegt daher nur noch ob, dafür zu sorgen, daß die Leistungsfähigkeit der Industrie nicht abnimmt. Denn die Gefahren, denen die Industrie eines Landes dauernd ausgesetzt ist, sind zahlreich. Beispielsweise sei nur an einige Erscheinungen erinnert, die in den letzten Jahren den beteiligten Industrien drohend ihr Haupt gezeigt haben, an Arbeitermangel, Arbeitseinstellungen, elementare und kriegerische Ereignisse mit ihrem schädigenden Einfluß auf den Geldmarkt und die Handelsverhältnisse. Wie überall, gilt eben auch hier das

Digitized by Google

Dichters Wort: „Doch mit den Geschickes Mächten ist kein ew'ger Bund zu flechten."

Fragt man nun, was zu geschehen hat, um Niedergang der Industrie zu verhindern, was ein Volk tun kann, um sich dagegen zu sichern, so kann die Antwort nur so lauten: Jeder Besitz wird durch dieselben Mittel, durch die er erworben wurde, erhalten! Das Volk darf nicht nachlassen in den Tugenden, die es einst Großes erringen ließen, in Fleiß, Arbeit und Vorwärtsstreben, darf sich nicht Sitten und Gewohnheiten hingeben, die es die Arbeit verlernen oder entbehrlich erscheinen lassen. Ein Volk, das dieses vergißt, dem Wohlleben, Sport und Vergnügen als Höchstes gilt, wo die Großen und Reichen den Niederen und Armen nicht mit dem guten Beispiel vorangehen, das ihnen dauernd ins Gedächtnis ruft, woran sie sich zu halten haben, ein solches Volk wird unausbleiblich in der Leistungsfähigkeit seiner noch so sehr entwickelten Industrie zurückgehen, und es wird damit auch bald nicht mehr imstande sein, den hohen Forderungen einer wachsenden großen Kriegsflotte zu entsprechen.

Vielfach, und auch in England selbst, wird behauptet, daß England auf dem Wege sei, von dem Höhepunkt seiner industriellen Leistungsfähigkeit herabzusteigen. Wenn das zutrifft, so werden die vermehrten Flottenrüstungen dieses Landes bald darin ihre Grenze finden.

3. Unfähigkeit, die Bemannungsfrage zu lösen.

Nicht die Schiffe kämpfen, sondern die Bemannungen. Von nicht geringerer Bedeutung wie der Bau der Schiffe ist mithin für jedes Land die Notwendigkeit, an Zahl und Leistungsfähigkeit genügende Bemannungen zu beschaffen.

Diese Aufgabe ist nicht in allen Ländern in gleicher Weise gelöst worden. Während zum Beispiel Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht in der Lage sind, vorwiegend diejenigen Bevölkerungskreise, welche nach ihrem Zivilberuf für den Flottendienst besonders geeignet sind, in der Marine ihre Wehrpflicht ableisten zu lassen, sind solche ohne allgemeine Wehrpflicht meist gezwungen, die sich freiwillig zum Eintritt Meldenden einzustellen, ohne Rücksicht darauf, ob sie schon Vorkenntnisse mitbringen oder nicht. Da in letzterem Fall die Eingestellten längerer Zeit bedürfen, bis sie die für den Flottendienst erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben haben, so wird ihnen meist eine längere Dienstpflicht auferlegt, z. B. in England zwölf Jahre, was aber insofern nachteilig ist, als es vom seemännischen Beruf, vom Zudrang zur Flotte abschreckt.

Noch mehr aber nimmt wie überall so in England die Lust, sich dem Kriegsseedienst zu widmen, trotzdem die Engländer eine seeliebende und seegewohnte Nation sind, ab, weil dieser Dienst viel von dem Reiz, den er in früheren Jahren, zur Zeit der Segelschiffahrt hatte, verloren hat. Der poetische Zug, der ihm damals zu eigen war, fehlt in der Zeit des Dampfes und der Elektrizität. Es heißt jetzt, schwere Arbeit an den Maschinen und Kesseln, in den Kohlenbunkern zu verrichten, fortgesetzt an den nur noch durch Maschinen zu bewegenden und zu bedienenden Riesengeschützen und Torpedos zu lernen

Digitized by Google

und zu üben, anstrengende Wache auf Deck der mit hohen Geschwindigkeiten durchs Wasser rasenden Schiffe zu halten. Das erfordert viel Aufopferung, Selbstbeherrschung und Entsagung, zwingt zur Verkürzung, oft sogar gänzlichem Ausfall der früher so beliebten längeren Ruhepausen im Hafen. Kurz es ist ein hartes Tagewerk und schwere Arbeit, die heute der Kriegsseemann zu verrichten hat. Das aber schreckt ab, und besonders in England, wo Sport und Vergnügen in der ganzen Bevölkerung die Lieblingsbeschäftigung sind, wo man früher in Kriegen gegen minderwertige Gegner gewohnt war, leichten Kaufs Sieger zu sein. Sich freiwillig diesem harten Dienst zu widmen, dazu hat die Lust stark abgenommen; und sich den bei den Völkern des Kontinents eingeführten Zwang der allgemeinen Wehrpflicht aufzuerlegen, das paßt dem auf Erhaltung seines freien Willens so erpichten Engländer erst recht nicht.

Aber nicht nur mit der Beschaffung der Ersatzmannschaften hat die englische Admiralität schwere Sorgen, auch der Nachwuchs der Offiziere beginnt geringer zu werden oder wenigstens für die vermehrte Flottenrüstung nicht mehr auszureichen. Man nimmt daher bereits seine Zuflucht zu ungewöhnlichen Mitteln, wie aus dem kürzlich erlassenen Aufruf der Admiralität hervorgeht, der Reserveoffiziere im Alter von 22 bis 32 Jahren auffordert, sich zum Eintritt in den aktiven Dienst zu melden. Es fehlt eben an Nachwuchs.

Man sieht, England ist schon an oder nahe der Grenze angelangt, wo es sich entscheiden muß, ob es eine Flotte unterhalten will, die zwar an Schiffszahl alle andern Mächte weit überragt, die aber nicht voll bemannt und daher nicht voll kriegsbereit ist, oder umgekehrt.

Die Vermutung liegt nahe, daß der englische Minister, der so stark die Vermehrung der Schiffszahl seiner Flotte betreibt, damit nur Sand in die Augen zu streuen, in seiner Sprache to bluff, beabsichtigt, und zwar nicht nur den mutmaßlichen Gegnern, sondern auch seinen Landsleuten, den englischen Steuerzahlern gegenüber.

Uns aber, die wir sehen, daß wir ebensowenig Grund haben die englische Flotte zu überschätzen, wie wir wissen, daß wir sie nicht unterschätzen dürfen, soll es davon überzeugen, daß wir uns mit dem Rüstungsmaß, das wir uns nach reiflicher Ueberlegung und unter Berücksichtigung aller Verhältnisse im Flottengesetz vorgenommen haben, auf richtigem Wege befinden, daß wir es wohl, um nicht stillzustehen, hier und da, z. B. in der Durchführung des Kreuzerbaus mit größerer Beschleunigung, verbessern müssen, daß wir aber keine Veranlassung haben, uns auf maß- und uferlosen Wettstreit mit andern Mächten einzulassen.

Die Bemannungsfrage übt, wie wir gesehen haben, auf das Maß der Flottenrüstung den schwerwiegendsten Einfluß aus. Wie in England, so ist dieses auch in andern Ländern der Fall. Bei uns zeigte sich leider kürzlich eine Neigung, die kriegsmäßige Ausbildung durch Verkürzung der Dienstzeit der Mannschaften zu erschweren, bei den Offizieren den Anreiz zum Verbleiben im Dienst oder die Neigung zum Eintritt in ihn durch Verkürzung der Tafel-

Digitized by Google

gelder, also eines Teils ihrer Besoldung, zu verringern. Solche Bestrebungen kommen letzten Endes darauf hinaus, die Marine in ihrer Leistungsfähigkeit zu schwächen. Denn mit mangelhaft ausgebildeten Leuten und an Zahl nicht ausreichenden Offizieren, hat kein Schiff, keine Truppe Aussicht, im Gefecht zu siegen. Mögen sich jene Parteien, welche im Reichstag solche oder ähnliche Anträge stellten oder zu stellen beabsichtigen, sich darüber klar sein, daß sie damit den Anfang mit Auflösung der Marine machen. Ein Land, das aufhört, das Personal seiner Flotte, die Bemannungen, auf jede nur erdenkliche Weise nach Zahl und Leistungsfähigkeit zu stärken, verzichtet darauf, im Kriege von ihm große Leistungen vollbracht zu sehen, es bereitet sich also selbst seinen Untergang.

Schülerballast

Die Ueberfüllung aller gelehrten Berufe ruft in Preußen bedenkliche Mißstände hervor. Daß der einzelne sein Ziel, für die meisten die ersehnte staatliche Anstellung, nicht erreicht, ist für ihn ein Uebel — aber es ist das geringere. Das größere ist, daß das preußische Staatsbeamtentum und der Aerzte- und Rechtsanwaltstand in der Qualität herabgehen, weil die Auslese der Geeigneten aus der großen Masse für die Prüfungskommissionen und die Behörden immer schwerer geworden ist. Der Justizminister steht einer erdrückenden Zahl von Anwärtern für die richterlichen und staatsanwaltlichen Stellen gegenüber. In seiner Wahl ist er zwar rechtlich frei, aber durch das Anciennitätsprinzip, dessen genaue Befolgung seine Gerechtigkeitsliebe außer Zweifel stellen würde, doch beschränkt. Das Auftreten mancher Rechtsanwälte läßt sich nur durch die Jagd nach Klienten erklären. Im Aerztestand verschwindet die Unfähigkeit zwar lange dem Laienauge, aber die Folgen der Ueberfüllung zeigen sich nach außen bei den Streitigkeiten mit den Kassen. Das theologische Studium wird nicht mehr bloß aus innerem Drange ergriffen, sondern trotz der ablehnenden Haltung der herrschenden Richtung gegen eine freiere Auffassung des Apostolikums, weil es eben immer noch am ehesten zu Amt und Brot führt. Im höheren Lehrerstande wächst die Zahl der Kandidaten in erschreckender Weise, und da fehlt der Abfluß in private Stellungen, weil unser Unterrichtswesen nur zu einem verschwindend geringen Teile auf privater Grundlage beruht.

Freilich gibt es eine größere Anzahl von Berufen, deren tüchtigste Anwärter zwar die staatliche Ausbildung suchen, aber so rasch als möglich dem Staatsdienst den Rücken kehren. So ist es in den meisten technischen Berufen, in denen die Staatsstellungen bei den niedrigen Gehältern nur geringen Anreiz auf schöpferische Kräfte ausüben. Es ist bezeichnend, daß man neuerdings in der höheren Bergkarriere einem Teil der darin tätigen Staatsbeamten, den Werksleitern usw., Tantiemen am Ertrage des Werkes zugesichert hat, um nicht

Digitized by Google

die tüchtigen Kräfte an die Privatunternehmungen zu verlieren. Für die technischen Betriebe, die der Staat in eigner Verwaltung führen will oder die in gemischt staatlicher und privatwirtschaftlicher Weise geführt werden sollen, wird ein ähnliches System für die Besoldung der leitenden Personen unvermeidlich sein. Im höheren Schulwesen ist es so, daß die tüchtigsten Kräfte von den Städten vorweggenommen werden, und für die staatlichen Anstalten meist gerade die minder tüchtigen übrig bleiben. Bei der Auswahl für die höheren Staatsstellungen greift der Staat dann wieder auf die städtischen Schulmänner zurück. Für die Ergänzung des mittleren und unteren Beamtenstandes wird übrigens voraussichtlich das Privatangestelltenversicherungsgesetz nachteilig einwirken. Die Vorzüge der preußischen Beamtenstellung verschwinden immer mehr, darum liegt die Gefahr vor, daß es in seiner Zusammensetzung und Leistungsfähigkeit herabgeht. Der Gleichsetzung der Gehälter innerhalb großer Gruppen von Beamten, die früher nach der Schwierigkeit ihrer dienstlichen Stellung teils ganz verschieden besoldet, teils im Verhältnis des übergeordneten zum untergeordneten Beamten standen, hat weiter zur Herabminderung des Wertes der Staatsbeamtenstellung beigetragen. Es wird heute erwartet, daß in den höheren Stellungen persönliches Vermögen oder Ehelosigkeit oder Kinderlosigkeit die Unzulänglichkeit des Gehalts ausgleicht. Andere als bei denen diese Voraussetzung erfüllt ist, kommen kaum noch in die aussichtsreichen und die höheren Stellungen. Noch sind es in den Ministerien altpreußische Männer, welche gegen dieses System ankämpfen, aber ihre guten Absichten werden zunichte an der erdrückenden Macht der Verhältnisse. Aehnlich ist es bei der Erreichung der Professorenstellung. Es ist gar nicht zu verkennen, daß hier das plutokratische Element auch in starkem Vordrängen begriffen ist, und die Tüchtigkeit allein für die Erreichung des Lehrstuhls nicht mehr ausschlaggebend ist.

An diesem ungesunden Zustande trägt die Hauptschuld der übermäßige Andrang zu den gelehrten Berufen. Wohin man blickt, steht die Zahl der Anwärter in keinem Verhältnis zur Zahl der vorhandenen Stellen. Früher bot das erfolgreich abgelegte Hochschulstudium und die Erledigung der den vorbereitenden Stufen folgenden Prüfungen eine gewisse Gewähr, daß der Anwärter auch den Anforderungen des erstrebten Amtes in seinen psychologischen Beziehungen, nicht bloß in der rein technischen Ausübung des Amtes genügen werde. Heute ist das nicht mehr der Fall. Denn es strömen eine so große Anzahl von jungen Leuten den gelehrten Berufen und den Aemtern zu, denen es an der erforderlichen Charakterbildung fehlt, daß zum Schutze des Publikums und des Staates eine sorgsame Auslese nötig ist. Zahlreiche Rücksichten verhindern leider, daß die Auslese stets nach rein sachlichen Gesichtspunkten getroffen wird. Soll das Staatswesen gesund bleiben, so muß die Auslese nach der Brauchbarkeit erfolgen, wobei die mehr oder minder guten Nummern bei den Prüfungen durchaus nicht allein den Ausschlag geben dürfen — denn die Brauchbarkeit für den Staatsdienst richtet sich tatsächlich auch noch nach andern Gesichtspunkten —, die besten Prüflinge bewähren sich nicht immer als die

Digitized by Google

besten Beamten. Es ist freilich sehr schwer, die Auslese richtig zu treffen. Je größer die Menge der zur Wahl Stehenden ist, desto schwieriger ist die Auslese. Darum kommt es darauf an, die Auslese an verschiedenen Stellen stattfinden zu lassen. Es kann nicht früh genug damit begonnen werden. Und damit kommen wir auf das eigentliche Thema dieses Aufsatzes, nämlich auf den Schülerballast, zu sprechen, der durch die höheren Schulen geschleppt wird. Schon vor Jahrzehnten ist darüber geklagt worden, daß der Andrang zu den höheren Schulen zu groß sei. Man hat Berechnungen angestellt über die Menge der Studierenden, die für jedes Fach nötig wären, und hat gehofft, durch Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Untersuchungen abzuschrecken. Aber es hat alles nichts geholfen. Es ist statt besser immer schlimmer geworden. Statistische Belege würden hier nur langweilig wirken. Diese Ueberfüllung ist nicht nur eine Folge des Wachstums der Bevölkerung, sondern auch eine Folge der wachsenden Wohlhabenheit in Deutschland und eine Folge der sich ständig bessernden Verkehrsverhältnisse. Diente früher ein Gymnasium — wir wollen uns der Kürze halber dieser Bezeichnung für eine höhere Knabenschule bedienen — den Söhnen der Stadt und einer Anzahl auswärtiger gebildeter Familien, die ihre Söhne in Pensionen der Stadt unterbringen konnten, so ist das Gymnasium heute einer meilenweiten Umgebung auf dem Rade und mit bequem gelegten Eisenbahnzügen gegen billige Jahresfahrkarte zugänglich. Die höheren Schulgeldsätze, welche die Städte für den Besuch der von ihnen unterhaltenen höheren Schulen erheben, spielen kaum noch eine Rolle gegenüber der Verbilligung des Besuchs des Gymnasiums durch den Fortfall der Pension. Das ist die Kehrseite der Verkehrserleichterung. Ja, wenn das alles tüchtige Elemente wären, die zum Gymnasium strömten. Aber das ist keineswegs der Fall; die größte Mehrzahl dieser auswärtigen Schüler wird nicht wegen ihrer tüchtigen Begabung aufs Gymnasium geschickt, sondern aus der eignen oder mehr noch der Sucht der Eltern nach höheren Stellungen für ihre Söhne, nächstens auch für die Töchter. Diese Schüler kommen zuweilen aus ganz ungebildeten Familien. Die Eltern können nur eben lesen und schreiben, in den polnischen Landesteilen kaum weder Deutsch noch Polnisch. Aber der Sohn muß die billige Fahrt benutzen, um wenigstens den Versuch zu machen, ob er nicht vorwärtskommt. Aus der Stadt aber schickt jeder Bedienstete, der genug verdient, und jeder Unterbeamte, der sich das Schulgeld am Munde abspart, seinen Sohn auf das Gymnasium.

Es liegt uns fern, gegen das Aufwärtsstreben tüchtiger Elemente aus den unteren Ständen in die oberen etwas erinnern zu wollen. Die Wiege manches hervorragenden Mannes hat in ärmlicher Hütte gestanden. Aber, wenn wir näher nachforschen, werden wir finden, daß die Hütten, aus denen solche Männer hervorgegangen sind, Schätze des Geistes und des Gemüts bargen, die den jungen Geist genährt haben und das junge Herz haben höher schlagen lassen. Es war meist die edle Mutter, welcher der Sohn seine spätere Größe verdankte. Begabte Kinder aus solchen Familien verdienen die wärmste Förderung seitens des Lehrerkollegiums, der Gemeinde und des Staates. Aber leider gibt es unter

Digitized by Google

den Familien, welche heute ihre Söhne den höheren Schulen zuschicken, viele, in denen weder ernstes wissenschaftliches Streben herrscht, noch geachtet wird, die lediglich durch Ehrgeiz oder auch durch schlechtes Beispiel verführt werden, ihre Söhne in eine höhere Laufbahn bringen zu wollen. Daher schreibt sich der beklagenswerte Mangel an Handwerkslehrlingen. Häufig genug muß den Eltern die Schuld beigemessen werden, wenn die Söhne ihren Beruf verfehlen. Solche Familien, deren Söhne besser den Gymnasien fern blieben, finden sich übrigens in großer Menge auch in den begüterten Schichten. Gerade in diesen hat die Genußsucht oft die edleren Neigungen erstickt und das pflanzt sich auf die Söhne fort. Man wird kaum fehlgehen, wenn man die Fälle von Diebstahl, Einbruch, Selbstmord, wie sie auch unter Gymnasiasten heute gar nicht selten vorkommen, auf Elternhäuser zurückführt, deren Söhne überhaupt nicht in das Gymnasium hineingehörten. Die Diebstähle in den Universitätshörsälen dürften auch manchmal auf Studierende zurückzuführen sein, so daß früher unerhörte Vorsichtsmaßregeln sich als nötig erwiesen haben. In den anatomischen Uebungen werden an einigen Universitäten die Schädel und Gliedmaßenknochen mit Ketten an die Tische angeschlossen, damit sie nicht, wie manchmal geschehen ist, gestohlen werden.

Unter den Umständen, welche die Ueberfüllung der Gymnasien gezeitigt haben, muß auch erwähnt werden, daß für den Eintritt in eine Reihe von Berufen immer höhere Anforderungen gestellt worden sind, vielfach bedeutend höher, als für den Beruf selbst nötig ist, nur zur Abwehr des Andranges. Aber es hat sich gezeigt, daß hier ein circulus vitiosus vorliegt. Die Erhöhung der Anforderungen hat nur zu stärkerer Füllung der Gymnasien, namentlich ihrer Oberklassen, beigetragen und damit zur Vermehrung der Studierenden.

Der natürliche Rückschlag der Anfüllung der Gymnasien mit Elementen, die gar nicht dahin gehören, ist, daß die Gymnasiallehrer vor einer verzweiflungsvollen Aufgabe stehen. Der Schülerballast drückt das Niveau der ganzen Klasse. Immer wieder müssen mit dem Gros der Schüler, dessen Fassungsvermögen nun einmal für den Fortschritt maßgebend sein soll, dieselben elementaren Gedankengänge durchgepaukt werden. Dabei ermüdet und erlahmt der Lehrer. Die befähigteren Schüler langweilen sich und schelten auf die Schule, auch auf den Lehrer, der oft gar nicht langweilig ist, sondern nur durch das unselige Prinzip, daß seine Leistungsfähigkeit nach der statistisch festzustellenden Menge der versetzungsfähigen Schüler bemessen wird, dazu verurteilt ist, die begabteren Schüler zu langweilen. Zeigt es sich dann, daß die Klasse nicht genug leistungsfähig ist, so wird bald genug von Ueberbürdung gesprochen, namentlich wenn etwa unfähige Söhne einflußreicher Väter mit unter den hemmenden Massen sich befinden. — Und das Ende vom Liede ist Entbürdung, ist Herabsetzung der Ziele, Herabsetzung der Anforderungen, die weitere Oeffnung der Pforten des Gymnasiums und damit die Herabsetzung der Leistungen. Daß aber die Leistungen der Gymnasien gesunken sind, ist eine sehr weitverbreitete Ansicht, namentlich unter den Universitäts-

Digitized by Google

professoren. Erst im vorigen Jahre sind aus diesen Kreisen heraus bewegliche Klagen im Herrenhause vorgetragen worden. Die Einwürfe, welche jüngst ein Gymnasialdirektor auf Grund eines reichen statistischen Materials dagegen gemacht hat, werden die Empfindungen, von denen weite Kreise beherrscht werden, kaum ändern. Die bayerische Unterrichtsverwaltung ist bereits eingeschritten und hat Maßregeln getroffen, um den Zugang zu den akademischen Studien einzudämmen. Sie hat die Direktoren und Lehrerkollegien der Lateinschulen aufgefordert, ihm durch gehörige Sichtung bei den Aufnahmeprüfungen, angemessene Strenge bei den Versetzungen in die höheren Klassen und Zurückhaltung in der Gewährung von Altersdispensen wirksam entgegenzutreten. Wie allgemein die Anschauung verbreitet ist, daß die höheren Schulen in Preußen der Aufgabe der Sichtung des Schülermaterials nicht genügt haben, geht am besten daraus hervor, daß die Vertreter des Oberlehrerstandes in Preußen sich kürzlich veranlaßt gesehen haben, sich beim Kultusminister darüber zu beklagen, daß den höheren Schulen vorgeworfen werde, ihre Leistungen seien zurückgegangen, weil infolge eines weichlichen Nachlassens nicht mehr mit derselben Strenge wie früher auf die Erfüllung der an die Schüler zu stellenden Anforderungen gehalten werde. Der Kultusminister soll nach den Zeitungsberichten erwidert haben, daß ihm jeder Gedanke an Verweichlichung der Jugend fernliege. Er schob, wie auch ganz natürlich, die Verantwortung den Direktoren und Lehrerkollegien zu; denen läge es ob, bei Beurteilung der Schüler ebenso zu große Nachsicht wie auch übertriebene Strenge zu vermeiden. Die Vertreter der Oberlehrer gingen allerdings von der Anschauung aus, daß weder die Lehrpläne noch die sonstigen behördlichen Anordnungen eine Verminderung der Anforderungen begünstigten. Mag sein, aber die tatsächliche Entwicklung ist eine andre gewesen. Mit dem Herabgehen der Qualität des Schülermaterials ist die Höhe der Leistungen gesunken und umgekehrt mit dem Sinken der letzteren verschlechtert sich immer mehr die Qualität des Schülermaterials.

Oder ist etwa die Leistungsfähigkeit der Gymnasiallehrer gesunken? Schwerlich. Eins aber ist psychologisch naheliegend, daß ihre Amtsfreudigkeit leiden muß, wenn sie es nicht mehr wie früher mit der Erziehung der späteren Führer des Volkes zu tun haben, sondern mit einer erdrückenden Masse von Schülern, die nach dem Austritt aus der Schule wieder auf ein tieferes Bildungsniveau herabsinken.

Wie ist da nun zu helfen? Früher ist der Vorschlag gemacht worden, man solle die Einjährig-Freiwilligen-Berechtigung erst mit dem Abiturientenexamen sowohl der Vollanstalten wie der Nichtvollanstalten verleihen, um dadurch die Minderbegabten, die jetzt das Gymnasium bis zur Obersekunda bevölkern, aufzumuntern, auf die Nichtvollanstalten überzugehen oder sich auf dem Wege der Kommissionsprüfung den Einjährig-Freiwilligen-Schein zu erwerben. Aber dieser Plan ist abgelehnt worden, auch deswegen, weil nicht mit Unrecht befürchtet wird, daß dann nur noch mehr junge Leute durch das ganze Gymnasium gehen werden und die Ueberfüllung der Unter- und Mittelklassen mit

Digitized by Google

ungeeigneten Elementen sich auf die Oberklassen noch schlimmer fortpflanzen würde. Zu helfen wäre hier höchstens dadurch, daß man sich entschlösse, einen Unterschied zu machen zwischen der wissenschaftlichen Befähigung zum einjährig-freiwilligen Dienst und der zur Fortsetzung der Gymnasialstudien auf der Obersekunda.

Weiter könnte man Pläne machen, die Gründung eines getrennten Obergymnasiums mit höheren Zielen, das nur mit ausgezeichneten Lehrkräften zu besetzen wäre, ins Auge zu fassen. Wohl haben starke Männer sich an solchen Plänen versucht, aber ihre Kraft reichte nicht aus, sie wird auch weiter nicht ausreichen gegenüber der Macht der Gymnasiallehrerschaft, die einer Spaltung des Standes entgegen ist. Also bleiben wir nur bei der gegenwärtigen Schulverfassung, bleiben wir auch bei der vielgepriesenen Gleichstellung der drei höheren Schularten, die gar nicht so unschuldig ist an der Ueberfüllung aller gelehrten Berufe. Fragen wir nur, was kann praktisch geschehen, um der Ueberfüllung schon auf den Schulen entgegenzuwirken. Und da sagen wir in erster Linie: strenge Versetzungen. Diese Strenge ist keine Härte, sondern eine Wohltat für den Schüler. Sie bewahrt ihn vor nutzlosen Schüler- und Studentenjahren, vor der Qual vergeblicher Versuche der Ablegung der Fachprüfungen; sie eröffnet ihm den rechtzeitigen Eintritt in einen seiner Begabung entsprechenden praktischen Beruf und die Aussicht auf eine ihm selbst befriedigende Lebensstellung. Unfähige Schüler müssen das Jahrespensum wiederholen und, wenn es ihnen das zweite Jahr nicht gelingt, müssen sie von der Schule entfernt werden. Bei der Versetzung ist auf den ganzen Schüler zu sehen. Das Lehrerkollegium, in dessen Händen damit freilich eine große Macht, aber auch eine große Verantwortung gelegt wird, muß gewissenhaft prüfen, ob zu erwarten ist, daß sich der Schüler nach seiner ganzen Veranlagung zu höheren Studien eignet. Allerdings darf nicht schematisch darauf gesehen werden, ob er etwa wegen Uebermuts mal eine oder mehrere Vieren erhalten hat. Diese Prüfung wird um so zuverlässiger in ihren Ergebnissen sein, je länger der Schüler auf der Anstalt ist. Manche Schüler gelangen erst in der Entwicklungszeit, etwa mit vierzehn Jahren, zu derjenigen Reife und demjenigen Ernst, welcher sie zu höherem Studium befähigt. Darauf ist billige Rücksicht zu nehmen, wozu gewiß ein großes Maß psychologischer Einsicht und feinen Taktes gehört. Wenn aber auch dann noch nicht die Aussicht auf ein gutes Ergebnis begründet ist, so ist der Schüler zu entlassen.

Man wird einwenden, daß alle diese Maßregeln ja nicht nur behördlich vorgesehen sind, sondern auch beachtet werden. Aber es bleiben doch Zweifel übrig, ob nicht zu große Milde und Unsicherheit im Urteil den Erfolg verhindern, wenigstens an einer Anzahl von Anstalten. Wenn aber die Versetzungen und Entlassungen von Schülern nach den von den Behörden gegebenen und sonst zu beachtenden Vorschriften erfolgen und dann trotzdem eine solche Fülle von Schülern den Hochschulen zuströmt, so wird eben nur übrigbleiben, die Ziele höher zu stecken, wie es bei den Staatsprüfungen bei zu großem An-

Digitized by Google

drang geschieht, die Anforderungen so zu steigern, daß nur die Besten übrigbleiben.

Eins muß jedenfalls hervorgehoben werden, daß sich dann Strenge der Schule geltend machen muß ohne Ansehen der Familie, so wie dies bei den späteren Staatsprüfungen der Fall ist. Die Mahnung Ciceros in der Rede pro Roscio an die vornehme Jugend, daß sie ihre Ansprüche an die Menschen abtreten müsse, welche strebsam, gut, tapfer, barmherzig sind, wenn sie selbst diese Tugenden nicht besitze, ist heute auch noch berechtigt. Ja, man kann der Ueberfüllung der gelehrten Berufe die gute Seite abgewinnen, daß sie es der vornehmen Jugend zum Bewußtsein gebracht hat, wie sie ihre Zeit nicht mehr vergeuden darf, sondern sie ernstlich wahrnehmen muß, wenn sie nicht verdrängt werden will.

Den Schülern der Volksschule muß es nach wie vor möglich sein, auf die höhere Schule überzugehen, aber ihnen die Tür künstlich weit zu öffnen durch gesetzliche Festlegung der Einheitsvorschule würde zu bedenklichen Folgen führen. Es würden nur noch mehr Volksschüler als bisher ihren Beruf verfehlen. Alle höheren Berufe sind voll von Männern, die ihren ersten Unterricht in den Volksschulen erhalten haben und mit Dank darauf zurückblicken. Auch unter den bisherigen Verhältnissen sind ehemalige Volksschüler bis zu den höchsten Stellungen in der Wissenschaft und der Praxis emporgestiegen. Zum Wohle des ganzen Volkes dient es aber, wenn nur die wirklich Begabten in das Gymnasium eintreten. Ebenso ist es bei den jungen Mädchen. Sonst würde das Niveau der studierenden jungen Mädchen bald herabgedrückt und die ganze Einrichtung würde geschädigt werden.

Den Lehrerkollegien und den einzelnen Lehrern darf ihre Strenge nicht zum Vorwurf gemacht werden; im Gegenteil verdient sich ein solches Kollegium den Dank des Staates. Ganz wegfallen müssen alle äußeren Rücksichten, wie sie leider für manchen Direktor bestimmend sind. Es besteht nämlich die unselige Bestimmung, daß für jede staatliche höhere Schule eine bestimmte Schülerzahl im Etat eingesetzt ist, nach der die voraussichtliche Schulgeldeinnahme veranschlagt wird. Wird die Zahl überschritten, so kommt die überschießende Schulgeldeinnahme der Anstalt zugut. Da ist es denn natürlich, daß die Direktoren, abgesehen davon, daß ihr Ehrgeiz überhaupt leicht dahin geht, eine möglichst große Anstalt zu leiten, verführt sind, mehr Schüler aufzunehmen und festzuhalten, als von höherem Standpunkte aus gerechtfertigt ist, um für ihre Anstalt einige äußere Vorteile in der Einrichtung und Ausstattung, eine größere Bequemlichkeit in der Geldwirtschaft zu erzielen. Das ist ein Mißstand, der ohne Schwierigkeit beseitigt werden könnte und müßte. Es macht geradezu den Eindruck, als ob es der Staat nötig hätte, Schüler zu den höheren Lehranstalten anzulocken, wie denn das ganze Stipendienwesen auf den Universitäten auf einer heute nicht mehr geltenden Anschauung beruht. Dieses Stipendienwesen ist auch mit Schuld an der Ueberfüllung der höheren Schulen und der Universitäten. Die Statuten der Stipendien sind unter ganz andern Voraus-

Digitized by Google

setzungen abgefaßt, als sie jetzt gelten. In früheren Jahrhunderten bedurfte es der Aufmunterung zum Studium. Die gelehrten Berufe übten keine sonderliche Anziehungskraft aus. Andre als begabte junge Leute gelangten kaum zum Studium. Gewährte man armen Studenten ein Stipendium, so gewährte man es begabten. Heute ist es nicht so. Heute deckt sich Armut der Studenten mit Begabung keineswegs. Und es ist nicht mehr nötig, die armen Studenten in Massen zu unterstützen, während den Begabten nach wie vor der Weg zu den Stipendien weit geöffnet werden müßte. Dazu gehört eine gründliche Reform des Stipendienwesens durch die Gesetzgebung, die hier auch tief in das Privatrecht eingreifen müßte. Die Erwerbung von Stipendien müßte nicht mehr von Armutszeugnissen, sondern von Befähigungszeugnissen abhängig gemacht werden. Ueber die Befähigung zu entscheiden sind aber heute die Professoren leichter in der Lage als früher, nachdem das Hörverfahren mehr und mehr durch dialogische Uebungen ergänzt und ersetzt worden ist.

Wenn es für den Kapitän kein leichter Entschluß ist, Ballast über Bord zu werfen, aber unter Umständen ein notwendiger, um das Schiff wieder flottzumachen, so ist es auch für den Staatslenker kein leichter Entschluß, den überflüssigen Schülerballast zu beseitigen. Es ist aber freilich sehr schwer zu bemessen, wie weit dabei gegangen werden darf. Denn wenn das Schiff wieder auf die hohe See gelangt, so kann es durch zu starken Verlust an Ballast kommen, daß es den erforderlichen Tiefgang und damit die Sicherheit der Fahrt eingebüßt hat. Daher ist es wohl verständlich, wenn die Staatslenker nicht ohne Besorgnis an die Entfernung des Schülerballastes herangehen. Das preußische Schulschiff hat aber schon bei der Ausfahrt zu schwer geladen. Es kann daher einigen Schülerballast entbehren. X.

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von Freiherrn v. Hengelmüller

III

Erster Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen in Zürich. Ernennung zum Gesandten in Berlin.

Von St. Petersburg ist Karolyi nicht mehr nach Dänemark zurückgekehrt. Er verbrachte die nächsten Wochen, während derer die Kriegsereignisse in der Lombardei sich abspielten, auf seinen ungarischen Gütern und erhielt dort Ende Juli 1859 seine Ernennung zum Gesandten in Neapel. Zur Ausführung ist aber diese Ernennung nicht gelangt. Anstatt in Neapel hat Karolyi sein Vaterland durch viele Jahre in Berlin vertreten. Vorher wurde er aber noch nach Zürich entsendet, um als erster Bevollmächtigter an Stelle des dort verstorbenen Grafen Colloredo den Frieden mit Frankreich und Sardinien zu unterzeichnen.

Digitized by Google

Karolyi traf in Zürich am 31. Oktober ein, nachdem die Verhandlungen bereits über zweieinhalb Monate gedauert hatten und die wesentlichsten Punkte des Friedenstraktates endlich ins reine gebracht waren. Seine dortige Tätigkeit war daher nur eine kurze und formelle, und ihre Erzählung würde ein uninteressantes Fragment bleiben, wenn sie sich nicht an die Schilderung der vorausgegangenen Verhandlungen anreihte.

Die Aufgabe der Unterhändler in Zürich war der Abschluß des definitiven Friedens zwischen Oesterreich einerseits, Frankreich und Sardinien anderseits auf Grund der Präliminarien von Villafranca. Diese Aufgabe erwies sich aber vom ersten Tage an als eine ungemein schwierige, weil von den drei in Betracht kommenden Mächten nur Oesterreich allein es mit der Einhaltung und strikten Ausführung der Abmachungen von Villafranca ernst nahm, Sardinien in seinen Bestrebungen weit darüber hinausging und für seine Aspirationen teils die vollendeten Tatsachen zu benützen, teils neue zu schaffen bemüht war, Frankreich endlich sich vor die Alternative gestellt sah, entweder wider die nationale Sache Italiens sich kehren zu müssen, oder seinen Verpflichtungen Oesterreich gegenüber untreu zu werden, so daß Kaiser Napoleon III. sehr bald nach seinem siegreichen Feldzug sich in nicht geringerer Verlegenheit befand als vor demselben.

Die Initiative zum Waffenstillstande und den Friedenspräliminarien von Villafranca war von Frankreich ergriffen worden. Von der voraussichtlichen Stellung derartiger Anträge, wie von den Bedingungen, auf Grund derer Kaiser Napoleon Frieden zu schließen wünsche, hatte die österreichische Regierung gleich nach der Schlacht von Solferino durch eine befreundete dritte Macht Nachricht erhalten. Diese Bedingungen, welche bereits den Kabinetten von London, St. Petersburg und Berlin mitgeteilt waren, und über deren Aufnahme seitens des letztgenannten Kabinetts sich später eine Kontroverse entspann, welche auf die österreichisch-preußischen Beziehungen nicht ohne Einfluß zu bleiben bestimmt war, lauteten:

1. Italien wird unabhängig (rendue à elle même).
2. Konföderation aller Staaten Italiens ohne irgendeine Ausnahme.
3. Vergrößerung Sardiniens (Lombardei, die Herzogtümer).
4. Schaffung eines unabhängigen Staates, aus Venetien und Modena bestehend, unter einem Erzherzog.
5. Toskana fällt an die Herzogin von Parma.
6. Die Legationen werden ein Vizekönigtum.
7. Ein Kongreß zur Reorganisierung Italiens auf den genannten Grundlagen und unter Berücksichtigung der erworbenen Rechte gemäß den Wünschen der Bevölkerungen.

Oesterreich hatte diese Bedingungen, welche die Abtretung nicht nur der Lombardei, sondern auch Venedigs und den gänzlichen Verzicht auf seine Stellung als italienische Macht enthielten, sofort für unannehmbar erklärt. Lord Palmerston hatte um dieselbe Zeit Friedensversuche für verfrüht bezeichnet, da Oesterreich

Digitized by Google

noch nicht genug geschlagen wäre, um das Napoleonische Programm der Freiheit Italiens bis zur Adria anzunehmen.

Da erschien nun am 5. Juli General Fleury im k. k. Hauptquartier zu Verona und überbrachte den nachstehenden Brief seines Herrn an Kaiser Franz Josef:

„Mein Herr Bruder! Man benachrichtigt mich aus Paris, daß eine Großmacht den Kriegführenden den Vorschlag zum Waffenstillstand machen will. Wenn dieser Vorschlag von E. M. angenommen würde, so möchte ich wünschen, dies zu erfahren, weil ich dann der Flotte, die Venedig anzugreifen sich anschickt, den Befehl geben werde, nichts zu unternehmen, denn es ist unsre Pflicht, unnützes Blutvergießen zu vermeiden. — Ich erneuere E. M. die Gefühle der hohen Achtung, mit der ich bin E. M. guter Bruder Napoleon."

Hierauf antwortete Kaiser Franz Josef, daß er zwar seinerseits keine Benachrichtigung über einen bevorstehenden Waffenstillstandsvorschlag seitens einer dritten Macht erhalten habe, jedoch den Wunsch nach Vermeidung weiteren Blutvergießens zu sehr teile, um nicht willig auf eine derartige Verhandlung einzugehen, falls sie in den Absichten Kaiser Napoleons liege. — Er schlage daher vor, nach Villafranca Kommissäre zu entsenden, welche die Dauer und Bedingungen des Waffenstillstandes bestimmen sollten.

Am nächsten Tage erfolgte der Abschluß eines Waffenstillstandes bis zum 15. August, und tags darauf schrieb wieder Kaiser Napoleon an Kaiser Franz Josef:

„M. H. Br.! Wenn ich den ersten Gedanken an eine Waffenruhe aufgriff, um sie E. M. vorzuschlagen, so hoffte ich dabei, es könnte dies vielleicht zu einer direkten Verständigung zwischen uns führen, die einem in so vieler Hinsicht beklagenswerten Konflikt, der im Falle der Fortdauer noch viel Blutvergießen bringen würde, ein Ende machen könnte. Ich nahe darum E. M. mit der loyalen Erklärung, daß, wenn Sie eine Einigung über die allgemeinen Grundlagen eines späteren Abkommens für möglich halten, eine Zusammenkunft in Villafranca die glücklichsten Folgen für den Weltfrieden haben könnte. Wenn aber E. M. die Sache untunlich erscheint, so möchte ich auf ein Zusammentreffen verzichten, denn für mich würde es zu schmerzlich sein, von neuem gegen E. M. zu kämpfen, nachdem ich Sie persönlich kennen und schätzen gelernt hätte."

Infolge dieses Briefes erfolgte zunächst die Sendung des Prinzen Alexander von Hessen in das französische Hauptquartier und am 11. Juli die Zusammenkunft der beiden Kaiser in Villafranca, welche noch am selben Tage zur Vereinbarung der nachstehenden Friedenspräliminarien führte:

1. Die beiden Souveräne begünstigen die Bildung eines Italienischen Bundes.
2. Ehrenvorsitzender dieses Bundes wird der Hl. Vater.
3. Der Kaiser von Oesterreich tritt seine Rechte auf die Lombardei, die Festungen Mantua und Peschiera ausgenommen, an den Kaiser der Franzosen ab. Dieser übergibt die abgetretenen Gebiete dem König von Sardinien.

Digitized by Google

4. Venetien wird Mitglied des Italienischen Bundes, bleibt jedoch unter der Herrschaft des Kaisers von Oesterreich.
5. Der Großherzog von Toskana und der Herzog von Modena kehren in ihre Staaten zurück, unter Erlaß einer Generalamnestie.
6. Die zwei Kaiser fordern den Hl. Vater auf, in seinen Staaten dringende Reformen einzuführen.
7. Volle und ganze Amnestie wird von beiden Teilen den Persönlichkeiten gewährt, die sich aus Anlaß der letzten Ereignisse in den Territorien der Kriegführenden kompromittiert haben.

Dem Briefe, mit welchem Kaiser Napoleon am Abende des 11. Juli dem Kaiser von Oesterreich die unterzeichneten Präliminarien übersandte, hatte König Viktor Emanuel die folgende Klausel eigenhändig beigefügt: „Je ratifie cette convention en tout ce qui me concerne.“ Es ist aber bekannt, mit welchen Gefühlen der Enttäuschung und Bestürzung die Nachricht von dem Friedensschlusse im italienischen Lager aufgenommen wurde, und daß König Viktor Emanuel demselben nur beitrat, weil er mußte. In Wirklichkeit standen sich österreichische Rechte und italienische Aspirationen nach Villafranca ebenso unversöhnt gegenüber wie vor dem Kriege, und dieser Gegensatz bildete ein Hindernis nicht nur für die Herstellung der beabsichtigten intimen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich, sondern auch für die Ausführung der vereinbarten Friedenspräliminarien.

Napoleon III. hatte den Krieg für italienische Interessen begonnen, den Frieden aber aus Rücksicht auf seine eignen Interessen geschlossen. Ueber seine diesfälligen Motive hat er sich später dem Fürsten Metternich gegenüber in vertraulicher Konversation dahin ausgelassen: „J'ai arrêté la guerre parce que j'ai eu peur des sacrifices de sang, qu'elle me coûterait encore, parce qu'il me repugnait d'avoir la révolution à mes troupes, Klapka et Kossuth comme auxiliaires, et parce que je prévoyais tôt ou tard une guerre générale.“ Er war aber kaum in seine Hauptstadt zurückgekehrt, als er an den vereinbarten Punktationen zu rütteln begann und mit neuen Kombinationen hervortrat. In einem aus St. Cloud datierten Briefe vom 24. Juli an Kaiser Franz Josef klagte er über die Schwierigkeiten, welchen die bedungene Restaurierung der Souveräne von Toskana und Modena begegne, und schlug als Auskunftsmittel die Abdankung des Herzogs von Modena, die Einsetzung des jungen Großherzogs von Toskana an dessen Stelle, die der Herzogin von Parma in Florenz, und endlich die Einberufung eines europäischen Kongresses nach Unterzeichnung des Friedens von Zürich vor, um durch denselben die getroffenen Abmachungen und die Lage Italiens regeln zu lassen und so die Verlegenheiten von sich abzuwälzen, welche ihm der siegreiche Krieg bereitet hatte.

Am 6. August trafen die Bevollmächtigten der drei Mächte in Zürich ein. Es waren dies: für Oesterreich Graf Colloredo und Baron Meysenbug, für Frankreich Baron de Bourqueney und Marquis de Banneville, für Sardinien Chevalier des Ambrois de Nevache und Herr Jocteau. Von österreichischer

Digitized by Google

Seite hielt man daran fest, den Frieden in Zürich gleich den Präliminarien von Villafranca ausschließlich mit Frankreich zu verhandeln und den Beitritt Sardiniens durch einen Separatakt vollziehen zu lassen. Baron de Bourqueney schlug daher vor, drei Verträge abzuschließen, einen zwischen Oesterreich und Frankreich, um Frieden zu schließen und die Bedingungen der Abtretung der Lombardei zu regeln, einen zweiten zwischen Frankreich und Sardinien zur Retrozession der Lombardei, und einen dritten zwischen allen drei Mächten, um den Beitritt Sardiniens zum Hauptvertrage zu erlangen und die Erneuerung der erloschenen alten Verträge festzusetzen.

Gleich bei Beratung des ersten Punktes der Präliminarien von Villafranca traten die Schwierigkeiten zutage, welche einem wirklichen Einverständnis Oesterreichs und Frankreichs entgegenstanden.

Das Projekt einer italienischen Konföderation war dem Kopfe Kaiser Napoleons entsprungen und eigentlich totgeboren. In Wien hegte man wohl Zweifel und Bedenken bezüglich der Ausführbarkeit der Sache, doch war man bereit, zu derselben ehrlich die Hand zu bieten, falls es sich um eine wirkliche Konföderation und nicht um eine Etappe auf dem Wege zum italienischen Einheitsstaate handeln würde. Diesem Standpunkt getreu hielt man daran fest, daß der Bundesvertrag nur das Werk der freien Vereinbarung sämtlicher italienischer Regierungen sein könne und daher einer künftigen Versammlung ihrer Bevollmächtigten vorbehalten bleiben müsse. Man war auch ganz geneigt, sich über das dieser Versammlung vorzulegende Projekt vorher mit Frankreich zu verständigen, wollte aber diese Verständigung eignen diplomatischen Verhandlungen vorbehalten und in Zürich auf die Feststellung der allgemeinen Prinzipien sich beschränken. Vor allem aber bestand man darauf, daß die Vereinbarung der künftigen Bundesakte nur unter Mitwirkung der legitimen Souveräne Zentralitaliens und nach deren Restaurierung erfolge.

Sardinien war das Konföderationsprojekt viel unangenehmer, und teils um dasselbe dafür zu gewinnen, teils um bezüglich Venedigs auf diplomatischem Wege zu gewinnen, was mit Waffengewalt nicht erreicht worden war, trat Frankreich in Zürich mit Vorschlägen hervor, welche für Oesterreich sowohl mit Rücksicht auf sein damaliges Verhältnis zu Sardinien als auf seine eigne innere Organisation ganz unannehmbar waren. Baron de Bourqueney verlangte für Venedig nicht nur eine nationale Administration, sondern auch eine nationale Armee sowie die Umwandlung einer oder mehrerer Festungen auf dessen Territorium in italienische Bundesfestungen, und bezeichnete diese Forderungen als das Minimum der Hoffnungen seines kaiserlichen Herrn. Die Kluft zwischen diesen Ansprüchen und dem österreichischen Standpunkte war zu groß, als daß sie in Zürich hätte ausgefüllt werden können, so daß die Unterhandlungen über diesen Punkt sehr bald ins Stocken gerieten.

Kaum minderen Schwierigkeiten begegnete die Regelung der verschiedenen aus der Abtretung der Lombardei sich ergebenden Detailfragen, speziell die Feststellung der neuen Grenze, des von Sardinien zu übernehmenden Anteils an

Digitized by Google

der österreichischen Staatsschuld sowie des Anspruchs auf den noch ausständigen Kaufschilling für das lombardische Bahnnetz. In Valeggio hatte Kaiser Napoleon das Verlangen des Grafen Rechberg, daß die Lombardei nebst ihren Provinzialschulden mit einem pro rata ihrer Bevölkerungsziffer zu bemessenden Anteil an der allgemeinen Staatsschuld Oesterreichs belastet werde, zustimmend aufgenommen. Als es aber in Zürich zur Verhandlung dieser Frage kam, erklärte Bourqueney, nur die Uebernahme von drei Fünfteln der auf dem Monte Lombardo Veneto eingeschriebenen Schulden, d. h. der lombardischen Provinzialschulden und des entsprechenden Anteils an dem Nationalanlehen vom Jahre 1854, zugestehen zu können, und beantwortete die österreichischen Gegenvorstellungen einerseits mit der Erklärung, daß sein Kaiser in Valeggio diesfalls nur versprochen habe, im Geiste der Billigkeit nach bisherigen Gebräuchen und Präzedenzien vorzugehen, anderseits mit dem Hinweis auf das Vorhandensein einer speziellen lombardisch-venezianischen Provinzialschuld. Oesterreich verlangte 235 755 000 Gulden, Frankreich bot 100 000 000 Gulden und erklärte gleichzeitig, daß es sich nicht um eine Berechnungs-, sondern eine Prinzipienfrage handle.

Die Dinge in Zürich gingen nicht vorwärts, und die angestrebte Einigung zwischen Oesterreich und Frankreich schien ernstlich gefährdet. Die Verständigung konnte nur in Paris gesucht werden. Dort war Oesterreich bereits durch den Fürsten Metternich vertreten, welcher, da die regelmäßigen diplomatischen Vertretungen beider Länder noch nicht hergestellt waren, in vertraulicher Mission zu Napoleon III. gesendet war und sich die eifrigste Mühe gab, den Gedanken der intimen Freundschaft, der die Verhandlungen von Villafranca geleitet hatte, zu verwirklichen. Die diesfalls zu bekämpfenden Schwierigkeiten waren jedoch sehr große, sachliche wie persönliche, denn zwischen jenem Gedanken und seiner Ausführung lagen die noch ungelösten Fragen der künftigen Gestaltung Italiens, der Widerstreit der um den Kaiser Napoleon wogenden Interessen und Aspirationen und dessen eigner, schwankender, träumerischer und unzuverlässiger Charakter.

Die größte Schwierigkeit lag in der Restaurierungsfrage, auf welche Oesterreich das Hauptgewicht legte. Es scheint wohl, daß Napoleon es diesfalls zu Anfang aufrichtig gemeint und die Einlösung seiner Oesterreich gegenüber eingegangenen Verbindlichkeiten, wenn sie ohne Anwendung von Waffengewalt erfolgen konnte, tatsächlich gewünscht hat. Wenigstens hat er uns dies zu wiederholten Malen ernstlich versichert. Sein Minister des Aeußern Walewski führte diesfalls die allerbestimmteste Sprache und erklärte Metternich, daß Frankreich die Annexion der Herzogtümer durch Piemont niemals zugeben werde. Auch waren nicht nur die ständigen Gesandten Frankreichs in Florenz und Modena gewiesen, ihren Einfluß für die Wiedereinsetzung der legitimen Souveräne geltend zu machen, sondern es war zu diesem Zwecke auch ein Vertrauensmann des Kaisers, Senator Fürst Poniatowski, dahin gesendet worden. Allein mit solchen Ratschlägen war bei dem damaligen Stande der Dinge in Italien nichts auszurichten, und denselben weiteren Nachdruck zu verleihen oder gar deren Durchführung mit Waffengewalt zu erzwingen oder von Oesterreich erzwingen zu

Digitized by Google

lassen, dazu wollte und konnte Napoleon sich nicht entschließen. Im Gegenteil begann er angesichts der Schwierigkeiten, welchen die Restaurierung der Erzherzöge begegnete, seine Haltung zu ändern und die nationalen Bestrebungen in Mittelitalien, die er offiziell verurteilte, unter der Hand zu ermuntern. Er empfing Deputationen aus den Herzogtümern, welche ihm ihre Wünsche nach Vereinigung mit Piemont vorzutragen kamen, und unterhielt hinter dem Rücken seines Ministers des Aeußern eine Korrespondenz mit König Viktor Emanuel und den Führern der italienischen Nationalpartei. In Wirklichkeit wußte damals niemand, was er eigentlich wollte und wohin er steuerte. Während er den in Paris weilenden Großherzog von Toskana seiner Hoffnung versicherte, wie eine gute Reaktion ihn demnächst auf seinen Thron zurückbringen werde, und Metternich bat, den Kaiser Franz Josef von seiner Freundschaft und vollkommenen Aufrichtigkeit zu überzeugen, riet er gleichzeitig dem König Viktor Emanuel, die Leitung der Dinge in den Herzogtümern in seine Hand zu nehmen, und Garibaldi, eine starke Armee in Zentralitalien zu schaffen, um gegen einen etwaigen Handstreich sich verteidigen zu können. Und zur gleichen Zeit erklärte er Lord Cowley, von der Annexion der Herzogtümer durch Piemont nichts wissen zu wollen. Walewski trug er auf, ein Mittel zu finden, um seine Sympathien für Italien mit seinen Verpflichtungen gegen Oesterreich in Einklang zu bringen. Jedermann aber forderte er auf, nur zu ihm Vertrauen zu haben.

Mittlerweile hatte die legislative Versammlung in Florenz die Entthronung der legitimen Dynastie und den Anschluß des Landes an Piemont ausgesprochen und Garibaldi an die Spitze der Truppen der mittelitalienischen Liga gestellt. Die offiziellen Missionen der Herren de Reizet und Poniatowski schienen damals so lächerlich geworden, die Haltung des Kaisers so sehr im Widerspruch mit den Erklärungen seines Ministers Walewski, und die Stipulationen von Villafranca so sehr in Frage gestellt, daß Walewski um seine Entlassung bat. Napoleon konnte sich aber ebensowenig zu einer entschiedenen und offenen Parteinahme für die italienische Sache entschließen, gewährte daher die erbetene Entlassung nicht, lenkte vielmehr wieder nach der andern Richtung ein und trat mit neuen Kompromißvorschlägen an Oesterreich hervor. Er proponierte dem Kaiser Franz Josef die Venetien im Sinne der Bourqueneyschen Anträge zu gewährenden Konzessionen an die Wiedereinsetzung der Souveräne von Toskana und Modena zu knüpfen und so das nationale Interesse Italiens für die letzteren zu gewinnen. Er empfing Metternich in den ersten Septembertagen in St. Sauveur, betonte von neuem seinen Wunsch nach seiner Allianz mit Oesterreich, klagte über die Schwierigkeiten, welche die italienischen Angelegenheiten der Realisierung derselben bereiteten, wie über die Haltung Englands, welches aus seinen Verlegenheiten Kapital schlage und zum eifrigsten Anwalt der nationalen Sache Italiens geworden war, und verwies uns auf Kompensationen im Orient. Er erging sich über die bevorstehende Liquidation des türkischen Reiches, wobei Oesterreich als Entschädigung für den Verlust seiner italienischen Machtstellung Aegypten nehmen und die Donaufürstentümer als Sekundogenitur für einen Erzherzog einrichten sollte.

Digitized by Google

Auf diesem abenteuerlichen Gebiete war die österreichische Allianz nicht zu haben, auch wenn Napoleon III. ein verläßlicherer Herr gewesen wäre, als er es tatsächlich war. Aber der Wunsch nach einer Verständigung mit ihm war in Wien vorhanden, und den Schwierigkeiten seiner Lage mit Rücksicht auf Italien war man bereit, Rechnung zu tragen. So brachte denn Metternich nach langen und mühevollen Verhandlungen am 27. September 1859 in Biarritz eine neuerliche Vereinbarung zustande, durch welche die Stipulationen von Villafranca nicht unwesentlich modifiziert wurden. Danach sollte Venetien eine autonome Sonderstellung in der österreichischen Monarchie und eine nationale Administration erhalten, italienische Bundesfestungen errichtet und von Oesterreich eventuell ausschließlich mit italienischen Regimentern garnisoniert werden. Der Herzog von Modena sollte den Herzog von Parma nach dessen Verehelichung mit der Erzherzogin Maria Theresia zu seinem Nachfolger erklären, und Piemont Parma und Piacenza erhalten. Alle diese Konzessionen Oesterreichs waren aber von der vorherigen Rückkehr des Großherzogs von Toskana nach Florenz bedingt, und die beiden Kaiser Oesterreichs und Frankreichs sollten diesfalls eine gemeinsame konditionelle Erklärung erlassen. Die Verhandlungen in Zürich sollten nach Tunlichkeit beschleunigt und sofort nach Unterzeichnung des Friedens die acht Mächte, welche die Wiener Verträge von 1815 unterzeichnet hatten, zu einem Kongresse eingeladen werden, um von dem Züricher Vertrage Akt zu nehmen und der Pazifikation Italiens die europäische Sanktion zu verleihen. Auf diesem Kongresse sollten auch der Papst, Sardinien und Neapel vertreten sein, und Napoleon verpflichtete sich überdies, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um Viktor Emanuels Mithilfe zu dieser Regelung der italienischen Verhältnisse zu gewinnen.

Ausgeführt wurden diese Vereinbarungen ebensowenig wie jene von Villafranca. Der Kongreß ist niemals zustande gekommen und ebensowenig eine wirklich vertrauensvolle Intimität zwischen Oesterreich und Frankreich. Allein die Vereitlung der Abmachungen von Biarritz gehört einer späteren Epoche an, hier haben wir es nur mit deren Einwirkung auf den Verlauf der Dinge in Zürich zu tun. Dort hatte schon Anfang September die Annäherung an Napoleon die Verhandlungen in ein rascheres Tempo gebracht. Bereits um die Mitte des Monats wurden die Diskussionen über das Konföderationsprojekt und die Stellung Venetiens im italienischen Bunde wieder aufgenommen und die betreffenden Artikel im Sinne der österreichischen Wünsche unter Beschränkung auf die Feststellung der allgemeinen Prinzipien vereinbart. In der Grenzfrage gab Oesterreich bezüglich der Minciolinie nach, und bezüglich der Festungsrayons von Mantua und Peschiera einigte man sich auf ein Kompromiß. Die Berechtigung des österreichischen Anspruchs auf den noch unbezahlten Rest des Kaufschillings für die lombardischen Bahnen wurde anerkannt, und da die andern Detailpunkte der mannigfachen, aus der Abtretung der Lombardei sich ergebenden Fragen schon früher bereinigt waren, so war zu Anfang Oktober der Vertrag fertig mit Ausnahme der Frage nach dem von der Lombardei zu übernehmenden

Digitized by Google

Anteil an der österreichischen Staatsschuld. Ueber diesen Punkt war man sich nicht näher gerückt. Oesterreich hatte seine Ansprüche auf 198 105 000 Gulden ermäßigt, Frankreich und Piemont hielten an ihrem ursprünglichen Angebot von 100 000 000 Gulden mit Zähigkeit fest. Piemont bot zwar die Zahlung der von Oesterreich geforderten Summe an, allein verlangte dagegen die Abtretung der Festungen von Mantua und Peschiera. Da von unsrer Seite auf eine derartige Unterhandlung gar nicht eingegangen wurde, so wiederholte Frankreich später nochmals das Angebot der verlangten 198 Millionen gegen das Zugeständnis einer eignen venetianischen Armee. Auch dieser Antrag wurde sofort zurückgewiesen, und da man den Abschluß des Friedens nicht an der Geldfrage scheitern lassen konnte, erübrigte schließlich nur die Annahme der von Anfang angebotenen 100 Millionen, wovon die Lombardei 60 als ihren Anteil an der Schuld des Lombardo Veneto übernehmen, 40 000 000 Gulden aber an Oesterreich für den lombardischen Anteil am Anlehen vom Jahre 1854 gezahlt werden sollten, und zwar von Frankreich, welches sich wegen des Rückersatzes mit Piemont abzufinden habe.

So weit waren die Dinge gediehen, als Karolyi in Zürich ankam, und es wäre ihm dort außer der Unterzeichnung der zwei Verträge à deux und à trois kaum etwas zu tun übrig geblieben, wenn nicht die Geldfrage durch eine von Frankreich an den Monte Lombardo Veneto erhobene Forderung kompliziert worden wäre.

Dieses Institut war 1805 von Napoleon I. als eine Art von Staatshauptkasse für das Königreich Italien mit einer ziemlich komplexen Organisation gegründet worden. Es hatte eigne Einkünfte angewiesen erhalten, und fungierte zugleich als Hauptrechnungsbuch für die Schulden des Königreiches. Bei dem großen Restaurationswerke von 1815 war der Monte Napoleone in den Monte Lombardo Veneto umgewandelt und die Abwicklung der Aktiva und Passiva mit den andern italienischen Staaten gepflogen worden, zu welchem Behufe eine österreichisch-sardinische Liquidierungskommission eingesetzt worden war, die bis zum Jahre 1848 fungiert hatte. Frankreich hatte an den alten Monte Napoleone noch verschiedene Ansprüche zu stellen, welche teils aus Vorschüssen stammten, die es bei der Annexion Piemonts und bei der Teilung der römischen Provinzen 1809 dem Königreich Italien gemacht, teils aus Dotationen, mit denen Napoleon I. den Monte belastet hatte. Die Liquidierungskommission hatte aber im Jahre 1821 die Forderungen Frankreichs durch Urteilsspruch zurückgewiesen und dessen aus den politischen Transaktionen der napoleonischen Zeit herrührende Ansprüche für erloschen erklärt.

Gleich zu Eröffnung der Züricher Verhandlungen hatte Bourqueney seinem österreichischen Kollegen ein Memorandum überreicht, worin er auf diese Angelegenheit zurückkam, die verschiedenen Forderungen Frankreichs an den Monte detaillierte und deren Anerkennung im Gesamtbetrage von 34 271 470 Franken von Oesterreich und Sardinien im Verhältnis von $^2/_5$ für Venedig und $^3/_5$ für die Lombardei forderte. Die österreichische Regierung war von der Wieder-

Digitized by Google

erweckung dieser längst für abgetan erachteten Frage etwas seltsam berührt, bot aber den Franzosen die Einsetzung einer diplomatischen Kommission zur Prüfung und Entscheidung ihrer Ansprüche an, was aber diese mit der Begründung zurückwiesen, daß die Kommission Res judicata vorfinden würde. Zugleich deutete Bourqueney an, daß es sich hier um hochstehende Privatinteressen in der Umgebung seines Kaisers handle und dieser ein Entgegenkommen Oesterreichs in der aus der Zeit seines Oheims stammenden Frage hoch aufnehmen würde. Er erklärte überdies, daß Frankreich zum Ausgleich seiner Forderung 25 Millionen Franken annehmen wolle, und Oesterreich von den auf sein Teil entfallenden 10 Millionen nur die Zinsen bezahlen sollte. Unter diesen Umständen versuchte die österreichische Regierung, die Sache als Negoziationsobjekt zu verwenden, und bot den Franzosen die Anerkennung und Bezahlung der Forderung an, wenn sie für den von der Lombardei zu übernehmenden Anteil an der österreichischen Staatsschuld 150 Millionen Gulden zugestehen würden. Auf diesen Antrag gingen aber wieder diese nicht ein, und Graf Rechberg war daher nicht wenig überrascht, als Bourqueney gleich nach getroffener Einigung über die obenerwähnten 100 Millionen nochmals und in ziemlich drängender Weise mit seiner Forderung an den Monte herauskam und sogar die Paraphierung des auf die lombardische Schuldfrage bezüglichen Vertragsartikels vor Erledigung der Angelegenheit verweigerte. Da aber der Wunsch nach endlichem Abschluß des Friedens und nach möglichster Pflege der Beziehungen zu Frankreich jede andre Rücksicht überwog, legte Rechberg die Sache schließlich ganz in die Hände Karolys und ermächtigte ihn im voraus zu jedem Uebereinkommen, wodurch die Frage für immer aus der Welt geschafft und den hartbedrängten österreichischen Finanzen wenigstens momentan eine Mehrbelastung erspart würde. Karolyi einigte sich sodann mit Bourqueney dahin, daß Oesterreich für den auf Venedig entfallenden Teil der französischen Ansprüche die Zinsen von 5 Millionen Franken vom 1. Januar 1865 ab bezahlen, Frankreich aber seine Forderung für gänzlich befriedigt und erloschen erklären solle.

Im letzten Augenblick ergab sich noch ein neuer Anstoß. Als es zur Umrechnung der für den lombardischen Anteil am Nationalanlehen vom Jahre 1854 zugestandenen 40 Millionen Gulden in Franken kam, stellte es sich heraus, daß man in Paris Gulden österreichischer Währung, in Wien Gulden C. M. im Auge gehabt hatte, wodurch sich eine Differenz von 5 Millionen Franken ergab. Dieser Punkt wurde durch ein Kompromiß auf 102 500 000 Franken ausgeglichen und der Friedensvertrag endlich am 11. November in Zürich unterzeichnet.

Am 27. November wurden bereits die Ratifikationen ausgewechselt. Mittlerweile war die Ernennung des Grafen Karolyi zum Gesanden in Berlin erfolgt. Damit begann eine neue, und wohl die schwierigste Phase seiner langjährigen Laufbahn.

(Fortsetzung folgt)

Digitized by Google

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen
1910/1911

Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten

März 1910. Ich fasse die politischen Ereignisse, die sich seit zwei Jahren im ottomanischen Reich abgespielt haben, in Kürze zusammen.

Die Revolution vom 23. Juli 1908 hat die Türkei mit einem Schlage aus einer absoluten Monarchie in eine konstitutionelle und parlamentarische verwandelt.

Abgesehen von einer kleinen Anzahl Skeptiker, die erstaunt waren, daß die neue Regierungsform für die politische und religiöse Geistesart der Ottomanen in ihren zahllosen Varietäten passen könnte, ist die Revolution von den Liberalen aller Länder mit Beifall und Vertrauen aufgenommen worden. In einigen Ländern ist sie sogar in dithyrambischen Tönen als der Beginn einer neuen Aera begrüßt worden — einer neuen Aera nicht nur für die Türkei, sondern für Europa, dem seit so vielen Jahren die ewige „Orientfrage" ein Gegenstand schwerer Sorge ist und die Revolution möglicherweise eine Lösung dieser Frage bringen konnte, ja für die ganze Welt, denn das Schicksal des ottomanischen Reiches geht die drei Kontinente an, die am Mittelländischen Meer liegen, und ist für den ganzen Islam von Bedeutung, dessen Verzweigungen bis tief in den Sudan und ins Herz von China hineinreichen. Und da der Sturz des autokratischen Regimes in der Türkei sich ohne Blutvergießen vollzogen hatte, da der Despot von gestern nicht nur das Leben und den Thron, sondern auch das politische und religiöse Prestige des Khalifen behielt und sich dem neuen Regime, das die Umstände ihm aufzwangen, anzubequemen schien, nannte ein italienischer Staatsmann diese friedliche Revolution, indem er sie mit der großen, aber blutigen französischen Revolution verglich, „ein 1789 ohne 1793".

Dreiviertel Jahre später versuchte Abd ul Hamid die autokratische Macht, auf die er nur widerwillig verzichtet hatte, wieder an sich zu reißen. Für viele Leute unterliegt es keinem Zweifel, daß die Revolution vom 13. April 1909 im Jildis-Kiosk angezettelt worden ist. Von dort gingen die zweideutigen Agenten, Spione, Polizisten niederen Grades aus, die der Sultan noch zur Verfügung hatte, um im Verein mit Ulemas die unwissenden, fanatischen und unzufriedenen Soldaten zu erkaufen, die mit der Ermordung einiger aus den Schulen gekommener Offiziere anfingen, um die andern zu erschrecken, und nach den Plänen, die man dem roten Sultan zuschreibt, ihr Werk mit Massakers und Plünderung unter den Europäern fortsetzen sollten. Dies zu dem Zweck, den Mächten zu zeigen, daß das neue Regime unfähig sei, die Ordnung aufrecht zu halten, die fanatischen Elemente der muselmanischen Bevölkerung zu zügeln, die Armee in der Gewalt zu behalten, für die Sicherheit der Fremden zu sorgen. Daraufhin

Digitized by Google

würde dann Abd ul Hamid die Zügel des Reiches wieder in die Hand genommen haben. Tatsächlich war die Stadt einige Tage lang der Willkür der Soldateska und des Pöbels preisgegeben. Es bestand keine Autorität mehr, außer dem Sultan dort oben auf dem Hügel über Tschiragan, in den vielteiligen geheimnisvollen Gebäuden des Jildis-Palastes. Die Jungtürken, die eben noch die Macht in Händen gehabt hatten, waren verschwunden, hielten sich bei Freunden versteckt oder hatten sich zu Ausländern geflüchtet. Ebenso war es mit den Offizieren, die von den Truppen mit dem Tode bedroht wurden, weil sie zum größten Teil der Revolutionspartei angehörten oder im Verdacht standen, ihr anzugehören. Die Unteroffiziere, die Ulemas und die Soldaten blieben die Herren der Hauptstadt. Man muß ihnen Gerechtigkeit widerfahren lassen: sie mißbrauchten ihre vorübergehende Allmacht nicht. Es kam kein Massaker und keine Plünderung vor. Der Sultan hatte es nicht gewagt, formelle Befehle zu erteilen, und seine geheimen Wünsche wurden nicht verstanden, oder vielmehr, es fehlte unten wie oben an Mut. Doch die Gefahr, in der die Europäer schwebten, erklärt das entschlossene und rasche Eingreifen des Generals Mahmud Schefket und der Armee, die er zur Befreiung heranführte. Es mußte um jeden Preis vermieden werden, daß ein Anfang mit dem Blutvergießen gemacht wurde; denn der Pöbel ist wie ein wildes Tier, das der Anblick und der Geruch des Blutes aufregt. Die rasche Unterdrückung der Gegenrevolution diente den Interessen der jungen Türkei, indem sie bewies, daß der bessere Teil der Armee auf ihrer Seite war. Und wiederum verdienten die Jungtürken durch ihre Mäßigung die allgemeinen Sympathien. Sie hätten die Meuterer erschießen können. Die Erinnerung an die Janitscharen, die der Sultan Mahmud niedermachen ließ, hätte wachwerden und das Beispiel nachgeahmt werden können, noch dazu unter gesetzlichen Formen. Sie beschränkten sich darauf, die Schuldigen zu zersprengen, und die ganze Strafe, die sie über sie verhängten, bestand darin, daß sie sie in Sträflingskleidung zum Straßenbau an die vier Enden des Reiches schickten. Was den Sultan betrifft, der seinen allzu zahlreichen vorausgegangenen, allzuoft erbarmungslos grausamen Verbrechen das weitere Verbrechen des Frevels gegen die Verfassung und des Eidbruchs hinzugefügt hatte, so übergaben sie ihn der Justiz des Scheik ül Islam. Das Fetwa, der von dem religiösen Oberhaupt der türkischen Nation gefällte Spruch, ist ein historisches Dokument. Es zählt die Vergehen und die Verbrechen Abd ul Hamids auf und spricht sich schließlich für seine Abdankung oder seine Entthronung aus. Der Beschluß der Nationalversammlung lautete einstimmig auf Entthronung. So lebt der entthronte Sultan heute mit einem Teil seines alten Harems verbannt in einer von Gärten umgebenen Villa, die ein reicher Israelit von Saloniki für sich selbst erbaut hatte. Das abgeschlossene Leben dort, zu dem er verurteilt ist, ist eigentlich nicht schlimmer als die Gefangenschaft auf den Höhen über Tschiragan Seraï, die er aus Furcht sich selbst auferlegt hatte, während er die unumschränkte Macht besaß. Seine einzige Strafe sind die Untätigkeit und das Bedauern — ich wage nicht zu sagen die Reue.

Digitized by Google

Der Sieg der Jungtürken über die Gegenrevolution im April 1909 wird vielleicht als der schönste Augenblick ihrer Geschichte zu gelten haben. Dadurch, daß sie kraft des dynastischen Gesetzes, das man das „Seniorat" nennt, den Bruder des entthronten Sultans auf den Thron erhoben, bekamen sie die volle Macht in die Hand.

Mehmed V., der neue Sultan, ist ein einfacher, gutmütiger und arglosser Mann. Er wird der denkbar konstitutionellste Herrscher sein, da er seiner Natur nach und infolge seiner Unerfahrenheit in keiner Weise der Mann dazu ist, in der Politik einen persönlichen Willen zu haben. Solange der arglistige Abd ul Hamid den Thron innehatte, konnte man über die Festigkeit des neuen Regimes Befürchtungen hegen. Tatsächlich wartete der Sultan nur auf einen günstigen Augenblick, um den Versuch zu machen, die absolute Herrschaft wieder zu gewinnen, und das Land, das noch nicht recht darauf vorbereitet war, neue Einrichtungen zu erhalten, hätte ihm vielleicht im gegebenen Augenblick Hilfe und Beistand geleistet. Er hat sich vielleicht zu sehr beeilt. Aber nach Abd ul Hamids Sturz bekamen die Jungtürken ihre volle Aktionsfreiheit. Sie herrschten und regierten.

Im Innern war kein Wille mehr vorhanden, der dem ihrigen entgegentreten konnte: auf dem Thron ein unerfahrener Herrscher ohne persönlichen Anhang und übrigens ohne Abneigung gegen die neuen Ideen; in der Presse einige gegnerische Stimmen, im Parlament Embryos andersgesinnter Parteien, aber weder eine organische Opposition noch eine, die im Begriff stand, sich zu organisieren; das Volk für Neuerungen wenig zugänglich, aber durchtränkt von jenem resignierten Fatalismus, der eine allmähliche Anpassung ermöglicht; die unterdrückten Nationalitäten von neuer Hoffnung auf Reformen beseelt, die der entthronte Sultan und seine Vorgänger immer versprochen hatten, ohne sie jemals zur Ausführung zu bringen — kurz überall freies Feld, offene Wege, überall die Möglichkeit, zu wirken, zu reformieren, zu schaffen, etwas zu leisten, und zwar etwas Tüchtiges zu leisten.

Im Ausland sehen sich die Feinde der Türkei infolge des Kredits, den man allerseits übereingekommen ist, dem neuen Regime zu gewähren, gezwungen, ihre Pläne aufzuschieben; ihre Freunde fühlen sich ermutigt und sind von neuem Vertrauen erfüllt; die Erhaltung der Integrität des ottomanischen Reiches ist mehr denn je als eines der Dogmen der allgemeinen Politik proklamiert oder anerkannt. Die Mächte machen sich um die Wette die Freundschaft der Türkei und die greifbaren Beweise dieser Freundschaft streitig, die eine, um Anleihen für ihre Finanzmänner, die andre, um Aufträge für ihre Industrie, die dritte, um Konzessionen zugunsten ihrer Unternehmer und ihrer Kapitalien zu bekommen; jede der beiden politischen Gruppen, in die sich Europa geteilt hat, sucht die Türkei in ihren Kreis zu ziehen; die Türkei selbst widersteht den Lockungen beider und zieht es vor, ihre Aktionsfreiheit zu bewahren, die ihr gestattet, sich je nach ihren Interessen der einen oder der andern der beiden Gruppen zu nähern, je nach ihren Bedürfnissen und den günstigen Gelegen-

Digitized by Google

heiten des Augenblicks an die eine oder die andre der Mächte um Hilfe zu wenden.

Kurz, im Innern wie nach außen sind die Verhältnisse die denkbar günstigsten. Eine Reaktion ist wegen des starken Hasses, den sich das hamidische Regime bei allen seinen Gegnern zugezogen hat, und des Mißkredits, in den es bei seinen früheren Anhängern gefallen ist, nicht ernstlich zu befürchten. Ein Angriff von außen ist infolge des dem neuen Regime gewährten Gottesfriedens nicht zu besorgen. Wenn also die Jungtürken so günstige Umstände, wie es Frieden und Sicherheit sind, zu benützen wissen, und es ihnen gelingt, die Sympathien, die man ihnen entgegenbringt, und das rückhaltlose Vertrauen, das man auf sie setzt, zu rechtfertigen, so kann das türkische Reich wieder erneuert werden und der kranke Mann seine Kräfte wiedergewinnen.

*

Ja, so sagt man. Aber denkt man auch an die Größe ihrer Aufgabe? Sie ist ungeheuer groß, riesenhaft, diese ihre Aufgabe. Um sie zu einem guten Ende zu führen, bedürfte es der Mithilfe von Männern, wie sie die in der Zivilisation am weitesten vorgeschrittenen Rassen nur in großen Zwischenräumen erzeugen: für die Einigung und die Herstellung des inneren Friedens im türkischen Reiche wäre das kühne Genie eines Richelieu, für die rechte Verwertung ihrer Hilfsmittel der gerade Sinn und der gerechte Geist eines Colbert nicht zuviel. Ich greife absichtlich in die Erinnerungen Frankreichs aus dem siebzehnten Jahrhundert zurück. Ihre Aufgabe, die in allen Ländern und zu allen Zeiten schwer wäre, ist in der Türkei von heutzutage zehnmal, zwanzigmal schwerer infolge der Anziehungskraft und der Lockungen, die die früheren ottomanischen Provinzen der europäischen Türkei, die besondere Nationalitäten geworden sind, auf ihre Brüder, die türkische Untertanen sind, ausüben; dann wegen der Größe des Reiches, der Verschiedenheit der Rassen, die es bevölkern, ihres Mangels an Homogenität und Zusammenhang; wegen alles dessen, was auf allen Gebieten erst zu schaffen ist, denn dieses herrliche Reich ist ein Brachfeld, wenn es kein verwüstetes Land ist, abgesehen von einigen Ressorts, die Ausländern anvertraut sind. Entweder hat man dort nichts getan oder das, was man gemacht hat, schlecht gemacht. Die Verwaltung ist dort erbärmlich; die Finanzen sind in größter Unordnung, und jedes Jahr werden neue Anleihen aufgenommen. Straßen existieren nicht, die Eisenbahnen sind ungenügend; die Marine ist an Personal wie an Material neu zu schaffen. Kurz, es ist beinahe alles erst in Angriff zu nehmen oder neu zu machen.

Haben die Jungtürken die Fähigkeiten, die erforderlich sind, um mit Erfolg den großen und zahlreichen Problemen, die mit einem solchen Zustand der Dinge verbunden sind, die Stirne zu bieten? Sie sind in der Mehrzahl gebildet und intelligent, gute Patrioten und sogar glühende Nationalisten. Aber in der Nation bilden sie nur eine Elite. Werden sie treue und zuverlässige Hilfskräfte finden, die von den nächsten bis zu den entferntesten Provinzen des Reiches

Digitized by Google

ihren Weisungen folgen, ihre Befehle ausführen, ihre Gedanken recht verstehen? Und sie selbst, diese Elite von Intellektuellen, haben sie geistige Fähigkeiten und Kräfte, die im rechten Verhältnis zu ihrem guten Willen und der Größe ihrer Aufgabe stehen? Werden diese Männer, die zum größten Teil Theoretiker, vielleicht Doktrinäre sind, durchdrungen von den Prinzipien, aus denen die große französische Revolution hervorgegangen ist, an der sie sich gerne begeistern — werden sie es verstehen, diese Prinzipien da anzuwenden, wo sie passen (wenn sie überhaupt irgendwo passen!), und anderswo von ihnen abzusehen, um sich an andre, besser für die Verhältnisse passende zu halten? Werden sie es verstehen, in der Praxis die schweren Fehler zu vermeiden, die eine Regierung in Mißkredit bringen? Werden sie es fertig bringen, lange genug zu regieren, um segensreiche Arbeit für das Land leisten, um etwas Festes und Dauerhaftes aufbauen, um das Vertrauen, das Europa in sie gesetzt hat, rechtfertigen zu können?

Wir wollen betrachten, was sie geleistet haben.

*

Zunächst wollen wir darlegen, wie die junge Türkei entstanden ist und sich entwickelt hat.

Es ist keine Uebertreibung, wenn man behauptet, daß das hamidische Regime mit den schlimmsten Tyrannenherrschaften von Rom und Byzanz auf gleicher Stufe stand. Alle Verbrechen, die die Furcht und der Argwohn, wenn sie mit der höchsten Gewalt bekleidet sind, begehen können, hat das hamidische Regime vollbracht, das vor nichts zurückschrak, weder vor Einzelmorden, noch vor Massenschlächtereien. Es war die absoluteste, die persönlichste, die blutigste despotische Herrschaft der modernen Zeit; sie arbeitete mit List und Gewalt ohne Schranken und Maß und erhob die Spionage und Angeberei zum fundamentalen Regierungssystem. Ueberall schlichen Sykophanten herum. In jeder Familie suchte man sich einen Angeber. In Konstantinopel hatte jeder Wagen der Straßenbahn oder der Drahtseilbahn einen Spion, wenn nicht mehr als einen. Die schriftlichen Denunziationen — die Dschurnal — strömten von allen Punkten des Reiches nach dem Jildispalast. Die „Dschurnalgis", die durch Belohnungen in ihrer niederträchtigen Tätigkeit ermutigt wurden, vermehrten sich ungeheuerlich. Man hat Massen von Kisten, die mit ihren Mitteilungen gefüllt waren, gefunden. Der Herrscher fürchtete den Charakter, mißtraute der Intelligenz und dem Wissen, schätzte nur die kriechende Niedrigkeit, den unterwürfigen Servilismus, hatte nur zu einigen Günstlingen Vertrauen. Er beseitigte diejenigen, die ihm unbequem waren; diejenigen, die er nicht verschwinden zu lassen wagte, verbannte er. Dieses feige und blutdürstige hamidische Regime hatte allzulang gedauert. Die Unzufriedenheit war allgemein.

Eine Revolution mußte in dieser Stimmung der großen Mehrheit der fortgeschrittenen und denkenden Ottomanen einen günstigen Boden finden. Aber die Aufmerksamkeit und Wachsamkeit der Behörden wußte rasch die geringsten

Digitized by Google

Keime einer Rebellion zu entdecken und zu ersticken. Sicherlich haben zahlreiche Verschwörungsversuche stattgefunden, von denen man nichts weiß oder von denen man nicht spricht, weil sie erfolglos geblieben sind; ihre Urheber sind in größter Heimlichkeit bestraft worden und spurlos verschwunden. Es durfte nämlich von dem, was die Regierung bedrohte, ihr mißfällig oder unbequem war, überhaupt nicht gesprochen werden, weder von Attentaten noch von Komplotten. So mußte für den Sultan die Königin Draga von Serbien im Wochenbett und König Alexander aus Schmerz gestorben sein. So durfte der Präsident Mac Kinley nicht durch das tödliche Blei eines Mörders sein Leben verloren haben. Und wenn man noch eine weitere Steigerung will, so ist zu erwähnen, daß die Automobile und ähnliche Maschinen in der Türkei verboten waren, weil sich Dynamos darin befinden und dieser Name an den gefährlichen Begriff des Dynamits erinnerte. Ein niedriges, grausames, feiges, unwissendes, lächerliches Regime, wie das hamidische, war ein Anachronismus. Auch hier konnte eine Revolution kommen und es beseitigen.

Das erste revolutionäre Komitee, von dem wir Kenntnis haben, wurde im Jahre 1321 der Hedschra (1903) in Damaskus durch einen Dr. Hadschi Mustapha gegründet. Der Name, der Titel Hadschi[1]) scheint ihn als guten Muselman zu bezeichnen, der das Gesetz des Propheten beobachtet. Die Elemente, aus denen er das Komitee zusammensetzte, und seine ersten Anhänger waren junge Offiziere vom V. Armeekorps, das damals in Syrien stationiert war, und einige Zivilbeamte. Beide Kategorien waren nicht sehr zahlreich vertreten, weil der Schrecken, den der Absolutismus einflößte und die Angst vor den Spionen und den agents provocateurs die Energie lähmten. Ihre Versammlungen fanden regelmäßig und in tiefster Heimlichkeit bald bei dem einen, bald bei dem andern der Mitglieder statt.

Doch solange das Komitee sich in Syrien, inmitten einer rückständigen Bevölkerung befand, konnte es keinen Einfluß auf die Geschicke des Reiches ausüben. Deshalb entschloß es sich, seine Tätigkeit anderswo zu entfalten, indem es in der zweiten Stadt der europäischen Türkei, in Saloniki, einen neuen Herd des Liberalismus gründete. Konstantinopel ließ man außer Betracht, weil die Polizei Abd ul Hamids dort mit besonderer Strenge waltete und das Spionentum dort zu sehr entwickelt war. Saloniki bot dagegen der revolutionären Propaganda einen günstigen Boden. Hier stand das III. Armeekorps in Garnison, dessen Offiziere gebildeter, fortschrittlicher, in ihren Ideen reifer waren als ihre Kameraden vom V. Korps. Die Verbindungen mit der Außenwelt waren gut. Außerdem versprach die Bevölkerung Salonikis mit ihrem Ueberwiegen jüdischer Elemente, besonders spanischer Juden, den neuen Ideen zahlreiche Anhänger zuzuführen, da die Juden seit Jahrhunderten stets den

[1]) Hadschi kommt vom Griechischen ἅγιος, was der Heilige oder der Geheiligte bedeutet. Es hat aber im Türkischen einen andern Sinn bekommen und bedeutet Pilger. Hadschi ist der Titel, den derjenige annimmt, der die Pilgerfahrt zu den heiligen Stätten unternommen, der sich durch die Pilgerschaft geheiligt hat.

Digitized by Google

revolutionären Ideen Freunde geliefert haben. Männer wie Marx, Lassalle und andre Umstürzler konnten unter den „Sephardim" von Saloniki ebensogut geboren sein, wie sie anderswo unter den „Aschkenasim" geboren waren, konnten noch über sich selbst im unklaren sein und durch geschickte und kluge Propagandisten dahin gebracht werden, sich selbst zu entdecken.

Der Regimentsadjutant Mustapha Kemal wurde beauftragt, das neue Komitee zu begründen. Er setzte sich mit Ismail-Mahir-Bei, dem späteren Abgeordneten von Brussa, und mit einigen Offizieren in Verbindung. Dieser erste Kern konstituierte sich in aller Form und nahm den Namen konstitutionelles Komitee an. Die Mitglieder verpflichteten sich, jedes für sich, Anhänger zu werben und mit ihnen neue revolutionäre Gruppen zu bilden, die bis auf weitere Order sich gegenseitig ignorieren sollten.

Zu dieser selben Zeit hatte Talaat-Bei, der seitdem Minister des Innern, Vorsitzender der parlamentarischen Partei „Einheit und Fortschritt" und Großmeister der ottomanischen Freimaurerei geworden ist, der aber damals nur ein bescheidener und unbekannter Beamter der ottomanischen Post war — dieser Talaat-Bei, ein Feuergeist, ein begeisterter Patriot, ein energischer und kraftvoller Charakter, hatte damals angesichts der kläglichen Zustände des Reiches den Plan gefaßt, es durch ein freiheitliches Regime zu retten, und ging mit dem Gedanken um, seinerseits eine geheime Gesellschaft zu gründen, zu dem Zweck, den Absolutismus zu stürzen. Er stand mit türkischen Verbannten und Flüchtlingen im Westen, hauptsächlich in Paris und Genf, in Verbindung, die von den gleichen Gefühlen beseelt waren und sich mit denselben Plänen trugen. Dank seinem Amt war er imstande, ihnen Dienste zu erweisen, indem er den Eingang von Korrespondenzen und umstürzlerischen Publikationen erleichterte und den auswärtigen Verschworenen die Briefe ihrer Verwandten und Freunde in der Türkei sicher zukommen ließ. Als Talaat einem intimen Freunde, dem Hauptmann Raki-Bei, und mehreren andern Offizieren den Vorschlag machte, ein Aktionskomitee zu bilden, erfuhr er, was schon in derselben Absicht getan worden war. Die Programme wurden nebeneinander gelegt, verglichen, geprüft und unter Hinzufügung neuer Bestimmungen umgearbeitet. Die neue Form ging über das, was das Komitee von Damaskus ausgearbeitet hatte, weit hinaus. Das Programm des Komitees von Saloniki, das übrigens unabhängig von dem früher in Syrien tätig gewesenen zu Werke ging, war umfassender und kühner, sein Tätigkeitsfeld größer, besser vorbereitet und fruchtbarer. Die Propaganda wurde auf das ganze III. und II. Armeekorps ausgedehnt, deren Truppenteile über Makedonien und Albanien verstreut waren. Der Erfolg war groß. Die jungen Offiziere wurden ihrerseits tätige und vom Glück begünstigte Werkzeuge der Propaganda. Häufig versetzt, machten sie zahlreiche Proselyten in den europäischen Wilajets; und so wie Saloniki wurden auch mehrere Hauptorte Albaniens und Altserbiens, wie Monastir, Uesküb, Janina, Skutari, nacheinander wichtige revolutionäre Zentren und Herde einer lebhaften Propaganda. Die Zivilbevölkerung wurde natürlich nicht außer-

Digitized by Google

halb der Bewegung gelassen, und alle ottomanischen Untertanen, ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse oder der Religion, Griechen, Bulgaren, Serben, Kutzowalachen, wurden in die Komitees und Unterkomitees aufgenommen. Die Juden, die solche geblieben waren, und die islamisierten Juden, die man die „Dünmeh" nennt, lieferten den Komitees ein zahlreiches und intelligentes Kontingent. Das internationale Freimaurertum, besonders das jüdisch-italienische, verhalf einer ottomanischen Freimaurerei in enger Gemeinschaft der Ideen und Anschauungen mit dem Komitee zur Entstehung. So bereitete sich in der Türkei trotz mancher Hindernisse, wie der Verhaftung Talaat-Beis, der sich mehr als zwei Jahre Gefängnis gefallen lassen mußte, und trotz aller Ueberwachung durch die Polizei und die Spione in der Armee und in der Bevölkerung die Revolution gegen das hamidische Regime vor.

Auch die ottomanischen Verbannten und Flüchtlinge im Ausland blieben nicht untätig. Besonders die in Paris hatten ein Komitee unter dem Namen „Einheit und Fortschritt" gebildet. Wenige Monate vor der Revolution vom Juli 1908 schickten sie einen der Ihrigen nach Saloniki, um den Genossen im Reiche darzulegen, welche Vorteile es bieten würde, im Einverständnis miteinander vorzugehen, sich zu vereinigen und alle Bestrebungen auf dasselbe Ziel zu richten. Der Name und das Programm der Revolutionäre von Paris und Saloniki sollten die gleichen sein. Der Name des Pariser Komitees war genau die Synthese ihren gemeinsames Aktionsprogramms: „Einheit und Fortschritt". Er war zweckmäßig und wurde von den türkischen Komitees angenommen.

Das Bestehen der Komitees wurde der Oeffentlichkeit erst nach der Revolution, d. h. im August des Jahres 1908, zur Kenntnis gebracht. Die Bedeutung des Komitees von Saloniki war groß, aber die des Komitees von Monastir hielt ihr die Wage. Saloniki, Monastir und Uesküb streiten sich heute um die Ehre, das Aktionszentrum der Partei „Einheit und Fortschritt" und die Wiege der ottomanischen Revolution gewesen zu sein.

Nach den denkwürdigen Ereignissen des Jahres 1908 hätte das Komitee sich auflösen müssen. Sein Zweck war erfüllt. Die absolute Herrschaft war niedergeworfen. Die Türkei besaß eine Verfassung, ein Parlament, ein verantwortliches Kabinett. Doch das Komitee hielt seine Aufgabe noch nicht für erfüllt. Es glaubte, das Land könne seiner noch bedürfen, und es müsse, nachdem es den ottomanischen Völkern die Freiheit gegeben, noch darüber wachen, daß sie ihm erhalten bleibe. Die Reaktion war noch immer zu fürchten: das sah man im April 1909. Deshalb blieb das Komitee in Tätigkeit. Da aber die Verfassung die politischen Verbindungen zu verbieten schien,[1]) mußte es sich danach einrichten, die wahren Ziele, die es verfolgte, verheimlichen und sich vor der Oeffentlichkeit andre beilegen, die mit dem Buchstaben und dem Geist der

[1]) Artikel 13 der Verfassung lautet: „Den Ottomanen steht es frei, kommerzielle, industrielle oder landwirtschaftliche Vereinigungen in den durch das Gesetz und durch die Reglements bestimmten Formen zu bilden."

Digitized by Google

Verfassungsurkunde im Einklang standen. Das Komitee machte daher zu seinem offiziellen Programm und zu seinem Daseinszweck die Errichtung von Schulen und die Förderung der Bildung der Massen.

Heute (März 1910) ist das Komitee „Einheit und Fortschritt", das sich bei seiner Organisation an die jakobinischen Traditionen gehalten hat, eine politische Macht. Durch Komitees und Unterkomitees und mit Hilfe eines starken, dichten Netzes von Anhängern wird es von allem unterrichtet, was sich in allen Teilen des Reiches zuträgt. Es überwacht und dirigiert, wenn es nötig ist, die Militär- und Zivilbehörden im Verein mit der Regierung. Ein solcher Zustand ist anormal, aber die Regierung, die übrigens eine Schöpfung und ein Ausfluß des Komitees ist, muß ihn dulden und die Nation ihn hinnehmen. Wollte die Regierung Widerstand zu leisten versuchen, so würde sie in dem Kampfe unterliegen; und es besteht in der ottomanischen Nation keine Organisation, die fähig wäre, dem Komitee Trotz zu bieten. Dieses schreibt den Ministern (die, wie ich wiederhole, im allgemeinen aus seinen Reihen hervorgehen) die Wahl der militärischen Befehlshaber und der Zivilbeamten vor; und wenn irgendwo laue, unentschiedene, zweifelhafte Persönlichkeiten vorhanden sind, so zeigt es sie an und läßt sie durch andre ersetzen. Leider sind die Besten in seinen Augen nicht immer diejenigen, die ihre Pflichten am besten erfüllen und für ihr Amt am besten passen, sondern diejenigen, welche ihm selbst am treuesten ergeben sind. Denn für das Komitee geht seine eigne Existenz, sein allmächtiger Einfluß allem andern vor. Ebenso wie es über die Regierung gebietet, die stets bereit ist, sich ihm zu fügen, da es nun einmal nicht anders geht, beherrscht es auch den Hof, an dem es wohlweislich einige hohe Würdenträger des Absolutismus als Bewahrer der Traditionen im Amt gelassen, ihnen jedoch zugleich andre beigegeben hat, die weniger bewandert in den Geheimnissen des Zeremoniells, aber dafür der Sache des Komitees ergeben sind. Es gebietet sogar über das Parlament, denn in der Kammer besteht eine parlamentarische Partei „Einheit und Fortschritt", die ungefähr 150 Mitglieder zählt und dort eine kompakte, wohldisziplinierte Mehrheit bildet. Die Partei, die sich die liberale (Ahrar) nennt und in Wirklichkeit die konservative darstellt, hat nicht den dritten Teil dieser Mitgliederzahl.

Die Gegner von „Einheit und Fortschritt" stellen das Komitee als eine despotische, unverantwortliche und inkonstitutionelle Gewalt, als einen „Wohlfahrtsausschuß" hin. Man beschuldigt es — und zwar, wie wir gesehen haben, mit Recht — daß es über die Regierung und ihre Vertreter, Generalgouverneure, Walis, Kaimakams, Mutessarifs verfüge und alle diejenigen in Händen habe, die irgendeine Autorität ausüben, von der obersten bis zur untersten Stufe der hierarchischen Leiter; daß es erniedrige, wen es wolle, und erhöhe, wen es wolle, und als absoluter Herr befehle, mit einem Wort, an die Stelle der Autokratie eines einzelnen Mannes die Tyrannei einer Oligarchie gesetzt habe. Es ist sicher, daß es die Minister inspiriert, daß es sie vor sich zitiert, um sie anzuhören, damit sie sich rechtfertigen, ihr Programm darlegen, Erklärungen für ihre Handlungen

Digitized by Google

geben. Es ist sicher, daß das Komitee es dahin gebracht hat, eine zweite Regierung, eine geheime, unverantwortliche, aber allmächtige Nebenregierung zu sein.

Das ist nicht in der Ordnung in den Augen von uns Abendländern, die wir von den wahren konstitutionellen Prinzipien durchdrungen sind. Vom diplomatischen Gesichtspunkte aus ist es nahezu unerträglich; denn die Antwort, die ein Minister einem Gesandten gibt, ist selten fest und bestimmt. Es liegt stets ein Hintergedanke darin: „vorbehaltlich der Genehmigung des Komitees". Das ist eine Verschlimmerung eines eingewurzelten und peinlichen Zustands, denn von jeher war nichts schwerer in der Türkei, als zu einem Entschluß zu gelangen. Wenn man aber die Verhältnisse des Landes in Betracht zieht, so sieht man, daß eine starke und gewissenhafte Autorität dort die Macht ausüben muß. Ohne das würde die Anarchie herrschen.

Nur — ist die Tyrannei einer Oligarchie nicht manchmal schlimmer als die eines einzelnen Mannes? Herr v. Voltaire sagte zu einem Commoner: „Ich will lieber einem Löwen aus vornehmem Hause gehorchen als fünfhundert Ratten von Ihrer Art."

Abd ul Hamid war freilich kein Löwe, sondern eine Hyäne.

*

Der Orientexpreß, der mich nach Konstantinopel bringt, hat in der Nacht den Zug gekreuzt, mit dem Zar Ferdinand von Bulgarien in seine Hauptstadt zurückkehrte.

. . . . . .

Die Zeitungen von Konstantinopel sind voll von Details über den jetzt beendigten Aufenthalt des Königs und der Königin von Bulgarien und von Kommentaren über die politische Tragweite dieses Besuchs.

Dieser stellt an sich einen Erfolg für die Türkei dar. Es ist nicht mehr ein Akt der Huldigung, die der frühere Vasall seinem Suzerän dargebracht hätte, sondern ein Akt der Höflichkeit eines Monarchen gegen einen mächtigen Nachbarn. Doch ein skeptischer Ton dominiert. Es ist ein momentaner und rein äußerlicher Erfolg. Der Besuch wird nichts an der Lage ändern. Bulgarien wird keines seiner Ziele aufgeben. Die bulgarischen Agitatoren werden mit ihren Umtrieben in Mazedonien fortfahren. Die Banden werden ihre Tätigkeit fortsetzen. Der alte Haß der aneinandergrenzenden Völkerschaften wird bleiben, wie er durch jahrhundertelange Verfolgungen einerseits, durch Aufstände anderseits geworden ist. An der Grenze werden sich nach wie vor an allen Ecken und Enden die unangenehmen, gefährlichen, bedrohlichen Zwischenfälle wiederholen.

. . . . . .

Es ist gut, daß diese Fürstenbesuche stattfinden. Es ist gut, daß man von Zeit zu Zeit liebenswürdige Aeußerungen und freundliche Worte austauscht, die für einen Augenblick die dauernden Ursachen zur Feindschaft vergessen machen. Es wäre aber ein Beweis großer Naivität, wenn man annehmen wollte, daß sie das Verhalten einer Nation auch nur um eine Linie ändern, ihre Wünsche

Digitized by Google

mäßigen, ihrer Feindschaft ein Ende machen könnten. Kaum sind die für einen Augenblick entfalteten Fahnen wieder in ihr Futteral gesteckt, kaum ist das Echo der abwechselnd gespielten Nationalhymnen verhallt, so kommt unbarmherzig die eigentliche Lage wieder zum Vorschein.

Die Türken sind jedoch sehr erfreut, dem bulgarischen Herrscherpaar die neue Armee, über die sie gebieten, gezeigt zu haben. Die vom Sultan in Gegenwart der königlichen Gäste abgenommene Revue auf dem Freiheitshügel scheint großartig gewesen zu sein. Die tadellose Haltung und die martialische Erscheinung der Truppen ist viel bewundert worden. Die Diplomaten verhehlen ihre Bewunderung für die erzielten Fortschritte nicht. Es waren Regimenter darunter, die aus dem Yemen zurückgekehrt waren, wo sie nicht nur gegen aufständische Araber, sondern auch gegen ein erbarmungsloses Klima, gegen Krankheiten und schlechte Verpflegungsverhältnisse zu kämpfen gehabt haben, und diese Regimenter waren bewunderungswürdig.

In nächster Zeit wird König Peter von Serbien erwartet. Sein Besuch wird zu denselben festlichen Veranstaltungen Anlaß geben, die dem Zaren von Bulgarien zu Ehren stattgefunden haben ... (Schluß folgt)

Petroleum und Petroleummonopol

Von

Julius Ernst
Prinz zur Lippe

Wer nicht als Geschäftsmann, als Mann der Technik oder Wissenschaft mit Petroleum zu tun hat, der weiß in der Regel von dieser alltäglichen Sache viel weniger, als er zu wissen glaubt. Viele Großstädter sehen weder bei sich zu Hause noch in den Häusern ihrer Bekannten irgendwo eine Petroleumlampe brennen und wundern sich, wenn sie hören, daß in Deutschland jährlich annähernd eine Milliarde Liter Leuchtöl verbrannt werden; ihnen ist Petroleum das Licht ihrer Väter und Großväter. Das ist der zweite Irrtum. Die Großväter und noch viele Väter in ihrer Jugend habe keine Petroleumlampe gekannt, sondern bei Kerzenlicht oder Tranlampen gesessen.

Petroleum war in verschiedenen Gegenden der Erde schon vor Jahrtausenden bekannt, aber wenig anders als es aus der Erde floß. Man verstand es nicht zu zerlegen und zu reinigen, und teils deshalb, teils wegen der gar nicht oder wenig entwickelten Bohrtechnik, bemühte man sich nicht, es in größerem Maße aus der Erde zu gewinnen. Im alten Aegypten wurde es zum Einbalsamieren der Leichen verwendet, im alten Babylon machte man Asphaltmörtel daraus. Später wurde es hauptsächlich als Schmiermittel und für verschiedene Heilzweck

Digitized by Google

benutzt. In Baku in Rußland brannten bis vor wenigen Jahren ununterbrochen seit den Zeiten der alten Perser Petroleumquellen als heilige Feuer.

Erst als man das Erdöl aus größeren Tiefen zu erbohren und zum Brennen auf Lampen zu verwenden gelernt hatte, begann — um 1860 — eine Entwicklung, wie sie in der Geschichte der Industrie kaum ihresgleichen hat. Während man im Jahre 1859 im ganzen erst 260 Tonnen Petroleum gewann, stieg die Weltproduktion sprungweise so, daß sie im Jahre 1900 rund 20 000 000 Tonnen und 1911 rund 44 500 000 Tonnen Rohöl betrug, aus denen nahezu 10 000 000 Tonnen Leuchtöl erzeugt wurden, d. h. 12 500 000 000 Liter. Im ganzen sind seit 1859 an Rohpetroleum gewonnen worden über 570 000 000 Tonnen, und zwar in den vierzig Jahren bis 1899 zusammen rund 190 000 000 und in den zwölf Jahren 1900 bis 1911 gerade das Doppelte: 380 000 000 Tonnen. Rechnet man dazu, daß Unmengen von Petroleum aus Springquellen verloren gegangen oder verbrannt sind, so kann man vielleicht Sorge haben, daß der Petroleumschatz bald erschöpft sein wird. In Wirklichkeit aber macht alles zusammen nur einen verschwindend kleinen Teil des Erdinhalts aus. Nimmt man noch zehn weitere Jahre gleicher Produktion hinzu, so würde das bis dahin gewonnene Petroleum erst einen Rauminhalt von ungefähr einem Kubikkilometer ausfüllen. Da die Erde einen Inhalt von etwas über eine Billion Kubikkilometer hat (1 080 000 000 000 Kubikkilometer), so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wenn man die Verhältnisse auf einen schon recht stattlichen Globus von einem Kubikmeter Inhalt überträgt; dann würde die eben bezeichnete Gesamtpetroleummenge ein Tausendstel Kubikmillimeter betragen, also den tausendsten Teil eines Stecknadelknopfes, und auf dem Globus einen Fettfleck machen, den man mit bloßem Auge nicht erkennen kann. Man könnte danach tausend Jahre lang alljährlich mehr Petroleum schöpfen als in den letzten fünfzig Jahren zusammengenommen, ehe man von unserm Globus die Menge eines Stecknadelknopfes weggenommen hätte. Und wieviel würde gar zu einem Fingerhute voll gehören! Wir können also unbesorgt in die Zukunft blicken.

In der Tat ist ja erst ein winziger Teil der Erdoberfläche zur Petroleumgewinnung angebohrt. Das Petroleum kommt in allen fünf Erdteilen vor, und es gibt nur wenig Gebiete, in denen sein Vorhandensein nicht nachgewiesen wäre. Abgesehen von den Hauptfundstätten in Nordamerika und Rußland, wird das Erdöl bis jetzt in größeren Mengen nur in Rumänien, Galizien und Ostasien gewonnen. Das in Deutschland gewonnene Rohöl, das etwa ein Drittel Prozent der Weltproduktion beträgt, spielt für die Leuchtölerzeugung kaum eine Rolle. Aber da man aus dem Petroleum nicht nur Leuchtöl herstellt, sondern noch andre Produkte, die immer mehr an Wert gewinnen, so wird man sich überall in steigendem Maße der Rohölgewinnung hingeben, und das Leuchtöl, das darin enthalten ist, wird man weiter gewinnen, selbst wenn man es nur als ein Nebenerzeugnis betrachten sollte.

Das Rohöl ist nämlich ein Gemenge recht verschiedener Bestandteile von größerer und geringerer Schwere, von ganz flüchtigen Essenzen, schwerer ver-

Digitized by Google

dampfenden Oelen bis zum kristallisierenden Paraffin, dem zähen Asphalt und dem festen Koks, aus dem man Kohlenstifte für elektrische Bogenlampen macht. Um diese Bestandteile einzeln auszuscheiden, wird das Rohöl durch eine Reihe von Kesseln geleitet, die in verschiedenen Höhen aufgestellt und durch Rohre miteinander verbunden sind, so daß es immer von dem höher gelegenen in den tiefer gelegenen fließt. Jeder Kessel steht unter einer andern Temperatur, und zwar von 40 Grad Celsius bis 300 Grad und darüber. Zuerst verdampft der flüchtigste Bestandteil, das Rhigolin, das als Anästhesierungsmittel sowie zur Kälte- und Eiserzeugung verwendet wird. Dann kommen verschiedene Arten von Petroleumäther, die hauptsächlich als Lösungsmittel für organische Stoffe in der Technik verwendet werden. Darauf verdampft das Benzin, das gegenüber früher, wo es nur als Fleckwasser, als Lösungsmittel, wie Petroleumäther, zu medizinischen Zwecken und zur Leuchtgasbereitung benutzt wurde, eine ungeahnte Bedeutung durch die Explosionsmotoren gewonnen hat, mit denen es die Automobile und die lenkbaren Luftfahrzeuge möglich gemacht hat. Etwas unter und über dem Siedepunkte des Wassers scheiden sich die sog. Leichtöle aus, Ligroine und Petroleumspirit oder künstliches Terpentinöl, die zu verschiedenen Löse- und Putzzwecken gebraucht werden. Erst zwischen 150 und 300 Grad Celsius siedet das Leuchtöl in verschiedenen Sorten über. Bei noch höherer Temperatur werden dann noch Schmieröle, die für die heutige Maschinentechnik von steigender Bedeutung geworden sind, und Paraffinöle gewonnen. Auch die bekannte Vaselinsalbe wird danach aus manchen Petroleumsorten erzeugt. Die in den einzelnen Kesseln entstehenden Oeldämpfe entweichen in Schlangenrohre, in denen sie gekühlt werden. Nach der Kühlung werden sie mit Schwefelsäure, Natronlauge und Wasser gereinigt. Die nach Abschluß der Destillation übrig bleibenden Rückstände werden als Heizöl verwendet, das auf verschiedenen Gebieten immer mehr die Kohle verdrängt.

Die Zusammensetzung der Rohöle, die Beschaffenheit ihrer einzelnen Bestandteile und ihr Wert sind sehr verschieden. Was eben in groben Umrissen von der Verarbeitung erwähnt wurde, läßt natürlich diese für die Industrie und den Handel sehr wichtige Verschiedenheit unberücksichtigt.

Welche Riesenkapitalien in der Gewinnung, der Verarbeitung und dem Handel des Erdöls angelegt sind, was für ein Aufwand an Menschen und Arbeit in dem über die ganze Erde verzweigten Betriebe erforderlich ist, ehe das Oel in der Lampe brennt, der Flieger seinen Motor füllt, der Maler seine Palette, der Buchdrucker seine Lettern, der Tischler seine Möbel reinigt, der Arbeiter seine Maschine schmiert und der Kranke seine Wunden einreibt, davon kann man sich schwer einen Begriff machen.

Zuerst mußten ungezählte Millionen für den Erwerb der ölhaltigen Ländereien ausgegeben werden. Hier ist mancher ahnungslose Besitzer über Nacht ein reicher Mann geworden. Wo sich das Oelvorkommen nicht von selbst verriet, wo man es erst in abgelegenen unwirtlichen Gegenden entdecken wollte, mußten kostspielige Untersuchungsreisen unternommen werden, wie in jüngster

Digitized by Google

Zeit nach Mexiko, Mesopotamien und in das Innere von Afrika. Dann beginnt das Bohren, das oft mehr als tausend Meter tief geht. Eine einzige Bohranlage kann bis zu einer halben Million Mark und darüber kosten, und manches Oelfeld ist mit einem ganzen Wald von Bohrtürmen bedeckt. Die Herstellung, Heranschaffung, Aufstellung und Bedienung dieser Anlagen setzt allein schon ein ganzes Heer von Menschen in Bewegung. Das geförderte Oel muß gesammelt und in die Destillationskessel geleitet werden. Zu diesem Zwecke sind die einzelnen Brunnen durch ein ganzes Netz von Rohrleitungen mit der Raffinerie verbunden. Ursprünglich wurde von den entfernteren Gruben das Oel in Fässern nach der Raffinerie geschafft, jetzt gibt es nicht nur für die Beförderung des Rohöls, sondern auch der verschiedenen Raffinaden die sog. Pipelines, Rohrleitungen, die oft Hunderte und Tausende von Kilometern weit führen zu den Hafenstädten, wo das Oel in große eiserne Behälter, Tanks, oder unmittelbar in die Schiffe geleitet wird, und zu den Hauptplätzen, von wo es an die Verbrauchsstellen weitergesandt wird. Für den Seetransport von Petroleum werden mächtige Dampf- oder Motorschiffe verwendet, deren Rumpf durch Längs- und Querschotten in einzelne Behälter geteilt ist, die zur Aufnahme des Oeles dienen. Auf den Flüssen wird das Petroleum in kleineren Tankschiffen, auf der Bahn in Eisenbahnkesselwagen verfrachtet. Es wird sodann an den einzelnen Vertriebsstätten, die sich in den Kulturländern an jedem größeren Orte befinden, in Tankanlagen aufbewahrt, von wo es dem Kleinhandel in Straßentankwagen oder in Fässern zugeführt wird. In die weniger kultivierten Länder wird es in kleineren Blechkisten, von denen zwei zu je fünfzehn Liter Inhalt in eine Holzkiste gepackt werden, gebracht, und so bis zum entferntesten Dorfe im Inneren getragen. Diese Versorgung der ganzen Erde mit dem oft aus weiter Entfernung kommenden Lichte setzt Milliarden an Werten in Beförderungsmitteln, Gefäßen, Frachten und Löhnen um.

Es ist klar, daß ein so umfangreiches und kostspieliges Geschäft nur von Gesellschaften mit sehr großen Kapitalien betrieben werden kann. Dabei hat die Notwendigkeit, sich bei kleineren Mitteln auf ein bestimmtes Gebiet zu beschränken, zu einer natürlichen Arbeitsteilung, und die Möglichkeit, das Risiko zu verteilen und um so größeren Gewinn zu machen, je mehr Gebiete beherrscht werden, zu einer weitgehenden Zusammenfassung aller Geschäftszweige geführt. Es gibt Gesellschaften, die sich nur mit der Gewinnung des Rohöls abgeben, andre, die nur raffinieren, ferner Transportgesellschaften, Lagergesellschaften, Gesellschaften des Großhandels und solche des Kleinhandels. Eine zweite Gruppe von Gesellschaften besteht aus solchen, die mehrere Betriebe umfassen, ja für einzelne Länder sogar für alle Betriebe eingerichtet sind. Eine Gruppe für sich bildet die Standard Oil Co., deren Organisation sich über die ganze Erde erstreckt und an allem beteiligt ist, was mit dem Petroleumgeschäft zusammenhängt. In Europa, abgesehen von den Petroleumproduktionsländern, hat diese einen natürlichen Vorsprung vor allen andern Gesellschaften gehabt. Nicht nur, daß in Amerika das Petroleumgeschäft schon kräftig entwickelt war, ehe man es in

Digitized by Google

Rußland und Rumänien in größerem Umfange aufnahm, war auch das amerikanische Oel zuerst besser als das europäische, ein Umstand, der noch nachwirkte, als kein Qualitätsunterschied mehr bestand; denn für das Brennen ist nicht nur das Oel, sondern auch die Lampe von Bedeutung, und die Amerikaner hatten allmählich Lampen eingeführt, die besser für ihr Oel als für andres eingerichtet waren. Da ferner eine größere Geldmacht hinter der amerikanischen Gesellschaft stand, so führte sie mit allen Mitteln amerikanischer Geschäftsübung ihr Oel in den einzelnen Ländern im Kampfe gegen die kleineren Gesellschaften ein, die immer unterliegen mußten, weil sie die Preiskämpfe nicht so lange aushalten konnten wie ihre mächtige Gegnerin. Sie mußten also entweder ihre Geschäfte aufgeben oder in irgendeiner Form einen Bund mit der amerikanischen Gesellschaft schließen. Nach solchem Siege wurden dann die Preise erhöht, so daß nicht nur die Kriegskosten wieder hereingebracht, sondern der Gewinn dauernd gesteigert wurde. War der Wettbewerb im Großhandel beseitigt, so fing man an, sich auch des Kleinhandels zu bemächtigen, um selbst den Verbraucher unmittelbar von sich abhängig zu machen.

Es ist ein märchenhaftes Stück der Entwicklung, der Entdeckungen und Erfindungen, Verbesserungen in der Technik und der Organisation, das sich auf diese Weise in unsern Tagen abgespielt hat. Herr Rockefeller, der Petroleumkönig und Hauptträger der Entwicklung, lebt noch und hatte als zweiundzwanzigjähriger Mann, als er sich dem Petroleum zuwandte, nichts außer Verstand und eine Energie, die vor keinem Mittel zurückschreckte, seine unstillbare Gier nach Geld und Macht zu befriedigen. Beides hat er in ungeahnter Weise gewonnen; er hat die Standard Oil Co. gegründet und zu einem Unternehmen ausgebaut, dessen Aktienkapital jetzt mit nahezu fünf Milliarden Mark bewertet wird, d. h. einer Summe, die größer ist als die von Frankreich an Deutschland gezahlte Kriegsentschädigung. Er gleicht einem Riesen, der sich von den kleineren Sterblichen genährt hat und über die Erde hingeschritten ist, Reichtümer aus dem Boden stampfend, aber auch alles zertretend, was sich ihm in den Weg zu stellen versuchte. Alles sollte ihm gehorchen und ihm tributpflichtig sein. So hat er Land auf Land erobert und die Erde mit einem aus Ketten gewebten Netze überzogen, dessen Maschen er immer enger und enger zieht. Wer freilich nicht nur auf die Erfolge sieht, sondern die Schleichwege betrachtet, auf denen sie erreicht wurden, der wird in dem Riesen keinen gewaltigen Helden erblicken, sondern verstehen, daß man ihn in Amerika allgemein mit einem Octopus (Riesentintenfisch) vergleicht, der ringsum das Wasser trübt und so seine Opfer fängt. Was nutzen ihm gegenüber alle Theorien von Handels- und Gewerbefreiheit! Wenn sein Traum — und es ist nicht der Traum eines vergänglichen Mannes, sondern der Riese lebt in seiner lebendigen Schöpfung weiter — in Erfüllung ginge, durch die Macht seines Geldes und seiner Organisation auf der ganzen Erde der einzige zu sein, der das Oel von der Quelle bis zur Lampe beherrscht, dann kommt ihm kein Kaiser an Macht und Reichtum gleich. Nicht ein Volk nur, die ganze Menschheit muß ihm Steuern zahlen. Selbst sein

Digitized by Google

Heimatland, das sonst so stolz auf diesen Sproß echt amerikanischen Lebens sein kann, hat die Gefahr erkannt und versucht, ihm durch Gesetzesvorschriften die Simsonlocken zu beschneiden. Aber man hat nur die Perücke beschnitten; an die Wurzeln der Kraft ist man nicht herangekommen. Sie haben sich auch in die einzelnen Länder schon so fest gesenkt, daß jedes Volk für sich auf der Hut sein muß.

So will jetzt das Deutsche Reich den Petroleumhandel als Monopol selbst in die Hand nehmen, weil alle Bemühungen von Privatgesellschaften, in einen wirksamen Wettbewerb mit der Standard Oil Co. zu treten, gescheitert sind; diese Frage beschäftigt gegenwärtig ganz Deutschland — aber auch Amerika — in hohem Maße. In der Presse wird das Für und Wider sehr lebhaft besprochen, und dabei wird vielfach übersehen, daß zurzeit schon ein tatsächliches Monopol besteht, allerdings kein deutsches, sondern ein amerikanisches. Statt der amerikanischen soll nun eine deutsche, unter Reichsaufsicht stehende Gesellschaft das Verkaufsmonopol erhalten, und es sollten meines Erachtens, nachdem von maßgebender Seite festgestellt ist, daß Qualität und Quantität des Petroleums ausreicht, um ein Verkaufsmonopol zu etablieren, alle Streitfragen schweigen. Denn wer Gelegenheit gehabt hat, einen Einblick zu tun in den großen Schaden, den das deutsche Volk unter der brutalen Herrschaft der Standard Oil Co. erlitten hat und sicherlich weiter erleiden würde, der kann den Gedanken nicht freudig genug begrüßen, daß nun endlich durch das Vorgehen der Regierung dem jeden freien Handel unterdrückenden Kampf ein Ende gemacht und sogar dem Reiche — anstatt Einbuße — eine schöne Einnahmequelle — ohne irgendwelche Lasten — geschaffen werden soll.

Da in der Presse die Meinung ausgesprochen wurde, daß die ganze Frage am besten aufgehellt werde, wenn in der Oeffentlichkeit die Stimmen Unbeteiligter und nicht derjenigen von Interessenten und Gegeninteressenten zu Worte kämen, so habe auch ich das Wort ergriffen, und glaube mich hierfür aus dem Grunde berechtigt, weil ich während meiner Tätigkeit an der Kaiserlich Deutschen Gesandtschaft in Bukarest, der ich als Legationsrat angehörte, mich eingehend mit der Petroleumfrage beschäftigt und speziell die deutschen Interessen in der rumänischen Petroleumindustrie bearbeitet habe. Ich habe die Petroleumgebiete besucht und bin dank der liebenswürdigen Führung der Direktoren der verschiedenen Gesellschaften mit allen Einrichtungen bekannt gemacht und mit statistischem Material in ausgiebiger Menge versehen worden.

An der Spitze aller in Rumänien arbeitenden Gesellschaften stehen die deutschen. An erster Stelle die Deutsche Bank, nicht nur hinsichtlich des investierten Kapitals, sondern auch in bezug auf Produktion und Export.

Gerade die Qualität und Quantität des rumänischen Petroleums (es soll dreimal so viel Petroleum vorhanden sein, als verarbeitet werden kann) hat in Verbindung mit den geschäftlichen Beziehungen, welche die der Deutschen Bank unterstellte Europäische Petroleum-Union (die einzige bedeutende, von den Amerikanern unabhängige Verkaufsorganisation für Leuchtöl und Gasöl in West-

Digitized by Google

europa) mit den Oelproduzenten Rußlands, Galiziens und den nicht zur Standard Oil Co. gehörigen amerikanischen Oelproduzenten unterhält, den Gedanken eines Petroleummonopols ermöglicht. Die unter Führung der Deutschen Bank stehende „Steaua Romana" ist das einzige rumänische Petroleumunternehmen, dessen Entwicklung auf dem europäischen Markt einen stets steigenden Einfluß ausübte. Sie ist neben der Standard Oil Co. die einzige geworden und bis jetzt auch geblieben, welche im europäischen Petroleumgeschäft die verzweigtesten und vielseitigsten Interessen genommen hat. Auch als Weltunternehmen verdient sie unmittelbar nach dem großen Konzern der Standard Oil Co. und Koninklijke Nederlandsche Petroleum-Maatschappij genannt zu werden.

Der ununterbrochenen Arbeit und Ausdauer der Deutschen Bank ist es daher in erster Linie zu danken, wenn es heute zu einem Monopol kommen kann, zu dessen Einführung die einschlagenden Verhältnisse geradezu drängen. Die Einführung des Monopols würde erreichen:

1. Befreiung von den Fesseln der Standard Oil Co., und durch Beseitigung dieses eines großen Volkes unwürdigen Zustandes einen großen moralischen Erfolg;
2. Nationalisierung des in fremden Händen befindlichen Monopols;
3. Eröffnung einer neuen Einnahmequelle für das Reich, ohne das deutsche Volk dadurch zu belasten;
4. Schutz des deutschen Kleinhandels, der durch den seitens der Amerikaner in Durchführung begriffenen Kannenbetrieb jetzt ebenso ausgeschaltet werden soll, wie der Großhandel bereits vernichtet worden ist; der Leuchtölverkauf bildete bisher für den Kleinhandel eine Einnahmequelle von rund 20 Millionen Mark.
5. Schutz gegen das Uebergewicht der Standard Oil Co., das sich u. a. daraus ergibt, daß eine Preiserhöhung ihres Leuchtöls nur um 1 Pfennig pro Liter dem deutschen Nationalwohlstand allein jährlich 10 Millionen Mark kosten würde.

Die Regierungsvorlage „Der Entwurf eines Gesetzes über den Verkehr mit Leuchtöl" hat in der dem Reichstage unterbreiteten Form im Herbste vorigen Jahres keine Annahme gefunden; sie ist einer Kommission zur weiteren Behandlung überwiesen worden. In der Tatsache der Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission liegt aber ein Beweis dafür, daß der Reichstag die hohe Bedeutung des projektierten Gesetzes nicht verkennt und sich mit dem Plane der Regierung im Prinzip einverstanden erklärt. Dieser Gedanke spiegelte sich als Grundton auch in den Reden aller Parteien wider — es war nur die Ausführungsform, an welcher Ausseßungen gemacht wurden.

Ob mit größeren oder kleineren Aenderungen — kurz, in welcher Fassung die Vorlage schließlich Gesetz wird, ist gleichgültig. Hauptsache ist, daß der enorme Vorteil, der ideell und materiell für Deutschland in der geplanten ausschließlichen Verkaufserlaubnis an eine zu bildende Betriebsgesellschaft liegt, bald zu dauerndem Nutzen wahrgenommen und gesetzlich fixiert wird. Vor allem

Digitized by Google

käme es daher darauf an, daß es im weiteren Fortgang der Verhandlungen gelingt, eine Organisationsform zu finden, welche die Durchführung des für die deutsche Volkswirtschaft so überaus wichtigen Planes ermöglicht.

Möchte daher das Gesetz in einer von der Kommission umgeänderten, aber dem Sinne des Entwurfes entsprechenden Form vom Reichstage angenommen werden und dadurch der Plan der Regierung zum Segen der Millionen deutscher Petroleumverbraucher und zum Wohle und Ansehen des deutschen Vaterlandes und der ganzen Kultur ausschlagen.

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus den Jahren 1852 und 1853

(Fortsetzung)

Petersburg, den 10. Februar 1853.

Aus Berliner Briefen höre ich, daß Du zwar ein eifriger Spaziergänger, aber immer noch kein Dienstuer bist. Das gibt mir den traurigen Beweis, daß es mit Deiner Herstellung immer noch nicht vorwärts will. Auch in andrer Beziehung ist es für Dich schmerzlich, da bei dem Vergeben so vieler Kavallerieregimenter doch wohl eines oder das andre Dir konveniert haben möchte, sofern Du die Idee, wieder in den praktischen Dienst zu treten, nicht wieder aufgegeben haben solltest? Aufrichtig gestanden, glaube ich, daß Du dazu, und nach dieser langen Hungerkur, fürs erste noch nicht die notwendigen, nachhaltigen Kräfte haben wirst, und daß Dein Körper für die unvermeidlichen Erkältungen noch nicht widerstandsfähig genug sein dürfte. Ueberlege also im Interesse der Deinigen doch recht genau, was Du zu tun beabsichtigst: es ist vielleicht eine Lebensfrage, und da kommt es auf ein Jahr früher oder später Kommandeur zu werden doch nicht an.

Was mich anbelangt, so wird der Zeitpunkt, wenn ich herankomme (sofern ich nicht etwa außer der Reihe befördert werde), auch gleichzeitig den Moment bezeichnen, wo ich einen Antrag zu formulieren beabsichtige, mich hier fortzunehmen, falls man die Absicht hat, der Armee in mir einen praktisch brauchbaren Offizier zu erhalten — es ist dann der letzte Termin.

Rochow kränkelt in Dresden und möchte den hiesigen Posten wohl gern mit Wien oder auch wohl mit Frankfurt a. M. vertauschen. Man schrieb auch bereits einmal hierher, daß man an Bismarck (!) für hier denke, falls R. wirklich nicht hierher zurückkehren wolle oder könne. Jetzt wieder heißt es, es müsse ein Militär sein, und die Großherzogin und Königin nennen sich Schack.[1]) Ich

[1]) General v. Schack, Kommandant von Mainz, später kommandierender General des IV. Armeekorps.

Digitized by Google

kenne ihn wenig; er soll gar kein Französisch sprechen! Das ist aber dann eine Unmöglichkeit. Denn wenn Nesselrode auch ein Deutscher ist, so ist er ein Greis — sein Nachfolger dürfte ein Russe sein. Ueberdem sind die andern Minister, der Hof und die Gesandten Frankreichs und Englands doch alles Personen, mit denen ein preußischer Gesandter in steter sprechender Verbindung bleiben muß. Nimm dazu Paskewitsch, Orloff usw. Schlecht sprechen geht, gar nicht oder zu schlecht, wie etwa Wrangel, geht aber nicht! Ich bin überzeugt, daß wenn man R. keinen andern Posten gibt und er die Wahl zwischen hier und nichts hat, daß er dann wiederkehren wird.

Ich bin zu blasiert über alles Ordenswesen, wenn es sich namentlich auf mich bezieht, daß ich Dich bitte, in der jetzt vorliegenden Johanniterfrage das für mich mitzutun, was Du für geeignet halten magst. Passend wäre es wohl, wenn den wirklichen Rittern zum Unterschied von den Ehrenrittern auch die frühere Dekoration mit der Krone und den goldenen Adlern wieder gegeben würde, statt des Bewußtseins in eigner Brust.

*

Peterhof, 25. Juni 1853.

Recht sehr freue ich mich, daß es Dir wieder besser geht und Du Dich selbst als wieder zusammengeflickt darstellst. Bist Du es auch momentan nur für einige Jahre, so wird der liebe Gott dann schon weiter helfen; vielleicht kräftigt sich Deine Natur während der Zeit auch ohne Kur bei vernünftigem Leben wieder. Nur wünschte ich, daß Du die Idee, Regimentskommandeur zu werden, aufgeben möchtest. Denn um einer solchen Stelle so vorzustehen, wie Du ihr vorstehen würdest, fürchte ich doch, daß Dein Körper, zurzeit wenigstens sicherlich, noch der nötigen Kraft und Widerstandsfähigkeit gegen Fatigen und die Einflüsse der Witterung entbehrt. So sehr ich Deinen Wunsch auch begreife und es Dir nachfühle, daß es Dich drängt, in andre, ja gerade in solche Verhältnisse zu treten, so stehst Du doch nicht allein in der Welt, und die Zukunft von Frau und Kind hängt so viel von Deinem körperlichen Zustande ab, daß ich Dich recht innig bitten möchte, recht reiflich zu überlegen, was Du tust.

Gestern ist hier die abschlägige Antwort auf das der Pforte gestellte Ultimatum angekommen — so wird also der Pruth überschritten und die Donaufürstentümer okkupiert werden.[1]) Die ganze Sache ist traurig. Einmal streitet

---

[1]) Kaiser Nikolaus hatte im März 1853 den Admiral Fürsten Mentschikoff zur Ueberreichung eines Ultimatums nach Konstantinopel entsandt, in dem gefordert war, daß dem Kaiser das Protektorat über die griechischen Christen in der Türkei eingeräumt und der Ferman zugunsten Frankreichs bezüglich der heiligen Stätten zurückgenommen werde. Die Pforte lehnte das Ultimatum ab. Am 2. Juli überschritten russische Truppen ohne vorherige Kriegserklärung den Pruth und setzten sich in Besitz der Donaufürstentümer. Die Pforte beschränkte sich zunächst, dem Rate der übrigen Großmächte folgend, auf einen Protest, und erst als dieser, mehrfach wiederholt, wirkungslos geblieben, erklärte sie im Oktober an Rußland den Krieg. England hatte von vornherein durch Lord Redcliffe gegen die russischen Forderungen in der Türkei Propaganda gemacht.

Digitized by Google

man sich um des Kaisers Bart, dann hat Rußland die ganze Sache doch vom Zaun gebrochen und sie den Großmächten gegenüber nicht eben recht offen und loyal geführt, England aber sich ganz töricht aventuriert, und so haben sich beide festgefahren und tragen gemeinschaftlich die Verantwortung, wenn daraus ein europäischer Krieg entsteht. Ich glaube zwar noch nicht daran, doch liegt er gar sehr im Bereich der Möglichkeit. Sehr mißtrauisch bin ich in bezug auf L. Napoleon. Ich traue seiner Allianz mit England nicht und möchte glauben, daß er diese Gelegenheit ergreifen wird, um England sich allein in Verlegenheiten stürzen zu lassen, und dann selbst davon gegen England oder Belgien profitieren wird. Oder er versucht einen großen Schlag und bietet dem Kaiser Nikolaus seine Hilfe gegen England an! Nie würde er eine so günstige Gelegenheit finden, sich diesen zu verpflichten und ihn sich zu gewinnen. Ja, der Kaiser würde nicht Legitimist genug sein, um diese Allianz zurückzuweisen. Für Preußen und Oesterreich scheint mir jetzt auch der entscheidende Moment gekommen zu sein, um aufzutreten. Stehen sie jetzt nicht zu Rußland, so dürfte die alte Allianz auch auf ewig zerrissen und eine französisch-russische festgestellt werden, nach der so viele Russen streben, teils um den Kontinent zu beherrschen, teils um Schutz gegen die gefürchteten englischen Flotten zu finden.

Auf Aufforderung Deines Vetters Otto schrieb ich ihm zwei ausführliche Briefe über die Lage der Dinge, wie sie mir hier erscheint — leider aber auf seinen Wunsch auch unter der Hand, so daß Henkel nichts davon weiß!

Heute nachmittag gehe ich zu den dreitägigen Feldmanövern ab, die alljährlich den Beginn des Lagers der Garden eröffnen, werde dabei auch meinen Geburtstag zubringen, worüber meine Damen natürlich sehr empört sind. Wirst Du den ganzen Sommer in Berlin bleiben? Geh ans Meer oder ins Gebirge, das wird Dir gut tun.

Eben bietet sich eine Gelegenheit für diesen Brief dar. Lebe wohl, grüße die Deinigen. Frau und Mutter grüßen bestens. Gott befohlen!

*

Peterhof, den 19. Juli 1853.

... Bereits vor längerer Zeit hatte ich mich an Gerlach mit der Anfrage gewendet, ob der König es mir nicht gestatten werde, zur russischen Operationsarmee abzugehen, sobald es zu einem wirklichen Kriege kommen sollte. Erst auf meine wiederholte Anfrage erhielt ich den hier folgenden Bescheid: „Was Ihre Anfrage anbelangt, ob Sie sich zur Armee begeben dürfen, sowie dieselbe die Donau überschreitet, so hat der König mir auf das bestimmteste befohlen, Ihnen zu sagen, daß er dies nicht gestatten könne. Nur wenn der Kaiser zur Armee geht, dürfen Sie ihn begleiten." So die Antwort ohne jegliche Motivierung, trotzdem ich natürlich auseinandergesetzt, warum ich das wünschen müsse.

Die persönlichen Wünsche in dieser Frage treten dabei um so mehr in den Hintergrund, da ich einesteils noch gar nicht an den Krieg glaube und anderseits nebenbei ein solcher Krieg mir viel weniger Gelegenheit zur eignen Auszeichnung bietet, als vielmehr die Aussicht in sich trägt, mit der Mehrzahl der

Digitized by Google

Kombattanten an Fieber u. dgl. liegen zu bleiben. Ich halte mein Erscheinen aber im Interesse meiner Stellung, im Interesse unsrer eignen Armee und in dem der gegenseitigen Beziehungen für nötig, wenn ich dabei natürlich auch gar nicht in Abrede stellen will, daß ich auch persönlich in meinen soldatischen Gefühlen dahin gezogen werde. Ich habe nun an Gerlach abermals geschrieben und lege dir hier eine Abschrift davon bei — unter Bitte um baldige Rückgabe — und bitte um Deine Auffassung in dieser Frage.

In Deinem Briefe sagst Du mir, ich habe meine Ansicht in bezug auf M.s Sendung geändert. Wenn Du Mentschikoff damit meinst, so hast Du ganz recht, und ich gestehe ein, daß ich ebenso wie das ganze hiesige diplomatische Korps, vielleicht wie alle Kabinette, düpiert worden bin. Ich habe geglaubt, wie der Kaiser es mir selbst gesagt, es handle sich nur um die Frage der heiligen Orte. Daß man das Weitere als notwendige und natürliche Folge jener Angelegenheit betrachten und hier so darstellen würde, habe ich allerdings nicht erwartet.

Meiner Ansicht nach ist der Kaiser trotzdem de bonne foi in dieser ganzen Angelegenheit, er hat sich die Sache einmal so eingeredet, glaubt sie nun und kennt die ganze Tragweite derselben ebensowenig genau wie die Vorgänge.[1]) Da er weder an eine Eroberung noch an eine Einmischung in die inneren türkischen Angelegenheiten denkt, so ist er gereizt, daß man seinen ursprünglichen Versicherungen nicht mehr traut und Hintergedanken bei ihm vermutet. Kommt es zum Kriege, so sieht er sich als dazu gezwungen an, und dann ist allerdings nicht abzusehen, was das Endresultat sein wird. Die ganze Geschichte ist vom hiesigen Kabinett schlecht, nicht recht loyal, und an Ort und Stelle von Mentschikoff selbst wohl mittelmäßig behandelt worden, das ist nicht abzuleugnen. Nesselrode hat der Sache wohl anfänglich zu sehr die Zügel schießen lassen, glaubend, er werde sie seinerzeit wohl noch zurechtziehen können, vielleicht auch, um einstweilen M. eine Schlappe erleiden zu lassen, da er gegen dessen Sendung war. Er wie der Kaiser haben sich stets sehr ungern mit orientalischen Fragen beschäftigt, ihren Einfluß in Stambul durch mittelmäßige Gesandten und durch die eigne Lauheit in der Flüchtlingsfrage 1849 eingebüßt. Das fühlte der Kaiser erst, als La Valette in Stambul Erfolge gegen ihn hatte — das sollte nun ebenso rasch wieder gewonnen werden wie bei Graf Leiningens[2]) Sendung —, so ward die ganze Geschichte weitergetrieben als nötig war, und in einzelnen Teilen allerdings sehr vom Zaun gebrauchen. M. konnte vor der Ankunft von Redcliffe die Geschichte nicht bewältigen, verließ das Schlachtfeld, nachdem er sich festgeritten hatte; die gekränkte Eitelkeit des Kaisers tat den Rest.

---

[1]) Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten, Band II, Seite 46 ff.

[2]) Oesterreich hatte Ende Januar den Grafen Leiningen als außerordentlichen Gesandten nach Konstantinopel geschickt mit der Forderung der Räumung Montenegros, Internierung österreichischer Flüchtlinge und besserer Behandlung der Christen in Bosnien. Die Pforte bewilligte nach anfänglichem Sträuben am 28. Februar alle Forderungen Oesterreichs.

Digitized by Google

Ist das Ganze von hier aus nicht geschickt geführt worden, so geschah dies von Redcliffes Seite noch viel schlechter. Er arbeitete für die Integrität der Türkei und die Autorität des Sultans in seinen Staaten. Durch nichts aber kann beides mehr gefährdet werden als durch einen Krieg mit seinem zweifelhaften Ausgange. Er wird also möglicherweise das Gegenteil von dem erreichen, was er ursprünglich anstrebte; abgesehen von dem, was ein dort unten begonnener Krieg in Europa noch alles nach sich ziehen kann und niemand ungelegener kommt als England selbst, das damit obendrein in eine französische Allianz gedrängt wird. — Hier wird man auch milder werden, wenn ein Teil der Truppen in den Donaufürstentümern erst das Fieber haben haben wird ...

Gott befohlen und wie immer.

*

Krasnoje Selo, den 1. August 1853.

Die Art Deines Briefes vom 19./21. Juli beunruhigt mich etwas über Deine Gesundheit, da er mich wesentlich in die Zeit vor Deiner Krankheit zurückversetzt hat. Ich will Dich um so weniger in eine abermalige Diskussion über denselben Gegenstand verflechten, da meine Auffassung desselben Dir so weh getan hat — nur über einige Punkte mußt du schon eine kleine Erläuterung hinnehmen.

1. Daß meine Stellung eine bedeutende und wichtige sein könnte, ist richtig, wenn die Persönlichkeiten andre wären, wenn die anteriora nicht existierten. So aber, wie die Verhältnisse liegen, hindert meine Anwesenheit in Petersburg nur etwa das gänzliche Zerreißen alter Gewohnheiten einerseits und hält andrerseits die Verbindung mit und das Interesse für unsre Armee — durch sie erst weiter. Das ist allerdings schon wichtig genug, doch liegt der Knoten weit mehr in der militärischen Richtung, als in den direkten Beziehungen beider Monarchen. Deshalb auch meine Bezeichnung „Repräsentant der Armee". Daß ich mich nicht als Abgesandter der Armee betrachten kann, verstand sich wohl von selbst. Ich muß aber dabei bleiben, daß ein mit der russischen Armee gemachter Feldzug hier auf meine Stellung zurückwirken würde. Deine Behauptung: „wenn man sich eine Stellung in drei Jahren nicht gemacht habe, werde man sie sich auch nicht durch einen Feldzug usw. machen," ist doch etwas gewagt, denn Umstände und neue Verhältnisse ändern oder befestigen vieles in der Welt und namentlich derartige Verhältnisse in diesem Lande.

2. Ich sagte, der König befiehlt — und ich gehorche! Das heißt mit andern Worten: Ich werde den Befehl ausführen, bis die Angelegenheit selbst erledigt sein wird, wenn es einmal sein muß! Warum aber soll ich gegen General Gerlach die ganze Frage nicht näher erörtern? Einmal ist er in vielen Dingen die Mittelsperson zwischen dem König und seinen Adjutanten, zweitens ist meine Sendung hierher durch ihn mir angeboten, durch ihn mir bestätigt worden, und drittens stehe ich persönlich so zu ihm, daß ich mit ihm räsonieren kann und darf! Aus diesem letzteren Grunde schien es mir nicht unbillig, wenn ich durch Gerlach auf eine Motivierung rechnete. Ich kann beim besten

Digitized by Google

Willen in meinem Benehmen auch keinen Grund zu einem Vorwurf finden, wenn ich von Gerlach eine Motivierung oder Belehrung meiner, also vielleicht unrichtigen, Auffassung erwartete.

3. Mein Gehorsam reicht so lange wie des Königs Befehl! Eine Bitte um Aenderung eines Befehls an den König zu richten, dessen eigner Adjutant ich doch einmal bin, ist zu keiner Zeit ein Unrecht gewesen! Der Termin, in dem die Bitte um Abberufung ausgesprochen wird, hat nichts gemein mit dem Ausharren in meiner angewiesenen Stellung noch mit dem Gehorsam, den man schuldig ist; denn solange die Entbindung nicht erfolgt, solange ist in den ursprünglichen Verhältnissen eine Aenderung nicht eingetreten. Der Moment kann taktvoll oder taktlos gewählt sein und kann dadurch einen Verweis hervorrufen; darin aber, daß man einer Stelle unter Umständen überhaupt enthoben zu sein wünscht, kann ein Unrecht nicht liegen. Die Allerhöchste Entscheidung wird dem Bittsteller ja auch hierin dann das weitere Verhalten vorschreiben.

4. Der Kaiser hat als Schiedsrichter in dieser ganzen Angelegenheit nichts zu tun; wohl aber liegt es in seiner Macht, zu erlauben oder zu verweigern und dadurch bei der endlichen Ausführung den Ausschlag zu geben. Hat der König erlaubt — und will der Kaiser nicht —, so ist es dann am König und nicht an mir, zu sagen, was weiter geschehen soll. Welche Antwort ich persönlich in einem solchen Moment dem Kaiser geben würde, hängt von der Lage der Dinge ab, keinesfalls aber würde ich der schließlichen Entscheidung meines Herrn irgendwie vorgreifen.

5. Gerlach schrieb in jenem Briefe allerdings ohne Angabe der Motive! Warum glaubst Du nicht, was ich Dir sage? Erst in einem späteren Briefe, den ich seitdem erhielt, sagte er: „Des Königs Gründe können Sie sich wohl denken." In einem noch späteren als Antwort auf den meinigen, Dir mitgeteilten, tritt er sogar meiner Ansicht bei.

6. Mein Verhältnis zum Kaiser hängt nicht von der Anwesenheit des Gesandten ab, es modifiziert sich aber in vieler Beziehung durch die Persönlichkeit des Gesandten, und ich bin deshalb doch keineswegs in der Stellung eines ersten Legationssekretärs. Ob ich am hiesigen Hoflager überhaupt bei Anwesenheit eines Gesandten nötig oder unnötig bin, gehört nicht hierher, weil es sich dabei gar nicht um den Gesandten, sondern um seine Person handelt. Bei Anwesenheit des Generals Rochow — persönlich genommen — verschwinde ich keineswegs, es wird aber über eine Menge von Dingen weniger mit mir gesprochen, als wenn er abwesend ist. Der Gesandte begleitet den Kaiser auch nicht auf Reisen. Der Kaiser, noch mehr die Kaiserin, haben ihn gerne, weil er ein Jabruder ist, sehen ihn viel, es wird also auch viel mit ihm abgesprochen, namentlich in politicis, was mir sonst wohl zufällt; deshalb bin ich auch abkömmlicher, wenn Rochow anwesend, weniger abkömmlich, wenn er abwesend ist.

7. Ich stelle eine sich in unsrer oder der diesseitigen Armee bildende Meinung keineswegs über die Befehle des Königs — ich trachte aber die Wege zu gehen, auf denen ich dem König mittelbar am meisten glaube nützen zu

Digitized by Google

können. Das spreche ich aus, halte es sogar für Pflicht, es zur Erwähnung zu bringen und kann darin, eben weil es nicht gefällt, eher etwas Antikes als etwas Modernes finden. Meine persönlichen „jugendlich chevaleresken Gefühle" stehen dabei erst in zweiter Reihe.

8. Du nennst mich ein Kind des Jahrhunderts — das bin ich allerdings! Du gehst in Deinen Betrachtungen auf F. W. I. und F. II. zurück, so himmelweit beide auch von F. W. IV. entfernt sind; — ich bitte dich, Dir die Handlungsweise von vielen Koryphäen unsrer Armee ins Gedächtnis zu rufen, die keine Kinder des Jahrhunderts waren und höher standen, als ich je stehen werde, und dabei sehr treue Diener ihres Königs und durchaus keine Schwachköpfe waren. Ich will mich damit nicht hinter ihren Fehlern verschanzen, sondern nur zeigen, daß meine Handlungsweise keine moderne ist. Ja, sie kann auch eine unrichtige sein — sie ist aber weder eine unrechte noch eine unmilitärische, so wie die Verhältnisse einmal liegen. Modern ist aber, weder befehlen noch Gehorsam erzwingen zu können, modern ist, nicht zu gehorchen, und modern ist es zum Beispiel, dem General Prittwitz daraus einen Vorwurf zu machen, daß er dem positiven Befehle seines Königs gehorcht hat . . .

Wenn Du vorher gewußt hast, daß aus der Frage der heiligen Orte mehr werden würde, als es anfänglich schien und auch vom hiesigen Kabinett versichert ward, so hast Du allerdings eine Sehergabe; denn damals wußten das Kaiser und Nesselrode wohl selbst kaum. Als in Petersburg die Nachricht von Graf Leiningens Sendung eintraf, war nach Wien über M.s Sendung noch nicht die mindeste Mitteilung gemacht worden, weder offiziell noch privatim, vielmehr, auf die Depesche über Leiningen fußend, sagte das russische Kabinett, es wolle Wien mit gleicher Offenheit entgegenkommen usw. und teilte M.s Aufträge mit. Graf Leiningen fand den russischen Geschäftsträger in Stambul ohne jegliche Instruktion; derselbe erhielt dergleichen auch erst am Tage vor der Abreise Leiningens — mit ihm zu gehen —, als dieser bereits seine Sachen ganz abgemacht hatte. Herr v. Ozeroff kam noch zu Leiningen, erhielt von diesem die Antwort, daß es ihm, trotzdem er fertig sei, ganz recht sein würde, wenn er seine Aufträge doch noch dem Fuad-Efendi mitteilen wolle. Das geschah! Auch dort erhielt Ozeroff die Antwort, daß alles bereits beendet sei, daß es dem Diwan aber lieb sei zu erfahren, wie das russische Kabinett die Frage ansehe. — Wie lange M.s Sendung vorher beschlossen war, kann ich allerdings nicht wissen, ich weiß aber, daß, wie gesagt, nach Wien die ersten Mitteilungen gemacht wurden, als Leiningens Abreise in Petersburg notifiziert ward. Das Resultat seiner Sendung aber war in Petersburg noch nicht bekannt, als M. abreiste. Das stellt aber nicht in Abrede, daß eben dies günstige Resultat für M. ausgedehntere Forderungen usw. nach sich gezogen hat. Er sollte und durfte nicht weniger brillant in Stambul abschließen als jener. Der Kaiser setzte die Wahl von M. gegen Nesselrode und Orloff durch. Eine Privatkorrespondenz zwischen dem Kaiser und M. blieb selbst dem Kanzler ein Geheimnis. Der Kanzler wie Orloff waren ganz gegen die weiteren Forde-

Digitized by Google

rungen über die heiligen Orte hinaus, und sprach sich Orloff in bezug auf das gewisse Protektorat selbst gegen mich sehr mißbilligend aus, als wie etwas ganz Unnötiges. Meyendorf war sehr niedergeschlagen. Genug, Du kannst Dich darauf verlassen, man streitet sich im Grunde genommen um des Kaisers Bart. Rußland ist unwahr gewesen, und England, dadurch gereizt, ebenso töricht wie 1828 gewesen, wo es der Pforte den Krieg durch denselben Redcliffe eingebrockt hat.

Die Verantwortung für einen europäischen Krieg auf sich zu nehmen, bleibt immer eine schwere Sache, wenn Du sie auch übernehmen willst. Ein europäischer Krieg ist allerdings wünschenswert; ebenso aber auch, daß da unten Ruhe ist, wenn es losgeht, und nicht, daß er sich von dort aus verbreite.

Ich danke Dir für Deinen Brief, Bertha für Deinen Glückwunsch, und wir alle grüßen Euch bestens.

Wie immer Dein

*

St. Petersburg, den 23. Dezember 1853.

Gestern erhielt ich Deinen Brief vom 8. d. Mts., danke bestens dafür und freue mich, daß es Dir und den Deinigen gut geht, daß Du Dich in Deinen jetzigen Verhältnissen gefällst.[1]) — Fast glaube ich, daß ich Dir diesmal auch sagen könnte: Du hast mich nicht verstanden, als ich vom Bügel und vom Sattel sprach. Ich stellte das nur fragend hin, weiter nichts. Was Deinen Ehrgeiz anbelangt, sofern er einmal seine Schwingen entfalten sollte, so vergiß dabei nicht zu sehr die Gefühle desjenigen, der nach der Sonne fliegen wollte oder ihr zu nahe kam! Deine Leistungen in der Epoche des 9. November hast Du nie für gut befunden mir näher darzulegen, trotzdem und eben deshalb bedauere ich mit Gerlach Deine Entfernung von Berlin und vermag Deine Ansicht darüber beim besten Willen nicht zu teilen. Doch darüber zu sprechen ist moutarde après dîner; nur bitten möchte ich Dich recht ernstlich, in der Behandlung Deines Regiments die Sachen möglichst einfach aufzufassen und abzuhandeln. Der Stoff ist gut, aber roh — verkenne seine Sphäre nicht.

Von mir ist weiter vorläufig nichts zu sagen als: Der Mohr hat seinen Dienst getan, der Mohr kann gehen!

Nun aber zu etwas Ernsterem.

Gestern bekam Rochow einen eigenhändigen Brief vom Ministerpräsidenten, der, im wesentlichen sehr besorgt über die jetzige Lage der Dinge sprechend, folgende Hauptpunkte enthält:

„1. Wir werden und können uns in der orientalischen Frage nicht von Oesterreich trennen.

2. Ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß Oesterreich bereits ein willenloser Staat ist, aus finanziellen und andern Rücksichten.

---

[1]) Manteuffel war im Oktober 1853 zum Kommandeur des in Düsseldorf stehenden Ulanenregiments Nr. 5 ernannt worden.

Digitized by Google

3. Ich zweifle nicht, daß Oesterreich in der zwölften Stunde, wenn ihm das Messer an die Kehle gesetzt wird, und das wird es, zu den Seemächten halten wird.

4. Es ist wohl kein Zweifel, daß Oesterreichs Agenten, wie Prokesch, Philippsberg und andre, den ganzen Kirchenstreit in Baden hervorriefen — daß uns ähnliches von ihnen bevorsteht."

Ich kann nicht leugnen, daß ich von diesen Auslassungen, die ich glaube größtenteils wörtlich wiedergegeben zu haben, sehr schmerzlich ergriffen bin, wenn ich den Passus ad 3 auch nur als eine Befürchtung betrachten kann. (Denn ich halte es für unmöglich, daß Franz Josef je feindlich gegen den Kaiser Nikolaus auftreten würde, obgleich die Stimmung in Wien ungemein antirussisch ist — Leute wie Buol und selbst Ficquelmont,[1]) der so lange hier war, sind in dieser Richtung sehr laut, höhere Militärs nicht zu vergessen.) Wollen die Seemächte aber die Neutralität der Kontinentalmächte (Oesterreich, Preußen) nicht zugeben, so ist der Krieg allerdings unvermeidlich und, so provoziert, meiner Idee nach auch ganz erwünscht und annehmbar. Die Frage aber, in welchem Lager die deutschen Fahnen wehen sollen oder werden, das ist der Punkt, der mich ängstigt, wenn ich M.s Aeußerungen ad 1 und ad 3 zusammenhalte.

Wie gesagt, ich kann es nicht fassen, daß Franz Josef die heilige Allianz jetzt schon und in dieser Frage verlassen könnte; es ist mir vollends unfaßlich, daß der König mit Oesterreich gemeinschaftlich im Verein mit den Seemächten Front gegen Rußland machen könnte; es betrübt mich tief, daß Manteuffel dies andeuten konnte — anders zu verstehen sind aber seine Aeußerungen nicht.

Es ist wahr, daß der Kaiser N. die Brandfackel angezündet hat, daß er die Gelegenheit vom Zaune gebrochen und, die Tragweite der ganzen Sache von Hause aus nicht übersehend, in die ganze Geschichte weiter hineinging, als er es durfte, als es ihm jetzt lieb ist. Wie England und Frankreich sich in der ganzen Frage benommen haben, liegt klar am Tage. Das sind Dinge, die nicht mehr rückgängig zu machen sind; ebensowenig ist es möglich, daß der Kaiser N. jetzt zurückzieht.

Die letzten Schritte Preußens und Oesterreichs sind bereits wenig verbindlich für Rußland und töricht obenein, da die Kollektivnote der vier Mächte nebst Protokoll und den Instruktionen an die betreffenden Gesandten so ist, daß, wenn die Pforte auch darauf eingehen sollte, Rußland es nicht kann.[2])

---

[1]) Graf Ficquelmont, 1848 österreichischer Ministerpräsident.

[2]) Das von den Vertretern der vier Mächte, England, Frankreich, Oesterreich und Preußen, in Wien unterzeichnete Konferenzprotokoll vom 5. Dezember 1853 erklärte die Existenz der Türkei in den ihr von den Traktaten zugewiesenen Grenzen für eine notwendige Bedingung des europäischen Gleichgewichts, durch den gegenwärtigen Krieg dürfe keinerlei Veränderung des Besitzstandes herbeigeführt werden. Eine Kollektivnote dieses Sinnes wurde an die Pforte und eine gleichlautende Instruktion an die Vertreter der vier Mächte in Konstantinopel erlassen.

Digitized by Google

Preußen und Oesterreich sind aber durch diesen gemeinschaftlichen Schritt mit Frankreich und England bereits mehr oder weniger gebunden; werden sie die Energie haben, sich im entscheidenden Momente wieder los zu machen? — In jenem Protokoll, was in Wien unterzeichnet ward, und in der bezüglichen Instruktion an die Gesandten in Stambul, von denen ich die des Franzosen und Wildenbruchs[1]) las, heißt es unter anderm: „daß man der Pforte dringend zur Unterhandlung mit Rußland raten sollte, vorausgesetzt, daß dieses in religiöser Beziehung nicht Forderungen stellen sollte, die die Pforte bereits abgeschlagen hätte, und daß man über die Räumung der Fürstentümer übereingekommen sei. Ferner, daß die Unterhandlungen an neutraler Stelle im Beisein der Repräsentanten der vier Großmächte geführt werden sollten."

Das aber heißt mit andern Worten: Rußland soll nachgeben und überdem wie ein Staat zweiter Klasse behandelt werden, dessen Angelegenheiten vor dem Forum der vier Großmächte reguliert werden, wie früher etwa die von Portugal, Holland und Dänemark. — Daß Rußland darauf nicht eingehen kann, versteht sich von selbst, deshalb war es mir auch unbegreiflich, wie Preußen und Oesterreich das Zeug mitunterzeichnen konnten, namentlich Preußen, das seit Beginn der ganzen Frage auf der russischen Seite stand. Wozu einen Alliierten verletzen, wenn man sich vorher sagen kann, daß es zu weiter nichts als zu einer feindlichen Gereiztheit führen muß? — Wenn die Oesterreicher sagen, man habe dadurch allein die Seemächte aus einer feindlichen in eine friedlichere Bahn gebracht, so ist das deshalb ganz albern, weil man sich vorher sagen mußte, daß es höchstens auf vier Wochen sein könne. Wenn Preußen sagt, es habe sich hierbei nicht von Oesterreich trennen können, so ist das ein klägliches Argument. Nein, die Angst ist es, die vorzugsweise in Wien und auch in Berlin vor einem Kriege die Köpfe benimmt.

Trotz der friedlicheren Bahn, in die die Seemächte soi-disant geführt worden sind, schreibt der Ministerpräsident gestern in telegraphischer chiffrierter Depesche an Rochow, daß die englisch-französische Flotte infolge des russischen Seesieges von Sinope[2]) Befehl erhalten habe, ins Schwarze Meer einzulaufen behufs einer feindlichen Demonstration gegen Rußland — man müßte also Rußland dringend raten, seine Flotte in die Häfen sofort zurückzuziehen! Solche Dinge glaubt man nur, wenn man sie gelesen hat.

Der Kaiser sagte sehr ruhig: „Ich werde es ihnen überlassen, den ersten Schuß zu tun."

Die Anker der heiligen Allianz liegen nur noch in Rußland. Reißen sich Oesterreich und Preußen davon jetzt los, so ist die Tendenz und die Kraft jener Allianz auch auf ewig gebrochen und nicht wiederherzustellen. Treten Oesterreich und Preußen in eine Allianz mit diesem Frankreich und mit diesem Eng-

[1]) v. Wildenbruch, preußischer Gesandter in Konstantinopel.
[2]) Am 30. November 1853.

Digitized by Google

3. Ich zweifle nicht, daß Oesterreich in der zwölften Stunde, wenn ihm das Messer an die Kehle gesetzt wird, und das wird es, zu den Seemächten halten wird.

4. Es ist wohl kein Zweifel, daß Oesterreichs Agenten, wie Prokesch, Philippsberg und andre, den ganzen Kirchenstreit in Baden hervorriefen — daß uns ähnliches von ihnen bevorsteht."

Ich kann nicht leugnen, daß ich von diesen Auslassungen, die ich glaube größtenteils wörtlich wiedergegeben zu haben, sehr schmerzlich ergriffen bin, wenn ich den Passus ad 3 auch nur als eine Befürchtung betrachten kann. (Denn ich halte es für unmöglich, daß Franz Josef je feindlich gegen den Kaiser Nikolaus auftreten würde, obgleich die Stimmung in Wien ungemein antirussisch ist — Leute wie Buol und selbst Ficquelmont,[1]) der so lange hier war, sind in dieser Richtung sehr laut, höhere Militärs nicht zu vergessen.) Wollen die Seemächte aber die Neutralität der Kontinentalmächte (Oesterreich, Preußen) nicht zugeben, so ist der Krieg allerdings unvermeidlich und, so provoziert, meiner Idee nach auch ganz erwünscht und annehmbar. Die Frage aber, in welchem Lager die deutschen Fahnen wehen sollen oder werden, das ist der Punkt, der mich ängstigt, wenn ich M.s Aeußerungen ad 1 und ad 3 zusammenhalte.

Wie gesagt, ich kann es nicht fassen, daß Franz Josef die heilige Allianz jetzt schon und in dieser Frage verlassen könnte; es ist mir vollends unfaßlich, daß der König mit Oesterreich gemeinschaftlich im Verein mit den Seemächten Front gegen Rußland machen könnte; es betrübt mich tief, daß Manteuffel dies andeuten konnte — anders zu verstehen sind aber seine Aeußerungen nicht.

Es ist wahr, daß der Kaiser N. die Brandfackel angezündet hat, daß er die Gelegenheit vom Zaune gebrochen und, die Tragweite der ganzen Sache von Hause aus nicht übersehend, in die ganze Geschichte weiter hineinging, als er es durfte, als es ihm jetzt lieb ist. Wie England und Frankreich sich in der ganzen Frage benommen haben, liegt klar am Tage. Das sind Dinge, die nicht mehr rückgängig zu machen sind; ebensowenig ist es möglich, daß der Kaiser N. jetzt zurückzieht.

Die letzten Schritte Preußens und Oesterreichs sind bereits wenig verbindlich für Rußland und töricht obenein, da die Kollektivnote der vier Mächte nebst Protokoll und den Instruktionen an die betreffenden Gesandten so ist, daß, wenn die Pforte auch darauf eingehen sollte, Rußland es nicht kann.[2])

---

[1]) Graf Ficquelmont, 1848 österreichischer Ministerpräsident.

[2]) Das von den Vertretern der vier Mächte, England, Frankreich, Oesterreich und Preußen, in Wien unterzeichnete Konferenzprotokoll vom 5. Dezember 1853 erklärte die Existenz der Türkei in den ihr von den Traktaten zugewiesenen Grenzen für eine notwendige Bedingung des europäischen Gleichgewichts, durch den gegenwärtigen Krieg dürfe keinerlei Veränderung des Besitzstandes herbeigeführt werden. Eine Kollektivnote dieses Sinnes wurde an die Pforte und eine gleichlautende Instruktion an die Vertreter der vier Mächte in Konstantinopel erlassen.

Digitized by Google

Preußen und Oesterreich sind aber durch diesen gemeinschaftlichen Schritt mit Frankreich und England bereits mehr oder weniger gebunden; werden sie die Energie haben, sich im entscheidenden Momente wieder los zu machen? — In jenem Protokoll, was in Wien unterzeichnet ward, und in der bezüglichen Instruktion an die Gesandten in Stambul, von denen ich die des Franzosen und Wildenbruchs[1]) las, heißt es unter anderm: „daß man der Pforte dringend zur Unterhandlung mit Rußland raten sollte, vorausgesetzt, daß dieses in religiöser Beziehung nicht Forderungen stellen sollte, die die Pforte bereits abgeschlagen hätte, und daß man über die Räumung der Fürstentümer übereingekommen sei. Ferner, daß die Unterhandlungen an neutraler Stelle im Beisein der Repräsentanten der vier Großmächte geführt werden sollten."

Das aber heißt mit andern Worten: Rußland soll nachgeben und überdem wie ein Staat zweiter Klasse behandelt werden, dessen Angelegenheiten vor dem Forum der vier Großmächte reguliert werden, wie früher etwa die von Portugal, Holland und Dänemark. — Daß Rußland darauf nicht eingehen kann, versteht sich von selbst, deshalb war es mir auch unbegreiflich, wie Preußen und Oesterreich das Zeug mitunterzeichnen konnten, namentlich Preußen, das seit Beginn der ganzen Frage auf der russischen Seite stand. Wozu einen Alliierten verletzen, wenn man sich vorher sagen kann, daß es zu weiter nichts als zu einer feindlichen Gereiztheit führen muß? — Wenn die Oesterreicher sagen, man habe dadurch allein die Seemächte aus einer feindlichen in eine friedlichere Bahn gebracht, so ist das deshalb ganz albern, weil man sich vorher sagen mußte, daß es höchstens auf vier Wochen sein könne. Wenn Preußen sagt, es habe sich hierbei nicht von Oesterreich trennen können, so ist das ein klägliches Argument. Nein, die Angst ist es, die vorzugsweise in Wien und auch in Berlin vor einem Kriege die Köpfe benimmt.

Trotz der friedlicheren Bahn, in die die Seemächte soi-disant geführt worden sind, schreibt der Ministerpräsident gestern in telegraphischer chiffrierter Depesche an Rochow, daß die englisch-französische Flotte infolge des russischen Seesieges von Sinope[2]) Befehl erhalten habe, ins Schwarze Meer einzulaufen behufs einer feindlichen Demonstration gegen Rußland — man müßte also Rußland dringend raten, seine Flotte in die Häfen sofort zurückzuziehen! Solche Dinge glaubt man nur, wenn man sie gelesen hat.

Der Kaiser sagte sehr ruhig: „Ich werde es ihnen überlassen, den ersten Schuß zu tun."

Die Anker der heiligen Allianz liegen nur noch in Rußland. Reißen sich Oesterreich und Preußen davon jetzt los, so ist die Tendenz und die Kraft jener Allianz auch auf ewig gebrochen und nicht wiederherzustellen. Treten Oesterreich und Preußen in eine Allianz mit diesem Frankreich und mit diesem Eng-

[1]) v. Wildenbruch, preußischer Gesandter in Konstantinopel.
[2]) Am 30. November 1853.

Digitized by Google

land, so sind sie prinzipiell verloren, und das ist doch wohl schlimmer als etwa in Aussicht stehender materieller Vorteil, der sich überdem doch nur auf momentane Erhaltung gegen die Revolution ausdehnen würde.

Einen Krieg gegen Frankreich und England halte ich unter den obwaltenden Umständen für Preußen und Oesterreich gar nicht einmal für so gefährlich, jedenfalls für weit ratsamer als eine Allianz mit jenen Ländern.

Ich schrieb Dir das alles, teils um meinem gepreßten Herzen Luft zu machen (die Gelegenheit bis Berlin ist sicher), teils um Dir Daten zu geben, falls Du Dich veranlaßt sehen solltest, Deinem Vetter zu schreiben. Ich fürchte, er steuert in falscher Bahn, und wenn ich in letzter Instanz Rußland gegenüber auch auf den König rechne, so kann doch bis dahin schon so viel verdorben sein, daß Preußen nicht mehr die Glorie hat, unverbrüchlich an der alten Allianz festgehalten zu haben.

Bertha und Elise grüßen Euch bestens, ich schließe mich dem für Deine Frau und die Kinder von ganzem Herzen an.

Wie immer Dein

(Fortsetzung folgt)

Ueber die zeitgenössischen französischen Dichterinnen

Von der

Herzogin v. Rohan (Paris)

Ein Versemacher, den seine maßlose Eitelkeit seelenblind gemacht zu haben schien, sprach eines Abends mit mir über das poetische Talent und sagte schließlich: „Ich bin der einzige Ueberlebende von mehreren Brüdern und Schwestern, und wie die vom Sturm ihrer Zweige und Blätter beraubte Eiche, an der nur noch ein kräftiger Ast sitzt, bin ich um so stärker, als der ganze früher verteilte Saft mich nährt und mir Lebenskraft zuführt; ich verkörpere in meiner Person die ganze Macht, den ganzen Geist, die ganze Intelligenz meines Geschlechtes, es bleibt nichts für die andern."

Dieser stolze Ausspruch machte Eindruck auf mich, und ich wandte ihn sofort an, freilich nicht auf den Sprecher, sondern auf die vergangenen Jahrhunderte, die ebenfalls Genies, Riesen der Poesie hervorbrachten, welche aufrecht stehen geblieben sind und mit einer Handbewegung den Weg durch die Jahrhunderte gewiesen haben.

Die gegenwärtige Zeit schneidet die Seitenäste nicht ab, sie unterstützt die Schwachen; wenn auch die Genies selten sind, so gedeihen doch die Talente, und niemals hat in Frankreich die Poesie üppiger geblüht als im gegenwärtigen Augenblick.

Die Erziehung des zwanzigsten Jahrhunderts entwickelt wie eine Treibhaus-

Digitized by Google

atmosphäre die weiblichen Temperamente und führt sie je nach ihren Fähigkeiten im Gefolge von Madame Curie den Wissenschaften zu oder zur Literatur, aus der sie, wie ich in einem Vortrag in der „Fémina" ausgeführt habe, nach dem Beispiel ihrer berühmten Vorgängerinnen Marceline Desbordes-Valmore und Delphine Gay — um nicht bis zu Clémence Isaure zurückzugehen — eine kräftige Nahrung für die Gaben ihrer Phantasie schöpfen.

„Wir haben in unsern Schubladen ganze Kilometer von lyrischen Gedichten," erzählte eines Tages witzig Herr de Haraucourt, der Konservator des Musée de Cluny und Präsident der Société des poètes français, bei der Eröffnung des „Salon poétique"; nun, unter diesen Kilometern sind viele Meter, die von weiblichen Talenten herrühren, und auf dem Parnaß wachsen betäubende Tuberosen, prächtige Rosen und stämmige Lorbeeren, die aus ihren Beeten hervorsprießen und deren Sträuße Freude, Entzücken, manchmal sogar Unruhe in die Seelen der Leser tragen.

Ich kenne viele den ganzen Tag über mit prosaischen Arbeiten beschäftigte Frauen, die sich am Abend über ihre täglichen Verdrießlichkeiten mit Verseschreiben trösten; sie singen von ihrer Traurigkeit, ihren Schmerzen und ihren Enttäuschungen, aber auch von den schönen goldenen Träumen, die die Seele über die Wirklichkeit hinaustragen und Glück spenden, wo man solches finden will. Ich will heute nur von den Sternen des Parnaß, von den Hauptüterinnen des heiligen Feuers sprechen; sie werden umkreist von Satelliten, die der Gegenstand einer weiteren Studie sein werden; unter diesen letzteren sind mehrere, die ein bemerkenswertes Talent verraten, aber man soll eine Frucht nicht pflücken, ehe sie reif ist, oder sie auch nur berühren, um ihre Frische nicht zu trüben.

Die Société des poètes français zählt sechsunddreißig Dichterinnen zu ihren ordentlichen und einundzwanzig zu ihren außerordentlichen Mitgliedern, darunter Jacques Trèves, die im vergangenen Jahr preisgekrönt wurde; ferner Anna Schneider, Fräulein Seguin, die von der Académie Française preisgekrönt worden ist, Blanche Jahnqué, deren „Chemins Solitaires" so außerordentlich glückliche Gedanken enthalten, Frau Maleteste, Jeannine Vadès, Frau de Villarson, die Verfasserin reizender Theaterstücke, die bei Frau Juliette Adam in ihrer entzückenden Abbaye de Gif im Departement Seine et Oise mit Erfolg aufgeführt worden sind. Dann Marguerite Comert, Fräulein Vignon, die für ein von jugendlicher Anmut erfülltes Buch — eine wahre Rosenknospe mit einem Flaum von Tau — mit dem spiritualistischen Preis ausgezeichnet worden ist.

Die Gräfin de Magallon, Andhrée Corthis, die uns Spanien und seine interessanten Infantinnen so lebensvoll geschildert hat, und Frau Georges de Montgomery pflegen mit Liebe die Kunst der Versdichtung.

Frau J. Birault läßt in einer Reihe von militärischen Gedichten die Etappen der Laufbahn ihres Großvaters, eines der Helden des ersten Kaiserreiches, an uns vorüberziehen; der epische Stoff ist mit Kraft und Begeisterung behandelt.

Emilie Feillet, Marthe Dupuy, Lya Berger, junge, von edler und reiner Begeisterung beseelte Dichterinnen, machen ihrer Kunst Ehre.

Digitized by Google

In früheren Zeiten beschützten in Frankreich der König und die vornehmen Herren die Schriftsteller und die Dichter; Pensionen sicherten ihnen ein sorgenloses Alter, freigebige Schenkungen kamen den Anfängern zu Hilfe und gestatteten dem Talent, vor Not geschützt zu schaffen. Die Stelle dieser Beihilfen vertreten gegenwärtig die Preise der Akademien und Gesellschaften; die Académie Française, das Komitee für den Preis der „Vie Heureuse", die Académie des Goncourt, die Société des gens de lettres, die Société des poètes français, die Kommission für den „Prix spiritualiste" verteilen jedes Jahr ansehnliche Beträge zur Förderung junger Talente.

Viele sind berufen, aber wenige sind auserwählt.

Wir wollen nun im blütenreichen Garten der Dichtkunst die vollerblühten Blumen pflücken und von den Frauen sprechen, die durch ihre Schöpfungen am meisten zu der reichen Ernte in der Welt des Ideals beigetragen haben.

Die Baronin de Baye, die drei Jahre lang Vizepräsidentin der Société des poètes français war, hat unter anderm folgende Werke veröffentlicht: „L'âme brûlante", „Grisailles et Pastels", „Heures Aimées" und „Le Voile Merveilleux".

Diese Sammlungen beweisen den Reichtum der poetischen Ader der Dichterin, die, an den goldnen Gestaden des Bosporus geboren, die Bilder Frankreichs in byzantinisches Kolorit zu tauchen weiß; sie bringt leidenschaftliche Gefühle mit einer vollkommenen Klarheit zum Ausdruck. Die sicherste parnassische Form herrscht in ihren Strophen und ihren Sonetten; eine würdige Schülerin Sully Prudhommes, läßt sie ihre Gedanken in strahlenden Lichtbündeln aufschießen.

Hier einige Verse aus ihrer

Invocation au Soleil.

Soleil, je te salue, ô divine étincelle
Debout, les bras tendus vers ton globe vermeil!
Viens, épands sur mon cœur ton grand cœur qui ruisselle,
Soleil! J'invoquerai ta splendeur, ô Soleil.

Au poète exalté par ta royale flamme,
Prête quelques rayons d'extase, ô Majesté!
Afin qu'un Idéal fier embrase son âme,
Et l'emporte vivant dans l'Immortalité!

. . . . . .

Et quand sur mon front las l'ombre crépusculaire
Posera les frissons du terrible sommeil,
Que ton rouge flambeau me réchauffe et m'éclaire
Jusqu'aux pieds du Soleil éternel, ô soleil!

Die Baronin de Brimont, die würdige Nichte Lamartines, schreibt geschmackvolle Elegien. Alice Clerc ist die Verfasserin eines Buches mit dem Titel „Cendres de Rêve"; auf dem Umschlag ist eine Frau in Trauerkleidung zu sehen, von deren Persönlichkeit eine tiefe Melancholie ausgeht, sie hält die Asche ihres Herzens in den Händen. Die Dichterin hat zwanzig Jahre in der Bretagne

Digitized by Google

gelebt, sie hat sich dort für das Land begeistert, und die Geisterstimmen, das sterbende Jahr, alles, was sich entblättert, bietet ihr Stoff für ihre Dichtungen. Der Woge ruft sie zu:

Si j'étais la vague aux clartés d'opale
Qu'éveille un baiser d'aube frais et pâle,
La vague d'azur,

Qui trace à midi sur la chaude grève
Les grands anneaux bleus de son divine rêve
Où luit le ciel pur,

Je t'enlacerais d'exquises étreintes,
Dont tu garderais les folles empreintes
Sur ton sable fin.

Et je mêlerais aux rives fleuries
Tous les feux changeants de mes pierreries,
Pour te plaire enfin!

Frau Alphonse Daudet sieht die Menschen, die Gegenden, die Dinge sehr eigenartig und reizvoll. Ihre Verse sind kleine Bilder, die zum Herzen dringen, sich darin festsetzen und es entzücken. Sie hat den Geist des Finistère und die Charaktereigenschaften seiner Bewohner vorzüglich erfaßt. In „Ame Simple" sagt sie bei der Schilderung eines in Paris dienenden bretonischen Bauernmädchens:

La pauvre paysanne en place dans Paris
Est entrée dans l'église à l'heure de l'office
Raconter son exil avec son sacrifice
Et cet étrange mal qu'on dit mal du pays,
Qui nous étreint le cœur comme dans un cilice.
Sans chaise ni prie-dieu, les bras tendus et droits
Vers son Sauveur qui l'aime à cause de sa peine,
Tour à tour enviant Marie ou Madeleine,
Elle fait sans fléchir son long chemin de croix,
Les genoux ramassés sous sa jupe de laine.
. . . . . .

France Darget ist ein Wunderkind; mit zwölf Jahren schrieb und veröffentlichte sie ihre ersten Verse und gewann damit den Beifall François Coppées, der ihre entzückende Bilder enthaltenden „Matinales" unter seinen Schutz nahm.

Frau Auguste Dorchain läßt ihre Muse tieflyrische Töne anschlagen; sie hat auch durch die Fühlung mit dem Talent ihres Gatten nichts von ihrer Originalität verloren; jede dieser beiden in einer rührenden Liebe verschmolzenen Seelen hat ihre besondere Eigenart behalten. Frau A. Dorchains Talent zeigt einen ausgesprochenen klassischen Zug. In „Marche" überrascht die Fülle der Gedanken und die männliche Kraft des Ausdrucks. Sie hat den Schreibtisch in Gebrauch, an dem einst Corneille den „Cid" gedichtet; dieses kostbare Möbel

Digitized by Google

war eines ihrer Hochzeitsgeschenke. Sie preist die schützende Liebe, die stolze Liebe, die wächst, statt schwach zu werden, und die Fähigkeiten hebt:

Amour, ô toi l'acier, qui protège et qui blinde,
A toi tout se rapporte, en toi rien ne se scinde,
Garde, exalte, soutiens, conduis tes deux lutteurs!
Nous t'avons appelé de ces saintes hauteurs.

Die Baronin Maurice Fanqueux offenbart sich in einem ihrer Werke, „Le rêve intense", als eine Dichterin von starker Leidenschaft; sie versetzt uns in die Unendlichkeit, indem sie uns mit wechselnden Eindrücken erfüllt.

Judith Gautier hat, nachdem sie viele Werke, eines immer interessanter als das andre, veröffentlicht und Uebertragungen aus den besten chinesischen Dichtern ins Französische unter dem anmutigen Titel „Jade" herausgegeben hat, vor kurzem endlich ihre eignen Gedichte erscheinen lassen und uns mit diesen bewiesen, daß wie bei ihrem berühmten Vater Theophile Gautier ihre Poesie auf der Höhe ihrer Prosa steht.

In ihrer Sammlung der historischen kleinen Stücke über die Hochzeit der Anna von Bretagne, „Diane chez Vénus" usw., die uns so anmutvoll über die mythologischen Gewässer und die mittelalterlichen Teiche dahin trägt, ruft sie den Sohn des Frühlings folgendermaßen an:

Theu Sounu! Fils du Printemps! tes fleurs à peine écloses
S'effeuillèrent au vent d'un orage brutal
Qui brisa d'un seul coup les espoirs et les roses,
Fit crouler les palais de laque et de santal.
Ton pays déchiré, ta race désunie
Le matin de la vie eclaboussé de sang
A tes pieds le dragon tordant son agonie ...

Ainsi s'ouvrit ton règne, O Prince adolescent!

Judith Gautier hat mit Pierre Loti gemeinsam „Le Fils du Ciel" verfaßt; dieses Stück ist kürzlich in der denkbar glänzendsten Ausstattung in Neuyork aufgeführt worden.

Daniel Lesueur erweist sich in der Poesie als vollendete Meisterin. Die Klarheit, die Durchsichtigkeit, der gewählte Ausdruck verleihen jeder ihrer Strophen den Wert eines ganzen Gedichtes. Die Dichterin steht mit ihrer Lyrik in ausgesprochenem Gegensatz zu so vielen Autoren, die dichten, um nichts zu sagen, um lediglich das Ohr in harmonische Töne zu wiegen und jene strenge Kritik eines Prosaschriftstellers zu verdienen: „Die Dichtkunst ist ein Gefüge von zarten oder rauhen Tönen, die unzusammenhängende Gedanken wiedergeben.". Die Dichtungen Daniel Lesueurs sagen etwas, und zwar etwas Treffliches.

Rosemonde Gérard, sonst Frau Rostand genannt, ist eine Künstlerin, deren Stück „Bon petit diable" vor zwei Jahren ganz Paris bewunderte. Das Schloß Cambô hallt wider von den Echos ihrer Oden, die von ihrem Sohne und

Digitized by Google

Mitarbeiter Maurice Rostand gesammelt werden, der mit Recht auf das feine lyrische Talent seiner bezaubernden Mutter stolz ist.

Frau Lucie Faure-Goyau, die Tochter des Präsidenten der französischen Republik Felix Faure, weiß uns für Griechenland, Italien und alle Gegenden Frankreichs, die uns ihre Feder schildert, zu begeistern. In „Vie Nuancée“ wirkt jedes Wort, veranlaßt zum Nachdenken, läßt uns verstehen und würdigen; ob sie vom Heimchen zum Meer, von den jungen Mädchen zu den Blumen, von den Abenden in Versailles zur Trauer über Hellas übergeht, ob sie in ihren Liedern bei Lysidia, bei den Basreliefs von Athen oder bei den Grabschriften Theokrits verweilt, überall gibt sie als Gelehrte und als Christin den Empfindungen Ausdruck, die ihr Schönheitsgefühl ihr eingibt, und ihr umfassender, hochstehender religiöser Geist bringt uns die Hoffnung.

Was Frau Fernand Gregh schreibt, ist voll Anmut und Zartheit. Jane Guy ist der lebende Spiegel der Frauenseele mit ihren Wünschen und ihren Bitternissen, das fühlende Wesen, das leidet und das später, wenn die Gleichgültigkeit gekommen ist, sich das entschwundene Leid zurückwünscht. In „Parfums amers“, das einer Perlenschnur gleicht, kommt der Schmerz zum Ausdruck, den das Altern bereitet, nicht wegen des Aeußeren, das runzelig oder welk wird, sondern weil das Herz seine Frische verliert.

Die Gräfin Kapnist stammt von einer ganzen Reihe von Dichtern und Schriftstellern ab. Die von der Insel Zante gebürtige Dichterin hängt am Fuße der Akropolis ihren Phantasien nach, und das Buch ihrer Träume, „Promethée“, enthält kunstvoll gemeißelte, gehaltvolle Stanzen.

Frau Erlanger verbirgt unter dem männlichen Pseudonym Claude Lorrey eine zarte, fein empfindende Frauenseele. Ihr Buch „Stances, Sonnets et Chansons“ liefert einen interessanten Beweis für ein Talent, das sich ernstlich zu bilden sucht und nach Vervollkommnung strebt.

Frau Amélie Mesureur entnimmt ihre Stoffe der Welt des Kindes und läßt in „Les gestes d'enfants“ die Glocken von Venedig ertönen, deren Ton Bébé kennen lernen möchte, erzählt von dem ersten Freund der Kleinen, dem treuen Hunde, von Pierrot als Fischer, von den Zigeunern, den Ostereiern, den Chorknaben usw. Der Jugendhauch, der ihre Verse durchzieht, hat etwas Beruhigendes und Erquickendes; man weint und lacht zu gleicher Zeit, wenn man sich daran erinnert, wie süß alles ist, was sich an die erste Blütezeit des Lebens knüpft, wie viel mehr die Hoffnung bedeutet als die Wirklichkeit.

Frau Lucie Delarue-Mardrus ist eine junge Virtuosin ganz andrer Art. Ihre Werke sind berühmt. Eines davon, „Occident“, ein Meisterwerk, führt uns nach allen Richtungen in die Weite; wir reiten im Gefolge der Verfasserin durch die Welt, wir beugen uns über Abgründe, wir philosophieren und hören den Ruf an den Tod:

O toi la fiancée éternelle, et sans joues
Toi la promise à tous, l'amante qui permets
Que nous sortions enfin de nos infâmes boues
Et vers la vie, O mort, nous portes à jamais.

Digitized by Google

Frau Delarue-Mardrus verbindet mit der vollkommensten Form eine schöne Sprache, und eine ungewöhnlich tiefe Reflexion mit einer bemerkenswerten Kraft; sie besitzt nicht das feurige Ungestüm der Jugend, aber einen wirklichen, erstaunlichen Reichtum.

Unter den Initialen J. R. G. hat die Herzogin de la Roche-Guyon, eine Dichterin von zartem Empfinden, vier Bände veröffentlicht: „La Volière", „La Vie Sombre", eine Sammlung zehnzeiliger Strophen, „Les Langueurs charmées", „Les cœurs en larmes", reizvolle Rondeaus, deren Form wegen ihrer Schwierigkeit in unsrer Zeit wenig angewendet wird.

Allen Werken dieser edeln Dichterin ist eine melancholische Stimmung gemeinsam; das Leid, das sie selbst erfahren, hat ihr Empfinden vertieft und sie mitleidig gemacht. Mit einer Gefühlswärme, die das Herz des Lesers ergreift, betont sie die Gemeinschaft der auserwählten Seelen.

Pax

Ne troublez pas les nids, surtout ne touchez pas
A l'œuf de la couveuse et, lorsque sur sa branche
L'oiseau vient se poser, marchez à petits pas;
Laissez le ver filer dans sa cellule blanche,
Ne faites pas sombrer l'esquif sous le fardeau.
Aux yeux lassés du jour voilez bien le flambeau;
Laissez le cygne fuir vers un ciel sans tempête.
Les bourgeons printaniers ne les brisez jamais;
Saluez tout labeur, enfin vivez en paix
Et respectez toujours les rêves du poète.

Frau Catulle Mendès bringt in ihrem Buche „Les Charmes" alle holden Empfindungen des Lebens zum Ausdruck; diese Sammlung ist in drei Teile geteilt: „L'Attente au Jardin", „Le Bien promis", „Le Rêve alarmé"; ihre sehr lebendige, bilderreiche Darstellung gibt Ausschnitte aus dem Leben vortrefflich nach der Wirklichkeit wieder.

Frau Juana Richard Lesclide ist eine Dichterin, die eine Sonderstellung einnimmt. Sie stellt ihre Kunst sehr hoch; unbekannt mit dem Niedrigen und Kleinlichen im Leben der Menschheit, lernte sie von ihrem Gatten, der dreizehn Jahre lang an der Seite unsers unsterblichen Genies Victor Hugo lebte, daß man sich für das literarische Schaffen in den höchsten Regionen Kraft holen muß. Ihr Buch „Les fleurs sanglantes" flicht einen Kranz; wir geben hier einige Verse über das Heimweh daraus wieder:

Le bonheur a fleuri la maison du poète,
Mais le songe fut court et brutal le réveil!
J'étais l'oiseau joyeux qui chante l'âme en fête,
Un hymne délirant aux rayons du soleil.
Or, les jours radieux ont passé comme un rêve
En laissant derrière eux la ruine et le deuil,
Plus d'aurore en un ciel où le Regret se lève,
Où l'on peut dans la nuit sombrer sur quelque écueil.

Digitized by Google

Car nul n'est sûr d'atteindre à l'étape lointaine,
Le passage en ce monde étant d'un rude effort.
Quel feu peut te guider, ô ma voile incertaine?
Du fond d'un long exil j'ai crié vers la mort.

Die Gräfin Mathieu de Noailles, die die höchsten Gipfel des Erfolges erklommen hat, schreibt mit einer außerordentlichen Leichtigkeit; die Strophen entquellen ihrem Geiste, wie heiße, weiche Tropfen aus einem überkochenden Kessel niederfallen. Die rhythmischen und harmonischen Reime bilden ein glänzendes Kleid ihrer Gedanken. Sie korrigiert niemals etwas in dem, was sie schreibt, da sie ihre Gedankenflüge in ihrer ersten Niederschrift geben will.

Die Dichterin, eine geborene Prinzessin Brancovan, Rumänin von Geburt, aber erzogen an den Ufern der Seine, hat von ihren Vorfahren her etwas reizvoll Orientalisches in ihrem Wesen. „Le cœur innombrable", ihr erstes Buch, ist sehr fesselnd; nach diesem veröffentlichte sie „L'ombre des jours", dann „Eblouissements". Sie besingt die Natur, die Blumen, die Früchte und die Gemüse. Ihr junges, heidnisch empfindendes Herz betet zur Erde, unsrer Mutter, dem Frühling, den sie sehr hübsch „Le sublime dépouillé" nennt — den „Hüllenlosen", der sich bald mit Blütenwundern bekleiden wird und der seinen zahlreichen Verehrern die Hände voll Hoffnung entgegenstreckt.

„Jeunesse" ist eine der schönsten Perlen aus dem Rosenkranz ihrer Poesie und gehört zu den Gedichten, die beim Publikum die größte Beliebtheit genießen:

Pourtant tu t'en iras un jour de moi, Jeunesse!
Tu t'en iras tenant l'amour entre tes bras,
Je souffrirai, je pleurerai, tu t'en iras,
Jusqu'à ce que plus rien de toi ne m'apparaisse.

Hélène Picard ist die große Liebesdichterin unsrer Zeit; ihr „Instant Eternel" ist eine herrliche Anrufung der Liebe; wie eine Priesterin des Altertums läßt sie in bewegten Weisen die Klagelieder der Verlassenen ertönen:

Les femmes à l'amour

Tout nous parle de vous, amour fatal et beau,
Même le saint aspect d'un lis sur un tombeau,
Tout nous parle de vous, la ferveur, la paresse,
Et le printemps mouillé de pluie et de jeunesse.

Les sources qui s'en vont en robe de cristal
Et le visage en pleurs de l'arbre matinal,
La chaude nudité des roses sous les lampes,
Un peu de vent d'été qui reste sur nos tempes ...

Notre miroir, notre chanson, notre pitié,
Une grenade éblouissante en sa moitié,
La note fausse, émue, adorable, chérie
Qu'a dans les vieux faubourgs l'orgue de barbarie ...

C'est insensé! ... toute lumière, tout contour,
Tout silence, tout bruit, nous jette à vous, Amour!

Digitized by Google

Que nous ayons quinze ans ou trente, nous la femme
Nous avons soif et faim de vous par toute l'âme!

Frau de Régnier, geborene Hérédia, läßt ihre Romane unter dem Namen Gérard d'Houville erscheinen, ihre Gedichte zeichnet sie mit drei Sternen — eine sehr glückliche Signatur, denn ihre Verse sind leuchtend wie die Himmelskerzen. Diese köstlich sorgenlose Kreolin war der Abgott ihres Vaters. Dieser so wundervoll ziselierende Meister des Sonetts hatte für seine Tochter eine bewundernde Vorliebe. Als ihr Talent sich entfaltete, erklärte er im Kreise seiner Intimen, daß sie ihn übertreffen werde.

Wir lassen hier ihre „Psyché" folgen, ein Kleinod aus einer Sammlung, die bald aus den Schleiern des Geheimnisses hervor endlich ans Tageslicht treten wird.

Elle passe, sans bruit, dans la maison déserte
Tenant entre ses mains une lampe qui meurt;
Son voile safrané flotte dans la nuit verte
Y laissant le parfum nocturne d'une fleur.

Elle passe, sans bruit, dans la maison de songe
Son visage invisible est sans doute ingénu
Et sa jambe divine et longue et pâle allonge
Un pas prudent et froid, sur le dallage nu.

Parfois, son beau genou brille comme la lune
Ou son ventre entrevu sous le lin transparent
Ou bien, pour relever sa chevelure brune,
S'éclaire et s'arrondit un souple bras d'argent.

Sur l'étroitesse de son épaule polie,
De sa taille mouvante à son col étiré
L'écharpe aérienne enroule ou bien replie
La spirale d'un grand coquillage nacré!

Sa main, en protégeant la lueur faible et rose,
Se colore un moment d'un feu vermeil et pur,
Et comme un papillon sur une sombre rose
Les doigts illuminés cachent son sein obscur.

Elle presse, à présent, sa marche curieuse,
On ne voit plus briller la tremblante clarté
Qu'elle porte, et sa grâce errante et ténébreuse
Disparaît dans la nuit du palais enchanté.

Elle revient sans bruit, quand naît l'aube rosée,
Et son petit visage est pâle et plein d'effroi.
Son voile tremble et luit dans l'aurore irisée,
Et le dallage lisse à ses pieds nus est froid.

C'est qu'elle a vu dormir parmi les peaux de bêtes
Cruel, mystérieux et terrible, l'Amour,
Qui dans son poing crispé tenait ses flèches prêtes
Et semblait tout sanglant sous la lampe et le jour!

Digitized by Google

Elle a vu le sourire inhumain de sa bouche
Et sa fureur divine et son haineux désir
Et soudain a senti debout près de sa couche
Une invisible horreur brusquement la saisir.

Elle fuit en pleurant son étrange démence,
Son voile jaune s'enfle au vent du matin bleu
Et ses yeux sont remplis de la terreur immense
D'avoir vu cet amour ... qu'elle croyait un dieu.

Die Gräfin de la Mornière de la Rochecantin schildert die Anmut der Chinesinnen und die Atmosphäre, in der sie leben; sie sammelt auf ihren Reisen Aehren, und wir schätzen die Garben, die sie von dort mitbringt.

Die verwitwete Herzogin d'Uzès besingt die Haine, die Wälder, die keusche Jeanne d'Arc und das Vaterland.

Unter dem Pseudonym „Vega" läßt Frau de Wisme, eine lyrische Dichterin von großer Begabung, die Welt der Griechen vor uns erstehen, die sie zu ihren Gedichten begeistert. Ihr „Jardin des Hespérides", ein ausgesprochen klassisches Werk, ihre „Légendes et Chansons" und mehrere andre Bücher legten von einer überaus hochstrebenden Sinnesart Zeugnis ab. Es fehlt mir hier der Platz, um die charakteristischen Züge und feinen Qualitäten dieser Dichterin gebührend hervorzuheben.

Ich kann diese Studie nicht beschließen, ohne noch einen Augenblick bei dem Namen Hélène Vacaresco zu verweilen, jener hervorragenden rumänischen Dichterin, von deren Ruhm Paris seinen Anteil fordern darf, da sie die französische Sprache gewählt hat, um ihren leidenschaftlichen Wünschen, den wilden Klagen der Bauern ihrer Heimat, den Liebesempfindungen ihres Herzens Ausdruck zu geben. Sie findet unter uns eifrige Leser, begeisterte Bewunderer und ergebene Freunde und wird sie immer finden.

Volk und Staat[1]

Von

Kurt Riezler

Die Reihe jener überindividuellen Organismen, in welche eingegliedert der einzelne entsteht, sich bewegt und vergeht, führt über die Familie, den Familienverband, den Stamm zum Volk und scheint in ihm einen gewissen Abschluß zu finden.

Ein jeder gebraucht diesen Begriff des Volkes und steht doch, wenn er zu definieren unternimmt, vor einem tiefen Geheimnis. Das Wesen dieser leben-

[1]) Aus einem demnächst im Verlag von Georg Müller in München erscheinenden Buche: Kurt Riezler, „Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Prolegomena zu einer Theorie der Politik."

Digitized by Google

digen Einheit, Volk genannt, ist in dem, was eben diese Einheit ausmacht, rätselhaft wie alles Lebendige. Es ist zunächst nicht die Summe der Volksgenossen, nicht eine quantitative Einheit eines quantitativ Mannigfaltigen. Im politischen Kampfe werden wohl Forderungen erhoben, denen logischerweise eine solche Ansicht zugrunde gelegt werden müßte, aber diese Ansicht selbst kann ernsthaft nicht einmal von den Verfechtern solcher Forderungen aufgestellt werden. Es ist auch nicht nur eine qualitative Gleichheit eines numerisch Verschiedenen. Eine irgendwelche qualitative Gleichheit der Angehörigen desselben Volkes mag immerhin konstatiert werden, sie macht das Wesen des Volkes nicht aus. Auch die Gemeinsamkeit der Sprache, die Gleichheit der Rasse, die Zugehörigkeit zu einem Staate reichen nicht aus, den Begriff des Volkes zu bilden. Sie sind nur Attribute einer Zwecksetzung, und das eine oder das andre kann fehlen, ohne daß wir deshalb aufhören müßten, von einem Volke zu sprechen. Das Wesentliche liegt tiefer. Das Volk ist eine Ganzheit, die durch die Addition der Teile nicht aufgebaut werden kann. Diese Ganzheit ist die innere Gesetzlichkeit eines Organischen, deren Glied, nicht Teil jeder einzelne ist, das in jedem einzelnen mitgegeben, mitgeboren ist und seine Möglichkeiten begrenzt und bestimmt, das durch die Folge der Generationen, sich fortgesetzt entfaltend, hindurchgeht, wie das Leben des Baumes durch die Jahrgänge seiner Blätter. Das Volk ist von der Summe der Volksgenossen so weit verschieden, als der Baum von der Summe seiner Blätter. Es ist auch nicht in allen einzelnen zu gleichen Teilen, der eine kann mehr, der andre weniger Träger des Volkes sein. Nie liegt sein Wesen ganz in einem irgendwie greifbar Vorhandenen, in einer erreichten Erfüllung: es liegt immer in einer Zukunft, die es sucht, es ist in jedem Augenblick und ist doch in keinem ganz. Es gehört zum Wesen dieses Wesens, Ansatz zu sein und Aufgabe, wie der einzelne auch, und seine Ganzheit ist nur die Einheit eines Strebens nach einem Höheren. Es ist wie die rollende Woge, die der göttliche Sturmwind über das unendliche Meer treibt, die stets wachsend und höher sich türmend, kleinere Wellen und das leichte Gekräusel (und in allem stärker oder schwächer das gleiche Pathos des Windes) auf ihrem Rücken trägt, nur als Form durch die Materie hindurchgeht und nie in ihr verharrt, sich, zu hoch getürmt, schäumend überschlägt oder an einer Klippe bricht und doch unter dem Schaum wieder als die gleiche hervorrollt und hinter der Klippe sich wiederfindet. Wie der Sinn der Woge die ewige Sehnsucht, der stets nächste höher getürmte Augenblick ist, so ist auch der Sinn des Volkes das grenzenlose, sich fortpflanzende Streben. Der einzelne mag, eingedenk offenbaren Unvermögens und beschränkter Zeit, sich bescheiden. Wenn Völker nicht ewig sind, so dürfen sie doch glauben, es sein zu können, und alle Bescheidung ist für sie nur Aufschub. Sie kennen nicht, wie der einzelne, jene Notwendigkeit des Todes, die für diesen aus seiner Zugehörigkeit zu einer zeitlichen Reihe folgt, als deren Glied er entsteht und auch vergehen muß. Wenn auch alle Völker zugrunde gehen müssen, so hat diese Notwendigkeit einen andern Sinn und andre Gründe. Das Ziel ist unendlich, und vor ihm sind auch größte Möglichkeiten notwendig

Digitized by Google

begrenzt. Ist die Möglichkeit erfüllt, so ist kein Ziel erreicht und doch versiegt der Quell. Dann bestehen die Völker wohl noch fort, bis sie zerfallen oder aufgesogen werden von andern und in dem Zerfallenden neue Ansätze sich bilden. Der Idee nach aber will jedes Volk wachsen, sich ausdehnen, herrschen und unterwerfen ohne Ende, will immer fester sich zusammenfügen und immer weiteres sich angliedern, immer höhere Ganzheit werden, bis das All unter seiner Herrschaft ein Organisches geworden. Für jeden einzelnen ist sein Volk ein Weg zu Gott als zum All, den er, der zeitlich Beschränkte, nicht zu Ende gehen kann, der einzig richtige, der allein wahre Weg — und wenn die Völker aufhören, an sich als an diesen einzig wahren Weg zu glauben, so beginnen sie aufzuhören Völker zu sein.

*

Die Frage nach der Entstehung der Staaten ist viel behandelt worden. Wie die Geschichte zeigt, entstehen Staaten auf die verschiedenste Weise. Sie können organisch wachsen oder von außen her durch Gewalt und Zwecksetzung gegründet werden. Da der zweite Fall die Existenz andrer Staaten voraussetzt, kann er als Spezialfall außer acht gelassen werden. Die ersten Anfänge des Staates liegen in dem Augenblicke, als die erste überindividuelle Lebensform, also wohl die ursprünglichste und allgemeinste von allen, die mitgeborene der Familie gemeinsam nach außen zu handeln begann. Nur bildlich kann indes von solchen ersten Anfängen gesprochen werden: die Familie ist nicht später als der einzelne, und sie hat nicht zunächst bloß im Gefühl existiert und dann durch irgendeinen Zufall oder Entschluß gemeinsam zu handeln begonnen. Seiner Entstehung nach ist der Staat die Körperlichkeit der überindividuellen Lebensform und deshalb sind seine Keime überall in der Natur, in jeder Schwalbenfamilie und jedem Löwenpaar. Aber es wäre ein Mißbrauch des Terminus, in jeder Körperlichkeit einer überindividuellen Lebensform nicht nur einen Keim des Staates, sondern einen Staat zu sehen. Die Handbarkeit des Begriffes erfordert eine gewisse Größe und Komplexität dieser äußeren Organisation; wir sprechen von einer Schwalbenfamilie und einem Ameisenstaat, und bei den Menschen können wir den Staat erst bei der gemeinsamen Körperlichkeit von Familienverbänden beginnen lassen. Indes ist auch hier nicht zu entscheiden, ob der Staat früher ist als die betreffende Gemeinschaft. Er entsteht ebenso mit ihr, wie sie mit ihm. Denn diese Gemeinschaft ist ja ihrer Idee nach nichts andres als ein in Aktion und Reaktion gegen eine unendliche Umwelt sich entfaltendes Organisches und setzt mithin eine gewisse Körperlichkeit voraus, welche, wenn noch nicht Staat, doch der Keim eines solchen ist. An und für sich liegen in jeder Körperlichkeit einer überindividuellen Gemeinschaft Ansätze des Staates, wobei es zunächst gleich gilt, ob diese überindividuelle Gemeinschaft durch Bande des Blutes, gemeinsame Interessen oder die Gewalt eines einzelnen, um den sie sich aus Furcht gruppiert, zusammengehalten wird. Der Inhalt dieser Körperlichkeit ist zunächst immer die Gewalt, als Aktionsfähigkeit nach außen und primitivstes Mittel des Zusammenhaltes im Innern. Es scheint, als könne

Digitized by Google

diese Körperlichkeit eines Organischen in einer Größe und Intensität, welche die Benennung Staat rechtfertigt, nur durch Blutvergießen, Grausamkeit und Unterdrückung zustande kommen, indem nämlich in jeder Körperlichkeit eines Ueberindividuellen ein Ansatz zum Staate liegt, und erst nach langem Ringen der verschiedenen Ansätze miteinander einer dieser durch Gewalt die Oberhand erringt und durch Angliederung, Einverleibung, Unterwerfung der andern aus einem Keim des Staates zum Staate wird.

Diese Körperlichkeit erscheint nun in dem Gerippe von Einrichtungen, welche den Kampf nach außen ermöglichen und den Zusammenhalt im Innern sichern. Nach außen ist diese Körperlichkeit wie beim Menschen Apparat und Instrument, nach innen als Recht- oder Machtverteilung, Organisation.

Diese Körperlichkeit, welche Staat heißt, ist ohne Beziehung auf irgendwelche überindividuelle Lebensform nicht denkbar. Ohne diese als ihren lebendigen Inhalt ist sie nicht einmal Körper, sondern schlechterdings nichts. Diese überindividuelle Lebensform nun kann von sehr verschiedener Art und Intensität sein. Sie kann wie in der Tyrannis nur ein einzelner und seine Söldlinge, also nichts weiter als eine durch Gestalt geschaffene und erhaltene Interessengemeinschaft sein oder die innere Gemeinschaft eines im tiefsten Sinn Organischen. Der Staat als eine Körperlichkeit bedarf einer Seele, aber diese Seele kann niedrig und gemein, oder hoch und erhaben sein.

In dieser Beziehung des Staates zum Volk als des Körpers zur Seele wirkt ein gegenüber der wechselnden einzelnen Zwecksetzung ewiges und absolutes Postulat. Wenn das Volk die tiefste überindividuelle Lebensform ist, und als solche hoffnungsvollster Ansatz einer immer höheren Ganzheit, der es durch die Folgen der Geschlechter und Zeiten zustrebt, und die es in den Formen des Geschaffenen, mit denen es sich umgibt, also in seiner Kultur, stufenweise erreicht, dann ist der Staat als äußerer und innerer Halt solcher strebenden Form der Idee seines Zweckes nach dem Volke untertan und um seinetwillen da. Dann ist es Zweck des Staates, der höchsten Seele Körperlichkeit zu leihen und durch solche Körperlichkeit sich erst möglich zu machen. Wird der Begriff des Volkes so gefaßt, dann ist Staatszweck das werdende Volk. Staat und Volk also sind durch ein Soll dergestalt verkettet, daß beide ewig sich suchen müssen, das Volk den Staat als die Möglichkeit seiner eignen Entfaltung und Verwirklichung, der Staat das Volk als seinen Inhalt und den Träger seines Lebens, als Erfüllung und Rechtfertigung seiner für sich allein sinnlosen Formen. Indem beide sich suchen, müssen beide sich steigern: das immer höhere Volk ist Zweck des Staates und der immer vollkommenere Staat dem Volke Zweck, weil Weg zu sich selbst. In dieser Beziehung zwischen Staat und Volk wirkt ein Gegenüber der einzelnen wechselnden Zwecksetzung ewiges und absolutes Postulat. Hier findet der Terminus der Nation seinen prägnanten Sinn. Er bedeutet die höhere Einheit von Volk und Staat und stellt an beide die Forderung, ihr Streben aufeinander einzustellen.

*

Digitized by Google

Dieses aus den Begriffen beider und ihrer Beziehung zu dem höchsten Gut zu folgernde Verhältnis bestätigt eine in tausend Varianten durchgängig gleiche Erfahrung. Wo immer ein Staat ist, da hat er zum Volke gedrängt und zu seinem Körper die Einheit einer Seele gesucht; und wo immer ein Volk war, das sich des eignen Weges bewußt wurde, hat es zum Staate drängen müssen; wo sich beide nicht finden konnten, war solches Entbehren für beide Quelle von Unglück und Schwäche.

Dieses Suchen ist der letzte Inhalt allen politischen Sollens: es enthält ein ewiges Postulat, und keine irgendwelchen Umstände tun seiner absoluten Geltung Eintrag. Wie dieses Postulat im einzelnen am besten erfüllt und angewandt werde, kann aus seiner absoluten Geltung nicht gefolgert werden und bleibt strittig. Aus ihm stammt die Gültigkeit politischer Forderungen, es trennt, wenngleich menschliches Ermessen dem nicht folgen kann, in allem einzelnen gut und böse.

Die ganze Kulturpolitik des Staates, mag sie nun die Sprache, die Rasse, die Kunst, die moralische Erziehung oder die Religion betreffen, ist Suche nach dem immer erst zu schaffenden, immer zukünftigen Volk oder soll es sein, und das letzte Ziel der innern und äußern Politik ist kein andres.

Einer solchen Gegenseitigkeit des sich Suchens aber liegt eine notwendige und nie ganz zu behebende Verschiedenheit der Eigengesetzlichkeit beider zugrunde. Diese Körperlichkeit, Staat genannt, hat ihr eignes Leben, ihre eignen Gesetze und Daseinsbedingungen, welche wohl mit denen der überindividuellen Individualität, als deren Körperlichkeit der Staat entstand, zusammenfallen sollen, aber in der Komplikation des Wirklichen nicht zusammenfallen können. Wenn der Staat auch zu Beginn einer überindividuellen Individualität, als deren Körperlichkeit er entsteht, entsprechend gedacht werden muß, so haben beide doch ihr eignes Wachstum, ihre Möglichkeiten entsprechen sich nicht, und statt ineinander und gemeinsam zu wachsen, müssen sie in der Komplikation des Wirklichen sich da und dort voneinander entfernen und der Zukunft überlassen, sie wieder zu einigen.

Das Volk ist eine unendliche Aufgabe, als solche immer neu, die sich lebend und strebend zu erfüllen sucht und neu stellt und immer über sich selbst hinaus drängt: der Staat, der Idee nach dieser Aufgabe dienstbar, und ein Weg ihrer Verwirklichung, vermag ihr doch nicht überallhin zu folgen, und wo er folgen kann, kann er es nur in Etappen, es haftet ihm als Körperlichem eine gewisse Starrheit der Form an, er kann die alten Formen nicht mit der Entfaltung des Volkes dehnen, er muß sie immer irgendwie brechen und durch neue ersetzen. Er hat seine eignen organischen Entwicklungsnotwendigkeiten, die nicht die der Volksidee sind, ist als Körperliches anders an eine Umwelt gekettet und anders von ihr abhängig als die ideelle Einheit des Volkes, deshalb stets eine Strecke vor der Idee des Volkes voraus oder, was häufiger ist, eine Strecke hinter ihr zurück. Er hat einen andern Rhythmus der Entwicklung als das Volk. Rücksichten seiner Sicherung gegen außen und räumliche Verhältnisse können den Staat zu Eroberungen drängen, welche den organischen Wachstumsmöglichkeiten des Volkes vorauseilen. Dann muß er versuchen, das Volk nachzuziehen; ge-

Digitized by Google

lingt es nicht, dann bleiben seine Eroberungen eine Quelle der Schwäche und schließlich kann er an ihnen zugrunde gehen. Das Volk kann durch Kultur, Religion, Bevölkerungsvermehrung über die Grenzen des Staates hinauswachsen und muß ihn dann nachziehen wollen, und doch können seine eignen Daseinsbedingungen ihn hindern, dem Rufe zu folgen. Es ist als wachse der Körper, durch äußere Erforderlichkeiten getrieben, über die Seele hinaus, die dann nachwachsen soll, oder der tote Körper geht daran zugrunde, daß er die Seele nicht finden kann und er als toter Körper zu schwach bleibt, oder er will, um der Starrheit der eignen Form willen oder aus notwendiger Beschränkung durch die Umwelt, verharren und die wachsende Seele zurückhalten. Die Seele aber drängt vorwärts und will den starren Körper nachziehen und ausdehnen und ihren neuen Zielen anpassen, der ihr dann wohl, Gefahren und Möglichkeiten behutsam wägend, langsam folgt.

*

Der Staat ist wie der äußere Körper des Menschen nur Instrument. Er soll Instrument der überindividuellen Persönlichkeit des Volkes sein, eines innersten und tiefsten Volkes, eingestellt wie dieses auf dessen höchste und letzte Ziele. Das gleiche Soll gilt für den Körper des Menschen. Aber dieser Apparat leiht sich jedem, der sich seiner bemächtigt. Und gleichwie im individuell körperlichen die einzelnen Triebe, ohne Ermächtigung und unter Ueberrumpelung einer Zentralinstanz, welche nicht immer das reflektive Bewußtsein sein muß, sich zu Herrschern des Ganzen aufwerfen und der Leitung des Apparates bemächtigen können, so ist im politischen jeden Augenblick Gefahr, daß irgendein divergierender Einzelwille das Instrument in die Hand bekommt und zu seinen Zwecken mißbraucht. Wie jene Gefahr das ganze Problem des individuellen Ethos ausmacht, so ist diese das schwierigste Problem der Politik. Völker und Individuen sollen dem tiefsten Gesetze ihres Selbst folgen und irren irgendwie, einem Teilwillen folgend, allerorten von ihm ab. Wie die Entfaltung der Individuen, so ist die geschichtliche Entwicklung der Völker und Staaten nicht allein mit dem Irrtum, sondern auch mit diesem Sündenfall dergestalt belastet, daß, wenngleich hinter allem Geschehen irgendein Soll steht, doch durch das gestörte Ineinander der sollsetzenden Subjekte nicht überall geschehen muß, was überall geschehen soll.

Der eigentliche Beruf der Staatsform nun ist es, den staatlichen Apparat der überindividuellen Volkspersönlichkeit zu sichern und eine möglichst große Gewähr gegen Mißbrauch durch den Einzelwillen zu schaffen. Die verschiedenen Verfassungen sind verschiedene Methoden solcher Sicherung. Wenn gleich eine jede, um sich zu festigen, sich als allein richtiges Prinzip gebärden und in einer Weltanschauung verankern muß, so ist doch die beliebte Frage, welche Methode die beste sei, durch keine theoretische Diskussion lösbar. Wie die Geschichte, ist jede von jeder Staatsform gegebene Sicherung gegen den Mißbrauch des Staates relativ und muß es sein, da das innere Ethos der Volksperfönlichkeit, welchem sie den Apparat des Staates in die Hand geben soll, überaus fragwürdig und ungreifbar, sich immer erst in der Zukunft zurecht tastet, und weder in Dynastien

Digitized by Google

mit Gewähr der Sicherheit sich vererben noch gar durch Majoritäten errechnen läßt. Das Ethos des Volkes und das Wissen um sein tiefstes Gesetz ist nicht über alle Volksgenossen gleichmäßig verteilt, es liegt tief unter der bewußten Oberfläche des einzelnen Willens; aus einem einzelnen, der gegen eine Welt von Zeitungen steht, kann das Volk sprechen, und schließlich ist es Sache einer besonderen Gnade, ob das Ethos der überindividuellen Gemeinschaft und das Wissen um deren rechten Weg sich im einzelnen Individuum investiert, einer Gnade Gottes, der die Parlamente nicht minder bedürfen wie die Könige. Schließlich scheint es, als sei eine jede Staatsform gegen die Gefahren der andern gerichtet und habe ihre eignen in sich. Die Völker, welche den Einfluß des Gesamtinteresses auf die Leitung des Staates gegen zur Vertretung von Teilinteressen ausartende Dynastien durch Parlamente schützen wollten, sehen diese selbst zur Beute von Teilinteressen geworden, suchen durch Wahlrechtsänderungen das Teilinteresse, das sich des Parlaments bemächtigt hat, ebenso zu entthronen, wie sie vorher die Dynastien entthront haben, oder mögen, wenn Wahl- und Parteimaschinen ihnen den Glauben an das Repräsentativsystem genommen haben, es mit dem Referendum versuchen; sie wollen auf die eine oder die andre Weise jenen tieferen Volkswillen zur Herrschaft führen, und können ihn doch durch keine Institutionen fassen, wenn er nicht in den Individuen lebendig ist. Die Staatsform allein kann nichts ausrichten und die beste Verfassung gibt keine Gewähr, wenn nicht eine Gesamtgesinnung im einzelnen Individuum lebendig ist: wenn eine solche in allen lebt, dann müssen Könige und Parlamente gleicherweise mit ihr rechnen und kein Mißbrauch kann dauern.

Wenn auch die Verfassungen sich in Theorien zu verankern versuchen, so haben doch die Theorien nie Verfassungen schaffen können, welche nicht nach vielem angerichteten Schaden von der Praxis wären zerbrochen worden. Auch Staatsformen sind ein Lebendiges und als solches irrational, und nie noch hat reflektive Vernunft ein Lebendiges schaffen können.

*

Staat, Volk und Individuum stehen sich in der Komplikation des Wirklichen nie rein gegenüber. Zwischen ihnen wirkt eine bunte Vielgestaltigkeit von Zwischenformen, von denen ihr gegenseitiges Verhältnis auf die mannigfaltigste Weise bestimmt wird. Wie der Staat sich nur schwer direkt an das Individuum wenden kann, so steht das Individuum nicht nur als solches, sondern als Glied irgendeiner der verschiedenen Zwischenformen dem Staat gegenüber. In den Zeiten des Feudalstaates hatte es der Staat nicht mit den Individuen, sondern immer nur mit den Häuptern der Familien oder Familienverbände, und mit dem Individuum nur als einem Glied eines solchen zu tun. Die große Emanzipationsbewegung hat dann die Zwischenglieder ausgeschaltet — durch sie versuchte das Individuum direkt an den Staat oder der Staat direkt an die Individuen zu gelangen. Man kann die großen sozialen Revolutionen gewaltsame Veränderungen der Aggregatzustände nennen, oder etwa mit einer Umwälzung des bestirnten Himmels vergleichen, nach der die kleinen und größeren Monde sich

Digitized by Google

nicht mehr um die Planeten, sondern wie diese um die Sonne drehen wollten. Die Geschichte aber zeigt gleichzeitig, daß alle diese Veränderungen des Aggregatzustandes niemals ihr Ziel, die Ausschaltung der Zwischenformen, erreichen oder auf die Länge festhalten können. Zunächst können diese Revolutionen immer nur einige dieser vielfachen Zwischenformen aufheben, müssen aber andre bestehen lassen, ja sie richten sich zumeist nur gegen einzelne, und zwar gegen diejenigen, welche die organische Harmonie stören, das Individuum vergewaltigen und den Zusammenhang des Volkes überwuchern, oder den staatlichen Apparat in die Hände bekommen haben und den Staatszweck fälschen. Gegen diese sucht der Staat immer wieder auf das Individuum selbst zurückzugreifen, indem er es aus ihren Fesseln zu lösen versucht, ebenso wie die Individuen den Staat wieder an sich zu ziehen und aus deren Umarmung zu befreien trachten. In diesen Zusammenhang gehören, je nachdem man von den Individuen ausgeht, die nach dem Staate, oder dem Staate, der nach den Individuen langt, auf der einen Seite die Kämpfe des Volkes gegen Dynastien, Kasten oder politische Parteien, die, im Besitze der staatlichen Macht, diese nicht im Namen der Volksidee, sondern für eigennützige Zwecke gebrauchen, sich also als Selbstzweck betrachten; auf der anderen Seite die mannigfaltigen Kämpfe des Staates gegen der Volksidee zuwiderlaufende Organisationen, mögen diese nun Vertretungen von wirtschaftlichen Sonderinteressen, internationale Arbeiterorganisationen, Kartellverbände oder Kirchen sein. Alle Zwischenformen, welche den Zusammenhang zwischen Volk und Staat nicht gefährden, wird der Staat bestehen lassen, ja sich ihrer, wie der Gliederung der Stände, der politischen Parteien oder einer nationalen Kirche, vielfach und mit Nutzen bedienen: aber sein Streben wird immer darauf gerichtet sein, sie über die Rolle, welche sie in der Ganzheit des Volkes einnehmen, nicht hinauswachsen zu lassen und also niederzuhalten, was, da alle diese Organisationen die Tendenz haben, sich zu Selbstzwecken auszuwachsen und weiter auszudehnen, zu ständigen Kämpfen führt, in denen der Staat dauernd und zäh mit diesen Organisationen um die Seele des Individuums zu ringen und an die nationale Gesinnung der Individuen zu appellieren hat. Man kann sagen, daß diese Kämpfe den Inhalt des schwierigsten Teils der inneren Politik ausmachen. In Ansehung dieses mannigfaltigen Ineinander der immer neu sich bildenden Ansätze zu überindividuellen Zweckformen, deren jede zwar kein menschliches Vermögen, aber doch einen unendlichen Willen hat, ist eine vollkommene Harmonie nicht denkbar, es handelt sich immer nur um ein bestes Kompromiß, in welchem die tiefsten und weitesten Ansätze zu einer Totalität des Unendlichen als dem höchsten Gut, die von Gott geschaffenen des Individuums, des Volkes und des Staates nicht von den ärmeren und beschränkteren, die der Mensch schuf, erdrückt werden, sondern die Oberhand bewahren. Ein solcher Zustand ist der praktische Inhalt der politischen Freiheit. In Zeiten, da überlebte Bindungen geistiger, wirtschaftlicher oder sozialer Natur das Wachstum hemmen, den Staat überwuchern und das Individuum fesseln, glaubte man immer, indem man die alten Bindungen beseitigte und das In-

Digitized by Google

dividuum aus ihnen löste, nun die Freiheit nicht nur beschlossen, sondern eingeführt zu haben, immer wieder aber ereignet sich dann in den verschiedensten Formen das gleiche; das Individuum, um sich besser zu entfalten, bindet sich von neuem, und diese neuen Bindungen, welche der Freiheit entspringen und ihr anfangs zu dienen scheinen, befestigen sich und werden zu Selbstzwecken; das Individuum, das sie schafft, sieht sich unlösbar in sie verstrickt, bis dann der Druck der Fesseln zu stark wird und irgendeine neue Freiheitsbewegung gegen diese neuen Bindungen wieder auf das Individuum zurückgreift. Man hat gegen die wirtschaftliche Bindung der Zünfte und Privilegien die Freiheit der Konkurrenz und der Vertragsschließung stabiliert und muß aus der Freiheit der Vertragsschließung eine Welt neuer Bindungen entstehen sehen, welche die Freiheit der Konkurrenz erdrosselt. Als Kind der Freiheit, entstand, von dem politischen Willen der Individuen getragen, die politische Partei; heute ist sie in manchen Ländern, als zur festen Institution gewordene Organisation, nicht mehr Ausdruck, sondern Fessel des politischen Willens der Individuen, die nur mehr einer Parteimaschine, auf die sie keinerlei Einfluß haben, zusehen können. Nicht anders ist es mit den Arbeiterorganisationen und in manchen Ländern sogar mit den Zeitungen. Ist das Instrument genügend erstarkt, so treten an die Stelle der Mitglieder die Sekretäre, an die Stelle der freien Meinung von Redakteur und Leser das geschäftliche oder politische Interesse der Verleger.

Diese Tendenz jeder Organisation zu Selbstzweck und Alleinherrschaft findet Grenzen nicht ihres Willens, aber ihrer Expansionsfähigkeit einzig und allein in dem lebendigen Zusammenhalt des Volkes, in der überindividuellen Lebensform der Nation, welche ewig wieder nach Herrschaft drängt, und weil sie mit den Individuen geboren ist, nie ganz aus ihnen verjagt werden kann und deshalb alle erst entstandenen Organisationen zu steter Berücksichtigung gewisser Grenzen zwingen kann.

*

Ob das Individuum für den Staat, der Staat für das Individuum da sei, welche Grenzen der Staat den Ansprüchen des Individuums, ein Recht des Individuums den Ansprüchen des Staates setzen solle und könne, ist ein uralter Streit, der die Jahrhunderte und ihre Anschauungen scheidet. Auch hier wird ein ewiges Soll Geltung behaupten, aber in keiner Erfüllung des Wirklichen rein und restlos gelungen sein. Das Soll in der Beziehung zwischen Staat und Individuum ist auf die Beziehungen zwischen Individuum und Volk und zwischen Volk und Staat als das Produkt der Verkettung beider zu gründen. Da das Ethos des Volkes letzter Staatszweck ist, hat die Rolle, welche das Individuum für dieses Ethos des Volkes spielt, auch das Verhalten des Staates gegenüber dem Individuum zu bestimmen.

Das Volk nun ist, wie der Baum in seinen Blättern, nur in den Individuen lebendig. Es atmet nur in ihnen. Es ist nur in ihnen faßbar, entwickelt, steigert sich nur in ihnen. Der einzelne kann ihm nichts, die einzelnen müssen ihm alles sein. Was Goethe von der Stellung der Natur zu dem In-

Digitized by Google

dividuum sagt, gilt auch vom Volk als dem Werkzeug der Natur: „Die Natur scheint alles auf Individualität angelegt zu haben und macht sich nichts aus den Individuen. Sie baut immer und zerstört immer, und ihre Werkstatt ist unzugänglich.“ Der Idee nach muß das Ethos des Volkes das Ethos der Individuen in sich begreifen: daß das Individuum sein Gesetz erfülle, muß Zweck des Volkes und daher auch Zweck des Staates sein. Aller Reichtum des Volkes, alle Innigkeit und jede Möglichkeit naher oder ferner Erfüllung liegt in den Individuen. In ihnen allein fließt der Quell, der nie versiegen darf. Durch sie erneut sich das Volk aus dem Schoße des Unendlichen. Anderseits ist das Volk für das Individuum Halt und Dauer, Sicherung und Verewigung des eignen Gesetzes, der Boden, aus dem es alle Kraft schöpft; ohne den Zusammenhang mit ihm sind alle einzelnen irgendwie entwurzelt, und keine Unzufriedenheit mit den Zuständen seines Volkes entbindet das Individuum von den Banden, mit denen es geboren ward. Zu allen Zeiten wird gelten, was Pindars Chor dem König Hieron sang:

„So verloren ist unter den Menschen kein Blut, wie das sich des heimischen schämend
Nach auswärts lungert und greift einen Schein und faßt ein Nichts.“

Diese Rolle des Individuums für das Volk nun ist es, welche das Verhalten des Staates zum Individuum bestimmen soll. In der Komplikation des Wirklichen ist eine solche reine Bestimmung nicht möglich: als Postulat hat sie ewige Geltung. Wenn überall da, wo eine Bestimmung nicht aus vorhergegangenen Ursachen als Notwendigkeit, sondern aus einem zu erstrebenden höchsten Gut als Erforderlichkeit fließt, von Freiheit die Rede ist, dann ist dies Postulat das Postulat der Freiheit. Wenn werden können, was man werden soll, frei sein heißt, so ist in solchem Inhalt der individuellen Freiheit das Ethos des Volkes vorgesehen, weil es in dem für das Werden des Individuums geltenden Soll enthalten ist. Deshalb ist dies Postulat der Freiheit nicht nur Quelle von Forderungen des Individuums an den Staat, sondern auch Rechtsgrund für andre Forderungen, welche der Staat als Körperlichkeit des Volkes an das Individuum stellen kann und muß. Der Staat, der den einzelnen der Gegenwart nicht achten braucht, weil die einzelnen der Zukunft ihm Aufgabe sind, behält Recht, wenn er die Grenzen des Nützlichen achtet, und kann gegen alle Klagen ins Feld führen, daß er, eingestellt auf ein unendliches Ziel, nicht nur für die Gegenwart da ist, und die Zukunft nicht gefährden darf, sich immer mit dem heute Möglichen bescheiden muß und Zeit hat, an einer Zukunft zu bauen. Im allgemeinen nun haben die Staaten, wie alle auf äußere Macht gerichteten Organisationen, die Tendenz, alles zu verschlingen, und auch über das Pathos der Volksidee hinaus ganz nach ihren eignen Zwecken zu modeln: und das um so mehr, je härter die äußere Notwendigkeit, der sie gegenüberstehen, oder der Machtwille ist, der sie treibt. Sie haben eine Tendenz zur Nivellierung, zur Züchtung eines für den äußeren Kampf brauchbarsten Typus. Sie gehen mehr auf die möglichste Einheit alles Individuellen als auf seinen möglichsten Reichtum, und verlangen von dem Volke, dessen Ziel die höchste Einheit des größten Mannigfaltigsten ist, den Verzicht auf ein unendliches

Digitized by Google

Pathos. Irgendwann aber wird auch den Staaten die Begrenztheit des so gezüchteten Einheitstypus verhängnisvoll. Wenn sie dem Individuum den unendlich reichen Boden abgraben, aus dem, ewig neu, seine Möglichkeiten und schöpferischen Kräfte fließen: so müssen sie selbst an der Erschöpfung des Typus zugrunde gehen, und reißen in solchem Untergange die innerlich toten Völker mit sich fort.

Hier aber begegnen wir einem tiefen und schmerzlichen Schicksal, dem alles menschliche Mühen unterliegt. Wie in jedem einzelnen tausend Möglichkeiten liegen und kaum eine halbe wirklich wird, so wird auch im Leben der Völker das meiste auf Kosten dessen, das hätte werden können. Jeder Erreichung liegt irgendwie Beschränkung zugrunde. Ahnen und Sehnsucht des Jünglings sucht da und dort Weites und Fernes, als festbegrenzte Form sieht der Mann je nach Temperament mit Verachtung oder Wehmut zurück auf Blütenträume, die nicht reiften. Der einzelne mag, in bewußter Beschränkung stolz auf das Erreichte, sich ohne Bitterkeit beschränken können, weil er, nicht Ring, sondern Glied einer Kette, die neuen Möglichkeiten in den Kindern erstehen sieht oder durch das ewige Volk in das Unendliche drängt — bleibt ihm, wenn er als trotziges Selbst sich Mittelpunkt wähnt, der Trost des Ueberindividuellen fern, so wird er, mit den Göttern rechtend und hoffnungslos mit dem Unmöglichen ringend, verzweifelnd untergehen. Die Völker haben außerhalb des eigenen Selbst keinen Trost. Sie müssen ewige Möglichkeit bleiben. Für sie muß die Erreichung Aufschub und Stufe zu neuen Erreichungen, darf nie aber Verzicht und irgendein Endgültiges sein. Daher ruht denn die tiefere Kraft und Schönheit der Völker immer noch jenseits dessen, was sie sind, in dem, was sie werden können.

Daß aber, was ist, dem, was werden kann, im Wege steht, daß die Geschichte zeigt, mit welchen Opfern an Möglichkeiten die Völker ihre großen Erreichungen bezahlen mußten, das ist vielleicht die tiefste Tragik im Leben der Völker. Die Völker scheinen ein Höchstes zu erreichen, wenn ihnen der Typus gelingt, aber gerade der Typus scheint der Anfang vom Ende. Es gibt Völker, wie die Franzosen, deren Form gleichsam abgeschlossen und ganz Erscheinung geworden, in jedem Minister wie in jeder Kokotte sichtbar wird. Die hohe Kultur, die durch die Furcht vor dem Ridicule ihre einzigartige Einheit und Geschlossenheit sicherte und das andre bannte, hat vielleicht durch dieselbe Furcht eine mögliche Zukunft erdrosselt. Damit Englands Weltherrschaft werden konnte, mußte auf dem Grabe der bunten und reichen Welt Shakespeares jene Mischung von Langeweile und Tüchtigkeit entstehen, welche der Puritaner erzog.

Wie die Notwendigkeit der äußeren Umwelt im Leben der Individuen die fest begrenzte Tüchtigkeit bildet und vielleicht Reicheres und Zarteres zu opfern zwingt, so sind es im Leben der Völker die Staaten, welche den Typus wünschen und erzeugen und um seinetwillen den bunten Reichtum gegenwärtiger und künftiger Individuen zum Opfer bringen. Die großen politischen Zeiten und Völker sind nicht die Zeiten der großen Individuen und der besten Entstehungsmöglichkeit des Genies. Politische und individuelle Kultur sind nicht parallel,

Digitized by Google

und mancher Künste, wie der deutschen Musik, Entstehung und Blüte ist mit politischem Elend eng verkettet.

So steht die Politik, wenn sie eingestellt ist, nicht auf den zum Selbstzweck erhobenen Staat, sondern auf jenen ewigen und tiefsten Willen des Volkes, und ihre Augen in die Unendlichkeit richtet, vor ihrer letzten, schwersten, der Quadratur des Zirkels gleichenden Aufgabe: sie soll die Völker zu immer höheren Erfüllungen führen, durch keine Erfüllung der nächsten den Weg sperren, soll die Form finden und doch den Ansatz auf das Unendliche und den Zusammenhang mit dem kreißenden Chaos wahren, das Unendliche endlich werden und doch unendlich bleiben lassen, ein Ende ewig erstreben und ewig hinausschieben, also die Aufgabe lösen, aus deren Unlösbarkeit alles entsteht und untergeht. Es ist die Aufgabe, die im Reiche des Geistes durch den Mythos des Apollo und Dionysos, der beiden sich ewig suchenden und niemals findenden Götter, bezeichnet wird. Es ist das Geheimnis alles Lebendigen. Und wie die Woge, wenn sie hochgetürmt in ihrem Gischte das Licht faßt, schäumend verrinnen mag, so mögen auch die Völker sterben, wenn sie, nah an das Unmögliche streifend, ihren Sinn erfüllt haben.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

(Fortsetzung)

III

Das französische Hauptquartier während der Schlacht bei St. Privat

Es war ungefähr 1 Uhr; Marschall Bazaine war wieder allein mit den Offizieren seines besonderen Stabes — Oberst Napoléon Boyer, Hauptmann de Mornay, Leutnant Albert Bazaine — und dem Maler Beaucé, als Leutnant de Bellegarde vom 6. Chasseurregiment zu Pferd an der Tür der Villa Bouteiller erschien und ein Schreiben des Marschalls Canrobert überbrachte, das eine Meldung über den Angriff der Deutschen enthielt und Munition und Verstärkungen erbat.

Der Leutnant de Bellegarde war, wie er uns selbst erzählt hat, in scharfem Trabe von St. Privat auf der Landstraße bis Saulny geritten; hier hatte er sein Tempo verlangsamt und war im Schritt die große, steil abfallende Senkung hinuntergeritten; unten angekommen, wandte er sich nach rechts, setzte sich wieder in raschen Trab und ritt auf der vollkommen leeren Hauptstraße nach Plappeville hinein.

Digitized by Google

Die Sonne brannte herunter, und alles hatte sich in die Häuser zurückgezogen, um dort Kühlung zu suchen. Nicht der geringste Lärm war zu hören; man hätte glauben können, in einem verlassenen Dorf zu sein; von den Schüssen, die auf der andern Seite des Höhenzuges ununterbrochen aufeinanderfolgten, drang nicht der geringste Ton herüber. Durch den großen Torweg des Hauses, in dem das Hauptquartier untergebracht war, ritt Leutnant de Bellegarde in den Hof, stieg vom Pferde und übergab es einigen auf einer Bank sitzenden Husaren. Er ließ sich von ihnen den Weg zeigen, ging in das Vestibül und stieg die Treppe hinauf bis in den ersten Stock. Beim Geräusch seiner Schritte öffnete sich eine auf den Treppenabsatz mündende Tür, in der Hauptmann de Mornay-Soult erschien und ihn fragte, was ihn herführe.

„Eine Depesche des Marschalls Canrobert an den Marschall Bazaine."

„Geben Sie sie her."

„Ich habe Befehl, sie eigenhändig zu übergeben."

Hauptmann de Mornay verlangte trotzdem die Depesche, aber Leutnant de Bellegarde gab nicht nach, und das Gespräch wurde lauter.

„Was gibt es da?" rief eine Stimme aus dem Gemach heraus, dessen Türe halb offen geblieben war.

„Ein Offizier ist da, der eine Depesche von Marschall Canrobert bringt und sie selbst übergeben will."

„Nun gut! Lassen Sie ihn hereinkommen!"

Jetzt öffnete Hauptmann de Mornay die Türe völlig, forderte seinen Kameraden auf, einzutreten, und folgte ihm. Zuerst wußte Leutnant de Bellegarde, der von seinem Ritt stark erhitzt und von der strahlenden Sonne draußen geblendet war, nicht, wo er sich befand, faßte sich aber rasch und sah sich nun in einem großen Salon, in dessen Mitte mehrere Personen an einem großen, mit einer grünen Decke belegten Tisch saßen und schrieben oder ausgebreitete Karten studierten.

Weiter vorn saß der Marschall Bazaine, eine Zigarre rauchend, in einem großen gestickten Lehnsessel. Der Leutnant trat auf ihn zu, grüßte ihn, zog aus seiner Patronentasche die von der Hand des Marschalls Canrobert beschriebenen Blätter heraus und überreichte sie ihm. Marschall Bazaine las sie ruhig und stand dann auf. Die Papiere in seiner linken Hand haltend, tippte er mit der rechten auf den Arm des Leutnants de Bellegarde und sagte achselzuckend zu ihm: „So werden also meine Befehle ausgeführt ...?" Dann nach einer Pause: „Sie werden dem Marschall Canrobert sagen, daß ich dem General Bourbaki die Weisung zugehen lasse, ihm eine Division der Garde zu schicken, und daß ich ferner dem General Soleille den Befehl erteile, ihm eine Batterie Zwölfpfünder zu senden. Sie werden auch dem Marschall Canrobert sagen, daß er seine Munitionswagen beim Reservepark, der sich hier befindet, wieder füllen lassen soll."

Leutnant de Bellegarde glaubte bei diesen letzten Worten eine Bemerkung machen zu müssen und begann: „Aber, Herr Marschall ..." —

Digitized by Google

„Was sagen Sie?“ herrschte ihn Marschall Bazaine an, indem er sich umwandte und ihn strengen Blickes maß.

Eingeschüchtert durch diesen Ton des Oberbefehlshabers, verbesserte sich Leutnant de Bellegarde: „Ich wollte einfach das wiederholen, Herr Marschall, was Sie mir gesagt hatten, um sicher zu sein, daß ich keinen Irrtum begehe,“ und nachdem er Wort für Wort die Aufträge des Marschalls nachgesprochen hatte, ging er hinaus.

Sein ganzes Leben lang, bis zu seinem im Jahre 1907 erfolgten Tode, hat General de Bellegarde bedauert, daß er sich damals von dem Marschall Bazaine hatte einschüchtern lassen und das, was er angefangen hatte zu sagen, nicht ganz ausgesprochen hatte:

„Aber, Herr Marschall, die Rückkehr nach St. Privat kostet $^3/_4$ Stunden; die Munitionswagen der im Feuer stehenden und in dem Getümmel einer Schlacht zerstreuten Batterien zu sammeln, sie nach Plappeville zu bringen, sie nach St. Privat zurückzuführen und endlich die Munition zu verteilen, das dauert fünf bis sechs Stunden. Wenn Sie hingegen den Befehl erteilen würden, volle Munitionswagen hinzuschicken, so würde ihre Munition in zwei Stunden eine nutzbringende Verwendung finden. So wie Sie es anbefehlen, wird es vielleicht zu spät sein.“

Das wären sehr richtige Bemerkungen gewesen, und Marschall Bazaine hätte darauf hören müssen.

Drei Viertelstunden, nachdem Leutnant de Bellegarde den Marschall Bazaine verlassen hatte, überbrachte er dem Marschall Canrobert die Meldung von der sofortigen Entsendung der Garde und einer Batterie Zwölfpfünder.

Obwohl Marschall Bazaine seinem Unterführer diese Verstärkungen hatte ankündigen lassen, gab er doch keinen Befehl, sie ihm zu schicken; seine Aufmerksamkeit war in diesem Augenblick des Tages, zwischen $1^1/_4$ und $1^1/_2$ Uhr, durch das Eintreffen einer Flut von Telegrammen in Anspruch genommen, die von der Höhe des Glockenturms der Kathedrale und der Forts von Plappeville oder vom St. Quentin abgesandt worden waren, wo Telegraphenstationen eingerichtet waren, die erste vom Hauptmann Lehagre (vom Geniekorps), die andern von den Beamten des Zentralbureaus Brisson und Eschbacher geleitet.

„1 Uhr 4 Min. nachmittags. Kanonade auf den von unsern Truppen besetzten Höhen.“

„1 Uhr 10 Min. Kanonade wird auf der ganzen Linie stärker; allgemeiner Kampf.“

„1 Uhr 11 Min. Sehr heftige Kanonade: vollständige Schlacht im Gange auf einer von der Straße nach Verdun (Rozérieulles) ausgehenden und quer über die Straße nach Briey (Sainte-Marie-aux-Chênes) laufenden Linie.“

„1 Uhr 20 Min. Kanonade auf den Höhen dauert fort ...“

Mit diesen Telegrammen wurden dem Marschall zwei Meldungen überbracht. Die eine, die vom Obersten Melchior, dem Stabschef der Gardeartillerie, herrührte, berichtete, daß die Mosel entlang auf dem linken Ufer eine „von Ars

Digitized by Google

kommende", ungefähr ein Regiment starke Kolonne marschiere und über die Dörfer Vaux und Jussy oder über Moulins heraufzukommen suche, „um die Heerstraße nach Metz zu umgehen".

Die andre Meldung, die vom General Le Tellier Blanchard kam, berichtete von der Anwesenheit des Königs von Preußen und des Herrn v. Bismarck im Schlosse Aubigny am 16. August abends und dem „Eintreffen des Herrn v. Moltke mit allen preußischen Reserven: 200000 Mann."

Depeschen, Berichte, Meldungen stellten übereinstimmend den begonnenen Kampf als eine riesige Schlacht dar. Der Marschall schien sich jedoch nicht darauf vorzubereiten, ihr persönlich beizuwohnen, und als ihn General Jarras nochmals fragen ließ, ob er den Stab wieder zu Pferd steigen lassen solle, war seine Antwort immer wieder dieselbe: er habe administrative Befehle zu erteilen und lege großen Wert darauf, daß die Beförderungsliste fertiggestellt werde.

Die dreißig Offiziere des Generalstabes waren damit beschäftigt, sog. „Strafarbeiten" zu machen: während der Schlacht bei St. Privat stellten sie die Veränderungslisten der den nichtregimentierten Offizieren überwiesenen Truppenpferde auf!

„Wir waren alle dem Gähnen nahe," erzählt der Hauptmann Foucher des Generalstabs; „wir wußten, daß eine Schlacht im Gange war, und wir langweilten uns zu Tode, ohne die Kopistenarbeit zu erledigen, die uns zugewiesen worden war. Einige Gefangene wurden gebracht, darunter ein Husarenoffizier von sehr guter Haltung. Wir wollten aufs Schlachtfeld reiten, General Jarras wies uns aber ohne weiteres ab."

Der Major La Veuve und der Hauptmann de France brachten es nach langem Drängen endlich dahin, daß sie die Erlaubnis erhielten, auf Nachrichten fortzureiten, und später erhielten die Oberstleutnants Nugues und Fay, die Hauptleute Guioth und Fix verschiedene Aufträge, aber der größte Teil der Generalstabsoffiziere blieb in dem Arbeitszimmer wie Schüler im Arrest.

So tapfer Marschall Bazaine auch war, so viel Vergnügen es ihm auch bereitete, mit jener Kaltblütigkeit, die die Bewunderung aller hervorrief und ihm Ruhm verschafft hatte, sich im Feuer zu zeigen, er blieb in seinem Hauptquartier und schloß sich ein. Er wollte allein sein und von seinem Generalstabschef nicht gestört werden. Er war in tiefes Nachdenken versunken, und um 2 Uhr setzte er ein Telegramm auf, das er an den Telegraphendirektor in Metz, Petitpas de la Vasselais, richtete:

Plappeville, den 18. August, 2 Uhr nachmittags.

„Fragen Sie in Thionville an, was in der Umgebung vor sich geht, mit dem Ersuchen, mit der Ardennenlinie in Verbindung zu treten und mich über alles, was man erfahren wird, auf dem laufenden zu halten, aber soviel wie möglich nur sichere Nachrichten zu geben."

Endlich also, scheint es, wurde der Marschall besorgt um die über Thionville führende Eisenbahn- und Telegraphenlinie.

Er erteilte formelle Befehle — etwas ganz Anormales bei ihm — ihn

Digitized by Google

„über alles, was man über die Ardennenbahn erfahren werde, auf dem laufenden zu halten" und „nur sichere Nachrichten zu geben". Endlich also, meint man, dachte er an diesen letzten Rettungsweg und schickte sich an, obwohl zu spät, die nötigen Maßnahmen zu treffen. Er erteilte seiner Kavallerie den Befehl, den Grund von Longeau zu verlassen, um die Eisenbahnlinie zu decken, und wollte seine Reserveartillerie zur Verstärkung seines rechten Flügels schicken, um dessen Umgehung zu verhindern.

In Wirklichkeit waren seine Gedanken ganz andrer Art.

Wenn er genau auf dem laufenden gehalten werden wollte, so verlangte er das nicht, um die Aufrechterhaltung seiner Verbindungen zu sichern, sondern im Gegenteil, weil er es nicht erwarten konnte, zu hören, daß sie aufgehört hatten zu bestehen.

Seit dem 16. August abends, wo er die Bitten des Marschalls de Mac Mahon um Befehle und das Telegramm des Ministers erhalten hatte, das ihn aufforderte, sich wegen eines gemeinsamen Planes mit seinem Unterführer zu verständigen, hatte er die fixe Idee, sich zu isolieren und Mittel und Wege zu finden, um unbehelligt in seinem elfenbeinernen Turm zu bleiben.

Sein Mangel an Ideen und seine Furcht vor jeder Verantwortung hatten ihn unmerklich, aber unwiderruflich dazu getrieben, sich in Metz einschließen zu lassen, wo er keine Erklärungen über seine Pläne mehr abzugeben und keine Befehle mehr zu erteilen haben würde.

Wenn die Eisenbahn und der Telegraph abgeschnitten waren, mußte man ihn endlich in Ruhe lassen; sein stumpfer Geist hatte nicht genug Scharfblick, um ihn vorhersehen zu lassen, daß er sich selbst in die Notwendigkeit versetzte, zu kapitulieren, und sein Herz war nicht hochsinnig genug, wie sein Charakter nicht genug von moralischem Sinn durchdrungen, um ihn erkennen zu lassen, daß er allen seinen Pflichten untreu wurde, daß er seinen Herrscher betrog, sein Land und seine Armee dem Verderben preisgab, indem er das Vertrauen und die Hoffnung, die man auf ihn setzte, mißbrauchte.

Er befand sich im Salon der Villa Bouteiller, dessen auf den Garten hinausgehende Nordfenster weit geöffnet waren, während nach dem Hof die Jalousien und Fensterläden geschlossen waren, denn die Sonne brannte herunter, und die Hitze war sehr groß.

Auf der Hauptstraße von Plappeville erschien der General Arnaud de Saint-Sauveur, Generalprofos der Armee; er ging auf das Hauptquartier zu und traf hier auf einen jungen Pariser Mobilgardisten, der das Amt eines Stabssekretärs bekleidete, einen Herrn Delaire, der jetzt Rat bei der Oberrechnungskammer ist. Sie waren ganz allein in dieser Straße, in der die Hitze vom Boden und den weißen Mauern zurückprallte, und Herrn Delaire ist der Eindruck unvergeßlich geblieben, den er bei diesem Zusammentreffen bekam, als er das Hauptquartier der französischen Armee in einer Stille und Einsamkeit daliegen sah, als ob es verlassen wäre, während die größte Schlacht des Jahrhunderts geschlagen wurde.

Digitized by Google

Im Hofe der Villa schien ebenso alles Leben erstorben zu sein: die Ordonnanzunteroffiziere befanden sich im Innern des Hauses, und das geübteste Ohr vernahm nichts vom Donner der Geschütze, deren Entladungen auf dem Plateau so rasch aufeinanderfolgten, daß sonst nichts zu hören war.

Der Generalprofos der Armee meldete dem Marschall Bazaine, daß man den Prinzen Edmund Radziwill, Feldkaplan bei der Armee des Prinzen Friedrich Karl, den Pastor Gerlach und den Krankenwärter Jacobstetter vom Roten Kreuz gefangengenommen habe. Diese Herren hatten den Leichnam eines Generals bei sich, den man für den des Generals Montaigu hielt. Der General de Saint-Sauveur war sehr in Verlegenheit, wie er sich diesen Herren gegenüber zu verhalten habe, denn er kannte den Wortlaut der Genfer Konvention nicht, und er schlug vor, sie dem Pfarrer von Plappeville anzuvertrauen, der sie beherbergen und „sie überwachen sollte, ohne sich etwas anmerken zu lassen". Nachdem sich der Marschall, wie gewöhnlich, einverstanden gezeigt hatte, ohne irgendeine Bemerkung zu machen, begab sich General Arnaud de Saint-Sauveur zum Pfarrer von Plappeville, dem Abbé Lennuyeux, einem ebenso ehrenwerten und liebenswürdigen wie gebildeten Geistlichen, teilte ihm die Sache mit und erklärte ihm, daß man den Feldkaplan und seine beiden Begleiter zu bewachen wünsche, weil man fürchte, daß sie Spione seien ... man möchte indes nicht, daß sie sich für Gefangene hielten. Marschall Bazaine wünsche, daß man ihnen so viel Ehren wie möglich erweise, und habe ihnen einen polnischen Dolmetscher, Herrn W., beigegeben.

„Ich erklärte mich einverstanden," schreibt Abbé Lennuyeux, „und machte mich selbst auf den Weg, um sie im Garten der Villa Bouteiller abzuholen, wo ich sie in eifrigem Gespräch mit dem Oberstleutnant Fay fand." Der Abbé führte sie in seinen Pfarrhof, brachte sie dort unter, so gut er konnte, plauderte einen Teil des Tages mit ihnen und ließ ihnen ein Abendessen vorsetzen, das sie mit dem Doktor Marit und mehreren Wundärzten der kaiserlichen Garde zusammen einnahmen.

Es war ungefähr $2^1/_2$ Uhr, als ein zweiter Abgesandter des Marschalls Canrobert, der Artilleriehauptmann de Chalus, den Marschall Bazaine zu sprechen verlangte. Marschall Canrobert hatte ihn beauftragt, den Marschall Bazaine um Beschleunigung der Entsendung der von ihm dem Leutnant de Vellegarde versprochenen Munitionsvorräte und Verstärkungen zu bitten. „Die Munition begann dem VI. Korps auszugehen, und als ich das Schlachtfeld verließ," so erzählt der Hauptmann de Chalus, „wurde die Lage besorgniserregend. Ich zeigte dem Marschall Bazaine auf der Karte unsre Stellungen und legte den bedenklichen Stand der Dinge dar, als ein höherer Offizier des Stabes (Oberst Napoléon Boyer), der mit Schreiben beschäftigt war, den Kopf hob und mich mit den Worten unterbrach: ‚Dieser Offizier hat wahrscheinlich nichts gesehen; er ist ein Pessimist'.

„Der Marschall antwortete mir" — so erzählt Hauptmann de Chalus weiter — „daß die Munitionskolonne schon abgegangen sei, dann fügte er

Digitized by Google

hinzu: ‚Kommen Sie mit mir, ich werde Befehl geben, daß diese Division — die Gardegrenadierdivision — abgeht.' Doch als er eben im Begriffe war, hinauszugehen, erhielt er ein Billett von einem Divisionsgeneral, in dem ihm gemeldet wurde, daß es beim VI. Korps gut gehe. Nachdem der Marschall es gelesen hatte, sagte er, indem er sich mir zuwandte: ‚Das ist gut; sehen Sie.' Die Division wurde nicht abgesandt, aber der Marschall gab mir schließlich vier Munitionswagen."

Hauptmann de Chalus hat diese Szene den Seinigen, besonders seinem Bruder, dem Grafen René de Chalus, oft erzählt, und jedesmal sagte er, wie sehr er von der spöttischen Art derjenigen, die ihn empfangen hatten, angeekelt gewesen sei.

Was für eine beruhigende Meldung über die Lage des VI. Korps kann Marschall Bazaine während seines Gespräches mit dem Hauptmann de Chalus erhalten haben? Zwei Depeschen wurden ihm kurz vor 3 Uhr überbracht. Die eine, die vom Marschall Leboeuf kam, war von „Arbre Mort" datiert und vom Telegraphenposten der Meierei Moscou an den Marschall Bazaine im Fort Plappeville um 2 Uhr 20 Minuten nachmittags ausgefertigt; sie lautete folgendermaßen:

„Angriff auf der ganzen Linie mit zahlreichen Kräften; wir halten gut Stand, ich bin ruhig. Unsre Artillerie schießt zuviel, ich mäßige sie."

Die zweite Depesche stammte vom Hauptmann Lehagre, dem Chef des Postens auf dem Turm der Kathedrale; sie war um 2 Uhr 15 Minuten aufgegeben und lautete:

„Die Kanonade scheint schwächer zu werden oder wenigstens sich gegen die Höhen hin zu entfernen. Unsre Truppen halten noch immer die gleichen Stellungen besetzt . . ."

Dies letzte Telegramm beruhigte den Marschall vollständig: die Truppen hielten sich in ihrer Stellung. Das war ja sein ganzer Wunsch. Die Verstärkungen wurden unnötig. Wären sie rechtzeitig gekommen, um es dem Marschall Canrobert zu ermöglichen, einen Sieg davonzutragen, so wären damit alle seine Berechnungen über den Haufen geworfen worden. Er wünschte nicht — wie seither manche Geschichtschreiber behauptet haben — die Niederlage seines rechten Flügels und des Marschalls Canrobert. Er war weder gehässig noch eifersüchtig ohne Ursache, aber es war ihm nicht gerade sehr darum zu tun, daß sein schon populär gewordener Unterführer sich in einer Schlacht, in der er selbst eine untätige und nichtssagende Rolle spielte, neuen Ruhm erwürbe.

Er mußte hauptsächlich mit aller Macht verhindern, daß seine Armee aus den von ihm gewählten zusammengehaltenen Linien vorbräche, die Offensive ergriffe, ins freie Gelände marschierte und sich von der Stadt entfernte, in die er sich einschließen wollte.

Beim Eintreffen des Hauptmanns de Chalus hatte er noch nicht, obwohl er es versprochen hatte, der Garde und den Reservebatterien den Befehl zugehen lassen, dem Marschall Canrobert zu Hilfe zu eilen. An seine Zusagen erinnert,

Digitized by Google

schickte er sich an, den angekündigten Befehl zu erteilen, da er seinen rechten Flügel in Gefahr glaubte, umgangen und in aufgelöstem Zustande auf Metz zurückgeworfen zu werden, als eine Depesche ihm meldete, daß das Zentrum seiner Armee standhalte; dies genügte ihm, und er hielt die angekündigten, ungeduldig erwarteten, wiederholt verlangten und von Minute zu Minute immer notwendiger werdenden Verstärkungen zurück.

Marschall Bazaine glaubte seinem Ziele nahe zu sein: darum sollte der Hauptmann de Chalus dem Marschall Canrobert mitteilen, daß er nicht mehr auf die Garde zu rechnen habe. Diese Nachricht würde genügen, um Canrobert in der Defensive zu halten, und ihn nötigenfalls bestimmen, den Befehl zum Rückzug zu geben, ohne daß er selbst dies zu tun brauchte.

Falls am Abend der Feind die Eisenbahn- und Telegraphenlinie noch nicht abgeschnitten haben sollte, mußte es am frühen Morgen, wenn die französische Armee sich zurückziehen würde, die erste Sorge der deutschen Plänkler sein, sie zu zerstören. Er war dieser Tatsache so sicher, daß er ihr Eintreten schon im voraus dem Marschall de Mac Mahon durch folgendes, von 2 Uhr nachmittags datiertes Telegramm ankündigte:

„Durch die aufeinanderfolgenden Kämpfe, die ich am 14. und am 16. geliefert habe, ist mein Marsch nach Verdun aufgehalten worden, und ich bin genötigt, in der Gegend nördlich von Metz stehenzubleiben, um mich mit Munition und vor allem mit Lebensmitteln neu zu versorgen.

Seit heute morgen zeigt der Feind starke Truppenmassen, die sich gegen Briey zu wenden scheinen und die die Absicht haben mögen, den Marschall Canrobert anzugreifen, der St. Privat besetzt hält ...

Wir sind wieder in der Defensive, bis ich die wahre Richtung der Truppen, die sich vor uns befinden, und vor allem diejenige der Reservearmee weiß, die, wie es heißt, in Pange auf dem rechten Ufer der Mosel unter dem Befehl des Königs steht, dessen Hauptquartier im Schlosse Aubigny sein soll.

Uebermitteln Sie diese Depesche dem Kaiser und dem Kriegsminister.

Ich bin in Sorge um die Ardennenbahn."

In dieser letzten Depesche von 2 Uhr nachmittags vermeidet er es wie in der vom Vormittag, irgendeine Weisung zu geben, aber er bemerkt, daß „die Preußen die Absicht haben mögen, den Marschall Canrobert anzugreifen", in einem Augenblick, wo er weiß, daß das VI. Korps von überlegenen Kräften angegriffen und mit Umgehung bedroht ist, daß es um Verstärkungen gebeten hat und ihm die Munition knapp wird.

Endlich, in der letzten Zeile, enthüllt er den Kern seines innersten Gedankens: „Ich bin in Sorge um die Ardennenbahn."

Doch weit entfernt, diesen letzten Rettungsweg, um den er in Sorge zu sein erklärt, zu schützen, schickt er keine seiner angehäuften und an seinem linken Flügel nutzlosen Reserven dorthin und unterläßt es sogar, der Gardegrenadierdivision, die er um 1 Uhr dem Marschall Canrobert versprochen hat, die entsprechenden Befehle zu erteilen.

Digitized by Google

Nachdem er das Telegramm an den Marschall de Mac Mahon abgefaßt hatte, diktierte er ein zweites an den Kaiser: einen kurzgehaltenen Bericht über die Schlacht vom 16. August. Doch er ließ es unvollendet und sprach dem Obersten Napoléon Boyer seine Absicht aus, aufs Schlachtfeld zu reiten, um zu sehen, was vorgehe; möglicherweise würde er diesen beiden Telegrammen etwas hinzuzufügen haben.

Herr Debains, der die am vorherigen Tage vom IV. Korps gemachten Gefangenen ausgefragt hatte, bat den Marschall um die Erlaubnis, an den Minister des Innern eine Depesche mit einem beruhigenden, eingehenden Bericht über die Schlacht vom 16. August abzusenden. Der Marschall war damit einverstanden; dieses Telegramm müßte jedoch vor seiner Absendung die Billigung des Obersten Napoléon Boyer gefunden haben.

Hierauf stieg der Marschall zu Pferde und ritt, gefolgt von dem Hauptmann de Mornay, von seinem Feldflaggenträger, einem Unteroffizier und einem halben Zug Husaren, die steile Straße hinauf, die auf das Plateau von St. Quentin führt. Dem General Jarras ließ er durch einen Ordonnanzunteroffizier sagen, er möge ihm fünf Offiziere des Stabes schicken.

Auf halber Höhe begegnete der Marschall dem Major La Beuve und dem Hauptmann Camille de France vom Generalstab. Als der Marschall sie zu Gesicht bekommen hatte, konnten sie nicht umhin, sich ihm anzuschließen.

General Jarras, der, in sein Haus eingeschlossen, auf die Befehle des Marschalls gewartet hatte, war sofort benachrichtigt worden, daß der Marschall zu Pferde steigen und fortreiten wolle. Er eilte über die Straße und ging in die Villa Bouteiller. „Ich ließ dem Marschall sagen," erzählt er, „daß ich mich bereit hielte, ihn zu begleiten; er ließ mir antworten, daß er meiner und aller Offiziere des Stabes nicht bedürfe; ich solle bei der Arbeit an dem Beförderungsvorschlage bleiben und möchte nur fünf Offiziere zu ihm schicken; er würde mich rufen, wenn die Sache ernst würde."

Diese Mitteilung wurde dem General durch einen Offizier überbracht, da Marschall Bazaine es nicht für angezeigt erachtete, sich in einem derartigen Augenblick direkt mit seinem Generalstabschef zu verständigen. General Jarras machte keine Einwendungen, kehrte in sein Quartier zurück, teilte den Offizieren des Stabes mit, „daß der Marschall nach dem St. Quentin fortgeritten sei und fünf Offiziere verlange", und bestimmte, daß der Oberst d'Andlau, der Oberstleutnant de Klein de Kleinenberg, der Major Lepippre, die Hauptleute Jung und Amphoux ihm folgen sollten. Diese Offiziere begaben sich sofort in die Villa Bouteiller und fragten, welchen Weg der Marschall eingeschlagen habe. „Steigen Sie ein bißchen rasch auf, Sie werden ihn bald einholen, er ritt im Schritt." Die Offiziere setzten sich in Galopp und ritten in das Fort Plappeville. Der Marschall, wurde ihnen gesagt, befinde sich vor dem Glacis mit den Generalen Soleille und Canu. Sie begaben sich dorthin. „Der Marschall und die Generale waren alle zu Fuß," erzählt der Oberst d'Andlau; „ich ging auf den Marschall zu und meldete ihm, daß wir zu seiner Verfügung ständen."

Digitized by Google

Bei den beiden Begleiteskadronen blieben Offiziere und Mannschaften ruhig an Ort und Stelle. „Der Marschall hat keine Eskorte verlangt," schrieb der Rittmeister Roy de Vacquières, „und der Dienst der Ordonnanzunteroffiziere ist nicht sehr bedeutend. Wir reiten auf das Plateau hinauf, und als wir mit einigen Offizieren beim Fort Plappeville halten, bemerken wir auf unserm linken Flügel in einer Entfernung von 3 bis 4 Kilometern oberhalb Rozérieulles gegen die Mosel zu das Feuer von zwei oder drei Batterien. Wir waren weit davon entfernt, zu vermuten, daß eine große Schlacht auf der ganzen Linie im Gang war. Unsre Eskadron, deren Biwak wir zu unsern Füßen sehen, hat sich nicht von der Stelle gerührt.

„Wir reiten rasch hinunter, aus Besorgnis, daß wir gebraucht werden. Wir kommen zehn Minuten später im Biwak an und erfahren, daß der Marschall den Augenblick mit einem halben Zug und einem Unteroffizier fortgeritten ist. Es ist ungefähr 4 Uhr."

Ehe Marschall Bazaine das Plateau erreicht, hatte er an der Stelle, die den Namen „Les Abreuvoirs" führt, Herrn Vianson, den Bürgermeister von Plappeville, getroffen und in seiner Gegenwart mit zwei oder drei Offizieren gesprochen, die vom Schlachtfeld zu kommen schienen und sehr aufgeregt aussahen. Als eine Anzahl Lanciers von der Garde dort vorüberkam, hatte der Marschall sie einen Augenblick betrachtet, dann hatte er sich auf das Plateau des St. Quentin begeben.

Der General Soleille, der vom Oberstleutnant Nugues benachrichtigt worden war, daß der Oberbefehlshaber sich auf dem St. Quentin befinde, war in seinem Break dorthin gefahren.

Die Ankunft des Marschalls Bazaine auf dem dominierenden Punkt, auf dem ihn das Personal der ganzen Gardeartillerie und der ganzen Reserveartillerie sehen konnte, ist von dem Leutnant d'Astier de la Vigerie von der Gardeartillerie folgendermaßen geschildert worden:

„Der Marschall Bazaine erscheint, und sofort kommen, als ob er ein Lerchenspiegel wäre, sämtliche höheren Offiziere wie die Lerchen herbei und umschwirren ihn: der General Soleille, der General Pé de Arros, der General Deligny, der General Canu.

Der Marschall steigt vom Pferde und bespricht sich mit dem General Soleille.

Sie sprechen sicherlich von der Bahnlinie nach Thionville. Hat doch der Minister zweimal seit zwölf Stunden dem General Soleille telegraphisch den Befehl erteilt, sie bewachen zu lassen; $7\frac{1}{2}$ Millionen Patronen sind unterwegs, die auf dieser Bahnlinie nach Metz geschickt werden; es ist kaum einige Minuten her, daß der General Soleille nochmals dem Minister versichert hat, die Linie werde bewacht, und auf die dringenden Bedürfnisse der Armee hingewiesen hat: ‚Wir dürfen,' so schloß er dieses Telegramm, ‚uns keine Illusion mehr über die Beihilfe des Arsenals von Metz zur Befriedigung der Bedürfnisse der Armee machen.'

Sie sprechen jedenfalls auch über die kritische Lage des Marschalls Canrobert,

Digitized by Google

dessen Korps, das mehr als die Hälfte seiner Artillerie eingebüßt und fast keine Munition mehr hat, in Gefahr ist, umgangen zu werden."

Da dem Marschall wie dem General Soleille dieselbe Scheu vor jeder Verantwortung eigen war, so läßt sich nicht sagen, ob der Marschall den Befehl zur Entsendung der Batterien gegeben oder ob General Soleille diese Maßnahme vorgeschlagen hat.

Als später in der Voruntersuchung zum Prozeß des Marschalls Bazaine der General Seré de Rivières diesen fragte, welche Befehle er gegeben habe, um dem Marschall Canrobert während des 18. August Verstärkungen zu schicken, antwortete der Marschall: „Der General Soleille hätte dem VI. Korps Verstärkungen schicken sollen, und wenn er mir etwas vorgeschlagen hätte, würde ich zugestimmt haben." Das ist allerdings so ganz seine gewöhnliche Art: Niemals einen Befehl zu erteilen, sondern zu sagen: „Sie wollen das tun; gut, so tun Sie es."

Die zwei Batterien, die verspätet zum rechten Flügel der Armee geschickt wurden, während siebzehn andre untätig auf dem St. Quentin und drei weitere in der Schlucht von Longeau stehen blieben, konnten natürlich keinen entscheidenden Einfluß ausüben. Es hätten alle Reserven: die noch zur Verfügung stehende Kavallerie und Artillerie und die Gardeinfanterie, nach dem rechten Flügel geworfen werden müssen.

„Was mich betrifft," hat Marschall Bazaine später gesagt, „so war es mir infolge meiner Kontusion unmöglich, zu galoppieren; ich war gezwungen, vom Pferd zu steigen." In der Tat ging er auf dem Glacis des Forts St. Quentin in Begleitung der anwesenden Generale auf und ab.

Um ihn herum befanden sich die Lager und die Parks der Batterien der Garde und der Hauptreserve; dahinter standen das 3. und 4. Voltigeurregiment und Abteilungen Chasseurs zu Pferd von der Garde zwischen ihren aufgeschlagenen Zelten und ihren Gewehrpyramiden in Bereitschaft; weiterhin, an der Stelle, wo das Plateau sich zu neigen beginnt, befand sich das Lager der Grenadiere. Einen Augenblick vorher hatten die Offiziere und die Kanoniere von der Reserve die Grenadiere zu den Gewehren greifen und sich entfernen sehen. Sollten sie den Befehl erhalten haben, nach St. Privat zu marschieren?

Der Marschall beobachtete ebenso wie die sämtlichen Offiziere der auf dem Plateau lagernden Truppen das nicht besonders heftige Gewehrfeuer, das sich längs der Mosel gegen Vaux und Ars zu und selbst bei Sainte-Ruffine zeigte.

Auf dem Platz, wo er war, konnte man nichts von der Schlacht sehen, die auf der Frontlinie Rozérieulles—Doncourt im Gang war. Auf dem St. Quentin ist man von dieser 4 Kilometer entfernt und durch die waldige Schlucht bei Châtel, durch welche die Eisenbahn nach Verdun geht, getrennt. Das Geschützfeuer war zu hören, und auf Augenblicke waren Rauchwolken und bisweilen die Explosionen von Geschossen in der Luft wahrzunehmen, aber das war auch alles; man sah keine Truppen und konnte aus dem Kanonendonner keinen Schluß auf den Gang der Schlacht ziehen.

Digitized by Google

„Ich begab mich auf das Plateau von Plappeville," hat Marschall Bazaine später erklärt, „und blieb so, während ich dem Schlachtfeld näherkam, doch erreichbar für die Telegraphenstation des Forts Plappeville, durch die mir die Nachrichten vom Observatorium der Kathedrale zukamen."

Dieser Grund ist nicht stichhaltig. Vor allem war der Marschall hier dem Schlachtfeld nur um 4- bis 500 Meter näher, während er doch 4 Kilometer weit hätte reiten müssen, um etwas vom Kampfe zu sehen. Wenn ihm ferner daran lag, die Telegramme sofort zu erhalten, so hätte er sich auf das Plateau von Moscou im Zentrum seiner Schlachtlinie begeben können, wo sich wie im Fort Plappeville eine Telegraphenstation befand; er wäre dieser dort sogar näher gewesen, als er hier der von Plappeville war, während er auf dem St. Quentin auf und ab ging. Endlich leitete ihn, wenn er Wert darauf legte, in Verbindung mit dem Posten auf der Kathedrale zu bleiben, dabei ganz sicher nicht die Absicht, Nachrichten über die Schlacht zu bekommen, denn von diesem Beobachtungsposten aus konnte man die einzelnen Phasen des Gefechtes ebensowenig verfolgen wie vom St. Quentin.

Während er das Gewehrfeuer in der Richtung nach der Mosel zu beobachtete, meldete sich der Hauptmann Guioth vom Generalstab bei ihm. „Ich fand den Marschall Bazaine," berichtet Hauptmann Guioth, „auf dem St. Quentin, während er die Brigade Lapasset bei Sainte-Ruffine und Jussy beobachtete und sich über die Verschwendung aufhielt, die sie mit ihrer Munition trieb."

Hauptmann Guioth hatte soeben den General Frossard gefragt, ob er wünsche, daß seine Kavalleriedivision das Tal von Châtel-Saint-Germain mit den Divisionen Desvaux und de Forton verlasse. „Ich hatte," berichtete er dem Marschall, „den Kommandanten des II. Korps auf seinem Platze gefunden, seine Truppen waren in Stellung, der Feind führte nur eine Demonstration ihm gegenüber aus; gegen seinen linken Flügel markierte er eine Umgehungsbewegung, aber da die Brigade Lapasset bei Sainte-Ruffine war, verließ sich General Frossard auf sie und beunruhigte sich nicht." Dieselben Ansichten hatte der General schon am Vormittag dem Hauptmann Guioth gegenüber ausgesprochen und sie seinem Stab beim Beginn des Gefechtes wiederholt: seiner Meinung nach sollte der eigentliche Angriff gegen den entgegengesetzten Flügel der Armee gerichtet werden.

Als Hauptmann Guioth, der dem Marschall Leboeuf persönlich bekannt war, den General Frossard verlassen, hatte er sich dem Marschall zur Verfügung gestellt für den Fall, daß er dem Marschall Bazaine Mitteilungen zu machen hätte. Marschall Leboeuf hatte ihm gedankt und ihn beauftragt, dem Oberkommandierenden zu sagen, „daß er soeben einen sehr heftigen Angriff auf seine Front zurückgeschlagen habe, und daß er darauf gefaßt sei, gegen 5 Uhr nochmals angegriffen zu werden; er habe schon eine Brigade Voltigeurs als Verstärkung bekommen; wenn Marschall Bazaine ihm die Grenadierdivision schicken könne, würde ihm das sehr angenehm sein, aber er verlange sie nicht ausdrücklich und würde standhalten. Da Marschall Bazaine nicht antwortete, glaubte ich" — so berichtet Hauptmann Guioth —, „daß er über die Grenadierdivision ver-

Digitized by Google

fügt habe. Ich war auf dem Abhang zwischen Lessy und Châtel einem Voltigeurregiment begegnet; ich machte ihn darauf aufmerksam, daß es weiter vorgeschoben werden könne. Der Marschall ließ sogleich durch einen seiner Offiziere diesem Regiment den Befehl erteilen, in die Wälder bis zum Plateau hinaufzusteigen.

„Der Marschall fragte mich sodann, ob ich wisse, was auf dem rechten Flügel der Armee vorgehe. Als ich verneinte, fragte er mich über die Stärke des Feuers auf dieser Seite aus, und ich sagte ihm, daß das Geschützfeuer vor dem III. Korps so heftig sei, daß es unmöglich sei, zu hören, was fünfzig Schritte davon entfernt vor sich gehe. Ich war sprachlos, daß um 4 Uhr nachmittags Marschall Bazaine keinerlei Nachricht über die Schlacht hatte."

Eine Depesche des Marschalls Leboeuf bestätigte die Mitteilung des Hauptmanns Guioth:

„L'Arbre Sec, 3 Uhr 10 Min.

Kann ich über eine Gardebrigade verfügen, um den General Aymard zu unterstützen, der in einen heftigen Kampf verwickelt ist? Ich glaube, daß gegen Ende des Tages eine starke Offensivbewegung zu erwarten ist. Das Zentrum hält sich gut. Der rechte Flügel macht Fortschritte."

Bald nachher meldete sich der Hauptmann de Locmaria bei dem Marschall Bazaine. General Aymard hatte den General Brincourt gebeten, ihn mit seinen Voltigeurs zu unterstützen; dieser General hatte erwidert, daß er es nur auf einen formellen Befehl hin tun könne. Hiervon benachrichtigt, bat der Marschall Leboeuf den Marschall Bazaine, eines der Voltigeurregimenter der Division Aymard zu Hilfe zu senden.

„Der Marschall, bei dem sich die Generale Canu und Pé de Arros befanden," schreibt der Hauptmann de Locmaria, „hatte, vollkommen gleichgültig die Blicke auf die Mosel gerichtet, zugehört und antwortete, ohne mich nur anzusehen: ‚Holen Sie ein Regiment von der Brigade Garnier und führen Sie es hinter die Division Aymard.'"

Auf diesen Befehl hin marschierte das 3. Voltigeurregiment, das im Fort St. Quentin geblieben war, nach Châtel hinunter und begann die Abhänge des Plateaus von Moscou zu erklimmen.

In dem Augenblick, wo Marschall Bazaine die Depesche des Marschalls Leboeuf von L'Arbre Sec erhielt, brachten die Telegramme im ganzen ziemlich beruhigende, wenn auch wenig bestimmte Angaben über den linken Flügel und das Zentrum der Armee.

„Kathedrale, 3 Uhr 5 Min., ausgefertigt um 3 Uhr 40 Min.

Das Geschützfeuer beginnt wieder ziemlich heftig auf unserm linken Flügel oberhalb Rozérieulles. Unsre Truppen haben noch immer ungefähr dieselben Stellungen."

„Fort St. Quentin, um 3 Uhr 38 Min., ausgefertigt um 3 Uhr 47 Min.

Unsre Truppen halten die Linie St. Privat ... Point du Jour ... besetzt. Wir scheinen kein Terrain gewonnen zu haben. In diesem Augenblick demaskieren die Preußen Batterien im Wald von Vaux ...

Digitized by Google

Der Kampf scheint eine Artillerieschlacht zu sein, ausgenommen einige Scharmützel von Plänklern unterhalb Rozérieulles."

Von der Kathedrale und den Forts aus hatte man Ausblicke auf das Moseltal, in dem Scharmützel oder wenig ernsthafte Scheinangriffe sich abspielten, und wenn die Telegramme schon ziemlich unbestimmt vom linken Flügel der Armee (dem II. Korps) sprachen, so machte keines die geringste Angabe über das Zentrum und den rechten Flügel (III., IV. und VI. Korps). Marschall Bazaine schien es nicht sehr eilig zu haben, Nachrichten über seinen rechten Flügel zu bekommen, denn obwohl er schon drei Eildepeschen vom Marschall Canrobert erhalten hatte, in denen dieser um Verstärkungen und Munition bat, schickte er seinerseits niemand fort, um Erkundigungen einzuziehen.

Einige Minuten nach 4 Uhr empfing er ein Telegramm von dem Telegraphendirektor Petitpas de la Vasselais, das ihm meldete, daß die Preußen in Briey seien und die Telegraphenlinie von Paris nach Metz zerstört hätten. „Die Verbindungen von Metz durch die Ardennen," schloß das Telegramm, „sind aber immer noch gut."

Daraufhin ließ Marschall Bazaine dem Oberst Napoléon Boyer den Befehl zugehen, die beiden Telegramme, die er selbst diktiert hatte, ehe er die Villa Bouteiller verließ, aufzugeben und dem Telegramm an den Kaiser folgende, nach dem neuen Schlüssel übertragene Zeilen anzufügen:

„In diesem Augenblick, um 4 Uhr, wird ein vom König von Preußen persönlich geleiteter Angriff mit bedeutenden Streitkräften auf die ganze Front unsrer Schlachtlinie gerichtet.

„Unsre Truppen halten sich bis jetzt gut, aber einige Batterien sind gezwungen gewesen, das Feuer einzustellen."

Diese beiden Telegramme wurden aufs Zentralbureau in Metz gebracht und um 4 Uhr 5 Minuten und um 4 Uhr 15 Minuten, also in einem Zeitabstand von 10 Minuten, aufgegeben. In dem ersten, an den Marschall de Mac-Mahon gerichteten, meldete Marschall Bazaine, daß er sich in der Defensive halte, bis er, wie er sagte, die wahre Richtung der Truppen kenne, die ihm gegenüberstanden, vor allem der Reservearmee, die, wie es hieß, in Pange auf dem rechten Moselufer unter dem Oberbefehl des Königs stehe; dessen Hauptquartier sollte sich im Schlosse Aubigny befinden.

Seit dem vorhergegangenen Abend hatte Marschall Bazaine Kenntnis davon, daß König Wilhelm sich wahrscheinlich vor Metz befand. Diese Nachricht war ihm im Laufe des Vormittags durch den Bericht des Hauptmanns Danloux und gegen Mittag durch eine Mitteilung des Generals Letellier Blanchard bestätigt worden. Bekam er gegen 4 Uhr Gewißheit über diese Tatsachen? Man wäre versucht, dies anzunehmen, wenn man die Nachschrift seines Telegramms an den Kaiser und vor allem jene Erklärung liest, die er später abgegeben hat — eine Erklärung, die um so interessanter ist, als er darin anerkennt, daß er von 4 Uhr an die Schlacht für verloren hielt und von da an entschlossen war, keine Anstrengung mehr zu machen, um sie zu gewinnen.

Digitized by Google

„Als ich glaubte (um 4½ Uhr), daß alle deutschen Streitkräfte bereits auf dem Plateau seien" — so hat er sich ausgesprochen — „und als ich von der Anwesenheit des Königs von Preußen erfuhr, brauchte ich nicht mehr das Ende des Tages abzuwarten (um den Befehl zum Rückzug zu erteilen), weil ich genau vorhersah, daß wir gezwungen sein würden, unsre Stellungen zu räumen."

Die Ankunft des Marschalls auf dem Plateau von St. Quentin hatte Aufsehen erregt. Die Generale waren um ihn versammelt, und die Kanoniere, Voltigeurs und Jäger in den Lagern blickten von weitem auf diese Gruppe von hohen Offizieren, überzeugt, daß das Zeichen zum Aufbruch ihnen unverzüglich gegeben werden würde. Die Pferde der Batterien kamen von der Tränke zurück: man sah sie die Abhänge des St. Quentin hinaufsteigen, und die beiden Batterien Bellorger und de Reynaud de Villeverd waren bespannt und vollständig bereit aufzubrechen.

War beim Marschall Bazaine ein neuer Abgesandter des Marschalls Canrobert erschienen? Das ist wahrscheinlich; es scheint, daß es der Offizier war, der den Brief von 10 Uhr morgens überbracht hatte, in dem Canrobert angewiesen wurde, sich zurückzuziehen, im Falle er ernstlich angegriffen werde. Marschall Bazaine entschloß sich, den wiederholten Bitten seines Unterführers um Zusendung von Verstärkungen zu entsprechen, und ließ durch den Obersten La Veuve dem General Garnier den Befehl erteilen, das 4. Voltigeurregiment gegen St. Privat zu führen.

„Ich schickte mich an, mich zum 3. Voltigeurregiment zu begeben, das dem General Aymard als Verstärkung geschickt worden war," so schreibt General Garnier, „als ich Schlag auf Schlag den Befehl erhielt, das 4. Voltigeurregiment nach St. Privat zu schicken, hierauf wieder, es auf dem St. Quentin zurückzuhalten, dann schließlich den Befehl, auch das 3. zurückzurufen." Das war eine Gewohnheit des Marschalls Bazaine: einen Befehl zu erteilen und ihn sogleich zu widerrufen.

General Garnier, der solch plötzliche Aenderungen nicht verstand, begab sich selbst zum Marschall, um ihn zu fragen, „ob er nach St. Privat gehen solle oder nicht". Er erhielt zur Antwort, er solle mit allen Truppen an Ort und Stelle bleiben.

Die beiden Batterien der Hauptleute Bellorger und Reynaud de Villeverd brachen auf einen von dem Major Abraham überbrachten Befehl auf, und kurz darauf wurden etwa vierzig gesattelte Pferde nach dem mobilen Park vor dem Fort Plappeville geführt; den siebzehn noch unverwendeten Batterien der Reserve und der Garde aber wurde keine Weisung gegeben.

„Diese Ruhe stand in scharfem Gegensatz zu dem Kanonendonner, den man einige Kilometer entfernt hörte, und dem Rauch, den man über den Höhen aufsteigen sah," so schilderte der Leutnant de Galembert vom 18. Artillerieregiment in seinen Tagebuchaufzeichnungen seine Eindrücke. „Was dachte sich Marschall Bazaine eigentlich, als er einen Teil seiner Streitkräfte unbeweglich festhielt? Schließlich erschien es uns als ein gutes Zeichen: wenn wir nicht gerufen wurden,

Digitized by Google

so brauchte man uns eben nicht. Aber was will der Marschall auf dem Plateau des St. Quentin, während mehrere Kilometer von dort entfernt gekämpft wird? Sein Platz war auf dem Schlachtfeld. Nur dort konnte er die Lage beurteilen."

„Wir sind," so ist ferner in dem Tagebuch des Hauptmanns Brugère von demselben Regiment (18. Artillerieregiment) zu lesen, „sehr erstaunt, den Marschall Bazaine auf dem St. Quentin und nicht auf dem Schlachtfeld zu sehen."

Nach einem Augenblick des Wartens kam die Mehrzahl der Artillerieoffiziere, da sie sahen, daß nichts vorging, näher heran und stellte sich hinter der Gruppe auf, die der Marschall und seine Generale bildeten.

Alle beobachteten das Gewehrfeuer längs des linken Moselufers. „Wir suchen mit unsern Gläsern den Horizont ab ... eine Batterie nimmt Stellung auf dem Bergrücken von Jussy und beschießt Sainte-Ruffine."

Der Marschall rief jetzt den Hauptmann Gouzy zu sich, dessen Batterie am nächsten stand, und befahl ihm, den preußischen Geschützen zu antworten. Ein oder zwei Schüsse wurden abgefeuert, und die Generale, die durch den Feldstecher beobachteten, erklärten sie für zu kurz; dann sagte der Marschall: „Lassen Sie Zwölfpfünder kommen", und General Canu befahl den Hauptleuten Blavier und Leclerc, mehr links Aufstellung zu nehmen, rief dann, als er den Hauptmann Brugère erblickte, diesen an und befahl ihm vor dem Marschall und seiner Gruppe, mit dem Entfernungsmesser den Abstand zu messen, der den Punkt, wo er sich befand, von der deutschen Batterie trennte. „Der Marschall fragte mich über den Entfernungsmesser aus, den ich in der Hand hielt," schreibt Hauptmann Brugère, „er bat mich, ihn vorzuführen. General Deligny sprach dazwischen: ‚Das ist nicht richtig; es ist weiter, als Sie sagen, von hier bis zu jenem Punkt', bemerkte er. Ich antwortete, und der General nahm die Sache sehr gründlich. Es wurde eine Karte gebracht, und ich hatte recht.

„Ich war sprachlos, den Oberbefehlshaber sich mit solchen Kleinigkeiten abgeben zu sehen, während eine furchtbare Schlacht zu hören war, die gleich daneben geschlagen wurde und für die er sich gar nicht interessierte."

Als die Vorführung des Entfernungsmessers beendigt war, ließ der Marschall den Generalen Desvaux und de Forton in der Schlucht bei Châtel sagen, daß sie ihre vier Batterien in den Weinbergen oberhalb Scy aufstellen sollten, um den Angriffen der Deutschen längs des linken Moselufers entgegenzuwirken, und zu gleicher Zeit rief er den General Deligny und befahl ihm, Vorkehrungen zu treffen, um die Abhänge des St. Quentin mit der Brigade Garnier zu decken. Diese Brigade bestand aus dem 3. und 4. Voltigeurregiment, von denen eines kurz vorher sich auf dem Wege nach Point du Jour und das andre auf dem Wege nach St. Privat befand. Sie waren zurückgerufen worden, um in den Weinbergen der Basis des St. Quentin entwickelt zu werden.

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Die Sage von der Ueberlegenheit der französischen Artillerie

Von

v. Deines, General der Artillerie z. D.

Der Krieg auf dem Balkan hat den Streit in Bewaffnungsfragen neu aufleben lassen. Die lautesten Stimmen behaupten, daß sich die Unterlegenheit der aus Deutschland stammenden Geschütze gegenüber den Kanonen französischer Herkunft ganz unbestreitbar erwiesen habe. Freilich ist auch diesmal festzustellen, daß nicht immer recht hat, wer sich am lautesten benimmt.

Zunächst: Nicht die Waffe gibt den Ausschlag, sondern der Mann, der sie führt, und das Verständnis, mit dem sie gebraucht wird. Betrachten wir die beiden Hauptgegner: Auf der einen Seite allgemeines Gehen- und Geschehenlassen, in der Artillerie trotz aller Bemühungen des deutschen Instrukteurs die volle Unmöglichkeit, unter Abd ul Hamid auch nur das Scharfschießen einer einzelnen Batterie zuwege zu bringen, als Folge davon also gänzliches Unverständnis für den Gebrauch der Geschütze im Kriege. Was an der Armee noch Gutes geblieben war, haben dann die jungtürkischen Wirren weiter verdorben, viel gründlicher noch, als es die meisten von uns nach den von dorther bekannt gewordenen Berichten erwartet hatten. Auf der andern Seite ein im Aufstieg begriffenes Volk, in allen seinen Schichten von dem entschlossenen Willen zum Sieg erfüllt, durch tüchtige Offiziere geführt und planmäßig für den Krieg erzogen. Es kann, wie wir die Sache heute übersehen, gar keinem Zweifel unterliegen, daß dieses Volk auch dann den Sieg an seine Fahnen gefesselt haben würde, wenn etwa ihm die angeblich schlechten deutschen Geschütze und dafür den Türken die so viel besseren französischen zur Verfügung gestanden hätten.

Von wirklich ausschlaggebenden Unterschieden der beiden Geschützsysteme kann nun aber überhaupt keine Rede sein. Beide hatten das gleiche Kaliber und annähernd gleiche Schußleistungen, beide waren von leistungsfähigen Fabriken hergestellt. Die Bulgaren haben aus ihren französischen Rohren sogar Geschosse deutscher Herkunft verwenden können und zahlreich verwendet. Auch diesen macht man freilich Vorwürfe; sie sollen infolge mangelhafter Zerlegung im Sprengpunkt nur ungenügend gewirkt haben. Die äußeren, zylindrischen Wände der Geschosse seien unzerlegt geblieben, ihre Kugelfüllung sei durch die Sprengladung nur „ausgeblasen“ worden. Auf diesen Punkt soll hier noch kurz eingegangen werden, weil er zugleich an einem Beispiel erkennen läßt, welche technischen Schwierigkeiten bei der Herstellung der heutigen Geschütze zu überwinden sind. So einfach am fertigen Geschütz manches auf den ersten Blick erscheinen mag, ist es doch immer das Ergebnis einer ganzen Anzahl von Kompromissen:

Je höher die Kugelzahl des Schrapnells im Interesse der Wirkung gesetzt

Digitized by Google

wird, um so dünner müssen seine Wände gehalten werden, um so geringer bleibt zugleich der Raum für die Sprengladung, die das Geschoß zerreißen soll. Anderseits verlangt die starke Beanspruchung, der das Geschoß im Rohr beim Beginn seiner Bewegung und weiter beim Durchgang durch die Züge ausgesetzt ist, unbedingte Festigkeit der dünnen Wände gegen Stauchung oder sonstige Formveränderungen und volle Sicherheit gegen Zubruchgehen im Rohr, in richtigem Ausmaß also zugleich Härte und Zähigkeit des Werkstoffs, und wiederum soll der Stahl des Geschoßmantels spröde genug sein, um auch bei mäßiger Sprengladung die Zerlegung in eine ausreichende Zahl kleiner Sprengstücke sicherzustellen. Man sieht, es sind zum Teil völlig entgegengesetzte Forderungen, die erfüllt werden sollen, und tatsächlich sind unsre großen, in der Herstellung der mannigfaltigsten Spezialstahle doch zweifellos bewanderten Fabriken nicht ohne anfängliche Mißerfolge zum erwünschten Ziel gelangt. Möglich also, daß bei Massenbestellungen für einen plötzlich eintretenden Krieg in einem oder dem andern Ausnahmefall vorgekommen sein mag, was behauptet wird. Einen weitergehenden Schluß daraus, namentlich auf unsre eignen Verhältnisse, zu ziehen, wäre aber völlig verfehlt.

Um noch ein Beispiel für die verwickelten heutigen Anforderungen zu geben: Das Pulver, „das ein Mönch erfand aus Schwefel, Salz und Kohlen", ist in seiner alten Einfachheit längst dahin. Schon bei ihm, dem ehemaligen Schwarzpulver, war in seinen letzten Entwicklungsgängen, ehe es von den sog. chemischen, rauchschwachen Pulvern abgelöst wurde, vom „pulvis" kaum noch die Spur vorhanden. Von wechselnder Zusammensetzung, verschiedenster durch Pressung erzielter Dichte und äußerer Bearbeitung zeigte es, je nach der Waffe, für die es bestimmt war, Formen vom feinen oder groben Korn zur Kieselgestalt und zum schwarzen oder braunen prismatischen Pulver. Noch mehr spezialisierten sich die Anforderungen bei den rauchschwachen Pulvern, die meist auf der Grundlage der nitrierten Zellulose (Schießwolle u. a.) oder des Nitroglyzerins, also höchst explosibler Stoffe, stehen. Zusammensetzung, Pressung und Bearbeitung sind verschieden, und eine ganze Musterkarte zeigt das Bild dieser Pulverarten, vom Blättchenpulver für Gewehre oder für leichtere Geschütze zum Würfelpulver verschiedenster Seitenlänge für schwerere Geschütze übergehend zum Streifenpulver oder Röhrenpulver für schwerste Geschütze, italienischen Makkaroni oder selbst ziemlich handfesten Spazierstöcken ähnelnd. Auf sorgfältigste und gewissenhafteste Arbeit kommt es bei der Herstellung dieser neuen Pulverarten im höchsten Maße an. Fehler in der Anfertigung oder nicht zweifellose Reinheit der Bestandteile machen sie für die Waffe geradezu gefährlich, und namentlich können durch die ungeheure Gewalt ihrer unter höchsten Hitzegraden auftretenden Stichflammen auch die besten schweren Stahlrohre rasch unbrauchbar werden. Daß durch schlechte Arbeit auch die Lagerbeständigkeit leidet und sehr bedenkliche Zersetzungen eintreten, haben unsre Nachbarn zu ihrem Schaden ja hinreichend erfahren, trotzdem gerade sie die ersten gewesen sind, denen die Herstellung eines waffentechnisch brauchbaren rauchschwachen Pulvers gelungen war.

Digitized by Google

Als gute Artilleristen haben die Franzosen immer gegolten; in manchen Fällen haben sie sich auch selbst bloß dafür gehalten. Unter anderm sind sie den übrigen Staaten in der Einführung gezogener Feldgeschütze vorausgegangen. Ihr System La Hitte war freilich noch eine ziemlich unvollkommene Vorderladekonstruktion mit Spielraumführung und Brandzündern. Es erwarb sich trotzdem im Kriege 1859 so sehr die Zufriedenheit unsrer Nachbarn, daß sie es unverändert noch bei Ausbruch des Krieges 1870/71 besaßen. Ueberholt war es inzwischen schon durch das nach 1859 ausgebildete österreichische gezogene Vorderladesystem und in noch weit höherem Maße durch die 1861 und 1864 fertiggestellten preußischen Hinterladekonstruktionen des Sechs- und Vierpfünders (9 und 8 Zentimeter), denen die spielraumlose Führung der Geschosse in den Zügen eine bis dahin nirgends erreichte Treffähigkeit und ein Aufschlagzünder unmittelbar nach dem Auftreffen der Granate am Ziel starke Wirkung gewährleistete. War der Erfolg der neuen preußischen Batterien im Kriege von 1866 wegen ihrer erst kurz vorher vollzogenen und nur teilweisen Einstellung sowie durch Mängel in der Verwendung noch unbedeutend, so erwiesen sie sich, allgemein im deutschen Heere eingeführt, 1870 der französischen Artillerie derart überlegen, daß dadurch die geringere Leistung des deutschen Infanteriegewehrs gegenüber dem französischen völlig ausgeglichen wurde. Es ist bekannt, wie Napoleon III. nach seiner Gefangennahme sich über die betäubende und vernichtende Wirkung der deutschen Artillerie geäußert hat.

Dagegen hatten die französischen Batterien ihre Geschosse, deren Brennzünder nur Einstellung auf sechs oder vier Entfernungen, je nach der Geschoßart, zuließen, nur dann in unmittelbarer Nähe des Ziels zur Wirkung bringen können, wenn sich der Gegner gerade auf der Entfernung befand, die der Einstellung der Zünder entsprach; im übrigen zersprangen sie irgendwo in der Luft, und Teilnehmer am Kriege werden sich leicht noch erinnern, welche Mißachtung nach einiger Gewöhnung den weißen Wölkchen da oben entgegengebracht wurde.

Einer eigenartigen Verstärkung der französischen Artillerie vor 1870 ist indes noch zu gedenken, auf die große Hoffnungen gesetzt wurden. Das war die Einführung des Canon à balles, mehr bekannt unter dem Namen der Mitrailleuse. Aber auch sie entsprach den Erwartungen und großen Worten nicht. In einzelnen Fällen, beim Bestreichen enger Zugänge zum Schlachtfeld und unter ähnlichen Verhältnissen haben Mitrailleusenbatterien allerdings bedeutende Erfolge erzielt; auch der moralische Eindruck ihres Feuers ist oft recht unbehaglich gewesen; aber in ihrem Wirkungsbereich auf die Schußweiten der Infanterie beschränkt und trotzdem wie Artillerie lafettiert und verwendet, mußten sie den deutschen Batterien rasch zum Opfer fallen, wenn diese ihnen auf immer noch bester Artillerieschußweite, aber außerhalb der Wirkung ihrer fünfundzwanzig Gewehrläufe entgegenstand. Was die französische Infanterie auszeichnete, die außerordentlich geschickte Ausnutzung des Geländes, die sie oft genug dem Blick fast völlig entzog, war diesem Aufbau von Infanteriewirkung auf Artillerielafetten völlig versagt. Mit dem Ende des Krieges sind die Mitrailleusen dieser Tage wieder

Digitized by Google

verschwunden, und erst das heutige Maschinengewehr, das neben außerordentlichen schießtechnischen Verbesserungen noch die Möglichkeit aufweist, es in seinem niedrigen Schießgestell jeder Deckung anzupassen und der Sicht ebenso wie die Schützenlinien selbst zu entziehen, hat die Mitrailleuse in andrer Form wieder aufleben lassen.

Unter den jetzigen Verhältnissen sind diese Maschinengewehre als Hilfswaffe im Infanteriegefecht so gut wie unentbehrlich geworden. Je größer die Reichweite und Wirkung des Infanteriefeuers sich gestaltet hat, desto schwieriger wird es für die Artillerie, die Bewegungen der Infanterie in ihrem Verlauf überall zu erkennen und zu unterstützen. Jedes Vorgehen der Schützenlinien ruft aber mit dem damit mehr oder weniger verbundenen Einstellen ihres Feuers die vollste Entfaltung der Feuerkraft auf feindlicher Seite hervor. Auch die angriffstüchtigste Infanterie kann dann, wenn ihr schweigendes Feuer nicht durch Maschinengewehre einigermaßen ersetzt wird, in bedenkliche Lagen kommen. Im Angriff, ebenso aber auch in der Abwehr, leisten somit die Maschinengewehre der Infanterie heute die allerwichtigsten Dienste, und es ist daher wohl zu verstehen, daß die angebliche Verzögerung in der Bereitstellung neuer Maschinengewehrkompagnien Sorge hervorrufen konnte.

Mit der Einführung der deutschen Geschütze vom Jahre 1873 und der nach dem Kriege fertiggestellten französischen Geschütze des Systems de Bange, deren Erstkonstruktionen während der Einschließung von Paris 1870/71 entstanden sind, war auf deutscher und französischer Seite ein annäherndes Gleichgewicht der Artilleriebewaffnung gegeben. Von neuem entwickelte sich ein Vorteil zugunsten der Franzosen mit der Erfindung des oben schon erwähnten rauchschwachen Pulvers, das ihre Artillerie ebenso wie die Infanterie der leichten Beobachtung durch den Gegner entzog, und ferner aus einer günstigen Lösung der Geschoßfrage durch Vereinigung der Granatwirkung und der Schrapnellwirkung in einem einheitlichen Geschoß, dem Obus à balles.

Der Reichskanzler Fürst Bismarck war es damals, was nicht überall mehr erinnerlich zu sein scheint, der mit der vollen Macht seiner Persönlichkeit dafür eintrat, daß bei uns sofort nachgeholt wurde, worin die Franzosen uns zuvorgekommen waren. Das Ergebnis entsprach der Energie des Willens, mit der die Forderung gestellt war. Auch die Geschoßfrage wurde bald gelöst und damit das Gleichgewicht in der Bewaffnung wieder erreicht.

Die Weiterarbeit brachte dann auf deutscher Seite das Feldgeschütz des Jahres 1896, das mit bemerkenswert geringem Gewicht des ganzen Systems doch sehr hohe Schußleistungen verband. Der Lafettenrücklauf beim Schuß ließ sich durch einen in den Boden eingreifenden Sporn am Lafettenschwanz und eine gut wirkende Räderbremse einigermaßen einschränken. Wieder kamen jedoch unsre Nachbarn der deutschen Artillerie durch die Einführung des Rohrrücklaufs in gebremster Lafette bei ihrem Feldgeschütz voraus. Die Aufgabe, das mit einer Oberlafette verbundene Geschützrohr auf feststehender Unterlafette zurückgleiten und in seine frühere Stellung sich selbsttätig wieder vorbewegen zu lassen,

Digitized by Google

war in der Schiffs- und Küstenartillerie, ebenso bei Belagerungs- und Festungsgeschützen seit langem gelöst, bei Feldgeschützen bis dahin kaum ernstlich versucht worden, weil die Festlegung der fahrbaren Lafette augenscheinlich auf Schwierigkeiten stoßen mußte. Den Franzosen gelang dieses Festlegen, die sog. „abattage", durch Verankerung von Radschuhen unter den gebremsten Lafettenrädern und durch Sporn unter dem Lafettenschwanz. Auf der nach den ersten Schüssen feststehenden Unterlafette bewegt sich das Rohr mit der Oberlafette, durch eine Flüssigkeitsbremse gehemmt, zurück und durch Preßluft, die sich bei der Rückbewegung bildet, in seine alte Stellung wieder vor, fast ohne im Schuß seine Richtung zu verändern. Erst dadurch und in Verbindung mit einem Schnellladeverschluß, mit Patronenauswerfer und Zünderstellmaschine ist ein eigentliches Geschützschnellfeuer möglich geworden. Ein weiterer Vorteil war zu gleicher Zeit zu erreichen: Das Feststehen des Geschützes erlaubte es, ohne allzu erhebliche Vermehrung des Geschützgewichtes, Stahlschilde zum Schutz der Bedienung an den Lafettenachsen anzubringen; die Mannschaft, die des aufgehobenen Lafettenrücklaufs wegen ohnehin nicht mehr gezwungen war, beim Abfeuern aus dem Gleis zu treten, erhielt dadurch noch Schutz gegen Schrapnellkugeln und Infanteriefeuer und konnte um so ruhiger ihre Aufmerksamkeit auf Bedienung und Ziel richten. Mit unsäglicher Mühe mußten dagegen die nicht mit Rohrrücklauf versehenen Geschütze, die beim Schuß entweder eine ganze Anzahl von Metern weit zurückliefen oder, wenn scharf gebremst, ganz ungeregelt aus der Richtung sprangen, in ihre alten Schußstellungen zurückgebracht und dann von neuem gerichtet werden. Auch ohne Verluste war damit ein baldiges Ermüden der Bedienung zu befürchten.

Es konnte daher auch gar nicht zweifelhaft sein, daß der Vorsprung der Franzosen in kürzester Zeit wieder eingeholt werden mußte. Dies ist geschehen, und zwar, wie meist in technischen Dingen, mit einer Anzahl von Vorteilen zugunsten der späteren Konstruktion. Das deutsche Geschütz, das sein bisheriges vortreffliches Rohr vom Jahre 1896 beibehalten konnte und für den Rohrrücklauf nur einer Neulafettierung bedurfte, steht auch ohne zeitraubende „abattage" nach Umklappen des Sporns und Anziehen der Radbremse mit dem ersten Schuß völlig fest, ist also in kürzerer Zeit feuerbereit und wegen seines weit geringeren Gewichts in der Feuerstellung besser wie das französische befähigt, jede befohlene Richtungsänderung sofort aufzunehmen. Die Schutzschilde decken besser und vollständiger, die Munition und andres ist von mindestens gleicher Güte wie auf französischer Seite. Das große Gewicht des französischen Geschützes als Fahrzeug wie besonders im abgeprotzten Zustand wird durch die nach den Tabellen vorhandenen etwas größeren Leistungen seiner Geschosse nicht aufgewogen. Den hohen Nutzen ausreichender Beweglichkeit wird am besten einschätzen, wer sich aus dem Kriege 1870/71 des in unaufhörlichem Regen zur fast undurchdringlich zähen Masse gewordenen Bodens der Lothringer Höhen oder etwa des schlammbedeckten Schlachtfeldes von St. Quentin erinnert.

Einen gewissen Vorteil besitzt die französische Artillerie heute noch durch

Digitized by Google

die Einteilung der Gesamtgeschützzahl in Batterien zu vier anstatt sechs Geschützen bei uns und durch ihren an Bespannung stärkeren Friedensstand. Die Batterien zu vier haben natürlich infolge ihrer besseren Besetzung mit Offizieren den Vorzug der leichteren Leitung, wir werden sie indes allenfalls auch entbehren können. Sehr erwünscht, wenn nicht dringlich, erscheint dagegen eine Vermehrung des Pferdebestandes. Auch hier ist an die Verhältnisse von 1870 zu erinnern. Was an „Augmentationspferden", wie sie damals hießen, eingestellt wurde, kam meist aus ganz andern Lebensverhältnissen, wie das Militärpferd sie kannte. An Hafer oft kaum gewöhnt und durch Grünfutter oder andres dick und rund, fielen sie rasch ab; ein ewiges Umstellen im Gespann und fortwährendes Umpassen der Sättel und Geschirre war die Folge. Schwere Satteldrücke und Scheuerwunden durch Kumt und sonstige Geschirrteile blieben trotzdem eine häufige Erscheinung. Was an Pferden den langen Regenbiwaks vor Metz zum Opfer fiel, waren fast ausschließlich Augmentationspferde, sehr selten Pferde des alten Dienststandes.

Noch bleiben die Haubitzbatterien der deutschen und französischen Artillerie einer Betrachtung zu unterziehen. Als Ideal hatte bei uns immer gegolten, mit einem einheitlichen Geschütz für die gesamte Feldartillerie auszukommen. Die Vorteile der vereinfachten Ausbildung sowie im besonderen des erleichterten Munitionsaustauschs und Munitionsersatzes liegen auf der Hand. Indes hatte der Russisch-Türkische Krieg 1876/77 mit den Kämpfen um Plewna das bisherige Bild doch stark verändert. Die russischen Kanonen hatten den türkischen Feldbefestigungen nichts anhaben können. Ihre Geschosse, in flachem Bogen ankommend, blieben gegenüber der in tiefen Schützengräben sich verdeckt haltenden türkischen Infanterie wirkungslos, und die zum Sturm antretenden Truppen sahen sich beim Herankommen an die feindlichen Linien dem vollen Gewehrfeuer der türkischen Schützen preisgegeben, vor dem sie unter großen Verlusten zurückweichen mußten. Der Sturm gelang erst, nachdem schwere Geschütze zur Verstärkung herangezogen waren. Die Notwendigkeit, ein Steilfeuergeschütz einzustellen, das gegen Feldbefestigungen unmittelbar zur Hand war, unter Umständen vielleicht schon ihr Entstehen, jedenfalls aber ihre Verstärkung, wie sie den Türken bei Plewna gelungen war, zu verhindern, war kaum noch von der Hand zu weisen. Bei uns kam dementsprechend eine leichte (12 Zentimeter) Haubitze zum Versuch.

Noch einmal schien es indes, als ob der Zwang, dieses zweite, ganz anders wie die Kanone geartete Geschütz in die Feldartillerie einzustellen, umgangen werden könne, und zwar infolge der uns damals gelungenen Verwendung brisanter Sprengstoffe für Geschoßfüllungen. Die Feldkanone konnte ein Geschoß erhalten, das von einem Brennzünder unmittelbar über den Schützengräben oder wenigstens in ihrer Nähe zur Sprengung gebracht, durch die Gewalt der detonierenden Geschoßladung die Granatsplitter in steilem Winkel auch nach unten sandte und somit Wirkung gegen noch so verdeckt in Schützengräben aufgestellte Infanterie versprach. Zur Sicherung gegen etwaige vorzeitige Detonationen von

Digitized by Google

Geschossen im Geschützrohr genügte die Anwendung eines etwas weicheren Kanonenstahls. Da es dabei überdies gelang, die bisherigen Rohre noch bis zu einem gewissen Grad zu erleichtern, konnten die neuen Rohre auch den reitenden Batterien gegeben werden, die bisher ein geringeres Kaliber geführt hatten (8 statt 9 Zentimeter). Das Ideal des Einheitsgeschützes schien somit wirklich erreicht, und um so stärker machte sich in der Folge die Abneigung geltend, auf die Einführung einer leichten Feldhaubitze zurückzukommen. Indes ließ die große Wahrscheinlichkeit, daß wir es in einem neuen Krieg mehr wie je zuvor mit befestigten Stellungen zu tun haben würden, und die Einsicht, daß mit der Sprenggranate der Kanone allein doch nicht auszukommen sei, die Frage nicht zur Ruhe kommen, und es war namentlich der Chef des Generalstabes der Armee, der die Einführung einer leichten Feldhaubitze als unabweisbar forderte. Aus dieser Forderung sind die jetzt einen Teil der Feldartillerie bildenden leichten Feldhaubitzbatterien entstanden. Sie haben, einstmals von der Feldartillerie ohne große Freude aufgenommen, sich heute doch allgemeine Wertschätzung errungen, und zwar sowohl wegen ihrer vortrefflichen Wirkung gegen Ziele in feldmäßigen Befestigungen wie wegen ihrer Brauchbarkeit unter allen sonstigen Verhältnissen, besonders auch im Kampf gegen die schildgeschützten feindlichen Batterien, denen das Schrapnellfeuer der Kanonen nicht mehr so wie einst vernichtend beizukommen vermochte. Das Fahrzeuggewicht der leichten Haubitze liegt noch durchaus innerhalb der für ein Feldgeschütz zulässigen Grenzen. Unsre Nachbarn haben dagegen eine Haubitze von 120 Millimeter Kaliber in die Artilleriereserven ihrer Heeresverbände eingestellt; es muß aber mindestens bezweifelt werden, ob sie der als Glied der deutschen Feldartillerie lebensfähig gewordenen leichten Feldhaubitze auch nur einigermaßen gleichzustellen ist. Dasselbe gilt für die französische schwere (155 Millimeter) Haubitze des Systems Rimailho, die, zwar in allen Tönen gepriesen, doch Bedenken über ihre Brauchbarkeit im Felde zuläßt; sie wird wegen ihrer allzu großen Schwere in Lafette und Rohrwagen getrennt gefahren und muß zum Gebrauch erst besonders zusammengestellt werden, während die deutsche schwere Feldhaubitze ohne weiteres feuerbereit ist und mit verhältnismäßig geringem Gewicht des Fahrzeugs ganz ausgezeichnete und jedenfalls nicht übertroffene Schußleistungen verbindet.

In der Taktik der Artillerie glauben natürlich die Franzosen uns ebenso wie im Gerät überlegen zu sein. Sie haben theoretisch die Folgerungen aus den Eigenschaften des Schnellfeuergeschützes unter bestimmten Umständen richtig gezogen, wenn sie, sparsam in der ersten Verausgabung ihrer Batterien, einen Teil als Batterien de surveillance, einen andern Teil als Infanteriebatterien, denen die unmittelbare Unterstützung der Infanterie zugedacht ist, ausscheiden, die Massen aber in mehr oder minder abwartender Bereitschaft zurückhalten, um dann ihren Gegner durch stärkste Feuerentfaltung am entscheidenden Punkte zu unterdrücken. Ob das Verfahren für alle Fälle paßt, ob es nicht auch zum schädlichen Schema werden kann, mag dahingestellt sein. Strategie und Taktik bleiben einmal ein System der Aushilfen, und der wird immer im Vorteil sein,

Digitized by Google

der sich den Bedürfnissen des Augenblicks am besten anzupassen versteht. Also Verständnis und der Wille, alle Vorteile auszunutzen, die die jeweiligen Gefechtsbedingungen bieten, sind das wesentliche. Auf die Güte unsrer Waffen können wir mit ruhiger Sicherheit vertrauen, immer natürlich vorausgesetzt, daß wir — hier wie in anderm — nicht beharren, sondern im Weiterschreiten bleiben.

Zum Gedächtnis der Erhebung von 1813[1]

Von

Richard Fester

Vor hundert Jahren befahl König Friedrich Wilhelm III. in Breslau die Bildung freiwilliger Jägerkorps. Der Appell an die bis dahin vom Kriegsdienste befreiten Berufsklassen und Stände war der erste Schritt zur Verwirklichung des Scharnhorstschen Gedankens der allgemeinen Wehrpflicht. Die Konvention von Tauroggen und die Uebersiedelung des Königs nach Schlesien waren vorausgegangen. Die Aufhebung aller Militärbefreiungen und der Aufruf „An mein Volk" vom 17. März folgten auf dem Fuße. Zwischen der Mannestat Yorcks, die den zögernden König zur Entscheidung zwang, und zwischen der Erhebung des preußischen Volkes steht jene Verordnung an bedeutungsvoller Stelle. Sie hat in dem verstümmelten und mißhandelten Staate Friedrichs des Großen den Sturm entfesselt. Sie hat auch dem kümmerlichen Dasein der Königlich Westfälischen Universität Halle durch Leerung ihrer Hörsäle, schon ein halbes Jahr vor ihrer nominellen Aufhebung, ein sanftes Ende gemacht. Nach rückwärts wie nach vorwärts beleuchtet sie die Tage der Wiedergeburt und der Erhebung.

Wer gewohnt ist, sich über die Wurzeln seines Daseins Rechenschaft zu geben, bedarf nicht solcher festlicher Gedenktage. Für Nationen wie für das Individuum gilt der Satz: Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt. Nichts scheint natürlicher als die neugierige Frage des Enkels, wie es in der Welt wohl ausgesehen hat, als der Großvater die Großmutter nahm. Gesellt sich noch Ahnenstolz und ein starkes Nationalgefühl hinzu, so erwacht wohl der Wunsch, teure Säkularerinnerungen gemeinsam zu begehen. Die ungeheuren Weltveränderungen des Zeitalters Napoleon Bonapartes, eine große Zeit und ein großes Geschlecht haben uns schon seit Jahren in eine Aera der Jahrhundertfeiern hineingestellt. Sie würden dem geschichtlichen Sinn und der Pietät unsres Volkes das ehrendste Zeugnis ausstellen, wenn in ethischen Fragen die Statistik das letzte Wort hätte. Das fühlt wohl jeder, daß wir heute nichts mehr gemein haben mit jener berechtigten sorglosen Feuchtfröhlichkeit der Sieger von 1870, die, in ihre rheinischen Friedensgarnisonen zurückgekehrt, jeden Schlachttag mit noch unverfälschtem

[1] Rede, gehalten am 3. Februar bei der Erinnerungsfeier der Universität Halle.

Digitized by Google

Rheinweine begossen, und wenn der Siegeskalender eine Lücke zeigte, rasch entschlossen Marathon oder die Varusschlacht feierten. Auch die Zeit jener Art von Festberauschung, vor der Gottfried Keller sein Schweizervolk in seinem Martin Salander gewarnt hat, liegt eigentlich hinter uns. Auch unsre Feste laufen gegenwärtig auf jenem Schwungrade des Kampfes ums Dasein, den der heute tonangebende Amerikaner kürzer, aber ehrlicher „business" nennt. Unter der Herrschaft des Götzen Alltag ganz mit der Trivialität des Heute beschäftigt, feiern wir unsre Feste vielfach, um sie rasch abzumachen. In der Jahresbilanz des nationalen Haushaltes findet man sie unter dem Geschäftsgewinn der Wirte, der Verleger und fingerfertiger Schriftsteller. Von allen Kindern Saturns werden sie am schnellsten verschlungen, um neuen Reklamebildern Platz zu machen.

Auf dieser öden Zeitmühle zu mahlen, kann unsern deutschen Hochschulen und kann dem Historiker nicht zugemutet werden. Wenn eine Säkularfeier einen Sinn haben soll, so darf sie sich nicht auf die Erinnerung an gewesenes Sein und vergangene Männertaten beschränken. Die Aufdeckung der Wurzeln unsres eignen Seins muß zur Selbsterkenntnis führen. Selbsterkenntnis aber heißt allemal, daß uns der Weg, den wir gekommen sind, dazu auffordert, uns über die Weiterreise Gedanken zu machen. Wem der historische Enthusiasmus nicht mehr ist als ein Zweckessen mit seinen Trinksprüchen, wer nie danach verlangt hat, den kleinen Ring seines Lebens in unsres Daseins unendliche Kette einzureihen, dem geht gerade das verloren, was uns in dieser ernsten Stunde über den grauen Werkeltag erheben soll.

Als vor sieben Jahren ganz Deutschland sich erinnerte, daß ein Jahrhundert seit Schillers Sterbetag verflossen sei, mußten wir uns gestehen, daß die Säkularfeier seiner Geburt von 1859 schlechterdings nicht zu überbieten sei. Die nationale Bewegung des Jahres 1848 war im Sande verlaufen. Alle Hoffnungen der patriotischen Schwärmer für Deutschlands Einheit und Macht lagen zu Boden. Das Stichwort für den Helden und Führer der Nation war noch nicht gesprochen. Die Erinnerungen an die Paulskirche, von Anfang an getrübt, begannen bereits zu verblassen. Da pflanzte mit einem Male 1859 die Schillerfeier die Standarte des Idealismus auf. So weit die deutsche Zunge klingt, weckte sie einen Widerhall, wohl vergleichbar dem preußischen Echo des Aufrufes „An mein Volk". Die zersplitterte, soeben noch ohnmächtige Nation fand sich selbst wieder in der Erinnerung an den Dichter, der sie so eindringlich wie kein Sänger vor oder nach ihm auf die ewigen und unveräußerlichen Güter und Rechte verwiesen hatte.

Vier Jahre später ist dieses einige Volk von Brüdern nicht wieder zu erkennen, als der Stundenzeiger der Weltgeschichte den Ablauf eines halben Jahrhunderts seit der Erhebung von 1813 ankündigt. Vergebens hatte ein so glaubenswerter Mann wie Ludwig Häusser der Nation ins Gedächtnis zurückgerufen, daß in erster Reihe die Großtaten des preußischen Volkes in Waffen die französische Revolution in ihr altes Strombett zurückgedrängt und uns

Digitized by Google

Deutsche von der Fremdherrschaft befreit hatten. Außerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle stieß gerade der preußische Grundcharakter der Feier auch die Anhänger der erbkaiserlichen Partei zurück. In Preußen legte sich der Verfassungskonflikt zwischen Krone und Parlament wie ein Mehltau auf die festlichen Zurüstungen. Wohl begrüßte die Veteranen von 1813 brausender Jubel, als sie, nach den alten Verbänden der Korps von Bülow und Yorck geordnet, an der Spitze die Ritter des Eisernen Kreuzes, geführt von dem alten Wrangel, am 17. März 1863 durch die Linden marschierten. Vor der Schloßrampe aber blieb bei der Grundsteinlegung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. der für die Gewerke freigehaltene Raum leer. Kein Innungszeichen, nur Fahnen und Standarten waren zu sehen, als König Wilhelm die Kampfgenossen seiner Jugend begrüßte und die Reihe der Hammerschläge an den sechsjährigen Enkel des Monarchen, Prinz Wilhelm, unsern Kaiser, und den Konfliktsminister Otto v. Bismarck kamen. Nicht nur das liberale Bürgertum, auch die preußischen Jahrbücher standen grollend zur Seite, weil sie der Regierung vorwarfen, an der Zerstörung der Grundlage der 1813 geborenen Heeresverfassung zu arbeiten. Wohin man in Deutschland blickte, alles schien nur zu bestätigen, was Goethe im Februar 1814, während noch allenthalben die Freudenfeuer flammten, vorausgesagt hatte. Nur durch ein Wunder, hatte Goethe gemeint, wäre unsre politische und religiöse Einigung zu bewirken, „wenn es nämlich Gott gefiele, in Einer Nacht den sämtlichen Gliedern deutscher Nation die Gabe zu verleihen, daß sie am andern Morgen einander nach Verdienst schätzen könnten. Da nun aber dies nicht zu erwarten stehe, so habe er alle Hoffnung aufgegeben und fürchte, daß sie nach wie vor sich verkennen, mißachten, hindern, verspäten, verfolgen und beschädigen würden".

Gilt es also heute recht eigentlich nachzuholen, was unsre Väter 1863 versäumt, getrübt oder verdorben haben, so lösen wir damit nicht nur eine Ehrenschuld gegen die Führer, die sieben Jahre später die Träume von 1848 erfüllen sollten, wir lernen nicht nur unsre Väter und Brüder verstehen, die jenen Führern auf das wiedererweckte Blücherkommando „Vorwärts" gefolgt sind, wir werden uns vor allem selbst darüber klar, welche Mächte sich 1813 wie 1870 zusammenfanden, was sie uns waren, was sie uns sind, und was sie uns sein werden.

Die Frage, was des Deutschen Vaterland sei, konnte vor hundert Jahren ein Dichter leichter beantworten als ein Politiker. Wir nehmen uns heute kaum die Mühe, uns das Kartenbild Deutschlands in der Zeit des ersten Kaiserreiches einzuprägen. Denn wir sagen uns, das konnte nicht Bestand haben. Das Königreich Westfalen und das Großherzogtum Frankfurt erscheinen uns wie eine politische contradictio in adjecto. Man begreift es kaum, daß Napoleon mit der Beseitigung aller nationalen Grenzscheiden und mit der Schaffung leichtgezimmerter Vasallenstaaten etwas Dauerndes zu schaffen wähnte. Nichtsdestoweniger hat ein beträchtlicher Teil der staatlichen Bildungen jenes Zeitalters den Sturz des Imperators überlebt. Unter den süddeutschen Rheinbundstaaten war zum mindesten das neue badische Großherzogtum, der Elefantenrüssel, wie

Digitized by Google

es Bismarck einmal genannt hat, ebenso willkürlich zusammengesetzt, wie das Königreich Westfalen. Wenn auch Jérôme der einzige Napoleonide unter den Rheinbundfürsten blieb, so nistete sich doch die Sippe des Kaisers an den süddeutschen Höfen ein. Durch die Revolution hatte sich Frankreich Elsaß-Lothringen zum zweitenmal erobert. Durch Napoleons Grenzerweiterung war die heutige Rheinprovinz auf dem besten Wege, ein zweites französisches Elsaß zu werden. So gut sich unter dem Zepter der Wittelsbacher Franken, Schwaben und Pfälzer mit den Altbayern im Laufe weniger Jahrzehnte zu einem bayrischen Volk verschmolzen haben, hätte wohl auch Kassel der dauernde Zentralsitz eines nordwestdeutschen Staates werden können. Die staatenbildende Kraft hielt bei Napoleon dem Triebe, einzureißen, völlig die Wage. Das Baufieber hat keineswegs nur den preußischen Staat in der Zeit seiner Wiedergeburt erfaßt. In allen neuen französischen Provinzen und in allen Vasallenstaaten des Imperators ist man kaum minder eifrig an der Arbeit gewesen, mit dem Schutte des Mittelalters aufzuräumen, dem größer gewordenen Staate die größere moderne Basis zu geben, Kleinbetrieb durch Großbetrieb zu ersetzen. So kurz die Realität des Königreichs Westfalen gewesen ist, war sie doch noch 1812 eine Realität, mit der sich zur Entrüstung des Freiherrn v. Stein selbst so hohenzollerntreue Männer wie der Direktor der Franckeschen Stiftungen in Halle, Professor Niemeyer, abfanden. Wie Italien noch von 1815 bis 1859 ein geographischer Begriff geblieben ist, schien 1812 alles darauf hinzudeuten, daß es sich mit Deutschland in absehbarer Zeit nicht anders verhalten würde.

Denn darüber dürfen wir uns keiner Selbsttäuschung hingeben, daß es vor Napoleon eine deutschnationale Politik überhaupt nicht gegeben hat. Solange das Reich seine Glieder äußerlich zusammenhielt, war Deutschland immerhin noch ein politischer Begriff. Aber die Form war längst ohne Inhalt. Jedes Territorium trieb territoriale Politik. Je größer, je waffenmächtiger und geistesmächtiger es war, desto größer war auch im achtzehnten Jahrhundert der in seiner Territorialpolitik enthaltene Bruchteil einer künftigen deutschen Politik gewesen. Der Reichsstädter Goethe hatte das empfunden, als er das Schlagwort der Fritzischen Gesinnung prägte. Die territoriale Reichspolitik Kaiser Josefs II. einigte im Fürstenbunde unter der Führung des alten Fritz Kleindeutschland gegen den dynastischen Völkerstaat Oesterreich-Ungarn. Preußen war auf dem Wege zur deutschen Vormacht gewesen, als es durch die dritte der polnischen Teilungen aus seiner natürlichen Bahn gedrängt wurde. Aus dem reindeutschen Staate Friedrichs des Großen war seit der Erwerbung Südpreußens mit Warschau ein Völkerstaat geworden, wie das Reich der Habsburger. Die Rheinbundstaaten sind nicht die ersten gewesen, die in dem Schiffbruch des alten Europa und des alten Reiches nur für sich selbst sorgten. Das böse Beispiel hatten seit Beginn der Revolutionskriege die beiden Großmächte Oesterreich und Preußen gegeben. Die Demarkationslinie des Baseler Friedens von 1795 lieferte alle außerhalb der territorialen Einflußzone Preußens gelegenen deutschen Lande den kriegführenden Mächten aus. Deutschland zerfiel in seine Atome.

Digitized by Google

Jenes Bruchteil einer künftigen deutschen Politik war vor 1806 in Berlin ebenso unsichtbar geworden wie in Dresden, Stuttgart oder München.

Der in jenen Jahren erstarkenden gemeindeutschen Kultur fehlte daher der staatliche Rückhalt, den sie früher in der Verkörperung des preußischen Staates durch den König der Könige, durch Friedrich den Großen, besessen hatte. Ihr Vaterland war die Welt der Gedanken. Hier fühlte sie sich stark genug, die Invasion der französischen Aufklärung zurückzuschlagen und ihre eigne milde Herrschaft auszubreiten. In der Welt der Wirklichkeiten lief unsre Kultur Gefahr, von demselben Schicksal ereilt zu werden, das der italienischen Renaissance drei Jahrhunderte früher der Einzug der spanisch-jesuitischen Fremdherrschaft auf der apenninischen Halbinsel bereitet hatte.

Da brachte unserm Volke die Rettung, was man damals als den Anfang vom Ende angesehen hat. Die Jenaer Katastrophe und der Tilsiter Friede verwandelten die preußische Großmacht in einen von der Gnade Napoleons abhängigen Mittelstaat. Das Heer des König-Connetable, die Waffe Friedrichs des Großen war zerschlagen, sein Staat war zertrümmert. In den Stücken des Friedrichsschwertes aber erkannte man die Härte des Stahles wieder, und der von Südpreußen befreite Trümmerrest gewann den verlorengegangenen reindeutschen Charakter dieses Staates zurück.

So kam es, daß die Wiedergeburt Preußens in der Zeit der Stein- und Hardenbergschen Reformen die Wiedergeburt der deutschen Nation vorbereitete. An staatlichen Aufgaben war damals in ganz Deutschland kein Mangel. Ueberall galt es, den Staat dem neuen Zeitalter anzupassen. Ueberall galt es, heterogene Elemente zusammenzufassen, Heer und Finanzen neu zu ordnen. Jedes politische Talent hatte freie Bahn. Wer zu organisieren verstand, wurde durch die außerordentliche Zeit vor lockende außerordentliche Aufgaben gestellt. Welcher Nationalität er selbst angehörte, kam dabei nicht in Betracht. Der Baumeister des Königreichs Bayern ist der Savoyarde Graf Montgelas geworden. Nur in Preußen verlangte die Natur der Aufgabe, daß die Neuordner des Staates Deutsche waren. Ohne daß von Friedrich, dem bei Jena scheinbar geschlagenen, viel die Rede gewesen wäre, begann sein Staat wieder seine alte politische Anziehungskraft auf Gesamtdeutschland auszuüben.

Heute gibt es in Deutschland keine Napoleonhasser mehr. In Süddeutschland und am Rheine, wo er nicht nur Erwecker, sondern auch Neuordner gewesen ist, sind seine Bewunderer niemals ausgestorben. In der Volksvorstellung der Generation von 1870 wurde der Neffe des großen Korsen, Napoleon III., als die geeinigte Nation wieder gegen napoleonische Teufeleien zu Felde zog, mit germanischer Gutmütigkeit zum dummen Teufel degradiert. Den ersten Napoleon hat die deutsche Geschichtsschreibung unsrer Tage vielleicht zu sehr erhöht, als sie in dem Kaiser mit geheimer Sympathie den Organisator des Widerstandes gegen die Meertyrannei Englands entdeckte. Napoleon ist nicht die unsern Voreltern unbegreifliche „Eroberungsbestie“ gewesen. Er hat den Gegensatz gegen England von der Revolution und von der bourbonischen

Digitized by Google

Monarchie geerbt und in ein politisches System von grandioser Folgerichtigkeit gebracht. Den Zwingherren des Weltmeeres auf ihrem Elemente nicht gewachsen, suchte er sich zum Zwingherrn des Kontinents zu machen, um England von den Quellen seines Reichtums auszusperren. Nicht der Größenwahnsinn hat ihn nach Moskau geführt. Der Untergang der großen Armee war an sich kein Titanensturz. Karl XII. von Schweden hat bei seinen abenteuerlichen Zügen nach der Ukraine wie ein Schiffskapitän gehandelt, der sich mit einer Segelbarke ohne Kompaß und ohne Proviant auf die hohe See hinauswagt. Napoleon hatte für seine militärische Operationsbasis in jeder Weise gesorgt. Sein Unternehmen ist nicht an der Maßlosigkeit seiner Entwürfe, sondern an dem damaligen Stande der Technik gescheitert. Im Zeitalter der Eisenbahnen wäre eine ähnliche Katastrophe undenkbar.

Nur in einem hatte es der Kaiser, als er sich seine Operationsbasis gegen Rußland schuf, gründlich versehen. In dem Lehrbuche für Usurpatoren und Eroberer, dem Principe Machiavellis, steht der grausame Satz: Willst du eine eroberte Stadt sicher besitzen, so zerstöre sie. Aus der Sprache des sechzehnten Jahrhunderts in die Sprache der Neuzeit übersetzt, und aus den kleinstaatlichen italienischen Verhältnissen in die große moderne Staatenwelt übertragen, hätte der Satz für den großen Schüler des Florentiners lauten müssen: Wenn du Preußen deinen Zwecken dienstbar machen willst, so vernichte den preußischen Staat. Auch den Rheinbundstaaten war Napoleon ein Unterdrücker, aber er hat sie geschaffen oder ausgebaut, und er hat ihre Dynastien erhöht. Wenn Preußen als Großmacht sich diesem System nicht einordnen ließ, durfte es nicht weiter existieren, durfte es nicht als verstümmelter und mißhandelter Mittelstaat die Vorhut des französischen Rheinbundes gegen Rußland werden. Ludwig XIV. dachte durch Verwüstung der Pfalz zwischen Frankreich und dem Deutschen Reiche eine Wüste zu schaffen. Napoleon glaubte Friedrich Wilhelm III. zur Heeresfolge gegen Rußland zwingen zu können, ohne eine andre sichere Garantie für seine Bundestreue zu haben, als die vorgeschobenen französischen Garnisonen. Für die Erhebung von 1813 hat der Untergang der großen Armee also nur die Bedeutung des Signales. Ihre Wurzel und zugleich die wahre Ursache des Titanensturzes ist der Tilsiter Friede von 1807 gewesen.

Ein Zwingherr darf nur innerhalb seines völlig bezwungenen Herrschaftsgebietes ungestraft denken: oderint, dum metuant. Auf Okkupationsgebiete und Einflußzonen angewandt, wird diese alte Tyrannenmaxime zur Waffe, die sich gegen ihren Träger kehrt. Die erste Welle des Hasses brandete Napoleon in Spanien entgegen. Sie hat seinen englischen Todfeinden den gesperrten Kontinent an seiner Südwestspitze geöffnet. Der zweite Wellenberg erhob sich in Preußen. Die spanische Welle würde sich, ohne Napoleons Reich zu zerstören, an dem Damme der Pyrenäen gebrochen haben. Die preußische Springflut durchbrach seine deutschen Dämme und vermischte sich mit den entgegenflutenden Gewässern.

Schon der Dichter von „Hermann und Dorothea“ hatte die entschlossenen

Digitized by Google

Völker gepriesen, „die für Gott und Gesetz, für Eltern, Weiber und Kinder stritten und gegen den Feind zusammenstehend erlagen". Entschlossenere Völker als die Spanier und die Tiroler Bauern hat es nie gegeben. Was die preußische Erhebung kennzeichnet, ist die Vereinigung des Naturwüchsigen, Wurzelhaften, Elementaren mit höchster geistiger Kultur. Der König haßt in Napoleon den Zerstörer seines Staates und den Todfeind seiner Dynastie. Edelmann, Bürger und Bauer hassen den Vernichter ihres Wohlstandes. Allen aber brennt die Schmach der Niederlage des friderizianischen Heeres und der schimpflichen Kapitulationen auf die Seele. Der Aufruf „An mein Volk" wendet sich an Brandenburger, Preußen, Schlesier, Pommern. Auch das Königstestament Friedrichs spricht von diesen Stämmen, aber er beschränkt sich auf die Charakteristik des Adels, der Stütze seines Regiments. Der große König weiß am Vorabend des Siebenjährigen Krieges noch nicht, daß er der Schöpfer eines preußischen Volkes werden sollte. Auch seine Nachfolger wissen es nicht. Erst die Zeit der Erhebung macht es weltkundig. Gemeinsames Leiden erzeugt gemeinsamen Haß. Aber dieser Haß ist nicht blind wie in Spanien oder in Tirol. Hinter ihm steht die aufgesparte Schöpferkraft des Volksgeistes. Er verbündet sich mit allem, was dem Deutschen jener Tage heilig ist, mit der Weltbürgerlichkeit, mit dem Idealismus, ja mit der Poesie. Der spanische Haß hat wilde Greueltaten geboren. Heinrich v. Kleist hat die schreckliche Szene der Ermordung und Zerstückelung des geschändeten Cheruskermädchens nur gedichtet.

Nur ein Goethe durfte es wagen, seinen eignen Weg zu gehen. Er ist 1808 in Erfurt dem Imperator als Herr der deutschen Geistesgroßmacht gegenübergetreten. Er hat noch im Sommer 1812 seine Kunst in den Dienst der Diplomatie gestellt, als er in Karlsbad dem Schlachtenkaiser durch seine Gemahlin sagen ließ: „Der alles wollen kann, will auch den Frieden." Das Bekenntnis seines Epimenides: „doch schäm' ich mich der Ruhestunden" trifft doch eigentlich auf ihn nicht zu. An der Erhebung hat er nicht teilgenommen, weil er sich bereits über sie erhoben hatte. Die Weltbürger aber machten, wie der Redner an die deutsche Nation Fichte, jetzt erst die Erfahrung, daß es „so etwas wie deutsche Vaterlandsliebe gibt", während den Reichsfreiherrn v. Stein der aus dem Franzosenhaß genährte, an Justus Möser und den jungen Goethe erinnernde leidenschaftliche Ehrgeiz packte, der Welt zu beweisen, wie ein wurzelechter deutscher Staat für Deutsche aufgebaut werden müßte.

Wer könnte sich unterfangen, den unvergleichlichen Reichtum jener wundervollen Zeit in knappe Worte zu bannen. So viel ist klar. Hier trafen Elemente zum ersten Male zusammen, die sich von Haus aus fremd waren und der Vermischung widerstrebten. Friedrich Wilhelm III. lebte in dem zu eng gewordenen Vorstellungskreise der Territorialpolitik. Stein ist ein Deutscher gewesen, ehe es ein Deutschland gab. Dem hohen Geistesfluge seiner Berater hat der König nicht zu folgen vermocht. Auch ist es seiner trocknen Natur nicht gegeben gewesen, wie sein Sohn Wilhelm I. der Freund seiner genialen Diener zu werden. Was an Schwung in ihm war, ist in dem lichtumflossenen Namen Luise ent-

Digitized by Google

halten. Aber für die Bedürfnisse des friderizianischen Staates hatte er doch den richtigen Instinkt, um zur rechten Zeit zu bremsen. Selbst Steins Scharfblick hat sich über die Wirkungen seiner inneren Politik mehrfach getäuscht. Was damals anders ausfiel, als es gedacht war, wie die Bauernbefreiung, das hat die spätere Zeit bis auf den heutigen Tag nicht zurechtzurücken vermocht. Im ganzen aber ist es doch die letzte große Leistung des preußischen Absolutismus geworden, die im konstitutionellen Staate ohne Revolution nicht durchführbar wäre, daß er im Bunde mit dem deutschen Idealismus eines Stein und der deutschen Weltbürgerlichkeit eines Wilhelm v. Humboldt das preußische Volk auch gesetzlich zu einem Volke gemacht hat.

Ein solches Volk aber kann nicht erliegen, weil seine Erhebung kein wilder Guerillakrieg ist. Die verwegensten Ratschläge sind zwischen 1807 und 1812 an Friedrich Wilhelm III. von nichtpreußischer Seite herangetreten. Deutschpatriotische Verzweiflung mutete seinem Staate das Unmögliche zu. Zum Handeln gezwungen hat ihn zur rechten Stunde ein Altpreuße. Nicht umsonst hatte Friedrich der Große seinen Nachfolgern empfohlen, den Offiziersstand zu ehren, weil von einem Oberst das Schicksal des Staates abhängen könne. Alle Versuche, Yorck zu dem subalternen Vollstrecker königlicher Befehle herabzudrücken, scheitern an der Tatsache, daß seine Instruktion, „nach den Umständen zu handeln", die Verantwortung, die man in Berlin nicht übernehmen wollte, dem Generale zuschob. Die Konvention von Tauroggen war der erste Schritt zur Lösung der erzwungenen Allianz mit Napoleon. Die Entschlußkraft hat Yorck gefunden, als er sich überzeugte, daß er nur seinen Kopf daran wagte, wenn er in dem Heere den Staat rettete. Bei Wartenburg hat er als Methodiker der alten Schule geknurrt, als ihm Gneisenau den kühnen Elbübergang zumutete. Ein Feldherr im höheren Sinne war er nicht, aber er war ein preußischer Offizier und ein ganzer Mann. In der deutschen Geschichte aber wird er fortleben, nicht als der offizielle Yorck von Wartenburg, sondern als der Held von Tauroggen, der wie Roland Schildträger den Riesen erschlägt, derweil sein Vater schläft.

Das Volk aber folgte dem Beispiele dieses gottesfürchtigen, königstreuen Soldaten. Es wartete ab, handelte selbständig, verzweifelte und verzagte nicht, als die Weltlage, die Kriegslage und die allzu vorsichtige Politik Hardenbergs der ersten Begeisterung eine Zeit der schwersten Prüfungen folgen ließ. Wir sind 1870 von Sieg zu Sieg geführt worden. Landwehr und Linie von 1813 mußten das Siegen erst lernen. Was sie unüberwindlich gemacht hat, war die Hingebung von hoch und niedrig, von arm und reich, von alt und jung, die hinter den Fechtenden stand. Die Ausnahmen, die nicht ihr Letztes opfern wollten, sind zu zählen. Den Kleinmut der Berliner Stadtväter beschämte der Eifer der Landsturmkompagnie der Professoren, unter denen auch zwei ehemalige Zierden Halles, der Homeride Friedrich August Wolff und der Athener Boeckh, ihre Zeit zwischen Klassikern und Waffendienst teilten. Die Dorfkirchen Norddeutschlands sind nüchtern und ärmlich, aber sie besitzen einen Schmuck, wie ihn kein stolzer Dom aufzuweisen hat, in den zerschlissenen Fahnen aus jener Zeit.

Digitized by Google

Wenn ein leiser Luftzug ihre Bänder bewegt, erzählen sie uns von Frauentränen, aber auch von einer Weihe, die aus tiefstem Schmerz die Gemüter aufrichtete und immer wieder hinan und vorwärts führte. Das letzte Wort aber in diesem herrlichsten aller Kriege hat der ehrliche Haß des Preußenvolkes gesprochen, als Napoleon nach Belle-Alliance der wilden, atemlosen Jagd Gneisenaus nur mit Zurücklassung seines Wagens, seines Hutes und Degens entrinnen konnte.

Daß auf einen solchen Aufschwung müdere Zeiten folgen mußten, liegt in der Natur der menschlichen Dinge. Zwei Errungenschaften von 1813 aber blieben unverloren, der Glaube an eine deutsche Mission dieses Preußens und der Glaube an das Volk in Waffen. 1863 ist noch ein Höhepunkt der deutsch-babylonischen Sprachverwirrung. Deutsche Eigenart und die Sünden der vorausgegangenen Regierung Friedrich Wilhelms IV. verschuldeten das Mißverständnis des Verfassungskonfliktes. Die 1813 geborene Zumutung, daß Preußen in Deutschland aufgehen müsse, ging zu weit und war verfrüht, solange das deutsche Volk nicht in dem preußischen Volk in Waffen aufgegangen war. Die außerpreußische Teilnahmlosigkeit bei der ersten Erinnerungsfeier wird uns heute durch die Tatsache erklärt, daß die preußische Landwehr von 1813 nach langem Ringen und kurzer Blutsbrüderschaft mit den schlachtgewohnten Rheinbundsoldaten noch nicht zur militärischen Erzieherin Gesamtdeutschlands geworden war. Das wurde erst das Heer König Wilhelms, die friderizianische Erneuerung der von Scharnhorst und Boyen neugeschaffenen preußischen Waffenmacht. Der Klugheit Bismarcks aber danken wir es, daß zwischen der Lektion von 1866 und der Blutsbrüderschaft von 1870 vier Jahre Atempause waren. Nur so konnte es gelingen, daß die in den vier Friedensjahren begonnene Erziehung zur preußischen Heereszucht vor dem Feinde vollendet wurde.

Seitdem sind über vier Jahrzehnte des Friedens verflossen. Das Deutsche Reich hat gehalten, was die Kaiserproklamation von Versailles versprochen hatte. Wir aber haben uns zu prüfen, ob wir das Erbe der Väter auch innerlich zu dauerndem Besitze erworben haben. Von allen Sorgen, die sich dem Patrioten aufdrängen, lassen Sie mich nur eine berühren. Die 1888 gesprochenen Worte Bismarcks: „Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt" waren schon damals keine Feststellung, sondern ein Postulat des Reichsgründers. Wenn aber heute, nachdem wir in zweiundvierzig Jahren der Welt doch wahrlich bewiesen haben, daß wir keine Händelsucher sind, bei jeder Gelegenheit ganz überflüssig unsre Friedensliebe beteuert wird, erhebt sich die bange Frage, ob sich dahinter nicht eine des deutschen Volkes gänzlich unwürdige Kriegsfurcht verbirgt. Die Schrecken des Krieges hat das deutsche Volk vor hundert Jahren besser gekannt als wir Epigonen. Goethe hatte dem Dämon des Krieges leibhaft ins Auge geschaut, als er zum Friedensboten wurde. Ist es nur der Einsatz des Lebens, der uns schreckt, oder ist es nicht die Verweichlichung einer in allen materiellen Dingen hochgesteigerten Kultur? Haben wir uns nicht, weil heute kein Hund wie unsre bescheidenen Voreltern leben möchte, allzusehr der Magie

Digitized by Google

der Industrie ergeben? Verstehen wir überhaupt noch die Sprache und das Fühlen unsrer Voreltern? Schätzen wir nicht materielle Genüsse höher als geistige? Verschmachten wir nicht im Genusse vor Begierde? Sind unsre Frauen nicht mehr bereit, Eisen für Gold zu empfangen, wie die Bräute von 1813, als sie ihre Trauringe opferten? Mit einem Worte, trägt unser Zeitalter nicht trotz aller Rastlosigkeit und Erfinderischkeit des Menschengeistes den Stempel der Verfallzeit?

Das Prophezeien ist nicht das Amt des Historikers. Er will in seiner Weise zur Selbsterkenntnis führen, und er scheut sich nicht, den Stachel tief einzusenken in die Seele seiner Hörer. Aber er kennt kein Sodom und Gomorrha. Er hat es mit dem Dichter gemein, daß auch er „im Enkel die ehemals geliebten stillredenden Züge des Ahnherrn" zu entdecken versucht.

Einer der wenigen echten Poeten, die uns Technik und Industrie noch gegönnt haben, läßt in seiner jüngsten Dichtung seinen aus doppeltem Schiffbruch nach Amerika verschlagenen Helden mit verdoppelter Sehnsucht aus dem Lande der Wolkenkratzer und der Trusts in seine Heimat zurückkehren. An der Elbmündung gelandet, hört er andächtig „über den nahen unendlichen Saatfeldern Tausende und aber Tausende von Lerchen trillern". Das ist Deutschland, sagt er.

Lassen wir ihn noch ein Stück weiter landeinwärts wandern. Von weitem ertönt Gesang. Der feste Rhythmus hat uns schon lange, bevor wir die festen Männertritte hörten, verraten, daß es ein Marschlied ist. Das ist unser Volk in Waffen.

Wir bilden uns nicht ein, das Privileg der besten Soldaten zu besitzen. „Mut hat auch der Mameluck." Die russische Ausdauer und der französische Elan sind in ihrer Art konkurrenzlose Nationaltugenden. Das Marschlied aber wie es ist, mit seinem Vorwärtstempo, nicht immer zimmerrein, aber frisch wie Vogelsang, besitzt kein andres Volk. Das ist Deutschland.

Und schon ertönt ein neuer Klang. Querpfeifen und Trommeln scheinen wiederum eine Kompagnie Soldaten anzukündigen. Beim Näherkommen entpuppen sie sich als unsre kleinen Pfadfinder. Das ist der in Erfüllung gegangene Herzenswunsch Gneisenaus. Der militärische Erzieher hat wieder einmal die Schulmeister ausgestochen. Nur ein Philister kann ungerührt bleiben, wenn er die Bengels fröhlich zu ihren Appellplätzen eilen sieht. Hier bedarf es keines Sporns, weil es keine Unlustigen gibt. Hier erinnert auch nichts an das ausländische Gewächs des Sportes. Der greise Feldmarschall, dem vor allem wir das verdanken, hat hier die verdiente Entschädigung für die der Türkenerziehung gebrachten Opfer gefunden. Mit Fug und Recht dürfen wir uns das Wort zu eigen machen, das ein mittelalterlicher deutscher König gesprochen hat, als ihm die Kinder einer Stadt, mit den Reichsfarben geschmückt, entgegengeführt wurden: „Da blüht uns eine neue Welt."

Das Wahrzeichen von 1813, das Eiserne Kreuz, ist 1870 erneuert worden. Auch der Rahmen, den der Reichsbaumeister um Kaiser und Reich gelegt hat,

Digitized by Google

ist von Erz. Was uns heute noch fehlt, das hat uns Goethe schon vor hundert Jahren gewünscht:

„Und so genießt das höchste Glück hinieden,
Nach hartem äußern Kampf den innern Frieden."

Aus Lerchentriller, aus Soldatenlied und dem Anblick Jungdeutschlands wollen wir die Hoffnung schöpfen, daß wir auch das Marschieren auf dem von Goethes Zeitalter gewiesenen Weg zum reinen Menschentume trotz Materialismus, trotz politischem und religiösem Parteihader nicht verlernen.

Dann aber darf jener aus dem Eisen von 1813 geschmiedete Rahmen von 1870 niemals zum Prunkrahmen werden. So wie er 1870 geschmiedet wurde, so soll er bleiben. In ihn legen wir alles hinein, was wir in treuer Erinnerung an unsern eisernen Kanzler in die Worte zusammenfassen: „Deutschland über alles, über alles in der Welt."

Graf Aehrenthal

Ein Gedenkblatt

Von

Dr. Freiherr v. Jettel

Westlich von Leitmeritz, in den fruchtbaren Niederungen, die sich längs des vulkanischen böhmischen Mittelgebirges hinziehen, liegt Doxan, ein weitläufiger, von Mauern umgebener Gebäudekomplex, der um das im reichsten Barockstil gehaltene Schloß und die daran angrenzende Kirche gelagert ist. Gertrudis, die Tochter des Babenbergers Leopold VI., die sich später mit Ladislaus, König von Böhmen und Mähren vermählte, hat an dieser Stelle im Jahre 1144 ein Kloster gestiftet, das zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts von Kaiser Josef II. aufgehoben wurde. In der an das Schloß unmittelbar angrenzenden Gruft, einem ernsten romanischen Bau, wurde vor Jahresfrist der am 17. Februar 1912 verstorbene österreichisch-ungarische Minister des Aeußern Alois Graf Aehrenthal beigesetzt, an der Seite seiner Eltern und zweier ihm im Tode vorangegangenen Schwestern seines Vaters.

Ungleich seinen unmittelbaren Vorgängern im Amte, die, trotz allen Wandlungen der inneren Politik, durch eine längere Reihe von Jahren die auswärtigen Angelegenheiten der Monarchie geleitet hatten — Graf Kalnoky war vierzehn Jahre, Graf Goluchowski fast zwölf Jahre Minister —, war es Aehrenthal nur wenig über fünf Jahre gegönnt, dieses Amt zu versehen, aber es waren Jahre ernster Arbeit, folgenschwerer Entschließungen und dauernder Erfolge. Noch ist die Zeit nicht gekommen, sein Wirken und Schaffen eingehender zu würdigen. Allein die erstmalige Wiederkehr des Todestages eines Mannes, dem Oesterreich-Ungarn nicht nur einen Gebietszuwachs, sondern auch ein Wiedererwachen seines Selbstvertrauens und ein erhöhtes Ansehen bei den andern Mächten verdankt, soll nicht vorübergehen, ohne ein Wort des Gedenkens, gar in unsrer schnellebigen Zeit, die selbst große Verdienste bald zu vergessen geneigt ist.

In einem Briefe an einen Wiener Freund schrieb Aehrenthal wenige Tage nach dem Tode des damaligen russischen Botschafters in Wien, Grafen Kapnist (Dezember 1904), er sei peinlich davon berührt, wie schnell man in St. Petersburg über dessen Tod zur Tages-

Digitized by Google

ordnung übergegangen sei. „Ich habe schon öfter beobachtet," heißt es dann wörtlich, „daß wirklich vornehme Naturen, die sich mit der Sache identifizieren und jede Reklame vermeiden, wenn das Sterbeglöcklein erklingt, wie in einer Versenkung verschwinden."

Diese Charakteristik paßt durchaus auf Aehrenthal. Auch er hatte nur die Sache, der er diente, im Auge, nie seine eigne Person. Und diese Sache war das Wohl seines geliebten Vaterlandes. „Groß, mächtig und unabhängig soll Oesterreich-Ungarn sein," sagte er einmal zu einem Freunde auf der Fahrt vom Semmering nach Wien. Und während der Annexionskrise schrieb er an seine vielgeliebte Mutter, die ihm nur vier Monate im Tode vorangegangen war: „Von Dir, liebe Mutter, habe ich den unverwüstlichen Glauben an die Lebenskraft und Notwendigkeit Oesterreichs ererbt, und dieses Erbstück hat mich bei den kürzlich getroffenen Entschließungen geleitet." Warme Vaterlandsliebe und festes Vertrauen auf Oesterreich-Ungarns Vitalität waren stets der Leitstern seines Handelns. „Solange ich im Allerhöchsten Dienste stehe, bleibe ich Optimist," heißt es einmal in einem Briefe. Ueber dieses Vertrauen und die volle Hingebung an sein Amt trat die Person Aehrenthals völlig in den Hintergrund; nichts lag ihm ferner als Ehrgeiz oder gar persönliche Eitelkeit. Als infolge des Konfliktes mit Ungarn Gerüchte von der Erschütterung der Stellung des damaligen Ministers des Aeußern, Grafen Goluchowski, auftauchten, schrieb Aehrenthal, zu jener Zeit Botschafter in St. Petersburg, an denselben Wiener Freund, nachdem er die als Nachfolger in Betracht kommenden Persönlichkeiten durchgegangen war: „Hoffentlich werde man an ihn nicht denken; er besitze keinen Ehrgeiz und viel zu wenig von jener Adaptationsfähigkeit, deren man auf diesem Posten nach innen und nach außen bedürfe." Noch an dem Tage, an welchem er, auf telegraphischem Wege nach Wien berufen, vor Seiner Majestät erschien, um das Portefeuille des Auswärtigen zu übernehmen, machte er ernste Bedenken gegen seine Ernennung geltend.

Graf Aehrenthal hat keine Memoiren hinterlassen. Aus der Zeit seiner Ministerschaft stammen auch wenige Privatbriefe politischen Inhalts. Ein Mann der Arbeit durch und durch, der von jeher nur für sie gelebt hat, fand er für elegant gedrechselte Stilübungen keine Zeit; noch weniger war er der Mann dazu, der Nachwelt selbst seinen Ruhm zu verkünden. Nach getaner Arbeit wollte er, so äußerte er sich oft, auf dem böhmischen Familienbesitze sich ausruhen; dort dachte er die zahlreichen Werke geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Inhaltes zu lesen, die er im Laufe der Jahre gesammelt, aber nie Zeit gefunden hatte zur Hand zu nehmen, vor allem aber seiner Familie zu leben, seiner Frau und seinen Kindern, die er zärtlich liebte und denen er zu früh entrissen wurde. Sein Traum sollte nicht in Erfüllung gehen; im besten Mannesalter wurde er aus diesem Leben abberufen.

Literarische Berichte

Die Getreidebörse. Eine Geschichte aus Chikago von Frank Norris. Geheftet M. 4.—, gebunden M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Der soziale Roman großen Stils, wie ihn Zola mit Titanenhänden formte, hat um die Jahrhundertwende in dem nordamerikanischen Dichter Frank Norris einen Vertreter von glänzender Begabung gehabt, dem leider in der Blüte der Jahre der Tod die Feder aus der Hand nahm, ehe er nach der glücklichen Vollendung der beiden ersten Teile seiner großen Romantrilogie „Das Epos des Weizens" den letzten in Angriff nehmen konnte. So sehr man es zu beklagen hat, daß dieses monumentale Werk nicht zum Abschluß gelangt ist, so dürfen wir uns doch auch des Torsos freuen, um so mehr, als jeder der beiden vorliegenden Teile ein völlig in sich abgeschlossenes Ganzes darstellt und auch ohne den gemeinsamen Rahmen der Trilogie für sich verständlich ist. Norris wollte in dieser eine dichterisch gesehene und gestaltete Geschichte des Weizens von seiner Aussaat in Kalifornien bis zu seinem Verbrauch als Brot in einem Dorf Westeuropas geben. Der erste Teil, „Der Oktopus", ist vor fünf Jahren bereits in deutscher Ueber-

Digitized by Google

setzung erschienen und auch an dieser Stelle kurz gewürdigt worden; jeder, der dieses wahrhaft bedeutende, lebensvolle und im allerbesten Sinne „spannende" Buch gelesen hat, wird sich freuen, nun auch den zweiten Teil in deutscher Ausgabe dargeboten zu sehen. Der Dichter führt uns hier nach Chikago, wo sich an der Getreidebörse ein zweiter gigantischer Kampf um die goldene Frucht des amerikanischen Bodens entspinnt — der Kampf der Spekulation, der hier in allen seinen Phasen mit ungeheurer dramatischer Kraft und packender Anschaulichkeit geschildert wird. Aus diesem furchtbaren Ringen hebt sich als Hauptfigur die Gestalt eines ebenso genialen wie glücklichen Spekulanten heraus, der durch seine unerhörten Erfolge — nicht aus schnöder Gewinnsucht, sondern in dem schrankenlosen Wagemut und elementaren Expansionsdrang der Herrscher- und Eroberernaturen — auf die tollkühne Idee gebracht wird, den gesamten Weizenhandel der Welt in seiner Hand vereinigen zu wollen, aber schließlich von der schwindelnden Höhe seines Glücks jäh herabstürzt und in seinen Sturz unzählige Existenzen mit hineinreißt. Während der „Oktopus" mit dem tragischen, erschütternden Untergang der Weizenbauer oder, wenn man will, mit der furchtbaren „Rache" des Weizens an dem Urheber alles Unglücks schließt, klingt der Roman der Getreidebörse versöhnend aus, indem der Held, durch die treue, aufopfernde Liebe seiner edeln Gattin geläutert und gehalten, sich aus seinem Sturz zu einem neuen Leben erhebt. Auch dieses großartig konzipierte und ausgeführte Werk wird alle Leser mit unvergeßlichen Eindrücken erfüllen und sie zugleich schmerzlich bedauern lassen, daß dem Schaffen seines Urhebers so früh ein Ziel gesetzt worden ist. B—r.

1813—1815. Die deutschen Befreiungskriege in zeitgenössischer Schilderung. Mit Einführungen herausgegeben von Dr. Friedrich Schulze. Gr.-8°. 336 Seiten auf federleichtem Papier, mit 79 Bildern auf 67 Tafeln, 14 farbigen Tafeln und 4 farbigen Karten. R. Voigtländers Verlag in Leipzig. Ungebunden M. 5.—, gebunden M. 6.50.

Die großen Ereignisse des Jahres 1813 läßt der Herausgeber an uns vorüberziehen, nicht in eigner Darstellung, sondern lediglich im Urteil einwandfreier Zeitgenossen, die ihre eignen Erlebnisse erzählen, unter dem unmittelbaren Eindruck der Vorgänge, an denen sie selbst teilgenommen haben. Aeußerungen von Mitstreitern aller Stände und aller Lager, die sonst nur dem Forscher zugänglich und bekannt werden, hat in diesem Werke ein gründlicher Kenner zu einem plastischen Bilde vereinigt, das frisch und lebendig wirkt. Einen besonderen Reiz und echten Zeitcharakter gibt dem Buch auch der treffliche zeitgenössische Bilderschmuck. Es sind Bilder von kulturhistorischer Bedeutung und größter Seltenheit, die sich hier zu einem wertvollen Ganzen vereinigt finden und im Verein mit der übrigen hübschen Ausstattung sowie dem mäßigen Preis dem Buch eine weite Verbreitung sichern werden.

Die englische Verfassung. Von A. Lawrence Lowell, Professor der Staatswissenschaft an der Harvard-Universität. Autorisierte deutsche Ausgabe. Herausgegeben und übersetzt von Regierungsrat Dr. Herr, unter Mithilfe des Regierungsassessors Freiherrn v. Richthofen. Leipzig, Verlag von Veit & Comp.

Auch den Nichtpolitiker und Nichtjuristen wird das Studium der englischen Staatsverfassung stets anziehen und mit Bewunderung erfüllen. Ist es doch der kühnste und gelungenste Versuch — entgegen einem bekannten Bibelwort — auch den neuesten und allerneuesten Wein stets und mit Erfolg in die alten Schläuche zu füllen und so zu zeigen, daß auch die größten Neuerungen unter Aufrechterhaltung der alten Formen und deshalb nach außen kaum merklich möglich sind. Es ist daher ein dankenswertes Unternehmen der Uebersetzer, das in der Ursprache schon in zweiter Auflage vorliegende Werk Lowells nunmehr den deutschen Lesern zugänglich zu machen. Sie beweisen, daß sie sowohl die Sprache des Originals wie auch den Stoff vollständig beherrschen. Nur den Titel hätte man vielleicht im Interesse der Verbreitung des Werkes anders übersetzt gewünscht. Denn Lowell gibt nicht nur eine Darstellung der englischen Verfassung in dem uns geläufigen Sinn, sondern wie der englische Titel „The Government of England" besser erkennen läßt, eine Darstellung des gesamten öffentlichen Rechtes einschließlich des Verwaltungsrechtes, und zwar nicht nur für den Staat, sondern auch für die Gemeinden und, wenn auch abgekürzt, über beide hinausgehend für das Reich. Die Vorzüge des Werkes sind hinlänglich bekannt. Ohne für den englischen Praktiker ein Nachschlagebuch sein zu wollen und zu können, stellt es die schwierige und oft kaum faßbare Materie den gebildeten Lesern aller Nationen in meisterhaft verständlicher Weise dar. Man braucht nur an die Darlegung des so oft verkannten Unterschiedes zwischen Ministerium und Kabinett und die Darstellung der fast verzweifelt verwickelten Gerichtsverfassung zu erinnern. Der Hauptvorzug des Buches ist aber, daß es überall und insbesondere für die Gemeindeverwaltung weit über den Rahmen der Darstellung der Rechtsnormen hinausgeht. Nicht nur wird eine offenbar billig abwägende Kritik der Einrichtungen gegeben, sondern es werden stets deren ge-

Digitized by Google

sellschaftliche und wirtschaftliche Grundlagen und Wirkungen erörtert. Der Leser erhält so einen Einblick in den interessanten gesellschaftlichen Aufbau des großen britischen Staatskörpers, der allein erst seine Gesetze verstehen läßt. Man kann dem Buch weiteste Verbreitung als Lesebuch für alle Gebildeten wünschen. Es wird das Verständnis für englische Verhältnisse und damit naturnotwendig die Ausgleichung der Gegensätze fördern. A. L.

Johannes von Miquels Reden. Herausgegeben von Prof. Dr. W. Schultze und Dr. Friedr. Thimme. Erster Band: 1860 bis 1869. — Von denselben Herausgebern bearbeitet: **Rudolf von Bennigsens Reden.** Erster Band: 1857 bis 1878. Halle a. S., Buchhandlung des Waisenhauses. Jeder Band M. 12.—.

Eine auch in ihrer Ausstattung der Bedeutung dieser großen Staatsmänner und Parlamentarier durchaus entsprechende, mit Sorgfalt und Sachkunde bearbeitete Ausgabe. Sie bringt alle wichtigeren Reden der beiden berühmten Hannoveraner vollständig und in bequem lesbarer Form (durch Beigabe orientierender Einleitungen und erklärender Anmerkungen), so daß sie nicht nur dem Fachmanne, sondern jedem Gebildeten verständlich sind. Ein Verzeichnis enthält dann sämtliche Reden mit kurzer Charakterisierung und Angabe der Stelle, wo sie zu finden sind. Wohlgelungene Bildnisse beider Männer sind beigegeben, ferner dem ersten Bande der Reden Miquels eine biographische Einleitung, während für Bennigsen — nach den Werken A. Kürperts und H. Onckens — den Herausgebern eine kurze Zusammenstellung der äußeren Lebensdaten genügend erschien. Nach der Vollendung beider Werke werden wir auf sie zurückkommen. E. M.

Preußens Geschichte. Von Rudolf Herzog. 8°. 384 Seiten mit 12 farbigen und 11 schwarzen Bildern von Professor Artur Kampf. Buchschmuck und Einband von Professor Georg Belwe. In Originalgeschenkband M. 3.40. Verlag: Quelle und Meyer, Leipzig.

Rudolf Herzog, der viel und gern gelesene Dichter, ist unter die Geschichtschreiber gegangen. Und warum soll einer, der den Leuten schon oft Geschichten erzählt hat, nicht auch einmal von der Zeitgeschichte schreiben? Vor uns liegt der stattliche, reich und schön ausgestattete Band, in dem „Preußens Geschichte" von den grauen Tagen der Völkerwanderung bis zur Jetztzeit in Prosa und Poesie von Rudolf Herzog beschrieben und besungen worden ist. Er selbst sagt in der Einleitung, daß sein Buch ein Buch der Liebe sein soll, der Liebe zur Heimat. Und diese Liebe atmet es von der ersten bis zur letzten Seite, sie gibt den einzelnen Abschnitten Frische und Lebendigkeit, die weit absteht von der trockenen Gelehrsamkeit, der analytischen Kritikertätigkeit, die wir so oft in Werken ähnlichen Genres finden. Alle wichtigen Epochen, alle hervorragenden Herrschergestalten sind hier in der fesselnden Erzählungsweise Herzogs, in seinem feinen Stil geschildert. Man weiß nicht, ob man mehr die packenden, feingemeißelten Porträts der großen Preußenkönige oder die dramatisch bewegten Schilderungen der Schlachten von Fehrbellin, von Torgau, Leuthen, Leipzig, Königgrätz oder Sedan bewundern soll. Wie einen Roman, dessen Handlung wir mit Spannung folgen, lesen wir diese Schilderungen, die uns doch Altbekanntes, aber in ganz neuem Lichte, in neuem Zusammenhang zeigen. Herrliche Balladen unterbrechen zuweilen den Lauf der Darstellung. Gedichte wie „Rheinsberger Tage", „Bei Torgau", „Blücher zieht über den Rhein", „König Wilhelms Heldenschau" und andre mehr werden zu den Perlen patriotischer Dichtung zählen. Aber nicht nur der Inhalt, auch die äußere Ausstattung hebt das Werk aus der Reihe ähnlicher Veröffentlichungen hervor. Professor Kampf, unser bester Historienmaler, hat in schwarzen und farbigen Bildern große Geschehnisse festgehalten. Ein feiner Buchschmuck paßt sich in Initialen und Schlußstücken der Stimmung des Ganzen trefflich an. So wirkt alles zusammen, um dem Buche von vornherein einen kräftigen Erfolg zu sichern, an dem es um so weniger fehlen wird, als ja auch der Preis ein mäßiger und dazu angetan ist, diese Geschichte Preußens zu einem Volksbuch im besten Sinne werden zu lassen. -z-

Nervosität und Weltanschauung. Von Dr. J. Marcinowski. Zweite, verbesserte Auflage. Broschiert M. 3.—. Berlin, O. Salle.

Es sind neue psychotherapeutische Richtlinien, die der Verfasser auf Grund langjähriger ärztlicher Beobachtungen in diesem Buche gibt. Nervosität führt er auf Störung des seelischen Gleichgewichts, auf ein undisziplíniertes Gefühls- und Wunschleben zurück. Und solche geistige Schwäche kann nur durch große, gesunde Gedanken in Kraft gewandelt werden. Auf eine moderne Weltanschauung der Freiheit und Größe, aus der wirklich praktische Folgen, Taten resultieren, kommt es an, und der Verfasser ist wie selten einer berufen, die eigne Stellung zu den großen philosophischen Lebensfragen als Beispiel zu entwickeln. Der wundervolle ethische Idealismus, der in allen diesen Gesprächen zum Ausdruck kommt, wird manchem etwas Großes bedeuten. — Einzelnes wünschte man unbedingt geändert (vor allem den unglücklich gewählten Titel); es kann jedoch der warmen

Digitized by Google

Freude über den Inhalt des Buches wahrlich keinen Eintrag tun. Oskar Beyer.

Gold gab ich für Eisen. Deutschlands Schmach und Erhebung in zeitgenössischen Dokumenten, Briefen, Tagebüchern aus den Jahren 1806—1815. Von Ernst Müsebeck, Archivar am Geheimen Staatsarchiv zu Berlin. Broschiert M. 2.— Deutsches Verlagshaus Bong & Co. Berlin W. 57.

Dieses Buch ist die erste Erscheinung eines neuen Verlagsunternehmens des rührigen Deutschen Verlagshauses Bong & Co., das als „Schön-Bücherei" eine Bibliothek der schönen Wissenschaften zu billigem Preise dem Publikum vermitteln will. Und man darf sagen, daß mit diesem ersten Band eine treffliche Probe vorgelegt worden ist. — „Gold gab ich für Eisen", jene Inschrift auf den eisernen Trauringen, die für die 1813 auf dem Altar des Vaterlandes geopferten goldenen Ringe eingetauscht wurden, ist hier als Titel eines Buches, welches die Ereignisse der Jahre 1806—1815 auf ganz eigenartige Weise wieder lebendig macht. In zeitgenössischen Dokumenten, Briefen, Tagebüchern, kurz, in den Worten derjenigen, die es miterlebt und miterlitten haben, ziehen die wechselnden Vorgänge an uns vorüber, und Schmach und Erhebung, Hoffnung, Enttäuschung und Erfüllung, Demütigung und Sieg werden noch einmal zu erschütternder Wirkung gebracht. Auf knapp vierhundert Seiten hat Ernst Müsebeck den umfangreichen Stoff mit geschickter Hand zusammengedrängt und das, was nicht in den Dokumenten steht, nämlich die geistig-sittlichen Voraussetzungen der großen Bewegung, in einer tiefsinnigen Einleitung dargelegt. So begrüßen wir dieses Werk als kostbares Erinnerungszeichen der Zeit, deren Jubiläum wir jetzt feiern. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß nicht nur dieses Buch, sondern auch alle folgenden dieser „Schön-Bücherei" sich rasch einen ausgedehnten Liebhaberkreis schaffen werden. Ausstattung und Preis im Verein mit der vorzüglichen Auswahl und Bearbeitung des Stoffes bieten die sicherste Gewähr dafür. -Kz-

Die öffentliche Meinung in Deutschland über das preußische Wehrgesetz von 1814 während der Jahre 1814—1819. Von Adolf Mürmann. — **Fichtes Reden an die deutsche Nation.** Eine Untersuchung ihres aktuell-politischen Gehaltes. Von Dr. phil. Friedrich Janson. (Heft 19 und Heft 33 der Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte. Herausgegeben von G. v. Below, H. Finke und Friedr. Meinecke.) Berlin u. Leipzig Dr. W. Rothschild. Einzelpreis je M. 3.50; Subskriptionspreis je M. 3.—.

Das von A. Mürmann in seiner Abhandlung über das preußische Wehrgesetz von 1814, dem er mit Recht eine weltgeschichtliche Bedeutung zuerkennt, zusammengestellte umfassende Material ermöglicht dem Leser einen klaren Einblick, wie sich die öffentliche Meinung zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und zur Gliederung der bewaffneten Macht in stehendes Heer, Landwehr und Landsturm verhielt. Seine Ausführungen und erläuternden Bemerkungen machen die Arbeit auch für die Gegenwart in hohem Grade anregend und interessant. — Dr. Fr. Janson weist in scharfsinnigen, fesselnden Darlegungen nach, daß den in der Zeit vom 13. September 1807 bis 20. März 1808 gehaltenen „Reden" Fichtes der ethische Gehalt ihren bleibenden Wert sichert, nicht der historisch-politische und noch weniger der rein pädagogische. Neben diesen Ewigkeitswerten hat aber auch das rein Historische, das im besten Sinne „Aktuelle" der „Reden" dazu beigetragen, jenen tiefgehenden Eindruck auf die Zeitgenossen zu machen, von dem so mancher Brief, fast jedes Tagebuch und jede Erinnerung aus jenen schweren Tagen zu uns spricht.
E. M.

Die Dressur des Hundes. Anleitung zur Abrichtung der nicht zur Jagd verwendeten Hunde. Von Freiherr A. v. Creyß. Zweite Auflage. Mit vielen Abbildungen. Neudamm, J. Neumann. Geheftet M. 3.—.

In den zehn Jahren, die seit dem Erscheinen der ersten Auflage verflossen sind, haben sich die Verwendungsmöglichkeiten für den Gebrauchshund — auch soweit er nicht zu Jagdzwecken verwandt wird — ganz wesentlich erweitert. Bei der Umarbeitung hat der Verfasser allen diesen neuen Gebieten in weitestgehender Weise Rechnung getragen, so daß sein Buch jetzt für jeden Hundefreund eine ergiebige Quelle der Belehrung und Anregung bietet. E. Sc.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Auerbach, Bertrand, La France et le Saint Empire Romain Germanique. Paris, Librairie Ancienne Honore Champion.

Bartels, Adolf, Shakespeare und das englische Drama im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert. München, Georg D. W. Callwey.

Bauer, Arthur, La Conscience Collective et la Morale. Paris, Librairie Félix Alcan. Fr. 2.50.

Benzinger, Ernst August, 50 Balladen und Romanzen. Berlin, Silva-Verlag. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Bode, Wilhelm, Karl August von Weimar. Jugendjahre. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Pappband M. 5.—.

Creyß, A. von, Die Dressur des Hundes. Neudamm, J. Neumann. 2. Auflage. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50.

Dochnahl, Peter, Gedanken und Töne. Gedichte. Augsburg, Theodor Lampart. Brosch. M. 1.50.

Egelhaaf, Dr. Gottlob, Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck. Stuttgart, J. G. Cottasche Buchhandlung. M. 1.80.

Friederich, Rudolf, Die Befreiungskriege 1813 bis 1815. Bd. III.: Der Feldzug 1814. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 5.—.

Gorelik, Sch., Die liebe Provinz. (Vom alten Stamm.) Eine Sammlung jüdischer Bücher. Berlin, Jüdischer Verlag.

Hüffer, Hermann, Lebenserinnerungen. Herausgegeben von E. Singer. Berlin, Georg Reimer. M. 9.—.

Leuchtenberger, Gottlieb, Altklassisches Viaticum aus Homer, Sophokles und Horaz. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. Geb. M. 2.20.

Liepmann, Prof. Dr. M., Die Todesstrafe. Ein Gutachten mit einem Nachwort. Berlin, J. Guttentag. M. 4.—.

Lippert, Peter, S. J., Zur Psychologie des Jesuitenordens. Studien. Kempten/München, Jos. Kösel'sche Buchhandlung. M. 1.80.

Marcinowski, Dr. J., Der Mut zu sich selbst. Das Seelenleben des Nervösen und seine Heilung. Berlin, Otto Salle. M. 6.—.

Marcinowski, Dr. J., Nervosität und Weltanschauung. Studien zur seelischen Behandlung Nervöser. Berlin, Otto Salle. M. 3.—.

Meinhold, Paul, Wilhelm II. 25 Jahre Kaiser und König. Berlin, Ernst Hofmann & Co. M. 4.—.

Scheffel-Kalender auf das Jahr 1913, geleitet von W. A. Hammer. Wien, Karl Prochaska. Geb. M. 4.—.

Schrader, Bruno, Leonardo da Vinci. Berlin, Schlesische Verlagsanstalt (vorm. Schottlaender). Geb. M. 2.—.

Schroll, M. E., Julia Lornau. Roman einer Pianistin. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand.

Spiero, Dr. Heinrich, Gerhart Hauptmann. Bielefeld, Velhagen & Klasing. 60 Pf.

Stern, B., Werden und Wesen der Persönlichkeit. Wien, A. Hartlebens Verlag. Geb. M. 8—.

Thorsch, Dr. Berthold, Soziale Entwicklung und Umbildung der Volkswirtschaft. Dresden, Carl Reißner.

Tierschutz-Kalender 1913. Berliner Tierschutz-Verein, Berlin.

Tolstoi, Leo Nikolajewitsch, Das Licht leuchtet in der Finsternis. Drama. Aus dem Russischen übertragen und eingeleitet von Adolf Heß. Leipzig, Philipp Reclam jun. 20 Pf.

Türck, Dr. Hermann, Hat Christus gelebt und lebt er noch heute? Schwerin, Stillersche Hofbuchhandlung. M. 1.50.

Umfrid, O., Völker-Friede. Organ der Deutschen Friedensgesellschaft. Heft 7. 13. Jahrg. Eßlingen a. N., Wilh. Langguth. Jährl. 50 Pf.

Umfrid, O., Vaterlandsliebe und Menschheitsliebe. Eßlingen a. N., Wilh. Langguth.

Voß, Generalmajor z. D. von, Die Völkerschlacht bei Leipzig; als Ueberschrift: Volksbücher der Geschichte. Bielefeld, Velhagen & Klasing. 60 Pf.

Welter, Nikolaus, Hohe Sonnentage. Ein Ferienbuch aus Provence und Tunesien. Kempten, Jos. Kösel'sche Buchhandlung.

Wichert, Ernst, Die Schwestern. Hamburg-Großborstel, Verlag der Deutschen Dichter-Gedächtnis-Stiftung. Geb. M. 1.—.

Wiedenfeld, Kurt, Moderne Wirtschaftsgestaltungen. Heft 1: Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat. Bonn, A. Marcus & E. Webers Verlag. Brosch. M. 7.50.

Wigand, Curt, Vasun. Schwank in 3 Akten. Berlin, Modernes Verlagsbureau Curt Wigand. M. 2.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten.

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Zur europäischen Lage

Nachstehendes Schreiben eines ausländischen Diplomaten ging uns zur Veröffentlichung zu. Wir teilen nicht die Ansichten des Verfassers über den Wert der Ententen und Bündnisse.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Das März- und April-Heft der „Deutschen Revue" veröffentlicht von hervorragenden Politikern und Diplomaten Aufklärungen über die europäische Lage. Die genannte Zeitschrift hebt mit Recht hervor, daß „die Völker Europas unter der Unsicherheit und unter starken Beunruhigungen der internationalen Lage, welche immer größere Rüstungen zur Folge haben, leiden. Trotz des Wunsches und Willens aller großen Nationen, den Weltfrieden aufrecht zu erhalten, wird sich der fast krankhafte politische Zustand Europas nicht ändern, bevor nicht eine Brücke zwischen dem Dreibunde und der Tripelentente errichtet worden ist".

Daß die gegenwärtige Lage tatsächlich besorgniserregender ist, als sie jemals gewesen, wird auch der nicht bestreiten wollen, der an das Märchen von der guten alten Zeit nie geglaubt hat. Der Unterschied zwischen einst und jetzt ist aber ein sehr wesentlicher. Früher wurden die Perioden eines gesunden Friedens durch die akute Krankheit des Krieges unterbrochen, heute würde sich ein Krieg nur als besonders „kritischer Tag" eines ungesunden Friedens bezeichnen lassen.

Der Bazillus dieser schleichenden Seuche ist der mißverstandene Pazifismus, und der Boden, auf dem er gedeiht, das europäische Bündniswesen. Diesem vor allem, ja ausschließlich ihm, verdanken wir die den freien Ausblick benehmende Unklarheit und die Schmälerung des ruhigen Friedensgenusses. Jeder Staat kann in eine Affäre hineingezogen werden, für die er nicht das geringste Interesse aufzubringen vermag; die Unordnung ist in ein System gebracht.

Walter Rathenau hat unsre Zeit vortrefflich stigmatisiert: sie stünde unter dem Zeichen der „Mechanisierung". Eben der Mechanisierung fielen auch die wechselseitigen Beziehungen der Mächte zum Opfer; wo sie früher offen herzliche oder offen feindliche oder gleichgültige waren, sind sie jetzt in das Prokrustesbett der Wechselverträge und ihres toten Buchstabens gespannt, und man kann,

Digitized by Google

so paradox es klingen mag, sagen, daß heute jede Großmacht gegen jede andre verbündet ist.

Der hausbackene Verstand unsrer Vorfahren war der Ansicht, daß ein Bündnis zu Kriegszwecken geschlossen werden müßte. Es wurde kurz vor Beginn des Kampfes geschlossen und meist kurz nach Beendigung desselben wieder aufgelöst. Die moderne Praxis lehrt ganz andre Maximen, und überall und an allen Orten kann man es in der Presse lesen und bei Toasten hören; die Bündnisse und — da ein Ausdruck für die Vielköpfigkeit des Neugebildes nicht ausreichte — die Entente dienten dem Frieden. Eine derartige Verschleierung mag für den Augenblick, da zwei Großmächte den Allianzvertrag publizieren, recht nützlich sein, um denen, gegen die er sich richten soll, Sand in die Augen zu streuen. Wird sie aber zum Schlusse von der öffentlichen Meinung für bare Münze gehalten, so werden schwächliche, von populären Strömungen inspirierte Regierungen nur allzu leicht dazu gedrängt, zur „Erhaltung des Friedens" mit jedem gegen jeden Abkommen abzuschließen. Dadurch kann wohl der Ausbruch eines Krieges für einige Jahre verhindert werden, bricht er aber dennoch aus, ist gerade das Gegenteil von dem erreicht, was bezweckt war: dem allgemeinen Frieden folgt der allgemeine Krieg. Anderseits wieder könnte auch ein kräftiger Staat, der gewillt wäre, die Verantwortung eines Krieges gegen einen bestimmten Gegner auf sich zu nehmen, zu seinem größten Nachteile gezwungen werden, ein schädliches Kompromiß einzugehen: ein Weltbrand brächte selbst die Früchte eines wahrscheinlichen Sieges in Gefahr. Auf andre Zeiten und auf andre Länder übertragen, könnte das noch ungeeinigte Deutschland als typisches Beispiel gelten, da es den Entscheidungskampf gegen Frankreich zu kämpfen hatte. Würde es selbst ein Bismarck wagen wollen (ähnliche Kräfteverhältnisse zwischen Deutschland und Frankreich vorausgesetzt), trotz seiner Verbündeten den Strauß auszufechten? Und ist nicht weiter der Fall denkbar, daß gerade der oder die Verbündeten wie ein totes Gewicht am Arme des Vertragsfreundes hängen und ihn entweder dolos oder durch Gleichgültigkeit hindern, sein vitales Interesse zu verfechten, wodurch das Wort „Herr, schütze mich vor meinen Freunden, vor meinen Feinden werde ich mich selbst schützen" zur traurigen Geltung gelänge?

Die Zerfahrenheit unsrer gegenwärtigen Lage wird durch die Ereignisse der letzten Monate besser ad absurdum geführt, als die beste Dialektik es vermöchte.

Die kleinen Balkanstaaten (die, ihnen zum Heile, außerhalb des Weltbundsystems stehen) führen über die Köpfe der durch die Allianzen und Entente (aber beileibe nicht nur durch diese) geteilten Großmächte hinweg einen Krieg gegen die Türkei. Die stets friedensbereiten Großmächte verhüllen die Scham über ihre Ohnmacht durch das Feigenblatt der Statusquoerklärungen. Nach kaum sechs Wochen wird von denselben Großmächten eine Flottendemonstration, nun aber gegen den ehemaligen Schützling, geplant, um ihn zu zwingen, auch noch Adrianopel, also das letzte Ueberbleibsel des vorher urbi et orbi verkündeten „Statusquo", abzutreten. Die Türkei, die — um des Friedens willen — einige Tage vor Beginn des Krieges, dem Schutze der Mächte vertrauend, ihre besten

Digitized by Google

Truppen entlassen hatte, ließ sich diesmal in der endlichen Erkenntnis der Uneinigkeit der Mächte nicht mehr raten und begann den Krieg, der nun endlich trotz der Großmächte um des Friedens willen beendigt werden dürfte, von neuem.

Noch niemals wurde die Uneinigkeit Europas mit solchem Pomp in Szene gesetzt, denn seit dem Berliner Kongresse hatte man wenigstens der Türkei gegenüber von einem europäischen Konzerte sprechen können. Die letzten Monate haben bewiesen, daß es auch in diesem eingeschränkten Wirkungskreise ausgeklungen hat. Die Verwirrung ist allgemein und zwingt uns, die Aufmerksamkeit auf ein andres Uebel zu lenken, bevor es nicht unberechenbaren Schaden angestiftet hat: nämlich die Gleichgültigkeit der breiten Massen für die auswärtigen Interessen ihrer Staaten, da ihnen die Kompliziertheit des Apparates jede Uebersicht benimmt und benehmen muß. Von ihnen wird im Ernstfalle die höchste Selbstverleugnung, die größten Opfer an Gut und Blut verlangt, und da werden sie, selbst wenn es sich um vitale Interessen ihres Vaterlandes handelt, das Vertrauen in die Führer verloren haben; ferner wird auch die bestgefügte Armee, die sich vom Politisieren pflichtgemäß freihält, wissen wollen, gegen wen und weshalb sie zum Kampfe geführt oder nicht geführt werden soll. Das werden ihnen nun auch die Führer, selbst oft nur die Erben früher abgeschlossener Verträge, nicht sagen können. Unter Umständen wird sich ein Staatsmann der vom Vorgänger eingegangenen Verpflichtung zu entziehen versuchen, vielleicht in der Erkenntnis, daß der Verbündete ein Ziel verfolgt, welches den bisherigen Genossen fremd, ja entgegengesetzt ist; vielleicht auch, weil er von einer unkriegerischen öffentlichen Meinung an der Einlösung seines Wortes gehindert wird; die europäischen Bündnisse unsrer Tage gehen so sehr in die Breite, daß kein Mensch mit Sicherheit sagen kann, ob sie im gegebenen Augenblicke funktionieren werden oder nicht. Auch vor der Erfindung von Allianz und Entente gab es reichlich unsichere Augenblicke, aber doch keine gewissermaßen kodifizierte Unordnung; der führende Staatsmann besaß mehr Ellenbogenfreiheit und war nicht gezwungen, sich mit einem Automaten abzumühen, von welchem er (und die öffentliche Meinung mit ihm) eben nicht weiß und nicht wissen kann, ob er funktionieren werde oder nicht. Das Spielzeug arbeitete bei schönem Wetter zur allgemeinen Zufriedenheit, kommt aber Sturm, ist's nicht mehr zu brauchen.

Anderseits dürfte die oft vernommene Behauptung, daß die letzten langen Friedensjahre wirklich auch auf das Sollkonto des herrschenden Rückversicherungssystems zurückzuführen wären, nur schwer zu beweisen sein; haben sich doch auch mit weniger Schlauheit begabte Geschichtsperioden langer Friedensjahre erfreut, nur wurde dieser glückliche Zustand in geringerem Maße philosophisch und philanthropisch verbrämt (ganz abgesehen davon, daß unsre Zeitgenossen in Spanien mit Amerika, in England mit Transvaal, in Frankreich mit Marokko, in Rußland mit Japan, in Italien mit der Türkei und in der Türkei mit allen Balkanstaaten Krieg geführt haben, von kleineren Expeditionen nicht zu reden). Unsre philosophierende Zeit handelt wie der Vogel Strauß und rechnet Kriege

Digitized by Google

in außerhalb Europas befindlichen Ländern wohl zu den eminent friedlichen Manifestationen.

Vielleicht wird auch in der internationalen Politik der gesunde Menschenverstand von der Vielheit zur einfacheren Einheit zurückkehren. In unserm von Menschen bewohnten Planeten ist der gesunde Egoismus des einzelnen Staates — der die vollkommenste Selbstverleugnung seiner Bürger in sich schließen muß — der produktivste Faktor der Weltkultur gewesen. Möge auch hier jeder vor seiner eignen Tür kehren, andernfalls könnte leicht der Fall eintreten, daß der tote Mechanismus des Bündnissystems einen Staat in der Verfolgung seiner vitalsten Interessen behindert, weil ihm eine Koalition entgegentritt, deren Mitglieder der Mehrzahl nach kein Interesse haben können, ihm in den Weg zu treten. Es entsteht, da aus der Vernunft des alten einfachen Freundschaftsbundes der Unsinn der verzweigten und verzwickten Weltkoalition geworden ist, ein ungesunder Zustand voll ungelöster Situationen.

Qui trop embrasse, mal étreint!

Tripolis und Balkan

Von

Lord Avebury

Ich brauche nicht zu sagen, wie sehr ich die Kriege der jüngsten Zeit bedaure, in denen Italien und die Balkanstaaten die Angreifer waren.

Werden sie Vorteil davon haben, daß sie zum Schwert gegriffen haben? Oder ist es noch wahr, das Wort des Evangeliums: „Wer das Schwert nimmt, der soll durchs Schwert umkommen" (Ev. Matth. XXVI, 52)?

Der Herzog von Wellington hat den Ausspruch getan, daß es nichts so Schreckliches gebe wie einen Sieg, ausgenommen allerdings eine Niederlage.

„Was durch den Krieg zustande kommt," sagte Joubert, „wird durch den Krieg wieder zunichte werden; jeder Raub wird wiedergenommen werden; jede Beute wird verstreut werden; alle Sieger werden besiegt werden und jede mit Kriegsbeute gefüllte Stadt wird ihrerseits geplündert werden ... Es scheint, daß die Völker die Gefahren lieben, und wenn sie daran Mangel haben, sie sich welche schaffen."

Die Geschichte beweist die Wahrheit von Jouberts Aussprüchen. Wo sind die großen Militärmonarchien?

Der gegenwärtige Zustand Europas ist eine Schande für uns, nicht nur insofern, als wir Menschen von gesundem Verstand sein wollen, sondern auch, weil er mit jeder Form religiöser Ueberzeugung unverträglich ist.

Doch man sagt uns, daß Italien und die Balkanstaaten sehr erfolgreich

Digitized by Google

gewesen seien; daß sie ihre Reiche vergrößert haben; daß der Krieg höchst glorreich gewesen sei und daß sie eine Reihe ruhmvoller Siege erfochten haben.

In gewissem Sinn ist das wahr, aber wenn Italien und die Balkanstaaten Nutzen davon gehabt, wenn sie einen großartigen Erfolg erzielt haben, so wird das eine Ermutigung für alle starken Staaten sein, ihre schwächeren Nachbarn niederzutreten, wie Italien und die Balkanstaaten selbst eines Tages zu ihrem Schaden finden können.

Wird ihnen aber der Krieg zum Segen gereichen, werden ihnen ihre Siege irgendwelchen wirklichen Vorteil bringen?

Ich denke hier nicht an Mazedonien, sondern einfach an die Erfolge, die die Verbündeten errungen haben. Werden sie von dem Krieg, der anscheinend ruhmvoll und erfolgreich verlaufen ist, Nutzen oder Schaden haben?

Für den Augenblick sind sie vom Glanz des Waffenruhmes geblendet. Aber dieses Phantom des Erfolges, dieser scheinbare Lohn für ihren Angriff ist völlig illusorisch.

Der Italienisch-Türkische Krieg hat Italien, das schon sehr schwer mit Steuern belastet ist, Millionen gekostet, und Tripolis wird auf Jahre hinaus fortwährend Italiens Mittel in Anspruch nehmen und es dadurch schwächen.

Unzweifelhaft wird in Wirklichkeit Italien seiner neuen Provinz Tripolis tributpflichtig sein, nicht Tripolis dem Königreich Italien.

Als Freund und Bewunderer Italiens bedaure ich daher die Aktion, die es unternommen hat.

Wenn ich mich nun zum Balkankrieg wende, so kann ich darüber nur ganz dasselbe sagen. Die Verbündeten haben Tausende und Abertausende von Leben geopfert und sich ungeheure Kosten aufgeladen. Zweifellos waren die Völker von dem edeln Bestreben getrieben, ihren Glaubensgenossen und Verwandten zu helfen, aber die Staatsmänner der Balkanländer scheinen mir ernsten Tadel zu verdienen. Mazedonien hat in den letzten paar Monaten mehr gelitten, als es in vielen Jahren türlischer Herrschaft gelitten haben würde. Ich habe die Ehre gehabt, mit Midhat Pascha persönlich befreundet zu sein; wenn es diesem großen Staatsmann vergönnt gewesen wäre, seine Reformen auszuführen und ein repräsentatives Regierungssystem in der Türkei zu begründen, so wäre das wirklich ein Segen für Osteuropa gewesen.

Jetzt ist ein zweiter Anlauf zu einer Neugestaltung der Dinge genommen worden. Die Briefe, die ich aus Konstantinopel erhalte, versichern mir, daß das türkische Parlament ehrlich bestrebt ist, die Verhältnisse in befriedigender Weise zu ordnen, aber das erfordert natürlich Zeit.

Wir alle müssen ihnen Erfolg wünschen; ich bedaure, daß ihnen nicht Gelegenheit gegeben worden ist, ihre Reformen auszuführen, und kann nicht finden, daß sie schön behandelt worden sind. Die ins Auge gefaßten Ziele hätten ohne das Verbrechen und ohne die Schrecken eines Krieges erreicht werden können. Die Balkanstaaten sind in einer Hinsicht siegreich, und zweifellos hat die Türkei einen Verlust erlitten. Aber das wird nicht notwendigerweise ihren Angreifern

Digitized by Google

Nutzen bringen. Die Türkei wird ein Gebiet verlieren, das für sie eher eine Quelle der Sorge als der Kraft war; aber das Ergebnis des Krieges wird sich auf die Länge der Zeit als ebenso unheilvoll oder vielleicht sogar noch unheilvoller für die Balkanstaaten selbst erweisen.

Sie werden Jahre und Jahre brauchen, um die Schulden, in die sie sich gestürzt haben, abzuzahlen und das Kapital, das sie verbraucht, die Menschenleben, die sie verloren haben, wieder zu ersetzen und sich wirklich von ihrem trügerischen Triumph und ihren verderbenbringenden Siegen zu erholen.

Sie werden Grund haben, ihren Angriff auf die Türkei zu bereuen, und ich kann nur hoffen, daß die Völker der Balkanstaaten, dank der hochherzigen Gesinnung, von der sie beseelt waren, nicht die volle Buße zu zahlen haben werden, die jene verwirkt haben, die „das Schwert nehmen".

England, Deutschland und der Friede Europas

Von

Sir Max Waechter, D. L. J. P.

Der Friede ist das größte Interesse aller Völker. Beseelt von dem Wunsche, zur Befestigung des europäischen Friedens beizutragen, hat der Verfasser die folgenden Zeilen geschrieben. Sie dürften vielleicht dem Leser nicht uninteressant sein, da die Ansichten des Verfassers aus Eindrücken entstanden sind, die er in zahlreichen und langen Unterredungen mit den leitenden Herrschern und Staatsmännern Europas empfangen hat.

Es ist erstaunlich, daß die Erledigung der Balkanfrage nicht zu dem großen europäischen Kriege geführt hat, den viele Staatsmänner vorausgesagt haben und der allgemein für unvermeidlich galt. Die weise Diplomatie der Mächte, und besonders Englands, kann hierfür wohl das Verdienst in Anspruch nehmen.

Die Diplomatie Europas ist von vielen Seiten stark angegriffen worden. Man hat uns erzählt, daß die Diplomaten noch immer nach altmodischer Schablone arbeiten, daß sie mit dem Fortschritt der Zeit nicht Schritt gehalten haben. Man hat uns versichert, der überaus blutige Balkankrieg wäre unnötig gewesen, hätten die Mächte zeitig auf die von der Türkei feierlich versprochenen Reformen gedrungen. Man hat behauptet, die Mächte hätten entweder kurz nach dem Ausbruch des Krieges dessen Beendigung erzwingen oder wenigstens nach dem Waffenstillstande und wochenlangen Friedensverhandlungen in London dessen Erneuerung verhindern sollen. Auf den ersten Blick ist an diesen Behauptungen etwas Wahres. In Wirklichkeit aber liegt die Sache anders. Die Leute, die so laut über die Mißerfolge der Diplomatie schelten, vergessen augenscheinlich, daß die Diplomaten bei jedem Schritt durch die unselige politische Organisation Europas behindert werden.

Digitized by Google

Die Heilige Schrift und die Erfahrung lehrt uns, daß auch das Uebel seinen Segen bringt. Wir verdanken dem Balkankrieg eine heilsame Lehre. Er hat auf die ungesunde und gefährliche Organisation des heutigen Europas ein grelles Licht geworfen. Er hat uns gezeigt, daß die fehlerhafte Organisation Europas viele unnötige Kriege herbeigeführt hat und in der Zukunft noch viele unnötige Kriege herbeiführen wird. Es ist daher der Mühe wert, die politische Organisation Europas zu betrachten und Vorschläge zu ihrer Verbesserung zu machen.

Die sechs Großmächte Europas bilden zwei Gruppen, den Dreibund, der aus Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien besteht, und die Entente, zu welcher Frankreich, Rußland und England gehören. Beide Gruppen sind durch das Mißtrauen und die Eifersucht, die zwischen den Mächten bestehen, geschaffen worden. Beide Gruppen bezwecken, einen Angriffskrieg seitens der andern Gruppe zu verhindern und den europäischen Statusquo zu verteidigen. Beide Gruppen beobachten einander mit angespannter Wachsamkeit. Da beide annähernd gleich stark sind, halten sie einander die Wage und bilden zusammen das Gleichgewicht der Mächte Europas.

Man spricht häufig vom Willen Europas, obwohl es klar ist, daß Europa keinen wirklichen Willen haben kann, solange die europäischen Staaten durch das Gleichgewicht der Mächte in zwei Waffenlager geteilt sind, die Gewehr bei Fuß einander fortwährend beobachten und behindern.

Natürlich kommt es dann und wann vor, daß die Mächte des Dreibunds und der Entente gemeinsam politisch wirken. Sobald sie vereint wirken, bilden sie das europäische Konzert. Da nun die beiden Mächtegruppen in allen wichtigen Dingen durch das Mißtrauen, das sie beseelt, voneinander getrennt werden, kommt es gewöhnlich nur zu einem scheinbaren, aber nicht zu einem wirklichen, einheitlichen Vorgehen. Die Einigkeit des europäischen Konzerts findet gewöhnlich nur in farblosen und harmlosen diplomatischen Noten ihren Ausdruck, das heißt in Noten, denen keine Taten folgen. Während dreißig Jahren hat das europäische Konzert die Türkei gedrängt, in Mazedonien und andern Teilen des Reiches Reformen einzuführen. Von diesen gemeinsamen diplomatischen Schritten Europas haben die Türken nicht die geringste Notiz genommen, weil sie wohl wußten, daß das europäische Konzert nicht zu gemeinsamer Intervention schreiten würde, daß die Einigkeit der Mächte fast ganz auf papierene Schritte beschränkt ist.

Während der neulichen Friedensverhandlungen in London war das europäische Konzert durch die Gesandten der sechs Großmächte vertreten, die im Interesse Europas den Gang der Ereignisse verfolgten. Nun muß es vielen Beobachtern klar geworden sein, daß deren Einigkeit höchst künstlich war und nur mit Mühe aufrechterhalten werden konnte. Häufig, wenn sich die Gelegenheit zu gemeinsamem Einschreiten bot, konnte nur ein Einvernehmen, nichts zu unternehmen, erreicht werden, und manchmal war es nicht einmal leicht, ein Uebereinkommen, nichts zu tun, zu erzielen, obwohl der Zusammenbruch der Londoner Konferenz zu einem europäischen Kriege hätte führen können. Die

Digitized by Google

Schwierigkeit, zu irgendeinem Uebereinkommen zu gelangen, war nur natürlich, weil die Vorschläge jeder einzelnen Macht sofort auf den Widerstand andrer Mächte stießen. Die Interessen der Mächte waren eben entgegengesetzt, und so entstand die Möglichkeit, daß die Konferenz erfolglos sein würde. Nur durch die Tüchtigkeit, Geduld und Ausdauer der Diplomaten wurde ein europäischer Krieg vermieden. Ohne deren Dienste hätte die albanische Frage und der bulgarisch-rumänische Streit wohl zu einem Kriege geführt. Der Erfolg der Londoner Konferenz wurde natürlich durch die friedliche Haltung der Mächte sehr erleichtert. Keiner der Staaten schien gewillt, die Verantwortung zu einem europäischen Kriege mit seinen fürchterlichen Opfern und zweifelhaften Ausgang zu übernehmen.

Die gegenwärtige Organisation von Europa hat nicht nur die obenerwähnten Nachteile zur Folge. Sie führt außerdem zu einer wilden Konkurrenz der Heere und Flotten. Jede Macht versucht es, ihre Konkurrenzstaaten mit ihrer Armee und Marine zu übertrumpfen und so das Gleichgewicht der Mächte zu ihrem eignen Vorteile zu verändern. Ihre Gegner vergrößern natürlich ebenfalls ihre Rüstungen. Andre Mächte werden beunruhigt und ergreifen militärische Gegenmaßregeln, und so ist Europa ein riesiges Feldlager geworden. Wie kolossal teuer die Erhaltung des Friedens ist, ist aus den folgenden Zahlen ersichtlich, die dem Verfasser von dem englischen Kriegsministerium und dem englischen Marineministerium zur Verfügung gestellt worden sind:

Ausgaben Europas für das Landheer

Rußland	1 060 000 000	Mark
Deutschland	940 000 000	„
Frankreich	760 000 000	„
England	560 000 000	„
Oesterreich-Ungarn	460 000 000	„
Italien	340 000 000	„
Andre Mächte	700 000 000	„
Zusammen	4 820 000 000	Mark

Ausgaben Europas für die Marine

England	900 000 000	Mark
Deutschland	460 000 000	„
Frankreich	360 000 000	„
Rußland	360 000 000	„
Italien	180 000 000	„
Oesterreich-Ungarn	120 000 000	„
Andre Mächte	120 000 000	„
Zusammen	2 500 000 000	Mark.

Digitized by Google

Die vorstehenden Zahlen zeigen, daß die Staaten Europas gegenwärtig 7320000000 Mark per Jahr für ihre Armeen und Flotten verausgaben. Was bedeutet diese Summe? Der Panamakanal wird, wenn vollendet, ungefähr 1600000000 Mark kosten. Wir sehen daher, daß Europa für seine Kriegsrüstungen jährlich mehr als viermal soviel ausgibt wie die Kosten des Panamakanals, des gewaltigsten und teuersten Ingenieurunternehmens der Welt, betragen. Wenn wir den Wert von Handelsschiffen im Durchschnitt zu 300 Mark per Tonne brutto ansetzen, so beträgt der Wert der ganzen englischen Handelsflotte von 10000 Schiffen und von 19000000 Tonnen brutto 5700000000 Mark, während der Wert aller Handelsflotten der ganzen Welt, die 40000000 brutto Tonnen umfassen, 12000000000 Mark beträgt. Die europäischen Staaten geben, wie wir gesehen haben, für ihre Land- und Seerüstung 7320000000 Mark per Jahr oder 600000000 Mark per Monat aus. Mithin geben sie alle zehn Monate eine Summe aus, die dem Werte der ganzen Handelsmarine Englands gleichkommt, und alle zwanzig Monate einen Betrag, der ebenso groß ist wie der Wert aller Handelsschiffe der ganzen Welt. Wenn das Meer austrocknen sollte, könnte man leicht eine erstklassige und normalspurige Bahn mit allen nötigen Brücken, Tunnels, Bahnhöfen, Weichen und rollendem Material usw., die den ganzen Erdball umspannt, für 7320000000 Mark bauen, d. h. für dieselbe Summe, die jährlich in Europa für Rüstungszwecke verausgabt wird. Europa verwendet jedes Jahr bedeutend mehr für Rüstungszwecke als für Erziehung, Hygiene und alle andern sozialen Zwecke zusammen. Außerdem wachsen die militärischen Ausgaben der Völker von Jahr zu Jahr mit fortwährend gesteigerter Schnelligkeit.

Die vorstehenden Vergleiche geben ein Bild von der furchtbaren Verschwendung des bewaffneten Friedens. Dabei sind die Geldverluste nicht die einzigen, die zu beklagen sind. Die gegenwärtige Organisation Europas führt nämlich nicht nur zu einer enormen Geldverschwendung, sondern auch zu einer ebenso enormen Verschwendung von menschlicher Energie und von menschlicher Arbeit. Mehr als 4000000 der kräftigsten jungen Leute stehen in den Heeren und Marinen Europas unter Waffen, und mehr als 1000000 Zivilisten sind fortwährend mit der Produktion von Kriegsschiffen, Waffen, Pulver und anderm Kriegsbedarf beschäftigt. In andern Worten, mehr als 5000000 der tüchtigsten Arbeiter, die in Landwirtschaft und Industrie zum Wohle der Volksmassen tätig sein könnten, werden der Produktion entzogen. Durch die Entziehung von 5000000 der besten Arbeiter und von 1000000 Armeepferden werden die Völker Europas jährlich um eine Summe geschädigt, die mehrere tausend Millionen Mark beträgt.

Ganz Europa seufzt unter der Last von Steuern, mit denen diese enormen Rüstungen bezahlt werden. Infolge der gewaltigen Ausgaben, welche die Heere und Flotten benötigen, müssen viele große und notwendige öffentliche Arbeiten jeder Art wegen Geldmangels unterbleiben, Erziehung und Hygiene können nicht genügend gefördert, die alten Leute, die Armen, die Kranken und die Arbeitsunfähigen können nicht genügend unterstützt werden, und die Industrien können

Digitized by Google

sich nicht genügend ausdehnen, um den Ueberschuß der Bevölkerung zu beschäftigen. Mehr als 1 000 000 der tüchtigsten Leute wandern jedes Jahr von Europa aus, da sie keine Arbeit finden können, und es kann kaum bezweifelt werden, daß sie deshalb keine Arbeit finden können, weil die kolossalen Rüstungsausgaben die Ausdehnung der Industrie behindern. Ein großer Teil der Unwissenheit, der Armut und des Elendes in Europa würde verschwinden, und die Lebensführung der Volksmassen könnte außerordentlich verbessert werden, wenn die ungeheuren Summen, welche jetzt jährlich der Armee und Marine zufließen, zu besseren Zwecken verwendet würden.

Da die Vereinigten Staaten, Argentinien und andre außereuropäische Länder verhältnismäßig nur wenig für Rüstungszwecke ausgeben, und daher nur mit geringen Steuern belastet sind, dehnen sich ihre Industrien überaus schnell aus, und der Ackerbau und die Fabriken Europas leiden arg unter der Konkurrenz der überseeischen Länder, die nicht mit schweren militärischen Bürden belastet sind.

Die Völker Europas wanken geradezu unter ihren enormen militärischen Lasten. Die riesigen stehenden Heere und Flotten sind eine ständige Bedrohung des Friedens. Die Völker Europas leben fortwährend unter der Furcht eines Krieges, und diese Furcht führt periodisch zu großen Krisen, welche Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleich schädlich sind.

Seit 1900 sind die militärischen Ausgaben Europas um 50 Prozent gewachsen. Der Balkankrieg hat die Rüstungskonkurrenz leider sehr verschärft. Deutschland beabsichtigt im Laufe der nächsten vier oder fünf Jahre seine Rüstungsausgaben um beinahe 2 000 000 000 Mark zu vergrößern, und die andern europäischen Mächte werden wohl Deutschlands Beispiel folgen. Die Rüstungsausgaben Europas werden daher bald 10 000 000 000 Mark per Jahr übersteigen. Es ist folglich klar, daß die Steuern im ganzen Europa weiter erhöht werden müssen, und daß in Zukunft Geld für öffentliche Arbeiten, für Erziehung und für andre soziale Zwecke noch knapper sein wird wie bisher. Der finanzielle Druck, unter welchem die Völker leiden, mag ihnen bald unerträglich werden. Niemand kann das Ende voraussehen, aber eine Krisis ist zu befürchten. Falls das tolle Anwachsen der Rüstungsausgaben nicht bald aufhört, wird die militärische und maritime Konkurrenz der Mächte entweder zur Verarmung und zum Bankerott von ganz Europa führen, oder zu dem größten Kriege, den die Welt erlebt hat, oder zu einer allgemeinen Revolution, denn das Volk dürfte schließlich in Verzweiflung versuchen, seine erdrückenden militärischen Lasten mit Gewalt abzuwerfen.

Wie kann man die Gefahren, die Europa bedrohen, abwenden?

Diejenigen, die vorschlagen, die europäischen Rüstungen durch internationale Vereinbarungen zu beschränken, versuchen das Symptom der Krankheit zu behandeln, aber nicht die Wurzel des Uebels auszurotten. Wie ich gezeigt habe, liegt der Grund der selbstmörderischen Rüstungskonkurrenz der Staaten in der Uneinigkeit und Zerrissenheit Europas. Es ist daher klar, daß alle Versuche, die Armeen und Flotten durch internationale Uebereinkommen zu beschränken,

Digitized by Google

erfolglos sein müssen. Die Rüstungen Europas können nur dann beschränkt werden, wenn sie nicht länger nötig sind, und sie werden nur dann nicht länger nötig sein, wenn die Staaten Europas unter sich einig sind. Wir müssen daher die Einigung der europäischen Staaten in einer oder der andern Form erstreben, und wir müssen uns fragen: Ist die Einigung Europas möglich? Falls die Einigung möglich ist, wie kann sie tatsächlich geschaffen werden?

Die Herrscher und Staatsmänner Europas sind bestrebt, das Wohl der Völker zu fördern. Friede und Wohlstand sind die größten Segnungen, die sie den Bürgern verschaffen können. Die Einigung Europas in einer oder der andern Form würde den Völkern nicht nur den Frieden geben, sondern auch die Beschränkung der übergroßen Rüstungen zu Lande und zu Wasser ermöglichen. Infolge der hierdurch gemachten Ersparnisse würde der Wohlstand der Bevölkerung sich sehr vermehren, Beschäftigung und Löhne würden sich bedeutend verbessern, und die Völker würden sich glücklich fühlen. Der Balkankrieg hat das Problem, das den Frieden Europas am stärksten bedrohte, endgültig erledigt. Zurzeit ist der politische Himmel klar und beinahe wolkenlos. Die europäischen Diplomaten sollten die augenblickliche friedliche Stimmung benützen und nicht warten, bis wieder Wolken den politischen Horizont bedecken.

Die Einigung Europas sollte auf staatenbundlicher Basis erfolgen, denn der Staatenbund ist diejenige Form der politischen Organisation, welche die einzelnen Staaten zu einem festen Ganzen verbindet und gleichzeitig allen einzelnen Staaten das vollste Maß der Freiheit läßt und sie befähigt, Regierung und Verwaltung nach eignem Gutdünken zu ordnen. Die Erfahrung lehrt uns, daß staatenbundliche Verbindung bei Staaten möglich ist, die anscheinend von der Natur bestimmt waren, getrennt zu bleiben, die eine ausgeprägte Individualität und einen trotzigen Unabhängigkeitssinn besitzen und die außerdem verschiedenen Religionen angehören und verschiedene Sprachen sprechen. Die Schweiz ist ein Bund von 25 freien Staaten, die Kantone genannt werden. Jeder Kanton hat seine eigne Verfassung, seine eigne Regierung und sein eignes Parlament. Jeder hat seine eigne Geschichte und seine eignen Ueberlieferungen. Jeder Kanton ist ein Staat. Die Schweizer sind nicht nur politisch voneinander getrennt durch das Bestehen von 25 Staaten, die sich selbst regieren, sondern auch dadurch, daß die eine Hälfte der Schweiz protestantisch und die andre katholisch ist, und daß es deutschsprechende, französischsprechende und italienischsprechende Kantone gibt. Dennoch ist die Schweiz ein einiger und stark gefügter Staat. Da es möglich war, die Schweizer mit ihrem so ausgeprägten Partikularismus und ihren so großen sprachlichen und religiösen Gegensätzen zu einem festen Bunde zusammenzuschließen, sollte es doch auch möglich sein, einen europäischen Staatenbund zu schaffen.

Kein Grund spricht für die Aufrechterhaltung der Zerrissenheit Europas. Die Schaffung eines europäischen Staatenbundes sollte das Ideal aller Staatsmänner sein. Sie sollten versuchen, einen geeinten europäischen Staat zu bilden, denn so allein kann Europa seine Stellung gegen die großen außereuropäischen

Digitized by Google

Länder behaupten. Seit den ältesten Zeiten, wo Staaten aus einer kleinen Stadt und deren unmittelbaren Umgebung bestanden, sind die Staaten fortwährend gewachsen. Australien ist ein Staat, der einen ganzen Kontinent umfaßt, und Europa sollte Australiens Beispiel folgen. Wenn Europa einen einzigen Staat bildet, dann wird ein Krieg in Europa ebenso unwahrscheinlich sein, wie ein Krieg in Australien es jetzt ist; die Völker werden imstande sein, ihre Rüstungen zu beschränken, und die Furcht vor Kriegen wird verschwinden.

Die unbeschränkte und alles vernichtende Konkurrenz im Geschäftsleben ist im Verschwinden begriffen durch die Einigung der Konkurrenten, die es vorteilhafter finden, ihre Interessen gegenseitig zu fördern. Die Einigung der Konkurrenz ist zeitgemäß nicht nur im kaufmännischen, sondern auch im politischen Leben. Daher sollte Einigkeit, nicht Befehdung und Zerrissenheit, das Ideal der Staatsmänner und Diplomaten Europas sein.

Die staatenbündliche Einigung Europas ist möglich und ausführbar. Die wohltätige Wirkung eines solchen Schrittes für die Völker ist einfach unberechenbar. Was kann geschehen, um eine solche Einigung zustandezubringen? Die staatenbündliche Einigung Europas ist natürlich unmöglich, solange tiefgehende Gegensätze zwischen leitenden Völkern bestehen. Zurzeit bestehen besonders große Gegensätze zwischen Deutschland und England, obgleich die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern sich bedeutend gebessert haben. Es ist nun klar, daß die staatenbündliche Einigung Europas nicht möglich ist, solange England und Deutschland nicht im Einverständnis leben. Daher muß der erste Schritt zur Einigung Europas in einer endgültigen und dauernden Einigung zwischen England und Deutschland bestehen. Wenn solche endgültige Einigung erreicht worden ist, wenn England und Deutschland miteinander fest verbunden sind, können die beiden Mächte den Punkt bilden, um den sich allmählich die andern Staaten Europas kristallisieren werden. Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien und Rußland würden dem englisch-deutschen Bunde beitreten, und binnen kurzem würde ein Bund aller europäischen Staaten geschaffen sein. Ich habe die Organisation eines europäischen Staatenbundes in Umrissen im November 1912 in dieser Revue dargestellt.

Da eine gründliche und allumfassende Verständigung zwischen England und Deutschland die erste Bedingung für einen europäischen Staatenbund sein muß, müssen wir uns fragen, ob eine gründliche und dauernde Verständigung zwischen Deutschland und England tatsächlich möglich ist. Meiner Ansicht nach sind die Gründe für ein herzliches Einvernehmen zwischen beiden Völkern einfach überwältigend.

Natur, Ueberlieferung und Geschichte dringen augenscheinlich auf die Einigung Deutschlands und Englands. Engländer und Deutsche gehören derselben Rasse an. Sie haben die gleichen Ahnen. Die Sprachen der beiden Völker ähneln einander, und in den wichtigsten Dingen stimmen die Ansichten von Engländern und Deutschen überein. Die beiden wichtigsten Faktoren im Leben der Völker sind Kirche und Schule. Es ist bemerkenswert, daß in Deutschland

Digitized by Google

und England dieselben religiösen Ideen vorherrschen. Beide Völker haben sich geweigert, ihre Religion und Kirchenordnung von einer autokratischen und im Auslande seßhaften Kirche anzunehmen. Beide haben für das Recht, eine nationale Kirche und eine wirkliche Volkskirche zu besitzen, gekämpft. Beide Länder sind überwiegend protestantisch. Beide sind durchdrungen von der Notwendigkeit einer guten Volkserziehung. Die Engländer haben das deutsche Schulwesen nachgeahmt, und die Deutschen haben von dem englischen Erziehungssystem manches gelernt. Die Engländer haben mit vielen europäischen Völkern Krieg geführt, aber nie mit den Deutschen. Im Gegenteil. Englische und deutsche Soldaten haben während Dezennien, und in zahlreichen Schlachten bis zur englisch-deutschen Schlacht von Waterloo, Schulter an Schulter gefochten. Schließlich sind beide Länder durch die gegenseitigen Handelsinteressen fest miteinander verbunden. Ein Blick auf die offiziellen Handelsstatistiken zeigt, wie notwendig der deutsche und der englische Handel einander sind. Das englische Handelsministerium war so gütig, mir genaue Einzelheiten über den englisch-deutschen Handel zu senden, wonach der gesamte auswärtige Handel von England und seinen Kolonien im Jahre 1911 1837100000 Pfund Sterling betrug. Hiervon waren 183900000 Pfund Sterling oder genau 10 Prozent Handel mit Deutschland. Wie wichtig anderseits der englische Markt für Deutschland ist, ist aus der folgenden Tabelle ersichtlich, die mir ebenfalls vom englischen Handelsministerium zur Verfügung gestellt worden ist.

Deutschlands Handel mit England und seinen Kolonien im Jahre 1911

	Einfuhr nach Deutschland	Ausfuhr von Deutschland
England	39800000 £ = 8,3 %	56000000 £ = 14,1 %
Englische Kolonien .	48100000 „ = 10,1 %	15700000 „ = 3,9 %
England und Kolonien	87900000 £ = 18,4 %	71700000 £ = 18,0 %

Nicht weniger wie 18 Prozent von Deutschlands auswärtigem Handel ist mit England und seinen Kolonien.

Trotz allen hier angeführten Gründen, die England und Deutschland vereinigen sollten, sind die beiden Völker durch des Schicksals Tücke zu einem so hohen Grade gegenseitigen Mißtrauens gelangt, daß vor kurzem ein Krieg zwischen beiden möglich erschien. Ein englisch-deutscher Krieg wäre geradezu ein Verbrechen. Er würde Tausende und aber Tausende von Menschenleben kosten und Millionen von Familien unglücklich machen. Er würde beide Völker so sehr erschöpfen, daß sie vielleicht die Errungenschaften eines ganzen Jahrhunderts einbüßen würden. Er würde beide so sehr schwächen, daß andre Völker sie leicht unterjochen könnten. Und welchen Nutzen kann Deutschland oder England aus einem englisch-deutschen Krieg ziehen? Augenscheinlich keinen.

Viele Deutsche behaupten, daß Deutschland wegen des schnellen Anwachsens seiner Bevölkerung der Kolonien bedarf. Da die deutsche Bevölkerung sich

Digitized by Google

jährlich um 900 000 Seelen vermehrt, wird Deutschland allerdings für seine Bewohner zu klein. Aber wären die erwünschten deutschen Kolonien mit der Feindschaft Englands und dem Verlust von vielleicht 100 000 Menschenleben und vielen Milliarden an Geld nicht zu teuer erkauft? Sobald Deutschland und England dauernd vereinigt sind, sobald der europäische Staatenbund geschaffen ist, wird es keine deutschen, französischen und englischen Kolonien mehr geben, sondern nur europäische Kolonien, die dem europäischen Staatenbunde gehören. Die Kolonien aller Völker werden dann den Bürgern aller anderen Völker gleich offen stehen. Der Wunsch nach nationalen Kolonien wird verschwinden.

Viele Deutsche behaupten, daß England Deutschland stets unfreundlich behandelt, daß es ihm überall Schwierigkeiten bereitet und besonders seine Ausdehnung über See behindert hat. Diese Behauptungen sind größtenteils unbegründet. England hat Preußen in der Zeit Friedrichs des Großen und Napoleons I. vor der Vernichtung bewahrt. Englische Diplomaten haben vielleicht hier und da Fehler begangen — Irren ist menschlich — aber im großen ganzen haben sie sich bemüht, mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben. Das ist aus den zahlreichen englisch-deutschen Verträgen ersichtlich, von denen viele durch Englands Initiative und zum Zwecke, alle Schwierigkeiten zwischen den beiden Ländern zu beseitigen, abgeschlossen worden sind. Ich gebe nachstehend eine Liste dieser Verträge, die ich vom englischen Auswärtigen Amte erhalten habe.

April 1885	New Guinea.
April—Juni 1885 . .	Spheres of action in Africa.
April 1886	Western Pacific, spheres of influence.
April 1886	Western Pacific, reciprocal freedom of trade.
Juli—August 1886 . .	Gulf of Guinea, sphere of influence.
Oktober—November 1886	Zanzibar.
Juli 1887	East Africa, spheres of influence.
Juli 1890	Africa, Zanzibar.
Oktober 1892	East Equatorial Africa.
April 1893	Rio del Rey.
Mai 1893	Gulf of Guinea.
Juli 1893	East African Boundary.
November 1893 . . .	African Boundaries.
April 1898	Wei-hai-wei.
November 1898 . . .	Nyasa-Tanganyika Boundary.
November 1899 . . .	Samoa, West Africa, Zanzibar.
Januar—April 1900 . .	Boundary between British and German territories at Jasin and bend of the Umba River.
Oktober 1900	Policy in China.
Februar 1901	Boundary between British and German spheres, between Lakes Nyasa and Tanganyika.

Digitized by Google

September 1901 . . .	Gold Coast, Togoland Boundary.
Dezember 1902 . . .	Yola-Lake Chad Boundary.
Februar 1904	Ditto Ditto
März—Mai 1904. . .	Western Pacific.
Juni 1904	Gold Coast — Togoland Boundary.
März 1906	Yola-Lake Chad Boundary.
Januar 1909	Southern Boundary Walfish Bay.
Februar—März 1909 .	Boundaries in Africa, Corege, Lake Chad and Uba, Maio Tiel.

Außer den hier aufgezählten Verträgen hat England mit Deutschland einen Schiedsvertrag abgeschlossen, um einen Konflikt zwischen den beiden Ländern unmöglich zu machen.

Der Wunsch, mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben, besteht nicht nur in den englischen Regierungskreisen, sondern in allen Schichten der englischen Gesellschaft. Das ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die gebildeten Kreise in England Deutschland und den Deutschen stets Sympathie und Bewunderung entgegengebracht haben. Carlyle, der Verfasser von „Helden und Heldenverehrung", war der größte Bewunderer Deutschlands und der Deutschen. In dem Wunsche, seinen Landsleuten das Leben eines Helden zu schildern, der ihnen zum Beispiel dienen könnte, schrieb er seine herrliche Geschichte Friederich des Großen. Von Carlyle bis Lord Haldane, dem Uebersetzer von Schopenhauer, haben Hunderte von gebildeten und führenden Engländern Deutschland als ein zweites Vaterland und eine zweite Heimat betrachtet. Nachahmung ist die aufrichtigste Form der Bewunderung. Daß England Deutschland bewundert, ist daraus ersichtlich, daß es die Verwaltung, die Schulerziehung und die soziale Gesetzgebung Deutschlands als mustergültig ansieht und nachzuahmen trachtet.

In England existieren keine tiefgehenden Vorurteile gegen Deutschland. Die Zahl derer, die Deutschland nicht wohl wollen, ist sehr gering, und ihr Uebelwollen entspringt dem Gefühl von Mißtrauen, welches das schnelle Anwachsen der deutschen Flotte hervorgebracht hat. Das schnelle Wachsen der deutschen Flotte hat natürlich eine entsprechende Vergrößerung der englischen Flotte benötigt, die zum Schutze des englischen Inselreiches einfach unentbehrlich ist.

Die häufig gehörte Behauptung, daß der Aufschwung des deutschen Handels in England Eifersucht und Haß gegen Deutschland gezeitigt habe, ist durchaus unrichtig. Der Engländer hat ein Sprichwort, daß die Konkurrenz des Geschäftes Seele ist. Die Konkurrenz Deutschlands ist England von größtem Nutzen gewesen. Sie hat den englischen Handel mächtig angespornt und daher sehr gefördert. Außerdem sind die englischen Kaufleute nicht so kurzsichtig, auf Deutschlands Wohlstand eifersüchtig zu sein, denn sie wissen ganz genau, daß sie mit einem reichen Deutschland bedeutend größere Geschäfte machen können wie mit einem besiegten und verarmten Deutschland. Die in Deutschland häufig

Digitized by Google

gehörte Behauptung, daß England aus Handelsneid die deutsche Flotte zerstören wolle, ist lächerlich.

Es sollte verhältnismäßig leicht sein, die in England bestehenden Vorurteile gegen Deutschland durch freie Besprechung zu zerstören.

In Deutschland liegt die Sache anders. Dort sind weite Kreise der Bevölkerung, und besonders die breiten Massen des Volkes, gegen England arg voreingenommen, und das Uebelwollen gegen England ist so groß, daß die deutschen Volksmassen zur Zeit der Marokkokrisis den Ausbruch eines englisch-deutschen Krieges mit Enthusiasmus begrüßt hätten, ohne sich über die Folgen eines solchen Krieges Rechenschaft zu geben. Das mag übertrieben erscheinen, aber der Verfasser war zur Zeit in Deutschland und hat mit großer Sorge die dort herrschende Erregung wahrgenommen. Glücklicherweise ließ sich die Regierung nicht von den Leidenschaften der Massen fortreißen. Die Gefahr aber liegt darin, daß bei einer andern Gelegenheit die deutsche Regierung vielleicht nicht imstande sein wird, sich dem Volkswillen zu widersetzen, und daß sie einen Krieg mit England beginnt, um ihre Existenz zu retten. Die Vorurteile, die das deutsche Volk gegen England hegt, sind auf künstliche Weise hervorgerufen worden, aber es würde zu weit führen, hier deren Genesis zu besprechen. Wir müssen mit den Tatsachen rechnen, wie sie eben sind. Glücklicherweise sind die gebildeten und kaufmännischen Kreise großenteils England wohlgesinnt.

Es ist vollständig klar, daß ein herzliches Einvernehmen zwischen Deutschland und England nur dann möglich ist, wenn die bestehenden Vorurteile zwischen den beiden Völkern beseitigt sind. Generationen würden vergehen, wollte man die Beseitigung dieser Vorurteile der Zeit überlassen. Sofortiges Eingreifen ist daher notwendig. Die breiten Massen des deutschen Volkes müssen überzeugt werden, daß England Deutschland wohlgesinnt ist. Eine systematische Propaganda der Aufklärung im ganzen Deutschen Reiche ist notwendig. Das deutsche Volk muß belehrt werden, daß seine Gefühle gegen England auf einem Mißverständnisse beruhen. Die rechtlich gesinnten Leute in Deutschland und in England müssen sich zu diesem Zwecke vereinigen, und sie dürfen nicht zögern, da ein Aufschub die schlimmsten Folgen haben könnte. Die Völker könnten sonst vielleicht dem Kriege zutreiben.

Ehe wir einen Versuch machen können, mit Deutschland zu einem innigen Einvernehmen zu gelangen, oder, was besser ist, uns mit Deutschland eng zu verbinden, müssen wir unsrer Verpflichtungen gegen Frankreich und Rußland gedenken. Es ist nun ganz klar, was unsre Pflicht ist. Wir Engländer müssen Frankreich und Rußland offen erklären, daß England bestrebt ist, die englisch-deutschen Beziehungen zu verbessern, um einen Bund aller europäischen Völker zu ermöglichen. Falls Englands Bemühungen mit Erfolg gekrönt werden sollten, würden Frankreich und Rußland eingeladen werden, dem deutsch-englischen Bunde beizutreten und unsern Erfolg zu teilen. Falls aber Englands Versuche erfolglos bleiben sollten, so würden die Beziehungen zwischen England und Frankreich und zwischen England und Rußland unverändert bleiben, oder sie würden gar noch

Digitized by Google

herzlicher werden wie bisher. Da die tonangebenden Persönlichkeiten in Frankreich und Rußland Leute von Herz und Verstand sind und da die aktiven Minister beider Länder ausnahmslos einen dauernden Frieden herzlich wünschen, dürften sie Englands Vorschläge ohne Zögern gutheißen. Es würde ihnen ja klar sein, daß Frankreich und Rußland den größten Nutzen aus einer Verbesserung der englisch-deutschen Beziehungen ziehen würden.

Die leitenden Männer Frankreichs glauben, daß Elsaß-Lothringen nicht länger ein Hindernis zu einer allgemeinen europäischen Verständigung ist. Daher sollte Frankreich zuerst dem englisch-deutschen Bunde beitreten. Frankreichs Beitritt würde den Erfolg des europäischen Staatenbundes besiegeln. Der neue Dreibund, der Dreibund für die Befestigung des europäischen Friedens, der Dreibund zwischen Deutschland, Frankreich und England, würde stark genug sein, um die politische Organisation Europas zu reformieren. Gleichzeitig aber steht zu erwarten, daß alle andern europäischen Mächte, die ja auch einen europäischen Staatenbund, der den Frieden garantiert, herbeiwünschen, dem deutsch-französisch-englischen Bunde beitreten werden.

So lange die politische Organisation Europas bleibt wie sie bisher gewesen, gibt es kein Mittel, sich der tollen Rüstungskonkurrenz der Mächte zu entziehen. Jeder Staat muß mitmachen und muß sich bis zur Erschöpfung seiner Kräfte gegen seine Nachbarn bewaffnen oder muß gewärtig sein, von denselben verschlungen zu werden. Die leitenden Staatsmänner würden in der Tat mit sträflichem Leichtsinne handeln, wenn sie nicht zur äußersten Anspannung der nationalen Kräfte alles zur Verteidigung vorbereiten würden. Aber sobald wirkliche Einigkeit und ein herzliches Einverständnis zwischen den sechs Großmächten herrscht — es ist schließlich gleichgültig, ob Einigkeit durch die Bildung eines Staatenbundes oder auf irgendeine andre Weise erzielt wird — würde sich die politische Atmosphäre völlig verändern. Die übergroßen Rüstungen Europas würden unnötig sein und sich schrittweise verkleinern. Krieg zwischen den Völkern Europas würde unmöglich werden und Europa würde leicht an Geld und Arbeit 10 000 000 000 Mark oder mehr per Jahr zur großen Befriedigung der Bürger ersparen können. Diese ungeheure Summe wird jetzt jedes Jahr verschwendet.

Der Handel und die Industrie Europas würden von der stets gegenwärtigen Kriegsfurcht und von der erdrückenden Steuerlast befreit sein und würden einen außerordentlichen Aufschwung nehmen. Europa ist im Begriff, seine industrielle Vorherrschaft zu verlieren. Die Beschränkung der Rüstungen würde ihm seine Vorherrschaft im industriellen und auch im politischen Gebiete für lange Zeit garantieren.

In den vorstehenden Seiten hat der Verfasser gezeigt, daß die Völker Europas durch die militärischen Lasten erdrückt werden und daß die ungeheuren Kriegsvorbereitungen die Uneinigkeit der europäischen Mächte fortwährend vergrößern. Er hat ferner gezeigt, daß die Kriegsrüstungen nur dann beschränkt werden können, wenn die Völker Europas einig werden, und daß deren Einigkeit nur durch die Begründung eines Staatenbundes geschaffen werden kann. Außer-

Digitized by Google

dem hat er gezeigt, daß die Begründung eines europäischen Staatenbundes nur durch ein inniges Einvernehmen, oder besser noch durch ein Bündnis, zwischen England und Deutschland möglich ist. Solch ein englisch-deutsches Einvernehmen würde gleichzeitig der Grundstein und der Schlußstein eines europäischen Staatenbundes sein. Daher sollten alle, die den Frieden lieben und das Wohlergehen der Völker ernstlich zu befördern wünschen, die größten Anstrengungen machen, um solch ein englisch-deutsches Einverständnis zuwege zu bringen. Der Verfasser schlägt daher vor, daß alle diejenigen, die mit seinen Ansichten übereinstimmen, einer großen Vereinigung zur Betätigung dieses Gedankens beitreten sollten. Der Zweck der geplanten Vereinigung würde in erster Linie der sein, die englisch-deutschen Beziehungen durch eine große Belehrungspropaganda so innig zu gestalten, daß die Begründung eines europäischen Staatenbundes möglich ist.

Es ist aber nicht nur notwendig, ein inniges englisch-deutsches Einvernehmen, das zu einem englisch-deutschen Bündnis führen wird, zu schaffen. Eine große zweckentsprechende Propaganda muß gleichzeitig in allen Ländern Europas unternommen werden. Eine geradezu riesige Anstrengung muß gemacht werden, um den Völkern die Torheit der ungeheuren Kriegsrüstungen und die Notwendigkeit der allmählichen Abrüstung klarzumachen. Man muß jedem individuellen Bürger die Gefahr der Lage klarmachen und ihm zeigen, daß Rettung allein in einem europäischen Staatenbunde zu finden ist.

Alles muß einen Anfang haben. Der Moment scheint äußerst günstig. Daher sollte jetzt ein Anfang gemacht werden. Eine große Propaganda ist notwendig. Durchdrungen von der Notwendigkeit und der Dringlichkeit einer solchen Propaganda bittet der Verfasser alle seine Leser um werktätige Beihilfe. Er hat ein temporäres Bureau dieser internationalen Vereinigung unter dem Namen „European Federation League" in London, 39 St. James's Street, Piccadilly, eröffnet und ladet alle diejenigen, die seine Vorschläge zu fördern wünschen, ein, sich mit dem Ehren-Sekretär Sir Francis Trippel unter obiger Adresse in Verbindung zu setzen. Er bittet alle Leser herzlich, ihn mit Rat und Tat zu unterstützen.

1813

Die Generalprobe von Großgörschen am 2. Mai 1813

Von

Freiherr von der Goltz, Generalfeldmarschall

In letzter Zeit ist der Streit über König Friedrich Wilhelms III. Rolle vor und während der Befreiungskriege lebhaft entbrannt. Auf der einen Seite wird ihm jedes Verdienst um die große Erhebung vom Frühjahr 1813 abgesprochen, auf der andern Seite gerade bei ihm die heimliche treibende Kraft gesucht. Das erste ist höchst ungerecht, das zweite historisch nicht nachweisbar.

Digitized by Google

Des Königs Verdienst um 1813 ist in wenigen Worten genau festzustellen. Es bestand darin, daß Preußen beim Beginn der großen Krisis überhaupt noch als selbständiger Staat existierte, und zwar wunderbarerweise als der augenblicklich schlagfertigste Staat auf dem gesamten Kriegstheater.

Wäre König Friedrich Wilhelm III. im Jahre 1809 auf Oesterreichs Seite getreten, wozu alle Patrioten in seiner Umgebung ihn drängten, so würde Preußen unfehlbar zugrunde gegangen und von der Landkarte verschwunden sein. Oesterreich und Preußen zusammen waren noch nicht stark genug, der ganz unerschütterten Macht Napoleons erfolgreich zu widerstehen. Der Feldzug hätte sich in seinem Verlauf geändert, hätte vielleicht länger gedauert, als es in Wirklichkeit geschah, aber das Ende wäre das gleiche geblieben — nämlich die Niederlage der Verbündeten. Napoleons Haß gegen Preußen, eine geheime Ahnung, daß in dieser Macht, trotz ihrer demütigenden Niederlage von 1806 und 1807, doch der Keim für eine kommende Gefahr läge, hätten ihn unzweifelhaft zur völligen Vernichtung gereizt. Im Jahre 1812, wo der König noch lebhafter bestürmt wurde, sich für Rußland zu entscheiden, hätte das jetzt schon allerdings erheblich erstarkte Preußen die volle Wucht der sich heranwälzenden Großen Armee zunächst allein zu ertragen gehabt. Dieser Belastungsprobe wäre es unterlegen. Der König hätte nach rühmlichen Anstrengungen mit einem Rest seiner Truppen über die russische Grenze zurückweichen müssen. Er wäre freilich wiedergekehrt, aber als Gast und Schützling Alexander I. Das wäre für den Herrscher Preußens, den Nachkommen Friedrichs des Großen, wenig würdig, aber für sein Land auch nicht vorteilhaft gewesen. Ob es zu einer Wiederaufrichtung des Königreichs in seinem alten Machtumfange gekommen wäre, hätte im wesentlichen von Rußland abgehangen. Oesterreich würde sich jedenfalls nicht in die Schanze geschlagen haben, um in Norddeutschland wieder einen kräftigen Nebenbuhler erstehen zu lassen. Ferner aber muß man bedenken, daß mit dem ersten Zurückweichen Friedrich Wilhelm III. auf russisches Gebiet der gesamte Militär- und Verwaltungsapparat Preußens 1812 weggewischt worden wäre und er nichts mehr zur Aufrichtung der Befreiungsarmee hätte tun können. Diese konnte dann nur improvisiert werden, und Erfolge ließen sich gegen einen Napoleon am allerwenigsten ohne sorgsame Vorbereitungen erringen.

Nun, da der König sich zunächst klüglich an Napoleons Seite gehalten hatte, so schwer es ihm auch wurde, befand sich, nach dem Untergange der Großen Armee, sein kleines, aber festgefügtes Heer sicher in seiner Hand. Yorck hatte bei der Kapitulation von Tauroggen die von ihm befehligten 15000 Mann — im Augenblick der völligen Auflösung des Gegners eine ansehnliche Macht — der freien Verfügung des Königs vorbehalten. Die günstige Lage, die sich aus diesem Verhältnis um die Jahreswende von 1812 zu 1813 ergab, wurde nun freilich nicht bis zu den äußersten Möglichkeiten ausgenutzt. Unter Erregung der Volksleidenschaft und des in Deutschland gärenden Franzosenhasses hätte die Verfolgung der französischen Heeresträmmer vielleicht bis zum Rhein hin

Digitized by Google

ausgedehnt werden können. Der neue Krieg, der unfehlbar 1813 kam, würde dann dort und nicht an der Elbe begonnen haben.

Man muß sich aber in die damalige Zeit getreu zurückversetzen, um das Zögern zu verstehen. Jeder Geschichtsatlas lehrt, wie winzig der nach dem Tilsiter Frieden von Preußen übrig gebliebene Rest gegen die ungeheure Ausdehnung Frankreichs erscheint. Er bildete einen Staat zweiter Klasse, etwa wie das neugeschaffene Großherzogtum Warschau. Der Rheinbund, der noch fest zu Napoleon hielt, war ihm an Mitteln überlegen. Wie weit Rußland mit Preußen nach Westen vorgehen werde, stand noch nicht fest. Ob Oesterreich, dessen Hof seit kurzem mit Napoleon in nahe Verwandtschaft getreten war, sich überhaupt dazu entschließen würde, konnte niemand mit Sicherheit absehen. Dazu kam die ungeheure Wirkung von Napoleons Genie und der Eindruck seiner Persönlichkeit, die über alle Menschen Macht gewann, mit denen er verkehrte. Unter demselben litt unfehlbar auch Friedrich Wilhelm III. Bei dem Vordringen nach Westen gegen die letzten französischen Truppenreste hätte sehr wohl, nach einem anfänglichen Erfolge, ein Rückschlag eintreten können, denn jeder Marsch vorwärts führte näher an die Quellen der französischen Macht heran.

Unzweifelhaft spielt auch des Königs Temperament eine große Rolle bei den gefaßten Entschlüssen. Ich folge Clausewitz' Schilderung seines Charakters: „Friedrich Wilhelm III., von Grund auf ausgezeichnet durch Ernst und Strenge der Grundsätze, war zu mißtrauisch in seine eignen Kräfte und in die Kräfte andrer, zu voll von jenem nordischen, kalten Zweiflersinn, der den Unternehmungsgeist untergräbt, den Enthusiasmus befeindet und alles Hervorbringen erschwert. Sein richtiger Verstand und scharfer Beobachtungsgeist werden von jenem unüberwindlichen Hange zum Zweiflergeist nur in die Richtung der menschlichen Schwächen und Unvollkommenheiten getrieben, die er schnell entdeckt und die seinen Mangel an Vertrauen fast bis zur Geringschätzung steigern."

Ein solcher König war freilich wenig geeignet im Volke einen Sturm zu erregen und Deutschland in Brand zu setzen, nur um den verhaßten Eroberer in den Flammen verzehren zu lassen. Von der auflodernden Begeisterung war Friedrich Wilhelm III. lange im Zweifel, ob sie nicht nur ein Strohfeuer bedeute, das bald in sich zusammensinken werde. Er faßte nähergelegene Ziele ins Auge, die für ihn den Vorzug besaßen, daß sie ihm erreichbar erschienen. Er dachte an ein vorteilhaftes Abkommen mit Frankreich, das Napoleon in seiner augenblicklichen schwierigen Lage wohl sicher gewähren mußte. Er wünschte eine Lockerung der Fesseln, in denen Preußen von 1807 bis zum Augenblick geschmachtet hatte, teilweisen Erlaß der Kriegskosten, mehr Freiheit im Militärstaat und eine vorteilhafte Abrundung der Grenzen. An das, was durch die Erhebung erreicht worden ist, oder gar an einen Marsch bis Paris glaubte er nicht. Sicherlich würde er vorteilhafte Anerbietungen Frankreichs nicht ausgeschlagen haben, schon um auch Rußland gegenüber baldmöglichst wieder unabhängig dazustehen.

Zudem hatte sein Zögern auch darin eine natürliche Ursache, daß auf ihm

Digitized by Google

in erster Linie die Verantwortung für die schweren, jetzt zu treffenden Entscheidungen lastete. Schließlich muß man aber anerkennen, daß in dem Zaudern des Königs nur dieselben Eigenschaften zum Vorschein kommen und wirksam werden, denen Preußen auch seine Rettung von 1809 und 1812 verdankte.

Yorcks Tat von Tauroggen hat der König insgeheim durchaus gebilligt, wenngleich er es auch öffentlich noch nicht tun konnte. Erst später verdroß ihn Yorcks selbständiges, energisches Vorgehen bei der Bewaffnung von Ostpreußen. Die dadurch ins Leben gerufene Bewegung erschien ihm bedenklich, weil er die Führung in der Hand zu behalten und die Armee nach seinem Sinn wirklich kriegsbereit zu machen wünschte, ehe er einen weiteren Entschluß faßte. Mit dieser Auffassung ließ sich bis zu einem gewissen Grade wohl rechnen; es kam nicht so sehr darauf an, die von den französischen Generalen über die Elbe geretteten Heerestrümmer vollständig zu zerstören, als darauf, den ersten ernsten Zusammenstoß mit der neuen Heeresmacht Napoleons, wenn auch nicht gleich siegreich, so doch ehrenvoll und ohne Niederlage zu bestehen. Auch gedachte der König in seiner vorsichtigen Art, sich vor dem Bruche mit Frankreich erst politisch mit Oesterreich und Rußland sicherzustellen. Und man kann nicht sagen, daß diese Vorbereitungen, sowie die Sorge für den möglichst guten Zustand der Truppen beim Eintritt in den Feldzug sich nicht bewährt haben.

Der 2. Mai sollte den bündigen Beweis dafür liefern. Der Aufbruch von Breslau, wo sich die preußische Hauptmacht versammelte, wurde dadurch allerdings bis zum 18. März verzögert. Am 30. rückte Blücher in Dresden ein und dann noch bis an die Zwickauer Mulde vor. Dort kam es zu einem Stillstand; denn die russische Hauptarmee war noch weit zurück; sie hielt erst am 24. April ihren feierlichen Einzug in die sächsische Hauptstadt. Nur Wittgensteins Truppen hielten mit den Preußen gleichen Schritt. Schon dieser Hergang erregt Bedenken darüber, wie es mit der sofortigen Verfolgung der Franzosen bis zum Rhein wohl ausgesehen haben würde. Jedenfalls hätte sie eine große Zersplitterung der Streitkräfte herbeigeführt, die einheitliche Leitung von oben her wäre dadurch fast unausführbar geworden. Sie war ohnehin schwierig genug und hätte einen schleppenden Gang der Operationen zur Folge gehabt.

Dem Namen nach führte Wittgenstein den Oberbefehl, tatsächlich Kaiser Alexander, dem als einflußreicher Berater Graf Toll zur Seite stand. Der alte Kutusow war sterbend in Bunzlau zurückgeblieben. König Friedrich Wilhelm III. und seine Umgebung waren natürlich gleichfalls von Einfluß. Man hielt Eile auch nicht für geboten, weil man berechnete, daß Napoleon nicht vor dem 20. Mai aufbrechen könne. Nur Scharnhorsts unendlicher Geduld und überzeugender Beweiskraft gelang es, die Maschine der obersten Heeresleitung in Gang zu halten. Um die inneren Mängel, die der Armee noch anhafteten, zu beseitigen, wurde die neue Fechtweise fleißig geübt, mit den alten Exerzierkünsten vollständig aufgeräumt, das Kriegsmäßige ganz in den Vordergrund gestellt. Die Uebungen wurden von allen Spielereien freigehalten und nur auf den Felddienst gerichtet. Das Reglement von 1812, das sich in Kurland so trefflich be-

Digitized by Google

währt hatte, konnte sich überall einbürgern. Die von den Franzosen angenommene Verbindung des Schützengefechts mit dem Stoße beweglicher Kolonnen wurde Gemeingut der ganzen Armee. Yorcks Jäger hatten vorbildlich in dieser neuen Fechtart gewirkt. Die Dienstzeit der meisten Mannschaften übertraf die der Napoleonischen Truppen, ihre Ausbildung und Mannszucht war der französischen weit überlegen. Das sind die nicht zu unterschätzenden Vorteile, welche die Zögerung mit sich gebracht hatte.

Ein trefflicher Sinn verbreitete sich unter den preußischen Truppen; sie sehnten sich nach dem Kampfe, um die lange mit Ingrimm ertragene Unbill zu rächen und die Schmach der Niederlage von 1806 vollkommen zu tilgen. Das kriegerische Aussehen und ein gutes, ernstes Betragen der Mannschaften erregten überall wohlverdientes Aufsehen. „Nie war eine Armee von besserem Geist beseelt," urteilt Clausewitz. Stilles, aber festes Vertrauen auf sich und den Triumph seiner Sache leuchtete aus jedes Soldaten Mienen. Die bedeutsamste aller Ursachen von Napoleons Niederlage von 1813 war die moralische und physische Ueberlegenheit des Heeres seiner Gegner.

Der Kaiser überraschte diese freilich, wie zuvor so häufig, durch seine Schnelligkeit. Nicht am 20. Mai, sondern schon am 15. April verließ er St. Cloud, war am 17. in Mainz, am 25. in Erfurt und eröffnete unverzüglich die Operationen. Seine Gegner westlich der Elbe schätzte er ziemlich richtig auf 60000 bis 70000 Mann. Soviel betrugen Blüchers und Wittgensteins Truppen zusammengenommen. Auch ohne den Vizekönig Eugen, der die aus Rußland zurückgekehrten Reste der Großen Armee bei Magdeburg gesammelt und bis auf 50000 Mann verstärkt hatte, war er mit dem neu herankommenden Heere jenen um das Doppelte überlegen. Er führte 120000 bis 130000 Mann allerdings nur junger, wenig geübter Truppen heran. Sein Vormarsch ging auf Leipzig, dort wollte er sich über das Weitere entscheiden. Der Vizekönig erhielt das gleiche Ziel und den Befehl, sich mit ihm zu vereinigen. Die Verbündeten zogen sich bei seiner Annäherung südlich von Leipzig um Rötha an der Pleiße zusammen. Nur Kleist mit einem schwachen Korps deckte Leipzig an der großen Heerstraße von Naumburg und Weißenfels. Er wich aber beim Erscheinen der großen französischen Uebermacht am 2. Mai fechtend durch die Stadt nach Wurzen zurück.

Napoleons Vormarsch überflügelte so die Verbündeten in der rechten Flanke. Er konnte nun, wenn er nach Süden einschwenkte, sie von ihren Verbindungen trennen, ihnen den Rückzug rauben, sie ins Erzgebirge oder auf die neutrale österreichische Grenze zurückwerfen. Gefahr war im Verzuge, die Möglichkeit einer Vernichtung nicht ausgeschlossen.

Was wäre früher in solcher Lage erfolgt? Wahrscheinlich ein überstürzter Rückmarsch, um die bedrohten Verbindungen wieder zu gewinnen, Teilgefechte und allmählich eine allgemeine Niederlage. Diesmal kam es anders, die Verbündeten antworteten der Kühnheit Napoleons mit noch größerer Kühnheit ihrerseits. Scharnhorsts Geist fühlt man darin wehen. Sie beschlossen, nicht zurück-

Digitized by Google

zugehen, sondern in die Flanke des vorüberziehenden französischen Heeres vorzustoßen und es zum Stehen zu bringen. Das war mit Rücksicht auf die große numerische Uebermacht der Franzosen ein verwegenes Beginnen, das nur unternommen werden konnte im Vertrauen auf die größere innere Festigkeit und die besseren soldatischen Eigenschaften der Truppen.

Der Vorstoß führte zur Schlacht von Großgörschen. Napoleon wußte, daß die Verbündeten noch südlich von ihm stünden, und er an ihnen vorübermarschierte. Er ließ daher 45000 Mann unter Marschall Ney bei Lützen stehen und blieb am Schlachttage, dem 2. Mai, bis 10 Uhr vormittags persönlich dort. Als bis dahin alles ruhig geblieben war, eilte er in der Richtung auf Leipzig vorwärts, doch bald sollte der beginnende Kanonendonner ihn zurückrufen. Den Entschluß der Verbündeten hatte er augenscheinlich nicht erwartet. Diese waren indessen, durch die freilich nur 17000 Mann zählende russische Hauptarmee — Garden und Grenadiere — verstärkt, unterdes bei Pegau über die Weiße Elster und dann auch noch über den sie von den Franzosen trennenden Floßgraben vorgegangen. Sie befanden sich im Begriff, mit der Front nach Norden aufzumarschieren. Der Aufmarsch dauerte unverhältnismäßig lange, weil man sich mit Förmlichkeiten und Truppenentwicklungen aufhielt, statt ohne Verzug in Kolonnen auf den zu überraschenden Gegner loszugehen. Von Neys Anwesenheit bei Lützen wußte man nichts, aber die langen Staubwolken der sich gegen Leipzig fortbewegenden französischen Armee waren deutlich sichtbar, und man hoffte daher, sie unvermutet von rückwärts fassen zu können. Erst bei näherem Herankommen wurde Neys den Flankenmarsch schützendes Korps entdeckt. Der Kampf entbrannte sogleich mit großer Heftigkeit.

Dort, wo der Floßgraben in der Mitte seines Laufes, südlich von Markranstedt, eine scharfe Biegung nach Westen macht, liegen an seinem linken Ufer die vier Dörfer Groß- und Kleingörschen östlich, Rahna und Caja westlich, nahe beieinander. Eine Viertelmeile von dieser Dörfergruppe, nach Westen entfernt, dehnen sich die langgestreckten Häuserreihen von Starrsiedel inmitten freier Felder aus. Das ist das Hauptschlachtfeld des blutigen Tages.

Nach kurzem Besinnen gab Napoleon seine Befehle. Ney sollte die vier Dörfer verteidigen und die Verbündeten aufhalten, die übrigen französischen Korps ihnen in die rechte und linke Flanke gehen. Auch Vizekönig Eugen mußte sich bereithalten, aufs Schlachtfeld zu eilen. Aber die Verbündeten zögerten ebensowenig. Sie hofften, dem Feinde durch schnellen Vorstoß den Rückzug von Leipzig auf der großen Weißenfelder Straße zu nehmen. So gerieten die beiden Heere in dem Dörferviereck und seinem von blühenden Gärten und Pflanzungen aller Art bedeckten inneren Raume sofort lebhaft aneinander. Die Preußen stürmten Großgörschen, und ihre Reiterei überraschte zur Linken bei Starrsiedel die erscheinenden feindlichen Massen, die sich eben zu entwickeln begannen, jetzt aber schnell in das Dorf zurückwichen. Leider folgte kein entschlossener Angriff auf das Dorf, und Starrsiedel blieb für den weiteren Verlauf der Schlacht in französischen Händen. Ney wurde dort von Marmont

Digitized by Google

unterstützt und ging zum Gegenangriff über. Rahna und Kleingörschen, das die Preußen gleichfalls schon gewonnen, wurde wieder verloren. Hitzig drängten die Franzosen nach, aber Blücher vereinigte bei Großgörschen eine starke Artillerie und wies sie ab, nahm die verlorenen Dörfer zum zweitenmal und ließ seine brave Infanterie sogar in Caja eindringen. Der Sieg schien sich auf die Seite der Verbündeten zu neigen. Aber ihre starke Kavallerie versäumte die kostbare Gelegenheit, durch einen stürmischen Angriff die Franzosen über den Haufen zu werfen.

Bisher hatte nur Neys Korps drüben gefochten, Napoleon ließ nach seiner Art das Gewicht der Schlacht lange auf ihm ruhen. Inzwischen aber versammelte er seine übrigen Kräfte gegen die Flanken der Verbündeten. Die Garde traf hinter Ney ein und zur Linken Macdonald von des Vizekönigs Heer. Caja ging bald verloren, und wie von einer mächtigen Woge wurden die erschöpften preußischen Truppen wieder auf Großgörschen zurückgeschwemmt. Selbst ein Teil dieses Dorfes geriet in feindliche Hände, der andre wurde nur mit Mühe behauptet. Aber voll Zuversicht harrten Blücher und sein getreuer Scharnhorst mitten unter den Kämpfern aus. Bei diesem war das Feuer erwacht, das auf dem Grunde seiner Seele glimmte.

Zur Rechten Napoleons kam jedoch hinter Marschall Marmont auch Bertrand heran; die Lage der Preußen wurde von Stunde zu Stunde bedenklicher, und wir erinnern uns dabei unwillkürlich an Hohenlohes Heer bei Vierzehnheiligen; indessen kam hier die Hilfe noch zur rechten Zeit, und nicht zu spät, wie dort. Um 4 Uhr nachmittags war der Aufmarsch der Russen hinter den Preußen vollendet. Wittgenstein konnte diese verstärken, Rahna und Kleingörschen wurden unter Einsetzung ihrer letzten Reserven nochmals erobert — zum viertenmal in dem hin und her wogenden Kampfe; es schien, als sollte der Tag noch den Verbündeten gehören.

Aber Napoleon hatte nur den Augenblick erwartet, der über Gewinn und Verlust der Schlacht entscheiden sollte und urteilte — es war gegen 6 Uhr nachmittags — daß er gekommen sei. Unter Entwicklung mächtiger Artillerielinien ließ er Mortier mit der jungen Garde gegen das Dörfervierecк antreten. Diesmal ging auch Großgörschen, daß sich bis dahin hartnäckig behauptet hatte, den Preußen verloren. Freilich eroberten sie es unter Aufgebot der letzten Kräfte noch einmal wieder; dann aber trat die Erschlaffung ein. Auf dem engen, von Häusern und Bäumen bedeckten Raume, der zum Kampfplatz diente, war die Truppe arg durcheinander gekommen. Die Dunkelheit ließ den Kampf ersterben, die brennenden Dörfer erleuchteten die Walstatt. Zur Rechten und zur Linken von Blücher hatten die Russen sich mit Mühe der Truppen des Vizekönigs und Bertrands erwehrt. Jetzt mußten die Kämpfer hinter den Dörfern in der Dunkelheit gesammelt und einigermaßen wieder geordnet werden; ein Schlachttag von äußerst dramatischer Bewegung war damit vorüber. Der Rückzug wurde beschlossen. Nur Blücher, der Unerschrockene und Unverdrossene, widersprach und versuchte noch einen letzten Reiterangriff, der in Marmonts

Digitized by Google

Korps große Verwirrung anrichtete, aber doch das Schicksal des Kampfes nicht mehr zu wenden vermochte. Scharnhorst hatte, ernsthaft verwundet, den Kampfplatz verlassen müssen, um nie wieder zu einer fechtenden Truppe zurückzukehren. Das war der schmerzlichste Verlust.

„Die Idee der Schlacht war gut, die Anlage war schlecht." Die Hauptschuld daran trug die Verwirrung in der Befehlsführung. „Es kommandierte in der Schlacht von Großgörschen niemand oder vielmehr jedermann."

Und dennoch war Großgörschen ein Gewinn für die Verbündeten. Der blutige Tag hatte sie einander näher gebracht und die Waffenbrüderschaft fester gekittet. Die Tapferkeit der Preußen erweckte das Staunen und die Achtung der russischen Bundesgenossen; die jungen Truppen hatten an Selbstvertrauen, Heer und Volk an Zuversicht gewonnen. Die den Kampfplatz verlassenden Soldaten waren keineswegs niedergebeugt, sondern trugen die bestimmte Empfindung von ihrer moralischen und physischen Ueberlegenheit über die bisherigen Unterdrücker als Ernte von der Walstatt davon. Die Hoffnung auf den endlichen glücklichen Ausgang des ganzen Krieges schlug selbst in zaghaften Seelen Wurzel. Auch König Friedrich Wilhelm III., der hartnäckige Zweifler, hatte schon am Vormittag beim Anblick der Truppen und ihrer Stimmung ausgesprochen: „Nun mag es in Gottes Namen werden, wie es will; ein Auerstedt wird es nicht!"

Die Franzosen hatten 22000 Mann mit 9 Generalen verloren, die Verbündeten nur 11500 Mann, also etwa die Hälfte, und es ist wohl zu ermessen, daß die Eindrücke davon den Stolz und die Haltung der Truppen gehoben haben. Alles war und blieb auch auf dem Rückzuge in guter Stimmung. „Der Soldat glaubte nicht geschlagen zu sein," und sah vertrauensvoll neuen Kämpfen entgegen. Der alte Blücher aber erklärte zornig einen jeden, der von Rückzug sprach, für einen Hundsfott. Wie anders sah das alles aus, als in der unglückseligen Nacht zum 15. Oktober 1806 nach Jena und Auerstedt.

Großgörschen war die Generalprobe der Verbündeten, die ihre Kräfte an denen der neuen französischen Heere prüfen wollten, ehe das große dreijährige Drama der Befreiungskriege begann, und sie war gut ausgefallen. Die Frage mag offen bleiben, ob das auch eingetreten wäre, wenn das Vorgehen drei Monate früher seinen Anfang genommen hätte? Niemand vermag diese Frage mit Sicherheit zu entscheiden, aber gewiß ist, daß das Zögern gute Früchte getragen hat. Die Generalprobe war sorgfältig vorbereitet worden und darum gelungen — eine gute Vorbedeutung für den Erfolg der kommenden Aufführung.

Digitized by Google

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von

Freiherr v. Hengelmüller

IV

Berlin. — Der Anfang

Am 14. November 1859 wurde Graf Karolyi zum Gesandten in Berlin ernannt. Er war damals vierunddreißig Jahre alt. Gleichzeitig und mit derselben kaiserlichen Entschließung erfolgte die Ernennung des noch um vier Jahre jüngeren Fürsten Metternich zum Botschafter in Paris. Auf seinen beiden wichtigsten Posten war sohin Oesterreich damals durch ungewöhnlich junge Diplomaten vertreten, welche aber beide schon ihre Proben abgelegt hatten und vom ersten bis zum letzten Tage ihrer Missionen reichlich Gelegenheit fanden, das kaiserliche Vertrauen, dem sie ihre Berufung verdankten, zu rechtfertigen.

Die Verhältnisse, unter denen die beiden Herren ihre Posten antraten, waren schwierige und unklare. Was die damalige politische Lage Europas kennzeichnet, ist der Mangel an Allianzen und sicheren Verbindungen sowie das allgemeine Mißtrauen. Mit Ausnahme von Preußen und Rußland, welche durch verläßliche Bande verbunden waren, stand jede Macht für sich allein und isoliert. Ganz besonders so Oesterreich. Zwischen ihm auf der einen, Frankreich und England auf der andern Seite stand die italienische Frage, zwischen ihm und Rußland die Erinnerung an den Krimkrieg und die fortnagende Ranküne des Fürsten Gortschakow. Das im Werden begriffene Italien war ein offener Feind. Im Verhältnisse zu Preußen hatte sich zu den — durch die unter der Asche der Erinnerungen an Olmütz fortglimmende Rivalität in Deutschland bewirkten — inneren Schwierigkeiten die Verschlechterung des psychologischen Momentes durch die Kontroverse über die während des italienischen Krieges eingenommene Haltung gesellt.

Die Geschichte der auf diese Haltung bezüglichen seinerzeitigen Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen gehört nicht in den Rahmen dieser Erzählung. Zum klareren Verständnis der durch ihren Ausgang erzeugten, in der öffentlichen Meinung noch lange nach Karolyis Amtsantritt nachvibrierenden Stimmung scheint es indessen angezeigt, sie in ihren Hauptmomenten zu resümieren.

Wie schon früher erwähnt, war Erzherzog Albrecht im April 1859 nach Berlin entsendet worden, um dem Prinzregenten unsre Entschlüsse angesichts der europäischen Situation mitzuteilen und Preußens aktive Teilnahme am Kriege zu erwirken. Seine Mission blieb erfolglos, weil 1. das Terrain für

Digitized by Google

dieselbe nicht vorbereitet war, 2. die preußische Regierung der von uns gewünschten Vorbringung der Frage auf dem Bundestage widerstrebte und dieselbe allein vom Standpunkt ihrer Interessen als Großmacht behandeln wollte, und 3. weil der Prinzregent und seine Regierung unsre Ultimatumstellung und Kongreßablehnung mißbilligten. Die Stimmung, welche diese ablehnende Haltung bei dem kaiserlichen Kabinett hervorrief, findet sich in einer in der Schwüle jener Tage an den Gesandten in Berlin ergangenen vertraulichen Weisung in prägnanter Weise ausgedrückt. Darin heißt es:

„Der politische Gang in Berlin ist ein sehr entmutigender ... Uns selbst abhalten zu wollen, dem Bundestag die einfache Mitteilung zu machen, daß wir mit zwei Mächten im Kriege und von einer dritten bedroht sind, war nichts als ein böses Spiel ... Unerschöpflich in Vermittlungsversuchen, immer bereit, die Schritte unsrer Gegner zu entschuldigen und zu rechtfertigen, verliert man sich in Sophismen ... Immer die eiteln Fragen, wer der Angreifer, wer der Angegriffene? Wo fängt die Pflicht an, wo hört sie auf?

Wir sagen, der Bund soll eine achtunggebietende Stellung einnehmen, und man erwidert, daß Preußen acht Armeekorps aufstellt, als wenn dies dasselbe wäre. Solange Preußen sich nicht offen für unsre Sache ausspricht, kann uns eine achtunggebietende Stellung desselben nicht genügen. Die Idee ist noch immer nicht aufgegeben, auf Kosten Oesterreichs eine Rolle zu spielen.

Uns möchte man von jeder Teilnahme an Deutschlands Entschlüssen ausschließen, Frankfurt annullieren ... So wähnt man vielleicht, Herr der Stellung zu werden, vielleicht selbst im Trüben fischen zu können."

Mittlerweile waren das Manifest Napoleons, „Italien frei bis zur Adria", und der Aufstand in Parma erfolgt. Unter dem Eindruck der dadurch hervorgerufenen Besorgnisse trat die preußische Regierung dem Gedanken aktiver Verbindung mit Oesterreich wieder näher, und Generalleutnant von Willisen wurde Anfang Mai nach Wien gesendet, um, wie es in seinen Instruktionen hieß, vor allem festzustellen, unter welchen Voraussetzungen, in welcher Weise und zu welchem Zwecke Preußen dem kaiserlichen Hofe helfend zur Seite zu treten hätte. Zu diesem Ende hätte Oesterreich vor allem bestimmt auszusprechen, bis zu welchem Ziele es den begonnenen Krieg zu führen und unter welchen Bedingungen es Frieden zu machen gedenke.

Graf Rechberg verwies in seiner Antwort auf den Ursprung der Verwicklungen, die damit begonnen hätten, daß ein unveräußerliches Souveränitätsrecht des Kaisers — nämlich das Recht, mit andern unabhängigen Regierungen Verträge wegen gegenseitiger Hilfeleistung zu schließen — angefochten wurde. Hieraus und aus den seitherigen Erklärungen Kaiser Napoleons ergäbe sich für Oesterreich von selbst Natur und Zweck des Krieges. Wir betrachten denselben als einen Defensivkrieg, der seinen Zweck erfüllt haben werde, sobald der auf den Verträgen von 1815 beruhende territoriale Besitzstand sowie die ungestörte Ausübung der Souveränitätsrechte des Kaisers und der italienischen Fürsten sichergestellt sein werde. Als kriegführende Macht und solange nicht die Rück-

Digitized by Google

sicht auf aktive Verbündete einträte, kann die kaiserliche Regierung sich nicht im voraus an irgendwelche Bedingungen binden. Wünsche aber Preußen Frankreich gegenüber die Entscheidung über seine eigne Teilnahme am Kriege von der Annahme von Vorschlägen zur Wahrung der bezeichneten Zwecke abhängig zu machen, so würde das kaiserliche Kabinett einer so befreundeten Macht gegenüber gerne in einen vertraulichen Meinungsaustausch eintreten.

Die Mission des Herrn von Willisen führte gleichfalls zu keinem positiven Ergebnis.

Indessen hatte Preußen, wenn auch langsam und zögernd, militärische Vorbereitungsmaßregeln ergriffen. Gleich nach Erlassung unsers Ultimatums an Sardinien war für das preußische Heer die sogenannte Kriegsbereitschaft angeordnet, nach Magenta zwei Dritteile desselben mobilisiert und sechs Tage nach Solferino ein Observationskorps am Rhein aufgestellt worden. Die österreichischen Niederlagen hatten aber in Preußen entmutigend gewirkt, man hielt an maßgebender Stelle die verfügbaren Streitkräfte zur sofortigen Aufnahme aktiver Beteiligung für unzulänglich und griff zu dem Gedanken bewaffneter Vermittlung. Dieselbe sollte auf für Oesterreich annehmbarer Grundlage, nämlich auf der Basis unveränderten Besitzstandes und Einführung administrativer Reformen in Italien erfolgen. Zu diesem Zwecke setzte sich die preußische Regierung auch mit England und Rußland in Verbindung.

Was aber Oesterreich von Preußen wollte, war nicht Vermittlung, sondern aktive Hilfeleistung, und zu diesem Ende erfolgte in letzter Stunde noch ein Appell an Berlin durch die Entsendung des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz, der am Hofe des Prinzregenten persona gratissima und zu allen Zeiten ein fester Anhänger der Allianz mit Preußen war. Ungern, aber dennoch waren wir auch geneigt, in die schon aus Anlaß der Mission Willisen angeregte Ueberlassung des Oberbefehls über die Bundesarmee an Preußen einzuwilligen.

Windischgrätz kam am 3. Juli in Berlin an, fand den Prinzregenten von aufrichtiger Sympathie für Oesterreich beseelt, in voller Uebereinstimmung der Anschauungen hinsichtlich Frankreichs, aber in schweren Zweifeln über die Möglichkeit sofortigen aktiven Eintretens. Bevor er indessen seine Mission zu einem positiven Ende führen konnte, war der Präliminarfriede in Villafranca unterzeichnet worden.

Dies war in kurzem der Gang der Dinge, der in Oesterreich wie in Preußen ein reiches Maß von Verstimmung und Erbitterung zurückließ. Bei uns hatte man das Gefühl, von dem natürlichen Bundesgenossen im Stich gelassen worden zu sein, und überdies den Argwohn, daß dieser die Gelegenheit benützen wollte, um die eigne Machtstellung in Deutschland auf unsre Kosten zu vergrößern. In Preußen wieder fand man die erhobenen Vorwürfe ungerecht, weil die Hilfeleistung, wenn auch spät, so doch unausweichlich eingetreten wäre, und beschuldigte Oesterreich, lieber einen nachteiligen Frieden geschlossen als dem nachgesuchten Alliierten die Betätigung seiner natürlichen Machtstellung in Deutschland gegönnt zu haben.

Digitized by Google

Die österreichischen Gefühle hatten in dem aus Laxenburg erlassenen kaiserlichen Manifest vom 16. Juli öffentlichen Ausdruck gefunden. Freiherr v. Schleinitz war hiergegen in einem an Baron Werther gerichteten, die preußische Haltung rechtfertigenden Erlasse vorstellig geworden; Graf Rechberg hatte hierauf geantwortet, und die Kontroverse zwischen den beiden Regierungen schließlich einen so gereizten Charakter angenommen, daß Schleinitz unserm Vertreter in Berlin erklärte, sie nicht länger fortsetzen zu wollen, und daß Preußens Ehre selbst dann nicht im Spiele stünde, wenn es tatsächlich den für Oesterreich ungünstigeren, in Villafranca ins Gewicht gefallenen sieben Punkten (vide oben) zugestimmt hätte. In der Presse und andern öffentlichen Erörterungen beider Länder dauerte aber die Fehde noch lange fort.

Ueber der Tagesströmung standen indessen die dauernden Interessen beider Länder, die Sorge vor den sie beide bedrohenden Gefahren, die nicht erloschenen Erinnerungen an die napoleonische Zeit und der hieraus resultierende Wunsch, den Weg zum Anschluß wieder zu finden.

Ein Brief, welchen der Prinzregent um diese Zeit an Kaiser Franz Josef geschrieben hatte, schloß mit den Worten:

„Die schwersten Ereignisse stehen Europa nun bevor. Ein bisheriger Kriegstheoretiker ist ein praktischer Feldherr geworden, und seine Siegestrunkenheit wird er uns alle fühlen lassen. Ich bete zu Gott, daß er mir vergönnen möge, falls Eure kaiserliche Majestät meine Unterstützung noch einmal in Anspruch zu nehmen hätten, ich dieselbe zu leisten imstande sein möge, wie ich im Begriffe war, es zu tun. Aber auch ich darf diese Unterstützung von Hochdenselben mit Zuversicht in Anspruch nehmen, um den gemeinsamen Feind zu bekämpfen, wenn er Gelüste auf Preußen und Deutschland äußern sollte, denn nur Einheit schafft Kraft."

Die gleichen Anschauungen waren in der zweiten Hälfte des Jahres 1859 in Wien zur Geltung gelangt, und tatsächlich war es Oesterreich, welches zur Zeit des Amtsantrittes Karolyis den Gedanken enger Verbindung mit Preußen durch Abschluß einer formellen Defensivallianz zur Verwirklichung bringen wollte.

Unmittelbar nach Villafranca hatte die kaiserliche Regierung eine intimere Annäherung an Frankreich gewünscht und nach den von Napoleon III. erhaltenen Versicherungen dies auch für möglich gehalten. Die Schwierigkeiten, welche den Abschluß des Friedens in Zürich so lange verzögert hatten, dauerten aber auch weiter fort. Das Memorandum von Biarritz wurde ebensowenig ausgeführt wie die früheren Stipulationen, und der Gang der Ereignisse lehrte immer mehr, daß der Punkt, auf welchen das kaiserliche Kabinett das größte Gewicht legte und an welchen es die Gewährung der Sonderstellung Venedigs im Rahmen der Monarchie geknüpft hatte — nämlich die Wiedereinsetzung des Großherzogs von Toskana —, nur mit Waffengewalt erzwungen werden könnte, und Napoleon III. dies nicht zulassen würde. Unter diesen Umständen fiel auch die Vorbedingung des einzuberufenden Kongresses zu Boden, nämlich die Einigung

Digitized by Google

zwischen uns und Frankreich. Uebrigens wollte denselben niemand als eben nur Kaiser Napoleon.

England hatte von Anfang an erklärt, daß es an dem Kongresse nur teilnehmen würde, wenn vorher unzweideutig festgestellt würde, daß man nicht versuchen werde, den italienischen Staaten Souveräne aufzuzwingen, die sie nicht haben wollten (Lord Cowleys Erklärung in Paris, 4. Oktober, und Lord John Russell an Graf Apponyi, 19. Oktober 1859).

Rußland trug dem Kongreßprojekt gegenüber absolute Gleichgültigkeit zur Schau. Gortschakow bemerkte: „Ce n'est pas nous qui avons fait tout ce gâchis". Zugleich erklärte er auch seine Geneigtheit, teilzunehmen, falls Preußen und England es auch tun und die Grundlagen der Beratung sichergestellt sein würden.

Freiherr v. Schleinitz hatte der Kongreßidee zuerst mit Zweifeln und Bedenken entgegengesehen. Seine Haltung war aber eine schwankende, und als Frankreich Ende Dezember die Vertagung des Kongresses ankündigte, war er geneigt, hierin eine Zurücksetzung der andern Mächte zu erblicken.

Die Vertagung war infolge unsrer Haltung erfolgt. Am 13. November waren die Einladungen zum Kongresse angekündigt, am 15. Dezember dessen Aufgabe dahin präzisiert worden: den Mächten, welche die Verträge von 1815 unterzeichnet hatten, die Züricher Abmachungen zur Kenntnis zu bringen und die Mittel und Wege zur Pazifizierung Italiens ausfindig zu machen. Am 23. war sodann in Paris die eingestandenermaßen von Kaiser Napoleon inspirierte Broschüre „Le Pape et le Congrès" erschienen, die zur Demission des Ministers Walewski führte, am 30. hatte dann Metternich den Kongreß für unmöglich und am 3. Januar 1860 das Memorandum von Biarritz wie den Vertrag von Zürich für gebrochen erklärt.

Dies war die europäische Situation, als Graf Karolyi seinen Posten antrat, und aus ihr entsprang der natürliche Wunsch der österreichischen Regierung nach Wiederherstellung möglichst enger Beziehungen zu Preußen. In den Karolyi erteilten Instruktionen wurde ausgeführt, wie die Präliminarien von Villafranca und der Friede von Zürich, so schwere Opfer sie Oesterreich auch auferlegten, doch zugleich eine wertvolle Errungenschaft enthielten, indem ihre loyale Ausführung eine unübersteigliche Schranke zwischen Napoleon III. und der europäischen Revolutionspartei errichtet hätte und ein erträgliches Verhältnis zwischen dem Kaiser der Franzosen und den Verteidigern der legitimen Ordnung der Dinge herbeizuführen geeignet gewesen wäre. Diese Hoffnung habe sich nicht erfüllt, vielmehr mehren sich täglich die Zeichen, daß Napoleon III. den Faden der Verbindung mit jener Partei nicht reißen lassen, sondern, von England unterstützt, der italienischen Revolution zum Siege verhelfen will. Frankreich gehe also nur darauf aus, dem europäischen Kongresse die Sanktion der vollzogenen Tatsachen und seines eignen Abfalles von den eingegangenen Verpflichtungen zuzumuten, und unter diesen Umständen mußte das Kabinett des Kaisers Franz Josef zur Ueberzeugung kommen, daß es für Oesterreichs Ehre und Würde am

Digitized by Google

besten sorgen werde, wenn es die Zusage seiner Beteiligung am Kongresse zurückzöge. Wir hegten die Hoffnung und den Wunsch, daß Preußen sich diesfalls mit uns auf den gleichen Standpunkt stellen werde, und bei dem Prinzregenten und seinen Ministern dahin mit aller Vorsicht und Schonung zu wirken, wurde als die erste Aufgabe des neuen Gesandten bezeichnet.

Weiter heißt es in den demselben erteilten Instruktionen:

„Ein übereinstimmendes Verhalten Oesterreichs und Preußens in der gegenwärtigen ernsten Konjunktur müßte ohne Zweifel auch auf die Beziehungen zwischen beiden Mächten auf dem Gebiete der Angelegenheiten Deutschlands den günstigsten Einfluß ausüben.

Graf Karolyi wolle es sich zur Pflicht machen, bei jeder Gelegenheit dem aufrichtigen Wunsche S. M. des Kaisers Ausdruck zu geben im engen Einvernehmen mit Preußen und mit bereitwilligster Anerkennung des großen und gerechten Einflusses, welchen diese Macht in Deutschland auszuüben berufen ist, für die innere Ruhe und Wohlfahrt, wie für die äußere Sicherheit des Deutschen Bundes zu wirken. Daß Oesterreich hierbei das föderative Prinzip und die Grundlagen der bestehenden Bundesverfassung festhalten muß, dies anzuerkennen wird der preußische Hof seinerseits gerecht genug sein, und eine konservativ gesinnte Regierung Preußens wird hierin sicherlich kein Hindernis freundlicher und vertrauensvoller Beziehungen zu Oesterreich erblicken. Die persönlichen Antezedenzien einiger der jetzigen Ratgeber des Regenten werden hoffentlich die Krone Preußens nicht abhalten, mit Kraft und Nachdruck die Einflüsse bundesfeindlicher Politik zurückzuweisen."

Ueberzeugteren und berufeneren Händen als denen Karolyis konnte die Pflege engster Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen nicht anvertraut werden. Es war ihm vergönnt, dieses Ziel am Schlusse seiner zweiten Berliner Mission verwirklicht zu sehen. Aber zwischen dieser Erfüllung und seinem ersten Amtsantritt liegen 18 Jahre reichbewegter Weltgeschichte.

Karolyi traf am Neujahrstag 1860 in Berlin ein, hatte am 3. seine erste Entrevue mit Baron Schleinitz und wurde am 8. vom Prinzregenten zur Ueberreichung seiner Kreditive empfangen. Auf der Tagesordnung stand damals noch die Kongreßfrage, und diese bildete auch das hauptsächliche Thema seiner ersten Unterredungen mit dem preußischen Herrscher und dessen Minister des Aeußern.

Der Prinzregent bemerkte diesfalls, wie ihm der Kongreß zuerst wünschenswert erschienen sei, wie aber seither durch die französische Politik so neue und unerwartete Elemente in die Situation getreten und die Basis für den Aufbau des Friedens, nämlich die Stipulationen von Villafranca und Zürich, so verrückt worden wären, daß die Rätlichkeit des Zusammentrittes sehr fraglich erscheine und das preußische Kabinett die Frage noch reiflich erwägen müsse.

Sein Urteil über die diesfalls empfangenen Eindrücke faßte Karolyi in seiner Berichterstattung nach Wien in den Worten zusammen, daß Preußen sich vielleicht scheuen werde, in erster Linie nach uns gegen den Kongreß aufzutreten, aber den letzten Stein auf sein Grab sehr gerne legen werde.

Digitized by Google

In der Tat ist damals das Kongreßprojekt eines natürlichen Todes gestorben. Aber die französischen Bemühungen, durch Konferenzen oder gemeinsame Beschlüsse der Großmächte die formelle Sanktion der in Italien geschehenen Tatsachen zu erlangen und auf diese Weise den Kaiser Napoleon aus den Verlegenheiten einer Situation zu befreien, in die er uns gegenüber durch die Nichterfüllung seiner Verbindlichkeiten geraten war, hörten darum nicht auf, wurden vielmehr durch das ganze Jahr 1860 fortgesetzt. Das französische Kabinett manövrierte diesfalls mit großer Geschicklichkeit, indem es die Initiative zu den verschiedenen Vorschlägen nicht selbst ergriff, sondern hierfür der Reihe nach eine der nicht beteiligten Großmächte zu gewinnen wußte.

Schon im Januar erhielt die kaiserliche Regierung von England den Vorschlag von vier Punkten, über welche dasselbe mit Frankreich übereingekommen war und welche die Grundlage eines europäischen Einverständnisses bilden sollten. Diese vier Punkte waren:

1. Oesterreich und Frankreich verpflichten sich, in Zukunft in inneren italienischen Angelegenheiten nicht zu intervenieren, außer wenn sie hierzu durch einstimmigen Beschluß aller Großmächte eingeladen würden;

2. Frankreich solle sich mit dem Heiligen Stuhle wegen Evakuation des Kirchenstaates ins Einvernehmen setzen und Norditalien räumen;

3. die Verwaltung Venetiens bliebe dem Ermessen Oesterreichs überlassen (d. h. dieses werde von seinen diesfalls in Villafranca und Biarritz eingegangenen Verbindlichkeiten enthoben);

4. England und Frankreich werden Sardinien einladen, keine Truppen nach Mittelitalien zu senden, bevor die verschiedenen Staaten nach Neuwahlen sich über ihre Zukunft ausgesprochen hätten. Fiele das Votum für die Annexion aus, so solle Sardinien an der Besetzung nicht gehindert werden.

Das kaiserliche Kabinett sah keinen Grund, diese Vorschläge anzunehmen. Es sah in denselben prinzipiell die Verleugnung aller Grundlagen, auf welchen seine Politik seit 1815 geruht hatte, und praktisch nur die Beförderung sardinischer Annexionsgelüste. Karolyi wurde hiervon unter Ausdruck des lebhaften Wunsches verständigt, daß Preußen sich auf den gleichen Standpunkt stellen möge.

Mittlerweile steigerten die aus Paris eingelangten Berichte über die Unberechenbarkeit der Entschließungen Napoleons III. die Besorgnisse der kaiserlichen Regierung und brachten den Entschluß zur Reife, Preußen den Abschluß einer formellen Defensivallianz vorzuschlagen.

Fürst Metternich schrieb unter anderm:

„Seit dem Sturze des Grafen Walewski bin ich ganz desorientiert ... Vielleicht wird mir die für morgen angekündigte Ankunft des Herrn v. Thouvenel erlauben, meinen Ideen eine bestimmte Grundlage zu geben und die Richtung zu erkennen, welche die kaiserliche Politik definitiv verfolgen wird. Ich weiß allerdings, daß hier die offizielle Sprache der Minister nur dazu dient, die Gedanken des Herrn und Meisters zu verbergen ...

Der Kaiser selbst ist für seine Person verlegen ... Seit er mich von

Digitized by Google

Walewski getrennt hat, scheint es, als ob er mich mehr als früher an sich heranzuziehen wünschte. Er hat hierfür gute Gründe. Ich habe hier für ihn eine doppelte Rolle zu spielen. Ich diene ihm als Schild gegen die konservative und kirchliche Partei und als beunruhigendes Rätsel gegen die revolutionäre. Solange er mich als Freund behandeln kann, werden die einen sagen, daß nicht alles verloren, und die andern, daß nicht alles gewonnen ist.

Ich mache mir nicht die geringste Illusion über meine Stellung. Ich werde in der Lage sein, meine Regierung von dem Geschehenen zu benachrichtigen im Maße, als sich die Ereignisse entwickeln werden, nicht aber vorhersehen zu lassen, was morgen geschehen wird ...

Ich habe die Gelegenheit eines intimen Balles bei der Kaiserin benutzt, um den Kaiser um die Gewährung einer kurzen Entrevue zu bitten. Er führte mich in seinen Salon und begann die Konversation mit den Worten: „Ist es wahr, daß Oesterreich den Krieg wieder beginnen will? Dies wird mir von allen Seiten gemeldet."

Ich gestehe, daß ich von dieser Apostrophe, die keinen andern Zweck haben konnte, als die Unterredung mit einer absichtlich erhobenen falschen Anklage zu eröffnen, tief verletzt war, und erwiderte: „Ich weiß, daß Eure Majestät dies nicht glauben, habe daher nichts zu antworten. Uebrigens hat es die „Times" übernommen, diese Behauptung zu widerlegen, wie sie es auch übernommen hat, uns zu belehren, daß Euer Majestät sich entschlossen haben, die in Villafranca und Zürich eingegangenen Verbindlichkeiten zu verleugnen. Eben deswegen habe ich mir erlaubt, Eure Majestät um die Gewährung einer Unterredung zu bitten."

Es folgte nun eine lange Konversation, die aber zu keinem positiven Ergebnisse führte. Napoleon erklärte, daß eine wirkliche Lösung der italienischen Frage nur gemäß seinen uns gegenüber übernommenen Verbindlichkeiten gefunden werden könnte, kam auf den Kongreß zurück, bedauerte das Erscheinen der von ihm inspirierten Broschüre, bezeichnete die Frage des Kirchenstaates für eine bloße Meinungsverschiedenheit, wich aber der von Metternich gewünschten Erklärung aus, daß Frankreich gegen den Widerstand des Papstes keine Spoliationsbeschlüsse des Kongresses ausführen lassen werde. Metternich schloß seine Berichterstattung mit den Worten, daß Napoleon III. den Moment offenbar noch nicht für gekommen erachte, um die Maske abzuwerfen.

Napoleon III. stand damals auf der Höhe seiner Macht und seines Ansehens. Was er wollte, wußte niemand. Er selbst wußte es auch nicht. Aber dies wußte außer einigen der klarsehendsten und eingeweihtesten seiner Diener (vgl. die im Märzheft S. 282 angeführten Aeußerungen Drouyn de Lhuys) wieder niemand, und Europa erschien er als die mächtige, geheimnisvolle Sphinx.

Das Zustandebringen der gewünschten Allianz bildete während der nächsten Monate das Hauptziel der Bemühungen Karolyis. Er fand den Prinzregenten wie seine ersten Ratgeber nicht ungünstig gestimmt, beurteilte aber das Gelingen der Sache angesichts der inneren und äußeren Schwierigkeiten von Anfang an mit großer Zurückhaltung.

Digitized by Google

Herr v. Schleinitz hatte die erste Eröffnung unsers Wunsches am 28. Januar freundlich und mit Ernst aufgenommen, theoretisch den von uns angeführten Gründen beigestimmt, bezüglich der praktischen Ausführung auf die Oesterreich ungünstige Stimmung der öffentlichen Meinung in Preußen und auf die Bedeutung der Haltung Rußlands hingewiesen. Die erstere werde durch die fortdauernde Polemik über Preußens Haltung während des Krieges wachgehalten und erhalte neue Nahrung durch den Widerstreit auf dem Gebiete deutscher Angelegenheiten. In der zweiten Beziehung wäre der moralische Rückhalt, den man durch Rußlands Einverständnis gewönne, von großer Wichtigkeit.

Günstigere Aussichten eröffnete eine Unterredung Karolyis mit dem Ministerpräsidenten Fürsten von Hohenzollern. Dieser erklärte, daß der Prinzregent unsern Vorschlag mit großem Interesse entgegengenommen habe, denselben in reifliche Erwägung ziehe, über die von Frankreich und der Revolution drohenden Gefahren sehr besorgt sei, auf gemeinsames Vorgehen mit Oesterreich das größte Gewicht lege, die Schwierigkeit jedoch in der Art und Weise der Erreichung des Zieles läge. Hier wiederholte der Fürst die von Schleinitz geäußerten Bedenken und bemerkte bezüglich der deutschen Angelegenheiten, daß er nicht gemeint habe, die Einigung Oesterreichs und Preußens auf dem großen europäischen Felde von der Gestaltung jener inneren Fragen abhängig zu machen, wohl aber den mächtigen Reflex hervorheben wollte, welchen diese auf die öffentliche Meinung in Preußen und dadurch auf das Zustandekommen des gewünschten Anschlusses ausüben würde.

Im ganzen empfing Karolyi damals den Eindruck, daß sowohl der Regent als sein erster Minister dem Abschluß der Allianz günstig gestimmt seien, es sich aber mit Schleinitz und Auerswald nicht ganz so verhalte. Indessen stünden auch die ersteren auf dem Standpunkt des Strebens nach moralischen Eroberungen Preußens in Deutschland, und die letzteren möchten zwar ein Bündnis mit Oesterreich allein vermeiden, verkannten aber auch ihrerseits nicht die Gefahren der allgemeinen Lage.

In St. Petersburg hatten wir indessen mit vieler Mühe erreicht, daß Fürst Gortschakow sich zu dem Versprechen herbeiließ, in Berlin nichts gegen unsern Vorschlag unternehmen zu wollen. Zugleich gab er jedoch deutlich zu erkennen, daß ihm zwischen Oesterreich und Preußen das bestehende Bundesverhältnis ganz genügend erscheine. In Wahrheit war Rußland die Aufrechthaltung Venetiens als eines verwundbaren Punktes an unserm Körper ganz bequem, und es fühlte sich nicht berufen, zur Herstellung einer vollständigen Solidarität zwischen seinen beiden Nachbarmächten beizutragen.

Ende März, als die Annexion Nizzas und Savoyens an Frankreich in Preußen große Erregung und Besorgnis hervorgerufen hatte, zeigte sich Schleinitz dem Allianzgedanken wärmer gesinnt. Er versicherte damals Karolyi, daß er täglich von den Vorteilen eines engeren Anschlusses an Oesterreich überzeugter werde und bei seinen Kollegen wie in maßgebenden Kreisen in diesem Sinne wirke. Doch kam er auch bei dieser Gelegenheit auf die wenig günstige

Digitized by Google

Stimmung der öffentlichen Meinung zurück und bezeichnete als deren Hauptursache, abgesehen von den liberalen Sympathien für die italienische Einheit, den Zwiespalt in allen Fragen deutscher Politik und das geringe Entgegenkommen Oesterreichs an preußische Wünsche, so speziell im gegebenen Momente in der Angelegenheit der deutschen Bundeskriegsverfassungsreform.

Von jener Strömung der preußischen öffentlichen Meinung hatte Karolyi sehr bald nach seiner Ankunft Gelegenheit, sich zu überzeugen.

Im Januar war der preußische Landtag eröffnet worden, und am 2. März gelangte dort eine Petition von 383 Einwohnern der Stadt Breslau zur Verhandlung, in welcher von der königlichen Regierung die Wahrung des nationalen und konstitutionellen Interesses Italiens auf dem eventuellen Kongresse verlangt wurde. Das kommissionelle Gutachten empfahl unter Betonung seiner Sympathien für die Sache und seiner Abneigung gegen jede Intervention den Uebergang zur Tagesordnung, weil die Kommission die Uebereinstimmung der Regierung mit ihrer Ansicht und der des überwiegenden Teiles des preußischen Volkes nicht bezweifle. Schleinitz erklärte die Petition für unpassend und die auf diese Art genommene Veranlassung zur Erörterung der wichtigsten Fragen auswärtiger Politik gegen die Würde des Hauses, überging aber die Motivierung des Kommissionsantrages und tat, als ob er nicht gehört hätte, daß dieser eigentlich für die Grundsätze der Petition Partei ergriff. Dann folgte eine leidenschaftliche Rede des Parteiführers v. Vincke mit heftigen Ausfällen gegen die vertriebenen italienischen Fürsten, Parteinahme für Sardinien und Rekriminationen gegen das kaiserliche Manifest von Laxenburg.

In Wien hatte schon die Eröffnungsthronrede des Prinzregenten wegen des darin enthaltenen Passus über die Bundesreform und die Betonung des Berufes Preußens, der natürliche Vertreter des Strebens nach Hebung der nationalen Kräfte und Förderung deutscher Gesamtinteressen zu sein, unangenehm berührt. Noch mehr tat dies jetzt die stillschweigende Billigung, welche der Minister des Aeußern den Prinzipien der Petition durch sein Uebersehen der Motivierung des Kommissionsantrages gegeben hatte.

Es erfolgten indessen noch heftigere Ausfälle gegen Oesterreich in den preußischen Kammerdebatten im April und Mai anläßlich der Erörterung der kurhessischen und schleswigschen Frage.

Die innerdeutschen Fragen, welche damals auf der Tagesordnung waren und hinsichtlich derer Oesterreich und Preußen im Gegensatze standen, waren die Kurhessens und der Reform der Bundeskriegsverfassung.

Die Geschichte der kurhessischen Frage ist bekannt und findet sich in Sybels Werk über die Begründung des Deutschen Reiches ausführlich geschildert.[1]) Sie war eben zur Zeit unserer Allianzverhandlungen mit Preußen in eine akute Phase getreten, da der zu ihrer Beratung eingesetzte Bundestagsausschuß im Februar seinen Bericht fertiggestellt hatte und dieser im antipreußischen Sinne

[1]) Die hier in Rede stehende Phase Bd. II S. 344 bis 354.

Digitized by Google

ausgefallen war. Die preußische Regierung hatte bekanntlich das Usedomsche Gutachten genehmigt, wonach der Bundestag im Jahre 1852 durch Aufhebung der hessischen Verfassung vom Jahre 1831 seine Befugnisse überschritten habe, sich auf die Streichung der bundeswidrigen Bestimmungen dieser Verfassung hätte beschränken sollen, daher die ganze Frage neuerlicher Beratung zu überweisen sei. Der Ausschußbericht wollte zwar den hessischen Ständen in ihrem Streite mit dem Kurfürsten einige Zugeständnisse machen, konkludierte aber auf die Rechtsgültigkeit der Bundesbeschlüsse von 1852 und der damals oktroyierten Verfassung, was dem österreichischen Standpunkte entsprach. Die Kontroverse hierüber zwischen den beiden Regierungen dauerte durch die Monate Februar, März und April.

Am 24. März hatte dann der Bundestag im Sinne des Ausschußberichtes entschieden, Preußen diesem Beschlusse seine Anerkennung versagt. Schleinitz hatte Karolyi bemerkt, daß der Widerspruch, in den die preußische Regierung mit ihrem eigenen Verfahren vom Jahre 1852 gerate, kein Grund zum Festhalten an demselben wäre, sie vielmehr an dem Grundsatze der Innehaltung der Bundeskompetenz und der Rechtsbeständigkeit der Verfassung von 1831 festhalten müsse, es übrigens in der Hand der österreichischen Regierung gelegen hätte, den Bundesbeschluß abzuwenden und die Frage offen zu halten. Ob derselbe praktische Folgen und welche haben würde, hänge von dem weiteren Vorgehen des Kurfürsten ab. In Wien fand man diesen Anspruch an unsre Nachgiebigkeit zu weitgehend, da das Bundestagsvotum mit unsern Ueberzeugungen vollkommen übereinstimme, und bemerkte, daß Preußen gegen das Lebensprinzip des Bundes handle. Gegen diesen Vorwurf verwahrte sich wieder Schleinitz, da das Lebensprinzip des Bundes in der Innehaltung der Grenzen seiner Kompetenz bestünde, und den Gedanken der preußischen Regierung nichts ferner läge, als sich bundesverfassungsmäßigen Verpflichtungen zu entziehen.

In diesem Stadium befand sich die Frage, als im preußischen Abgeordnetenhause ein Antrag Herrn v. Vinckes zur Debatte gelangte, wonach „das Haus den Schritten der Regierung der kurhessischen Verfassung von 1831 Recht zu verschaffen mit lebhafter Zustimmung folge und das Vertrauen hege, daß dieselbe ihren Standpunkt mit Energie festhalten werde". Der Antrag wurde mit 207 gegen 68 Stimmen angenommen. In der stattgefundenen Debatte hatte Vincke wieder leidenschaftliche Ausfälle gegen Oesterreich gemacht, den rechtlichen Bestand des gegenwärtigen Bundes in Abrede gestellt und die Zustimmung seiner Partei zur Heeresvorlage an die Bedingung geknüpft, daß die Regierung eine deutsche Politik verfolgen werde. Diese aber hatte während der Debatte eine ganz passive Haltung eingenommen, was wieder in Oesterreich peinlich empfunden wurde.

In der Diskussion, welche über diese Episode zwischen Schleinitz und Karolyi stattfand, ereignete sich ein Inzidenzfall, welcher von der vornehmen Art der Geschäftsbehandlung dieser Herren ein charakteristisches Zeugnis gibt.

Rechberg hatte in seiner Antwort auf die letzten Auslassungen Schleinitz'

Digitized by Google

an Karolyi erklärt, auf die Diskussion der Rechtsfrage auch seinerseits nicht mehr eingehen zu wollen, um so mehr als der preußische Minister die Hoffnung ausgesprochen habe, daß bei entsprechender Haltung des Kurfürsten die ganze Frage nur theoretische Bedeutung haben werde und diese Erklärung als Gewähr gegen weitere Verwicklungen erscheine. Am Schlusse seines Schreibens brachte dann Rechberg Karolyi gegenüber die mittlerweile stattgehabte Kammerdebatte zur Sprache und wies auf den Widerspruch hin, der zwischen den bundestreuen Versicherungen des Herrn v. Schleinitz und der Annahme eines von ihren Anhängern in so bundesfeindlicher Weise motivierten Vertrauensvotums läge.

Karolyi hatte sich zu Herrn v. Schleinitz im aufgetragenen Sinne ausgesprochen und diesem über sein Ersuchen Abschrift des Rechbergschen Erlasses zurückgelassen. Hierbei hatte er konstatiert, daß sich sein Auftrag zur Mitteilung nur auf den ersten Teil, welcher die Beantwortung der preußischen Eröffnungen enthalte, beschränke, der zweite auf die Vorgänge im Abgeordnetenhause bezügliche Teil nur an ihn persönlich, und zwar in einer Form gerichtet wäre, welche dessen schriftliche Mitteilung ausschlösse. Nach einigen Tagen bemerkte nun Herr v. Schleinitz, daß zu seinem Bedauern in der Kanzlei des Ministeriums von dem Erlasse Abschrift genommen worden sei. Es läge ihm am Herzen, unangenehme Korrespondenzen zu vermeiden, doch könne er den österreichischen Erlaß unmöglich ohne Erwiderung in den Archiven des Ministeriums niederlegen. Karolyi erwiderte hierauf, daß er bei Zurücklassung des Erlasses ohne Auftrag gehandelt, das kaiserliche Kabinett hierfür keine Verantwortung trage, der Erlaß Privateigentum Schleinitz geworden, der Wunsch nach Vermeidung unangenehmer Erörterungen ein gegenseitiger und der gegenwärtige Anlaß zu dessen Betätigung geeignet sei. Schleinitz ließ hierauf die genommene Abschrift vernichten.

Noch größeren Wert legte die preußische Regierung auf österreichisches Entgegenkommen in der Frage der Reform der Bundesmilitärverfassung, und Schleinitz hatte zu Karolyi diesfalls schon im Januar erwähnt, „wenn wir uns nur über diesen Gegenstand einigen könnten, wäre alles gewonnen". Auch diese Frage ist aus früheren Darstellungen[1]) bekannt und genügt es hier, zu erwähnen, daß uns Preußen im Herbste 1859 den Vorschlag gemacht hatte, die in der bisherigen Bundesverfassung statuierte Einheit des Oberbefehls über die Bundesarmee aufzugeben und als oberstes Prinzip der Reform die doppelte Leitung durch Preußen und Oesterreich anzunehmen. Oesterreich hatte hierauf im Januar 1860 ablehnend geantwortet und das Argument geltend gemacht, daß die Schaffung zweier getrennter Armeen leicht die Spaltung Deutschlands in zwei Teile nach sich ziehen, die Eigenschaft der deutschen Souveräne als Kriegsherrn ihrer Truppen aufheben würde, daß schließlich keine Gleichheit in den Verhältnissen des Nordens und Südens bestünde und Preußen die nördlichen Staatengruppen viel leichter assimilieren könne, als wir die großen Körper im

[1]) Sybel behandelt sie Bd. II, S. 339 bis 344.

Digitized by Google

Süden. Die faktische Zweiteilung könnte Oesterreich im eventuellen Kriegsfalle akzeptieren, die organische Einrichtung derselben nicht.

Der preußische Botschafter in Paris, Graf Pourtales, hatte um diese Zeit mit Fürst Metternich eine vertrauliche Unterredung über das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen gehabt und Baron Werther war dem Grafen Rechberg gegenüber auf dieselbe zurückgekommen. Metternich hatte Pourtales gefragt, welche Wünsche Preußens Oesterreich befriedigen müßte, um endlich aus dem Gebiete unbestimmter Allgemeinheiten herauszukommen, und Pourtales geantwortet, Oesterreich müsse den Einfluß, den es jetzt auf die Mittelstaaten ausübe, an Preußen abtreten. Der Standpunkt, welchen die damalige österreichische Regierung diesem und ähnlichen Ansinnen auf Konzessionen an Preußen auf dem Gebiete innerdeutscher Politik einnahm, ist in einem Schreiben niedergelegt, das Rechberg aus diesem Anlasse an Karolyi richtete.

„Bei Seiner Majestät dem Kaiser und seinem Kabinett," so schrieb Rechberg, „ist es längst feststehende Ueberzeugung, daß auf einer engen und aufrichtigen Allianz zwischen Oesterreich und Preußen das Heil der Gegenwart und Zukunft beruht. Frägt man uns, weshalb die letzten Jahre nicht glücklich waren, weshalb die kommenden sich vielleicht noch unglücklicher ankündigen, so werden wir antworten, weil diese Allianz nicht geschlossen ist. Handelt es sich also um die Erkenntnis der Notwendigkeit der Verständigung, so brauchen wir dem Berliner Hofe nicht erst entgegenzukommen; er findet uns schon wartend.... Unsre Allianz, sobald er sie nur ergreifen will, ist ihm sicher, weit sicherer als ihm aller Voraussicht nach diejenige Rußlands oder Englands jemals sein wird.

Aber wenn unsre Gesinnung in diesem Punkte nicht schwankt, so steht nach unsrer Ansicht ebenso vollkommen fest, daß es gegenseitige Bedürfnisse und gemeinsame Gefahren sind, welche die beiden Mächte auf die engste Verbindung hinweisen. Wir glauben, daß das Uebergewicht Frankreichs und der Sieg einer demokratischen und sozialen Revolution über das monarchische und christliche Europa Gefahren sind, die beide Reiche und beide Dynastien in gleichem Maße bedrohen. Wir glauben, daß es für beide eine Lebensfrage ist, in und mit Deutschland zusammenzustehen, ein Gebot der Selbsterhaltung, einander nicht zu verlassen. Wir glauben, daß es ein müßiges Spiel mit Konjunkturen oder ein verderblicher Wahn ist, berechnen zu wollen, welche der beiden Mächte in einem gegebenen Augenblick der Gefahr mehr ausgesetzt sei, welche von beiden durch die Gleichgültigkeit oder Feindseligkeit der andern mehr zu verlieren, durch ihre Hilfe mehr zu gewinnen hat. Wir glauben mit einem Worte, daß zwischen Oesterreich und Preußen nichts zu markten ist, daß keine der beiden Mächte den Bund mit der andern zu verkaufen hat.

Was also geschehen muß, damit zu beiderseitigem Heile das Vertrauen sich herstelle und ein festes Bündnis zustande komme, ist nichts andres, als daß Preußen in sich selbst jene störenden Einflüsse und widrigen Strömungen, die sich in den dortigen politischen Kreisen und bis zu den Regionen, wo sich die Ratschlüsse des Prinzregenten bilden, mit Leidenschaft hervorzudrängen suchen,

Digitized by Google

durch den Sieg besserer Einsicht überwinde. Die Basis des Vertrages mit uns ist längst gefunden, sie besteht in der Achtung vor dem Rechte aller, und Preußen braucht diese Basis nur ernstlich wie in der Zeit vor 1848 wieder anzuerkennen, um des Einverständnisses mit uns sicher zu sein. . . .

Was aber insbesondere unsern Einfluß bei den deutschen Kabinetten angeht, so verhehlen wir nicht, daß wir denselben, sofern überhaupt von Einfluß und nicht vielmehr von wohlbegründeter Uebereinstimmung der Ueberzeugungen die Rede sein kann, einzig und allein der preußischen Regierung zu verdanken glauben. Die seitherige Haltung Preußens hat uns diesen Einfluß gegeben, eine Aenderung in dieser Haltung kann ihn uns zu jeder Stunde wieder nehmen. Preußen braucht nur seine deutschen Bundesgenossen darüber zu beruhigen, daß es nicht die Gefahren der äußern und innern Lage Deutschlands auszunützen trachte, um Land oder Herrschaft zu gewinnen, daß Recht und Vertrag ihm höher stehen als die Sympathien des Nationalvereins oder als ungewisse Aspirationen auf die Zukunft, die nur der Vorsehung angehört. . . . Wir unserseits verlangen gar nichts Besseres, als das Vertrauen der deutschen Regierungen wieder mit Preußen zu teilen."

Karolyi hätte gewunschen, mit dem Fürsten von Hohenzollern über den Gegenstand vertrauliche Rücksprache nehmen zu können, da er nach seiner Kenntnis der Verhältnisse von diesem am meisten erhoffen konnte, daß er unsre Darlegungen im unterstützenden Sinne an den Prinzregenten gelangen lassen werde. Es fand sich aber hierzu keine passende Gelegenheit, und eine solche herbeizuführen wäre mit der dem Freiherrn v. Schleinitz schuldigen Rücksicht unvereinbar gewesen. Die Konversation mit dem letzteren verlief wie immer in der freundlichsten Weise, brachte uns aber dem Ziele nicht näher.

Was den Einfluß auf die Mittelstaaten anbelangt, den Oesterreich an Preußen abtreten solle, gab Schleinitz zu, daß hierin etwas Vages liege. Einfluß sei das Produkt der Verhältnisse, und wie sich diese in Deutschland gestaltet hätten, sei es begreiflich, daß die meisten deutschen Regierungen nach Oesterreich lehnten. Auch er (Schleinitz) sehe das Heil der Zukunft in unsrer Allianz, glaube auch im Namen der maßgebenden Personen sprechen zu können, wenn er versichere, daß Hegemoniebestrebungen oder Einverleibungspläne dem preußischen Kabinett fernlägen. Der Rechtlichkeitssinn des Regenten und seine bekannten Prinzipien könnten als Gewähr für die Achtung der Souveränitätsrechte der einzelnen Staaten dienen. Wäre dem anders, so hätte der letzte Krieg Gelegenheit geboten. An Verlockungen habe es nicht gefehlt. Preußen werde aber das Recht achten, fühle den Beruf, als größte rein deutsche Macht die Ehre und Interessen Deutschlands dem Ausland gegenüber zu schützen, werde sich niemals in einen Handel mit Frankreich einlassen, müsse aber Stärkung seiner und der deutschen Heeresmacht anstreben, und in dieser Beziehung von Oesterreich unterstützt zu werden, wäre unstreitig, wie schon oft erwähnt, das mächtigste Mittel zur Annäherung. Jetzt handle es sich darum, über die Schwierigkeiten der innern deutschen Angelegenheiten wegzukommen. Wenn hier keine Einigung

Digitized by Google

erzielt werden könne, so würde doch eine gleiche Politik in auswärtigen Fragen eine günstige Einwirkung in diesem Sinne ausüben. Beim ersten Symptom eines Angriffes, sei es am Mincio oder am Rhein, würde aktive Allianz sofort eintreten, bei heutiger Stimmung in Preußen sei deren Abschluß aber unmöglich.

Sein Urteil über die innern Gefühle des Prinzregenten in der Frage faßte Karolyi damals wie folgt zusammen:

„Man geht von der Ansicht aus, daß die diesseitigen Wünsche und Anträge hinsichtlich der Stärkung der preußischen Armee durch den Anschluß andrer deutscher Bundeskontingente — denn daß die preußischen Vorschläge am Bunde und Bestrebungen überhaupt dahin zielen, ist ebenso einleuchtend, als es auch hier als naturgemäße Entwicklung nicht in Abrede gestellt wird — an sich mäßig und durch die gegebenen Machtverhältnisse gerechtfertigt sind. Preußen bedürfe einer stärkeren Heeresmacht, um seine Stellung als Großmacht mit Erfolg zu behaupten, und eine solche könne es trotz der eignen Anstrengungen bloß durch einen ähnlichen Anschluß der norddeutschen Verbündeten erreichen. Die Souveränität der einzelnen Staaten müßte sich daher, jetzt freilich heißt es bloß für den Kriegsfall, der Kriegsherrlichkeit entäußern. Doch darauf wäre die Schmälerung der Rechte der andern deutschen Souveräne zu beschränken. Der Prinz würde über dieses Maß in seinen heißesten Wünschen nicht hinausgehen, und sein Charakter ist Bürge dafür, daß er ein solches Resultat nie anders als durch freie Vereinbarung, niemals auf revolutionärem Wege zu erstreben trachten wird. Der Prinz ist sich bewußt, auf dem deutschen Felde keine andre Anforderungen als solche, welche er für die Kräftigung Deutschlands durch die Stärkung Preußens für wünschenswert erachte, gestellt zu haben oder in der Zukunft anzustreben. Diese Forderungen hält er für mäßig und für die andern Fürsten, deren übrige Rechte er strenge gewahrt wissen möchte, für annehmbar. Indem er meint, daß die deutsche Reformfrage sich auf diesen einen Kardinalpunkt (Bundeskriegsverfassung) beschränken würde, trägt er in sich die Ueberzeugung, daß er bloß redliche, mit der Achtung der Rechte andrer vereinbarliche, zum Besten Deutschlands führende Tendenzen verfolgt, und ist daher verstimmt, überall auf Widerstand zu stoßen. Der Regent übersieht aber, daß ähnliche auf dem militärischen Gebiete sich bewegende Anschlüsse, welche an sich schon eines der mächtigsten Mittel der Herrschaft Preußen in die Hände liefern, politische Annektierungen mit der Zeit herbeiführen müssen. Anderseits verwechselt er seine eignen loyalen Absichten seinen Mitverbündeten gegenüber mit der Haltung seines Kabinetts, welche den gothaischen Tendenzen immer freieren Raum gewährt und daher nicht geeignet ist, Vertrauen in Deutschland für die Uneigennützigkeit Preußens zu erwecken.

Welches immer nun aber die nachteilige Wirkung sei, welche diese aus seiner Individualität entspringende Auffassung der deutschen Verhältnisse auf seine Stimmung hinsichtlich der andern deutschen Staaten und speziell Oesterreich ausübt, so glaube ich doch, daß das innerste Gefühl des Prinzen in bezug auf die Notwendigkeit einer Allianz mit Oesterreich feststeht. Darum ist freilich

Digitized by Google

leider nicht gesagt, daß er eintretendenfalls in Wirklichkeit in Uebereinstimmung mit diesem Gefühle handeln werde, denn schon einmal während des letzten Krieges hat sich der Regent durch die entgegengesetzten Strömungen der hiesigen Machthaber überflügeln lassen. Für den Augenblick scheint mir daher in dieser Hinsicht nichts andres zu tun zu sein, als die guten Dispositionen des Prinzen zu erhalten."

(Fortsetzung folgt)

Ein Mißgeschick der türkischen Armee in den Kämpfen bei Tschataldscha[1]

Von

Generalleutnant Izzet Fuad-Pascha

Die offiziellen Berichte des türkischen Großen Hauptquartiers schweigen über das bedeutungsvollste Ereignis des 18. November 1912.

Dieser unerhörte Vorfall in der Geschichte des gegenwärtigen Feldzugs, der an Seltsamkeit alles übersteigt, was die Phantasie und die Romandichtung auf dem Gebiet des Unwahrscheinlichen erfinden könnten, blieb im Großen Hauptquartier beinahe unbemerkt, das sich begnügt hatte, uns alle zu ermahnen, die Augen offen zu halten, besonders des Nachts, denn man erwartete für den folgenden Tag, auf den unser Fest Kurban-Beiram fiel, einen fanatischen Angriff des Gegners.

Als man mir am nächsten Tage in Hademköj davon erzählte, hatte es den Anschein, als wollte man dem kommandierenden General des III. Armeekorps einen Vorwurf daraus machen, der erhalten hätte, was er verdient habe ...

Wie man erkennen wird, wenn wir den Fall in allen seinen unglaublichen Einzelheiten geschildert haben, war er sehr folgenschwer ...

*

Sonntag den 17. November hatten die Bulgaren am rechten Flügel unsrer Tschataldschastellung zu wiederholten Malen versucht, unsre Linie zu durchbrechen, ohne daß es ihnen gelungen war. Doch hatte der Feind unter Benutzung einer Bodensenkung und eines toten Winkels gegen den Punkt M der beigegebenen Skizze zu dort ein ganzes Infanterieregiment zurückgelassen ...

Auf unsrer Seite ließ am Abend des Kampfes Mahmud Mukhar-Pascha vier Bataillone in den Gräben östlich von Dag-Jenidscheköj Stellung nehmen, und es wurden alle Defensivmaßnahmen getroffen, die die Lage erforderte, sowohl dort wie beim ganzen Armeekorps, das nach dem damaligen Plan in der Defensive bleiben sollte, während sein Kommandeur mit dem ganzen Armeekorps (dem I. gemischten) Ahmed Abuks, das zu diesem Zwecke dem General Mahmud Mukhar-Pascha zur Verfügung gestellt wurde, gegen den linken bulgarischen Flügel marschieren sollte.

[1]) Auszug aus einem demnächst im Verlag von Chapelot-Paris (Librairie militaire) erscheinenden Buch über den Krieg 1912.

Digitized by Google

Es lag darin eine Anomalie, die dem Leser auffallen könnte, insofern als Ahmed Abuk Divisionsgeneral ist, während Mahmud Mukthar Brigadegeneral ist. Doch unter den exzeptionellen Umständen, die hier vorlagen, ist das nur nebensächlich, um so mehr als der General Mahmud Mukthar Marineminister gewesen war.

Die geplante Bewegung gegen den linken bulgarischen Flügel war darauf angelegt, den Feind über den Haufen zu rennen und auf Tschataldscha zurückzuwerfen. Ein derartiger Erfolg wäre um so leichter gewesen, als nach einer Bemerkung des Herrn A. de Pennenrun, des Korrespondenten der „Illustration Parisienne", der sich bei den Bulgaren befand, die Bulgaren „erschöpft, schachmatt" waren.

Es war also ganz und gar der psychologische Augenblick.

Da die Armee niemals weiß, wie sie mit dem, was sie tut, bei ihrem Gegner ankommt, so fragte man sich im Großen Hauptquartier, ob diese Bewegung, die Abuk-Pascha weiter ausdehnen wollte und die am 17. November von dem im Stabe Mahmud Mukthars befindlichen deutschen Offizier Lossow entworfen wurde, kein Unsinn sei.

Heute wissen wir, daß es nicht nur kein Unsinn, sondern das einzig Wahre in dieser ganzen Periode des Feldzugs war!

Wir müssen also ohne weiteres sagen, daß es eine großartige — verlorene — Gelegenheit und leider die letzte, die allerletzte war!

Und dieses Manöver, das an jenem und vielleicht auch noch am folgenden Tage (denn es war der psychologische Augenblick) möglich war, war es vier Tage später nicht mehr, denn da wären wir mitten in ein Plewna hineingeraten, das die Bulgaren Zeit gehabt hatten zu schaffen.

*

In der Nacht vom Sonntag den 17. auf Montag den 18. November schickte der kommandierende General des III. Korps seine Generalstabsoffiziere zu der Stellung PPE (s. die beigegebene Skizze) sowie zu seinen Divisionen der ersten Linie, um sich zu überzeugen, ob alle Verteidigungsmaßregeln entsprechend den Befehlen, die er erteilt hatte, getroffen worden seien.

Diese Offiziere kehrten gegen Mitternacht nach Dschebhanelik zurück, wo sich das Hauptquartier befand, und berichteten, daß alles in bester Ordnung sei... Ohne Zweifel konnten diese Offiziere nicht daran denken, den Truppenbefehlshabern einzuschärfen, daß sie Vorposten ausstellen und Patrouillen gegen den Feind aussenden sollten; sie würden damit ihre Befugnisse überschritten haben, da dies in die unmittelbare Kompetenz der dort befindlichen Truppenführer fiel.

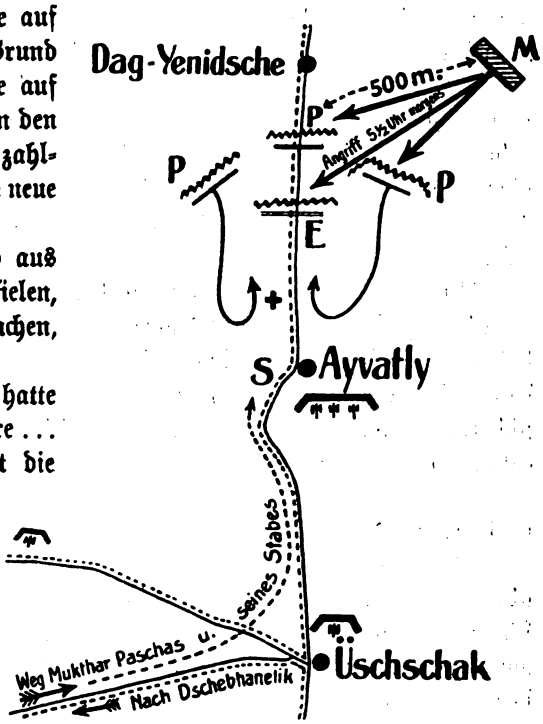
Daraufhin legte sich das ganze Hauptquartier zur Ruhe nieder. Am folgenden Morgen um 6 Uhr 30 Minuten ritten der kommandierende General des Armeekorps und sein Stab auf den Punkt S zu und kamen an Ayvatly vorüber, wo noch in der Nacht drei Batterien aufgestellt worden waren, um die eventuelle Offensive zu unterstützen.

Digitized by Google

Der kommandierende General rief die Artilleristen an, die ihm antworteten, und schon von dort aus sah man, daß sich Truppen bei E befanden, die eben aufgewacht waren.

Etwas weiterhin bot sich den Augen aller ein unerklärliches Schauspiel: von den Punkten PP zogen sich die Truppen durcheinander in ungeordneter Linie zurück! ...

Der kommandierende General, der keine Zeit hatte, sich über die Ursachen davon klar zu werden, galoppierte auf seine Leute zu, fragte sie nach dem Grund dieser Rückwärtsbewegung, hielt sie auf und befahl ihnen, sich wieder gegen den Feind zu wenden. Doch aus den zahlreichen Terrainfalten tauchten viele neue kleine Gruppen auf ...



Bis zu dem Augenblick, wo aus beiden Richtungen Gewehrschüsse fielen, war es unmöglich, sich klarzumachen, was vor sich ging ...

Die zurückgehende Truppe hatte weder Offiziere noch Unteroffiziere ... und am linken Flügel, wo nicht die gleichen Ursachen bestanden, rissen die Soldaten aus, ohne zu wissen warum!

Mahmud Mukthar-Pascha zog den Säbel, ebenso sein Generalstab, und sie zwangen diese Masse von Fliehenden, ihre Stellungen wieder zu besetzen. Sie marschierten mit dem General und dem Generalstab an der Spitze zurück. Oben auf dem Plateau vor Ayvatly bemerkten die Offiziere andre Gruppen von Fliehenden; sie machten es mit ihnen ebenso, und alles marschierte jetzt auf die verlassene Stellung zu. Nur ein paar Augenblicke später begannen diese Truppen und die Soldaten, die man in den Schützengräben bei E sah, Schüsse zu wechseln.

Zweifellos lag hier ein Irrtum vor. Der Generalstabsoffizier Selaheddin, der Chef des Generalstabs, Kemal-Bei, der vortreffliche deutsche Offizier Hoch-

---

Anmerkung zur Kartenskizze. In der Stellung PPPE befanden sich vier Bataillone, was bei einer so schmalen Front einer ganzen Armee gleichkommt. Der linke türkische Flügel wurde vom Feinde nicht angegriffen. Auch die bei Ayvatly aufgestellte Artillerie, die in keiner Verbindung mit der Infanterie stand, hatte keine Ahnung von dem, was ein paar hundert Meter von der Redoute entfernt vor sich ging. Und diese Artillerie ist doch anerkannt vorzüglich.

Digitized by Google

waechter und der ganze Stab des Paschas jagten im Galopp vorwärts mit dem Rufe: „Was tut Ihr? ... Ihr schießt auf unsre eignen Truppen und auf Euern Pascha!“

Indes waren alle diese tapferen Offiziere bis auf zehn Schritte an den Laufgraben herangekommen ... so nahe, daß der bulgarische Offizier, der sich dort befand, Kemal-Bei aufforderte, sich zu ergeben! Alle machten kurz kehrt, und Selaheddin schrie dem General Mahmud Mukthar zu: „Es sind Bulgaren!“ Als der Pascha das hörte, machte er ebenfalls kehrt und galoppierte zurück, aber auf einem völlig kahlen Plateau.

Es regnete Kugeln ... Unter den Offizieren war keiner, der nicht schon von mehreren getroffen war. Doch in der Richtung, die sie eingeschlagen hatten, gelangten sie zu einer Bodenfalte, in der sie sich in Sicherheit bringen konnten, obwohl alle zahlreiche Wunden hatten. Eine Ordonnanz fiel tödlich getroffen. Die Bulgaren hatten gemerkt, mit wem sie es zu tun hatten, und schossen mit wütendem Eifer.

An dem mit einem + bezeichneten Punkt angelangt, wurde auch Mahmud Mukthar-Pascha von einer Kugel getroffen, die ihm das Schienbein durchbohrte ... und ein paar Augenblicke später warf sein tödlich verwundetes Pferd seinen Reiter ab, der durch die Schnelligkeit der Fortbewegung nach vorn geschleudert wurde ... Als der Feind den Pascha 100 Meter von den Laufgräben entfernt stürzen sah, verdoppelte er seine Salven. Der Platz war derartig ungedeckt, daß das Feuer ihn rasant bestrich; kein Baum, kein Stein, nichts war vorhanden, was Schutz bot.

Der Verwundete versuchte sich zu erheben, um eine Deckung zu suchen, fiel aber wieder nieder und brach das Wadenbein. Mit größter Anstrengung schleppte er sich etwa zehn Meter weit hinter einen Busch, den er bemerkte. Hier wurde er abermals von zwei Kugeln leicht verwundet, aber er hatte sich wenigstens den Blicken des Feindes entzogen.

Doch noch immer pfiffen die bulgarischen Kugeln und suchten den gefürchteten türkischen Führer, der fast eine Stunde lang in dieser netten Lage verblieb!

Noch immer kamen Flüchtlinge vorüber ... Der General rief nacheinander etwa fünfzehn von ihnen zu sich her, aber keiner kam! „Ich bin doch euer Führer, euer Kommandeur!“ rief er ihnen zu. Keiner hörte darauf. Wie eine Herde Känguruhs liefen die Redifscharen vorüber ...

Jetzt erschienen aber auch vom linken Flügel der türkischen Stellung her reguläre Truppen vom 23. Nisamregiment,[1]) und ein Soldat namens Ejub, der ganz nahe bei dem General vorüberkam, blieb auf den ihm erteilten Befehl stehen. Der Pascha schlug ihm vor, ihn auf den Rücken zu nehmen und ihn weiter zurückzutragen. Der brave Bursche erwiderte, er sei krank und schwach, aber er blieb bei seinem Kommandeur, den er nicht verlassen wollte. In diesem Augenblick bemerkte ein vorüberkommender Leutnant den General und stellte sich

[1]) Nisam = die Truppen des aktiven Heeres.

Digitized by Google

ihm zur Verfügung. Mahmud Mukthar, der einsah, daß es ihm in seinem Zustande unmöglich sein würde, über das ganze von den bulgarischen Geschossen bestrichene Feld hinüberzukommen, beauftragte den Offizier, zum 87. Regiment[1]) zu eilen und ihm seinen, des Generals Befehl zur Wiedereroberung der von den Unsrigen verlassenen Laufgräben zu überbringen. Um möglichst rasch durch den Kugelregen zu kommen, legte der wackere Leutnant seinen Mantel ab und eilte davon. Bald darauf kam das 87., das treffliche 87. Regiment im Laufschritt daher, nahm, von den drei Batterien unterstützt, die von den Unsern verlassenen Stellungen wieder und richtete ein Blutbad unter den Bulgaren an, die sich darin befanden. Unsre ausgezeichneten „Nisamiés" hatten ihren kommandierenden General gerächt!

Wenn also diese Batterien nicht schon von Anfang an dort aufgestellt gewesen wären, wenn nicht das 87. Regiment in der Nähe der vorbereiteten Verteidigungsstellung gestanden hätte, und wenn endlich der kommandierende General des III. Armeekorps nicht an diesem Morgen zu den vorgeschobenen Linien gekommen wäre, würde die Panik einen derartigen Charakter angenommen haben, daß in dieser für die Verteidigung sehr wenig günstigen Stellung das von den Bulgaren ersehnte Ereignis sicher eingetreten wäre!

Zu erwähnen ist auch, daß alle Artilleriestellungen im voraus bestimmt worden waren und daß sie glücklicherweise von Mahmud Mukthar-Pascha aufgegeben wurden, der die Artillerie in breiter Linie verdeckt aufstellte, so daß während der ganzen Schlacht bei Tschataldscha die Bulgaren sie viel gesucht haben, ohne sie jemals finden zu können (s. die Skizze).

*

Das bulgarische Regiment, das die Nacht bei Punkt M verbracht hatte, befand sich nur ungefähr 500 Meter vor unsern Schützengräben, und niemand bei uns hatte eine Ahnung davon! ... Nun, man muß gleich sagen, daß, wenn in einer Armee die Offiziere nicht wissen, was 500 Meter vor ihrer Front vor sich geht, nichts andres übrigbleibt, als Schluß zu machen! Und wir haben doch so viele gute Offiziere! ...

Der Feind hatte sich gegen $5^1/_2$ Uhr morgens in Marsch gesetzt, hatte die Schläfer aus unsern vordersten Linien herausgeworfen und sich eben bei Punkt E festgesetzt, als ihm der kommandierende General des Armeekorps vertrauensvoll und ohne auch nur das Recht zu haben, eine derartige Nachlässigkeit zu vermuten, in die Arme lief.

In dem ersten vom Feinde angegriffenen Graben lagen die Unsrigen in so tiefem Schlaf, daß vier von unsern armen Offizieren mit Bajonettstichen getötet wurden!

Und die große Folge dieses Ereignisses war, daß die geplante Offensive nicht stattfand und daß wir ohne Zweifel eine gute Gelegenheit verloren, all unser Unglück wieder gutzumachen!

---

[1]) Dieses Regiment gehörte zu meinem XXIV. Korps, ehe es dem III. zugeteilt wurde.

Digitized by Google

Neue Perspektiven im Kampf gegen die Tuberkulose

Von

Professor Edoardo Maragliano,

Direktor der medizinischen Klinik an der Universität Genua,
Senator des Königreichs Italien

I

Der Kampf gegen die Tuberkulose als Volkskrankheit ist heute wirksam organisiert, und das Verdienst daran gebührt vor allem Deutschland. Es ist jetzt allgemein bekannt, was die Internationale Vereinigung gegen Tuberkulose geleistet hat, deren Existenz, großartige Organisation und fruchtbares Wirken besonders drei Männern: Friedrich Althoff, Bernhard Fränkel und Gotthold Pannwitz, zu verdanken ist. Sie haben den Hauptanteil an ihrer Begründung und ihrer Ausgestaltung, sie erweiterten das Feld ihrer Tätigkeit, und durch das Verdienst und die Kraft dieser Vereinigung ist im Zeitraum von zehn Jahren der Kampf gegen die Tuberkulose bei allen zivilisierten Nationen eine Sache der Ueberzeugung und ein planmäßig verfolgtes Ziel geworden.

Dieser Kampf ist jetzt überall populariſiert, besonders durch die Einfachheit und Klarheit seines Programms, nach dem man den Bazillus der Tuberkulose dadurch vernichten und seine Verbreitung verhindern will, daß man den einzelnen Völkern eine antituberkulöse Bildung und ein antituberkulöses Bewußtsein einpflanzt und unter ihnen ausbreitet.

Doch während eine Legion von Männern der Wissenschaft und Menschenfreunden ihr Bestes für die Ausführung dieses Programms tat, haben die fortgesetzten, mit zähem Fleiß ausgeführten Untersuchungen in den Laboratorien und Kliniken der Abwehr der Tuberkulose für die Zukunft neue Horizonte eröffnet und weisen auf neue Felder für den Kampf gegen sie hin, auf die es jetzt Zeit ist, die öffentliche Aufmerksamkeit zu lenken.

II

Wenn man die Bedeutung der Umstände recht verstehen will, die uns vorhersehen lassen, daß neue und sichere Schutzmittel zu den bereits im Kampf gegen die Tuberkulose angewendeten hinzutreten werden, so ist es notwendig, einige für die Pathologie der Tuberkulose jetzt feststehende Tatsachen zu kennen. Eine Reihe von Beobachtungen hat es jetzt sicher gemacht, daß man zwischen dem Vorhandensein von Tuberkelbazillen in einem Organismus und dem Bestehen tuberkulöser Krankheiten wohl unterscheiden muß.

Die Bazillen der Tuberkulose können in irgendeiner Stelle der organischen Gewebe vorhanden sein und sich finden, ihre Virulenz und ihre pathogene Wirkung behalten, wenn sie in einen andern Organismus gebracht werden, und doch für den Organismus, in dem sie wohnen, vollkommen unschädlich sein.

Digitized by Google

Dies ist der Fall, weil der Organismus gegen die in ihn eingedrungenen Bazillen Schutzstoffe bildet, durch welche die Vermehrung und die Verbreitung derselben Bazillen verhindert wird und er unempfindlich gegen sie wird; mit einem Wort, es findet eine Art Selbstimmunisierung der Organismen statt.

Diese Selbstimmunisierung kann das ganze Leben hindurch dauern; aber es kann vorkommen und kommt nicht selten vor, daß ihre Kraft durch das Eintreten von Ursachen, die den Organismus schwächen, geringer wird, und dann bekommen die Tuberkelbazillen die Oberhand, die Gewebe werden unfähig, sich zu verteidigen, und es entstehen auf diese Weise tuberkulöse Erkrankungen.

Diese jetzt anerkannten Wahrheiten sind direkt durch eine Reihe experimenteller Untersuchungen bewiesen worden, die gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts begonnen und bis zum heutigen Tage fortgeführt und weiter ausgedehnt worden sind.

Im Jahre 1895 sprach ich es zum erstenmal aus, daß der tierische Organismus gegen die tuberkulösen Stoffe Schutzstoffe erzeugt, die von mir experimentell im Blut der Tiere nachgewiesen worden waren, welchen ich die tuberkulösen Stoffe eingeimpft hatte.

Ich habe dies am 2. August 1895 in London auf dem Kongreß der „British Medical Association“ und wenige Tage später, am 12. August 1895, in einem Vortrag ausgesprochen, den ich in Bordeaux auf dem Kongreß der Société de Médecine hielt.

Weiterhin habe ich mich im Jahre 1896 eingehender über die Ergebnisse meiner Untersuchungen verbreitet,[1]) die im Blut der Tiere, welchen aus den Bazillen der Tuberkulose gewonnene Stoffe eingeimpft waren, antituberkulöse Substanzen nachwiesen.

Gegenwärtig werden die Schutzstoffe, die der Organismus gegen die pathogenen Bakterien erzeugt, allgemein als Antikörper bezeichnet; in der damaligen Zeit existierte diese Bezeichnung noch nicht, und ich nannte sie der gebräuchlichen Terminologie entsprechend Antitoxine.

Doch ganz abgesehen von den Bezeichnungen, die nur konventionelle Bedeutung haben — die Tatsache war die, daß der tierische Organismus antituberkulöse Schutzstoffe hervorbringt.

Die Existenz dieser Schutzstoffe wurde in Abrede gestellt, als ich sie behauptete, dann wurde sie nach und nach anerkannt, und heute wird die Existenz tuberkulöser Antikörper, d. h. vom Organismus erzeugter spezifischer Schutzstoffe gegen die Tuberkulose, allgemein zugegeben.

Aus der Kenntnis dieser Tatsache sind alle modernen Kenntnisse über die Schutzmittel des Organismus gegen die Tuberkulose hervorgegangen.

[1]) Berliner Klinische Wochenschrift 1896, Nr. 36.

Digitized by Google

III

Die Kenntnis dieser Tatsachen hat die Aufmerksamkeit der Beobachter mit voller Entschiedenheit wieder auf die Wichtigkeit einer Untersuchung der Frage gelenkt, ob es möglich ist, Tiere gegen die tuberkulöse Infektion zu immunisieren, indem man sie gegen die künstliche Einführung eines Quantums von Tuberkelbazillen in ihren Körper, das imstande ist, sie zu töten, unempfindlich macht.

Ich sage: wieder gelenkt, denn diese Immunisierung war schon viele Jahre vorher in Frankreich versucht worden, aber der Mangel an genauen Kenntnissen über die Biologie der Tuberkelbazillen und über die Art und Weise ihrer Wirkung je nach dem eingeführten Quantum hatte damals alle in dieser Richtung unternommenen Forschungen ergebnislos bleiben lassen.

Als man dann aber erfuhr, daß es möglich ist, die Tiere in einen Zustand der Immunität gegen diesen Feind zu versetzen, als man lernte, daß man mit geeigneten Mitteln die Bildung von Antikörpern, das heißt von Stoffen, die imstande sind, die infizierende und toxische Wirkung der Bazillen zu neutralisieren und diese unschädlich zu machen, im Organismus hervorrufen kann, begann man mit Erfolg Experimente in dieser Richtung zu veranstalten.

So konnte ich im Jahre 1895 Hunde, Pferde und Esel unempfindlich gegen die Einführung der Kochschen Bazillen machen, während andre, nicht zum Schutz geimpfte Tiere gleicher Art, die mit denselben Bazillen und in demselben Maß infiziert wurden, daran starben.

Ich teilte diese Tatsache in Bordeaux im Jahre 1895 mit, und so sehr sie auch im Anfang bestritten wurde, so ist doch die Wahrheit einer möglichen Immunisierung der Tiere gegen die Tuberkulose heute anerkannt.

Das erwähnte Resultat ist durch verschiedene Verfahren erzielt worden, doch bestehen diese alle in der Einverleibung wohldosierter tuberkulöser Stoffe in den Organismus der Tiere, die man immunisieren will. Lange Zeit hielt man die Verwendung lebendiger und virulenter Bazillen für notwendig, die völlig imstande seien, sich in dem Organismus zu vermehren; jetzt hat man erkannt, daß man auch mit toten Stoffen in gleicher Weise den Zweck erreicht. Dieser Immunitätszustand gibt sich bei den Tieren dadurch zu erkennen, daß in ihnen spezifische Antikörper, das heißt Stoffe erscheinen, die, wie gesagt, die Wirkung der Bazillen und ihrer Gifte neutralisieren — Stoffe, deren Vorhandensein durch geeignete Verfahren nachgewiesen wird, die es ermöglichen, auch ihre Quantität abzumessen.

Nimmt man eine Reihe von Tieren, die auf solche Weise geschützt sind, und eine Reihe von normalen, das heißt jedes Schutzes entbehrenden Tieren, und injiziert man in die Venen aller eine bestimmte Quantität von lebendigen und aktiven Tuberkelbazillen, so sieht man, daß die nicht geschützten Tiere an tuberkulösen Krankheiten sterben, während die andern am Leben bleiben.

So ist heute die Möglichkeit, die Tiere gegen die Tuberkulose immun zu machen, zu impfen — um einen durch den Gebrauch zur Geltung gelangten Ausdruck anzuwenden — vollkommen erwiesen.

Digitized by Google

IV

Während diese Forschungsergebnisse auf dem experimentellen Gebiet gewonnen wurden, ward auf dem Gebiete der auf die Biologie und die menschliche Pathologie angewandten Statistik eine Reihe andrer Entdeckungen gemacht.

Damit diejenigen, die in diesen Studien nicht bewandert sind, ihre Tragweite verstehen und abschätzen können, halte ich es für zweckmäßig, den Lesern einige genau festgestellte Gesetze der Pathologie der Tuberkulose zur Kenntnis zu bringen.

Wie bekannt, entdeckte Koch, nachdem er den Bazillus der Tuberkulose gefunden hatte, das Tuberkulin, ein aus den Tuberkelbazillen gewonnenes Gift.

Diese Substanz hat die Eigenschaft, in unzweifelhafter Weise das Erscheinen oder das Vorhandensein von Tuberkelbazillen im tierischen Organismus anzuzeigen, weil sie in diesem Falle eine fiebrige Reaktion hervorruft. Dies ist sowohl beim Menschen wie bei den Tieren der Fall.

Wenn man mit dem Tuberkulin gesunde Individuen aller Altersstufen untersucht, findet man, daß, während im ersten Lebensjahr überhaupt keine Reaktionen eintreten, in den folgenden Jahren deren Prozentsatz progressiv zunimmt und am höchsten bei den dreizehn- und vierzehnjährigen Individuen wird; er erhebt sich in dieser Lebensperiode bis auf 90 Prozent aller Untersuchten und geht sogar noch darüber hinaus. Wohlgemerkt, es handelt sich dabei um völlig gesunde Individuen.

Dieser Befund beweist, daß in den Organismus dieser Individuen Tuberkelbazillen eingedrungen sind, ohne daß sie irgendeine krankhafte Erscheinung hervorgerufen haben, und ihr Vorhandensein oder ihr Eindringen wird durch das Tuberkulin in sicherer Weise angezeigt. Und nicht allein die Tuberkulinprobe liefert einen sicheren Beweis dafür, sondern auch das Vorhandensein von Tuberkuloseantikörpern im Blut dieser Individuen, aus dem hervorgeht, daß ein Eindringen von Bazillen stattgefunden hat, und das Vorhandensein tuberkulöser Stoffe, die die Existenz bazillärer Körper im Organismus dartun.

Man ist daher berechtigt, daraus zu schließen, daß diese Individuen alle in größerem oder geringerem Maße mit Tuberkulose infiziert worden sind; doch außerdem beweist die Tatsache ihrer guten Gesundheitsverhältnisse, daß sie nicht nur einer ersten Infektion, sondern siegreich allen jenen andern widerstanden haben, die tagtäglich eintreten, denn man muß sich überzeugen, daß Tuberkelbazillen fortwährend und auf allen Wegen in den menschlichen Organismus eindringen, welche Vorsichtsmaßregeln man auch dagegen ergreifen mag.

Wenn man dann die hohe Zahl der infizierten Menschen, die sich aus diesen Untersuchungen ergibt, mit der Zahl derer vergleicht, die an tuberkulösen Krankheiten sterben, so springt klar und einleuchtend die große Wahrheit ins Auge:

Daß eine erste zufällig eingetretene tuberkulöse Infektion den Menschen für die ganze Zeit seines Lebens gegen die Infektionen immunisieren kann, denen er in der Umgebung, in der

Digitized by Google

er lebt, nach und nach ausgesetzt bleibt, daß der Mensch, mit einem Wort, automatisch gegen sie geimpft bleibt.

Sehr wahrscheinlich üben die Infektionen, die der Mensch sich im Kindesalter zuzieht, die stärkste Impfwirkung aus.

Dies läßt sich besonders aus einer andern Tatsache folgern, nämlich der, daß die Menschen, die stets in Gegenden gelebt haben, in die die Tuberkulose noch nicht eingedrungen ist, rasch von tuberkulösen Krankheiten befallen werden, wenn sie später in normal infizierte Gegenden kommen.

V

Warum treten bei einer noch absolut großen Zahl von Menschen tuberkulöse Krankheiten auf, die die Ziffer der Opfer dieser Krankheiten noch immer so hoch halten?

Weil bei ihnen entweder eventuell die Selbstimpfung im Kindesalter nicht vor sich gegangen ist; oder weil sich die Quantität der Schutzstoffe, die der Organismus sich gebildet hatte, nach und nach erschöpft hat; oder weil, obwohl der Organismus sich im Zustand der Immunität befindet, diese nicht genügend war einer Quantität von Bazillen gegenüber, die durch ihren gleichzeitigen Angriff die Schranken eines ungenügenden Schutzes durchbrachen.

Man muß nämlich wissen, daß bei allen Infektionen — also auch bei den tuberkulösen — das Auftreten der Krankheitszustände von der Quantität der gleichzeitig in den Organismus eingedrungenen pathogenen Bakterien abhängig ist.

Wenige bazilläre Einheiten können nicht allein unschädlich sein, sondern automatisch die Bildung von Schutzstoffen hervorrufen; große Quantitäten von Bazillen dagegen erzeugen die Krankheit in ungeimpften Organismen und tun dies auch in den immunisierten, wenn die Quantität der Schutzstoffe nicht im richtigen Verhältnis zu der der infektiösen Stoffe steht.

Nach dieser Abschweifung wollen wir wieder zur Tuberkulose zurückkehren. Man kann, wie wir zum Schluß bemerken, heute sagen, daß die tuberkulösen Krankheiten sich im Menschen entwickeln, wenn sein Organismus keine spezifischen Schutzmittel besitzt oder sie nicht in genügendem Maße besitzt, d. h. wenn entweder seine automatische Impfung niemals stattgefunden hat oder wenn sie zwar stattgefunden hat, aber ungenügend war oder später geworden ist.

Und jetzt erhebt sich von selbst die Frage:

Warum soll man es dem Zufall überlassen, die Impfung des Menschen zu besorgen, warum soll man sie von den Bazillen erwarten, die regellos und zufällig in den Organismus eindringen?

Ist es nicht vorzuziehen, am Menschen nach unserem Belieben diese Impfung, diese Immunisierung zu vollziehen, die imstande ist, ihn zu schützen?

Ist es möglich?

Digitized by Google

VI

Die Möglichkeit, den Menschen gegen die Tuberkulose zu impfen, fand ihre Grundlage in der jetzt festgestellten Möglichkeit, die Tiere zu impfen.

Es blieb nur zu untersuchen, welches der vielen Mittel, die bei den Tieren angewendet wurden, beim Menschen anwendbar wäre, mit der Aussicht, ihn immun zu machen und ohne daß man zu befürchten hatte, ihn zu infizieren.

Auf dieses Ziel waren seit mehreren Jahren meine Untersuchungen und die meiner Schüler gerichtet.

Alle lebenden tuberkulösen Stoffe, die Bazillen, die, in den Organismus zum Zwecke der Immunisierung eingeführt, ihn statt dessen auch infizieren könnten, habe ich vollständig beiseite gelassen.

Bei den Tieren wurden zum Zweck der Immunisierung von vielen Forschern, und auch von mir, lebende Bazillen angewandt, aber in den Händen mehrerer veranlaßten diese Impfstoffe gerade infektiöse Erscheinungen. Aus diesem Grunde habe ich der Verwendung abgetöteter Bazillen den Vorzug gegeben, die aus sehr virulenten Kulturen gewonnen waren und die eine Reihe von Experimenten mir als fähig erwiesen hatte, dem Organismus eine besondere Widerstandskraft gegen die Infektion mit virulenten Tuberkelbazillen zu verleihen, die im Verlauf kurzer Zeit die Kontrolltiere töteten.

Die Verwendung abgetöteter Bazillen als immunisierenden Stoffes wurde lange bekämpft, und man behauptete, daß sie nicht imstande seien, Immunität hervorzurufen. Jetzt bestätigen genaue Experimente, daß es möglich ist, mit abgetöteten Bazillen die Tiere gegen die Tuberkulose zu immunisieren; in Deutschland haben es die Forscher der jüngsten Zeit anerkannt; ich nenne unter ihnen nur Rüppel und Much.

Nur in Frankreich erheben sich noch einige abweichende Stimmen aus dem Pasteurschen Institut, aus dem aber bis jetzt noch nichts Bemerkenswertes in bezug auf die Tuberkulose hervorgegangen ist.

Außer dem Impfstoff war es noch notwendig, auch den Weg der Einverleibung zu wählen.

Lange Zeit wurden die zur Immunisierung angewandten Stoffe auf dem Blutwege, durch intravenöse Injektionen eingeführt, und man glaubte, daß man nur auf diesem Wege vorgehen könne, um bei den Tieren Immunität zu erzeugen. Ich verfocht die Ansicht, daß es möglich sei, durch Einspritzungen unter die Haut zu immunisieren, und darüber ist man sich jetzt auch einig.

Auf diese Weise ist es möglich gemacht worden, ein Verfahren festzustellen, das man beim Menschen anwenden kann, um ihn gegen die Tuberkulose zu impfen; es besteht darin, daß auf subkutanem Wege ein Impfstoff eingeführt wird, hergestellt aus abgetöteten Tuberkelbazillen, die aus virulenten Kulturen gewonnen, getrocknet, pulverisiert und mit Glyzerin gemischt sind.

Die Versuchstiere, Meerschweinchen und Kaninchen, die in dieser Weise und mit diesem Impfstoff behandelt worden sind, werden nach zwei Monaten unempfindlich gegen eine künstlich ausgeführte Infektion, bei der dieselben Dosen

Digitized by Google

zur Anwendung kommen, die die gleichzeitig infizierten Kontrolltiere töten. Die Einverleibung der lebenden und virulenten infizierenden Bazillen wird auf intravenösem Wege ausgeführt.

Das Blut der so immunisierten Tiere enthält alle verschiedenen Arten Tuberkuloseantikörpern, die sich mit allen in den Laboratorien angewandten Untersuchungsmitteln nachweisen und abmessen lassen.

Dieser — unschädliche und ungefährliche — Tuberkuloseimpfstoff wird von mir beim Menschen angewandt zu dem Zwecke, ihn zu immunisieren, ihn gegen die zufälligen tuberkulösen Infektionen zu schützen. Man impft ihn am Arm ein, nach derselben Methode, nach der die Schutzpockenimpfung mit dem Jennerschen Impfstoff ausgeführt wird; es entsteht daraufhin eine Pustel, ganz ähnlich derjenigen, die man nach der Schutzpockenimpfung bekommt. Oft ist die Impfung von leichtem Fieber begleitet, das in sehr gelinden Grenzen 24—48 Stunden dauert. Abgesehen von der Pustel und dem Fieber ist keinerlei unangenehme Folge zu bemerken.

Meine Anwendungen wurden besonders an kleinen Kindern und an Knaben gemacht, die kein Anzeichen tuberkulöser Krankheiten aufwiesen, aber aus Familien stammten, in denen die Tuberkulose herrschte.

Im Blut der so geimpften Individuen kann man nach 60—80 Tagen jene nämlichen Tuberkuloseantikörper erscheinen sehen und nachweisen, die sich im Blut der auf gleiche Weise behandelten Tiere finden, jene antituberkulösen Körper, die, wie heute durch die Forschung und die Erfahrung erwiesen ist, Merkmale der Immunität sind, das heißt Zeichen und Beweise dafür, daß der Organismus eine spezifische Resistenz gegen die Tuberkulose erlangt hat.

Die Tiere, die infolge der gleichen Behandlung dieselben Antikörper im Blut haben und dieselben Merkmale der Immunität aufweisen, werden, wie wir gesagt haben, unempfindlich gegen die tuberkulöse Infektion, die durch Einspritzung lebender und virulenter Tuberkelbazillen in ihre Venen ausgeführt ist.

Können wir annehmen, daß der in diese nämlichen Immunitätsverhältnisse versetzte Mensch gleichfalls tuberkelfest wird? Freilich können wir beim Menschen nicht wie beim Tier das „Experimentum crucis“ machen, das heißt, in seine Venen lebende und virulente Bazillen einführen, um uns zu vergewissern, daß Immunität eingetreten ist.

Das ist eine Probe, die wir beim Menschen nicht versuchen dürfen, aber die Identität der Immunitätsmerkmale, wie man sie im menschlichen Organismus findet, mit denen, die man im Organismus der Tiere beobachtet, die der intravenösen tuberkulösen Infektion widerstanden haben, berechtigt uns, es für wahrscheinlich zu halten, daß der menschliche Organismus in gleicher Weise immunisiert ist.

Nach der Feststellung dieser Tatsachen habe ich mich für berechtigt gehalten, von einer Präventivimpfung des Menschen gegen die Tuberkulose zu sprechen. Die erste Mitteilung darüber habe ich im April des Jahres 1893 in Madrid

Digitized by Google

gemacht und dann sukzessive durch eine Reihe Veröffentlichungen von mir und meinen Schülern über alle zu diesem Zwecke ausgeführte Studien und Untersuchungen berichtet.

Ist die Immunität, die sich mit der Impfung erreichen läßt, eine absolute? Gewiß nicht; eine absolute Immunität gibt es beim gegenwärtigen Stande unsrer Kenntnisse nicht, weder gegen die Tuberkulose noch gegen andre Infektionskrankheiten. Die Immunität ist relativ und richtet sich nach der Quantität infektiöser Stoffe, die in einer Zeiteinheit in den Organismus gelangen. Die absolute Immunität ist das Ideal, auf das die Laboratoriumsforschungen gerichtet sind; es ist ein Ideal, das man mit Beharrlichkeit verfolgen muß, das höhere Ziel der menschlichen Tätigkeit. Uns Klinikern genügt einstweilen für die Bedürfnisse der Menschheit die relative Immunität, die Immunität gegen jenes Quantum von Bazillen, das durch zufällige Infektion in den menschlichen Organismus gelangen kann.

Wir dürfen nie vergessen, daß unter den gewöhnlichen Verhältnissen des Lebens die tuberkulöse Infektion beim Menschen in ganz andrer Art und Weise entsteht als die experimentelle Tuberkulose, die wir in den Laboratorien erzeugen. Die Bazillen, die in den Organismus eindringen, sind schwerlich von gleicher Lebenskraft und Virulenz wie die Bazillen, die in den Kulturen gezüchtet und mit allen möglichen künstlichen Mitteln aufgezogen werden; schwerlich gelangen sie auf ein einziges Mal in solcher Menge hinein, wie wir sie in den Laboratorien bei der experimentellen Infektion hineinbringen, und der Organismus, der, wie es unter normalen Verhältnissen der Fall, bereits mit Schutzmitteln versehen ist, genügt entweder an und für sich oder bedarf nur geringer Hilfe, um diese Feinde zu vernichten, die einzeln hineingelangen.

Die Behauptung einiger Bakteriologen, daß in den menschlichen Organismus gewöhnlich große Mengen von Tuberkelbazillen auf einmal hineingelangen, ist irrtümlich und willkürlich.

Wir können uns daher vorläufig mit einem der Stärke des Angriffs entsprechenden Schutz begnügen.

Wie in den Kriegen die kämpfenden Heere eine zur Zahl der Feinde im richtigen Verhältnis stehende Zahl von Menschen in Aktion treten lassen, so müssen wir uns in den Kämpfen, die der menschliche Organismus gegen die Krankheiten verbreitenden Bakterien führt, damit begnügen, Schutzmittel in einem den Angreifern entsprechenden Maß zu besitzen.

Wir glauben, daß sich in diesem Maß der gewöhnliche Schutz gegen die tuberkulösen Krankheiten durch die Impfung, wie wir sie ausführen, erreichen läßt, einerseits wegen der angeführten experimentellen Tatsachen, anderseits wegen der Ergebnisse, die deren praktische Anwendung uns empirisch zu liefern begonnen hat.

Von welcher Dauer werden die wohltätigen Wirkungen einer Impfung des Menschen sein? Ich besitze keine genauen Daten, um bestimmtes darüber sagen zu können; was ich weiß, ist, daß noch nach mehreren Jahren in dem Orga-

Digitized by Google

nismus die Anzeichen der Immunität vorhanden sind. So fanden wir bei einem am 20. April 1904 geimpften jungen Mädchen von sechzehn Jahren, bei dem nach der Impfung im Blut spezifische Schutzstoffe nachgewiesen und gemessen worden waren, nach sechs Jahren, daß diese Stoffe sich in demselben Maße erhalten hatten. Bei drei andern Individuen fand sich nach fünf Jahren, daß die Schutzstoffe noch vorhanden waren, und zwar in hohem Maße, bei einem nach vier Jahren, bei sechs andern nach drei Jahren.

Nur über 465 von den vielen in den Jahren 1903 bis 1910 geimpften Individuen aus tuberkulösen, zum Teil nahezu ausgestorbenen Familien, war bis heute weitere Nachricht zu erlangen; keine dieser Personen ist von irgendeiner tuberkulösen Krankheit befallen worden.

Es wäre wünschenswert, Nachrichten über alle zu besitzen, aber in den großen Städten ist es unmöglich, alle die Personen weiter zu verfolgen, die in unsre Behandlung kommen. Doch von größerem Interesse als die Gesamtziffern sind die einzelnen Familiengruppen. Ich kann sagen, daß in mehreren von der Tuberkulose dezimierten Familien, deren weitere Schicksale wir haben verfolgen können, die Krankheit kein Opfer mehr gefordert hat, nachdem die Impfung ausgeführt worden war.

Diese Tatsachen eröffnen sicherlich denjenigen, die solche Fragen ohne Vorurteile prüfen, neue Ausblicke für die Verteidigung des Menschen gegen die Tuberkulose, eine rationelle Verteidigung, die danach strebt, den organischen Boden unempfänglich gegen die Infektion zu machen — jene Infektion, der trotz aller Anstrengung, die Bazillen außerhalb des Organismus zu zerstören, der Mensch immer ausgesetzt sein wird. Leider werden immer Bazillen in Umlauf sein, solange Menschen auf Erden wandeln, die sie herumtragen und sie in ihrer Umgebung verbreiten. Darüber kann man sich keine Illusionen machen.

Ein deutscher Gelehrter, Much, der in bedeutungsvollen Forschungen viele auf die Tuberkulose bezügliche Fragen in voller Unabhängigkeit studiert hat, hat kürzlich in einer seiner trefflichen Veröffentlichungen folgendes geschrieben:

„Gibt es beim Menschen eine Tuberkuloseimmunität? Noch jetzt glauben einige Untersucher diese Frage verneinen zu müssen. Tut man dies, so ist allerdings schon nötig, daß man sich beide Hände vor die Augen hält und nicht sehen will.

Wir beantworten die Frage mit ‚ja'".

Ja, die Immunität beim Menschen ist möglich. Es ist unsre Aufgabe, sie zu schaffen und ins Leben zu rufen. Man kann sie mit einem einfachen Mittel schaffen, das in allen Laboratorien, in allen Ländern hergestellt werden kann.

Der Weg steht allen Menschen mit gutem Willen offen.

Digitized by Google

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus der Zeit des Krimkrieges

(Fortsetzung)

Peterhof, den 9. Juni 1854.

Deinen Brief vom 23. v. Mts. aus Düsseldorf habe ich mit unserm letzten Feldjäger richtig erhalten und benutze eine ähnliche sichere Gelegenheit, um Dir zu antworten, Dir für Deinen Brief zu danken und Dir meine Freude auszusprechen, daß Du wieder glücklich bei den Deinigen, Familie und Regiment, eingetroffen bist.

Gewiß hast Du vollkommen recht, die Gerlach-Niebuhr-Briefe,[1]) nachdem Du sie gelesen, in die Mappe zu stecken, um sie vielleicht nicht wieder hervorzuholen. Nichtsdestoweniger sind sie aber wichtig, um au courant der Situation in der Heimat zu bleiben (soviel wie möglich), da das Ministerium, wie Du die Erfahrung selbst gemacht hast, einen eben nicht au courant erhält. Wenn man überdem die Briefsteller so genau kennt wie wir, so hat man doch immer einen allgemeinen Maßstab für den Inhalt ihrer Briefe und kann mit Ueberlegung doch auch viel Nützliches und Wichtiges für den Lauf der Dinge, wenn auch nicht eben Offizielles, daraus entnehmen und danach handeln, da ja im schlimmsten Falle nur die eigne Desavouierung die Folge sein kann. Rückfragen kann man leicht aus Wien, schwer von hier machen.

Was nun die Kleine Walachei zum Beispiel anlangt, so sprach mir der Kaiser bereits im November, bevor er sie noch selbst ganz besetzt hatte, davon, wie es eigentlich wohl Sache der Oesterreicher sei, sie zu besetzen, teils wegen Serbien, teils wegen der ihnen so nötig scheinenden Sicherheit in bezug auf dereinstige Evakuation der Donaufürstentümer. — Zur Zeit als N.s Brief kam, war die Lage der Dinge bereits weit schlimmer und schon dahin gekommen, daß man sich hier veranlaßt sah, den ursprünglichen Operationsplan (bei Widdin überzugehen) aufzugeben. Das wußte ich. Der Kaiser klagte über Oesterreichs ewiges Mißtrauen; darauf eingehend sagte ich ihm, er möge doch zu Oesterreichs Beruhigung die Kleine Walachei ihnen zur Besetzung anbieten. Er antwortete: „Je ne demande pas mieux.“ Man machte die Sache aber ungeschickt, räumte überdem zu rasch, und so hatte das Ganze gar keine Folge. Ich sprach gleichzeitig hier mit dem österreichischen Gesandten,[2]) der mir die alberne Antwort gab: „Der Sultan kann uns wohl die Kleine Walachei anbieten, nicht aber der Kaiser.“ Ich antwortete ihm darauf: „Ihr fürchtet zwei Dinge da unten, einmal den Aufstand der Südslawen und die Inkorporation der Donaufürstentümer. Wenn ihr die Kleine Walachei besetzt, so umfaßt ihr

[1]) Niebuhr, Kabinettsrat Friedrich Wilhelms IV.

[2]) Graf Esterhazy, österreichischer Gesandter in Petersburg.

Digitized by Google

Serbien im Norden und Osten und steht hart an der rechten Flanke der Russen, deren Stellung ihr von der Walachei wie von Siebenbürgen aus dann gefährden könnt, sobald es die Donaufürstentümer inkorporieren wollte, woran es nicht denkt. Ueberdem könnt ihr die Kleine Walachei für den Sultan ja besetzen und ihm seine Verteidigungslinie an der Donau verkürzen, jedenfalls ist es ein Pfand für euch." Dagegen hatte Esterhazy keine Einwendung. — Ich aber hoffte, daß die Besetzung der Kleinen Walachei durch Oesterreich der Welt zeigen müßte, daß der Kaiser nicht nach dem politischen Besitz der Länder strebt, oder daß es auch vielleicht Oesterreich mit den Westmächten veruneinigen könnte.

Bei einer andern Gelegenheit aber bat ich Niebuhr, Dir doch von mir darüber einen Wink zukommen zu lassen, daß ein offensiv feindliches Auftreten Oesterreichs gegen Rußland bei der hiesigen Prinzipienlosigkeit unbedingt diesseitige Agitation in Ungarn und in den an die Türkei grenzenden österreichischen Provinzen sowie die Erhebung von Serbien, Montenegro usw. hervorrufen würde. Der Kaiser würde das nicht gerade autorisieren, aber doch geschehen lassen. (Es ist übrigens sehr traurig, daß hier auch mancherlei geschieht, was der Kaiser nicht autorisiert und auch nicht weiß. Dahin gehören namentlich die versteckten Agitationen der russischen Partei, der Slawophilen usw. Konstantin sitzt wohl mit darin.) Du hast ferner ganz recht, wenn Du den Stein auf die Art und Weise wirfst, wie die Geschäfte betrieben werden, namentlich in Berlin und auch hier — von Wien weiß ich es nicht. Da es überall so ist, so gleicht sich das am Ende aus. Das direkte Unterhandeln der Monarchen, was Dir am geeignetsten erscheint, führt bei den Persönlichkeiten auch zu nichts. Ich habe im Oktober daran gearbeitet wie ein Pferd, und wie sie in Warschau glücklich zusammen waren, so war das Resultat gleich Null, d. h. eine große Parade. Als ich dem König in jener Zeit davon sprach, man müßte sich von den Westmächten ganz losmachen, antwortete er mir: „Dann habe ich in acht Tagen die englische Flotte vor Swinemünde und in vierzehn Tagen vor Weichselmünde, und mein ganzer Handel ist auf ewige Zeiten zerstört." Auf meine Erwiderung, England und Frankreich bedürfen selbst des preußischen Handels und würden sich überdem wohl besinnen, sich mutwillig noch einen Feind mehr auf den Hals zu locken, ward ich keiner Antwort weiter gewürdigt. Den Kaiser von Oesterreich kann ich nicht beurteilen, sein jetziges Benehmen aber im Verhältnis zu dem, was er früher dem Kaiser N. gegenüber tat, sagte und schrieb, ist um so unverständlicher, gerade weil er noch so jung ist und darum gefühlvoller sein müßte. Was endlich den hiesigen Kaiser anbelangt, so haben mir die letzten acht Monate, oder lieber das letzte Jahr, eine Illusion nach der andern entrissen. Ich habe ein schweres Jahr durchlebt, viel und meist recht unrecht zu leiden gehabt, so daß der beste Wille und Resignation oft dicht am Ende waren. So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß ich mich in den wiederkehrenden Diskussionen mit dem Kaiser, in der Regel in Gegenwart der Kaiserin und der beiden jüngeren Söhne, auch von Grünwald und Lieven ein-

Digitized by Google

mal, durch einige treffende Funken Wahrheit unangenehm machen mußte, was mir die Kaiserin nicht vergessen hat und erst neulich noch vorwarf, nachdem sie mir bereits ein paarmal gesagt hatte, ich sei unangenehm, doch dies im Tete-a-tete, wo sie selbst mich zum Sprechen aufgefordert hatte. Meyendorf schrieb günstig über Dich, sofort wurdest Du der Held des Tages, man kannte Dich ja überdem lange genug. Ich benutzte das und lobte Dich, soviel ich konnte, Deinetwegen und um für Eventualitäten hier eine Persona grata in Vorrat zu haben. Rochow ward kränker, starb.[1]) Da fing die Kaiserin gleich an zu arbeiten, um Dich zum Gesandten zu haben, Grünwald kam von Wien und stieß in dasselbe Horn. — Mit mir sprach man nicht darüber, weil man glaubte, mich zu verletzen, natürlich aber schrieb ich es an Gerlach, obschon ich es Dir ebensowenig wie mir wünschen konnte und ebenso überzeugt war, daß Du es wie ich nur auf Befehl annehmen würdest. — Geht es den Leuten hier gut, so kann niemand etwas durchsetzen, was ihnen nicht in den Kram paßt, dazu ist des Kaisers gänzlich fehlendes Vertrauen zum König die unüberwindliche Klippe. Geht es ihnen hier schlecht, so kann jeder verlangen, was möglich ist. — Dazu aber bist Du zu schade.

1852 sprach Gerlach vorübergehend mit mir über einen dereinstigen Ersatz für Rochow und sagte mir: „Man könnte dabei auch an Sie denken." Ich bat ihn, diesen Gedanken ja nicht aufkommen zu lassen. Dabei ist es auch wohl geblieben. Zur Zeit der Ernennung Werthers schrieb mir G. auch: „Man hätte auch an Sie denken können, doch möchte ich Sie nicht auf ewig expatriieren." Hier im diplomatischen Korps und wohl auch sonst hat man wohl an mich gedacht, bei Hofe, d. h. bei den Majestäten, meines Wissens aber nicht. Dagegen ließ mich die Großfürstin Helene[2]) rufen, sprach mir von der Kaiserin Wunsch, Dich hier zu haben, und fragte mich über Dich aus. Nachdem wir damit fertig waren, sagte sie mir plötzlich: „Hätten Sie nicht Lust, hier Gesandter zu werden?" Ich: „Nein!" Sie: „So positiv weisen Sie das zurück?" Ich: „Allerdings!" — Es entspann sich ein längeres Gespräch über das „Warum nicht", und wie sie mich nicht weiter brachte, spielte sie den letzten Trumpf aus, indem sie mir proponierte, durch den damals in Berlin anwesenden Herzog für mich arbeiten zu lassen! — Als das erst recht nicht zog, entließ sie mich ziemlich verblüfft und verschnupft. Der Kaiser war kurz vorher bei ihr gewesen; ob sie also ganz auf eigne Faust operiert hat, weiß ich nicht, doch möchte ich es glauben. Rochow hatte als seinen Nachfolger hier immer Schulenburg aufgestellt. Schulenburg wußte das wohl, und machte sich bei Budberg angenehm. Die Frage, ob ein Militär oder Zivilist, wird fast allseitig für ersteren entschieden — ich aber bin gar nicht der Ansicht, weil ich es unter den momentanen Verhältnissen, d. h. bei den Individualitäten der beiden Monarchen, gar nicht einmal für gut halte,

[1]) Rochow starb im Frühjahr 1854. Sein Nachfolger als preußischer Gesandter in Petersburg wurde Freiherr v. Werther.

[2]) Großfürstin Helene, eine Schwester des Prinzen August von Württemberg.

Digitized by Google

wenn der preußische Gesandte den Kaiser sehr oft sieht. — Das „Warum" ist hier zu weitläufig zu behandeln. Mir persönlich freilich wäre ein Militär — wenn wir einen hätten — lieber gewesen, weil es mir mehr Freiheit und mehr Aussicht auf Ablösung gegeben hätte, auch ist mein ganzes Zwitterverhältnis mit einem Militär hier doch leichter durchführbar als mit einem Zivilisten.

Noch vergaß ich zu erwähnen, daß eines Abends am Teetisch der Kaiserin wieder von Deiner Herrlichkeit die Rede war und namentlich davon, wie Du dem Kaiser F. J. bei der Abschiedsaudienz noch recht die Wahrheit gesagt hättest. Die Kaiserin benutzte die Gelegenheit, um mir auf Deine Kosten eins auszuwischen, und sagte auf deutsch zur Tiefenhausen, die rechts neben ihr saß, — ich links —: „Ja, Manteuffel hat das Talent, Wahrheiten zu sagen, ohne dabei unangenehm zu werden." Wärst Du es nicht gewesen, so hätte ich eine Antwort losgelassen, die ich bereits auf der Zunge hatte, nämlich: „Es gibt auch wenig Menschen, die Wahrheiten hören können; der Kaiser F. J. scheint eine seltene Ausnahme zu machen." So aber schwieg ich und steckte die Ohrfeige ein. Mit dem Kaiser ist mein Verhältnis so gut, wie ich es nur verlangen kann, und eigentlich mit der Kaiserin auch.

Noch eins. — Im Laufe des Winters kam ein Brief des Königs an den Kaiser und gleichzeitig Depeschen von Manteuffel, beides in sehr verschiedenem Sinn und dabei die Depeschen in der Fassung, namentlich eine französische, recht unmanierlich. Es gab das natürlich großen Aufruhr. Rochow war au bout de son latin. Zu Rückfragen usw. war keine Zeit, es mußte und sollte von hier geantwortet werden. Der Kanzler und Rochow konferierten und wußten nicht, was und wie antworten. Rochow zog mich in seiner Not zu Rat, was ihm in ähnlichen Fällen öfter passierte und wo er dann ein paar Tage später meine Ansicht mit größter Harmlosigkeit, selbst mir gegenüber, als die seinige aufstellte. Genug, ich sagte, der König sei der König, und der Minister des Königs Diener. Man solle die Unmanierlichkeit der Depesche ganz fallen lassen und in der Antwort die entscheidende Stelle aus des Königs Brief als maßgebend zitieren und die ganze Antwort darauf basieren. Rochow wollte nicht heran, während ich der Ansicht war, daß auf die unmanierliche und feindliche Depesche Manteuffels von hier aus nur eine noch bösere, das Ganze noch mehr spannende Antwort kommen müßte, wenn man diesen Ausweg nicht ergriffe; auch konnte doch des Königs positive Aeußerung (ich glaube, es war: „Je garderai toujours une neutralité, mais une neutralité souveraine") nicht in der Luft stehen bleiben. Endlich setzte ich es durch, daß es so geschah, wie ich es geraten. Ja, das sind Dinge, die doch eigentlich auch unerhört sind, die ein Maß von Formlosigkeit von einem Kabinett zum andern, von einem Minister zum andern haben, das doch eigentlich zu weit geht, und doch glaube ich, daß es nicht anders zu machen war, wenn König und Minister über dieselbe Sache so verschieden schreiben, als es geschah. Wie kann man aber bei solcher Zucht im Auslande mit Lust und nur einiger Befriedigung und Erfolg dienen, wenn

Digitized by Google

man dergleichen und Schlimmeres erlebt? — Nun aber leb' wohl, viel Herzliches den Deinen. Meine Frau ist noch in der Stadt. Elise ist wieder krank.

Gott befohlen!

Wie immer Dein

Nachschrift: Mit Meyendorf ist der Kaiser leider gar nicht mehr zufrieden. Ich glaube, daß Fonton ihm bei seiner Anwesenheit im Winter hier eine Grube gegraben hat — vermutlich, um ihn selbst dann zu ersetzen. Auf Deinen Brief hin nahm ich Gelegenheit, dem Kaiser Meyendorf sehr zu loben und zu sagen, wie hoch Du ihn stelltest. Antwort: „Der arme Meyendorf ist durch seine Kränklichkeit so herunter, daß er wenig leisten kann; überhaupt sah er die ganze Frage nicht richtig an und hat sie nicht so geführt, wie er es getan haben würde, wenn er gesund gewesen wäre." Der Kanzler hält ihm nach Kräften die Stange. Die Frau hat ihm einerseits und die russische Partei und Fonton andrerseits viel Schaden getan. Ich glaube nicht, daß er den Posten behält, sondern Gortschakow[1]) ihn bekommt.

*

Peterhof, den 5. August 1854.

Deine Briefe habe ich erhalten, danke bestens dafür und würde bereits früher geantwortet haben, wenn ich gewußt hätte wohin.

Nun schreibt Budberg, daß Du einstweilen noch beim König bleiben würdest; aus den Zeitungen ersehe ich, daß Du S. M. auch bereits nach München begleitet hast. Hoffentlich behält der König Dich auch in Putbus, und Du findest dort Gelegenheit, wieder etwas der Ruhe zu pflegen, mehr als es Dir in Düsseldorf möglich gewesen sein würde. Wie traurig das alles für Deine Stellung als Regimentskommandeur und als Gatte und Vater ist, sehe ich vollkommen ein und fühle es mit Dir, dennoch freut es mich ungemein, Dich in dieser Krisis beim König zu wissen.

Gortschakow und Budberg zitierten Dich in ihren Berichten hierher wie eine Autorität und führten Dich (deutsch) redend ein. Gortschakow schreibt unter jedem Eindruck, deshalb zu viel und auch widersprechend.

Deine Bestellungen an den Kaiser habe ich ausgerichtet. Derselbe schwärmt jetzt für eine preußisch-russisch-dänisch-schwedische Allianz, um den vereinigten Flotten zum diesjährigen Beschluß der Navigation das Loch zuzumachen und gemeinschaftlich über sie herzufallen. Die Idee ist nicht übel, die Ausführung bei der Zaghaftigkeit der russischen Flotte und bei mancher andern Zaghaftigkeit mehr als problematisch.

Neun Zehntel der Welt peroriert gegen die Uebermacht Rußlands und die üblen Folgen, die für Europa daraus erwachsen könnten; ich halte diese für

[1]) Fürst Gortschakow wurde 1854 Meyendorfs Nachfolger als russischer Gesandter in Wien, später Minister des Aeußern und Reichskanzler.

Digitized by Google

kaum vorhanden und, wenn vorhanden, für weit weniger gefährlich und jedenfalls für viel erträglicher als die Uebermacht Englands allein oder mit Frankreich gemeinschaftlich.

Es wäre mir lieb gewesen, wenn Du mir aus Wien ein paar Zeilen geschrieben hättest.[1]) Der Kaiser exagériert so sehr leicht das in der Konversation, was er vorher allein gelesen hat. — Zu seinen frommen Wünschen gehört auch fortwährend, daß der König doch zwei Korps an die österreichische Grenze rücken lassen und dabei nur sagen möchte: „Nicht zu weit."

Also hier bestochen und dort befördert, hier geschätzt und dort anerkannt!

Gratuliere bestens. Dein Ausfall gegen mich ist ungerecht, wenn auch im Scherz getan. Es ist ein großer Unterschied zwischen Verheimlichen und Schweigen, zwischen Ableugnen und Bekanntmachen. Das Auftrumpfen mit der, wenn auch noch gar nicht bezweifelten und darum unnötigen Integrität der eignen Person schadet leicht dem Allgemeinen.

Stehe ich so tief unter Dir, daß ich Dich nicht einmal loben darf — oder auch tadeln, ohne dafür einen Hieb zu bekommen? Hochmut kommt vor dem Fall — denke an mich, wenn du gelegentlich auf dem Exerzierplatz Fiasko machst! — Dergleichen kommt vor.

Hier ist es nicht hübsch, man ist entsetzlich aufgeregt, übertreibt jede Nachricht, legt auf die meisten einen ganz unnötigen Wert und ist kleinlaut trotz aller Redensarten. Geht es nach dem Kanzler, so räumt man die Fürstentümer ohne weiteres! Der Kaiser will an den Gedanken noch nicht recht heran, dürfte es aber doch vielleicht tun und dabei nach einem Stück Märtyrerkrone haschen, wo der Lorbeerzweig des Schlachtenlenkers eben nicht zu haben war.

Mit Werther geht es ganz gut, nur legt er mir auch zu viel Wert auf die materiellen Verluste, die eine englische Blockade für uns haben würde. Es sind das alles kleine Seelen, die prinzipielle Fehler machen wollen, um materiellen Uebeln zu entgehen. Der tiefe Sinn in Franz' I. Worten: j'ai tout perdu fors l'honneur, findet keine Statt in solchen Herzen, wo der Kopf nur Zahlen enthält.

Gott befohlen! Wie immer

Dein

Meine Frau und Elise sind wohl und grüßen. Ich sende Dir diese Zeilen durch G. Gerlach. Grüße Niebuhr, wenn Du ihm irgendwo begegnest.

*

Peterhof, den 10. August 1854, abends.

Tausend Dank für Deine interessanten Zeilen aus Nymphenburg — sie waren mir aus der Seele gesprochen (das darf ich doch sagen?), da ich dem Kaiser zum Ueberdruß gesagt habe, wir könnten auf die Süddeutschen nie rechnen.

Gestern abend erhielt ich Deinen Brief, heute früh ging ich damit zum

[1]) Manteuffel war im Juli 1854 in diplomatischer Sendung in Wien gewesen. Vgl. Gerlachs Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 181 ff.

Digitized by Google

Kanzler. Er ließ mich ruhig ausreden und antwortete dann: „Das hat Manteuffel auch alles an Budberg gesagt, der es auch gestern schrieb!" So war also hier mit dem ersten Teil Deines Briefes nichts mehr zu machen, mit dem zweiten aber auch nicht, da die Fürstentümer geräumt werden.

Trotz alledem ist es mir sehr lieb, daß und was Du mir mitteilst, von wegen späterer Beurteilung jener Persönlichkeiten.

Deine militärischen Reflexionen sind gewiß sehr richtig, nichtsdestoweniger aber bleibt dieser Rückzug für Rußland doch eine arge Demütigung, ähnlich der unsrigen 1849 und 1850 wegen Schleswig. Was aber wird Oesterreich nun für eine Stellung zu den weiteren Verhandlungen einnehmen? Vermutlich ebenso feindlich wie bisher. Zieht sich das Ganze in die Länge, so wird es wohl abermals zu Gewaltmaßregeln schreiten müssen, weil es den jetzigen Zustand wegen der Finanzen nicht lange wird aushalten können. — Wäre für uns nun aber nicht der Moment gekommen, die Konvention[1]) aufzuheben oder doch wesentlich zu modifizieren und daraus etwa eine bloße Staatengarantie zu machen, ohne Offensive, so daß dieselbe erst in letzter Instanz beim Frieden zur Sprache zu kommen brauchte? Bleibt die Konvention aber so, wie sie ist, dann sitzen wir, wenn der Krieg zwischen Rußland und Oesterreich dennoch ausbrechen sollte, abermals in der Klemme. Mag derselbe auch unwahrscheinlich sein, unmöglich ist er nimmer.

Schreibe mir gelegentlich wieder und laß Dir meinen gleichzeitig an Gerlach abgehenden Brief zeigen.

Gott befohlen!

*

Peterhof, den 15. August 1854.

Gestern abend kam endlich ein Feldjäger an, die erste Kunde, die uns seit Werthers Ankunft ward! Er brachte mir Deine beiden Briefe vom 5. und 9. d. Mts. Den ersteren las ich dem Kanzler vor und erhielt darauf den Bescheid: „Das ist alles sehr richtig und wahr, Manteuffel vergißt dabei nur eins, das ist Buols Politik, die eine so schiefe und unzuverlässige ist, daß sie uns zwingen kann, anders zu handeln, als Manteuffel es sich für zweckmäßig denkt."

Wozu eigentlich noch des Königs Brief?[2]) Wozu darin jetzt noch der

---

[1]) Am 20. April 1854 hatten Preußen und Oesterreich ein Schutz- und Trutzbündnis in Berlin geschlossen, nach dessen II. Artikel sich beide Staaten zur gemeinsamen Abwehr jedes Angriffs auf irgendeinen Teil ihrer Gebiete auch für den Fall verpflichteten, daß der eine Staat im Einverständnis mit dem andern zur Wahrung deutscher Interessen aktiv vorzugehen sich veranlaßt fände. Am 3. Juni richtete Oesterreich, von Preußen unterstützt, an Rußland die Sommation zur Räumung der Donaufürstentümer.

[2]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 189) am 5. August: „Der König arbeitet an einem Briefe für den Kaiser Nikolaus, den ich, Bismarck und Edwin Manteuffel gestern durchsahen und amendierten, worin erst der Kaiser wegen seines Entschlusses, die Fürstentümer zu räumen, gepriesen, dann aber ihm gesagt wird, daß man einen Angriff auf Oesterreich nicht leiden würde. Der König nimmt den Fall an, Rußland räumt

Digitized by Google

Passus, daß und wann wir Oesterreich helfen würden? Es ist das ja schon so oft erzählt worden, und wird es jetzt zu einer Art Drohung. Ich kenne übrigens den Brief des Königs nur durch Briefe des Generals Gerlach. Morgen wird ihn Werther übergeben.

Du mußt mit der Menschlichkeit des Kaisers und der Kaiserin dieselbe Nachsicht haben wie mit der Individualität des Königs anderseits. Könnte man den Kaiser ruhig machen, ihn dahin bringen, nicht stets vor der ganzen Familie alles und oft nicht in der gewähltesten Weise zu sagen, ja den Teetisch und das Diner der Kaiserin zum Schauplatz politischer Erzählungen und Diskussionen zu machen ... ja, dann wäre hier eben alles anders, wie es ist. Der Kaiser kann sich einmal nicht in die Haut eines andern Monarchen versetzen ...

Gott befohlen; grüße Deine Frau bestens von uns. Wie immer Dein

*

Peterhof, den 19. August 1854.

Meinen besten Dank für Deine Briefe, den ich Dir wohl bereits aussprach. Kannst Du dem König und andern nicht begreiflich machen, was Integrität eines Staates heißt, und daß die Erhaltung derselben, sofern sie ein andrer Staat garantiert, wesentlich eine Bedingung beim Friedensschluß ist, und durchaus nicht eine Teilnahme am Kriege für den Garanten erheischt? Nach dem Briefe des Königs scheint er darüber nicht klar zu sein, oder steht er noch immer auf der Basis des 2. April-Vertrages Art. II?

So wie die Sachen jetzt liegen, muß der Rückzug über den Pruth benutzt werden, um die Konvention zu kassieren oder ihr eine andre Form zu geben. — Buol geht denn doch in einer Weise rücksichtslos mit uns um, daß wir nachgerade jeder Verbindlichkeit enthoben sind. Während er die hergesendete Sommation von uns unterstützen ließ, während wir im allgemeinen Interesse hier durch Dich unterhandelten,[1]) verstärkt er seine Truppen mehr und mehr in Rücken und Flanke der Russen, schließt den skandalösen Vertrag mit der Pforte ab[2]) und trigotiert mit Bourqueney[3]) ruhig weiter. — Der Kaiser antwortet,

---

nicht allein die Walachei, sondern auch die Moldau, und Oesterreich besetzt diese Länder, ohne Gewalt zu gebrauchen. Dann wird Rußland sich schwerlich zum Kriege gegen Oesterreich entschließen, und die Drohung des Königs ist alsdann unnütz. Oesterreich vertreibt die Russen aus der Moldau bis über den Pruth, bleibt aber am Pruth stehen; dann ist es doch hart, den Kaiser Nikolaus verhindern zu wollen, den von ihm leicht begonnenen Krieg nicht fortzusetzen. Endlich, Oesterreich geht über den Pruth, so wird man den Kaiser doch nicht verhindern wollen, ebenfalls die österreichische Grenze zu passieren und es anzugreifen. Wozu also der Brief Seiner Majestät? ... Edwin Manteuffel war auch nicht zufrieden mit dem Brief des Königs." Der Brief des Königs ging am 8. August ab.

[1]) Manteuffel war im Juni 1854 in diplomatischer Sendung in Petersburg gewesen, um dem Wunsche Preußens für eine Verkürzung und Einschränkung der beiderseitigen Kriegführung Ausdruck zu geben.

[2]) Am 14. Juni 1854 hatte Graf Buol (ohne vorherige Zustimmung Preußens) mit der Pforte einen Vertrag über die gemeinsame Besetzung der Donaufürstentümer geschlossen.

[3]) Baron Bourqueney, französischer Gesandter in Wien.

Digitized by Google

er tut noch mehr, er räumt. — Der Kaiser F. J. erfüllt weder das, was er dem König in Tetschen versprochen hat, noch was sein Kabinett in der die Sommation begleitenden Note in Aussicht stellte, die Neutralität.

Nachdem Gortschakow die Evakuation bereits in Wien angezeigt,[1]) wo also österreichische und deutsche Interessen befriedigt waren, schickt Buol dennoch solche vier Punkte befürwortend hierher, statt sie Bourqueney um die Ohren zu schlagen.[2]) Ja, er schreibt ihm eine Note, worin er ihm sagt, daß Oesterreich nicht separat mit Rußland unterhandeln werde, sofern es diese Punkte nicht als Basis annähme, und spricht sogar von möglicher Beteiligung an dem weiteren Verlauf des Krieges!!! Von des Kaisers F. J. Versprechungen, nicht über den Pruth zu gehen, und von Preußen, das als dummer Junge ganz übersehen wird, ist dabei abermals gar nicht die Rede. So betrügt man uns bei jeder Gelegenheit; wir glauben aber immer ruhig weiter und werden immer doktrinärer, tun dabei natürlich auch, was wir eigentlich nicht tun wollen. Der König schreibt obenein dem Kaiser vom edlen Herzen Franz Josefs, von dessen Liebe und Verehrung für ihn und davon, wie ganz Deutschland als Reserve gegen Rußland stehen wird, wenn dieses sich einfallen lassen sollte, den lieben Nachbar anzugreifen. Abgesehen davon, daß der Kaiser nicht daran denkt und die Fürstentümer räumte, um den Krieg mit Oesterreich und Deutschland zu vermeiden, sagt der König nicht einmal: greift der liebe Nachbar aber dennoch an, dann bleibe ich mindestens neutral. Nein, er stellt bloß die eine Alternative des russischen Angriffs hin und malt ein großes Bild der Zukunft, von einer deutschen Reservearmee, von Revolution, von Selbsterhaltung und dergleichen, wovon teils nicht die Rede ist, und was andernteils hier nur Mißmut erregen muß. Der Kaiser N. weiß ja schon zehnmal, daß Deutschland den Untergang Oesterreichs nicht zugeben will, ich selbst bestellte ihm das, Budberg und Benkendorff taten ein Gleiches. Wozu einem Mann wie ihm nun wiederholt drohen und nicht einmal in der andern Hand ein Stück Zucker zeigen? Dazu des Ministers telegraphische Depesche hierher, von der ich noch hoffe, daß sie falsch übersetzt ward, sonst wäre es doch zu naiv.

Die vier Punkte kann denn doch Preußen unmöglich unterstützen — wollte man loyal sein, was man in der Politik leider nicht ist, so mußte man sie von Wien nach der Evakuation gar nicht einmal hersenden, geschweige denn von

---

[1]) Am 7. August 1854.

[2]) Gemeint ist die Note vom 8. August 1854, in der Oesterreich, Frankreich und England u. a. folgende Forderungen an Rußland stellten: Europäische Garantie für die Rechte der Donaufürstentümer anstatt des früheren russischen Protektorats, freie Schiffahrt auf der Donau bis zum Meere, Förderung der Rechte der türkischen Christen in einer mit den Souveränitätsrechten des Sultans vereinbarten Weise. Am 10. August sandte Graf Buol dieses Programm als gemeinsame Forderung der drei Mächte nach Petersburg. Am 13. August empfahl König Friedrich Wilhelm IV. in einem eigenhändigen Briefe dem Zaren die Annahme der Punkte als Ausgangspunkt für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Dem gleichen Zwecke diente eine Depesche des Ministers v. Manteuffel an den Gesandten v. Werther.

Digitized by Google

Berlin, wenn auch mit einigen Bemerkungen, empfehlen, wie es der König eigenhändig zu tun sich veranlaßt sah.

Ach, ich habe wieder schwere Stunden gehabt! Der Kaiser war gegen mich so ausfallend, wie nie zuvor, und obenein gegen mich persönlich, als ich ihm in zwei Diskussionen bewies, daß er in seinen Behauptungen unrecht hatte. Ich habe das wahrlich nicht um ihn verdient. Um des Allgemeinen willen, und weil ich den Kaiser für krank, für recht krank halte, hielt ich stille, so schwer es mir auch wurde, schreibe auch keine Details darüber. — Papa Paul blickt jetzt oft durch.

Gestern war das Regimentsfest von Preobraschenski. Der Kaiser trank bei großer Galatafel die Gesundheit des Regiments und ließ mir durch den Hoffourier sagen: wenn er die Gesundheit dieses Regiments trinke, so meine er im stillen auch jedesmal unser 1. Garderegiment. Das sollte wohl ein Pflaster für mich sein — ich habe den Teufel vor solchen Pflastern, wenn ich vorher moralisch geohrfeigt ward.

Es war gleichzeitig des Kaisers Franz Josef Geburtstag. Der Kaiser trank still mit dem Thronfolger dessen Gesundheit und sagte: „Que le bon Dieu le rend sage!"

Erzähle die beiden Gesundheiten dem Könige.

Ist es wahr, daß Mouftier[1]) jetzt in Berlin anfängt, ebenso impertinent zu werden, als es Bloomfield[2]) längst gewesen? Georg Esterhazy hat in Berlin bereits den Minister Manteuffel als einen sehr schwachen Diplomaten bezeichnet! Das könnte allenfalls ein Lob sein, wenn er ihn gleichzeitig als einen verwegenen Stockpreußen bezeichnet hätte.

Täuscht mich nicht alles, so sind wir in Berlin wieder auf einem Wendepunkt angekommen, ich zittere bei allen solchen Krisen, trotzdem die Ehre den Weg hier so genau vorschreibt, daß er eigentlich gar nicht zu verfehlen ist.

Esterhazy spricht hier auch bereits von Garantien, die Rußland geben solle! Worin könnten die anders bestehen als in der Schleifung Sebastopols und in der Fixierung der dortigen Flotte auf ein Minimum? Niederträchtig! Man mag den Bogen nicht zu straff spannen, denn verliert man hier nicht den Kopf, so ist die innere Widerstandsfähigkeit derartig, daß die Westmächte und auch Oesterreich zuletzt doch darüber erlahmen möchten, namentlich, wenn die Revolution erst mit ins Feld zieht. Gott befohlen! Berta und Elise sind wohl und grüßen. Wie immer.

Laß Dir meine Briefe an Gerlach zeigen!

*

Der nachfolgende Brief Münsters ist an den General v. Gerlach gerichtet. Manteuffel erhielt jedenfalls durch diesen Kenntnis von dem Briefe und las ihn, laut Vermerk, in Putbus am 1. September 1854 dem Könige teilweise vor.

---

[1]) Marquis Mouftier, französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Lord Bloomfield, englischer Gesandter in Berlin.

Digitized by Google

Peterhof, den 25. August 1854.

Euer Exzellenz

wollen aus dem anliegenden Schreiben an des Königs Majestät ersehen, wie der Kaiser und der Thronfolger über die Lage der Dinge denken, namentlich aber über die letzte Berliner Demarche hinsichtlich der Annahme der vier Punkte.

Werther und ich waren gleich erstaunt über das hierher gestellte Verlangen, namentlich aber darüber, wie es geschah. Ob Preußen überhaupt gut daran getan hat, sich in diese ganze Frage jetzt schon einzumischen, will ich dahingestellt sein lassen. Sicherlich aber ist die Art und Weise, wie es geschehen, weder eine zeitgemäße noch eine taktvolle. Wenn Preußen auch keine positive Verbindlichkeit bisher (?) weder gegen die Westmächte noch gegen Oesterreich eingegangen ist, so dürfte die warme Befürwortung der vier Punkte dennoch eine solche nach sich ziehen müssen. Wozu aber und was dann?

Die französische Depesche sagt unter anderm: „D'ordre du Roi, je vous invite, Monsieur le Baron, à appuyer de tous vos efforts cette démarche de la cour d'Autriche!“[1]) Ist es denn möglich, daß man in Berlin das Verfahren Oesterreichs überhaupt noch billigen und somit sich daran in dieser Weise beteiligen kann? Die Richtung Oesterreichs bleibt, trotz der Evakuation der Donaufürstentümer, eine feindliche; das liegt nicht allein im Benehmen Buols, sondern noch vielmehr darin, daß Oesterreich seines Kaisers früher hierher und dann dem König in Tetschen gegebene Versicherungen der Neutralität gar nicht erfüllt. Ich erlaubte mir, Euer Exzellenz bereits in früheren Briefen auf die immer weitergehende Sprache des hiesigen österreichischen Gesandten aufmerksam zu machen. Der König beabsichtigte durch E. Manteuffels Sendung doch vorzugsweise es dahin zu bringen, erstens die Westmächte zur Aufdeckung ihrer Hintergedanken zu bringen und zweitens dadurch Oesterreich von ihnen zu trennen. Die Reden des Kaisers F. J. in Tetschen berechtigten allerdings zu zu dieser Hoffnung.

Jetzt nun hat der „Moniteur“ gesprochen. — Oesterreich hat, trotzdem seine Forderungen bewilligt und somit seine und die deutschen (?) Interessen befriedigt sind, nicht Wort gehalten, sondern handelt wiederum gemeinschaftlich mit den Westmächten in einer für Rußland mehr als verletzenden Weise, da es, wie der Kaiser auch sehr richtig bemerkt, von dem offiziellen Aktenstück des „Moniteur“ hierher nicht einmal Erwähnung tut.[2])

---

[1]) Wortlaut der vom Minister v. Manteuffel am 13. August 1854 an den Gesandten v. Werther gerichteten Depesche s. Denkwürdigkeiten des Ministers v. Manteuffel, Bd. II, S. 448 ff.

[2]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 194) am 11. August: „Im ‚Moniteur‘ wird die Offensiv- und Defensivallianz mit Oesterreich ausposaunt, während die österreichische Depesche ganz zahm ist, aber allerdings von den neuen, den Protokollen entgegenstehenden Friedensbasen spricht. Während der ‚Moniteur‘ triumphiert, daß die Tripelallianz abgeschlossen, sagen die Wiener Zeitungen, alle nach dem Osten marschierenden österreichischen Truppen hätten Befehl erhalten, zu halten. Spielt Oesterreich mit uns ein

Digitized by Google

Berlin, wenn auch mit einigen Bemerkungen, empfehlen, wie es der König eigenhändig zu tun sich veranlaßt sah.

Ach, ich habe wieder schwere Stunden gehabt! Der Kaiser war gegen mich so ausfallend, wie nie zuvor, und obenein gegen mich persönlich, als ich ihm in zwei Diskussionen bewies, daß er in seinen Behauptungen unrecht hatte. Ich habe das wahrlich nicht um ihn verdient. Um des Allgemeinen willen, und weil ich den Kaiser für krank, für recht krank halte, hielt ich stille, so schwer es mir auch wurde, schreibe auch keine Details darüber. — Papa Paul blickt jetzt oft durch.

Gestern war das Regimentsfest von Preobraschenski. Der Kaiser trank bei großer Galatafel die Gesundheit des Regiments und ließ mir durch den Hoffourier sagen: wenn er die Gesundheit dieses Regiments trinke, so meine er im stillen auch jedesmal unser 1. Garderegiment. Das sollte wohl ein Pflaster für mich sein — ich habe den Teufel vor solchen Pflastern, wenn ich vorher moralisch geohrfeigt ward.

Es war gleichzeitig des Kaisers Franz Josef Geburtstag. Der Kaiser trank still mit dem Thronfolger dessen Gesundheit und sagte: „Que le bon Dieu le rend sage!“

Erzähle die beiden Gesundheiten dem Könige.

Ist es wahr, daß Moustier[1]) jetzt in Berlin anfängt, ebenso impertinent zu werden, als es Bloomfield[2]) längst gewesen? Georg Esterhazy hat in Berlin bereits den Minister Manteuffel als einen sehr schwachen Diplomaten bezeichnet! Das könnte allenfalls ein Lob sein, wenn er ihn gleichzeitig als einen verwegenen Stockpreußen bezeichnet hätte.

Täuscht mich nicht alles, so sind wir in Berlin wieder auf einem Wendepunkt angekommen, ich zittere bei allen solchen Krisen, trotzdem die Ehre den Weg hier so genau vorschreibt, daß er eigentlich gar nicht zu verfehlen ist.

Esterhazy spricht hier auch bereits von Garantien, die Rußland geben solle! Worin könnten die anders bestehen als in der Schleifung Sebastopols und in der Fixierung der dortigen Flotte auf ein Minimum? Niederträchtig! Man mag den Bogen nicht zu straff spannen, denn verliert man hier nicht den Kopf, so ist die innere Widerstandsfähigkeit derartig, daß die Westmächte und auch Oesterreich zuletzt doch darüber erlahmen möchten, namentlich, wenn die Revolution erst mit ins Feld zieht. Gott befohlen! Berta und Elise sind wohl und grüßen. Wie immer.

Laß Dir meine Briefe an Gerlach zeigen!

*

Der nachfolgende Brief Münsters ist an den General v. Gerlach gerichtet. Manteuffel erhielt jedenfalls durch diesen Kenntnis von dem Briefe und las ihn, laut Vermerk, in Putbus am 1. September 1854 dem Könige teilweise vor.

---

[1]) Marquis Moustier, französischer Gesandter in Berlin.

[2]) Lord Bloomfield, englischer Gesandter in Berlin.

Digitized by Google

Peterhof, den 25. August 1854.

Euer Exzellenz

wollen aus dem anliegenden Schreiben an des Königs Majestät ersehen, wie der Kaiser und der Thronfolger über die Lage der Dinge denken, namentlich aber über die letzte Berliner Demarche hinsichtlich der Annahme der vier Punkte.

Werther und ich waren gleich erstaunt über das hierher gestellte Verlangen, namentlich aber darüber, wie es geschah. Ob Preußen überhaupt gut daran getan hat, sich in diese ganze Frage jetzt schon einzumischen, will ich dahingestellt sein lassen. Sicherlich aber ist die Art und Weise, wie es geschehen, weder eine zeitgemäße noch eine taktvolle. Wenn Preußen auch keine positive Verbindlichkeit bisher (?) weder gegen die Westmächte noch gegen Oesterreich eingegangen ist, so dürfte die warme Befürwortung der vier Punkte dennoch eine solche nach sich ziehen müssen. Wozu aber und was dann?

Die französische Depesche sagt unter anderm: „D'ordre du Roi, je vous invite, Monsieur le Baron, à appuyer de tous vos efforts cette démarche de la cour d'Autriche!“[1]) Ist es denn möglich, daß man in Berlin das Verfahren Oesterreichs überhaupt noch billigen und somit sich daran in dieser Weise beteiligen kann? Die Richtung Oesterreichs bleibt, trotz der Evakuation der Donaufürstentümer, eine feindliche; das liegt nicht allein im Benehmen Buols, sondern noch vielmehr darin, daß Oesterreich seines Kaisers früher hierher und dann dem König in Tetschen gegebene Versicherungen der Neutralität gar nicht erfüllt. Ich erlaubte mir, Euer Exzellenz bereits in früheren Briefen auf die immer weitergehende Sprache des hiesigen österreichischen Gesandten aufmerksam zu machen. Der König beabsichtigte durch E. Manteuffels Sendung doch vorzugsweise es dahin zu bringen, erstens die Westmächte zur Aufdeckung ihrer Hintergedanken zu bringen und zweitens dadurch Oesterreich von ihnen zu trennen. Die Reden des Kaisers F. J. in Tetschen berechtigten allerdings zu zu dieser Hoffnung.

Jetzt nun hat der „Moniteur“ gesprochen. — Oesterreich hat, trotzdem seine Forderungen bewilligt und somit seine und die deutschen (?) Interessen befriedigt sind, nicht Wort gehalten, sondern handelt wiederum gemeinschaftlich mit den Westmächten in einer für Rußland mehr als verletzenden Weise, da es, wie der Kaiser auch sehr richtig bemerkt, von dem offiziellen Aktenstück des „Moniteur“ hierher nicht einmal Erwähnung tut.[2])

---

[1]) Wortlaut der vom Minister v. Manteuffel am 13. August 1854 an den Gesandten v. Werther gerichteten Depesche s. Denkwürdigkeiten des Ministers v. Manteuffel, Bd. II, S. 448 ff.

[2]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 194) am 11. August: „Im ‚Moniteur‘ wird die Offensiv- und Defensivallianz mit Oesterreich ausposaunt, während die österreichische Depesche ganz zahm ist, aber allerdings von den neuen, den Protokollen entgegenstehenden Friedensbasen spricht. Während der ‚Moniteur‘ triumphiert, daß die Tripelallianz abgeschlossen, sagen die Wiener Zeitungen, alle nach dem Osten marschierenden österreichischen Truppen hätten Befehl erhalten, zu halten. Spielt Oesterreich mit uns ein

Digitized by Google

Trotzdem heißt es weiter in jener Berliner Depesche: „Sa Majesté ne saurait y trouver des bases incompatibles avec ce que son Auguste Beaufrère s'est déjà déclaré prêt à admettre comme point de départ d'un arrangement pacifique.“ — Wo bleibt aber bei dieser Argumentation die anglo-französische Arrière-pensée, die bei den beginnen sollenden Unterhandlungen um deshalb von hier aus nicht übersehen werden kann, da sie ein offizielles Organ ohne weiteres publiziert? Unter andern Umständen würde man hier über die Dinge haben sprechen können. Sobald aber das Prinzip der Machtverringerung Rußlands und das Aufstellen späterer Bedingungen je nach den Kriegserfolgen, wenn auch nicht von Oesterreich, so doch von Frankreich ausgesprochen ward und Oesterreich als Vermittler es nicht einmal für sich desavouierte, so konnte man hier nicht darauf eingehen. Abgesehen davon, daß die Argumentation der preußischen Depesche überhaupt eine wenig hinreißende und überzeugende ist, so verlangt man in Punkt 1 doch immer die Abtretung eines Rechtes, an dem russisches Blut und konfessionelle Tendenzen kleben. Wenn Rußland dem Nachbarstaat Oesterreich durch Graf Orlow damals das Mitprotektorat über die Donauländer anbieten ließ, so war das freiwillig und Oesterreich der befreundete Nachbar, dem Rußland eine Garantie geben wollte. Jetzt aber befindet sich Rußland durchaus nicht in der Lage, Konzessionen machen zu müssen; es bleibt nichts weniger als friedliebend, ihm eine derartige Proposition zu machen, die gleichfalls nach Machtverringerung schmeckt. Was haben auch Franzosen, Engländer und Preußen in den Donauländern zu suchen, abgesehen davon, daß diese gemeinsamen Protektorate obenein den Stempel des Unpraktischen tragen, weil sie zu weitläufig?

Die ganze Depesche atmet Parteinahme gegen hier, nachdem eben noch mehr von hier aus geschehen, als wir selbst verlangt haben. Das aber muß erbittern. Die Befürwortung schließt bei loyalem Benehmen eines Kabinetts doch auch die Billigung ein, die Billigung aber wieder die Verpflichtung den gleichgesinnten Kabinetten gegenüber. Es fehlt bloß noch die Konferenz und das bindende Protokoll.

Rußland will nun durch rundes Abweisen zeigen, daß es sich eben nicht in der Lage befindet, irgend Konzessionen machen zu müssen, es will den Schluß der Kampagne abwarten, vom langen Winter profitieren und dann weiterreden. Lasse man sich also in Berlin ja nicht täuschen und binde sich vor allem nicht gegen hier, weil man später auch hier von selbst wieder auf manches Annehmbare zurückkommen wird.

Der Kanzler sagte mir: „Ich bedaure diese Expedition aus Berlin sehr. Es wäre viel einfacher und praktischer gewesen, wenn Manteuffel statt dieser

falsches Spiel? Das ist sehr unwahrscheinlich. Ist Buol ein Verräter, der nur von seinem Kaiser aufgehalten wird? Alles das ist unklar. Soviel steht fest, daß Oesterreich sich bei dieser Gelegenheit eine feste Stellung im Orient schaffen will und daher mit den Westmächten geht, soweit diese ihm dazu helfen können.“

Digitized by Google

langen, nicht stichhaltigen Erörterung kurz geschrieben hätte: ‚Hier habt ihr die vier Punkte. Nach dem, was der Moniteur gesprochen hat, können wir sie nicht mehr befürworten, wenn es uns auch lieb wäre, wenn ihr etwas damit machen könntet.‘ — Besser aber, fügte der Alte hinzu, wäre es gewesen, Preußen hätte sich jetzt gar nicht damit befaßt."

Die Depesche an Werther, d. d. 13. August, entschuldigt Buol, „daß der Schritt bereits so weit vorbereitet und festgestellt war, daß er nicht für zulässig hielt, zurückzutreten". — Wie kann man nur so etwas schreiben? Oesterreichs Forderungen waren bewilligt, seine Interessen befriedigt — als ob das nicht genügend gewesen wäre, der Angelegenheit mit Bourqueney keine weitere Folge zu geben, zumal da des eignen Kaisers Versprechungen für solch einen Fall Oesterreichs Neutralität in Aussicht gestellt hatten.

Mit solchen Entschuldigungen diskreditiert sich der Entschuldigende selbst am meisten.

Endlich sucht eine Depesche vom 11. August die Tragweite des Moniteurartikels und des österreichisch-französisch-englischen Notenwechsels zu schwächen (wobei man Preußen ganz links liegen ließ), sie unterstützt die vier Punkte, um „einmütiges Zusammengehen (bis wohin denn eigentlich? — ich sollte glauben, wir wären schon über die Grenze des Möglichen und Weisen längst hinaus) mit Oesterreich zu konstatieren und den Beweis zu liefern, daß es auch in sachlicher Beziehung in der Absicht Preußens liege, sich der Auffassung der Westmächte in geeigneter (?) Weise tunlichst anzuschließen. Dies zu Euer Hochwohlgeboren persönlicher Kenntnis, und um unfreiwilligen (!) Entstellungen, an denen es nicht fehlen wird, entgegenzutreten." —

Dies nebst den andern Depeschen durch die Post!!!

Den Kanzler habe ich dringend gebeten, nach Berlin möglichst mild zu antworten und etwas eingehend, warum man auf die vier Punkte nicht eingehen könnte; hoffentlich erfüllt er sein Versprechen.[1]) — Dabei ist und bleibt aber hier die wahre Absicht die: durch Abwarten und den Winter zu gewinnen. Wird das aber das bankrotte Oesterreich nicht mit Gewalt in die Offensive treiben?

So will es mir — verzeihen Euer Exzellenz die ewige Wiederholung — notwendiger denn je erscheinen, die 20. April-Konvention umzustoßen oder wesentlich zu verändern, vor allem aber Buol zu stürzen.

Euer Exzellenz bitte ich dringend, diesen Brief als rein vertraulich zu betrachten, um Sie über die hiesige Situation au courant zu erhalten. Ich mag mich in die Depeschenfrage nicht mischen, muß das W. überlassen, möchte also auch nicht, daß etwas darüber wieder durchs Ministerium zu ihm zurückgelangte.

---

[1]) Am 26. August lehnte Rußland die Annahme der vier Punkte ab.

Digitized by Google

Nachschrift

Den 26.

Gestern bekam der Kaiser den abermaligen Brief des Königs, nachdem er eben seine Antwort geschlossen hatte. Er wird noch ein Postskriptum machen und war milder als in der letzten Zeit. Da ich jetzt weiß, daß der Kaiser selbst geschrieben hat, so stelle ich ganz gehorsamst anheim, ob Euer Exzellenz es für geeignet halten, nun auch noch meinen Brief an den König abzugeben. Euer Exzellenz Schreiben (ohne Datum) erhielt ich durch denselben Feldjäger, ich sage meinen verbindlichsten Dank für diese, mich über Preußens Haltung beruhigenden Nachrichten. Ich höre, daß Bernstorff[1]) beschwört, sich nicht von Oesterreich zu trennen — recht schön in der Theorie. Vergißt der gute Mann aber auch nicht, daß Preußen eine Ehre hat, daß Rußland getan, was Preußen verlangt hat, daß kein vernünftiger Grund vorliegt, weiter gegen dasselbe aufzutreten, daß Rußland nicht allein der Revolution gegenüber, sondern doch immer unser einziger sicherer Anlehnungspunkt bleibt, und daß, wenn man unsre Neutralität nicht respektieren will, es ein Krieg ehrenvoller Notwehr ist? Einen solchen braucht man aber, so traurig er auch ist, nicht zu fürchten — man muß ihn annehmen, wenn er nicht zu vermeiden. Denn die Unabhängigkeit und die Ehre eines Staates müssen einmal ihr Recht behalten, wenn er geachtet sein will. Geht er darüber zugrunde, nun so ist es Gottes Wille. Das Einrücken der Oesterreicher in die Fürstentümer ist hier kein Casus belli.

Gestern war Graf Esterhazy bei mir hier. Er bemühte sich vergebens, mir Entschuldigungen wegen des Grafen Buols Benehmen vorzubringen, beteuerte aber, daß man in Wien nun gar nicht mehr daran denke, Rußland anzugreifen, denn das wäre ja ein Unsinn! Man sei froh, nun aus der Geschichte heraus zu sein.

Ich erwiderte ihm, daß das momentan wohl die Auffassung in Wien sein möge, daß aber diese neuen Engagements mit den Westmächten Oesterreich leicht ganz andre Wege führen könnten. Wenn außerdem die Krisis noch lange dauere, so werde Oesterreich leicht durch finanzielle Verlegenheiten gezwungen werden, mit Gewalt zur Beendigung der ihm unerträglichen Krisis schreiten zu müssen. Graf Esterhazy verstummte, suchte die Konversation auf ein andres Feld zu bringen und war so verlegen, daß ich sah, wie ich den Nagel auf den Kopf getroffen hatte. Esterhazy sagte auch ganz offen, daß von dem Status quo ante keine Rede mehr sein könne! Warum nicht das Protektorat einer neutralen Macht in den Donaufürstentümern, d. h. Oesterreichs? — Nun glaubt doch auch der König wohl an die Unaufrichtigkeit Oesterreichs. Er sollte doch den Kaiser F. J. geradezu bitten, Buol zu beseitigen! —

Ich fuhr fort und sagte Esterhazy ganz offen heraus, daß der letzte Schritt seines Kabinetts nicht allein mit dem in Widerspruch stehe, was er selbst mir hier noch vor vier Wochen gesagt und was er sogar dem Kanzler in Aussicht

[1]) Graf Bernstorff, preußischer Gesandter in London, früher in Wien.

Digitized by Google

gestellt habe, ja was sein eigner Herr und Kaiser versprochen habe, nämlich die Neutralität gegen die Evakuation. Graf Esterhazy vermochte keine stichhaltige Entschuldigung mehr vorzubringen, aß bei mir und fuhr dann ganz verstimmt nach der Stadt, nachdem er naiv genug gewesen, mich noch zu fragen, wie jetzt bei Hofe die Stimmung gegen Oesterreich sei. —

Wir müssen jetzt eine möglichst unabhängige Stellung ganz offen annehmen und ruhig den Winter abwarten, um zu sehen, was der Schluß der Kampagne und was Spanien für Resultate liefern.

Verzeihen mir Euer Exzellenz gütigst diese vielen langen, breiten Briefe, es ist in dieser Entfernung so schwer, kurz und bündig zu schreiben. Vielleicht hat mich auch des seligen Rochows Schreibdiarrhöe angesteckt. Tausend Grüße an Manteuffel und Niebuhr. Euer Exzellenz ganz gehorsamster usw.

Nachschrift

In des Kaisers Brief liegt auch noch ein andrer ostensibler (für den Kaiser F. Josef), den der Kanzler gemacht hat. Er enthält die Stelle: „Je n'attaquerai pas l'Autriche."

Benkendorff muß ich noch das Zeugnis geben, daß er sich redlich abgemüht hat, des Königs guten Willen und korrekte Ansichten zur Geltung zu bringen. Leider ist die Anerkennung wohl nicht so bedeutend, wie B. es sich wohl selbst einbildet und wie er es somit in Putbus wird glauben machen wollen. Von Hause aus, als noch niemand hier etwas davon hören wollte, sprach er laut für die Evakuation, mit ihm Liewen, Grünwald und Orloff. Er bringt auch wohl einige unklare Projekte für die Zukunft mit, wo ich raten möchte, ihn festzuhalten und zu deutlicher Aussprache zu zwingen.[1])

---

[1]) Gerlach notiert (Denkwürdigkeiten Bd. II S. 210) am 27. August: „Benkendorff angekommen mit Depeschen und vier Briefen von Münster an mich, die ich alle Edwin Manteuffel übergab! In Petersburg weist man die vier Punkte ab, schon wegen der Form und wegen der Arrière-pensées. Unsre Empfehlung derselben hat man sehr übel genommen, obschon, wie ich Benkendorff sagte, wir weder die Form gebilligt noch die Arrière-pensées gehabt hätten.... Das wesentlichste, was er mitgebracht, ist die Erklärung des Kaisers: je n'attaquerai pas l'Autriche, mit der einzigen Ausnahme, um eine Diversion zu unsren Gunsten zu machen."

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Grenzschutz

Von

Generalleutnant z. D. v. Zwehl

Bei mehreren der jüngsten Kriege drängte sich die Beobachtung auf, daß gleichzeitig mit, ja *vor* der Kriegserklärung ein wichtiger Angriff zur See unternommen, die eine Partei fast unvorbereitet, wie im tiefen Frieden, in Niederlagen verwickelt wurde. Die Japaner konnten gleichzeitig mit der Eröffnung des Kriegszustandes bei Port Arthur einen bedeutungsvollen Seesieg erringen, und die Italiener haben bei ihrem Angriff auf Tripolis den Türken, noch ehe diese irgendwelche Gegenmaßregeln treffen konnten, mehrere Schiffe weggenommen oder vernichtet. Wenn die Schädigung der Türken nicht größer war, so lag dies zum Teil an nicht völlig bekannten Zufälligkeiten, außerdem aber daran, daß die Türken nur sehr wenig schwimmende Streitkräfte hatten, und daß die Italiener, in Tripolis gelandet, durch Schwierigkeiten des Kriegsschauplatzes usw. zu einem schleppenden Verfahren sich veranlaßt sahen. Außerdem reichten vermutlich die eignen Kriegsvorbereitungen zur Ueberwindung verschiedener Hemmnisse nicht aus. — Im jüngsten Balkankriege entstand nach der Eröffnung unbedeutender Feindseligkeiten eine mehrwöchige, von beiden Parteien wenig benutzte Pause, die aber in der mangelhaften Vorbereitung der Türken und ihrer Passivität einerseits, in den dürftigen Verkehrsverhältnissen im Gebiete der Serben und Bulgaren anderseits genügende Erklärung findet. — In England ist man nach gelegentlichen Aeußerungen der Presse von der Notwendigkeit durchdrungen, spätestens gleichzeitig mit der Kriegserklärung und ehe die deutsche Flotte gefechtsbereit sein kann, ihr einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Inwieweit dies möglich, wie sich Deutschland in militärisch-technischem Sinn dagegen schützen soll und kann, steht dahin. — Das sicherste Mittel bleibt, daß die deutsche Politik nicht von den Ereignissen getragen wird, sondern sie beherrscht und bestimmt. Aber auch wenn dies möglich, verlangen nicht nur die Schnelligkeit, mit der maritime Streitkräfte in Tätigkeit treten, sondern auch die Vorbereitungen für die Kriegsbereitschaft der *Heere* besondere Maßnahmen zum Schutz gegen Ueberraschungen bei Beginn der Feindseligkeiten, und zwar um so vielseitigere, je weniger die Staatskunst den Gang der Ereignisse zu bestimmen imstande ist. — Die innere Kraft, welche der Vorhand, der *Initiative*, innewohnt, macht sich nicht nur auf militärischem, sondern gleichermaßen auf politischem Gebiet geltend. Es war eine besondere Stärke der auswärtigen Politik König Wilhelms I. und seines Ministerpräsidenten, daß sie ganz bestimmte Ziele klar ins Auge fassen und *angriffsweise* verfolgen konnten: Erwerbung Schleswig-Holsteins, Entfernung Oesterreichs aus dem Deutschen Bunde, Abrechnung mit Frankreich im geeignet erscheinenden Zeitpunkte und Einigung aller deutschen Stämme unter Preußens Vormacht. — Nachdem diese Ziele erreicht, ist Deutschland — wenn

Digitized by Google

man von seiner bescheidenen Kolonialpolitik absieht — auf eine mehr zuwartende Haltung angewiesen. Unser Bundesverhältnis zu Oesterreich wird uns wahrscheinlich zu einer ähnlichen Rolle verurteilen. Den friedlichen Neigungen Deutschlands und seiner Staatsleitung entsprechend sind wir mehr auf Erhaltung des Erworbenen, den inneren Ausbau unsers Staatswesens, die friedliche Fortentwicklung unsrer wirtschaftlichen Macht hingewiesen. — Sehr oft ist die Umschreibung des Begriffes „Krieg" nach dem Worte Clausewitz' angeführt, er sei die Fortsetzung der Politik mit andern Mitteln. Auch für Deutschland trifft dies zu: die Politik überweist der Heeresleitung die Aufgabe, im Kriegsfalle zunächst sich damit abzufinden, daß dem Gegner die Vorhand zufällt, daß nicht der deutschen Heeresleitung die Bestimmung des Zeitpunktes für die ersten Waffentaten überlassen sein wird, sondern denjenigen Mächten, die das deutsche Aufblühen und Erstarken mit scheelem Blick verfolgen und den Frankfurter Frieden noch immer nicht als etwas Endgültiges gelten lassen wollen. — Möglich war es bis jetzt, daß eine sorgsam vorbereitete Ueberführung der Truppen vom Friedens- auf den Kriegsfuß, ein glatt verlaufender Aufmarsch, ohne Zwischenfälle auf den Eisenbahnen, den Vorsprung wieder ausgleichen würden, welcher dem Gegner vielleicht zufiele. Dies hing aber von den verschiedensten, nicht zu berechnenden Zufälligkeiten ab, auch vom Verhalten des Gegners, das wechselvoll war, zwang also zu einem planmäßigen Grenzschutz, bei dessen Entwicklung Deutschland wiederum den Maßnahmen seiner westlichen und östlichen Nachbarn folgen mußte.

Frankreich hatte nach dem Kriege 1871 bald mit einer umfassenden Befestigung seiner Ostgrenze begonnen, aber weniger unter dem Gesichtspunkte eines Verteidigungskrieges gegen Deutschland als zum Zwecke einer Sicherung im Falle von Rückschlägen. Die zum Teil vor die Befestigungslinien vorgeschobenen starken Friedensstandorte, mehr noch die nationalen Eigentümlichkeiten der Bevölkerung machen es wahrscheinlich, daß die Heeresleitung Frankreichs von einem etwa bei der ersten Bereitstellung der Truppen gewonnenen Vorsprung durch frühzeitige und überraschende Vorstöße Vorteil zu ziehen versuchen wird. Daß die Theorie diese Unternehmungen als wenig empfehlenswert verurteilt, ist unerheblich; ein kleiner Augenblickserfolg kann auf die leicht entzündliche französische Bevölkerung von großem Einfluß sein.

Noch bedrohlicher erschien von Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts an die Aufstellung der russischen Streitkräfte an der Ostgrenze Deutschlands. Die russische Politik hat, wohl nicht immer zum eignen Vorteil, die an sich ganz fehlenden Rivalitäten zwischen Deutschland und dem Zarenreiche mehr künstlich herausgebildet und eine deutschfeindliche Presse alles getan, um die Reibungsflächen zu vermehren. Bismarckischer Staatskunst, dem Ansehen und der Zuverlässigkeit König Wilhelms gelang es aber trotzdem, mit Rußland ein Bündnis aufrechtzuerhalten, das die Rückversicherung im Kriegsfalle mit Frankreich darstellte. Als aber dieses Bündnis aufhörte, hat Rußland umfassende Truppenverstärkungen in Russisch-Polen und an der ostpreußischen Grenze

Digitized by Google

friedensmäßig untergebracht. Für die Ausbildung, die Erhaltung des inneren Wertes der Truppe mag die Unterbringung in den kleinsten polnischen Städtchen, ja elenden Dörfern sehr nachteilig gewesen sein, und man war wohl zu der Annahme berechtigt, so ungünstige Verhältnisse könnten nicht von Dauer sein, sie würden nur vorübergehend zu der nahe bevorstehenden Zweckbestimmung hingenommen. Diese Annahme hat sich als irrig erwiesen. Es entspricht russischer Eigenart, über manche Ausbildungs- und Unterkunftsmängel hinwegzusehen. Aber der Schluß liegt nahe, daß auf den Schlachtfeldern in der Mandschurei manches von dem geerntet wurde, was die russische Sorglosigkeit in Jahren vorher auch an der Westgrenze des Zarenreiches gesät hat. — Ueber die wirkliche Leistungsfähigkeit der in den russischen Westgouvernements untergebrachten Truppen, die zu einem Vorstoß nach Preußen bestimmt schienen, waren Zweifel wohl berechtigt. Aber die Gefahr, daß vorzeitig die deutsche Mobilmachung und der Aufmarsch gestört würden, lag so nahe, beides wäre so folgenschwer gewesen, daß man sie auf Grund ganz allgemeiner, kaum durch Tatsachen zu stützender Beweise unmöglich übersehen durfte. Die übrigens den Russen zugeschriebene Absicht — auch in der französischen Fachlitteratur begegnet man noch heute solchen Auffassungen —, sie würden durch einen Vorstoß längs der unteren Weichsel nach Norden die Provinz Ostpreußen und einen Teil Westpreußens von der Verbindung mit dem Reiche im Handumdrehen abschneiden können, darf man wohl als eine mehr komische Phantasterei ausschalten, da sie mit einer gänzlichen und andauernden Untätigkeit Deutschlands rechnet.

Die auf Grund dieser allgemeinen Lage von Deutschland kurz vor oder mit Eintritt des Kriegszustandes geplanten Abwehrmaßregeln sind weder bekannt noch würden sie sich zur Erörterung eignen. Dagegen kommt die Betrachtung einiger allgemeiner Gesichtspunkte in Frage, unter ähnlicher Annahme, wie sie der General v. Verdy, der hochverehrte Lehrmeister auf dem Gebiete der Studien nach aplikatorischer Methode, angestellt hat. Die Frage ist vielseitig, auch in einem Zeitraum von anderthalb Jahrzehnten der Wandlung unterworfen, eine Gefahr der Wiederholung liegt also kaum vor.

Die alten Römer haben außer den verschiedensten andern Grenzbefestigungen einen mächtigen Grenzwall, den Limes, zum Schutz gegen Einfälle der kriegstüchtigen alten Germanen errichtet. Von Gröningen am Mittelrhein bis an die Donau war er gleichzeitig Befestigung und Straße, seine Herstellung nur mit der billigen Arbeitskraft der Sklaven und durch den unumschränkten römischen Imperatorenwillen möglich. Aehnliches läßt sich von der Chinesischen Mauer sagen. Oesterreich unterhielt eine Reihe von Jahrhunderten die Militärgrenze mit einzelnen Stützpunkten für die örtliche Verteidigung gegen die vormals noch angriffslustigeren Türken. Bei Deutschland handelt es sich unter den Verhältnissen seiner heutigen Wehrverfassung und seinen modernen Kriegsvorbereitungen nicht mehr um einen eigentlichen Grenzschutz, d. h. eine unbedingte Sicherung seines Landgebiets, sondern um die Deckung bestimmter Anlagen, die wieder bestimmten Zwecken dienen. Deshalb wurde von einer zusammenhängenden Grenz-

Digitized by Google

befestigung abgesehen. Lagerfestungen dienen weniger dem eigentlichen Grenzschutz als vielmehr den großen Operationen. Im besonderen aber verlangen die Ausschiffungspunkte der mit den Eisenbahnen herangeführten Truppen, die leicht verwundbaren andern Kunstbauten der Aufmarschlinien besonderen Schutz, ebenso fordern die Sammlung und der Transport von Pferden, kostbares Staats- und Privateigentum, Gestüte, Bergwerke Sicherung selbst gegen vorübergehende Schädigung, möglichst schon gegen Bedrohung. Diesen allgemeinen Aufgaben schon durch die Friedensunterbringung gerecht zu werden, ist nicht immer möglich, zudem wechseln die entscheidenden Rücksichten oft rasch. Daraus ergibt sich die Wichtigkeit, die Grenzschutzmaßregeln rechtzeitig, nicht zu spät, aber auch nicht zu früh, ins Werk zu setzen. Je mehr die Politik auf eine zuwartende Haltung hingewiesen, von dem Gegner das Gesetz anzunehmen gezwungen ist, um so schwieriger ist der richtige Augenblick hierfür zu finden: zu früh, bewirkt der Befehl eine unerwünschte Beunruhigung, bietet dem Gegner den Vorwand, ihn als berechtigten Kriegsfall hinzustellen, während das Odium hierfür vielleicht um jeden Preis dem Gegner zugeschoben werden soll; zu spät, kann die ganze Anordnung wertlos werden, einem tatkräftigen Gegner die Gelegenheit zu den empfindlichsten Schädigungen geben, denen gerade vorgebeugt werden sollte. Ein gut vorbereitetes Nachrichtenwesen, das die Stimmung und die Absichten des Gegners mit feinem Instinkt einschätzt, ist erforderlich, um die gegnerischen Kriegsvorbereitungen zu verfolgen, damit man diesen nötigenfalls schrittweise zu folgen imstande ist, aber nicht durch die Ereignisse überrascht wird. Je mehr die politische Leitung des Staates Zurückhaltung um jeden Preis bewahren will oder muß, um so lebhafter wird die Heeresleitung und deren Organe oder Gehilfen die militärisch nötigen Grenzschutzmaßregeln befürworten und auf ihre Durchführung dringen müssen. Auch hier kann nur ungetrübter klarer Blick, sicheres Urteil die richtige Mitte zwischen Schwarzseherei und bedenklicher Leichtfertigkeit finden. Reibungen zwischen der diplomatischen und der militärischen Leitung sind in jedem Kriege unvermeidlich, je wechselvoller der Krieg ist, um so mehr werden Meinungsverschiedenheiten hervortreten, die der Entscheidung bedürfen; schon vor Beginn der Feindseligkeiten werden sie sich bemerkbar machen, wenn es sich um Grenzschußmaßregeln handelt. Je weniger Truppenverschiebungen, Entsendung von Abteilungen, Verstärkung oder Aufstellung von Wachen nötig werden in Zeiten politischer Spannung, je mehr man „bereit" ist, um so besser.

An unsrer Westgrenze sind die Verhältnisse bei einer verhältnismäßig kurzen Grenze mit großen Waffenplätzen und ihrem direkten und mittelbaren Wirkungsbereich, mit dem natürlichen, nur auf einer beschränkten Zahl von Straßen zu überschreitenden Gebirgshindernis einfach, nachdem eine größere Zahl kleiner Grenzgarnisonen errichtet, aus denen die zu deckenden Kunstbauten schnell zu erreichen sind. Der im Frieden lebhafte Grenzverkehr wird allerdings schon in Zeiten politischer Spannung zurückgehen und mehr zum Nutzen unsres Nachbarn als zum eignen dienen. Man muß damit rechnen, daß sich im Reichs-

Digitized by Google

lande manche Personen finden, die mehr bereit sind, Frankreich als Deutschland nützlich zu sein, daß die große Zahl von französischen Grenzbeamten, das Forstpersonal, die Waldhüter und Gendarmen sowohl zur Grenzabsperrung als zur Einbringung von Nachrichten ihrem Lande gute Dienste leisten werden. Für derartige Organisationen und Kleinarbeit hat man in Frankreich stets volles Verständnis gehabt.

Erheblich schwieriger liegen die Dinge aber an unsrer langen Ostgrenze mit ihren starken Krümmungen und Windungen. Rußland hat zwar in den letzten Jahren, namentlich vor und nach dem mandschurischen Feldzuge, seine Grenztruppen vorübergehend geschwächt, die Befestigungen scheinen teilweise veraltet, wenn nicht verfallen, die Geschützausrüstung nicht überall modern — kurz manches deutete bis vor kurzem darauf, daß die Angriffshaltung gegen Deutschland weniger bedrohlich schien. Wie sich in der neuesten Zeit die Dinge gestaltet haben, ist bei der strengen Ueberwachung der Grenze wie der Presse im einzelnen nicht zu beurteilen. Die starke russische Kavallerie mit genügender Artillerie, dazu Schützenbrigaden dicht an der deutschen Grenze untergebracht, ist eine klar erkennbare Bedrohung Deutschlands, sie gleicht einem friedensmäßigen Aufmarsch für den Krieg. Vielfach ist allerdings diese Bedrohung überschätzt worden, auch von sonst einsichtsvollen Männern unter dem Druck der ihnen zufallenden Verantwortung, den feindlichen überraschenden Einfall mit allen seinen Folgen abzuwehren.

Wenn man aber an der Hand der Kriegsgeschichte die Streifzüge selbständiger Kavallerie prüft, wenn man die Tätigkeit der zahlenmäßig stark überlegenen russischen Kavallerie im besonderen im mandschurischen Feldzuge genauer betrachtet, so sieht man, daß diese rücksichtslosen Todesritte sich nur in der Phantasie abspiegeln. Weit ausgreifende Streifzüge setzen eine so ungewöhnliche Leistungsfähigkeit aller Führer wie der Truppe voraus, daß sie sich in die Wirklichkeit noch nicht übertragen ließen. Sie sind mehr eine Theorie des langen Friedens, auf der Karte konstruiert, aus Verhältnissen abgeleitet, die weder mit unsern Wege- und Bebauungs- noch unsern Wehrverhältnissen und allgemeinen Kriegsvorbereitungen sich vereinbaren lassen. Phantastische Auffassungen über die möglichen Leistungen der Kavallerie im Gefecht zu Fuß und zu Pferde haben dann auf fast komische Irrwege geführt, die nur deshalb ein militärisches Publikum fanden, weil sie mit der genügenden Sicherheit vertreten wurden.

Aber wenn man auch den Gedanken von sich weist, daß die russische Kavallerie unsre Grenzprovinzen, modernen Hunnen- oder Mongolenhorden vergleichbar, überschwemmen könnte, so ist doch ihre Ueberlegenheit, namentlich im Falle gleichzeitiger andrer Verwicklungen, groß und bedrohlich, um so mehr als die Gefahr einer Ueberraschung von Osten her näher liegt. Rußland besitzt in seiner starken Grenzwache ein sehr bequemes Mittel der Grenzabsperrung. Mit den Paßplackereien, der strengen Zensur seiner Presse kann es den Ausgang von Nachrichten besser unterbinden, wie irgendein andrer Staat. Schon der Beginn derartiger Maßnahmen des Grenzverkehrs müßte uns mißtrauisch machen, nament-

Digitized by Google

lich wenn es sich gleichzeitig um politische Meinungsverschiedenheiten handeln würde, und zu entsprechenden Gegenmaßregeln veranlassen.

Bei Auswahl der zu deckenden Punkte sollte weise Beschränkung und Maßhalten voranstehen, wichtige Objekte müssen aber auch ausgiebig geschützt werden. Zusammenfassen der Grenzschutzabteilungen in Gruppen unter gemeinsamen Oberbefehl, denen ein aktiver Schutz durch Aufsuchen und Schlagen des in bedrohlicher Nähe erscheinenden Gegners zufällt, wird meist sicherer zum Ziele führen als eine Zersplitterung der Truppen in ein theoretisch schon überall verurteiltes Kordonsystem, das an keiner Stelle den feindlichen Willen brechen kann, von seinen Maßnahmen abhängig wird und an den Entscheidungspunkten verspätet eintrifft. Daneben wird in allen Fällen, wo es sich um die Sicherung von Eisenbahnlinien, Kanälen, Kunstbauten usw. handelt, eine schwächere örtliche Sicherung nicht zu entbehren sein, genügend stark, um feindliche Patrouillen abzuwehren. Dadurch erhalten die stärkeren Grenzschutzabteilungen größere Bewegungsfreiheit und sind ihrerseits in der Lage, eine aktive Verteidigung zu führen. — Inwieweit es nämlich möglich ist, Eisenbahnen, die der Einwirkung, und mag sie noch so gering sein, von feindlichen Patrouillen ausgesetzt sind, in regelmäßigem Plane zu benutzen, ist praktisch noch nicht erprobt, hängt auch wohl von den verschiedensten, schwer zu umschreibenden Nebenumständen ab, von der Tatkraft der feindlichen Kavallerie wie den technischen Eigentümlichkeiten der zu befahrenden Strecke. Sicher ist, daß die Nachrichten über das Erscheinen des Feindes in stark übertriebener Form, aufgebauscht zur Kenntnis des Betriebspersonals kommen und dieses einschüchtern, um sein Leben besorgt machen werden.

Klarheit der Aufträge für die einzelnen Sicherungsabteilungen, Durchsichtigkeit der Zuständigkeits- und der Befehlsverhältnisse sind von Bedeutung. Wenn in einem langen Frieden die für den Grenzschutz vorhandenen Kriegsvorbereitungen von Jahr zu Jahr ergänzt, überarbeitet, wieder abgeändert, einer neuen Friedensunterbringung angepaßt, auf neue Sicherungsobjekte erweitert werden, entstehen häufig Unklarheiten, ein System von Vorschriften, Anweisungen, Ratschlägen, welche die gesunde Entschlußkraft, den Unternehmungsgeist, das Verantwortungsgefühl in den Hintergrund drängen. Und doch sind es diese Führereigenschaften, welche die Lösung schwieriger Aufgaben allein ermöglichen.

Spätestens mit dem Beginn des Kriegszustandes ist die Absperrung der Grenze nötig, um Nachrichtenübermittlung aus dem eignen Lande zum Gegner zu verhindern; nicht immer wird die Besetzung der Wege dazu ausreichen. Daß die telegraphische Verbindung unmittelbar über die Grenze unterbrochen werden muß, ist selbstverständlich, schwieriger und nur von zentraler Stelle aus möglich ist es auch, die Verbindung über das neutrale Ausland und auf weitem Umwege zu unterbinden. Die Luftschiffahrt und die Fliegerkunst haben neue, noch in der Weiterentwicklung befindliche Aufgaben sowohl für die Abwehr der Erkundungen, der Ermittlung von Nachrichten als von ihrer Einbringung im eignen Interesse geschaffen.

Digitized by Google

Regelung der Unterkunft, namentlich für Winter und schlechtes Wetter, Bereitstellung ausgiebiger Verpflegung, Kranken- und Verwundetenversorgung können unter den in Frage kommenden Kriegslagen kaum auf Schwierigkeiten stoßen. Besonders wichtig ist die Regelung des Munitionsnachschubes, um alle Grenzschutztruppen von jeder unangebrachten Sparsamkeit in dieser Hinsicht frei zu machen. Auch auf einzelne Reiter und Flugzeuge muß unbedenklich ein starkes Feuer eröffnet werden können, selbst wenn die Treffwahrscheinlichkeit sehr gering sein sollte.

Besondere Ueberlegung, allerdings erst dem Verlauf der Ereignisse vorbehalten und sich aus ihm ergebend, erfordern die Befehlsverhältnisse und die Abgrenzung der Aufgaben mit dem Eintreffen der Aufmarschtransporte, also der Uebergang vom Grenzschutz in die Operationen. Eine an sich unerwünschte Ablösung der Grenzschutztruppen durch andre, neu eingetroffene wird sich nicht immer vermeiden lassen, um klare Gliederungen zu schaffen.

In soweit die Staatsgrenze durch das Meer gebildet wird, liegt der Schutz dem Landheer gemeinsam mit den Seestreitkräften ob. Der Generalfeldmarschall Moltke hat, wie zu manchen andern erst allmählich zu ihrer ganzen Bedeutung ausgewachsenen Fragen, auch zur Frage des Küstenschutzes schon lange vor dem Feldzuge 1870/71 Stellung genommen (vgl. Vierteljahrshefte des Großen Generalstabs 1905, viertes Heft: Moltke und die Flotte) und mit Nachdruck darauf hingewiesen, die verfügbaren Mittel lieber zur Verstärkung der schwimmenden Seestreitkräfte als zu einer lediglich der passiven Verteidigung dienenden Küstenbefestigung zu verwenden. Ganz wird man ihrer aber nicht entraten können. Einen starken Schutz gewähren schon die nicht einfachen Wasser- und Wetterverhältnisse, namentlich wenn die Seezeichen entfernt sind, an unsern Küsten, und manche Vorkommnisse der neueren Zeit deuten darauf hin, mit welchem Interesse diese von andern Mächten studiert, mit welchem Eifer sie zu ergründen versucht werden. Wenn dieser natürliche Schutz dann noch durch Sperren und Minen der verschiedensten Art ergänzt werden kann, ist das Herankommen an die Küsten, namentlich großen Kriegsschiffen das Einlaufen in Häfen erschwert. Landungen mit stärkeren feindlichen Kräften sind deshalb, abgesehen von Transportschwierigkeiten, weniger wahrscheinlich. Moltke hat sie vor dem Kriege 1870/71 als erwünscht bezeichnet, weil dadurch eine Schwächung des Gegners auf dem entscheidenden Punkt eintreten würde, und Bismarck hat humorvoll gemeint, solche Landungsabteilungen würden von Schutzleuten festgenommen werden. Sollte trotzdem die Abwehr stärkerer gelandeter Kräfte nötig werden, so handelt es sich nicht um Grenzschutz in dem hier erörterten Sinne, sondern um Operationen größeren Stils, die hier nicht zur Erörterung stehen. Schwächere Abteilungen abzuwehren, die Annäherungshindernisse vor der Beseitigung durch den Feind zu decken, die Beschießung wichtiger Hafenanlagen, Werften, Docks usw. zu erschweren, möglichst zu verhindern, dazu wird man in der Regel stark armierter, gegen Handstreiche gesicherter Küstenbatterien bedürfen.

Digitized by Google

Manche Grenzgebiete sichern sich selbst durch ihre geographische Lage, durch Bündnisse, durch die geringe Offensivkraft schwächerer Nachbarn, durch Bergland oder schwer passierbare Ströme. Der planmäßige Grenzschutz kann nicht alle Möglichkeiten kriegerischer Verwicklungen ins Auge fassen, sondern nur die wahrscheinlichsten, bedeutungsvollsten. Das Fernliegende, wenig Wahrscheinliche muß aus der Lage heraus, wie sie sich allmählich entwickelt, verfügt werden, und alle Beteiligten müssen auch für unerwartete Ereignisse kriegsbereit sein, die entscheidenden Gesichtspunkte rasch ins Auge fassend, ihnen prompt entgegentretend oder folgend. Fehlerhaft wäre es, wenn die Aufgaben des Grenzschutzes in ein verwickeltes System von Vorschriften, Verhaltungsmaßregeln, Erwägung der verschiedensten Möglichkeiten verflochten würden. Es würde dadurch die Lösung schwieriger wie einfacher Aufgaben behindert.

Die Periode des Grenzschutzes wird bisweilen die Periode des Zuwartens sein; sie abzukürzen durch schnelles Erfassen und tatkräftiges Verfolgen der politischen und der militärischen Ziele, durch schnelle Entwicklung der Streitkräfte ist eine wichtige Aufgabe der die Politik und die Operationen leitenden Persönlichkeiten.

Das französische Oberkommando in der Schlacht bei Gravelotte-St. Privat

Von

Germain Bapst (Paris)

(Schluß)

Der Marschall, der noch immer auf dem Glacis des St. Quentin umherging, kam zum Standplatz der einige Minuten vorher auf seinen Befehl in Stellung gebrachten ersten Zwölfpfünderbatterie, deren Geschütze jetzt schwiegen. Er fragte den Hauptmann Leclerc in Gegenwart der Leutnants de Maistre und Favarcq, warum er nicht feuere. „Die paar Leute, die da unten im Tal in den Weinbergen verstreut sind, sind keine Zwölfpfündergranaten wert." Der Marschall machte eine zustimmende Gebärde und setzte seinen Spaziergang bis zur zweiten Batterie fort, die unter dem Befehl des Hauptmanns Blavier stand.

„Worauf feuern Sie?" fragte er.

„Auf die paar Schützen, die da unten in den Weinbergen zu sehen sind."

„Das ist recht," antwortete der Marschall, der einen Augenblick stehenblieb, um die Schüsse zu verfolgen.[1])

Sobald er sich von den Geschützen wieder entfernt hatte, gingen die Hauptleute Blavier und Leclerc aufeinander zu und fragten sich gegenseitig: „Was

[1]) Erinnerungen des Hauptmanns Leclerc und der Leutnants de Maistre und Favarcq.

Digitized by Google

hat er zu dir gesagt?" — „Es sei recht, daß ich feuere. Und zu dir?" — „Es sei recht, daß ich nicht feuere." Dann gingen die beiden Hauptleute auseinander, um zu ihren Geschützen zurückzukehren, sehr erbaut über den Wert der Worte ihres Oberkommandierenden.

Jetzt erschien der Oberstleutnant Fay, der vom General Jarras auf Erkundigungen ausgesandt worden war. Da er nicht genau wußte, wo der Marschall sich aufhielt, war er über den Sattel von Lessy geritten, wo General Brincourt, der mit dem 1. und 2. Voltigeurregiment auf der Lauer stand, „ihm sein Bedauern aussprach, in einer solchen Schlacht nicht verwendet zu werden". Dies hinterbrachte der Oberstleutnant dem Marschall, bekam aber keine Antwort von ihm.

Bald nach dem Oberstleutnant Fay kam Oberst Lewal. Er hatte die Besichtigung der Stellungen beendet und bei seiner Rückkehr in Plappeville seine Kameraden über die Schlacht ausgefragt; da ihm aber niemand Auskunft geben konnte, war er zu dem General Jarras hinaufgegangen, um ihm über seine Mission Bericht zu erstatten. Der General hatte ihn mit den Worten unterbrochen: „Nein, nein; steigen Sie wieder zu Pferd. Sagen Sie das dem Marschall Bazaine. Reiten Sie ihm sofort nach. Er ist erst vor kurzem fortgeritten, Sie werden ihn sehr bald einholen." Oberst Lewal nahm ein frisches Pferd und ritt zum Sattel von Lessy hinauf, wo die Voltigeurs ihm sagten, daß er den Marschall auf dem St. Quentin finden werde. „Ich berichtete ihm über meine Mission," hat der Oberst Lewal erklärt, „aber er richtete keine Frage an mich. Ich traf mit einer Verspätung von zwei Stunden ein, und ich konnte nicht annehmen, daß es ihm an Nachrichten fehlte."

Es war 5 Uhr. „Als wir die Ruhe des Oberkommandierenden sahen, der uns keinerlei Anweisung gab," so erzählt der Hauptmann Robineau-Bourgneuf vom 18. Artillerieregiment, „trat eine Anzahl von uns zusammen und breitete auf einem improvisierten Tisch eine Karte aus, um die einzelnen Phasen der Schlacht zu besprechen." Einen Augenblick gab es eine kleine Unruhe: „In der Richtung nach Augny" — wir erteilen hier dem Leutnant de Galembert das Wort — „bemerken wir in einer Entfernung von 6 oder 8 Kilometern dichte Staubwolken und Kolonnen, die vormarschieren und in die Ebene herauskommen. Die Preußen wollen den linken Flügel unsrer Stellungen in der Flanke fassen: diese Infanterie besteht aus vier Kolonnen von ungleichmäßiger Stärke, die sich wie eine Schlange windend aufeinanderfolgen. Es mögen zwei oder drei Regimenter sein. Jetzt schlagen sie deutlich die Richtung auf uns zu ein, sie überschreiten die Landstraße, dann die Eisenbahnlinie. Ihre Absicht ist, bei der Furt von La Maison Rouge zu unsern Füßen über die Mosel zu gehen. Sie kommen allmählich in Schußweite; in einer Viertelstunde werden sie an der Mosel sein, und selbst ohne sie zu überschreiten, werden sie unsre Proviantkolonnen beunruhigen können, die auf der Straße von Moulins nach Metz dahinziehen. Die Entfernung ist allerdings etwas groß: 2400 Meter. Dennoch schießen wir.

„Die Deutschen hatten sicher das nicht erwartet; sie waren ruhig gekommen, da sie auf einen leichten Erfolg rechneten. Aber unser Feuer und vor allem

Digitized by Google

das vom St. Quentin veranlaßt sie, rasch kehrtzumachen; sie bringen sich nach Ars zu in Sicherheit und verschwinden. Auch die Batterie bei Jussy stellt bald ihr Feuer ein."

Wahrscheinlich ungefähr in diesem Augenblick brachte dem Marschall Bazaine ein Dragonerunteroffizier ein Schreiben des Generals Bourbaki; es war vom Hauptmann Nègre du Clat geschrieben und vom General unterzeichnet. Es hieß darin, der General hege Besorgnisse wegen der Straßen nach Briey und Thionville, auf denen die Deutschen anscheinend die französische Armee umgehen wollten, und um dieser Gefahr zu begegnen, habe er die Grenadiere bei Gros-Chêne oberhalb Saulny Stellung nehmen lassen.

Auch der vom General Jarras ausgesandte Hauptmann Fix kam, um Erkundigungen einzuziehen. Gegen 6 Uhr sahen die Offiziere eines reitenden Artillerieregiments von der Garde einen Offizier vom Generalstab — den Major de Lantivy — dem Marschall Bazaine ein Schreiben übergeben. Es war dasjenige, in dem der Marschall Canrobert mitteilte, daß sein Feuer beinahe vollständig verstummt sei, das des Feindes stärker und stärker und sein Angriff heftiger werde. Diese in besorgtem Ton gehaltene Mitteilung rief bei dem Marschall keine Bewegung hervor; er dankte dem Major de Lantivy, ohne etwas hinzuzufügen.[1])

Marschall Bazaine hatte außer seinen beiden Ordonnanzoffizieren noch zehn Offiziere des Großen Generalstabs bei sich: die Obersten Lewal und d'Andlau, die Oberstleutnants v. Kleinenberg und Fay, die Majore La Veuve und Le Pippre, die Hauptleute Jung, de France, Amphoux und Gavard. Man nahm an, daß er sich auf das Plateau von Moscou begeben oder wenigstens einige dieser Offiziere dorthin schicken werde. Er hatte mehr als eine Stunde damit verloren, daß er das Feuer einiger Geschütze beobachtete oder sich vom Hauptmann Brugère die Handhabung des Entfernungsmessers erklären ließ, während 5 oder 6 Kilometer entfernt die Entscheidung über das Schicksal Frankreichs fiel!

„Er steigt wieder zu Pferd," berichtet einer der anwesenden Offiziere, der Oberst d'Andlau, „und reitet durch die Biwaks der Artilleriereserve, deren Geschütze im Park stehen, deren Pferde nicht einmal aufgezäumt sind; weiter hin findet er die Batterien der Garde, die nicht bespannt sind, und er denkt, während er die Geschütze um sich herum donnern hört, nicht daran, daß er hier 120 Feuerschlünde, darunter ein Drittel schweren Kalibers, hat, die längst auf dem Schlachtfeld sein müßten. Hat er denn sowohl unsre numerische Inferiorität wie das Mißverhältnis unsrer Artillerie, an Kaliber wie an Zahl, vergessen, daß er in dieser Weise das wertvollste unsrer Kampfmittel unbenützt läßt?"

Nachdem der Marschall sich auf dem Plateau von Plappeville im Süden umgesehen hatte, wollte er es auch im Norden in Augenschein nehmen, ehe er

[1]) Aufzeichnungen des Leutnants d'Astier.

Digitized by Google

über den Sattel von Lessy ritt, als ihm folgende von der Kathedrale gekommene Depesche überbracht wurde:

„Ausgefertigt um 5 Uhr 25 Minuten.

Eine Kolonne von einem Infanterieregiment marschiert durch Mercy le Haut und nach Peltre hinunter; sie scheint sich zur Mosel hin zu wenden, um dem rechten preußischen Flügel Verstärkungen gegen unsern linken Flügel zu bringen, der bereits wankt. Seit dem 15. finden große Truppenbewegungen durch die Täler von Ars und Novéant statt, um auf die Plateaus zu gelangen."

Nachdem der Marschall die Depesche gelesen hatte, übergab er sie dem Hauptmann Fix, damit er sie dem General Jarras bringe, der, nachdem er von ihr Kenntnis genommen, sie dem General Deligny übersenden sollte mit dem Befehl, in den Weingärten der Abhänge des St. Quentin zu bleiben, bis der Feind sich zurückgezogen hätte.

Es handelte sich um den Gegenangriff, der, wie wir bereits gesehen haben, durch das Feuer vom St. Quentin vollständig scheiterte.

Nachdem Marschall Bazaine den Sattel von Lessy erreicht hatte und hinübergeritten war, schlug er querfeldein die Richtung auf die Kreuzung der Straßen von Lorry und von Lessy ein. Während er im Schritt dahinritt, überholte ihn ein Rittmeister von den Kaiserindragonern, der im Trab denselben Weg machte. Der Marschall rief ihn an, und als der Offizier sich umwandte, erkannte der Marschall den Rittmeister de Beaumont, der ein Schwager des Marschalls de Mac Mahon war und die Eskorte des Generals Bourbaki befehligte. Befragt, welchen Befehl er habe, erklärte er, daß General Bourbaki sich nach Gros-Chêne begeben und ihn nach dem Fort St. Quentin geschickt habe, „um sich zu erkundigen, ob der Feind an der Mosel (im Süden) Fortschritte mache". „Der Kommandant des Forts und ich," sagte er, „haben nichts Ernstliches in dieser Richtung feststellen können. Ich werde das dem General Bourbaki mitteilen." —

„Gut, sagen Sie ihm auch, er soll den Marschall Canrobert benachrichtigen, daß er mit der ganzen Garde wieder umkehrt." Das war der gleiche Befehl, den er vorhin dem General Garnier gegeben hatte, nachdem er ihn kurz vorher nach St. Privat geschickt hatte. „General Bourbaki," warf der Major de Morny-Soult ein, „soll den Marschall benachrichtigen, daß er ihn nicht mehr unterstützt."

„Ja, gewiß," fügte Marschall Bazaine zum Schluß hinzu, „die Preußen haben uns nur auf den Zahn fühlen wollen, der Tag ist zu Ende, ich werde nach Hause reiten."

Der Rittmeister de Beaumont ritt im Trab weiter. Kurze Zeit danach traf Marschall Bazaine auf einen Trupp Reiter. „Sind Sie auf dem Wege zu Bourbaki?" rief ihnen der Marschall zu, der in ihnen die Ordonnanzoffiziere des kommandierenden Generals der Garde erkannt hatte; es waren in der Tat der Artilleriehauptmann Jorna de Lacale, der Lancierleutnant de Sancy de Parabère, der Zuavenleutnant Sédillot und der Unteroffizier Paul Frémy, der Standartenträger der Gardechasseurs.

Digitized by Google

„General Bourbaki hat uns soeben durch einen Dragoner von seiner Eskorte sagen lassen," sagte Hauptmann Jorna de Lacale, „wir sollten so rasch als nur möglich zu ihm kommen."

„Das ist unnötig, es ist alles vorbei, Sie können zurückreiten, die Garde wird in ihr Lager zurückkehren."

Die drei Offiziere setzten jedoch, nachdem sie gegrüßt hatten, ihren Weg fort.

Als Marschall Bazaine die Ordonnanzoffiziere des Generals Bourbaki verlassen hatte, schickte er sich an umzukehren, als seine Aufmerksamkeit durch Rauch- und Staubwolken erregt wurde, die sich im Norden erhoben. Das Geschützfeuer wurde so stark, daß der Oberst d'Andlau an den Marschall heranritt und zu ihm sagte: „Sehen Sie nicht, wie das Feuer auf dem rechten Flügel uns nahekommt und wie stark es zunimmt?"

„Die Generale haben gute Stellungen, sie sollen sie verteidigen ... Ich werde zwei Batterien bei Plappeville aufstellen lassen, um das Debouché der Straße nach Briey zu decken."

Er begegnet einigen Offizieren, die ihm Nachrichten geben, die einen reiten mit ihren Munitionswagen im Galopp vorüber; sie wollen im Park Munition für die Batterien des VI. Korps holen, die keine mehr haben ... Er gelangt an einen der höchsten Punkte des Plateaus.

„Von da aus sah man," so berichtet wieder Oberst d'Andlau, „das Feuer, als wenn man dabeistände, aber der Marschall hatte keinen Offizier zu Erkundigungen hingeschickt. Wir waren jedoch alle bereit, hinzureiten."

„Der Marschall verfolgte aufmerksam den Kanonendonner und den Rauch und schien dem große Bedeutung beizulegen," so schreibt der Hauptmann Jung, der ebenfalls Zeuge dieser Vorgänge war. „Es waren unser mehrere Offiziere um ihn. Im Augenblick, wo alles drunter und drüber zu gehen begann, rief er aus: ‚Was soll man mit solchen Truppen machen?'"

Der Marschall und sein Stab hatten das traurige Schauspiel einer Panik vor Augen.

„Der Staub verhindert ihn, die Formen zu unterscheiden, die inmitten dieser dichten Wolken vorüberziehen," sagte ein andrer Zeuge; „man kann an ein großes Unglück, an die völlige Auflösung unsrer Artillerie glauben: er verrät keine Besorgnis" und glaubt für alles vorgesorgt, alles gutgemacht zu haben, indem er die Aufstellung von zwei Batterien auf dem Platz, wo er sich befindet, anordnet.

General Canu war fortgeritten, um sie zu holen, aber da der Marschall sie nicht kommen sah, schickte er den Obersten d'Andlau und den Hauptmann Jung aus, um ihr Eintreffen zu beschleunigen.

Bald darauf kamen sie; es waren die 11. und 12. Batterie des 13. Artillerieregiments, befehligt von den Hauptleuten Audoy und Zoegger und dem Major de Besins. Der Marschall ritt zurück und gab, als er mit dem Major de Besins zusammentraf, diesem den Befehl, einige Geschütze auf die untere Mosel zu richten.

Digitized by Google

Der Major de Vesins ließ die 11. Batterie, die sechs Geschütze in einer Reihe, so Stellung nehmen, daß sie die von Amanvillers kommende Straße bestrichen; von der 12. Batterie wurden zwei Geschütze in dieselbe Richtung gebracht, zwei weitere Geschütze „sollten die Höhen des Waldes von Vigneulles beschießen", die beiden letzten Geschütze wurden auf die Gegend von Saulny gerichtet, um die sich hinter diesem Dorf hinziehende Landstraße von St. Privat nach Metz zu erreichen.

In Begleitung eines ziemlich zahlreichen Stabes ritt Marschall Bazaine im Schritt zur Villa Bouteiller zurück. Er war auf dem Höhenrücken angekommen, der die Einsenkung des Sattels von Lessy beherrscht, als er gegenüber, auf der andern Seite des Sattels, die reitende Artillerie der Garde in scharfem Trabe herankommen sah; eine große Anzahl von Gespannen galoppierte sogar und wirbelte Wolken von Staub auf. Dreihundert Meter voraus ritt Hauptmann Saillard, der Adjutant des Generals Pé de Arros, im gestreckten Galopp.

Als er sich in Rufweite befand, rief ihm der Marschall zu: „Aha! Sie fahren ab, das ist gut." Ebenso sagte er zum General Pé de Arros, der etwas später kam: „Es herrscht Unordnung beim rechten Flügel, Ihre Anwesenheit wird wieder Ordnung in die Situation bringen." Schließlich, als hinter seinen Trompetern der Oberst Clappier an der Spitze seiner Geschütze erschien, gab der Marschall nochmals seine Zustimmung: „Es ist gut, fahren Sie weiter," sagte er.

In der Meinung, daß nach diesem letzten Wort seine Rolle als Oberbefehlshaber für diesen Tag beendigt sei, kehrte er direkt in sein Hauptquartier zurück, wo er gegen 7 Uhr ankam. In demselben Augenblick telegraphierte der Hauptmann Lehagre von der Kathedrale aus an den General Coffinières:

7 Uhr 5 Min.

„Was bedeutet diese Deroute von Pferden und Wagen? Haben Sie Nachrichten? ... Es scheint, daß in der Gegend des Waldes bei Saulny noch heftig gekämpft wird."

Auf diese Frage wurde folgende Antwort gegeben:

Aus der Festung, 7 Uhr 5 M.

„Es scheint eine teilweise Deroute des Korps Canrobert zu sein, die von dem Mangel an Munition herrührt. Der General Coffinières ist im Fort Moselle."

Der Gouverneur von Metz wußte von der Niederlage des rechten Flügels und hatte sich vor die Tore begeben, um die nötigen Maßregeln zu treffen. Wenn sich der Marschall für die einzelnen Phasen des Kampfes interessiert hätte, so wäre er ebenso rasch benachrichtigt worden wie der Gouverneur von Metz.

Kaum war er zurückgekehrt, so wurde ihm vom Obersten Boyer folgende Depesche übergeben:

Digitized by Google

Der Kaiser an den Maschall Bazaine.

Lager von Châlons, 5 Uhr 25 Min. abends, ausgefertigt um 6 Uhr.

„Sollen die großen Vorräte, die in Verdun sind, dort gelassen werden?"

Infolge eines Versehens war in dem Telegramm der Kaiser an Stelle des Marschalls Mac Mahon genannt worden. Einerlei, ob es vom Kaiser oder vom Marschall Mac Mahon war, dieses Telegramm stellte klipp und klar an den Marschall die Frage:

„Rechnen Sie immer noch damit, nach Verdun zu kommen, oder, wenn Sie Ihre Absicht geändert haben, wohin sollen dann die für Ihre Armee in dieser Stadt in Bereitschaft gehaltenen Munitionsvorräte geschickt werden?"

Der Marschall entwarf ungefähr um 7 Uhr abends folgende Antwort:

„Ich weiß nicht, wie bedeutend die Vorräte in Verdun sind. Ich glaube, daß es notwendig ist, nur das dort zu lassen, was ich brauchen werde, wenn es mir gelingt, die Festung zu erreichen.

Ich komme vom Plateau. Der Angriff war sehr heftig. In diesem Augenblick, um 7 Uhr, läßt das Feuer nach. Unsre Truppen ständig in ihren Stellungen geblieben. Ein Regiment, das 60., hat bei der Verteidigung des Pachthofes St. Hubert schwer gelitten."

In dem ersten Absatz vermied es der Marschall, auf die ihm gestellte Frage zu antworten, indem er vorgab, nicht zu wissen, wie bedeutend die Vorräte von Verdun seien. Nun hatte er aber am vorvorigen Tage, am 16. August, ein erstes Telegramm von 2 Uhr 5 Minuten nachmittags vom Minister erhalten, das ihm meldete, daß 600000 Rationen Zwieback, außerdem Brot, Mehl und Hafer vorhanden seien; am vorigen Tage (dem 17. August) hatte ein zweites Telegramm von 7 Uhr 5 Minuten abends gemeldet, daß anderthalb Millionen Patronen und 8000 Vierpfündergranaten vorhanden seien. „In Verdun ist reichlich Zwieback vorhanden, und ich lasse die Sendungen fortsetzen," so schloß dieses Telegramm.

Endlich hatte er am Morgen durch den Waldwärter Scalabrino folgendes vom 16. August (dem vorvorigen Tag) datierte Schreiben des Generals Guérin de Waldersbach, des Gouverneurs von Verdun, erhalten: „Der Hauptpark enthält in Verdun 1200000 Patronen und einige Munition für Zwölf- und Vierpfünder. Ebenso sind in Verdun Lebensmittel für vier Tage für die ganze Armee vorhanden."

Er war also imstande, auf die gestellte Frage eine Antwort zu geben, und wenn er es vermied, sie zu geben, so tat er es nicht aus Unkenntnis, wie er vorgab, sondern weil er entschlossen war, seine Pläne geheimzuhalten.

Wenn man den zweiten Teil dieses Telegramms genauer ins Auge faßt, so kann man nicht verstehen, wie der Marschall in dieser Weise die Wahrheit verhehlen konnte:

„Ich komme vom Plateau; der Angriff war sehr heftig."

Der Kaiser mußte glauben, daß der Marschall auf dem Plateau von Moscou, von Amanvillers oder von St. Privat gewesen sei, wo die Schlacht stattfand,

Digitized by Google

während der Marschall dem Schlachtfeld ferngeblieben war und nichts davon gesehen hatte. Dann sagte er, daß „um 7 Uhr das Feuer nachlasse", während dies doch der Augenblick war, wo es am schrecklichsten war, wo die Deutschen ihre Anstrengungen verdoppelten und nach zehn Minuten den Marschall Canrobert endlich zwangen, St. Privat zu räumen, nachdem sie es mit Granaten aus 284 Geschützen überschüttet hatten!

„Unsre Truppen ständig in ihren Stellungen geblieben. Ein Regiment, das 60., hat bei der Verteidigung des Pachthofes St. Hubert schwer gelitten," so heißt es weiter.

Nach seiner Darstellung war die Schlacht nur ein Scharmützel ohne Bedeutung: er spricht von einem Regiment, das schwer gelitten habe, während 12000 Mann auf französischer Seite getötet oder verwundet waren! Und selbst in der Mitteilung, die er als genau erscheinen lassen will, irrt er sich, denn nicht das 60. Regiment, sondern das 2. Bataillon des 80. Regiments war im Pachthof St. Hubert gewesen.

Dem General Jarras gegenüber, der kam, um Befehle entgegenzunehmen, zeigte er sich ebenso beruhigt wie in seinem Telegramm an den Kaiser: Der Tag sei befriedigend gewesen; der Angriff des Feindes sei gescheitert und die Truppen hätten sich hinter der uneinnehmbaren Linie gehalten, auf der er sie habe Stellung nehmen lassen.

Die Offiziere, die ihn begleitet hatten, bestätigten dem General Jarras, als er sie ausfragte, das, was der Marschall gesagt hatte. Augenscheinlich sei alles gut gegangen. Der Marschall sei nicht einen Augenblick durch die vom Schlachtfeld eingetroffenen Berichte beunruhigt worden und habe seine Reserveartillerie nicht nötig gehabt.

Nach seiner Rückkehr befahl der Marschall dem Obersten Lewal, den Rückzugsbefehl so, wie er ihn tags zuvor hatte abfassen lassen, abzusenden: ein Befehl, dessen Ausführung „unbestreitbar", wie Oberst Lewal sich ausdrückte, das Ergebnis haben mußte, daß die französische Armee ihre Bewegungsfreiheit verlor.

Abschriften des Rückzugsbefehles können im Laufe des Tages an den Marschall Canrobert geschickt worden sein; denn der Wortlaut dieses Befehles beweist unwiderleglich, daß er zum mindesten vor dem Ende der Schlacht und zu einer Zeit, wo man deren verschiedene Phasen noch nicht kannte, abgefaßt worden ist: es wird darin tatsächlich allen Korps befohlen, in ihren Stellungen die Nacht zu verbringen und ihren Rückzug am nächsten Morgen auszuführen, nachdem um 3 Uhr die Bagage fortgeschafft worden sei. „Alle Truppen sollen sich um $4^1/_2$ Uhr in Marsch setzen mit Ausnahme der Artilleriereserve, die bis 11 Uhr zu warten hat."

Wenn die Erinnerungen des Obersten Lewal genau sind, so war es gegen 8 Uhr oder $8^1/_2$ Uhr, als er sieben oder acht Offizieren den Rückzugsbefehl zu diktieren begann. In diesem Augenblick war man im Hauptquartier infolge der Haltung des Marschalls Bazaine noch so zuversichtlich, daß die Offiziere des

Digitized by Google

Stabes, die keinen Dienst hatten, sich schlafen legten, „da alles in Ordnung war".

Ebenso hat der Oberstleutnant Fay berichtet: „Durch die außerordentliche Ruhe des Oberkommandierenden sicher gemacht, zumal niemand von der höllischen Kanonade von Amanvillers etwas gehört noch gesehen hatte, beglückwünschte sich jeder, der sich in der Umgebung des Marschalls Bazaine befand."

Noch merkwürdiger aber ist etwas andres. In einem Hause von Plappeville, nicht weit von dem des Marschalls Bazaine, waren die Bureaus der Armeeintendantur untergebracht, deren Leitung der Unterintendant Gaffiot am Abend des vorhergegangenen Tages übernommen hatte.

Den ganzen Tag hatte er sich im Verein mit den ihm unterstellten Beamten damit beschäftigt, den Verwaltungsdienst, der durch den Befehl über das Fortschicken des Trains vom 15. August in Unordnung geraten war, wieder zu organisieren, der Armee wieder Lebensmittel zu verschaffen.

Da er die Kanonade nicht hörte, war er den ganzen Tag in seine Arbeit vertieft geblieben, war aber um 8 Uhr abends noch nicht damit fertig, als der Verwaltungsbeamte Triballat in einem Zustand heftiger Erregung zu ihm ins Zimmer stürmte.

Der Transport, den er dem VI. Korps zuführte, war bei Saulny in eine Panik hineingeraten, von seinen Führern verlassen und zum Teil von Versprengten geplündert worden; er kam, um über den Vorfall Bericht zu erstatten, und wollte um Personal bitten, um das, was übriggeblieben war, wieder zu holen.

Aus Gleichgültigkeit, aus Vergeßlichkeit oder aus Geheimnistuerei hatte Marschall Bazaine den General Jarras von der Abreise des Intendanten de Préval und von der Uebernahme der Verwaltungsgeschäfte durch den Unterintendanten Gaffiot nicht in Kenntnis gesetzt. Er hatte auch vergessen, neue Lazarette für die Verwundeten herrichten zu lassen, und obgleich er wußte, daß dem VI. Korps der größte Teil seines Sanitätspersonals und -materials fehlte, hatte er der Ambulanz des Hauptquartiers nicht den Befehl erteilt, sich dem Marschall Canrobert zur Verfügung zu stellen. Diese Versäumnisse wären vom General Jarras wieder gutgemacht worden, wenn er über die Handlungen und die Entschlüsse des Marschalls Bazaine unterrichtet gewesen wäre. Die Intendantur traf keinerlei Vorkehrungen für die Ereignisse; die Ambulanz des Hauptquartiers, die geschicktesten ärztlichen Praktiker der Armee und alle ihre Krankenwärter mit ihrem Material blieben den ganzen Tag unbeschäftigt, während dreitausend Verwundete hilflos in St. Privat und in Amanvillers lagen.

Als General Seré de Rivières den Marschall Bazaine später fragte, wie es komme, daß diese beträchtliche Ambulanz sich während der mörderischen Schlacht nicht vom Fleck gerührt habe, konnte er nur die Antwort geben: „Ich weiß es nicht."

Der vom Obersten Lewal diktierte Rückzugsbefehl war noch nicht abgesandt, als Major Cassarel zum Marschall Bazaine geführt wurde.

Digitized by Google

In großer Unruhe, von seinem Ritt erhitzt und vom Kampfe aufgeregt, sagte er: „Der Marschall Canrobert hat mich beauftragt, Ihnen zu melden, daß er, da das VI. Korps seine Munition verbraucht hatte, gezwungen gewesen ist, St. Privat zu räumen, und daß er Befehl gegeben hat, auf der Straße nach Saulny zurückzugehen; er hat mich gebeten, Ihnen zugleich mitzuteilen, daß er seine Vorkehrungen getroffen hat, um den Eingang zur Schlucht von Saulny zu verteidigen."

„Der Marschall schien," so erzählt Major Caffarel selbst, „sich den Mißerfolg, den wir erlitten hatten, nicht sehr zu Herzen zu nehmen, und nachdem er mich nach einigen Einzelheiten über die Schlacht befragt hatte, sagte er zu mir: ‚Sie brauchen über diesen Rückzug nicht betrübt zu sein. Die Bewegung, die in diesem Augenblick vor sich geht, sollte morgen früh ausgeführt werden: wir machen sie also zwölf Stunden früher, und die Preußen werden sich nicht rühmen können, uns zurückgeworfen zu haben. Sagen Sie dem Marschall Canrobert, er soll morgen die Lagerplätze einnehmen, die der Oberst Lewal den einzelnen Untergeneralstabschefs bekanntgegeben haben muß.'"

Diese Worte wirkten auf den Major Caffarel wie ein elektrischer Schlag, und auffahrend, rief er mit vor Zorn bebender Stimme: „Nun, Herr Marschall, dann war es nicht der Mühe wert, eine Menge tapferer Soldaten in den Tod zu schicken und einen Teil Ihrer von einem Marschall von Frankreich kommandierten Armee eine Niederlage erleiden zu lassen!"

Der Marschall, der bis dahin sehr ruhig gewesen war und einen wohlwollenden Gesichtsausdruck gezeigt hatte, fühlte sich durch diese Apostrophe ins Gesicht geschlagen; er richtete sich auf und erwiderte in autoritativem Ton:

„Sie werden sehr anmaßend ... Gehen Sie zum Generalstab, dort werden Ihnen die Befehle übergeben werden."

Der Major Caffarel ging über die Straße und trat in das Haus des Generals Jarras, wo ihn der Oberstleutnant Fay, die Majore La Beuve, Le Pippre, Samuel und der Hauptmann Guioth umringten und ihn mit Fragen bestürmten. Während er so ausgefragt wurde, hörte man Lärm auf der Straße; es war ein Reiter draußen, der laut rief. Hauptmann Guioth, der die Stimme des Hauptmanns de la Tour du Pin erkannte, ging hinaus und brachte ihn herein. Hauptmann de la Tour du Pin war vom General Ladmirault, dessen Adjutant er war, gegen 7 Uhr mit dem Auftrag fortgeschickt worden, den General Bourbaki zu bitten, daß er die Garde heranführe. Bei seiner Rückkehr hatte er den General nicht wieder finden können, und da ihm ein Generalstabsoffizier gesagt hatte, daß er nach L'Arbre Mort geritten sei, um mit dem Marschall Leboeuf zu sprechen, hatte er den Weg dorthin eingeschlagen, sich aber verirrt und war in eine flutende Masse von Dragonern der Division Clérembault hineingeraten, die ihn nach Plappeville mitrissen, ohne daß er es merkte.

„Ich erkannte," berichtet er, „die Stimme eines Freundes, des Hauptmanns Guioth; sofort war ich von Kameraden umringt und begrüßt, wurde zum Großen

Digitized by Google

Hauptquartier gebracht, zum General Jarras und dann — ich wußte nicht, warum — zum Oberkommandierenden geführt.

„Geblendet von den Lichtern auf dem Tisch, an dem der Marschall mit seinen Offizieren diniert hatte, völlig verwirrt setzte ich mich auf den ersten Stuhl, in dessen Nähe ich kam; es war der des Marschalls Bazaine, der sich erhoben hatte. Vom Marschall, der stehenblieb, ausgefragt, zögerte ich, auf die Fragen und die gespannte Erwartung, die ich auf allen Gesichtern sah, zu antworten ... Ich gab sodann folgendermaßen Bericht: ‚Bei Sonnenuntergang hielt sich General de Lorencez noch in Amanvillers, General Pajol in Montigny ... nur das VI. Korps ist verschwunden ... die Garde bildet einen ausreichenden rechten Flügel. Nichts ist verloren, wir können morgen früh den Kampf wieder eröffnen.‘“

„Darum handelt es sich gerade,“ antwortete der Marschall; „wir sollten morgen früh zurückgehen, wir werden es nun heute abend tun.“ Damit verabschiedete der Marschall den Hauptmann.

Hauptmann de Mornay nahm sich mit kameradschaftlicher Liebenswürdigkeit des Hauptmanns de la Tour du Pin an und gab ihm ein Glas Wein und einen Flügel von einem Huhn. Während Hauptmann de la Tour eifrig aß, folgte ihm beim Marschall Bazaine der Major Lonclas.

Die Ordonnanzunteroffiziere hatten ihn zuerst nicht einlassen wollen; von ihnen abgewiesen, hatte er sich an den General Jarras gewandt, der sich von ihm über die Ereignisse berichten ließ und ihn zum Oberkommandierenden führte, indem er den Ordonnanzen erklärte, daß er in seiner Eigenschaft als Generalstabschef das Recht habe, jederzeit einzutreten.

„Ich fand den Marschall beim Abendessen, das er eben in Gesellschaft seines Neffen Albert, Boyers, Wilettes und des Malers Beaucé zu beenden im Begriffe war,“ so berichten die Aufzeichnungen im Tagebuch des Obersten Lonclas; „ich schilderte ihm die Ereignisse und besonders die letzten Augenblicke, in denen die Garde uns so sehr gefehlt hatte und die Munitionsvorräte uns vollständig ausgegangen waren, was uns gezwungen hatte, eine großartig verteidigte Stellung zu verlassen.

„Der Marschall Bazaine, der mich mit der größten Ruhe angehört hatte, schien meinen Bericht für übertrieben zu halten und suchte die Wichtigkeit der Tatsachen, die ich ihm erzählte, abzuschwächen. Er kenne die Ergebnisse des ‚Gefechts‘, sagte er zu mir, wobei er dieses Wort betonte; er habe soeben Befehle zur Konzentration auf Metz erteilt und ich könne sie dem Marschall überbringen.

„Ich ging sodann sehr verstimmt zum Generalstab, wo mir General Jarras etwas zu essen geben ließ, denn ich war vor Ermattung und Erschöpfung dem Umfallen nahe.“

Die Aufregung unter den Offizieren des Generalstabs war groß; sie fragten sorgenvoll die drei vom Schlachtfeld gekommenen Offiziere aus, als noch ein vierter, der Hauptmann Grosjean, hinzukam.

Digitized by Google

Vom Marschall Canrobert auf die Suche nach der Garde ausgeschickt, war er in der Umgegend von Amanvillers überall herumgeritten und in der herrschenden Unordnung und Verwirrung von Ort zu Ort schließlich bis nach Plappeville gekommen.

Die Rückzugsbefehle waren jetzt abgeschrieben, ein Exemplar davon wurde dem Major Lonclas für den Marschall Canrobert, ein andres dem Hauptmann de la Tour du Pin für den General de Ladmirault übergeben.

Ehe die Majore Lonclas und Caffarel wieder fortritten, begaben sie sich abermals zum Marschall Bazaine, um ihn zu fragen, ob er besondere Instruktionen für den Marschall Canrobert habe. Der Marschall erklärte ihnen, daß er nichts weiter habe als den Befehl, den sie mit sich nähmen; da aber die Nacht sehr finster war, forderte er Arnous-Rivière, der von St. Privat zurückgekehrt war, auf, ihnen einen Führer mitzugeben. Nachdem sie noch den Hauptmann Grosjean aufgesucht hatten, ritten sie unter der Führung eines Mannes aus der Gegend fort und trafen um 2 Uhr oder 2½ Uhr morgens in Woippy ein, wo sie den Marschall Canrobert wiederfanden.

Der Hauptmann de la Tour du Pin ritt, nachdem er sie kurze Zeit begleitet hatte, auf das Plateau von Gros-Chêne hinauf, wo er vergeblich den General de Ladmirault zu erreichen versuchte. Da er die Hoffnung aufgab, ihn in der Nacht zu finden, öffnete er gegen Mitternacht das Schreiben, das er ihm überbringen sollte, und übergab es dem General Lorencez, der ohne Befehle bis 10 Uhr in Montigny geblieben und schließlich auf seine Lagerplätze vom vorhergegangenen Tage zurückgegangen war, nachdem er zwei Bataillone des 33. Regiments als Feldwache auf dem Schlachtfeld zurückgelassen hatte.

Das Dorf Plappeville füllte sich mit Leuten, die vom Schlachtfeld zurückkehrten: Verwundeten, die sich mühsam fortschleppten oder von Bauern auf Wagen zurückgebracht wurden, Flüchtlingen, Nachzüglern, Begleitmannschaften mit Gepäckfuhrwerken, Kanonieren, die leere Artilleriemunitionswagen zogen und auf der Suche nach ihren Parks waren, Trainkompagnien mit Krankenkörben, Gepäck- und Krankenwagen. Gegen 10 Uhr abends trafen die Gardekürassiere und die Karabiniers von Lessy ein: ihre dichtgedrängten Reihen nahmen die ganze Hauptstraße ein und brachten den ganzen Verkehr ins Stocken.

Die unheimlichsten Gerüchte waren in Umlauf: Marketender, Trainsoldaten, Bauern, Frauen mit Kindern kamen von den Höhen herunter, die einen in der Richtung nach Châtel Saint-Germain, die andern über Lorry und Tignomont; sie schrien: „Die Preußen kommen!“ In der vollständigen Dunkelheit brachten der Lärm der in wilder Eile dahinstürmenden Wagen und die Schreckensrufe, die Angst und Mutlosigkeit verbreiteten, viele Einwohner so aus der Fassung, daß sie ihre Wohnungen verließen und wegliefen, ohne zu wissen wohin.

Nacheinander pochten ungefähr zwanzig Verwundete an der Tür der Villa Bouteiller. Die Ordonnanzen nahmen sie auf und betteten sie in den Ställen und in der Küche auf Heu und Stroh.

Digitized by Google

Der Marschall Bazaine war mit seinem besonderen Stabe allein, seitdem die Majore Lonclas und Caffarel fortgeritten waren. Die von diesen berichteten Tatsachen brachten ihn zum Entschluß, die Armeekorpskommandanten davon benachrichtigen zu lassen, und er diktierte folgende Mitteilung:

„Infolge der Ereignisse des heutigen Tages hat uns Marschall Canrobert mitgeteilt, daß er sich in der Notwendigkeit befinde, sich zurückzuziehen ... Durch diese Bewegung wird unser rechter Flügel entblößt, und ich beeile mich, Sie davon in Kenntnis zu setzen, damit Sie die allergrößte Wachsamkeit in dieser Richtung einschärfen. Ich füge hinzu, daß Sie bald ... meine Befehle bezüglich der Maßnahmen erhalten werden, die zu treffen sind, um Sie in die Verhältnisse zu versetzen, die die gegenwärtige Lage erfordert. Marschall Bazaine."

General Frossard erhielt diesen Brief gegen 9½ Uhr nachts. Den andern Armeekorpskommandanten scheint er nicht zugegangen zu sein.

Gegen 9 Uhr empfing der Marschall folgendes Telegramm des Telegraphendirektors Petitpas de la Vasselais:

Metz, 8 Uhr 50 Minuten abends.

„Alle unsre Verbindungen mit Paris sind unterbrochen. Die Telegraphendrähte sind soeben von den Preußen bei Hagendingen und Kedingen durchschnitten worden.

Die Depeschen Eurer Exzellenz an Seine Majestät und an die Frau Marschallin können nicht befördert werden."

Die Depesche an den Kaiser war jene, die mit den Worten anfing: „Ich weiß nicht, wie bedeutend die Vorräte in Verdun sind" und von der Schlacht als von einer untergeordneten Tatsache sprach: „Ich komme vom Plateau ... Unsre Truppen ständig in ihren Stellungen geblieben ..." Das Telegramm an Frau Marschall Bazaine gab dieser einfach Nachrichten von dem Marschall und seinen Neffen.

Die wichtige Nachricht von der Unterbrechung der Verbindungen mit dem übrigen Land und von der Umzingelung seiner Armee teilte der Marschall seinem Generalstabschef nicht mit.

Die Beziehungen zwischen ihm und dem General Jarras waren seit dem vorhergegangenen Abend wieder gespannt geworden.

General Jarras hatte sich verletzt gefühlt, als er sah, daß der Marschall Bazaine ihm seine Pläne noch sorgfältiger als bisher verheimlichte und sich darüber einem seiner Untergebenen, dem Obersten Lewal, aussprach, dem er direkt die Aufgabe übertrug, seine Befehle zu entwerfen, ohne den Generalstabschef auch nur davon zu benachrichtigen.

Am Abend hatte er durch Zufall von der Mission erfahren, die der Marschall ohne sein Wissen dem Intendanten übertragen hatte. Bis dahin hatte der Marschall nur auf dem Schlachtfelde seinen Generalstabschef zu vermeiden gesucht, aber an diesem Tag hatte er die Maske fallen lassen und ihm den Schimpf

Digitized by Google

angetan, daß er ihm verbot, ihm ins Gelände zu folgen, obwohl er mehrere Generalstabsoffiziere mit sich nahm.

Nach der Rückkehr des Marschalls war ihm die von diesem zur Schau getragene Zuversicht, die durch die Boten des Marschalls Canrobert und des Generals de Ladmirault Lügen gestraft wurde, wieder als eine Berechnung des Marschalls erschienen, dazu bestimmt, ihn über seine Ansichten und seine Pläne irrezuführen. Schließlich hatte die Art, wie ihm die Türe des Marschalls in einer so ernsten Lage verschlossen worden war und er genötigt wurde, sich mit den Ordonnanzen auseinanderzusetzen, um Zutritt zu dem Marschall zu bekommen, seine Erbitterung und seinen Unwillen noch erhöht. So überließ er denn dem Obersten Lewal, den Marschall Bazaine mit seinem Vertrauen beehrte, die Aufgabe, für die Ausführung seiner Befehle, deren Gründe und Zweck er kannte, zu sorgen.

Im Laufe dieses Abends und während der Nacht, wo die Ereignisse die Lage im höchsten Grade ernst machten und wichtige Entschlüsse hätten gefaßt werden müssen, bekamen sich der Oberkommandierende und sein Generalstabschef gar nicht zu Gesicht; sie begegneten sich nicht, denn Marschall Bazaine benachrichtigte den General Jarras nicht einmal von seinem nächtlichen Aufbruch und ließ ihn nicht wissen, wo er sein Hauptquartier aufzuschlagen gedachte.

Der Rückzugsbefehl war am Abend des vorhergegangenen Tages oder am letzten Morgen geschrieben worden. Oberst Lewal hatte im Laufe des Nachmittags zwei oder drei Einschärfungen hinzugefügt und mehrere Angaben genauer gefaßt. Dieser von einem Generalstabsoffizier entworfene Befehl war so ziemlich ausführbar, obwohl sein Verfasser vergessen hatte, die nötigen Zeitangaben zu machen. Er sah wenigstens für jedes Armeekorps eine andre Straße vor. Für das VI. Korps, das im Nordwesten der Mosel Stellung nehmen sollte, die Landstraße von Saulny; für das IV., dessen Mittelpunkt Le Coupillon war, die Straße von Amanvillers nach Lorry; das III. sollte die beiden Straßen einschlagen, die vom Plateau von Moscou nach Châtel Saint-Germain hinunterziehen, um das Plateau von Plappeville zu besetzen, und das II. auf der Straße nach Moulins marschieren, um nach Scy und Longeville zu gelangen.

Der erwähnte Befehl wurde — wahrscheinlich infolge der Erregung des Generals Jarras — weder dem Marschall Leboeuf noch dem General Frossard zugestellt. Marschall Leboeuf, der wissen wollte, wie er daran sei, schickte sogleich nach der Einstellung des Feuers den Major Chatillon nach Plappeville, um Befehle zu erbitten. Um 10 Uhr schickte er, da er den Major nicht zurückkommen sah, den Hauptmann de Vaudrimey-Davout ab, und da er gegen $10^1/_2$ Uhr noch immer keine Nachricht hatte, beauftragte er seinen Adjutanten Major Mojon, zum Marschall Bazaine zu reiten und ihm bestimmte Weisungen zu bringen.

„Ich komme gegen $11^1/_2$ Uhr mitten in einem großen Wirrwarr an," schreibt Major Mojon; „Marschall Bazaine ist mit seinem Neffen Albert und dem Haupt-

Digitized by Google

mann de Mornay bei dem schwachen Licht einer einzigen Lampe über eine Karte gebeugt; er ist sehr ruhig."

„Vor zwei Stunden habe ich an die Armeekorps den Befehl, sich morgen früh zurückzuziehen, abgeschickt."

„Es ist nur eine Straße vorhanden," erwiderte Major Mojon, „und wenn wir nicht die Nacht benutzen, so wird uns der Feind, weil wir nicht gedeckt sind, kurz und klein schlagen können."

„Wieso eine Straße? Es sind zwei vorhanden ..." und der Marschall zeigt auf eine Grenzlinie, die er für eine Landstraße gehalten hatte. Dann fügt er wohlwollend hinzu: „Nun gut, dem Marschall Leboeuf steht es frei, sich zurückzuziehen, wie er will." Dann einen Augenblick später: „Was vor sich gegangen ist, paßt ganz zu meinem Plan. Indem ich meine Armee eine Verteidigungsstellung zwischen dem Schlachtfeld vom 16. August und der Stadt Metz einnehmen ließ, auf die ich immer die Absicht gehabt habe, mich zurückzuziehen, habe ich den Feind gezwungen, die Mosel zu überschreiten und uns anzugreifen.

„Die Preußen haben große Verluste erlitten, was sie zwingen wird, uns für den Augenblick in Ruhe zu lassen."

„Ich werde diese merkwürdige Erklärung niemals vergessen, besonders den Ton, in dem sie gesprochen wurde," schließt der Major Mojon seinen Bericht.

Da der General Frossard um 11 Uhr nachts die durch das Schreiben von 8 Uhr angekündigten Weisungen noch nicht erhalten hatte, beauftragte er den Major de Crény, sie zu reklamieren. Als Major de Crény eben Châtel Saint-Germain verlassen hatte, traf er den Baron de Gargan, schloß sich ihm an und erfuhr aus seinem Munde die Einzelheiten über die Ereignisse auf dem rechten Flügel, deren Zeuge Baron de Gargan gewesen war.

Es war 1 Uhr morgens, als der Major de Crény in den Salon der Villa Bouteiller geführt wurde. Der Marschall saß an dem großen Tisch; er schrieb. Im Hintergrund legte sich der Oberst Napoléon Boyer in Nachtmütze und Unterbeinkleidern auf einem Feldbett zur Ruhe nieder.

Der Marschall war immer noch Herr seiner selbst: er empfing den Major de Crény mit Wohlwollen und teilte ihm in einigen Worten den Rückzugsbefehl mit, dann reichte er ihm eine Depesche hin — jene, die das Abschneiden des Telegraphen und der Eisenbahnlinie nach Thionville bei Hagendingen und Kedingen meldete — und sagte zu ihm: „Wir sind jetzt vollständig umzingelt." Die Ruhe in seinem Ton und in seinem Wesen verblüffte den Ordonnanzoffizier des Generals Frossard: mit gutem Humor, als ob es sich um eine freudige Nachricht handelte, machte er ihm die Mitteilung von diesem Unglück.

Diese unerschütterliche Ruhe, die ihn keinen Augenblick verließ, wurde von seiner Umgebung keineswegs geteilt. Die falschen oder übertriebenen Nachrichten steigerten die Unruhe, und der Rückzugsbefehl trug dazu bei, die unwahrscheinlichsten Nachrichten wie die vom baldigen Eintreffen der Preußen in Plappeville und vor den Toren von Metz wahrscheinlich zu machen.

Digitized by Google

Der Marschall wollte den Tagesanbruch nicht abwarten, um sein Hauptquartier vor den Wällen der Festung aufzuschlagen.

Wenn man dem General Letellier Blanchard glauben darf, schickte der Marschall in der Nacht, gegen 1 Uhr morgens, den einen seiner Neffen, den Leutnant Albert Bazaine, nach Ban Saint-Martin ins Schloß des Herrn Herbin, um die Verlegung seines Hauptquartiers dorthin vorzubereiten.

Der junge Leutnant, der in tiefer Nacht dort ankam, weckte den Hausmeister Maujean und befahl ihm, aufzustehen und ihm die Gemächer des Schlosses zu zeigen.

Als bei dieser Besichtigung der Hausmeister, der eine Laterne in der Hand trug, den Schlüssel zu einer Tür in einem riesigen Schlüsselbund nicht finden konnte, stieß der Leutnant, der ein Ende machen wollte, mit einem Ruck der Schulter die Türe ein.

Nach den Aufzeichnungen des Generals Le Tellier Blanchard, des Kommandanten des Großen Hauptquartiers, die durch die Aufzeichnungen des Hauptmanns Arnous-Rivière bestätigt werden, verließ der Marschall, sobald er von den Annehmlichkeiten, die das Besitztum des Herrn Herbin bot, Kenntnis hatte, die Villa Bouteiller mitten in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr morgens, ohne den General Jarras davon benachrichtigen zu lassen.

Als dieser gegen $3^1/_2$ Uhr von dem Aufbruch des Marschalls benachrichtigt wurde, ließ er seine Leute aufstehen und das Gepäck aufladen; er gab dem Offizier, der es führte, den Befehl, „sich in der Nähe der Wagen des Marschalls niederzulassen, der jedenfalls im Fort Moselle oder im Innern der Stadt zu finden sein werde". Was ihn selbst betraf, so gedachte er sich wie vor dem 14. August in der Umgebung der Präfektur einzuquartieren und traf seine Vorkehrungen für seine Unterbringung in einem der benachbarten Häuser.

Da niemand wußte, wo der Marschall Quartier zu nehmen beschlossen hatte, irrte das Personal der verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers, die Beamten der Intendantur, die Aerzte, die Beamten der Kriegskasse, der Generalstab der Armee und der der Artillerie die ganze Nacht hindurch und in den Morgenstunden im Weichbild und den Straßen der Stadt umher, von einem Ort zum andern, ohne zu wissen, wo sie sich niederlassen sollten. Erst um 8 Uhr morgens fand der Generalstab den Oberkommandierenden wieder und quartierte sich in seiner Nähe ein.

Digitized by Google

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen
1910/1911

(Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten)

(Fortsetzung)

Konstantinopel, April 1910. König Peter von Serbien ist wieder nach Belgrad abgereist. Man hat für ihn das Festprogramm und das Zeremoniell, die für den König und die Königin von Bulgarien aufgestellt waren, neu herausgegeben. Er hat im Jildispalast in den Gemächern gewohnt, die der Sultan Abd ul Hamid für die auswärtigen Monarchen hatte herrichten lassen. Der Sultan hat ihm zu Ehren im Palast Dolma-Bagdsche ein Galadiner (ohne Damen) gegeben. Der König hat einer großen Parade auf dem Freiheitshügel beigewohnt.

Diese war sehr schön, ganz ebenso schön, sagt man mir, wie jene, die vor den Augen des Zaren Ferdinand stattfand; mit derselben Truppenentfaltung und denselben Dispositionen. Der Sultan hatte unter einem aus alten Stoffen aufgeschlagenen, auf kostbaren Teppichen ruhenden Zelte Platz genommen, in gleicher Höhe mit dem Boden, auf dem die Truppen sich aufstellten und dann defilierten. Der Thronfolger Jussuf Izzeddin-Efendi, der Großwesir, die Minister, das Diplomatische Korps, die ottomanischen Großwürdenträger, die Marschälle, die Generale ohne Kommando umgaben Seine Majestät.

Ich freue mich sehr, gleich in den ersten Tagen nach meiner Ankunft das Schauspiel eines solchen militärischen Festes gehabt zu haben. Die Haltung der Truppen war tadellos. Die vom Yemen zurückkommenden Bataillone aus Lasistan mit ihrem ernsten, martialischen Aussehen, ihren hellgrauen Uniformen und Kopfbedeckungen aus kariertem Stoff von gleicher Färbung, der oberhalb des Nackens geknotet wird, sind besonders bewundert worden.

Mit den Truppen in Reih und Glied defilierten einige junge Prinzen des kaiserlichen Hauses, die zur Armee gehören, unter andern zwei Söhne Abd ul Hamids, von denen der eine die Militärschule besucht, der andre noch ein Kind ist. Dieser letztere, der noch nicht hätte mitmarschieren können, hatte ein Pony bestiegen und machte sich sehr gut.

Nach der Revue wurden die Prinzen, die aus den Reihen getreten waren, vom Sultan dem König Peter vorgestellt. Die freundliche Güte und väterliche Liebe, womit Mehmed V. diese jungen Familienglieder behandelte, wurde viel bemerkt.

Wer die Geschichte des ottomanischen Hauses kennt, kann nicht umhin, sich der Vergangenheit zu erinnern und Vergleiche anzustellen. Glücklicherweise sind wir weit von den Zeiten entfernt, wo die Staatsräson verlangte, daß jeder Sultan bei seiner Thronbesteigung seine Brüder, Neffen oder andre nahe Ver-

Digitized by Google

wandte, die seiner Macht hätten gefährlich werden können, ermorden ließ. Dieser barbarische Brauch stammte von Bajesid I. (1389), der, als er die Regierung übernahm, Jakub, seinen Bruder und Nebenbuhler, ermordete. Was für eine Menge von Verbrechen sind seitdem begangen worden! Selim I., der durch Vatermord Sultan geworden war, ließ (1512) seine Brüder und Neffen erwürgen. Soliman der Prächtige verdunkelte seinen Ruhm, indem er seinen Sohn und seinen Enkel töten ließ. Murad III. ließ bei seiner Thronbesteigung (1574) seine fünf Brüder erwürgen. Mehmed III. ließ seine neunzehn Brüder in einem Gemach des Palastes mit Beilhieben niederschlagen (1595). Murad IV. ließ seinen Oheim und seine drei Brüder erdrosseln. Osman III. vergiftete drei seiner Neffen (1754) . . .

*

Der Sultan Mehmed V. ist seinem Bruder Abd ul Hamid kraft des „Seniorats" gefolgt, nach dem das Zepter an das älteste unter den regierungsfähigen männlichen Familienmitgliedern übergeht. Dieses Gesetz regelt die Thronfolge in der osmanischen Familie seit Ahmed I. (1603). Es war bei den arabischen Kalifen bis zur Eroberung von Damaskus und von Mekka in Kraft gewesen. Mohammed Reschid (das ist der Name, mit dem der gegenwärtige Sultan unter der vorhergegangenen Regierung bezeichnet wurde) war zu gut, zu sanft, zu offenkundig harmlos, um Abd ul Hamid ernstlich mit Mißtrauen zu erfüllen, so argwöhnisch dieser auch war. Er verdankt es vielleicht diesen Eigenschaften, daß er noch auf der Welt und jetzt an der Regierung ist . . .

Mehmed V. ist in der Tat von Grund aus gut. Dies ist der Hauptzug seines Charakters. Man braucht nur in seine Nähe zu kommen, um erstaunt zu sein über die Sanftmut und das Wohlwollen, die von seiner Persönlichkeit ausstrahlen. Diese Eigenschaften machen sich sogar durch die Banalitäten der offiziellen Audienzen hindurch bemerkbar . . .

Dennoch wurde er unter Abd ul Hamid, damit dessen Tyrannei niemals ihre Rechte verliere und Mehmed Reschid nicht, selbst unbewußt, Verschwörern als Werkzeug dienen könne, streng bewacht und beaufsichtigt, und man kann sagen, daß er seine Jugend und seine reifen Jahre in einer Abgeschlossenheit verlebte, die stark einer Gefangenschaft glich. Während der dreiunddreißig Jahre, die die Regierung Abd ul Hamids dauerte, ist er in einem Palast eingesperrt gewesen, den er nur verließ, um sich im Brougham nach seinem Landhause in Balmumdschu zu begeben. Sein Haushalt war höchst einfach und bescheiden, denn die Apanage, die ihm sein erlauchter Bruder zukommen ließ, überstieg nicht 6000 türkische Pfund jährlich. Und da ihm diese Summe sehr unregelmäßig ausbezahlt wurde, so befand er sich, wie erzählt wird, manchmal in peinlichen Geldverlegenheiten. Er war persönlich unnahbar; die Leute, die in seinem Dienste standen, wurden beständig von Spähern beobachtet. Für die Ausländer existierte er nicht, und die diplomatische Welt kannte ihn nicht. Was die Ottomanen betrifft, so wäre es für sie äußerst gefährlich gewesen, zu ihm

Digitized by Google

oder den Seinigen irgendwelche Beziehungen zu haben. Ein Gespräch, ein einfacher Austausch von Grüßen mit irgendeiner Persönlichkeit seines Hauses konnte auf ein geheimes Einverständnis schließen lassen und zu einer Denunziation Anlaß geben, deren Folge, je nach den Umständen, das Exil, die Ausweisung oder ein geheimnisvolles Verschwinden gewesen wäre.

Der Sultan spricht keine europäische Sprache. Dasselbe sagte man von Abd ul Hamid; aber dieser konnte ein bißchen Französisch und verstand es besser, als er merken lassen wollte. Mehmed V. soll mit einigen künstlerischen Talenten, besonders musikalischen, begabt sein. Die vortreffliche Musik, die wir unlängst abends im Palast während des dem König Peter zu Ehren veranstalteten Diners und nachher zu hören bekamen, scheint diese Behauptungen zu bestätigen.

Er ist liberal; das läßt sich leicht verstehen; aber er ist es mehr aus Instinkt als aus Vernunftgründen; denn seine Kenntnisse im konstitutionellen Recht wie in jeder Wissenschaft sind sehr beschränkt.

Er ist sich seiner Unerfahrenheit bewußt, und wenn man ihn auch, als er den Thron besteigen sollte, nicht mit Gewalt hinauftragen mußte, wie es mit Suleiman II. im siebzehnten Jahrhundert und mit Murad V. in unsrer Zeit der Fall war, so zeigte er doch als ehrlicher Mann, der er ist, die Angst, nicht auf der Höhe seiner Aufgabe zu stehen, und bat die Staatsmänner, die ihn umgaben, ihm ihren Rat nicht vorzuenthalten.

*

April 1910. Der türkische Gesandte am Hofe des Zaren von Bulgarien hat gelegentlich des Besuches des bulgarischen Königspaares einige Tage in Konstantinopel zugebracht. Ich kenne ihn schon lange als einen ausgezeichneten, intelligenten, gebildeten, offenen, loyalen Ottomanen von großen Ideen und dabei religiöser Gesinnung, als einen von Grund der Seele aus überzeugten Muselman. Er ist ein Vetter des Justizministers, der ein „Hodscha" ist und dessen Kostüm trägt. Ich weiß nicht, ob er Alt- oder Jungtürke ist: ich möchte ihn für einen sehr liberalen Alttürken halten.

Wir haben miteinander gesprochen. Er glaubt nicht, daß Bulgarien für den Augenblick aggressive Absichten gegen die Türkei hegt. Der König ist sehr klug und sehr besonnen. Bulgarien hat große Fortschritte gemacht; es ist ein ernst zu nehmendes Land, seine Armee ist ausgezeichnet. Aber in einem Kampf, den es mit der Türkei zu bestehen hätte, würde dieses Kräfte aufbieten können, die Bulgarien nicht besitzt. Die Gesamtstärke der bulgarischen Armee im Kriegsfalle beträgt ungefähr 200000 Mann, die der ottomanischen Armee mehr als anderthalb Millionen. Was für Bedürfnisse auch die andern Teile des Reiches haben mögen, die Türkei wird der bulgarischen Armee in Thrazien immer eine an Zahl überlegene und an Qualität zum mindesten gleiche Armee entgegenstellen können.

Trotzdem verhehlt sich Assim-Bei nicht die Gefahren, denen die Türkei

Digitized by Google

Der Marschall wollte den Tagesanbruch nicht abwarten, um sein Hauptquartier vor den Wällen der Festung aufzuschlagen.

Wenn man dem General Letellier Blanchard glauben darf, schickte der Marschall in der Nacht, gegen 1 Uhr morgens, den einen seiner Neffen, den Leutnant Albert Bazaine, nach Ban Saint-Martin ins Schloß des Herrn Herbin, um die Verlegung seines Hauptquartiers dorthin vorzubereiten.

Der junge Leutnant, der in tiefer Nacht dort ankam, weckte den Hausmeister Maujean und befahl ihm, aufzustehen und ihm die Gemächer des Schlosses zu zeigen.

Als bei dieser Besichtigung der Hausmeister, der eine Laterne in der Hand trug, den Schlüssel zu einer Tür in einem riesigen Schlüsselbund nicht finden konnte, stieß der Leutnant, der ein Ende machen wollte, mit einem Ruck der Schulter die Türe ein.

Nach den Aufzeichnungen des Generals Le Tellier Blanchard, des Kommandanten des Großen Hauptquartiers, die durch die Aufzeichnungen des Hauptmanns Arnous-Rivière bestätigt werden, verließ der Marschall, sobald er von den Annehmlichkeiten, die das Besitztum des Herrn Herbin bot, Kenntnis hatte, die Villa Bouteiller mitten in der Nacht zwischen 2 und 3 Uhr morgens, ohne den General Jarras davon benachrichtigen zu lassen.

Als dieser gegen $3^1/_2$ Uhr von dem Aufbruch des Marschalls benachrichtigt wurde, ließ er seine Leute aufstehen und das Gepäck aufladen; er gab dem Offizier, der es führte, den Befehl, „sich in der Nähe der Wagen des Marschalls niederzulassen, der jedenfalls im Fort Moselle oder im Innern der Stadt zu finden sein werde". Was ihn selbst betraf, so gedachte er sich wie vor dem 14. August in der Umgebung der Präfektur einzuquartieren und traf seine Vorkehrungen für seine Unterbringung in einem der benachbarten Häuser.

Da niemand wußte, wo der Marschall Quartier zu nehmen beschlossen hatte, irrte das Personal der verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers, die Beamten der Intendantur, die Aerzte, die Beamten der Kriegskasse, der Generalstab der Armee und der der Artillerie die ganze Nacht hindurch und in den Morgenstunden im Weichbild und den Straßen der Stadt umher, von einem Ort zum andern, ohne zu wissen, wo sie sich niederlassen sollten. Erst um 8 Uhr morgens fand der Generalstab den Oberkommandierenden wieder und quartierte sich in seiner Nähe ein.

Digitized by Google

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen
1910/1911

(Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten)

(Fortsetzung)

Konstantinopel, April 1910. König Peter von Serbien ist wieder nach Belgrad abgereist. Man hat für ihn das Festprogramm und das Zeremoniell, die für den König und die Königin von Bulgarien aufgestellt waren, neu herausgegeben. Er hat im Jildispalast in den Gemächern gewohnt, die der Sultan Abd ul Hamid für die auswärtigen Monarchen hatte herrichten lassen. Der Sultan hat ihm zu Ehren im Palast Dolma-Bagdsche ein Galadiner (ohne Damen) gegeben. Der König hat einer großen Parade auf dem Freiheitshügel beigewohnt.

Diese war sehr schön, ganz ebenso schön, sagt man mir, wie jene, die vor den Augen des Zaren Ferdinand stattfand; mit derselben Truppenentfaltung und denselben Dispositionen. Der Sultan hatte unter einem aus alten Stoffen aufgeschlagenen, auf kostbaren Teppichen ruhenden Zelte Platz genommen, in gleicher Höhe mit dem Boden, auf dem die Truppen sich aufstellten und dann defilierten. Der Thronfolger Jussuf Izzeddin-Efendi, der Großwesir, die Minister, das Diplomatische Korps, die ottomanischen Großwürdenträger, die Marschälle, die Generale ohne Kommando umgaben Seine Majestät.

Ich freue mich sehr, gleich in den ersten Tagen nach meiner Ankunft das Schauspiel eines solchen militärischen Festes gehabt zu haben. Die Haltung der Truppen war tadellos. Die vom Yemen zurückkommenden Bataillone aus Lasistan mit ihrem ernsten, martialischen Aussehen, ihren hellgrauen Uniformen und Kopfbedeckungen aus kariertem Stoff von gleicher Färbung, der oberhalb des Nackens geknotet wird, sind besonders bewundert worden.

Mit den Truppen in Reih und Glied defilierten einige junge Prinzen des kaiserlichen Hauses, die zur Armee gehören, unter andern zwei Söhne Abd ul Hamids, von denen der eine die Militärschule besucht, der andre noch ein Kind ist. Dieser letztere, der noch nicht hätte mitmarschieren können, hatte ein Pony bestiegen und machte sich sehr gut.

Nach der Revue wurden die Prinzen, die aus den Reihen getreten waren, vom Sultan dem König Peter vorgestellt. Die freundliche Güte und väterliche Liebe, womit Mehmed V. diese jungen Familienglieder behandelte, wurde viel bemerkt.

Wer die Geschichte des ottomanischen Hauses kennt, kann nicht umhin, sich der Vergangenheit zu erinnern und Vergleiche anzustellen. Glücklicherweise sind wir weit von den Zeiten entfernt, wo die Staatsräson verlangte, daß jeder Sultan bei seiner Thronbesteigung seine Brüder, Neffen oder andre nahe Ver-

Digitized by Google

wandte, die seiner Macht hätten gefährlich werden können, ermorden ließ. Dieser barbarische Brauch stammte von Bajesid I. (1389), der, als er die Regierung übernahm, Jakub, seinen Bruder und Nebenbuhler, ermordete. Was für eine Menge von Verbrechen sind seitdem begangen worden! Selim I., der durch Vatermord Sultan geworden war, ließ (1512) seine Brüder und Neffen erwürgen. Soliman der Prächtige verdunkelte seinen Ruhm, indem er seinen Sohn und seinen Enkel töten ließ. Murad III. ließ bei seiner Thronbesteigung (1574) seine fünf Brüder erwürgen. Mehmed III. ließ seine neunzehn Brüder in einem Gemach des Palastes mit Beilhieben niederschlagen (1595). Murad IV. ließ seinen Oheim und seine drei Brüder erdrosseln. Osman III. vergiftete drei seiner Neffen (1754) . . .

*

Der Sultan Mehmed V. ist seinem Bruder Abd ul Hamid kraft des „Seniorats" gefolgt, nach dem das Zepter an das älteste unter den regierungsfähigen männlichen Familienmitgliedern übergeht. Dieses Gesetz regelt die Thronfolge in der osmanischen Familie seit Ahmed I. (1603). Es war bei den arabischen Kalifen bis zur Eroberung von Damaskus und von Mekka in Kraft gewesen. Mohammed Reschid (das ist der Name, mit dem der gegenwärtige Sultan unter der vorhergegangenen Regierung bezeichnet wurde) war zu gut, zu sanft, zu offenkundig harmlos, um Abd ul Hamid ernstlich mit Mißtrauen zu erfüllen, so argwöhnisch dieser auch war. Er verdankt es vielleicht diesen Eigenschaften, daß er noch auf der Welt und jetzt an der Regierung ist . . .

Mehmed V. ist in der Tat von Grund aus gut. Dies ist der Hauptzug seines Charakters. Man braucht nur in seine Nähe zu kommen, um erstaunt zu sein über die Sanftmut und das Wohlwollen, die von seiner Persönlichkeit ausstrahlen. Diese Eigenschaften machen sich sogar durch die Banalitäten der offiziellen Audienzen hindurch bemerkbar . . .

Dennoch wurde er unter Abd ul Hamid, damit dessen Tyrannei niemals ihre Rechte verliere und Mehmed Reschid nicht, selbst unbewußt, Verschwörern als Werkzeug dienen könne, streng bewacht und beaufsichtigt, und man kann sagen, daß er seine Jugend und seine reifen Jahre in einer Abgeschlossenheit verlebte, die stark einer Gefangenschaft glich. Während der dreiunddreißig Jahre, die die Regierung Abd ul Hamids dauerte, ist er in einem Palast eingesperrt gewesen, den er nur verließ, um sich im Brougham nach seinem Landhause in Balmumdschu zu begeben. Sein Haushalt war höchst einfach und bescheiden, denn die Apanage, die ihm sein erlauchter Bruder zukommen ließ, überstieg nicht 6000 türkische Pfund jährlich. Und da ihm diese Summe sehr unregelmäßig ausbezahlt wurde, so befand er sich, wie erzählt wird, manchmal in peinlichen Geldverlegenheiten. Er war persönlich unnahbar; die Leute, die in seinem Dienste standen, wurden beständig von Spähern beobachtet. Für die Ausländer existierte er nicht, und die diplomatische Welt kannte ihn nicht. Was die Ottomanen betrifft, so wäre es für sie äußerst gefährlich gewesen, zu ihm

Digitized by Google

oder den Seinigen irgendwelche Beziehungen zu haben. Ein Gespräch, ein einfacher Austausch von Grüßen mit irgendeiner Persönlichkeit seines Hauses konnte auf ein geheimes Einverständnis schließen lassen und zu einer Denunziation Anlaß geben, deren Folge, je nach den Umständen, das Exil, die Ausweisung oder ein geheimnisvolles Verschwinden gewesen wäre.

Der Sultan spricht keine europäische Sprache. Dasselbe sagte man von Abd ul Hamid; aber dieser konnte ein bißchen Französisch und verstand es besser, als er merken lassen wollte. Mehmed V. soll mit einigen künstlerischen Talenten, besonders musikalischen, begabt sein. Die vortreffliche Musik, die wir unlängst abends im Palast während des dem König Peter zu Ehren veranstalteten Diners und nachher zu hören bekamen, scheint diese Behauptungen zu bestätigen.

Er ist liberal; das läßt sich leicht verstehen; aber er ist es mehr aus Instinkt als aus Vernunftgründen; denn seine Kenntnisse im konstitutionellen Recht wie in jeder Wissenschaft sind sehr beschränkt.

Er ist sich seiner Unerfahrenheit bewußt, und wenn man ihn auch, als er den Thron besteigen sollte, nicht mit Gewalt hinauftragen mußte, wie es mit Suleiman II. im siebzehnten Jahrhundert und mit Murad V. in unsrer Zeit der Fall war, so zeigte er doch als ehrlicher Mann, der er ist, die Angst, nicht auf der Höhe seiner Aufgabe zu stehen, und bat die Staatsmänner, die ihn umgaben, ihm ihren Rat nicht vorzuenthalten.

*

April 1910. Der türkische Gesandte am Hofe des Zaren von Bulgarien hat gelegentlich des Besuches des bulgarischen Königspaares einige Tage in Konstantinopel zugebracht. Ich kenne ihn schon lange als einen ausgezeichneten, intelligenten, gebildeten, offenen, loyalen Ottomanen von großen Ideen und dabei religiöser Gesinnung, als einen von Grund der Seele aus überzeugten Muselman. Er ist ein Vetter des Justizministers, der ein „Hodscha" ist und dessen Kostüm trägt. Ich weiß nicht, ob er Alt- oder Jungtürke ist: ich möchte ihn für einen sehr liberalen Alttürken halten.

Wir haben miteinander gesprochen. Er glaubt nicht, daß Bulgarien für den Augenblick aggressive Absichten gegen die Türkei hegt. Der König ist sehr klug und sehr besonnen. Bulgarien hat große Fortschritte gemacht; es ist ein ernst zu nehmendes Land, seine Armee ist ausgezeichnet. Aber in einem Kampf, den es mit der Türkei zu bestehen hätte, würde dieses Kräfte aufbieten können, die Bulgarien nicht besitzt. Die Gesamtstärke der bulgarischen Armee im Kriegsfalle beträgt ungefähr 200000 Mann, die der ottomanischen Armee mehr als anderthalb Millionen. Was für Bedürfnisse auch die andern Teile des Reiches haben mögen, die Türkei wird der bulgarischen Armee in Thrazien immer eine an Zahl überlegene und an Qualität zum mindesten gleiche Armee entgegenstellen können.

Trotzdem verhehlt sich Assim-Bei nicht die Gefahren, denen die Türkei

Digitized by Google

durch ihre jungen, ehrgeizigen, gutbewaffneten Nachbarn ausgesetzt ist, die nach ihren europäischen Besitzungen lüstern sind. Er fürchtet die Bulgaren mehr als die Griechen; denn der letzte Krieg hat keine großartige Vorstellung von der hellenischen Armee zurückgelassen. Er sagte zu mir: „Wenn wir angegriffen werden, werden wir standhaft kämpfen, um das zu erhalten, was uns von den Eroberungen unsrer Väter übriggeblieben ist, und Europa wird sehen, daß wir nicht degeneriert sind. Wir Muselmanen glauben, daß die Beschlüsse Gottes sich auf den Schlachtfeldern offenbaren. Mit Allahs Hilfe werden wir siegen. Sollten wir trotz aller unsrer Anstrengungen unterliegen (man würde sehen, um welchen Preis!), müßten wir das Haupt beugen, weil es der Wille Gottes wäre . . .

„. . . Wir haben uns in den Verlust von Bosnien und der Herzegowina finden können, obwohl unsre Völker sich durch die Boykottierung des österreichisch-ungarischen Handels zu rächen gesucht haben. Seit langer Zeit hatten wir diese beiden Provinzen verloren gegeben. Sie waren keine Länder des Islams mehr. Die Christen bildeten dort die Mehrheit der Bevölkerung. Aber es gibt andre Länder, die uns Europa gezwungen hat, durch Vertrag abzutreten, obwohl wir siegreich gewesen waren. Diese Länder gehören uns noch nach dem Ratschluß Gottes, und wenn die Gelegenheit es erlauben würde, könnten wir sie mit den Waffen in der Hand wieder zurückfordern. Sie gehören uns: wir waren nicht besiegt worden . . ."

*

April 1910. Die Militärattachés erklären einstimmig, daß der Türke einer der besten Soldaten der Welt ist: mäßig, an Manneszucht gewöhnt, stark, widerstandsfähig gegen Strapazen, mutig bis zum Heldentum, gleichgültig gegen Anstrengungen und den Tod. Wenn er glaubt, daß die Befehle, die er erhält, vom Kalifen ausgehen, so gehorcht er blind. Der Tod ist für ihn nur der Uebergang in ein glücklicheres Leben. Vergleicht man ihn mit dem Japaner, so hat dieser bessere Nerven, der Türke stärkere Muskeln.

Bis zur Proklamierung der Verfassung waren die Christen des Reiches vom Militärdienst befreit. Sie zahlten für ihren Loskauf eine jährliche Steuer. Hingegen waren alle „wahren Gläubigen" zum Heeresdienst verpflichtet. In Wirklichkeit waren die Muselmanen von Konstantinopel, die eines Teiles von Albanien und Arabien, die Kurden, die Araber von Kleinasien, die Berber und Beduinen von Tripolis vom obligatorischen Militärdienst befreit. Ueberhaupt wurde jeder Muselman, der fünfzig türkische Pfund bezahlte, der Reserve zugeteilt, und bezahlte er dieselbe Summe zum zweitenmal, so wurde er sogar im Falle der Mobilisierung nicht einberufen.

Heutigestages müßten in Anbetracht des Gleichheitssystems, das die Jungtürken für die Untertanen des Reiches ohne Unterschied der Rasse oder der Religion einführen wollen, die Christen Dienst tun wie die Muselmanen und in der ottomanischen Armee in beträchtlicher Menge figurieren. In Wirklichkeit

Digitized by Google

rekrutierten sich jedoch die Kombattanten fast nur aus den Muselmanen. Die Zahl der Christen, die sich in der Armee befinden, geht nicht über 15 % des Effektivbestandes hinaus, und sie sind beinahe ausschließlich den verschiedenen Zweigen des Verwaltungsdienstes zugeteilt.

Jemand sagte zu mir: „Man darf nicht die ganze ottomanische Armee nach den Truppen beurteilen, die wir in Konstantinopel sehen. Diese sind gut ausgerüstet, gut gekleidet, gut beschuht, gut bewaffnet. Leider ist nicht die ganze Armee in demselben Zustand. Es gibt in den Provinzen Korps, die in bezug auf die Ausrüstung, die Bewaffnung, die Ausbildung, die militärische Erziehung usw. viel zu wünschen übrig lassen. Die Regimenter, die man uns vorzeigt, sind Musterregimenter; sie sind von deutschen oder von ottomanischen Offizieren, die ihre militärische Ausbildung im Ausland, besonders in Deutschland, erhalten haben, ausgebildet und unablässig einexerziert."

Den vortrefflichen Ratschlägen folgend, die ihm von hervorragender sachverständiger Stelle gegeben wurden, hatte der Sultan Abd ul Hamid sich entschlossen, seine Armee zu reformieren. Das war eine Aufgabe, die sich schon mehrere Sultane gestellt hatten. Selim III. zum Beispiel, der von 1789 bis 1807 regierte, wagte sich an dieses große Werk, trotz des beharrlichen Widerstandes der Janitscharen (die damals 400 000 Mann zählten), der Körperschaft der Ulemas und aller fanatischen Anhänger der jahrhundertealten Ueberlieferung, die ihm zuriefen: „Rühre nicht an das Bestehende! Entlehne nichts von den Ungläubigen, denn das Gesetz verbietet es." Ebenso versuchte zum Beispiel noch Mahmud II., der von 1808 bis 1839 Sultan war, beschämt über die Niederlagen seiner Truppen im Krieg gegen die Griechen, seine Armee zu reformieren, und fing damit bei demselben Elitekorps der Janitscharen an; aber diese widersetzten sich ihm ebenso wie seinem Vorgänger Selim, und er konnte ihren Widerstand nur brechen, indem er sie vernichtete (1826). Später, in der Zeit des Kampfes mit seinem mächtigen Vasallen Mehemed Ali, bat er Preußen um Instruktionsoffiziere. Zu der Militärmission, die ihm gesandt wurde, gehörte unter andern auch der spätere Feldmarschall Graf Moltke. Aber da man nach jeder Reform es bei den erzielten Erfolgen bewenden ließ, ohne die nachfolgenden Fortschritte der andern europäischen Armeen mitzumachen, so blieb die türkische Armee, die als erste den europäischen Völkern den Gebrauch der Artillerie gezeigt hatte, die vom vierzehnten bis zum sechzehnten Jahrhundert die gefürchtetste unter den Armeen der Welt war, beinahe immer hinter den andern zurück. Unter Abd ul Hamid kam man auf dem Wege der Reformen nicht sehr weit. Er hatte den deutschen General Kähler an der Seite, ebenso den heutigen Feldmarschall von der Goltz, der mehr als zwölf Jahre lang militärischer Berater, Inspekteur der Armeeschulen und Unterchef des Generalstabes war. Doch der Sultan Abd ul Hamid war der Argwohn und die Furcht in Person. Er glaubte, daß die Armee, sobald sie reorganisiert wäre, ihn entthronen würde, und daß die Reformen, die man bei ihr einführte, keinen andern Zweck hätten. Er hielt Pläne zu Manövern und Uebungen für Verschwörungen. Er erlaubte nicht, daß die

Digitized by Google

Artillerieregimenter der Garnison Konstantinopel Kanonen hatten. Sein Mißtrauen lähmte das geplante und begonnene Reformwerk. Freiherr von der Goltz-Pascha trat im Jahre 1895 aus dem türkischen Dienst aus und ließ das sehr nützliche und sehr einsichtsvoll betriebene Werk, das er unternommen hatte, unvollendet.

Im Jahre 1908 hätten ihn die Jungtürken gern wieder bei sich gehabt und ihn mit der Aufgabe betraut, die Reorganisierung der Armee zum guten Ende zu führen. Er lehnte aber ab. Da indessen die hohen Offiziere der türkischen Armee der Mehrzahl nach seine Schüler und Freunde waren, erklärte er sich bereit, ihnen seine Ratschläge zu erteilen. Er war es, der die Idee zur Veranstaltung der großen Manöver nach europäischem Muster im letzten Jahre (1909) hatte, der ersten, die in der Türkei stattgefunden haben. Sie spielten sich in der Umgebung von Adrianopel ab. Die Truppen hielten sich vortrefflich; die Brücken über die Tundscha wurden rasch und geschickt geschlagen und trotz der sichtbaren, übrigens leicht zu verbessernden Fehler waren die Ergebnisse der ersten großen Manöver zufriedenstellend. Die türkische Armee hat zwar keinen deutschen Oberbefehlshaber, dafür aber eine ziemliche Anzahl von Instrukteuren deutscher Nationalität. Außerdem befinden sich in den hohen Stellen der türkischen Armee mehrere aus deutschen Schulen hervorgegangene Offiziere. Zu ihnen gehört der Generalstabschef Izzet-Pascha. Mahmud Mukthar, Sohn des Ghâsi Mukthar-Pascha, der bereits den Generalsrang erreicht hatte, den aber die Revolution wieder zum Obersten machte, allerdings indem sie ihn als Wali nach Smyrna schickte, hat alle Grade vom einfachen Soldaten bis zum Major in der deutschen Armee durchlaufen. Der Kriegsminister Mahmud Schefket-Pascha hat nahezu zehn Jahre seines Lebens in Deutschland zugebracht, und zwar als Vorsitzender der Kommission für die Abnahme der Waffen und der Munition, die von den deutschen Fabriken geliefert werden.

Der deutsche Einfluß ist also in der Armee vorherrschend, aber er ist es nicht ausschließlich. Es sind auch höhere Offiziere vorhanden, die aus den französischen Schulen hervorgegangen sind, wie Nazim-Pascha, den die Jungtürken in halber Ungnade als General-Gouverneur nach Bagdad geschickt haben und der, wenn ich nicht irre, aus der Schule von Saint-Cyr gekommen ist; sodann Scherif-Pascha, ebenfalls ein Saint-Cyrianer, der in Frankreich lebt und von dort aus einen heftigen oppositionellen Feldzug gegen das Komitee führt.

Was die Armee betrifft, so ist sie — um die Urteile kurz zusammenzufassen, die man über sie fällt — auf dem besten Weg der Reorganisation; sie hat merkliche Fortschritte gemacht; es gibt in ihr Korps, die mit den entsprechenden der besten europäischen Armeen wetteifern können; aber nicht alle sind so weit. Der Rohstoff ist ausgezeichnet, aber in bezug auf die Armee wie auf alle Dinge in der Türkei bekommt man alle Augenblicke zu hören: „Man kann nicht alles auf einmal machen; man braucht Geld und Zeit."

*

Digitized by Google

April 1910. Während des Aufenthaltes des Königs von Serbien fand ein Meinungsaustausch mit dem Ministerpräsidenten Paschitsch und dem Minister des Auswärtigen Milowanowitsch statt über das Projekt der Eisenbahn von der Donau nach dem Adriatischen Meer, dessen rasche Ausführung von so großer Wichtigkeit für Serbien wäre und für das sich andre Mächte von verschiedenen Gesichtspunkten aus interessieren.

Die Schwierigkeiten, die sich dem Handelsverkehr durch Albanien entgegenstellen, sind so groß, daß dieser Verkehr niemals sehr lebhaft gewesen ist. Doch es gab früher eine Handelsstraße, die vom Osten nach dem Westen der Balkanhalbinsel führte. Sie folgte zum Adriatischen Meer hinab der Senkung des Drin, des einzigen vorhandenen Ausgangs zum Meer in dem beinahe unzugänglichen Gebirgsmassiv, das sich parallel zur Küste von Dalmatien nach Epirus hinzieht. Der lange Einschnitt des Drin, der im Südosten von Skutari mündet, hat wahrscheinlich eine wirkliche Straße gebildet; man muß das annehmen, denn man findet dort alte bedeutende Bauten, wie die berühmte Brücke der Wesire, eine der großartigsten, die die Türken je erbaut haben; aber heutigestags ist sie nur ein Pfad und sogar stellenweise ungangbar.

Die durch die Beschaffenheit des Bodens vorgezeichnete ursprüngliche Verkehrsstraße, die den Windungen enger, langgestreckter und unwirtlicher Täler folgte, ist also vollständig verschwunden. Infolgedessen kann man jetzt vom Adriatischen Meer aus nur schwer in die Balkanhalbinsel eindringen. Ebenso kann man auch umgekehrt von Südrußland, Rumänien, dem östlichen Ungarn, Bulgarien, Serbien nicht direkt zum Adriatischen Meer gelangen. Der Handelsverkehr geht andre Wege. Die Isolierungspolitik, zu der sich das Reich in bezug auf Albanien genötigt sieht, eine mißtrauische Verwaltung, der wenig entgegenkommende Charakter der Bevölkerung und ihre Rivalitäten haben die natürlichen Hindernisse noch gesteigert. Und am meisten leidet unter diesem Stand der Dinge Serbien.

Nun besteht seit zehn oder zwölf Jahren ein Projekt zu einer Eisenbahn, die sich einerseits an die rumänischen Linien anschließen und anderseits in einem noch zu bestimmenden adriatischen Hafen ausmünden würde. Diese Bahnlinie würde Serbien in der Diagonale von Nordosten nach Südwesten, vom Eisernen Tor über Nisch bis Mrdare durchqueren. Von Mrdare würde die Linie durch Altserbien und Albanien führen; aber ihr Weg ist noch nicht bestimmt. Die Mehrzahl der Interessenten möchte die Bahn den direktesten Weg von der serbischen Grenze zum Meer nehmen, also in San Giovanni di Medua oder in Antivari münden lassen, wenn die Türkei erlaubte, daß sie montenegrinisches Gebiet berührt, was nicht der Fall ist. Die ottomanische Regierung ist dagegen auf die Wahrnehmung ihrer Interessen bedacht. Sie will einen Weg, der gewisse Zentren und eine Anzahl von Ortschaften miteinander verbindet, kurz, einen Weg, der für ihre Interessen am vorteilhaftesten ist. Das ist ihr offizieller Standpunkt. Ist das nun aufrichtig gemeint? Es könnte sehr leicht sein, daß dieses Suchen nach dem vom ottomanischen Standpunkt aus vorteilhaftesten

Digitized by Google

Wege von ihrer Seite nur eine Ausflucht, ein Verzögerungs- oder Hinderungsmittel wäre.

Die am meisten an dieser Angelegenheit interessierten Mächte sind Serbien, Rußland, die Türkei, Italien und Frankreich. Für Serbien, das ins Innere des Landes eingeschlossen ist, keine eignen Absatzwege hat und für die Ausfuhr seiner Landesprodukte vom guten Willen der Mächte und auswärtigen Gesellschaften abhängig ist, handelt es sich um ein wirtschaftliches, moralisches und politisches Interesse erster Ordnung; dasselbe müßte für die Türkei gelten, wenn nicht ihr Mißtrauen gegen die andern interessierten Nationen wäre. Für Rußland besteht nur ein politisches und moralisches Interesse. Für Frankreich würde die Bahn außer dem allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, das eine neue Absatzwege erschließende Eisenbahnlinie für jede große Industrie- und Handelsnation hat, auch ein direktes und unmittelbares finanzielles und industrielles Interesse haben, da die Régie Générale Française des Chemins de Fer ottomans die Konzession für die Arbeiten bekommen und diese durch ihre Ingenieure und mit Hilfe ihrer Kapitalien ausführen würde. Was Italien betrifft, so scheint es, wie Serbien, an dem Projekt Interessen verschiedener Art zu haben. Würden aber die Vorteile, die es davon haben würde, nicht durch andre Umstände aufgehoben werden? Es ist sicher, daß eine Eisenbahnlinie, die Bari gegenüber auf das Adriatische Meer münden würde, der italienischen Ausbreitung auf der Balkanhalbinsel dienen könnte. Da sie aber zu gleicher Zeit dazu dienen wird, ein slawisches Standquartier im Adriatischen Meer zu schaffen, fragt man sich, ob die paar Handelsvorteile, die Italien daraus ziehen wird, nicht durch einen ethnischen Nachteil von viel längerer Dauer und viel schwereren Folgen zu teuer bezahlt werden. Ist es doch bekannt, daß das Slawentum den italienischen Einfluß im Adriatischen Meer bekämpft und unterdrückt. Triest ist nur noch ein halb italienisches Eiland, auf allen Seiten von slawischen Wogen bespült, die es umschließen und es zu überschwemmen suchen. Beinahe in ganz Dalmatien macht das slawische Element dem italienischen erfolgreich den Platz streitig, und das Slawentum des Balkans verlangt nur danach, sich auf das Adriatische Meer zu stürzen. Eine auf dieses Meer mündende Eisenbahnlinie wird ihrem klugen Instinkt sehr dienlich sein. Das hindert nicht, daß man in Italien, wo man vor allem an die unmittelbaren Vorteile denkt, die Eisenbahn für die italienischen Interessen vorteilhaft findet.

Das Projekt hat, wie seine Anhänger, so auch seine Gegner. Oesterreich-Ungarn kann nur dagegen sein, da das Projekt den Interessen seiner Nebenbuhler dient. Deutschland zeigt sich gleichgültig, eher ablehnend, da die Ausführung des Projektes deutschen Interessen wie den österreichischen schaden muß. Was die Türkei betrifft, die nominell unter den an seiner Ausführung interessierten Mächten figuriert, so muß man sie unter die Gegner rechnen. Umsonst führt man die besten Argumente auf, um auf sie zu wirken: die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens, seinen moralischen Aufschwung, den Wohlstand, der sich für seine Bevölkerung daraus ergeben wird, den Umstand, daß die Bahn es der Regierung erleichtern

Digitized by Google

wird, Truppen hinzuschicken und dort ihre Autorität zur Geltung zu bringen. Sie scheint in dem Bau der Linie mehr Nachteile als Vorteile zu sehen und zeigt durch ihre Unentschlossenheit, durch die Aufschübe, die sie verlangt, und andere dilatorische Hilfsmittel ihrer Diplomatie, daß sie nur widerwillig sich einverstanden erklärt.

Zu erwähnen sind auch die Hindernisse, die von seiten der österreichischen Gesellschaft der Orientbahnen entstehen können, da diese sich in dem Konzessionsvertrag über die Linie Saloniki—Uesküb—Mitrovitza das Vorrecht zum Bau jeder neuen Linie hat geben lassen, die jene schneiden würde; vielleicht auch von seiten der deutschen Gesellschaft für die Linie Monastir—Saloniki. Doch unter Finanzmännern kann immer eine Verständigung erzielt werden. Es wird Sache der französischen Konzessionsgesellschaft sein, mit der österreichischen und der deutschen Gesellschaft durch Kompensationen und Beteiligungen einen Ausgleich herbeizuführen.

Endlich, last, not least, werden Schwierigkeiten auftauchen — sie haben sich schon gezeigt — von seiten Albaniens, dessen Gebiete von der Linie durchquert werden müßten. Das Studium der Trasse durch französische Ingenieure hat schon unterbrochen werden müssen wegen der wilden Feindseligkeit, von der die Albanesen gegen sie erfüllt zu sein schienen. Die Ingenieure wurden mit Flintenschüssen verjagt. Dies wurde Hakki-Pascha mitgeteilt. Der Großwesir antwortete: „Warum tragen sie auch Hüte? Hätten sie den Fes aufgehabt, so würde man sie in Ruhe gelassen haben." Das ist ein Scherz. Aber die Arbeiten sind unterbrochen worden und werden erst wieder aufgenommen werden, wenn die Türkei den Weg, den sie zu wählen gedenkt, und den Hafen des Adriatischen Meeres, in dem die Bahn münden soll, festgestellt hat. Vorderhand hat sie schon jede Konzession von der ersten Bedingung abhängig gemacht, daß die Linie von der serbischen Grenze bis zum Meer ausschließlich auf türkischem Gebiet laufen soll. Das heißt, daß sie das montenegrinische Gebiet nicht berühren soll. Außerdem soll gegen alle Logik und alle Lehren der Praxis dieses Studium der Bahnlinie, wenn es wieder aufgenommen wird, in der Weise ausgeführt werden, daß man vom Meer ausgeht und die Täler aufwärts steigt. Das wird sehr wahrscheinlich zu Irrtümern, gewiß aber zu Stockungen und Verzögerungen Anlaß geben; aber wenn man nur um diesen Preis die Konzession erlangen kann, so wird man sich's gefallen lassen.

*

April 1910. Der Baron Marschall von Bieberstein wird in Konstantinopel erwartet. Er kommt aus Aegypten zurück, nachdem er einen Sohn des Kaisers ins Heilige Land begleitet hatte. Seine Abwesenheit von der Hauptstadt während der Besuche des bulgarischen Königspaares und des serbischen Monarchen deutet darauf hin, daß man in Berlin den Gesprächen, die sich bei diesen Gelegenheiten austauschen ließen, keine große Bedeutung beilegte.

Der Baron von Marschall ist der Doyen und ohne Widerspruch die in

Digitized by Google

jeder Hinsicht bemerkenswerteste Persönlichkeit des Diplomatischen Korps in Konstantinopel, wo er seit dem 18. November 1897, also bald dreizehn Jahre, beglaubigt ist.

Ich fasse kurz zusammen, was ich von ihm weiß. Er ist Badener, ebenso wie seine Gemahlin, die einer der bei Hofe angesehensten Familien im Großherzogtum entstammt.

Er ist aus dem Richterstand hervorgegangen.

Er wurde im Jahre 1890 an die Stelle des Grafen Herbert Bismarck berufen, dessen Nachfolgerschaft dem neuen Kanzler Graf Caprivi lästig war. Das diplomatische Korps bot allerdings Männer wie Hatzfeldt, Münster, Radowitz, aber gegen jeden von diesen waren Einwendungen zu machen: finanzielle Lage, Alter usw. Obwohl der Baron Marschall als ein neuer Mann erschien, wurde er doch von Holstein und Berchem vorgeschlagen, also vom Auswärtigen Amt selbst, das Gelegenheit gehabt haben mußte, ihn seinem Werte nach zu würdigen. Marschall war damals stellvertretender Bevollmächtigter beim Bundesrat für das Großherzogtum Baden. Er blieb sieben Jahre Staatssekretär des Auswärtigen. Anfangs scheint er sich nicht viel aus diesem Amt gemacht zu haben, wenn es richtig ist, daß er im Jahre 1893 gern die Leitung des Auswärtigen Amtes mit der des Reichsamts des Innern vertauscht hätte.

Seine Ernennung zum Botschafter in Konstantinopel fällt mit dem Beginn der deutschen Expansionspolitik im Orient zusammen, die eingeleitet zu haben mit vollem Recht als das Verdienst des Kaisers angesehen wird, deren Erfolg aber auch zum großen Teil dem geschickten Vertreter zu verdanken ist, den er an die Ufer des Bosporus sandte.

In Konstantinopel errang Marschall unter dem Hamidischen Regime eine bedeutende Stellung. Er allein hatte, wie es hieß, mehr Einfluß als alle andern Botschafter zusammen. Sein Land hat, zum großen Teil durch ihn, beträchtliche Vorteile in der Türkei erlangt. Der wirtschaftliche und politische Einfluß Deutschlands in Konstantinopel hat sich immer mehr befestigt, und Deutschland galt als der treueste Freund der Türkei, der Kaiser als der persönliche Freund des Sultans und als der Beschützer des Islam.

Der Einfluß Frankreichs und Englands ist dagegen im entsprechenden Verhältnis gesunken, besonders der Englands. Die türkische Welt war zu der Erkenntnis gelangt, daß unter den Mächten nächst Rußland England am meisten zur Verkleinerung des Gebiets und zur Herabsetzung der Würde der Ottomanen beigetragen hat. Man machte ihm den durch seine Pressionen herbeigeführten Krieg von 1877 zum Vorwurf; ferner die Besetzung Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich-Ungarn, die auf die Initiative Lord Beaconsfields und seine Intrigen mit Oesterreich-Ungarn zurückgeführt wird; die Wegnahme Cyperns; die Besetzung Aegyptens, die die Türkei niemals hat anerkennen wollen; endlich mancherlei separatistische oder sonstige eigennützige Umtriebe in Arabien, Mesopotamien und Armenien.

Die Revolution von 1908 führte einen neuen Umschwung herbei. Der

Digitized by Google

Freiherr von Marschall hatte, wie es schien, mit dem alten Regime zu gut gestanden, um das Vertrauen des neuen genießen zu können. Die Uebernahme der Regierung durch die Jungtürken schien das Ende des Prestiges bedeuten zu müssen, dessen er sich bisher erfreut hatte. Trotzdem wurde — sei es, daß man in Berlin nicht an eine längere Dauer des neuen Regimes glaubte, sei es, daß man den Botschafter für geschickt genug hielt, um bei den neuen Männern den Einfluß wiederzugewinnen, von dem er bei den alten einen so guten Gebrauch gemacht hatte — Marschall auf seinem Posten belassen.

Er regte sich nicht auf und blieb gelassen, als begeisterte Kundgebungen zu Ehren Englands veranstaltet und allerlei Maßregeln aus Haß gegen Deutschland ergriffen wurden: als zum Beispiel das Reichssiegel — das Emblem des Großwesirats — Ferid-Pascha entzogen wurde, damit Deutschland merke, daß es mit seinem Einfluß in der Türkei vorbei sei, und zuerst (im Juli) Saïd-Pascha, dann (im Oktober) Kiamil-Pascha anvertraut wurde, um England eine Garantie zu geben, daß die Sympathien der jungen Türkei sich ihm zuwendeten; als ferner die Blätter des Komitees und andre um die Wette die englischen Einrichtungen, die englischen Freiheiten priesen und zugleich verletzende oder unfreundliche Artikel an die Adresse Deutschlands veröffentlichten ... Das dauerte acht Monate, bis zu dem — übrigens verfassungswidrigen und revolutionären — Sturz Kiamil-Paschas (13. Februar 1909).

Seitdem haben sich die anglophilen Wallungen gelegt. Und der Baron Marschall arbeitet ruhig, geduldig, aber mit Erfolg an der Wiedereroberung des verlorenen Terrains.

*

Ich habe Marschall wiederholt getroffen und lange mit ihm gesprochen.

Physisch ist er ein Riese. Er hat die Statur der beiden ersten Kanzler des Deutschen Reiches, des Fürsten Bismarck und des Grafen Caprivi.

In moralischer und intellektueller Hinsicht offenbart er sich gleich von Anfang an als ein Mann von überlegener Begabung, ja als eine Persönlichkeit ersten Ranges.

Die Kraft und Energie, die er zu zeigen verstanden hat, wenn es die Umstände erforderten, verbergen sich bei ihm unter liebenswürdigen und verbindlichen Manieren. Er kann die Sympathien gewinnen, und er gewinnt sie. Um meine Eindrücke kurz zusammenzufassen: Marschall ist eine große und vornehme staatsmännische und Diplomatengestalt, und ein Monarch muß stolz sein, Diener von solchem Geistesmaß zu haben.

Ich begreife, daß viele Leute sich fragen, warum Marschall nicht Kanzler geworden ist, und ob er es nicht noch werden wird.

(Schluß folgt)

Digitized by Google

Zur Wehrvorlage

Von

v. Deines, General der Artillerie z. D.

Lange erwartet, ist die neue Wehrvorlage erschienen. Was sie an Verstärkungen des Heeres selbst vorschlägt, für Unterkunft, Bekleidung, Bewaffnung usw. sowie für Festungsbauten verwendet wissen will, darf hier als bekannt vorausgesetzt werden.

Im ganzen ist die Vorlage besonders von denen dankbar begrüßt worden, die die bisherige Anspannung unsrer Wehrkraft gegenüber allen politischen Möglichkeiten längst nicht mehr für genügend und als die unter noch erträglichen Bedingungen erreichbare höchste Leistung ansahen. Daß diese Auffassung namentlich im Generalstabe vertreten war, kann als sicher gelten. Die neueste politische Entwicklung hat ihm recht gegeben, und es ist hocherfreulich, daß nunmehr der allseitige Wille besteht, die Sache zum guten Ende zu führen.

Mag die Vorlage, wie sie ist, einzelnen Erwartungen mehr, andern weniger gebracht haben, so bleibt das völlig gleichgültig gegenüber der einen und wichtigsten Tatsache, daß wir wieder in die Lage kommen, unsre Wehrkraft voll auszunutzen.

Die Kompetenz des Generalstabs in diesen Dingen abzulehnen, hieße die Notwendigkeit seiner Existenz überhaupt verneinen. Nur an dieser zentralen Stelle läßt sich ein vollständiges Bild von der Zahl und der Leistungsfähigkeit unsrer möglichen Gegner und davon gewinnen, was wir an Unterstützung von unsern Verbündeten zu erwarten haben. Die Forderungen des Generalstabes zu prüfen sowie das wirtschaftlich Mögliche mit den übrigen maßgebenden Stellen des Reichs zu vereinbaren und vor dem Reichstag verantwortlich zu vertreten bleibt denn freilich Sache des Kriegsministeriums.

Ganz selbstverständlich besteht indes auch im Generalstabe vollste Klarheit darüber, daß zur Kriegsbereitschaft nicht nur Heeresverstärkungen, sondern auch gute Finanzen gehören, und daß daher die wirtschaftliche Kraft des Volkes in Friedenszeiten so weit als irgend angängig geschont werden muß. Steht aber schließlich die Sache so, daß wir Gefahr laufen, mit dem, was wir bisher unter Schonung unsers wirtschaftlichen Könnens geleistet haben, zu unterliegen, dann muß, mag es schmerzlich sein oder nicht, diese Schonung fallen. Die beste Gewähr gegen einen Angriff überhaupt und der sicherste Schutz für das Land, falls der Angriff dennoch erfolgt, bleibt immer eine starke und lückenlose Rüstung und die Ueberzeugung auf unsrer wie auf gegnerischer Seite, daß wir jederzeit bereit sind, uns unsrer Haut mit aller Energie und nicht etwa nur defensiv zu wehren. Handel und Wandel werden unter dem Schutz dieser schweren Rüstung vielleicht weniger freudig gedeihen, aber die höhere Sicherheit doch wahrscheinlich als durchaus wohltätig empfinden und bei ihrer lange bewiesenen inneren Tüchtigkeit auch so einstweilen vorwärtskommen.

Digitized by Google

Die geographische Lage des Deutschen Reiches setzt uns Angriffen von fast allen Seiten aus, und neben den großen werden sich, mehr oder weniger gezwungen oder freiwillig, auch die kleineren Gegner zu dem allgemeinen Treiben gegen uns einfinden. Die Feinde zu unterschätzen wäre ein verderblicher Fehler. Wollten wir eine vielleicht straffere und solidere Organisation, bessere Leitung und größere Dauerbarkeit für uns in Anspruch nehmen, so bildet doch zum Beispiel der fast bis zum Fanatismus gesteigerte und völlig einheitliche Wille zum Sieg auf französischer Seite schon allein ein schweres Gegengewicht. Unsre Verbündeten werden, wie natürlich, ihre eignen Sorgen in erste Linie stellen müssen. Es bleibt uns also gar nichts anders übrig, als selbst alles, was wirklich kriegstüchtig ist, auf die Beine zu bringen. Geradezu unhaltbar ist der bisherige Zustand, daß, während wir gegen mindestens zwei Fronten zu kämpfen haben, schon Frankreich, trotz seiner um viele Millionen geringeren Bevölkerungszahl, annähernd gleich starke Armeen wie wir sofort aufzustellen vermochte. Nur was mit Beginn des Krieges kampfbereit dasteht, zählt aber für die ersten, fast immer entscheidenden Schläge; was später wird, kann nicht mehr zurückgewinnen, was schon verloren ist.

Daß die bisher unverwendet gebliebenen Kriegstüchtigen in erster Linie zur Vervollständigung und zur Verstärkung der bestehenden Truppenteile verwendet werden sollen, ist nur zu billigen. Die Regimenter bedürfen infolgedessen geringerer Auffüllungen im Kriegsfall; sie bleiben jünger und leistungsfähiger, ganz besonders, wenn sie ihren Bestand an aktiven Offizieren und Unteroffizieren einigermaßen behalten und starke Abgaben an Reservetruppen, Ersatzbataillone usw. entbehrlich werden, was die Vorlage durch Schaffung der nötigsten Führerstellen für diese Formationen erreichen will. Auch die Reservetruppen werden besser; es kann nicht mehr eintreten, daß alte Jahrgänge ausrücken, während jüngere Kräfte unverwendet in den Standorten bleiben und erst notdürftig ausgebildet werden müssen, ehe sie überhaupt einen Kriegswert erreichen. Die Landwehrtruppen werden im wesentlichen der Verwendung im Lande erhalten bleiben.

Die Verstärkung der Bespannungen der Feldartillerie ist längst und allgemein als notwendig anerkannt. Die Neuaufstellung von Maschinengewehrkompagnien ist von größter Bedeutung. Der Aufklärungsdienst kann ohne Luftschiffahrt und Flieger nicht mehr auskommen, aber auch der Schaffung der heute noch fehlenden Kavallerieregimenter nicht entraten. Die Anforderungen an die Pioniere, Eisenbahn- und sonstigen Verkehrstruppen sind gewachsen, der Train kann, trotz aller Entlastung durch Kraftfahrabteilungen usw., in seiner heutigen Verfassung den unendlich vielseitigen Aufgaben, die er im Kriege zu erfüllen hat, schlechterdings nicht mehr genügen. Erhält die Armee die geforderten Erneuerungen von Grund aus, dann wird auch die Achtung vor den deutschen Waffen ihren alten Punkt wieder erreichen.

Frankreich hat uns mit der Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit geantwortet. Es erreicht damit zwar ebenfalls eine erhöhte Schlagfertigkeit

Digitized by Google

seiner Armee, aber mit weit empfindlicheren Opfern. Die schon angekündigte wohlwollende Rücksichtnahme auf das Urlaubsbedürfnis des dritten Jahrgangs kommt außerdem einer Durchbrechung der dreijährigen Dienstzeit schon wieder nahe. Unsre östlichen Nachbarn werden wohl ebenfalls zu Neuaufstellungen veranlaßt werden; wir dürfen indessen hoffen, daß demgegenüber auch Oesterreich-Ungarn sich vorsehen wird.

Deutscherseits kann sich gegen Osten die Verbesserung der Festungen wohl als nützlich erweisen; sie ist in mehrfacher Hinsicht sogar dringlich. Indessen bleibt zu bedenken, daß sich die Verteidigung unsrer langgestreckten Ostgrenze nicht allerorts durch Festungen stützen läßt. Von mobilen Armeen abgesehen, müssen die Festungen selbst so starke bewegliche Besatzungen erhalten, daß der Gegner gezwungen wird, sie zu berücksichtigen. Diese Verbesserung der Besatzungen ist zunächst sogar als noch wichtiger anzusehen wie die Schaffung neuer Fortifikationen.

Die augenfällige Rolle, die die türkischen „Festungen" im letzten Balkankriege gespielt haben, darf nicht zu falschen Schlüssen führen. Janina und Skutari waren als Ortsbesitz erwünschter Siegespreis für Griechen bzw. Montenegriner; der Kampf um sie hat eine Bedeutung für die Entscheidung im großen überhaupt nicht erlangt. Der Kampf um Adrianopel trat erst in den Vordergrund, nachdem die bulgarische Offensive, die vorerst nur die allernotwendigste Rücksicht auf die Festung genommen hatte, vor den neu eingetroffenen türkischen Kerntruppen an der Tschataldschalinie zum Stehen gekommen war. Auch vor Adrianopel wurde dann lediglich um den Ortsbesitz gekämpft. Die Entscheidung im ganzen hing allein davon ab, ob die türkische Tschataldschaarmee die Offensive zu ergreifen und damit das Glück zu wenden vermochte. Im übrigen waren die der Hauptsache nach aus Erdschanzen und Drahthindernissen entstandenen türkischen Befestigungen weder als Festungen in unserem Sinne anzusehen, noch waren auf seiten der Angreifer die Mittel vorhanden, um wirkliche Festungen zu bezwingen.

Die starken Anforderungen für die Armee lassen es zusammen mit den notwendigen Aufwendungen für die Marine natürlich als völlig gerechtfertigt erscheinen, daß nach Ersparnissen gesucht wird. Maßgebend muß dabei bleiben, daß die Entscheidung im Kriege für uns unter allen Umständen auf dem Lande fällt. Trotzdem können wir aber auch eine schlagfertige und auf voller Höhe stehende Flotte nicht entbehren; sie hat unsere Küsten offen zu halten und muß imstande sein, durch Offensive aus dem für sie geschützten Bereich auch einem sehr überlegenen Feind verderblich zu werden. Vielleicht und hoffentlich hindert sie damit einen weiteren Gegner, sich leichten Herzens auf die uns feindliche Seite zu schlagen. Eine Steigerung der Anforderungen für die Marine über dies Ziel hinaus müßte die Landarmee schädigen.

Auch für die Armee mag jede überflüssige oder nebensächliche Ausgabe, soweit sie als solche nachgewiesen werden kann, fallen, aber immer bleibt zu bedenken, daß es sich im Kriegsfalle um die Erhaltung unsrer staatlichen Existenz

Digitized by Google

überhaupt handeln wird und daß ungerechtfertigte Sparsamkeit zu üblen Folgen führen kann. Gegen jeden Einspruch sollte an der vollen Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten werden. Was sonst als unentbehrlich zu erachten ist, wurde oben schon besprochen. Außer der Verstärkung des Offizierkorps ist besonders auch die Hebung des Unteroffizierstandes von Bedeutung. Je besser u. a. die Aussichten sind, die der Unteroffizier nach beendeter Dienstzeit in bürgerlicher Beamtenstellung findet, um so tüchtigere Kräfte werden wir für die Ausbildung haben.

Daß die Verpflegung des Mannes trotz der erdenklichsten und sinnreichsten Maßnahmen der Truppenteile immer noch durch heimatlichen Nachschub gestützt werden muß und daß darunter, bei aller Kameradschaftlichkeit im Heere, der Minderbemittelte leidet, leuchtet ohne weiteres ein. Daß die Pferde unsrer Kavallerie und Artillerie bei ihren höchst dürftigen Rationen, trotz aller Aufbesserungsversuche, zur Entwicklung ihrer vollen Leistungsfähigkeit kaum kommen, ist ebensowenig zweifelhaft. Ob zur Verminderung der Kosten für die Unterkunft, für Schießstände, Uebungsplätze usw. die Wiederbelegung kleinerer Städte beitragen kann, ist wohl hinreichend erwogen worden.

Als sehr richtig ist es schließlich anzuerkennen, daß die Neubildungen nicht wieder auf eine Reihe von Jahren verteilt werden sollen. Dazu ist die Zeit nicht geeignet.

Nun noch kurz einige Worte über die finanzielle Deckung. Es ist nicht wegzuleugnen, daß gerade die immer wiederholten Klagen über unerträgliche Belastung bei unsern Gegnern den Irrglauben erst hervorgerufen haben, daß wir am Ende unsrer Leistungen seien, daß es nur eines kräftigen Stoßes bedürfe, um dies halb bankrotte und dazu durch politische Unzufriedenheit geschwächte Staatsgebilde kurzerhand über den Haufen zu werfen. Tatsächlich und selbst dem Laien erkennbar hat jedoch der deutsche Markt in den letzten Monaten gegenüber äußerster Inanspruchnahme eine Widerstandsfähigkeit erwiesen, die nur auf allersolidester Grundlage erwachsen konnte. Auch für die neuen Forderungen wird sich daher bei gutem Willen die nötige Deckung noch beschaffen lassen, besonders freilich deshalb, weil sie unter den bestehenden politischen Verhältnissen eben beschafft werden muß. Erweist sich die Belastung auf die Dauer wirklich als zu schwer, so mag in minder kritischen Zeiten darüber entschieden werden, was an Erleichterungen gewährt werden kann. Der Gedanke einer einmaligen kräftigen Besteuerung der größeren Vermögen ist ziemlich allgemein als glücklich empfunden worden; schade nur, daß er durch langes Lagern gar zu sehr in die Breite gegangen ist und an Charakter verloren hat.

Die Behauptung, daß wir die neue Vorlage weniger sachlicher Erwägung wie den Treibereien von Kriegsparteien, dem Wehrverein, alldeutschem Chauvinismus usw. zu verdanken hätten, bedürfen eigentlich kaum ernstlicher Widerlegung. „Deutscher Chauvinismus" ist Phrase und blühender Unsinn zugleich. Was hat der Deutsche mit dem Chauvin oder dem Miles gloriosus zu tun? Tiefer sittlicher Ernst ist es zum Beispiel wie 1813 auch 1870 gewesen, der die Be-

Digitized by Google

wegung des deutschen Volkes trug. Trotz unerhörter Siege keinerlei Ueberhebung und bezeichnend für die Stimmung im ganzen Heere das einfache Wort des Königs: „Welch eine Wendung durch Gottes Fügung." Auch heute wird das nicht anders sein.

Die Pflege der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes, die der Wehrverein will, kann ihm nur gedankt werden; das weichmütige Weltbürgertum des gebildeten Deutschlands hat schon einmal unheilvoll an unserm Niedergang mitgewirkt. Die Schulung des Volkes im Heere, wie wir sie wieder erreichen, wiegt mehr als alle Jungdeutschlandbünde, Pfadfinder usw., die an sich, besonders in Großstädten, Erfreuliches leisten mögen, aber im wesentlichen doch nur die Volksteile erfassen, die dem nationalen Gedanken noch nahestehen. Wir müssen und werden es auch erreichen, daß jeder Mann sich seiner Dienstzeit gern erinnert.

Der äußerste Radikalismus glaubt, durch Verbreitung der ihm innewohnenden Kulturideen den Ausbruch eines Krieges verhindern zu können. Möge ihm die Enttäuschung erspart bleiben, daß er an dem Wahn noch festhält, während seine angeblich gleichdenkenden ausländischen Freunde längst die Muskete auf den Rücken genommen haben werden.

Einführung zweijähriger Dienstzeit in der Marine

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

Der Gründer des Reiches, Kaiser Wilhelm I., der Große, erklärte einst als Prinzregent im Dezember 1859 zur Frage, welche Dauer für die Dienstzeit des Soldaten festzusetzen sei:

„Der General Grolmann rühmte sich einst, er wolle einen Rekruten in einem Jahre ausexerzieren. Ich antwortete ihm, dies sei viel zu lange, drei Monate genügten vollkommen; aber einen Soldaten auszubilden, getraute ich mir kaum innerhalb dreier Jahre. Zwei Jahre hindurch würde er durch Dressur und Instruktion vollständig übermannt, erst im dritten Jahre lerne er sich fühlen, bekäme er Sinn für die Würde des Rockes, für den Ernst des Berufs, und zöge der Standesgeist bei ihm ein, ohne welchen eine Armee nicht bestehen könne."

Ein goldenes Wort, das bestehen bleiben wird, solange die Weltgeschichte den Namen seines Verkünders als eines der größten Soldaten und Heerführers aller Zeiten preisen wird! Und doch, wie bald nach seinem Tode hat es sein Volk vergessen, hat es geglaubt, klüger zu sein als sein Lehrer, als der, der ein Vater des Vaterlandes war im reinsten, im vollkommensten Sinne des Worts, der in einem ungewöhnlich langen und schicksalsreichen Leben Erfahrungen zu sammeln Gelegenheit hatte wie selten jemand vor oder nach ihm! Schon

Digitized by Google

die Söhne jener Helden, die unter Führung ihres großen Königs in den Schlachten dreier großer Kriege den Beweis von der Wahrheit seines Königsworts geliefert hatten, hielten sich für klüger und rüttelten an der vom Vater ererbten dreijährigen Dienstzeit im Heere, änderten sie für die Fußtruppen in zweijährige; nur für die berittenen, die technischen und die Spezialtruppen wagten auch sie es noch nicht, an der dreijährigen Dienstzeit zu rühren, sahen vielmehr ein, daß überall da, wo es sich außer der Ausbildung mit der Waffe auch noch um Ausbildung auf andern Gebieten, wie im Reiten, in technischen Fertigkeiten u. dgl. mehr, handle, von der dreijährigen Dienstzeit nicht abgegangen werden könne.

Daß bei der Marine, welcher der Kampf auf dem andern Element, dem Wasser, sowie der an der Grenze beider Elemente, an der Küste, zufällt, welche somit eine Spezialtruppe von hervorragend technischem Charakter darstellt, eine kürzere als dreijährige Dienstzeit gar nicht in Frage kommen könne, daran hat weder bei ihrer Gründung noch später irgend jemand gezweifelt. Im Gegenteil war es höchstens fraglich, ob man nicht, wie in andern Ländern, für die Marine längere Dienstzeit, vier- oder fünfjährige, wählen müsse, um sie instand zu setzen, zu erfüllen, was man von ihr erwartet. Doch der Geist der Zweifler und Nörgler ließ auch hier keine Ruhe, hüllte sich in den Mantel der Allwissenheit und wagte es, an der von allen Fachleuten längst als zu kurz erkannten dreijährigen Dienstzeit in der Marine zu rütteln und zunächst mal schüchtern nur für Matrosenartillerie und Marineinfanterie die zweijährige Dienstzeit zu fordern.

„Erst im dritten Jahre lerne der Soldat sich fühlen, bekäme er Sinn für die Würde des Rocks, für den Ernst des Berufs, und zöge der Standesgeist bei ihm ein." Diese Eigenschaften, ohne die weder das Heer noch die Marine ehrenvoll vorm Feinde bestehen können, zu erwerben, sagt das Kaiserwort, bildet die Aufgabe des dritten Dienstjahres.

Dieses Wort hat für die Marine im vollsten Sinne Geltung. Denn es bedeutet, daß erst im dritten Dienstjahre sich der Mann die Sicherheit, Ruhe und Würde erwirbt, die ihn in der geschlossenen Panzerbatterie, im Torpedoraum tief unter der Wasserlinie, im Kohlenbunker, vor den Kesselfeuern, an der Minensperre oder dem Signalturm ruhig weiter seine Pflicht erfüllen läßt, wenn auch dicht neben ihm die Granaten, Torpedos oder Minen explodieren, ohne daß er imstande ist, sich zu decken oder auch überhaupt nur etwas vom Feinde zu sehen. Das erfordert Ruhe, Selbstbeherrschung, Aufopferung, wie sie nur derjenige hat, der versteht, wie die verwickelte Kriegsmaschine, an der er nur ein kleines Rad ist, zusammenarbeitet, wie seine so unscheinbare Mitwirkung dabei ebenso notwendig ist wie die des Leiters, wie nur Aushalten und treueste Pflichterfüllung jedes einzelnen zu verhindern vermag, daß die ganze Maschine stillsteht, daß der ersehnte Erfolg ausbleibt. Also Verständnis für den „Ernst des Berufs", „Standesgeist", mithin moralische Stärke ist es, die der Soldat im dritten Dienstjahre lernt, die gewissermaßen der Arbeit der

Digitized by Google

ersten beiden Jahre, die die rohe Arbeit darstellen, erst die Politur, den Schliff verleiht, der für den Wert des ganzen von höchster Bedeutung ist. Im Landkriege gibt es für den Zaghaften vielleicht noch Wege, der feindlichen Kugel zu entgehen: er kann sich drücken, sich verletzt stellen, sich decken, schließlich sogar davonlaufen. Im Seekriege ist das alles unmöglich, da heißt es nichts als ausharren, das kalte, nasse Grab unter, den lieben Gott über sich. Das erfordert die höchste moralische Stärke, die denkbar ist, eine Stärke, wie sie in keinem Friedensberuf, auch nirgends sonst im Kriege erforderlich ist.

Wenn vorstehend kurz der Nachweis zu führen versucht wurde, daß in der Marine das dritte Dienstjahr nicht entbehrt werden kann, weil es zur Aneignung moralischer Eigenschaften für die große Masse der Mannschaften unbedingt notwendig ist, so bleibt noch zu untersuchen, ob es, um in dem oben gewählten Bilde zu bleiben, überhaupt möglich oder ausführbar wäre, die rohe Arbeit während zweier Dienstjahre so früh zu Ende zu bringen, daß in ihnen auch noch der Schliff des dritten Jahres Platz fände.

Bereits die Tatsache, daß die Marine eine wesentlich technische Truppe und daß die Mehrzahl der Marinemannschaften Spezialisten sind, läßt zwar vermuten, daß das nicht der Fall sei. Es möge dieses aber für die beiden Truppengattungen der Marine, für die jetzt gesetzliche Festlegung zweijähriger Dienstzeit gefordert wird, im einzelnen nachgewiesen werden.

Vorher aber sei noch darauf hingewiesen, was das Kaiserwort als Aufgabe der beiden ersten Dienstjahre bezeichnete; es sagte, daß in ihnen der Soldat durch Dressur und Instruktion vollständig übermannt würde. Unter Dressur des Soldaten ist hier die körperliche Umbildung zu verstehen, die der Rekrut, roh und ungehobelt, wie er aus der Heimat kommt, erfahren muß, um ihn zu militärischer Verwendung geeignet zu machen, ihn zum Waffendienst zu befähigen und darin zu üben. Daß der Soldat hierdurch und durch Instruktion, was er zu tun und zu lassen hat im Frieden und im Kriege, vollständig übermannt werde, will besagen, daß damit die zwei Jahre gänzlich ausgefüllt wären, daß mithin für die moralische Stärkung, die Abklärung des in den ersten beiden Jahren zusammengeschütteten Gemischs keine Zeit mehr übrig sei. Auch für die Marine trifft dieses vollkommen zu. Nachdem die Rekruten in der ersten infanteristischen Ausbildung die körperliche Umbildung erfahren haben, welche aus dem Baumstamm erst den noch roh geformten Klotz herstellt, aus dem sich der gewünschte Körper herausarbeiten läßt, folgt die Ausbildung in dem Dienstzweig, dem sie zugewiesen werden, dem artilleristischen, Maschinen-, Torpedo-, Minen-, Steuermanns- und Signaldienst usw., was das ganze erste Dienstjahr in Anspruch nimmt. Erst im zweiten Dienstjahr kann dann damit begonnen werden, den einzelnen in die Spezialstelle einzuführen, für die er sich im ersten Jahre als geeignet erwiesen hat, und ihn darin so durchzubilden, daß er sie am Ende des Jahres beherrscht. Im dritten Jahre erfolgt dann die Politur, der Schliff, wie bereits geschildert, womit sich Verwendung als Lehrer und Instrukteur der jüngeren Jahrgänge verbinden läßt. So wird mit dem Abschluß

Digitized by Google

des dritten Jahres ein Grad der Vollkommenheit erreicht, der die Gewähr bietet, daß das in der aktiven Dienstzeit Erlernte auch noch jahrelang im Beurlaubtenstande haften bleibt, so daß, wenn der Tag der Anwendung des Erlernten im Ernstfalle kommt, die Gewähr guter Leistungen vorliegt.

Doch gehen wir nun zur Prüfung über, ob bei Matrosenartillerie und Marineinfanterie sich Erfüllung der jetzt in drei Jahren zu erledigenden Aufgaben in zwei Jahren ermöglichen läßt, ob es ohne Beeinträchtigung der Leistungen und ohne Erhöhung der bisher dafür aufgewendeten Geldmittel geschehen kann.

Vorbemerkt sei hier, daß es sich nur noch um die in der Heimat befindlichen Truppen dieser beiden Waffengattungen handelt, da die Befürworter zweijähriger Dienstzeit bereits belehrt worden sind, daß die in den Kolonien befindlichen Truppen unbedingt dreijährige Dienstzeit behalten müssen, weil infanteristische Ausbildung, Aus- und Heimreise sowie Eingewöhnung in die so verschiedenen kolonialen Verhältnisse allein ein Jahr in Anspruch nehmen, somit bei zweijähriger Dienstzeit unmöglich wäre, einen Stamm ausgebildeter Leute in der Kolonie zu haben, was zur Sicherheit der Kolonie durchaus geboten ist.

Matrosenartillerie

Die Befürworter zweijähriger Dienstzeit bei der Matrosenartillerie haben als Begründung dessen angeführt, daß sich bei den Fußartillerieregimentern, denen die Küstenverteidigung der Festungen Swinemünde, Weichselmünde, Pillau und Borkum obliegt, die daselbst bereits eingeführte zweijährige Dienstzeit bewährt habe, also auch für die den gleichen Aufgaben in Friedrichsort, Kuxhaven, Geestemünde, Wilhelmshaven und Helgoland dienenden Matrosenartillerieabteilungen angebracht sei. Sie haben aber dabei übersehen, daß die Aufgaben tatsächlich nicht die gleichen, sondern höchstens insofern ähnliche sind, als beiden Truppengattungen die Bedienung von Küstengeschützen obliegt. Verschieden aber sind die Aufgaben dadurch, daß die Geschütze nach Zahl, Kaliber und Gattung sehr voneinander abweichen, und daß den Matrosenartillerieabteilungen auch die Verteidigung auf dem Wasser mittels Minen, Sperren und andern Hindernismitteln obliegt. Ist es doch ohne weiteres klar, daß der Schutz von Kiel, der Elbe- und Wesermündung, von Wilhelmshaven und Helgoland ganz andre, ungleich stärkere Verteidigungsmittel erfordert als der von Swinemünde, Weichselmünde und Pillau. Der Wert der zu schützenden Objekte ist eben ein ungleich höherer.

Doch wie beeinflußt die Dauer der Dienstzeit die Dienstzweige der Matrosenartillerie im einzelnen?

a) Der Artilleriedienst

Man unterscheidet in den Befestigungen der einzelnen Küstenplätze zwei Verteidigungslinien: die ihrer Lage und Armierung nach stärksten und wichtigsten Werke und Batterien bilden die erste Verteidigungslinie. Ihnen liegt im Kampf

Digitized by Google

die Hauptarbeit ob, sie müssen gegen Ueberfälle auch im Frieden jederzeit gefechtsbereit sein, erfordern daher bereits im Frieden eine nach Zahl und Ausbildungsstand vollkommene Besatzung, welche mithin nur aus aktiven Mannschaften, und zwar solchen, die das erste Ausbildungsjahr hinter sich haben, bestehen darf. Wenn nun jetzt, bei dreijähriger Dienstzeit, die Zahl der Mannschaften des zweiten und dritten Jahrgangs gerade ausreicht zur Besetzung der ersten Verteidigungslinie, so ist klar, daß dieses bei zweijähriger Dienstzeit nicht mehr der Fall sein würde, wenn die Gesamtzahl in beiden Fällen dieselbe sein müßte.

Dieses trifft aber um so mehr zu, als auch die Werke der zweiten Verteidigungslinie, deren Gefechtsbereitschaft erst bei Ausspruch des Kriegszustandes hergestellt wird, die mithin durch Mannschaften des Beurlaubtenstandes besetzt wird, nicht völlig aktiver Leute entbehren können. Denn die wichtigeren Stellen der Batteriemannschaften, wie Geschützführer und Entfernungsmesser, welche dauernd in Uebung gehalten werden müssen, um ihre Leistungsfähigkeit nicht zu verlieren, müssen ebenfalls den aktiven Mannschaften entnommen werden.

Man sieht, die Zahl der ausgebildeten Mannschaften, also die Summe des zweiten und dritten Jahrgangs bei dreijähriger Dienstzeit, müßte bei Einführung zweijähriger Dienstzeit jeder Jahrgang erhalten. Also Erhöhung der Etatsstärke jeder Matrosenartillerieabteilung um ein Drittel wäre die Folge der Einführung zweijähriger Dienstzeit.

Dabei ist aber noch nicht berücksichtigt, daß die wichtigsten Stellen der Batteriemannschaften, die Geschützführer, Entfernungsmesser usw., erst im dritten Dienstjahre befähigt sind, ihren Posten auszufüllen, daß diese dann also nur Kapitulanten entnommen werden können, also Leuten, die sich am Schluß ihrer Dienstzeit zur Verlängerung derselben freiwillig verpflichten und dafür entsprechend höhere Löhnung erhalten.

Die Mehrkosten, welche mithin Einführung zweijähriger Dienstzeit bei den Matrosenartillerieabteilungen mit sich brächte, würden recht erhebliche sein, zumal dann auch noch für Kasernenbau, vermehrtes Exerziergerät, vermehrte Schießstände usw. sehr hohe einmalige Beträge bereitgestellt werden müßten.

Würden aber diese Mehrkosten nicht bewilligt, würde Einführung zweijähriger Dienstzeit ohne Erhöhung der Etatsstärke der Abteilungen erfolgen, so geschähe es nur auf Kosten der Leistungsfähigkeit. Denn daß eine Batterie, deren Geschütze nicht voll besetzt sind, oder deren Geschützführer und Entfernungsmesser nicht in Uebung sind, weil sie dem Beurlaubtenstande angehören und nicht dauernd in Uebung gehalten werden konnten, schlechter schießt als eine solche, die nur von aktiven Leuten in voller Zahl bedient wird, das bedarf keines weiteren Beweises.

Dazu kommt dann noch, daß, wie bereits erläutert, den Mannschaften bei zweijähriger Dienstzeit das erforderliche Maß moralischer Stärke mehr oder minder abgeht, welches dem Führer die Sicherheit gibt, daß er sich auf seine Leute verlassen kann, das die Truppen zu zähem Ausharren befähigt, auch wenn nicht alles nach Wunsch geht.

Digitized by Google

b) Sperrdienst

Neben der artilleristischen Küstenverteidigung liegt aber den Matrosenartillerieabteilungen noch die Sperrverteidigung des Fahrwassers der Flußmündungen, der Hafeneinfahrten sowie die Reinhaltung des Fahrwassers von feindlichen Minen, also ihre Beseitigung ob.

Dieser Dienstzweig hat die Eigentümlichkeit an sich, daß die Ausbildung in ihm sehr schwierig ist und viel Zeit erfordert, da es sich dabei außer um die Kenntnis und Bedienung der gefährlichen Sprengkörper noch um die Handhabung und Bedienung von Wasserfahrzeugen, also um seemännischen Dienst handelt, daß er ferner nur in den ersten Tagen der Mobilmachung ein großes Personal erfordert, während später, sobald die Sperren gelegt sind, nur noch solches für den Wachtdienst an den Sperren und für gelegentliche Absuchung des Fahrwassers nach feindlichen Minen benötigt wird. Diesen Eigentümlichkeiten konnte bisher bei dreijähriger Dienstzeit dadurch Rechnung getragen werden, daß mehr oder minder alle Matrosenartilleristen auch im Sperrdienst ausgebildet wurden.

Dieses Verfahren wurde aber nur dadurch ermöglicht, daß stets zwei ältere Jahrgänge vorhanden waren, deren Ausbildungsstand dem schwierigen Dienste gewachsen war und deren Zahl dafür ausreichte. Daß bei Einführung zweijähriger Dienstzeit der eine ältere Jahrgang weder nach Ausbildungsstand noch nach Zahl imstande wäre, seine Aufgabe zu erfüllen, leuchtet hiernach wohl ohne weiteres ein. Die schwierige, gefährliche Bedienung von Minen usw., der seemännische Dienst, die Handhabung der Fahrzeuge, und zwar nicht nur von Ruderbooten, sondern auch von kleinen Dampfern und Motorbooten, und dabei in Gewässern, in denen dauernd mit Flut und Ebbe Strom läuft und die bereits bei mäßigen Winden erheblichen Seegang aufweisen, das alles sind Dinge, die von Leuten des Innenlandes — und die Matrosenartillerieabteilungen rekrutieren sich nur aus dem Innenlande, weil die seemännische und Küstenbevölkerung von der Flotte beansprucht wird — in weniger als drei Jahren einigermaßen erfolgreich nicht erlernt werden können. Darüber sind sich alle Fachleute einig, und von andern als Fachleuten kann es nicht beurteilt werden.

Hinzu kommt, daß die Offiziere der Matrosenartillerieabteilungen nicht ständig bei ihnen verbleiben können, weil es Seeoffiziere sind, die von Zeit zu Zeit immer wieder zur Flotte zurückkehren müssen, wenn anders sie nicht in ihrem eigentlichen Beruf zurückgehen sollen.

Aus vorstehendem leuchtet ein, daß der Sperrdienst unweigerlich Personal von dreijähriger Dienstzeit erfordert, und zwar an sich, nicht nur weil das Sperrpersonal gleichzeitig im Artilleriedienst ausgebildet werden muß. Die Hoffnung der Befürworter zweijähriger Dienstzeit, daß mit gänzlicher Trennung der Sperrmannschaften und der Artilleristen es möglich sei, die Hindernisse für den zweijährigen Dienst zu beseitigen, ist eine trügerische. Das würde wegen der Schwierigkeiten der Ausbildung nicht angängig sein. Allerdings würde solche

Digitized by Google

Maßnahme insofern zu begrüßen sein, als die Ausbildung der Sperrmannschaften dadurch noch gründlicher erfolgen könnte als bisher, aber es müßte dabei sehr erhebliche Vermehrung dieses Personals in Kauf genommen werden. Alles in allem würde es also eine sehr wesentliche Kostenvermehrung bedeuten, ohne daß es dabei gelänge, zur zweijährigen Dienstzeit zu kommen.

Zusammenfassend muß als Ergebnis vorstehender Betrachtung über den Artillerie- und Sperrdienst der Matrosenartillerieabteilungen festgestellt werden, daß Einführung zweijähriger Dienstzeit sich hier durchaus verbietet, weil

1. die Aufgaben und der Dienstbetrieb der Matrosenartillerieabteilungen durchaus nicht denjenigen der Küstenfußartillerieregimenter gleichen, vielmehr viel umfangreicher und schwieriger sind,

2. die Matrosenartillerieabteilungen gleich der Flotte ein drittes Dienstjahr nicht entbehren können, da bei der Vielseitigkeit und Schwierigkeit ihres Dienstes ein drittes Jahr zur Abrundung des in den beiden ersten Erlernten, zur Heranbildung von Spezialisten und zur Erlangung moralischer Stärke durchaus notwendig ist.

Marineinfanterie

Die Aufgaben, welche den in der Heimat befindlichen beiden Seebataillonen, dem ersten in Kiel, dem zweiten in Wilhelmshaven, im Kriege obliegen, sind Uebernahme des bei Eintritt des Kriegszustandes in jeder Festung erforderlichen umfangreichen Garnisonswachtdienstes sowie die Strandbewachung im Bereich der Küstenbefestigungen.

Der Garnisonswachtdienst bezweckt, alles, was zur Kriegführung besonderen Schutzes gegen verbrecherische Handlungen, Aufruhr, Feuersgefahr oder sonstige Zerstörung bedarf, zu bewachen und zu schützen. In Kriegshäfen, wo große Werften und Schiffsreparaturwerkstätten, große Munitions-, Bekleidungs- und Proviantdepots bestehen, wo der Hafen mit vielen auch für die Flotte und die Hafenverteidigung wichtigen Schiffahrtseinrichtungen, wie z. B. Festmachebojen, Landebrücken, Seezeichen, Verkehrsmitteln, ausgestattet ist, müssen nicht nur die der Marine gehörenden Einrichtungen, sondern auch viele den Zivilbehörden oder privaten Gesellschaften und Personen gehörenden bewacht und geschützt werden, wozu aber die Polizeibehörde nicht imstande ist. Die Polizei muß daher im weitesten Maße durch die Seebataillone unterstützt oder ganz ersetzt werden. Es leuchtet ein, daß für diesen Dienst nur Seesoldaten geeignet sind, welche, wie es in dem oben angeführten Kaiserwort hieß, die Dressur und Instruktion der beiden ersten Dienstjahre hinter sich haben und denen bereits der Sinn für die Würde des Rocks, für den Ernst des Berufs, der Standesgeist mehr oder minder in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Auch die Strandbewachung, welche in Beobachtung der Wasserflächen, rechtzeitiger Alarmierung der Garnison, Abwehr feindlicher Boote, Landungstruppen und Sturmkolonnen besteht, erfordert eine größere Zahl von Leuten, die in längerer Dienstzeit gelernt haben, mit Verständnis und Sachkunde die Ereignisse des Küstenkrieges zu beobachten, die erforderliche Erfahrung, Umsicht und Ent-

Digitized by Google

schlußfähigkeit sich angeeignet haben. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei Einführung zweijähriger Dienstzeit die Seebataillone nicht die notwendige Zahl solcher Leute besitzen würden, die z. B. nachts als Wachtposten verwendbar wären, denn feindliche Landungen des Nachts sind erst sehr spät zu erkennen und erfordern Umsicht und schnellen Entschluß der Wachtposten.

Schließlich kommt hinzu, daß auch das erste und zweite Seebataillon jederzeit bereit sein muß, plötzlich in die Kolonien geschickt zu werden, wie das bei den Chinawirren und den Aufständen in Ost- und Südwestafrika geschah, und daß sie dazu doch einen Stamm altgedienter erfahrener, zuverlässiger Leute enthalten müssen, der den Kern der Truppe bildet, der den jüngeren Soldaten mit gutem Beispiele vorangehen kann, auf den unter allen Umständen Verlaß ist.

Schlußergebnis

Der Gedanke, bei der Matrosenartillerie und Marineinfanterie zweijährige Dienstzeit einzuführen, muß nach vorstehenden Betrachtungen als durchaus verfehlt angesehen werden. Denn seine Verwirklichung würde unzweifelhaft die Leistungsfähigkeit dieser Truppen in nicht geringem Maße herabsetzen und würde überhaupt nur möglich sein bei gleichzeitiger erheblicher Erhöhung der Etatsstärken, würde mithin eine wesentliche Mehrbelastung des Marineetats darstellen, der die Gefahr gegenüberstände, daß die Truppen im Ernstfalle nicht das leisten, was von ihnen erwartet wird.

Der Weltwechselgerichtshof

Von

Dr. Felix Meyer, Geheimer Justizrat, Kammergerichtsrat (Berlin)

Das Jahr 1913 wird voraussichtlich einen Markstein der Geschichte der Rechtsausgleichung zwischen einer größeren Zahl der Kulturstaaten bringen. Das von der Haager Wechsel- und Scheckrechtskonferenz im Sommer 1912 entworfene Abkommen über die Vereinheitlichung des Wechselrechts nebst dem die wechselrechtlichen Vorschriften enthaltenden Reglement harrt seiner Ratifizierung. Glücklicher als bei Beginn der Beratungen zu hoffen stand, hat sich ihr Ergebnis gestaltet. Dabei muß zugegeben werden, daß in juristischer Hinsicht dieser definitive Entwurf mehr als das Vorprojekt von 1910 befriedigt. Freilich hat auch er eine Reihe berechtigter Erwartungen in bezug auf seine Anordnung, seinen Inhalt, seine Fassung unerfüllt gelassen. Man kann ihm mehrfach nicht den Vorwurf einer unnötigen Pedanterie, eines allzu starren Festhaltens am geltenden Recht, das auf eine den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechende stetige Weiterentwicklung keine Rücksicht genommen hat, ersparen. Zu groß ist eben immer noch die Zahl derer, denen nach einem treffenden Wort das Neue

Digitized by Google

erst dann annehmbar erscheint, wenn es alt geworden ist. So lag es vielleicht in den Verhältnissen begründet, daß wenn man überhaupt etwas erreichen wollte, dies allein durch eine möglichst strenge Konservierung der bestehenden Normen erzielt werden konnte. Auf der andern Seite hat das Bestreben nach größter Kürze des Gesetzes dazu geführt, eine erhebliche Zahl wichtiger Streitfragen unentschieden zu lassen. Oft ist der Wortlaut dunkel und abweichenden Auslegungen zugänglich. Dazu kommen die zahlreichen Vorbehalte zugunsten der Landesgesetzgebung, welche auch auf dem Gebiet des formalen Wechselrechts der partikularen Legislative einen allzu freien Raum bieten. Endlich wird durch die Vielsprachigkeit der Gesetzestexte in den beteiligten Ländern die Möglichkeit verschiedener Interpretation geschaffen.

So besteht denn in hohem Maße die Gefahr, daß trotz dieser Unifizierung die Rechtsprechung der einzelnen Staaten in vielen, selbst grundlegenden Fragen ihre eignen Wege gehen und die Vereinheitlichung vielfach nur eine äußerliche bleiben wird.

Dieser Erwägung hat sich die internationale Konferenz selbst nicht verschlossen. In zwiefacher Weise will sie solche Folgen zu verhindern suchen. Für die eine von ihr vorgeschlagene Maßnahme bot ihr die Leipziger Wechselrechtskonferenz von 1847, der die deutsche Wechselordnung ihre Entstehung verdankt, das Vorbild. Auch damals mußte man mit einer divergenten Rechtsprechung in den einzelnen deutschen Bundesstaaten rechnen, auch damals fehlte ein höchster Gerichtshof, welcher der Judikatur einheitliche Bahnen hätte weisen können. So empfahlen die Leipziger Delegierten die Einberufung einer neuen Konferenz einige Jahre nach der Geltung des Gesetzes, damit diese die in der Rechtsanwendung hervorgetretenen Unstimmigkeiten und Lücken beseitigen könne. Infolgedessen wurde durch den Beschluß der deutschen Bundesversammlung vom 19. Februar 1857 die in Nürnberg zur Ausarbeitung eines allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches versammelte Kommission mit der Lösung einiger besonders wichtiger Kontroversen betraut, die sich bei dem Gebrauch der Wechselordnung herausgestellt hatten. Durch Bundesbeschluß vom 13. April 1861 geschah dann die Verkündung der Nürnberger Novellen.

In gleicher Weise soll nach dem Vorschlag der Haager Konferenz von 1912 die niederländische Regierung fünf Jahre nach der Ratifikation des Vertrages eine neue Konferenz zur Beseitigung der in der Praxis hervorgetretenen Mängel einberufen. Doch soll schon früher auf ein motiviertes Gesuch von mindestens fünf Vertragsstaaten an die niederländische Regierung eine solche Tagung herbeigeführt werden können.

Indessen dieses Mittel vermag dem durch eine verschiedene Rechtsprechung in den Vertragsstaaten bedingten Uebelstand nur in geringem Maße abzuhelfen. Das Gesetz selbst kann immer nur einzelne wenige Fragen lösen, und sein Einfluß wird im vorliegenden Falle um so enger begrenzt sein, als es von Richtern verschiedener Zunge, verschiedener Vorbildung, verschiedener Verkehrs- und Lebensauffassungen auszulegen ist. Dabei kommt in Betracht, daß der für die

Digitized by Google

internationalen Beziehungen maßgebende Gesetzestext französisch, also in einer Sprache abgefaßt ist, welche manchen Organen der Rechtsprechung jedenfalls nicht ausreichend vertraut sein wird. So erklärt sich der von der Internationalen Konferenz in der niederländischen Hauptstadt ausgesprochene Wunsch nach der Errichtung eines höchsten Gerichtshofes für Wechselsachen im Haag. Es versteht sich von selbst, daß dieser auch über Scheckſachen zu entscheiden haben würde, wenn, wie zu hoffen, ein einheitliches Scheckgesetz zustande kommt.

Auf dem internationalen Handelskammerkongreß in Boston wurde vor dem Syndikus der Korporation der Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, Professor Dr. Apt, beantragt, einen Beschluß dahin zu fassen, daß die Begründung eines solchen Tribunals eine notwendige Ergänzung zur Schaffung eines Weltwechsel- und Weltscheckrechts bilde. Dieser Antrag begegnete dem Widerstand der englischen und amerikanischen Delegierten, und auch die deutschen Vertreter waren darüber nicht einer Meinung. Auf Antrag eines Mitglieds des Rates der Londoner Handelskammer wurde die Einsetzung eines besonderen Ausschusses zur Prüfung der Materie eingesetzt.

In der Tat stellen sich der Ausführung des Gedankens manche Schwierigkeiten entgegen. Die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes ist bisher nur auf dem Gebiet des Völkerrechtes Gegenstand eingehenderer Erörterung gewesen. Die interparlamentarische Union, das Institut de Droit International, die International Law Association, die Friedenskongresse haben sich mit diesem Gegenstand beschäftigt. Insbesondere aber hat die zweite Haager Friedenskonferenz von 1907 ein Abkommen über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes angenommen, welcher neben dem ständigen Schiedshofe der ersten Friedenskonferenz von 1899 als ein wirklicher ständiger Staatengerichtshof eingesetzt werden soll. Daran schloß sich die Vereinbarung eines Prisenhofes, vor dem auch Private ihre Ansprüche gegen fremde Staaten zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit der Wegnahme von Kauffahrteischiffen und deren Ladung sollen geltend machen können. Erst in jüngster Zeit hat man allgemein die Schöpfung eines Gerichtshofs für die Aburteilung von Ansprüchen Privater gegen fremde Staaten befürwortet. Eine Reihe von Handelsvertretungen, wie die Aeltesten der Kaufmannschaft in Berlin, der Handelsvertragsverein daselbst, der Deutsche Handelstag, der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein, der Internationale Handelskammerkongreß in Boston, Männer der Wissenschaft, wie Fischer, Meili, v. Martitz, Mendelssohn-Bartholdy, Nippold, Schücking, Wehberg, Zorn u. a. haben sich für die Errichtung eines solchen Weltgerichtshofes ausgesprochen, und es ist darauf hingewiesen worden, daß es die Aufgabe der dritten Haager Friedenskonferenz bilden werde, dieses Tribunal ins Leben zu rufen. Die zentralamerikanischen Republiken haben bereits im Jahre 1908 einen Gerichtshof zu Cartago in Kostarika errichtet, der über Ansprüche internationalen Charakters zu erkennen hat, die von einem Angehörigen eines der beteiligten Staaten gegen einen andern dieser Staaten erhoben werden. Auch daran hat man schon gedacht, Streitigkeiten über Fragen des internationalen Privatrechts,

Digitized by Google

soweit solche durch die Haager Konferenzen geregelt sind, einem internationalen Gerichtshof zu unterstellen. Aber überall kommen bei diesen Materien völkerrechtliche Elemente mit in Betracht. Im vorliegenden Falle aber soll eine Weltgerichtsbarkeit auf einem beschränkten Gebiete des reinen Privatrechtes zwischen Privatpersonen geschaffen werden.

Schon die Kompetenzfrage ist hier nicht ganz leicht zu regeln. Zwar ist man sich darüber einig, wie es scheint, daß der Gerichtshof in letzter Instanz über Streitigkeiten in Wechselsachen zu befinden hat. (§ 6 des Abkommens über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes.) Allein soll seine Zuständigkeit nur eintreten bei Prozessen zwischen Angehörigen verschiedener Staaten oder auch von Konnationalen, und wie soll eventuell die Kompetenz gegenüber den höchsten Gerichten der einzelnen Länder abgegrenzt werden?

Wenn man wirklich eine einheitliche Rechtsprechung sichern will, so darf man die Tätigkeit dieses Aeropags nicht auf Konflikte von Untertanen verschiedener Staaten beschränken. Auch die hierher gehörigen Differenzen von Angehörigen des gleichen Staates müßten also der Judikatur des neuen Gerichts unterstellt werden. Es fragt sich nur, ob vollkommen oder nur in beschränktem Maße. In dieser Hinsicht taucht zunächst die Frage auf: Soll die Tätigkeit des Weltgerichtshofes, der in gewisser Hinsicht das höchste Landesgericht ausschaltet, an eine Wertgrenze des Streitobjektes gebunden sein? Eine derartige Beschränkung ist unbedingt zurückzuweisen. Das gedachte Tribunal kann nur als Kassationsgericht in das Leben treten, das sich allein mit der Rechtsfrage zu befassen hat, so daß, wenn das angefochtene Urteil als nichtig aufgehoben wird, die Sache an das betreffende Landesgericht zur weiteren Verhandlung und Entscheidung zurückzuverweisen ist. Infolgedessen ist ohnehin die Wirksamkeit des Weltgerichtshofes eine eng bemessene und die Festsetzung einer Wertgrenze nicht erforderlich. Sie würde auch dem Zweck der Institution nicht entsprechen, welche die Interpretation des Wechsel- und Scheckgesetzes einheitlich regulieren soll.

Natürlich kann allein ein Verstoß gegen die Normen des einheitlichen Gesetzes, d. h. sowohl die unrichtige Auslegung, wie auch die unrichtige Anwendung desselben, als Kassationsmittel zugelassen werden. Freilich wird bei der vielfachen innigen Verquickung des formalen und zivilen Wechselrechts von den Richtern dieses höchsten Gerichtshofes eine genaue Kenntnis des einschlägigen bürgerlichen und Handelsrechtes zu verlangen sein, da beide oft für die Interpretation des Wechselgesetzes herangezogen werden müssen. Konkurriert mit dem Verstoß gegen die Normen des einheitlichen Wechselgesetzes auch ein solcher gegen das bürgerliche Recht, so tritt allerdings das unerwünschte Ergebnis ein, daß neben dem Weltwechselgerichtshof auch der höchste Gerichtshof des betreffenden Staates mit der Sache befaßt werden müßte, soweit eine Anrufung desselben im gegebenen Falle nach dem Prozeßgesetz des Landes statthaft ist. Dadurch würde natürlich die Dauer des Rechtsstreits verlängert und auch der Betrag der Kosten erhöht werden. Dem Interesse der Parteien würde

Digitized by Google

es im konkreten Falle vielleicht mehr entsprechen, wenn unter solchen Umständen die Entscheidung in eine Hand gelegt werden könnte. Allein dann würde sich möglichenfalls eine divergente Judikatur zwischen dem Weltwechselgericht und den höchsten Landesgerichten entwickeln können, die unbedingt vermieden werden muß.

Für das Verfahren wäre eine eigne Prozeßordnung zu schaffen. Dabei sind die Prinzipien festzuhalten, wie sie in dem Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes von der zweiten Friedenskonferenz aufgestellt sind, also Abstimmung per majora, Abfassung der Urteile mit Gründen, Angabe der beteiligten Richter, Unterzeichnung von dem Vorsitzenden und dem Gerichtsschreiber, Oeffentlichkeit der Verhandlungen, geheime Beratung des Gerichtshofes, Bewirkung der Zustellungen auf Ersuchen an die Regierung derjenigen Macht, in deren Gebiet die Zustellung erfolgen soll. Eine unbeschränkte Mündlichkeit des Verfahrens wäre weniger zu empfehlen, als nur eine fakultative Mündlichkeit, da es sich ja allein um Rechtsfragen handelt, deren Erörterung doch immer einer eingehenden schriftlichen Vorbereitung bedarf.

Die Prozeßordnungen der Einzelstaaten müßten entsprechend abgeändert werden, insbesondere eine Bestimmung dahin erhalten, daß die dortigen Gerichte die rechtliche Beurteilung des höchsten Wechselgerichtshofs ihrer weiteren Entscheidung zugrunde zu legen haben.

Nach Art. 23 des erwähnten Projektes der zweiten Haager Friedenskonferenz sowie nach Art. 24 des Abkommens über die Errichtung des internationalen Prisenhofs trifft der Gerichtshof selbst die Entscheidung, welcher Sprache er sich bedienen wird und welche vor ihm gebraucht werden dürfen. Für die hier vorliegenden Privatrechtsstreitigkeiten möchte es geraten sein, die Hauptidiome, nämlich Deutsch, Englisch und Französisch, als gleichwertig nebeneinander zuzulassen; doch müßte es den Parteien anheimgestellt bleiben, Schriftsätze auch in andern Sprachen einzureichen. Falls keine besondere Bestimmung über die anzuwendende Sprache getroffen wird, sollte die französische als Gerichtssprache gelten.

Während zu dem Schiedsgerichtshof der Friedenskonferenz die Richter möglichst aus den Mitgliedern des ständigen Schiedshofes zu wählen sind, muß eine solche Beschränkung hier ebenso wie bei der Besetzung des Prisenhofs fortfallen, da das Arbeitsfeld der Richter des Wechselgerichtshofes ein völlig andres ist. Sonst wird auch hier der Gerichtshof aus Richtern und Hilfsrichtern zusammenzusetzen sein, welche zum höchsten Richteramt in ihrer Heimat qualifiziert sind. Man wird aber auch Rechtsgelehrte von notorischer Sachkenntnis auf dem Gebiet des Wechselrechts zulassen dürfen, wie dies in entsprechender Weise Art. 2 des Projektes eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes vorsieht. Um jedoch zu verhüten, daß eventuell Personen zweifelhafter Sachkunde aus politischen oder persönlichen Rücksichten mit einer solchen Ehre bekleidet werden, könnte man die Anstellung derartiger Persönlichkeiten von der Genehmigung der übrigen Staaten abhängig machen.

Die Amtsdauer der Richter ist auf Lebenszeit oder mindestens doch auf

Digitized by Google

einen Zeitraum von zwölf Jahren unter Vorbehalt der Wiederernennung festzusetzen, damit die Kontinuität der Judikatur gesichert bleibt. Das Abkommen über den internationalen Prisenhof beschränkt die Amtsdauer der Richter auf sechs Jahre.

Gehalt und Rang der Richter müßte dem Einkommen und der Position der Richter des ständigen Schiedsgerichtshofes im wesentlichen gleich sein. Art. 9 des mehrfach erwähnten Entwurfes eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes wirft eine jährliche Entschädigung von 6000 niederländischen Gulden und von täglich 100 Gulden während der Ausübung des Amtes im Laufe der Tagungen oder in den besonders vorgesehenen Fällen aus. Daneben beziehen die Richter das Einkommen aus ihrem heimatlichen Amt fort. Außerdem sind die Reisekosten zu erstatten. Man muß bedenken, daß die Richter in völlig fremde Verhältnisse eintreten, einen neuen Wohnsitz begründen, die ihnen lieb gewordenen heimatlichen Beziehungen aufgeben müssen, und daß eine zu geringe Besoldung auch die Stellung selbst kompromittiert und die besten Elemente abschreckt.

Zweifelhaft ist, wie die Richter auf die einzelnen Nationen zu verteilen sind. Man könnte jedem Staate das Recht zugestehen, mindestens einen Richter zu ernennen, doch könnten sich eventuell mehrere kleinere Staaten, besonders wenn sie dem gleichen Sprachengebiete angehören, darauf beschränken, zusammen einen Richter zu bestellen, während den Großmächten zu gestatten wäre, entsprechend der Zahl ihrer Einwohner mehrere Richter zu entsenden. Auch bei den gemischten Gerichtshöfen in Aegypten stellen die meistinteressierten Staaten, wie Deutschland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Italien, Oesterreich-Ungarn, die Niederlande und Rußland, mehrere Richter. Bei der zweiten Haager Friedenskonferenz wurde eingehend das Rotationssystem erörtert, nach dem nicht alle Richter die gleiche Zeit hindurch tätig sind, sondern ihre Amtsdauer nach der Bedeutung des betreffenden Staates, dem sie angehören, abgestuft wird, so daß nur die Richter der Großmächte volle zwölf Jahre hintereinander amtieren dürften. So sind nach Art. 15 des Abkommens über die Errichtung eines internationalen Prisenhofes nur die von Deutschland, den Vereinigten Staaten von Amerika, Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan und Rußland bestimmten Richter zu einem ständigen Sitz befugt, während die Richter der übrigen Vertragsmächte auf die einzelnen Jahre der sechsjährigen Amtsdauer nach einer besonderen Liste verteilt sind. Da es sich bei dem Weltwechselgerichtshof um Angelegenheiten rein juristischer Art handelt, für welche die Nationalität der Richter nicht von Belang sein sollte und überdies bei jedem Rechtsstreit doch nur ein geringer Teil dieser Richter mitzuwirken berufen ist, so fällt die politische Bedeutung der einzelnen Staaten für die Ernennung der Richter nicht so ausschlaggebend ins Gewicht wie bei der Besetzung eines auf völkerrechtlichem Gebiete tätigen Tribunals, wofern nur die Rechtskenntnis und Unparteilichkeit der einzelnen Mitglieder des Gerichtshofes gesichert ist.

Ein Kollegium von sieben Richtern würde zur Entscheidung der Rechts-

Digitized by Google

streitigkeiten für genügend erachtet werden können. Eine Besetzung mit acht Richtern, wie sie das gemischte Obergericht in Alexandrien aufweist, erscheint nicht zweckentsprechend, schon wegen der Schwierigkeit der Abstimmung, falls sich für zwei widersprechende Ansichten auf jeder Seite die gleiche Anzahl von Richtern findet. Die eventuelle Nichtbeachtung der Stimme des im Range jüngsten Richters, wie es der Entwurf eines Abkommens über die Errichtung eines Schiedsgerichtshofes vorschlägt,[1]) kann für die regelmäßigen Sitzungen nicht empfohlen werden, da die wissenschaftliche Bedeutung des Richters mit seinem Dienstalter nichts zu tun hat, und vielleicht gerade der jüngste der hervorragendste Jurist ist. Für den Fall, daß ein Senat von einer seiner früheren Entscheidungen oder von der Entscheidung eines andern Senats oder des Plenums abweichen will, müßte eine Entscheidung von sämtlichen Senaten ergehen, für welche dann ausnahmsweise die Abstimmung bei einer geraden Zahl der Anwesenden, entsprechend dem Art. 27 des mehrfach angezogenen Haager Abkommens, angeordnet werden könnte.

Durch eine zu Anfang des Geschäftsjahres seitens des Präsidiums oder des in Art. 49 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle bestimmten Verwaltungsrates aus den im Haag beglaubigten diplomatischen Vertretern der Vertragsmächte und dem niederländischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten als Vorsitzenden erlassene Geschäftsordnung sind die Geschäfte an die einzelnen Senate zu verteilen und die Richter für die verschiedenen Sitzungen sowie deren Stellvertreter im voraus zu bestimmen. Doch müßte darauf Bedacht genommen werden, daß möglichst bei der Entscheidung des Rechtsstreites mindestens ein Richter von der Nationalität der Parteien mitwirkt. Dies würde jedenfalls dann gar keine Bedenken haben, falls sich der Prozeß zwischen Konnationalen abspielt. Aber auch wenn die streitenden Teile verschiedenen Staaten angehören, hat die Mitwirkung je eines Richters der in Betracht kommenden Staaten keine Gefahr für die Unparteilichkeit der Rechtspflege, da sich eventuell die Stimmen der beiden Richter der betreffenden Nationalitäten gegeneinander aufheben; sie würde aber den großen Vorteil bieten, das Kollegium über die etwa in Frage kommenden Bestimmungen des Zivil- und Handelsrechts und die Rechtsprechung der beiden Staaten zu informieren und die Einholung besonderer Gutachten ersparen. Gute Dienste könnte nach dieser Richtung hin noch ein aus hervorragenden Juristen der verschiedenen Kulturstaaten zu errichtendes Institut für ausländisches Recht leisten, dessen Aufgabe sich natürlich nicht in dieser Auskunftserteilung für den Weltgerichtshof zu erschöpfen hätte.

Die Zahl der Senate richtet sich nach der Bedürfnisfrage. Bei ihrer Zusammensetzung wäre darauf Bedacht zu nehmen, daß möglichst Richter derjenigen Staaten einen Senat bilden, in deren Ländern die gleiche Sprache gesprochen wird und deren Rechtssysteme einander nahestehen. Eine reine Zweck-

[1]) § 139 des deutschen Gerichtsverfassungsgesetzes.

Digitized by Google

mäßigkeitsfrage ist es, ob ein besonderer Senat eingerichtet werden soll, welcher, wie in Frankreich, über die Zulassung der Kassation an einen andern Senat einen Vorbescheid ohne kontradiktorische Verhandlung erläßt (Chambre des requêtes). Nach diesseitigem Erachten erscheint eine solche Institution nicht erforderlich.

Weiter ist zu prüfen, ob Anwaltszwang einzuführen ist und wer als Prozeßbevollmächtigter vor diesem Gerichtshof fungieren darf. Im Interesse der Rechtspflege und der Würde des höchsten Gerichtshofes ist die Vertretung der Parteien durch Rechtsanwälte für erforderlich zu erachten. Eine Unterscheidung zwischen avocats und avoués entbehrt hier der sachlichen Begründung. Die Befugnis zur Ausübung der Anwaltspraxis vor dem höchsten Gerichtshof wird an dieselben Bedingungen zu knüpfen sein, wie sie für die Tätigkeit der Sachwalter vor den höchsten Gerichtshöfen der Vertragsstaaten gestellt werden. Es würde sich aber empfehlen, die Zulassung der Anwälte außerdem noch von dem Beschluß des Präsidiums des höchsten Gerichtshofes oder des mehrfach genannten Verwaltungsrats laut Art. 49 des Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle abhängig zu machen, um eine Garantie der Befähigung für diese zur Mitwirkung bei der so verantwortungsvollen Judikatur berufenen Personen zu schaffen.

Aus der vorstehenden Skizze ergibt sich, daß die Schwierigkeiten, welche der Schöpfung eines derartigen internationalen Gerichtshofes entgegenstehen, keineswegs unüberwindlich sind. Seine Errichtung ist in hohem Maße erwünscht; denn ihm kommt nicht nur Bedeutung für die Auslegung des uniformen Gesetzes zu, er wird nicht nur die Einheitlichkeit der Rechtsprechung wahren, sondern auch auf die Fortentwicklung des Rechtes selbst den größten Einfluß ausüben, vornehmlich aber ein Bindeglied mehr zwischen den Kulturvölkern schaffen, das Bewußtsein ihrer Solidarität stärken und der großen internationalen Justizorganisation auch auf andern Gebieten die Wege bahnen.

Berichte aus allen Wissenschaften

Mißstände im preußischen Kirchensteuerrecht

Die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden in Preußen sind berechtigt, zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse von ihren Mitgliedern Steuern zu erheben. Die nähere Regelung dieser Befugnis erfolgte für die katholischen Gemeinden durch ein staatliches Gesetz (1905), für die Gemeinden der sieben evangelischen Landeskirchen durch mehrere kirchliche und staatliche Gesetze (1905/06). Das Vorbild dieser inhaltlich fast ganz übereinstimmenden Kirchensteuergesetze bildete das preußische Kommunalabgabengesetz (1893). Nach seinem Muster gestaltete der Gesetzgeber sowohl den Regelfall, daß ein Zensit nur in einer einzigen Kirchengemeinde steuerpflichtig ist, als auch den besonderen Fall, daß ein Zensit in mehreren Kirchengemeinden seiner Konfession Steuern zu zahlen hat. Im letzteren Fall gilt es wie

Digitized by Google

im Gemeinde-, so auch im Kirchensteuerrecht, den Gesamtsteuerbetrag auf die mehreren Gemeinden so zu verteilen, daß jede von ihnen einen angemessenen Anteil empfängt und daß zugleich dem Steuerpflichtigen aus der Verteilung des Gesamtsteuerbetrages keine steuerliche Mehrbelastung erwächst. Während das Gemeindesteuerrecht beiden Erfordernissen in gebührender Weise Rechnung trägt, läßt sich die Art und Weise, wie das Kirchensteuerrecht jenes Problem gelöst hat, nicht als restlos befriedigend bezeichnen. Weder den Interessen der Kirchengemeinden noch denen der Steuerpflichtigen ist der Gesetzgeber vollauf gerecht geworden.

Benachteiligt sind solche Kirchengemeinden, in denen ein Steuerpflichtiger sich längere Zeit aufhält, ohne darin einen Wohnsitz zu begründen. Kirchensteuerpflichtig sind nur diejenigen Glaubensgenossen, welche einer Kirchengemeinde durch ihren Wohnsitz angehören. Durch den bloßen Aufenthalt in einer Kirchengemeinde wird die Steuerpflicht nicht begründet, mag der Aufenthalt noch so lange andauern, mag er sogar seiner Natur nach auf eine gewisse Dauer berechnet sein. Die Kirchengemeinde ist nicht in der Lage, einen solchen Glaubensgenossen, obwohl er ihre kirchlichen Einrichtungen benutzt — z. B. ständig den Gottesdienst besucht, im Krankheitsfalle regelmäßige seelsorgerliche Besuche des Pfarrers erhält, am heiligen Abendmahl teilnimmt —, zur Mittragung der kirchlichen Lasten heranzuziehen. Sie erhält von ihm keinen Gegenwert für das, was sie ihm zur Befriedigung seiner kirchlichen Bedürfnisse bietet. Er genießt die Vorteile der Kirchengemeinde, ohne zu ihren Lasten beizusteuern. Kirchliche Beiträge entrichtet er nur in derjenigen Kirchengemeinde, der er durch Wohnsitz angehört, nicht auch in der Kirchengemeinde, in der er seinen, wenn auch noch so lange währenden Aufenthalt genommen hat. Für eine Verteilung seines steuerpflichtigen Einkommens auf die beiden Kirchengemeinden fehlt die rechtliche Voraussetzung. Anders im Gemeindesteuerrecht. Gemeindesteuerpflichtig ist nicht nur, wer in der Gemeinde wohnt, sondern auch ein Neuanziehender, der sich in der Gemeinde, ohne darin Wohnsitz zu nehmen, länger als drei Monate aufhält. Hat ein solcher Neuangezogener in einer andern Gemeinde einen Wohnsitz, so liegt die Voraussetzung für die Verteilung seines steuerpflichtigen Einkommens auf die beiden Gemeinden vor. Es hat also an dem Steuerbetrage eines solchen Zensiten nicht nur die Wohnsitzgemeinde Genuß, sondern auch die Aufenthaltsgemeinde, deren Einrichtungen der Zensit zu nutzen in der Lage ist. Wird diese Regelung des Gemeindesteuerrechts den Interessen einer Aufenthaltsgemeinde nicht ganz anders gerecht als die gegenwärtige Regelung des Kirchensteuerrechts?

Benachteiligt sind aber auch die Interessen der Steuerpflichtigen. Wie oben bereits bemerkt, soll ihnen aus der Verteilung des Gesamtsteuerbetrages auf eine Mehrheit steuerberechtigter Kirchengemeinden keine steuerliche Mehrbelastung erwachsen. Solches wäre aber der Fall, wenn bei dieser Verteilung einzelne Steuerobjekte eine mehrfache steuerliche Berücksichtigung erführen, wenn in einer Mehrzahl von Gemeinden ein und dasselbe Steuerobjekt jedesmal in vollem Umfange zu kirchlichen Beiträgen herangezogen würde. Der Verhütung einer solchen „Doppelbesteuerung" dienen besondere gesetzliche Vorschriften, die sich jedoch in vereinzelten Fällen als unzulänglich erweisen.

Den Maßstab für die Umlegung der Kirchensteuer auf die einzelnen Pflichtigen bildet die Staatssteuer, in erster Linie die Staatseinkommensteuer. Doch können die Kirchengemeinden auch ältere, von den Vorschriften der Kirchensteuergesetze abweichende Steuerordnungen zugrunde legen. Eine solche ältere Umlageordnung liegt zum Beispiel vor, wenn die Steuerpflicht nicht lediglich auf der kirchlichen Gemeindemitgliedschaft beruht, sondern sich auf außerhalb des kirchlichen Gemeindeverbandes stehende Personen, welche im Kirchspiel keinen Wohnsitz, wohl aber Grundstücke besitzen — Ausmärker oder Forensen —, erstreckt. Wenn daher eine solche Kirchengemeinde von ihrer Befugnis zur Umlegung der Steuer nach der älteren Umlageordnung Gebrauch macht, ist sie in der Lage, nicht nur das Einkommen der ihr angehörenden Glaubensgenossen, sondern auch das Einkommen, welches jene ihr nicht angehörenden Ausmärker aus ihren im Kirchspiel belegenen Grundstücken

Digitized by Google

ziehen, kirchlich zu besteuern. Wird nun ein solcher Ausmärker, der dieses sein sog. Forensaleinkommen bereits in der Belegenheitsgemeinde versteuern muß, in seiner Wohnsitzkirchengemeinde nach der Umlageordnung des neuen Kirchensteuergesetzes zu Kirchensteuern herangezogen, so wird bei dieser Heranziehung jenes Forensaleinkommen als Bestandteil seines Gesamteinkommens zum zweiten Male kirchlich besteuert. Alsdann liegt offenbar eine Doppelbesteuerung vor, indem der Zensit von einem und demselben Steuerobjekt, nämlich dem Forensaleinkommen, zweimal, erstens in seiner Wohnsitzkirchengemeinde — und zwar zu vollem Recht nach der neuen Umlageordnung — und zweitens in der Belegenheitskirchengemeinde — und zwar zu vollem Recht nach der älteren Umlageordnung — zu Kirchensteuern herangezogen worden ist. Einen Schutz gegen diese Doppelbesteuerung bietet das bestehende Kirchensteuerrecht nicht. Denn seine auf Verhütung einer Doppelbesteuerung abzielenden Vorschriften gelten nur für den Fall der Konkurrenz zweier Wohnsitzkirchengemeinden. Die Möglichkeit der Konkurrenz einer Wohnsitzkirchengemeinde mit einer Kirchengemeinde, in der der Zensit, ohne daß er dort Wohnsitz hat, kirchlich besteuert wird, ist vom Gesetzgeber gar nicht berücksichtigt und daher im Gesetz nicht geregelt worden.[1])

Aber selbst da, wo es sich um die Konkurrenz zweier oder mehrerer Wohnsitzkirchengemeinden handelt, versagen die Handhaben, welche das geltende Recht zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung bietet, bisweilen. Nehmen wir zunächst einmal den Fall an, ein Zensit werde von seiner Kirchengemeinde rechtmäßig zur Kirchensteuer herangezogen. Er hat die Steuer bezahlt, die Einspruchsfrist ist verstrichen. Darauf wird er von einer zweiten Kirchengemeinde seiner Landeskirche zur Steuer herangezogen. Alsdann gewährt ihm das Gesetz folgenden Rechtsbehelf, um die bevorstehende Doppelbesteuerung abzuwenden. Es läßt an Stelle des Einspruchs gegen die Heranziehung in jeder einzelnen Gemeinde einen Antrag auf Verteilung des kirchensteuerpflichtigen Einkommens auf die mehreren Gemeinden zu. Dieser Verteilungsantrag muß binnen einer Frist von vier Wochen, welche mit dem ersten Tage nach erfolgter Steuerforderung seitens der zweiten oder weiteren Kirchengemeinde beginnt, von dem Zensiten gestellt werden. Dieser ist also in der Lage, eine Verteilung des Steuerbetrages auch dann noch herbeizuführen, wenn er einen früher erhaltenen Steuerzettel bezahlt hat und die Einspruchsfrist hier längst verstrichen ist. Verändern wir diesen Fall nun aber dahin, daß die zweite Kirchengemeinde, welche den Zensiten nachträglich zur Kirchensteuer heranzieht, einer andern preußischen Landeskirche angehört. Nach dem Gesetzestext würde der Verteilungsantrag auch jetzt noch, und zwar in gleicher Weise wie im vorhin besprochenen Falle, vor der drohenden Doppelbesteuerung schützen. Anders dagegen nach der aus den Ausführungsbestimmungen ersichtlichen Rechtsauffassung der Zentralkirchenbehörden, insbesondere des Oberkirchenrats. Da sich die Praxis der kirchlichen Verwaltungsbehörden nach dieser (wenn auch rechtsirrtümlichen)[2]) Auffassung richten wird, besteht tatsächlich im letzterwähnten Falle für den Zensiten kaum Hoffnung, die Zurückforderung des in der ersten Kirchengemeinde infolge der zweiten Heranziehung zuviel bezahlten Steuerbetrages mit Erfolg geltend zu machen. Er wird vielmehr auf Billigkeitsgesuche und auf das Entgegenkommen jener Kirchengemeinde angewiesen sein.

Wie sind diese Mißstände des preußischen Kirchensteuerrechts abzustellen? Daß Fälle der bezeichneten Art nicht allzu häufig vorkommen werden, ist kein Grund, auf die Forderung nach Abhilfe zu verzichten. Im ersten Falle, bezüglich des fehlenden Besteuerungsrechts einer Aufenthaltskirchengemeinde, bietet sich angesichts der unzweideutigen gesetzlichen Vorschriften kein andrer Ausweg als der der Gesetzesänderung. Ob die zuständigen Faktoren sich dazu bereit finden werden, diese Novelle zu erlassen, erscheint allerdings deshalb etwas fraglich, weil der Grundsatz der Beschränkung der Besteuerungsbefugnis auf Wohnsitzkirchengemeinden nicht ohne reifliche Ueberlegung in die Kirchensteuergesetze aufgenommen worden

[1]) Vgl. Preuß. Pfarrarchiv, Bd. 3, S. 289 ff.
[2]) Nachweis im Preuß. Pfarrarchiv, Bd. 5, S. 10 ff.

Digitized by Google

ist. Dagegen werden sich die gesetzgebenden Faktoren dem Verlangen nach einer Beseitigung der nicht nur theoretisch bestehenden, sondern auch praktisch schon verwirklichten Möglichkeit der doppelten Besteuerung von Forensaleinkommen kaum verschließen können. Auch hier bildet die Abänderung des bestehenden Rechtes das einzige Mittel; der Versuch, diesen Uebelstand auf anderm Wege zu beseitigen, ist von der Rechtsprechung des Königlichen Oberverwaltungsgerichts mit vollem Recht als untauglich zurückgewiesen worden. Daß der Gesetzgeber hier eingreifen wird, ist um so eher zu erwarten, als die bestehende Härte lediglich auf falsche legislatorische Behandlung[1]) des Entwurfes des geltenden Gesetzes zurückzuführen ist. Und endlich wird auch im letzten Falle (der Nichtgewährung des Verteilungsantrages beim Zusammentreffen zweier Kirchengemeinden, die verschiedenen preußischen Landeskirchen angehören) endgültige Abhilfe nur vom Eingreifen des Gesetzgebers zu erwarten sein, es müßten denn die kirchlichen Zentralbehörden aus eigner Initiative oder, nachdem die Rechtsprechung in einem praktischen Falle die irrtümliche Auslegung des Gesetzes richtiggestellt, ihre Ausführungsanweisungen mit dem Gesetzestext in Einklang bringen; als der sicherste und darum zweckmäßigste Weg empfiehlt sich gleichwohl die authentische Interpretation des Gesetzes. Wirksam und dauernd abzuhelfen ist demnach den bis jetzt hervorgetretenen Mißständen im preußischen Kirchensteuerrecht allein durch den Erlaß von Novellen zu den einzelnen Kirchensteuergesetzen.

Professor Dr. jur. Friedrich Giese in Posen.

Literarische Berichte

Dahiel der Konvertit. Roman von Rich. Voß. Neue Ausgabe mit einem Vorwort von Prof. Dr. Fr. v. d. Leyen. Gebunden M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Infolge der schroffen Unduldsamkeit, mit der sich der Naturalismus der Literaturperiode von 1870 bis 1890 gegenüberstellte, ist manchem hochbegabten Dichter, manchem poesievollen Werk lange die gebührende Anerkennung vorenthalten geblieben, und man beginnt vielfach erst jetzt dem Schaffen jener mit so viel Unverstand und Uebelwollen kritisierten Zeit gerecht zu werden. Auch Richard Voß, einer der glänzendsten Vertreter ihrer literarischen Ideale und Bestrebungen, hat trotz zahlreicher großer Erfolge im Drama und im Roman bisher bei weitem nicht die Wertschätzung genossen, die sein reiches, feuriges, von einer unerschöpflichen Phantasie befruchtetes Talent verdient, und es durfte daher den Dichter mit doppelter Genugtuung erfüllen, daß unlängst zu seinem sechzigsten Geburtstage ihm und seinem Genius gerade ein ausgesprochen Moderner von bestem Namen, Alfred Walter Heymel, mit besonderer Wärme huldigte. Heymel machte damals u. a. auf den sehr zu Unrecht halb vergessenen „Dahiel" als auf eine seiner merkwürdigsten und vollendetsten Schöpfungen wieder aufmerksam und hat damit augenscheinlich den Anstoß zur Veranstaltung der vorliegenden Neuausgabe gegeben. Es ist in der Tat schwer zu verstehen, daß dieses packende Werk, das Voß auf der Höhe seiner Schaffenskraft zeigt und eine Fülle echter poetischer Werte enthält, nicht längst zu den meistgelesenen Romanen unsrer Zeit zählt. „Die Schönheiten und die Rührung," heißt es treffend in v. d. Leyens Vorwort, „die Liebe, die Macht der Phantasie, die Höhe und Reife der Erzählung, die gerade des Dichters beste Schöpfungen auszeichnen und seiner ganzen Kunst die Form aufprägen, sie alle bringt uns der Dahiel. Er hat Schilderungen der römischen Landschaft von einer Leuchtkraft und einer Anschaulichkeit, einer pittoresken Größe und einem überquellenden Jubel der Schönheit, wie sie in keiner Dichtung von Voß sich vollendeter finden." Vielleicht werden diese notgedrungen kurzen Hinweise auf das nicht neue, aber jugendfrische, gehaltvolle Buch dazu beitragen, ihm Leser zu werben, die es zu würdigen wissen. R. D.

Einführung in die Psychologie. Von W. Wundt. Leipzig, R. Voigtländers Verlag.

Dies Büchlein muß zunächst im Hinblick

[1]) Pfarrarchiv, Bd. 3, S. 297 ff.

Digitized by Google

auf die Person des Verfassers aufrichtige Bewunderung erwecken. Wer möchte glauben, daß ein fast Achtzigjähriger mit solcher Frische schreiben kann, und daß jemand, der ungezählte Male denselben Gegenstand in Vorlesungen behandelt und darüber drei größere, oft aufgelegte und veränderte Bücher verfaßt hat, von neuem mit solcher Entdeckerlust an die Probleme herantritt! Aber auch rein sachlich angesehen, verdient die kleine Schrift unsre Bewunderung. Mit einem ganz einfachen Instrument, nämlich dem Metronom, demonstriert Wundt dem Leser den wesentlichsten Inhalt einer Psychologie des Bewußtseins, er führt ihn dann mit sicherer Hand und auf bequemen Wegen zu richtigen allgemeinen Erkenntnissen, und er entläßt ihn als jemand, der nicht nur Tatsachen gelernt, sondern sie auch wirklich verstanden hat. Wir alle müssen unserm Altmeister für diese Gabe dankbar sein. D.

Moderne Technik. Die wichtigsten Gebiete der Maschinentechnik und Verkehrstechnik allgemeinverständlich dargestellt durch zerlegbare Modelle. Unter Mitwirkung hervorragender Fachmänner herausgegeben von Ingenieur H. Blücher. Mit 1391 Abbildungen im Text und 15 zerlegbaren Modellen. Zwei Bände in Leinen gebunden M. 40.—. Leipzig, Bibliographisches Institut.

In der großen Zahl der in den letzten Jahren erschienenen Werke, die weiteren Kreisen von Gebildeten aller Berufe das Verständnis und den Einblick in die Errungenschaften der modernen Technik vermitteln wollen, wird ohne Zweifel dem Blücherschen Werke die führende Rolle zuerkannt werden müssen. Die einzelnen Abschnitte des Werkes sind von tüchtigen Fachmännern geschrieben und durch gute Bilder illustriert, wobei die Gründlichkeit und Sorgfalt angenehm berühren, die auch dem unscheinbaren Arbeitsgerät seinen Platz gönnt und nicht nur die Schaustücke und Bravourleistungen der modernen Technik berücksichtigt. Freilich verlangt diese Art der Behandlung ernstere Leser als die vielfach so beliebten technischen Bilderwerke, die uns die letzten Jahre gebracht haben. Auf einzelne kleine Wünsche näher einzugehen, die der technisch gebildete Leser vielleicht noch an den Textband stellen mag, ist hier nicht der Platz, da es in erster Linie Zweck dieser Zeilen ist, der Technik Fernerstehende auf das hervorragende Werk aufmerksam zu machen, das besonders auch in seinem Modellatlas einen fast unerschöpflichen Quell der Belehrung bietet. In fünfzehn bis ins einzelne zerlegbaren farbigen Modellen werden hier die wichtigsten Typen der Maschinen- und Verkehrstechnik bis zum lenkbaren Luftschiff und Flugapparat vorgeführt, und es ist für den technisch interessierten Laien ein wahres Vergnügen, an der Hand der Modelle und der dazugehörigen Beschreibungen mühelos in das Verständnis des Aufbaues und des Zusammenwirkens der einzelnen Teile einzudringen. Angesichts der sehr kostspieligen Herstellung der Modelle ist der Preis des Werkes sehr niedrig zu nennen. G. K.

Timoleon und Immanuel. Dokumente einer Freundschaft. Briefwechsel zwischen Friedrich Christian zu Schleswig-Holstein und Jens Baggesen, herausgegeben von Hans Schulz. Leipzig, S. Hirzel. 464 Seiten. M. 11.50.

Der Briefwechsel, der hier in schön gedrucktem und ausgestattetem Bande vorliegt, gehört zu den hervorragendsten Sammlungen dieser Art, die in den letzten Jahren erschienen sind. Ein Fürst und ein Dichter, dieser ein genialer Flackergeist, jener ausgezeichnet durch edelstes Menschentum, Hochherzigkeit und Zartsinn — es ist derselbe, der Schiller ein Jahresgehalt aussetzte —, beide hochgebildet und an den geistigen Bewegungen ihrer Zeit leidenschaftlich Anteil nehmend. In dreifacher Hinsicht ist dieser Briefwechsel bedeutungsvoll: wir erleben wie in einem spannenden, guten Roman den ganzen Verlauf dieser Freundschaft in ihrem Werden, ihren Höhepunkten und Erschütterungen; zugleich ziehen die großen politischen Ereignisse, insbesondere die der französischen Revolution, an uns vorüber; endlich enthalten diese Briefe eine überquellende Fülle philosophischer und kulturgeschichtlicher Ideen. So lernen wir dieses Werk bewundern und liebgewinnen als Charakterbild, als Beitrag zur Zeitgeschichte, als Weltanschauungsbuch. Der Herausgeber, dem wir für diese Veröffentlichung allen Dank schuldig sind, gibt in der Einleitung wertvolle Fingerzeige zum Verständnis der Briefe; er hätte nur auch mit erläuternden Anmerkungen weniger sparsam sein sollen. Br.

Ueber Ruheübungen und Ruheübungs-Apparate. — Zur Psychologie und Hygiene des Denkens. Zwei Vorträge von Leo Hirschlaff. Berlin, Verlag von Julius Springer.

Der bekannte Nervenarzt, der zugleich ein gründlich durchgebildeter Psychologe ist, geht in dem ersten Vortrag von der Tatsache aus, daß jede ununterbrochene Tätigkeit zur Erschöpfung führt, daß demnach auch die Nerven von Zeit zu Zeit Ruhe brauchen; er prüft nun, wie diese Ruhe für erkrankte Nerven zu erzeugen und durchzuführen ist. Das Prinzip seiner Uebungen und Apparate besteht, wie er selbst sagt, „in einer absichtlichen Entspannung der gesamten willkürlichen Körpermuskulatur, in dem möglichsten Fernhalten von äußeren Sinnesreizen und in einer

Digitized by Google

systematischen geistigen Konzentration". Auch der zweite Vortrag kommt auf diese Dinge zurück, enthält aber außerdem eine Psychologie der Erkenntnistätigkeiten, die der Beachtung wert ist, obwohl sie teilweise zu ausschließlich an einer bestimmten Schulrichtung der neueren Psychologie orientiert ist.

D.

Die Zwölf Propheten. In den Versmaßen der Urschrift übersetzt. Von D. Bernh. Duhm, Basel. Tübingen, Mohr. (XXXIX, 142 S., kl. 8°.) M. 1.60.

Versmaße der Aussprachen der hebräischen Propheten gibt es, von einzelnen Partien abgesehen, wahrscheinlich gar nicht. Der Versuch von Duhm, die angeblichen Versmaße nachzuahmen, bringt viele sprachliche Härten mit sich, wie man zum Beispiel sieht an „Da schwindet dem Schnellen Zuflucht, der Starke strafft seine Kraft nicht, der Bogenschütze steht nicht, der Lenker des Rosses schirmt nicht" (Amos 2, 14 f.). Auch manche überkühne Vermutung betreffs der Zeit einzelner Prophetenschriften macht den Wert des Buches zweifelhaft.

Ed. König.

Die englische Verfassung seit 100 Jahren und die gegenwärtige Krisis. Von Professor Dr. Walter Parow. 8°. 234 S. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 4.80.

Das vorliegende Werk kommt dem großen Interesse, welches in Deutschland für die innerpolitischen Verhältnisse Englands immer größer wird, sehr entgegen. Die im vereinigten Königreiche herrschenden eigenartigen Formen des Verfassungslebens erschweren das Verständnis für dasselbe und namentlich für den Kampf, welchen die demokratische Idee gegen die Macht des englischen Oberhauses bereits seit einem Jahrhundert führt. Nach drei Stufen des Fortschrittes in dieser Richtung, welcher sich geschichtlich in den sog. Parlamentsreformen von 1832, 1868 und 1885 ausdrückt, steht gegenwärtig Großbritannien in der aktuellen Krise, welche eine radikale Verkörperung der demokratischen Idee anstrebt. Es ist ein eigenartiges Mittel, das die Form für den Gedanken im politischen Leben des vereinigten Königreiches geben soll: das „Referendum". Für das kontinentale Verfassungsleben ist dieser Ausdruck wohl wenig verständlich. Das Wesen aber, durch welches die Demokratisierung der britischen Verfassung erkämpft werden soll, ist nichts andres als das Plebiszit für Verfassungsänderungen, welches jedoch weder über Anregung der Regierung noch der des Parlaments oder gar einer Partei eingeholt werden könnte, sondern obligatorisch, gleichsam automatisch bei jeder beabsichtigten Verfassungsänderung in die Erscheinung treten müßte. Das vorliegende Werk behandelt die englische Verfassungsgeschichte und namentlich den gegenwärtigen aktuellen Gipfelpunkt des großbritannischen Verfassungslebens in überaus anschaulicher, verständnisvoller und verständlicher Weise; es wird daher viele interessierte Leser finden.

Schroeder-Teschen.

Der Ursprung des Menschen oder die gegenwärtigen Anschauungen über die Abstammung des Menschen. Von Professor Dr. Alois Schmitt. Gr.-8° (XII u. 118). Freiburg, Herdersche Verlagshandlung. M. 2.40.

Der Verfasser ist ein Gegner der Entwicklungslehre, aber einer, der seine Arbeit ernst nimmt und mit seinem Thema gründlich vertraut ist. Schade, daß auch er sich nicht immer frei davon halten kann, seinen Gegnern vorzuwerfen, daß sie ihrer Anschauung wegen die Tatsachen der Wissenschaft vergewaltigten. Kann sich denn der Verfasser gar nicht vorstellen, daß es Forscher gibt, die der Entwicklungslehre allein deshalb anhängen, weil sie eben der Ansicht sind, daß die aufgedeckten Tatsachen unter allen Theorien am meisten für sie sprechen? Man muß doch nicht überall Religionsfeinde wittern! Die Menschheit hat das Recht, von dem augenblicklichen Stand ihrer Wissenschaft zu erfahren. Und wenn man diesen, abgesehen von allen andern Motiven, zu einer Theorie zusammenfassen will, so ist die plausibelste solcher Theorien die Entwicklungslehre. Darum ist der Einwurf, der die Quintessenz des Buches darstellt, die Tatsachen seien nicht beweisend für die Entwicklungslehre, ein Kampf gegen Windmühlen. Das leugnet ja niemand! Jede einzelne Tatsache beweist freilich nichts, wohl aber machen alle zusammen die Entwicklungslehre durchaus wahrscheinlicher als die Schöpfungstheorie, und der gewissenhafte Forscher hat das Wahrscheinlichere anzunehmen, ohne Rücksicht auf andres.

K. Guenther.

Digitized by Google

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Blüher, Der Schutz der Arbeitswilligen. Dresden, F. Emil Boden, G. m. b. H.

Bode, Dr. Wilhelm, Stunden mit Goethe. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. M. 1.—.

Bornstein, Paul, Friedrich Hebbels Gesammelte Werke. 1. Bd. Wesselburen. 2. Bd. Hamburg-Heidelberg. München, Georg Müller. Geh. à M. 5.—, geb. à M. 8.—.

Dobsky, Artur, Freude an der Kunst. Das Wissenswerteste aus dem Gebiete der Kunstgeschichte in gemeinverständlicher Darstellung zur Anregung für die reifere Jugend und für Erwachsene. Stuttgart, Loewes Verlag, Ferdinand Carl.

Fidler, Fritz, Vom Zuge der Menschheit. I. Teil. Hamburg, C. Erich Behrens Verlag. Brosch. M. 3.—, geb. M. 4.—.

Goerke, Franz, Leuchtende Stunden. Eine Reihe schöner Bücher. Band III: Fürst, Arthur, Das Reich der Kraft. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus G. m. b. H. Kart. M. 1.75, geb. M. 2.80.

Goldscheid, Rudolf, Internationale Verständigung. Heft 2/3: Friedensbewegung und Menschenökonomie. Berlin, Verlag der Friedens-Warte. M. 1.—.

Harms, Bernhard, Volkswirtschaft und Weltwirtschaft. Versuch der Begründung einer Weltwirtschaftslehre. Jena, Gustav Fischer. M. 14.50.

Hartmann, Dr. Arthur, Ludwig Uhland. Ein Volksbuch. Stuttgart, W. Spemann. M. 2.—.

Jaenicke, Hermann, Von Tilsit bis Leipzig. (1807—1813). Berlin, R. Eisenschmidt. Brosch. M. 3.—, geb. M. 3.75.

Jürgensen, Jürgen, Die große Expedition. Ein Kongoroman. Frankfurt a. M., Literarische Anstalt Rütten & Loening. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Kahlenberg, Hans von, Sünde. Roman. Berlin, Vita, Deutsches Verlagshaus. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.50.

La Revue Roumaine. 1 & 2. Bucarest, 10, Str. Lucan. à Fr. 1.25.

Le Roy, Edouard, Une Philosophie Nouvelle Henri Bergson. Paris, Librairie Félix Algan. Fr. 2.50.

Mederow, Paul Wolfgang, Gottfried August Bürger. Der Roman seines Lebens in seinen Briefen und Gedichten. Berlin, Morawe & Scheffelt.

Mendheim, Dr. Max, Ludwig Uhland. Bielefeld, Velhagen & Klasing. 60 Pf.

Molo, Walter von, Ums Menschentum. Ein Schillerroman. Berlin, Schuster & Loeffler. Geh. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Moraht-Steger, Geschichte des Feldzuges in Rußland im Jahre 1812. Hamburg, Richard Hermes. Brosch. M. 4.—, geb. M. 5.—.

Nationale Jugendvorträge, veranstaltet von der Ortsgruppe Karlsruhe des deutschen Ostmarkenvereins. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. M. 1.20.

Neue Bahnen. Illustrierte Monatsschrift für Erziehung und Unterricht. Herausgeber: F. Lindemann und R. Schulze. 24. Jahrgang. Heft 1. Leipzig, R. Voigtländers Verlag.

Oppenheimer, Dr. med. et phil. Franz, Die soziale Frage und der Sozialismus. Eine kritische Auseinandersetzung mit der marxistischen Theorie. Jena, Gustav Fischer. M. 1.20.

Perger, Arnulf, System der dramatischen Technik. Weimar, Alexander Duncker. M. 2.50.

Rohn, Gustav, Diderot. Zweite Satire. (Rameaus Neffe.) Wien, J. Eisenstein & Cie.

Rosenberger, W., Lehrgang der praktischen Weltsprache Reform-Neutral. Zürich, Rascher & Cie. M. 2.—.

Saager, Adolf, Blüchers Briefe an seine Frau. Stuttgart, Robert Lutz. Brosch. M. 2.—, geb. M. 3.50.

Salomon, Prof. Dr. Felix, Die deutschen Parteiprogramme. Zwei Hefte. Leipzig und Berlin, B. G. Teubner. à M. 1.80.

Salzer, Professor Dr. Anselm, Illustrierte Geschichte der Deutschen Literatur. 50. Liefg. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H. à M. 1.—.

Thompson, Francis, Ignatius von Loyola. Ein Heiligenleben. Kempten und München. Jos. Kösel'sche Buchhandlung. M. 3.20.

Treitschke, Heinrich von, Briefe. 1. Band. Herausgegeben von Max Cornicelius. Leipzig. S. Hirzel. M. 10.—.

Wintzer, Richard, Menschen von anderem Schlage. Ein Buch für Kämpfer und Freie. 2 Bände. Leipzig, Otto Wigand m. b. H. Geh. M. 10.—, geb. M. 12.—.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Oesterreich-Ungarn und Rußland

Von einem österreichischen Politiker

Das Antlitz Europas hat sich verändert. Die Türkei, das alte Schmerzenskind der Kabinette, hat bis auf einen kargen Rest ihren europäischen Besitz verloren, und auf ihren Trümmern beginnen die benachbarten christlichen Staaten sich häuslich einzurichten. Eine Frage, die nicht erst seit Kaiser Nikolaus' Prophezeiung von dem nahen Ende des „kranken Mannes" die Mächte beschäftigt, hat, wie nicht anders zu erwarten war, eine gewaltsame, aber gewiß ihre natürlichste Lösung gefunden. Daß dieser gewaltige Umsturz trotz der vielfach gegnerischen Interessen der Großmächte sich vollziehen konnte, ohne daß daraus ein europäischer Krieg entstand, ist, abgesehen von dem allgemeinen Friedensbedürfnisse, in erster Linie der Uneigennützigkeit und dem Entgegenkommen Oesterreich-Ungarns sowie der korrekten Haltung Rußlands zu verdanken.

Diese beiden Mächte waren ja von jeher die Protagonisten auf dem Theater der Balkanhalbinsel. Freilich verfolgt die orientalische Politik der Habsburger und jene der Romanows ganz verschiedene Ziele. Oesterreich befand sich vom Anfang an der Türkei gegenüber in der Defensive; es hatte sich gegen die Einfälle türkischer Horden zu schützen, die sengend und brennend die innerösterreichischen Provinzen durchzogen, wiederholt mit den ungarischen Aufständischen im Bunde waren und zweimal sogar bis vor die Mauern Wiens gelangten, wo sie sich freilich die Köpfe wund schlugen. Nachdem aber die Offensivkraft der Türkei einmal gebrochen war, konnte sich Oesterreich keinen ruhigeren Nachbarn wünschen wie sie, und es hatte nur dafür zu sorgen, daß ihm der Weg zum Aegäischen Meere und die Donau abwärts nicht durch feindselige Nachbarn verlegt werde. Daraus ergab sich für das Habsburgerreich das politische Dogma der Erhaltung der Türkei, des territorialen und politischen Statusquo. Rußlands Politik dagegen war von jeher von expansiven Tendenzen geleitet. Lange bevor Katharina II. daran dachte, ihren Enkel zum Beherrscher des byzantinischen Reiches zu machen, wollte sich Großfürst Iwan durch seine Verheiratung mit der Tochter des letzten Paläologen einen Erbanspruch auf das oströmische Reich erwerben (1472). Alle Pläne einer Teilung des türkischen Reiches gingen auch bis auf die jüngste Zeit von Rußland aus. Je mehr die Widerstandsfähigkeit

Digitized by Google

des Ottomanischen Reiches abnahm und je mehr Rußland den Zeitpunkt herannahen sah, wo seine Träume in Erfüllung gehen sollten, um so mehr wurde ihm klar, daß es dabei mit einer andern Macht zu rechnen habe, die vermöge ihrer geographischen Lage und in Verfolgung defensiver Ziele von der andern Seite her in bedenkliche Nähe gerückt und in der Lage war, seine Wege zu kreuzen. Zur selben Zeit, als Eugen von Savoyen das habsburgische Banner auf den Mauern von Belgrad aufpflanzte, bemächtigte sich Peter der Große Asows und brauchte nur mehr die Hand auszustrecken, um ans Schwarze Meer zu gelangen. Von dieser Zeit her datiert die Rivalität Oesterreichs und Rußlands auf der Balkanhalbinsel. So viele Wandlungen die Beziehungen der beiden Mächte in den letzten zwei Jahrhunderten auch durchgemacht haben, waren sie stets durch dieses Motiv veranlaßt. Es gab Zeiten eines intimen, vertrauensvollen Verhältnisses, Zeiten einträchtigen Zusammenwirkens, aber auch Perioden tiefgehender Mißverständnisse, Augenblicke, wo es schien, ein kriegerischer Zusammenstoß sei unvermeidlich, ja er stehe unmittelbar vor der Türe. Immer wieder drang aber die Erkenntnis durch, daß die beiden Nachbarreiche so viele übereinstimmende Interessen, so mannigfaltige Berührungspunkte haben, daß sie notwendig auf ein gutes Einvernehmen angewiesen sind.

Ein kurzer historischer Rückblick möge hier zur Bekräftigung dieses Satzes seinen Platz finden. Die erste Allianz zwischen den beiden Kaiserreichen, die sich auf die Türkei und auf Polen bezog, datiert aus dem Jahre 1726. Peter der Große war durch das siegreiche Vordringen der Habsburger beunruhigt und wollte sie nicht allein die orientalische Frage regeln lassen. Fast ein halbes Jahrhundert verging, bis Rußland mit Oesterreich, das inzwischen durch andre Fragen in Anspruch genommen war, neuerdings wegen eines gemeinsamen Vorgehens gegen die Türkei in Verbindung trat. Zwischen Josef II., damals noch Mitregenten seiner Mutter, und Katharina II. entwickelte sich in den Jahren 1772 bis 1781 eine lebhafte Korrespondenz über die Teilung des türkischen Reiches. Zweimal, 1780 und 1787, suchte Josef die Zarin in ihrem Reiche auf. Die erste Zusammenkunft fand in Mohilew statt, von wo sich Josef nach Moskau und Petersburg begab, um schließlich einige Wochen in Zarskoje Selo zu verbringen. Maria Theresia schrieb damals an ihre Tochter Marie Antoinette: „Man hat zwar nicht verhandelt, aber er (Josef) scheint das Glück gehabt zu haben, die falschen und tief eingewurzelten Vorurteile gegen uns zu zerstreuen." Schon im folgenden Jahre fand indes eine Verständigung über die gemeinsam zu verfolgenden Ziele statt. Zum zweiten Male begegneten sich die Herrscher in der Krim. Wie großen Wert Josef II. auf ein gutes Verhältnis zu Rußland legte, bezeugt die Tatsache, daß er noch auf dem Sterbebette Katharina brieflich bat, das vertrauensvolle Verhältnis, das zwischen ihnen bestand, auf seinen Nachfolger zu übertragen.

Nun kamen die Zeiten der Französischen Revolution und der Koalitionskriege. Der Kampf gegen das revolutionäre Frankreich nahm das Interesse und die Mittel Oesterreichs ausschließlich in Anspruch. Nichtsdestoweniger gedachten

Digitized by Google

Frankreich und Rußland im Tilsiter Frieden bei der Verteilung der türkischen Beute auch seiner und wiesen ihm ein Gebiet zwischen den geträumten russischen und französischen Erwerbungen mit Saloniki zu. Auf dem Wiener Kongreß vermied man es, sich mit den Orientfragen zu beschäftigen, und in den österreichisch-russischen Beziehungen, soweit sie damit zusammenhängen, trat ein längerer Stillstand ein. Die offene Begünstigung des griechischen Freiheitskampfes durch Rußland stand in direktem Widerspruch mit der konservativen Politik Metternichs, der überdies mit der Unterdrückung der freiheitlichen Bewegung in Italien, Spanien und Deutschland vollauf beschäftigt war. Erst bei einer Zusammenkunft der Monarchen in Münchengrätz, 1833, wurde die Frage eines einvernehmlichen Vorgehens gegen die Türkei von Kaiser Nikolaus wieder aufgeworfen, ohne aber bei Metternich auf viel Verständnis zu stoßen.

Die fünfziger Jahre brachten eine Reihe von Begegnungen zwischen den beiden Monarchen. Um ihm für seine erfolgreiche Hilfe gegen Ungarn persönlich zu danken, suchte Franz Josef seinen väterlichen Freund, den Zaren Nikolaus, 1850 in Warschau auf, welcher Besuch noch im selben Jahre in Olmütz erwidert wurde. Zwei Jahre später kam der Zar nach Wien, 1853 nochmals nach Olmütz und im selben Jahre Franz Josef nach Warschau. Die Intimität, für welche diese wiederholten Besuche ein beredtes Zeugnis ablegen, sollte aber bald eine empfindliche Abkühlung erfahren. Die Haltung Oesterreichs während des Krimkrieges, die man ihm in Petersburg als schweren Undank anrechnete, warf tiefe Schatten auf dieses Verhältnis. Es bedurfte langer Jahre, bis sich das frühere Vertrauen wieder einstellte. Eine Begegnung der beiden Monarchen in Weimar 1857, ein Besuch Franz Josefs in Warschau 1860 blieben politisch ergebnislos. Erst das Zusammentreffen der drei Kaiser in Berlin 1872 schuf erfreulichen Wandel; sie bot den Leitern der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarns und Rußlands, Andrássy und Gortschakow, Gelegenheit zu einer gründlichen Aussprache über ihre Haltung in den Fragen der Balkanpolitik. Schon im vorangegangenen Jahre, Ende 1871, war Gortschakow in einem Gespräche mit Bismarck auf dieses Thema zu sprechen gekommen und hatte als Grund des Mißtrauens Rußlands gegen Oesterreich-Ungarn dessen angebliche Vergrößerungsabsichten in der Richtung gegen Bosnien und Serbien bezeichnet. Kurz danach veröffentlichte der „Pravitelstni Wjestnik" einen offenbar offiziösen Artikel, der für ein Zusammengehen mit Oesterreich-Ungarn und das Abschütteln der panslawistischen Hetzer eintrat. Während der Berliner Entrevue fand nun ein unmittelbarer Meinungsaustausch zwischen Andrássy und Gortschakow statt; sie begegneten sich in dem Gedanken eines beiderseitigen Desinteressements und völlig neutralen Verhaltens für den Fall einer Erhebung der christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei. Der Besuch der Wiener Weltausstellung durch Kaiser Alexander 1873 wurde zu neuerlichen Verhandlungen über dieses Thema benutzt; die Ergebnisse waren abermals überwiegend negativer Natur. Selbst für den Fall, als die Interessen ihrer Länder in einzelnen Fragen nicht übereinstimmen sollten, würden sie sich miteinander verständigen. Gegenüber einem die Ruhe Europas

Digitized by Google

bedrohenden Angriffe von dritter Seite wollten sie sofort wegen der zu ergreifenden Mittel miteinander ins Einvernehmen treten. Die Regelung der militärischen Hilfeleistung solle einer späteren Vereinbarung vorbehalten bleiben.

Der Aufstand, der zwei Jahre später in Bosnien und der Herzegowina ausbrach, legte die Notwendigkeit positiver Abmachungen über das beiderseitige Verhalten nahe. Nachdem die Reformnote Andrássys vom 30. Januar 1876 erfolglos geblieben war, einigten sich die drei Kaisermächte über einen gemeinsamen Schritt, der in dem sog. Berliner Memorandum vom Mai 1876 zum Ausdruck kam. Gelegentlich der Entrevue, die bald danach am 8. Juli 1876 in Reichstadt zwischen Kaiser Franz Josef und Alexander II. stattfand, gelang es, für den Fall des Zusammenbruches der Türkei ein volles Einvernehmen über die Teilung ihres europäischen Besitzes zu erzielen. Die Notwendigkeit klarerer und bindenderer Abmachungen über das Schicksal Bosniens und der Herzegowina führte dann noch zu dem Abschlusse des geheimen Abkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, das am 15. Januar 1877 in Budapest unterzeichnet und am 18. März in Wien ergänzt wurde. Einen Monat später brach der Krieg aus.

Die Zerreißung des über alle Abmachungen sich hinwegsetzenden Präliminarfriedens von San Stefano hinterließ in Rußland einen tiefen Groll, sowohl gegen Deutschland als auch gegen Oesterreich-Ungarn, der sich nur allmählich besänftigte. Erst im Jahre 1884 fanden sich die drei Kaiser, von ihren Ministern Bismarck, Giers und Kalnoky begleitet, in Skiernewice wieder zusammen und verbrachten drei Tage (15. bis 17. September) in freundschaftlichem Verkehr miteinander. Aber bald hernach sollten die Vorgänge in Bulgarien, die Vereinigung Ostrumeliens mit dem jungen Fürstentume, das kaum eingeschlummerte Mißtrauen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wieder erwecken und die Gefahr des Zusammenstoßes in bedenkliche Nähe rücken. Glücklicherweise zog die Wolke vorüber, ohne Unheil anzurichten. Um diese Zeit gab Graf Kalnoky in einer Delegationssitzung vom 31. Oktober 1885 seiner Auffassung von dem Verhältnis zu Rußland in folgenden Worten Ausdruck: „Jeder österreichisch-ungarische Minister des Aeußern wird suchen müssen, sich mit Rußland, unserm wichtigsten und mächtigsten Nachbarn, zu vertragen und zu verständigen, und es hat auch jeder Minister diesem wichtigen politischen Faktor Rechnung getragen. Wenn es gelingt, unsern Beziehungen zu Rußland einen für alle Fälle gesicherten und fest begründeten Charakter zu geben, wird dies für die Monarchie und ohne Zweifel auch für Rußland jederzeit nur ein sehr erfreuliches Ereignis genannt werden können."

Das Jahr 1896 brachte den Besuch Kaiser Nikolaus' II. in Wien, seinen ersten Auslandsbesuch. Im folgenden Jahre erwiderte ihn Franz Josef in St. Petersburg; in seinem Geleite befanden sich der Minister des Aeußern Graf Goluchowski und der Generalstabschef Baron Beck. Der Zar brachte bei der Galatafel einen Trinkspruch aus, in dem er auf die Freundschaft zwischen den beiden Monarchen hinwies, die gefestigt sei durch eine Gemeinsamkeit der An-

Digitized by Google

sichten und Prinzipien, welche dahin zielen, den Völkern die Wohltaten des Friedens zu sichern. In einer Delegationsrede vom November desselben Jahres konnte Graf Goluchowski feststellen, daß gelegentlich dieser Entrevue eine offene Aussprache mit den russischen Staatsmännern stattgefunden habe, aus der man beiderseits die Ueberzeugung schöpfte, daß keine derartigen Differenzen zwischen den beiden Reichen bestehen, die sich bei einigem guten Willen nicht ausgleichen ließen, und noch von Petersburg aus waren nach Bukarest, Sofia, Belgrad und Cetinje identische Mitteilungen ergangen, worin die betreffenden Regierungen für ihr korrektes Verhalten während des türkisch-griechischen Konfliktes belobt und von der festen Absicht der beiden Mächte verständigt wurden, darüber zu wachen, daß der allgemeine Friede aufrechterhalten werde. Die Unruhen in Mazedonien führten die beiden Nachbarmächte in ihren Bemühungen, in den drei Wilajeten geordnete Zustände herzustellen, neuerdings zusammen. Fünf Jahre (1903—1908) hatte die mazedonische Reformaktion, deren Wiege in dem kaiserlichen Jagdschlosse zu Mürzsteg gestanden, ihre segensreichen Wirkungen geübt, da fand das österreichisch-russische Einvernehmen ein jähes Ende infolge der Bewerbung Oesterreich-Ungarns um eine türkische Konzession für den Bau der Sandschakbahn, die bereits einen Teil des Hirschschen Projektes der Orientbahnen gebildet hatte und rein wirtschaftlichen Interessen dienen sollte. In Petersburg brachte man diesen Schritt in Zusammenhang mit der angeblich reservierten Haltung Oesterreichs in der Frage der Justizreform. „Die Sandschakbahn," hieß es in einem offenbar von Iswolski inspirierten Artikel in der „Fortnightly Revue" vom September 1909, „würde nicht nur Oesterreichs Einfluß auf dem Balkan erweitern und verstärken, sondern auch Serbien in zwei Hälften spalten, und Serbien sei doch Rußlands Protégé." Die weiteren Ereignisse folgten nun rasch nacheinander. Die Entrevue in Reval, die auf eine förmliche Sequestration der Türkei abzielte, als Folge davon die jungtürkische Revolution, endlich die Annexion von Bosnien und der Herzegowina, auf welche Iswolski ja in Buchlau eingestandenermaßen vorbereitet worden war, und jene langwierigen diplomatischen Verhandlungen, die sich daran knüpften und mit einem vollen Siege Oesterreich-Ungarns endeten. Zurück blieb aber eine tiefe Verstimmung Rußlands, die zum eklatanten Ausbruche kam, als Kaiser Nikolaus bei seinem Besuche in Racconigi einen weiten Umweg machte, um ja nicht österreichischen Boden zu betreten. In dieser Zeit war der diplomatische Verkehr zwischen den beiden Kabinetten fast ganz ins Stocken geraten. Erst im Jahre 1910 gelang es, das frühere Verhältnis wenigstens äußerlich wiederherzustellen, und im März desselben Jahres fand die Veröffentlichung des hierüber gepflogenen Schriftwechsels statt, in dem „die vollständige Uebereinstimmung der politischen Prinzipien bezüglich der Balkanangelegenheiten" konstatiert wurde.

Der Ausbruch des Balkankrieges im vorigen Herbst sollte das Einvernehmen zwischen Wien und Petersburg abermals auf eine gefährliche Probe stellen. Zwar wies Sasonow in einem Interview mit einem deutschen Journalisten auf die vollste Uebereinstimmung zwischen den beiden Regierungen hin, und in einem am

Digitized by Google

15. Oktober erschienenen Artikel der offiziösen „Rossija" hieß es, gemeinsame Befürchtungen und der übereinstimmende Wille, den Frieden zu erhalten, hätten den Grund zu einer Annäherung und einem aufrichtigen Meinungsaustausche zwischen dem Wiener und dem Petersburger Kabinette gebildet. Die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland schlössen die Gefahr eines europäischen Krieges aus. Bald darauf äußerte sich Sasonow in einer Sitzung des russischen Ministerrates im gleichen Sinne; die Befürchtungen hinsichtlich der Wahrung des europäischen Friedens, sagte er, beruhten auf der Annahme, daß Oesterreich-Ungarn, dessen Interessen durch den Balkankrieg am unmittelbarsten berührt würden, aggressiv vorgehen werde; es sei aber festgestellt worden, daß Oesterreich-Ungarn keine aggressiven Absichten habe. Nichtsdestoweniger hatte Rußland schon in den ersten Oktobertagen in den Südwestgouvernements mobilisiert. Man erklärte wohl diese Maßregel in Petersburg als lediglich zum Schutze der Grenzprovinzen bestimmt, und in der österreichischen Delegation erfolgte eine offizielle Erklärung des Inhalts, daß es sich um eine schon vor Monaten beschlossene militärische Verfügung handle; aber sie nötigte doch die österreichisch-ungarische Regierung zur Verstärkung ihrer Garnisonen an der russischen Grenze, und erst als Kaiser Franz Josef im Februar dieses Jahres den Fürsten Hohenlohe mit einem eigenhändigen Schreiben an den Petersburger Hof entsandte, gelang es, eine Detente herbeizuführen und sich über die teilweise Entlassung der beiderseits an der Grenze angesammelten Truppen zu einigen. In einem am 11. März gleichzeitig in Wien und Budapest veröffentlichten Communiqué hieß es, die Ereignisse auf dem Balkan hätten den freundschaftlichen Gefühlen zwischen den beiden Herrschern keinen Eintrag getan; die Erhaltung des Friedens bilde fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen; die Fortdauer gewisser defensiver Maßnahmen sei durch die Umstände nicht mehr geboten.

Wenn in dieser kurzen Darstellung der Peripetien des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Rußland manche alte Wunden aufgerissen werden mußten, so ergibt sich aus alledem doch die Tatsache, daß die beiden benachbarten Großmächte post tot discrimina rerum immer wieder den Weg zueinander fanden. Durch die Lösung der Balkanfrage ist ein Problem, das so oft den Anlaß zu Differenzen zwischen ihnen bot, hoffentlich für alle Zeit aus der Welt geschafft. Von dort her ist eine Gefährdung ihrer freundschaftlichen Beziehungen nicht mehr zu befürchten. Wohl bleibt noch die Frage von Konstantinopel, das nach dem Reichstädter Uebereinkommen eine freie Stadt werden sollte, und jene der freien Passage durch die Meerengen, die ja im engsten Zusammenhange mit dem Gleichgewicht im Mittelmeer steht und einen viel universelleren Charakter an sich trägt als die eigentliche Balkanfrage.

Von großen Welthändeln abgesehen, die zu einem Zusammenstoße der Dreibundmächte und der Tripelentente führen könnten, ist nur noch von nationalen Strebungen eine Trübung unsers Verhältnisses denkbar. Da ist vor allem die panslawistische Agitation in Galizien. Der galizisch-russische Verein hielt am

Digitized by Google

17. Februar d. J. unter dem Vorsitze des Grafen Wladimir Bobrinski im Petersburger Stadthause eine Versammlung ab, in der nach zahlreichen Klagen über die schlechte Behandlung der in Galizien wohnenden Glaubens- und Stammesgenossen eine Resolution beschlossen wurde, welche die Hoffnung aussprach, die russische Regierung werde Mittel und Wege finden, um den Bewohnern des russischen Karpathenlandes die Möglichkeit des Genusses derselben Rechte zu verschaffen, welche die übrigen Völker Oesterreich-Ungarns besitzen. Abermals unter dem Vorsitze Bobrinskis fand am 7. April im Petersburger Adelssaale eine neuerliche panslawistische Kundgebung statt. Der Dumaabgeordnete Sawenko hielt eine Rede, in der es hieß, Rußland müsse für die Lösung der Frage von Konstantinopel bereit sein. Sein Weg führe über die Karpathen. Wie nahe die Balkanstaaten auch sein mögen, die Russen in Oesterreich stünden ihm noch näher. Wenn es schon sonderbar anmutet, solche Worte über nationale Verfolgungen aus dem Munde eines Russen zu hören, so läßt sich die Gefährlichkeit derartiger Aeußerungen nicht verkennen. Bereits gelegentlich einer früher erwähnten Unterredung, die Bismarck 1871 mit Gortschakow hatte und in der sich dieser über angebliche Expansionsabsichten Oesterreichs ausließ, wies der Reichskanzler auf die panslawistischen Hetzereien in Galizien hin, worauf wieder Gortschakow den Bedenken Ausdruck gab, welche die Zugeständnisse an die österreichischen Polen in Petersburg wachrufen mußten. So sehr es einleuchtet, daß der österreichischen Regierung daran gelegen ist, die einzigen nichtpanslawistisch gesinnten Slawen nicht in die Hände der Panslawisten fallen zu lassen, nahm man doch in Wien auf die russischen Empfindlichkeiten alle mögliche Rücksicht, und eine unter dem sog. Bürgerministerium geplante Kaiserreise nach Lemberg wurde bloß aus Gefälligkeit gegen Rußland abgesagt. Daß freilich bei der wohlwollenden Behandlung der Polen in Oesterreich, während ihre Konnationalen in Rußland durch administrative Mittel jeder Art demoralisiert und zersetzt werden, ihre Sympathien sich mehr auf die österreichische Seite neigen, ist begreiflich. Diese Sympathien kamen deutlich zum Ausdruck, als zur Zeit der höchsten Spannung, während des letzten Balkankrieges, die konservativ-polnische Partei den Wunsch aussprach, die gesamte polnische Nation möge sich für den Fall kriegerischer Zusammenstöße unter den Schutz und Befehl des österreichisch-ungarischen Heeres stellen. Man ist in Petersburg gegen diese Erscheinung nicht blind geblieben, und gelegentlich der Beratung des Gesetzes über die Städteverwaltung in Russisch-Polen wies Botschafter Baron Rosen sehr zeitgemäß auf die Notwendigkeit hin, dafür zu sorgen, daß für den Fall eines Zusammenstoßes die Grenzprovinzen auf seiten Rußlands stehen. Nun ist die Gefahr einer großpolnischen Bewegung mit dem Ziele der Wiederherstellung des alten Königreichs so lange nicht drohend, als die Teilungsmächte im guten Einvernehmen miteinander stehen. Aber die Aufrollung der nationalen Fragen in den Grenzprovinzen, das Schlagwort von den unerlösten Völkerschaften, das ja doch nur eine Fabel ist, das Ausspielen der Ruthenen gegen die Polen und eine auswärtige Unterstützung dieser Bewegung wäre gewiß nicht ohne Bedenken und

Digitized by Google

am ehesten geeignet, den polnischen Träumen zur Verwirklichung zu verhelfen. Die russische Regierung handelt nur klug, wenn sie der panslawistischen Agitation in Galizien, der Bukowina und Oberungarn keine Förderung zuteil werden läßt, ja ihr nach Möglichkeit entgegentritt. Rußland, als konservative Macht mit einer keineswegs national-einheitlichen Bevölkerung, hat kein Interesse an der Unterstützung einer nationalistischen Bewegung, gar wenn sie sich revolutionärer Mittel bedienen sollte.

Eine zweite Frage ähnlicher Natur, die für Oesterreich-Ungarn seit jeher von großer Bedeutung war, ist die südslawische. In einem Briefe an König Ludwig II. von Bayern vom 5. Juli 1876, also wenige Tage vor der Entrevue in Reichstadt, sagt Bismarck: „Ich hoffe, daß diese Begegnung gute Früchte zur Befestigung ihrer (der beiden Kaiser) Freundschaft tragen wird. Kaiser Alexander will glücklicherweise den Frieden und erkennt an, daß Oesterreichs Lage der südslawischen Bewegung gegenüber schwieriger und zwingender ist als die Rußlands. Für letzteres seien es auswärtige, für Oesterreich aber innere und vitale Interessen, die auf dem Spiele stehen." Das gibt man mehr oder weniger auch in Rußland zu. In einem Compte rendu des russischen Ministeriums des Aeußern über die Ereignisse der auswärtigen Politik im Jahre 1873 heißt es: „Die österreichisch-ungarische Orientpolitik hat sich wesentlich geändert. Graf Andrássy scheint es sich zur Aufgabe gemacht zu haben, Oesterreich-Ungarn die Sympathien der benachbarten christlichen Völkerschaften zu erwerben. Angesichts des sicheren Verfalls der Türkei ist es das Interesse Oesterreichs, die Entwicklung der Balkanvölker zu fördern und sich ihre Zuneigung zu erwerben, da ihnen offenbar die Zukunft gehört. Das russische Kabinett würdigt diesen Frontwechsel nach seinem richtigen Werte. Rußland ist die einzige Macht, die berufen ist, auf diese Völkerschaften einen Einfluß auszuüben. Es ist unbestreitbar, daß Oesterreich-Ungarn, das mit einer langen Linie an die Türkei grenzt, suchen muß, mit dem ganzen Gewichte seiner wirtschaftlichen Interessen auf diese Völker zu drücken. Ebenso natürlich ist es, daß dabei die Aussicht auf eine baldige Auflösung des türkischen Reiches eine Rolle spielt ... Wenn Oesterreich in diesen Provinzen, wo wir bisher allein dominierten, seinen Einfluß entwickelt, vermögen wir darin keine Gefahr für die Zukunft des christlichen Orients und keinen Angriff auf unser Prestige und unsre Interessen zu erblicken. Die christlichen Völkerschaften können dabei Mittel finden, ihre Sicherheit zu konsolidieren und ihre nationalen Hilfsquellen zu entwickeln. Wir bleiben unsrer historischen Mission getreu, indem wir sie diesen Weg gehen lassen, selbst mit fremder Hilfe." (Gorjanow, Le Bosphore, S. 309.) Wahrhaft prophetische Worte, die auch heute noch nach vierzig Jahren ihre Bedeutung haben. Der Machtzuwachs, den die Balkanstaaten, zunächst die serbischen Königreiche, infolge ihrer kriegerischen Erfolge erfahren haben, nötigt Oesterreich-Ungarn, der südslawischen Frage ein erhöhtes Augenmerk zuzuwenden und dafür zu sorgen, daß diese Bewegung nicht in einer den inneren und äußeren Frieden gefährdenden Weise um sich greife. Haben die Balkanstaaten bisher hoffen dürfen, bei ihren Unternehmungen für alle Fälle einen Rückhalt in Peters-

Digitized by Google

burg zu finden, so stehen die Dinge heute wohl anders. Rußland, das im fernen Osten mit andern, schwierigeren, aber auch lohnenderen Aufgaben vollauf beschäftigt ist, weiß, daß Oesterreich-Ungarn auf dem Balkan keine aggressiven Ziele verfolgt; es hat auch, wie das Communiqué vom 10. April besagt, bei den Balkanvölkern keinen Zweifel darüber aufkommen lassen, daß „kein Tropfen russischen Blutes vergossen werden wird, wenn es nicht die Interessen des Vaterlandes erheischen". In derselben Veröffentlichung heißt es allerdings auch, Rußland habe es niemals an Hilfe und an Opfern für seine Brüder fehlen lassen; diese hätten aber auch die Pflicht, auf die Ratschläge Rußlands zu hören. Daran scheint es in der letzten Zeit allerdings öfter gefehlt zu haben. Mit ihrer zunehmenden Erstarkung dürften sich die Balkanstaaten immer weniger in der Rolle der armen Verwandten gefallen und es vorziehen, ihre eigne Politik zu machen.

Diese Politik wird aber in Zukunft, nachdem sie sich territorial ausgebreitet und konsolidiert haben werden, und sobald sie die Hilfsquellen der neueroberten Gebiete zu erschließen beginnen, nur eine wirtschaftliche sein können. Mit dem Zusammenbruche der Türkei und der Etablierung moderner Staatswesen auf ihrem Gebiete, wird die Aufnahmsfähigkeit der Balkanländer, aber auch das Bedürfnis nach Verwertung ihrer land- und viehwirtschaftlichen Produkte sich zweifellos rasch in aufsteigender Linie bewegen. Die Fortsetzung einer nationalen Propaganda vermöchte diese Entwicklung nur zu stören. Primum vivere deinde philosophari. Läßt man die nationalen Strebungen beiseite, so wird sich auf handels- und verkehrspolitischem Gebiete leicht ein auf dem Grundsatze des Do ut des aufgebautes Verhältnis zwischen den Balkanstaaten und der Monarchie herstellen lassen. Oesterreich-Ungarn steht ja doch den Balkanländern geographisch und kulturell am nächsten, es nimmt auch in ihrer Aus- und Einfuhr einen hervorragenden Platz ein. Nach den letzten veröffentlichten statistischen Tabellen des Außenhandels der Balkanländer in den Jahren 1906 bis 1910 steht Oesterreich-Ungarn in der serbischen Ausfuhr mit 17 Millionen, ebenso wie in der Einfuhr mit 15 Millionen Kronen an zweiter Stelle. Von der Einfuhr Bulgariens entfallen $26^5/_{10}$ Prozent auf Provenienzen auf Oesterreich-Ungarn, das dort an erster Stelle steht, bei Griechenland 13 Prozent, bei Rumänien 7 Prozent. Eine Besserung dieses Verhältnisses ist ohne weiters erreichbar und wird gewiß auch auf die politischen Beziehungen einen günstigen Einfluß ausüben.

Wie immer die Dinge sich auch gestalten mögen, die Lösung der Balkanfrage bedeutet das Zerflattern einer dunkeln Wolke, die so oft das freundschaftliche Verhältnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland getrübt hat. Vielleicht gelingt es, so wie die drei Kaiser vor hundert Jahren zum Kampfe gegen einen gemeinsamen Feind sich zusammenfanden, mit ihrer Hilfe nun auch einem viel gefährlicheren Friedensfeinde den Garaus zu machen: dem gegenseitigen Mißtrauen.

Digitized by Google

1813

Bautzen, die Schlacht der Enttäuschung am 20. und 21. Mai 1813

Von

Freiherrn von der Goltz, Generalfeldmarschall

Die Schlacht von Großgörschen war froh und kühn begonnen worden; wir haben sie die Generalprobe für den kommenden Feldzug genannt. So ungefähr empfanden die Verbündeten. Auf Sieg hatten sie gehofft, aber nicht mit Sicherheit gerechnet. König Friedrich Wilhelms Worte: „Nun mag es in Gottes Namen werden wie es will, ein Auerstedt wird es nicht," sind für die herrschende Stimmung bezeichnend. Trotz der Abweisung ihres Angriffs blieben sie in ungebrochener Haltung, und die Nachhutgefechte bei dem nun folgenden Rückzuge stärkten sie noch mehr. Die Truppen begannen ihre qualitative Ueberlegenheit über die Franzosen zu empfinden. Am 8. Mai standen die Verbündeten, zu neuem Widerstande bereit, hinter der Elbe.

Das schnelle Schmelzen der französischen Heere war nicht unbemerkt geblieben. Napoleon verfuhr behutsamer, als es sonst nach einer gewonnenen Schlacht seine Gewohnheit war. Erst zwei Tage nach Großgörschen, also am 4. Mai, traf er zu Borna, nahe bei Leipzig, seine Anordnungen, und es geschah Ungewöhnliches. Während es doch sein Grundsatz war, den er oft ausgesprochen hatte: „stets in Masse vorzugehen", trennte er hier seine Kräfte. Marschall Ney, der Tapferste der Tapferen, sollte mit seinen und des Vizekönigs Streitkräften die Richtung auf Torgau einschlagen, die dort stehenden Sachsen an sich ziehen und dann gegen Berlin vorgehen, also in einer ganz exzentrischen Richtung. Der Kaiser schlug mit dem übrigen Heere den Weg nach Dresden ein. Die Absicht bei diesem Manöver war es augenscheinlich, die Verbündeten voneinander zu trennen. Durch die Bedrohung Berlins sollten die Preußen bewogen werden, nach Norden abzumarschieren. Mit den Russen hoffte der Kaiser wohl, sich leichter abfinden, möglicherweise verständigen zu können.

In der Tat begannen sich Zweifel im Großen Hauptquartier der Verbündeten zu regen. Die Preußen wendeten sich von Meißen, wo sie den Elbeübergang bewerkstelligt hatten, zunächst nordwärts auf Großenhain, die Russen von Dresden östlich nach Radeberg.

Manche Gründe sprachen überhaupt für einen weiteren Rückzug nach Osten, und dann wäre die Trennung nicht unzweckmäßig gewesen. Setzten die Heere den Marsch über die Oder zur Weichsel fort, so näherten sie sich den Quellen ihrer Kraft. Von dort kamen die Verstärkungen heran. Einschließungstruppen, die vor den noch von den Franzosen besetzten Festungen standen, konnten sich mit dem Feldheere vereinigen. An der Weichsel war mittlerweile Thorn

Digitized by Google

gefallen, so daß sich dort zwei Festungen — Thorn und Graudenz — jetzt in der Gewalt der Bundesgenossen befanden. Die ostpreußischen Landwehrtruppen wurden inzwischen fertig und konnten am Kampfe teilnehmen. Bei einer so weiten Fortsetzung der Operationen mußte Napoleons Angriff sich naturgemäß schwächen, sein junges Heer durch Marschverluste und Krankheiten sich noch erheblich mindern, die Offensive endlich zum Stehen kommen. Dann war der Augenblick für Oesterreich da, in seinem Rücken loszubrechen und ihn zu verderben. Solche Gedanken erschienen recht verlockend, aber gewichtige Bedenken standen ihnen entgegen. Die Entscheidung hing bei dem ganzen Plane am Ende von Oesterreich ab. Dieses aber hätte unter Umständen verfahren können, wie Preußen es 1805 und 1809 getan. Das eigne Beispiel wurde zur Warnung. Geschah es so, dann wäre der Feldzug am Ende doch wieder verloren gegangen und eine neue Erhebung schwerlich zu bewirken gewesen. Es siegte daher die näherliegende und einfachere Absicht, mit den Russen vereint und Oesterreich nahe zu bleiben. Man entschloß sich zum gemeinsamen Rückzug hinter die obere Spree in der Richtung auf Bautzen. Die Preußen wendeten sich daher wieder ostwärts nach Königsbrück, die Russen erreichten Bischofswerda. Von da ging es weiter nach Bautzen, wohin Barclay de Tolly mit beträchtlichen Verstärkungen im Anmarsch war.

In deren Erwartung wurde der Beschluß gefaßt, nicht weiter zurückzuweichen, sondern eine zweite Schlacht zu wagen. Diesmal sollte in derselben mit Bewußtsein die Entscheidung gesucht werden. Man hatte auch ernste Aussicht auf einen Erfolg. Neys Entsendung war bekannt geworden. Die Verbündeten rechneten darauf, es bei Bautzen nur mit der Heereshälfte zu tun zu haben, die der Kaiser selbst befehligte. Dessen Vorgehen verzögerte sich eigentümlich und gewährte die Zeit zu Vorbereitungen. Für die 125 Kilometer vom Schlachtfelde von Großgörschen bis zur Elbe hatte er neun Tage gebraucht, also fast ebensoviel wie 1806 von der Saale bis vor die Tore Berlins. Der Zustand seiner Streitkräfte zwang ihn dazu. Es fehlte ihnen noch die hinreichende Marschfähigkeit. Viele Nachzügler blieben zurück; die Erkrankungen mehrten sich. Ney hatte vor Torgau Aufenthalt, weil die Sachsen sich erst nach einem Ultimatum des Kaisers an ihren König zum Uebertritt bereit erklärten. Die Reiterei war wenig leistungsfähig, der Verbleib der Verbündeten unaufgeklärt. Napoleon nahm an, daß die Preußen tatsächlich in der erst eingeschlagenen nördlichen Richtung weiterziehen würden; dann kam in der Nacht zum 14. die Kunde, daß sie mit den Russen zusammen nach Bautzen zurückgegangen wären.

Auch Verstärkungen erwartete der Kaiser noch an der Elbe. Sein bei Dresden versammeltes Heer bestand aus der Garde und den Korps von Bertrand, Marmont, Macdonald und Oudinot sowie aus dem I. Kavalleriekorps. Es zählte um diese Zeit 92000 Mann Infanterie, 14000 Pferde, 360 Geschütze. Ney bei Torgau hatte außer dem eignen Korps noch diejenigen von Lauriston, Reynier und Victor sowie das II. Kavalleriekorps, 73000 Mann Infanterie, 5600 Reiter und 200 Geschütze unter sich. Man erkennt, daß, wenn Ney fern-

Digitized by Google

blieb, die Verbündeten bei Bautzen sehr wohl auf einen Sieg hätten rechnen können, denn ihre Stärke wuchs dort auf 100 000 Mann mit 600 Kanonen.

Wurde Napoleon geschlagen, so ließ sich voraussehen, daß ein weiter Rückzug für ihn notwendig wurde. Die zahlreichen Zuzüge, die er vorbereitet hatte, waren noch nicht fertig. Möglicherweise mußte er also das Land bis zum Rheine räumen; dann erschien Oesterreichs Anschluß als selbstverständlich. Alles sprach dafür, jetzt sein Glück zu versuchen.

Die Monarchen eilten nach Bautzen voraus, um das Gelände in Augenschein zu nehmen. Anfänglich war man dafür, die Schlacht an der Spree selbst zu schlagen, aber nähere Untersuchung ergab, daß der gewundene Flußlauf schwer zu verteidigen sein würde, weil er an vielen Stellen zu durchwaten war und das linke Ufer überhöhte. Die Furten und Krümmungen ließen sich schlecht überwachen und die Bewegungsfreiheit war im Tale für die Verteidiger sehr beengt. Man entschloß sich also für die Höhen rückwärts der Stadt, während an der Spree nur eine leichte Vorverteidigung geführt werden sollte. Als Anlehnung für den rechten Flügel wurde die 6 Kilometer nördlich von Bautzen am rechten Ufer gelegene Zone der Pliskowitzer Teiche gewählt, für den linken das Lausitzer Grenzgebirge. Hier traten die zur Schlachtlinie ausersehenen Höhen etwa eine halbe Meile von der Spree zurück. Nach rechts hin näherten sie sich dem Flusse, so daß auf dem rechten Flügel, den Kreckwitzer Bergen, Hauptstellung und Vorverteidigung zusammenfielen.

Der schwache Punkt lag trotz der schützenden Teiche dort. Kaiser Alexander von Rußland glaubte aber nicht von Norden, sondern südlich am Gebirgsfuße den Hauptangriff der Franzosen erwarten zu sollen. Diese vorgefaßte Meinung beeinflußte die Leitung der Schlacht. So wurden auch die Kreckwitzer Höhen nicht verschanzt, sondern die künstliche Verstärkung der Schlachtlinie erst weiter südlich begonnen.

Am 15. Mai traf Macdonald mit der französischen Vorhut bei Bautzen ein, aber die übrigen, dem Kaiser folgenden Truppenzüge reichten noch bis Dresden zurück. Ney stand zwischen Luckau und Wittenberg, also weit entfernt. Napoleon schien die von ihm selbst betonte Regel, daß man sich an jedem Tage vorstellen solle, vom Feinde angegriffen zu werden, diesmal selbst außer acht gelassen zu haben. Würden die Verbündeten nach Barclay de Tollys Eintreffen, schnell entschlossen, in der Richtung gegen Dresden über ihn hergefallen sein, so konnte ein bedeutender Erfolg ihnen nicht entgehen. Ihre Truppen waren an Zahl denen des Kaisers — ohne Ney — nahezu gleich stark und an Tüchtigkeit erheblich überlegen. Aber so kühne Entschlüsse konnten im Hauptquartier schon deshalb nicht aufkommen, weil im Oberbefehl noch immer die alte Unklarheit herrschte. Wittgenstein kommandierte die Armee, hing aber vom Zaren ab. Dieser mischte sich in die Führung, übernahm aber nicht die volle Verantwortung. Barclay, Miloradowitsch und andre Generale noch standen, dem Dienstalter nach, vor Wittgenstein. Es war wieder wie bei Großgörschen eine Art Kongreß, der die Armee leitete. Alle Entscheidungen gingen aus einem

Digitized by Google

längeren Meinungsstreit hervor. Schon darum blieb die Armee in ihrer Stellung an der Spree stehen; die Schlacht sollte gewagt, jedoch der Angriff des Feindes abgewartet werden. Mehr als dies traute man sich einem Napoleon gegenüber noch nicht zu.

Der Kaiser behielt daher Zeit genug, seine Truppen von rückwärts herankommen zu lassen, aber auch, den Verbündeten zur Ueberraschung, Ney herbeizurufen. Er beabsichtigte einen Angriff aus zwei Richtungen mit getrennten Heeren, die sich auf dem Schlachtfelde selbst vereinigen sollten, wie es, dreiundfünfzig Jahre später, bei Königgrätz am 3. Juli 1866 geschah. Das war eine neue Erscheinung in der Kriegführung und für den Kaiser eine Ausnahme, die den Verlauf der Schlacht bei Bautzen besonders merkwürdig machte. Auch hier sollte der Verteidiger vernichtet werden.

Die Verbündeten rechneten nur auf den frontalen und auf keinen umfassenden Angriff. Leicht hätte dies zu ihrem Verderben gereichen können. Am 18. Mai erfuhren sie, daß auch Neys Angriff von rechts her ihnen drohe, und daß sie in Gefahr wären, ihre rückwärtige Verbindung zu verlieren. Napoleons Ueberlegenheit an Zahl wuchs mit dessen Eintreffen um 65000 Mann. Es wäre jetzt also Zeit gewesen, die Entschlüsse zu ändern und in eine rückwärtige Stellung abzuziehen, in der die Bedrohung von Flanke und Rücken aufhörte; aber vielfache Bedenken sprachen dagegen. Die bisher mutige und vertrauensvolle Stimmung in Heer und Volk hätte durch den weiteren Rückzug einen argen Stoß erlitten; Oesterreichs Beitritt wäre zweifelhafter geworden. Der Abmarsch hätte zudem sehr schnelle Entschlüsse und pünktliche Ausführung erfordert, wie sie bei den innern Verhältnissen des Oberbefehls nicht erwartet werden konnten.

Man blieb also stehen und hoffte, Ney noch durch einen Vorstoß aufhalten zu können. Diesen unternahm am 19. Mai Barclay de Tolly auf dem äußersten rechten Flügel. Er führte zu den blutigen Gefechten von Königswartha und Weissig, bei denen eine von Napoleon zur Verbindung mit Ney abgeschickte Division eine völlige Niederlage erlitt, während die vordersten Truppen Neys durch Yorck aufgehalten wurden. 10 Geschütze und 1000 Gefangene fielen den Verbündeten in die Hand; sie selbst verloren indessen an 3000 Mann, und Barclay rückte nach Beendigung des blutigen Treffens in der Dunkelheit wieder an den rechten Flügel der Armee heran. Gewonnen war, von dem unmittelbaren taktischen Vorteil abgesehen, nichts. Wirksamer wäre es gewesen, hinter dem rechten Flügel eine starke Truppenstaffel zu bilden, die die Umfassung am nächsten Tage abwehren konnte. Aber man übersah im verbündeten Hauptquartier noch nicht, worauf es Napoleon ankam. Dem Erscheinen Neys wurde überhaupt zu wenig Beachtung geschenkt.

In der Front hatte Napoleon sein Heer mittlerweile aufschließen lassen. Am 20. Mai mittags begann sein Angriff gegen die Spreelinie als Einleitung der großen Schlacht. Oberhalb Bautzen drangen die Franzosen lebhaft gegen den linken Flügel der Verbündeten vor und drängten die Russen zurück. Sie bestärkten damit den Kaiser Alexander in seiner Meinung, daß dort der Haupt-

Digitized by Google

angriff erfolgen werde, und verursachten so, daß bei den Verbündeten nichts für die Verstärkung des bedrohten rechten Flügels geschah. Bis 7 Uhr abends war die Spreelinie bis Bautzen abwärts von den Angreifern genommen. Napoleon hatte seinen Zweck erreicht, ihn aber mit viel größeren Opfern erkauft, als er es erwartete. 5600 Mann lagen tot oder verwundet auf dem Gefechtsfelde. Unterhalb Bautzen blieb die Spree noch in der Gewalt seiner Gegner.

Der zweite Schlachttag, der 21. Mai, sollte die Entscheidung bringen. Zunächst drangen die Franzosen wieder lebhaft am Gebirgsfuße entlang vor, wurden aber am Ende, als ihre Kräfte sich dort erschöpften, von den überlegenen Russen abgewiesen, die dann zum erfolgreichen Gegenangriff schritten. Marschall Oudinot, der die äußerste Rechte der Franzosen befehligte, bat den Kaiser einmal über das andre um Unterstützung. Aber der Kaiser blieb seinen Plänen und seinem System treu. Auf dem rechten Flügel sollte nichts entschieden werden, dort sparte er also mit Truppen aufs äußerste und blieb für Oudinots Hilferufe taub. Die Wucht seines Stoßes sollte die Rechte der Verbündeten treffen. In der Front wurde dort am Vormittage die Spree überschritten, um Blücher auf den Kreckwitzer Höhen festzuhalten. Ney erhielt Befehl, mit allen Kräften ebenfalls über den Fluß zu gehen, um 11 Uhr vormittags das in der Flanke der Verbündeten gelegene Dorf Preititz zu erreichen und von dort aus unaufhaltsam gegen den weithin sichtbaren Turm von Hochkirch, 6 Kilometer im Rücken der Verbündeten, vorzudringen. Durch einen abgesandten Generalstabsoffizier wurde ihm dies Ziel genau bezeichnet. Das war, wenn es gelang, die völlige Umfassung des rechten Flügels, ja sogar die Unterbrechung der Rückzugslinie des Feindes, während die Hauptkräfte die Front angriffen. So dachte sich Napoleon die völlige Vernichtung von Preußen und Russen.

Beide Parteien erfuhren an diesem Tage eine schwere Enttäuschung.

Langsam wich Barclay, der noch vom Abend vorher Ney dicht gegenüberstand, vor diesem zurück, ohne ernsten Widerstand zu leisten. So kam es, daß Ney statt um 11 Uhr schon um $9^1/_2$ Uhr bei Preititz eintraf und das zu seinem Armeeflügel gehörige Korps Lauriston noch weiter östlich, also in wirksamerer Richtung herumgriff. Aber Ney war seinem Kaiser gegenüber der Mann pünktlichen Gehorsams; er wußte nicht, was der Kaiser mit der Bestimmung von 11 Uhr beabsichtigt hatte und glaubte sich daran gebunden. Daher unterbrach er seine, den Verbündeten so gefährliche Bewegung, zog seine Truppen zusammen und rief sogar Lauriston an sich heran. Hiermit wurden die Gegner aus der schlimmsten Gefahr befreit. Auf den Kreckwitzer Höhen schlug sich indessen Blücher mit seinen 23000 Preußen erbittert gegen die französische Uebermacht. Er sah wohl die umfassende Bewegung Neys sich vollziehen, wich aber nicht. Zu seiner Linken standen Kleist und Yorck mit nahe an 10000 Mann, die seinem Befehl unterstellt sein sollten, aber von Kaiser Alexander, der die Entscheidung noch immer auf dem andern Flügel suchte, lange festgehalten wurden. Preititz wurde noch einmal wiedergewonnen, aber von neuem verloren. Dann setzte sich Ney in Bewegung; aber noch stand Blücher, dessen Kräfte er

Digitized by Google

weit überschätzte, in seiner rechten Flanke. Er glaubte zunächst den Frontalangriff unterstützen zu müssen. So kam es, daß er sein Ziel Hochkirch aus dem Auge verlor und mit umständlichen Bewegungen gegen Blücher einschwenkte. „Blücher hielt mit Gneisenau und den Offizieren des Hauptquartiers da, wo das Kanonenfeuer am wirksamsten war, und übersah ruhig, was wir nicht hindern konnten, daß wir allmählich umringt wurden." Alle Reserven waren bereits eingesetzt. Sein Korps glich einem Viereck mit einem einzigen offenen Ausgange in südöstlicher Richtung. Endlich wurde Yorck zu seiner Unterstützung freigegeben; es war aber schon zu spät. Um $3^1/_2$ Uhr nachmittags hatte Blücher schweren Herzens den Rückzugsbefehl geben müssen; es war im letzten Augenblick, der für die Rettung noch blieb.

Auch Kaiser Alexander stimmte jetzt zu, obwohl der linke Flügel in siegreichem Vordringen war. Er sah ein, daß durch diesen nichts entschieden werden konnte, und begriff die schwere Enttäuschung, die den Verbündeten durch Napoleons überraschende Maßnahmen bereitet worden war.

Blüchers sehr gefährdeter Rückzug gelang, obschon seine Truppen in beiden Flanken heftig kanoniert wurden. Hinter ihm erstieg Ney die Kreckwitzer Höhen gerade in demselben Augenblick, als auch Soults Truppen von der Spree her dort erschienen.

Würde Ney unverwandt mit seinen starken Kräften auf den Turm von Hochkirch losgegangen sein, so wären die Preußen verloren gewesen und auch der russische Flügel zum größten Teil zertrümmert worden. Aber wie so oft, ist auch hier der umfassende Angriff zu nahe und zu eng ausgeführt worden und mit dem frontalen zusammengefallen. Daher entkam nicht nur Blücher, sondern die ganze verbündete Armee. Sie konnte ihren Rückzug in guter Haltung bewerkstelligen. Dieser ging in zwei großen Kolonnen über Weißenberg und Löbau gegen Görlitz und dann nach Schlesien hinein.

Blücher hatte am Albrechtsbach, der hinter dem Schlachtfeld mit der Spree in etwa gleicher Richtung läuft, noch einmal Widerstand leisten wollen. Aber er fand das Gelände zu ungünstig und mußte auch diesen letzten heroischen Entschluß aufgeben. In niedergeschlagener Stimmung setzte er sich zur kurzen Rast auf einen Stein nieder, bis der Befehl zum allgemeinen Weitermarsch ihn erreichte. Ein Gewitterregen und die starke Kavallerie der Verbündeten, aber auch die großen Verluste und die Ermattung der Truppen hinderten Napoleon an einer kräftigen Verfolgung. Er kam mit seinem Heere nur wenig über das Schlachtfeld hinaus. So hatte er wohl einen Sieg errungen, aber nicht den entscheidenden, den er brauchte. Die Vernichtung der Verbündeten, auf die er gehofft und auf die er nach seinen Anordnungen hoffen durfte, war ausgeblieben. Auch ihn hatte die Schlacht von Bautzen schwer enttäuscht. Die Verluste seines Heeres beliefen sich im ganzen auf nicht weniger als 25000 Mann. 3000 Flüchtlinge wurden an der Elbe aufgegriffen, ein übles Zeichen für die Mannszucht der Truppen. Drei Generale waren tot, zwei schwer und sieben leicht verwundet. Die Einbuße der Verbündeten erreichte nicht ganz 11000 Mann, wovon fast 3000 auf Blüchers Korps entfielen.

Digitized by Google

Fragt man, wodurch Napoleons der Zeit vorauseilender Plan der Vereinigung getrennter Heere auf dem Schlachtfelde zum Scheitern gebracht war, so ist die Antwort: Neys Versagen. Er war ein tapferer General, jedoch kein selbständiger Führer geworden. Das aber waren die Früchte der Erziehung des Kaisers selbst, der bis dahin für seine Untergebenen gedacht und gehandelt hatte und nur Gehorsam, doch keine Selbständigkeit von ihnen verlangte.

Die Fehler der Verbündeten hatten das Werk der Zerstörung erleichtert. Ihr starres Festhalten an der Verteidigung ließ sie erst die kostbare Gelegenheit zum Gegenstoß versäumen und dann auch den Augenblick zum rechtzeitigen Ausweichen vor der Umfassung. Dazu kam noch der Mangel an Tatkraft in der Abweisung Neys und der Irrtum über den Punkt, wo die Entscheidung lag.

*

Schwer war der Entschluß für die Verbündeten, was weiter geschehen sollte. Barclay, der jetzt den Oberbefehl erhielt, ein Mann von festem und vornehmem Charakter, aber sehr methodischen Ansichten, wollte die russische Armee zunächst in Ordnung bringen und sie dazu nach Polen zurückführen. Dem widersetzten sich die preußischen Generale aufs äußerste. Sie wären am liebsten schon hinter Görlitz stehengeblieben; denn Napoleon stellte die Verfolgung dort bereits ein.

Im preußischen Hauptquartier war man stark verstimmt, daß weitermarschiert wurde, und der stets übellaunige Yorck gab vor, vollkommen düster in die Zukunft zu blicken. Man verlangte nach Ruhe, nicht nach unaufhörlichen Rückmärschen, wollte sich nötigenfalls von den Russen trennen und den heimischen Boden nicht verlassen.

„Im unglücklichsten Falle wird es ehrenvoller sein, in unsern Provinzen umzukommen, wie als Flüchtlinge mit einem unbedeutenden Truppenreste umherzuirren," schrieb Gneisenau an Stein — ein Wort, das ganz auf die Lage der Preußen gepaßt hätte, wenn sie sich 1812 den Russen angeschlossen hätten. Zar Alexander, den die Seinen zum Weitermarsch, die preußischen Freunde zum Bleiben drängten, entschied sich für dieses. Er erkannte die politische Bedeutung des Zusammenhaltens mit seinem Bundesgenossen und entschloß sich, in Schlesien zu bleiben.

Blücher, der die nördliche der beiden abziehenden Kolonnen — die preußische — befehligte, bekam den Auftrag, an der Katzbach dem Feinde Aufenthalt zu bereiten, damit die südliche Kolonne — die russische — Zeit gewönne. Mit Freuden ergriff der Alte die Gelegenheit zum neuen Kampfe und führte schon weiter vorwärts bei Hainau an der Schnellen Deichsel am 26. Mai einen glänzenden Streich. Nach dem Durchmarsch durch das Städtchen legte er mit seiner Reiterei den nachfolgenden Franzosen einen Hinterhalt. Während er seine Nachhut langsam an der Liegnitzer Straße vor der französischen Avantgardendivision Maison zurückgehen ließ, stellten sich 22 preußische Schwadronen unter dem Obersten v. Dolffs seitwärts derselben auf, um dann über-

Digitized by Google

raschend gegen die rechte Flanke der ahnungslos vorüberziehenden Gegner vorzubrechen. Beinahe die ganze Division Maison wurde im ersten Anprall gesprengt. Die Sieger machten 500 Mann zu Gefangenen, erbeuteten fünf Geschütze, vernagelten eine Anzahl andre, die stehengeblieben waren, und trieben den Feind in wilder Verwirrung wieder nach Hainau hinein. Dort blieb dieser den Tag über stehen, der für die Verbündeten gewonnen war. Der Gesamtverlust betrug 1350 Mann. Blüchers Name kam durch diesen ersten bedeutenden Erfolg in aller Leute Mund. Die Siegeszuversicht hob sich in der ganzen verbündeten Armee. Ueberall wurde die Nachricht von dem kühnen Reiterstück mit Jubel empfangen. Die Verluste waren nicht groß, leider war der brave Oberst Dolffs gefallen.

Langsam folgte Napoleon in den nächsten Tagen dem Abmarsch des Gegners mit dem ganzen Heere. Er ließ Glogau entsetzen und Breslau nehmen. Die Verbündeten wichen vor ihm bis Strehlen zurück, wo General v. Sacken mit neuen Verstärkungen bei ihnen eintraf. Ihre Lage war kritisch, aber sie löste sich günstig in unerwarteter Weise. Eine Waffenruhe trat ein, der bald ein Waffenstillstand folgte.

Schon vor der Schlacht von Bautzen hatte Napoleon seinen Vertrauten Caulaincourt zum Zaren Alexander gesandt. Er hoffte auf einen Sonderfrieden mit Rußland, doch kam es nicht zur Aufnahme ernster Verhandlungen. Politische Erwägungen, die Trennung seiner Gegner und die Beeinflussung Oesterreichs waren vorerst für ihn maßgebend gewesen. Nach der Schlacht traten die militärischen Gründe in den Vordergrund. Trotz der großen Verluste hatte er noch die Ueberlegenheit der Zahl für sich, wenn er alle Kräfte heranzog. Aber er hatte sehen müssen, wie diese zusammenschmolzen, gleich dem jungen Schnee in der Frühjahrssonne. Die Befürchtung stieg in ihm auf, daß das soeben erst geschaffene Kriegswerkzeug bei einer ununterbrochenen Fortsetzung der Märsche und Gefechte der inneren Auflösung verfallen werde. Noch aber konnte er es durch kein andres ersetzen. Verheerende Krankheiten breiteten sich gerade beim Eintritt der Waffenruhe unter den jungen, der Strapazen ungewohnten Soldaten in erschreckendem Maße aus. Das war der Beweis für die Ueberanspannung der Kräfte, die nur noch durch die Bewegung aufrechterhalten worden waren. Die kurze, matte Verfolgung nach der Bautzener Schlacht hatte wieder einen Abgang von nahezu 11000 Mann verursacht. Das durfte so nicht weiter gehen. Es mußte eine Aenderung, Ruhe und Erholung eintreten. Der Widerstand, den die Verbündeten geleistet, verleitete den Kaiser zudem, den Zustand ihrer Heere zu überschätzen. Unwillig beugte er sich, wie einst im Dezember 1806 am Narew, den Umständen, die stärker zu sein schienen als er. Er schloß den Waffenstillstand und machte sich daran, seine Truppen wieder herzustellen, sie zu verstärken und zu kräftigen, ehe er an die endgültige Entscheidung ging.

Und doch ist es fraglich, ob er recht getan. Den größeren Vorteil haben aus dem Stillstande tatsächlich die Verbündeten gezogen. Sie hatten aus den Versäumnissen früherer Zeit gelernt und arbeiteten mit erstaunlicher Energie an

Digitized by Google

der Vollendung ihrer Kriegsrüstungen. Das trat vor allen Dingen in Preußen ein, das um seine Existenz kämpfte und sich dessen bewußt war.

Napoleons Entschluß, der sich mit vielen wichtigen Gründen rechtfertigen läßt, schlug am Ende zu seinem Nachteil aus. Er selbst hat ihn später als den größten Fehler seines Lebens bezeichnet.

Wo liegt die Gefahr für den europäischen Frieden?

Der deutsche Reichskanzler hat, ebenso wie seine Vorgänger, bei mehr als einer Gelegenheit betont, daß heute keine Kabinettskriege mehr gemacht werden und daß die Gefahr für den Frieden heute von unverantwortlichen Seiten ausgeht, die, wenn sie auch Minderheiten repräsentieren, doch in manchen Ländern einen starken Einfluß auf die öffentliche Meinung auszuüben vermögen. Es entbehrt nun gewiß nicht des Interesses, daß neuerdings der Versuch gemacht worden ist, auf gesetzgeberischem Wege gegen solche Friedensgefährdungen einzuschreiten. Der Entwurf eines Strafgesetzbuchs, der von der österreichischen Regierung dem Herrenhaus vorgelegt worden ist, handelt in einem besonderen Abschnitt „Von der Gefährdung des Friedens" und bestimmt dort in § 115: „Wer durch eine Druckschrift eine unwahre oder entstellte Nachricht verbreitet, durch welche die Beziehungen der Monarchie zu einem fremden Staate gefährdet werden, wird mit Gefängnis oder Haft von einer Woche bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe von 50 bis zu 4000 Kronen bestraft."

In dem Kommissionsbericht ist zu diesem Paragraphen folgende Begründung gegeben: „Es ist wiederholt durch Aeußerungen der hervorragendsten Staatsmänner verschiedener Staaten anerkannt worden, daß die Gefahr für den Frieden heute meist nicht mehr wie früher von den Regierungen und ihrer Diplomatie ausgeht, deren Tätigkeit vielmehr vorwiegend in den Dienst der Friedensbewahrung gestellt ist, sondern von unverantwortlichen Elementen, die aus den verschiedensten Motiven, aus nationalem Fanatismus, aus volkswirtschaftlichen Gründen, zum Teil aber auch aus gemeinster Gewinnsucht oder aus journalistischer Sensationslust die Völker und Staaten gegeneinander verhetzen und die Versuche friedlicher Beilegung internationaler Differenzen durch Erregung der Leidenschaften, durch Entstellungen von Nachrichten, durch Verbreiten erlogener Nachrichten stören. Dieser Gefahr sucht § 115 durch eine Strafdrohung gegen diese Art der Gefährdung des Friedens entgegenzuwirken, indem er es als Vergehen erklärt, in einer Druckschrift unwahre oder entstellte Nachrichten zu verbreiten, durch die die Beziehungen der Monarchie zu einem fremden Staate gefährdet werden."

Es ist angeregt worden, daß ähnlich lautende Bestimmungen auch in andern Ländern eingeführt werden sollten und daß man hierauf vielleicht durch ein

Digitized by Google

internationales Abkommen hinwirken könne, das von der dritten Haager Konferenz zu beschließen wäre. Diese Anregung ist in der Tat erwägenswert, da man heute wohl in allen Ländern unter den Folgen der Hetzarbeit unverantwortlicher Kreise zu leiden hat und man zugeben muß, daß die oben wiedergegebenen Ausführungen durchaus den Kern der Sache treffen.

Die Diplomatie der Großmächte arbeitet heute im Sinne der Friedensbewahrung. Diese Tatsache ist gerade während der Balkankrisis deutlicher als je zutage getreten. Die Kabinette sind heute sämtlich friedliebend. Kein an verantwortlicher Stelle stehender Staatsmann würde heute ohne die ernsteste Veranlassung die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwören. Auch die österreichische Regierung, von der man in der Oeffentlichkeit zeitweise annahm, daß sie Neigung zu einem Kriege empfinde, hat durch ihr Verhalten bewiesen, daß sie durchaus friedliebend ist. Es gibt eben heute für keine europäische Großmacht ein Interesse, das groß genug wäre, um dafür einen Weltkrieg zu provozieren. Die Arbeit, die die europäische Diplomatie gerade in den letzten Jahren geleistet hat, ist also nicht so schlimm, wie ihre Kritiker meinen. Die politischen Parteiführer, die sich im deutschen Reichstage zu einer Kritik unsrer Diplomaten berufen gefühlt haben, würden die Geschäfte wohl schwerlich besser besorgen.

Während die Diplomatie aber ernstlich bemüht ist, in kritischen Zeiten die Einigkeit zwischen den Großmächten aufrechtzuerhalten und zu diesem Zweck heute namentlich eine gegenseitige Fühlungnahme zwischen den Mächten des Dreibundes und der Tripelentente erstrebt, sind es immer wieder die Unverantwortlichen, die diese beiden Mächtegruppen gegeneinander ausspielen und die Kluft zwischen ihnen als unverändert fortbestehend schildern. So glaubt die öffentliche Meinung vielfach an bestehende bedenkliche Gegensätze, die in Wirklichkeit gar nicht so überaus schlimm sind.

Die Regierungen, die ernsthaft auf Erhaltung des Friedens bedacht sind, sind sich auch durchaus bewußt, daß sie damit im Sinne der Völker handeln, die in ihrer weit überwiegenden Mehrheit heute in allen Ländern zweifellos friedlich gesinnt sind. Wenn es trotzdem manchmal den Anschein hat, als ob Kriegsstimmungen vorhanden seien, so liegt dies eben lediglich an den schon erwähnten unverantwortlichen Kreisen, die in mehr oder weniger systematischer Weise der öffentlichen Meinung die Gefahr, ja sogar die Notwendigkeit oder Wünschbarkeit eines Krieges zu suggerieren suchen und damit in politisch aufgeregten Zeiten leider nur zu sehr das Ohr der in der auswärtigen Politik ungeschulten Massen finden.

Diese unverantwortlichen Kreise sind es also in Wirklichkeit, und nicht einzelne Regierungen, die eine Gefahr für den europäischen Frieden bilden. Sie setzen sich zu einem großen Teil aus Leuten zusammen, die ganz ausgezeichnete Patrioten sein mögen, die aber der Führung der Geschäfte der auswärtigen Politik durchaus fernstehen und eines Einblickes in deren Erfordernisse naturgemäß ermangeln. Diese sind aber meist nur die Irregeleiteten.

Die eigentliche Hetzarbeit, die entgegen allen Bemühungen der Diplomatie

Digitized by Google

in der internationalen Politik immer Gegenströmungen zu erzeugen sucht, die die Ereignisse immer im unfreundlichen Sinne aufbauscht und dadurch immer neue Aufregungen hervorruft, wird durch die Presse vermittelt. Und man muß leider sagen, daß es verhältnismäßig nur sehr wenige vornehme Blätter gibt, die über diesem Treiben stehen. Gewiß ist die Tonart der einzelnen Blätter eine sehr verschiedene, in ihrer extrem fanatischen Färbung stehen einzelne Zeitungen zweifellos unerreicht da. Aber es ist charakteristisch, daß sich auch sonst durchaus neutrale Blätter nicht enthalten können, die internationale politische Lage ihren Lesern immer in möglichst pessimistischem Lichte erscheinen zu lassen. Das macht eben die leidige Sensationslust.

Es darf natürlich nicht übersehen werden, daß hinter manchen dieser Preßorgane auch Hintermänner stehen, die aus den verschiedensten Motiven heraus die auswärtige Politik in der einen oder andern Richtung zu beeinflussen suchen. Es kann hier nicht auf diese Motive eingegangen werden, die an sich keineswegs immer verwerfliche sind. Tatsache bleibt, daß die Einmischung in die auswärtige Politik von seiten Unverantwortlicher bisher derselben keinerlei Vorteil gebracht, wohl aber durch ihre Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Friedensstörung außerordentlich viel Schaden angerichtet hat.

Und zwar darf man ohne weiteres sagen, daß dieser Schaden sich auf alle Länder so ziemlich gleichmäßig verteilt. Es gibt überall friedenstörende Elemente, die auf einen Krieg spekulieren, ebenso wie es überall Leute gibt, die jedem Sensationsartikel, der in ihrer Zeitung steht, ohne weiteres Glauben schenken. Wir sind uns durchaus bewußt, daß es in Deutschland in dieser Beziehung keineswegs viel besser steht als in andern Ländern. Was in Frankreich die Chauvinisten und in Rußland die Panslawisten, das leisten in Deutschland die Alldeutschen. In allen Ländern sind es immer wieder gleichgesinnte Minoritäten, die gegenüber den Regierungen und den Völkern durch agitatorische Machenschaften der öffentlichen Meinung ihren Willen zu suggerieren suchen.

Diese Kreise befinden sich durchaus im Irrtum, wenn sie geglaubt haben, jetzt die deutsche Heeresvorlage für ihre Zwecke mißbrauchen zu können. Denn diese Vorlage ist gerade umgekehrt von der Ueberzeugung eingegeben worden, daß man keine Opfer scheuen dürfe, um den Frieden zu erhalten. Die deutsche Reichsregierung wird an ihrer mehr als vierzigjährigen bewährten Friedenspolitik auch in Zukunft festhalten und sie ist überzeugt, daß auch die andern Großmächte von demselben Bestreben wie sie geleitet werden und sich ebenso wie sie bewußt sind, daß die Erhaltung des europäischen Friedens die Opfer, die ihr gebracht werden, wohl verlohnt.

Bringt man jetzt einmal diese Opfer, so wird man sich auf der andern Seite aber auch der Ueberzeugung heute nicht mehr verschließen dürfen, daß es in der Tat an der Zeit ist, auch der Frage, wie man gegen die Machenschaften Unverantwortlicher, die Unfrieden zu stiften suchen, ankämpfen kann, jetzt ernstlich näherzutreten. Das Beispiel, das wir aus der österreichischen Gesetzgebung hier angeführt haben, ist für den einzuschlagenden Weg vielleicht ein Wegweiser. Es

Digitized by Google

muß geprüft werden, ob man es nicht in andern Ländern nachahmen und in der Bekämpfung der friedenstörenden Elemente überall einigermaßen gleichmäßig vorgehen kann.

Graf Alois Karolyi

Ein Beitrag zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Diplomatie

Von

Freiherr v. Hengelmüller

(Fortsetzung)

Im April hatte es geschienen, als ob Schleinitz' Stellung erschüttert wäre und sein Rücktritt in naher Zeit bevorstünde. Mit Beziehung hierauf schrieb Karolyi, daß Schleinitz seinen Eintritt in das Ministerium von Anfang an als unausweichliches, aber schweres persönliches Opfer betrachtet habe, sich durch den Druck der Geschäfte und die parlamentarischen Aufgaben mehr und mehr überlastet fühle und durch seinen Charakter überhaupt nicht für Zeiten geschaffen sei, welche sich durch Konziliation allein nicht beherrschen lassen. Nichtsdestoweniger wäre sein Rücktritt zu bedauern, da er bezüglich der preußischen Politik in deutschen Fragen als das milde und zurückhaltende Element betrachtet werden könne, während sein eventueller Nachfolger dieser wohl lebendigere Färbung geben würde. Als solche wurden damals genannt die Botschafter Graf Pourtales, von der Goltz und v. Bismarck.

Einige Wochen später gelangten von nichtoffizieller, aber beachtenswerter Seite über die am Berliner Hofe kämpfenden Strömungen Mitteilungen nach Wien, welche die Aufmerksamkeit der kaiserlichen Regierung im hohen Grade zu erregen geeignet waren. Es hieß in dem ersten dieser Schreiben, daß die Dinge in Preußen auf dem Entscheidungspunkte ständen und es sich um die Frage handle: Preußen mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland, oder Preußen mit Rußland und Frankreich gegen seine Bundesgenossen. Als Personenfrage: Schleinitz oder Bismarck. Letzterer habe dem Regenten bereits ein Programm à la Cavour vorgelegt. Das zweite Schreiben meldete, daß der russisch-französische Sturm abgeschlagen, Schleinitz bleibe, Bismarck nach St. Petersburg zurückgekehrt sei, übrigens es als Verleumdung zurückgewiesen habe, wenn seiner Befürwortung der russischen Verbindung auch Frankreich angehängt werde. Nach der Ansicht des Berichterstatters ständen aber die Dinge so, daß, wer mit Rußland zusammengehen wolle, auch Frankreich in den Kauf nehmen müsse.

Die diesfalls aus Wien erhaltenen Mitteilungen gaben Karolyi Anlaß, seine eignen Anschauungen mit noch größerer Bestimmtheit und Ausführlichkeit zu wiederholen. Er schrieb:

„Die Informationen stimmen in mancher wesentlichen Hinsicht mit meinen eignen Wahrnehmungen überein, deren Färbung ist aber doch zu hoch aufgetragen

Digitized by Google

und nach den betreffenden Richtungen hin übertrieben. Daß Bismarck als eifriger Vertreter der ausschließlichen Allianz mit Rußland und Frankreich in letzter Zeit ziemlich tätig gewesen sein soll, scheint nicht unwahrscheinlich, obwohl mir von andrer Seite zukommt, daß er sich vor seiner Abreise weit mäßiger als sonst über die Verhältnisse Preußens zu dem übrigen Deutschland und speziell zum Kaiserstaat ausgesprochen hat — und auch nach seiner Rückkehr nach St. Petersburg ruhig aufgetreten sei.

... Das über Schleinitz gefällte Urteil, wonach er im Gegensatz zu Bismarck eine definitive Verständigung mit Oesterreich anstrebe, ist der Wirklichkeit entsprechend. Zur vollständigen Richtigkeit des Urteils muß aber leider seine Schwäche und der Mangel an Autorität in Rechnung gebracht werden, und diese abschwächenden Elemente seiner Wirksamkeit haben deren Früchte auf ein sehr geringes Maß beschränkt.

Der ausgesprochenen Ansicht, daß der Fürst von Hohenzollern auf Bismarcks Seite gestanden und einem Zusammengehen mit uns abhold gewesen sei, kann ich keinesfalls beipflichten. Im Gegenteil setze ich in die persönlichen Gesinnungen des Fürsten volles Vertrauen, und an seine Einwirkung knüpfe ich die besten Hoffnungen zur Bekämpfung der feindlichen Bestrebungen.

Die sich gegenseitig anfeindenden Strömungen haben, soweit ich die geheimen Triebfedern der preußischen Politik zu durchblicken imstande bin, keine so bestimmt ausgeprägte Gestalt angenommen. Es hat sich meines Wissens niemals gehandelt um die Wahl zwischen sich entschieden entgegengesetzten Richtungen — entweder Allianz mit Frankreich und Rußland oder mit Oesterreich und dem übrigen Deutschland. Es fehlten die objektiven und subjektiven Bestandteile einer solchen Situation. Daß sich Stimmen hören ließen, welche darauf hinwirkten, daß einer dieser Wege mit Vorzug zu betreten sei, während sie den andern anschwärzten, läßt sich nicht bezweifeln, doch waren diese von keiner Seite stark genug, wie auch die unmittelbare politische Veranlassung abging, um das Kabinett zu einem entscheidenden Eingreifen nach einer der beiden Richtungen zu bestimmen. Die Halbheit und Unentschlossenheit kann an sich schon als Gewähr gegen einen offenen Sieg der einer Verständigung mit Oesterreich feindlichen Partei gelten ... Dieses Hauptmerkmal erscheint besonders beachtenswert, wenn man es mit dem persönlichen Charakter des Prinzregenten in Verbindung bringt. Abgesehen von seinen loyalen Instinkten und Gesinnungen kommt indirekt seine Unentschlossenheit der Erhaltung der deutschen Föderativverhältnisse zugute. Zu einem energischen Auftreten zugunsten der gothaischen Tendenzen, welche die preußische Hegemonie durch mehr oder minder offen ausgesprochene Annektierungen zu ihrem Ziel aufstecken und, ohne die Rechte andrer deutschen Staaten mit Füßen zu treten, nicht zu verwirklichen sind, würde es eines außerordentlichen Entschlusses und seltener Kraftentwicklung bedürfen ... Daher befürchte ich nicht, solange der Regent, ein durch und durch edler Fürst, die Geschicke Preußens leitet, ein positives Verlassen der rechtlichen Grundlagen des deutschen Bundesverhältnisses, noch viel weniger das Eingehen in eine Tripelallianz — Frankreich, Rußland,

Digitized by Google

Preußen ... Das allgemeine deutsche Nationalgefühl hat sich in letzterer Hinsicht namentlich mit bezug auf Frankreich auch schon mit Deutlichkeit zu erkennen gegeben, und wenn auch einzelne den verderblichen Weg eines Handels mit Frankreich zur Erreichung preußischer Vergrößerung anraten, so läßt sich hieraus keineswegs ein Schluß auf die große Masse des preußischen Volkes ziehen ..."

Evidente Bestätigung erhielt die Richtigkeit dieser Beurteilung durch den Verlauf der Entrevue zwischen dem Prinzregenten und Napoleon III., welche im Juni in Baden-Baden stattfand. Die Initiative hierzu war ausschließlich von Frankreich erfolgt und hatte auf preußischer Seite reservierter Aufnahme begegnet. Schon im Herbste 1859 hatte Marquis de Moustier die Sache in Berlin angeregt. Im April war dann Kaiser Napoleon dem Grafen Pourtales gegenüber selbst auf dieselbe zurückgekommen und hatte die Begegnung mit dem Prinzregenten unter den gegenwärtig herrschenden Stimmungen und Umständen geradezu als eine Notwendigkeit bezeichnet. Schleinitz hatte hierauf in einem Erlasse vom 9. Mai mit Offenheit und Schärfe die Gesichtspunkte dargelegt, welche dem preußischen Kabinett nicht erlaubten, von der beabsichtigten Zusammenkunft eine ebenso günstige Wirkung zu erwarten, wie Kaiser Napoleon es täte. Die Besorgnis läge nahe, daß Preußens Gesinnungen verkannt werden und die in Deutschland herrschenden Gefühle der Unsicherheit neue Nahrung erhalten könnten. Der Prinzregent sei fest entschlossen, Deutschlands Territorialbestand nicht zum Gegenstand von Transaktionen zu machen, und es könne daher eine persönliche Begegnung mit dem französischen Kaiser nur dann in seinen Wünschen liegen, wenn schon im voraus der Ausschluß jeder derartigen Anregung festgestellt würde. Von französischer Seite wurden hierauf die gewünschten Erklärungen in Berlin abgegeben, und unter diesen Umständen wäre das weitere Hinausschieben einer positiven Antwort einer definitiven Ablehnung gleichgekommen, die wieder eine Spannung zwischen Berlin und Paris hätte herbeiführen können. Der Prinzregent, welcher schon früher eine Reise nach Trier und Saarbrücken festgestellt hatte, ließ sohin dem Kaiser Napoleon mitteilen, daß er bei dieser Gelegenheit einen längeren Aufenthalt in Baden nehmen und dort der angeregten Zusammenkunft sehr gerne entgegensehen würde. Als Zeitpunkt für dieselbe wurde dann der 15. Juni verabredet.

Von diesem ganzen Hergang hatte Herr v. Schleinitz das österreichische Kabinett durch Baron Werther unterrichten lassen und sich auch Karolyi gegenüber offen und rückhaltlos ausgesprochen. Zugleich gab er die Erklärung, daß Oesterreich sich auf den unwandelbaren Entschluß des Prinzregenten verlassen könne, keinerlei Abmachungen zur eignen Vergrößerung auf Kosten von Territorialopfern oder zum Schaden seiner Bundesgenossen einzugehen.

Die kaiserliche Regierung nahm diese Eröffnungen mit aufrichtiger Befriedigung entgegen, und Karolyi erhielt den Auftrag, den Dank für dieselben in Berlin auszusprechen. Wir bemerkten noch, daß es angesichts der in Italien immer noch vorhandenen Kriegsgefahr wohl im Interesse Napoleons III. liegen

Digitized by Google

könne, die Ausführung etwaiger Pläne zum Nachteile Deutschlands aufzuschieben, bis die Würfel über Venedig gefallen wären.

Bei der Entrevue in Baden waren auch die vier Könige von Bayern, Württemberg, Hannover und Sachsen anwesend, wodurch dieselbe, wie Karolyi damals hervorhob, auch der Form nach einen deutschen und nicht bloß preußischen Charakter erhielt. Die Begegnung der beiden erstgenannten Souveräne mit dem Prinzregenten in Baden war schon früher, ganz unabhängig von dem Besuche Kaiser Napoleons, anberaumt gewesen. Sobald aber dieser festgesetzt war, ließ der Regent seinen Wunsch, daß sie an der Entrevue teilnehmen mögen, den beiden Königen ausdrücken. Der König von Hannover war am 13. Juni ganz unvermutet nach Berlin gekommen und hatte sich dort entschlossen, an der Entrevue teilzunehmen, und der Regent hatte hierauf den König von Sachsen zur gleichen Beteiligung eingeladen.

Die Monarchen waren in Baden von ihren Ministern nicht begleitet. Selbstverständlich war Karolyi dort nicht anwesend. Wohl aber war es Graf Trautmannsdorff, unser damaliger Gesandter am badischen Hofe, der vom Prinzregenten und den übrigen deutschen Souveränen mit besonderer Courtoisie und Auszeichnung behandelt und über die Unterredungen mit Kaiser Napoleon unterrichtet wurde. Seine Berichte über den Verlauf der Entrevue stimmen mit der im Sybelschen Werke gegebenen Darstellung überein. Bekanntlich war das Resultat in positiver Beziehung Null. Fürst Metternich schrieb auch nach der Rückkehr Napoleons am 23. Juni: „L'empereur me parut peu enchanté du résultat de son entrevue."

Indirekt führte indessen die Badener Entrevue zur Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Kaiser Franz Josef in Teplitz.

Noch in Berlin hatte der König von Hannover Oesterreichs Beteiligung an der Badener Entrevue angeregt und es dem Prinzregenten anheimgegeben, ob es sich nicht empfehlen würde, diesfalls eine direkte Benachrichtigung und Einladung an Kaiser Franz Josef zu richten. Die Sache kam vor den preußischen Ministerrat, indessen erhielt Karolyi über dieselbe keine weitere Mitteilung. In Baden kam sie unter den anwesenden deutschen Souveränen neuerdings zur Sprache, und der Prinzregent äußerte sich zu einem derselben, daß er sich sehr gerne mit dem Kaiser von Oesterreich zu vertraulichem Gedankenaustausch begegnen würde, nach den Geschehnissen des vorigen Jahres aber sich abgehalten fühle, diesfalls die Initiative zu ergreifen. Sollte sich aber der Kaiser hierzu bewogen fühlen, so würde er hierin ein Zeichen versöhnlichen Entgegenkommens erblicken und die dargebotene Freundeshand mit Freude ergreifen. Dies geschah denn auch. Der Prinz hatte über den Verlauf der Badener Zusammenkunft an den Kaiser ein eigenhändiges Schreiben gerichtet, und dieser schlug in seiner Antwort die persönliche Begegnung vor. Graf Pejacsevics, der den kaiserlichen Brief nach Wildbad überbracht hatte, kam mit der Antwort zurück, daß der Prinz die Einladung mit freudigster Zustimmung annehme und am 25. Juli nach Teplitz kommen werde. Der Kaiser war wieder von der Wahl dieses

Digitized by Google

Ortes, an welchen sich Erinnerungen früheren engen Einvernehmens knüpften, besonders angenehm berührt.

*

Mittlerweile war der Armeebefehl des Prinzregenten erschienen, womit die Einteilung der neuen Formationen in Regimentsverbände verfügt und die Armeereorganisation als vollendet bezeichnet wurde. Der Keim zu dem im nächsten Jahre ausbrechenden Konflikte zwischen Regierung und Landtag war in diesem Befehl enthalten; welche Dimensionen und welchen Verlauf derselbe nehmen würde, ließ sich damals nicht vorhersehen. Im Hinblick auf die späteren Geschehnisse erscheint das im Moment gefaßte Urteil eines so gewissenhaften und objektiven Beobachters wie Karolyi besonders interessant.

Bekanntlich war dem preußischen Landtag im Februar ein auf die Reorganisation der Armee bezüglicher Gesetzvorschlag vorgelegt, im Mai aber wegen der dagegen erhobenen Opposition zurückgezogen und an dessen Stelle ein einmaliger außerordentlicher Kredit von 9 Millionen Talern als Provisorium verlangt worden. Nach dessen Bewilligung schrieb Karolyi:

„Wenn das Zurückziehen des ursprünglichen Gesetzentwurfes für die neue Heeresorganisation dessen Vertagung auf die nächste Session und zeitweilige Ersetzung durch den Kredit von 9 Millionen in bezug auf die Form als ein Kompromiß zwischen der Regierung und dem sich sträubenden Abgeordnetenhause angesehen werden kann, so unterliegt es keinem Zweifel, daß, was immer für Gewissensreserven seitens der Landesvertretung zur Wahrung ihrer konstitutionellen Einwirkung auch niedergelegt worden sein mögen, die Bewilligung der Geldmittel für Erhaltung des Heeres in seiner jetzigen Stärke der Kriegsbereitschaft der Regierung tatsächlich freien Spielraum gewährt, um den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Das einjährige Provisorium wird zur Anbahnung einer definitiven Organisation benutzt werden, und die solcherart erzielten Resultate dürften nächstes Jahr in einer Weise als vollzogene Umbildung hingestellt werden, daß die derselben feindliche Partei im Abgeordnetenhause wohl nicht einen fruchtlosen Versuch machen wird, diese Organisation zu vereiteln."

Und jetzt im Juli nach Erlassung des Armeebefehls:

„Während der letzten acht Monate hat, unbeeinflußt durch die verschiedenen diesen Gegenstand betreffenden legislatorischen Vorkommnisse, die tatsächliche Durchführung der Heeresreform energisch und unbeirrt stattgefunden, und es wird nunmehr durch diesen höchsten Erlaß konstatiert, daß das erstrebte Resultat zu faktischem Bestehen gebracht sei.

Nachdem zur Erreichung dieses Zweckes zuerst Mitte Februar der wegen dagegen erhobener Opposition später zurückgezogene Gesetzvorschlag eingebracht, hierauf die Entwürfe der außerordentlichen Geldbewilligung mit dem Versprechen deren provisorischen Charakters vorgelegt wurden, ist nun diese Organisation im wenn auch nicht formellen, so doch virtuellen Gegensatz zu der erwähnten

Digitized by Google

Zusage und allen dagegen ankämpfenden Widerspruch zum Trotz in eine definitive übergegangen ...

Dieses eher die Wahrung der Rechte der Krone und der wirklichen Interessen des Landes als einen sehr gewissenhaften Konstitutionalismus an den Tag legende Vorgehen wird dem Regenten gewiß die Billigung aller Einsichtigen in Preußen und Deutschland sichern, dürfte aber die Bande des Vertrauens, welche das derzeitige preußische Kabinett — als den Hort verfassungsmäßiger Theorien — mit der liberalen Partei vereinten, lockern und so die königliche Regierung ihren kleindeutschen Freunden für die nächste Zeit beträchtlich entfremden.

Ein eventueller Konflikt, welcher infolge der Order vom 4. Juli zwischen dem Regenten, dem Kabinett und der liberalen Majorität des Abgeordnetenhauses entstehen könnte, dürfte nach dem, was man hier diesfalls vernimmt, entweder mit dem Austritt des Finanzministers v. Patow endigen oder vielleicht zur Sprengung der Partei Vincke führen ..."

Im markanten Gegensatze zu Baden waren in Teplitz beide Monarchen von ihren Ministern und Gesandten begleitet. Im Gefolge des Kaisers von Oesterreich befanden sich die Grafen Rechberg und Karolyi, in dem des Prinzregenten Fürst v. Hohenzollern, Freiherr v. Schleinitz und Werther.

Der Begegnung wurde sohin auch nach außen die volle Bedeutung eines politischen Ereignisses aufgeprägt; dem von uns gewünschten Ziele des Abschlusses einer formellen Allianz kamen wir indessen nicht näher.

Nach der von Schleinitz ausgesprochenen Auffassung sollte der Zweck der Zusammenkunft darin bestehen: 1. allen Rekriminationen wegen der jüngsten Vergangenheit ein Ende zu machen und so das psychologische Element zwischen den beiden Mächten zu verbessern, 2. die Basis für eine gemeinsame Haltung in allen Fragen europäischer Politik zu finden. Das erstere Ziel wurde erreicht, das zweite nur im beschränkten Maße, nämlich insofern es sich um Frankreich handelte.

Sämtliche zwischen den beiden Monarchen besprochene Fragen wurden nach der Entrevue in einer schriftlichen Punktation niedergelegt. Die Punkte, über welche ein volles Einverständnis erzielt wurde, waren die folgenden:

1. Als Basis der beiderseitigen Politik solle der Grundsatz dienen, daß Oesterreich und Preußen den gemeinschaftlich drohenden Gefahren gemeinschaftlich entgegentreten werden.

2. Oesterreich und Preußen werden einem eventuellen Angriff Frankreichs auf ihre Staaten gemeinschaftlichen Widerstand leisten.

3. Sollte Frankreich durch Gewalt oder Anwendung eines Plebiszits den Versuch machen, Belgien, Holland oder Teile der Schweiz sich einzuverleiben, so würden Oesterreich und Preußen einem solchen Unternehmen vereint, nötigenfalls mit gewaffneter Hand, entgegentreten.

4. Im Falle eines sardinischen Angriffes auf Venetien wird Preußen die bestimmte Erklärung abgeben, daß eine Verletzung deutschen Bundesgebietes einer Kriegserklärung gleichkäme, wovon der Bundestag sofort Kenntnis erhalten werde.

Digitized by Google

Von österreichischer Seite war diesfalls mehr gewünscht und zuerst die Aufstellung von Bundestruppen im angeregten Falle oder mindestens die Aufstellung eines Observationskorps verlangt worden. Preußen aber erklärte die Entsendung deutscher Truppen zur Sicherung unsrer italienischen Grenze für untunlich, weil dies Frankreich auf den Plan bringen würde, wo dann eine Abtrennung deutscher Truppen nachteilig wäre.

5. Die Verständigung über im Kriegsfall zu ergreifende strategische Maßregeln bleibt künftiger Verabredung auf Grund der Stipulationen vom Jahre 1840 vorbehalten.

Ein Vertrag kam aber auch über diese Punkte nicht zustande, und hier kam man auf den eigentlichen Stein des Anstoßes zwischen den beiden Mächten, nämlich die innerdeutsche Frage. Der Prinzregent wie seine Staatsmänner erklärten diesfalls, daß bindende Stipulationen bei der in ihrem Lande gegenwärtig gegen Oesterreich herrschenden Stimmung unmöglich seien, weil der Landtag die zu ihrer Ausführung nötigen Geldmittel nicht bewilligen werde, falls Oesterreich für dieselben keine Gegenleistungen gewähre. Als solche wurden bezeichnet:

1. Das gegenseitige Versprechen, sich über alle Fragen von Wichtigkeit im voraus zu verständigen, bevor sie an den Bundestag gebracht würden, und dann dort die gemeinschaftlichen Absichten offen und fest durchzusetzen,

2. die Gewährung des Alternates im Bundespräsidium.

Mit dem ersteren Punkte erklärte man sich auf österreichischer Seite einverstanden unter der Voraussetzung, daß beide Mächte in dem Bestreben, den Bund zu erhalten und dessen verfassungsmäßige Tätigkeit zu fördern, einig sein werden. Das Zugeständnis des Alternates lehnte man aber ab und wies darauf hin, daß dies keine Macht-, sondern eine bloße Ehrenfrage sei, aber ebendeshalb ihr Aufgeben auf die öffentliche Meinung im eignen Lande, welche auch gegen Preußen gereizt sei, einen niederschlagenden Eindruck machen würde.

Die österreichische Regierung stand eben nach wie vor auf dem in dem oben wiedergegebenen Erlasse des Grafen Rechberg[1]) dargelegten Standpunkte, daß das von ihr angestrebte Verhältnis dem gegenseitigen Bedürfnisse entspringe, war daher nicht gewillt, dessen Herstellung durch Opfer an ihrer Machtstellung in Deutschland zu erkaufen. In Preußen wiederum waren der Prinzregent wie seine Ratgeber der Ansicht, daß die allgemeine Lage der Verhältnisse Oesterreich stärker und unmittelbarer bedrohe als Preußen, daher das letztere für die einer Politik der Gemeinsamkeit zu bringenden Opfer die Erfüllung seiner durch die Natur der Dinge gerechtfertigten Wünsche nach Erhöhung seiner Machtstellung in Deutschland erwarten dürfe. Ueber diesen inneren Widerspruch war auch in Teplitz nicht hinwegzukommen. Der Prinzregent hatte zwar aus der Alternatsfrage kein Sine qua non des Einverständnisses gemacht, wofür ihm Kaiser Franz Josef besonders dankte. In einem späteren Schreiben war der erstere indessen noch einmal auf die Frage zurückgekommen und hatte die Hoffnung ausgesprochen,

[1]) Mai-Heft S. 166 und 167.

Digitized by Google

daß es den beiden Regierungen gelingen würde eine Lösung derselben zu finden, welche, ohne der Würde Oesterreichs nahezutreten, die gerechtfertigten Wünsche Preußens berücksichtigen würde.

In Teplitz waren auch die inneren Zustände Oesterreichs zur Sprache gekommen, und von preußischer Seite auf die Notwendigkeit, zur eigenen Kräftigung dieselben verfassungsmäßig zu gestalten, hingewiesen worden. In die schriftlichen Punktationen wurde indessen dieser Gegenstand nicht aufgenommen. Wohl aber hatte Kaiser Franz Josef dem Prinzregenten die mündliche Versicherung gegeben, daß er die betretene Bahn zeitgemäßer Reformen weiterverfolgen werde. Ebenso hatte der Kaiser seinem hohen Besucher mit Beziehung auf die hervorgehobene, einem Vertragsabschlusse ungünstige Stimmung in Preußen erklärt, daß ihm dessen ausgesprochener Wille und Wort ebenso lieb sei als jeder Vertrag.

Als praktische Folge von Teplitz traten dann im Dezember in Berlin die Militärbevollmächtigten beider Staaten zu der im Punkt 5 der Verabredungen vorgesehenen Verständigung zusammen. Noch eine dritte Monarchenbegegnung fand im Jahre 1860 statt. Am 21. Oktober trafen die Kaiser von Oesterreich und Rußland und der Prinzregent von Preußen in Warschau zusammen. In ihrer Begleitung befanden sich die Minister Fürst Hohenzollern, Gortschakow, Graf Rechberg, ebenso die Gesandten Graf Thun und Herr v. Bismarck. Zur Besprechung kam dort die italienische Frage; es zeigte sich indessen, daß hinsichtlich derselben keinerlei Grundlage für ein Einverständnis vorhanden war.

Das ganze Jahr 1860 stand unter der Einwirkung der italienischen Entwicklung. Sie bildete den Gegenstand fortwährender Verhandlungen unter den Großmächten, von denen aber keine zwei vollkommen eines Sinnes waren.

Oesterreich hat in seiner Geschichte seinen Willen und seine Fähigkeit, die Resultate unglücklicher Kriege loyal zu akzeptieren und dieselben zur Grundlage seiner Politik zu machen, oft bewiesen, am meisten so nach 1866. Nach dem Kriege von 1859 standen aber die Dinge anders. Was nachher in Italien geschah, beruhte nicht auf dem infolge des Schlachtenglücks geschlossenen Frieden, sondern stand mit dessen Bestimmungen im offenen Widerspruch, bedrohte überdies den österreichischen Territorialbesitz von Venedig. Die kaiserliche Regierung verharrte daher den geschehenen Tatsachen gegenüber auf dem Standpunkt der Nichtanerkennung und lehnte es ab, an Kongressen oder Konferenzen teilzunehmen, wenn nicht dieselben 1. auf der Grundlage der Stipulationen von Villafranca und Zürich zusammenträten, und 2. eine Gewähr für die Ausführung ihrer Beschlüsse gegeben würde. Wie dem englischen Vorschlag vom Januar hatte sich die kaiserliche Regierung auch einer später (Ende Februar) von Preußen und Rußland angeregten Konferenz gegenüber ablehnend verhalten, und als Ende März Sardinien den Mächten die Einverleibung von Toskana, Parma, Modena und der Romagna notifizierte, hiergegen feierlichen Protest erhoben.

Der Prinzregent und seine Regierung standen gleich Oesterreich auf dem Prinzip der Legitimität. Schleinitz hatte dies Karolyi öfter mit Bestimmtheit und Offenheit erklärt, zugleich aber bemerkt, daß die italienische Frage Preußen

Digitized by Google

nicht nahe genug läge, um sich anders als einfach negativ zu verhalten. Karolyi hatte sein Urteil über die diesfalls zu erwartende Haltung schon im Februar dahin präzisiert, daß die preußische Regierung ihrem prinzipiellen, mit uns übereinstimmenden Standpunkt nur so lange treu bleiben werde, als sie sich bloß Annexionstendenzen und nicht vollbrachten Tatsachen gegenübersehen wird. Diese Voraussicht wurde bestätigt, denn als Sardinien sechs Wochen später die Annexionen notifizierte, begnügte sich Herr v. Schleinitz, dem Grafen Launay gegenüber auf die Rechte der depossedierten Fürsten und das von Preußen hochgehaltene Legitimitätsprinzip mündlich hinzuweisen. Schriftliche Antwort erfolgte weder auf die italienische Notifikation, noch auf den österreichischen Protest.

England begünstigte offen die italienischen Einheitsbestrebungen. Die Sympathien der Bevölkerung für dieselben waren dort noch stärker als in Preußen, und ebenso die Ueberzeugung, daß, je mehr Italien erstarke, es sich um so mehr von Frankreich unabhängig machen werde.

Als aber dann die Annexion Savoyens an Frankreich erfolgte, regte man sich darüber in England und Preußen mehr auf als in Oesterreich. Neue Anregungen über nach Paris zu richtende Abmahnungen, Verwahrungen und Vorbehalte für die Zukunft, Vorschläge zur Wahrung der Aufrechthaltung der Neutralität der durch die Verträge von 1815 neutralisierten, jetzt an Frankreich abgetretenen savoyardischen Distrikte tauchten auf, wurden erwogen und verhandelt, führten auch zu Noten, aber zu keinem praktischen Resultat.

Die russische Regierung war der italienischen Frage mit Gleichmut und Kühle gegenübergestanden, hatte auch die Annexion Savoyens als Transaktion zwischen zwei berechtigten Souveränen als vollkommen legitim betrachten zu müssen erklärt. Als aber im Mai Garibaldis Zug gegen Neapel erfolgte und das Schicksal der bourbonischen Dynastie in Neapel in Frage kam, änderte sie ihre Haltung und ging später bis zum Abbruch ihrer diplomatischen Beziehungen mit Piemont.

Frankreich ließ in seinen Bemühungen, eine Konferenz der Großmächte zusammenzubringen und auf diese Weise die europäische Sanktion für die geschehenen Tatsachen zu erhalten, nicht nach. Der preußisch-russische Vorschlag im Februar war über französische Anregung gestellt worden, und der den Kaiser Napoleon hierbei leitende Gedanke erhellt aus seinem damals ausgesprochenen Wunsche, daß die beiden die Anregung vermittelnden Mächte die Aufrichtigkeit, zugleich aber die Fruchtlosigkeit der Bemühungen des Kaisers, die legitimen Fürsten in Italien wieder einzusetzen, vorerst anerkennen mögen. — In Warschau tat ihm nun Rußland den Gefallen, auf die Sache zurückzukommen.

Begegnungen zwischen dem Prinzregenten und dem Zaren Alexander II. gehörten zu den regelmäßig wiederkehrenden Ereignissen. Im Jahre 1859 hatte ihre Zusammenkunft in Breslau stattgefunden, für das jetzt in Rede stehende Jahr war dieselbe nach Warschau verabredet. Es lag im Wunsche des Kaisers von Oesterreich, an derselben teilzunehmen; zum Ausdruck gelangte indessen dieser Wunsch erst, nachdem die österreichische Regierung durch die Berichte ihres Ge-

Digitized by Google

sandten in St. Petersburg benachrichtigt worden war, daß man dasselbe auf russischer Seite wünsche und Kaiser Alexander bereits im vorigen Jahre auf ein Zusammentreffen mit Kaiser Franz Josef gerechnet habe.

Ein politisches Programm war für die Warschauer Entrevue nicht entworfen worden. In Wien erwartete man indessen, daß dort zwischen den Souveränen und ihren Ministern alle politischen Tagesfragen zur Besprechung gelangen würden, und in dieser Annahme war für den eignen Gebrauch ein umfassendes Memoire ausgearbeitet worden, welches die Haltung Oesterreichs zur allgemeinen Lage, den italienischen, deutschen und orientalischen Fragen klarzulegen bestimmt war.

In Warschau übermittelte nun Fürst Gortschakow dem Grafen Rechberg und dem Fürsten von Hohenzollern ein neues Kongreßprojekt, als dessen Grundlage die folgenden, von Frankreich vorgeschlagenen Punkte dienen sollten:

1. Wenn Sardinien Oesterreich in Venetien angreifen sollte, würde Frankreich es nicht unterstützen, unter der Bedingung, daß auch die deutschen Bundesstaaten sich jeder Intervention enthielten.

2. Der Zustand vor dem Kriege von 1859 solle nicht mehr wiederhergestellt werden, sondern die Stipulationen von Villafranka für alle Fälle aufrecht bleiben. Würde also Piemont geschlagen, so müsse ihm doch die Lombardei verbleiben und die italienische Konföderation eintreten.

3. Alle die Abgrenzung der italienischen Staaten betreffenden Fragen, wie auch die der Art ihrer Regierung, sollen auf dem Kongreß geordnet werden unter dem doppelten Gesichtspunkte des Rechtes der legitimen Souveräne und der notwendigen Konzessionen an die Realität der Dinge.

4. Die Annexion Savoyens und Nizzas solle auf dem Kongresse nicht besprochen werden, dagegen verpflichtet sich Frankreich zur Uebernahme der sardinischen Verpflichtungen bezüglich der neutralisierten Bezirke.

Der letzte Punkt war uns gleichgültig, bezüglich des vorletzten bemerkten wir, daß die beiden angeführten Gesichtspunkte miteinander in Widerspruch stünden und die Sicherung der Durchführung der Kongreßbeschlüsse und als unerläßliche Vorbedingung für dessen Zusammentritt erscheine. Die beiden ersten Punkte fanden wir unannehmbar.

Graf Rechberg antwortete daher dem Fürsten Gortschakow, daß Oesterreich keinen Krieg beabsichtige, denselben nicht als unabwendbar ansehe, für den Fall des Angegriffenwerdens seine Aktionsfreiheit nicht binden, noch auch zugeben könne, daß der Deutsche Bund dies im verlangten Sinne tue. Auf Basis der letzten Friedensstipulationen werde die österreichische Regierung gerne an einem Kongresse teilnehmen, sonst nicht, wünsche daher jetzt die vier Punkte nicht weiter zu diskutieren.

Rechberg hätte gewünscht, daß Oesterreich und Preußen noch in Warschau eine erschöpfende, zur Mitteilung an Frankreich bestimmte Antwort an Gortschakow richten sollten, Fürst von Hohenzollern wollte dieselbe aber mit Rücksicht auf den Umstand, daß Schleinitz infolge seiner Erkrankung nicht nach Warschau ge-

Digitized by Google

kommen war, bis nach seiner Rückkehr nach Berlin aufschieben. Dies geschah denn auch, und die preußische Antwort erfolgte in einem Erlasse an Herrn v. Bismarck, worin das französische Enthaltungsversprechen unter der Bedingung gleicher deutscher Haltung akzeptiert, zugleich aber bemerkt wurde, daß sich letztere nicht auf Aufstellung eines Observationskorps oder sonstiger bloßer Vorsichtsmaßregeln beziehen könne.

Die politischen Verhandlungen in Warschau hatten sich demnach auf die russische Uebermittlung eines neuen französischen Vorschlages beschränkt. Für Oesterreich war dieses Resultat enttäuschend. Auch der Fürst von Hohenzollern war von demselben wenig befriedigt. Schleinitz erklärte Karolyi, daß die vier Punkte für Oesterreich unbillig wären, es aber doch angezeigt scheinen würde, die Diskussion fortzuspinnen, schon um Frankreich zu bestimmten Erklärungen zu bewegen.

Dies geschah auch, aber ohne zu einem Einverständnis oder zur Klärung der Lage zu führen. Das Jahr 1860 schloß, wie es begonnen — Unsicherheit und Vereinzelung nach allen Seiten.

Publikum und Krankenhaus

Von

Dr. J. Grober,

a. o. Universitätsprofessor der Innern Medizin in Jena

In den weitesten Kreisen des großen Publikums begegnet man fast stets einer sehr deutlich zur Schau gebrachten und starken Abneigung gegen alles, was mit dem Krankenhaus im Zusammenhang steht. Jeder, der längere Zeit hindurch Gelegenheit hatte, in einem Krankenhaus tätig zu sein, weiß davon und oft wenig Erbauliches zu erzählen. Am meisten können die Aerzte der Krankenanstalten von solchen Erfahrungen berichten, da sie durch ihren Beruf nicht nur mit dem Krankenhaus und seinen kranken wie gesunden Insassen, sondern auch mit dem Publikum, insonderheit mit Kranken außerhalb des Krankenhauses und deren Angehörigen in tägliche Berührung kommen. Diese Abneigung gegen die Krankenanstalten ist um so merkwürdiger, als doch der Sinn für soziale Betätigung in ungeahnter Weise gefördert worden ist und humanitäre Bestrebungen eine erhebliche Steigerung ihrer öffentlichen Anerkennung erfahren haben. Damit hat aber die Wertschätzung der Krankenhäuser nicht Schritt gehalten, trotzdem alle Sachkenner wissen, daß die Krankenanstalten der Neuzeit, insbesondere die deutschen, in ihrer Entwicklung gegenüber den alten Häusern sehr große Fortschritte gemacht haben. Es müssen also Umstände wirksam sein, die durch ihr Dazwischentreten verhindern, daß die Abneigung des Publikums sich vermindere. Denn daß sie tatsächlich vorhanden ist, läßt sich nicht nur durch das immerhin

Digitized by Google

subjektive Urteil einzelner Beteiligter, sondern auch ganz objektiv feststellen. Die Durchsicht der Tageszeitungen, namentlich in den Großstädten, die Unterhaltungen der Kranken in den Anstalten mit ihren Angehörigen oder der letzteren allein, wenn sie unter sich zu sein glauben, zeigt, daß sie geneigt sind, alles, was in den Krankenanstalten geschieht und was von dort aus in die Oeffentlichkeit gelangt, ablehnend zu besprechen, darzulegen und zu verbreiten, vielem einen unerfreulichen, ja gehässigen Unterton zu geben. Dabei soll jede Aeußerung der Undankbarkeit ehemaliger Kranken gegenüber der Anstalt, wie sie öfter gehört wird, als zu subjektiv noch außer acht gelassen werden. Am deutlichsten prägt sich die Abneigung des Publikums aus, wenn es sich darum handelt, schwereren oder leichteren Kranken den Rat zu erteilen, eine Krankenanstalt, sei es, welche es wolle und welcher Art auch immer, aufzusuchen. Da hört man, oft schon bevor überhaupt das Wort Krankenhaus gefallen ist, den Abscheu davor in recht unzweideutiger Weise ausdrücken. Es gibt Städte und Gegenden, auch in Deutschland, in denen nur im äußersten Fall ein Kranker sich entschließt, in eine Anstalt einzutreten, andre, in denen bestimmte, und zwar jeweils verschiedene Klassen der Bevölkerung es ablehnen, ein Krankenhaus aufzusuchen.

Die Krankenanstalten sind heute so in unsern Staats- und Gemeindeorganismus eingepaßt, sie haben so wesentliche Aufgaben zu erfüllen, daß diese Abneigung sie an ihrem Zweck und Ziel stark behindern kann. Es ist deshalb von Wichtigkeit, daß der Finger der Wissenden einmal mahnend an diese wunde Stelle gelegt und daß einmal untersucht und freimütig erörtert werde, welche Umstände im allgemeinen und im speziellen denn die Abneigung des Publikums gegen die Krankenanstalten hervorbringen. Einsichtige Erläuterung und sachverständige Prüfung der Gründe dieser Abneigung vor der breiten Oeffentlichkeit mag vielleicht dazu beitragen, sie zu verringern und damit die Aufgabe der Krankenanstalten zu erleichtern. Daran wird sich ohne weiteres und ganz selbstverständlich eine Darlegung des Wertes der öffentlichen Krankenhäuser für das Publikum und ihrer Bedeutung für den sozialen Organismus anschließen, aus dem das Verlangen nach lebhafterem Interesse, ja nach Förderung der Anstalten durch das Publikum, hervorgeht.

Vorweg aber bedarf eines der Festlegung. Es liegt mir, der ich mich sehr viel und eingehend mit den verschiedensten Fragen des Krankenhauswesens beschäftigt habe, ganz fern, etwa behaupten zu wollen, daß alle Schuld bei dieser Abneigung und Mißachtung auf seiten des Publikums liege. Ich bin weit davon entfernt, zu glauben, daß in allen etwa fünf- bis sechstausend deutschen Krankenanstalten so ideale Zustände herrschen, daß sie nirgends und gar keinen berechtigten Grund zur Klage und Beschwerde geben könnten. Auch die Krankenhäuser werden von Menschen betrieben. Ich glaube auf Grund vieler Erfahrungen nur dafür einstehen zu können, daß wenigstens in Deutschland die ärztlichen Krankenhausleiter und die Krankenhausärzte überhaupt bei ihrer täglichen Arbeit den dringenden Wunsch haben, alles aufzuwenden, was diese Abneigung des Volkes gegen ihre Arbeitsstätte und damit auch oft gegen ihre Lebensarbeit zu

Digitized by Google

beseitigen imstande ist. Es wird jene Abneigung von dieser Seite her auf das lebhafteste bedauert, und das Bestreben, sie zu beseitigen, geht wohl von jedem einzelnen aus, soweit sein eigner Wirkungskreis reicht.

Wir können also die Abneigung des Publikums gegen die Krankenanstalten als zweifellos vorhanden annehmen und wollen die Gründe dafür ausführlich darzulegen versuchen. Daraus wird sich für den Verfasser selbst die erwünschte Prüfung ergeben, ob die Gründe stichhaltig sind und nach welcher Richtung hin sie etwa Veranlassung sein können, Einrichtungen der Krankenanstalten zu ändern und damit den Entscheidungen und Wünschen des Publikums entgegenzukommen. Unzweifelhaft bedeuten die Krankenhäuser für die Gegenwart einen ganz besonders wichtigen Faktor. Nicht nur deshalb, weil in ihnen sehr große Kapitalien des öffentlichen Vermögens festgelegt sind, sondern vor allem, weil sie für den einzelnen in zwar bestimmten, aber schließlich gar nicht so seltenen Fällen des täglichen Lebens eine von ihm freilich nicht immer anerkannte Unterstützung, Hilfe und Sicherheit bieten; dabei sehen wir von der schützenden Aufgabe der Krankenanstalten, die in der Unterbringung der Kranken und Siechen und namentlich in der für die Umgebung ungefährlichen Versorgung der ansteckenden Kranken besteht, hier zunächst ab. Aber gerade weil der Wert der Krankenanstalten für das Publikum ein außerordentlich großer ist, darf auf der andern Seite auch verlangt werden, daß sie in ihrer Organisation, in ihren Bestrebungen und in ihren Einrichtungen vom Publikum anerkannt und gefördert werden. Wir dürfen es uns also angelegen sein lassen, das Interesse der öffentlichen Meinung und der Bevölkerung überhaupt für die Krankenanstalten zu erwarten, und es wäre zu hoffen, daß die genauere Darlegung der vorliegenden Verhältnisse den einsichtigen Teil des Publikums veranlassen möchte, die bisher bestehende Abneigung gegen die Anstalten in Anteilnahme und Förderung umzuwandeln.

Wir hängen alle am Althergebrachten. Aus dem Mittelalter, ja aus der Periode des Verfalles des römischen Kaiserreiches her stammt die Anschauung, daß das Krankenhaus den öffentlichen, sagen wir einmal Zwangsanstalten des Staates und der Gemeinde an die Seite zu setzen sei. Diese Anschauung hat eine sehr gute historische Berechtigung. Krankenanstalten im neueren Sinne gibt es erst seit dem achtzehnten Jahrhundert. Vorher wurden die Krankenanstalten benutzt, um Sieche und unheilbare Kranke unterzubringen und mehr oder minder gut zu versorgen. Noch vorher, und das ist der Ursprung der mittelalterlichen Spitäler, wurden sie verwendet, um ansteckende Krankheiten, namentlich am Aussatz (Lepra) Leidende, aber auch diejenigen, die an Pest, am sog. Kriegstyphus, der Ruhr, dem Englischen Schweiß und wie die ansteckenden Krankheiten des Mittelalters noch heißen, erkrankten, aufzunehmen, zu verpflegen und vor allem zu isolieren. Die Isolation in den Pestspitälern und ebenso in den Leproserien war schon im Mittelalter eine außerordentlich strenge. Es handelte sich um eine rein mechanische Abschließung; Desinfektion gab es damals noch nicht, wenigstens wurde sie nicht bewußt angewendet.

Digitized by Google

Wenn wir heutzutage einen ansteckenden Kranken isolieren wollen, so läßt sich das auch noch mit rein mechanischer Abschließung durchführen. Aber dieser mechanische Abschluß ist doch kein vollkommener und kann es auch nicht sein. Die Forderung, die sich für uns daraus ergibt, ist die, daß wir zur chemischen Isolierung die Desinfektionsmittel der verschiedensten Art anwenden, um die Verbreitung der Krankheitserreger zu unterbrechen, indem wir sie abtöten. Die mechanische Abschließung braucht deshalb heute nicht so streng zu sein, wie sie es im Mittelalter sein mußte, wenn man Erfolg haben wollte. Das mittelalterliche Krankenhaus, das häufig den Heiligen der Pest und des Aussatzes geweiht war, bildete ein viel mehr nach außen hin abgeschlossenes Ganzes, als wir es heutzutage von einem Krankenhause gewohnt sind. Wer einmal dort verschwand, d. h. aufgenommen wurde, war für die übrige Bevölkerung tatsächlich völlig abgeschlossen und befand sich in dem eng umgrenzten Bezirk unter dauernder Aufsicht, etwa so wie heutzutage in einem Gefängnis. Daher stammt die Neigung auch unsrer heutigen Bevölkerung noch, das Krankenhaus dem Gefängnis an die Seite zu stellen. Die bis in das Ende des achtzehnten Jahrhunderts autokratische Art der Staatsleitung erstreckte sich auch auf die Nachfolger jener Pestspitäler, die Siechenhäuser der großen Städte, die auch weiter die Bezeichnung „Spitäler" beibehalten haben. Auch in ihnen lagen die Verhältnisse, wenn wir die Berichte zum Beispiel aus Paris, aus Straßburg und Berlin durchsehen, für die armen Kranken nicht viel anders, als wenn sie in einem Gefängnis interniert gewesen wären. Der Ausgang war ihnen verwehrt, sie waren gezwungen, eine bestimmte Tageseinteilung einzuhalten, die Unterkunft war schlecht. Wird uns doch noch aus dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts aus dem Hotel Dieu mitgeteilt, daß fünf bis sechs Menschen in einem Bett untergebracht wurden. Die Todeszahl unter diesen unzulänglich Verpflegten — denn auch die Ernährung war schlecht — war sehr groß. Das Heer der ansteckenden Krankheiten fand in diesen unhygienisch eingerichteten und betriebenen Anstalten zahlreiche Opfer. Auch wissen wir heute, daß bei bestimmten Infektionen, z. B. bei Typhus, gerade Anstalten, in denen chronische Kranke untergebracht werden, durch Vermittlung derjenigen Personen, die, ohne krank zu sein, die Bakterien bei sich tragen und dauernd ausscheiden, zum fortwährenden Sitze solcher Erkrankungen (Endemien) werden können. Das war früher natürlich noch weit mehr der Fall als heute, wo wir durch die entsprechenden Einrichtungen, durch dauernde bakteriologische Kontrolle, durch den möglichst sauberen und einwandfreien hygienischen Betrieb die Weiterverbreitung von Infektionen einzuschränken gelernt haben. Nicht umsonst führte die Blutvergiftung in früheren Jahrhunderten und Jahrzehnten den Namen des „Hospitalbrandes", weil jeder mit frischer Wunde Behaftete oder etwa Operierte Gefahr lief, von ihm befallen zu werden und tatsächlich auch meist befallen wurde. Noch aus neuerer Zeit wird uns aus Wiener Hospitälern berichtet, daß kein Kranker länger als zwei Jahre sich in ihnen aufhalten konnte, ohne daß er an der Lungenschwindsucht, die offenbar in diesen Spitälern außerordentlich häufig war, erkrankte.

Digitized by Google

Die alte Zeit hatte ein großes Verständnis für den gemeinsamen Zusammenschluß der in gleichen Lebenslagen befindlichen Menschen. Die Innungen, die Ritterorden, die Orden der Mönche legen dafür Zeugnis ab. Auch die Insassen eines Spitals fühlten sich untereinander verbunden und dadurch ihren Angehörigen mehr entfremdet. Man war in bestimmten Fällen gewöhnt, das Familiengefühl gegenüber einem freiwillig gesuchten Bande zurückzustellen; das kennt unser Volk heutzutage nicht mehr. Noch unbekannter aber war damals die heute weitverbreitete Neigung, das Recht der einzelnen Person auf alle möglichen Dinge des materiellen und ideellen Lebens zu betonen. Der Individualismus des klassischen Altertums lebte im Mittelalter in einzelnen Persönlichkeiten wieder auf; es hat auch im Laufe der Jahrhunderte nie an Vertretern desselben gefehlt; aber die ob scheinbare, ob tatsächliche Hervorkehrung des Individualismus, wie wir sie heute gewohnt sind, eigentlich in allen Bevölkerungsklassen zu erleben, war damals ungewohnt und wurde, wenn sie auftrat, als staatsfeindlich, wir würden heute sagen, unsozial, bekämpft und zurückgedrängt. Das Recht auf die Bedeutung und die Hervorkehrung des Individuums, so allgemein, wie wir sie heute überall von den höchsten bis zu den niedrigsten Ständen hervortreten sehen, war damals noch nicht bekannt. Es ist verständlich, daß deshalb im Mittelalter der Zwang des Hospitals eher gelitten, ja vielleicht zum Teil sogar wohltätig empfunden wurde, den wir heute mit unsern individualistischen Neigungen so schlecht vertragen können. Auf die Notwendigkeit und auf die innere Berechtigung dieses Zwanges werden wir weiter unten noch eingehender zu sprechen kommen.

Der Gesunde hat gegen Kranke an und für sich eine Abneigung. Das ist ein höchst natürliches Gefühl, das uns auch die Tierpsychologie von mancherlei höherstehenden Tierarten berichtet. Auch die am wenigsten gebildeten Völkerschaften des Erdballes besitzen dieses Gefühl, das erst bei den kultivierteren durch jenes andre, als dessen Inbegriff wir die christliche Caritas bezeichnen, beiseitegeschoben wird. Aber die natürliche Vorstellung auch des gesunden Menschen bei der Möglichkeit der Berührung mit Kranken ist die der Abwehr, der Flucht oder der Beseitigung des Erkrankten, und je individualistischer wir im Laufe der letzten Jahrzehnte wurden, um so mehr treten diese „Abwehrgefühle" wieder hervor. Der Kranke in der eignen Familie bildet davon eine natürliche Ausnahme, denn ihm sind wir durch die Bande des Blutes oder der Zuneigung nahe verbunden und damit befähigt, das Unlustgefühl, von dem eben gesprochen wurde, zu überwinden. Die Krankenanstalt ist nun für die meisten Menschen eine Sammlung von fremden Kranken, und er überträgt daher seine Unlust bei Anblick, Berührung und Bedenken von Kranken auf das Haus und die Einrichtung, denen diese Kranken übergeben sind. Es ist keine Frage, daß man hierin eine vielleicht nicht ganz unberechtigte, jedenfalls verbreitete Ursache der heute vorhandenen Abneigung gegen die Anstalt zu sehen hat. Stellt sich doch der Durchschnittsmensch auch jetzt, und vielleicht jetzt mehr als vor zwei oder drei Jahrzehnten, unter Kranken im allgemeinen vorwiegend ansteckende

Digitized by Google

Kranke vor. Es kommt nun noch hinzu, daß persönliche Erfahrungen oder solche in der eigenen Umgebung bei der Vorstellung des Begriffs „Krankenhaus" den meisten Menschen andere unerbetene und ihm unerfreuliche Begriffe ins Gedächtnis rufen, als da sind schwere Krankheit, die er selbst, etwa mit Gefahr des Lebens oder wenigstens Furcht davor, durchgemacht hat. Ferner ergibt sich für sehr viele Menschen aus dem Begriffe Krankenhaus die Vorstellungsreihe an allerhand, namentlich auch blutige Eingriffe am lebenden menschlichen Körper. Die Operationsfurcht ist weit genug verbreitet und man wird es niemand verübeln, wenn er nach dieser Richtung Bedenken für seine eigene Person hegt; unwillkürlich erfolgt dann die weitere Uebertragung dieser Bedenken auch auf die Anstalt, in der gewohnheitsmäßig und bekanntermeise derartige Eingriffe, die ja zweifellos nicht immer ungefährlich für Körper und Leben sind, vorgenommen werden.

Endlich ist naturgemäß die Sterbeziffer der Krankenanstalten derjenigen der allgemeinen Bevölkerung bei weitem überlegen. Todesfälle, Beerdigungsfeierlichkeiten, der Transport der Toten findet natürlich in der Umgebung des Krankenhauses häufiger statt als an anderen Teilen der Umgebung. Auch diese Vorstellung wird regelmäßig und unmittelbar aus der Anschauung heraus mit den Krankenanstalten verknüpft.

Ich habe vielfach Gelegenheit genommen, mit Personen verschiedener Stände und sehr verschiedener Bildung über die Gründe der Abneigung des Publikums gegen das Krankenhaus zu sprechen und bin in den verschiedensten Gegenden Deutschlands dabei auf einen weit verbreiteten Aberglauben getroffen, der offenbar mit den letzterwähnten Vorstellungen, halb freiwillig, halb zwangsweise, verbunden wird. Es ist der Glaube weit verbreitet, daß, wenn einmal jemand das Krankenhaus aufgesucht habe, das allein für ihn ein schlimmes Zeichen bedeute und daß er darin eine Vorausahnung sehen könne, daß sein Leiden ihm das Verlassen des Krankenhauses bei lebendigem Leibe nicht mehr gestatte. Offenbar handelt es sich hier um Uebertragung persönlicher Erfahrungen oder Mitteilung von anderen auf die jedem schließlich mögliche Eventualität, einmal in ein Krankenhaus eintreten zu müssen. Dabei ist zu bedenken, daß in Deutschland, aber wohl in anderen mitteleuropäischen Ländern auch, die Krankenanstalten im allgemeinen nur dann aufgesucht zu werden pflegen, wenn es sich um besonders schwere Krankheitszustände handelt. Bei Beratungen erkrankter Personen erlebt man es gar nicht selten, daß dem Ratschlag des Arztes, in ein Krankenhaus zur Behandlung einzutreten, ein sehr energischer Widerstand sowohl von seiten des Kranken wie auch seiner Angehörigen, und manchmal von diesen allein, entgegengesetzt wird. Hier spielen eben schlechte Erfahrungen aus eigenem Erlebnis oder der Umgebung, die ausgeführten Anschauungen über das Krankenhaus älterer Zeit und Einrichtung und endlich der aufgeführte Aberglaube eine wesentliche Rolle. Wir werden gleich sehen, daß auch Umstände, die im Wesen des Krankenhauses selbst liegen, bei diesem Widerstand der Kranken, die Anstalten aufzusuchen, mitspielen.

Digitized by Google

Fragen wir uns nun, inwieweit die bisher aufgeführten Gründe für die Abneigung des Publikums gegen die Krankenhäuser berechtigt sind und wie weit sie im öffentlichen Interesse ihrer Bekämpfung und Widerlegung zugängig gemacht werden können. Die Anschauung, die die Krankenhäuser den Gefängnissen gleichstellt, ist veraltet und beruht auf Verhältnissen, die heutzutage nicht mehr existieren. Um das Publikum davon zu überzeugen, daß seine Anschauung falsch ist, halte ich es für das beste, ihm eine möglichst tiefe und reiche Einsicht in die Anlagen und den Betrieb von Krankenanstalten zu gewähren, es über die Vorgänge, die sich hier mit den Kranken abspielen, und zwar, soweit möglich, mit Angebung von Gründen dafür, aufzuklären. Ich habe zu diesem Zwecke mehrfach Gelegenheit genommen, in öffentlichen Vorlesungen ein größeres Publikum in das Krankenhauswesen einzuführen und sowohl durch mündliche wie bildliche Darstellung, vor allem aber durch Führung, durch örtliche Besichtigung über die Zustände in den Krankenhäusern aufzuklären. Auf diese Weise scheint mir am besten dahin zu wirken zu sein, daß die Anschauung, Krankenanstalten seien den Gefängnissen, Zwangsanstalten der verschiedensten Art gleichzustellen, beseitigt wird. Es ist zweifellos recht bequem und mit weniger Mühe verknüpft, wenn man diktatorisch das Publikum von der Kenntnisnahme der Krankenhauseinrichtung abschließt und erklärt, daß dies eine rein innere Angelegenheit der Insassen selbst sei. Zweckmäßig ist es aber in höherem Sinne auch für die Erleichterung des Verkehrs zwischen Krankenanstalt und Publikum, wenn man sich der Mühe unterzieht, falsche Anschauungen zu verbessern und richtige an ihre Stelle zu setzen, und es wäre wünschenswert, wenn das an möglichst vielen Stellen geschehen könnte.

Der zweite Grund für die Abneigung des Publikums für die Krankenanstalten, die Abneigung gegen Leiden, Krankheit und Tod und ähnliches, das unangenehme sogenannte Unlustgefühl, wird sich nur außerordentlich schwer bekämpfen lassen. Je mehr aber bekannt wird, daß die Anstalten nicht nur Schwerkranke aufnehmen, daß mit dem Fortschritt der Wissenschaft und der ärztlichen Kunst viele Kranke, die früher ihren Leiden erliegen mußten, nunmehr gerettet und den ihrigen wieder genesen zurückgegeben werden können, um so weniger offen wird diese Anschauung auftreten, um so weniger wird der Eintritt ins Krankenhaus überhaupt schon als ein Zeichen einer schlechten Vorahnung aufgefaßt werden dürfen.

Was den Aberglauben, von dem die Rede war, anlangt, so wird nur die fortschreitende Bildung des Volkes im allgemeinen ihn zu beseitigen imstande sein. Auch hier aber sollte die Aufklärung des Publikums nicht unterschätzt werden, für den einzelnen Fall in dem häufigen Hinweis bestehend, daß die Vorgänge, wie sie sich im Krankenhause abspielen, im ganzen und im einzelnen nur von der Rücksicht auf die zu erreichende Genesung des Kranken abhängen und auf den Schutz des nichtkranken Teiles der Bevölkerung abzielen.

Die Besprechung der allgemeinen Gründe für die Abneigung des Publikums vor den Krankenanstalten hat uns bereits mehrfach mit solchen Umständen be-

Digitized by Google

kannt gemacht, die speziell im Krankenhauswesen und -Betrieb enthalten sind, Umständen, die nun einmal, so wie die Verhältnisse liegen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade unvermeidbar sind und die nicht an die besonderen Verhältnisse gerade eines Krankenhauses anknüpfen. Diese bedürfen, wie leicht verständlich ist, einer besonders eingehenden Besprechung.

Es ist hier zunächst die Furcht vor der Ansteckung im Krankenhause zu erwähnen. Man hört oft, wenn Angehörige ihre Kranken besuchen, der Furcht Ausdruck geben, daß man bei dieser Gelegenheit „eine Krankheit auflesen könne". Damit soll doch wohl gesagt sein, daß man annimmt, daß innerhalb der Krankenanstalt die Gefahr einer Krankheitsübertragung viel größer sei als anderswo. Diese Furcht vor Ansteckung geht so weit, daß mir wiederholt die Verwunderung ausgesprochen wurde, wieso die Aerzte in den Krankenanstalten so wenig an Infektionskrankheiten leiden. Man hat sogar geglaubt, daß wir im Besitz von Geheimmitteln oder geheimnisvollen Praktiken seien, mit denen wir eine Ansteckung vermeiden könnten, die anscheinend als unerläßlich angesehen wurde. Leider Gottes ist die Zahl der Aerzte, die an Infektionskrankheiten leiden und sterben, die sie sich im Dienst und bei ihrem Berufe zugezogen haben, durchaus nicht so klein, wie das Publikum anzunehmen scheint; dabei ist aber zu bedenken, daß der Arzt insofern am gefährdetsten im Betriebe der ganzen Krankenanstalt ist, als er einmal mit dem Kranken in eine sehr nahe und gefährliche Berührung kommt, und zweitens verschiedene Kranke nacheinander sehen muß, häufig sogar sehr zahlreiche. Wenn trotzdem das Publikum meint, daß die Ansteckung der Aerzte nur in sehr geringer Zahl erfolgte, so spricht das jedenfalls dafür, daß alle diejenigen, die sich dieser Gefahr nicht aussetzen, sich vor der der Ansteckung im Krankenhause nicht zu fürchten brauchen. Diese Furcht liegt auch wohl darin begründet, daß viele Menschen über den Vorgang bei der Uebertragung von Krankheiten so gut wie keine, oder wenn schon, eine unrichtige Auffassung haben.

Die Einrichtung unserer Krankenanstalten in bezug auf übertragbare Krankheiten ist so, wie heutzutage die Dinge in Deutschland liegen, eine derartige, daß für das Publikum, das zum Besuch der Kranken die Anstalt betritt, eine Gefahr nicht anerkannt werden kann. Dabei muß allerdings vorausgesetzt werden, daß diejenigen Vorschriften, die bezüglich dieser Besuche erlassen sind, auch vom Publikum beachtet werden. Die ganzen geheimnisvollen Mittel, mit denen der Arzt sich vor Ansteckung zu schützen imstande sein soll, bestehen in genau den gleichen Dingen, die den Angehörigen beim Besuch der Kranken in der Anstalt vorgeschrieben werden. Der Hergang der Infektion ist uns bekannt und wir wissen, wo wir, wenn wir von ihm betroffen werden, ihn unterbrechen müssen. Wir tragen besondere Kleider, wenn wir zu den Kranken gehen, wir sorgen dafür, daß die Bakterien, die etwa an unsere Hand, an unsere ärztlichen Geräte gelangt sind, durch Abtötung beseitigt werden, wir haben uns auch der mancherlei unhygienischen Unarten, die im Publikum noch keine solche Bekämpfung erfahren haben, entwöhnt, wir verlangen von unsern Krankenschwestern, daß sie keine Röcke tragen, die bis auf den Fußboden reichen und die Bakterien zusammen-

Digitized by Google

kehren und verbreiten, wir erlauben ihnen auch nicht, ebensowenig wie uns selbst, ohne sorgfältig desinfiziert zu sein, die einzelnen Infektionskrankheiten zu verlassen und andere Kranke aufzusuchen. Wir schützen uns auch selbst, indem wir gelegentlich eingetretene Pforten der Ansteckung, wie zum Beispiel Wunden in der Haut, verschließen und andre, wie den Mund, den Rachen und die Nase nicht mit den gefährlichen Krankheitserregern, die unsre Hand berührt haben, in Berührung gelangen lassen.

Die Furcht vor der Ansteckung darf also als eine grundlose bezeichnet werden. Auch über sie wird man das Publikum aufzuklären haben, namentlich darin, daß die ansteckenden Kranken, die im Krankenhause untergebracht werden, sich in besonders abgeschlossenen und dem allgemeinen Verkehr, auch dem der Angehörigen, nicht ohne weiteres zugänglichen Räumlichkeiten oder Gebäuden befinden. Bei den allgemeinen Abteilungen der Krankenhäuser findet man überhaupt keine ansteckenden Kranken mehr, und selbst da, wo ansteckende Kranke an derselben Stelle wie die anderen in das Krankenhaus aufgenommen werden, soll nach Möglichkeit — und wie wir glauben, geschieht dies auch stets — dafür gesorgt werden, daß die Gefahr der Weiterübertragung durch sorgfältige Desinfektion beseitigt oder verhindert wird.

Die Furcht vor Ansteckung in Krankenanstalten ist dadurch gesteigert worden, daß das Publikum mit den Erregern der Krankheiten allmählich mehr und mehr bekannt geworden ist. Auch hier fehlt ihm aber die genauere Kenntnis, denn es haben sorgfältige bakteriologische Untersuchungen wiederholt gezeigt, daß in gut gebauten und gut geleiteten Krankenanstalten die Zahl der etwa vorhandenen Bakterien eine viel geringere ist wie diejenige, deren Infektionsmöglichkeit sich der normale Mensch dauernd auf der Straße, in seiner Wohnung, in allen möglichen Verkehrseinrichtungen aussetzt. Das liegt daran, daß die bauliche und Inneneinrichtung der Krankenanstalten von vornherein auf eine möglichst vollständige Beseitigung des Schmutzes angelegt ist. Ein Hauptgrundsatz des Krankenhauswesens geht dahin, daß überall da, wo Schmutz sich ansammeln kann, er möglichst sofort bemerkt werden muß; daher die reichliche Verwendung der hellen, vor allen Dingen der weißen Farbe im Krankenhaus. Ferner sollen unnötige Gelegenheiten zur Ansammlung von Schmutz und Staub möglichst vermieden werden. Wir machen deshalb die Wände glatt, lassen die Decke rund in die Wand übergehen, ebenso die Wand in den Fußboden. Der Fußboden selbst wird mit glatter Oberfläche (Terrazzo, Linoleum, Fliesen) versehen. Vorhänge, namentlich solche aus Wolle, werden nicht verwendet; alles Gewebe wird so hergestellt, daß es leicht gereinigt, vor allem gewaschen und gekocht werden kann, so zum Beispiel die Fenstervorhänge. Nirgends dürfen Gewebe den Fußboden berühren. Teppiche, diese Sammler von Schmutz, sind im Krankenhause fast ganz verpönt, dazu kommen die zahlreichen Einrichtungen zur dauernden Sauberhaltung, Glättung und Schmutzbeseitigung in Gestalt von Staubsaugern, zahlreichen Wasserhähnen zur Entnahme von Aufwaschwasser, und endlich die gesetzmäßig verlangten großen Fensterflächen der Krankenanstalten, da wir in

Digitized by Google

der Sonne den stärksten Feind der Bakterien zu sehen haben. Das gebrochene, gleichmäßige Tageslicht, das für unsere Breiten ja vorwiegend in Betracht kommt, ist freilich der direkten strahlenden Sonne an bakterientötender Kraft unterlegen, trotzdem wirkt es in gleichem Sinne, daneben aber auch insofern, als es erkennen läßt, wo denn Schmutz und Unrat sich angesammelt hat. Die Beseitigung des Schmutzes muß in den Anstalten gewissermaßen von vornherein ein körperliches Bedürfnis der darin arbeitenden Personen sein. Eine der Hauptaufgaben der Leiter der Krankenanstalt ist es, nach dieser Richtung hin jede mögliche Vorsorge zu treffen.

Von diesen Einrichtungen pflegt nun das Publikum im allgemeinen recht wenig zu wissen. Auch das Verständnis für sie ist vorläufig noch nicht sehr groß und ich komme deshalb noch einmal auf die Forderung zurück, daß, etwa in Form öffentlicher Vorträge, durch die Presse oder in anderer Weise der Bevölkerung die Kenntnis dieser Dinge vermittelt werden sollte. Die wichtigsten derartigen Einrichtungen sind die, die auf die Verhütung der Weiterverbreitung ansteckender Krankheiten abzielen. Man wird deshalb den Zuhörern solcher Vorlesungen vor allen Dingen hierüber Aufklärung verschaffen müssen. Das wirksamste Schutzmittel gegen diese Gefahr ist die Desinfektion und die dafür bestimmten Einrichtungen der Krankenanstalt; diese sollten möglichst bekanntgegeben werden. Es begegnet das nach meinen Erfahrungen dem größten Interesse, hat ferner deshalb besonderen Wert, weil hierbei erst das Verständnis der Bevölkerung bei Fällen von ansteckender Erkrankung in der eignen Familie für die notwendige Desinfektion auch hier geweckt wird. Diese hat jetzt häufig mit einigen Schwierigkeiten zu kämpfen. Wenn dem Laien klargemacht wird, mi welchen komplizierten technischen Einrichtungen und wie energisch den Krankheitserregern zu Leibe gerückt wird, welche Sicherheit wir haben, daß die Erreger abgetötet werden, welche Versuche nach dieser Richtung angestellt wurden und noch angestellt werden, so müssen die Vorstellungen von der Gefahr des Betretens einer Krankenanstalt allmählich geringer werden.

Mehr und mehr macht sich das Bestreben geltend, auch die letzte der Infektionskrankheiten, die wir wenigstens bis zu einem gewissen Grade erkennen können, zu isolieren, die offene Lungentuberkulose und die Tuberkulose der Haut und der Gelenke. In fast allen größeren Anstalten sind diese Kranken bereits in besonderen Gebäuden untergebracht, und es steht zu erwarten, daß allmählich diese Trennung auch in den übrigen Anstalten durchgeführt werden wird, zum Nutzen der Kranken sowohl, als auch der übrigen Insassen der Anstalt.

Die Bazillenfurcht ist eine natürliche Folge der Entwicklung der Bakteriologie. Nachdem wir gelernt hatten, daß der Typhusbazillus den Typhus beim Menschen erzeugen kann, war der Schluß gerechtfertigt und jedenfalls verständlich, daß überall da, wo solche Krankheitserreger in den Menschen hineingelangen, nun auch die Krankheit entstehen müsse. Der Tierversuch schien uns im Anfang nach dieser Richtung hin auch durchaus zu bestärken. Die bakteriologische Anschauung ging zuerst dahin, daß schon die Anwesenheit von einzelnen Bazillen,

Digitized by Google

etwa von Cholera oder Pest, genügen, um bei dem betreffenden Individuum die Krankheit hervorzurufen. Diese Anschauung ist falsch, und auch die Bakteriologen haben allmählich gelernt, sich der von den Klinikern von Anfang an vertretenen Anschauung anzuschließen, daß die Krankheit nicht die Folge der Anwesenheit der Krankheitserreger sei, sondern daß wir in ihr den Ausdruck eines Kampfes zu sehen haben, den der eingedrungene Krankheitserreger und seine Nachkommen mit dem Körper und seinen Zellen und Geweben führt. Manchmal ist dieser Kampf schon von vornherein zugunsten des Körpers entschieden; wir sprechen dann davon, daß der betreffende Körper für die Krankheit nicht disponiert sei; in andern Fällen ist eine solche Disposition vorhanden, die Krankheit greift unter Vermehrung der Erreger weiter um sich, aber der Körper sammelt seine Streitkräfte, beseitigt die Bazillen, tötet sie ab und scheidet sie aus. In neuerer Zeit haben wir gelernt, daß auch ein andrer Ausgang, abgesehen von dem Sieg der Krankheitserreger selbst, möglich ist, der darin besteht, daß die Krankheitserreger ihre Lebensweise ändern, sie werden — und das ist schon bei vielen Arten nachgewiesen — aus Krankheitserregern zu harmlosen Bewohnern des menschlichen Körpers, indem sie sich an diesen einen Körper anpassen, der sie mit seinen Widerstandskräften gewissermaßen im Schach hält. Deshalb verlieren sie aber leider nicht die Eigenschaft, in einem andern Körper wieder als Krankheitserreger aufzutreten. Wir bezeichnen solche Menschen als Bazillenträger; sie sind uns namentlich vom Typhus, von der Cholera und von der Diphtherie bekannt. Wahrscheinlich kommen sie auch sonst häufig vor, auch da, wo wir die Infektionserreger noch nicht genau kennen. Ihre gefährliche Bedeutung ist namentlich dann ohne weiteres klar, wenn sie als Bazillenträger nicht bekannt sind und nicht überwacht werden können. Aber auch die von diesen Bazillenträgern verbreiteten Krankheitserreger unterliegen der Voraussetzung, daß sie nur dann die Krankheit hervorrufen können, wenn sie auf einen Organismus treffen, der nicht imstande ist, sie mit seinen sofort verfügbaren und später beweglich gemachten Streitkräften zu besiegen. Zur Krankheit und ihrer Entstehung gehören also zwei Faktoren; der Krankheitserreger und der befallene Körper. Von dem Verhältnis dieser beiden zueinander hängt es ab, ob eine Erkrankung wirklich zustande kommt. Das beste Beispiel dafür bietet die Lungentuberkulose. Fast 96 Prozent aller Menschen zeigen bei genauer anatomischer Untersuchung tuberkulöse Veränderungen irgendwo im Körper. Wir bezeichnen aber deshalb nicht diese 96 Prozent, also fast alle Menschen als tuberkulös, sondern schließen nur daraus, daß sie auf Grund ihrer körperlichen Widerstandskräfte in der Lage gewesen sind, diese Ansteckung oder Infektion zu überwinden, zu beseitigen oder zu lokalisieren, jedenfalls unschädlich zu machen. Das gleiche spielt sich auch bei andern ansteckenden Krankheiten ab, ohne daß wir es immer im einzelnen feststellen können. Manche Mandelentzündung, die nicht wie Diphtherie aussieht, ergibt sich bei bakteriologischer Untersuchung als durch den Diphtheriebazillus hervorgerufen, so mancher Darmkatarrh, der ganz harmlos zu sein scheint und es auch ist, verdankt seine Entstehung dem Typhusbazillus.

Digitized by Google

Der menschliche Körper ist eben in der Lage, seine Feinde anzugreifen und zu überwinden. Die Bazillenfurcht ist also ungerechtfertigt, sie ist um so weniger gerechtfertigt, je geringer die Verwundbarkeit, die Empfänglichkeit, die Disposition des betreffenden Menschen ist. Diese im einzelnen im voraus zu bestimmen, ist natürlich nicht möglich, aber wohl geht es an, den Satz auszusprechen, daß Menschen, die über eine gute Gesundheit verfügen, auch widerstandsfähig gegen ansteckende Krankheiten sind. Ist man in der Lage, diese auf einwandfreien naturwissenschaftlichen Beobachtungen beruhenden Ueberlegungen und Schlüsse der Bevölkerung klarzumachen, so wird die Furcht vor Ansteckung überall, namentlich aber in der Krankenanstalt, eine erwünschte und sehr erfreuliche Verringerung erfahren. (Schluß folgt)

Die Türkei vor den beiden letzten Kriegen 1910/1911

(Auszüge aus den Aufzeichnungen und dem Tagebuch eines Diplomaten)

(Fortsetzung)

Albanien

April 1910. Es wird von einer drohenden Gärung in Albanien berichtet. Wegen einer neuen Steuer sind die Bewohner einiger Ortschaften (Ipek, Pristina usw.) in die Berge gezogen. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird der Aufstand wieder aufflackern. Indessen scheint sich die Mehrzahl meiner Kollegen keine übermäßigen Sorgen deswegen zu machen. Die Regierung auch nicht. Hakki-Pascha hat gestern (8. April) dem Sultan Informationen mitgeteilt, die er vom Wali von Kossowo über die Lage in Ipek und Umgebung erhalten hat. Der Großwesir hat dem Monarchen erklärt, daß dank den vom Ministerium beschlossenen und in Ausführung begriffenen energischen Maßregeln die Ruhe bald wieder hergestellt sein wird.

Das ist jedoch nicht die Meinung aller. Der „Tanin", der das Organ des Komitees „Einheit und Fortschritt" in Konstantinopel ist, glaubt im Gegenteil, daß die Ereignisse von Ipek und Pristina nur ein Anfang sind und daß der Aufstand um sich greifen und bedenklich werden wird. Er sieht darin eine reaktionäre Bewegung ähnlich derjenigen, die am 31. März des vergangenen Jahres in der Hauptstadt entstand. Man habe es wie damals mit einem Volk in Waffen zu tun, das verführt, getäuscht und in seinen religiösen Gefühlen überreizt sei.

Um das neue Regime verhaßt und lächerlich zu machen, verbreitet man unter den Arnauten das absurde Gerücht, daß die Jungtürken eine Steuer auf die Eier und den Bart legen wollen! . . .

Es ist merkwürdig, daß die Albaner, die im Jahre 1908 den Sturz des

Digitized by Google

alten Regimes entschieden, nachdem sie dessen einzige wirkliche Stütze in Europa gewesen waren, die ersten gewesen sind, die sich gegen das jungtürkische Regime der jungen Türkei erhoben haben. Die Ursache davon ist, daß zwischen Albanern und Jungtürken ein Mißverständnis herrschte. Sie faßten die Revolution, an der beide teilnahmen, nicht in derselben Weise auf. Oder vielleicht haben die Jungtürken die Einfalt der Arnauten ein wenig getäuscht ...

Die Jungtürken hatten darauf hingearbeitet, sie vom hamidischen Regime loszulösen, in der Absicht, dieses, dessen treueste Verteidiger die Albaner waren, zu schwächen. Ihre in Albanien verstreuten Mitglieder hatten sogar einen dem Absolutismus feindlichen und den konstitutionellen Ideen günstigen propagandistischen Feldzug geführt. Die meisten Albaner wußten gar nicht, was eine Verfassung ist. Man weckte aber bei den verschiedenen albanesischen Völkerschaften die Hoffnung, daß das liberale Regime die Uebel, an denen sie litten, heilen, den Mißbräuchen ein Ende machen und sie in ihren Wünschen, ihren Rechten und ihren Freiheiten unter Respektierung ihrer Nationalität zufriedenstellen würde. Eine sehr elementare Schlußfolgerung ließ sie glauben, daß sie, wenn das despotische Regime ihnen erlaubt hatte, manche Freiheiten zu genießen, unter einem liberalen Regime nur größere Freiheiten genießen könnten.

Von solchen falschen Vorstellungen und Illusionen beherrscht, versammelten sich am 15. Juli 1908 zehntausend aus allen Gegenden, hauptsächlich aber aus Oberalbanien gekommene Albaner in Ferisovick, einer Ortschaft im Wilajet Kossowo, am Eingang zu der Schlucht von Keparnik, einem ihrer beliebtesten Versammlungsorte. Der Zweck der imposanten Veranstaltung war, gegen die schlechte hamidische Verwaltung zu protestieren, über die sich die Albaner trotz der Gunstbezeugungen des Sultans, wie alle Untertanen des Reiches, zu beklagen hatten, und zugleich die Wiederinkraftsetzung der Verfassung zu verlangen.[1]) In ihrer Loyalität wollten sie auf alle Fälle dem Sultan Abd ul Hamid Leben und Thron erhalten; denn in ihren Augen besaß er noch sein ganzes Prestige. Für sie war nicht Abd ul Hamid der Urheber der Uebelstände, unter denen sie litten; die wahren Schuldigen waren die Mitglieder der Kamarilla, die ihn umgab, ihn beherrschte und gewissermaßen in Gefangenschaft hielt. Die Verfassung würde, abgesehen von den andern Wohltaten, die sie dem Lande bringen würde, mit dieser schädlichen Clique aufräumen ...

Sie schworen nach den Riten der „Bessa", des feierlichen Eides, den der Albaner niemals bricht, nicht mit ihren Bemühungen aufzuhören, bis der Sultan ihren Forderungen stattgegeben habe.

Kurz darauf marschierte an einem Freitag, dem religiösen Tage der Moham-

---

[1]) Die Verfassung, die als die Verfassung Midhat-Paschas bezeichnet wird, weil sie das Werk dieses Staatsmannes ist, wurde von Abd ul Hamid am 23. Dezember 1876, fünf Tage nach der Uebernahme des Großwesirats durch Midhat-Pascha, gewährt. Am 5. Februar 1877 wurde Midhat-Pascha verbannt und begab sich nach Westeuropa. Ein Jahr später, am 14. Februar 1878, wurde die Verfassung auf unbestimmte Zeit suspendiert.

Digitized by Google

medaner, der Major Niazi-Bei,[1]) ein Albaner aus Rezna, begleitet von Ejub Sabir-Bei, gleichfalls einem Albaner, und Dschemal-Efendi, dem Vorsteher der Gemeinde Okhri in Albanien, an der Spitze von zweihundert albanischen Soldaten seines Bataillons in die Berge seines Heimatlandes. Von dort aus telegraphierte er an den Sultan und verlangte von Seiner Majestät die Gewährung einer Verfassung.

Der Sultan, der bereits durch den Beschluß der Versammlung von Ferisovick beunruhigt war, wurde durch diese Aufforderung eines albanischen Offiziers in helle Wut versetzt. Er sandte Schemsi-Pascha gegen das rebellische Bataillon, aber Schemsi-Pascha wurde unterwegs getötet. An seine Stelle trat der Marschall Osman-Pascha; aber dieser wurde in Monastir gefangen genommen und als Geisel fortgeführt und konnte somit seine Aufgabe nicht erfüllen.

Das ist der Augenblick, in dem der Regimentsadjutant Enver-Bei auf den Schauplatz tritt und das jungtürkische Komitee „Einheit und Fortschritt", das seine Sitzungen bald in Saloniki, bald in Monastir hält, seine Existenz und seine Organisation offenbart.

Der Sultan bekommt Angst, um so mehr, als fast überall im Reich Sympathien für die liberale Bewegung zutage treten. Er beruft einen außerordentlichen Ministerrat, um die Lage zu untersuchen. An dieser Beratung nehmen unter andern Said-Pascha und Kiamil-Pascha teil, die es durchsetzen, daß die Verfassung wieder eingeführt und das Parlament einberufen wird. Der Sultan entschließt sich, nachzugeben, in der Erwägung, daß es sich nur darum handelt, etwas wieder in Kraft zu setzen, was schon einmal aufgehoben war und wieder aufgehoben werden kann, sobald die Umstände es erlauben.

Man kann also sagen, daß anfangs die Revolution vom Juli 1908 einen mehr albanischen als türkischen Charakter gehabt hat, da ihre Anstifter Albaner waren, sich auf albanische Völker und Truppen stützten und den Zweck verfolgten, ein besseres Regime in Albanien herbeizuführen. Das Komitee „Einheit und Fortschritt", das in der Bewegung die Führung übernahm, hatte das große Verdienst, sie auf andre Teile des Reiches auszudehnen und ihr einen nationalen Charakter zu geben. Doch damit fälschte es vom albanischen Gesichtspunkt aus ihren Geist und enttäuschte die Hoffnungen, die Albanien daran geknüpft hatte.

In der Tat gingen die Männer, die mit der Wiedereinführung der Verfassung an die Spitze der Regierung gelangt waren, sofort daran, das Reich durch die Zentralisierung, durch eine allgemeine Assimilierung der Elemente, aus denen es zusammengesetzt ist, und durch eine einheitliche Anwendung von Maßregeln, durch die alle Völkerelemente der Türkei unter dieselben Vorschriften gestellt werden, zu konsolidieren. Diese Zentralisation, diese Assimilation der

[1]) April 1913. Ein Telegramm meldet, daß Niazi-Bei kürzlich in Vallona an Bord eines italienischen Schiffes, auf dem er übergefahren war, ermordet worden ist. Sein Ordonnanzoffizier hat dasselbe Schicksal erlitten. Der Mörder, sagt man, würde derselbe patriotische Bandit Issa Boletinatz sein, von dem in den hier veröffentlichten Aufzeichnungen weiter unten die Rede ist.

Digitized by Google

verschiedenen Rassen und Nationalitäten, diese legislative und administrative Vereinheitlichung hatte zur Folge, daß alle Elemente, die unter dem autokratischen Regime sich besonderer Privilegien erfreut hatten, ernstlich unzufrieden gemacht wurden. Diese Elemente waren im allgemeinen die Muselmanen nichttürkischer Abstammung: die Araber Syriens und des Yemen, die Kurden, die Drusen. Es waren hauptsächlich die muselmanischen und nichtmuselmanischen Albaner (denn beide hatten sich ungefähr derselben Vergünstigungen erfreut). Während früher in Albanien die Autorität der Vertreter der Zentralgewalt durch die feudale Organisation der Beis oder Ortsgewaltigen mit ihrer Klientel von Vasallen und Pächtern, durch Volksversammlungen, durch die beratenden Körperschaften der einzelnen Stämme gemäßigt wurde, hob das neue Regime diese alten, angesehenen Institutionen auf, und Albanien fühlte die schwere Hand des doktrinären und anspruchsvollen jungtürkischen Beamten, dem es an Prestige und Erfahrung fehlte, direkt auf sich lasten. Während ehemals der Zehnte nur mit Zustimmung der beratenden Körperschaften der einzelnen Stämme gezahlt wurde, drohte das neue Regime mit rücksichtsloser Eintreibung alter und neuer Steuern. Während früher die Albaner keine andern Gesetze als das Scheriat (religiöses und bürgerliches Gesetz der Muselmanen) und das Gesetzbuch (Kanun) Lek Dukagins[1]) kannten, unterstellte man sie jetzt denselben Gesetzen und Vorschriften wie die andern Nationalitäten des Reiches.

Besonders aber erbitterten drei Maßregeln die albanischen Völker:

1. Die Einführung der militärischen Konskription;
2. Der Befehl zur allgemeinen Entwaffnung;
3. Der obligatorische Gebrauch des arabischen Alphabets.

Was den ersten Punkt betrifft, so bemerkten die Albaner, die ein kriegerisches Volk sind, daß sie ihr Blut niemals an die Türkei verhandelt hätten, daß der Sultan im Gegenteil jederzeit auf ihre guten und treuen Dienste unter den Fahnen des Reiches habe rechnen können. Früher aber wurden sie nur ausgehoben, um in der Leibgarde des Großherrn zu dienen, und wenn sie in die regulären Armeen eintraten, so geschah es freiwillig und um in Elitekorps eingereiht zu werden, die von Offizieren ihrer Nationalität befehligt wurden, ungefähr wie die Schweizersöldlinge früherer Zeiten. Es kränkte sie also tief, in Masse ausgehoben, mit Ottomanen andrer Rassen und Nationalitäten inkorporiert, unbekannten oder sogar fremden Offizieren unterstellt und unter solchen Umständen weit fortgeschickt, zu einer methodischen Disziplin und ermüdenden Uebungen gezwungen zu werden, die sich von ihrer freien Art, in ihren Bergen zu kämpfen, bedeutend unterscheiden . . .

Die zweite Maßregel, die allgemeine Entwaffnung, die nicht nur das

---

[1]) Die Albaner besaßen früher ein Korpus juris, das von Skanderbeg zusammengestellt („Kanun Skanderbegut"), aber jetzt wenig bekannt, wenn nicht vollständig vergessen ist. Der „Kanun Lek Dukaginut" hingegen war in Kraft geblieben. Er ist nach seinem Verfasser, Lek Dukagin, einem obskuren, beinahe mythischen Zeitgenossen Kastriotas, genannt.

Digitized by Google

Verbot, Waffen zu tragen, sondern auch die Verpflichtung, sie der Behörde abzuliefern, umfaßte, bedeutet für jeden von ihnen eine Beraubung und eine persönliche Beleidigung. Der Albaner betrachtet tatsächlich seine Waffen gleichsam als einen Teil seines Nationalkostüms, als ein traditionelles und notwendiges Zubehör seiner Person. Er ist nicht „er", wenn er nicht seinen Dolch und seine Pistole in seinem Gürtel stecken, sein Gewehr über die Schulter geworfen hat. Ihm seine Waffen nehmen, die oft Familienerinnerungen sind und manchmal einen gewissen Handelswert darstellen, heißt ihn des Besitzes für ihn wertvoller Dinge berauben und ihn in den Augen der andern und den seinigen erniedrigen.

Was die dritte Auflage betrifft, die offenbarte, daß das albanische Volk geistig nicht so rückständig ist, wie man glaubt, so erschien sie vielleicht als ebenso schwer wie die beiden ersten, denn sie ließ den bestimmten Entschluß zur Osmanlisierung erkennen, der die Albaner in einer nationalen Charaktereigentümlichkeit bedroht, an der sie am meisten hängen: ihrer nationalen Sprache. Sie traf außerdem den gebildetsten und geistig am höchsten stehenden Teil der Bevölkerung. Das hatte Abd ul Hamid niemals gewagt. Im Gegenteil, unter seiner Regierung war in Konstantinopel von 1877 bis 1879 ein albanischer Kongreß abgehalten worden, der, ohne daß man etwas dagegen einzuwenden fand, das gegenwärtig angewendete albanische Alphabet, d. h. das lateinische Alphabet, mit Hinzufügung einiger neuer Zeichen, die einigen in der lateinischen Sprache fehlenden Lauten entsprechen, angenommen hatte.

Die Enttäuschung und der Zorn zeigten sich bei den Albanern sofort, und die Jungtürken erschienen in ihren Augen als Verräter an ihren Versprechungen. Weit davon entfernt, ihre Hoffnungen zu verwirklichen, weit davon entfernt, die Anerkennung ihrer Freiheiten zu bedeuten, brachten die Verfassung und das liberale Regime die Erniedrigung ihrer Nationalität, die Assimilierung ihrer Rasse mit andern Rassen mit sich, die von ihnen als inferiore angesehen und verachtet oder gehaßt werden. Ehe das Jahr um war, stand ein Teil Albaniens in Waffen. Dschawid-Pascha, der gegen die Rebellen mit einem kleinen Expeditionskorps ausgesandt wurde, durchzog die aufständischen Täler, wobei er hauptsächlich ihre festen Burgen oder befestigten Gutshöfe (Kule) angriff. Im Winter 1908/09 wurden die Operationen eingestellt; mit dem Frühjahr begannen sie wieder. Dschawid fing sein Zerstörungswerk wieder an und besetzte mehrere bedeutende Städte wie Ipek und Dschakowa. Sein rasches und energisches Vorgehen brachte die Albaner so sehr aus der Fassung, daß er im Juni 1909 der Regierung mitteilen zu können glaubte, daß die Ordnung und die Gesetzmäßigkeit wiederhergestellt seien. Es war eine Täuschung. Im Herbst begann der Aufstand aufs neue, und Dschawid verfolgte die Aufständischen nach Prizren und in das Gebirgsmassiv von Liuma; der Bedeutendste von ihnen, Issa Boletinatz, flüchtete sich nach Montenegro. Der Aufstand, der abermals durch die schlechte Jahreszeit unterbrochen wurde, wird, wie gesagt, aller Wahrscheinlichkeit nach demnächst wieder ausbrechen. Aber Dschawid-Pascha wird nicht wieder berufen werden, ihn zu

Digitized by Google

unterdrücken. Er hat sich zu hart gezeigt, er hat zu viel zerstört; er ist zu sehr Soldat gewesen und nicht genug Politiker und Diplomat. Als sein Nachfolger wird General Schefket Torgut-Pascha genannt, der in Adrianopel eine Division des sehr treuen III. Armeekorps befehligt. Vierzig neue Bataillone sollen nach Albanien geschickt werden; einige von diesen, die in Skutari (Asien) kaserniert sind, sind dieser Tage bereits in Feldausrüstung nach Saloniki abgegangen, von wo sie auf den voraussichtlichen Schauplatz des drohenden Aufstandes abgesandt werden sollen. Der Vorsicht halber werden die nichtmuselmanischen Rekruten, die kürzlich in die für die Expedition bestimmten Bataillone eingestellt worden sind, in andre Regimenter eingereiht werden, ein Beweis dafür, daß man heutzutage wie früher es vorzieht, die Feldarmee ausschließlich aus Mohammedanern zusammenzusetzen.

Was auch der „Tanin" darüber sagen mag, der Aufstand, der sich ankündigt, wird ebensowenig wie der des letzten Jahres oder der vom Herbst 1908 den Charakter eines reaktionären Verrats haben. Wenn es unter den Albanern Leute gibt, die die Wiedereinführung des Scheriat verlangen, so ist das, weil sie unter der Herrschaft des muselmanischen religiösen und bürgerlichen Gesetzes Privilegien und Freiheiten genossen haben, die die Verfassung ihnen entzieht oder bestreitet. Scheriat oder Verfassung — darauf kommt ihnen wenig an, wenn man nur ihre Prärogativen nicht antastet. Man sorge dafür, daß die Erhaltung ihrer Freiheiten mit dem Text der Verfassung in Einklang gebracht werden, und sie werden mit dem neuen Regime in Frieden leben.

Was der Sache und den Erfolgen der Albaner stets geschadet hat, das sind ihre Zwiespältigkeiten, Eifersüchteleien, Rivalitäten und Zänkereien. Niemals ist ein albanischer Aufstand allgemein gewesen. Es gibt bei ihnen keine höchste und einheitliche Leitung. Selbst einer Gefahr und einem gemeinsamen Feinde gegenüber fehlt es den verschiedenen Stämmen an Zusammenhalt. Sie verbinden sich nicht solidarisch miteinander. Diejenigen, die sich durch die drückenden Maßregeln der ottomanischen Behörden am unmittelbarsten betroffen fühlen, reagieren mit einer Revolte, aber die andern warten, bis man ihnen selbst zu nahe tritt. Und die Türken, die einen allgemeinen Aufstand fürchten würden, die aber wissen, daß sie mit den Waffen oder durch die Politik eines partiellen Aufstandes stets Herr werden können, hüten sich wohl, sie alle auf einmal unzufrieden zu machen. Als im vergangenen Jahr Ipek und Pristina und die Täler der Sibnitza und des Oberen Weißen Drin im Aufstand waren, haben sich die malissorischen und mirditischen Bergvölker gar nicht gerührt. Hier, wie anderswo, wie überall in ihrem weiten Reiche herrschen die Türken, indem sie trennen oder die bestehenden Zwistigkeiten benutzen.

Diese Zwistigkeiten erklären auch, wie es kommt, daß, ebenso wie die Türken die Albaner niemals vollständig bändigen und unterwerfen konnten, diese ihrerseits sich unfähig gezeigt haben, sich vom ottomanischen Joch ganz zu befreien. Die verschiedenen Versuche, die sie im Laufe der Jahrhunderte gemacht, haben nur mit Mißerfolgen geendet. Weder ihr Nationalheld Skanderbeg im fünf-

Digitized by Google

zehnten Jahrhundert, den die Türken als einen Verräter und Renegaten ansehen, weil er, obwohl beim Sultan wie das eigne Kind des Großherrn erzogen, sich später gegen diesen gewendet hat, noch Mohammed der Schwarze von Skodra (Skutari) am Ende des achtzehnten Jahrhunderts, noch auch Ali Tepedelenli, Pascha von Janina, der im neunzehnten Jahrhundert die albanische und auch die griechische Unabhängigkeit den Türken gegenüber verfocht, brachten es fertig, alle Albaner zu einem gemeinsamen Vorgehen zu vereinigen. Unter diesen Umständen muß man bezweifeln, ob ihre Zwistigkeiten, ihr gegenseitiger Groll, ihre Rivalitäten ihnen jemals gestatten werden, sich zu einem unabhängigen Staat zu vereinigen und ein einziges Oberhaupt anzuerkennen, besonders wenn dieses Oberhaupt aus ihrer Mitte genommen ist. Aller Wahrscheinlichkeit nach wäre die einzige politische Form, die für die Albaner passen könnte, die eines Föderativstaates, der jedem einzelnen der großen Stämme (Mirditen, Malissoren, Liumoten usw.) seine eigne Individualität ließe und sie nur in bezug auf ihre allgemeinen und gemeinsamen Interessen und dem Ausland gegenüber zu einem Ganzen zusammenfassen würde.

*

Obwohl nur einige Stunden von zivilisierten Ländern entfernt gelegen, ist Albanien zum großen Teil undurchdringlich und der übrigen Welt unbekannt geblieben. Das Volk, das hier wohnt, besitzt einen Namen, der ihm von alters her gehört (Skipetaren, was bedeutet: „Bewohner der steilen Berge" oder „Krieger der Berge"), eine eigne Sprache, das Skipte, eine allerdings sehr arme Literatur (hauptsächlich aus Volksliedern bestehend). Es bildet eine volkliche Einheit und hat ein Nationalbewußtsein.

Die Grenzen Albaniens sind nicht genau bestimmt, da es nach den einen sich vom Adriatischen zum Aegäischen[1]) Meer ausdehnen soll, während andre es auf die Gebirgsgruppe zwischen dem Schwarzen Drin und dem Adriatischen Meer beschränken. In jener Gebirgsgruppe ist das Klima rauh, das Land zum großen Teil wild und unkultiviert mit seinen schroffen Bergen und seinen engen, tiefen Tälern. Weil seine Berge und seine Täler nicht geeignet sind, ihn zu ernähren, wandert der Albaner aus, steigt in die benachbarten Gegenden hinunter, überschwemmt Altserbien, Epirus, Mazedonien und trägt durch seine Anwesenheit zur Durcheinandermengung und Verwirrung der Rassen, die diese Gegenden bevölkern, und zur Unbestimmtheit der Grenzen, die sie charakterisieren, bei.[2]) Wirklich

[1]) Es ist vielleicht heute (Mai 1913) zu erwähnen, daß die größte Ausdehnung diejenige ist, die man ihm in Italien zuweist: „von Dulcigno nach Prevesa, von Griechenland nach Saloniki, Serbien und Bulgarien". (Salvatore Barzilai, Vita Internazionale, Seite 417.) Albanien würde also einen Teil von Thessalien, ganz Epirus, ganz Altserbien und Mazedonien umfassen!

[2]) Der Albaner hat angefangen, in weitentlegene Länder auszuwandern. Es gibt albanische Gruppen in Nordamerika. In Boston erscheint eine albanische Zeitung. In Italien bestehen albanische Kolonien, besonders in Sizilien und in Kalabrien. Obwohl sie sehr alt sind, haben sie ihren volklichen Charakter beibehalten.

Digitized by Google

haben die Albaner ihren Nachbarn, den Griechen, Serben, Bulgaren, vielfach Abbruch getan, indem sie sie manchmal zurückdrängten und sich an ihre Stelle setzten; hierbei wurden sie von der Zentralgewalt begünstigt, die sie, die Getreuen, der Mehrzahl nach Muselmanen, den andern, slawischen und christlichen Nationalitäten, denen sie nicht traute, vorzog.

Der Albaner ist kein großer Arbeiter. Bei sich zu Hause ist er hauptsächlich Krieger und Hirte; in die Fremde gewandert, wählt er die Berufsarten und Beschäftigungen, die ihn zu keiner anhaltenden Arbeit zwingen. Uebrigens verläßt er seine Berge, an denen er mit so großer Liebe hängt, nur, wenn die Not ihn dazu zwingt, und kehrt gern wieder zurück, wenn er das kleine Kapital zusammengebracht hat, das ihm erlaubt, dort zu leben.

Von den Zwistigkeiten und Spaltungen, die unter den Albanen herrschen, entspringen manche zufälligen, vorübergehenden Umständen, andre haben ihre Ursachen in dauernden Verhältnissen. Der Diebstahl einer Herde, der Raub eines jungen Mädchens, ein Mord haben oft Feindschaften und blutige Kämpfe mit einer lange sich fortsetzenden Blutrache zwischen dem einen und dem andern Stamm herbeigeführt. Denn so wenig die einzelnen Stämme miteinander zusammenhängen, so eng sind die Mitglieder eines und desselben Stammes untereinander solidarisch verbunden. In jedem einzelnen Stamm wird das Eigentum im Verhältnis zu dem andrer Stämme als Kollektivbesitz angesehen, und ebenso ist die Ehre eine kollektive. Wer den einen verletzt, verletzt alle; wer den einen beleidigt, beleidigt alle. In ihrem gegenseitigen Verhältnis bekennen sich die Stämme nur allzuoft zu dem Grundsatz: „Jeder für sich"; aber die Leute eines und desselben Stammes bekennen sich stets zu dem andern: „Einer für alle, alle für einen." Außer den gelegentlichen Ursachen zu Streitigkeiten gibt es auch dauernde, z. B. die Religion. Die Albaner sind Katholiken, Orthodoxe oder Muselmanen. Wiewohl niemals in Albanien eine ernstliche Volkszählung stattgefunden hat, schätzt man die Zahl der Katholiken auf etwa 200000, die der Orthodoxen auf 5—600000, die der Muselmanen auf 1 Million bis 1200000. Ihre volkliche Einheit ist nicht derart, daß sie nicht einige Unterscheidungen zuließe. Die Nordalbaner unterscheiden sich von den Südalbanern, die Ghegen von den Tosken, und oft hat von den aneinander grenzenden und sich zu demselben religiösen Glauben bekennenden Völkerschaften jede eine besondere Physiognomie: die Mirditen unterscheiden sich von den Malissoren, die Hasi von den Lumioten, die Kastrati von den Hotti, die Hotti von den Pulati usw. Es sind jedoch bei allen gemeinsame Eigenschaften und gemeinsame Fehler vorhanden: alle haben eine hohe Auffassung von der Familienmoral, alle eine tiefe Anhänglichkeit an ihren Stamm und an den heimatlichen Boden, alle eine hohe Achtung vor dem Ehrenwort, vor dem Gast, der Zutritt in ihr Heim gefunden hat; aber auf der andern Seite sind alle mißtrauisch und fremdenfeindlich; in ihrer aller Augen hat das menschliche Leben sehr wenig Wert, weniger, hat man gesagt, als das einer Ziege; das Eigentum andrer wird von allen wenig respektiert, und alle sind unbequeme Nachbarn, nicht bloß

Digitized by Google

den Fremden gegenüber, die sie verachten und hassen, sondern selbst denen gegenüber, die zu ihrer eignen Rasse, aber zu einem andern Stamm gehören.

Durch ihre Spaltungen, ihre ethnischen und religiösen Unterschiede, die eine gewisse moralische und nationale Einheit nicht hindern und ihr gemeinsames nationales Bewußtsein nicht schwächen, durch ihren Charakter und durch mehrere gemeinsame Züge erinnern die Albaner sehr an die Schweizer des Mittelalters. Es herrscht unter ihnen dieselbe Anarchie, die zu dem Ausspruch über die Schweizer Anlaß gegeben hatte: Confusione hominum et providentia Dei Helvetii reguntur. Manche ihrer Einrichtungen erinnern an die „Landgemeinden" der alten schweizerischen Kantone. Als wilde, kriegerische Gebirgsbewohner, rauhe, derbe Hirten, mutige, treue Soldaten und Diener, die sie sind, haben die Albaner denselben Wunsch, sich frei zu erhalten und nach ihren jahrhundertealten Gesetzen und ihren traditionellen Gewohnheiten zu leben. Sie wandern, durch ihre Armut vertrieben, ebenso aus und nehmen Kriegsdienste in den ottomanischen Armeen, wie es die Schweizer bei den Mächten taten, die sie bezahlten; sie wenden sich ähnlichen Berufen zu. Endlich sind sie ebenfalls geographisch von der Zentralgewalt weit entfernt und befinden sich so der Türkei gegenüber ungefähr in derselben Lage wie die alten Schweizer dem Reich gegenüber, dessen treue und gehorsame Untertanen diese waren, solange das Reich ihre Freiheiten, Immunitäten und Privilegien respektierte, gegen das sie aber unversöhnlich rebellisch wurden, sobald die kaiserlichen Behörden das, was sie als ihr Recht ansahen, antasteten. Die große Entfernung zwingt das türkische Reich in solchen Fällen stets zu den größten Opfern, wenn es ihrem Widerstand ein Ende machen will, da die Albaner wie die Schweizer ihre Berge haben, die ihnen als natürliche Festungen dienen.

Die Sultane hatten die Schwierigkeiten, um nicht zu sagen die Nutzlosigkeit der gegen die Albaner aufzubietenden Bemühungen erkannt. Wie man gesehen hat, bezahlten die Albaner die Zehnten, wann sie wollten, stellten an regulären Soldaten nur diejenigen, die die Garde des Sultans bildeten, und traten im Kriegsfalle nur als Freiwillige in die Armee ein. Sie kannten ihre Stärke und brachten sie zur Geltung. Bei ihren Streitigkeiten mit den ottomanischen Ortsbehörden konnten sie stets eine Zuflucht im Palais des Sultans suchen, wo man ihnen zumeist recht gab, indem man den Kaimakam oder den militärischen Befehlshaber, über den sie sich mit Recht oder Unrecht beklagten, versetzte. Ihre Verbrechen blieben jederzeit unbestraft ...

*

Mai 1910. Ich mache einen Besuch bei Kiamil Pascha, dem ehemaligen Großwesir, den das Komitee plötzlich abgesetzt hat, der aber trotzdem eine wichtige Persönlichkeit bleibt und vielleicht der Mann ist, der die größte politische Erfahrung in der Türkei besitzt.

Der greise Staatsmann wohnt in Stambul in einem Stadtviertel, das vor einigen Jahren durch einen Brand zerstört worden und noch nicht aus seinen

Digitized by Google

Ruinen wieder erstanden ist. Sein von einem Garten umgebener Konak liegt auf einem Hügel, von dessen Höhe aus, wie ich mir vorstelle, man das Goldene Horn und den Bosporus überblicken muß. Der Weg dorthin führt durch Haufen des noch nicht weggeräumten Brandschuttes. Durch ein großes, offenstehendes Tor in der hohen Umfassungsmauer fährt unser Wagen auf das nicht besonders ansehnliche Wohnhaus zu und am Fuße einer einfachen Treppe vor, wo uns ein Bedienter in Stambuline und Fes empfängt.

Wir werden in einen Salon ohne ausgesprochenen Charakter geführt, und sofort erscheint Kiamil.

Er ist über achtzig Jahre alt, man könnte ihn aber für sechzig bis fünfundsechzig halten. Seine Bewegungen sind rasch, seine Augen lebhaft und durchdringend; seine Sprechweise kurz abgerissen, stoßend. Ein nervöses Zucken geht über seine Lippen.

Nach den üblichen Höflichkeitsphrasen wenden wir uns dem Tagesgespräch, der albanischen Frage, zu. Kiamil äußert sich darüber folgendermaßen:

1. Der Aufstand ist durch den Beschluß der Hohen Pforte entstanden, in den albanischen Provinzen alle im türkischen Reich geltenden Gesetze einzuführen, noch mehr durch die militärischen Maßnahmen, die Hals über Kopf ergriffen wurden, um die Gärung zu unterdrücken.

2. Das konstitutionelle Regime hätte es sich zur Aufgabe machen sollen, die Albaner moralisch zu erobern, ihr geistiges Niveau zu heben und durch geeignete administrative Maßregeln ihre wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Es hat nichts Derartiges getan. Es hat sich sogar in Gegensatz zu dem Nationalgefühl der Albaner gesetzt und sie zu dem Glauben gebracht, daß die neue Regierung nicht von wohlwollenden Gefühlen gegen sie beseelt sei.

3. Die militärischen Expeditionen gegen Albanien mußten notwendigerweise schwere Folgen haben. Angenommen, daß es der Regierung gelingt, den gegenwärtigen Aufstand im Wilajet Kossowo zu unterdrücken, so werden die Albaner doch nicht auf ihre Forderungen verzichten; sie werden ihre Toten und die Zerstörung ihrer Dörfer nicht vergessen. Der durch Aufbietung ansehnlicher Streitkräfte niedergeworfene Aufstand wird wieder beginnen, sobald die Truppen für die eine oder andre Jahreszeit die strategischen Stellungen verlassen werden, die sie gegenwärtig einnehmen, oder ins Innere der Wilajets eindringen wollen.

Es geht übrigens aus bestimmt lautenden Nachrichten hervor, daß die Albaner der Wilajets Skutari und Monastir zum Widerstand gegen jeden Versuch der kaiserlichen Regierung, mit Waffengewalt die Durchführung der Maßregeln zu erzwingen, die den Aufstand im Wilajet Kossowo hervorgerufen haben, oder in ihre Gebiete einzumarschieren, entschlossen sind.

Ebenso geht daraus hervor, daß einige Albaner sich nächstens nach Westeuropa begeben werden, um den Mächten ihre Beschwerden gegen die ottomanische Regierung vorzutragen.

4. In wirtschaftlicher Hinsicht ist zu bemerken, daß bereits beträchtliche Summen für die militärischen Expeditionen ausgegeben worden sind und daß

Digitized by Google

die Unterdrückung der Unruhen, wenn neue Kontingente unter die Waffen gerufen würden, eine wahre Katastrophe in den Staatsfinanzen herbeiführen könnte.

5. In moralischer Hinsicht wird die gewaltsame Unterdrückung die Folge haben, daß jedes Band und jede Solidarität zwischen Albanern und Türken zerrissen wird — während in der Vergangenheit die Albaner und die Türken stets gegen die Feinde der Türken verbündet waren — und daß das albanische Element zugunsten der Slawen geschwächt wird.

6. Die Verantwortung für den Aufstand und für seine Unterdrückung um jeden Preis fällt auf das Komitee „Einheit und Fortschritt", besonders auf das Komitee von Saloniki, das einen Druck auf die Regierung ausgeübt hat, um sie zur Anwendung von Gewalt zu veranlassen.

Der Einfluß der russischen Botschaft wurde und wird noch immer zugunsten der Unterdrückung eingesetzt.

7. Die mit der Türkei befreundeten und an der Erhaltung ihrer Integrität sowie ihrer wirtschaftlichen und militärischen Entwicklung interessierten Mächte sollten der Hohen Pforte zur Vorsicht und Mäßigung raten.

Das gesonderte Vorgehen einer einzelnen Macht würde nicht genügen. Es wäre eine loyale und uneigennützige Verständigung zwischen drei oder vier Mächten notwendig, die durch ihre Botschafter in Konstantinopel zu verstehen geben müßten, daß ihr Verfahren sich von dem Ziel, das sie im Auge hat, entfernt und daß die Herstellung der Ruhe sich ohne Blutvergießen erreichen läßt . . .

*

April 1911. Ein Jahr später . . .

Ein Albaner aus vornehmer Familie, ein naher Verwandter des vormaligen Großwesirs Ferid-Pascha und des Agitators Ismail Kemal-Bei, sagte kürzlich:

„Der Aufstand vom vorigen Jahre hat nicht zum Ziele geführt, weil er nicht organisiert war. Der diesjährige hat größere Aussichten, zu gelingen. Es hat sich ein leitendes Komitee mit Verzweigungen gebildet. Es fehlt den Albanern weder an Waffen noch an Munition. Leider ist die Bewegung der Malissoren, die die Aufständischen von heute sind, übereilt worden. Sie hätten warten sollen, bis der Aufstand bei andern Stämmen vorbereitet gewesen wäre. Aber die Umstände haben anders darüber entschieden. Eine Anzahl von ihnen, ungefähr 1200 Mann aus dem Sandschak Berane, hatten den Winter in Montenegro verbracht und von der montenegrinischen Regierung die Lebensmittel, die sie brauchten, und Geldunterstützungen erhalten. Als die Mittel Montenegros erschöpft waren, zogen sie wieder in ihre Berge. Da sie sich jedoch nicht entwaffnen lassen wollen und infolgedessen sich nicht wieder an ihrem häuslichen Herd niederlassen können, sind sie in den Wäldern und auf den Höhen geblieben . . . Die Fahne des Aufstands ist diesmal die der albanischen Nation, rot, mit dem zweiköpfigen, die Flügel ausbreitenden schwarzen Adler . . .

Digitized by Google

Würde der Aufstand in diesem Jahre noch erstickt, so würden die Albaner ihn im nächsten Jahre wieder beginnen, und so fort von Jahr zu Jahr, bis zu ihrem endlichen Siege, und jedesmal würden ihre Organisation besser, ihre Erfahrung größer, ihre Mittel sicherer, ihre Hilfsquellen ergiebiger und der Aufstand weiter ausgebreitet sein ...

In diesem Jahre scheinen die muselmanischen Albaner der Landbezirke gemeinsame Sache mit den aufständischen christlichen Albanern machen zu wollen. Die muselmanischen Albaner in den Städten, besonders die von Skutari, stehen auf der Seite der Regierung, und da die Behörden ihnen Waffen geliefert haben, hat man sich im Ausland darüber beunruhigt und fürchtet irgendeinen Ausbruch von Fanatismus von ihrer Seite ...

Was die Aufständischen wollen, ist die Erhaltung und die Gewährleistung ihrer alten Freiheiten. Mit der Zeit werden sie möglicherweise eine vollständigere Autonomie verlangen, vielleicht sogar die Unabhängigkeit fordern. Solange aber die Türkei besteht, wollen sie, vielleicht im Bewußtsein der Schwierigkeit, sich unter sich zu organisieren, lieber Ottomanen sein. Was sie vor allem fürchten, ist, eines Tages zerstückelt zu werden, wenn die Türkei Albanien verlieren würde. Um diese Gefahr zu beschwören, um nicht eines Tages unter den Serben, den Griechen und den Montenegrinern aufgeteilt zu werden, verlangen sie schon heute, daß die Pforte aus den vier Wilajets, in die Albanien administrativ eingeteilt ist (Monastir, Kossowo, Skutari, Janina) ein einziges macht. Diese Vereinigung wäre gleichsam die Anerkennung, die offizielle Weihe der nationalen Einheit und der politischen Grenzen Albaniens (des „größeren" Albanien). Damit würden sie zufriedengestellt werden und gute Ottomanen bleiben, wie sie es bisher gewesen sind. Doch ebenso wie sie nicht helleniſiert oder slawisiert werden wollen, lehnen sie sich auch dagegen auf, sich osmanlisieren zu lassen. Sie sind ottomanische Untertanen, bleiben aber hauptsächlich und vor allem Albaner. Sie werden als solche eine bewaffnete Nation und das Bollwerk des Reiches in Europa bleiben. Zur Entschädigung für den ständigen Militärdienst, den sie ohne zeitliche Beschränkung leisten werden, wünschen sie in ihrer Gegend belassen, nicht nach dem Yemen, nach Hauran oder in entfernte Garnisonen geschickt zu werden.

Einer der Vorwürfe, den sie dem jungtürkischen Regime machen, ist der, daß es den Bulgaren, den Griechen, den Serben in Mazedonien gestattet hat, die Rechte der albanischen Nation mit Füßen zu treten. (Diese verschiedenen Nationalitäten geben ihnen denselben Vorwurf zurück.) Albaner zu bleiben im Dienste der Türkei, wie bisher, mit allen alten Freiheiten, das ist der Inbegriff ihrer Wünsche. Unter dieser Bedingung werden sie dem neuen Regime treu sein, wie sie es dem alten gewesen sind ...

Wenn wir," fährt der erwähnte Gewährsmann fort, „das nicht erreichen sollten, würden wir uns Oesterreich zuwenden. Unter diesem haben Bosnien und die Herzegowina große moralische, wirtschaftliche und sonstige Fortschritte gemacht. Dasselbe würde mit Albanien der Fall sein, dem Oesterreich Schulen, Straßen,

Digitized by Google

Brücken, Eisenbahnen, tüchtige Beamte geben würde, wobei es den Albanern ihre Religion, ihre Sprache, ihr Alphabet lassen würde, wie es dies allen den zahlreichen Völkern gegenüber tut, über die es herrscht . . ."

*

Mit den folgenden Worten haben sich die albanischen Flüchtlinge in Montenegro an den Sultan gewendet, um ihre Begnadigung zu erflehen:

„Mit Eisen und Feuer von unsern Heimstätten verjagt, als Flüchtlinge in fremden Ländern lebend, eilen Deine allzeit getreuen Untertanen herbei, sich Dir zu Füßen zu werfen, um Deine Gnade, Deine Verzeihung und Deine väterliche Güte zu erflehen, damit Du uns wieder in die Zahl Deiner unzähligen und glücklichen Untertanen aufnehmest, damit wir mit ihnen für Deine kostbare Gesundheit und den Ruhm Deiner Krone zum Herrn beten können. Unsre Schuld ist groß, aber mache Du, daß Deine Gnade noch größer sei und uns als reuige Sünder in Deine Staaten aufnehme, wo wir stets Deine treuen und gehorsamen Untertanen sein werden."

Dieses demütige, inbrünstige, ganz von Zerknirschung und Loyalität durchdrungene Bittgesuch war von neun der bedeutendsten Führer der Stämme Hotti, Kastrati, Skreli unterschrieben . . . Ein gleichlautendes Gesuch ist von einigen Notabeln von Berane, die ebenfalls als Flüchtlinge im Ausland weilten, an den Sultan gerichtet worden. Auf diese Gesuche ist keine Antwort erfolgt. Wahrscheinlich sind sie niemals an ihren Adressaten gelangt.

*

29. April 1911. Ich erhalte die Proklamation, die das albanische Komitee in Sofia „an die öffentliche Meinung und an die jungtürkische Regierung" richtet.

„Fünf Jahrhunderte sind vergangen seit dem Tage, an dem Albanien unter die türkische Herrschaft gefallen ist. Während dieser Zeit der Kriege und des Unglücks haben die Albaner die größte Loyalität bewiesen und durch Aufopferung ihrer selbst das ruhmreiche türkische Banner von einem Siege zum andern getragen. Wir haben stets am Glück und an allem Unglück des ottomanischen Reiches teilgenommen, selbst in der Zeit, wo seine Existenz nur von unserm Schwert, von unserm Mut und von unsrer Treue abhing! Wir haben niemals besondere Vorrechte fordern wollen, und haben in voller Eintracht unter den Auspizien eines patriarchalischen Regimes leben können — vielleicht allzuwenig unsrer Existenz und unsrer Nationalität bewußt. Doch eine für das Reich unheilvolle Periode dreißigjähriger Tyrannei hat uns gezwungen, den Weg der nationalen Entwicklung einzuschlagen, auf dem unsre Nachbarn seit langer Zeit fortgeschritten waren. Wir haben tapfer den Despotismus bekämpft, wir haben der jungtürkischen Bewegung unsern Beistand geliehen und wir haben ihr zu ihren Erfolgen verholfen. Doch statt uns eine wohlverdiente Dankbarkeit zu beweisen, statt uns die Rechte zu gewähren, die die andern ottomanischen Völker

Digitized by Google

bereits besitzen, haben sie unsre heiligsten Rechte mit brutaler Hand und einer unmenschlichen Politik angegriffen.

Gebrochen vom Unglück, an der Gegenwart und Zukunft verzweifelnd, erklären wir unsre Forderungen. Wir verlangen: 1. daß Albanien zu einem Wilajet vereinigt wird; 2. daß unsre albanischen Schulen vom Staate erhalten werden; 3. daß unsre Soldaten ihren Dienst in Friedenszeiten auf dem albanischen Gebiet tun.

Angesichts der schwierigen Lage in Albanien, der aufeinanderfolgenden Revolutionen, der geringen Zahl des türkischen Elements in Europa und der ungerechten fremden Propaganda in unserm Lande, bestehen wir, um unsre nationale Existenz zu erhalten, auf der Gewährung der angegebenen Vorrechte. Im Namen aller muselmanischen und christlichen Albaner, im Namen des Blutes der Unschuldigen, das im Kampf für die Erlangung des Rechtes des albanischen Volkes fließt, wenden wir uns an die öffentliche Meinung und an die Menschheit mit der Bitte, uns Gerechtigkeit widerfahren zu lassen."

Albanien, den 1. Mai 1911.

Das albanische Zentralkomitee.

Dieses Manifest, das in fünf Sprachen gedruckt und verteilt wird, enthält einige Unklarheiten und einen gewissen revolutionären Wortschwall, aber man findet darin auch ein recht treues Resümee der Ursachen und der Ziele der albanischen Bewegung.

*

4. Mai 1911. Die Militärbehörde hat mit Unterbrechung des Verkehrs auf der anatolischen Eisenbahn zwölf Bataillone von Angora nach Konstantinopel kommen lassen, von wo sie nach Saloniki gebracht werden sollen. Man wird bald 25- bis 30 000 Mann in Albanien haben, genug, wie man glaubt, um den Aufstand zu ersticken. Der General Schefket Torgut-Pascha hat die Aufständischen durch eine Proklamation aufgefordert, sich zu unterwerfen.

Noch immer stehen nur die Malissoren im Felde. Die Mirditen sind noch ruhig. Die muselmanischen Stämme von Dibra und Liuma ebenfalls. Südalbanien scheint sich um den im Norden geführten Kampf nicht zu kümmern, und von dieser Seite haben die Jungtürken nichts zu fürchten. Hingegen sind sie nicht ohne Besorgnis in bezug auf Montenegro, das aus der Neutralität herauszutreten scheint. Montenegrinische Soldaten sollen auf seiten der Aufständischen kämpfend gesehen worden sein. Man hat bei Leichen von Feinden Waffen montenegrinischer Herkunft gefunden.

*

August 1911. Nach mühevollen Verhandlungen ist es am 2. August zu einer Verständigung auf folgenden Grundlagen gekommen: die Malissoren werden den Militärdienst entweder im Wilajet Skutari oder in Konstantinopel ableisten. Als Gegenleistung gewährt die Pforte eine allgemeine Amnestie, die Autonomie in

Digitized by Google

der Verwaltung, zeitweilige Steuerfreiheit, die Erlaubnis, Waffen zu tragen, ausgenommen in den Städten, die Zulassung der albanischen Sprache als Unterrichtssprache in den Schulen und als Geschäftssprache bei den Ortsverwaltungen usw. Diese Zugeständnisse, die von dem Wunsche der Jungtürken, zu einem Ende zu kommen, Zeugnis ablegen, sind ebensosehr auf den Widerstand der Malissoren, mit denen die Mirditen schließlich zusammenzugehen drohten, wie auf die internationalen Besorgnisse zurückzuführen, die durch die Haltung einiger Mächte entstanden. Rußland hat Schritte zugunsten Montenegros getan, das von den durch die ottomanische Regierung an seinen Grenzen versammelten 50 000 Mann bedroht wurde; Oesterreich-Ungarn hat zugunsten der Katholiken von Albanien gesprochen, deren Schutz ihm durch alte Verträge übertragen ist ... Die Jungtürken haben einer doppelten Pression, einer innern und einer äußern, nachgegeben. Sie hatten sich ins Unrecht gesetzt, indem sie die Albaner durch barbarische Brutalität „osmanlisieren" oder „turkifizieren" wollten ...

Das Schlimme ist jetzt, daß die den katholischen Malissoren gewährten Zugeständnisse auch von den muselmanischen Albanern werden gefordert werden. Man kann sich zum Beispiel nicht vorstellen, daß das Waffentragen den einen erlaubt und den andern verboten sein soll. Und so riskieren die Jungtürken, aus den Zentralisatoren um jeden Preis, die sie anfangs waren, Dezentralisatoren werden zu müssen, um den Forderungen der verschiedenen Gemeinwesen des Reiches zu genügen, deren Vereinheitlichung viel schwieriger ist als sie gedacht hatten.

(Schluß folgt)

Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich?

Für die bevorstehende internationale Afrikakonferenz im Haag wird es von Interesse sein, die Ansichten hervorragender Kolonialpolitiker über obige Frage kennen zu lernen, auch wenn dieselben in ihren Anschauungen voneinander abweichen.

Wir behalten uns weitere Veröffentlichungen über dieses Thema vor.

Die Redaktion der „Deutschen Revue".

*

Diese Frage zu beantworten, und zwar in bejahendem Sinne, bedarf es eigentlich nur eines Blickes auf die politische Karte Afrikas.

Das von Frankreich mit Beschlag belegte Marokko und die jüngst von Italien besetzte Cyrenaika waren — abgesehen von Abessinien und Liberia — die letzten afrikanischen Gebiete, die noch im Besitze ihrer ursprünglichen nichteuropäischen Herren gestanden hatten.

Denn auch die Türkei darf man wohl mit Fug und Recht unter diese Bezeichnung mitinbegreifen. Sie war und ist ein Fremdkörper im europäischen

Digitized by Google

Staatengefüge. Christentum und Islam sind und bleiben in religiöser und kultureller Hinsicht zwei getrennte Welten; und der Versuch der Jungtürken, eine Verschmelzung oder einen Kompromiß zwischen beiden herzustellen, scheiterte und mußte scheitern. Darin liegt, nebenbei bemerkt, die innerste Ursache der, äußerlich betrachtet, so überraschenden Mißerfolge der türkischen Waffen. Und von diesem dualistischen Standpunkt aus angesehen, wäre die Aufrichtung des Kreuzes auf der Hagia Sophia des alten Byzanz einerseits nichts andres als ein von der waltenden Nemesis der Weltgeschichte zum vergeltenden Abschluß gebrachter Zeitabschnitt, anderseits die dem mohammedanischen Kalifat gebotene Möglichkeit, ein neues, achtunggebietendes und damit erst recht Bündnisse wertes Reich zu werden; auf dem ihm allein Kraft gebenden Boden des eigentlichen Orients.

Doch wieder zu Afrika.

Längst haben sich aus den kleinen Pünktchen in den verschiedenen Farben der europäischen Staaten, da und dort an der afrikanischen Küste verstreut, immer größere Gebilde entwickelt, dem Tropfen auf dem Löschpapier gleich. Entdeckertrieb und Auswanderungslust, Verlangen nach Gold oder Weizen, blinder Zufall und merkantiler Wagemut waren der Anstoß zu ihrem Entstehen. Primitiv privatrechtlichen Charakter trugen anfänglich alle diese Gebilde. Verhältnismäßig lange währte es, bis sie sich auf die Stufe nationaler Führung und Entwicklung erhoben, bis sie *Kolonien* wurden. Und noch viel später erst wurden sie nicht nur *ein*, sondern geradezu *der* integrierende Faktor der Weltmachtstellung, der Weltpolitik des betreffenden, selbst erst Weltmacht werdenden europäischen Staates. Diese Phase der Entwicklung fällt beinahe mit der Gegenwart zusammen. England hat auch hier den ersten Schritt getan: mit dem von Gladstone in den siebziger Jahren ausgesprochenen großartig kühnen Gedanken einer Nordafrika, d. h. Aegypten, mit Südafrika verbindenden Länderbrücke unter dem Union Jack. Dann folgte Frankreich mit dem Plane eines von Algier bis zum Kongo reichenden transsaharischen Kolonialreiches. In Deutschlands Politik finden sich die ersten Ansätze eigentlich erst in dem durch das Marokkoabkommen vom vergangenen Jahre dekouvrierten Expansionsgedanken.

Ich werde auf diese „*interkoloniale* Politik", wie man diese Entwicklungsphase auch nennen kann, noch zu sprechen kommen.

Die Aufteilung Afrikas unter die europäischen Mächte ist aber bereits in der *kolonialen Epoche* eine vollendete Tatsache.

Damit läßt sich die Frage: Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich? auch anders formulieren: Wird ein Staat, um ein einem andern Staate gehörendes Stück afrikanischen Landes zu annektieren, einen Krieg beginnen? In dieser Fassung ist vielleicht das, worum es sich im Grunde bei der Sache handelt, schärfer hervorgehoben; und wird zugleich offensichtlicher, daß die Antwort vernünftigerweise nur ein glattes Nein, also die auf die Aufschrift dieser Betrachtung nur ein glattes Ja sein kann.

Digitized by Google

In praxi haben bereits zwei europäische Großmachtstaaten gegebenenfalls in diesem Sinne geantwortet; ich erinnere an Faschoda und an Agadir.

Heutzutage einen Krieg zu entfesseln, bedarf es schon ganz andrer Gründe. Ja, wenn wir noch Agrarstaaten wären. (Dann wären wir allerdings auch keine Kolonialmächte.) Aber in einem Industrie-Handelsstaat! „Wo ein Tritt tausend Fäden regt, die Spulen herüber-, hinüberschießen, die Fäden ungesehen fließen; ein Schlag tausend Verbindungen schlägt." Es ist schon etwas Wahres an dem, was jüngst Karl Leuthner in den „Sozialistischen Monatsheften" sagt: „... Ein in die Weltwirtschaft eingeflochtener, für den Weltmarkt tätiger Staat darf keine Niederlage erleiden. Er ist kein Ackergut, gegründet in der ewigen Erde und sich nährend aus den Kräften der Erde; er ist ein Großhandlungshaus, weithin glänzend im Schein seiner Größe, das jedoch, bricht es in einem Bankrott zusammen, sich und alle seine Mittätigen in der Nacht des Elends begräbt." Und der Sieger? Er ist nicht viel besser dran als der Besiegte. Auch ihm droht der Bankrott, droht das Gespenst des Hungers.

Man kann sich heutzutage schlechterdings keine andre Veranlassung dazu, das Gewehr sprechen zu lassen, denken als drohendste Gefährdung *nationaler Lebensinteressen*, als Abwehr eines (allerdings auch kaum mehr anzunehmenden) unmittelbaren Angriffs. Les extrêmes se touchent: der zur höchsten Subtilität der Kultur entwickelte und verfeinerte Staat der Gegenwart, die Horde des prähistorischen Menschen — beide kämpfen nur, wenn sie sich in ihren direkten Lebensmöglichkeiten bedroht sehen, wenn sie sich in Notwehr befinden.

Was eine Neutralisierung Afrikas erreichen soll: Ausschaltung der Möglichkeit eines kriegerischen Konfliktes, hat also de facto bereits statt. Um so leichter kann eine solche auch stipuliert und formuliert werden in der Form, daß der derzeitige koloniale Besitzstand aller Mächte auf afrikanischem Boden in einer Schutzgarantie gewährleistet wird.

Es ist nicht der geringste Grund vorhanden, warum irgendeiner der beteiligten europäischen Staaten — das sind also alle mit Ausnahme Oesterreichs, der nordischen Mächte und Rußlands — einem solchen Garantievertrag nicht ohne weiteres beitreten sollte.

Vom *nationalpolitischen*, i. e. wirtschaftlichen Standpunkte aus, also die afrikanischen Gebiete als *Kolonien* des respektiven Mutterlandes betrachtet, mal schon gleich gar nicht. Präzisieren wir einmal, was das Mutterland von einer Kolonie will. Es will neue Absatz- und Umsatzgebiete für Industrie und Handel; es will Produktenländer zur Befriedigung der steigenden heimatlichen Bedürfnisse des Lebens nicht minder wie zur Beschaffung von Rohmaterialien für die verschiedensten Zweige der Industrie und der Gewerbe unter gleichzeitiger Unabhängigkeitmachung von andern Ländern; es will die zu diesen Zwecken hinausgegangenen Landeskinder nicht zu fremd gewordenen Konkurrenten der eignen Heimat werden lassen; es will endlich einem Bevölkerungsüberschuß

Digitized by Google

Entwicklungsmöglichkeit in Neuland geben, ohne daß dieser Menschenabfluß aufhört, dem Vaterlande zu gehören, und will auf diese Weise zu der Lösung der sozialen Frage beitragen.

Nun denn: all das kann jede europäische Kolonialmacht aus ihren resp. afrikanischen Kolonien herausholen — nur die Lösung der letzten Aufgabe, die Abgabe des Bevölkerungsüberschusses in der für die Lösung der sozialen Frage in Betracht kommenden Quantität ist versagt. Ist aber jeder Kolonialmacht in Afrika versagt, auch wenn die betreffenden Kolonien in Nord- oder Südafrika jenseits der Wendekreise liegen. Alles übrige — ich wiederhole — kann jedes Mutterland aus seiner oder seinen afrikanischen Kolonien herausholen. Je weiter die wirtschaftliche Erschließung und Erforschung Afrikas fortschreitet, desto hinfälliger werden die einstigen alten Phrasen von „den Perlen" afrikanischer Landstriche, die sich England geholt haben, von dem „Abhub von der Tafel", der Deutschland zugefallen sein soll, und ähnliches. Ich kann mir nicht helfen; wenn man immer wieder zu lesen bekommt: in diesem Gebiet sind reiche Erzlager, aber dieses Land gehört Frankreich, das müßten eigentlich wir Deutschen bekommen; in jenem unerschöpfliche Gummischätze, aber das ist leider deutsch, das sollten eigentlich wir Franzosen haben usw. — dann muß ich stets (Verzeihung ob des derben Vergleiches) an einen Hundezwinger denken, in den ein paar Knochen, gleich gut oder gleich schlecht, hineingeworfen werden; jeder Hund mit seinem erschnappten Knochen im Maule neidet den andern an, weil sicherlich dessen Knochen der bessere ist.

Darüber wird nur allzuviel und ist namentlich allzulange der intensive wirtschaftliche Ausbau des kolonialen Besitzstandes versäumt worden. In dieser Hinsicht ist in allen afrikanischen Kolonien aller Kolonialstaaten noch fast alles zu tun; Generationen haben daran zu schaffen. Nicht zum letzten aus diesem Grunde war seinerzeit jeder vernünftige Kolonialkenner gegen unsern „run zum Tsadsee", habe ich im vergangenen Jahre anläßlich der Marokkogeschichte in diesen Blättern gegen neuen Landerwerb in Nordafrika, für Landabtretung in Kamerun geschrieben. Jetzt, nachdem die kolonialen Besitze in Afrika fast ausnahmslos fest umzirkt sind, heißt die Losung: Non multa, sed multum. Wendet sich jeder in Afrika Kolonien besitzende europäische Staat dieser wirtschaftlich-kulturellen Aufgabe im eignen Hause zu, so hat er wahrlich keine Zeit und auch bald keine Lust mehr, seine Blicke begehrlich nach fremdem Eigentum umherschweifen zu lassen.

Ein Garantievertrag des Besitzstandes wird auf diese Weise ein gewichtiger wirtschaftlich-kultureller Faktor!

Anders liegt die Sache unter dem Gesichtswinkel der Weltmachtfrage; also die überseeischen Besitzungen in Afrika vom interkolonialpolitischen Standpunkt aus betrachtet. Hier stehen wir einem bereits angedeuteten Entwicklungsgesetz gegenüber.

Dieses Entwicklungsgesetz bewegt sich in der Richtung des Zusammen-

Digitized by Google

fassens der einzelnen lokalen Gebietsteile in Afrika zu größeren Verbänden — „dominions" nennt sie der Brite —, die eben durch ihre Größe ein weites Wirkungsfeld schaffen. Der eng umzirkte Begriff „Kolonie" verschwindet; es handelt sich nicht so fast mehr um Ableitung des Menschenüberschusses aus der Heimat, um Produktenländer usw. lediglich als Versorgungsgebiet für das Mutterland, sondern um Gebilde von immer mehr großstaatähnlichem Gepräge, um Verwirklichung des imperialen Gedankens der Herrschaft der weißen Zivilisation. Daß diese „Kolonien im höheren, weiteren Sinne" gewichtige Weltmachtfaktoren für das Mutterland sind und werden, liegt auf der Hand.

Dieser Entwicklungsgang verlangt naturnotwendig Zusammenfassung der einzelnen derzeit noch über den ganzen schwarzen Erdteil verstreuten „Kolonien im engern Sinne", verlangt Aufsaugung jener Kolonien jener Staaten, die nicht die Kraft und die Fähigkeit haben, die gewaltigen in ihren überseeischen Gebieten liegenden Energiequellen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Zweifelsohne können und werden bei diesem Prozeß auch europäische Staaten, die diese Kraft und Fähigkeit besitzen, in Interessenkonflikt geraten. Ich habe da insbesondere Deutschland und England im Auge, deren diesbezügliche Entwicklung und Ausbau ihrer kolonialen Besitzungen in Afrika diagonal zueinander sich vollziehen muß: Deutschland in der Richtung der Ostwest-, England in der der Nordsüdachse des dunklen Kontinents.

Sowenig wie ein andres, läßt sich auch dieses Entwicklungsgesetz nicht aufhalten. Durch einen papiernen Vertrag schon gleich gar nicht. Statt einen Konflikt der Interessenten hintanzuhalten, würde ein Sichdagegenstemmenwollen einen solchen erst recht heraufbeschwören. Deshalb muß ein Neutralitätsabkommen über Afrika den Zusatz erhalten: *Jeder einzelnen Macht bleibt es überlassen, durch Verständigung, Kauf und Tausch ihren kolonialen Besitzstand in Afrika zu verändern.*

Ein friedlicher Ausgleich auf dieser Basis ist um so sicherer gewährleistet, als ja sogar auch bei einem etwa drohenden Konflikt *ohne* Neutralitätsvertrag ein kriegerischer Austrag fast ausgeschlossen ist; stehen ja doch weder *nationale Lebensinteressen* auf dem Spiele, noch ist der Fall einer Notwehr gegeben.

Letzten Endes freilich handelt es sich auch um nationales Lebens*interesse* nicht nur, sondern um nationales *Leben selbst*, um die Existenz als Nation. In der Besitzergreifung des ersten winzigsten Pünktchens fremder Erde lag bereits die Keimzelle dieser immer greifbarer sich gestaltenden neuen Staatengebilde. Und diese Staatengebilde werden dereinst an Stelle der alten, abgelebten Völker Europas treten? — Wir haben aber dann durch eine heutige Neutralisierung Afrikas das Unsrige getan: ein Stückchen Weg der langen Zukunftsentwicklungsreihe friedlich zu gestalten. *Ueber* der Nation steht die Weltgeschichte und ihr eherner Gang.

Hauptmann a. D. F. *Hutter*.

*

Digitized by Google

Die Redaktion der „Deutschen Revue" hat mich aufgefordert, mich zu dieser Frage zu äußern, und zwar im Anschluß an die vorangehende, von Herrn Hauptmann a. D. F. Hutter gegebene Beantwortung.

Wie meine Leser wissen, meint Hutter, daß es eigentlich nur eines Blickes auf die politische Karte Afrikas bedarf, um sie in bejahendem Sinne zu beantworten. Dies verstehe ich nicht ganz.

Für Herrn Hutter ist die Frage: „Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich?" identisch mit der andern: „Wird ein Staat, um ein einem andern Staate gehörendes Stück afrikanischen Landes zu annektieren, einen Krieg beginnen?" Diese Definierung ist aber zu eng, denn die Neutralisierung Afrikas würde ebensosehr einschließen, daß zwei Staaten, welche aus irgendeinem andern Grunde in Krieg miteinander geraten, unter keinen Umständen ein ihren Feinden gehörendes Stück afrikanischen Gebietes angreifen dürfen: mit andern Worten, daß sich alle in Afrika interessierten Mächte den afrikanischen Statusquo, komme, was kommen mag, garantieren sollen. Dies ist nun absolut nicht so selbstverständlich zu bejahen, wie Hauptmann Hutter will.

Ich gebe einige Fälle vom Gegenteil. Aegypten mit dem Suezkanal ist, wie schon Napoleon I. wußte, der Schlüssel zur britischen Stellung in Ostindien. Falls der anglo-deutsche Krieg heraufziehen sollte, wäre Deutschland mehr als töricht, die Neutralität Aegyptens zu garantieren. Denn hier würde es die Engländer an ihrer verwundbarsten Stelle treffen können.

Die Franzosen haben hier in Algier mit großer Ausdauer und Geschicklichkeit ein wirkliches Neufrankreich geschaffen; sie sind im Begriff, Tunis und hinterher Marokko ebenso zu entwickeln. Aus diesem Neufrankreich wollen sie ganze Truppenkörper für den deutschen Revanchekrieg herausziehen. Welcher deutsche Staatsmann könnte wohl einwilligen, für den Kriegsfall diese weiten Gebiete als tabu zu erklären?

Ein jeder, der südafrikanische Verhältnisse intimer kennt, weiß, daß sich viele verlangende Blicke in der südafrikanischen Union auf Deutsch-Südwest und Portugiesisch-Südost mit Delagoabai und Beira richten. Sie denken sicherlich nicht daran, sich ein- für allemal die Hände zu binden, nie, und unter keinen Umständen diese Strecken der Union anzugliedern. „Afrika britisch vom Tafelberg bis zum Sambesi" bleibt als Schlagwort für die letzten Ziele dieser Staatsmänner in vollem Umfang bestehen.

Für Zentral- und Mittelafrika liegt die Sache etwas anders. Es ist ausgesprochenes „Schwarzen-Mannes-Land", und ich würde es aufs tiefste beklagen, wenn europäische Völker den Eingeborenen das Schauspiel geben würden, sich vor ihren Augen gegenseitig niederzumachen. Auch wird der Ausgang des Krieges in Europa, wie immer er sein mag, über das Schicksal dieser Kolonien endgültig entscheiden, nicht die Ereignisse in den Kolonien. Deutschland, wenn es in Europa siegreich wäre, würde in Afrika von seinem geschlagenen Feinde verlangen können, was es nur will, auch wenn es während des Krieges seine eignen afrikanischen Besitzungen zeitweilig verloren hätte. Umgekehrt, sollte es

Digitized by Google

fassens der einzelnen lokalen Gebietsteile in Afrika zu größeren Verbänden — „dominions" nennt sie der Brite —, die eben durch ihre Größe ein weites Wirkungsfeld schaffen. Der eng umzirkte Begriff „Kolonie" verschwindet; es handelt sich nicht so fast mehr um Ableitung des Menschenüberschusses aus der Heimat, um Produktenländer usw. lediglich als Versorgungsgebiet für das Mutterland, sondern um Gebilde von immer mehr großstaatähnlichem Gepräge, um Verwirklichung des imperialen Gedankens der Herrschaft der weißen Zivilisation. Daß diese „Kolonien im höheren, weiteren Sinne" gewichtige Weltmachtfaktoren für das Mutterland sind und werden, liegt auf der Hand.

Dieser Entwicklungsgang verlangt naturnotwendig Zusammenfassung der einzelnen derzeit noch über den ganzen schwarzen Erdteil verstreuten „Kolonien im engern Sinne", verlangt Aufsaugung jener Kolonien jener Staaten, die nicht die Kraft und die Fähigkeit haben, die gewaltigen in ihren überseeischen Gebieten liegenden Energiequellen für die Allgemeinheit nutzbar zu machen. Zweifelsohne können und werden bei diesem Prozeß auch europäische Staaten, die diese Kraft und Fähigkeit besitzen, in Interessenkonflikt geraten. Ich habe da insbesondere Deutschland und England im Auge, deren diesbezügliche Entwicklung und Ausbau ihrer kolonialen Besitzungen in Afrika diagonal zueinander sich vollziehen muß: Deutschland in der Richtung der Ostwest-, England in der der Nordsüdachse des dunklen Kontinents.

Sowenig wie ein andres, läßt sich auch dieses Entwicklungsgesetz nicht aufhalten. Durch einen papiernen Vertrag schon gleich gar nicht. Statt einen Konflikt der Interessenten hintanzuhalten, würde ein Sichdagegenstemmenwollen einen solchen erst recht heraufbeschwören. Deshalb muß ein Neutralitätsabkommen über Afrika den Zusatz erhalten: *Jeder einzelnen Macht bleibt es überlassen, durch Verständigung, Kauf und Tausch ihren kolonialen Besitzstand in Afrika zu verändern.*

Ein friedlicher Ausgleich auf dieser Basis ist um so sicherer gewährleistet, als ja sogar auch bei einem etwa drohenden Konflikt *ohne* Neutralitätsvertrag ein kriegerischer Austrag fast ausgeschlossen ist; stehen ja doch weder *nationale Lebensinteressen* auf dem Spiele, noch ist der Fall einer Notwehr gegeben.

Letzten Endes freilich handelt es sich auch um nationales Lebens*interesse* nicht nur, sondern um nationales *Leben selbst*, um die Existenz als Nation. In der Besitzergreifung des ersten winzigsten Pünktchens fremder Erde lag bereits die Keimzelle dieser immer greifbarer sich gestaltenden neuen Staatengebilde. Und diese Staatengebilde werden dereinst an Stelle der alten, abgelebten Völker Europas treten? — Wir haben aber dann durch eine heutige Neutralisierung Afrikas das Unsrige getan: ein Stückchen Weg der langen Zukunftsentwicklungsreihe friedlich zu gestalten. *Ueber* der Nation steht die Weltgeschichte und ihr eherner Gang.

Hauptmann a. D. F. *Hutter*.

*

Digitized by Google

Die Redaktion der „Deutschen Revue" hat mich aufgefordert, mich zu dieser Frage zu äußern, und zwar im Anschluß an die vorangehende, von Herrn Hauptmann a. D. F. Hutter gegebene Beantwortung.

Wie meine Leser wissen, meint Hutter, daß es eigentlich nur eines Blickes auf die politische Karte Afrikas bedarf, um sie in bejahendem Sinne zu beantworten. Dies verstehe ich nicht ganz.

Für Herrn Hutter ist die Frage: „Wäre eine Neutralisierung Afrikas möglich?" identisch mit der andern: „Wird ein Staat, um ein einem andern Staate gehörendes Stück afrikanischen Landes zu annektieren, einen Krieg beginnen?" Diese Definierung ist aber zu eng, denn die Neutralisierung Afrikas würde ebensosehr einschließen, daß zwei Staaten, welche aus irgendeinem andern Grunde in Krieg miteinander geraten, unter keinen Umständen ein ihren Feinden gehörendes Stück afrikanischen Gebietes angreifen dürfen: mit andern Worten, daß sich alle in Afrika interessierten Mächte den afrikanischen Statusquo, komme, was kommen mag, garantieren sollen. Dies ist nun absolut nicht so selbstverständlich zu bejahen, wie Hauptmann Hutter will.

Ich gebe einige Fälle vom Gegenteil. Aegypten mit dem Suezkanal ist, wie schon Napoleon I. wußte, der Schlüssel zur britischen Stellung in Ostindien. Falls der anglo-deutsche Krieg heraufziehen sollte, wäre Deutschland mehr als töricht, die Neutralität Aegyptens zu garantieren. Denn hier würde es die Engländer an ihrer verwundbarsten Stelle treffen können.

Die Franzosen haben hier in Algier mit großer Ausdauer und Geschicklichkeit ein wirkliches Neufrankreich geschaffen; sie sind im Begriff, Tunis und hinterher Marokko ebenso zu entwickeln. Aus diesem Neufrankreich wollen sie ganze Truppenkörper für den deutschen Revanchekrieg herausziehen. Welcher deutsche Staatsmann könnte wohl einwilligen, für den Kriegsfall diese weiten Gebiete als tabu zu erklären?

Ein jeder, der südafrikanische Verhältnisse intimer kennt, weiß, daß sich viele verlangende Blicke in der südafrikanischen Union auf Deutsch-Südwest und Portugiesisch-Südost mit Delagoabai und Beira richten. Sie denken sicherlich nicht daran, sich ein- für allemal die Hände zu binden, nie, und unter keinen Umständen diese Strecken der Union anzugliedern. „Afrika britisch vom Tafelberg bis zum Sambesi" bleibt als Schlagwort für die letzten Ziele dieser Staatsmänner in vollem Umfang bestehen.

Für Zentral- und Mittelafrika liegt die Sache etwas anders. Es ist ausgesprochenes „Schwarzen-Mannes-Land", und ich würde es aufs tiefste beklagen, wenn europäische Völker den Eingeborenen das Schauspiel geben würden, sich vor ihren Augen gegenseitig niederzumachen. Auch wird der Ausgang des Krieges in Europa, wie immer er sein mag, über das Schicksal dieser Kolonien endgültig entscheiden, nicht die Ereignisse in den Kolonien. Deutschland, wenn es in Europa siegreich wäre, würde in Afrika von seinem geschlagenen Feinde verlangen können, was es nur will, auch wenn es während des Krieges seine eignen afrikanischen Besitzungen zeitweilig verloren hätte. Umgekehrt, sollte es

Digitized by Google

in Europa geschlagen werden, würde es seine überseeischen Besitzungen unrettbar verlieren, ebenso wie es seine Flotte aufgeben müßte, gleichviel, ob es inzwischen auf dem kolonialen Kriegsschauplatz einzelne Erfolge gehabt hätte oder nicht. Ein in Europa siegreicher Staat würde sich durch einen Neutralisierungsakt sicherlich nicht binden lassen, einem geschlagenen Gegner afrikanische und andre Kolonialgebiete abzunehmen, falls solche ihm nur rentabel und wertvoll erscheinen. Wozu dann überhaupt eine solche Neutralisierung? Es ist mir überhaupt nicht klar, weshalb Afrika in dieser Beziehung anders zu behandeln ist als andre Landgebiete, z. B. die Molukken oder die Antillen? In Afrika sind die Abgrenzungslinien alle noch so frisch, daß niemand, der sich stark fühlt, gerade geneigt sein wird, sie als endgültigen Statusquo anzuerkennen. Ich wenigstens würde es bedauern, wenn das Deutsche Reich, welches bislang überall zu kurz gekommen ist, dies tun wollte. Laßt uns den Statusquo friedlich dulden, aber laßt uns unsre Hoffnungen auf eine bessere Zukunft nicht voreilig für ein Linsengericht fortwerfen!

Ich finde, daß in sonst einsichtigen und patriotischen deutschen Kreisen immer noch die alte Idee spukt, Deutschland müsse sich ängstlich hüten, sich in Kolonien neue „Reibungsflächen" über See zu schaffen, bis der „große Entscheidungskampf" in Europa ausgefochten sei. Ich kann mitteilen, daß mir das Gespenst desselben Argumentes schon 1883 in Deutschland entgegentrat. Ich habe es stets für sehr kurzsichtig gehalten, und für nichts weiter als ein Symptom der überlieferten deutschen Zagheit. Weshalb sollten wir denn ängstlicher bemüht sein, Reibungsflächen über See zu vermeiden als Franzosen, Italiener, Holländer, Belgier — von den Briten ganz zu schweigen! Oder sind wir nicht mehr, was wir zu sein glaubten, die mächtigste Nation auf dem Kontinent von Europa? Seit 1883 ist kein Entscheidungskampf gekommen. Wie, wenn er ganz ausbleibt? Sollen wir dann bei der Aufteilung der Erde endgültig beiseite stehen? Wann wird unser Volk in seinen Tiefen von einem Geist kühnerer Initiative erfüllt werden?

Herrn Hutter bitte ich um die Erlaubnis, noch auf zwei Irrtümer aufmerksam machen zu dürfen. Er sagt: „In praxi haben bereits zwei europäische Großmachtstaaten gegebenenfalls in diesem Sinne geantwortet" (nämlich, daß man um Afrika keine Kriege führt); „ich erinnere an Faschoda und an Agadir." Faschoda und Agadir waren mit nichten eine solche Beantwortung, sondern beides stellten diplomatische Schlappen gegenüber britischem Bluff dar, und zwar Faschoda die schlimmere seitens der französischen Republik. Großbritannien repräsentierte in beiden Fällen den Sieg des Vergewaltigungsprinzips gegenüber politischer Gleichberechtigung. Wenn in dieser Richtung die Nutzanwendung der Neutralisierung Afrikas gedacht ist, so würde dieselbe nur einen weiteren Schutz der britischen Monopolstellung auf der Erde bedeuten.

Hutter sagt weiter: „Ja, wenn wir noch Agrarstaaten wären, (dann wären wir allerdings auch keine Kolonialmächte). Aber in einem Industriehandelsstaat!" Er meint augenscheinlich, daß Agrarstaaten keine Kolonien annektierten. Aber

Digitized by Google

Rom, während der ganzen Epoche seiner italienischen Kolonisierung, war Agrarstaat, und rein agrarisch war die Kolonialpolitik der Gracchen. Die Gier nach Neuland lag allen Eroberungszügen der germanischen Stämme in der Völkerwanderung zugrunde, und in neuerer Zeit der Besiedelung Nordamerikas vom Osten bis zum Westen, welche zur vollständigen Ausrottung der Rothäute führte. Ich nenne hier nur einige wenige Beispiele, welche ich leicht verzehnfachen könnte. Ein Irrtum ist es auch, zu meinen, daß Industriehandelsstaaten keine Kriege für ihre speziellen Interessen führten. Der Kampf um die Handelsmärkte zieht sich durch die antike wie die neuere Geschichte. Dahin gehören zum Beispiel alle drei Punischen Kriege. Am drastischsten tritt die egoistische Politik der römischen Kaufmannschaft hervor, welche in einem Jahre (146 v. Chr.) ihre drei Hauptkonkurrenten im Weltmarkt, Karthago, Syrakus und Korinth, verbrennen ließ. Es ist, als ob die City von London in einem Jahr Hamburg, Neuyork und Marseille dem Erdboden gleichmachen ließe!

Aus handelspolitischen Gründen wurden wesentlich auch die Kriege zwischen Portugal und Holland, zwischen England, Spanien, Frankreich und Holland im sechzehnten und siebzehnten sowie im achtzehnten Jahrhundert geführt. Auch das Napoleonische Ringen mit Großbritannien fällt in dieselbe Rubrik. Welche Rolle die „offene Tür“ in den politischen Krisen des letzten Jahrzehnts gespielt hat, weiß jeder, welcher die Zeitgeschichte auch nur oberflächlich verfolgt. Der Bedarf an Neuland sowie an Absatzmärkten für die heimische Industrie sind heute die Ausgangspunkte für Völkerkonflikte, wie sie es vor Jahrtausenden gewesen sind. Und sie werden es immerfort bleiben, ob es sich nun um Afrika oder andre Erdgebiete handelt.

Sollte es zu einer internationalen Konferenz über die angeregte Frage kommen, so kann ich nur hoffen, daß das Deutsche Reich außerordentlich skeptisch und zurückhaltend ihr gegenübertritt. Das eigentliche politische Interesse an derartigen Neutralisierungen und Garantien hat zurzeit naturgemäß Großbritannien, welches im Augenblick ein Viertel der gesamten in Frage kommenden Erdoberfläche und nebenbei weitaus die besten Stücke Afrikas besitzt. Ich kann mich leider auch der Hutterschen Anschauung nicht anschließen, daß der afrikanische Kontinent an allen Stellen gleichwertig sei. Der Wert der Wüste Sahara ist ein ganz andrer als der etwa Ugandas oder Aegyptens. Das Wertbildende im dunkeln Erdteil ist überall das Wasser, und es ist nicht zufällig, daß die Briten mit Ausnahme des Kongos sämtliche große Stromläufe des Erdteils: den Nil, den Sambesi, den Niger-Benuë kontrollieren. England ist das, was Bismarck „saturiert“ nannte. Deutschland gehört auf der ganzen Linie zu den „hungrigen Völkern“; muß demnach für die heraufziehende Weltepoche in der politischen Offensive bleiben.

Karl Peters (Algier).

Digitized by Google

„Decadence"

Von

Otto Harnack

Vor fünfzig Jahren war es üblich, die Literatur der letzten Jahrzehnte, seit Goethes Tod, als Epigonenliteratur zu bezeichnen. Die Dichter selbst sträubten sich nicht gegen diesen Namen, weil sie das Berechtigte, das in ihm lag, erkannten. Geibel läßt, mit unverkennbarer Beziehung auf sich und seine Dichtergenossen, den „Bildhauer des Hadrian" ausrufen:

„Was schön ist, ist schon dagewesen,
Und nachgeahmt ist, was uns glückt."

Aber bald nachher änderten sich die Zeiten vollständig. Das Selbstgefühl eines neuen Dichtergeschlechts empfand den Namen der „Epigonen" als schlimmste Kränkung; es war erfüllt vom Bewußtsein des eignen Wertes und der Bedeutung dessen, was es zu geben hatte; selbst die Wissenschaft beeiferte sich nachzuweisen, daß jener Begriff des „Epigonentums" tatsächlich zu keiner Zeit imstande gewesen sei, der Fülle und Vielgestaltigkeit des literarischen Lebens gerecht zu werden.

Heute aber sehen wir mit Ueberraschung, daß ein anderes Wort, das dem unbefangenen Ohr weit schlimmer klingt als das vorige, anstandslos angewendet wird, ja sogar von Menschen, auf die es gemünzt ist, wohlgefällig als eine Art eigentümlicher Auszeichnung betrachtet und empfunden wird: das Wort Decadence. Wenn mit dem Epigonentum nur die Abhängigkeit von großen Vorgängern bezeichnet wurde, so mit dem heutigen Wort das zweifellose Hinabgleiten unter die Höhe, die sie eingenommen hatten.

Es ist nicht wertlos, die eigentümlichen Merkmale einer solchen Erscheinung festzustellen, und zu betrachten, wodurch sich diese dem ursprünglichen Empfinden so widersprechende Schätzung der Decadence erklärt.

Der ganze Begriff, der hier zugrunde liegt, stammt her von der Betrachtung des allmählich seine Macht einbüßenden römischen Reichs. Gibbon hat in seiner berühmten „History of the decline and fall of the Roman empire" eine ganze Reihe von Jahrhunderten unter den Gesichtspunkt des Verfalls gestellt, und die Kulturgeschichtschreibung ist dann darauf ausgegangen, in allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens diesen immer fortschreitenden Prozeß des Hinabsinkens und der Zersetzung nachzuweisen. Daß der Verehrer des klassischen Altertums diese Vorgänge mit bitterer Kritik und schmerzlicher Empfindung betrachtet, ist selbstverständlich; trotzdem ist die ausschließliche Beurteilung dieses langen Zeitraums als einer Verfallperiode ungerechtfertigt; denn in diesem Verfall liegen zugleich die Keime einer neuen Zeit: die Zersetzung ist zugleich eine Gärung, die einen neuen Zustand vorbereitet.

Wenn nun heute von Decadence gesprochen wird, so entsteht zunächst die

Digitized by Google

Frage, ob die moderne Kultur, und besonders die Deutschlands, tatsächlich Züge des Verfalls, der Zersetzung zeigt, so daß eine Literatur und Kunst der Decadence sich als eine naturgemäße Folge dieses Allgemeinzustandes darstellen würde. Den Höhepunkt unserer neueren deutschen Kultur wird man wohl unwidersprochen in dem Zeitalter Goethes erblicken; auf das Jahrhundert, das seitdem verflossen ist, würde sich die Frage beziehen, die wir gestellt haben. Im Laufe dieses Jahrhunderts hat nun aber ein so gewaltiger politischer und wirtschaftlicher Aufschwung stattgefunden, daß es fast widersinnig scheint, hier noch Decadence zu suchen.

Doch andrerseits sehen wir, daß dieser Aufschwung bei einem großen Teil der eignen Bevölkerung eine feindselige Beurteilung findet, daß ein Riß durch unser Volkstum geht, der eine innere Unsicherheit bedingt. Dieselbe Unsicherheit des Denkens und Empfindens nehmen wir auf den verschiedensten Gebieten wahr. Die Geschlossenheit und selbstsichere Bodenständigkeit, die in Zeiten der Gesundheit und Kraft das Kennzeichen einer einheitlichen, Leben und Geist des Volkstums ausfüllenden Kultur bilden, sind heute sehr selten geworden. Der Angehörige der herrschenden Klassen, der mit Behagen die Verspottung jener Klassen in Witzblättern betrachtet, der Geistliche, der sich in Widerspruch setzt zu der kirchlichen Autorität, an der er selbst Anteil hat, der Mann, der für das Aufhören der Vorherrschaft des männlichen Geschlechts eintritt, der Kapitalist, der sich sozialistischen Ideen hingibt, sie alle sind tatsächlich Decadenceerscheinungen. Am wenigsten finden sich diese Erscheinungen in der militärischen Welt, zum deutlichen Zeichen dafür, daß unsere heutige Kulturform hauptsächlich durch die militärische Macht noch aufrechterhalten wird.

Nun liegt aber zugleich offen zutage, daß in all diesen Erscheinungen auch die Keime des Fortschritts, die Keime zu neuen Gestaltungen unserer Kultur enthalten sind, und es zeigt sich auch hier, daß in dem Gärungs- und Zersetzungsprozeß neue organische Kräfte sich entwickeln.

Wenden wir uns nun zurück zu Goethe und fragen wir, wie er sich zu den Erschütterungen und Zweifelsschwächen des Daseins verhalten hat, so finden wir ihn stets für die geschlossene, in sich selbst ruhende, ihrer selbst bewußte Kraft eintreten. Er zeigt zwar überall das größte Interesse für die Werther-, Tasso-, Faustnaturen, aber er betrachtet sie und schildert sie als krankhaft. Was er bewundert, ist dagegen die unerschütterte Gesundheit des Wesens. So rühmt er von den Engländern, daß sie die Courage haben, das zu sein, wozu sie die Natur gemacht habe. „Es sind an ihnen keine Halbheiten und Schiefheiten, sondern wie sie auch sind, es sind immer durchaus komplette Menschen.“ So schildert er begeistert das über alles verehrte Hellenentum: „Alle hielten sich am Nächsten, Wahren, Wirklichen fest, und selbst ihre Phantasiebilder haben Knochen und Mark ... Noch fand sich das Gefühl, die Betrachtung nicht zerstückelt, noch war jene kaum heilbare Trennung in der gesunden Menschenkraft nicht vorgegangen.“ An diesem Maßstab gemessen, erschien er selbst sich freilich schon in gewissem Sinn als unter ungesunden Lebensbedingungen erwachsen. Man

Digitized by Google

lese darüber seinen Aufsatz: „Antik und Modern." Er verlangte aber von sich und von seinen dichterischen Zeitgenossen und Nachfolgern, daß alles Unklare, Schwächliche, Problematische, das sie in sich selbst hätten, aus ihrer Dichtung verschwinde und die innere Festigkeit und Klarheit, die Einheit von Form und Gehalt aus dem Dichtwerk spreche.

Es läßt sich leicht erkennen, wie sehr hiermit der tatsächliche Charakter der Goetheschen Dichtung übereinstimmt. Gerade die Art, wie er problematische Charaktere, unklare, dämmerhafte und zwiespältige Gemütszustände darstellt, zeigt die vollkommene Ueberwindung derselben im eignen Innern, die schrankenlose Souveränität, die über ihnen steht, die unangreifbare Objektivität, die sich aufs eingehendste mit ihnen beschäftigen, sich in sie vertiefen kann, ohne sich an sie zu verlieren. Hiermit ist auch innerlich verbunden die unerschütterliche Sicherheit in Beherrschung der Form, die untrügliche, sei es bewußte, sei es auch unbewußte Empfindung für die künstlerisch und gedanklich notwendige, unlösliche Verbindung von Form und Inhalt, jene Eigenschaften, die wir als die entscheidenden Merkmale der klassischen Kunst betrachten.

Nicht etwa in jedem Augenblick hat Goethe sie in dieser vollkommenen Stärke in sich gefühlt und gemeistert. Auch er ließ sich, besonders im Alter, bisweilen gehen, behandelte manches „läßlich", manches auch schrullenhaft; aber er war in jedem Augenblick imstande, sich wieder auf die volle Höhe zu erheben; sein Nachlassen war nicht Decadence, sondern Ablegen einer Rüstung, Aufatmen, Erholung; denn Kunst und Poesie in dem Sinn, wie Goethe sie fordert, ist kein ergötzliches Spiel, sondern ein ernster und strenger Dienst. Und die bewundernswerte Kraft und Willensenergie in diesem Dienst ist ihm bis in seine letzten Lebenstage treu geblieben.

Wenigen war es gegeben, auf derselben Höhe zu verweilen; wenige aber haben es auch nur gewollt. Diese robuste Gesundheit dichterischen Verlangens schien manchen unpoetisch, anderen gemütlos. Der alternde Herder fand bei Goethe mißmutig eine teilnahmlose, genaue Schilderung der Sichtbarkeit. Die überragende Kraft dieses lebensvollen Schaffens forderte förmlich eine Opposition der Decadence heraus. Die ersten Decadents in der deutschen Literatur waren die Romantiker.

Sie erblickten ihre Aufgabe darin, die feste Kunstform durch die Willkür des Individuums zu zerschlagen, den Ernst des künstlerischen Schaffens durch „Ironie" aufzulösen, die Einheit der Weltbetrachtung durch geistreiche Reflexion zu zersetzen. Wenn den Zeitgenossen diese Bedeutung der Romantik zum Teil nicht klar zum Bewußtsein kam, so lag das darin, daß sie zugleich einen mächtigen neuen Stoffreichtum darbot, der ein lebensvolles neues Interesse mit sich brachte, und sodann daran, daß im Laufe der Zeit die Romantik selbst vor ihrer souveränen Willkürlichkeit Besorgnis zu empfinden anfing und sich in den rettenden Hafen des Katholizismus flüchtete.

Eine neue Richtung der Decadence tat sich in der Poesie des Weltschmerzes auf. Der geniale Führer dieser Richtung, Lord Byron, war zwar ein Dichter

Digitized by Google

von solcher Urkraft poetischer Begabung, daß da, wo einzig und allein sein unmittelbares Empfinden und sein künstlerisches Schaffen zu uns spricht, wir die Wirkung einer unverlierbaren, ewigen Lebensmacht an uns erfahren; aber auf seine Bewunderer und Nachfolger wirkte mehr seine Lebensanschauung und Lebensführung ein, die den ausgeprägtesten Typus des Decadenten darstellte. Byron affektierte im Leben durchweg das gering zu schätzen, was ihm innerlich das wertvollste war, und das vor allem zu erheben, was er innerlich verachtete; dadurch ergab sich zwischen seinem Leben und seiner Dichtung ein beständiger Zwiespalt, der darin gipfelte, daß er selbst seine Poesie, das Lebensblut seines ganzen Organismus, mit gespielter Gleichgültigkeit behandelte. Diese Selbstironie ging zuerst als Pose in das Gebaren der Weltschmerzdichter über, verband sich aber dort mit der tatsächlichen inneren Unsicherheit von Persönlichkeiten, die den gewaltigen Anforderungen, welche die vorwärtsdrängende Zeit an die Selbstbeherrschung und Lebensbeherrschung des Individuums stellte, nicht gewachsen waren. Für Deutschland ist bekanntlich Heinrich Heine die typische Erscheinung des Decadencedichters geworden; hier wurde eine natürliche Anlage und eine literarische Beeinflussung noch gesteigert durch die nationale Zwiespältigkeit, in der sich der Dichter zeitlebens bewegte. Wie sehr aber dieser Dichtertypus dem Charakter der Zeit entgegenkam, läßt sich daraus erkennen, daß Heine mehr als irgendein anderer Lyriker — Goethes unberechenbare Wirkung ausgenommen —, auf die weitere Entwicklung der lyrischen Poesie Einfluß geübt hat, nicht zu reden von seiner Bedeutung für die feuilletonistische Prosa, die durch ihn eigentlich erst geschaffen wurde. Sehr charakteristisch ist, daß auch die Schriftsteller, welche sich mit Aplomb als Propheten eines neuen Zeitalters ankündigten, wie zum Beispiel Gutzkow, doch zugleich entschiedene Züge der Decadence zeigten.

Ein Gegengewicht gegen diesen Zug, der übermächtig zu werden drohte, begann etwa seit 1840 der Realismus, besonders der volkstümliche, zu bilden. Immermann hatte zuerst neben die äußerste Verzerrung des Decadententums, die sein „Münchhausen“ zeigte, die gesunde Urpoesie des „Oberhof“ gestellt. Freilich zeigte das wenigste von der massenhaften ländlichen Gefolgschaft, die dem „Oberhof“ nachtrat, dieselbe Wahrheit der Naturkraft und Naturpoesie; aber die Kraft des Realismus offenbarte sich nun bald auch auf andern Gebieten, die dem dichterischen Können neue Aufgaben stellten und von ihm eine Beherrschung der Weltverhältnisse in mannigfachster Richtung verlangten. Bezeichnend aber war freilich, daß gerade die nächsten Verhältnisse, die der bürgerlichen arbeitenden Sphäre, am wenigsten dargestellt wurden — Hebbels „Maria Magdalena“ blieb vereinzelt —, und daß man mit Vorliebe die Realität eines möglichst fremdartigen oder exotischen Lebens darstellte. Gustav Freytag rechnete es sich demgegenüber bekanntlich als besonderes Verdienst an, in seinen Romanen „das deutsche Volk bei der Arbeit“ aufgesucht zu haben. Eine andre Richtung gesund-kräftiger realistischer Poesie schlug Gottfried Kellers eigenartig schweizerische Individualität ein, ohne aber damals die Verständnislosigkeit des breiteren

Digitized by Google

Lesepublikums überwinden zu können. Auf die immer schattenhafter und leb-loser werdende Poesie der nächstfolgenden Zeit einzugehen, ist hier nicht er-forderlich; die formalen Vorzüge, die jene im vollen Wortsinn epigonenhafte Poesie besessen hat und die auch ihr einen eignen Wert verleihen, kommen für unsern Gedankengang nicht in Betracht.

Als sich dann zu Ende der achtziger Jahre die berühmte und berüchtigte „Revolution" in der Literatur erhob, da war man anfangs für Decadencegedanken und -verlangen sicherlich vollkommen unzugänglich und die Streitrufer, besonders die Gebrüder Hart, stürzten sich mit wahrhaft jugendlichem Ueberschwang und Wagemut in den Kampf, in der festen Ueberzeugung, einem neuen großen Literaturzeitalter die Bahn freizumachen. Daß dem Realismus in dieser neuen Epoche eine besonders bedeutende Aufgabe zufallen müsse, lag auf der Hand; daß aber die Vorherrschaft eines zum Teil krassen und der künstlerischen Formung entbehrenden Naturalismus eintreten werde, war bei den ersten Kraftäußerungen durchaus noch nicht vorauszusehen. Wenn nun dieser Naturalismus in „Vor Sonnenaufgang" noch als Ausdruck eines überstarken Wahrheitsstrebens er-scheinen konnte, so machten sich doch bald in ihm Züge der Decadence geltend, indem nur die trübsten Strömungen des Menschentums in hoffnungslosem Niedergang dargestellt und vor allem die Sprungfeder der Willensbetätigung aus dem mechanischen Lebensgetriebe ganz ausgeschaltet wurde. Wenn man sogar soweit ging, im Drama, das seinem Wesen nach auf Kampf gestellt ist, es als einen Vorzug zu rühmen, daß es in seiner modernen Form der ent-schiedenen Willensakte entbehrte, so sprach sich darin unzweifelhaft die Herrschaft der Decadence aus. Diese setzte sich fort, als im schärfsten Gegensatz zum Naturalismus die Neuromantik von einem sensitiven Aesthetentum zuerst in ein-samer Stille hervorgezaubert, dann auf den offenen Markt gestellt, endlich sogar mit den Effektmitteln des Theaters ausgestattet wurde. Hier erhob man eine Empfindungsweise zur Beherrscherin der Kunst, die überhaupt nicht mehr nach Lebenswerten fragt, auch nicht nach positiven schöpferischen Kunstwerten, sondern die einzig und allein in der vollkommensten Selbstkonzentration, in dem Ausschöpfen und Auskosten der eignen Reizungen ihre Befriedigung findet. Die Ereignisse der Wirklichkeit, die Erzeugnisse der Phantasie, die Darstellungen auf der Bühne sind für diese Kunstweise nur von Bedeutung, insofern sie Nerven-erregung auslösen oder selbst als eine Abspiegelung und symbolische Verleib-lichung der eignen Gefühlszustände aufgefaßt werden können. In dieser Dichter-sphäre, die auch Verwandtschaft mit bestimmten Gruppen der bildenden Künstler aufweist, hat sich vor allem dann jene Stimmung herausgebildet, die das Wort Decadence gern als Charakteristik akzeptiert und nicht den Ehrgeiz zeigt, durch eine kräftige Willensbetätigung sich als eine beherrschende Macht im Weltgetriebe zu erweisen. Es liegt nahe, hierin bloß die Aeußerung eines krankhaften Zu-standes zu finden. Aber auch hier verbindet sich mit dem Niedergang schon das Aufgehen eines neuen Lebens. Der rein ästhetisch gerichtete Mensch fühlt sich heute deshalb als Decadent, weil er an der Art von Willenskraft, die heute

Digitized by Google

die Welt beherrscht, keinen Anteil haben kann und haben will, und indem er sich von diesem Weltzustand abwendet und sich in die Welt des eignen Empfindens einspinnt, wirkt er in der Stille seines Wesens und Webens für das Aufgehen einer neuen Kultur, die das Leben nicht mehr als bloßes mechanisches Getriebe auffassen, die den ästhetischen Lebenstrieben eine höhere Bedeutung zusprechen wird. Er selbst hat freilich nicht die Kraft, für dies ästhetische Zeitalter zu arbeiten; er kann sich nur dafür unverfälscht erhalten, und wenn er es nicht mehr erlebt, der Folgezeit ein Beispiel der ästhetischen Persönlichkeit aufstellen.

In diesem Sinne ist mancher unserer großen Lyriker ein Decadent gewesen. In keiner Hinsicht war Eduard Mörike dem realen Weltgetriebe gewachsen; die Existenz, die er führte, war kümmerlich, nicht nur wegen materieller Dürftigkeit. Er verstand es nicht, auf das literarische Leben, auf die Geschmacksrichtung seiner Zeit irgendwelchen Einfluß zu nehmen; er war nur er selbst — ein schwacher Mensch — aber ein großer Dichter. Damals schätzten das nur wenige, heute schätzt es die Welt.

Nun liegt es freilich uns ganz fern, jedem Dichter oder Künstler, der sich in der Pose des Decadenten gefällt, die gleiche Bedeutung beizulegen. Von Pose haben wir hier überhaupt nicht sprechen wollen, sondern im Gegenteil von historischer Notwendigkeit und Tatsächlichkeit. Und es ist von Wert, auch die seltsamen und vom äußeren großen Gang der Zeit abstehenden Erscheinungen in ihrer Eigenart zu betrachten. Unsre Zeit ist von unendlicher Vielgestaltigkeit und Fülle der Entwicklungen; absterbende und aufstrebende Gebilde drängen sich nebeneinander, und für den Betrachter ist es oft schwer, im Drange des Augenblicks die Lebenskraft und den Zukunftswert der einzelnen Individualität richtig zu schätzen. Dies aber kann gesagt werden: daß gegenwärtig zahlreiche dichterische und künstlerische Begabungen vorhanden sind, die in ihrer eignen Sphäre schaffenskräftig sind, aber nicht imstande, auf die Welt und ihren Gang einzuwirken. Der Typus des großen Künstlers, der, wie Michelangelo, von der Mitwelt als „uomo terribile“ empfunden wird, muß erst neu wieder erstehen. Und wenn er entstanden ist, dann wird die Decadence eine überwundene Erscheinung der Literatur und Kunstgeschichte sein.

Digitized by Google

Politische Briefe des Grafen Hugo zu Münster an Edwin v. Manteuffel aus der Zeit des Krimkrieges

(Schluß)

Gatschina, den 16. September 1854.

Recht herzlichen Dank für Deinen Brief vom 2. ds. Mts. ebenso schon vorläufig für die mir in Aussicht stehenden guten Lehren, die Du mir aus Düsseldorf senden willst. Du meinst sie gut — ich bin empfänglich dafür, also vorwärts.

Es war mir in den letzten Tagen nicht möglich, Dir zu schreiben, heute soll der Feldjäger aus der Stadt abgehen, so will ich versuchen, ihm hier auflauern zu lassen und diesen Brief noch aufzuhängen.

Dein Brief war mir sehr wertvoll, weil er mir ein zusammenhängendes Bild gibt, wie der König wünscht, daß man seine Politik ansehen möchte. Ob man das aber auch kann, das ist freilich eine andre Frage. Du selbst sagst, es sei nicht Deine Politik (meine ist es auch nicht), dennoch aber suchst Du die Konsequenzen jener Politik, vom Standpunkt des Königs aus, zu vertreten. Auf diesem Punkte will ich Dich attackieren. —

Der Kaiser soll mehr auf das Gewissen und die dereinstige Verantwortung des Königs als auf Deklarationen und Verträge bauen! —

Rekapituliere die Regierungszeit des Königs und vergiß nicht, daß der König mit seiner lebendigen Phantasie sich gern und leicht die Sachen zurechtlegt, wie sie ihm passen, daß er nicht logisch ist, und daß vor allem sein moralischer Mut nicht seinem persönlichen und seinen Intentionen das Gleichgewicht hält. Darin liegt der hiesige und auch nicht eben unbillige Wunsch, etwas schwarz auf weiß zu haben.

Ich ließ Dich bereits durch Gerlach bitten, nicht immer großartige Auffassungen von den unvollkommenen Menschenkindern dieser Welt zu verlangen. Darum würde die Empfehlung der vier Punkte nicht verletzt haben, wenn das „wie" anders gewesen wäre. Lies des Königs bezügliche Briefe und die erbärmlichen begleitenden drei Depeschen an Werther, halte die hiesigen Individualitäten dagegen, und Du wirst zugeben müssen, daß das ganze nicht füglich ungeschickter eingerichtet werden konnte. Man verlangt in Berlin fortwährend, man solle sich hier in die dortige Lage versetzen — wer tut das aber umgekehrt in Berlin in bezug auf hier? — Wenn in Alexandrie harte Urteile gefällt werden und „gros mots" zutage kommen, so ist das traurig, sehr verletzend und schmerzlich für mich, ändern aber tut es wenig, denn sie werden durch andere wegplaziert, wie der Wind und die Laune eben gehen. Benkendorff hat ganz recht, wenn er sagt, „es sei bei dem Kaiser bereits zur alten Gewohnheit geworden, über alles zu schimpfen, was aus Berlin kommt". Der König ringt auch die Hände und schilt, wenn ein Brief des Kaisers kommt; ich habe das

Digitized by Google

selbst mehrfach erlebt, und wenn es nicht am Teetisch oder vor versammelter Familie ist, und wenn man in diesen Dingen in Berlin überhaupt mehr Takt hat, so ist das ein Vorzug, dessen wir uns erfreuen, der aber hauptsächlich darin wurzelt, daß man in Berlin liebt und vertrauen kann — daß man hier nicht liebt und auch nicht vertraut. Es ist das vielleicht unrecht, es ist aber Gefühlssache und obenein zu entschuldigen.

Ob wir die vier Punkte befürworten mußten, darüber will ich nicht weiter viel streiten; ist das aber der Fall, so sind wir bereits kein unabhängiger Staat mehr, denn nur ein abhängiger befürwortet, was er nicht billigen kann, und billigen können wir weder die vier Punkte an sich noch unter den Umständen, wie sie zutage kamen. Die Depesche an W. sagt: das Ensemble derselben stimme mit dem überein, was von hier aus bereits bewilligt worden sei — das ist falsch! Es ist meines Wissens hier nie von Abtretung des Protektorats der Fürstentümer an die fünf Mächte und nie von Revision des Vertrages von 1841 die Rede gewesen.

Ich verlange nicht, daß Preußen den Krieg jetzt schon und im Interesse Rußlands machen solle, ich verlange aber, daß es nicht Dinge tun soll, die es nicht billigen kann, weil das nicht würdig ist, weil es bindet, wenn auch nur moralisch. Wollte man uns darüber den Handschuh hinwerfen, so könnten wir ihn ebensogut aufnehmen, als wenn man uns zum Kriege drängen will.

Deine Folgerung, daß der König die vier Punkte empfehlen mußte, um seiner Politik nicht untreu zu werden, ist mir zu kühn, um sie zu fassen. Wäre sie aber auch richtig und läge in jener Empfehlung eine Konsequenz früherer Schritte — was ich aber nicht zugebe —, so ist es immer ein böses Ding, früher begangene Fehler bis in die äußersten Konsequenzen zu verfolgen, statt sie lieber bei passender Gelegenheit wieder gutzumachen.

Es tut mir leid, daß Du Deinen Brief dem König vorgelesen, gerade wegen des „untreu" werden an der bisherigen Politik, weil das mit Leidenschaft ergriffen und festgehalten werden wird.[1])

Was der König mit seiner Politik bezwecken will, weiß ich, und schilderst Du es auch gewiß sehr richtig. Wo aber ist für ihn die Grenze, um mit den Westmächten in Widerspruch zu treten; wann der Moment, gegen den unglückseligen Einfluß eines österreichischen Ministers, dem sein Kaiser Schritt vor Schritt folgt, entschieden aufzutreten und ein Band zu zerreißen oder ein andres zu knüpfen, was allerdings bös genug und fest genug ist, uns in die allerübelste Lage zu bringen?

Der richtige Moment dazu ist meiner Ansicht nach vorbei — und zwar

[1]) Gerlach notiert am 6. November (Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 235): „Der König will Oesterreich vom Kriege abhalten, und es ist unrecht, hier von Inkonsequenz zu sprechen, da man stets dasselbe Ziel fest im Auge hat. Daß man, wenn eins nicht ausreicht, noch einen Versuch auf die russische Nachgiebigkeit macht, ist richtig und gewiß zu entschuldigen, wenn man nur das Ziel nicht drangibt. Münsters stete Vorwürfe nach dieser Richtung halte ich daher für falsch."

Digitized by Google

durch die Art der Befürwortung, durch diese selbst, durch die Entschuldigung der letzten österreichischen Schritte.

Will der König den Krieg zwischen Oesterreich und Rußland in loyaler Weise hindern, so müßte er sich auch gegen beide gleich stellen — bisher und auch jetzt noch, ist seine bezügliche Stellung keine unparteiische, sondern eine Rußland wesentlich feindlichere, trotzdem er Oesterreich unrecht geben muß. — Trotzdem ist es möglich, daß er auch so den Krieg hindert, er wird aber den Dank von keiner Seite haben, und das Ressentiment von Rußland kann ihm natürlich nicht fehlen. Rußland ist dabei in seinem Recht, und in Preußens Interesse liegt es wahrlich nicht, es zu kränken; was wir hier verlieren, macht das vielleicht gerettete Oesterreich nimmer gut, auch nicht der Gewinn der doch nur momentan beschworenen Revolution.

Menschen, die sich nicht retten lassen wollen, die sind nicht zu retten, so ist es auch mit Regierungen, hier mit Oesterreich; erst wenn es begriffen haben wird, daß es nicht auf der Höhe seiner Stellung steht, oder wenn es Buol, Bach und Grünne abgeschafft haben wird, oder wenn es so in der Patsche sitzen wird, daß es selbst das Bedürfnis der Rettung haben wird, ist ihm zu helfen. Solange das aber nicht ist, ertrinken die Rettungsbeflissenen gleichzeitig mit dem zu rettenden Individuum.

Du sprichst immer noch von der heiligen Allianz — ich legte sie längst zu den Toten. Sie wieder heraufbeschwören zu wollen, ist ein unfruchtbares Totengräberhandwerk. 1830 ward die erste Bresche geschossen, 1848 die zweite, 1850 die dritte. 1853 in Warschau war der letzte Moment, um sie wieder auszuflicken und widerstandsfähig zu machen — die Architekten entbehrten einer höheren Auffassung, die moralische Kraft fehlte obenein. So brach 1854 das Ganze zusammen. Hin ist hin! Nehmen wir die noch vorhandenen Bausteine und richten wir damit ein neues Gebäude auf, denn mit dem alten ist es nichts mehr. In Preußen fehlt es an der energischen Persönlichkeit, in Wien am Willen, hier sagt man in sich zurückgezogen: George Dandin, tu l'as voulu, und das nicht mit Unrecht.

Man soll hier gemäßigt bleiben, wenn Buol den Kaiser F. J. auch noch zu zehn falschen diplomatischen Schritten verleitet! — Sehr gut! Diplomatische falsche Schritte binden den Kaiser F. J. aber und ändern wesentlich an der Position. Erheischt diese dann die militärischen Konsequenzen der diplomatischen Fehler, dann ist man abermals auf dem Punkte angekommen, wo hier Konzessionen gemacht werden sollen. — Das rettet Oesterreich nicht, es muß erst in der Patsche sitzen, man muß es fallen lassen, daß die Wellen über ihm zusammenschlagen, dann erst wird es wieder zur Besinnung kommen. Alles mit Liebe führt uns nicht zum Ende.

Wenn Preußen seit der von Dir gebrachten russischen Antwort so viel geleistet hat, in Wien, in Frankfurt, gegen die Westmächte, wenn man hier nicht weiß, was der König dem Kaiser F. J. geschrieben, und wie die Westmächte gedroht haben usw. — warum wird denn das hier nicht geltend gemacht? Das

Digitized by Google

Berliner Kabinett glänzt doch sonst nicht durch Bescheidenheit, und warum basiert man nicht auch darauf Befürwortungen und Forderungen, wenn diese Punkte doch so ins Gewicht fallend sind, wie Du sie mir darstellst? —

Die Bestellung des Königs an den Kaiser habe ich diesem vorgelesen — ich schrieb darüber bereits gestern an Gerlach und wiederhole es hier für den Fall, daß Dir jener Brief nicht zu Gesicht kommen sollte.

Der Kaiser nahm die Sache gut auf, ebenso wie meine dringenden Bitten, die Schwierigkeiten doch ja nicht übersehen zu wollen, die Preußen aus einem Bruch mit England erwachsen müßten. Ich wies auf die Jugend des Kaisers und daher Vernachlässigung der Geschäfte usw. hin. Dies machte Eindruck und erweckte den Ausspruch: „Nun dann ist ja Hoffnung, daß es gelegentlich wieder besser wird."

Von dem Vereinigtbleiben der drei nordischen Mächte wollte der Kaiser nichts hören und sagte mir: „Der König schreibt mir auch vom Kaiser ‚il vous rendra son amitié'. — Bien merci je n'en veux plus, je n'ai plus besoin d'un cadeau pareil. Nous sommes maintenant à deux, à moins que l'Empereur ne revienne à nos principes — usw. Dazu aber ist wenig Aussicht, und da hoffe ich immer noch, daß im äußersten Fall mein Freund Lindheim und der alte Ziethen in meiner rechten Flanke aufmarschieren werden."

Du begreifst, daß ich diese Richtung der Unterhaltung fallen lassen mußte, denn sonst hätte die Phantasie und Rache uns wer weiß wohin geführt.

Der Kanzler war sehr entzückt von Deinem Briefe — gib dem Mann noch zehn Jahre Leben und nimm dann den hiesigen Gesandtenposten.

Nochmals meinen besten Dank für Deinen langen, interessanten Brief. Sei nicht empfindlich, wenn ich nicht überall Deiner Ansicht sein und nicht Dein Vertrauen teilen konnte. Ich leide selbst genug darunter und habe deshalb hier doppelt schwere Tage. Ich sehne mich nach einfacheren Verhältnissen.

Du sagst gar nichts von Deiner Gesundheit, so geht es Dir hoffentlich gut. — Grüße Frau und Kind. Ich bin sehr beleidigt, daß Hans Carl mir auf meinen Brief nicht geantwortet hat.

Wie immer Dein

Nachschrift

Berta und Elise sind wohl.

Der Marsch der Garden ist sehr albern und hauptsächlich Schuld des Thronfolgers. Kanzler, Kriegsminister konnten es nicht hindern, Liewen war weggeschickt. Uebrigens ist das Ganze nichts als Bereitschaftswut, weiter nichts.

*

Es seien hier aus Gerlachs Denkwürdigkeiten[1]) Bruchstücke von Briefen des Grafen Münster an den König vom 24. und 28. September 1854 ein-

[1]) Bd. II S. 217 ff.

Digitized by Google

geschaltet, die im Zusammenhange mit den in der Manteuffel-Korrespondenz berührten Fragen stehen.

Am 6. Oktober notiert Gerlach:

„Der Kaiser von Rußland sagte, nach einem Briefe von Münster vom 24. September, also vor der Nachricht von der Schlacht an der Alma:

Nach den Erfahrungen, die ich im Laufe des letzten Jahres gemacht habe, bin ich der Ueberzeugung, daß ich dem Kaiser von Oesterreich nicht mehr helfen kann, weil er sich nicht helfen lassen will. Mein Herz leidet nicht mehr, seitdem ich weiß, daß ich meine Liebe, meine Freundschaft und meine Hilfe weggeworfen habe. Eine Herstellung der heiligen Allianz ist unmöglich ci moins qu'un miracle se fasse. Der Kaiser Alexander gründete sie auf den Boden des Christentums, der Kaiser von Oesterreich steht nicht mehr auf diesem Boden. Mit dem Könige bin ich bereit, durch dick und dünn zu gehen, wenn er es will. Wir sind stark genug, den Freunden des Halbmonds zu widerstehen, und mit Gottes Hilfe würden wir den Sieg davontragen. Meine Schuld ist es wahrlich nicht, daß die alte Allianz sich nach und nach gelockert und daß sie jetzt auseinandergefallen ist. Ich habe an dem Prinzip der Legitimität nicht gerüttelt, der Volkssouveränität auch nicht gehuldigt. Kommen jetzt wieder revolutionäre Bewegungen zum Vorschein, so bedauert das niemand mehr als ich. Ich habe dem Fürsten Gortschakow befohlen, die Posten an der Grenze schießen zu lassen, wo sich Türken zeigen, aber präsentieren zu lassen, wo sich Oesterreicher zeigen usw." Dann über die Räumung der Fürstentümer, daß dies in Voraussetzung geschehen, Oesterreich würde sich vor die Türken stellen. „Ja, allerdings ist der Krieg entstanden zur Sicherung der Lage der Christen. Für den Glauben habe ich mein Volk aufgerufen, für den Glauben sind meine Armeen marschiert, das soll auch der König festhalten und vor allem von mir nie Friedensbedingungen begehren, die dem widerstreiten, was ich für den Glauben verlangt habe. Ich habe bereits Opfer gebracht, und schwere Schläge können mich treffen, davon aber kann ich nicht abgehen, denn das bin ich dem Volk schuldig, das mit einer wahrhaft christlichen und imposanten Hingebung zu mir steht."

Eine andre Notiz Gerlachs vom 5. Oktober lautet:

„Heut mittag ein Brief von Münster an den König vom 28. September. Der Kaiser hat zu ihm gesagt:

Ich habe Ihnen heute sehr traurige Nachrichten zur Mitteilung an den König zu geben. Ich muß nach allem, was ich höre — detaillierte Berichte habe ich nicht, da die Kommunikation nicht mehr sicher, ja zurzeit vielleicht bereits ganz abgeschnitten ist — den Fürsten Mentschikow in dem Gefecht an der Alma am 20. August als geschlagen betrachten. Er erwartete den Angriff auf Zentrum und rechten Flügel und hatte deshalb den linken Flügel nicht allein zu weit vorgeschoben, sondern auch wohl nicht auf die Mitwirkung der feindlichen Flotte gehörig gerechnet. Der Fürst ward mit sehr überlegenen

Digitized by Google

Kräften angegriffen, sein linker Flügel litt sehr von dem Feuer der Flotte, so trat er den Rückzug an und glaubte unter den obwaltenden Umständen bis Sebastopol keine haltbare Stellung mehr zu haben. So zog sich Mentschikow über die Katscha des Belbeck durch das Tal von Inkerman um die Meeresbucht auf Sebastopol zurück und stellte sich rechts davon hinter dem Abschnitt von Inkerman und hinter der Bucht auf. Auf der nördlichen Seite blieb eine Arrieregarde unter Fürst Peter Gortschakow zurück. Gelingt es nicht, den Feind vom nördlichen Ufer der Bucht abzuhalten, was ich nicht hoffen kann, wenn mir auch Mentschikow schreibt, er glaube in einigen Tagen wieder zur Offensive übergehen zu können, so ist meine Flotte unbedingt und Sebastopol wahrscheinlich auch verloren. Es kann sich daran füglich der Verlust der ganzen Krim anreihen, wenn es so Gottes Wille ist, all' das Unglück über mich zu verhängen. Sagen Sie aber dem Könige, daß dies alles und selbst noch weit größere Verluste mich nicht schwach finden werden und daß ich deshalb auch nicht um das Geringste von dem abweichen werde, was ich für den Frieden verlangt habe und verlangen muß. Verliere ich die Flotte und Sebastopol, worauf ich ganz vorbereitet bin, so bin ich auch ganz darauf gefaßt, daß Oesterreich, von meiner Lage profitierend, mir den Coup de pied de l'âne versetzen wird, da ich aus Bessarabien natürlich Truppen wegnehmen muß, um die Krim wieder zu nehmen, falls die Feinde dort etwa bleiben wollten. Sagen Sie dem König, daß ich auf ihn rechne, daß er Oesterreich wenigstens von dieser Infamie abhalten würde. Von einer Allianz der drei Mächte ist leider nicht mehr die Rede, hoffentlich läßt mich aber der König hierbei nicht im Stich und hält mir Oesterreich vom Leibe."

Und schließlich zeichnet Gerlach am 10. November 1854 auf:

„Ein Brief von Münster, den ich bei meiner Rückkehr von Berlin 9 Uhr morgens hier fand, hat mich ganz melancholisch gemacht. Der König schreibt an Werther: „Einem Angriff Oesterreichs, Englands und Frankreichs widerstehen zu wollen, wäre Tollheit, und jeder gewissenhafte Regent muß sich da fragen: Warum? Das Minimum, was ich in diesem Fall tun könnte, wäre les dehors d'une brouille avec la Russie, Abberufung der Gesandten, Grenzsperre usw." Der Kaiser hat darauf geantwortet: „Wenn der König schon von einer brouille mit mir spricht, so wird er auch dabei nicht stehen bleiben, sondern mir auch den Krieg machen." (Das ist aber nicht richtig.) „Ich hatte gehofft, wir würden zusammenstehen oder fallen wie 1813 und 1814. Wie mein Bruder damals würde ich auch jetzt gehandelt haben, und ich bin überzeugt, wir würden stark genug sein. Wenn aber der König anders denkt, und wenn ihm spezielle Verluste und die Kriegskalamität höher gehen als die Unabhängigkeit und die Ehre Preußens, so habe ich darüber kein Urteil weiter, weil darin bereits meines Erachtens eine Art von Abdikation als unabhängiger Staat liegt. Für mich ist es aber ein tiefer Schmerz und, ich verhehle es nicht, ein neues Unglück." Münster hat diese Reden des Kaisers ohne eigne Ueber-

Digitized by Google

zeugung widerlegt und appelliert von der Staatsklugheit an das gute Gewissen, das gute Recht und den alten Gott. Die Kaiserin war auch sehr betrübt und außerdem unwohl. Aus einem vertraulichen Zettel Münsters erfahre ich noch, daß von einer Entrevue des Königs mit Bonaparte die Rede gewesen. „Der Ministerpräsident schreibt an Werther, daß Nr. 3 vielerlei Demarchen mache, um eine Zusammenkunft mit dem Könige zu haben. Der König wolle nicht, er halte es aber doch des Bedenkens wert, weil dadurch England argwöhnisch und Oesterreich ängstlich werden würde, wenn es dies erlebe, und wenn man aus diesen Stimmungen dann dem Frieden vielleicht nähertreten könnte." Münster ist prinzipiell gegen eine solche Zusammenkunft, hält sie aber doch relativ für gut, wenn sie das englisch-französische Bündnis sprengt. Ich lief diesen Brief in den wenigen Minuten durch, die mir bis zum Vortrage blieben . . . und kam noch vor 10 Uhr in dem Grünen Zimmer zum Vortrage. Ich las Münsters Briefe fast ganz vor und sprach mich offen aus über die Unmöglichkeit der französischen Allianz und über Manteuffels Bonapartismus. Der König schalt auf die russische Politik als hochmütig einerseits und zur unrechten Zeit nachgiebig auf der andern Seite, sagte, der Kaiser Nikolaus müsse sich direkt an Oesterreich wenden, entgegnete mir aber, die Antwort auf sein „Warum?" in dem Briefe an Werther sei die: Wenn man ihn zu einem Kriege zwingen wolle. Von der Zusammenkunft mit Bonaparte habe er nur obiter gehört. Ich bat um Vollmacht, dies, wie Seine Majestät es gesagt, nach Petersburg schreiben zu dürfen, die ich erhielt. Nun meldete ich sofort an Münster diese beiden Aeußerungen des Königs, d. h. die über das „Warum" und die über die Zusammenkunft mit Bonaparte. „Es ist kein Glück, wenn es Rußland und Preußen gelingt, Bonaparte von der englischen Allianz zu trennen," schrieb ich, „das führt zur Allianz mit Rußland, und die russisch-französische Allianz ist schlimmer als die englisch-französische." . . . Von Münster kam noch ein Brief vom 4. November, daß die vier Punkte als objets de negotiation angenommen wären, obschon er, Münster, nachdem man gesagt, sie seien inadmissibles pour notre honneur, diese Nachgiebigkeit jetzt nicht für möglich gehalten hätte. Ich schrieb an Münster nun noch einen dritten Brief . . . Als ich den letzten Brief von Münster inklusive einem militärischen Bericht Seiner Majestät vorlas, bemerkten Sie, Münsters Politik wäre eine Wachtparadenpolitik, worauf ich, daß die Wachtparadenpolitik schon öfter viel besser als die Diplomatenpolitik gewesen sei, und daß ich diese Politik im gegebenen Falle teilte. Ich schrieb noch an Münster, die Nachricht, die der Kaiser Nikolaus über die Zusammenkunft des Königs mit Nr. 3 aus Frankfurt hätte, beruhte gewiß auf Bismarcks Reden, womit er Oesterreich schrecken wollte, nannte aber Bismarck nicht. Dann sprach ich auch mein Bedauern aus, daß selbst der Kaiser eine Zusammenkunft mit Bonaparte für möglich hielte."

Soweit die Aufzeichnungen Gerlachs.

*

Digitized by Google

Gatschina, den 30. Dezember 1854.

Herzlichen Dank für Deine Zeilen nebst Glückwunsch zum neuen Jahre, den wir hiermit bestens erwidern. Berta dankt sehr für das Buch. Elise hat Deinen Brief auch erhalten und ist wohl.

Es tut mir leid, daß Du mir nicht ausführlicher schreiben konntest; auch von Gerlach und Niebuhr hörte ich seit den letzten Begebenheiten nichts, und der offizielle Verkehr des Ministeriums mit der Gesandtschaft ist eben nicht erhebend. Der Schriftwechsel mit Berlin hat von dort aus insofern einen traurigen Charakter angenommen, daß man hauptsächlich Depeschen schreibt, um sich damit den Rücken gegen die Westmächte zu decken, indem man sie drucken läßt. Die Politik ist auf diese Weise nur noch dem Namen nach ein Verkehr zwischen den Kabinetten, während dem Wesen nach die Depeschen für das Publikum und für die Kabinette geschrieben werden, an die sie eben nicht gerichtet sind. Das ist recht kleinlich.

Man schreibt von hier, man nähme die vier Punkte hauptsächlich an, um einen Bruch in Deutschland zu vermeiden. Das nahm man in Berlin entsetzlich übel, fand es kompromittierend, remonstrierte dagegen hierher und ließ es drucken. Gut! Preußen verlangt immer, man solle sich hier doch nur in seine Lage denken usw. Hat denn Rußland nicht seinem Volke gegenüber auch nötig, Motive aufzustellen, wenn es das annimmt, was es vorher als „inadmissible pour son honneur" bezeichnete? Warum setzt man sich nun nicht auch einmal in seine Lage? — Bald darauf schreibt man von hier eine sehr anerkennende dankende Depesche nach Berlin und beansprucht des Königs Unterstützung in den Konferenzen in einer für Rußland annehmbaren Interpretation der vier Punkte. Auch diese Depesche mit ihrem verbindlichen Inhalt weist man zurück, und dürfte die Antwort wohl auch nächstens in den Zeitungen stehen. Die russische Depesche war derart, daß der Ministerpräsident sie gar nicht in die Kanzleien zu geben brauchte, wenn er, leider mit Recht, deren Indiskretionen fürchtete. Genug, man scheint in Berlin nicht vertragen zu können, daß man von hier aus Preußen anders und anerkennender behandelt als die drei andern Mächte und namentlich als Oesterreich, während man sich hier doch sagen muß, daß Preußen sich doch wesentlich anders gegen Rußland benommen hat, man mit ihm also auch auf einem anderen Fuße steht als mit Oesterreich. Die Depesche an Bernstorff und Hatzfeldt, durch die man den Beitritt zum Vertrage vom 2. Dezember[1]) ablehnt, wirst Du selbst gelesen haben. Auch die Piece ist feindlich gegen hier gehalten und mindestens nichts weniger als neutral. Man fährt fort, sich trotz allem mit den Westmächten zu assoziieren, Hand in Hand zu gehen. Behufs Erreichung des Friedens spricht man von „Position menaçante de la

[1]) Am 2. Dezember 1854 hatte Oesterreich (ohne Vorwissen Preußens) mit den Westmächten einen Vertrag geschlossen, der hauptsächlich ein Schutz- und Trutzbündnis für den Fall, daß Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Rußland ausbrechen sollten, darstellte. Preußen lehnte den ihm von den drei Mächten angebotenen Beitritt zu diesem Vertrage am 19. Dezember ab.

Digitized by Google

Russie", während Oesterreich mehr als 200000 Mann an seinen Grenzen anhäufte. Genug, man ist und bleibt nichts weniger als neutral, trotzdem Rußland alles und weit mehr getan, als was wir von ihm verlangten.

Hier nun ist man ungemein friedlich und wird auf alles eingehen, was irgend möglich ist, doch auf keine Gebietsverringerung, auf keine Limitierung der Macht, wo es auch sei, und auf keine Kriegskostenzahlung. — Nach Gortschakows Meldung ist Frankreich traitabler als England; ist das wahr, so ist es vielleicht möglich, die Allianz zu sprengen?

So liegt die Sache hier in diesem Augenblick. Vor Preußens Schritten ist man natürlich sehr besorgt, namentlich wenn es Agenten wie Usedom braucht; auch verhehlt man sich nicht, daß mit Preußen auch Schweden ins feindliche Lager gehen würde.

Unsre Lage finde ich recht ernst, aber nicht gefährlich, weil ich überzeugt bin, daß man unsre sogenannte Neutralität respektieren wird, wenn wir das nur mit Nachdruck und dem Degen in der Hand verlangen. Gehörte ich zu den Räten des Königs, so würde ich der Meinung gewesen sein, nach dem 2. Dezember den Aprilvertrag usw. als gelöst zu betrachten und Oesterreich anzukündigen, daß das erste Blockadeschiff vor den Ostseehäfen für Oesterreich, seitens Preußens, ein Casus belli sein würde.

Es geht mir wieder besser als zu der Zeit, wo ich Dir das letztemal schrieb, weil ich meine Rechnung gemacht habe. Meine Schiffe betrachte ich als verbrannt, doch fechte ich weiter, solange ich nur noch den schlüpfrigen hiesigen Boden unter den Füßen habe. Hättest Du des Königs Briefe an W. mit dem „Minimum", was er tun könne, falls England, Frankreich und Oesterreich gegen ihn aufträten, gelesen, sowie Deines Vetters Privatbriefe an W., kenntest Du die Indisziplin und Verräterei im Auswärtigen Ministerium, wolltest Du Dich erinnern, was der König mich hier nach und nach sagen hieß, was Du mir selbst in Deinem von ihm sanktionierten Briefe schriebst, und dagegen halten, was bisher geschehen ist, so würdest Du mich auch begreifen.

„Werther ist gut." — Werther ist es nicht, weil er kurzsichtig und fremdem Urteil, bei eigner Ueberhebung, doch zu zugänglich ist, wo er es gerade aus einem klugen Kopfe entsprungen wähnt. — Mit der Kaiserin geht es langsam besser, doch sind wir wohl noch nicht über den Berg. Gott unterstütze Dich in Wien!

Wie immer Dein

(Nachschrift.) Das vorgestern publizierte Manifest fiel in einen ungünstigen Moment. Es sollte die Nation auf eine bloße Defensive und auf einen mindestens nicht glänzenden Frieden vorbereiten. Der Feind wird es anders ausbeuten, darum war es dumm, es jetzt loszulassen, da man vielleicht bald wieder eins geben muß.

*

Aus dem Jahre 1855, dem Todesjahre des Kaisers Nikolaus, sind Briefe Münsters an Manteuffel nicht vorhanden, aus dem Jahre 1856 auch nur der nachfolgende.

Digitized by Google

Petersburg, den 30. Juli 1856.

Du willst meine Ansicht über den Ersatz in meiner hiesigen Stellung hören. Ich kann nur darauf zurückkommen, was ich stets behauptet habe, daß mir unter den obwaltenden Verhältnissen der Major Freiherr v. Bergh als der geeignetste Offizier für hier erscheint, wenn es sich darum handelt, gute Berichte über die Armee, innere Zustände, über den Hof, wie er öffentlich erscheint und was er hinter den Kulissen treibt, zu haben.

Handelt es sich mehr darum, den Kaiser im Lauf des Winters auf einige Jagden zu begleiten, mit ihm zu spielen, Witze an der Tafel zu machen und mit den Leuten hier zu kneipen, so mag General v. R. wohl an seinem Platze sein. Nie aber wird er so mühsam und zuverlässig in den Nachrichten sein, die er gibt, eben weil es anfänglich mühsam ist und man sich manchen Gang, manche langweilige Bekanntschaft, manche Höflichkeit, Gefälligkeit, Kommission im Auslande usw. nicht darf verdrießen lassen.

Bergh wird nie etwas verderben, R. aber sehr leicht, Bergh wird mehr erfahren. Dazu kennt Bergh die russische Armee sehr genau in ihrer Organisation usw. und viele Leute hier — R. weiß nichts und kennt wohl niemand. Bergh weiß mehr von den beiden Höfen, namentlich auch aus früherer Zeit als R., kann also auch mehr Auskunft an die Kaiserin-Mutter und den Kaiser geben. R. wird vielleicht amüsieren, wenn er nicht fatiguiert — Bergh wird man langweilig finden, er wird sich aber nützlich machen durch allerhand literarische und künstlerische Kenntnisse, Bilder-, Bücherbesorgen, bestellen, proponieren usw. Dazu steht er gut mit Werther und dürfte von Budberg und Benkendorff als Russenfreund empfohlen werden. —

Notwendig ist unbedingt die Kenntnis der französischen Sprache in Rede und Schrift, da die schriftlichen Geschäfte in den letzten Jahren mit dem Kriegsminister und Graf Adlerberg sehr zugenommen haben.

Im allgemeinen ist die Stellung nicht mehr das, was sie war, wird es auch nie wieder werden und mit meinem Abtritt noch weniger intim sein, als sie es durch die Persönlichkeit dieses Kaisers ohnehin bereits geworden ist. Außer bei Revuen sieht man ihn sehr selten, und wenn er einladet, so ist es ihm kaum angenehm — bequem gewiß nicht; es ist also ziemlich gleichgültig, ob der Eingeladene etwas mehr oder weniger unterhaltend ist, wesentlich aber, wenn er nicht geläufig französisch spricht.

Genug, ich würde Bergh hersenden und bedauere, daß er nicht zu dem Gefolge des Prinzen[1]) gehört, damit ich ihn hier gleich hätte bekannt machen und introduzieren können, wenn auch nur unter der Hand. Vielleicht könnte er noch mitkommen, da es nun wohl nicht mehr darauf ankommt, ob noch einer mehr auftritt. Vielleicht könnte er als Adjutant bei Graf Redern fungieren, da ich zu meiner Verwunderung aus der Liste ersehen habe, daß weder Redern

[1]) Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen stattete im Sommer 1856 dem Zarenhofe einen Besuch ab.

Digitized by Google

seine Tochter, noch Plötz seine Mutter mitbringt, die ja obenein eine Schwester des hiesigen Polizeiministers ist.

Wie kommt es nur, daß nicht auch der Hofrat Louis Schneider bei dieser preußisch-polnisch-napoleonischen Gesandtschaft ist?

Was meine Abberufung anbelangt, so hoffe ich, daß ich dieselbe hier zuerst erfahren werde oder noch besser der Kaiser zuerst. Daß nur keine Nachrichten seitens der russischen Gesandtschaft oder Schneiders durch Briefe oder den Telegraphen hier vorher anlangen. Jetzt kann die Bombe überhaupt bald platzen. Der Kaiser bleibt bis 15. September in Moskau — geht dann nach Kiew, das würde für mich wohl der Moment des Abschiedes sein, ich würde dann etwa Mitte Oktober in Berlin sein können, also am 1. Oktober noch hier auf meinem Posten sein. Dies wegen der Geldfrage.

Daß der König in dem bezüglichen Briefe an den Kaiser ganz auf „Sich-bewogen-finden" bezug nimmt, ist recht gut, weil es königlich-preußisch ist. Hoffentlich bleibt es dabei und kommt weiter kein Annex dazu.

Wie steht le jeune Hohenzollern zum König? Rechnet er als Cousin du Roi? Es wird das bei etwaigen Ordensverleihungen Schwierigkeiten machen, da man dergleichen Princillons hier nicht als solche, sondern wie in Oesterreich als Leutnants behandelt, und namentlich Anton Radziwill nicht anders behandelt werden würde. Besser ist es bestimmt, wenn er ohne preußischen Orden hierher kommt. Mache Moltke vorher doch ja zum General — es ist meinetwegen besser, auch ist er nah heran, sonst habe ich stets den Rang vor ihm. Das wäre nicht gut und gar nicht nötig, könnte ihn auch verdrießen. In bezug auf den Ersatz für Benkendorff schwankt der Kaiser noch; doch ist nur von Personen aus der Suite die Rede, ich denke, es wird Nikolaus Adlerberg, der Mann der Krüdener, werden. Sollte letzterer auch etwa von den Majestäten nicht beliebt werden, so gebe ich zu bedenken, daß zurzeit hier niemand so en faveur ist als die Familie Adlerberg, daß die Adlerberg-Krüdener und dann auch ihr Mann die Berliner Stelle wünschen. Man würde also in ein Wespennest stechen, wenn man diese Wahl verwirken wollte, obschon sie mir nicht gefallen will. Ich würde Oberst Graf Alexander Stroganow vorgezogen haben. Auch von ihm ist die Rede, sogar von Emil Wittgenstein, doch sind das alles Geheimnisse. — Ganz gesund bin ich noch immer nicht. —

*

Am 18. September 1856 wurde Graf Münster seiner Stellung als Militärbevollmächtigter enthoben und zum Kommandeur des Regiments Gardedukorps ernannt. Ueber seinen Abgang aus Petersburg heißt es in einem Briefe (Potsdam, 11. Dezember 1856) an Manteuffel:

Mein Abzug aus Rußland war schwerer und peinlicher, als ich es mir gedacht, weil ich vielfach auf mehr Wohlwollen und Anhänglichkeit stieß, als ich erwartet hatte, namentlich bei Personen, wo ich am wenigsten darauf

Digitized by Google

gerechnet. Der Kaiser selbst war gut, teilnehmend und sichtlich schmerzlich durch meinen Abgang berührt — er, wie namentlich die Adlerberge und Dolgorucki wenig befriedigt von meinem Nachfolger. Ob sich das mit der Zeit besser machen wird, weiß ich nicht, doch glaube ich es kaum, da R. hier wie dort zuviel von seinem Verdruß über diese Sendung spricht...

Einige Bemerkungen zu den Wirren auf der Balkanhalbinsel

Von einem österreichischen Staatsmann a. D.

An einem der ersten Februartage des Jahres 1904 hatte der japanische Minister des Aeußern Baron Komura den russischen Gesandten in Tokio, Herrn v. Rosin, zu sich bitten lassen, um ihm mitzuteilen, daß die Regierung, in Erkenntnis der Fruchtlosigkeit weiterer Verhandlungen über die damals zwischen beiden Staaten schwebende Streitfrage wegen Korea, beschlossen habe, weiterhin nach freiem Ermessen vorzugehen und die diplomatischen Beziehungen mit dem Zarenhof abzubrechen; der japanische Vertreter in Petersburg sei beauftragt, in derselben Stunde, unter Berücksichtigung des Zeitunterschiedes, dem Grafen Lamsdorff gegenüber die gleiche Erklärung abzugeben und sohin seinen Posten zu verlassen.

Monatelange Verhandlungen waren diesem entscheidenden Schritt vorausgegangen. Während die offiziellen Kreise in Petersburg einem billigen Vergleich mit Japan augenscheinlich zuneigten, machte sich neben oder über der Regierung der Einfluß unverantwortlicher, im Hintergrund wirkender Persönlichkeiten geltend, die, sei es von Ehrgeiz und Machtdünkel, sei es von eigennützigen Absichten mißleitet, Politik auf eigne Faust trieben und den Absichten der Regierung entgegenarbeiteten. Diese Zwiespältigkeit äußerte sich in der russischerseits angewendeten Methode bei den mit Japan geführten Verhandlungen; bald sollten sie in Petersburg, bald wieder in Port Arthur bei dem dort residierenden Generalgouverneur des „fernen Ostens", Admiral Alexejew, stattfinden; die Instruktionen der russischen Vertreter waren häufig widerspruchsvoll und verzögerten sich, so sehr Japan auch drängte, über Gebühr, wenn sie nicht ganz ausblieben. So geschah es, daß die Regierung des Mikado das Spiel endlich satt bekam und sich entschloß, das, was sie mit der Feder nicht erreicht hatte, durch das Schwert zu erkämpfen.

In der ernsten Lage, der Europa infolge der bisherigen Entwicklung der Balkankrise preisgegeben ist, drängt sich die Erinnerung an die Umtriebe auf, welche vor neun Jahren den Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges mitverschuldet hatten. Denn wenn auch die gegenwärtig auftretenden Faktoren ebenso wie die politischen Ziele gewechselt haben, so ist doch eine gewisse Analogie

Digitized by Google

der von gewissen russischen Faktoren jetzt befolgten Taktik mit der damaligen nicht zu verkennen. Wieder macht sich der Einfluß außenstehender Kreise auf die offizielle Geschäftsführung deutlich geltend, wieder sehen wir das amtliche Rußland in entscheidenden Momenten zögern, wo rasches Handeln die auftauchenden Schwierigkeiten leicht im Keim erstickt hätte, wieder haben wir bis zum Ueberdruß von der Anwendung kleinlicher Verlegenheitsmittel, wie Ausbleiben der Instruktionen u. dgl. m., zu hören.

Die nächsten Tage oder Stunden können für die Geschicke Oesterreich-Ungarns von historischer Bedeutung sein. Unser sehnlicher Wunsch, daß die Balkankrise sich nicht zu noch weit größeren Komplikationen erweitere, darf und wird uns nicht abhalten, diese ruhig an uns herantreten zu lassen und ihnen, wenn es sein muß, mit männlicher Entschlossenheit ins Auge zu blicken.

Angesichts der Opfer, welche die Monarchie seit Beginn der Krise im Interesse des Friedens schon gebracht, der wiederholten Herausforderungen, die sie mit äußerster Geduld ertragen hat, fällt es dem Oesterreicher, der sein Vaterland trotzdem im Begriff sieht, in den Wirbel des Balkankriegs hineingezogen zu werden, schwer, ruhiges Blut zu bewahren; dennoch mögen in aller Objektivität und ohne Voreingenommenheit die Verhältnisse in Betracht gezogen werden, welche die in Europa jetzt vorwaltende Beunruhigung herbeigeführt haben.

Die weltgeschichtlichen Ereignisse seit dem Ausbruch der Balkankrise spielten sich für den Außenstehenden und wohl auch für so manchen zünftigen Politiker als eine Serie von Ueberraschungen ab.

Zunächst gilt dies schon von dem unmittelbaren Ausgangspunkt jener Wirren, dem Abschluß einer Offensivallianz der vier christlichen Balkanstaaten gegen die Türkei. Im gegenseitigen Verhältnis Bulgariens, Serbiens, Griechenlands und Montenegros war, nach deren Entwicklungsgeschichte, das trennende Moment stets mehr hervorgetreten als das einigende. Die mit den Namen Slivnica und Pirot verknüpften Erinnerungen schienen, was die serbisch-bulgarischen Beziehungen betrifft, zu frisch, die nationalen, konfessionellen und dynastischen Rivalitäten, welche die Beziehungen der vier Königreiche so häufig verbittert hatten, zu tief gewurzelt, als daß die Ueberbrückung dieser Gegensätze oder gar das Zustandekommen eines Bündnisses in Kombination zu ziehen gewesen wären.

Völlig unerwartet, wie dies von berufenster Stelle im deutschen Reichstag offen zugestanden ward, kamen dann die rasch aufeinanderfolgenden Niederlagen der türkischen Feldarmeen, welche, statt wie allgemein geglaubt wurde, ihren Gegnern mindestens gewachsen zu sein, ihnen nirgends standhalten konnten; das Zusammenbrechen fast des ganzen europäischen Besitzes der Türkei war militärisch schon nach den ersten Wochen des Feldzuges als besiegelt anzusehen.

Mag die Schaffung der Tripelentente, dieser als Gegengewicht gegenüber dem Dreibund gedachten politischen Konzeption König Eduards, auf andern Gebieten die Erwartungen ihrer Teilnehmer erfüllt haben, so erwies sich die

Digitized by Google

Gruppierung der Großmächte in zwei Lager, und die aus deren Meinungsverschiedenheiten und gegenseitigem Mißtrauen resultierenden Aktionsunfähigkeit im Verlauf der jetzigen Umwälzungen auf der Balkanhalbinsel als höchst unheilvoll, insofern auch die gewaltigen Machtmittel der Großstaaten nicht verhindern konnten, daß die Autorität des europäischen Konzerts sukzessive immer weiter sank. Ein energischer Einspruch der Mächte hätte den Ausbruch des Kriegs überhaupt unmöglich gemacht; sie begnügten sich aber bei Beginn der Feindseligkeiten, den kriegführenden Parteien zu verkünden, daß, wie immer das Ergebnis des Kampfes auch sein möge, der territoriale Statusquo unverändert bleiben werde: demungeachtet genügten schon die ersten Erfolge der Verbündeten den Großstaaten, um dieses Prinzip fallen zu lassen, und als die Türken, bis hinter die Linien von Tschataldscha und in die Festungen Adrianopel, Janina und Skutari zurückgedrängt, die Mediation der Mächte erbaten, stellten diese noch das Verlangen, die Pforte möge auf das tapfer verteidigte thrazische Bollwerk zugunsten der Bulgaren Verzicht leisten. Nach Ablauf des Waffenstillstandes wurde auch diese Festung, ebenso wie Janina, von den Verbündeten erobert; was die seit sechs Monaten belagerte Stadt Skutari betrifft, lag ein einstimmig gefaßter, durch die internationale Flottendemonstration bekräftigter Beschluß der Großstaaten vor, demzufolge diese Stadt dem Gebiet zugewiesen wurde, dem sie nach ihrer Lage und der Nationalität ihrer Einwohnerschaft angehört, nämlich dem neu zu schaffenden Staat Albanien. Anderseits zeigte sich Bulgarien geneigt, den Einspruch der Mächte gegen das bulgarische Vordringen an die Küste des Marmarameeres zu berücksichtigen. So schien also das Feuer des verheerenden Kriegszuges, in sich zusammengebrannt, im Begriffe zu erlöschen, der endliche Friedensschluß in greifbare Nähe gerückt.

Da ergab sich nun als neue, die ganze Situation in bedenklicher Weise komplizierende Ueberraschung, die Besitzergreifung von Skutari durch die montenegrinischen Truppen auf Grund einer durch politische Machenschaften herbeigeführten Kapitulation, ein Akt, der enthusiastische Freudenausbrüche in panslawistischen Kreisen hervorrief und an dem König Nikolaus trotz des vorausgegangenen Einspruchs der Mächte festzuhalten entschlossen scheint. Wie hoch immer der Wagemut und die Eroberungslust des Herrn der Schwarzen Berge eingeschätzt werden mag, so ist er doch ein zu erfahrener, der Geringfügigkeit seiner Machtmittel zu genau bewußter Politiker, als daß er, diese allein in Berechnung ziehend, es wagen könnte, dem Willen Europas Trotz zu bieten. Er weiß aber — und wüßte er es nicht, so müßte ihn der Verlauf der Balkankrise darüber belehren —, daß die Einigkeit der Mächte sich bisher in äußerem Formelkram erschöpft und sich daher ungeeignet erwiesen hat, selbst einem so kleinen Land wie Montenegro gegenüber mit Autorität aufzutreten. Ueberdies umschmeicheln ihn die Stimmen panslawistischer Agitatoren, denen der in der Pose eines Helden sich gefallende Herrscher natürlich lieber sein Ohr leiht als den zur Mäßigung ratenden großmächtlichen Vertretern, soweit sie überhaupt eine einheitliche Sprache führen.

Digitized by Google

Von einer durch die Balkanwirren veranlaßten allgemeinen wirtschaftlichen Depression heimgesucht, sieht der Bürger der Monarchie deren südliche Nachbarn — in Serbien ist die Stimmung für uns nicht anders als in Montenegro — von Feindseligkeit gegen Oesterreich-Ungarn erfüllt, und vielleicht ist der Moment nahe, wo unser ehrwürdiger, als Friedensfürst bewährter Herrscher sich zu dem Opfer entschließen muß, die Wehrmacht des Reiches für die Verteidigung des Ansehens und der Lebensinteressen des Vaterlandes aufzubieten. Zu lange Zeit schon wurde auf unsre schier unerschöpfliche Geduld gesündigt, als daß nicht jetzt endlich die Entrüstung gegen unsre offenen wie versteckten Widersacher in allen Gauen des weiten Reiches mit elementarer Gewalt aufschäumte, dem Ruf zu den Waffen nicht allgemein bereitwilligst Folge geleistet werden würde.

Die Donaumonarchie hat sich weit gewaltigerer Gegner zu erwehren gewußt, als es jene sind, die heute an den Reichsgrenzen lauern, und der Ausgang eines uns aufgenötigten Waffenganges, so beklagenswert er an sich auch wäre, bietet keinerlei Anlaß zu bangem Zweifel. Indessen über diesen die Gegenwart beherrschenden Gesichtspunkt hinaus lenken wir den Blick auf die Zukunft unsers Verhältnisses zu Montenegro und Serbien; das Oderint dum metuant soll diesen Ländern gegenüber nur dann unsre Devise sein, wenn sie uns aufgezwungen wird. Die verbissenen Gegner von heute mögen erkennen, daß das Kraftbewußtsein der Monarchie sie ebenso wie zur siegreichen Abwehr aller gegen sie gerichteten Anschläge, auch zu großmütigem Vergessen, ja zur Betätigung wohlwollenden Empfindens befähigt, vorausgesetzt, daß der Weg hierzu erschlossen wird.

Gerade die durch den letzten Krieg herbeigeführte Umwälzung, welche der türkischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel definitiv ein Ende machte, könnte hierzu Anlaß geben. Der welthistorische Prozeß der Befreiung der christlichen Balkanvölker von dem durch ein halbes Jahrtausend auf ihnen lastenden Joch des Islams ist vollendet, sie stehen vor einer neuen Epoche ihrer Geschichte und sind, nach Erreichung der legitimen Ziele ihrer nationalen Expansion, vollwertige Mitglieder der europäischen Staatenfamilie geworden mit allen deren Rechten und Pflichten. Die Zeiten, wo die ehemaligen türkischen Rajahs sich gegen ihre Herren erhoben, wo mit auswärtiger Unterstützung die Vasallenfürstentümer entstanden, welche dann um die Patronanz bald der einen, bald der andern Großmacht buhlten, gehören der Vergangenheit an. Die Fortdauer eines solchen Klientelverhältnisses wäre ein Anachronismus und mit der Würde von Staaten, die in sich selbst die Bedingungen ihrer selbständigen Existenz finden, unvereinbar.

Griechenland, das älteste der vier Balkankönigreiche, ist schon längst gewohnt, seinen eignen Weg zu gehen; Bulgarien schüttelte die russische Patronanz, welche bald zur Bevormundung ausartete, ab, als zur Zeit Kaiser Alexanders III. das Land in Gefahr stand, zu einem Departement des Zarenreichs — Zadunaiska Gubernia — herabzusinken; aber auch nach der Episode Stambuloff wußte der kraftvollste Balkanstaat seine absolute Unabhängigkeit der Befreier-

Digitized by Google

macht gegenüber eifersüchtig zu wahren. Um so zugänglicher erweisen sich Serbien und Montenegro den Lockungen slawophiler Kreise; es ist zu bedauern, daß die herbe Enttäuschung, mit der schon einmal, im Verlauf der bosnischen Annexionskampagne, die großgezogenen Illusionen endeten, den beiden Ländern nicht als Lehre gedient hat, so daß sie sich neuerlich mißbrauchen ließen, um eine Politik einzuschlagen, welche sie in Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn bringen und eine scharfe Abwehr unsrerseits zur Folge haben müßte. Gegenüber dem seinerzeit der Monarchie angebotenen Projekt der Teilung der Einflußgebiete auf dem Balkan, ein Projekt, dessen Annahme Serbien wie Montenegro unter österreichische Suprematie gebracht hätte, verblieb Oesterreich-Ungarn unabänderlich bei seinem Programm: der Balkan den Balkanvölkern, und befestigte auf diese Weise die staatliche Unabhängigkeit wie die aller Balkanländer, so speziell auch jene der uns unmittelbar benachbarten.

Anstatt mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und praktische Politik zu treiben, zu der in erster Linie die Pflege guter Beziehungen zur angrenzenden Großmacht gehört, überließen sich auch die leitenden Kreise in Belgrad und Cetinje den Einflüssen der von außen her angefachten Illusionen. Die leicht erregbare südslawische Phantasie unsrer Nachbarn spiegelte ihnen Gaukelbilder vor, die in der rauhen Wirklichkeit zerflattern müssen. Hätten solche Einflüsse das Urteil der dortigen Staatsmänner nicht getrübt, so wäre eine Politik, die sich in direktem Gegensatz zu Oesterreich-Ungarn befindet und die wichtigsten Interessen Serbiens wie Montenegros aufs Spiel setzt, undenkbar gewesen. Wie wenig die Politik dieser Staaten sachlich gerechtfertigt ist, wie selbstlos und deren Empfindlichkeiten schonend unsre eigne Haltung seit Beginn der Balkankrise war, wurde in einem Aufsatz darzulegen versucht, der unter dem Titel „Oesterreich-Ungarn und die friedliche Lösung der Balkanfragen" im Januarheft dieser Revue Aufnahme fand. Mit Genugtuung sei konstatiert, daß eine im ganzen damit übereinstimmende Auffassung in einer der letzten Reden des Herrn v. Bethmann-Hollweg vor dem Deutschen Reichstag seither zum Ausdruck gekommen ist.

In den „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck findet sich folgende Bemerkung: „Kaiser Alexander erkennt an, daß Oesterreichs Lage der südslawischen Bewegung gegenüber schwieriger und zwingender ist als die Rußlands. Für letzteres sind es auswärtige, für Oesterreich aber innere und vitale Interessen, die auf dem Spiele stehen."

Diese Worte niederschreibend, konnte auch ein staatsmännisches Genie wie der erste deutsche Reichskanzler schwerlich voraussehen, daß kaum ein Menschenalter später die Balkanstaaten praktisch der ganzen türkischen Herrschaft in Europa ein Ende machen und das Erbe unter sich aufteilen würden. Das Programm: der Balkan den Balkanvölkern, ist somit verwirklicht, das Problem des europäischen Orients, dessen gefährlichste Seite bisher die Rivalität Oesterreich-Ungarns und Rußlands gewesen ist, für die beiden Großmächte als dauernd gelöst zu erachten. Nach der vollzogenen Emanzipation der Balkan-

Digitized by Google

völker hat die südslawische Frage ihren bisherigen Charakter völlig verloren, aus einer den Weltteil in Atem haltenden Frage erscheint sie — wenn anders die weitere Zukunft nicht von Sentimenten, sondern nur von geschichtlich geschaffenen Tatsachen bestimmt wird — auf den bescheideneren Rang einer, je nach den Dispositionen unsrer südlichen Nachbarn, sei es im Guten, sei es — was die Vorsehung verhüten wolle — im Schlimmen, mit ihnen allein auszutragenden Angelegenheit reduziert.

Anfang Mai 1913.

Gespräche über die auswärtige Politik mit dem früheren russischen Ministerpräsidenten Grafen Witte[1])

Von

Josef Melnik

In der russischen auswärtigen Politik nimmt die Wirksamkeit Wittes einen breiten Raum ein. Sein arbeitsreiches Leben („Seit meinen Studentenjahren," sagte mir einst Witte, „habe ich immer sechzehn Stunden täglich gearbeitet") umfaßt viele wichtige Aktionen und Entscheidungen der Auslandspolitik, von denen der Friedensschluß von Portsmouth ihm die Sympathien der ganzen Kulturwelt und internationalen Ruhm einbrachte. Wäre sein Einfluß auf die russische auswärtige Politik bestimmender gewesen, Rußland hätte nie das Entsetzen und die Schmach des Japanischen Krieges auf sich geladen und stünde heute als tonangebende Macht in Ostasien da. Aber die russische Auslandspolitik, die sprunghaft und inkonsequent war, wurde von Spekulanten und Dunkelmännern („eine Politik, die nie verdaut, weil sie siebenmal am Tag zu Mittag essen will," bemerkte einmal Witte im Gespräch) in Abenteuer gestürzt. Bereits zu Beginn 1903, als Witte von seiner Dienstreise zur Besichtigung der sibirischen und ostchinesischen Eisenbahnen zurückgekehrt war, d. h. ein Jahr vor Ausbruch des Krieges, warf er in seinem Bericht über die Reise die Frage über die Beziehungen zu Japan, die das Ministerium des Aeußern freundschaftlich zu gestalten nicht verstanden hatte, in vollkommen klarer und unzweideutiger Weise auf. Er wies auf die Gefahr hin, in die sich das Petersburger Kabinett begeben hatte, als es die Vorschläge Itos zurückwies und somit den japanisch-englischen Vertrag, der zum Krieg führen mußte, möglich machte. Witte sah schon damals die Unvermeidlichkeit eines Zusammen-

---

[1]) Dieser Aufsatz ist einer Studie über den Grafen S. J. Witte entnommen, die Melnik seiner autorisierten Uebersetzung des Witteschen Werkes „Vorlesungen über Volks- und Staatswirtschaft" vorangestellt hat. Der erste Band der deutschen Ausgabe dieses Werkes erscheint in den nächsten Tagen bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart und Berlin.

Digitized by Google

stoßes zwischen Japan und Rußland wegen der koreanischen und mandschurischen Fragen voraus und bestand auf der Notwendigkeit, diesen Konflikt wenigstens hinauszuschieben. „Nach meiner Meinung," schrieb Witte in seinem Bericht an den Zaren, „wäre ein Krieg mit Japan in den allernächsten Jahren ein pures Unglück für uns ... Es wäre für Rußland, wenn es einen Krieg mit einem relativ starken Gegner beginnen würde, wesentlich wichtig, sich in strategischer Hinsicht besser vorzubereiten. Von diesem Standpunkt aus gesehen, wäre es notwendig, bis zu einem Zusammenstoß mit Japan die ostchinesische Eisenbahnlinie endgültig fertigzustellen, ihre Ausbeutung zu regeln, eine russische Verwaltung einzuführen und überhaupt eine Menge von Fragen, die mit dieser Eisenbahnlinie verknüpft sind, zu lösen. Ferner wäre es notwendig, die mittelsibirische Linie zu verstärken und die Baikal-Ringbahnlinie zu Ende zu bauen, die Befestigung Port Arthurs, die vom Marineministerium für zehn Jahre berechnet wurde, zu vollenden und Wladiwostok in militärischer Beziehung zu verbessern, weil im entgegengesetzten Falle unsre Flotte einer der wichtigsten Bedingungen des Erfolges im Kriege beraubt sein wird, der Möglichkeit einer raschen Reparatur beschädigter Schiffe." Witte betrachtete einen Krieg mit Japan nicht nur als ein Unglück an und für sich, sondern auch als eine unheilvolle Katastrophe für die näherliegenden Aufgaben der traditionellen russischen auswärtigen Politik.

Unverantwortliche Einflüsse, Plehwe, der durch einen Krieg den Ausbruch einer Revolution abzuleiten hoffte, die korrupte „Nowoje Wremja" und andre Blätter gleichen Schlages mit ihrer Losung: „Wir werden die gelben Affen mit Mützen bedecken," gewannen die Oberhand. Was mußte Witte, der sein Vaterland nicht bureaukratisch liebt, bei den Hiobsnachrichten aus der Mandschurei empfinden! Er kannte Rußland und wußte, welchen Ausgang der Krieg nehmen würde. Deshalb empfahl er mit allem Nachdruck, so rasch als möglich die kriegerischen Feindseligkeiten einzustellen und einen annehmbaren Frieden zu schließen. In dieser Hinsicht ist ein von ihm an eine hochstehende Persönlichkeit der russischen Regierung gerichteter Brief für seine Würdigung als Mensch äußerst interessant. Er schreibt darin, nachdem er den prinzipiellen Gegensatz seiner Anschauungen in der Kriegsfrage hervorgehoben hat, u. a.: „Zunächst würde ich nicht wagen, von unsrer Armee zu sagen — wie Sie das tun —, daß sie geschlagen sei und nicht als geschlagen zurückkehren dürfe. Unsre Armee ist nicht geschlagen — und dies weiß alle Welt. Geschlagen sind unsre Zustände, wie dies auch aller Welt bekannt ist. Zu glauben, daß man den Ruf unsrer Zustände durch den Tod und durch die Verstümmelung neuer Hunderttausende von russischen Menschen auf den Feldern der Mandschurei wiederherstellen könne, kommt, nach meiner bescheidenen Ansicht, der Meinung gleich (und im Altertum wurde eine solche Meinung von einigen Völkern in Wirklichkeit durchgeführt), als ob man seine Sünden durch das Vergießen des Blutes unschuldiger Säuglinge büßen könnte." Nach weiteren kräftigen und genial vorausschauenden Ausführungen setzt Witte fort: „Auf

Digitized by Google

eins aber möchte ich besonders Ihre Aufmerksamkeit lenken. Sie schreiben mir: „Die Ukraine, die Fremdvölker — kurz, die nicht echtrussischen Leute —, die kein Bürgerbewußtsein und kein Zusammengehörigkeitsgefühl zu dem russischen Staatskörper haben, wünschen den Frieden, um welchen Preis es auch sei." Wissen Sie, lieber Graf, solche Gründe anzuführen ist nicht gut. Erstens sind sie bis zum Ueberdruß wiederholt worden, weil sie täglich von den Gringmuths[1]) und von Leuten ähnlichen Schlages angeführt werden, und zweitens, woher wissen Sie, was eigentlich nicht die „echtrussischen", sondern einfach die gewöhnlichen russischen Leute denken, namentlich jene Russen, die nicht wie wir in physischem Behagen leben, sondern diejenigen, die ihr Blut vergießen, ihre Verwandten verlieren, hungern und dieses entsetzlichen Krieges wegen ruiniert werden?"

Ich muß hier auf weitere Zitate aus diesem herrlichen Briefe, der Witte als Staatsmann und Menschen in ein helles Licht rückt, verzichten. Könnten diese Sätze nicht von Tolstoi herrühren? Hier ist der Abgrund, der zwischen Witte und der russischen Bureaukratie gähnt.

Es war nur natürlich, daß Witte trotz seiner starken, einflußreichen Gegnerschaft zum Bevollmächtigten für die Friedensverhandlungen vom Zaren ernannt wurde. Auch die öffentliche Meinung fühlte, daß er der einzige große Staatsmann sei, der der schwierigen Aufgabe gewachsen wäre. Der liberale, vornehme „Europäische Bote" („Wjestnik Jewropy") schrieb im August 1905 zur Ernennung Wittes: „S. J. Witte ist nicht aus den Reihen der Bureaukratie hervorgegangen, und deshalb behielten seine persönlichen Talente und Eigenschaften Frische und Produktivität. Er verfügt über die Fähigkeit der Initiative und über organisatorische Schöpferkraft, er ist frei vom Geist der Routine und vermag seine selbständigen Anschauungen unabhängig von den mächtigen herrschenden Einflüssen, mit denen er zeitweilig Kompromisse zur Erlangung gewisser Zwecke einging, zu verteidigen. Einen autoritativeren und charaktervolleren offiziellen Vertreter könnten wir den japanischen Bevollmächtigten nicht gegenüberstellen, und von diesem Standpunkt aus muß die Wahl nicht nur als gelungen, sondern als die einzig mögliche bezeichnet werden. S. J. Witte ist mit den Verhältnissen des fernen Ostens und mit den verschiedenartigen Interessen, die mit der Lage Rußlands am Stillen Ozean verknüpft sind, aufs engste vertraut. Da er nicht berufsmäßiger Diplomat ist, mißt er konventionellen Formeln und schablonenhaften Phrasen keine Bedeutung bei, sondern beurteilt die Ereignisse nüchtern, als ein Realpolitiker, der gewöhnt ist, mit den Tatsachen zu rechnen und aus ihnen gewisse praktische Schlüsse zu ziehen."

Der Friedensschluß von Portsmouth war diplomatisch eine geniale Leistung, für die das russische Volk Witte dankbar sein muß. Der Zar drückte seine Zufriedenheit dadurch aus, daß er Witte den Grafentitel verlieh. Aber bis auf den heutigen Tag noch versuchen die „echten Russen" und die chauvi-

[1]) Gringmuth war Redakteur der reaktionären „Moskowskija Wjedomosti".

Digitized by Google

nistische Presse, die mit ihren „Mützen" und ihrem Hurragebrüll die Welt erobern wollen, während Rußland sich von Tag zu Tag von dem Begriffe eines Rechtsstaates weiter entfernt, Witte des bei den Verhandlungen in Portsmouth begangenen „Verrates" zu beschuldigen. Welche Lügen und Verleumdungen werden dabei mit scheinheiliger „patriotischer" Miene in die Welt gesetzt!

Wer, der je Großes gewollt, kann in unsrer besten aller Welten von absolutem Erfolg sprechen? War Napoleon erfolgreich? Ist Bismarck innerlich befriedigt nach Friedrichsruh gezogen? Aber vom Hintergrund des Lebenswerkes eines jeden bedeutenden Menschen, der für die Allgemeinheit neuformend gewirkt hat, hebt sich eine seine Zeit überdauernde Vision seiner selbst ab, die kommende Geschlechter über sich schweben fühlen. Der dreiundsechzigjährige Witte, der größte lebende russische Staatsmann, kann mit der von ihm ausgestreuten Saat zufrieden sein. Die Vision seiner menschlich und politisch überragenden Gestalt wird in der kommenden Geschichte und im Bewußtsein der kommenden Generationen seines großen Vaterlandes nicht verblassen. Noch ist sein Werk nicht vollendet. Aber durch alle Greuel und Willkür der gegenwärtigen Lage Rußlands hindurch empfindet alles, was in Rußland von Knechtschaft und Servilismus nicht zerfressen und von abstrakten Doktrinen nicht denkunfähig gemacht worden ist, daß in ihm der gesunde staatsmännische Sinn des russischen Reiches verkörpert ist. „Ein Staatsmann muß von der Voraussetzung ausgehen," bemerkte Witte einmal im Gespräch mit mir, „daß der von ihm verwaltete Staat ewig sei; er muß mit Jahrhunderten rechnen, während der Bürger nur mit Jahren und Jahrfünften rechnet." Witte richtete immer seine Blicke in die Zukunft, wobei ihm bei all seinen Reformen die breite feste Basis eines gebildeten Mittelstandes fehlte. Anton Tschechow, ein Zeitgenosse Wittes und der letzte große russische Dichter nach Tolstoi, dessen Werk alles, was zwischen dem russischen Himmel und der russischen Erde unsrer Tage lebt und vegetiert, umfaßt, schreibt in einem Briefe aus dem Jahre 1899: „Solange die Leute noch Studenten und Kursistinnen sind, sind sie ehrliche, brave Menschen, sind sie unsre Hoffnung und die Zukunft Rußlands; aber die Studenten und Kursistinnen brauchen nur selbständige, erwachsene Leute zu werden, und unsre Hoffnung und die Zukunft Rußlands verwandelt sich in Rauch, und es bleiben im Filter nur Aerzte und Villenbesitzer, hungrige Beamte und diebische Ingenieure zurück. . . . Ich glaube nicht an unsre Intelligenz, diese heuchlerische, unwahre, hysterische, unerzogene, träge Intelligenz, ich glaube ihr auch nicht, wenn sie sich über ihre Leiden beklagt, denn ihre Bedrücker sind ja aus ihrer Mitte hervorgegangen. Ich glaube an einzelne Persönlichkeiten, ich sehe Rettung in einzelnen Persönlichkeiten, die über ganz Rußland hier und da zerstreut sind, ob sie nun Gebildete oder Bauern sein mögen — sie sind das Heil, wenn es auch nur wenige von ihnen gibt. Der Prophet gilt nichts in seinem Vaterlande; und die einzelnen Persönlichkeiten, von denen ich spreche, spielen in der Gesellschaft zwar eine unmerkliche Rolle, sie dominieren nicht, aber ihre Arbeit bleibt nicht verborgen. Die

Digitized by Google

Wissenschaft schreitet trotz allem doch immer weiter fort, das soziale Selbstbewußtsein wächst, moralische Fragen fangen an, die Menschen in Unruhe zu versetzen usw. — und alles das geschieht ohne Zutun der Staatsanwälte, der Ingenieure, der Gouverneure, ohne die Intelligenz en masse und trotz aller äußeren Hindernisse." In diesem von Tschechow nach seinen besten Vertretern so charakterisierten Rußland hatte Witte sein Werk zu vollbringen. Unter einem Polizeiregime und dem Mißtrauen einer doktrinären Intelligenz. Sein antinihilistisches, schöpferisches Wesen wurde durch den Widerstand nur gestählt. Unter einer dem Volke fremden und feindlich gesinnten Bureaukratie („Der Polizeimensch ist kein Russe; er ist ganz frei von Nationalgefühl; er ist nur Unterdrücker, nur Detektiv," äußerte sich einmal Witte) war er der einzige, der das russische Volk und sein Vaterland, die russische Literatur und ihre Meister liebte. In einer Zeit, in der die Knechtung und die Unterdrückung, die Rechtlosigkeit und die Verfolgung der „Fremdvölker" zum alleinigen Prinzip der inneren Politik erhoben wurde, arbeitete er an der Schaffung eines russischen Reiches, das die Völker und die Menschen als ihr Vaterland betrachten könnten.

... Ich sehe auf dem Schloßplatz in Petersburg, mitten zwischen dem Winterpalais und dem Riesengebäude des Finanzministeriums, das Denkmal Wittes aus der Hand eines kommenden russischen Falconet — trotzig und aufrecht, mit in die Weite gerichtetem Blick.

König Georg von Griechenland

Von einem in Athen tätig gewesenen österreichisch-ungarischen Diplomaten

König Georg von Griechenland ist in einer Apotheose gestorben. Die Ideale seiner fast fünfzigjährigen Regierung waren nahezu verwirklicht, die Stellung der Dynastie war neu gefestigt, alle Bitterkeit früherer Jahre vergessen, der König im Glanze der Popularität, der Kronprinz umjubelt von einem siegreichen Heere und von der Begeisterung des ganzen Volkes, als das ruchlose Verbrechen in Saloniki verübt wurde.

In seinen letzten Lebenstagen war König Georg nach dem Zeugnisse seiner ganzen Umgebung von einem vollen Glücksgefühle beseligt. Die Einnahme von Janina, diese schwierigste von den Griechen zu lösende militärische Aufgabe, hatte die erfolgreichen Operationen der Armee zum Abschlusse gebracht, und die Freude über diese Nachricht wirkte so überwältigend auf den König, daß er sich an den Hals der ehrwürdigen Königin Olga warf und mit ihr durch das Zimmer tanzte.

Der tödlich getroffene König hatte keine Zeit gehabt zu leiden, und dies war ein trostvoller Gedanke für alle, die in Schaudern vor dem sinnlosen Attentat erbebten. Wenn aber seine lange Regierungszeit in blitzartigem Ueberblicke vor dem geistigen Auge des Sterbenden noch aufleuchten konnte, so mußte

Digitized by Google

der auf dem Schauplatze seines Triumphes hinsinkende Herrscher das verklärende Bewußtsein in die Ewigkeit hinübergenommen haben, daß er seinen schwierigen Lebensberuf voll erfaßt und unter den widrigsten Verhältnissen richtig durchgeführt habe.

Auf manches, was während mehrerer Dezennien dieser epochalen Regierungszeit schwer verständlich war und dieselbe vielfach unrichtig beurteilen ließ, gaben erst die Umwälzungen der letzten vier Jahre die zutreffende Aufklärung, und die Kriegsereignisse brachten die abschließende Einsicht.

Kompetentere Darsteller werden das umfassende Lebensbild des verewigten Königs gestalten. Doch können vielleicht Erinnerungen aus mehrjähriger persönlicher Berührung diejenigen Charakterzüge dieses bedeutenden Herrschers erblicken lassen, die es ermöglichten, daß der ehrliche gute Wille des Fürstensohnes aus dem Norden der zahllosen Schwierigkeiten Herr werden konnte, die sich ihm entgegentürmten.

Was dem Ausländer bei König Georg schnell auffiel, war, wie sehr er Grieche geworden war. Ein genauer Kenner der Vorzüge und der Fehler seines Volkes, hatte er von den letzteren viel zu ertragen, ohne je ein hartes Urteil vernehmen zu lassen oder zu verabsäumen, alles zu einer milderen Auffassung Dienliche vorzubringen. Er vertrat den Standpunkt, daß dieses temperamentvolle südliche Volk in seinen Manifestationen anders einzuschätzen und anders zu behandeln sei als Nordländer.

Die Uebelstände des hergebrachten griechischen Konstitutionalismus mit der Wechselwirtschaft von zwei bis drei kaum je nach prinzipiellen Standpunkten, sondern meist nur nach persönlicher Gefolgschaft geschiedenen Parteien sah und empfand niemand lebhafter als König Georg. Allein diesen Zustand, der tief in den politischen Volkssitten eingewurzelt war, zu ertragen, war ein weit geringeres Uebel, als jeder durchgreifende Versuch gewesen wäre, den jeweiligen Regierungswechsel auf sachliche Grundlagen zu stellen.

Außerdem trug dieses System die Remedur eines Teiles seiner ärgsten Schäden insofern in sich, als jede neue Regierung die meisten Impulse und Einleitungen ihrer Vorgänger, die guten ebenso wie die unzweckmäßigen, zu beseitigen sich befliß. War dadurch auch jeder stetige Fortschritt gehemmt, so war doch einer allzu einschneidenden Festlegung der Verhältnisse zu Parteizwecken ein Riegel vorgeschoben.

König Georg brachte diesen innern Wandlungen in peinlich konstitutioneller Haltung Geduld und Nachgiebigkeit entgegen, stets bedacht, durch seine Ratschläge aufklärend zu wirken und durch die der königlichen Prärogative zustehenden Hemmungen den tunlichsten Zeitgewinn zur Ueberlegung zu sichern. Dabei verstand er es in kritischen Momenten, an denen seine Regierung reich war, die Interessen seines Landes vor wirklicher Schädigung zu schützen, und jede Gelegenheit, jede günstige Stimmung zu benützen, um irgendeinen Schritt nach vorwärts, sei es in kultureller, sei es in politischer Hinsicht, zu fördern.

Alle griechischen Parteigruppen sind von glühendem, wenn auch nicht gleich-

Digitized by Google

mäßig erleuchtetem Patriotismus beseelt. So waren sie denn eigentlich bezüglich des Endzieles, der äußeren Ausgestaltung ihres Vaterlandes, mit dem Könige stets eines Sinnes, wenngleich letzterer mit seinem auf die gesamteuropäische Politik gerichteten Blick und der durch seine weitverzweigten Familienverbindungen gewonnenen Orientiertheit häufig, aber nicht immer mit Erfolg, andre Methoden des Arbeitens als zweckmäßiger zu empfehlen in die Lage kam.

Die eigentümlichen innern politischen Verhältnisse mußten sich aber bis zu ihren äußersten Konsequenzen ausleben, bis ihre verderblichen Wirkungen ins allgemeine Bewußtsein eindrangen und es dem Könige, dessen Stellung selbst aufs gefährlichste bedroht war, endlich möglich wurde, nachdem der Kelch der Bitterkeit durch die Entfernung der Prinzen aus der Armee bis auf die Neige geleert war, das, was er stets als unabweislich bezeichnet, aber vergebens angestrebt hatte, mit Hilfe der zur Besinnung gekommenen politischen Kreise und unter Führung eines providentiellen Staatsmannes, den Kreta als wertvolle Gegengabe für seine Befreiung dem Mutterlande überlassen hatte, in kurzer Zeit zu verwirklichen.

Für Kreta war Griechenland im Jahre 1897 in den Krieg gegangen, wohl ohne jede Aussicht, denselben gegen die noch starke Türkei, gegen den Willen der Mächte, erfolgreich zu bestehen.

Die Fehler des „Systems" rächten sich schon in dem Feldzuge bitter genug. Und doch war mit den Niederlagen auf den thessalischen Schlachtfeldern das Maß noch nicht voll. Selbst unter dem Eindrucke der türkischen Siege hatten die Führer der Armee, mit dem König und dem Kronprinzen an der Spitze, in ihren Bemühungen, endlich die Reorganisation des Heerwesens in die Wege zu leiten, zunächst gar keinen Erfolg. Für das Vergangene wollte jeder die Verantwortung auf die andern, hauptsächlich aber auf den Kronprinzen und Höchstkommandierenden werfen. Für eine bessere Zukunft mochte aber niemand selbst arbeiten oder jemand andern arbeiten lassen. Sogar die Auffassung wurde laut, daß Griechenland überhaupt nicht berufen sei, seine nationalen Ziele durch militärische Mittel zu erreichen, sondern ausschließlich durch die ethnische Kraft seines Volkstums und durch politische Arbeit zum Erfolge gelangen werde. Für die Armee aber geschah nichts. Die Offiziere befaßten sich mehr denn je mit Politik und kümmerten sich viel mehr um die Wahllokale als um die Kasernen, die hauptsächlich den Unteroffizieren überlassen waren.

Aus diesem Uebermaß des Uebels sollte die Heilung kommen. Das reife Geschwür brach auf.

Es ist hier nicht der Ort, die bekannten Ereignisse, die sich vor vier Jahren in Griechenland abgespielt haben, zu rekapitulieren. Den Ausgangspunkt derselben bildeten eben die Zustände in der Armee, die allgemeine Besorgnis einzuflößen begannen, denen aber niemand beizukommen vermochte. Jahre vergingen, bis es dem König und dem Kronprinzen-Oberkommandanten gelang, in der dringenden Frage der Neubewaffnung der nach dem Kriege fast wehrlosen Truppen nur um einen Schritt weiterzukommen. Als man gar ernstlich daran

Digitized by Google

gehen wollte, die Offiziere von der Politik zu entfernen und sie von der Wählbarkeit in die Kammer auszuschließen, begegnete man dem nachhaltigsten Widerstande. Mit den legislativen Anläufen dazu wurde nur erreicht, daß sich des Offizierkorps die größte Erregung bemächtigte und dieses die Verteidigung seiner angeblichen Interessen selbst in die Hand nahm. In gänzlicher Verwechslung von Ursachen und Folgen bekam die Betätigung der nun gegründeten Militärliga einen stark antidynastischen Einschlag. Man wollte die Rechtssphäre des Königs, als obersten Befehlshaber der Armee, einschränken und den Kronprinzen, der die Niederlagen von 1897 hauptsächlich verschuldet haben sollte, sowie die andern Prinzen in der Armee nicht mehr dulden und übersah dabei, daß eben dieses Gehaben der Offiziere am klarsten zeigte, warum die Niederlagen kommen mußten.

Es schien der allerschwerste Augenblick für König Georg gekommen, der als Souverän und als Vater eine gleich schmerzliche Prüfung über sich ergehen lassen mußte.

Es kam noch schlimmer. Der König wollte alle Mittel der verfassungsmäßigen Abhilfe erschöpfen und wandte sich der Reihe nach an die Parteiführer. Alle versagten in ihren mehr oder minder wohlgemeinten Versuchen, die Situation in die Bahnen der Gesetzlichkeit zurückzubringen.

Dem Könige blieb nur mehr zu erwägen, ob er, vor den überwältigenden Schwierigkeiten zurückweichend, bloß seiner persönlichen Würde eingedenk sein und den Platz räumen oder trotz allem ausharren sollte.

Es siegte die dem Monarchen innewohnende tiefe Kenntnis des griechischen Volkscharakters und die richtige Erfassung der zum Reißen gespannten Situation, innerhalb welcher der König allein die Keime des Klärungsprozesses erkannt hatte — und vielleicht noch einer, der bald auf den Schauplatz treten sollte.

Die Höhe der Krise war durch ihren Exzeß und durch das opfermutige Ausharren des Königs überschritten. Die Verwüstungen, die sie angerichtet, waren nun allen erkenntlich und wirkten wie ein kalter Wasserstrahl auf die kampferhitzten Gemüter. Wer sollte aber nun die Schaufel in die Hand nehmen, um den Schutt wegzuräumen, und die Kelle, um den Wiederaufbau zu beginnen?

Die alten Parteien waren aufgerieben, ihre Führer hatten sich durch ihre Hilflosigkeit in der öffentlichen Meinung um alles Ansehen gebracht. Dem Könige stand es frei, auf sie keine weitere Rücksicht zu nehmen, denn seine Autorität stand nun allein aufrecht.

Während der Krise hatte die Volksstimme, wie instinktiv, einen Mann aus Kreta als Deputierten in die Kammer gebracht, dem sowohl die Geisteskraft innewohnte, den Sitz des großen Uebels in Griechenland und das richtige Heilmittel zu erkennen, wie auch die Tatkraft, das Regenerierungswerk in die Hand zu nehmen.

Veniselos kam nach Athen, um seiner engeren Heimat Kreta zu nützen, der er schon große Dienste geleistet hatte. Sein weiter Blick erfaßte aber die gänzliche Verfahrenheit der Zustände in Griechenland, denen er nun kräftig an den Leib rückte.

Digitized by Google

Venizelos drang nicht deshalb durch, weil er ein bedeutender Mensch war. Das Unterfangen des kleinen Advokaten aus Kanea hätte einige Jahre früher nur Hohn und Spott geerntet. Er konnte eingreifen, weil Griechenland das Glück hatte, daß er im richtigen Augenblick kam.

König Georg gebührt das hohe Verdienst, Venizelos schnell erkannt, ihn angenommen und ihm mit Nachdruck die Wege geebnet zu haben. Es ging dies nicht ohne eine gewisse Selbstverleugnung. Gute Beziehungen zur Dynastie brachte Venizelos nicht auf seinem Weg mit. Er hatte sich mit Prinz Georg, als dieser Kommissär der Mächte in Kreta war, gar nicht verstanden und schließlich von den Regierungsgeschäften gänzlich zurückgezogen. Das war keine gute Einführung bei König Georg, der allen seinen Kindern auf das zärtlichste anhing.

Venizelos hatte die Gabe, auf alle Einsichtigen, selbst auf die anfangs Widerstrebenden, politisch überzeugend zu wirken. Der König übergab ihm vertrauensvoll die Zügel der Regierung, welcher Entschließung bald der Beifall des ganzen Landes folgte.

Nun kam eine Zeit fruchtbarer Arbeit, wie sie das moderne Griechenland vielleicht nie gekannt hat. Die alten Parteiführer, die den Boden unter den Füßen verloren hatten, mußten diesem ungewohnten Schauspiel ohnmächtig zusehen, wenn sie nicht in patriotischer Selbstverleugnung mithelfen wollten. Im Besitze des königlichen Vertrauens und seiner wachsenden Popularität konnte der neue Ministerpräsident sein Werk tun.

Die größten Leistungen der kurzen Zeit, über welche die griechische Regierung bis zum Ausbruch der Balkankrise verfügte, waren die Ordnung der Landesfinanzen und die Reorganisierung des Heeres. Beide Reformen setzten eben noch rechtzeitig ein, damit Griechenland sich instand gesetzt fände, die ihm im Balkanbunde zufallende Rolle überhaupt durchzuführen.

Die Konsolidierung der Finanzen gelang dank der Energie der Regierung, der sehr klugen Währungspolitik der Nationalbank und den reichen Goldzuflüssen aus den Geldsendungen der Auswanderer, die es gestatteten, das früher chronische hohe Goldagio so gründlich zu beseitigen, daß es selbst während des Krieges nicht mehr in Erscheinung trat.

Erstaunliches aber geschah bei der Reorganisierung der Armee, für welche eine französische Militärmission von vierzehn ausgewählten Fachkräften und eine englische Flottenmission von vier Marineoffizieren angeworben worden war. Unter regster Aneiferung seitens des Königs und des Kronprinzen, welcher endlich sich militärisch frei betätigen konnte, erfaßte das ganze Offizierkorps ein ernstes Streben, seinen Obliegenheiten voll nachzukommen. Venizelos hatte aus Vorsicht das Kriegsportefeuille selbst in Händen behalten und sorgte dafür, daß der Tätigkeit der fremden Militärmissionen von keiner Seite Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Der Geist der Truppen war bald wie verwandelt, und kaum zwei Jahre mußten genügen, damit sie den Leistungen gewachsen seien, vor die sie durch den Krieg mit der Türkei plötzlich gestellt wurden.

Digitized by Google

König Georg aber erfuhr die hohe Genugtuung, daß seine Ausdauer, seine Geduld, sein ruhiges Urteil sich bewährt hatten. Als alles verzweifelte, hatte er die Hoffnung auf einen von innen heraus als kräftige Reaktion kommenden Umschwung der politischen Verhältnisse seines Landes nicht aufgegeben, und der Gang der Ereignisse rechtfertigte durchaus die Methode, die er in der Führung der Geschicke Griechenlands durch Jahrzehnte befolgt hat.

Der Glorienschein des Erfolges einer Lebensarbeit umgab das Haupt des Königs. Er hatte seinem Lande die Jonischen Inseln als Morgengabe gebracht. Sein Vermächtnis sind Kreta, Epirus, die Inseln und Mazedonien, nachdem er früher schon sein Königreich auf friedlichem Wege durch Thessalien vergrößert hatte. Nach vielen Erschütterungen sah er seine Dynastie wieder in der warmen Empfindung der Dankbarkeit seines Volkes festgewurzelt, seinen Sohn, den ersten Porphyrogeneten, durch den Sieg erlöst von dem Banne, der seit 1897 auf ihm gelastet hatte und sein Erbe nun in Sicherheit erwartend, die nationale Ausgestaltung vollzogen.

Auf der Höhe des Lebens, in fast jugendlicher Rüstigkeit, in ungetrübtem Glücksgefühle traf ihn das Schicksal und ließ ihn schmerzlos aus dem Leben scheiden.

In die allgemeine Wehmut und Trauer um den auf dem Schauplatze seiner Erfolge dahingegangenen Mehrer des Reiches klang der einhellige und versöhnende Ausdruck der pietätvollen Dankesgefühle einer ganzen Nation hinein für den König, der das Land in unermüdlicher, zuversichtlicher Fürsorge aus bösen Wirren befreit und ihm die Wege zu vermehrter Geltung und erhöhtem Ansehen gewiesen hat.

Aus dem Leben des Oberpräsidenten Carl v. Horn

1863 bis 1869

Vorwort

Am 24. Januar 1913 kehrte zum fünfzigsten Male der Tag wieder, an dem mein Vater Carl v. Horn sein Amt als Oberpräsident der Provinz Posen antrat. Aus diesem Anlaß habe ich Aufzeichnungen von seiner Hand und an ihn gerichtete Briefe zusammengestellt, um ein Bild seines amtlichen Wirkens in der Provinz zu geben.

Während seiner Dienstzeit fehlte ihm die Muße zur Führung eines ausführlichen Tagebuches, und auch die von ihm meist erst in späteren Jahren niedergeschriebenen Erinnerungen an seine Verwaltung sind nicht erschöpfend. Die nachstehende Skizze gibt deshalb keine vollständige Auskunft über die wichtigsten Einzelheiten seiner amtlichen Tätigkeit in Posen. Anderseits ist auch weniger Erhebliches von mir aufgenommen, um zu zeigen, wie vielseitig seine

Digitized by Google

Bemühungen waren, und wie er nichts, was die Provinz in irgendeiner Hinsicht fördern konnte, für zu gering erachtete, um sich ihm persönlich zu widmen. Soweit als möglich ist ihm selbst das Wort gegeben, auch da, wo seine Aufzeichnungen nicht ausdrücklich angeführt sind.

Die Arbeit war ursprünglich nur für Angehörige und Freunde der Familie bestimmt. Ich veröffentliche sie, weil vielleicht auch Fernerstehende gern die Anschauungen und Erfahrungen eines Mannes kennen lernen, der sechs Jahre an der Spitze der Provinz gestanden und dessen Verwaltungsweise die Anerkennung Wilhelms I., Bismarcks und der deutschen Bevölkerung der Provinz gefunden hat.

Mögen diese Blätter der Erinnerung an einen Beamten, der ein leuchtendes Vorbild in den alten preußischen Beamtentugenden war, in hingebender Liebe für König und Vaterland und in aufrichtigem und aufrechtem Wesen, mit dazu beitragen, daß die bitteren Erfahrungen nicht vergessen werden, die die Staatsregierung machen mußte, weil sie seine dringende Warnung vor dem Grafen Ledochowski unbeachtet ließ.

Potsdam, den 30. Oktober 1912.

E. v. Horn,
Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.

*

Carl v. Horn war am 26. Oktober 1807 als Sohn des Universitätsprofessors Geheimen Medizinalrats Dr. Ernst Horn in Berlin geboren. Nachdem er das Gymnasium zum Grauen Kloster daselbst verlassen hatte, widmete er sich dort und in Heidelberg dem Studium der Rechte. Gleichzeitig hörte er Vorlesungen aus andern wissenschaftlichen Gebieten, besonders solche über Nationalökonomie, Physik, Chemie und Logik. Von dem Wunsche geleitet, seine allgemeine Bildung noch mehr zu erweitern und die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der wichtigsten Kulturländer Europas kennen zu lernen, unternahm er bald nach Ablegung der großen juristischen Staatsprüfung eine fast zwei Jahre dauernde Reise durch Belgien, England, Schottland, Irland, Frankreich und die Schweiz. Nach seiner Rückkehr wurde er dem Ober-Appellationsgerichtssenat des Kammergerichts überwiesen, in dem er, voller Freude an dem gewählten Beruf, unter dem würdigen, von ihm aufs höchste verehrten Präsidenten v. Grolmann, ehemaligem Landwehrmajor, „mit besonderer Auszeichnung" arbeitete.

Die Absicht, sich der Verwaltungslaufbahn zuzuwenden, lag ihm ursprünglich fern. Er war so leidenschaftlicher Jurist, daß er als Referendar die an ihn bei einem Besuche in Posen gerichtete Aufforderung Flottwells, zur Verwaltung überzutreten, ablehnte. Im Jahre 1839 entschloß er sich aber doch hierzu, worauf er zunächst als Justitiar bei dem Polizeipräsidium in Berlin beschäftigt wurde. Ein merkwürdiger Zufall war es, daß er als junger Verwaltungsbeamter in nähere dienstliche Beziehungen zu mehreren Männern trat, die das Amt des Oberpräsidenten in Posen bekleidet, und daß zwei von ihnen einen entscheidenden Einfluß auf seine Laufbahn ausgeübt haben. Der günstigen Be-

Digitized by Google

urteilung des späteren Oberpräsidenten, damaligen Polizeipräsidenten in Berlin, v. Puttkamer, verdankte er seine 1843 erfolgte Einberufung als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern, dem seinerzeit Graf v. Arnim-Boytzenburg, der frühere Oberpräsident von Posen, vorstand, und dessen Vorgänger in Posen, Flottwell, war es, der ihn in das Finanzministerium zog, als er an die Spitze desselben gestellt wurde. Hierdurch wurde Horn ein weites Feld vielseitiger Tätigkeit eröffnet und Gelegenheit geboten, in langjähriger, überaus schwieriger Arbeit seine reiche Begabung und außergewöhnliche Leistungsfähigkeit zu zeigen.

Vom 1. Juli 1844 bis Ende 1862 gehörte er dem Finanzministerium an, zunächst als Hilfsarbeiter und vortragender Rat, dann fast vierzehn Jahre als Direktor der Abteilung für das Etats- und Kassenwesen. In der ersteren Stellung hatte er als Justitiar zu fungieren, die Personalien der Regierungen zu bearbeiten, sämtliche vom Finanzministerium mitzuzeichnenden Etats zu prüfen und den Hauptetat aufzustellen.

Als Leiter der Etatsabteilung übte er großen Einfluß aus, weil die Finanzminister schnell wechselten und die Abteilung überall mitzuwirken hatte, wo es sich um eine neue Ausgabe oder um eine Etatsveränderung handelte. So hatte er denn auch erheblichen Anteil an dem Verdienst, daß an der bis dahin in der preußischen Verwaltung geübten großen Sparsamkeit festgehalten wurde, der Stand der Finanzen günstig blieb und die Durchführung der Reorganisation des Heeres in den Finanzkräften des Landes kein Hindernis fand.

Da er die ihm durch seine dienstliche Stellung gezogenen Grenzen nie überschritt und damals wie auch später keine Beziehungen zur Presse oder zu politischen Parteien unterhielt, so wurde sein weitreichender Einfluß nicht bekannt. Einzelne Minister schoben ihn aber vor, wenn sie eine Mehrforderung abschlugen. „Und das geschah" — so heißt es in einer Aufzeichnung von ihm — „am meisten von dem Finanzminister, der zu zwei verschiedenen Malen und, die zwei Perioden zusammengenommen, am längsten mein Chef war, von Bodelschwingh. Unter seinem Regiment wurde ich zu einer Art bête noire gestempelt und selbst in den höchsten Kreisen als strenger Mann verschrien. Mit welchem Recht, ergibt u. a. folgender Fall. Zu Anfang der fünfziger Jahre beantragte der damalige Kriegsminister bei dem Finanzminister die Uebernahme einer Summe von jährlich 50 000 Talern auf den Etat zur Bildung eines Trainkorps oder des Anfanges dazu. Ein Kind konnte das Zutreffende dieser Forderung begreifen, da die früheren Zustände, betreffend den Transport von Militärbedürfnissen, ebenso drückend für das Land als bedenklich für die Kriegführung waren. Der Finanzminister wollte aber auf die Forderung nicht eingehen; er hielt sich als Landwehrmajor für kompetent, die Sache besser als der Kriegsminister zu beurteilen. Dieser bat um eine mündliche Besprechung. Sie fand eines Abends spät im Kriegsministerium statt. Mit der größten Geduld setzte der Kriegsminister seine Gründe auseinander; ich saß wie auf Kohlen, beschämt und wütend dabei, da ich schweigen mußte und eigentlich ganz unnützerweise zugezogen worden war; der Finanzminister blieb bei seinem Satze."

Digitized by Google

Daß er oft ganz zu unrecht als Sündenbock hingestellt wurde, trug Horn im allgemeinen mit Gleichmut. Noch in viel späteren Jahren beklagte er aber, daß auch bei dem Prinzen, nachmaligen König Wilhelm, ein gewisses Vorurteil gegen ihn in bezug auf militärische Angelegenheiten wachgerufen war, und daß er nie Gelegenheit gefunden hatte, ihn aufzuklären.

In seiner königstreuen und vaterländischen Gesinnung wurde er auch durch die Vorgänge des Jahres 1848 schmerzlich berührt. Lebhaft bedauerte er, daß der übelberatene König den Abzug der Truppen befahl, obwohl er am 19. März die Macht wieder ganz in Händen hatte. Er sah voraus, wohin das führen mußte, zunächst zur Demütigung des Königs, dann zur Anarchie, welche acht Monate, bis zur Bildung des Ministeriums Brandenburg, dauern sollte.

Gleich nach Bildung der Nationalgarde trat er in dieselbe ein. Er machte Wachen am Leipziger Tor und Patrouillen bis zur großen Pappel in der Tiergartenstraße mit und achtete nachts auf den Alarm des Generalmarsches. Die Wertlosigkeit der ganzen Einrichtung wurde ihm aber bald klar, und als in Frankfurt a. M. der Erzherzog Johann zum deutschen Reichsverweser ernannt worden war, ergriff ihn solcher Ekel vor den politischen Zuständen, daß er aus der Nationalgarde austrat.

Einer politischen Partei hat er sich nie verschrieben. „Ich hatte dazu niemals Neigung, weil Parteirücksichten die Freiheit des Handelns und Denkens beschränken, zum andern auch insofern keinen Anlaß, als ich nie einem Parlament angehört habe. Es ist mir nicht leicht geworden, auf jede parlamentarische Tätigkeit zu verzichten, und ich hätte keine große Schwierigkeit gehabt, mich wählen zu lassen, da mir als Ministerialdirektor wie später als Oberpräsident wiederholt Mandate angetragen wurden; ich habe sie stets abgelehnt, und zwar aus zwei Gründen. Einmal konnte ich mich nicht vorweg binden, immer so, wie das jeweilige Ministerium gebietet, zu stimmen, wie leider nach unsern noch unreifen konstitutionellen Zuständen erwartet wird. Fürs andre konnte ich mich nie auf längere Zeit von meinem Amte trennen, in welchem ich nützlicher wirken zu können glaubte als in einem Parlament."

Die Hauptschuld an den ungesunden politischen Zuständen trugen seines Erachtens die Zerrissenheit des Landes in zahlreiche Parteien und die Verblendung besonders der extremen Parteien. Von der Fortschrittspartei schreibt er: „Mag ihre Entstehung berechtigt gewesen sein, seit Jahren hat sie sich überlebt und wirkt nachteilig durch ihren abstrakten Doktrinarismus, durch Mangel an praktischem Blick, an Berücksichtigung der Umstände und Tatsachen, durch zu häufiges Negieren und durch unerträgliche Formen. Ihr größter Fehler war die dem Könige in der Frage der Reorganisation und Vermehrung des Heeres gemachte Opposition. Es war klar, daß mit einem stehenden Heer von 150000 Mann (soviel nur hatten wir 1860) Preußen seine Stellung nicht behaupten, keine große Politik treiben konnte. Dies sagte ich dem Finanzminister v. Patow, als er von der Konseilsitzung, in welcher zum erstenmal die Sache zur Sprache gekommen war, zurückkehrte und mir Mitteilung machte. Ich fügte

Digitized by Google

hinzu, er dürfe sich meines Erachtens keinen Augenblick der Absicht des Königs widersetzen, wenngleich zu wünschen sei, daß die Sache nicht auf einmal, sondern womöglich allmählich gemacht werde. Ich bin stets der Meinung gewesen und bis auf den heutigen Tag geblieben, daß König Wilhelm durch die Schaffung unsers Heeres, wie es dasteht, einzig in seiner Art und kaum in irgendeinem Stück zu übertreffen, sich das denkbar größte Verdienst erworben hat. Unbegreiflich, unverantwortlich bleibt es und ein Beweis größter Kurzsichtigkeit, daß die Fortschrittspartei dem Könige in seinem Vorhaben, das Land wirklich wehrfähig zu machen, Widerstand leistete, woraus der Konflikt und die Reaktion der ersten sechziger Jahre hervorging. Aber auch in manchen andern Fällen hat die Opposition unnötiger- und ungerechtfertigterweise Widerstand geleistet."

Von je an war er „durch und durch deutsch". „Die Geschichte Deutschlands seit dem sechzehnten Jahrhundert erfüllt mich mit Trauer, mit Scham, Widerwillen und Ekel; die größte Erniedrigung und Zerrissenheit Deutschlands fällt in meine Jugendzeit, und durch Ueberlieferung und Lektüre habe ich genug von ihr erfahren; ein kurzer glorreicher Aufschwung; dann wieder fast zwei Menschenalter hindurch Zeiten der Schwäche, der Schmach, der Demütigungen mit kurzen Unterbrechungen. Endlich in den sechziger Jahren ging Deutschlands Stern auf von Preußen her. Glücklich der, welcher die Jahre 1866, 1870, 1871 in Preußen erlebt hat, ewiger Ruhm und Dank dem großen Staatsmanne, der um die Herstellung des Deutschen Reiches und Kaisertums von allen, die dazu mitgewirkt haben, doch das größte Verdienst hat, um so mehr, als im Jahre 1866 auch der starke Widerstand seiner eignen Parteigenossen überwunden werden mußte. Aus dem Munde des Grafen Eulenburg I habe ich, daß der Finanzminister v. Bodelschwingh bei seinen Ministerkollegen agitierend herumging und Bismarck für verrückt erklärte, weil er mit Oesterreich Krieg anfangen wolle."

Bald nachdem der Prinz von Preußen die Regentschaft übernommen hatte, wurde Horn, als der Kultusminister v. Bethmann-Hollweg sich bestimmt fand, sein Amt niederzulegen, von dem Finanzminister befragt, ob er dessen Nachfolger werden wolle; der Minister des Innern Graf v. Schwerin sei mit seiner Wahl einverstanden und die Genehmigung des Königs nicht zu bezweifeln. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, welche die Verwaltung des Kultusministeriums bot, lehnte er indes sofort ab. Er weigerte sich auch, das Finanzministerium zu übernehmen, als es ihm von dem mit der Umbildung des Ministeriums beauftragten Handelsminister v. d Heydt angetragen wurde.

Von streberhaftem Ehrgeiz frei und von Jugend auf gewohnt, in stiller Weise ohne Rücksicht auf äußere Anerkennung oder Vorteile seine Pflicht zu erfüllen, dachte er nicht daran, daß ihm noch eine Aenderung seiner amtlichen Stellung beschieden sein könnte. Da brachte ihm das Jahr 1862 ganz unerwartet Erlösung von dem ermüdenden Dienste bei dem Finanzministerium.

„Ich hatte für den Monat Oktober 1862 Urlaub erbeten und erhalten, um mein geliebtes England wiederzusehen und die in London veranstaltete inter-

Digitized by Google

nationale Gewerbeausstellung zu besuchen ... Während meines Aufenthalts in London empfing ich von dem Minister v. Bodelschwingh einen Brief, der für mein Schicksal entscheidend sein sollte. Es war infolge des Konfliktes mit der Landesvertretung ein Staatshaushaltsetat nicht zustande gekommen, und v. Bodelschwingh forderte brieflich meine Zustimmung zu dem Satze, daß deshalb der alte Etat in Geltung geblieben sei. Ich erwiderte ihm, daß ich dieser Ansicht nicht sein könne; daß die Staatsregierung das Recht und die Pflicht habe, an Stelle des gesetzlich vorgesehenen Etats, der nicht zustande gekommen sei, auf ihre Verantwortung einen Staatshaushaltsetat, ohne welchen nicht gewirtschaftet werden könne, im Verordnungswege aufzustellen, daß aber der bisherige Etat als solcher mit Ablauf des Zeitraums, für den er aufgestellt worden, seine Geltung verloren habe.

Diese Aeußerung, obwohl sie nur eine formelle, für die Sache gar nicht erhebliche Differenz ergab, verstimmte Bodelschwingh dergestalt, daß er meine Entfernung beschloß; vielleicht auch deshalb, weil meine Freundschaft mit seinem Vorgänger v. Patow mich ihm mißliebig machte. Man suchte eine andre Stelle für mich. Das Direktorium in der Hauptverwaltung der Staatsschulden lehnte ich ab. Darauf bot Bodelschwingh mir in höherem Auftrage das Oberpräsidium der Provinz Posen an, welches damals Bonin bekleidete. Auf meine Frage nach den Gründen, aus welchen dessen Abgang erfolge, erwiderte Bodelschwingh, daß er das nicht mit mir zu erörtern habe. Ich erfuhr nachher, daß Bonin sich dadurch das Mißfallen des Königs zugezogen habe, daß er zuviel von Posen abwesend gewesen sei und zu wenig über die dortigen Verhältnisse dem Könige berichtet habe."

Am 14. Dezember 1862 erfolgte dann Horns Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Posen, wovon ihn die beiden Ressortminister mit folgendem Bemerken benachrichtigten:

„Wir können uns nicht versagen, Ew. Hochwohlgeboren es auszusprechen, daß, so ungern wir Sie aus Ihrer bisherigen Stellung scheiden sehen, in welcher Sie mit der treuesten und ausdauerndsten Hingebung dem Staate wichtige Dienste geleistet haben, es uns zur Genugtuung gereicht, daß des Königs Majestät Ew. Hochwohlgeboren zur Verwaltung eines der schwierigsten Aemter zu berufen geruht und dadurch Ihre bisherigen Dienstleistungen eine hohe Anerkennung gefunden haben."

Die Bekanntmachung seiner Ernennung verzögerte sich, weil Bonin an Gesichtsrose schwer erkrankt war und deshalb einstweilen geschont werden sollte. Mit Ende 1862 legte Horn seine Geschäfte bei dem Finanzministerium nieder, welches achtzehn Jahre die Stätte seiner Wirksamkeit gewesen war. „Unzählige Erinnerungen knüpften sich an das Haus und die Menschen, denen ich in ihm begegnet war; täglich, gewöhnlich zweimal, hatte ich dasselbe betreten; das Eckzimmer parterre nach der Zeughausseite war mir zur zweiten Wohnung geworden, in welcher im Laufe der Zeit unzählige Menschen mit mir verkehrt, meine Frau mich öfters besucht hatte ...

Digitized by Google

Der Monat Januar 1863 war zur Ordnung meiner Privatangelegenheiten, zu Abschiedsbesuchen usw. bestimmt. In diesem Monat oder im Dezember 1862 hatte ich Audienz bei dem Könige und Gelegenheit, ihm mein politisches Glaubensbekenntnis vorzutragen, was ihn wohl nicht voll befriedigte, aber auch keinen direkten Anlaß zur Unzufriedenheit bot. Irgendeine bestimmte Anweisung wegen der von mir zu verfolgenden Verwaltungsmaximen erhielt ich von dem Könige nicht. Ebensowenig von einem der Minister. Ich blieb daher ganz auf mich angewiesen, was mir auch ganz recht war.

Nachdem meine Ernennung veröffentlicht worden war, erhielt ich eines Tages auch den Besuch des älteren der Gebrüder Radziwill, des Fürsten Wilhelm, der mir ein Promemoria, die Provinz betreffend, zur Durchsicht und Beachtung übergab . . . Noch ein andrer vornehmer Pole, der Kammerherr Thaddeus v. Morawski, mit dem ich auch später in freundlichen Beziehungen geblieben bin, machte mir schon in Berlin seinen Besuch."

Am Morgen des 24. Januar 1863 verließ Horn Berlin. Am Abend desselben Tages wurde er auf dem Bahnhofe in Posen von den ihn erwartenden Herren mit der Nachricht empfangen, daß in Warschau eine Insurrektion ausgebrochen sei. War er frischen Mutes abgereist, so hatte er doch gehofft, in Ruhe an das neue Werk gehen zu können. Jetzt wurde er plötzlich vor eine unerwartete schwierige Aufgabe gestellt, denn die Ereignisse im Königreich Polen mußten die lebhafteste Rückwirkung auf das Großherzogtum äußern und auf dem diesseitigen Staatsgebiet Maßregeln verschiedenster Art erfordern. Bei voller Dunkelheit im Oberpräsidium angelangt, hatte er nach flüchtiger staunender Betrachtung der schönen Räume sofort Depeschen zu empfangen und zu erledigen.

Wie die Sache verlaufen werde, war damals nicht abzusehen. Es erschien ihm jedoch von vornherein ausgeschlossen, daß es auch in der Provinz zu einem Aufstand kommen werde.

„Eintretendenfalls war ich entschlossen, schnell und rücksichtslos vorzugehen, und der kräftigsten Hilfe des Militärs sicher. Aber wiewohl eine äußere Störung der Ruhe nicht eintrat und nicht zu besorgen war, das ganze Unternehmen auch von der Mehrzahl des Adels gemißbilligt wurde, so gab sich doch, namentlich in der ersten Zeit, große Aufregung und große Sympathie für die Aufständischen kund.

Es war daher meine erste Sorge, durch eine in unzähligen Exemplaren verbreitete Proklamation die Bewohner der Provinz vor einer Teilnahme an der Insurrektion unter Hinweis auf die gesetzlichen Strafen zu warnen. Diese Proklamation erschien unter dem 1. Februar 1863 und war von dem kommandierenden General Grafen Waldersee, weil derselbe mit den in andern Provinzen unbekannten Funktionen eines Militärgouverneurs bekleidet war, mitunterzeichnet. Da man diese Partikularität in Berlin nicht kannte, wurde ich im Abgeordnetenhause wegen Beteiligung des kommandierenden Generals an der Proklamation heftig angegriffen und von dem mir bis dahin stets freundlich gegenübergetretenen Abgeordneten v. Bonin, meinem Amtsvorgänger, damit verteidigt, daß man die Sache meiner Neuheit und Unerfahrenheit zugute halten müsse."

Digitized by Google

Die Proklamation hatte wenig Erfolg. Daß durch Zuzüge aus dem diesseitigen Gebiete der Insurrektion im Königreiche Vorschub geleistet wurde, war klar, seitdem es ungeachtet der sorgfältigen Ueberwachung durch Militär- und Zivilbehörden einer mehrere hundert Köpfe starken Bande gelungen war, in der Nacht vom 28. Februar auf den 1. März die Grenze zu überschreiten. Die seitdem eingetretene Verstärkung der militärischen Kräfte in der Provinz machte es möglich, die Ueberwachung noch strenger zu handhaben. Es gelang, einige Banden aufzuheben, welche sich nächtlicherweile zusammengefunden hatten, um die Grenze zu überschreiten. Seitdem schienen die Polen ein andres System zu befolgen, um die Insurrektion vom diesseitigen Gebiet aus zu verstärken. Einzeln oder in ganz kleinen Trupps zu zwei bis drei Köpfen gingen die Zuzügler über die Grenze, um im jenseitigen Gebiet sich zu sammeln und bewaffnet zu werden. Es fehlte an positiven Andeutungen, daß man Zuzüge im größeren Maßstabe vorbereite. Da indes die Nachricht nach Posen gelangte, daß die nach Galizien übertretenden polnischen Insurgenten versuchen würden, sich in die Provinz Posen zu begeben, um von hier aus wieder in das Nachbarland zur Beteiligung an der Insurrektion zurückzukehren, und da das Erscheinen dieser Personen Anlaß geben konnte, von dem Großherzogtum aus wieder größere Zuzüge zu organisieren, so wurden die Landräte, in deren Kreisen das polnische Element stark vertreten war, angewiesen, wiederholte, umfassende und genaue Revisionen des Personenstandes auf allen Gütern vorzunehmen, deren Besitzer für verdächtig gehalten würden, den revolutionären Umtrieben irgendwie Vorschub zu leisten. Man durfte erwarten, daß, wenn auf diese Weise die Sicherheitsorgane sich häufig da blicken ließen, wo neue Fäden zu einem Unternehmen angesponnen wurden, entweder die beabsichtigten Zuzüge unterbleiben oder aber die polizeilichen Organe leicht Kenntnis von den Vorbereitungen erhalten könnten, um dann durch weitere Recherchen die Teilnehmer zu ermitteln . . .

„So wirksam für die gesteigerte polizeiliche Tätigkeit das Gendarmeriekorps sich erwies, so wenig war auf alle Polizeidistriktskommissarien voller Verlaß. Denn unter ihnen befanden sich auch Polen, die, sonst und an sich sehr tüchtig und bewährt, jetzt gegenüber dem Andringen und den Versuchungen ihrer Landsleute sich nicht vollkommen zuverlässig erwiesen. Ich war genötigt, einige derselben, deren Untreue hatte erwiesen werden können, zu entlassen. Wiederholt bin ich von Gutsbesitzern polnischer Nationalität angegangen worden, Gendarmen auf ihr Gut zu legen, um sie gegen das Andringen polnischer Emissäre zu schützen.

Vielfach aber gab sich große Sympathie für den Aufstand kund. Von dem Gymnasium in Tremessen entwichen so viel Schüler nach Polen, daß der Direktor Szostakowski, ein Mann polnischer Nationalität, selbst den Antrag stellte, das Gymnasium zu schließen, was denn auch geschah, dem Mann aber in den Augen seiner Landsleute unendlich geschadet und unsägliche Verfolgung und Kummer eingebracht hat. In der Stadt Posen war die Aufregung in der ersten Zeit nach Ausbruch der Insurrektion sehr groß. Ich hatte veranlaßt, daß im

Digitized by Google

Hofe des Regierungsgebäudes vor das Lokal der Hauptkasse ein Militärposten gestellt wurde, um gegen alle Eventualität gesichert zu sein; dies hatte eine Zusammenrottung des Volkes zur Folge, welches die Entfernung des Postens verlangte. Ich begab mich auf die erste Meldung davon unter die Menge, erklärte laut, daß der Posten nun erst recht bleiben würde, hieß die Menge auseinandergehen und erlangte auch, daß sie sich langsam zerstreute.

Eines Tages wurde mir hinterbracht, daß einer meiner beiden Diener, ein Pole, gedungen sei, mich zu observieren, und daß er den Polen zutrage, was bei mir vorgehe. Da der Mensch, Wilhelm Domaniewski mit Namen, um die Pflege meines Vorgängers v. Puttkamer, der monatelang krank war und täglich gebadet werden mußte, sich verdient gemacht hatte, da er außerdem ein ganz vortrefflicher Bedienter war, wie ich vorher und nachher nie einen ähnlichen gehabt habe, und seine angebliche Spionage ihm gar nichts helfen konnte, indem er nach den lokalen Einrichtungen Gespräche nicht überhören konnte und Papiere ihm nicht zugänglich waren, so beschränkte ich mich darauf, ihn zu verwarnen.

Hin und wieder brachte ein gewisser Uebereifer von Beamten in jener Zeit auch Komisches zutage. So wurde ich in einer Nacht durch ein Telegramm aus Braunsberg in Ostpreußen geweckt, welches mir meldete, daß daselbst fünf oder sechs Revolver in Beschlag genommen worden seien! Ein andermal ging als höchst wichtig die Nachricht ein, daß auf den Hof eines Klosters nächtlicherweile einige schwer beladene Wagen gefahren worden seien und ohne Zweifel Waffen enthielten. Es wurden also schleunigst die nötigen Sicherheitsmaßregeln getroffen, und es ergab sich dann, daß die Wagen Kartoffeln enthielten!

Für die militärische Aktion war in der Person des Kommandierenden Generals des I. Armeekorps, General der Infanterie v. Werder, ein „Oberbefehlshaber" ernannt. Auf die erste Nachricht hiervon bekam ich einen Schreck, indem ich besorgte, daß die Duplizität des Militärkommandos Reibungen zwischen den beiden militärischen Befehlshabern herbeiführen und meine Wirkungssphäre unangenehm einschränken könnte. Denn ich bin immer, bei schicklicher Unterordnung gegen die Vorgesetzten, bei voller Achtung fremder Wirkungskreise und dabei für guten Rat empfänglich, oft seiner bedürftig, stets eifersüchtig bemüht gewesen, jeden Eingriff in meine Attributionen abzuwehren.

Keine der beiden Befürchtungen trat ein, und ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne beiden Generalen v. Werder und Graf v. Waldersee hier den Tribut meiner Dankbarkeit darzubringen; sie haben in der Art, wie sie ihre Aufgaben erfaßten und ausführten, mir mein Amt erleichtert und durch ihr freundliches Entgegenkommen den Verkehr in dienstlicher und geselliger Beziehung sehr angenehm gemacht. Beide, Veteranen aus den Befreiungskriegen, waren geistig und körperlich noch recht frisch, dabei furchtlos, gelassen, nichts weniger als nervös und von feinen und gefälligen Formen, Liebhaber der Geselligkeit und dabei selbst gastfrei, Graf Waldersee scherzhaft, Freund von Anekdoten und Geschichten, die er in „verheiratete" und „unverheiratete" zu teilen pflegte.

Während der Dauer der polnischen Insurrektion nahm auch ein russischer

Digitized by Google

Militärbevollmächtigter, Oberst v. Weymarn, ein Deutscher von Geburt, in Posen, als dem Sitz des Oberbefehlshabers, seine Residenz. Auch er hat mir mein Amt nicht schwer gemacht, sich sehr diskret betragen, die Sache überhaupt sehr ruhig genommen. Er verkehrte auch in meinem Hause und sah es gern, wenn er mit einer dramatischen Künstlerin, die er auch nachher geheiratet hat, in Gesellschaften zusammentraf.

Die lange Dauer der Insurrektion hatte eine große Belästigung der an die Grenze dislozierten Truppen und der dortigen Quartiergeber zur Folge. Wiederholt bin ich von letzteren, darunter gut und patriotisch gesinnten deutschen Gutsbesitzern, mit Klagen, daß ihre Vorräte fast aufgezehrt seien, angegangen worden und habe dann um einen Quartierwechsel mich bemüht. Indes war die militärische Besetzung der Grenze die einzige Art, der Ueberführung von Menschen und Waffen zu den Insurgenten einigermassen wirksam zu begegnen . . .

Obwohl die äußere Ruhe in der Provinz nicht gestört war, wurde ich gedrängt, darauf anzutragen, daß die Provinz in Belagerungszustand erklärt werde. Da das Gesetz von 1851 dazu keinen Anhalt bot, so weigerte ich mich, es zu tun. Ich hatte die beiden Generale v. Werder und Graf Waldersee auf meiner Seite, im übrigen aber waren viele einflußreiche Männer gegen mich. Einmal oder öfter wurde im Abgeordnetenhause getadelt, daß ungerechtfertigte Haussuchungen und Verhaftungen vorkämen und statt dessen lieber der Belagerungszustand eingeführt werden sollte. Meine Lage wurde immer schwieriger. Man schickte mir den General v. Treskow, um mit mir zu verhandeln. Ich blieb standhaft, da ich das von ihm vorgebrachte Argument, es sei doch „in den Gemütern" Aufregung, nicht für durchgreifend nach dem Gesetz erachten konnte. Etwas später kam der Kommandierende General des II. Armeekorps v. Steinmetz, dem der Bezirk Bromberg militärisch untergeordnet ist, mit militärischem Gefolge unangemeldet bei mir an, um mich zur Beantragung des Belagerungszustandes zu bestimmen, was ich in aller Höflichkeit wiederum ablehnte. Endlich als der Aufstand bis ins Jahr 1864 sich verlängerte, erschien, um sich an Ort und Stelle von der Sachlage zu unterrichten, in Posen der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg. Diesmal wurde meine Position noch schwieriger, weil die mich umgebenden Räte, die ich mit dem hinzugezogenen Landrat v. Madai zu einer Konferenz vereinigt hatte, dazu rieten, nach Maßgabe des Gesetzes von 1851 wenigstens einige Artikel der Verfassungsurkunde außer Kraft zu setzen. Ich sprach mich auch dagegen aus, Graf Eulenburg trat mir auch nicht entgegen, entschied sich nicht und reiste wieder ab. Die Sache blieb auf sich beruhen. Aus Berlin erfolgte nichts weiter. Endlich war die Insurrektion zu Ende und damit die Frage erledigt.

Mir aber war die abgelaufene Zeit wegen der immer wiederkehrenden Diskussion des Belagerungszustandes äußerst peinlich geworden, da ich ganz allein die Verantwortung zu tragen hatte. Ich blieb aber fest und erklärte, mich eher wegschicken zu lassen als etwas Ungesetzliches zu tun. Es ist noch heute meine Ansicht, daß das Gesetz von 1851 einem Antrage auf Einführung des

Digitized by Google

Belagerungszustandes nicht zur Seite gestanden hätte. Allerdings hätte ich schwerlich Nachteile erfahren, wenn ich dem Andrängen nachgegeben haben würde. Ich hätte damit der russischen Regierung einen Dienst erwiesen, den Beifall der Militär- und Hofpartei mir erworben und mir Ruhe verschafft. Aber ich hätte damit meines Erachtens dem Lande und der Provinz geschadet, indem mit dem Belagerungszustande anerkannt worden wäre, daß man in der Provinz mit den gewöhnlichen Gesetzen nicht auskommen könne. Ob mit der Erklärung des Belagerungszustandes in der Provinz Posen der Aufstand im Königreiche früher beendet worden wäre, ist zweifelhaft. Erreicht aber wäre damit das, was ich auch auf das Aeußerste vermeiden wollte, daß das Regiment in der Provinz von den Zivilbehörden auf das Militär überging.

Zu großer Genugtuung hat es mir gereicht, daß, als ich nach beendigtem Aufstande eine Audienz beim Könige hatte, er mir wegen meines Verhaltens bezüglich der Frage nach dem Belagerungszustande schließlich recht gegeben hat."

Schon vorher aber hatte der Ministerpräsident in einem eigenhändigen Schreiben Horns Haltung gebilligt.

Berlin, 25. Mai 1863.

„Hochgeehrter Herr Oberpräsident!

In der Voraussetzung, daß die Andeutungen öffentlicher Blätter über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Ew. Hochwohlgeboren und dem Staatsministerium zu Ihrer Kenntnis gelangt sind, kann ich nicht umhin, Ihnen in dieser ganz außeramtlichen Form die Versicherung auszusprechen, daß seit dem Beginn Ihrer Tätigkeit als Oberpräsident ich weder von Seiner Majestät dem Könige noch von einem Mitgliede des Staatsministeriums jemals anders als mit der rückhaltlosesten und wärmsten Anerkennung von der ebenso umsichtigen als energischen Haltung habe reden hören, in welcher Ew. Hochwohlgeboren den so schwierigen Verhältnissen Ihrer Provinz gegenübergetreten sind. Es fehlt also an den bezeichneten Stellen auch jeder Schatten eines Vorwandes zur Erfindung solcher Gerüchte, wie die öffentlichen Blätter sie gebracht haben. Seine Majestät der König hat sie mit Befremden gelesen und dabei Seiner Zufriedenheit mit der amtlichen Tätigkeit Ew. Hochwohlgeboren lebhaften Ausdruck gegeben.

Mit der Versicherung der ausgezeichnetesten Hochachtung

Ew. Hochwohlgeboren

ergebenster

v. Bismarck."

Eine Anerkennung der von Horn getroffenen Maßregeln lag auch darin, daß auf Anweisung des Ministers des Innern der Regierungsrat Raffel im März 1864 von Posen nach Marienwerder geschickt wurde, um nicht nur das Vorgehen in Westpreußen mit dem in der Provinz Posen in Uebereinstimmung zu bringen, sondern um vor allem den beteiligten Beamten der Regierung in Marienwerder darzulegen, wie im Posenschen mit Erfolg verfahren worden war.

Digitized by Google

„Neben der polizeilichen und militärischen Aktion gegen den polnischen Aufstand gingen gerichtliche Schritte gegen diejenigen, welche verdächtig waren, die Insurrektion zu fördern und im Inlande vorzubereiten. An diesen Schritten bin ich in einer Richtung auf eine mir denkwürdige Weise beteiligt gewesen. Eines Morgens nämlich meldete mir mündlich der Polizeipräsident v. Bärensprung, daß bei dem Grafen Dzialynski, der im Verdacht stand, bei der Vorbereitung einer künftigen Insurrektion als Hauptorganisator beteiligt zu sein, eine Haussuchung abgehalten worden sei, aber ohne Erfolg. Auf meine Frage, ob alle bewohnten Räume durchsucht worden seien, erhielt ich die Antwort, daß die Polizeibeamten geglaubt hätten, das Schlafzimmer des Grafen nicht betreten zu sollen. Ich ordnete die sofortige Wiederholung der Haussuchung an, welche einen unerwarteten Erfolg hatte. Nachdem der betreffende Polizeibeamte das Schlafzimmer betreten hatte, bemerkte er in einem Spiegel, daß der Graf D., der ihm abgewendet war, ein aus einem Schubfach genommenes Notizbuch zu verbergen suchte. Er nötigte den Grafen, das Notizbuch herauszugeben, und darin fanden sich, nach den einzelnen Kreisen geordnet, die Namen der für die künftige Insurrektion designierten Führer in einer den Grafen bestimmt gravierenden Weise. Es hätte nun der Graf sofort in Haft genommen werden können. Der Oberstaatsanwalt aber war der Meinung, daß Graf D., der Abgeordneter war, nicht verhaftet werden dürfe, weil er nicht in flagranti betroffen worden sei. Die Verhaftung unterblieb also, und Graf D. begab sich eilends nach Paris. Später stellte er sich freiwillig und wurde, soviel ich mich erinnere, zu zweijähriger Gefängnis- oder Festungsstrafe verurteilt."

Für das Amt des Oberpräsidenten war Horn insofern besonders gut vorbereitet, als er durch die Beschäftigung bei dem Polizeipräsidium in Berlin, im Ministerium des Innern, dessen Zuständigkeit damals erheblich weiter ging als jetzt, und im Finanzministerium Einblick in fast alle Zweige der Verwaltung erhalten hatte. Der von ihm verwalteten Provinz kam zu statten, daß er durch seine Tätigkeit im Finanzministerium über die Zweckbestimmung der verschiedenen Fonds und die Voraussetzungen, unter denen daraus Mittel flüssig gemacht werden konnten, genau unterrichtet war. Auch die guten Beziehungen, die er in Berlin zu vielen einflußreichen Beamten in fast allen Ministerien angeknüpft hatte, wußte er für die Provinz nutzbar zu machen. In Berlin war er auch, wie bereits bemerkt, mit verschiedenen früheren Oberpräsidenten von Posen bekannt geworden, wodurch ihm das Verständnis ihrer Verwaltungsweisen erleichtert wurde. Von größter Bedeutung für ihn waren seine Beziehungen zu Flottwell. Er hatte ihn schon in seiner Jugend kennen gelernt und anfangs der dreißiger Jahre auf einer Reise nach Wien in Posen aufgesucht. Im Finanzministerium traten die beiden Männer einander auch dienstlich näher. Für Horn galt die Verwaltung des Oberpräsidiums von Posen durch Flottwell als „die glänzendste Periode der langen Laufbahn dieses mit Recht viel gepriesenen Staatsmannes" und bei jeder sich bietenden Gelegenheit hob er hervor, wieviel Gutes Flottwell, „ein im seltenen Grade trefflicher Mann, lebhaften Geistes und edler Denkungs-

Digitized by Google

art" vermöge seiner unermüdlichen Tätigkeit und seines kräftigen Vorgehens in der Provinz geschaffen habe.

Ohne jede Anweisung nach der Provinz entsandt, hatte Horn sich ein Verwaltungssystem selbst zu bilden. „Gerecht und wohlwollend gegen alle ohne Unterschied" war und blieb sein oberster Verwaltungsgrundsatz. Danach zu handeln, ist ihm nicht schwer geworden, auch nicht den Polen gegenüber, zumal er für diese eine gewisse Sympathie mitbrachte und die guten Eigenschaften besonders des niederen Volkes zu schätzen wußte. Er verkannte nicht, daß die Teilung Polens und der Verlust der politischen Selbständigkeit die Polen schmerzen muß. Es galt aber auch für ihn als selbstverständlich, daß am wenigsten Preußen von dem, was ihm von dem ehemaligen Polen nach 1815 geblieben, jemals freiwillig auch nur ein Dorf abtreten dürfe. Seines Erachtens war deshalb „jedem Versuche zu einer Umwälzung auf das Entschiedenste entgegenzutreten, anderseits aber das polnische Volk schonend und rücksichtsvoll zu behandeln. Ich habe daher," so schreibt er, „jederzeit den Polen gegenüber erklärt, daß sie preußische Untertanen seien und bleiben müßten, dem Könige Treue, Ehrerbietung und Dankbarkeit zu erweisen hätten, aber ihre Sprache, Sitte und Konfession behalten sollten ... Wenn ich mich bestrebt habe, ihre Nationalität zu schonen, so habe ich doch allezeit proklamiert, daß die Polen neben ihrer Muttersprache auch das Deutsche lernen müßten". Hierauf legte er das größte Gewicht.

An andrer Stelle äußert er sich über die Grundsätze, nach denen er als Oberpräsident von Posen verwaltet habe, wie folgt: „Die größte Festigkeit und Entschiedenheit, demgemäß auch unabläßige Wachsamkeit gegenüber allen Bestrebungen und Agitationen für Insurrektion und Sezession. Daneben aber gleiche Behandlung des einen wie des andern. Soviel Nützliches schaffen als möglich. Offenheit und Ehrlichkeit im Reden und Handeln. Für jedermann zugänglich sein und billige Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen. Die Teilung Polens läßt sich nicht rückgängig machen und wird von den Besten der Nation stets schmerzlich empfunden werden. Aber man muß das preußische Regiment ihnen nicht nur erträglich, sondern wert machen. Und wenn dann noch Menschenalter vergehen, ehe die Provinz völlig assimiliert wird, so hat doch Preußen inzwischen seine Schuldigkeit getan und kann das Weitere und Endliche Gott und der Zukunft anheimstellen." Dabei leitete ihn die Ueberzeugung, daß dem Deutschtum schon wegen seiner höheren kulturellen Bedeutung der Sieg im Ringen mit dem Polentum zufallen müsse; doch wollte er der Entwicklung der nationalpolitischen Verhältnisse in der Provinz nicht untätig zusehen; vielmehr war er eifrig bemüht, das Deutschtum soweit als möglich zu fördern und so die allmähliche Verschmelzung der beiden Nationalitäten, die auch für ihn das letzte Ziel der Polenpolitik war, zu beschleunigen. Hierauf soll später näher eingegangen werden.

Im übrigen ließ er sich in seiner Stellung als Oberpräsident von folgenden Gesichtspunkten leiten. „Ich hatte mein Amt mit dem Entschlusse angetreten,

Digitized by Google

es nicht bloß im Sinne der Dienstanweisung für die Oberpräsidenten zu verwalten, sondern frisches Leben in die Verwaltung zu bringen, Gutes und Nützliches, wo sich Anlaß bot, anzuregen, zu schaffen oder zu fördern, also nicht bloß auf Anträge, die an mich gebracht wurden, zu warten und zu entscheiden, sondern nach Umständen selbständig einzugreifen oder wenigstens die Tätigkeit der untergeordneten Behörden anzufeuern. Ich konnte dabei andre Oberpräsidenten, mit welchen ich sonst nicht übereinstimmte, zum Muster nehmen und allerdings auf Tadel und Anklagen wegen Uebergreifens in fremde Ressorts mich gefaßt halten. Freilich fassen manche Oberpräsidenten ihre Stellung anders auf; sie beschränken sich darauf, ihre Aktion eintreten zu lassen, wenn sie angerufen wird, führen dabei ein viel gemächlicheres Leben, als ich geführt habe, sind ungeachtet ihres zurückhaltenden Wesens nicht unbeliebt und in Berlin voll gewürdigt und anerkannt. Ich konnte mich aber mit einer gewissen Passivität in meiner Stellung als Oberpräsident nicht befreunden. Es ist mit derselben soviel Autorität und, wenn die Behörden und das Publikum redlichen Willen bekunden, so viel Einfluß verbunden, dabei hat ein Oberpräsident so viel Gelegenheit, sich zu informieren, Mängel und Schäden wahrzunehmen, daß meines Erachtens eine ganz ungerechtfertigte Selbstbeherrschung dazu gehört, wenn der Oberpräsident sich auf die ihm offiziell zugebrachten Sachen beschränkt und nicht häufig eine selbsttätige Initiative ergreift.

Allerdings sind die Oberpräsidenten lange das nicht mehr, was sie vor 1848 waren. Sie **mußten** bis dahin alle Jahre in Berlin sich einfinden, um über den Zustand und die Bedürfnisse der Provinz Auskunft zu erteilen. Auf ihre Auffassung und Anträge kam alles an. Selten bereiste ein Minister die Provinzen; die Presse unterlag der Zensur; ein Abgeordnetenhaus gab es nicht. Aber wie verändert immer die Stellung des Oberpräsidenten gegen früher ist, sie bleibt wegen der Vielseitigkeit und Bedeutung der ihnen anvertrauten Interessen eine sehr wichtige. Auch in den Augen des Publikums, welches immer seinen Blick auf den Oberpräsidenten gerichtet hat. Besonders hoffen alle Bedrängten auf ihn. Wer überall abgewiesen worden ist, glaubt vielleicht noch bei dem Oberpräsidenten Hilfe zu finden. Dabei gilt es dann allerdings, einen Unterschied zu machen; man kann nicht jedem helfen. Deshalb habe ich mich beispielsweise in Begnadigungssachen nur selten eingemischt. Dagegen bin ich stets zu bestimmten Tagesstunden für jedermann zugänglich gewesen und habe nach dem Vorbilde des Kabinetts Seiner Majestät des Königs jeden Brief beantwortet. In einem Punkte bin ich vielleicht zu weit gegangen, nämlich in eingehender Erledigung von Unterstützungsgesuchen."

Ein wesentliches Erfordernis für ein gedeihliches Wirken als Oberpräsident war seines Erachtens ein gutes Einvernehmen mit den Behörden der Provinz und deren Chefs. „Denn es arbeitet sich viel besser, man erreicht viel mehr, wenn Anordnungen und Anweisungen sich nicht bloß auf amtliche Autorität gründen, mit welchen man allerdings Notwendiges durchsetzen kann, sondern wenn man bei den andern Behörden und Beamten, mit welchen zusammen oder

Digitized by Google

durch welche man die Verwaltung zu leiten hat, ein auf Wohlwollen und Vertrauen gegründetes bereitwilliges Entgegenkommen findet. Dies ist bei mir — und ich kann dafür meinem Geschick nicht dankbar genug sein — in großem Maße der Fall gewesen, wenn ich auch in einzelnen Fällen auf eine feindselige Opposition gestoßen bin, welche sich auf eine persönliche, mir unerwartete Abneigung gründete ... Sehr zu statten kam mir für meine Stellung als Oberpräsident, daß ich während meiner Beschäftigung bei dem Finanzministerium so vielen Regierungsmitgliedern persönlich bekannt geworden war, und zwar von der Seite, daß, wenn ich auch nicht allen Wünschen hatte entgegenkommen können, ich immer Offenheit, Gerechtigkeit und Wohlwollen gezeigt hatte."

In seinem rastlosen Eifer stellte er sehr hohe Anforderungen an die ihm untergeordneten und beigegebenen Beamten. Trotzdem brachten sie ihm — mit verschwindenden Ausnahmen — Verehrung und Zuneigung entgegen, weil er in hingebender Erfüllung amtlicher Pflichten allen mit leuchtendem Beispiel voranging und bei großer Strenge im Dienst rein menschlichen Anteil an ihrem persönlichen Ergehen nahm. „Sein Fürwort" — so schrieb 1867 ein hoher Beamter in Berlin — „ist sicher von weitreichendem Einfluß. Dabei ist er ein Mann des wahrhaftigsten Wohlwollens und besitzt die seltene Eigenheit, für andre stets mehr zu tun, als er ihnen zu erkennen gibt. Auch ich bin mehr als einmal durch seine ungeahnte Fürsorge überrascht worden." So haben ihm denn auch viele Beamte über die Zeit ihres dienstlichen Verhältnisses zu ihm hinaus treue Anhänglichkeit bewahrt.

Aber auch mit den Organen andrer staatlicher Verwaltungen verstand er vertrauensvolle Beziehungen zu unterhalten und einmütig für die gemeinsame Aufgabe, das Beste der Provinz, zu wirken. Dies wurde ihm bei seinem Scheiden aus der Provinz von verschiedenen Seiten bezeugt. Das Kollegium der Generalkommission schrieb an ihn:

„Wir danken Ew. Exzellenz für die wohlwollende Anerkenntnis des einträchtigen Verhältnisses und der befriedigenden Beziehungen zu uns, indem wir versichern, daß es stets unser eifrigstes Bestreben gewesen ist, dem Vorbilde, mit dem Ew. Exzellenz allen Behörden vorangeleuchtet haben, nachzueifern."

Und aus demselben Anlaß richtete der Provinzialsteuerdirektor folgende Worte an ihn:

„Der segensreiche Einfluß von Ew. Exzellenz Verwaltung der Provinz hat sich auch über die meiner speziellen Leitung anvertraute Verwaltung erstreckt, und es ist mir ein tiefgefühltes Bedürfnis, Hochdenenselben zugleich im Namen der Mitglieder der mir untergebenen Behörde bei Ihrem Scheiden aus der hiesigen Provinz den Dank für das Wohlwollen und die kräftige und erfolgreiche Unterstützung auszusprechen, welche Sie meinem Amtsvorgänger und auch mir während der leider nur kurzen Zeit unsres Zusammenwirkens in dem Bestreben stets geschenkt haben, das Beste der Provinz innerhalb unsres amtlichen Wirkungskreises zu fördern."

Er war aber auch mit Erfolg bemüht, zu den Organen nicht staatlicher

Digitized by Google

Verwaltungen in der Provinz gute Beziehungen zu unterhalten und zugleich anregend auf ihre Tätigkeit zu wirken. Dies glückte ihm besonders in bezug auf den Provinziallandtag. (Fortsetzung folgt)

England, Deutschland und der Friede Europas[1])

Von

F. Hoffmann, Konteradmiral z. D.

„Der Friede ist das größte Interesse aller Völker," sagt Sir Max Waechter im Anfang seines im Mai-Heft der „Deutschen Revue" erschienenen Artikels mit obiger Ueberschrift.

Ist das richtig? Ist das ein Ergebnis weltgeschichtlicher Forschung, oder lehrt das die Heilige Schrift? Sir M. Waechter äußert sich darüber nicht. Aber wenige Zeilen später, als er vom Balkankriege spricht, sagt er: „Die Heilige Schrift und die Erfahrung lehrt uns, daß auch das Uebel seinen Segen bringt."

Mir scheint, der Verfasser beider Sätze widerspricht sich in ihnen. Die im zweiten Satz enthaltene Berichtigung des ersten läßt erkennen, daß der Verfasser wohl selbst nicht glaubt, daß alle Völker jederzeit als ihr größtes Interesse den Frieden angesehen haben oder ansehen werden. Weiß er doch wohl beispielsweise aus der englischen Geschichte, daß England oft genug Interesse daran hatte, Kriege zu führen. Wie hätte es sich sonst sein großes Kolonialreich schaffen, wie hätte das winzige Inselreich sich sonst zu einer Weltmacht ersten Ranges aufschwingen können!

Die Geschichte beweist aber sogar das Gegenteil jenes Satzes. Sie zeigt, daß manche Völker nicht zu ihrem Nutzen den Frieden für ihr größtes Interesse hielten; sie lehrt, daß solche Völker, weil sie im Frieden verweichlichten, weil sie es im Frieden verlernten, sich zu zielbewußter, energischer Wehr aufzuraffen, herabstiegen von früherer Macht und Größe, und aufhörten, im Rate der Völker eine Rolle zu spielen.

Also nicht das größte Interesse der Völker ist der Friede. Wohl aber haben alle Völker ein großes Interesse an ihm. Denn nur in Friedenszeiten können sie sich im Innern entwickeln, können sie die Aufgaben lösen, die sie sich zur Erlangung menschlichen Glückes, nationaler Wohlfahrt und Gesittung gestellt haben.

Darum kann man den Bestrebungen, welche Sir M. Waechter mit seinen Ausführungen verfolgt, Herstellung friedlicher Verhältnisse durch Begründung eines europäischen Staatenbundes anzubahnen, wohl beitreten, wenngleich auch

---

[1]) Anmerkung der Redaktion. Wir behalten Sir Max Waechter eine Entgegnung auf obigen Artikel vor.

Digitized by Google

dadurch ewiger Völkerfriede nicht geschaffen werden wird, auch nicht geschaffen werden kann, weil jeder Organismus, auch der solchen Staatenbundes, von Zeit zu Zeit des Aderlasses, der Probe aufs Exempel bedürfen wird, um lebensfähig zu bleiben. Immerhin aber kann ein solcher Staatenbund viele Reibungsflächen beseitigen, viel Grund zum Krieg aus der Welt schaffen, und vielleicht auch dazu beitragen, die schwere Belastung der Völker durch Rüstungen zu vermindern. Sir M. Waechter hat daher recht, wenn er sagt: „Einigkeit, nicht Befehdung und Zerrissenheit sollte das Ideal der Staatsmänner und Diplomaten Europas sein."

Er hat auch darin recht, daß er die staatenbündliche Einigung Europas für möglich hält, solange tiefgehende Gegensätze zwischen leitenden Völkern bestehen, und daher als ersten Schritt zur Einigung Europas die Einigung Englands und Deutschlands fordert. Er hat aber nicht recht, wenn er des weiteren ausführt, daß England solcher Einigung nicht entgegenstehe, daß nur Deutschland unbegründetes Vorurteil gegen England hege, daß mithin Deutschland davon ablassen, sich ändern, sich bessern müsse.

Hier vergißt Sir M. Waechter, daß Einigung zwischen Großstaaten nur auf einer Grundlage erfolgen kann, auf der einzigen Grundlage des Gleichgewichts, und daß Gleichgewicht nur da vorhanden ist, wo auf keiner Seite ein Uebergewicht, ein Vorrecht, Privileg in die Wagschale fällt. Schmoller sagt in seinen „Charakterbildern" in dem Aufsatz, dessen Titel „Fürst Bülow und die preußisch-deutsche Politik im Frühjahr 1907" lautet:

„Ein solches Privileg aber sei es, wenn England die andern Mächte am Bau, an der Vergrößerung ihrer Flotte hindern will, weil es die Welthandelsherrschaft in allen Meeren behalten müsse. Das sei eine Negation des Gleichgewichtsgedankens, auf dem allein sich eine friedliche Staatenwelt aufbauen könne. Es müsse der Gedanke des Gleichgewichts der Staaten über die Tendenzen einer Welthandelsherrschaft siegen; es dürfe nicht ein Staat sagen, er habe das Privileg dieser Herrschaft, er verbiete allen andern die Vermehrung ihrer Flotte, er wolle allein mit seiner übermächtigen Flotte alle Meere beherrschen, d. h. wolle die Macht haben, im Welthandel alle Türen auf- und zuzumachen. Der Fortschritt der Menschheit hänge davon ab, daß heute endlich eine friedliche Staatengesellschaft Gleicher ermöglicht werde, daß die Welthandelsherrschaft eines einzigen Staates sich nicht mehr wie im Altertum realisiere."

Wenn Sir M. Waechter die Einigung Englands und Deutschlands anbahnen will, so soll er dazu nicht eine großzügige Propaganda in Deutschland vorschlagen. Deren bedarf es gar nicht. Aber er soll seine Landsleute auffordern, den Anspruch Englands auf die Welthandelsherrschaft, das ist die Vorherrschaft auf dem Meere, fallen zu lassen. Davon hat er bisher kein Wort gesagt, hat keine Miene dazu gemacht, vielmehr so getan, als ob es Deutschland sei, das jenes Privileg für sich in Anspruch nähme, das seine Flotte nur zu dem Zweck baue, sich die Vorherrschaft auf dem Meere zu sichern. Er vergißt dabei ganz und gar, daß Englands Flotte mehr als doppelt so stark ist wie die deutsche,

Digitized by Google

daß Deutschland mit Schaffung seiner Flotte nichts andres will, als seine Häfen, seinen Handel vor gänzlicher Zerstörung durch überlegene Feinde bewahren, als sich auf dem Meere und über das Meer hin einen Platz an der Sonne, nicht den besten, sondern überhaupt nur einen, sichern.

Nicht richtig ist es auch, wenn Sir M. Waechter das „schnelle Anwachsen der deutschen Flotte als berechtigten Grund zu Englands Mißtrauen gegenüber Deutschland bezeichnet. Ist denn die deutsche Flotte im Handumdrehen so stark geworden, daß Englands doppelt und dreifach stärkere Flotte sich vor ihr fürchten zu müssen glaubt? Ist nicht Deutschlands Flotte kaum stark genug, um Wache zu halten vor den Toren des eignen Landes? Würde denn ein englischer Admiral — und sei es ein Nelson — es wagen, mit einer so schwachen Flotte wie es die deutsche tatsächlich ist, Englands Küsten anzugreifen? Wäre das nicht ein an Wahnsinn grenzendes Unternehmen?

Und wie sieht es mit der Stimmung Englands gegen Deutschland aus? Darauf mag die Antwort Mr. Churchill geben, der Deutschland mit seinem Vorschlag von 16 zu 10 und dem einer Rüstungspause hinters Licht zu führen, to bluff, versuchte. War das ehrlich, war das die Offenheit, mit der die deutschen Flottengesetze aller Welt klar und deutlich vor Augen führen, wie stark die deutsche Flotte werden soll, wie schwach sie der unendlich stärkeren englischen gegenüber stets bleiben wird? Nein, Sir M. Waechter verwechselt die Tatsachen, wenn er behauptet, daß das Anwachsen der deutschen Flotte die maß- und grenzenlose Vergrößerung der englischen veranlaßt habe. Die englische Flotte war stets mehr als doppelt so stark wie die deutsche, und heute ist sie es dreifach. Was aber England bisher stets bewogen hat, seine Flotte so unverhältnismäßig viel stärker zu machen, als es die Flotten der übrigen Staaten Europas sind, das ist Englands Weigerung, auf dem Meere das Gleichgewicht herzustellen, das auf dem europäischen Festlande längst besteht. England will eben sein hundert Jahre genossenes Privileg nicht aufgeben, will der König des Meeres bleiben, und zwar womöglich, ohne daß es dadurch zu großen Kosten gezwungen wird. Darum schiebt es die Schuld stets von sich ab, wenn es, um seinen hohen Flottenstandard aufrecht zu erhalten, in die Taschen seiner Steuerzahler greifen muß. Augenblicklich ist es Deutschland, der als Sündenbock den englischen Steuerzahlern vorgehalten wird; vielleicht ist es später ein andrer Staat, Frankreich, Rußland oder auch die Vereinigten Staaten Amerikas. Tempora mutantur!

Sir M. Waechter sagt, in Deutschland sei die breite Masse des Volkes gegen England voreingenommen, das Uebelwollen gegen England so groß, daß mit der Gefahr zu rechnen sei, die deutsche Regierung sei gelegentlich nicht imstande, sich dem Volkswillen zu widersetzen, und müsse mit England Krieg anfangen. Wie wenig kennt die deutsche Volksseele, wer so schreiben kann!

Was zunächst die Voreingenommenheit betrifft, so kann doch nur da davon die Rede sein, wo kein Grund zur Beschwerde vorliegt. Trifft das hier zu? Hat Deutschland nicht auf Marokko verzichtet, weil England dazwischen trat? Hat England nicht das Privileg der Welthandelsvorherrschaft oft genug zum

Digitized by Google

Schaden Deutschlands ausgeübt? Hat nicht Englands Politik oft genug Deutschland gehindert, die Früchte seiner Anstrengungen, beispielsweise auf kolonialem Gebiet, zu ernten? Also voreingenommen braucht der Deutsche nicht gegen England zu sein, weil er Grund zur Klage hat. Oft genug ist er von England angeärgert worden, schlecht und unfreundlich behandelt; und das hat er sich gemerkt, ist mißtrauisch geworden: er fürchtet die Danaer, selbst wenn sie Geschenke bringen nach Churchillscher Art!

Was sodann die Gefahr betrifft, daß die deutsche Regierung durch die Volksstimmung sich zu einem Kriege gegen England treiben lassen könnte, so gibt es wohl keinen einzigen Deutschen, der das für möglich hält. Auch ist das nach der Verfassung des Deutschen Reichs gänzlich ausgeschlossen, weil nur der Kaiser mit Zustimmung des Bundesrats Krieg zu erklären vermag. Davor ist England also durchaus sicher.

Anderseits aber würde ganz Deutschland aufatmen und es aufs lebhafteste begrüßen, wenn sich die Möglichkeit böte, mit England zu einem Einvernehmen zu kommen. Denn außer, daß jedermann in Deutschland die großen Verdienste anerkennt, die England sich um die Menschheit überhaupt und die Mitwelt im besonderen auf allen Gebieten menschlicher Betätigung erworben hat, herrscht hier die allergrößte Sympathie nicht nur für den einzelnen Engländer, den Repräsentanten des Begriffs Gentleman, sondern auch für englische Erzeugnisse, Sitten, Lebensweise, ja die ganze englische Nation. Es ist eine Tatsache, daß nicht nur die deutsche Marine, sondern auch sonst überall, wo in Deutschland Vertrautheit mit englischen Verhältnissen vorhanden ist, die Engländer als das dem deutschen am nächsten stehende Volk angesehen werden. Dazu kommt die Stammes-, vielfach Bluts- und Sprachenverwandtschaft, die nicht wenig dazu beitragen, gute Beziehungen zu England in Deutschland so populär zu machen, wie für kein andres Land.

Also tatsächlich ist Deutschland nicht minder reif wie England für ein inniges Bündnis beider Länder. Aber um der Selbstachtung und der Gewähr für die Dauerhaftigkeit des Bündnisses willen muß Deutschland die eine Bedingung stellen, daß Gleichgewicht zwischen beiden Ländern herrschen muß auf allen Gebieten, besonders da, wo es bisher nicht der Fall war, auf dem Meere. Wenn England das ernstlich will, wenn es bereit ist, Deutschland im Welthandel — und dazu gehört koloniale Ausdehnung — überall dieselben Rechte zuzugestehen, die es selbst in Anspruch nimmt, dann wird es nicht schwer sein, für einen deutsch-englischen Bund eine Fassung zu finden, die dem natürlichen Empfinden der Herzen und der Gemüter auf beiden Seiten entspricht.

Digitized by Google

Zentraleuropa[1])

Von

Prof. Dr. Robert Piloty (Würzburg)

Die politische Hochspannung, welche durch die Krisis der Türkei hervorgerufen worden ist, nötigte die gesamte politische Welt zu erhöhter Besonnenheit. Die Größe und Bedeutung des wankenden Reiches prägten schon der Aufteilung der türkischen Länder Nordafrikas und mehr noch den Ereignissen und Machtverschiebungen auf dem Balkan den Stempel des weltgeschichtlichen Geschehens auf. Zumal Umfang und Wert der mannigfachen dort verflochtenen wirtschaftlichen Interessen und die Rückwirkung der dortigen Verschiebungen auf die künftige Gestaltung der gesamteuropäischen Machtordnung beschäftigen auch gegenwärtig noch die politischen Köpfe.

Wie auch immer die letzte Entscheidung auf dem Balkan ausfallen mag, eine Tatsache überragt schon jetzt an Bedeutung alle andern. Die Vertragsmächte des Berliner Kongresses von 1878 haben das Gesamtinteresse Europas an der Lösung der Balkanfrage erkannt und dieser Erkenntnis auf der Tagung der Londoner Botschafterkonferenzen und in der Leitung der Friedensverhandlungen wirksamen Ausdruck gegeben.

Damit war ein höherer Standpunkt für die Beurteilung der Dinge gewonnen. Dieselben Mächte, welche der Pforte angesonnen haben, den siegreichen Balkanstaaten gegenüber weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen, blieben entschlossen, auch nach Wiederbeginn der Feindseligkeiten ihre neutrale Haltung zu behaupten.

Nicht was das Ende dieses Krieges zwischen den Kriegführenden unmittelbar zeitigt, auch nicht wie die verschiedenen Spannungen zwischen Bulgarien und Rumänien, Oesterreich und Serbien, Rußland und Oesterreich sich endgültig lösen werden, nicht dies oder andres einzelne, so brennend im Augenblick jede dieser Fragen sein mochte, war und ist das Wesentliche. Worauf jetzt und in fernerer Zukunft alles ankommen wird, und zwar nicht nur für uns, sondern für ganz Europa und für die ganze politische Welt, das ist das Verhalten der Mächte Zentraleuropas zueinander.

Ich begreife unter Zentraleuropa England, Frankreich und Deutschland, also die drei Mächte, welche, geographisch und geschichtlich betrachtet, zusammen das Herz und der Kopf Europas sind, die drei Mächte, die zusammen mit Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien im Berliner Vertrage der Pforte gegenübergestanden sind und die sich seither in der großen europäischen Mächtegruppierung England, Dreibund und Zweibund als die Führenden unter den Mächten Europas behauptet haben.

---

[1]) Nach einem Vortrag, gehalten am 1. Februar 1913 in der Straßburger Ortsgruppe des Verbandes für internationale Verständigung.

Digitized by Google

Heute schon dürfen wir sagen, daß eine Zeit höchster europäischer Krisis hinter uns liegt. Es ist die Zeit der durch die Marokkoangelegenheit ins Leben gerufenen Tripelentente. Sie darf nunmehr als überwunden gelten, denn die den Frieden Europas auf das gefährlichste bedrohende Tripelentente, in welcher England seine geschichtliche Neutralität gegenüber Dreibund und Zweibund vorübergehend aufgegeben hatte, um eine befürchtete Störung dieses Friedens durch Deutschland zu verhüten, besteht nicht mehr, seitdem die Marokkoangelegenheit durch den deutsch-französischen und den französisch-spanischen Vertrag erledigt ist. Die Tatsache der Londoner Konferenz, die Rolle, welche England bisher dort gespielt hat, die Dundeerede des Lord Churchill, die Rede, welche der neue deutsche Botschafter in London, Fürst Lichnowsky, gehalten hat, sowie die Rede Asquiths bei der letzten Parlamentseröffnung und manches andre sind ausreichende Zeichen dafür, daß die vormarokkanischen guten Beziehungen zwischen Deutschland und England wieder hergestellt sind.

Es gibt keine Tripelentente mehr, sondern nur einen Dreibund und einen Zweibund und neben ihnen ein den defensiven Charakter dieser Mächtegruppierung sicherndes, neutrales England.

Diese Tatsache ist die notwendige Voraussetzung einer geordneten und von unabsehbaren Wirrungen freien künftigen Entwicklung der europäischen Machtordnung.

Deutschland, Frankreich und England — eine Zusammenstellung, die vor einigen Monaten noch vielen nicht anders als im Sinne sicherer und naher Konflikte denkbar erschien, gewährt im gegenwärtigen Zeitpunkte Ausblicke auf eine Entwicklung der Dinge, die weit über die Balkanangelegenheiten hinaus für Gesamteuropa und für die gesamte zivilisierte Welt bedeutsam zu werden verspricht.

So unzeitgemäß es wäre, heute schon von einer Entspannung des Gegensätzlichen zwischen den Mächten Zentraleuropas zu reden, so kurzsichtig und den Tatsachen widersprechend wäre doch die Annahme, als handle es sich noch immer um ein Ueberwiegen der offensiven Tendenzen zwischen ihnen. Ja vielleicht wird schon die nächste Zukunft es lehren, daß das, was Deutschland, England und Frankreich verbindet, nichts Geringeres ist, als die weltgeschichtliche Aufgabe des gemeinsamen Eintretens für die Vormacht der Kultur der alten europäischen Welt.

Wir sind so sehr gewöhnt, durch die politische Betrachtung des Tages alles Gegensätzliche in nationaler Art, Sprache, Sitte, Recht, religiöse Anschauungen und Gemeinschaften betont und alle Erinnerungen an gewaltsame Auseinandersetzungen lebendig erhalten zu sehen, daß es bisher nur den selbständig Denkenden möglich ist, klar und sicher auch diejenigen Momente zu erkennen, welche im gesamten Weltbilde dieser nachbarlichen Mächte als eine höhere Form gemeinsamer Interessenwahrung zu gelten haben. Und doch liegt diese Anschauungsweise so greifbar nahe, nicht nur für diejenigen, welche ausschließlich die drängenden Bedürfnisse der Gegenwart und der nächsten Zukunft entscheiden lassen, sondern

Digitized by Google

auch für die einer geschichtlichen Betrachtung der Dinge geneigten politischen Köpfe.

Was Zentraleuropa im Gesamtbilde der Welt geschichtlich bestimmt, das ist unendlich viel mehr Großes, Gemeinsames als Trennendes, es ist der neuen amerikanischen Welt gegenüber das Bewußtsein einer unauslöschlichen, auch für diese neue Welt bestimmenden zweitausendjährigen Kulturarbeit, und es ist der asiatischen Welt gegenüber die Behauptung einer notwendigen, von gemeinsamen Grundsätzen und Anschauungen getragenen Vorherrschaft.

Die großen Gegensätze der germanischen und romanischen Art, der protestantischen und katholischen, religiösen Weltanschauung haben in Zentraleuropa trotz aller in ihnen geborgenen Motive der Anfeindung doch das Bewußtsein einer höheren, in ihnen lebendig und führend gewordenen Kulturgemeinschaft nicht zu ersticken vermocht.

Wie die Gegensätze, so haben auch die Elemente der Gemeinsamkeit in keinem der vielen kleineren selbständigen Gemeinwesen so stark und zeitweise so gebieterisch ihr Recht auf Anerkennung geltend gemacht, wie dies der gegenwärtigen Weltlage entsprechend zwischen England, Deutschland und Frankreich der Fall ist. Gemeinsam war ihnen die Ueberwindung der alten römischen Herrschaftsformen und der Kampf um die christliche Kultur, gemeinsam waren ihnen die fördernden und hemmenden Formen mittelalterlicher Kultur, der Kampf um den Ausgleich zwischen Kirche und Staat in den Zeiten des Humanismus, der Renaissance und der Reformation, gemeinsam auch die Ausbildung des Nationalstaates und in ihm die Ausbildung und Ueberwindung der absoluten Herrschaftsformen bis zu dem Grade neuzeitlicher verfassungsrechtlicher und sozialer Ordnung, deren Satzungen, Regeln und Gebräuche die Grundlagen der öffentlichen Lebensordnung der Welt bilden. Und was europäischer Geist und europäische Tatkraft in den übrigen Weltteilen geleistet und zum dauernden Gemeingut gemacht haben, das ist dort trotz aller inzwischen geleisteten selbständigen Arbeit doch ohne Zweifel in allem Wesentlichen das Erbe zentraleuropäischer Arbeit und Bildung.

Afrika ist — freilich noch in den Anfängen begriffen, doch weit überwiegend — das koloniale Kulturgebiet Zentraleuropas.

Dem in selbständiger wirtschaftlicher Kulturarbeit mächtig voranschreitenden Amerika gegenüber und im Hinblick auf die großen, in Asien noch zu lösenden Aufgaben ist Zentraleuropa in der Gegenwart mehr als je auf die dringende Notwendigkeit der Erkenntnis der gemeinsamen Elemente seiner Kultur hingewiesen; denn nur aus dieser Erkenntnis vermag es die Energie zu sammeln, durch welche die zerreibenden und auflösenden Elemente innerer Gegensätze und äußerer Widerstände überwunden werden können, und nur durch bewußte Pflege ihrer besonderen und gemeinsamen Interessen gegenüber der übrigen Welt vermögen die Mächte Mitteleuropas die hohe Aufgabe der Zivilisation zu erfüllen, die ihnen durch ihre Geschichte und durch die in ihnen aufgesammelten und überlieferten Kulturkräfte zufällt.

Unter Völkern und Mächten gibt es keinen rechtlich gesicherten Vorrang.

Digitized by Google

Die Weltgeschichte lehrt, daß die größten Reiche, gerade wenn sie auf hoher Kulturstufe angelangt sind, den Gefahren barbarischer Ueberfälle ausgesetzt sind und für immer zusammenbrechen.

Angesichts der gegenwärtigen Weltlage ist Mitteleuropa besonders dringend darauf hingewiesen, die vorhandenen Kräfte zur Erhaltung der vorhandenen Werte zusammenzufassen und nicht in einer kurzsichtigen Politik des Mißtrauens und der gegenseitigen Schwächung zu beharren.

Lange Zeit hat England allein die Arbeit in der Welt getan, die geschichtlich dem gesamten Mitteleuropa zufällt. Es hat in allen Weltteilen auf großen Strecken festen Fuß gefaßt, während die kontinentalen Mächte sich bekriegten und das riesige Slawenreich sich immer weiter ausdehnte. Es ist höchste Zeit, daß die kontinentalen Mächte Mitteleuropas die Notwendigkeit und den Gemeinnutzen der englischen Vormachtstellung als eine dem Ansehen europäischer Kultur in der Welt förderliche Tatsache anerkennen.

Gewiß hat England bei allen seinen kolonialen Gründungen überall zuerst seinen eignen Gewinn an Macht und wirtschaftlichen Vorteilen im Auge gehabt. Aber es hat doch, indem es Meere eröffnete, Länder zugänglich machte, freie Verfassungsgrundsätze, den Schutz des Eigentums und der Person sicherte und die Politik der offenen Türen verfolgte, überallhin europäische Zivilisation getragen und damit die Sache ganz Europas vertreten. Gegenüber dieser Tatsache wiegen die gelegentlichen Härten, die es bei Ueberwindung von Widerständen walten ließ, geringer. Und wenn England dem europäischen Kontinent gegenüber zuzeiten Vorteil zog aus Nachbarkriegen und Bruderzwisten, so ist ihm aus diesem natürlichen Verhalten sicherlich weniger ein Vorwurf zu machen als denjenigen Staaten, die, uneins unter sich, die Vorteile des Zusammenwirkens nicht erkannten, aus ihrer eignen Politik der Zwietracht und der Selbstschwächung Nachteile erwachsen sind. Worauf eine europäische Politik der mittleren Mächte jetzt ihr ganzes Augenmerk zu richten hätte, das ist nicht eine kleinliche und ohnmächtige Politik des Neides, sondern eine zielbewußte Politik der gemeinsamen Arbeit. Jeder Gedanke an gegenseitige Ueberfälle, wo immer er in die Erscheinung tritt, ist zu bekämpfen. Zivilisationen zu zerstören ist keine Aufgabe der Zivilisation. Der Vorteil fiele auch nicht Europa zu, sondern Amerika, Rußland, Asien. Die stark ausgeprägte Eigenkultur der mitteleuropäischen Völker und Staaten läßt zwar die Idee eines europäischen Staatenbundes in jeder Form vorerst als reine Illusion erscheinen, aber um so mehr ist es nötig, die Einheit der starken Teile auf politisch diplomatischem Weg zu erhalten und, wo sie fehlt, neu zu bilden und zu festigen.

Nicht eine Vormundschaft Englands über Frankreich und Deutschland ist es, was wir brauchen, sondern ein selbständiges Zusammenwirken aus freier Einsicht. Jede Art feindseliger Abschließung, jede Form von Kontinentalsperre bedeutet Selbstmord.

In gesunder Wehrhaftigkeit sollen die mitteleuropäischen Mächte zusammenstehen, nicht um sich einander zu entfremden und dadurch jenes ungesunde Element

Digitized by Google

des Wettrüstens ins Ungemessene zu steigern, sondern um einen starken Bund Selbständiger in der Welt darzustellen und um das, was keine dieser Mächte für sich allein in der Welt zu leisten vermöchte, auch England nicht, gemeinsam zu bewirken und zu behaupten.

Durch ein gutes Verhältnis Deutschlands und Frankreichs zu England und durch eine ehrliche Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wird der Mächtegruppierung des Dreibundes und des Zweibundes jenes offensive Element entzogen, welches die große Gefahr für die Vorherrschaft europäischer Kultur in der Welt ist. Nur dadurch kann auch das rechte Verhältnis zwischen der germanisch-romanischen Kulturwelt einerseits und der großen slawischen Welt anderseits das rechte Maß finden. Frankreich muß sich als der führende Genius im Zweibunde behaupten und zugleich seine tieferen kulturellen Beziehungen zu Deutschland zu pflegen wissen. Deutschland muß die Gefahren erkennen, die ihm von einem asiatisch fühlenden Rußland her drohen, und die Vorzüge wieder zu schätzen lernen, die ihm ehrliche Konkurrenz mit der romanischen Kultur bietet.

Um eine Politik der Annäherung zwischen England, Deutschland und Frankreich zu pflegen, bedarf es nur der Ueberwindung gewisser Vorurteile und der Befestigung gewisser Vorsätze.

Nicht überschäumende Herzlichkeit führt zum Ziele. Berauschende Freundschaftsfeste sind nicht angezeigt, sie könnten nicht von Dauer sein. Erkenntnis der wahren eignen wirtschaftlichen und sonstigen realen Interessen wird das rechte Maß der Annäherung am sichersten bestimmen.

Einmischung in die inneren Angelegenheiten des andern, wozu die Versuchung stets gegeben ist, könnte nur trennend und verstimmend wirken. Wohl gab es eine Zeit, in der es die Ueberwindung der alten, unhaltbaren absoluten Herrschaftsformen, der ständischen und der fürstlichen, galt und in welcher es überall galt, eine wissenschaftliche und politische Propaganda für Grundsätze des Verfassungslebens einsetzen, um die Völker aus ihrem politischen Schlaf zu freiem Urteil und politischem Fühlen zu erwecken. Diese Aufgabe ist längst in allem Wesentlichen erfüllt. Ueberall in Zentraleuropa ist der Grundsatz der Verantwortlichkeit der Regierungen in das Verfassungsrecht der Staaten übergegangen. Was noch an Härten und Ungleichheiten abzuschleifen ist, das zu zeigen ist entweder eine rein wissenschaftliche Aufgabe oder es ist innere, politische Angelegenheit jedes Staates. Die Verschiedenheiten im Verfassungsleben der zentraleuropäischen Mächte bedeuten keine Gegensätze, keinen die Annäherung hindernden Zuschnitt.

Eher ist es zu rechtfertigen, wenn die Mächte im Sinne einer Angleichung ihrer Wirtschaftssysteme aufeinander einzuwirken suchen. Dazu sind sie deshalb innerlich berechtigt, weil sie in ihren Wirtschaftssystemen als gegenseitige Abnehmer ihrer Waren aufeinander wirken und weil sie dadurch auf den Vertragsweg hingewiesen sind.

Zu wünschen ist, daß in der die Annäherung so mächtig bestimmenden Sprachenfrage mehr noch als bisher fortgeschritten werde. Nur zunehmende

Digitized by Google

Bildung kann die Vielsprachigkeit fördern, die ein unersetzliches Mittel der Verständigung ist. Es ist keine von den Sprachen der drei zentraleuropäischen Mächte bestimmt, die alleinige Weltsprache zu sein. Jedes der drei Völker muß von den beiden andern die Anerkennung und Erlernung seiner Sprache fordern.

Von der Presse ist zu hoffen, daß sie sich mehr und mehr der großen Aufgabe der Aufklärung und Bildung der Menschheit bewußt werde und weniger der Aufregung und Verfeindung diene, als vielfach noch der Fall ist.

Auf diesen Wegen könnte das Beste geschehen, um den so notwendigen Einklang im Herzen und Haupte Europas herzustellen. In welchem Nachteile befinden sich die nicht vereinigten Staaten Europas der übrigen Welt gegenüber im Vergleiche zu den vereinigten Staaten Amerikas! Es ist wahrhaftig nicht Mangel an vaterländischem Sinn für alles Eigenartige und Einzigartige der Heimat, wenn stets mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, wie nötig die Ueberwindung der Elemente der Trennung und Entfremdung ist, damit zentraleuropäische Kultur in der Welt als Einheit zu Geltung und Sieg gelange.

Daß es sich hierbei nicht um unpraktische Illusionen handelt, weiß jeder, der über seinen Kirchturm hinauszuschauen gewohnt ist und dem internationale Politik mehr bedeutet als bloßes Hineingucken in die Töpfe des Nachbarn.

Der Boden praktischer gemeinsamer Arbeit liegt uns nicht fern. Ohne Schwertstreich unter sich sind die drei Großmächte Zentraleuropas die größten Kolonialmächte in Afrika geworden. Auf dem Vertragswege haben sie dort ihre Interessensphären gegeneinander abgegrenzt und so den Geist der Verständigung im andern Weltteil gleichsam räumlich projiziert. Ein Schritt weiter wäre die mit gutem Willen ohne Zweifel erreichbare, wechselseitige und vertragsmäßige Garantie ihres kolonialen Besitzstandes. Ein solcher Schritt wäre aufs entschiedenste zu begrüßen, weil durch ihn ein großer Bestand peinlicher Reibungsflächen schmerzlos beseitigt und ein beständiger Grund des Mißtrauens dauernd überwunden würde.

Aber auch in den andern Weltteilen gäbe es große Gebiete gemeinsamer Arbeit. Gegenüber der für europäische Interessen nicht unbedenklichen Monroedoktrin der Vereinigten Staaten haben die europäischen Mächte sich bisher nur durch theoretische Ablehnung der Anerkennung aus der Verlegenheit zu helfen gewußt. Würde Zentraleuropa darin einig gehen, so könnte dieser den amerikanischen Kulturkreis willkürlich gegen Europa abschließenden Doktrin gegenüber auch positiv Wirksames geleistet werden. Es müßte den mittel- und südamerikanischen Staaten ihre Unabhängigkeit auch gegenüber etwaigen Eroberungstendenzen der Vereinigten Staaten Garantie geleistet werden, und dies könnte geschehen durch einfachen Beitritt zur Monroedoktrin. Die Zukunft, vielleicht schon die nächste, muß es lehren, wie viel eine einige Politik der zentraleuropäischen Mächte im Orient vermag, wenn es sich um die künftige Gestaltung der asiatischen Türkei handelt. Aber darüber hinaus müßten die zentraleuropäischen Mächte den asiatischen Kontinent analog der amerikanischen Monroedoktrin in eine Doktrin einschließen, durch welche sie, etwa in Gemeinschaft mit Japan und

Digitized by Google

den Vereinigten Staaten, diesen Kontinent als ein Zubehör Europas vor Ueberfällen sicherstellten. Wie dem auch sei, wie viel einige zentraleuropäische Macht und Wirtschaftspolitik in der Welt positiv vermag, das bleibe dahingestellt, sicher aber ist, daß sie mehr vermag als eine Politik der Nachbarzwiste und der gegenseitigen Schädigung und Schwächung.

Von allem Guten, was in der Welt besteht, zu lernen, es in sich aufzunehmen und daraus das Beste mit eigner Kraft zu entwickeln und für die Welt nutzbar zu machen, dies muß die große Richtung der Zukunft sein. Daß wir nicht untergehen an unsern sozialen Kämpfen, daß wir uns an unsern nationalen und konfessionellen Gegensätzen nicht zerreiben, daß wir den Blick frei und offen halten für die großen Interessen unsers Volkes in der ganzen Welt, dies sollte unsre erste Sorge sein. Und darin müssen wir uns in Deutschland einig wissen mit unsern germanischen und romanischen Nachbarn, vor allem mit England und Frankreich. Ein ernster Konflikt zwischen den drei mitteleuropäischen Mächten bedeutete das Ende der großen Geschichte Europas und eine Aufteilung der Welt zwischen Rußland und Amerika, eine Slawisierung Europas und eine Amerikanisierung Asiens.

Literarische Berichte

Die sibirischen Forschungsreisen des Grafen Karl Waldburg-Zeil. Nach seinen hinterlassenen Tagebüchern bearbeitet von Oskar Canstatt, Kolonialdirektor. Kartoniert M. 5.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Graf Karl von Waldburg-Zeil (später Graf Waldburg-Syrgenstein), dem zweiundzwanzig Jahre nach seinem Tode mit diesem Buche ein publizistisches Denkmal gesetzt wird, war ein eifriger, tatkräftiger und verdienstvoller Polarforscher. Fachkreisen wurde der Graf, der von der militärischen Laufbahn ausgegangen war, zuerst durch seine erfolgreiche Teilnahme an Heuglins Spitzbergenreise im Sommer 1870 bekannt, von der er gerade rechtzeitig zurückkehrte, um noch den Deutsch-Französischen Krieg mitmachen zu können, in dem er sich hervorragend auszeichnete. Dann nahm er im Jahre 1876 an der von der Geographischen Gesellschaft in Bremen entsandten westsibirischen Expedition als freiwilliges Mitglied teil und trug in jeder Weise höchst wirksam zu ihren wertvollen Ergebnissen bei. Endlich beteiligte er sich im Jahre 1881 an einer von dem Baron v. Knoop veranstalteten Seereise durch das Karische Meer nach dem Jenissei. Die Aufzeichnungen des Grafen Waldburg über diese Expeditionen sind leider zum Teil verlorengegangen; die erhalten gebliebenen, die sich der Hauptsache nach auf seine zweite, zum kleineren Teile auf die dritte Reise beziehen, werden hier im Rahmen einer zusammenfassenden Darstellung und gelegentlich aus Briefen und andern Quellen vervollständigt, zum erstenmal veröffentlicht. Sie zeigen den Grafen als scharfen Beobachter, als gründlichen, kenntnisreichen Forscher, als einen Mann von echter Herzensbildung und ungemein bescheidenem Wesen. Das ansehnliche naturwissenschaftliche, geographische und ethnographische Material, das sie enthalten, stellt einen wertvollen Beitrag zu der reichen Literatur über das nördliche Polargebiet dar und liefert insbesondere eine höchst schätzbare Ergänzung zu den wissenschaftlichen Publikationen über die westsibirische Expedition.

B—r.

Im Namen der Jugend. Jugenderziehung und Schundliteratur in ihrem innern Zusammenhang. Von Dr. Heinz Paul. (Sammlung Kupferschmid, Band 6.) München, Melchior Kupferschmid. M. 1.40.

Ohne im einzelnen allen Sätzen zustimmen zu müssen, kann man diese Schrift einen interessanten und beachtenswerten Beitrag zur Frage der Schundliteratur nennen. Ihre Hauptbedeutung liegt darin, daß sie das Problem von allen Seiten anpackt, der forensischen, ästhetischen, ethischen, hygienischen

Digitized by Google

und nationalökonomischen. Und auch hier leuchtet der gesunde Gedanke durch, daß die schlechte Literatur nur durch die gute bekämpft werden kann; dem kritischen Teil verbindet sich ein positiver: kurze, aber recht brauchbare Angaben über empfehlenswerte Jugendlektüre.

Leipzig. Dr. Hans Zimmer.

Lukas Langkofler. Das Verbrechen der Elise Geitler. Zwei Erzählungen. Von Hermann Kesser. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.50. Frankfurt a. M., Rütten & Löning.

Die erste Novelle ist durch die Kunst, mit wenigen Mitteln eine Fülle des Lebens erstehen zu lassen, ein kleines Kabinettstück reiner Erzählung. Die Unklarheit und manierierte Sprache der zweiten Erzählung lassen aber die Frage auftauchen, wieviel zum Gelingen des „Lukas Langkofler" der dankbare Stoff der Bartholomäusnacht und die Vorbilder beitrugen. Sft.

Geschichte des Italienisch-Türkischen Krieges. Von G. v. Graevenitz. 1. Lieferung: Vom Beginn des Krieges bis zu den Gefechten von Sciara-Scirt (23. Oktober) und Sidi Messri (26. Oktober). Berlin, R. Eisenschmidt. M. 2.—.

Nach einer kurzen Schilderung der beiderseitigen Streitmittel und des Kriegsschauplatzes werden in übersichtlicher und klarer Darstellung die einleitenden Operationen zur See, die Kämpfe zur Besetzung der Küstenpunkte durch die Italiener und der mit dramatischer Wucht wirkende Umschlag für sie Ende Oktober bei Tripolis vorgeführt. Der Verfasser spendet den Leistungen der italienischen Armee und Marine hohes Lob, läßt mit voller Unparteilichkeit aber auch den Türken volle Gerechtigkeit widerfahren. Hoffentlich läßt die Vollendung der empfehlenswerten Arbeit nicht zu lange auf sich warten. Fr. R.

Shakespeare und Rembrandt. Hamlet. Von Paul Schubring. Berlin, Karl Curtius. Kultur und Leben, Band 22. 66 Seiten. M. 1.—.

In ungemein fesselnder Weise, wenn auch nicht ohne Einseitigkeit, stellt der Verfasser Rembrandt und Shakespeare zusammen: er versucht die Uebereinstimmung in ihrer innern Entwicklung zu zeigen, ihren gemeinsamen Gegensatz gegen die klare Ordnung und das „heroische Pathos" der romanischen Kunst wie gegen die Renaissancekultur (die doch wohl von Shakespeare nicht ganz abgelehnt wird), ihre Vorliebe für „sparsame Lichtführung", ihre Innerlichkeit; er kennzeichnet die beiden Großen als Miterschaffer einer neuen, nordischen, protestantischen Kultur. Die zweite Abhandlung, die eine geistvolle, aber auch nicht ganz überzeugende Würdigung des Hamletdramas enthält, fußt besonders auf den Vorträgen von Karl Werder und will vor allem den Satz erweisen, daß Hamlet kein Zauberer, kein Träumer sei. Br.

Lebenshöhen. Von Alice Freiin v. Gaudy. Neue Balladen und Lieder. Leipzig. G. Wigand. M. 2.50.

Die Verfasserin zählt zu den bedeutendsten modernen Dichterinnen. Auch ihre neue Sammlung bietet viel Schönes. Etwas Markiges, Gesundes ist in diesen Dichtungen, die voller Rhythmus und Klang sind. Besonders gelungene Stücke finden sich unter den Lübeckischen, Westfälischen und Kynastsagen. Die neue Sammlung steht den andern würdig zur Seite. E. M.

Die philosophische Literatur. Ein Studienführer von Prof. Dr. Richard Herbertz. Stuttgart, W. Spemann.

Das Werk dankt seine Entstehung dem Interesse, das ein Aufsatz des Verfassers gegen den Dilettantismus in der Philosophie der Gegenwart gefunden hatte. Der Mahnung, bei der Auswahl der philosophischen Literatur mit der bei andern wissenschaftlichen Gebieten obwaltenden Vorsicht zu verfahren, läßt Herbertz das vorliegende Buch folgen, das eine von wissenschaftlichem Gesichtspunkte aus verfaßte Uebersicht über die verschiedensten Teilgebiete der Philosophie und über die auf ihnen vorhandene gute Literatur bietet. Es gibt durch diese kritische Sichtung des Materials mehr als eine bloße Biographie und wird sich dank der kurzen charakterisierenden Bemerkungen als ein nützlicher Leitfaden für alle erweisen, die sich aus Beruf oder Neigung mit Philosophie beschäftigen. S.

Kaiser-Wilhelms-Land. Von Eugen Werner. Mit 121 Abbildungen und einer Karte. Freiburg i. Br., Herder. Illustrierte Bibliothek der Länder- und Völkerkunde.

Der Verfasser hat längere Zeit in Kaiser-Wilhelms-Land (Deutsch-Neuguinea) gelebt und an den verschiedenartigsten Stellen Einblick in Natur und Menschenleben der noch wenig bekannten Insel gewonnen. Vorausgeschickt ist ein kurzer Abschnitt über Land und Leute, aber der Wert des Buches liegt in dem weit größeren zweiten Teile, in dem der Verfasser Beobachtungen mannigfacher Art über Urwald und Schmetterlinge, Kultur und Charakter der Eingeborenen, über ihre Häuser, Werkzeuge usw. usw. in die bunte Schilderung seiner Beschäftigungen, Hoffnungen und Enttäuschungen eingeflochten hat. Besonders der, welcher nach Neuguinea zu gehen beabsichtigt, sollte nicht versäumen, was W. erzählt, aufmerksam zu studieren. Immer wieder betont der Verfasser aus

Digitized by Google

eigner Erfahrung die großen Schwierigkeiten, die dem Eindringen ins Innere entgegenstehen. E. Friedrich.

Paul Heyse. Von Artur Farinelli, Professor an der Universität Turin. München, Süddeutsche Monatshefte. 110 Seiten. M. 1.50.

Der Verfasser stimmt ein begeistertes Loblied auf Paul Heyse an. Eigentliche Belehrung findet man wenig, dazu geht er viel zu selten und nicht genau genug auf die einzelnen Werke ein. Er hält sich mehr an die großen, allgemeinen Züge, die sich in der Dichtung des Gefeierten offenbaren, und findet hier manch treffendes Wort. Er preist ihn in feierlichen, auf die Dauer etwas ermüdenden Wendungen als den Sänger des Schönen, als den immer strebenden, immer tätigen Mann, als den Idealisten voll edelster Welt- und Kunstanschauung. Br.

Schloß Heidelberg. Märchendrama von Gustav W. Eberlein. Heidelberg, K. Groos Nachf. Brosch. M. 2.—.

Ein echtes Märchen, das den Referenten an Hauptmanns Versunkene Glocke erinnerte. Es sind prächtige poetische Gestalten darin, die beiden Baumeister Vater und Sohn, dazwischen die Nixen Sylphe und Allwunsch und das böse Prinzip in Rüttelker. Das Ganze ist mit dem Geschick des Heidelberger Schlosses aufs schönste in Verbindung gebracht. Eine Aufführung des Märchens in der vorliegenden Gestalt dürfte wohl schwierig sein; zu dem Zweck müßten wohl Aenderungen, z. B. im zweiten Aufzug, vorgenommen werden. E. M.

Zur Psychologie des Jesuitenordens. Von Peter Lippert S. J., Kempten und München, Kösel (VIII, 128 Seiten).

Unter einem modernen Titel und nach neuen Gesichtspunkten einen Gegenstand behandeln, ist gewiß ein richtiges Mittel, um für denselben neues Interesse zu wecken. Aber wenn betreffs des Jesuitenordens die geschichtliche Wirklichkeit und das Wesen des Ordens unter der Ueberschrift „Buchstabe und Geist“ (S. 6 ff.), oder wenn die verhältnismäßig leichte Versetzbarkeit der Ordensmitglieder als „Individualismus“ bezeichnet wird (S. 72), so ist das mehr nur eine neue Etikettierung der alten Themata. Auch ist die Darstellung etwas reichlich mit Ausdrücken, wie „idealer Grenzwert“ oder „Grenzideal“ (S. 6 f.), gespickt. Ed. König.

Wilhelm II. 25 Jahre Kaiser und König. Von Paul Meinhold. Berlin, E. Hofmann & Co. Brosch. M. 4.—.

In durchaus erschöpfender Weise wird hier eine in lichten Farben gehaltene Gesamtdarstellung des Kaisers gegeben; über Leben und Werk, über seine Stellung zur Vergangenheit und Umwelt, zu den großen Weltanschauungsfragen und den Problemen und Aufgaben der Gegenwart wird eingehend berichtet. Eine Reihe von einwandfreien Abbildungen und Faksimiles trägt sehr gut zur Anschaulichkeit bei. Die klare Allgemeinverständlichkeit des von wärmstem Patriotismus erfüllten Buches, das übrigens so oft wie möglich eigne Worte des Kaisers zitiert, macht es in hohem Maße zu einem Volksbuche geeignet, und als Jubiläumsschrift im herkömmlichen Stil wird es sicher seinen Weg finden. O. B.

Von Tilsit bis Leipzig (1807—1813). Von Hermann Jaenicke. Mit einem Bilde des Völkerschlachtdenkmals. Berlin, R. Eisenschmidt. Geheftet M. 3.—.

In lebendiger Darstellung führt uns der Verfasser die Geschichte jener ereignisreichen Jahre vor, vom Tilsiter Frieden bis zur Leipziger Völkerschlacht, deren nationale, politische und militärische Bedeutung das Schlußkapitel würdigt. Besonders klar tritt zutage, was Preußens Volk und Heer 1813 geleistet haben; auch die Verdienste König Friedrich Wilhelms III. erfahren gerechte Anerkennung. Nicht in allen Stücken dagegen vermögen wir dem Urteil über Napoleon beizupflichten. Ueberall trägt das treffliche Buch den Ergebnissen der neueren Forschung Rechnung; es ist für alle Gebildeten bestimmt und wird namentlich auch von den Schülern höherer Lehranstalten mit Nutzen gelesen werden. Fr. R.

Erinnerungen eines alten Irrenarztes. Von Carl Pelman. Bonn, Fr. Cohen. Mit Porträt.

Der langjährige Ordinarius an der Bonner Universität und Verfasser des bekannten Buches „Psychische Grenzzustände“ reiht in diesem Büchlein interessante Schilderungen seines reichen, arbeitsvollen Lebens aneinander. Auch diese Veröffentlichung trägt, wenn sie auch mehr persönliche als allgemeine Bedeutung haben dürfte, durchaus populäre Züge, und besonders sympathisch berührt die frische, launige Art, mit der ein Mann in der abgeklärten Ruhe des Alters über sein Leben zurückschaut und zu dem, der es gerade hören will, über seine psychiatrischen und menschlichen Erfahrungen plaudert, ohne im übrigen den Anspruch zu machen, Außergewöhnliches oder Unerhörtes zu bieten. O. Beyer.

Im Scheine des Nordlichts. Eine Geschichte aus Lappland von Sophus Bonde. Geh. M. 3.—, geb. M. 4.—. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Sophus Bonde, der vor einem Jahre mit

Digitized by Google

dem urwüchsig frischen „Schimannsgarn“ sich als Erzähler so vorteilhaft und verheißungsvoll bei dem deutschen Publikum einführte, bringt uns wieder eine Gabe, deren wir uns aufrichtig freuen dürfen. Auch diesem Buch ist vor allem ein besonderer stofflicher Reiz eigen, denn es versetzt uns in die eigenartige, an mystischen Zügen reiche Daseinswelt der Lappen, jenes merkwürdigen Naturvolks im hohen Norden Europas, dessen Leben und Sitten zwar von Reiseschriftstellern häufig geschildert werden, aber wohl kaum schon einem deutschen Poeten so vertraut geworden sind und vermöge dieser genauen Kenntnis einen solchen Reichtum naturechter novellistischer Motive dargeboten haben, wie dem auch hier mit vollen Händen aus den Erlebnissen seiner wanderfrohen Jugendzeit schöpfenden Bonde. Aber der reizvolle Stoff allein würde wenig bedeuten, wenn der Autor nicht auch die glänzende Erzählergabe und Gestaltungskunst besäße, die schon seinem ersten Buch zu einer so starken Wirkung verholfen hat und hier wiederum eine hinreißende Kraft entfaltet. Bonde erweist sich in der Tat wieder als der geborene Erzähler, nicht nur in der lebensvollen, tragischen Rahmenerzählung, sondern auch in den mit dieser sehr geschickt verwobenen Schnurren und abenteuerlichen oder märchenartigen, oft wunderbar poesievollen Volkserzählungen, in denen er wahrhaft unerschöpflich ist. Meisterhaft versteht er auch die ernste, gewaltige nordische Natur zu schildern und ihren Stimmungszauber in eine künstlerische Harmonie mit den Charakteren und den Schicksalen der Menschen, von denen er erzählt, zu setzen. Bondes neues Buch ist eine höchst achtungswerte literarische Leistung, aber es ist noch mehr als das — es ist ein Werk, das unser Herz und unsre Phantasie ganz in seinen Bann schlägt und mit so tiefen Eindrücken erfüllt, daß wir es nie mehr vergessen. B—r.

Eingesandte Neuigkeiten des Büchermarktes

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten)

Abderhalden, Emil, Schutzfermente des tierischen Organismus. Berlin, Julius Springer. Geb. M. 3.80.

Bernatzik, Dr. Edm., Die Ausgestaltung des Nationalgefühls im 19. Jahrhundert. — Rechtsstaat und Kulturstaat. Zwei Vorträge. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhdlg. M. 2.—.

Bismarck-Kalender auf das Jahr 1918. Herausgegeben von Albrecht Philipp und Horst Kohl. Leipzig, Dieterich'sche Verlagsbuchhandlg. Theodor Weicher. M. 1.25.

Boettger, Georg, Pfadfinder zur Belebung militärischen Denkens. München, Vereinigte Kunstanstalten A.-G. 50 Pf.

Charmatz, R., Geschichte der auswärtigen Politik Oesterreichs im 19. Jahrhundert. 1: Bis zum Sturz Metternichs. Leipzig, B. G. Teubner. Geb. M. 1.25.

Dalmer, H., Der Erbsohn des Peter Anselm Bergetshuber. Roman. Wolfenbüttel, Julius Zwißler. Geb. M. 4.50.

Dannemann, Friedrich, Die Naturwissenschaften in ihrer Entwicklung und in ihrem Zusammenhange. 3. Band. Leipzig, Wilhelm Engelmann. Geb. M. 10.—.

Deecke, Prof. Dr. W., Landeskunde von Pommern (Sammlung Göschen). Leipzig, Göschen'sche Verlagsbuchh. Geb. 80 Pf.

Deutsch-Ostafrika als Siedelungsgebiet für Europäer, unter Berücksichtigung Britisch-Ostafrikas und Nyassalands. München und Leipzig, Duncker & Humblot. M. 4.—.

Die heilige Erde. Ein Hausbuch für freie Menschen, mit einem Geleitwort von Otto Ernst. München, Ernst Reinhardt. Gebunden M. 4.—.

Engel, Eduard, Geschichte der französischen Literatur von den Anfängen bis in die Gegenwart. 8. Aufl. Leipzig, Friedrich Brandstetter. Geb. M. 7.25.

Farkas, Dr. Paul, Staatsstreich und Gegenrevolution in der Türkei. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 2.—.

Faust, A. B., Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner Bedeutung für die amerikanische Kultur. Leipzig, B. G. Teubner. M. 9.—.

Faust, A. B., Das Deutschtum in den Vereinigten Staaten in seiner geschichtlichen Entwicklung. Leipzig, B. G. Teubner. M. 9.—.

Gaudy, Alice Freiin von, Lebenshöhen. Neue Balladen und Lieder. Leipzig, Georg Wigand. Geb. M. 3.—.

Glück, Lina, Stecken und Stab. Roman, Wolfenbüttel, Julius Zwißler, Geb. M. 4.50.

Goeler von Ravensburg, Dr. F. Frhr., Grundriß der Kunstgeschichte. Ein Hilfsbuch für Studierende. 8. Aufl. Neubearbeitet von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Max Schmid-Aachen. Erste Hälfte: Altertum und Mittelalter. Zweite Hälfte: Neuzeit. Berlin, Carl Duncker. M. 9.—.

Harling, von, Die Schweizer Militärsteuer. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht. M. 3.—.

Hertzka, Theodor, Das soziale Problem. Berlin, Georg Reimer. M. 6.—.

Hirschfeld, Ludwig, Die plötzliche Insel. Novellen. Leipzig, Xenien-Verlag. M. 2.50.

Hübner, Otto R., Aszendismus. Der Glaube an den Lebensaufstieg. Leipzig, Fritz Eckardt Verlag. M. 1.50.

Janson, Gustaf, Lügen. Geschichten vom Kriege. Leipzig, Georg Merseburger. Geb. M. 4.50.

Digitized by Google

Kähler, Dr. Wilhelm, Die Bildung von Industriebezirken und ihre Probleme. Vortrag. Leipzig, B. G. Teubner. 80 Pf.

Kern, Otto, Nord-Griechische Skizzen. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung. M. 8.—.

Key, Ellen, Rahel Varnhagen. Eine biographische Skizze. Einzig autorisierte Uebertragung aus dem schwedischen Manuskript von Marie Franzos. 2. Aufl. Halle a. S., Edgar Thamm.

Kleinpaul, Dr. Rudolf, Die Ortsnamen im Deutschen. Ihre Entwicklung und ihre Herkunft. Leipzig, G. J. Göschen. 80 Pf.

Kluge, Fr., Wortforschung und Wortgeschichte. Aufsätze zum deutschen Sprachsatz. Leipzig, Quelle & Meyer. Geb. M. 4.—.

Kötzschke, Rudolf, Quellen zur Geschichte der Ost-Deutschen Kolonisation im 12. bis 14. Jahrhundert. Leipzig, B. G. Teubner. M. 2.—.

Lamprecht, Karl, Einführung in das historische Denken. Leipzig, R. Voigtländer's Verlag. Geb. M. 2.60.

Landsberg, Hans, Rahel. Ein Buch des Andenkens für ihre Freunde. Berlin, Leonhard Simion Nachf. Geb. M. 4.50.

Mach, Prof. Ernst, Erinnerungen einer Erzieherin. Nach Aufzeichnungen von *** mit einem Vorwort herausgegeben. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller. M. 4.—.

Moldenhauer, Dr. jur. P., Internationale Fortschritte der Sozialversicherung. Vorträge. Hannover, Helwingsche Verlagsbuchhandlung. M. 2.—.

Niemeyer, Dr. jur. Theodor, Der Rechtsspruch gegen Shylock im „Kaufmann von Venedig". München und Leipzig, Duncker & Humblot. M. 1.50.

Plenge, Johann, Die Zukunft in Amerika. Berlin, Julius Springer. M. 1.60.

Rod, Eduard, Das entfesselte Schicksal. Roman. Berlin, Erich Reiß. M. 4.—.

Rothschild, Ernst, Kartelle, Gewerkschaften und Genossenschaften nach ihrem inneren Zusammenhang im Wirtschaftsleben. Berlin, Julius Springer. M. 4.80.

Salzer, Prof. Dr. Anselm, Illustrierte Geschichte der Deutschen Literatur. Lieferung 51. München, Allgemeine Verlags-Gesellschaft m. b. H. M. 1.—.

Schäfer, Dietrich, Deutsche Geschichte. 2 Bände. Zweite, bis auf die Gegenwart fortgeführte Auflage. Jena, Gustav Fischer. M. 14.—.

Stavenhagen, W., Hauptmann a. D., Feldbefestigung (einschließlich Kampf um befestigte Feldstellungen). Für Offiziere aller Waffen des Heeres, der Marine und der Schutztruppen. Zweite, erweiterte und umgearbeitete Auflage. Mit einer Tafel, enthaltend 35 Skizzen. Berlin, E. S. Mittler & Sohn. Geheftet M. 1.50.

Voigt, Julius, Goethe und Ilmenau. Unter Benutzung zahlreichen unveröffentlichten Materials. Leipzig, Xenien-Verlag. M. 5.—.

Wolff, Kurt, Der Dramatiker Herbert Eulenberg. (Mitteilungen der Literarhistor. Gesellschaft Bonn.) Bonn, Friedrich Cohen. M. 1.50.

Berichtigung

An die „Deutsche Revue", Stuttgart.[1])

In dem Artikel „Ein Mißgeschick der türkischen Armee bei Tschataldscha", Seite 169, habe ich folgendes gelesen:

„... ob diese Bewegung, die Abuk-Pascha weiter ausdehnen wollte und die am 17. November von dem im Stabe Mahmud Mukhars befindlichen deutschen Offizier Lossow entworfen wurde usw."

Ich bitte berichtigend publizieren zu wollen, daß der Oberstleutnant v. Lossow sich nicht in meinem Stabe befand und auch nichts zu entwerfen hatte.

Hochachtend

H. Mahmud Mukhar-Pascha.

[1]) Von dem türkischen Botschafter in Berlin ging uns obige Berichtigung zu.

Die Redaktion.

Rezensionsexemplare für die „Deutsche Revue" sind nicht an den Herausgeber, sondern ausschließlich an die Deutsche Verlags-Anstalt in Stuttgart zu richten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Justizrat Dr. A. Löwenthal in Frankfurt a. M.

Unberechtigter Nachdruck aus dem Inhalt dieser Zeitschrift verboten. Uebersetzungsrecht vorbehalten

Herausgeber, Redaktion und Verlag übernehmen keine Garantie für die Rücksendung unverlangt eingereichter Manuskripte. Es wird gebeten, vor Einsendung einer Arbeit bei dem Herausgeber anzufragen.

Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart — Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

4- 2575

AP 30
.D35

DATE	ISSUED TO
SEP 16 1975	Michigan Interlibrary Loan
DEC 9 1975	

396409
Deutsche

Digitized by Google

UNIVERSITY OF CHICAGO
102 562 025

Digitized by Google